Handbuch

des

Socialismus.

Von

Dr. jur. Carl Stegmann

und

Dr. phil. C. Hugo.

ZÜRICH 1897.
Verlags-Magazin
(J. Schabelitz).

Druck von J. Schabelitz in Zürich.

Vorwort.

Bei der Abfassung des „Handbuch des Socialismus“ haben wir uns die Aufgabe gestellt, alles, was sich auf die Geschichte des Socialismus bezieht, sorgfältig zu sammeln, gewissenhaft zu sichten und denen, welchen Zeit und Gelegenheit fehlt, die umfangreiche, weit zerstreute und schwer zugängliche Litteratur über diesen Gegenstand durchzuarbeiten, in handlicher Form darzubieten. Wir haben dabei den Begriff „Socialismus“, dem Sprachgebrauch entsprechend, sehr weit gefasst, und alle die Bestrebungen als socialistische in den Bereich unserer Darstellung gezogen, die, unter einander oft im schroffsten Gegensatze stehend, darin übereinstimmen, dass sie das herrschende Gesellschaftssystem zu Gunsten der grossen Masse verändern oder umstürzen wollen.

Wir können uns heute bei der Abfassung dieses Vorwortes, das mehr ein Rückblick als ein Vorwort ist, nicht verhehlen, dass in unserer Arbeit manches vermisst werden und anderes zu breit ausgeführt erscheinen wird. Wir sind uns der Lücken wohl bewusst; mehr als einmal mussten wir uns widerstrebend bescheiden, wenn trotz aller Mühen und allen Eifers es uns nicht möglich gewesen war, des nötigen Materials habhaft zu werden. Wie diesen, wird man uns hoffentlich auch den andern Fehler, dass wir einzelne Artikel zu Monographieen haben anschwellen lassen, nachsichtig verzeihen. Bei der grossen Ausdehnung unseres Arbeitsfeldes stiessen wir oft auf fast ungelichtetes Dickicht und mussten dann Pionierarbeit verrichten. Was wir so mit Mühen und nicht ohne Sorge herausgearbeitet hatten, wollten wir nicht für uns behalten — wir fügten es in unser „Handbuch“ ein, um anderen eine Wiederholung der Arbeit zu ersparen. Andererseits haben wir da, wo wir auf oft ausgemessenes und genau beschriebenes Gebiet kamen, uns oft begnügt, mit grossen Strichen zu zeichnen. Wenn wir daher das Gleichmass zwischen den einzelnen

Teilen der Arbeit nicht immer bewahrt haben, möge man uns nicht zu hart beurteilen. Nur zu fest hängt ein jeder an dem, was er Neues durch seine Arbeit geschaffen zu haben glaubt.

Bei der Darstellung der politischen Bestrebungen der socialistischen Parteien und der nationalökonomischen, rechts- und moralphilosophischen Theorieen der Socialisten aller Schattierungen haben wir uns bemüht, unser subjektives Urteil soweit als möglich zurückzuhalten. Es war unser Bestreben, den Erscheinungen ruhig ins Angesicht zu schauen, das wirklich Bedeutende, Wertvolle und Dauernde an ihnen zu erfassen und zu beschreiben. Dem langsamen Reifen der socialistischen Gedankenwelt in den Köpfen einer Unzahl von Denkern und Dichtern, Staatsmännern und Agitatoren nachzugehen, die bitteren, oft blutigen Kämpfe, in denen sie praktische Gestaltung zu gewinnen versuchte, das ernste, opfermutige Streben socialistischer Kolonisatoren wahrheitsgetreu zu schildern — das galt uns als unsere Aufgabe; ihre Grösse und ihre Begeisterung wirkte immer wieder als ein Sporn auf uns, wenn wir ermüdet und mutlos die Feder fallen lassen wollten. Eine Kritik der Taktik und Programme der socialistischen Parteien, der Theorieen der socialistischen Denker haben wir nicht schreiben wollen. Ebenso fern hat uns der Gedanke gelegen, für eine der socialistischen Richtungen oder Parteien plaidieren zu wollen. Wer über den Wert oder Unwert socialistischer Bestrebungen mit eigenem Denken zu einem Urteil zu kommen sucht, für den will das „Handbuch“ das Material darbieten. Wenn wir durch unser Buch die allgemeinere Erkenntnis der socialistischen Bewegung nur in etwas gefördert haben, sind wir zufrieden. Die Erkenntnis dessen, was ist, und seines Werdens ist der erste Schritt der Besserung; ihr muss das Handeln folgen. Die Auffassung der Hellenen, dass die Tugend ein Wissen sei, verdient, als die Auffassung eines so eminent politischen Volkes, auch heute noch alle Beachtung. Hoffen wir, dass das Wissen uns zur Tugend führen möge, dass es nach dem Wunsche eines unserer edelsten Männer, F. A. Lange's, „die falsche Willensrichtung“ in dem Gemüt jedes Einzelnen besiegen wird, „die sich allen durchgreifenden Verbesserungen in der Lage des eigentlichen Volkes von jeher entgegengestellt hat“.

London, im März 1896.

Die Verfasser.

Albert, Alexandre Martin dit, geboren zu Bury (Oise) 27. April 1815. Er nahm lebhaften Anteil an den Agitationen der republikanischen Partei unter Louis Philippe und war 1840 Mitarbeiter am „Atelier“. Mitkämpfer der Februarrevolution, wurde er mit L. Blanc zunächst Sekretär, dann Mitglied der provisorischen Regierung, als welches er sich stets „Albert, ouvrier“ zeichnete. Er wurde Vicepräsident der Arbeiterkommission des „Luxembourg“ (s. d.) und Deputierter des Seinedepartements in der gesetzgebenden Versammlung. Der Urheberschaft des Aufstandes vom 15. Mai beschuldigt (s. Frankreich), wurde er zur Deportation verurteilt und zehn Jahre lang zu Doullens auf Belle-Isle-en-Mer, dann zu Tours gefangen gehalten. Er erlangte seine Freiheit erst durch die Amnestie von 1859 wieder und lebt seitdem in bescheidenen Verhältnissen zu Paris. 1884 wurde er von einem gewissen Jérôme Romanetti und Louis Albert beschuldigt, nicht der 1848 vom Volke erwählte Albert zu sein — jeder von den beiden behauptete, dieser Albert zu sein —, sondern den Sitz in der provisorischen Regierung einfach okkupiert und den Namen Albert angenommen zu haben. Es kam zu einem Prozess, in dem diese lächerliche Behauptung durch das Zeugnis E. Aragos widerlegt wurde.

Albrecht, der „Prophet“, geboren in Altenburg, sass wegen demagogischer Umtriebe 6 Jahre in deutschen Gefängnissen, wo er als einzige Lektüre die Bibel hatte. Er begab sich 1841 nach der Schweiz und wurde durch Weitlings Agitation für den Kommunismus gewonnen. Eifrig machte er für das neue Evangelium Propaganda, wobei er es liebte, in alttestamentarischer Sprache zu reden. Diese Eigentümlichkeit liess ihn vielen wahnsinnig erscheinen.

Er hat viele Broschüren geschrieben, die heute überaus selten sind; wir nennen: „Das Ziel im Rosenlichte, eine Mahnung an die Wilhelm Telle unserer Zeit“; „Die Wiederherstellung des Reiches Zion“; „Das baldige Wiedersehn am Altar der Freiheit“; „der Aufruf an die Frauenwelt“; „Herausforderung der Priesterwelt“.

Alliance internationale de la Démocratie socialiste. Bakunin (s. d.) hatte sich September 1867 zum Mitglied des permanenten Komitees der Friedensliga wählen lassen, wurde aber schon Juli 1868 Mitglied der Internationalen (I.), da er einsah, dass die Liga eine unbedeutende Gesellschaft sei. Er veranlasste den Präsidenten der Liga, Vogt, bei der I. auf dem Kongress zu Brüssel einen Antrag auf Verbindung der beiden Gesellschaften

zu stellen, der aber von der I. abgelehnt wurde. Nun brach Bakunin mit der Liga, trat mit einer winzigen Minorität aus und gründete die A., welche eine öffentliche Gesellschaft zu sein schien, hinter der aber eine geheime A. der internationalen Brüder sich versteckte. In den geheimen Statuten dieser A. werden drei Grade unterschieden: 1. die internationalen Brüder; 2. die nationalen Brüder; 3. die halb geheime, halb öffentliche Organisation der A. Die hundert internationalen Brüder, welche ein heiliges Kollegium bilden, sind einem Centralkomitee unterworfen. Die Centralsektion in Genf ist die permanente Delegation des permanenten Centralkomitees und Exekutivkomitees, welches letztere in ein Centralbureau und Ueberwachungskomitee zerfällt. Das Centralkomitee ist von den Gründern der Alliance erwählt, die in ihre verschiedenen Länder abgereist sind und alle ihre Macht in die Hände Bakunins gelegt haben. Dies ist die autonome, antiautoritäre Organisation der A.! Das Programm der A. ist die universale Revolution, die vollkommene Zerstörung alles Existierenden, des Staates, der Kirche, sämtlicher Beziehungen der Menschen zu einander, um die vollendete Freiheit zu erreichen. Der erste Akt der Revolution muss die Vernichtung des Staates, d. h. jeder politischen Macht sein. Die Folgen davon werden sein: der Staatsbankerott, das Aufhören der Zahlung von Privatschulden, von Steuern, die Auflösung der Armee, der Bureaukratie, der Polizei und der Kirche; die Vernichtung der offiziellen Justiz, begleitet mit einem Autodafé aller Eigentumstitel, der gesamten gerichtlichen und civilen Aktenmakulatur; die Konfiskation aller produktiven Kapitalien und Arbeitsmittel zu Gunsten der Arbeiterassociationen und der Bund dieser Associationen, der die Kommune konstituieren wird. Dann aber baut sich trotz alledem der Bakuninsche Staat wieder auf mit seinen Barrikadendelegationen, Kommunalräten, Vollziehungsausschüssen u. s. f. Um aber den Erfolg der Revolution und die Ausführung der Anarchie zu sichern, dazu bedarf es eines Organs, in dem Einheit des Gedankens und des revolutionären Handelns einen Ausdruck findet, — und dies Organ ist die geheime und universelle Association der internationalen Brüder, deren hundert genügen, von Bakunin ernannt und ihm blind gehorchend perinde ac cadaver!

Die öffentliche Allianz, ein kleines Häuflein, wandte sich wiederholt, aber vergeblich, an die Föderalräte von Belgien und Paris um Aufnahme in die I., endlich am 15. Dezember 1868 an den Generalrat unter Einschickung der Statuten und des Programms, worin sie die Forderung aufstellten, als ein Körper mit ihrer vollständigen Organisation in die I. aufgenommen zu werden, so dass also unter dem Generalrate das Centralkomitee zu Genf weiter bestanden hätte und Aufnahme in die I. nur durch dieses möglich geworden wäre. Neben dem Kongress der I. sollte der Kongress der A. bestehen bleiben. Am 22. Dezember verweigerte der Generalrat die Aufnahme der A. und erst als am 22. Juni 1869 die Auflösung der A. gemeldet war, wurde den einzelnen Sektionen der Eintritt gestattet. Trotzdem trat die geheime Organisation der A. intact in die I. über. Auf dem Kongress der romanischen Föderation zu La Chaux-de-Fonds am 4. April 1870 versuchte Bakunin, sich der Herrschaft zu

bemächtigen. Durch das Verlangen der Aufnahme zweier Delegierter der Allianz brach der Zwiespalt los. Die A. wurde gezwungen, den Sitzungssaal zu verlassen, und konstituierte sich, den alten Namen der früheren Föderation, von der sie nur eine kleine Minorität bildete, usurpierend als romanischer Kongress mit einem romanischen Föderalkomitee. Zu ihrem Organ ernannte sie die „Solidarité" Guillaumes, welche schon bisher die „Egalité" der Genfer Sektion bekämpft und absolute Enthaltung auf politischem Gebiet gepredigt hatte. Sehr bald nach Schluss des romanischen Kongresses riefen die A.isten die Intervention des Generalrates an, welcher für die Genfer Partei ergriff und die A. aufforderte, einen lokalen Namen anzunehmen, später jede Beziehung mit ihr abbrach. Robin, ein Mitglied der A., welcher in den Generalrat aufgenommen war, schlug die Einberufung einer Privatkonferenz zwecks Schlichtung der Streitigkeiten vor. Als aber am 25. Juli 1871 der Generalrat die Frage zur Verhandlung auf die Londoner Konferenz vom September 1871 bestimmte, erhielt er am 10. August die Antwort, dass die Allianz sich mit dem 6. August aufgelöst habe. Sie erschien aber bald wieder als „Section des athées socialistes" und „Sektion der revolutionären socialistischen Propaganda und Aktion", die aber der Generalrat anzuerkennen sich weigerte. Die Londoner Konferenz billigte das Verfahren des Generalrates, riet den Jura-Sektionen den Namen der Jura-Föderation anzunehmen, und beschloss, den Russen Outine mit einem Bericht über das Treiben Netchaieffs und der Allianz in Russland zu betrauen. Die Jura-Sektionen, welche die Beschlüsse der Konferenz nicht anerkannten, hielten ihren Kongress zu Sonvillier am 12. November 1871 ab und erliessen von ihm aus ein Rundschreiben gegen die Konferenz und den Generalrat der I., in dem sie diesen der Autoritätssucht beschuldigten und die Einberufung eines allgemeinen Kongresses, so bald wie möglich, verlangten. Ihre Beistimmung zu diesem Cirkular erklärten natürlich die allianzistischen Sektionen in Spanien, Italien und Belgien, die Züricher Sektion und die französische Sektion von 1871 in London. Von der Jura-Föderation wurde an Stelle der eingegangenen „Révolution sociale" das „Bulletin de la Fédération Jurassienne" gegründet, dessen erste Nummer am 15. Februar 1872 erschien. Der Generalrat antwortete seinerseits mit einem Privatcirkular: „Les prétendus scissions dans l'Internationale. Genf 1872." Bakunin erklärte in der 10./11. No. vom 15. Juni 1872 des Bulletin: „Uebrigens habe ich es mir vorbehalten, alle meine Verleumder vor ein Ehrengericht zu laden, welches der nächste Kongress mir ohne Zweifel nicht verweigern wird. Und wenn mir diese Jury nur alle Garantieen für ein unparteiisches und ernstliches Urteil bietet, werde ich ihr nebst allen notwendigen Details alle sowohl politischen wie persönlichen Thatsachen auseinandersetzen können, ohne Furcht vor den Misslichkeiten und Gefahren einer indirekten Veröffentlichung." Trotzdem zog Bakunin es vor, auf dem Haager Kongress nicht zu erscheinen. Hier kam es zur Spaltung der Internationale. Als Bakunin nicht nur wegen Beteiligung an der geheimen Allianz, sondern auch wegen Betrugs aus der Internationale ausgestossen wurde, erklärten die allianzistischen Föderationen,

die des Jura, die spanische und belgische, ihren Austritt und hielten einen antiautoritären Kongress am 15. September 1872 zu St. Imier ab. Hier wurde zunächst gegen die Beschlüsse des Haager Kongresses protestiert, und ein Bund der Föderationen zwecks gegenseitiger Unterstützung geschlossen. Hinsichtlich der politischen Aktion des Proletariats beschloss man: 1. dass die Zerstörung jeder politischen Macht die erste Aufgabe des Proletariats; 2. dass jede Organisation einer sogenannten provisorischen und revolutionären politischen Macht nur eine Betrügerei sei und ebenso gefährlich für das Proletariat sein würde wie die heute existierenden Regierungen. Dieser allianzistische Zweig der I. hat dann eine Reihe von Kongressen abgehalten. Der zweite fand vom 2.—5. September 1873 zu Genf statt, wo die belgische, englische, holländische, jurassische, italienische und spanische Föderation und einige französische Gruppen vertreten waren. Hier wurden neue Statuten für die Association ausgearbeitet, in denen die Einrichtung eines Generalrates abgeschafft wurde. Auf dem Kongress zu Brüssel vom 7.—12. September 1874 waren nur fünfzehn Delegierte anwesend, welche die spanische, jurassische und belgische Föderation vertraten. Ausserdem nahmen noch zwei Delegierte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins teil. Der nächste Kongress fand zu Bern vom 26.—29. Oktober 1876 statt. Die Zahl der Delegierten betrug 32; unter den Eingeladenen befand sich ein Mitglied der socialistischen Partei Deutschlands, Vahlteich, der sich für ein friedliches Nebeneinandergehen der verschiedenen socialistischen Vereinigungen erklärte. Es wurde der Beschluss gefasst, für das folgende Jahr einen allgemeinen socialistischen Kongress nach Gent zu berufen und zu diesem alle socialistischen Arbeiterorganisationen Europas und Amerikas einzuladen. Vorher hielt aber die Allianz ihren eigenen Kongress vom 5.—8. November 1877 zu Verviers ab. Auf dem Genter Kongress, der am 9. November 1877 begann, kam es zu einer Scheidung der socialistischen Gruppen in eine kollektivistische und anarchistische Richtung; die erstere setzte sich aus den Flamländern (Paepe), Engländern und Deutschen, die zweite aus den Allianzisten zusammen. Die Kollektivisten verlangten, dass der Grund und Boden und die Arbeitsmittel in die Hände des Staates oder der Commune, als Vertretern des ganzen Volkes, übergehen sollten, während die Anarchisten sie in die Hände freier föderierter Arbeitergruppen legen wollten. Bei der Abstimmung unterlagen die Anarchisten. Sie erklärten darauf, dass die Principien der beiden Schulen einander zu entgegengesetzt wären, als dass man gemeinsam handeln könne. So war denn die Spaltung endgültig entschieden. Auch die allianzistische Internationale war zu Grunde gegangen an dem anarchistischen Teil, den sie in sich enthielt.

In Betreff der Thätigkeit der Allianz s. die einzelnen Länder. Wir lassen hier nur noch den Bericht über das Treiben der Allianz in Russland folgen.

Die Aktion der Allianz in Russland wurde durch den Prozess Netchaieff, der sich im Juli 1871 vor der Justizkammer zu Petersburg abspielte, enthüllt. Mehr als 80 Angeklagte, Männer und Frauen, welche, mit wenig Ausnahmen, zur studierenden Jugend gehörten, waren der Teil-

nahme an einer geheimen Verbindung, einige der Betrügerei und des Mordes angeklagt, zu denen sie durch einen Emissär des internationalen revolutionären Komitees verleitet waren. Dieser Emissär war Netchaieff, Inhaber eines von Bakunin ausgestellten Vollmachtszeugnisses.

Im Jahre 1869 machten die russischen Studenten lebhafte und einmütige Opposition gegen einige Erlasse, die bestimmt waren, arme Studenten von der Universität fernzuhalten und alle der Polizeiwillkür zu unterwerfen. Die Universität Petersburg wurde geschlossen, einige Studenten gefangen genommen und nach Sibirien geschickt. Man gründete nun gegenseitige Hülfskassen und organisierte sich in kleinen Gruppen, in denen man politische und sociale Fragen diskutierte. So sehr war die socialistische Idee unter den meist aus Söhnen armer Landleute bestehenden Studenten verbreitet, dass man schon an eine unmittelbare Erhebung dachte. Netchaieff, von dem Prestige der Internationalen Gebrauch machend, suchte als ihr Emissär aufzutreten und die Studenten zu offener Empörung hinzureissen. Schon 1869 war er in Genf aufgetaucht und hatte versucht, sich in das Vertrauen der Flüchtlinge, die seine Erzählungen und sein ganzes Auftreten sehr misstrauisch betrachteten, einzuschleichen. Nur Bakunin nahm sofort seine Partei und begann, in Verbindung mit ihm, seine unheilvolle Thätigkeit. Einige Zeit nachher erschienen: „Worte an die Studenten“, in denen er die studierende Jugend aufforderte, die Universitäten zu verlassen und sich durch Unwissenheit für ihre Mission vorzubereiten. Zur selben Zeit erschienen die anonymen Broschüren: 1. Formel der revolutionären Frage; 2. Principien der Revolution; 3. Veröffentlichungen der Gesellschaft des Volksgerichts No. 1, Sommer 1869, Moskau. Seit April 1869 begannen nun Bakunin und Netchaieff das Terrain in Russland zu bearbeiten. Sie schickten Briefe, Proklamationen, Telegramme an die Gefährten in Russland, die, dadurch kompromittiert, von der Polizei verhaftet wurden. Vergebens flehte man sie an, mit ihren thörichten Sendungen aufzuhören; das war ein Teil ihres Programms. Am 3. November 1869 erschien Netchaieff in Moskau, wo er durch Uspensky, dem er sich als Emissär des Genfer allgemeinen revolutionären Komitees vorgestellt hatte, mit Iwanoff und anderen Studenten der landwirtschaftlichen Schule bekannt wurde. Er veranlasste sie, in seine geheime Gesellschaft einzutreten, die ein allmächtiges, aber ihren Mitgliedern nicht bekanntes Komitee habe. Das Komitee und Organisation nannte er den russischen Zweig der allgemeinen Union, der revolutionären Allianz, der internationalen Arbeiterassociation. Ueberall verteilte er die „Worte“ und ein Gedicht „auf den Tod Netchaieffs“. Im ganzen gelang es ihm, nicht mehr als ungefähr acht Leute in Moskau durch seine Gauklereien zu fangen, wobei er immer von dem Komitee der grossen Organisation in Russland und der Sektion in St. Petersburg schwindelte. Er verlangte von den Mitgliedern der Sektion einen unbedingten Gehorsam und wusste auf die jungen Leute einen solchen Einfluss zu gewinnen, dass er sie zur Auslieferung der Studenten-Unterstützungskasse an ihn bringen konnte. Diesen Einfluss hielt er durch fortgesetzte Drohungen mit dem Centralkomitee und auch durch die Furcht vor Denunziationen aufrecht. Als

sich Iwanoff, der die Thorheit der Proklamationen und das Schwindeltreiben Netchaieffs zu durchschauen anfing, von der Gesellschaft zurückziehen wollte, ermordete er ihn mit Hülfe einiger Studenten. Auf jede Weise, durch Betrügerei, Erpressung u. s. f., verstand Netchaieff sich Geld zu verschaffen. Nach der Ermordung Iwanoffs begab er sich nach Petersburg mit Kusnetzoff, der nur zu bald fand, dass in Petersburg ebensowenig Organisation wie in Moskau und dass das Centralkomitee niemand anders als Netchaieff sei. Während die von ihm getäuschten armen Teufel ins Gefängnis geworfen wurden, gelang es ihm, wohlbehalten nach Genf zu entkommen. Dort verfertigte er mit Bakunin die zweite Nummer des „Volksgericht", in der der politische Mord verherrlicht wurde und die Grundlagen der socialen Ordnung der Zukunft entworfen wurden. Mit dem Prozess der achtzig Opfer endete diese Periode der Allianz in Russland. Bakunin selbst hütete sich wohlweislich, Russland zu betreten.

Amana-Gemeinde ist eine aus sieben Dörfern bestehende socialistische Gemeinde von circa 1800 Mitgliedern in Jowa, Nordamerika. Die Gründung dieser Gemeinde ist von einer deutschen religiösen Sekte, den „Inspirationisten", ausgegangen. Kommunistische Grundsätze haben sie erst im Jahre 1842 angenommen, als ihr erleuchteter Prophet ihnen verkündete, dass dies der Wille Gottes sei. Ihre erste Niederlassung bei Buffalo im Staate New-York wurde ihnen zu klein; sie wanderten deshalb 1855 nach Jowa aus.

Die Gemeinde besteht aus Deutschen, besonders Bauern und Handwerkern. Neue Mitglieder kommen heute noch zu ihnen aus Deutschland, denen sie manchmal die Passage bezahlen.

Sie führen ein höchst einfaches Leben, sind allen geselligen Vergnügungen abhold. Tabaks- und Biergenuss haben sie aber nicht, wie die meisten anderen kommunistischen Gemeinden, verboten, sie sollen sogar sehr starke Raucher sein, Bier aber nur mässig trinken.

Die sieben Dörfer — Amana, Ost-, West-, Süd- und Mittelamana, Amana am Hügel und Homestead — bilden eine einzige Gemeinde, welche unter der Verwaltung von dreizehn gewählten Personen steht. Bei den Wahlen haben auch die Frauen Stimmrecht.

Das geistliche Oberhaupt der Gemeinde ist das „inspirierte Instrument" Gottes. Die Aussprüche desselben werden als Offenbarungen betrachtet, die man von Beginn an sorgfältig aufgezeichnet hat, so dass sie bereits eine starke „inspirierte" Bibliothek bilden. Das Studium derselben ist ihre einzige geistige Beschäftigung. Der Schönheitssinn wird absichtlich unterdrückt. Tanzen und theatralische Vorstellungen halten sie für eine Schande der Christenheit. Ihre Fundamentalidee ist, dass die Menschen nur deshalb auf der Erde leben, um ihre Seelen zu retten. Sie sagen, dass „Der, welcher Himmel und Erde schuf, sich leicht in den Besitz der Reichtümer aller Welt hätte setzen können, dass er es aber vorgezogen habe, als ein armes Kind unter uns zu kommen und als der Aermste unter uns zu leben, so dass er selbst nicht einmal einen Platz hatte, wohin er sein Haupt legen konnte. Da sie bestrebt wären, seinem Bei-

spiel zu folgen, so müssten sie ein Leben der Einfachheit und Selbstverleugnung führen und Luxus und Eleganz in ihren Kleidern, Häusern und Umgebungen vermeiden. Ihre Versammlungshäuser wären einfach, der Herr selbst hätte ja auch keine steinernen Häuser und prächtige Kirchen gehabt. Seine Tempel wären ihre Herzen und diese rein und wohnlich zu erhalten, dass er es liebe, in dieselben einzukehren, wäre ihr erstes Bestreben."

Trotz der Verachtung irdischen Reichtums haben sie im Laufe der Jahre einen grossen Landbesitz erworben. Als Landwirte geniessen sie den besten Ruf und auch ihre Industrieprodukte werden mit Vorliebe gekauft, da sie nur das beste Material verwenden und sorgfältig arbeiten.

Ehelosigkeit erklären sie unter Berufung auf die Worte des Apostels Paulus für verdienstlich, doch gestatten sie die Ehe, der ein längeres Verlöbnis vorangehen muss.

Amerika ist immer die Zufluchtsstätte der Verfolgten gewesen. So haben sich auch viele Socialreformer und Revolutionäre, welche in ihrer Heimat bedrängt wurden, dorthin gewandt und unter den freien Einrichtungen Amerikas ihre Ideen zu verwirklichen gesucht. Im Anfange des vorigen Jahrhunderts ging Konrad Beitzel, der Stifter einer kleinen Sekte, nach Pennsylvanien und gründete die kommunistische Gemeinde Ephrata. Ihm folgten andere Sektierer: „Mutter" Ann Lee, Georg Rapp, Joseph Bäumeler und Keil, denen die kommunistischen Shakergemeinden, die Harmonisten-, Zoariten-, Bethel- und Aurora-Gemeinde ihre Entstehung verdankten. Robert Owen suchte seine Ideen in New-Harmony zu verwirklichen; seine Anhänger unternahmen in den verschiedensten Teilen des Landes dasselbe. In den vierziger Jahren wurden sehr viele socialistische und kommunistische Gemeinden gegründet, besonders dann, als Männer, wie Albert Brisbane, Horace Greeley und Charles A. Dana, die Lehren Fouriers mit Begeisterung predigten, entstanden überall „Phalangen", die bald wieder zerfielen. 1848 führte Cabet seine „Ikarier" über den Ocean und in demselben Jahr rief J. H. Noyes, der Stifter der Sekte der „Perfektionisten", seine Anhänger nach Oneida. Die Geschichte der wichtigsten dieser Gemeinden ist in besonderen Artikeln erzählt; eine Uebersicht findet sich unter dem Artikel „Kommunistische Experimente", auf den wir verweisen.

Hervorzuheben ist noch, dass auch Wilhelm Weitling (s. d.), der 1847 nach Amerika kam und dort zur Verbreitung seiner kommunistischen Ideen den „Arbeiterbund" ins Leben rief, sich einige Jahre mit dem Plane trug, in Wisconsin eine Gemeinde zu gründen. Ein unter seinen Anhängern ausgebrochener Streit verhinderte aber die Ausführung. Mit Weitling zusammen agitierte in New-York Dr. Edmund Ignaz Koch. Von denjenigen, die als Flüchtlinge nach 1848 nach Amerika kamen, waren Joseph Wedemeyer und ein deutscher Kaufmann H. Meyer besonders thätig. Socialistische Gedanken wurden damals auch in den zahlreichen deutschen Turnvereinen verbreitet. Deutsche Achtundvierziger schlossen sich in New-York 1857 zum „Kommunistenklub" zusammen, dessen Mitglieder, wie es im Statut heisst, jeden religiösen Glauben ver-

werfen, in welcher Art und Weise er sich auch gestalten möge, sowie jede nicht auf unmittelbarer Sinneswahrnehmung beruhende Anschauung. Weiter ist dort gesagt, dass sie vollkommene Gleichberechtigung aller Menschen anerkennen — gleichviel welcher Farbe und welchen Geschlechts — und deshalb zuvörderst darnach streben, das bürgerliche Eigentum, sei es ererbtes oder erworbenes, aufzuheben, um an dessen Stelle eine vernunftgemässe, jedem zugängliche, seinen Bedürfnissen möglichst entsprechende Beteiligung an den materiellen und geistigen Genüssen zu setzen. Der Kommunistenklub bestand zum grössten Teil aus gebildeten Deutschen. Deutsche Arbeitervereine entstanden in den Sechszigerjahren in New-York und in Chicago unter dem Einfluss von J. Wedemeyer und Hermann Meyer. Einwandernde Arbeiter, welche durch die Lassallesche Agitation zu Socialisten geworden waren, verstärkten dieselben. Sie liessen sich auf dem ersten nationalen Arbeiterkongress, der 1866 in Baltimore abgehalten wurde, durch E. Schlegel vertreten.

Im December 1867 erliessen Carl, Eilenberg, Kamp, Krahlinger und Petersen einen Aufruf zu einer Versammlung, deren Verhandlungen zur Bildung der „socialen Partei für die Stadt New-York und Umgebung" führten. Diese Partei hat nur kurze Zeit bestanden; von ihren Mitgliedern wurde der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein" gegründet, welcher der „National Labor Union" beitrat. Von 1868—70 bestand in New-York auch ein socialistisches deutsches Blatt: die zuerst von Dr. Landsberg, dann von Dr. A. Douai (s. d.) redigierte „Arbeiter-Union".

Der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein" schloss sich der „Internationalen Arbeiter-Association", deren eifrigster Vorkämpfer in Amerika F. A. Sorge (s. d.) war, an, seine Verbindung mit der „National Labor Union" löste er dagegen auf dem Kongress derselben zu Cincinnati im August 1870. Mehrere Jahre hindurch befand er sich im Zustande höchster Blüte; die Mitglieder gaben sich mit Eifer dem Studium der socialistischen Litteratur, insbesondere der Schriften von Marx, hin. Der Verein wurde, als die I. A. A. in Amerika Boden gewann, die Sektion I derselben. Unter den verschiedenen Sektionen trat 1872 ein Zwiespalt ein. Zwei wohlhabende Amerikanerinnen, Frau Woodhull und ihre Schwester Fräulein Claflin, hatten in New-York die neunte und zwölfte Sektion der I. A. A. gegründet, die nicht aus Arbeitern, sondern aus den verschiedensten Elementen bestanden. Die beiden Leiterinnen dieser Sektionen waren Vertreterinnen der Frauenemancipation und der „freien Liebe". Die zwölfte Sektion erklärte, dass die Ausdehnung des gleichen Bürgerrechts auf die Frauen in der ganzen Welt jeder allgemeinen Veränderung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit zu einander vorhergehen müsse. Ueber politische Gleichheit und sociale Freiheit hatte die zwölfte Sektion eigene Ansichten, auch forderte sie die Errichtung einer Universalregierung für die ganze Welt und die Abschaffung aller Sprachverschiedenheit. Sie beanspruchte ferner das Recht, die Kongressbeschlüsse und die Statuten der I. A. A. frei auszulegen. Auf dem Haager Kongress wurde die zwölfte Sektion ausgeschlossen.

Vorher, am 6. Juli 1872, war bereits der erste Kongress der I. A. A.

in Amerika zusammengetreten, auf dem 22 Sektionen vertreten waren. Der Kongress erklärte dem Londoner Generalrat seine volle Sympathie und fasste folgende Resolution: „Wir erkennen die tiefe Notwendigkeit einer starken Centralisation an, da wir ohne dieselbe machtlos der mehr und mehr wachsenden Centralisation der herrschenden Klassen preisgegeben wären, aber wir glauben, dass nach Aufhebung aller Klassenherrschaft das Föderativsystem, d. h. die selbständige, kommunale Verwaltung, vorherrschen wird."

Auf dem im September stattfindenden Haager Kongress wurde die Verlegung des Generalrats nach Amerika beschlossen. Im Februar des nächsten Jahres wurde in New-York ein deutsches Wochenblatt, die „Arbeiter-Zeitung", von den deutschen Sektionen der amerikanischen Föderation der I. A. A. gegründet. Bei der in demselben Jahre zu Gunsten der durch die Handelskrisis aufs Pflaster geworfenen Arbeiter von der I. A. A. unterstützten Agitation spielte die „Arbeiter-Zeitung" eine gewisse Rolle. Durch den Fehler der Polizeibehörden kam es im Januar 1874 zu Krawallen auf dem Tompkins-Square, welche eine Verurteilung verschiedener deutscher Socialisten zur Folge hatten. Die Vorgänge auf dem Tompkins-Square veranlassten auch, dass ein Streit zwischen den Anhängern der I. A. A. ausbrach. Zur Beilegung dieser Streitigkeiten berief der Generalrat für den 11. April 1874 nach Philadelphia einen Kongress. Hier wurde beschlossen, dass der Generalrat vorläufig den amerikanischen Föderalrat repräsentieren solle. Es wurde ferner jedem Mitglied der Föderation verboten, die bürgerlichen Parteien irgendwie zu unterstützen. Man wollte sich an der Politik nur zur Erzielung gesetzgeberischer Akte, die dem unmittelbaren Interesse der Arbeiterklasse dienen, beteiligen. Die Teilnahme an einer wirklichen Wahlbewegung verschob man bis dahin, wo man wirklich Einfluss ausüben könne. Die „Arbeiter-Zeitung" wurde zum offiziellen Organ erklärt. Bald erhoben sich aber wegen der Redaktion desselben Streitigkeiten. Die erste Sektion ergriff durch einen Staatsstreich Besitz von der Redaktion, worauf die vertriebene Partei die Hülfe der Gerichte anrief. Der Generalrat suspendierte dann die erste Sektion und erklärte verschiedene Mitglieder für unwürdig, der I. A. A. länger anzugehören. Die Lage hatte sich inzwischen so gestaltet, dass Sorge über dieselbe schreibt: „Den Mitgliedern des Generalrats wäre es eine bedeutende persönliche Erleichterung gewesen, wenn sie hätten die Sache aufgeben, ihre Ämter niederlegen können. Davon hielt sie aber ihre Pflichttreue ab und der feste Vorsatz, das ihnen anvertraute Pfand in keine unwürdigen oder unerfahrenen Hände gelangen zu lassen, und sie unterhielten daher bis Juli 1876 gewisse Verbindungen mit den meisten europäischen Ländern." Erst die am 15. Juli 1876 in Philadelphia abgehaltene Delegiertenkonferenz erklärte die Auflösung der Internationalen (s. d.). Vorher hatten sich bereits einige neue socialistische Parteien gebildet, so im Sommer 1874 die „Socialdemokratische Arbeiterpartei von Nordamerika". Eine Einigung der verschiedenen Gruppen fand auf einer am 22. Juni 1876 in Philadelphia abgehaltenen Konferenz von Delegierten der früher zur I. A. A. gehörenden

Arbeiter, der Arbeiterpartei von Illinois und der socialdemokratischen Arbeiterpartei von Nordamerika statt. Man beschloss hier die Bildung einer neuen „Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten“, welche forderte, dass alle Arbeitsmittel, Grund und Boden, Maschinen, Verkehrswege Eigentum der Gesellschaft werden sollen, um an Stelle der Lohnarbeit die genossenschaftliche Produktion mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrages zu setzen. Man empfahl den Sektionen dieser Partei, wie überhaupt allen Arbeitern, sich vorläufig jeder Wahlbewegung zu enthalten und dem Stimmkasten den Rücken zu kehren, da man sich dadurch Enttäuschungen erspare. Alle Kraft und Zeit sollte man lieber der eigenen Organisation widmen, welche durch eine voreilige Wahlbewegung häufig zerstört und stets geschädigt würde. Die hier empfohlene Politik wurde in der Folge von der grösseren Zahl der Arbeiter nicht beobachtet. Das führte denn bald wieder eine Spaltung herbei, welche durch die verschiedenen einander heftig bekämpfenden socialistischen Zeitungen nur vergrössert wurde. Die früheren Mitglieder der I. A. A. traten schliesslich aus und widmeten sich besonders der Gewerkschaftsbewegung.

Mit dem im Jahre 1877 ausgebrochenen grossen Eisenbahnausstand, der sich über 15 Staaten erstreckte, die Thätigkeit vieler Behörden während einer Woche fast ganz lähmte, überall Verwirrung und Furcht vor Gewaltthätigkeiten der Arbeiter hervorrief, hatten die Socialisten nichts zu thun. Ihre numerische Schwäche verhinderte sie schon, solche Arbeitermassen wesentlich zu beeinflussen. An einzelnen Orten haben Socialisten an der Bewegung teilgenommen, sie haben sie aber nirgends hervorgerufen. Wenn der Ausstand den Arbeitern auch nicht den Sieg brachte, so waren sie doch zum Bewusstsein ihrer Macht gekommen. Ihre Niederlage erklärten sie mit dem Mangel an Organisation und Centralisation. In der Folge nahmen deshalb alle Arbeiterverbände einen Aufschwung. Die alten politischen Parteien sahen sich gezwungen, Forderungen der Arbeiter in ihre Programme aufzunehmen, und die politische Bedeutung der socialistischen Arbeiterparteien stieg. Dies trat unter anderem in dem Anwachsen ihrer Presse deutlich zu Tage. Viele neue Blätter entstanden, so auch die New-Yorker „Volkszeitung“, welche bald grosse Verbreitung gewann.

Die Socialisten hielten die Zeit für gekommen, an der Wahlbewegung in den Einzelstaaten teilzunehmen, und errangen auch verschiedene Erfolge, insbesondere in Ohio. Vielfach gingen sie zusammen mit den sogenannten Greenbacklers, einer Partei, die durch Veränderung der Währung eine Verschiebung des Besitzstandes zu Gunsten der Kleinbürger zu erreichen suchte. Dass sich eine grössere Zahl deutscher socialistischer Arbeiter mit dieser Partei verband, wurde besonders durch die Agitation von A. Douai herbeigeführt.

Auf einem vom 25.—31. Dezember 1877 in Newark stattfindenden Kongress hatte die „Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten“ ihren Namen in „Socialistische Arbeiterpartei Nordamerikas“ umgeändert. Man führte hier eine strengere Centralisation des Verbandes ein und erklärte die Teilnahme an den politischen Wahlen als normale Agitationsaufgabe. Die politische Stärke der Partei wuchs jedoch, wie der Parteikongress zu Alle-

gheny im Dezember 1879 anerkennt, sehr langsam. Das Publikum war aber auf die socialistische Bewegung aufmerksam geworden. Wir finden seit dieser Zeit in den amerikanischen Zeitschriften regelmässig Besprechungen der socialistischen Theorie und Bewegung.

In den folgenden Jahren brach in den Reihen der Socialisten wieder heftiger Streit aus. Die Majorität unter der Leitung von Douai entschloss sich für eine Kompromisspolitik und schloss schliesslich ihre Opponenten, darunter den energischen Paul Grottkau, einen Eingewanderten, der vorher in der Bewegung der Berliner Bauhandwerker eine hervorragende Rolle gespielt hatte, aus. Der Gegensatz wurde noch verschärft durch die vielen nach Erlass des Ausnahmegesetzes aus Deutschland ausgewanderten Socialisten. Auch die von den deutschen Reichstagsabgeordneten Fritsche und Viereck im Februar 1881 begonnene Rundreise durch die Vereinigten Staaten brachte der amerikanischen Partei wenig Nutzen.

Grösseren Erfolg hatte aber Johann Most (s. d.), der in den ersten Monaten des Jahres 1883 eine Agitationsreise unternahm. Er vertrat rein anarchistische Lehren, welche er in überaus „volkstümlicher" Sprache seinen Hörern vortrug. Der Erfolg der Reise zeigte sich darin, dass sich zu dem am 14. Oktober 1883 zu Pittsburg eröffneten Kongress der Socialrevolutionäre und Anarchisten Vertreter aus 26 Städten einfanden. Dieselben gründeten eine neue „Internationale Arbeiter-Association", die „International Working People's Association" (I. W. P. A.), welche föderalistisch organisiert sein sollte. Neben den öffentlichen autonomen Gruppen sollten geheime Verbände gebildet werden. In Chicago wurde ein Centralpunkt geschaffen, das sogenannte Informationsbureau. Die von dem Pittsburger Kongress aufgestellten wirtschaftlichen Forderungen sind die des anarchistischen Kommunismus, deren logische Vereinbarkeit nur die Anhänger dieser Richtung verstehen können. Als Ziel stellte man auf: „Die Zerstörung der bestehenden Klassenherrschaft mit allen Mitteln, d. h. durch energisches, revolutionäres und internationales Handeln."

Die von den Anarchisten entwickelte Rührigkeit that der socialistischen Bewegung entschieden Abbruch. Diese war überhaupt, wie aus dem von ihr 1883 dem Kopenhagener Kongress vorgelegten Bericht hervorgeht, überaus schwach. Die Zahl der Mitglieder der socialistischen Arbeiterpartei war damals auf höchstens 2000 angegeben, von denen mindestens 1800 in Deutschland geboren waren. Die Bedeutung der Partei wurde denn auch nicht in ihrer Mitgliederzahl, sondern in der Wirkung, die sie im Denken des Volkes, in dem Bewusstsein der Masse und in der Anschauung der Landespresse hervorgebracht habe, erblickt.

Wenn auf dem Pittsburger Kongress davon die Rede war, den Versuch zu machen, mit der socialdemokratischen Partei gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind zu handeln, so erwies sich diese Hoffnung bald als trügerisch. Die Socialisten erklärten Most für einen ihrer schlimmsten Feinde, worauf dieser meinte, dass die socialistische Arbeiterpartei nur noch ein Kadaver wäre, der bald eingesargt werden müsste, um die Nase des Publikums nicht zu beleidigen.

Die socialistische Arbeiterpartei hielt im December des Jahres 1883

einen Kongress zu Baltimore ab, zu dem 21 Sektionen 16 Delegierte schickten. Man erklärte Most für einen Demagogen, der bei seiner Agitation nur das Geldmachen im Auge habe, und verdammte die Politik der Anarchisten in folgenden Worten: „Wir teilen wahrlich nicht die Thorheit von Männern, welche Dynamitbomben als das beste Agitationsmittel betrachten, um eine Umwälzung herbeizuführen; wir wissen sehr wohl, dass erst eine Revolution in den Köpfen und dem wirtschaftlichen Leben der Menschen vorangehen muss, ehe ein dauernder Erfolg für das arbeitende Volk errungen werden kann."

Im Anfang der achtziger Jahre war eine dritte Organisation, die „International Workmen's Association" (I. W. A.), entstanden, welche, im Gegensatz zu der I. W. P. A., der „schwarzen" Internationale, als die „rote" Internationale bezeichnet wurde. Dieser Verband hat die meisten Gruppen in den Weststaaten, erstreckt sich aber bis nach British Columbia, Texas und Mexiko. Seine Mitglieder sind zum grössten Teil Amerikaner, Engländer und Irländer. Die I. W. A. neigt mehr zu den Anarchisten als zu den Socialisten.

Die Mitglieder der socialistischen Arbeiterpartei beschlossen, auf der fünften Nationalkonvention, die im Oktober 1885 zu Cincinnati abgehalten wurde, eine Neuredaktion des Programms. Es heisst da: „Wir fordern die Verwandlung des Privateigentums an Grund und Boden, den Arbeitsinstrumenten und den Produktionserzeugnissen in Gemeinbesitz und damit die gemeinschaftliche Produktion, wie die gemeinschaftliche, den Leistungen und gerechten Bedürfnissen des Einzelnen entsprechende Verteilung der Güter unter Leitung der organisierten Gesellschaft. Zwecks Verwirklichung dieser unserer Forderungen erstreben wir die Erringung der politischen Macht mit allen zweckmässigen Mitteln." An den Gemeinde-, Staats- und Kongresswahlen beschloss man nur dann teilzunehmen, wenn entweder wirklich Aussicht auf Erfolg oder mindestens eine gute Gelegenheit zur Entfaltung propagandistischer Thätigkeit vorhanden wäre. Man beschloss, unter keinen Umständen Kompromisse mit anderen Parteien einzugehen, hielt sich aber in der Folge nicht an diesen Beschluss.

Im Mai des folgenden Jahres fand die bekannte Bombenexplosion auf dem Heumarkt zu Chicago statt. Ein grosser Teil der dortigen Arbeiterschaft hatte beschlossen, durch Streik vom 1. Mai 1886 an den Achtstundentag zu erlangen. An diesen Agitationen nahmen die Anarchisten lebhaften Anteil. Am 3. Mai fand in Chicago ein blutiger Zusammenstoss statt zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei, welche die neuangestellten Arbeiter vor den Misshandlungen seitens der ersteren schützen wollte. A. Spies, der Redacteur der damals anarchistischen „Arbeiterzeitung", verfasste noch an demselben Tage die für ihn später so belastenden Rachecirkulare, in denen er die Arbeiter aufforderte, sich zu bewaffnen, und liess am Abend 2500 Exemplare in der Stadt verbreiten. Für den Abend des 4. Mai wurde eine Versammlung nach dem Heumarkt gerufen, zu der circa 2000 Arbeiter erschienen. Spies, Parsons und Fielden traten als Redner auf. Ein Passus der Rede von Fielden wurde von einem Geheimpolizisten der nahen Polizeistation gemeldet,

worauf eine aus 176 Mann bestehende Polizeimacht erschien, deren Offizier die Versammlung für aufgelöst erklärte. Unmittelbar darauf wurde eine Dynamitbombe zwischen die Polizisten geworfen, worauf von beiden Seiten Revolverschüsse fielen. Sieben Polizisten wurden getötet, circa 60 schwer verwundet, und auch unter den Arbeitern gab es Tote und viele Verwundete. Die Jury klagte acht Personen als Leiter einer Verschwörung an, welche das Werfen von Dynamitbomben bezweckte, nämlich: August Spies, Albert R. Parsons, Michael Schwab, Georg Engel, Louis Lingg, Samuel Fielden, Adolf Fischer und Oscar Neebe. Verschiedene andere ebenfalls kompromittierte Anarchisten wurden, nachdem man ihnen Straflosigkeit zugesichert hatte, als Staatszeugen gegen die Angeklagten vorgeführt. Die Verhandlungen vor den Geschwornen dauerten 49 Tage. Am 20. August 1886 wurden sieben der Angeklagten zum Tode und der achte, O. Neebe, zu 15jähriger Zuchthausstrafe verurteilt. Der Verteidiger, Capt. Black, legte Revision beim Ober-Staatsgericht von Illinois und beim Ober-Bundesgericht in Washington ein, jedoch ohne Erfolg. Schwab und Fielden wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Lingg wurde am Tage vor der Hinrichtung mit zerschmettertem Schädel in seiner Zelle gefunden, und Spies, Parsons, Fischer, Engel starben am 11. November 1887 am Galgen, nachdem sie 18 Monate in Haft gewesen waren. Dass sich diese Männer schwer vergangen hatten, wurde wohl von allen, welche ihren Standpunkt nicht teilten, anerkannt. Trotzdem hielten aber viele es für ungerecht oder mindestens für inopportun, dass die schwerste Strafe über sie verhängt wurde, da in dem Prozesse doch so manches unaufgeklärt war, die Aussagen von Zeugen in wichtigen Punkten von einander abwichen und der Beweis, dass die Angeklagten Anstifter zum Morde gewesen seien, manchem unvollständig zu sein schien, so lange man denjenigen, der die Bombe geworfen habe, nicht kenne. Dies Gefühl war es wohl, das in weiten Kreisen der amerikanischen Bürgerschaft einen Protest gegen die Hinrichtung hervorrief. Aus allen Teilen der Welt liefen Begnadigungsgesuche an den Gouverneur Richard Oglesby ein. Auch deutsche Socialdemokraten — Bebel, Grillenberger, Liebknecht und Singer — richteten im Namen der grossen Mehrheit der deutschen Arbeiter ein Telegramm an denselben. Obwohl sie erklärte Gegner der Anarchisten seien, so sagten sie, kämen sie doch im letzten Augenblick, um im Namen der Menschlichkeit um Schonung des Lebens der Verurteilten zu bitten. Jetzt endlich — im Juni 1893 — hat der Gouverneur von Illinois die Freilassung von Neebe, Schwab und Fielden verfügt.

Auch in anderen Städten, besonders in New-York und Milwaukee, fanden infolge der Achtstunden-Bewegung Unruhen statt, welche zu vielen Prozessen führten. So wurden u. a. J. Most und Paul Grottkau zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt.

Alle diese Ereignisse riefen eine tiefe Erregung in breiten Schichten der Arbeiterschaft hervor und führten eine lebhaftere Teilnahme derselben am politischen Leben herbei. Die Zahl der Mitglieder aller Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften, der „Ritter der Arbeit“ (s. d.) und der politischen Verbände stieg bedeutend. Nur die Partei der Social-

revolutionäre und Anarchisten, welche ihre Führer verloren hatte, erlitt eine Einbusse, sie hatte bei den friedfertigen Arbeitern jede Sympathie eingebüsst.

In Illinois bildete sich eine neue selbständige Partei, die „United Labor Party“, aus Mitgliedern der verschiedenen Arbeiterorganisationen. Sie hatte zuerst einen Erfolg, der Republikaner und Demokraten aufs Höchste überraschte, büsste ihre Bedeutung aber schon bald darauf, als die beiden anderen Parteien sich zu ihrer Bekämpfung verbanden, ein. Aehnlich war das Schicksal der in verschiedenen anderen Staaten — Jowa, Michigan, Indiana u. s. w. — gebildeten unabhängigen Parteien. Den grössten Erfolg hatte die in New-York entstandene „United Labor Party“, welche die Forderungen von Henry George (s. d.) zu den ihrigen gemacht hatte. Bezüglich der Ideen von H. George verweisen wir auf den Artikel „Bodenbesitzreform“. Die verschiedenen Arbeiterorganisationen New-Yorks stellten auf einer Konvention ein Programm auf, in dem es u. a. hiess: „Wir erklären, dass der enorme Wert, welchen die Anwesenheit von anderthalb Millionen Menschen dem Grund und Boden dieser Stadt gibt, von Rechts wegen der ganzen Gemeinde gehört; dass derselbe nicht zur Bereicherung von Individuen und Korporationen, sondern in Form von Steuern zur Verbesserung und Verschönerung der Stadt, zur Beförderung der Gesundheit, Bequemlichkeit, Erziehung und Erholung der Bürger dienen sollte, ebenso zur Herstellung von Verbindungslinien, wie sie den Bedürfnissen der grossen Metropole angemessen sind.“ Auf Grund des Programms stellte man Henry George zum Kandidaten für das Bürgermeisteramt der Stadt New-York auf. Er erhielt 67,699 Stimmen, während sein demokratischer Gegenkandidat mit circa 90,000 Stimmen die Majorität hatte. Trotzdem war das Resultat dieser Wahl ein grosser moralischer Erfolg für die Arbeiterpartei. Aber auch viele andere nahmen den von H. George vertretenen Gedanken einer Bodenbesitzreform mit Eifer auf, so insbesondere verschiedene Geistliche, von denen der katholische Dr. Eduard Mc Glynn der hervorragendste war. Die so schnell gross gewordene „George-Partei“ zerfiel aber bereits im nächsten Jahre. Die zu Anfang des Jahres 1887 stattfindenden Beratungen zur Feststellung eines definitiven Programms und der Organisation der vereinigten Arbeiterpartei standen so sehr unter dem Einfluss der Socialisten, dass George und seine Freunde, die Christlich-Socialen, dieser Entwicklung der Dinge entgegenzutreten beschlossen. Sie liessen deshalb auf der im August stattfindenden Staatskonvention zu Syrakuse die Socialisten aus der Partei ausschliessen! 94 Delegierte stimmten dafür und 54 dagegen. Die bei den Novemberwahlen im Staate New-York für George abgegebenen Stimmen genügten nicht, um ihn zum Staatssekretär zu machen. Bald darauf überwarf sich George auch mit Mc Glynn und gab darauf die Selbstständigkeit der Partei auf. George schloss sich den Demokraten an und agitierte in erster Linie für den Freihandel.

Die von George ausgeschlossene socialistische Arbeiterpartei hatte sich mit einer Anzahl Gewerkschaften der Stadt New-York zu der „progressiven Arbeiterpartei“ verbunden, die in ihrem im September 1887 *entworfenen* Programm forderte, dass „allen die freie Benützung des

Grund und Bodens und der Arbeitsmittel gestattet werden solle, ohne den Landlords oder den Monopolisten Tribut dafür zu entrichten". Es gelang der Partei aber nicht, grössere Bedeutung zu erlangen, so dass sie sich bald auflöste.

Die socialistische Arbeiterpartei hatte die Zahl ihrer Sektionen infolge der im Herbst 1886 unternommenen Agitationsreise von W. Liebknecht, Dr. E. Aveling und Frau Eleonore Marx-Aveling vergrössert. Während die letzteren auf die englisch redende Bevölkerung Einfluss zu gewinnen suchten, war Liebknecht in erster Linie unter den Deutsch-Amerikanern thätig. Dass er grossen Einfluss gehabt hat, beweisen u. a. die aus Amerika für den deutschen Wahlfonds 1890 eingetroffenen grossen Summen. Ein dauernder Aufschwung der Partei wurde aber durch die in ihren Reihen immer wieder ausbrechende Uneinigkeit unmöglich gemacht. Die verschiedenen Zeitungsredaktionen, Parteiführer und Sektionen konnten sich nie darüber einigen, ob an politischen Wahlen teilgenommen werden solle und welche Stellung man zu den Gewerkschaften einzunehmen habe. Dem „Socialisten" gegenüber, der die politische Aktion für die einzig geeignete Propaganda hielt und das Zusammengehen mit den Gewerkschaften, da es zu Kompromissen führe, verwarf, hob die „New-Yorker Volkszeitung", welche den grössten Leserkreis unter den deutschen Socialisten besitzt, wohl mit Recht hervor, dass die Gewerkschaft die historisch notwendige Organisationsform der handarbeitenden Bevölkerung sei und, wenn sie auch eine egoistische Organisationsform sei, doch einen gewaltigen Fortschritt bedeute, da in ihr das individuelle Interesse sich dem der Genossenschaft unterordnen müsse. Die Wahlen könnten zwar eine geeignete Propaganda sein, wären es aber nicht immer. Nur die erfolgreichen Wahlen d. h. diejenigen, bei denen überraschend viele Stimmen abgegeben würden, seien zu billigen, aber unter den gegenwärtigen amerikanischen Verhältnissen nur selten zu erwarten. Der Schwerpunkt der Wahlen liege in der Zukunft. Die Aufgabe der socialistischen Arbeiterpartei sei daher vor allem: 1. die englische Arbeiterpresse zu vervollkommnen; 2. die Gewerkschaften, wie überhaupt die ökonomischen Kampfesorganisationen der Arbeiter, von der Korruption gründlich zu reinigen und mit socialistischem Geiste zu erfüllen; 3. die ausgestatteten Körperschaften zur Grundlage der zukünftigen amerikanischen Socialistenpartei zu machen, mit welcher sich alle übrigen von Klassenbewusstsein erfüllten Elemente der Bevölkerung zur gemeinschaftlichen Aktion vereinigen könnten. Der Gegensatz führte im Sommer 1889 wieder zur Spaltung der socialistischen Arbeiterpartei, die wiederum einen Abfall der meisten Mitglieder zur Folge hatte.

Das kleine Häuflein der Anarchisten rieb sich durch persönliche innere Streitigkeiten fast ganz auf. Die übrigbleibende Kraft wurde auf die Bekämpfung der socialistischen Zeitungsredacteure verwandt, von denen besonders der jetzige Redacteur der Arbeiterzeitung, welche nach der Hinrichtung der Chicagoer Anarchisten wieder in die Hände der Socialisten geriet, Moritz Schultze, sich den Zorn von Johann Most und seinen Freunden zugezogen hat.

Alle politischen Arbeiterorganisationen sind so in Amerika äusserst schwach, ihre Mitglieder sind meistens eingewanderte Deutsche, welche infolge ihrer mangelhaften Kenntniss der amerikanischen Verhältnisse sich nicht zur Befolgung einer zielbewussten Politik einigen können. Dem Eifer einiger Mitglieder ist die Propaganda socialistischer Ideen aber, wie allgemein berichtet wird, in hervorragender Weise gelungen. Sie wurden in ihrer Thätigkeit unterstützt durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, welche die Klassengegensätze immer schroffer hervortreten lassen. Die rein wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen wurden, da sie dem kombinierten Kapital gegenüber mit ihren Forderungen meistens nicht durchdrangen, der Lehre zugänglich, dass die Arbeiterklasse die politische Macht zur Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse in ihre Hände zu bringen bestrebt sein muss.

Ueber das Verhältnis der „Knights of Labor" zu dem Socialismus siehe den Artikel „Ritter der Arbeit".

Es muss noch hervorgehoben werden, dass zwei amerikanische Journalisten H. George (s. d.) und Edward Bellamy (s. d.) durch ihre Bücher „Fortschritt und Armut" und „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000" dem Socialismus aus den Mittelklassen viele Anhänger zugeführt haben, welche sich zum Teil der marxistischen Partei angeschlossen haben. Siehe darüber die Artikel „George" und „Bellamy". Die Anhänger des letzteren nennen sich „Nationalisten" und haben zur Vertretung und Ausbreitung ihrer Ideen die Zeitschrift „The New Nation" geschaffen. Diese Zeitung bezeichnet als das Programm der Nationalisten: 1. die Nationalisation der Post-, Telegraphen-, Telephonanstalten, der Eisenbahnen und Bergwerke; 2. Municipalisation der Gas- und Wasseranstalten u. s. w.; 3. Gewährung gleicher Erziehungsgelegenheiten für die Armen wie die Reichen und Inangriffnahme von Reformen zur Herbeiführung von mehr menschlichen, brüderlichen und gleichen Lebensbedingungen des Volkes.

Amouroux, Charles, geboren 1843 zu Chalabre (Aude). Er war seines Berufes Hutmacher und organisierte 1863 zu Nantes eine Gewerkschaft der Hutmacher. In Brüssel schloss er sich der Internationalen an. Am 18. März 1871 ward er von dem Comité central in die Provinz geschickt, um die kommunalistische Revolution zu verbreiten. Er war in Lyon, St. Etienne, Toulouse und Marseille mit grossem Erfolge thätig, kehrte aber, als er seine Wahl zum Mitglied der Kommune erfahren hatte, nach Paris zurück. Am 22. Mai fiel er in die Hände der Versailler und ward zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt. Nach der Amnestie von 1880 wurde er 1882 Mitglied des Pariser Munizipalrates und 1885 Deputierter für St. Etienne, starb aber bald nachher.

Anarchismus. Der Ausdruck „Anarchie" als einer Gesellschaftsform geht zurück auf Proudhon (s. d.), der als erster dieselbe als die ideale Form der Gesellschaft verkündet hatte und dadurch auf die Entwicklung der socialistischen Ideen und der socialistischen Partei bis in die neuere Zeit in Frankreich einen wenig günstigen Einfluss ausgeübt hat. Doch gewann der anarchistische Gedanke erst grösseren Einfluss und neues

Leben durch Bakunin (s. d.), der, in Paris mit Proudhon bekannt geworden, die Idee der Anarchie lebhaft aufnahm. Er war es auch, der zuerst eine Organisation zur Verbreitung dieser anarchistischen Lehren in der „Alliance de la Démocratie socialiste“ (s. d.) schuf. Eine Sektion derselben, wohl die wichtigste, die von Bakunin gegründete Juraföderation, ward die Wiege der Anarchie und hat in der Entwicklung dieser Ideen auch durch ihre Zeitung, das „Bulletin“ (1872—77), eine grosse Rolle gespielt. Leiter der Juraföderation war Paul Brousse, der Redacteur der „Avantgarde“. Er verfocht besonders die „Propaganda der That“, d. h. empfahl Revolten und Attentate, um durch sie auf die Partei aufmerksam zu machen — dies später der Hauptzug anarchistischer Taktik — und verherrlichte auch die Attentate auf Kaiser Wilhelm I. von Deutschland durch Hödel und Nobiling. Sein Blatt wurde deshalb von der Schweizer Regierung unterdrückt, er selbst zu zwei Monaten Gefängnis und zehnjähriger Verbannung verurteilt. An die Stelle der „Avant-garde“ trat der „Révolté“, in dessen Spalten sich die anarchistische Lehre endgültig ausbildete. Schon auf dem Kongress zu Gent 1877, dann zwei Jahre später auf dem zu Marseille 1879 wurde von den Delegierten der Allianz und der französischen Sektionen, die besonders in Südfrankreich zahlreich sind, die anarchistische Lehre formuliert und endgültige Scheidung von den übrigen socialistischen Gruppen herbeigeführt. 1880 fand ein Kongress zu Lyon statt und seitdem begann von neuem eine lebhafte Agitation für den Anarchismus unter den Lyoner Arbeitern. Von Lyon aus wurden dann anarchistische Gruppen in Vienne, St. Etienne, Villefranche, Creuzot, Paris, Marseille und Lille gegründet; zwei Journale erschienen: „Droit social“ in Lyon und „Révolution sociale“ (No. 1. 12. September 1880) in Paris, die ein anarchistisches Programm und anarchistische Leitartikel veröffentlichten. Reclus (s. d.), Krapotkin (s. d.), Gautier (s. d.) waren die hervorragendsten Agitatoren. 1880 fand ein Kongress der belgischen Föderation zu Brüssel (19. September) und der Juraföderation zu La Chaux-de-Fonds (9. Oktober) statt. Da sich der Mangel an Organisation der einzelnen autonomen Gruppen sehr fühlbar machte, so suchte die Pariser Gruppe in Schriftverkehr mit den übrigen zu treten. Als sich trotzdem das Uebel verschlimmerte, wurde ein Kongress nach London auf den 14. Juli 1881 berufen. Hier schlug man den socialistisch-revolutionären Organisationen einen Föderativ-Vertrag vor, der sich wenig von dem Programm des Genfer Kongresses der Allianz 1873 unterschied. Man empfahl die Gründung eines internationalen Auskunftsbureaus, das aus drei Mitgliedern bestehen und mit allen Gruppen in Schriftverkehr treten sollte, erklärte die Stunde für gekommen, zur Periode der That überzugehen und mit der mündlichen und schriftlichen Propaganda, deren Unwirksamkeit bewiesen sei, die Propaganda der That und der internationalen Aktion zu verbinden, und bekämpfte jede parlamentarische Politik. Betreffs der Propaganda der That wurde noch die folgende ausführlichere Resolution gefasst: „Der Kongress erklärt es für durchaus notwendig, mit allen möglichen Mitteln durch die That die revolutionäre Idee und den Geist der Revolte in dem grossen Teil der Volksmasse zu

verbreiten, welcher noch keinen aktiven Anteil an der Bewegung nimmt und noch Illusionen über die Moralität und die Wirksamkeit legaler Mittel sich macht. Indem wir das legale Gebiet verlassen, auf dem man im allgemeinen bis heute geblieben ist, um unsere Aktion auf das Gebiet der Ungesetzlichkeit zu tragen, welches der einzige Weg zur Revolution ist, ist es notwendig, zu Mitteln zu greifen, welche mit dem Zweck übereinstimmen. Die Verfolgungen, denen unsere öffentliche Presse unterliegt, zwingen uns von jetzt ab zur Organisation einer geheimen. Die Propaganda der That ist auf dem Lande von noch grösserer Wirkamkeit als in der Stadt. Da die technischen und chemischen Wissenschaften bereits grosse Dienste der revolutionären Sache geleistet haben und noch zu leisten bestimmt sind, so empfiehlt der Kongress allen Organisationen und Mitgliedern, grossen Wert auf das Studium und die Anwendungen dieser Wissenschaften als ein Mittel des Angriffs und der Verteidigung zu legen.“ Auf dem Kongress waren 60 Föderationen und 59 Gruppen oder Sektionen, welche ungefähr 50,000 Personen umfassten, vertreten. Die in London gehaltenen Reden verfehlten ihre Wirkung auf die Förderung der anarchistischen Ideen nicht. In Frankreich verfügte die anarchistische Partei über eine grosse Zahl von Organen, wie „Le Bulletin des groupes anarchistes“, „Le Révolté“, „La Révolution sociale“, „L'Etendard révolutionnaire“, „La Lutte“, „Le drapeau noir“ u. s. f. In Lyon organisierte man eine Association der anarchistischen Gruppen unter dem Namen der anarchistischen Lyoner revolutionären Föderation, welche Zweiggesellschaften in St. Etienne, Villefrance, Monteceau-les-Mines, Creuzot, Paris, Bordeaux, Marseille hatte. In St. Etienne waren die Outlaws, die anarchistische Jugend, föderiert unter dem Namen „Alliance stéphanoise“. Der zweite anarchistische Kongress fand zu Genf am 12. August 1882 statt, um die vollständige Trennung der Anarchistenpartei von allen anderen auszusprechen. Hier versammelten sich die Delegierten (12 der Lyoner Gruppe, je 3 von Wien und St. Etienne, 2 von Paris, je 1 von Villefrance, Bordeaux, Cette, Monteceau, der italienischen Gruppe) und beschlossen die Veröffentlichung eines Manifestes, in dem die anarchistischen Gedanken klargelegt werden sollten. Hier wird ungefähr ausgeführt: „Als Anarchisten, d. h. Leute ohne Regierung, bekämpfen wir jeden, der sich irgendwie Gewalt über die Menschen angeeignet hat, den Besitzer, Fabrikanten, jeden Staat, auch den socialistischen. Jeder Gedanke an Autorität ist uns zuwider, jedes Gesetz ist unser Feind. Unser Ziel ist daher Vernichtung jedes Staates durch eine revolutionäre Bewegung; alle gesetzlichen Mittel, auch das allgemeine Stimmrecht, verabscheuen wir. Da aber die individuelle Freiheit nicht ohne Vereinigung mit anderen freien Genossen bestehen kann, da jeder der Unterstützung des anderen bedarf, da ferner jedes sociale Produkt ein Werk der Gesamtheit ist, auf das alle gleiches Anrecht haben, so sind wir auch Kommunisten. Wir wollen das gemeinschaftliche Eigentum erobern und verteidigen.“ Im Dezember 1882 wurde Krapotkin mit 65 Genossen von der französischen Regierung verhaftet und der Gründung und Teilnahme an der Internationale angeklagt. In diesem Lyoner Anarchistenprocess wurde die

Organisation der Anarchisten im südöstlichen Frankreich aufgedeckt. Die Gefangenen wurden zu harter Gefängnisstrafe verurteilt.

In Deutschland wurden anarchistische Lehren zuerst vertreten von einer Reihe von Männern, welche an Proudhon anknüpften. Es waren dies Moses Hess in seiner „Philosophie der That" und „Socialismus" 1843, und Karl Grün in „Socialismus und Communismus in Frankreich". Auch in der Schweiz fanden diese Anschauungen Anhang. Der Führer dieser Bewegung war W. Marr; doch ward diesen Bestrebungen durch Schliessung der anarchistischen Vereine und Ausweisung der Führer ein schnelles Ende bereitet. In Deutschland hat der Anarchismus überhaupt nie recht Boden gewinnen können, da er von Anfang an von der Socialdemokratie aufs schärfste bekämpft wurde. Auf dem Parteitage von St. Gallen wurde gegen den Anarchismus Stellung genommen und gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Der Parteitag erklärt die anarchistische Gesellschaftstheorie, soweit dieselbe die absolute Autonomie des Individuums erstrebt, für antisocialistisch, für nichts anderes als eine einseitige Ausgestaltung der Grundgedanken des bürgerlichen Liberalismus, wenn sie auch in ihrer Kritik der heutigen Gesellschaftsordnung von socialistischen Gesichtspunkten ausgeht. Sie ist vor allem mit der socialistischen Forderung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der gesellschaftlichen Regelung der Produktion unvereinbar und läuft, wenn nicht die Produktion auf den Zwergmasstab des kleinen Handwerks zurückgeführt werden soll, auf einen unlöslichen Widerspruch hinaus. Der anarchistische Kultus und die ausschliessliche Zulassung der Gewaltpolitik beruht auf einem groben Missverständnis der Rolle der Gewalt in der Geschichte der Völker.

„Die Gewalt ist ebenso gut ein reaktionärer als ein revolutionärer Faktor; ersteres sogar häufiger gewesen als das letztere. Die Taktik der individuellen Anwendung der Gewalt führt nicht zum Ziele und ist, insofern sie das Rechtsgefühl der Masse verletzt, positiv schädlich und darum verwerflich.

„Für die individuellen Gewaltakte bis aufs äusserste Verfolgter und Geächteter machen wir die Verfolger und Aechter verantwortlich und begreifen die Neigung zu solchen als eine Erscheinung, die sich zu allen Zeiten unter ähnlichen Verhältnissen gezeigt hat, und welche gegenwärtig durch bezahlte Agents provocateurs für die Zwecke der Reaktion gegen die arbeitende Klasse ausgenützt wird."

Erst Mitte der siebziger Jahre gelang es, in der Schweiz zwei deutsche Sektionen zu gründen, und seit Juli 1876 erschien die anarchistische „Arbeiterzeitung" in Bern unter Leitung Brousses. In Deutschland wurde die Propaganda besonders von Reinsdorff, aber nur mit geringem Erfolg betrieben. Nach Erlass des Socialistengesetzes erhielt die anarchistische Bewegung neues Leben durch den Uebertritt Mosts zum Anarchismus nnd die Aufnahme der litterarischen Propaganda durch sein Organ, die „Freiheit". In Deutschland selbst kam es nur zur Gründung weniger Gruppen mit circa 200 Mitgliedern, auch wurde durch einige Attentate Propaganda der That gemacht. Bei weitem grösser war der

Erfolg des Anarchismus in Oesterreich, besonders seit Joseph Peukert die Leitung übernommen hatte. In einer Reihe von Zeitungen wurde der blutigste Terrorismus gepredigt, durch Raubmorde, an denen besonders Kammerer und Stellmacher beteiligt waren, suchten sie sich Gelder für die Propaganda zu verschaffen. Es gelang ihnen, die Arbeiterklasse so in ihre Hände zu bekommen, dass neben ihnen die Socialdemokratie bedeutungslos wurde. Doch durch das energische Einschreiten der Regierung, durch Ausnahmegesetze, hohe Kerkerstrafen, Massenverhaftungen wurde die anarchistische Bewegung in verhältnismässig kurzer Zeit unterdrückt. Peukert und die anderen Agitatoren mussten fliehen, die Zeitungen gingen ein und jede Verbindung löste sich zwischen den einzelnen Gruppen. Most wurde ebenfalls gezwungen, Deutschland und 1886 auch London zu verlassen, nachdem er zu einer harten Kerkerstrafe wegen Verherrlichung des Zarenmordes verurteilt und seine Zeitung „Freiheit“ unterdrückt worden war. Grössere Bedeutung hatte der Anarchismus in Amerika speciell Chicago gewonnen. Ueber das Bombenattentat und den Chicagoer Anarchistenprozess siehe Amerika. London ist jetzt wohl das Hauptquartier des Anarchismus. Wir nennen von daselbst lebenden Anarchistenhäuptlingen: Krapotkin, Luise Michel, Malatesta, Mowbray u. s. f. Es existieren zwei deutsche anarchistische Klubs, der eine aus Anhängern von Most bestehend, der andere „Autonomie“ mit dem Journal gleichen Namens, das eine Zeit lang von Peukert, der sich später als Polizeiagent entpuppte, geleitet wurde. Von Zeitungen erwähnen wir noch die englische „Freedom“, während der „Commonweal“ eingegangen ist, und die hebräisch gedruckte jüdische „Der Arbeiterfreund“.

Eine genaue Geschichte des Anarchismus ist unmöglich, auch wäre es nutzlos, alle die Mordthaten, Diebstähle, Bombenattentate u. dgl., von ihnen Propaganda der That genannt, aufzuzählen, ganz abgesehen davon, dass dadurch ihrer Absicht Genüge geschehen würde.

Anneke, F., ehemaliger Lieutenant, gab 1848 in Köln in Gemeinschaft mit F. Beust die „Neue Kölnische Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten“ heraus, in der er socialdemokratische Grundsätze vertritt. In No. 61 sagt er: „Die rote Republik proklamiert das Recht auf Arbeit; sie verlangt, dass ein jeder, der seine Kräfte und Fähigkeiten der Gesellschaft widmet, eine ausreichende Existenz habe; sie will Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle! Die rote Republik ist die demokratische, sociale Republik: und weil sie das Glück und die Freiheit Aller will, deshalb wird sie von allen denen geschmäht, welche Glück und Freiheit als ein Vorrecht betrachten, dessen das Volk nicht würdig wäre!“

Anseele, Eduard, geboren den 25. Juli 1856 zu Gent als Sohn eines Schuhmachers. Er besuchte die Elementarschule und trat dann als Commis in das Bureau eines Notars ein. Um der socialistischen Partei besser dienen zu können, wurde er Typograph. Jeden Sonntag trug er die Nummern des „Werker“ in Gents Arbeitervierteln aus. Später gründete er selber den „Volkswil“ und den „Vooruit“. Gent verdankt ihm die Einrichtung des grossen cooperativen Etablissements „Vooruit“ (s. d.). A. ist auch Verfasser eines Romans in flamländischer Sprache: „Voor't

Volk geofferd", von dem 1887 eine französische Uebersetzung erschien. 1886 wurde er wegen Pressvergehens verfolgt und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Während er die Strafe abbüsste, ward er von den Brüsseler Arbeitern zum Kandidaten für die Kammern ernannt, aber nicht gewählt.

Apotheken. Am 2. März 1892 kam im deutschen Reichstag ein von der socialdemokratischen Partei gestellter Antrag zur Verhandlung, durch den die verbündeten Regierungen ersucht wurden, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Uebernahme der Verwaltung und des Eigentums des Apothekerwesens durch das Reich herbeigeführt wird. Der Uebergang des Apothekerwesens in Reichsverwaltung und Reichseigentum, heisst es in den Motiven, ist die notwendige Konsequenz der Gesetze über Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung. Das Reich soll mit der Verwaltung oder Besitznahme der Apotheken kein fiskalisches Interesse verfolgen, sondern die Medikamente zum Selbstkostenpreis verabreichen. Die Begründung, die von Bebel gegeben wurde, enthielt etwa folgendes: Das Privilegien- und Konzessionssystem und die regelmässigen Revisionen, durch die dem Publikum der Schutz vor Verfälschungen der Arzneien gewährt und der Geheimmittelschwindel beschränkt werden sollte, haben sich als durchaus unzureichend herausgestellt. Eine Freigabe der Apothekerei würde durchaus keine Reform sein, da ja auch in den Ländern, die sich derselben erfreuen, die Klagen über hohe Preise und gefälschte Waren nicht geringer sind, wie in Deutschland. Durch die Bevölkerungszunahme und die neue Organisation des Kranken- und Unfallversicherungswesens sind die Gewinne der Apotheker in den letzten beiden Jahrzehnten rapide gesteigert worden. Die notwendige Folge dieser Thatsache ist die ebenso schnelle Steigerung des Wertes der Apotheken, die infolgedessen zu einem Objekt oft des schamlosesten Schachers wurden. Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht die fortgesetzte Verschlechterung der Lage der den Apothekenbesitzern auf Gnade und Ungnade übergebenen Pharmaceuten. Einmal ist es den meisten von ihnen bei der Preissteigerung der Apotheken unmöglich gemacht, je selbstständig zu werden, andererseits werden sie, da der hohe Kaufspreis den Apothekenbesitzer zu rücksichtsloser Ausbeutung seines Personals zwingt, zumal bei dem grossen Angebot von Arbeit, äusserst schlecht bezahlt und in einer Weise überarbeitet, die, indem sie notwendig zu fahrlässigen Verwechslungen der Medikamente führen muss, für das Publikum eine grosse und ständige Gefahr ist. Allen diesen Uebelständen gegenüber würde die einzige, das Wohl der Gesellschaft verbürgende Reform die Verstaatlichung des Apothekerwesens sein. Mit einer dann möglichen besseren Verteilung der Apotheken würde die Schnelligkeit der Arzneiversorgung und die Sicherheit für die vorschriftsmässig bereiteten Arzneien wesentlich steigen. Da ausserdem der Unternehmergewinn fortfallen würde, müssten die Preise bedeutend geringer sein als heute.

Arbeiterausschüsse sind in neuester Zeit in einigen grösseren Unternehmungen ins Leben gerufen. Man nannte so Vertretungen der Arbeiterschaft, mit denen der Unternehmer in gewissen Fällen zu verhandeln

pflegte, um sicher zu sein, dass er mit einer von ihm beabsichtigten Regelung auf keinen Widerstand bei den Arbeitern stossen würde. Die Arbeiterausschüsse hatten nur die Befugnisse, welche ihnen der Unternehmer im einzelnen Falle beilegte.

Erst die neue Gewerbeordnung hat den Ausdruck „ständige Arbeiterausschüsse" zu einem Rechtsbegriff gemacht. Sie versteht darunter Vertretungen der Arbeiter, welche in bestimmter Weise zusammengesetzt sind. Das Wesentliche dieser Bestimmungen ist, dass die Mehrzahl der Mitglieder durch die Arbeiter in direkter und geheimer Wahl gewählt ist.

Die Einsetzung ständiger Arbeiterausschüsse ist in keinem Falle obligatorisch gemacht. Nur ein indirekter Zwang wird auf den grösseren Unternehmer ausgeübt. Es können nämlich Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter bei Benutzung der zu ihrem Besten getroffenen mit der Fabrik verbundenen Einrichtungen, sowie Vorschriften über das Verhalten der minderjährigen Arbeiter ausserhalb des Betriebes nur mit Zustimmung eines ständigen Arbeiterausschusses in die Arbeitsordnung aufgenommen werden. (§ 134 b, Abs. 3.) Wer dies will, muss also ständige Arbeiterausschüsse schaffen. Ein weiterer Vorteil ist damit verbunden. Es wird nämlich der Vorschrift des Gesetzes, dass vor dem Erlass oder der Abänderung einer Arbeitsordnung den betreffenden grossjährigen Arbeitern Gelegenheit gegeben werden muss, sich zu äussern, durch Anhörung des ständigen Arbeiterausschusses genügt (§ 134 h).

In dem Antrag der socialdemokratischen Fraktion zur Abänderung der Gewerbeordnung finden wir die Forderung von Arbeiterausschüssen nicht, statt dessen aber die Forderung von „Arbeitsämtern" und „Arbeitskammern" (s. d.).

Arbeiterschutzgesetzgebung. Im Erfurter Programm der socialdemokratischen Partei wird eine „wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung" verlangt, und zwar auf folgender Grundlage:

a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.
b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
c) Verbot der Nachtarbeit, ausser für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
e) Verbot des Trucksystems.

Ueber Normalarbeitstag, Kinderarbeit, Trucksystem handeln wir in besonderen Artikeln. Ueber internationale Arbeiterschutzgesetzgebung siehe „Internationale Arbeiterschutzkonferenz" und „Internationale Kongresse".

Die Arbeiterschutzgesetzgebung erscheint historisch zuerst als Fabrikgesetzgebung. In den meisten Ländern ist sie heute noch nichts weiter. Auch in Deutschland erscheinen vielen die beiden Ausdrücke als Synonyma.

In juristischer Hinsicht ist die Fabrikgesetzgebung eine Beschränkung des Arbeitsvertrags — der Dienstmiete, locatio conductio operarum —,

in ökonomischer Hinsicht ist sie, wie Marx es treffend ausdrückt, „die erste bewusste und planmässige Rückwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsige Gestaltung ihres industriellen Produktionsprozesses — ebenso ein notwendiges Produkt der grossen Industrie wie Baumwollengarn und Selfactors“.

Diese Worte von Marx führen uns ins Vaterland der Fabrikgesetzgebung, nach England. Aus welchen Verhältnissen heraus und wie sie entstanden ist, können wir hier nicht näher ausführen. Engels „Lage der arbeitenden Klassen in England“ und Marx „Kapital“ haben dies in klassischer Weise dargestellt. Wir können uns aber nicht versagen, aus einer trefflichen Abhandlung des wirkl. Geh. Legationsrates und Präsidenten des Kaiserlichen Patentamts von Bojanowski, eines der besten Kenner englischer Verhältnisse, folgenden Passus zu citieren: „In dem unsagbaren Elend, das die Fabrik- und Arbeiterbevölkerung in England ausweislich des in den Verhandlungen zahlloser Parlamentsenquêten aktenmässig niedergelegten Materials bis über die Mitte unseres Jahrhunderts hinaus durchlebt hat, sind die Folgen der Welt vor Augen gerückt worden, welche der naturwüchsiger Ausgestaltung überlassene industrielle Produktionsprozess dem Lande zu bereiten im stande ist, wo er sich uneingeschränkt zu entfalten vermag. Sie haben sich als Zustände unerhörter Bewucherung der Arbeitskraft, rohester Knechtung des Menschen im Arbeiter, grauenvoller Verwüstung von Gesundheit, Leibesbeschaffenheit und Leben, völliger körperlicher, sittlicher, geistiger Verkümmerung ganzer Schichten des Volkes, als Zustände geoffenbart, von denen, um einen Ausdruck V. A. Hubers zu gebrauchen, das Härteste, was mit den von der Sprache dargebotenen Mitteln überhaupt gesagt werden k a n n, nur wie Rosenwasser in der Anwendung auf eine Pestbeule ist.“

In England erwarb sich zu Anfang des Jahrhunderts um die Fabrikgesetzgebung das grösste Verdienst der verehrungswürdige Robert Owen (s. d.). Auch die Namen einer Reihe von Tories — Sadler, Oastler, Shaftesbury — müssen hier genannt werden.

In einzelnen deutschen Staaten finden wir schwache Anfänge einer Fabrikgesetzgebung bereits in den vierziger Jahren. Für Preussen nennen wir: ein Regulativ vom 9. März 1839, die allgemeine Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845, die Verordnung vom 9. Februar 1849, das Gesetz vom 16. Mai 1853 u. s. w. Eine Reihe von Schutzbestimmungen finden wir in der Gewerbeordnung von 1869. Der dadurch geschaffene Zustand erschien aber bald als unbefriedigend. Im Jahre 1873 forderte der Reichstag den Reichskanzler zu einer Enquête darüber auf, ob ein weitergehender Schutz angemessen und notwendig sei. Diese Enquête erfolgte 1874 und 1875. Die Folge war die Novelle vom 13. Juli 1878. Die wesentlichen Bestimmungen derselben waren, dass die Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitern durch den Bundesrat aus Rücksichten der Gesundheit und Sittlichkeit beschränkt werden konnte, dass das Institut der Fabrikinspektoren obligatorisch gemacht und dass die Fabrikgesetzgebung auf alle mit Dampfkraft arbeitenden Betriebe, auf Hüttenwerke, Bauhöfe und Werften ausgedehnt wurde. In den folgenden Jahren wurde

in verschiedenen Gesetzen eine Reihe einzelner Schutzbestimmungen erlassen.

Aus der Mitte des Reichtags wurden in den achtziger Jahren mehrere Gesetzentwürfe, in denen weitergehende Forderungen aufgestellt wurden, eingebracht. Schwere Bedenken wurden geltend gemacht, dass man durch zu grosse Belastung der Industrie die Henne schlachten würde, welche die Eier legt. Die Arbeiterklasse ist schliesslich auch eine Henne, welche, wenn man ihr den mit bequemer Stiege versehenen Stall, gehörig gemischtes Futter u. s. w. verweigert, das Eierlegen einstellt oder über des Nachbars Zaun fliegt, um aufzupicken, was sie findet.

Sämtliche Initiativgesetzentwürfe, von denen der der socialdemokratischen Fraktion und der von christlich-socialen Zentrumsmitgliedern, den Abgeordneten Dr. Lieber und Hitze, eingebrachte die am weitesten gehenden Bestimmungen enthielt, wurden schliesslich einer Kommission überwiesen, welche dieselben einer Bearbeitung unterzog. Die Kommissionsanträge wurden mit einigen Abänderungen von der Majorität angenommen. Der Bundesrat versagte den Gesetzentwürfen sowie einer beigefügten Resolution jedoch die Genehmigung.

Die Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung kam wieder in Fluss durch die bekannten Erlasse des Kaisers (s. int. A.). Nach langen Beratungen des Reichstags kam schliesslich das Gesetz betreffend Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 zu stande. Nach diesem Gesetz ist die Beschäftigung von Arbeitern an Sonn- und Festtagen in der Regel untersagt. Eine Reihe von Bestimmungen bezieht sich auf den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter. Die Verhältnisse der Lehrlinge, Gesellen und Gehülfen, Betriebsbeamten, Werkmeister, Techniker sind in wesentlichen Punkten, zum teil in dem den betreffenden Personen günstigen Sinne geordnet. Den Fabrikarbeitern hat man einige Zugeständnisse gemacht. Der Erlass einer Arbeitsordnung ist für jede Fabrik, in der in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, obligatorisch gemacht, über den Inhalt derselben sind gewisse Vorschriften aufgestellt. Den Arbeitern ist vor Erlass oder Abänderung der Arbeitsordnung Gelegenheit zu geben, „sich über den Inhalt derselben zu äussern“. Die Arbeitsordnungen müssen den Verwaltungsbehörden vorgelegt werden, welche zu prüfen haben, ob dieselben nicht den gesetzlichen Bestimmungen widersprechen. Geldstrafen dürfen in der Regel nicht die Hälfte, nie den vollen Betrag des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes übersteigen; sie müssen zum Besten der Arbeiter der Fabrik verwendet werden. Ueber Arbeitsbücher, Arbeiterausschüsse, Kinderarbeit, Frauenarbeit, Trucksystem sprechen wir in besondern Artikeln.

Der Entwurf versuchte wichtige Beschränkungen des Koalitionsrechts (s. d.) mit dem Arbeiterschutz zu verbinden, die betreffenden Bestimmungen wurden jedoch vom Reichstag abgelehnt. Dagegen wurden die Strafbestimmungen über den Kontraktbruch (s. d.), allerdings mit wesentlicher Abschwächung, angenommen; dieselben setzen alternativ in gewissen Fällen neben den schwer festzustellenden Schadensersatz eine höchstens den Betrag eines Wochenlohns erreichende „Busse“.

Besonders wegen der letzten Bestimmung stimmte die socialdemokratische Fraktion, welche einen viel weitergehenden Antrag im Jahre 1890 eingebracht hatte, geschlossen gegen das Gesetz.

Allgemeiner deutscher Arbeiterverein. Er wurde am 22. Mai 1863 zu Leipzig, wo sich die Delegierten von zehn Städten versammelt hatten, von Lassalle gegründet, welcher auf fünf Jahre zum ersten Präsidenten desselben gewählt wurde. Die Statuten und das Geschäftsreglement zeigen eine streng centralisierte Organisation und geben dem Präsidenten eine fast diktatorische Gewalt. Als Zweck des Vereins wird im § 1 des Statuts angegeben, auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung für die Herstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken. Die Generalversammlung vom 24. Mai 1872 zu Berlin fügte noch hinzu, dass das allgemeine Wahlrecht dazu benützt werden soll, nur solche Abgeordneten in die gesetzgebenden und administrativen Körper zu senden, welche nach der Erringung voller politischer Freiheit die Errichtung von Produktivassociationen mit Staatshülfe nach den Vorschlägen Ferdinand Lassalles zu ihrer Hauptaufgabe machen. Wenn auch die von Lassalle erwartete ungeheure Mitgliederzahl sich nicht realisierte, so hatte der Verein doch am Ende des ersten Jahres die Zahl von circa 3000 Mitgliedern erreicht. Nach dem Tode Lassalles wurde nach seinem Wunsche Bernhard Becker zum Präsidenten des Vereins gewählt. Da sich aber dieser sehr bald seines Amtes unfähig zeigte — er ging in seinem Grössenwahn so weit, sich den Titel Präsident der Menschheit zuzulegen — ausserdem aber auch, was für den jungen Verein sehr wichtig war, sich mit der Gräfin Hatzfeld nicht zu stellen wusste und es bald zu gegenseitigen Intriguen und zu Zwistigkeiten kam, so war seine Präsidentschaft von nicht langer Dauer. Noch im Jahre 1864 tauchte v. Schweitzer auf, der, noch mit Lassalle befreundet, bald die thatsächliche Macht im Verein in seine Hände zu bringen wusste. Wie schon mit Lassalle verabredet war, gründete er in Verbindung mit Hofstetter den „Socialdemokrat", der am 1. Januar 1865 zum ersten Mal erschien. Man hatte sich bei Begründung des Blattes an die bekannten Kommunisten des Jahres 1848, wie Phil. Becker, Engels, Marx, Hess, Liebknecht um Mitarbeiterschaft gewandt und auch eine Zusage erhalten. Als aber Schweitzer in der zweiten Hälfte des Februars 1865 unter der Aufschrift „Das Ministerium Bismarck" fünf Artikel erscheinen liess, in denen er Preussen mit den Hohenzollern an der Spitze aufforderte, die Eroberungspolitik Friedrichs II. mit Blut und Eisen wieder aufzunehmen, um die deutsche Einheit herzustellen, sagten sich die Männer der Internationalen von dem Blatte los und begannen ihren Feldzug gegen den Verein, um die Arbeiterbewegung auf den Boden der Internationalen hinüberzuziehen. Da durch das Vorgehen Schweitzers die Arbeiter das Vertrauen verloren hatten, so ging der Verein sehr zurück. Der „Socialdemokrat" hatte nur noch 400 Abonnenten. Die zweite Generalversammlung zu Frankfurt a. M. am 30. November 1865 führte zum Rücktritt Beckers und der Wahl C. W. Tölckes aus Iserlohn, der aber schon auf der nächsten Generalversammlung zu Leipzig am 17. Juni 1866

zurücktrat. Er wurde durch A. Test in Hamburg ersetzt. Auf der Erfurter Generalversammlung am 27. Dezember 1866 kam es zum offenen Bruch mit der Gräfin Hatzfeld, die, mit dem Präsidenten und der Thätigkeit des Vereins unzufrieden, einen besonderen Verein gründete, an dessen Spitze zunächst Försterling, später Mende stand. Im alten Verein, der sich in gänzlicher Auflösung befand, wurde endlich auf der fünften Generalversammlung zu Braunschweig am 19. Mai 1867 Schweitzer zum Präsidenten ernannt, der mit grosser Energie die Organisation erneuerte, das Finanzwesen in Ordnung und den Verein zu neuer Blüte brachte. Er dirigierte den Verein ganz selbständig und zog sich besonders in Berlin eine wohlgeschulte, sichere Armee heran, mit der er der Fortschrittspartei vergalt, was sie Lassalle gegenüber prakticiert hatte, ihre Versammlungen entweder sprengte oder in socialdemokratische verwandelte. Auf dem norddeutschen Reichstag war der Verein durch Schweitzer, Fritzsche, Hasenclever, der Hatzfeldsche durch Försterling und Mende vertreten. Die sechste Generalversammlung fand am 25. November 1867 zu Berlin, die siebente am 25. August 1868 zu Hamburg statt. Der Verein zählte damals circa 8000 Mitglieder. In Hamburg suchte Schweitzer um die Ermächtigung nach, einen allgemeinen Arbeiterkongress zur Gründung von Gewerkschaften in der Art der Trades-Unions nach Berlin zu berufen, um das Strikewesen zu organisieren (s. Gewerkvereine). Durch dieses Eingreifen des Vereins in die Gewerkschaftsbewegung gelang es ihm, in Berlin festen Fuss unter den Arbeitern zu fassen. Die Feindschaft zwischen Schweitzer, dem Vertreter des Imperialsocialismus und Bismarckschen Cäsarismus, wie ihn Liebknecht nannte, und der Internationalen, hatte sich unterdessen so verschärft, dass auf der Generalversammlung zu Barmen am 28. März 1869 Liebknecht und Bebel erschienen und Schweitzer als Reaktionär und im Dienste der Regierung stehend verklagten. Aber die Majorität, 42 von 54 Abgeordneten, erteilte Schweitzer ein Vertrauensvotum; der Minorität gelang es nur, durchzusetzen, dass der Vorstand aus 24 statt 12 Mitgliedern bestehen sollte, die an einem Orte (Hamburg wurde dazu gewählt) ansässig sein sollten. Durch ein Plebiscit stiess Schweitzer den Beschluss der Generalversammlung um, stellte die alte Organisation wieder her und vereinigte sich zur Stärkung seiner Stellung 1869 mit der Hatzfeldschen Secession. Indes dauerte die Vereinigung nicht lange. Der Mende-Hatzfeldsche Verein sank bald zur vollständigen Bedeutungslosigkeit herab, seine Zeitung, „Die freie Zeitung“, ging im Juni 1872 aus Mangel an Lesern und einem Redacteur ein. Infolge des Krieges von 1870 ging der Allgemeine deutsche Arbeiterverein bedeutend zurück. Der „Socialdemokrat“, für den Schweitzer keine Opfer mehr bringen wollte, ging am 30. April 1871 mit 2700 Abonnenten ein. Um ihn zu ersetzen, liess Schweitzer vom 1. April 1871 an den „Agitator“ erscheinen, der sich aber trotz seiner Billigkeit nur bis zum 1. Juni hielt. Ende dieses Monats trat Schweitzer, der das Interesse an der Agitation verloren hatte, von der Leitung des Vereins zurück und Hasenclever (s. d.) wurde an seiner Statt gewählt. Nicht nur von den ihm feindlichen Internationalen, Bebel und *Liebknecht, auch von* den Mitgliedern des Vereins wurde in der General-

versammlung vom Mai 1872 Schweitzer für einen Regierungsagenten erklärt, dessen Bestreben es sei, die Arbeiterbewegung zu spalten und so ihre übermächtige Entwicklung zu hindern. Schweitzer, der ohne Berechtigung im Saale anwesend war, schwieg zu diesen Anschuldigungen. Später als Schweitzer in der „Berliner Börsenzeitung“ die Partei des Undanks zieh, hielt ihm der „Neue Socialdemokrat“, der die Fortsetzung des Schweitzerschen Blattes war, vor, dass er von der Partei in einem halben Jahre 2500 Taler erhalten habe. Auch diesmal schwieg Schweitzer. Trotzdem die Generalversammlung vom Mai 1872 ihn vom Verein geradezu ausschloss, ist es doch durchaus zweifelhaft, ob Schweitzer sich wirklich der Verräterei schuldig gemacht hat, die man ihm vorwarf.

Seit Hasenclevers Präsidentschaft hob sich der Verein bald bedeutend. Der „Neue Socialdemokrat“ wurde Eigentum der Partei und von Hasselmann redigiert. Auf der schon erwähnten Generalversammlung zu Berlin vom 22.—25. Mai 1872 waren 44 Delegierte anwesend, welche 98 Orte mit 8264 Stimmen vertraten. Die Zahl der Parteimitglieder, die regelmässige Beiträge zahlen, wurde auf 21,154 angegeben. Auf der Generalversammlung vom 18. Mai 1873 hatte der Allgemeine deutsche Arbeiterverein 61 Delegierte mit 16,010 Stimmen, regelmässig organisierte Mitgliedschaften in 246 Orten. Im November 1873 hatte der „Socialdemokrat“ 13,028 zahlende Abonnenten. Die 1874 stattfindenden Reichstagswahlen brachten drei Lassalleaner in den Reichstag: Hasenclever, Reimer und Hasselmann. Nach dieser erfolgreichen Wahl einigte man sich vorläufig mit der Internationalen (der socialdemokratischen Arbeiterpartei) dahin, in Frieden nebeneinander zu leben. Als nun der Verein, von der Berliner Polizei und Staatsanwaltschaft durch fortgesetzte Drangsalierung beunruhigt und in seiner Entwicklung gestört, später für Preussen ganz verboten wurde, und die socialdemokratische Arbeiterpartei dasselbe Schicksal erlitt, da drängte sich allmählich der Gedanke einer Vereinigung der beiden Parteien auf, zumal da auch in theoretischer Hinsicht nur ein geringer Unterschied vorhanden war. Tölcke regte 1874 die Sache an und fand auf beiden Seiten Gehör. Die Vorverhandlungen über Programm und Organisation wurden von Hasenclever und Hasselmann einer-, von Geib und Liebknecht andererseits geführt. Programm und Statuten kamen auf dem Gothaer Vereinigungskongress vom 22.—27. Mai 1875 zur Annahme. Der Verein umfasste hier 15,000 Mitglieder.

Die Arbeiterversicherung wird heute als wichtigstes Mittel zur Hebung der Lage der arbeitenden Klasse betrachtet. Im Mittelalter wurde das Bedürfnis gegenseitiger Hülfe durch genossenschaftliche Bildungen befriedigt, durch die Gilden, die Handwerkerzünfte, durch die ganze ständische Ordnung, welche nicht nur eine Organisation für die gesellschaftliche Arbeitsteilung, sondern auch ein starkes Band war, das Mensch und Mensch verknüpfte, durch die engen Familienbeziehungen und, last not least, durch die Kirche, die Zufluchtsstätte aller Kranken und Hülfslosen. Die neue Zeit hat dies alles beseitigt. Alle jene persönlichen Beziehungen wurden *aufgehoben*. Das Gängelband war zur Fessel ge-

worden, man warf es weg. Man verwies das Individuum auf die eigene Kraft und gab ihm die unveräusserlichen Menschenrechte.

Nachdem all jene persönlichen Beziehungen, welche den Menschen in Zeiten der Not vor dem Elend bewahrt hatten, verschwunden oder abgeschwächt waren, hat man in der Versicherung nach einem Ersatz gesucht. Diese beruht auf dem Princip, dass die von gleicher Gefahr Bedrohten sich zur gemeinsamen Tragung des durch das Eintreten der Gefahr bei einem Einzelnen verursachten Vermögensschadens verbinden.

Die Anfänge der Versicherung haben wir in den Handelsstädten Oberitaliens und Frankreichs zu suchen. Neben die zuerst ausgebildete Seeversicherung traten die Feuer-, die Tontinen-, die Lebens-, die Unfall- und die Krankenversicherung.

Die Schwierigkeit, dass gerade diejenigen, welche eine Versicherung am meisten nötig haben, am wenigsten im stande sind, die mit derselben verbundenen Lasten zu tragen, konnte nur dadurch beseitigt werden, dass man diese Lasten durch Herbeiziehung anderer Bevölkerungsklassen, resp. der Gesamtheit der Steuerzahler, verminderte. Man musste ferner, um eine allgemeine Hebung der betreffenden Bevölkerungsschichten zu erreichen, die Teilnahme an der Versicherung obligatorisch machen.

Der Vorschlag, die Not der Armen dadurch zu lindern, dass man sie zur Versicherung zwänge, war bereits vor circa 100 Jahren von dem Engländer John Vancouver (s. d.) gemacht worden. In Deutschland wurde derselbe Gedanke, unabhängig von Vancouver, zuerst von dem Professor Winkelblech (Marlo) ausgesprochen. Als die socialistische Bewegung immer weitere Kreise der Arbeiterklasse ergriff, gewann der Gedanke bald zahlreiche Anhänger unter den Professoren und Staatsmännern. Nachdem er in der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 (vergl. den Artikel „Staatssocialismus“) officielle Anerkennung gefunden hatte, wurde er in kurzer Zeit verwirklicht.

Seitdem sind in Deutschland in Kraft getreten:

1. Das Krankenversicherungsgesetz (s. d.) vom 15. Juni 1883.
2. Das Unfallversicherungsgesetz (s. d.) vom 6. Juli 1884 nebst Novellen.
3. Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889.

Das Zustandekommen dieser Gesetze ist wesentlich auf das persönliche Eintreten der Regierungsorgane zurückzuführen. Es ist leider wahr, dass in weiten Kreisen des Volkes kein Verständnis dafür herrschte oder dass Engherzigkeit die Unterstützung des Vorschlages der Regierung verhinderte. Der Widerstand ging besonders von den mittleren und kleinen Unternehmern aus. Es lässt sich nun allerdings nicht leugnen, dass die durch die Versicherungen geschaffenen Lasten gerade auf die Schultern dieser Kreise am stärksten drücken. Die Lage des kleinen Unternehmers ist durch die neuere Socialpolitik, die Arbeiterschutzgesetzgebung, entschieden verschlechtert. Es vereinigt sich alles, den Kleinbetrieb zu vernichten. Der Kampf des Handwerksmeisters gegen den Grossbetrieb ist hoffnungslos. Der Nationalökonom mag den Satz wie

jede andere wissenschaftliche Wahrheit ruhig aussprechen, der Staatsmann aber wird sich, so lange der Handwerkerstand noch nicht kraftlos am Boden liegt, nie frei und frank zu ihm bekennen. Er wird in der Regel erst dann für die Interessen der aufstrebenden und aufsteigenden Klasse eintreten, wenn diese thatsächlich eine Macht repräsentiert, indem er mit den vorhandenen, nicht mit den zukünftigen Mächten rechnet. Der entstehenden Macht zur rechtlichen Anerkennung zu verhelfen, ist allerdings immer das gewesen, was den grossen Staatsmann gemacht hat. Bei den Versicherungsgesetzen aber hat man in Deutschland nicht nur an die beiden in Frage kommenden realen Mächte, die Grossindustrie und die Arbeiterklasse, gedacht, sondern hat aus leicht zu verstehenden Gründen auf den Kleinbetrieb Rücksicht genommen. Dadurch ist in die Versicherungsgesetzgebung eine gewisse Halbheit und Mattherzigkeit hineingekommen. So ist es geschehen, dass man auf keiner Seite mit den Gesetzen recht zufrieden ist. Am deutlichsten tritt dies bei der Invaliditäts- und Altersversicherung hervor. Die einen erblicken darin ein gefährliches Zugeständnis an die Socialdemokratie, das nur dazu dienen kann, die Begehrlichkeit der Massen zu reizen; die andern erklären das Gesetz für ein Armengesetz, das man in das schillernde Gewand der Versicherung gekleidet habe, um das blöde Auge des Einfältigen zu täuschen, für ein Manöver, durch das man der Socialdemokratie den Wind habe aus den Segeln nehmen wollen.

Man muss sagen, dass die Ansichten beider Parteien nicht durchaus grundlos sind. Die Ursache dafür ist in den Verhältnissen zu suchen, denen die Socialgesetzgebung ihre Entstehung verdankt. Die Motive der Regierung erkennen wir am besten aus den Worten, mit denen dieselbe das Einbringen des ersten Versicherungsgesetzentwurfes begründete. In der Folge drückte man sich in den amtlichen Schriftstücken diplomatischer aus. 1881, als man noch nicht gelernt hatte, sich gegen die Kritik zu schützen, sprach man folgendermassen:

„Dass der Staat sich in höherem Masse als bisher seiner hülfsbedürftigen Mitglieder annehme, ist nicht bloss eine Pflicht der Humanität und des Christentums, von welchen die staatlichen Einrichtungen durchdrungen sein sollen, sondern auch eine Aufgabe staatserhaltender Politik, welche das Ziel zu verfolgen hat, auch in den besitzlosen Klassen der Bevölkerung, welche zugleich die zahlreichsten und am wenigsten unterrichteten sind, die Anschauung zu pflegen, dass der Staat nicht bloss eine notwendige, sondern auch eine wohlthätige Einrichtung ist. Zu dem Zweck müssen sie durch erkennbare direkte Vorteile, welche ihnen durch gesetzgeberische Massregeln zu teil werden, dahin geführt werden, den Staat nicht als eine lediglich zum Schutz der besitzenden Klassen der Gesellschaft erfundene, sondern als eine auch ihren Bedürfnissen und Interessen dienende Institution aufzufassen.

„Das Bedenken, dass in die Gesetzgebung, wenn sie dieses Ziel verfolgt, ein socialistisches Element eingeführt werde, darf von der Betretung dieses Weges nicht abhalten. Soweit dies wirklich der Fall, handelt es sich nicht um etwas ganz Neues, sondern nur um eine Weiter-

entwicklung der aus der christlichen Gesittung erwachsenen modernen Staatsidee, nach welcher dem Staat neben der defensiven, auf den Schutz bestehender Rechte abzielenden, auch die Aufgabe obliegt, durch zweckmässige Einrichtungen und durch Verwendung der zu seiner Verfügung stehenden Mittel der Gesamtheit das Wohlergehen aller seiner Mitglieder und namentlich der Schwachen und Hülfsbedürftigen positiv zu fördern. In diesem Sinne schliesst namentlich die gesetzliche Regelung der Armenpflege, welche der moderne Staat im Gegensatze zu dem des Altertums und des Mittelalters als eine ihm obliegende Aufgabe anerkennt, ein socialistisches Motiv in sich, und in Wahrheit handelt es sich bei den Massnahmen, welche zur Verbesserung der Lage der besitzlosen Klassen ergriffen werden können, nur um eine Weiterentwicklung der Idee, welche der staatlichen Armenpflege zu Grunde liegt."

Die Folge der in diesen amtlichen Worten so deutlich hervortretenden Halbheit war, dass man das Gebäude der Socialgesetzgebung nicht nach einem festen Plan aufgerichtet, sondern die einzelnen Teile aufeinander gesetzt hat, ohne eine harmonische Verbindung herzustellen. Jede der drei grossen Versicherungen hat ihre eigene Organisation! Das ist der Fall, obwohl der Kreis der versicherten Personen, wenn er bei den verschiedenen Versicherungen auch verschieden weit ist, doch bei allen sich um den gleichen Kern, die Lohnarbeiterklasse, gruppiert. Die Rücksichtnahme auf alle möglichen Sonderinteressen und der Mangel eines einheitlichen Plans haben so eine ungeheure Verschwendung von Zeit, Kraft und Geld verursacht. In manchen Fällen hat die Höhe der Verwaltungskosten die Summe der Entschädigungen übertroffen.

Bezüglich der einzelnen Versicherungen verweisen wir auf die betreffenden Artikel.

Ein **Arbeitsamt** im Sinne einer Centralbehörde für alle die Arbeiter speciell betreffenden Fragen besteht bereits in verschiedenen Staaten. Dem Vorgange von Massachusetts, das 1869 bereits ein Bureau für Arbeitsstatistik in Boston errichtete, sind andere nordamerikanische Staaten und englische Kolonieen gefolgt. 1884 wurde das rühmlichst bekannte Arbeitsbureau für die Vereinigten Staaten in Washington ins Leben gerufen. In der Schweiz besteht seit einigen Jahren das Arbeitersekretariat, in England hat man seit vielen Jahren die parlamentarischen Untersuchungskommissionen, welche den Zweck eines Arbeitsamtes zum Teil erfüllen. In Frankreich wurde, nachdem man am 22. Januar 1891 den „Obersten Arbeitsrat" ins Leben gerufen hatte, — der allerdings, da nur ein Drittel seiner Mitglieder aus von den Syndikatskammern gewählten Arbeitern besteht, nicht das geworden ist, was er der Idee nach eigentlich sein sollte: eine wirkliche Vertretung der Arbeiterklasse — durch Gesetz vom 21. Juli 1891 ein Arbeitsamt geschaffen, das die Aufgabe hat, sämtliche Ausweise über die Arbeit, insbesondere über den Stand und die Entwicklung der Produktion, die Organisation und Löhnung der Arbeit, ihr Verhältnis zum Kapital, die Lage der Arbeiter, den Zustand der Arbeit in Frankreich, verglichen mit dem Ausland, zu sammeln, zu ordnen und zu veröffentlichen.

Im Programm der socialdemokratischen Partei Deutschlands von 1891 finden wir die Forderung:

Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern.

Dasselbe hatte die Partei bereits in Titel IX ihres Antrages zur Abänderung der Gewerbeordnung im Jahre 1890 gefordert, wo sie näher ausführt, wie sie sich die Organisation und die Kompetenz eines Reichsarbeitsamts denkt.

Das Reichsarbeitsamt soll seinen Sitz in Berlin haben. Diesem unterstehen sollen Arbeitsämter, die für Bezirke von nicht unter 200,000 und nicht über 400,000 Einwohnern einzurichten sind. Jedes Arbeitsamt soll aus einem Arbeitsrat und mindestens zwei Hülfsbeamten, in gewissen Fällen Frauen, bestehen. Es soll seine Beschlüsse und Entscheidungen kollegialisch fassen. Die Besetzung der Stellen liegt wesentlich in den Händen der Arbeitskammern (s. d.), welche überhaupt die Grundlage der Arbeitsämter bilden.

Die Beamten der Arbeitsämter haben das Recht, jederzeit Besichtigungen der Betriebsstätten vorzunehmen, und die Befugnis, gewisse Anordnungen selbständig zu treffen. Das Arbeitsamt soll innerhalb seines Bezirkes eine Centralstelle für den unentgeltlichen Arbeitsnachweis bilden; es soll befugt sein, zu diesem Zweck Filialen zu errichten. Es bildet eine Centralbehörde für die Ueberwachung der Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung und hat die Kompetenz, die gesetzlich vorgesehenen Ausnahmen von den Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung im einzelnen Fall festzustellen. Es hat ferner statistische Untersuchungen zu veranlassen über die Arbeitszeit in den verschiedenen Gewerben, die Art und Höhe des Arbeitslohnes, die sonstigen Bedingungen des Arbeitsvertrages, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, Mortalität, Ehefrequenzen u. s. w., kurz alle für eine durchgreifende Socialpolitik notwendigen Grundlagen zu liefern. Die Berichte und Arbeiten des Arbeitsamtes sollen dem Bundesrat und dem Reichstag vorgelegt und dem Publikum zugänglich gemacht werden.

Ueber die Arbeitskammern, welche die Grundlage der Arbeitsämter bilden, verweisen wir auf den betreffenden Artikel.

Arbeitsbücher. In die Gewerbeordnung von 1869 wurde auf Antrag Bebels die Bestimmung aufgenommen: „Die gesetzliche Verpflichtung zur Führung von Arbeitsbüchern ist aufgehoben." Dieselbe bestand nur für Kinder und jugendliche Arbeiter bis zum 16. Lebensjahre fort. Durch eine Novelle von 1878 wurde die Altersgrenze vom Reichstag bis zum 21. Jahre hinausgeschoben, während der Regierungsentwurf das Arbeitsbuch nur bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres obligatorisch machen wollte.

Von den verschiedensten Seiten, insbesondere von deutschen Handwerkertagen, ist der Ruf nach Wiedereinführung der Arbeitsbücher erhoben. Die Arbeiter haben sich immer, z. B. in Massenpetitionen an den Reichstag im Jahre 1883, einmütig dagegen ausgesprochen.

Nach § 107 der Gewerbeordnung von 1891 dürfen minderjährige Personen in der Regel nur dann als Arbeiter beschäftigt werden, wenn sie mit einem Arbeitsbuch versehen sind. Aus den nähern Bestimmungen in den §§ 107—112 heben wir nur hervor, das die Eintragungen in das Arbeitsbuch nicht mit einem Merkmal versehen sein dürfen, das den Inhaber günstig oder nachteilig zu kennzeichnen bezweckt. Auch sind Eintragungen über Führung oder Leistungen des Arbeiters in oder an dem Arbeitsbuch unzulässig. Der Arbeiter hat gegen den Arbeitgeber, der die Vorschriften des Gesetzes verletzt hat, einen Entschädigungsanspruch, der bereits in vier Wochen verjährt oder erlischt.

Dem gegenüber hatte die socialdemokratische Partei beantragt: „Eine gesetzliche Verpflichtung zur Führung von Arbeitsbüchern existiert nicht."

Arbeitskammern werden im Antrag der socialdemokratischen Fraktion zur Abänderung der Gewerbeordnung von 1890 in § 134 verlangt.

In jedem Arbeitsamtsbezirk soll eine aus 24—36 Mitgliedern bestehende Arbeitskammer in Thätigkeit treten zur Wahrnehmung der Interessen der Unternehmer und ihrer Hülfspersonen, sowie zur Unterstützung der Aufgaben der Arbeitsämter (s. d.).

Die Mitglieder dieser Arbeitskammer sind zur Hälfte durch die grossjährigen Unternehmer, zur andern Hälfte durch die grossjährigen Hülfspersonen auf Grund des gleichen, unmittelbaren und geheimen Stimmrechts, unter Gleichberechtigung der Geschlechter, mit einfacher Mehrheit auf zwei Jahre zu wählen.

Die Arbeitskammern sollen die Arbeitsämter in allen das wirtschaftliche Leben des betreffenden Bezirks berührenden Fragen mit Rat und That unterstützen. Insbesondere stehen ihnen Untersuchungen über die Wirkung von Handels- und Schiffahrtsverträgen, Zöllen, Steuern, Abgaben, über die Lohnhöhe, Lebensmittel- und Mietpreise, Konkurrenzverhältnisse, Fortbildungsschulen und gewerbliche Anstalten, Modell- und Mustersammlungen, Wohnungszustände, Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung zu. Sie haben ferner Beschwerden über Missstände im gewerblichen Leben zur Kenntnis der bezüglichen Behörden zu bringen, Gutachten über Massregeln und Gesetzentwürfe abzugeben, welche das wirtschaftliche Leben ihres Bezirks berühren. Endlich sind sie Berufungsinstanz wider die Urteile der Schiedsgerichte.

Die Mitglieder der Arbeitskammern sollen Taggelder erhalten. Der § 140 des Antrags erklärte das Reichs-Arbeitsamt für verpflichtet, jährlich einmal Vertreter sämtlicher Arbeitskammern zu einer allgemeinen Beratung über die wirtschaftlichen Interessen zusammenzurufen.

Voyer d'Argenson, Marc René de, geboren zu Paris den 19. September 1771, gestorben den 1. August 1842. Während der Restauration ein ausdauernder Verteidiger der Volksrechte, gehörte er noch 1830 zur republikanischen Minorität. Er hatte den alten Buonarroti (s. d.) in sein Haus aufgenommen und im Verkehr mit dem alten, ungebeugten Kommunisten sich zu dessen Ansichten bekehrt.

Op. Boutade d'un homme riche à sentiments populaires. 1833.

Argentinien. Trotz der traurigen, sich fortwährend verschlechternden socialen Lage des Landes ist der Einfluss der Socialisten in der That sehr gering, da das Kleingewerbe überwiegt und es an grossen Fabriken fehlt. Ausser einem internationalen Verein, der hauptsächlich Italiener, Spanier und Franzosen umfasst und anarchistische Tendenzen verfolgt, existiert seit zirka 1880 ein Verein deutscher Socialisten „Vorwärts" zu Buenos-Aires. Er zählt über 150 Mitglieder, hat eigenes Vereinslokal mit socialistischer Bibliothek von mehreren hundert Bänden und steht auf dem Boden der deutschen Socialdemokratie, die er auch mit Geld unterstützt. 1886 gründete der Verein ein deutsches Arbeiterblatt „Vorwärts", das 1889 eine Auflage von 600 Exemplaren hatte.

Arnould, Victor, geboren den 7. November 1838 zu Blaestricht. Advokat am Appellgerichtshof zu Brüssel, bekennt er sich zur gemässigt socialistischen Richtung. Er ist Mitarbeiter einer grossen Zahl von Revuen und verfasste: L'Evolution sociale en Belgique, Brüssel 1886; Le programme radical.

Artelle. Die Artelle werden von neuern russischen Nationalökonomen definiert als: auf Vertrag gestützte Bünde mehrerer gleichberechtigter Personen, welche zur gemeinsamen Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke sich unter Beobachtung solidarischer Haftbarkeit mit Kapital und Arbeitskraft oder mit Arbeit allein vereinigt haben. Alle Genossen eines Artells stehen solidarisch Dritten gegenüber. Die Artelle verbreiten sich über die verschiedensten Berufe bis zu Pferdediebstahl und Bettelei. Die Zahl der gleichberechtigten Genossen ist sehr verschieden. Von allen wird eine regelmässige Thätigkeit, Fleiss und Beobachtung der gewohnheitsmässigen Regeln verlangt. Die Artelle sind sehr alt, sie gehen bis ins 13. oder 14. Jahrhundert zurück, wo man solche für Jagd und Fischfang schon nachweisen zu können glaubt. In den 60er Jahren dieses Jahrhunderts nahm das Artellwesen einen neuen Aufschwung; besonders entstand eine grosse Menge von Kreditgenossenschaften unter den Bauern (1884: 200 Kreditartelle). Ausser diesen, bei denen wohl die ähnlichen deutschen Genossenschaften als Vorbilder gedient hatten, giebt es Konsumtions- und gewerbliche Artelle, in denen ein bestimmtes Gewerbe betrieben wird. Die letztern zerfallen in selbständige, d. h. richtige Arbeiterassociationen, und unselbständige, d. h. solche, die, von einem Unternehmer ausgerüstet, dem Artellgenossen nur einen Teil des Betrages seiner Arbeit zukommen lassen, in denen also der Kapitalist den grössten Teil desselben an sich nimmt. Bei diesen unselbständigen Artellen werden die Löhne vom Unternehmer so festgesetzt, dass es den Arbeitern nicht möglich wird, sich selbständig zu machen. In ihnen befinden sich daher die Arbeiter meist in beklagenswerter Lage. Die Tendenz des Kapitals heutzutage geht dahin, die selbständigen Artelle zu unselbständigen herabzudrücken und von sich abhängig zu machen, da die Sicherheit der Arbeitsleistung beim Artelle eine viel grössere als beim einzelnen Lohnarbeiter ist.

Auer, Ignaz, socialdemokratischerReichstagsabgeordneter für Glauchau, geboren den 19. April 1846 in Dommelstadt, N.-Bayern, besuchte die Volksschule zu Birnbach a. d. R. und Neuburg a. d. Inn, erlernte das

Sattlerhandwerk (1859—1863), bereiste als Sattlergeselle Deutschland und Oesterreich, wurde 1874 aus Dresden auf Grund des Armengesetzes, später aus Berlin und Hamburg auf Grund des Socialistengesetzes ausgewiesen. Mitglied des Reichtages 1877—1878, 1880—1881, 1884—1887 und seit 1890. Auer lebte bis vor kurzem in München als Sattler, jetzt in Berlin als Sekretär der Partei.

Aurora-Gemeinde ist eine kommunistische, auf religiöser Basis beruhende Gemeinde im Staate Oregon, welche von Keil 1856 gegründet wurde. Siehe den Art. „Keil“.

Aveling, Edward, B., Doktor der Naturwissenschaften, geboren 1852, ist einer der Hauptvertreter des Marxismus in England. Er hat in Gemeinschaft mit S. Moore „das Kapital“ von Karl Marx ins Englische übertragen und einen Abriss desselben unter dem Titel „The Student's Marx“ herausgegeben. Lebhaften Anteil hat er an der Organisierung der neuen Gewerkvereine, insbesondere der grossen „Gasworkers' and General Labourers' Union“ genommen. Aveling, der mit Eleonore, der jüngsten Tochter von Karl Marx, verheiratet ist, lebt in London.

Avrial, Augustin, geboren 1840 zu Revel (Haute-Garonne). Mit 25 Jahren verliess er die Armee und wurde Mechaniker. Er organisierte eine Gewerkschaft der Arbeiter seiner Profession und wurde Mitglied der Internationalen, die den Namen „Cercle des études sociales“ nach dem ersten, gegen sie geführten Prozess annahm. Avrial gehörte auch zu der Fédération des sociétés ouvrières. Im Mai 1870 wurde er verhaftet und zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wegen Teilnahme an der Internationalen. Am 26. März 1871 zum Mitglied der Commune erwählt, trat er in die Arbeitstkommission ein. Später wurde er Oberleiter des Artilleriewesens und hat viel für die Organisation desselben gethan. Er gehörte zur gemässigten Minorität, stimmte gegen Einrichtung des Wohlfahrtsausschusses und zog sich darauf von den Beratungen der Commune zurück. Es gelang ihm, zu entkommen.

Babeuf, François Noël, geboren zu St. Quentin am 23. November 1760, gestorben zu Vendôme am 27. Mai 1797. Nach einer harten Jugend gelang es ihm, Grundbuchkommissar zu Roye (Picardie) zu werden, von wo aus er mit Fosseux, dem Sekretär der königlichen Akademie der schönen Wissenschaften zu Arras, in Korrespondenz trat. Gelegentlich einer Aufforderung desselben, Fragen für die zukünftigen Programme der Akademie zu stellen, gab Babeuf folgendes, ihn charakterisierende Problem zur Lösung auf: Welches würde bei der Summe der heutigen Kenntnisse der Zustand eines Volkes sein, dessen sociale Einrichtungen so beschaffen wären, dass unter seinen Mitgliedern ohne Unterschied die vollendetste Gleichheit herrschte, dass der Boden, den es bewohnte, niemandem, sondern allen gehörte, dass endlich alles gemeinsam wäre bis zu den Industrieprodukten aller Art? Werden ähnliche Einrichtungen durch das Naturgesetz autorisiert? Wäre es möglich, dass eine solche Gesellschaft existierte und wären Mittel, durch die eine vollständig gleiche Verteilung bewirkt würde, anwendbar? (Brief vom 31. März 1787.) — Am 14. Juli 1789 beteiligte er sich an der Erstürmung der Bastille und

hielt sich mit einer kurzen Unterbrechung vier Monate in Paris auf. 1790 liess er sein „Cadastre perpetuel" erscheinen und gründete mit seinem Freunde den „Correspondent Picard" (1790—1791). Im September 1792 ward er zum Verwalter und Archivar des Distrikts der Somme, dann des von Montdidier ernannt. Hier wurde er von de Longcamp, Exprokurator des Königs, der Urkundenfälschung angeklagt und in Amiens in contumaciam, da er nach Paris geflohen war, zu 20 Jahren Kettenstrafe verurteilt. Zwei Monate später wurde sein Prozess wieder aufgenommen, Babeuf diesmal aber von den Richtern zu Laon (1794) freigesprochen. Nach dem Sturze Robespierres wurde er Thermidorianer und gründete das „Journal de la liberté de la Presse". Doch als er sah, dass die Feinde Robespierres nur den Ruin der Republik wollten, wandte er sich zum Kampfe gegen diese. Die Heftigkeit seiner Sprache war so gross, dass am 13. Oktober 1794 das Komitee der öffentlichen Sicherheit einen Arrestbefehl gegen ihn erliess, dem er aber bis zum 12. Februar 1795 sich zu entziehen wusste. Seine Zeitung fuhr fort, heimlich als der „Tribun des Volks" zu erscheinen. Im Gefängnis zu Arras war es, wo die Lehre des Babouvismus entstand. In einer heimlich geführten Korrespondenz zwischen Germain und Babeuf entwickelte dieser einen Plan der socialen Wiedergeburt Frankreichs. So schreibt er am 10. Thermidor: „Ich sehe ohne Hemd, ohne Kleid, ohne Schuhe beinahe alle die, welche den Lein und Hanf brechen und diese Stoffe, Wolle und Seide erst anwendungsfähig machen; beinahe alle die, welche Tuche und Stoffe weben, das Leder bereiten und Schuhe herstellen. Wenn ich dann die schwache Minorität betrachte, die nichts entbehrt, so sehe ich sie, ausser aus Landeigentümern, zusammengesetzt aus allen denen, die nicht arbeiten, die damit zufrieden sind, das alte Komplott des Teils gegen das ganze in immer neuen Formen auszusinnen, zu verkleiden, neu zu beleben und zu verjüngen. Ich meine das Komplott, mit Hülfe dessen es gelingt, eine Menge von Händen in Bewegung zu setzen, ohne dass die, welche sie bewegen, die ihnen gebührende Frucht ihrer Arbeit erhalten, die sich vielmehr in der Hand verbrecherischer Spekulanten anhäufen muss. Nachdem sich diese dahin verständigt haben, den Lohn der Arbeiter ohne Aufhören zu reducieren, sind sie, sei es unter einander, sei es mit den Kaufleuten, ihren Mitdieben, dahin übereingekommen, den Preis aller Dinge so festzusetzen, dass er nur dem Reichtum der Mitglieder ihres Bundes erschwinglich ist. Seitdem können diese unzähligen Hände, aus denen alles verschwunden ist, nichts mehr erreichen und sie, die wahren Producenten, sind dem Elend geweiht; das wenige, was man ihnen lässt, ist nur der gemeine Schaum oder der magere Ueberrest der Produkte der Natur. Warum sollen die, welche die schöpferische notwendige Arbeit thun, unvergleichlich weniger Vorteile haben, als z. B. die Kaufleute, welche nur die subalternste Arbeit, die der Verteilung besorgen? Woher kommt dies? Weil die Spekulanten und Kaufleute sich unter einander verbünden, um die wahren Produzenten stets zu ihrer Verfügung zu haben und in der Lage zu sein, ihnen zu sagen: „arbeite viel und iss wenig, oder du wirst keine Arbeit mehr haben und überhaupt nichts mehr essen!" Schon in

einem Brief an Fosseux vom 5. September 1787 hatte Babeuf sich über die Entstehung des Code ausgesprochen und gezeigt, dass der Ursprung des „sogenannten Adels“ auf Gewalt und Eroberung zurückgehe. Darin hat eben die feudale Gesellschaftsordnung ihre Begründung und der Schwache konnte nichts anderes sein, als ein Diener und Gegenstand der Verachtung für seine Herren. — Am 12. September 1795 verliess er, durch die Amnestie des 4. Brumaire begnadigt, mit Charles Germain das Gefängnis von Arras. Sofort nahm er die Veröffentlichung des „Volkstribunen“ wieder auf, bekämpfte in ihm auf's lebhafteste die Konstitution von 1795 und entwickelte seine kommunistischen Ideen, dabei immer auf die Gracchenzeit zurückgehend und in ihr seine Vorbilder findend. Es sind besonders zwei Ideen, die ihn leiten: der Zweck der Gesellschaft ist das allgemeine Glück und ein vollendeter Zustand derselben ist nur möglich, wenn jeder genug und keiner zu viel hat. Die notwendige Konsequenz ist die Forderung thatsächlicher Gleichheit. Wie, ruft er aus, die Natur hat den Angehörigen derselben Tiergattung dieselben Mittel zum Glücke gegeben, und das Mensch genannte Tier sollte die einzige Gattung sein, die ihr entgegenarbeiten könnte? Ist die Majorität der Menschen verdammt, unglücklich und verhungernd zu leben und ist das Glück, welches die Natur für alle bestimmt hat, für immer durch die höhere Autorität der Minorität vernichtet?

Mit einer Anzahl ergebener Freunde schuf Babeuf im Oktober 1795 eine politische Gesellschaft, deren zugestandener Zweck der Triumph der Partei der Gleichheit war. Sie vereinigte sich bald nachher mit einer ähnlichen und nahm den Namen „Société du Panthéon“ an. Ein geheimes Komitee wurde gegründet, um den Aufstand gegen die Tyrannei vorzubereiten, dem aber Babeuf nicht angehörte. Die Gesellschaft des Panthéon wurde am 29. Februar 1796 durch das Direktorium aufgelöst, in den ersten Tagen des Germinals aber konstituierten sich die Führer Babeuf, Antonelle, Sylvain Maréchal, Felix Lepelletier als „Directoire secret de salut public“. Im April 1796 erschien die Schrift: „Muss man der Konstitution von 1795 gehorchen?“, einige Zeit später das von Sylvain Maréchal verfasste „Manifest der Gleichen“, das aber in einigen Punkten nicht mit der Ansicht des geheimen Direktoriums übereinstimmte. Der Gedankengang ist kurz folgender: Seit undenklichen Zeiten hat man voll Heuchelei wiederholt, die Menschen sind gleich; aber trotzdem lastet auf dem Menschengeschlecht die schimpflichste Ungleichheit. Die Gleichheit war nur eine schöne und unfruchtbare Fiktion des Gesetzes. Aber die Menschheit bedarf einer Gleichheit nicht in der Erklärung der Menschenrechte, sondern mitten unter uns, unter den Dächern unserer Häuser. Dafür genügt nicht das Armengesetz oder die Teilung der Ländereien, es bedarf des gemeinsamen Gutes oder der Gütergemeinschaft; dafür ist notwendig, dass der Grund und Boden niemandem gehört, die Früchte aber der ganzen Welt. Bisher hat die grosse Mehrheit der Menschen für das Vergnügen einer kleinen Minorität gearbeitet und geschwitzt, jetzt muss der Unterschied zwischen Reich und Arm verschwinden. Es giebt nur noch den Unterschied des Alters und Ge-

schlechts. Warum begnügen sich alle mit derselben Luft und Sonne, und sollten sich nicht mit derselben Nahrung begnügen? Das Ziel unserer heiligen Unternehmung ist das Ende des Elends. Der Augenblick grosser Massnahmen ist gekommen. Es gilt, die Republik der Gleichen zu schaffen, die allein allen Bedürfnissen genügen kann, und vielleicht nur einigen tausend, gegen das Elend ihrer Nebenmenschen abgestumpften Egoisten missfallen wird. Zugleich erschien die „Analyse der Lehre Babeufs“, deren Autor ebenfalls nicht Babeuf ist, die er aber als Ausdruck seiner Ideen anerkennt: 1. Die Natur hat jedem Menschen ein gleiches Recht auf den Genuss aller Güter gegeben. 2. Der Zweck der Gesellschaft ist, diese Gleichheit, die im Naturzustande von dem Starken und Bösen so oft angegriffen wurde, zu verteidigen, und durch das Zusammenwirken aller die gemeinsamen Genüsse zu vermehren. 3. Die Natur hat einem jeden die Verpflichtung zur Arbeit auferlegt; keiner hat ohne Verbrechen sich der Arbeit entziehen können. 4. Die Arbeiten und Genüsse müssen gemeinsam sein. 5. Unterdrückung ist vorhanden, wo der eine sich in Arbeit erschöpft und alles entbehrt, während ein anderer im Ueberfluss schwimmt, ohne etwas zu thun. 6. Keiner hat ohne Verbrechen sich die Güter der Erde oder Industrie exklusiv aneignen können. 7. In einer wahren Gesellschaft giebt es weder Reiche noch Arme. 8. Die Reichen, welche nicht auf den Ueberfluss zu Gunsten der Bedürftigen verzichten wollen, sind Feinde des Volkes. 9. Keiner kann, durch Anhäufung aller Mittel, den andern des zu seinem Glücke notwendigen Unterrichts berauben; der Unterricht muss gemeinsam sein. 10. Der Zweck der Revolution ist, die Ungleichheit zu zerstören und das gemeinsame Glück zu errichten. 11. Die Revolution ist nicht vollendet, weil die Reichen alle Güter absorbieren und ausschliesslich herrschen, während die Armen wie wahre Sklaven arbeiten, im Elend dahinsiechen und nichts im Staate sind. 12. Die Konstitution von 1793 ist das wahre Gesetz der Franzosen, weil das Volk sie friedlich angenommen hat.

Am 10. Mai drangen die Soldaten des Direktoriums in den Sitzungssaal der Gesellschaft ein und bemächtigten sich der Hauptführer; Babeuf wurde verfolgt und mit Buonarroti bei einem Schneider gefangen genommen. Babeuf ward mit seinen Mitangeklagten zunächst im Tempel gefangen gehalten, am 27. August 1796 aber nach Vendôme geschafft, um dort vor einen Haute Court nationale gestellt zu werden. Er und Darthé wurden zum Tode verurteilt auf Grund des Gesetzes vom 27. Germinal (an IV), weil sie in ihren Gesprächen und Schriften zur Teilung des privaten Eigentums aufgefordert hätten; Buonarroti, nebst sechs anderen, wurde zur Deportation verurteilt, alle übrigen Angeklagten, deren Gesamtzahl 65 war, freigesprochen. Dies Urteil, das Babeuf von jeder Anklage auf Verschwörung freisprach, und klarer die Verhandlungen beweisen, dass die ganze ungeheure Verschwörung nicht existiert hatte. Der Beweis der öffentlichen Ankläger gründete sich allein auf die Aussagen eines Spitzels Grisel, dessen Unglaubhaftigkeit während der Verhandlungen sich aufs grellste zeigte. Es gab nur eine „Société des Démocrates“, die den Zweck hatte, der Reaktion der Regierung entgegenzutreten, dann aber als sie den wachsenden

Einfluss der Royalisten gewahr wurde, sich gegen diese zum Schutz der Republik wandte. Babeuf war mit dieser Gesellschaft nur verbunden als Publizist. Der offizielle Verteidiger Réal erklärte, dass für ihn die Verschwörung keine Realität habe. Er schloss seine Verteidigung mit den Worten: „Ich versichere Ihnen im Namen der Angeklagten, die ich verteidige, und ich verteidige deren eine grosse Zahl, dass Sie alle, ebenso wie ich, das grösste Interesse daran haben, dass dies endigt; denn dieser Prozess ist ein Skandal!“ — Babeuf starb ungebeugt, wie er sich während des ganzen Prozesses gezeigt hatte, und „hüllte sich heldenmütig in einen tugendhaften Todesschlummer“.

Theorie: Ausgehend vom allgemeinen Glück, als dem Zweck des Staates, und dem Satze, dass alle Bürger genug und keiner zu viel haben solle, verlangte Babeuf den Uebergang des Eigentums aus den Händen der Besitzer in die des Staates. Dies Princip hat die Revolution ganz und gar verfehlt, da ihr Resultat die Schöpfung einer neuen reichen Klasse von Besitzern gewesen ist. Der Boden eines Staates muss die Existenz allen seinen Mitgliedern sichern; der Staat allen arbeitsfähigen Bürgern durch Arbeit, Kindern, Kranken und Greisen ohne diese den nötigen Lebensunterhalt und gleiche Erziehung verschaffen. Ohne dies wird man niemals zur wahren Freiheit und innern Ruhe gelangen, denn niemals wird die Handvoll reicher Männer in Sicherheit ihres skandalösen Ueberflusses an der Seite einer verhungernden Masse geniessen. Durch das Ackergesetz kann aber dieser Zustand der Gesellschaft nicht erreicht werden, da schon am folgenden Tage der Verteilung die Ungleichheit beginnen würde. Der Boden darf niemandem gehören, er, wie die Produkte der Industrie und des Genies, müssen Gemeingut aller werden. Was einer mehr erwirbt, als ihn ernähren kann, ist gestohlenes Gut. Die Ueberlegenheit der Talente ist nur eine Chimäre, und die Ungleichheit der Löhne, die man daraus hat schliessen wollen, hat nur dazu gedient, das Proletariat zu schaffen. Es ist absurd, eine bessere Bezahlung für den zu verlangen, dessen Arbeit einen höhern Grad der Intelligenz verlangt, da dies doch das Fassungsvermögen (capacité) seines Magens nicht ausdehnt! Die Folge der falschen Verteilung der Produkte sind alle Arten von Lastern und Verbrechen, gegen die die Menschen bisher vergeblich kämpften, da sie nur schwache Palliative anwenden, anstatt das Uebel an der Wurzel zu fassen. Die einzigen Mittel zur Rettung bestehen darin, das Privateigentum abzuschaffen, einen jeden zu der für ihn passenden Arbeit heranzuziehen, die Produkte der Arbeit in öffentlichen Magazinen zu sammeln und durch eine einfache Verteilungsmaschinerie mit skrupulösester Gleichheit unter die Bürger zu verteilen.

Op. Cadastre perpetuel, Paris 1789; Petition sur les impôts 1790; La nouvelle distinction des ordres par M. de Mirabeau; Du système de dépopulation ou la vie et les crimes de Carrier, Paris 1794; Zeitungen: „Le correspondent Picard“ 1790—1791; „Le patriote Brabançon“ 1790; „l'Eclaireur du peuple“ an IV; „Journal de la liberté de Presse“, 17. Fructidor II — Vendémiaire III, fortgesetzt durch „le Tribun du peuple“ 14. Vendémiaire III — 5 Floréal IV. Litteratur: Buonarroti, Conspiration

pour l'égalité, dite de Babeuf, suivie du procès auquel elle donna lieu et des pièces justificatives, Brüssel 1828. 2 vol.; Reybaud, Etudes sur les réformateurs contemporains; Sudre, Histoire du Communisme; L. v. Stein, Geschichte des Kommunismus und Socialismus in Frankreich; Fleury, Biographie de Babeuf, Etudes révolutionnaires. Laon 1849; Advielle, Histoire de G. Babeuf et du Babouvisme, Paris 1884. 2 vol.

Babouvismus. S. Babeuf und Frankreich III.

Bäumeler, Joseph, gestorben 1853, ist der Begründer der blühenden kommunistischen Gemeinde Zoar, Tuscarawas County, Ohio. Am Ende des vorigen Jahrhunderts hatte er in Württemberg eine kleine Sekte gestiftet, der man den Namen Separatisten beilegte, weil sie sich von Kirche und Staat lossagten. Da sie sich weigerten, Kriegsdienste zu leisten, wurden sie von den Behörden verfolgt. Sie beschlossen deshalb im Jahre 1817, nach Amerika auszuwandern. Dort erwarben sie mit Hülfe der Quäker eine grössere Landstrecke am Ohio. Sie waren nur deshalb ausgewandert, um von dem Staat und der Kirche nicht mehr behelligt zu werden. Ihre Lage selbst, das Roden des Feldes, das Bauen der Blockhäuser u. s. w. zwang sie zu gemeinschaftlicher Arbeit und führte sie auf den Kommunismus. Da sie sich bei dieser Wirtschaftsform sehr wohl befanden, haben sie immer an ihr festgehalten.

Ihre Verfassung ist ganz demokratisch. Die Frauen geniessen dieselben Rechte wie die Männer. In der ersten Zeit lebten sie im Cölibate, später jedoch entschlossen sie sich zur Ehe, welche durch einfachen Konsens zwischen Mann und Frau als geschlossen gilt. Die Familien leben getrennt und führen ihre eigene Wirtschaft. Die gemeinsame Erziehung der Kinder von frühester Jugend an haben sie wieder aufgegeben.

Sie arbeiten fleissig, aber nicht übermässig. Geld gebrauchen sie im Innenverkehr nicht; jede Familie kann sich aus dem gemeinsamen Magazin holen, was sie gebraucht. Furcht vor Mangel und Not ist ihnen unbekannt, da die Kranken und Schwachen von der Gemeinde erhalten werden.

Da sie ausschliesslich aus schlichten Leuten bestehen, so ist ihr Leben überaus einfach. Für höhere Genüsse haben sie keinen Sinn, doch haben sie ihre Freude am Gartenbau und an der Blumenzucht.

Innere Kämpfe sind ihnen nicht erspart geblieben: sie hatten mit ausscheidenden Mitgliedern langwierige und kostspielige Prozesse zu führen. Doch finden sie die Hauptschwierigkeit darin, dass die junge, aufwachsende Generation an dem einfachen, reizlosen Leben keinen Gefallen findet. Auch neueintretende Mitglieder, welche vor ihrer Aufnahme eine einjährige Probezeit bei ihnen durchgemacht haben müssen, verlassen sie in der Regel bald wieder.

Nach der Mitteilung von Professor Ely von 1890 bestanden sie aus zirka 400 Mitgliedern und hatte ihr Vermögen einen Wert von zirka sechs Millionen Mark, so dass auf den Kopf 15,000, auf die Familie von fünf Personen 75,000 Mark kommen.

Ueber Litteratur siehe den Artikel „Kommunistische Gemeinden".

Bakunin, Michael, geboren 1814 in Torschok, gestorben 1876 zu Bern. Ursprünglich Artillerieoffizier, siedelte er, mit der Hegelschen Philosophie durch Stankewitsch bekannt geworden, 1841 nach Berlin über und setzte dort seine Studien fort. Anfang 1842 begab er sich nach Dresden, um Arnold Ruge zu hören und schrieb hier als Mitarbeiter unter dem Namen Jules Elizard in Ruges Deutsche Jahrbücher den Aufsatz: „Die Reaktion in Deutschland". Der spätere Apostel der Pandestruktion kündigt sich hier schon an in dem Satz: „die Lust der Zerstörung ist eine schaffende Lust". Januar 1843 wandte er sich nach Paris, wo er mit Proudhons Schriften bekannt wurde, dann nach der Schweiz, wo er längere Zeit verschollen blieb, und tauchte dann wieder in Paris auf. Am 29. November 1847 hielt er hier am Jahrestage der Warschauer Erhebung auf dem Polenbankett eine Rede, infolge deren er von Guizot auf Verlangen der russischen Regierung ausgewiesen wurde. Nach der Februarrevolution kehrte er nach Paris zurück, verliess es aber wieder, nachdem der Aufstand vom 15. Mai 1848 fehlgeschlagen, und begab sich nach Deutschland und Oesterreich. Trotz seines philosophischen Kosmopolitismus blieb er Russe und hegte bis an sein Ende den Traum eines panslavistischen Weltreichs, das auf den Trümmern Westeuropas sich erheben sollte. Sein Deutschenhass verband ihn mit Kroaten und Czechen. Mit ihnen dachte er die österreichische Monarchie, dann Deutschland im revolutionären Sturmlauf zu überrennen. Zur Flucht aus Oesterreich gezwungen, beteiligte er sich an den Aufständen in Sachsen und war vom 6. bis 9. Mai 1849 der eigentliche Leiter der Verteidigung Dresdens. In Chemnitz am 10. Mai ergriffen, ward er zum Tode verurteilt, aber auf Grund des jus primae executionis erst von Oesterreich, dann durch Russland reklamiert. An Russland ausgeliefert, blieb er bis 1857 in Festungshaft und wurde darauf nach Ostsibirien verbannt, wo er durch seine Verwandtschaft mit dem Gouverneur eine ausserordentliche Bewegungsfreiheit genoss, so dass ihm die Flucht nach London 1860 leicht gelang. Sehr schnell gewann er hier grossen Einfluss auf das Journal Herzens „Kolokol" (Glocke), das er allmählich zum Ausdruck seines wahnsinnigen Anarchismus umgestaltete. In einem Manifeste vom 15. Februar 1862 erklärte er, nunmehr seine Thätigkeit allein der slavischen Rasse widmen zu wollen. Diese panslavistischen Tendenzen treten rein und unverhüllt in der Broschüre „Romanow, Pugatschew oder Pestel" zu Tage, in der er mit dem czarischen Absolutismus unter der Bedingung paktierte, dass sich derselbe an die Spitze der panslavistischen Bewegung stellen, die Deutschen aus Russland verjagen und der Kultur Westeuropas den Krieg erklären sollte. Durch sein Eintreten für die Polen gelegentlich des polnischen Aufstandes verlor er sämtliche Sympathieen bei den liberalen Russen. Nach Auflösung der durch ihn ruinierten Londoner Emigrantenpartei wechselte er scheinbar wieder die Farbe und kehrte zur kosmopolitischen Revolution zurück. 1867 wurde er Mitglied des permanenten Komitees der Friedensliga und liess sich im Juli 1868 als Mitglied der Centralsektion der Genfer Internationale aufnehmen. Sein Versuch, die Friedensliga in die Internationale hineinzubringen, misslang.

Er trat infolgedessen aus der ersteren aus und gründete die „Alliance de la démocratie socialiste“ (s. d.). Erst nach Auflösung der Alliance wurde den Sektionen derselben der Eintritt in die Internationale gestattet. Mit Hülfe der heimlich fortbestehenden Organisation suchte Bakunin auf dem Kongress zu Basel 1869 sich der Leitung der Internationalen zu bemächtigen; aber sein Versuch misslang. Drei Jahre lang dauerte der Kampf zwischen Bakunin und Marx um die Herrschaft, der 1872 auf dem Kongress zu Haag mit der Niederlage Bakunins endigte. Er, nebst den von ihm gegründeten Sektionen im Jura, Italien, Spanien und Belgien, wurden vom Generalrat der Internationale ausgeschlossen. — Am 28. September 1870 versuchte Bakunin in Lyon eine Insurrektion ins Werk zu setzen, um einen anarchistischen Staat zu gründen. Zwei Kompagnieen Nationalgarde genügten aber, ihn nach kurzer Zeit aus der Stadt zu vertreiben. Das jämmerliche Ende dieses Putsches zeigte nur zu deutlich die Hohlheit und Unfähigkeit des Agitators. 1873 zog er sich auf eine Villa nach Locarno zurück und starb 1876 zu Bern an Herzverfettung.

Ueber den Charakter Bakunins sind zwei Urteile im Schwange; das eine, seiner Freunde und Anhänger, erhebt ihn mit den überschwänglichsten Lobeserhebungen zum Himmel, das andere, seiner Feinde, stellt ihn als zweideutigen, panslavistischen Agitator hin. Indem sie ihm den Vorwurf machten, die Organisation der Internationale (s. d.) durch die Gründung einer geheimen Alliance (s. d.) vernichtet und damit den Bourgeoisparteien den grössten Dienst geleistet zu haben, in Russland unter ihrem Namen durch seinen Emissär Netchaieff eine Reihe gemeiner Verbrechen veranlasst zu haben, konnten sie, die Richtigkeit ihres Vorwurfs beweisend, den wohlberechtigten Ausspruch thun: „Wenn Sie kein besoldeter Agent sind, so steht es doch fest, dass ein besoldeter Agent nicht mehr Schaden hätte anrichten können, als Sie.“

Eine Theorie des Bakuninschen Anarchismus zu geben, ist nahezu unmöglich, da Bakunin kein grösseres, zusammenhängendes Werk geschrieben und seine Ideen in einer Reihe von Broschüren und Programmen zerstreut sich finden. In der Hauptsache lässt sich die ganze Theorie Bakunins auf zwei Gedanken zurückführen, den der Allvernichtung und den der Gründung des neuen revolutionären Staates auf der freien Föderation der ackerbauenden und industriellen Genossenschaften des arbeitenden Volkes. Alles muss verungenieret sein — dieser schöne Spruch ist, im buchstäblichsten Sinne gefasst, das Heilmittel für die kranke Gesellschaft nach Bakunin. „Wir fassen,“ heisst es in einem Programm, „die Revolution auf in dem Sinne der Entfesselung alles dessen, was man heute die bösen Leidenschaften nennt.“ In Russland preist er der studierenden Jugend die Räuber als die einzig wahren Revolutionäre an und predigt ihr den Kultus der Unwissenheit, da die heutige Wissenschaft eine offizielle ist. Dankbar müssen die Studenten der Regierung dafür sein, dass sie sie von den Akademieen vertrieben hat, denn damit ist ihnen der Weg zum Volke gewiesen, das sie aber nicht unterrichten — das Volk weiss besser als sie, was ihm not thut — sondern empören sollen. Neben dem Volk in den Wäldern, Städten und Dörfern versteckt, in zahllosen Kerkern

leben die heroischen Räuber, die Revolutionäre Russlands, und bilden eine einzige fest verbundene Welt, die Welt der russischen Revolution. Wer diese will, muss in diese Welt gehen; daher sollen sich die Studenten in die Emeute der Bauern und Räuber werfen und ihre vereinzelten Aufstände zu einer wohlüberlegten und unerbittlichen Volksrevolution zusammenfassen. Diese ungeheure revolutionäre Bewegung, die mit der vollständigen Vernichtung alles Bestehenden, dem Amorphismus, endigt, soll geleitet werden durch etwa hundert kühne entschlossene Revolutionäre mit dem Teufel im Leibe, an deren Spitze ein unbekanntes, diktatorisches Komitee steht, Bakunin selbst und allein. Durch den Umsturz werden alle Mittel der socialen Existenz in die Hand des Komitees gelegt, das alles Eigentum als Gemeingut erklärt, die Gründung von Arbeitergesellschaften (Artellen) befiehlt, denen ein jedes Individuum sich anzuschliessen hat. Wer ohne genügenden Grund in seiner Vereinzelung beharrt, hat kein Recht an die gemeinsamen Kosthäuser, Schlafstellen oder andern öffentlichen Gebäude. Wer also keinem Artel beitritt, bleibt ohne Existenzmittel und sieht vor sich nur den Tod. Jedes Artel wählt einen Taxator, der den Gang der Arbeit regelt und zwischen dem Artel und dem Komptoir des Ortes vermittelt. Dies Komptoir, aus Mitgliedern der verschiedenen Artelle bestehend, bewirkt den Austausch zwischen denselben. Wenn so die Thätigkeit eines jeden völlig öffentlich ist, verschwindet der heutige Ehrgeiz und die heutige Lüge. Ein jeder wird dann bestrebt sein, so viel wie möglich für die Gemeinschaft zu produzieren und so wenig wie möglich zu konsumieren. Der Ehrgeiz des Arbeiters wird in dem Bewusstsein seiner socialen Nützlichkeit bestehen. So stellt sich uns der neue russische Staat dar, in Westeuropa geht die Sache dagegen „antiautoritär“ vor sich. Aus der Anarchie, der vollständigen Geltendmachung des entfesselten Volkslebens, soll die neue Ordnung von selbst hervorgehen. Fernerhin taucht aber auch hier die Föderativallianz aller Arbeitergenossenschaften in ein- und derselben Commune auf. Diese Organisation scheint jeden Gedanken einer Diktatur auszuschliessen — aber zur Gründung dieser Allianz bedarf es der Einheit des Gedankens und des revolutionären Handelns. Diese Einheit findet sich in der geheimen und universellen Association der internationalen Brüder, sie müssen das Organ und der Generalrat der Revolution sein — und an ihrer Spitze steht wieder das geheime Centralbureau oder Komitee, der Bürger Bakunin. So sehen wir die schönste Harmonie in den bakuninschen Plänen, mit denen er Westeuropa und Russland beglücken will.

Op. Reaktion in Deutschland 1842; A mes amis Russes et Polonais 1862; La Révolution sociale ou la dictature militaire, La théologie politique de Mazzini et l'Internationale; L'Empire knouto-germanique et la Révolution sociale, Paroles addressées aux Etudiants 1869; Formel der revolutionären Frage, Principien der Revolution, Veröffentlichungen der Gesellschaft des Volkgerichts 1869, Revolutionskatechismus; An die Offiziere der russischen Armee 1870; Romanoff, Pugatschew oder Pestel 1862; Dieu et l'Etat 1882, veröffentlicht von Cafiero und Reclus.

Barbès, Armand, geboren zu Pointe-à-Pitre den 18. September 1809, gestorben im Haag den 26. Juni 1870. Nach Beendigung seiner Studien und dem Tode seines Vaters kam der junge Barbès gegen 1830 nach Paris, um seitdem an allen Kämpfen und Verschwörungen der republikanischen Partei teilzunehmen. Wegen Beteiligung an dem Aufstand von 1834 wurde er fünf Monate im Gefängnis festgehalten, 1836 wegen heimlicher Pulverfabrikation zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nach Beendigung seiner Haft gründete er mit Blanqui (s. d.) und Bernard (s. d.) die „Société des droits de l'homme" und die „Société des droits", um eine Insurrektion vorzubereiten. Der Aufstand, der am 15. Mai 1839 losbrach, wurde nach kurzem Kampfe unterdrückt und Barbès, den man bewusstlos am Fuss einer Barrikade gefunden hatte, als Anführer vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Seine Jugend und Schönheit, sein kühnes und aufopferndes Verhalten vor Gericht — er suchte die Urheberschaft des ganzen Aufstandes auf sich zu nehmen — hatten ihm die Sympathieen von ganz Paris erworben. 3000 Studenten reichten eine Petition um Begnadigung an das Ministerium, Beamte und Arbeiter veranstalteten eine Manifestation, Victor Hugo richtete ein Gedicht um Gnade an Louis Philipp, dessen Tochter kurz vorher gestorben war:

> Bei Eurem Engel, der gleich einer Taube zum Himmel flog,
> Bei diesem Königskind, zart und schwach wie ein Rohr,
> Noch einmal Gnade! Gnad' im Namen des Grabs,
> Gnade noch einmal im Namen der Wiege! —

Barbès wurde begnadigt. Die zwei Tage, die er, zum Tode verurteilt, im Gefängnis verlebt hat, hat er uns in einer kleinen Broschüre: „Deux jours de condamnation à mort" geschildert: „In der ersten Nacht lag er schlaflos auf seiner Lagerstätte. Da hörte er, wie die zwei Wächter unter einander sprachen: „Armer junger Mensch," sagte der eine, „es wäre besser gewesen, die Kugel, die ihn getroffen, hätte ihn getötet." Da, auf einmal ertönen Schritte im Gange, die Riegel klirren. Barbès glaubt, die Stunde seiner Hinrichtung ist gekommen, er wirft sich in einem Anfall von Ekstase zu Boden und ruft aus: O St. Just, Robespierre, Couthon und Babeuf! Und du, mein Vater, du, meine Mutter, die mich im Schosse getragen, blicket auf mich! Die Stunde meiner Glorie naht." Die Wache wurde abgelöst. Er wurde zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Durch die Revolution von 1848 in Freiheit gesetzt, kehrte er sofort nach Paris zurück, ward Präsident des Club de la Révolution und am 13. April Deputierter der gesetzgebenden Versammlung. Ursprünglich gegen die Maideputation, wirft er sich in die Bewegung, um sie soviel als möglich zu leiten und zu zügeln. Aber die Ereignisse reissen ihn fort; nach kurzer Zeit ist er der Leiter der Massen. Der Ausgang dieses Tages ist bekannt; Barbès wurde nach kaum dreimonatlicher Freiheit wieder gefangen genommen und wiederum zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Er verbüsste die Strafe in Belle-Isle-en-Mer, bis er 1854, durch Napoleon III. begnadigt, nach Paris zurückkehren durfte. Bald nachher verliess er Frankreich und nahm seinen Wohnsitz erst in Brüssel, dann im Haag. Den Inhalt seines Lebens spricht er am schönsten und kürzesten aus

in der Rede vor dem Gerichtshof der Republik von 1848: „Ihr, meine Richter, seid der Ausdruck einer Kaste, die durch die Notwendigkeit der Interessen feindlich gegenübersteht den Principien, denen ich mich geweiht. Absolutes Recht des Kapitals über den Menschen ist Euer Gesetz, gleiches Recht jedes Bürgers auf die Güter der Gesellschaft — das ist das meine. Wie könnten wir, die von entgegengesetztem Standpunkt ausgehen, aufeinanderstossen, ohne in Kampf zu geraten, wie zwei Wolken, die mit entgegengesetzter Elektricität geladen sind? Die Notwendigkeit, das zu verteidigen, was ihr für Euer Recht haltet, nötigt Euch, mich zu vernichten. Der Drang, jedes Privileg zu vernichten, um die Menschheit dem physischen und moralischen Elend zu entreissen, das auf ihr lastet, zwingt mich, Euch anzugreifen — doch nein! Eure Person greife ich nicht an, nur die Ungleichheit bekämpfe ich in Euch. Ihr seid die Stärkern, vernichtet mich!" —

Bartels, Adolf, war seit Juli 1845 Redaktor des „Débat social" damals der einzigen socialistischen Zeitung Belgiens. 1834 gab er den „Progressif" heraus, später redigierte er den „Patriote belge". In einen Prozess mit der Sanitätsbehörde verwickelt, erhielt er zwei Jahre Gefängnis. Hier entstand sein „Versuch einer Organisation der Arbeit", den er im „Débat social" erscheinen liess.

Zur Verwirklichung des Socialismus sind zwei Phasen zu durchlaufen. In der ersten erfolgt die Expropriation aller Industrie, sowie des Grunds und Bodens durch den Staat gegen Entschädigung. Grundbesitzer und Kapitalisten erhalten eine Rente auf Lebenszeit, ebenso ihre bereits geborenen Kinder. Den spätern Nachkommen der Expropriierten wird durch den Staat Erziehung und Subsistenz gesichert. In der zweiten Phase wird das Eigentum lediglich auf die individuelle Arbeit und persönlichen Erwerb gegründet. Für Kranke und Schwache sorgt der Staat, wie für die Erziehung der Unmündigen. Die Arbeit der Einzelnen wird aus dem Allgemeinen bezahlt; dadurch wird die Konsumtion zugleich Produktion. Jeder Bürger ist Arbeiter und wird nach seiner Fähigkeit verwendet und nach der Masse und dem Werte seiner Produktion belohnt. Der Mensch soll der Herr der Früchte seiner Arbeit sein, daher hat jeder das Recht, individuelles Eigentum zu besitzen.

K. Grün, die sociale Bewegung in Frankreich und Belgien 1845.

Basly, Emile Joseph, geboren zu Valenciennes am 29. März 1854. Früh verwaist, wurde er Minenarbeiter, was er bis zu seinem 29. Jahre blieb. Der Strike von Anzin 1880 veranlasste ihn, die Gründung eines Syndikats der Minenarbeiter zu unternehmen. Seiner mit grosser Energie gepaarten Geschicklichkeit gelang es, sein Ziel zu erreichen. Er wurde Generalsekretär des neuen Minenarbeiter-Syndikats. 1884 erschien das Gesetz über die Syndikate und der Minister des Innern, Waldeck-Rousseau, forderte die Arbeiter auf, von diesen Verfügungen Gebrauch zu machen; als Antwort entliess die „Compagnie von Anzin" 144 dem Syndikate angehörige Arbeiter. Unter Baslys Einfluss erklärten sich die übrigen Arbeiter für solidarisch mit den Entlassenen, und ein langwieriger Strike begann, in dem Basly eine lebhafte Thätigkeit ent-

wickelte. Am 18. Oktober 1885 wurde er Deputierter. Auch an dem Strike von Decazeville war er beteiligt und suchte die brutale Ermordung des Subdirektors Watrin als einen Akt der Volksgerechtigkeit hinzustellen. 1887 schloss er sich der Gruppe der republikanisch-socialistischen Deputierten an und war Delegierter auf dem internationalen Arbeiterkongress zu Paris 1889.

Baudet-Dulary, geboren 1791, gestorben am 29. Juni 1878 zu Paris. 1831 wurde er zum Deputierten gewählt, gab aber nach kurzer Zeit seine Demission, um sich ganz den Arbeiten der Fourierschen Schule zu widmen. Er war der Erste, der seine Güter zu einem Versuche herlieh, die Ideen Fouriers in Praxis umzusetzen. (Siehe Fouriersche Schule.)

Op. La crise sociale 1834; Essai sur les harmonies physiologiques 1838—1845; Hygiène populaire 1856; Principes de physiognomie 1859.

Bäuerlicher Grundbesitz. Mit dem Aufhören der Kolonisation im Osten Deutschlands und dem Nachlassen des Abzugs der überschüssigen Landbevölkerung in die Städte beginnt seit der Mitte des 15. Jahrhunderts sich auf dem platten Lande ein ländliches Proletariat in grösseren Massen anzusammeln, das mit dem der Städte in Verbindung tritt und zur Landplage wird. Zu gleicher Zeit haben sich die herrschaftlichen Rechte auf Nutzung der Mark unter dem Einfluss des römischen Rechtes in ein volles Eigentumsrecht an der Mark des Dorfes, seinen Gebäuden und Einwohnern verwandelt, so dass der Grundherr sich für berechtigt hielt, für Nutzung der Allmende und Aufenthalt im Dorf Zins und Dienste zu fordern. Das fortwährende Wachsen der Lasten und Frohnden führte zu unaufhörlichen Bauernunruhen und dem grossen Bauernkrieg des Jahres 1525. Dies der Verlauf der Entwicklung im südlichen und mittleren Deutschland; im nördlichen Mitteldeutschland und auf kolonisiertem Gebiet entwickelten sich die grossen Gutswirtschaften, zu deren Bebauung die Bauern mit Arbeitsleistungen in den Dienst der Grundherren gezogen wurden. Mit dem Anwachsen der landschaftlichen Arbeit wurde die Lage derselben drückender und drückender. Ausserdem wurde eine grosse Anzahl von Bauernstellen im Interesse gutsherrlicher Arrondierung gelegt; die Arbeit musste von den übrig gebliebenen Bauern mit gethan werden. Die Vertriebenen zogen teils in die Städte und vermehrten dort das Proletariat, teils blieben sie als Arbeiter ohne Grundbesitz zurück und verstärkten das ländliche Proletariat. Erst unter dem Einfluss der französischen Revolution wurde der Bauer von der Leibeigenschaft und Hörigkeit befreit, eine Befreiung, die zu ihrer Vollendung noch mehr als ein halbes Jahrhundert gebrauchte.

In der Grundeigentumsverteilung Deutschlands tritt nun, in den letzten Jahrzehnten sich verstärkend, die Tendenz auf, den mittleren bäuerlichen Grundbesitz zu Gunsten sehr grosser und ganz kleiner Gewerbegüter zu zerschlagen. Die Gründe dafür sind in dem Anwachsen der ländlichen Bevölkerung und in der ausserordentlichen Zunahme des mobilen Kapitals zu suchen. Jede Steigerung der Bevölkerung, jede Ausbreitung von Städten und Fabrikorten wird Veranlassung zur Parzellierung, die oft von gewerbsmässigen Gutsschlächtern in die Hand genommen und in übertriebenem Masse zur Durchführung gebracht wird.

Diese, im Besitz grosser Kapitalien, erwerben, meist in Subhastationen, die Bauerngüter zu billigem Preise, und zwecks besserer Ausnutzung des Kapitals zerschlagen sie sie in kleine Parzellen, um sie an Taglöhner und Industriearbeiter zu verkaufen. Die Intensität der Bearbeitung wird in diesen Fällen meist bedeutend gesteigert. Die Zahlung des Kaufschillings in Raten lässt oft genug das Land an den Verkäufer zurückfallen und so kann sich der Prozess mehrere Male wiederholen. Dieser Zerstückelungsprozess ist andererseits oft nur die Vorbereitung für den Zusammenkauf grosser Gütermassen durch das mobile Kapital. Meist aber sind diese auf den Trümmern eines ausgeschlachteten Bauernhofes entstandenen Zwergwirtschaften die wahre Quelle der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft im Interesse der kapitalbesitzenden Grundherren, d. h. des Verkäufers, der den Kaufschilling kreditiert hat. Unterstützt wird das Moment der Parzellierung durch das Princip der gleichen Erbteilung, welches mit der französischen Revolution immer allgemeiner zur Geltung gekommen ist. Bei dem Kinderreichtum der Bauern bleibt im Erbfall nur die Wahl zwischen Zerteilung des Grundstückes — dies ist die eine Ursache der übermässigen Bodenzersplitterung — oder die Ueberlastung mit Schulden für den Unternehmer, oder der Verkauf — beides führt ebenfalls zur Parzellierung, da das hypothekarisch stark belastete Bauerngut meist schnell in die Hände des Gutsschlächters fällt.

Andererseits geht neben dieser Güterzersplitterung und Proletarisierung der Bauern die Latifundienbildung durch Auskaufen nicht bloss einzelner Bauernstellen, sondern ganzer Gemeinden durch den Grosskapitalisten und Grossgrundbesitzer.

In dieser unaufhaltsamen Veränderung der Grundbesitzverhältnisse, der Schaffung der proletarischen Zwerg- und Gewerbegüter und andererseits dem Wachsen der Latifundien erblickt der Socialismus nur eine neue Bestätigung seiner Theorie von der Entwicklung unserer Gesellschaftsordnung. Ihrer, der Socialisten, Ansicht nach, die sich z. B. ausgesprochen findet in einer Resolution des Stuttgarter Kongresses der socialdemokratischen Arbeiterpartei (4.—7. Juni 1870), erheischen die Erfordernisse der Produktion und die Anwendung der Gesetze der Agronomie den Grossbetrieb beim Ackerbau. Notwendigerweise wird daher beim Ackerbau, wie bei der Grossindustrie die allmähliche Verdrängung der kleinen und mittleren Eigentümer durch den Grossbesitzer vor sich gehen, das Elend und die Abhängigkeit der weitaus grössten Mehrzahl der Ackerbaubevölkerung zu Gunsten einer kleinen Minorität stetig zunehmen. Die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft wird es zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit machen, das Ackerland in gemeinschaftliches Eigentum zu verwandeln und den Boden von Staats wegen an Akerbaugenossenschaften zu verpachten. Die kleinbäuerliche Bewirtschaftung ist eben unwiderruflich zum allmählichen Tode verurteilt; das Mittel der Lösung liegt in der Vereinigung der Kleinbesitzer zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung des ihnen als Lehengut von der Gesellschaft überwiesenen Bodens.

Schon die Internationale hatte die grosse Wichtigkeit des Bauern-

standes, an dessen antikollektivistischem Schädel nach Schäffle die Socialdemokratie zerschellen wird, bei einer socialen Umwälzung und die Notwendigkeit seiner Mithilfe eingesehen. Daher wurde bereits auf der Londoner Konferenz derselben 1871 an den Generalrat und die Föderalräte das Ersuchen gerichtet, für den nächsten Kongress Berichte vorzubereiten über die geeigneten Mittel zur Sicherung des Anschlusses der Ackerbauer an die Bewegung des industriellen Proletariats, und Delegierte in die ländlichen Distrikte zu schicken, um dort öffentliche Versammlungen abzuhalten, die Principien der Internationale zu verbreiten und ländliche Zweiggesellschaften zu gründen. Auch auf Parteitagen der socialdemokratischen Partei Deutschlands hat man die Forderung, die Agitation auf die Proletarier des flachen Landes auszudehnen, gestellt, und besonders auf dem zu Halle (12.—18. Oktober 1890) hatte Molkenbuhr, der hervorragendste Bauernagitator der Partei, darauf hingewiesen, dass die Landleute nicht völlig unempfindlich für die socialistischen Lehren seien, sich im Gegenteil ein gut Stück praktischen Socialismus schon oft auf dem Lande finde. Er forderte daher den Vorstand auf, eine Schrift verfassen zu lassen, in der die Frage der Verstaatlichung des Grund und Bodens im Interesse der ländlichen Agitation behandelt wird. Dieser Anregung folgend, hat der Parteivorstand im Dezember 1890 einen Aufruf an alle Genossen erlassen, die sich zu schriftstellerischen Leistungen auf dem Gebiete der ländlichen Arbeiterfrage für befähigt halten; die Sichtung, Ordnung und Ausarbeitung des in reicher Fülle eingegangenen Materials aber einer besondern Kommission übertragen.

Bauernkrieg, der, von 1525. Eine gewaltige Umgestaltung der socialen Verhältnisse war der Reformation überall vorausgegangen. Durch die grossen Entdeckungen und den Aufschwung des Handels nahm der städtische Reichtum und damit der Luxus ungemein zu. Der Adel, durch die Erfindung des Schiesspulvers seiner militärischen Macht beraubt, durch das Anwachsen der Gewalt der Landesfürsten politisch geschwächt, auch gegen den städtischen Nachbarn im Rückstand, suchte vergeblich seine alte Stellung zu behaupten. Die in diesem Wettkampf notwendigen Geldmittel hatte der Bauer, der Paria der Gesellschaft, zu liefern. Seine Lasten wuchsen mit dem Reichtum der Städter, und wenn der Acker eines Bauers so viel Thaler wie Aehren getragen hätte, er hätte nur die Ansprüche seiner Herren vergrössert. Nirgends fand er Schutz gegen seine Quäler, den Adel und die Geistlichkeit, und sein Ingrimm machte sich oft genug in blutigen Empörungen Luft. Dazu kam noch, dass man sich in einer grossen Revolution der Preise befand; die Preissteigerung machte sich zwar zunächst nur bei den ausländischen Waren, bald aber auch bei den unentbehrlichen Lebensmitteln geltend. Dem Steigen der Preise folgte aber nur langsam das des Tagelohnes. Daher natürlich Misstrauen und Hass der Besitzlosen gegen die Besitzenden, die in der höheren Lohnforderung nur Eigennutz und Faulheit der neuen Zeit sahen. So war das ganze gesellschaftliche System des Mittelalters in der Auflösung begriffen und die Bauernkriege sind nur der gewaltsame Teil dieses Auflösungsprozesses; sie sind das „prophetische Vorbereitungswerk der neueren Welt-

geschichte". Alle die Erscheinungen, durch die die Staaten im Laufe der folgenden Jahrhunderte verändert wurden, finden schon ihre Vorbilder in der Bewegung von 1525. Mit Recht kann man den Geist Thomas Münzers einen Spiegel nennen, der die Erscheinungen künftiger Zeiten in sich prophetisch dargestellt hat. Der ganze politische und religiöse Ideengang der folgenden Jahrhunderte ist bereits von Thomas Münzer teils angedeutet, teils klar ausgesprochen. Die Bauernkriege sind nichts plötzlich, zufällig hereinbrechendes; sie hatten sich schon lange in der Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse Europas vorbereitet; daher auch ihre reissend-schnelle Verbreitung über alle Länder. Eine eingehendere Darstellung kann nicht im Plane unseres Werkes liegen; wir müssen uns darauf beschränken, die socialistischen und kommunistischen Ideen, da wo sie hervortreten, darzustellen.

Eine grosse Masse von Flugschriften bearbeitete in den Jahren 1521—1524 das Volk im revolutionären Sinne; tiefer wirkte aber der Einfluss der „Prädikanten", Männer aus allen Ständen, gelehrt und ungelehrt, die in der Regel der demokratischen Richtung angehörten und deren Ziel nichts anderes, als die Revolution und die Gründung einer neuen christlichen Republik war. Die schonungslose Kritik der weltlichen und geistlichen Grossen war ihr Lieblingsthema. Drei verschiedene Richtungen lassen sich bei ihnen sondern: die eine, die nur eine religiös-kirchliche Umwälzung, eine andere, die nur eine politische, und eine dritte, die beide miteinander zu vereinigen suchte. Die freie Prüfung religiöser Lehre, die Luther dem Papsttum gegenüber bis zur Autorität der Bibel vertrat und verteidigte, führte konsequent zu der freien Prüfung, die auch weiter als die Bibel geht, und muss auch auf politisches Gebiet übergreifen. Schon aus den Kreisen der Humanisten hatten sich Stimmen erhoben, die den Umsturz der geltenden Eigentumsverhältnisse predigten. Plato's Einfluss hatte die Geister ergriffen und liess sie von einem Idealstaat träumen, in dem der Kommunismus herrscht. Die Ideen der Freiheit und Gleichheit aller Menschen auf religiösem Gebiet führten zur Forderung der Freiheit und Gleichheit auf politischem Gebiet (Aufhebung der Leibeigenschaft, Frohnden u. s. f.) und auf socialem Gebiet (Kommunismus). In den zwölf Artikeln der Bauern, die neben Aufhebung der Feudallasten Abschaffung der Leibeigenschaft fordern, erscheint der Kommunismus nur als reaktionär in der Forderung, die eingezogenen Gemeindegüter wieder herauszugeben, Waldung, Fischerei und Jagd zum Gemeingut zu erklären. Daneben gab es aber auch eine grosse Anzahl von Männern, die nicht nur alle Stände abschaffen und alle Menschen gleich machen, sondern diese Gleichheit auch auf das Eigentum ausdehnen wollten. Diese Konsequenzen hatten Thomas Münzer und Karlstadt gezogen, die in ihrem Thun auf das schärfste von Luther bekämpft wurden, der die Bewegung, zu der er den Anstoss gegeben, nicht mehr begriff. Omnia sunt communia, ist der Kern von Münzers Lehre; überall predigte er den Arbeitern und Handwerkern die Idee der Gütergemeinschaft. Es soll kein Privateigentum mehr geben, sondern alles im Gemeinbesitz der Gesamtheit sein und ein jeder nach seiner Notdurft erhalten. In Mühlhausen gelang es Münzer und seiner Partei, die

Gewalt, allerdings nur für kurze Zeit, an sich zu reissen. Trotzdem er die Schwäche seiner Partei kannte, liess er sich zum Kampfe veranlassen, der bei Frankenhausen mit seiner vollständigen Niederlage endigte. Mit dem Siege der Fürsten und der Geistlichkeit begann eine grausame Verfolgung jedes Reformers. Schon die wahrheitsgetreue Darstellung der Lage der unteren Stände genügte, den Verfasser als Aufrührer, Schwarm- und Rottengeist oder, wie man alle diese Bestrebungen mit einem Kollektivnamen bezeichnete, als „Wiedertäufer" hinzustellen. Diese Sekte, die schon im Bauernkrieg eine der treibenden Kräfte gewesen, wurde im Schosse ihrer geheimen Verbindungen die Hüterin und Pflegerin des communistischen Gedankens. (S. Wiedertäufer.)

Baudin, geboren 1842 als Sohn eines Töpfers. Zehn Jahre alt wurde er Lehrling bei einem Mr. Bagille, ebenfalls einem Töpfer und Neffen F. Pyats. 1869 wurde er zu zwei Monaten Gefängnis wegen Beleidigung des Kaisers Napoleons III. verurteilt. Er schloss sich der internationalen Arbeiterassociation an, 1871 der Pariser Commune und wurde nach dem Ende derselben von den Kriegsgerichten zum Tode verurteilt. Es gelang ihm, nach England zu entkommen, wo er bis zur Amnestie lebte. 1889 wurde er zum Deputierten für den Distrikt Bourges gewählt.

Bax, E. Belfort. Englischer Socialdemokrat. Verfasser von: The Religion of Socialism, 1887, The Ethics of Socialism, 1889, Outlooks from the New Standpoint, 1891, und einer Reihe philosophischer Werke.

Bazard, Amand, geboren am 19. September 1791 zu Paris, gestorben am 19. Juli 1832 zu Courtry. Nachdem er ruhmreichen Anteil an der Verteidigung von Paris 1813 genommen und das Kreuz der Ehrenlegion erhalten, bekleidete er einige Jahre lang eine wenig einkömmliche Stelle an der Seinepräfektur. In Verbindung mit einigen andern jungen Leuten, wie Buchez, Flottard, Dugied, gründete er die Loge der Wahrheitsfreunde und später den französischen Carbonarismus, eine in Nachahmung der italienischen Carbonari gegen Louis XVIII. und die Restauration gerichtete Verschwörung, an deren Spitze später Lafayette stand und die sowohl das Heer wie andere Klassen des liberalen Bürgertums umfasste. Bazard war einer der Organisatoren des Komplottes von Béfort. Dies misslang, doch gelang es Bazard, in contumaciam verurteilt, sich den Nachstellungen der Polizei zu entziehen. Er war eine Zeit lang im Süden Frankreichs agitatorisch thätig und kehrte dann nach Paris zurück. Hier widmete er sich ganz dem Studium, das ihn bald aus einem Anhänger liberaler Philosophie und Politik in einen solchen St. Simons verwandelte. Der Carbonaro war in ihm gestorben. Er gab das Handwerk des Verschwörers auf und wurde einer der thätigsten Mitarbeiter am „Producteur", dem 1825 gegründeten Journal der St. Simonschen Schule. Durch die Reinheit seines Geistes und die Klarheit seines Urtheils war es Bazard bald gelungen, an die Spitze der Schule zu treten, der unter der Julirevolution neue Aussichten sich öffneten. Schon am 15. August 1829 war der „Organisateur" an Stelle des Ende 1826 eingegangenen „Producteur" erschienen; nun die Zahl der Anhänger sich vergrösserte, wurde eine zweite Zeitung „Le Globe" 1831 gegründet, die die Aufmerksamkeit der

Oeffentlichkeit zu fesseln wusste. Das war damals die Glanzzeit des St. Simonismus, die nicht lange andauern sollte. Bald trat eine Spaltung zwischen den beiden Führern der Schule, Bazard und Enfantin (s. d.), in betreff der Emanzipation der Frau, ein; ersterer trennte sich von der alten Schule, veröffentlichte ein Manifest: „Discussions morales politiques et religieuses" vom 20. Januar 1832, in dem er Enfantin aufs heftigste angriff. Bald darauf, als es ihm nicht gelang, Schüler um sich zu sammeln, begab er sich der Erholung wegen mit seiner Familie aufs Land. Wenige Monate nachher starb er; die Spaltung der Schule, der drohende Untergang des St. Simonismus, den er voraussah, hatten ihm das Herz gebrochen.

Theorie: Bazard erkannte, dass die durch die französische Revolution geschaffene Egalité den Menschen nicht das gebracht, was sie versprach. Die Bourgeoisie war allerdings siegreich aus dem Kampfe hervorgegangen, aber das Volk war ärmer und unterdrückter geworden. War auch die politische Gleichheit erreicht, so fehlte doch die andere Seite, die sociale, die durch die Verteilung des Besitzes in ungleiche Anteile stetig bekämpft wird. Hat das individuelle Eigentum eine Berechtigung, wie kann es mit der Gleichheit aller Menschen sich vereinigen? — diese Frage stellte sich Bazard und, um ihre Lösung zu finden, knüpfte er an St. Simon an, aus dessen einzelnen Sätzen er ein System schuf. In der Rue Toranne trat er als öffentlicher Sprecher auf und gab in seinen Vorlesungen das, was später in dem Hauptwerke der St. Simonschen Schule: „Doctrine de St. Simon. Exposition, première année 1828/1829, deuxième année 1830", zusammengefasst wurde. Zwei Kräfte liegen der Gestaltung des Weltlebens zu Grunde: die Kraft der Individualität und die der Einheit. Jeder einzelne setzt sein Dasein als einziges Ziel; die Selbstsucht ist es, die sich auf allen Gebieten geltend macht, besonders aber auf dem der Industrie als Konkurrenz bis zum äussersten erscheint. Ohne das Gegenprincip der Einheit, der Association, wäre überhaupt keine Welt denkbar. Diese gestaltet sich in den organischen Formen der Gesellschaft, Familie, Gemeinde, Nation und Staatenbund (der association universelle), aus. — Der Antagonismus tritt in den ersten Zeiten der Geschichte als der Kampf der einzelnen auf; hier endet er mit dem Tode des Gegners. Die Erkenntnis des Nutzens schenkt aber bald dem Ueberwundenen das Leben, er wird Sklave. Es beginnt die exploitation de l'homme par l'homme. Sklaverei verwandelt sich in Leibeigenschaft; auch diese ward durch die Revolution vernichtet. Der serf ward ouvrier, aber die exploitation dauert fort. Diese Klasse gilt es also zu heben und zu befreien; die Emancipation der Arbeit vom Besitz — dies ist die Behauptung Bazards — wird von der Geschichte in ihrer göttlichen Entwicklung gefordert. Die Forderung muss erfüllt werden; es gilt, praktische Mittel dafür zu finden. Ein solches findet er in der Aufhebung des durch Blutsverwandtschaft bedingten Erbrechts. Der Staat ist Erbe, dadurch wird das Vermögen in seine Gewalt gebracht; an die Stelle des erblichen Eigentums tritt das rein individuelle, das bedingt ist durch die Fähigkeit, durch das Verdienst.

So ist die eine Seite der St. Simonschen Ansicht ergänzt und ausgefüllt; es fehlt aber die zweite, die religiöse; noch fehlt die neue Religion mit ihrem Dogma. Hier trat Enfantin ergänzend ein. (S. St. Simonistische Schule.)

Bebel, Ferdinand August, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Strassburg geboren am 22. Februar 1840 zu Köln a. Rh., besuchte die Dorfschule zu Brauweiler in der Rheinprovinz, später die Volks- und Sonntagsschule zu Wetzlar. Reiste als Handwerksbursche (Drechslergeselle) in Süddeutschland und Oesterreich, kam 1860 nach Leipzig, wo er sich nach einigen Jahren selbständig machte. Seit 1862 ist er in der deutschen Arbeiterbewegung thätig: 1865 Vorsitzender des Leipziger Arbeiter-Bildungsvereins, von 1864—1867 Mitglied des ständigen Ausschusses des Verbandes der deutschen Arbeitervereine, 1867—69 Vorsitzender desselben. Durch Liebknecht wurde er für die Grundsätze der internationalen Arbeiter-Association gewonnen und war bald einer der thätigsten und beredtesten Vertreter derselben. 1869 hatte er bereits eine Gefängnisstrafe wegen Verbreitung staatsgefährlicher Lehren zu verbüssen. Bebel wurde 1867 von Glauchau-Meerane in den konstituierenden und in den ordentlichen norddeutschen Reichstag geschickt. 1871 wurde er in den deutschen Reichstag gewählt, dem er, abgesehen von kurzen Unterbrechungen, bis heute angehört hat. Schon sehr bald erwarb er sich im Reichstage durch seine Schlagfertigkeit und Beredtsamkeit Ansehen. Heute wird er von allen Parteien als einer der besten Redner desselben anerkannt. Am 17. Dezember 1870 wurde er unter der Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet, nach 3½ Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen, am 26. März 1872 — zusammen mit Liebknecht — auf Grund dieser Anklage vom Schwurgericht zu Leipzig zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt. Am 6. Juli 1872 wurde er wegen Majestätsbeleidigung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, zugleich wurde ihm das Reichstagsmandat aberkannt, das er aber am 20. Januar 1873 durch Neuwahl mit über 10,000 Stimmen wieder erhielt. Seit 1881 war Bebel auch Mitglied der sächsischen zweiten Kammer, hat dies Mandat aber 1891 niedergelegt.

In seiner Partei hat Bebel zahllose Ehrenämter bekleidet, viele Jahre lang hat er die Parteikasse verwaltet. In Wort und Schrift ist er für die Sache der Socialdemokratie rastlos thätig gewesen. Die Geschichte seines Lebens fällt mit der Geschichte der socialdemokratischen Partei fast ganz zusammen. Wir verweisen deshalb auf die Artikel „Deutschland", „Eisenacher" und „socialistische Arbeiterpartei".

Seine Stellung zur Bevölkerungstheorie und Frauenfrage ist in den betreffenden Artikeln besprochen.

Op. Die Frau und der Socialismus, 1. Auflage 1879, 20. Auflage 1893, in viele Sprachen übersetzt. — Unsere Ziele. — Der deutsche Bauernkrieg, 1876. — Charles Fourier, 1887. — Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode, 1884. — Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien, 1890.

Beck, Karl, geboren am 1. Mai 1817 in dem Städtchen Baja in Ungarn, als Sohn israelitischer Eltern, war seit 1838 als Schriftsteller thätig. In weiteren Kreisen wurde er durch sein Epos „Janko, der un-

garische Rosshirt" (1841) bekannt, Fast ganz vergessen starb er am 10. April 1879 in Dürftigkeit in Währing bei Wien. In seinen in leidenschaftlicher, oft packender Sprache geschriebenen „Liedern vom armen Mann. Mit einem Vorwort an das Haus Rothschild" (1846) zeigt er sich von socialdemokratischen Ideen erfüllt.

Becker, August, der „rote" Becker, Sohn eines Pfarrers, studierte anfangs der dreissiger Jahre unter den kümmerlichsten Verhältnissen in Giessen Theologie. Hier wurde er mit Georg Büchner (s. d.) bekannt und befreundet. Infolge seiner politischen Umtriebe wurde er verhaftet und nach jahrelanger Untersuchungshaft 1839 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Doch wurde er bald amnestiert, worauf er nach Genf ging. Hier schloss er sich der Arbeiterbewegung an und wurde bald nach dem Auftreten Weitlings (s. d.) eifrigster Anhänger des Kommunismus. Er schrieb eine Reihe von Broschüren und lieferte Korrespondenzen für die radikalen Blätter jener Zeit, u. a. für die „Rheinische Zeitung" von 1843 und den Pariser „Vorwärts".

1848 gab Becker in Giessen eine Zeitung „Der jüngste Tag" heraus. Er wurde von Giesssen in die hessische legislative Körperschaft gewählt. Er ging nachher ins Ausland. Nach einem überaus bewegten, abenteuerlichen Leben ist er 1875 in Cincinnati am Ohio als penny-a-liner gestorben.

Op. Volksphilosophie unserer Tage, 1843. — Was wollen die Kommunisten?, 1844 u. s. w.

Becker, Bernhard. Nach dem Tode Lassalles wurde B., der von Lassalle selbst zum Nachfolger designiert war, Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, zeigte sich aber in seinem Amte so unfähig, dass er, zumal da er sich auch mit der Gräfin Hatzfeld überwarf, auf der zweiten Generalversammlung zu Frankfurt a. M. 1865 zurücktreten musste. 1879 liess er das Buch „Geschichte und Theorie der revolutionären Pariser Commune" erscheinen, das, obschon ihm das Material von Anhängern der Socialdemokratie geliefert worden war, von den gemeinsten Beschimpfungen der Commune strotzt. Des Materials wegen, das er sich durch einen Vertrauensbruch gegenüber der Gräfin Hatzfeld verschafft hatte, ist noch wichtig sein Buch: „Enthüllungen über das tragische Lebensende Ferdinand Lassalles und seine Beziehungen zu Helene von Dönniges" (neu bearbeitet 1892). 1882 erschoss sich B.

Becker, Johann Philipp, wurde im Jahre 1809 in Frankenthal geboren, wo er die Volksschule und später das Progymnasium besuchte. Schon früh musste er die Schule verlassen, um Bürstenbinder zu werden, da sein Vater in Not geriet. Mit 18 Jahren verheiratete er sich bereits; 22 Kinder entsprossten der glücklichen Ehe. Schon als junger Mann schwärmte er für die Idee einer deutschen Republik. Dafür, dass er seiner Gesinnung in unvorsichtiger Weise Ausdruck gab, wurde er einmal zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt. Im Anfang der dreissiger Jahre verlegte er seinen Wohnsitz nach der Schweiz, wo er im Kanton Bern das Bürgerrecht erwarb. Immer bereit, für demokratische Principien einzutreten, nahm er an den Verfassungswirren der Schweiz während der dreissiger und vierziger Jahre lebhaften Anteil.

Im Jahre 1848 erliess er einen offenen Aufruf zur Bildung einer deutschen Legion. Die notwendigen Gelder wurden durch eine „freiwillige Anleihe zu Gunsten der deutschen Republik“ aufgebracht. Die Freiwilligen, welche sich auf diesen Aufruf hin sammelten, mussten den Eid leisten: „Wir geloben Treue der provisorischen Regierung der einen und unteilbaren deutschen socialdemokratischen Republik, Tod und Verderben den Tyrannen und ihrem Anhange, bis sie entweder vernichtet oder wir aufgerieben sind.“ Den planlosen Zug, den Hecker in diesem Jahre unternahm, billigte er nicht, auf die Aufforderung Struves hin eilte er aber schliesslich mit circa 30 Mann herbei, fand bei seinem Eintreffen jedoch die Sache schon entschieden, so dass er sich wieder nach der Schweiz zurückzog, ohne an einem Treffen teilgenommen zu haben.

An der im nächsten Jahre ausbrechenden süddeutschen Mai-Revolution beteiligte er sich in hervorragender Weise. Er wurde vom badischen Landesausschusse zum Oberstkommandanten sämtlicher Bürgerwehren in Baden ernannt. Als solcher entfaltete er ein bedeutendes Organisationstalent. Auch seiner militärischen Fähigkeit wurde sogar von seinen Feinden Anerkennung gezollt. Nach der Niederwerfung der Revolution wirkte er unermüdlich in der Schweiz, um den vielen deutschen Flüchtlingen Unterkunft und Unterstützung zu verschaffen. Auch war er thätig als Organisator deutscher Arbeiterbildungsvereine.

Der Internationalen Arbeiter-Association schloss er sich gleich nach ihrer Entstehung an. Er gründete in Genf „ein provisorisches Central-Komitee deutscher Sprache“, durch das Sektionen in der Schweiz, in Deutschland und in Oesterreich ins Leben gerufen wurden. Von 1866—1871 redigierte er dort den „Vorboten“. Der Sache der Socialdemokratie ist er bis zu seinem im December 1886 erfolgten Tode während aller Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte, treu geblieben. Als Zeichen der Anerkennung für sein langjähriges, unermüdliches Wirken im Dienste der socialdemokratischen Sache haben ihm seine Freunde und Gesinnungsgenossen vor einigen Jahren ein Denkmal gesetzt.

Beitzel, Konrad, ein Deutscher, hat bereits 1713 die kommunistische Gemeinde von Ephrata in Pennsylvanien gegründet. Zur Zeit der Blüte hatte sie einige Tausend Mitglieder. Die Bibel war ihre Führerin. Sie hielten alle Dinge gemeinsam, lebten in strengem Cölibat und wurden sehr reich. Nach dem Tode Beitzels, der ein sehr hohes Alter erreichte, fiel die Gemeinde bald auseinander.

Belgien. Die bei Beginn des Jahres 1867 wenig zahlreiche Sektion der belgischen Internationale hatte sich im Laufe dieses Jahres bedeutend vergrössert. 23 Genter Arbeitergesellschaften hatten sich ihr angeschlossen. Im Laufe der folgenden Jahre entstand eine grosse Anzahl von Föderationen, von denen die bedeutendsten die von Lüttich, Charleroi, Verviers, Brüssel waren. Im Mai 1869 soll die Zahl der Mitglieder sich auf 64,000 belaufen haben. Die verschiedenen Sektionen und Föderationen der Internationale standen unter einem gemeinsamen belgischen Centralrat, der mit dem Generalrat zu London in Verkehr stand. Doch machte sich, was wohl auf Wühlereien Bakunins zurückzuführen ist, bald eine dem

Generalrat feindliche Stimmung geltend, die auf dem Kongress der belgischen Föderation vom 25. und 26. Dezember 1872 hervortrat. Hier erklärte man die Beschlüsse der allgemeinen Haager Konferenz der Internationale für null und nichtig. Die belgischen Delegierten beteiligten sich dann an den autonomistischen Kongressen zu Genf (2. September 1873), Brüssel (7. November 1874), Bern (26. Oktober 1876). Auf dem allgemeinen socialistischen Kongress zu Gent am 9. September 1877 betonte César de Paepe (s. d.) in Verbindung mit Liebknecht, Vertreter der Marxistischen Ideen, die Ausdehnung der Funktionen des Staates in der Weise, dass er Eigentümer der Produktionsmittel würde. Ausserdem wurde hervorgehoben, dass die Arbeiter das grösste Interesse daran hätten, sich an den politischen Kämpfen zu beteiligen. So kam es dann zur Scheidung der Kollektivisten von den Autonomisten, die, von Guillaume geführt, im wesentlichen nur die Fédération Jurassienne umfassten. Damit war auch die autonomistische Internationale Bakuninscher Tendenz gesprengt und die Arbeiterbewegung in Belgien kam ins Stagnieren. Erst als im Jahre 1878 in Brüssel ein „Deutscher Leseverein" deutscher Socialisten entstand, der im Anschluss an die belgischen Genossen rege Agitation trieb, nahm die Bewegung einen neuen Aufschwung und fanden wieder jährliche Kongresse statt. Die auf dem ersten zu Boom 1878 geplante Vereinigung sämtlicher Gruppen zu einer socialistischen Arbeiterpartei fand ihre Verwirklichung auf dem Kongress zu Brüssel 1878. Man setzte einen Centralrat ein, acceptierte das Gothaer Programm und erklärte zu Parteiblättern die Zeitungen „La voix de l'ouvrier", Brüssel, „de Werker", Antwerpen, „de Volkswil", Gent. Aber diese soeben geschlossene Einigkeit wurde nur zu bald durch die Streitigkeiten Mosts mit dem grösseren Teil der deutschen Partei gestört. Diese pflanzten sich nämlich auch auf den Boden Belgiens fort, wo Mosts Haltung von vielen verteidigt wurde und seine Ideen Verbreitung fanden. Der gemässigte Teil der socialistischen Arbeiterpartei erklärte sich auf ihrem Osterkongress von Antwerpen 1881 für Beschickung des von Bebel und Liebknecht berufenen „Schweizer Kongresses"; die anarchistische Abteilung dagegen, die sich „Union révolutionnaire" nannte und in Verviers ein eigenes Organ „La Persévérance" hatte, erklärte sich für Beschickung des Londoner Kongresses (s. Anarchismus). Die Erfolge der deutschen Socialdemokraten bei den Wahlen von 1881 blieben nicht ohne Wirkung bei der belgischen Partei. Man schritt zur Gründung einer Ligue électorale, ohne indes bei den Massen das Interesse zu finden, das sie voraussetzten. So setzte sich denn César de Paepe mit einigen radikalen Deputierten in Verbindung und rief auf auf Grund eines vielfach mit dem Gothaer übereinstimmenden Programms die Union démocratique ins Leben, welche zum Zwecke der Verfassungsrevision sämtliche fortschrittlichen und revolutionären Gruppen vereinigen sollte. Am 24. September 1882 lud man Vollmar ein, auf einem Feste in Lüttich Vorträge über die deutsche Partei zu halten. Dieser unterzog sich seiner Aufgabe mit grossem Geschick und suchte auch auf einer Rundreise, Februar 1883, das Interesse für den Socialismus zu wecken. Trotzdem trat schon auf dem am 13./14. Mai 1883 zu Lüttich abgehaltenen

Jahreskongress die Unschlüssigkeit und Uneinigkeit in der Partei wieder deutlich zu Tage und die dort beschlossene straffere Organisation kam nicht zu stande. Erst auf dem Kongress zu Antwerpen, August 1885, wo 101 Delegierte als Vertreter von 68 Gruppen tagten, wurde die „Parti ouvrier socialiste belge“ gegründet. Der Monat März 1886 war ausgezeichnet durch den grossen Strike im Bassin von Charleroi, der zur Zerstörung der grossen Glasfabriken führte. Erst durch Intervention der Truppen wurden die Aufständischen nach blutigen Gefechten unterdrückt. Der Vorwurf, an diesen Scenen des Vandalismus schuld zu sein, wurde von der socialistischen Partei energisch mit der Bemerkung, dass in den Hochburgen des Socialismus, Gent, Brüssel und Verviers, alles ruhig geblieben war, und mit dem Hinweis auf den vollständigen Mangel an Organisation unter den Arbeitern abgewiesen. Zugleich gab sie einen Beweis ihrer Organisation und Disciplin durch die grosse Manifestation vom 15. August, an der über 20,000 Mann teilnahmen und bei der nicht die geringste Ordnungsstörung vorkam. Auf dem Genter Kongress vom 25. April waren 400 Delegierte als Vertreter von 111 socialen Gruppen, am 13. Juni zu Brüssel 500 Delegierte anwesend. Gelegentlich der Ausführung des auf dem Junikongress 1886 beschlossenen Generalstrikes brach eine Spaltung in der socialen Partei aus; der Conseil Général mit Anseele und Jean Volders hielt die Zeit mangels einer ausreichenden Organisation der Arbeiter nicht für günstig, während Defuisseaux für Losschlagen war. Der Conseil Général ward von den Deutschen verteidigt und von César de Paepe unterstützt. Er schloss Defuisseaux aus der Partei aus und auf dem Kongress zu Mons, August 1887, kam es zu einer Spaltung. Der Prozess von Mons, in dem 27 Socialisten und Anarchisten wegen angeblicher Verschwörung zu harten Gefängnisstrafen verurteilt wurden, aber auch die Anwendung von Spitzeln durch die belgische Polizei erwiesen wurde, führte 1889 wieder zu einer Einigung der beiden Teile. Seitdem besitzt der belgische Socialismus eine vorzügliche Organisation, die eine Kopie der deutschen Partei ist. Auf dem Kongress zu Paris 1889 (marxistischer Richtung) war die belgische Partei durch 14 Delegierte vertreten. Der hier von Volders gegebene Bericht weist darauf hin, dass man in Belgien unmöglich allein auf politische Gruppenbildung rechnen kann, dass dagegen die durch gemeinschaftliches, wirtschaftliches Interesse verbundenen Organisationen, wie Fachvereine, Kooperativgenossenschaften, ausdauern. Beiden hat die Partei ihre Aufmerksamkeit zugewandt und besonders auf dem Gebiet der Kooperativgenossenschaften grosse Erfolge gehabt, wie der „Vooruit“ (s. d.), „Peuple“ u. s. f. beweisen (s. Produktivgenossenschaften, Belgien). Diese Genossenschaften sind für die Partei eine grosse Stütze, da sie vom Gewinn einen bedeutenden Prozentsatz für Propaganda und Zeitungsgründungen abgeben. So ist die Taktik der Partei durch ihre Stellung charakterisiert; schon der Unterschied zwischen Wallonen und Flamländern verbietet ein starkes, exklusives Programm. Aber diese Toleranz richtet sich nur gegen die Arbeiter, mit den Bourgeoisparteien ist die Partei stets im Kampf und verwirft alle Transaktionen. Soweit der Bericht Jean Volders'.

Bellamy, Edward, geboren 1850 zu Chikopee Falls, Massachusetts, studierte Rechtswissenschaft, wandte sich aber bald journalistischer und litterarischer Thätigkeit zu. Sein Roman „Looking backward, 2000—1887“ fand eine ungeheure Verbreitung. Auch deutsche Uebersetzungen, die unter dem Titel „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000“ erschienen, wurden viel gelesen. Der Autor entwirft uns ein Bild seines Zukunftsstaates, in dem an die Stelle der konkurrierenden Einzelunternehmungen die gesellschaftliche Leitung des Produktions- und Distributionsprozesses getreten ist. Auch unterzieht er einige Seiten der bestehenden Gesellschaftsordnung einer strengen Kritik. Eine Mrs. John B. Shipley hat nachzuweisen versucht, dass Bellamy seine Ideen im wesentlichen dem Bebelschen Buche „Die Frau“ entlehnt hat. Mit Beziehung darauf erklärt Bebel selbst in einer neuen Auflage dieses Buches, dass eine mehr als sehr oberflächliche Uebereinstimmung in der Auffassung mancher Dinge und gewisser kritischer Ausführungen nicht bestehe. Er verwahrt sich entschieden dagegen, dass man die Ansichten Bellamys mit den seinigen identifiziert. „Wer unsere beiden Schriften liest,“ sagt er, „oder gelesen hat und ein wenig kritisch urteilen kann, wird finden, dass Herr Bellamy ein wohlwollend denkender Bürger ist, der, ohne Ahnung der Bewegungsgesetze, welche die Gesellschaft beherrschen, rein vom Humanitätsstandpunkte aus, indem er als guter Beobachter der bürgerlichen Welt ihre Ungeheuerlichkeiten und ihre Widersprüche erkannte, sich eine künftige gesellschaftliche Ordnung zurechtlegte, in der aber überall die bürgerlichen Gedanken und die bürgerliche Auffassung der Dinge durchbrechen. Herr Bellamy unterscheidet sich in nichts von den früheren Utopisten als dadurch, dass seine Schilderungen das Gewand einer moderneren Zeit tragen und dass die scharfe Kritik der bürgerlichen Gesellschaft, durch welche die Utopisten sich auszeichneten, fehlt.“ — Das Buch Bellamys war die Veranlassung, dass sich überall in den Vereinigten Staaten Gesellschaften bildeten zu dem Zweck, die von demselben vertretenen Principien zu verwirklichen. Diese schlossen sich zusammen zu einer Partei der „Nationalisten“, die bald viele tausend Anhänger zählte. Auch die socialistische Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten ist in mancher Beziehung durch das Buch gefördert. Bellamy selbst hat sich derselben in seinen Ansichten mehr und mehr genähert. So führt er in einem Artikel der Zeitschrift „New Nation“ im Sommer 1892 aus, dass nur Furcht die Kapitalistenklassen zu Konzessionen an den Socialismus veranlassen werde.

Bellers, John, geboren 1654, gestorben 1725, war ein wohlhabender Grundbesitzer in der Grafschaft Gloucestershire (England). Er war Mitglied der Gesellschaft der Freunde, der sogenannten Quäker. Bereits im Jahre 1695 hat er als Mittel gegen den Pauperismus die Gründung von Gemeinden („Colledges“) auf kommunistischer Grundlage vorgeschlagen. Mit scharfem Verstande vereinigte er eine seltene Herzensgüte. Ueberall ist er bemüht, Leid zu lindern und die Quellen der Not zu verstopfen. Um den Krieg aus der Welt zu schaffen, machte er in einer Adresse an die europäischen Mächte den Vorschlag, ein internationales Schiedsgericht zur Beilegung der Streitigkeiten einzusetzen. Die verschie-

denen Religionsgesellschaften Europas sollen sich zu einem Konzil vereinigen, um zu betonen, was sie verbindet, und zu vergessen, was sie trennt. Die Errichtung von Erziehungsanstalten für verwaiste und uneheliche Kinder, von Hospitälern für die Kranken, von Asylen für Altersschwache und Krüppel und von Blindenanstalten liegt ihm am Herzen. Viel that er auch, darin ein Vorgänger von John Howard, um die Lage der Sträflinge, die damals unter einer grausamen Gesetzgebung entsetzlich zu leiden hatten, zu bessern.

Hauptsächlich wandte er aber seine Aufmerksamkeit der Lage der Armen zu. „Oft quälte mich der Gedanke," so sagt er, „wie es komme, dass die Armen solche Last für die Gesellschaft bilden, dass sie so elend leben, und wie man dem abhelfen könne." Die Resultate seines Nachdenkens legte er nieder in einer Schrift, die er 1695, unmittelbar nach der Aufhebung der Censur, erscheinen liess. Sie führt den Titel: „Vorschläge zur Errichtung von Kolonieen (Colledges of industries) für alle nützlichen Gewerbe und die Landwirtschaft, die den Reichen einen guten Gewinn, den Armen ein reichliches Auskommen und der Jugend eine gute Erziehung gewähren sollen, was für die Regierung wegen der Zunahme der Bevölkerung und ihres Wohlstandes von Nutzen sein wird." Als Motto trägt die Schrift: „Fleiss bringt Fülle" und:

„Der Träge soll in Lumpen gehen;
Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen."

Organisiert werden sollen diese Kolonieen nach kommunistischen Principien. „Wenn man," so führt er aus, „den Fleissigen, welche keine oder nur schlecht bezahlte Arbeit finden, Arbeitsmittel zur Verfügung stellt, so werden sie, da die Produktivkraft der Arbeit so gross ist, dass sie viel mehr als die Unterhaltungskosten des Arbeiters hervorbringt, im stande sein, für sich und ihre Familien angenehme Existenzbedingungen zu schaffen und noch einen Ueberschuss zu erzielen. Um das Interesse der Wohlhabenden für seinen Plan zu gewinnen, bietet er denjenigen, welche das zur Gründung erforderliche Kapital vorschiessen, einen Teil des Ueberschusses als Entgelt. Lieber würde er den Mitgliedern der Kolonie den ganzen Ertrag ihrer Arbeit zuwenden, er lässt sich aber durch den Gedanken der leichteren Durchführbarkeit bestimmen. „Es ist leichter, tausend Pfund aufzubringen, wo Gewinn in Aussicht steht, als hundert Pfund zu mildthätigen Zwecken."

Seine Kolonieen sollen eine kleine Welt für sich — an epitomy of the world — darstellen. Alle nützlichen Berufe sollen in ihnen vertreten sein. Das numerische Verhältnis der einzelnen Berufe zu einander und die Grösse des Gründungskapitals sucht er an einem Beispiel, in dem er als Gesamtzahl der Mitglieder dreihundert annimmt, festzustellen. Die einzelne Kolonie kann aber dreitausend und mehr Mitglieder haben und die Art der Produktion nach den natürlichen Hülfsquellen des Ortes, an dem sie sich befindet, bestimmen. Zwischen den einzelnen Kolonieen findet ein Austausch der Produkte statt, die Einfuhr der Erzeugnisse fremder Länder ist nicht ausgeschlossen.

Das Vermögen der Kolonie steht im Gemeineigentum aller Mitglieder; die Produktionsmittel sind unveräusserlich und unteilbar, sie dürfen ihnen von den Gründern nicht wieder entzogen werden. Der Ueberschuss wird in jedem Jahre nach genauer Inventaraufnahme ermittelt. Wieviel davon an die Gründer abgegeben, wieviel zur Vergrösserung des Betriebskapitals und zur Ausdehnung der Kolonie verwendet werden soll, bestimmt die Verfassung der Kolonie und die Generalversammlung, in der die Gründer für je 50 Pfund eine Stimme, jedoch nicht mehr als höchstens fünf Stimmen, haben sollen.

Die Mitglieder der Kolonie erhalten für ihre Thätigkeit keinen Lohn; es werden ihnen aber die Mittel zur Befriedigung ihrer vernunftgemässen Bedürfnisse gewährt, soweit die Lage der Kolonie es zulässt. An langen Tafeln sollen sie gemeinsam speisen, wobei die Knaben und Mädchen ihnen aufwarten. Die Versammlungsräume wie die Bibliothek sollen allen offen stehen, Arbeitsräume für Männer und Frauen aber getrennt sein. Leiter und Aufseher sollen für gute Ordnung und Disciplin sorgen, doch sollen die Beschränkungen, denen der Einzelne unterworfen ist, nicht grösser sein, als zum Gedeihen der Kolonie unbedingt nötig ist. Nach dem Grade ihrer Thätigkeit bei der Arbeit sollen die Mitglieder in verschiedene Klassen zerfallen, welche sich durch ihre Kleidung von einander unterscheiden. Die Kranken sollen von der Kolonie gepflegt und unterhalten werden, die Witwen brauchen keine Not zu fürchten und den Waisen wird man eine gute Erziehung geben. Wer alt wird, braucht nur kürzere Zeit zu arbeiten; der Sechzigjährige erhält einen Posten als Aufseher, als welcher er ein leichtes, angenehmes Leben führen kann. Die jungen Männer sind bis zum vierundzwanzigsten, die jungen Mädchen bis zum zwanzigsten Lebensjahre Lehrlinge; nach dieser Zeit können sie sich verheiraten.

„Das Leben in solcher Kolonie wird ähnlich sein dem Leben der alten Christen, die in Gütergemeinschaft lebten; und die Kraft, die diesen Gemeinden innewohnte, zeugt für die Vorzüglichkeit desselben; doch wenn man den Charakter der Menschen, die Vermögen haben — bei den Armen liegt die Sache anders —, bedenkt, gehörte dies zu den nicht geringsten Wundern jener Zeit und verschwand wieder wie die anderen Wunder auch.“

Unter den Vorteilen, die das Leben in solcher Kolonie gewährt, weist Bellers zuerst auf die viel grössere Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit hin. Viele Unkosten werden wegfallen, unproduktive Vermittler brauchen nicht erhalten zu werden; alle Zeit, welche die Menschen aufwenden, um sich gegenseitig die Arbeitsprodukte abzujagen, wird gespart werden. Planmässig wird die Arbeitskraft zur Erzeugung solcher Güter, nach denen ein Bedürfnis vorhanden ist, angewendet werden. Wenn in einem besonderen Arbeitszweig viele Kräfte erforderlich sind, werden Arbeiter anderer Berufe zeitweise zu demselben übertreten. „Alle Handwerker können bei der Ernte helfen, so dass die Feldfrucht in kürzester Zeit eingebracht werden kann, was in nassen Jahren von grossem Vorteile sein wird.“ Und diesem Wechsel in der Beschäftigung schreibt er

den wohlthätigsten Einfluss auf die Gesundheit Derer zu, welche eine sitzende Lebensweise führen.

Im Keime ist in seinen Vorschlägen schon das enthalten, was heute von den Socialisten als Ziel der Zukunft hingestellt wird: die Aufhebung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land und der Wechsel der Beschäftigung.

Doch wichtiger als alle materiellen Urteile sind ihm die moralischen Folgen des Lebens in enger Gemeinschaft. Wie viele nehmen Schaden an ihrer Seele durch ihr rastloses Streben nach weltlichen Gütern, wie viele gehen zu Grunde durch das Sorgen für des Leibes und Lebens Notdurft! — so ruft er aus. Das regelmässige Leben in der Kolonie, wo es keine Nahrungssorgen gibt, wo jeder an der Arbeit teilnimmt, welche die Kräfte keines übersteigt; wo niemand in seinem Nachbarn seinen Feind, der ihm die Subsistenzmittel streitig macht, erblickt; wo Kummer und Elend den Menschen nicht mehr erniedrigen werden, wird dieselbe zu einer Schule der Tugend machen. „Ist eine solche Kolonie einmal gegründet und richtig organisiert, so ist sie nur zu vernichten, wenn man das Leben ihrer Mitglieder nimmt. Ein Feind mag sie niederbrennen, sie wird in kurzer Zeit aus der Asche wieder erstehen, wie das Gras, das gemäht ist, im nächsten Jahre wieder wächst, denn die Arbeit schafft, wie die Kräfte der Erde, und sie ist allmächtig, wenn einer dem andern beisteht."

Wie alle Socialisten legt auch Bellers grossen Wert auf die Erziehung. „Alte Leute sind wie irdene Töpfe, die man nicht leicht umformen kann, aber Kinder gleichen frischem Thon, der eben aus der Grube kommt." Wesentlich erleichtert wird die Aufgabe dadurch, dass die Mitglieder der Kolonie von dem verderblichen Einfluss schlechter Gesellschaft bewahrt werden. Geselligkeit ist die Freude aller Geschöpfe, der Menschen und Tiere — so sagt er —, und weil die Welt so schlecht ist, so wird dieser Hang zur Gesellschaft vielen jungen Leuten zum Verderben; da die Kolonie eine ausreichende Geselligkeit gewährt, so ist diese Gefahr ausgeschlossen.

Zweck der Erziehung ist ihm: die manuelle Geschicklichkeit, den Verstand und den Willen auszubilden. Um ihn zu erreichen, empfiehlt er planmässige Verbindung der Erziehung mit produktiver Arbeit. Durch diese wird die Hand geschickt, der Verstand geschärft und der Wille dem Gemeinwohl dienstbar gemacht. Unproduktive, spielende Arbeit verwirft er: „Kindische Beschäftigung lässt den Geist kindisch." Auf die körperliche Handarbeit legt er überhaupt grossen Wert; sie erscheint ihm für die physische Gesundheit so notwendig, wie Essen zum Leben. „Wer hat einen stärkeren Körper als ein Arbeitsmann und wer einen schwächeren als der Gelehrte?" — fragt er. „Arbeit führt der Lebenskerze neue Nahrung zu, während Denken sie hell erstrahlen lässt, aber auch verzehrt."

Am Schlusse weist er eine Reihe von Einwänden zurück, die gegen seinen Vorschlag erhoben werden könnten; er hält es aber für leichter, das Meer auszuschöpfen, als alle möglichen Fragen zu beantworten. Nicht einen Idealzustand hat er beschreiben, sondern nur zeigen wollen, wie man der Not des Armen dauernd abhelfen könne.

Er wendet sich an die Reichen, damit sie die Mittel zur Gründung solcher Kolonieen hergeben. Er ruft ihnen zu: „Die Arbeit der Armen ist die Goldmine der Reichen; was diese auch einem Armen geben mögen, sie müssen es erst empfangen haben von der Arbeit eines andern Armen.“ „Die Armen ohne Beschäftigung sind wie ungeschliffene Diamanten, ihr Wert ist unbekannt. Die regelmässig Arbeitenden dagegen sind des Volkes grösster Reichtum und grösste Stärke; denn wenn keine Arbeiter da wären, könnte es keine Lords geben, und wenn die armen Arbeiter nicht viel mehr Nahrungsmittel und andere Güter erzeugten, als was zu ihrer Subsistenz dient, dann müsste jeder Gentleman ein Arbeiter sein und jeder Faule müsste verhungern. Das beste Baumaterial ist, wenn man es ohne Ordnung und Plan zusammenwirft, wenig besser als Schutt, bis es regelmässig aufgeschichtet ist, und die besten Pferde, die wild über die Prairie jagen, sind nutzlos und lästig. Dasselbe gilt für die Menschen, bis sie planmässig und nützlich beschäftigt werden. Doch jeder so beschäftigte Arbeiter fügt dem Werte des Landes zweihundert Pfund und mehr hinzu: Land ohne Arbeiter hat keinen Wert. Und diesen Schatz bilden die Armen. Doch das Bearbeiten dieser ungeschliffenen Diamanten, so dass ihr Glanz und Wert erscheint, ist eine Aufgabe, die in hohem Masse verdient, von unseren grössten Staatsmännern beachtet und unternommen zu werden . . . Es ist ein Schatz, der in unserm eigenen Lande verborgen liegt, zu dessen Erlangung wir uns nicht den Wechselfällen des Krieges auszusetzen oder den Erdkreis abzusuchen brauchen.“

Wenn man nur einige Kolonieen, wie er vorschlägt, gründet, wird man ihn entdecken. Er wendet sich deshalb an die Wohlwollenden und Denkenden der Nation, zuerst an seine Glaubensgenossen, die „Kinder des Lichts, im Spotte Quäker genannt“, dann an das Haus der Lords und der Gemeinen, an den Grafen Robert von Oxford und den Grafen Mortimer, die Direktoren der Südsee-Gesellschaft, an den Lordmayor und die Aldermen von London. Doch alle Körperschaften, an die er seine Adressen richtet, haben taube Ohren für seine Vorschläge. Er giebt deshalb aber die Hoffnung nicht auf. Im Jahre 1714 schreibt er:

„Wer nicht schreibt, so lange er lebt, kann nicht reden, wenn er tot ist. Und wenn ein Mann nicht gehört wird in der Zeit und dem Land, in denen er lebt, so wird er, falls das, was er schreibt, zum Wohl der Menschheit dient, vielleicht mehr beachtet werden in andern Ländern und von künftigen Generationen.“

Bernard, Martin, geboren zu Montbrison den 17. September 1808, gestorben zu Paris den 22. Oktober 1883; jüngerer Sohn eines Buchdruckers, folgte er der Beschäftigung seines Vaters und kam 1826 nach Paris. Dort schloss er sich der Gesellschaft „des droits de l'homme“ an (1830) und kämpfte auf den Barrikaden. Mit Barbès und Blanqui gründete er die „Société des saisons“, nahm am Aufstand des 12. Mai 1839 teil und ward, zur Deportation verurteilt, in der Citadelle von Doullens interniert. Beim Ausbruch der Februarrevolution 1848 ward er Commissaire-général und am 28. April 1848 zum Deputierten gewählt. Den 13. Juni nahm er aktiven Anteil an der Insurrektion, wurde gefangen genommen und

zur Deportation verurteilt. Doch gelang es ihm zu entfliehen und nach England zu entkommen. Hier lebte er, bis 1859 die Amnestie ihm die Rückkehr gestattete. Am 8. Februar 1871 ward er zum Deputierten erwählt und hat bis 1875 in der Kammer gesessen.

Op. Dix ans de prison au Mont-Saint-Michel et à la citadelle de Doullens 1851.

Bernstein, Eduard, geboren zu Berlin am 6. Januar 1850 als Sohn eines Lokomotivführers. Er besuchte das Friedrich Werdersche Gymnasium daselbst, trat dann in ein Bankhaus ein und war 12 Jahre im Bankgeschäft thätig. Privatsekretär des Herrn von Höchberg bis 1880, übernahm er die Redaktion des „Socialdemokrat“, den er von 1881 an bis 1890 redigierte. 1888 wurde er aus der Schweiz ausgewiesen und lebt seitdem in London. Obschon der direkten Agitation entrückt, nimmt er als Theoretiker einen hervorragenden Platz in den Reihen der socialdemokratischen Partei ein. Von seinen Schriften erwähnen wir „Gesellschaftliches und Privateigentum“, Berlin 1891, und besonders die Einleitung zu seiner Ausgabe von Lassalles Reden und Schriften 1892.

Bertrand, Louis, geboren den 15. Januar 1856 zu Molenbeek Saint-Jean. Ursprünglich Marmorarbeiter, hat Bertrand seit 1875 seine Kräfte in den Dienst des Socialismus gestellt. Er organisierte zunächst seine Korporation und gründete dann die Chambre du travail de Bruxelles, die, in Verbindung mit einer Anzahl anderer Organisationen, einen integrierenden Bestandteil der belgischen socialistischen Arbeiterpartei bildet, zu deren Leitern Bertrand gehört. 1878 gründete er „die Stimme des Arbeiters“, deren Chefredacteur er ist. Er ist ein Schüler César de Paepe's und Hector Denis'.

Op. Cinquante années de bonheur et de propriété, Brüssel 1880; Essai sur le salaire, 1885; Pauvre Belgique, 1887; Le logement de l'ouvrier et du pauvre en Belgique, 1888; Socialisme communal, 1890.

Besant, Annie, englische Journalistin, geboren zu London am 1. Oktober 1847, bekannte sich 1886 zum Socialismus und spielte durch ihre Thatkraft und feurige Beredsamkeit bald eine hervorragende Rolle. Ihr in erster Linie hatten die streikenden Arbeiterinnen der Zündholzfabriken der Herren Bryant and May in London es zu verdanken, dass sie eine bedeutende Verbesserung ihrer Lage erlangten. Die von ihr in Gemeinschaft mit Herbert Burrows durchgeführte Organisation dieser „match girls“ ist als Vorläuferin des new unionism zu betrachten. Besondere Verdienste erwarb sie sich auch als Mitglied des Londoner School Board, wie von allen Seiten anerkannt wird. Seitdem sie sich vor zirka zwei Jahren der „Theosophie“ zugewandt hat, ist sie in der socialistischen Bewegung nicht mehr hervorgetreten. Von ihr rühren eine Reihe von Broschüren und eine Abhandlung in „Fabian Essays“ her.

Beslay, Charles, geboren zu Dinan den 4. Juli 1795. Er erhielt eine vorzügliche Erziehung, wurde Ingenieur und 1830 Deputierter. Von früh an beschäftigte er sich mit socialen Fragen, und das Studium derselben hat ihn nach und nach zum eifrigsten Anhänger des Socialismus

und der Internationale gemacht. Er gründete eine Maschinenfabrik mit Gewinnbeteiligung seiner Arbeiter, aber seine Unternehmungen hatten kein Glück und er verlor ein beträchtliches Vermögen. Sein finanzieller Ruin wurde durch das Projekt einer Tauschbank vollendet. Beslay war Proudhonist, einer der Gründer der französischen Internationale und eines der thätigsten Mitglieder dieser Gesellschaft. Ein unversöhnlicher Feind der Septemberregierung wurde er am 26. März 1871 zum Mitglied der Commune erwählt, wo er zu den gemässigtsten und vernünftigsten gehörte. Mitglied der Finanzkommission gab er aber, als die Commune die Zerstörung von Thiers' Haus beschloss, seine Entlassung. Die Regierung gestattete ihm, Frankreich zu verlassen; er wandte sich nach der Schweiz, wo er am 30. März 1878 gestorben ist.

Op. Mes souvenirs, Neuchâtel 1873; la vérité sur la Commune, Bruxelles 1877.

Bethel-Gemeinde ist der Name einer blühenden kommunistischen Gemeinde deutscher Bauern, die von Keil zirka 1840 im Staate Missouri U. S. gegründet wurde. Ueber die Geschichte dieser Gemeinde siehe den Artikel Keil.

Bevölkerungstheorie. Die meistens auf Thomas Robert Malthus (1766—1834) zurückgeführte Bevölkerungstheorie, deren Kern lautet, dass die Bevölkerung beständig die Tendenz habe, sich über die Unterhaltsmittel hinaus zu vermehren, ist den Socialisten oft entgegengehalten und wird von vielen als der Haupteinwand gegen die Durchführbarkeit des Socialismus betrachtet. Die grosse Vermehrungsfähigkeit der Menschen, welche nach Malthus die Tendenz haben, sich in geometrischer Progression (1. 2, 4, 8, 16...) zu vermehren, während die Unterhaltsmittel nur in arithmetischer Progression (1, 2, 3, 4, 5...) anwachsen können, mache irgendwelche Schranken notwendig. Da alle anderen Schranken (Ehelosigkeit, Enthaltsamkeit in der Ehe u. s. w.) wirkungslos seien, so sorge die Natur selbst für die Beseitigung der überzähligen Menschen. Sie wende ein grausames, aber Erfolg habendes Mittel an: den Hunger. Der Hunger sei der Regulator, seine Erscheinungsformen seien: Krankheit, Krieg, Elend, Pauperismus. So lange der Bevölkerungszunahme keine andere Schranke gesetzt werde, müsse diese in Wirksamkeit bleiben und eine Besserung der Lage der grossen Masse verhindern.

Dass die Vermehrungsfähigkeit des Menschen zu einer Uebervölkerung führen könne, ist schon vor Malthus ausgesprochen worden, in England z. B. von Sir Walter Raleigh, Sir Mathew Hale und Sir Josiah Child. Diese haben in derselben aber niemals — und darin unterscheiden sie sich ganz wesentlich von den Malthusianern — einen Grund gegen die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse erblickt. Gerade Sir Mathew Hale und Sir Josiah Child waren diejenigen, die im siebzehnten Jahrhundert am eifrigsten für die Armen eintraten.

Der erste, der die Gründung kommunistischer Gemeinden vorschlug, John Bellers (s. d.), führt in seiner 1695 zuerst erschienenen bezüglichen Schrift als besondere Empfehlung derselben die dadurch hervorgerufene Vermehrung der Bevölkerung an. Dass die Massenarmut die Bevölkerungs-

zunahme verhindert, ist ihm klar. Sie entsteht aber daraus, dass die Menschen aus Mangel an Produktionsmitteln der Natur ihre Gaben nicht abgewinnen können. Die Armen sind arm, weil die Produktionsmittel in den Händen der Reichen sind, nicht deshalb, weil die Bevölkerung zu schnell wächst. Die Arbeit der Armen ist die Goldgrube der Reichen, so sagt er; der Gedanke, dass es zu viele arbeitsfähige Menschen geben könne, ist ihm ganz fremd; er war der ganzen Zeit überhaupt fremd, denn Bellers kennt die ökonomische Litteratur derselben, wie er z. B. den erwähnten Hale und Child citiert. Auch in den folgenden Auflagen seiner Schrift bis zum Jahre 1723 führt er immer die Vermehrung der Bevölkerung als Hauptvorteil der Gründung kommunistischer Kolonieen an, woraus wir wohl folgern dürfen, dass im Laufe dieser 28 Jahre niemand einen bezüglichen Einwurf erhoben hat.

Bei dem folgenden Engländer, der die Vorzüge einer kommunistischen Gesellschaftsordnung preist, bei Robert Wallace (s. d.), dem Doktor der Theologie und Prediger zu Moffat, spielt die Furcht vor Uebervölkerung bereits eine grosse Rolle. Als Verfasser des 1753 erschienenen Buches „A dissertation on the numbers of mankind" ist er einer der ältesten Bevölkerungstheoretiker. Er führt aus, dass die Menschen in sehr kurzer Zeit ihre Zahl verdoppeln könnten, wenn die Not sie nicht beständig decimierte. Er behauptet aber nicht, dass die Unterhaltungsmittel sich nicht ebenso schnell vermehren können. Er sagt im Gegenteil in der 1761 anonym erschienenen Schrift „Various Prospects of Mankind, Nature and Providence", dass die Produktionskraft der Arbeit schneller wächst als die Zahl der Menschen, wenn man zu einer kommunistischen Wirtschaftsordnung übergeht. Uebervölkerung wird nur dann entstehen, wenn der ganze Erdkreis mit Menschen bedeckt ist. Die Vorzüge des kommunistischen Lebens, die er in den lebhaftesten Farben schildert, werden aber die Vermehrung des Menschengeschlechts so steigern, dass es keinen Raum mehr auf der Erde findet. Die Menschen werden sich in kurzer Zeit so vermehren, dass die Erde schliesslich alle ihre Kinder nicht mehr ernähren kann. Mag die Produktionskraft der Arbeit noch so sehr steigen, mögen neue Erfindungen noch so viele neue Quellen der Unterhaltsmittel eröffnen, schliesslich stossen die Menschen an die Grenzen des Raums. Je besser die gesellschaftlichen Einrichtungen sind, desto früher wird dies eintreten. Gerade die Vollkommenheit des Zustandes wird zur Ursache des Verfalls. Den Gedanken, dann, wenn diese Grenze erreicht ist, die Bevölkerung durch Heiratserschwerungen u. s. w. stationär zu erhalten, verwirft er, ohne genauer auf ihn einzugehen. Die Beschränkung des Raumes der Erde ist der einzige Grund, den Wallace gegen eine kommunistische Gesellschaftsordnung vorzubringen hat; dieser Grund ist ihm aber stärker als alle Gründe, welche für eine solche sprechen.

Die Furcht von Wallace, dass die starke Vermehrung der Menschen schliesslich auch der kommunistischen Wirtschaftsordnung verderblich werden müsse, sucht William Godwin (s. d.) in seinem 1793 erschienenen Werk über die politische Gerechtigkeit als unbegründet hinzustellen. Er weist darauf hin, dass der grösste Teil der Erde noch nicht angebaut

ist und dass die fortschreitende Wissenschaft immer neue Kräfte der Natur entdecken und in den Dienst des Menschen stellen wird, er erinnert an das Wort Franklins, dass der Geist einst allmächtig werden wird über die Materie. Jedenfalls werden Tausende von Jahren vergehen, ehe die Erde mit Menschen ganz bedeckt ist, und die Natur des Menschen wird sich in dieser Zeit unter dem Einflusse der kommunistischen Lebensweise verfeinert und veredelt haben. Höhere Genüsse geistiger Art werden den Geschlechtsgenuss als trivial erscheinen lassen. Ja, er träumt von einer Zeit, wo die Menschen solche Herrschaft über die Natur erlangt haben werden, dass der Tod verschwinden wird. Unsterblich, wie die Götter, werden sie ein ewiges, heiteres Leben, das durch keinen Schmerz und keine Furcht getrübt ist, geniessen. Doch bemerkt er ausdrücklich, dass diese Annahme nicht zu den Voraussetzungen seines Vorschlags gehört und die Hinfälligkeit derselben nichts gegen die Vorzüge der von ihm empfohlenen kommunistischen Gesellschaftsordnung beweist. Auf die Schrift von Malthus, der durch die Behauptungen Godwins zur Aufstellung seines Bevölkerungsgesetzes veranlasst wurde, antwortete er 1820 in seiner Schrift „Of population". Auf Grund der Statistik von Schweden sucht er nachzuweisen, dass die Tendenz zur Vermehrung nicht so stark ist, wie Malthus behauptet, dass eine Verdoppelung nur in viel längeren Perioden stattfinden könne, in denen die Unterhaltsmittel mindestens in demselben Verhältnis zunehmen können.

Robert Owen hat keine Stellung zum Malthusianismus genommen. Sein Sohn, Robert Dale Owen, empfiehlt in seiner „Moralischen Physiologie" wissenschaftliche Beschränkungen.

Der wissenschaftlich bedeutendste Anhänger Owens, William Thompson (s. d.), hat der Bevölkerungsfrage besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Nachdem er dieselbe bereits 1824 in seinem Buch „An inquiry into the principles" behandelt hat, modificiert er seine Ansichten 1830 in seinen „Practical directions" in wesentlichen Punkten. Da das letztere Buch in der Litteratur gar nicht — auch von Soetbeer nicht — beachtet wird, obwohl es eine besondere Theorie und eingehende Darlegung enthält, müssen wir es näher betrachten.

Unbedingt erkennt er an, dass die Menschen die Tendenz haben, ihre Zahl in kurzer Zeit zu verdoppeln. Dass sich die Produktivkraft der Arbeit mindestens ebenso schnell durch neue Erfindungen verdoppeln wird, ist möglich, aber nicht sicher. Er hält es für verständig, zuerst diese Erfindungen abzuwarten; zur Vermehrung der Bevölkerung wird dann immer noch Zeit sein.

Es ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben des Socialreformers, Massregeln vorzuschlagen, welche die Zahl der Bevölkerung stationär erhalten können. Dafür ist, wenn man berücksichtigt, dass sich die Mortalität in der kommunistischen Gesellschaft bedeutend verringern wird, notwendig, dass jede Frau durchschnittlich drei Kinder zur Welt bringt. Bisher hat man, so ruft er aus, überall der blinden Thorheit der ärmsten und deshalb leider unwissendsten Bevölkerungsklassen die Bestimmung überlassen, in welchem Verhältnis die Bevölkerung zunehmen solle. Die

Bestimmung darüber muss in Zukunft von der Gesellschaft getroffen werden, der Zuwachs muss von ihr planvoll reguliert werden.

Es ist ein Fehler, sich auf die Abnahme der Fruchtbarkeit durch kräftigere Nahrung zu verlassen: schlecht genährte Frauen bringen mehr Kinder zur Welt, wohlgenährte aber immer noch viel zu viele.

Für diese Fruchtbarkeit der Frauen macht Thompson das System der Monogamie verantwortlich und speciell das in England und Irland so verbreitete „Ein Kissen-System“, die Sitte der Ehegatten, in einem Bette zu schlafen. Er macht sie für die Häufigkeit der Conceptionen verheirateter Frauen verantwortlich. Aus physiologischen Gründen behauptet er, dass in der Regel nur dann eine Conception stattfindet, wenn die Frau nach dem Geschlechtsverkehr einige Stunden der Ruhe pflegt. Dieses physiologische Gesetz erklärt auch, weshalb der aussereheliche Geschlechtsverkehr viel seltener zu einer Conception führt. Dass dies der Fall ist, sucht er durch die Statistik zu beweisen. Als Land, in dem fast nur der eheliche Geschlechtsverkehr stattfindet und zugleich das Ein-Kissen-System herrscht, nennt er Irland. Dem stellt er Frankreich gegenüber als das Land des ausserehelichen Geschlechtsverkehrs, wo die Ehe selbst die Freiheit der Frau nicht vernichtet und die Sitte getrennte Schlafstätten, bei den Wohlhabenden sogar getrennte Schlafzimmer verlangt. Hier ist die Bevölkerung fast stationär, dort vermehrt sie sich in entsetzlicher Progression. Hier sind die geschlechtlichen Beziehungen eine Quelle der reinsten Freuden und des heiteren Lebensgenusses, dort stumpfen sie nach wenigen Monaten zu einer rein tierischen Funktion ab, welche die Hütte mit Kindern füllt, die in Schmutz und Dummheit aufwachsen, und alle zu freudloser Existenz verdammt.

Als Heilmittel gegen die Bevölkerungszunahme erscheint ihm deshalb die Abschaffung der Ehe und der freie Verkehr der Geschlechter. Die Ehe kann aber durch das Gesetz nicht direkt abgeschafft werden. Er verlangt aber die Aufhebung aller Gesetze, welche die Eingehung der Ehen begünstigen oder die Auflösung derselben erschweren. Die Männer, die thatsächlich auch in der Ehe ihre Freiheit behalten, haben in ihrem Interesse das Recht geschaffen, das die Frau, die doch allein alle Schmerzen und Wehen des Gebährens zu tragen hat, zwingt, sich den Umarmungen des Mannes hinzugeben. Er hofft auf eine Veränderung in den Volksanschauungen. Er glaubt, dass man bald einsehen wird, wie thöricht es ist, diejenigen, welche durch ausserehelichen Geschlechtsverkehr ein Kind in die Welt gesetzt haben, moralisch zu zwingen, dem einen Kinde noch ein halbes Dutzend hinzuzufügen. Lieber soll man die unehelichen Kinder in öffentlichen Anstalten unter Heranziehung der Eltern für die Kosten der ersten Jahre erziehen. Das wird die Zahl der unehelichen Kinder vielleicht vermehren, die Zahl aller Kinder aber vermindern.

Weitergehende Vorschläge macht er für das Leben in den kommunistischen Gemeinden, deren Gründung er eifrig betrieb. Für dieselben sind allerdings auch die Gesetze des Landes, in denen sie errichtet werden, massgebend. Trotzdem wird sich durch lokale Satzungen, denen die

Mitglieder sich freiwillig unterwerfen, eine Regulierung der Geburten erreichen lassen. Eine grosse Zahl von Geburten, meint er, wird keine Frau wünschen. Zu Müttern sollen die kräftigsten Mädchen, ihre Einwilligung vorausgesetzt, bestimmt werden, aber auch die anderen sollen die geselligen und physischen Freuden der Liebe nicht entbehren. Den Vorwurf der Unsittlichkeit weist er so zurück: die Nützlichkeit ist die einzige feste Basis für die Sittlichkeit. Eine freiwillige Handlung, die ihrem Urheber oder anderen einen Ueberschuss von Lustgefühl verschafft, ist gut, eine Handlung aber, die das Gegenteil bewirkt, ist unmoralisch, verwerflich oder lasterhaft.

Der amerikanische Socialist Henry George (s. d.) spricht sich mit Bitterkeit gegen Malthus und seine Lehre aus. Er wirft ihm „die lächerlichste Unfähigkeit für logisches Denken“ vor und nennt seine Lehre eine Theorie, die mit den Denkgewohnheiten der ärmeren Klassen übereinstimmt und auf diese Weise die Habgier der Reichen und die Selbstsucht der Mächtigen rechtfertigt. „Sie liefert eine Philosophie, mit welcher der schwelgende Reiche das Bild des vor seiner Thüre vor Hunger hinsinkenden Lazarus von sich fernhält; bei welcher der Reichtum, wenn die Armut um ein Almosen bittet, mit gutem Gewissen die Taschen zuknöpfen kann, und der reiche Christ Sonntags sich in seinem schön gepolsterten Kirchenstuhle beugt, um die guten Gaben des Allvaters zu erbitten, ohne irgend ein Gefühl der Verantwortlichkeit für das abschreckende Elend, das in der nächsten Strasse herrscht.“ George behauptet, dass die Theorie von Malthus durch die zu ihrer Unterstützung angeführten Thatsachen nicht bewiesen wird, dass Analogieen ebensowenig für sie sprechen, dass andererseits aber Thatsachen vorhanden sind, die sie beweiskräftig widerlegen. Die Formulierung, die Malthus seiner Lehre gegeben hat, persifliert er in folgender Weise: „Die Annahme, dass die Bevölkerung die Tendenz habe, in geometrischem Verhältnis zuzunehmen, während die Unterhaltsmittel besten Falls nur im arithmetischen Verhältnis vermehrt werden könnten, hat genau so viel Wert, als wenn man aus dem Umstande, dass einem jungen Hunde der Schwanz doppelt so lang wuchs, während er gleichzeitig so und so viele Pfunde an Gewicht zunahm, eine geometrische Progression des Schwanzes und eine arithmetische Progression des Gewichtes herleiten wollte. Und die Folgerung von der Annahme ist just von der Art, wie sie eine Swiftsche Satyre den Gelehrten einer früher hundelosen Insel zugeschrieben haben könnte, die durch Verknüpfung dieser beiden Verhältnisse zu der sehr „auffallenden Konsequenz gelangen, dass bis zu der Zeit, wo der Hund ein Gewicht von fünfzig Pfund erreicht habe, sein Schwanz über eine Meile lang und äusserst schwer zu bewegen sein werde, weshalb sie die vorbauende Hemmung einer Bandage als einzige Alternative gegen die positive Hemmung fortwährender Amputationen empfehlen.“

Er weist darauf hin, dass da, wo einst grosse Städte und zunehmende Bevölkerungen waren, wie in Syrien, Persien und Babylonien, jetzt elende Dörfer und unfruchtbare Wüsten sind. Nachdem er die in Irland herrschenden Zustände, welche die Folgen der Unterdrückung seien,

beschrieben hat, fragt er: „Ist es nicht eine Gottlosigkeit, die weit schlimmer ist, als der Atheismus, die Naturgesetze für das so geschaffene Elend verantwortlich zu machen?“

Wie alle Socialisten, leugnet auch er, dass die Malthussche Theorie das Rätsel, vor dem die civilisierte Welt in ratloser Verwirrung steht, „nämlich die Thatsache, dass der Mangel erscheint, wo die produktive Kraft am grössten und die Güterproduktion am stärksten ist,“ gelöst hat. „Sie ist in Wahrheit ein Versuch, den Gesetzen Gottes einen Zustand der Dinge zuzuschreiben, welcher thatsächlich aus den schlechten Einrichtungen der Menschen entspringt.“

Er hegt die Hoffnung, dass die Natur des Menschen sich im Laufe der Zeit verändern wird. „Selbst die Wünsche, die er noch mit dem Tiere gemein hat, werden ausgedehnt, verfeinert, erhöht ... Der unwählerische, geschlechtliche Reiz fängt an, sich in verfeinerte Einflüsse zu verwandeln, und das harte und gemeine Dasein des tierischen Lebens knospet und blüht in Formen zarter Schönheit.“ Er vertritt die teleologische Ansicht, dass die Vermehrungstendenz nicht immer eine gleichförmige, sondern da stark ist, wo eine grössere Bevölkerung erhöhten Wohlstand verleihen würde, und wo die Fortdauer des Geschlechts von der durch ungünstige Umstände herbeigeführten Sterblichkeit bedroht ist, sich aber abschwächt, sobald die höhere Entwicklung des Menschen möglich wird und die Fortdauer des Geschlechts gesichert ist.

Unter den französischen Socialisten vertritt Fourier (s. d.) die Ansicht, dass das Leben in den von ihm vorgeschlagenen Phalangen nicht zu einer Uebervölkerung führen kann, da die Produktivkraft der Arbeit gesteigert, die Zunahme der Bevölkerung aber verringert werden wird. Dies begründet er damit, dass die vollständige Ausbildung der Körper durch gymnastische Uebungen die Geschlechtsorgane später zur Entwicklung kommen lassen und die gute, kräftige Nahrung die Fruchtbarkeit der Frauen vermindern werde. Die Lockerung der Ehe, die grössere Freiheit der Frau, die von ihm empfohlenen „phanerogamen Sitten“ werden auch die Zahl der Empfängnisse beschränken.

Proudhon (s. d.) erblickt in der herrschenden Gesellschaftsordnung die Ursache der Uebervölkerung und des Pauperismus. In seinen Augen verdient nur die Frage Beachtung: „Welches ist das Gesetz des Gleichgewichts zwischen der Bevölkerung und dem Erdball?“ Er beantwortet sie durch die Behauptung, dass das Leben in der höheren Gesellschaftsordnung mit seinen gesteigerten Ansprüchen und seiner vielseitigen Thätigkeit von selbst die Vermehrungsfähigkeit beschränken wird.

Louis Blanc (s. d.) erkennt das Gesetz, dass die Menschen die Tendenz haben, schneller zuzunehmen, als ihre Unterhaltsmittel vermehrt werden können, an. Er hält es aber für aussichtslos, der grossen Masse Enthaltsamkeit zu predigen, so lange sie im Elend lebt. Hat sich ihre Lage aber durch die Organisation der Arbeit verbessert, dann wird dieselbe vorsichtige Gewohnheiten annehmen.

Friedrich Engels (s. d.) spricht über die Malthussche Lehre in seiner in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ 1844 erschienen Abhandlung

„Umrisse zur Kritik der Nationalökonomie“, die in der „Neuen Zeit“ 1890 wieder abgedruckt ist.

Er weist darauf hin, dass das von Malthus behauptete Verhältnis zwischen Vermehrungstendenz und Zunahme der Unterhaltsmittel unerwiesen sei. Der Fortschritt der Wissenschaft sei wenigstens ebenso rasch als der der Bevölkerung. „Welchen Fortschritt“ — so fragt er — „verdankt die Agrikultur dieses Jahrhunderts allein der Chemie, ja allein zwei Männern — Sir Humphrey Davy und Justus Liebig?“ Er hält es für lächerlich, überhaupt von Uebervölkerung zu reden, so lange „das Thal des Mississippi wüsten Boden genug besitzt, um die ganze Bevölkerung von Europa dorthin verpflanzen zu können“, so lange überhaupt erst ein Drittel der Erde für bebaut angesehen werden und die Produktion dieses Drittels selbst durch die Anwendung jetzt schon bekannter Verbesserungen um das Sechsfache und mehr gesteigert werden kann.

Mit der Verschmelzung der jetzt entgegengesetzten Interessen werde der Gegensatz zwischen Uebervölkerung hier und Ueberreichtum dort verschwinden, werde das wunderbare Faktum verschwinden, wunderbarer als alle Wunder aller Religionen zusammen, dass eine Nation vor eitel Reichtum und Ueberfluss verhungern muss; werde die wahnsinnige Behauptung verschwinden, dass die Erde nicht die Kraft habe, die Menschen zu ernähren.

Doch selbst wenn Malthus Recht hätte, so müsste man eine sociale Umwälzung auf der Stelle vornehmen, weil nur sie, nur durch sie zu gebende Bildung der Massen diejenige moralische Beschränkung des Fortpflanzungstriebes möglich macht, die Malthus selbst als das wirksamste und leichteste Gegenmittel gegen Uebervölkerung darstellt.

Nach Marx existiert ein abstraktes Bevölkerungsgesetz nur für Pflanzen und Tiere, soweit der Mensch nicht eingreift. Er leugnet, dass das Bevölkerungsgesetz dasselbe ist zu allen Zeiten. Jede besondere Produktionsweise hat vielmehr ihr eigenes Bevölkerungsgesetz.

Marx unterscheidet in seinem „Kapital“ (S. 593 ff.) das der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliche Bevölkerungsgesetz.

Mit der Entwicklung der Produktionsweise verändert sich das Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital, d. h. von Produktionsmitteln zur Arbeitskraft, und zwar wie 1 : 1, 2 : 1, 3 : 1, 4 : 1 u. s. w. Das variable Kapital wächst auch, aber nicht in dem Verhältnis wie das konstante. Es beträgt 1/2, 1/3, 1/4, 1/5 u. s. w. des Gesamtkapitals. Jede neue Maschine, jede Verbesserung der Arbeitsmethode macht Arbeiter überflüssig. Diesen durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsmethode überflüssig werdenden Teil der Arbeiterbevölkerung nennt Marx die „industrielle Reservearmee“ oder „Surpluspopulation“. Das Dasein dieser industriellen Reservearmee ist unabhängig von der absoluten Bevölkerungszunahme.

Das Verhältnis zwischen konstantem und variablem Kapital verändert sich im Anfange der kapitalistischen Produktionsweise nur langsam. So fand zuerst mit dem Anwachsen des Kapitals ein ziemlich ebenso schnelles

Anwachsen der Arbeiternachfrage statt. Diese nahm aber mit der Entwicklung verhältnismässig immer schneller ab. Diese Abnahme wird beschleunigt durch das Bestreben der Kapitalisten, immer mehr Arbeit von dem einzelnen Arbeiter durch Ueberarbeit, Intensifikation der Arbeit, Frauen- und Kinderarbeit, zu erhalten. „Die Ueberarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Ueberarbeit und Unterwerfung unter die Dictate des Kapitals zwingt. Die Verdammung eines Teiles der Arbeiterklasse zu erzwungenem Müssiggang durch Ueberarbeit des andern Teils, und umgekehrt, wird Bereicherungsmittel des einzelnen Kapitalisten und beschleunigt zugleich die Produktion der industriellen Reservearmee auf einen dem Fortschritt der gesellschaftlichen Accumulation entsprechenden Maasstab."

Die nach den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals sich richtende Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee betrachtet er als die Ursache aller Erscheinungen, die zur Aufstellung des Malthusschen Bevölkerungsgesetzes geführt haben. Im Masse, wie das Kapital accumuliert, muss sich die Lage des Arbeiters, ob seine Zahlung hoch oder niedrig sei, verschlechtern. „Das Gesetz endlich, welches die relative Uebervölkerung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Accumulation im Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital, als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Accumulation von Kapital entsprechende Accumulation von Elend. Die Accumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Accumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert. So nennt er es denn eine Narrheit, den Arbeitern zu predigen, ihre Zahl den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals anzupassen. Den Grund für die starke Vermehrung der Arbeiterfamilien erblickt er in ihrem Elend. „In der That steht nicht nur die Masse der Geburten und Todesfälle, sondern die absolute Grösse der Familien in umgekehrtem Verhältnis zur Höhe des Arbeitslohns, also zur Masse der Lebensmittel, worüber die verschiedenen Arbeiterkategorieen verfügen. Dies Gesetz der kapitalistischen Gesellschaft klänge unsinnig unter Wilden oder selbst civilisierten Kolonisten. Es erinnert an die massenhafte Reproduktion schwacher und viel gehetzter Tierarten."

Karl Marlo (s. Winkelblech) sagt von Malthus: „Wir verdanken ihm vieles. War er es doch, der der Welt rückhaltlos die Mord und Raub verkündende Losung der liberalen Gesellschaft offenbarte, der diese in ihrer wahren, ihrer todesgrinsenden Gestalt zeigt, ihr, wenn auch wider Wissen und Wollen, das Brandmal der Verworfenheit auf das lasterbleiche Angesicht gedrückt." Dass die starke Vermehrungstendenz der Menschen zu Elend führen kann, erkennt er an, er spricht von „Fluch der Fruchtbarkeit" und nennt dieselbe „die bitterste aller Wahrheiten". Als Heilmittel schlägt er gesetzliche und polizeiliche Massregeln vor.

Rodbertus ist der Ansicht, dass die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit für alle Menschen genügende Unterhaltsmittel schaffen wird. „In unsern Tagen beginnt erst die Agrikulturchemie der Landwirtschaft Aussichten zu eröffnen, die ohne Zweifel noch zu manchem Irrweg verleiten werden, die aber schliesslich die Schöpfung des Nahrungsstoffes ebenso in die Gewalt der Gesellschaft legen dürften, als es heute in ihrer Macht liegt, beliebige Tuchquantitäten zu liefern, wenn nur die nötigen Wollvorräte vorhanden sind."

Dühring glaubt, dass höhere Gesellschaftsformen eine grössere Bevölkerungskapazität haben werden. Sollte es nach Jahrtausenden aber wirklich notwendig erscheinen, die Bevölkerung stationär zu erhalten, so seien „in Rücksicht auf Zahl und Art der Bevölkerung wirklich regulierende und das Dasein nicht bloss quantitiv, sondern auch qualitativ gestaltende Grundsätze zu befolgen".

Lassalle führt zur Begründung seines „ehernen Lohngesetzes" aus, dass die Erhöhung des Arbeitslohns, d. h. die Vermehrung der Unterhaltsmittel für die Arbeiter, eine Zunahme derselben, also ein Anwachsen des Arbeiterangebotes, hervorrufen wird, und umgekehrt. Unter den heutigen Verhältnissen drängt die Vermehrungstendenz als gegen die Unterhaltsmittel. Er erkennt dies damit aber nicht für ein absolutes Gesetz an. Die Frage, ob ein absolutes Bevölkerungsgesetz überhaupt existiert, untersucht er nicht.

Karl Kautsky hat seine Ansichten in einer besondern Schrift, „Der Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft", deren wissenschaftlicher Wert allseitig anerkannt wird, entwickelt. Er erkennt unbedingt an, dass die Gefahr der Uebervölkerung wirklich vorhanden ist. Der Uebergang zu einer höhern Produktionsweise könne sie nicht beseitigen, sondern nur hinausschieben. In kurzer Zeit werde die Uebervölkerung mit ihren Gräueln wieder hereinbrechen, wenn man die Besserstellung der untern Volksschichten nicht mit Massregeln zur Beschränkung der Bevölkerungszunahme verbinde. Er spricht von der behaupteten Möglichkeit, die Fruchtbarkeit der Menschen durch bewusste Aenderung der Lebensweise zu vermindern, er hält es aber für sehr zweifelhaft, ob man auf diesem Wege zu günstigen Resultaten gelangen wird. Der präventive Geschlechtsverkehr ist daher wahrscheinlich dasjenige Mittel, das die geringsten Uebel mit sich führt und daher am sittlichsten ist. Das Elend und Laster, die heute neun Zehntel der Bevölkerung zu einem jämmerlichen Dasein verdammen, kann aber nur durch eine Umgestaltung der Gesellschaftsordnung, nicht durch eine Beschränkung der Bevölkerungszunahme, ausgerottet werden.

August Bebel widmet in seiner „Frau" der Bevölkerungsfrage ein ganzes Kapitel (S. 350—372). Er ist der Ansicht, dass das kapitalistische System heute fortgesetzt zum Schaden des Arbeiters und der Gesellschaft eine relative Uebervölkerung erzeugt. In der socialistischen Gesellschaft wird eine möglichst zahlreiche Bevölkerung nicht ein Hindernis, sondern ein Mittel des Kulturfortschritts sein. Nicht aus „lächerlicher Furcht vor Nahrungsmangel, sondern aus Wohlseinsgründen für die zunächst Be-

teiligten könnte sich eine Regulierung der Bevölkerungszahl als wünschenswert darstellen. Diese wird möglich sein ohne gesundheitsschädigende Enthaltsamkeit und ohne widerliche Präventivmassregeln, bis zu einem gewissen Grade, vielleicht durch die Art der Ernährung". Er schliesst seine Ausführungen mit den Sätzen: „Die Menschheit wird in der socialistischen Gesellschaft, in der sie erst wirklich frei und auf ihre natürliche Basis gestellt ist, ihre ganze Entwicklung mit Bewusstsein nach Naturgesetzen lenken. In allen bisherigen Epochen handelte die Menschheit in Bezug auf Produktion und Verteilung, wie auf Bevölkerungsvermehrung ohne Kenntnis ihrer Gesetze, also unbewusst; in der neuen Gesellschaft wird sie mit Kenntnis aller Gesetze bewusst und planmässig handeln."

Birk, Georg, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für München I seit 1890, geboren am 11. Oktober 1839 in Kempten, besuchte die Volksschule, erlernte die Metzgerei, lebte zwei Jahre in Russland, seit langer Zeit Gastwirt in München.

Blanc, Jean Joseph Louis, geboren am 29. Oktober 1811 zu Madrid, wo sein Vater Generalinspektor der Finanzen des Königs Joseph Bonaparte war. Seine erste Kindheit brachte er in Corsica zu. Da sein Vater durch die Revolution von 1830 ruinirt war, sah sich der 19jährige Louis Blanc darauf angewiesen, seinen Unterhalt selbst zu verdienen. Mit Hülfe seines Onkels Ferri-Pisani gelang es ihm, seine Studien zu vollenden und durch mathematische Stunden im Hause des berühmten Maschinenbauers Halette zu Arras seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Hier begann er auch seine litterarische Thätigkeit. 1834 nach Paris zurückgekehrt, ward er 1837 Chefredacteur des „Bon Sens", dessen Redaktion er schon seit 1834 angehörte. 1839 gründete er die „Revue du progrès" mit der Absicht, die vorgeschrittensten Anhänger der Demokratie zu vereinen. Im folgenden Jahre erschien sein berühmtes Buch „L'organisation du travail", in dem er seine politischen und socialen Reformvorschläge formulierte. In der Februarrevolution sah er sich durch seine Popularität plötzlich in eine Stellung gehoben, der er keineswegs gewachsen war: er wurde Mitglied der provisorischen Regierung. Unterstützt durch den Ueberfall einer Truppe entschlossener Arbeiter gelang es Blanc, ihr ein Dekret zu entreissen, in dem sie den Arbeitern Unterhalt durch die Arbeit garantierte, d. h. das Recht auf Arbeit anerkannte. Bezeichnender Weise war sich Blanc, wie er später selbst sagte, über die Tragweite des Ediktes nicht vollständig klar. Um Zeit zu gewinnen, beschloss die Regierung die Einsetzung einer Kommission zum Studium der ökonomischen Lage und ernannte Blanc zum Präses derselben. Hier im Luxembourg entwickelte nun Louis Blanc in begeisterter Beredsamkeit seine revolutionär-socialistischen Ideen, verbrachte aber auch zugleich damit auf die thörichteste Art und Weise die kostbare Zeit, in der die Macht noch in der Hand des Proletariats lag — als er seinen Fehler gewahr wurde, war es zu spät. Die Nationalversammlung war berufen, er war jetzt nichts mehr als ein Deputierter. Unterdessen hatte die Regierung, um die Arbeiter zu gewinnen, im Gegensatz zu Blanc, die Nationalwerkstätten (s. d.) eingerichtet. Als sie aber das vergebliche ihres Bemühens erkannt

hatte, löste sie die Werkstätten auf. Die Arbeiter, die ihre Sache verloren sahen, griffen zu den Waffen (s. Frankreich und Luxembourg). Nach den Junitagen sah sich Blanc gezwungen, nach England zu fliehen, wo er bis 1870 lebte. Am 8. September 1870 nach Paris zurückgekehrt, beteiligte er sich wieder rege an dem politischen Leben, aber seine socialistischen Ideen waren sehr gemässigt geworden. Seine Thätigkeit in der Revolution von 1848 vergessend, gieng er so weit, sich der Versailler Regierung anzuschliessen und die Pariser Commune anzugreifen. Am 8. Februar 1871 ward er in die Nationalversammlung gewählt und gehörte seit 1876 der Deputiertenkammer als radikales Mitglied an. Am 6. Dezember 1882 starb er zu Cannes und ward auf Staatskosten zu Paris beerdigt.

Die theoretische Grundlage seines Socialismus hat er in den „Historical Revelations" 1858, pag. 108 ff. in Kürze zusammengefasst. Die Menschen haben von Gott gewisse Fähigkeiten erhalten: die Fähigkeit der Liebe, des Wissens, der Thätigkeit. Aber diese Fähigkeiten waren ihnen nicht gegeben, um sie in einsamer Isolation zu gebrauchen, da sie durch ihr Wesen selbst eine Gesellschaft voraussetzen, in der sie ausgeübt werden können. Sie sind konsequenterweise ein Anzeichen dessen, was ein jeder der Gesellschaft, deren Mitglied er ist, schuldig ist; und dies Anzeichen scheint Gott selbst in unsere Organisation geschrieben zu haben. Wenn deine Strenge zweimal so gross ist als meine, so ist das ein Beweis, dass Gott dich dazu bestimmt hat, eine doppelt so grosse Last zu tragen als ich. Wenn du intelligenter bist, so hat Gott dich dazu bestimmt, mehr Licht um dich zu verbreiten. Schwäche ist der Gläubiger der Stärke, Unwissenheit der der Erziehung. Je mehr ein Mensch leisten kann, desto mehr *sollte* er leisten; und das ist der Sinn, in dem wir das unsterbliche Wort Christi verstehen: „Lasst die ersten unter Euch die Diener aller sein." Daher: von einem jeden nach seinen Fähigkeiten. Das ist Pflicht.

Aber zusammen mit unseren Fähigkeiten sind wir von Gott mit gewissen Bedürfnissen, intellektuellen, moralischen wie physischen, ausgestattet worden: Bedürfnissen des Herzens, des Geistes, der Phantasie. Wie kann ein jeder seine providentielle Aufgabe erfüllen und sein Geschick vollenden, so lange nicht die socialen Einrichtungen einem jeden die freie Entwicklung seines Wesens durch die Befriedigung aller seiner durch seine Organisation bedingten Bedürfnisse ermöglicht? Daher, indem das Wort Bedürfnisse in seinem weitesten und edelsten Sinne gefasst wird: Einem jeden — innerhalb der Grenzen der Hülfsquellen der Gesellschaft — nach seinen Bedürfnissen. Das ist Recht.

Gestützt auf diese theoretischen Erwägungen, begründet er in seiner Schrift: „Organisation du travail" durch eine Schilderung des Elends der Pariser Arbeiterbevölkerung die Behauptung, dass das System der freien Konkurrenz das Volk zu Grunde richten müsse. Nicht nur vernichtet der Grossbetrieb in der Industrie den Handwerker, auch der kleine Bauernbesitz muss, von einer stets wachsenden Hypothekenschuld bedrängt, zu Grunde gehen. Es ergibt sich daher mit Notwendigkeit die Forderung einer Um-

gestaltung der Gesellschaft, einer Organisation der Arbeit. Zu dem Zwecke empfiehlt er die Einrichtung von socialen Werkstätten (ateliers sociaux) durch den Staat, durch welche die Privatindustrie mit ihren verderblichen Folgen überwunden werden soll. Alle Arbeiter werden zum Anschluss an diese Werkstätten als Associierte aufgefordert. Alle diese Werkstätten sollen durch die Bande der engsten Solidarität vereinigt sein. Jeder Arbeiter wird 5 Fr. Arbeitslohn für den achtstündigen Arbeitstag erhalten. Am Ende des Jahres wird der genaue Wert des Gewinns berechnet und der Betrag desselben in folgender Weise verteilt werden. Ein Teil wird zur Rückzahlung der Vorschüsse dienen, die der Association vom Staat oder Privaten gemacht sind. Ist die Rückzahlung vollendet, so wird derselbe Betrag jährlich vorweg erhoben und in Verbindung mit den bereits erworbenen Produktionsmitteln das unveräusserliche sociale Kapital bilden. Ein anderer Teil wird für die Unterstützung der Kranken, Invaliden und Greise bestimmt werden; der Rest wird endlich jährlich zu gleichen Teilen unter die Arbeiter verteilt.

Op. Organisation du travail, 1840; Appel aux honnêtes gens, 1849; Catéchisme des socialistes, 1849; Le socialisme. Droit au travail, 1848; eine grosse Anzahl historischer Werke, von denen wir als wichtig für die Geschichte des Socialismus erwähnen: Histoire de la Révolution Française, 1847—62; Révolution Française. Histoire de dix ans 1830—40, 1841; Pages d'histoire de la Révolution de Février 1848; La Révolution de Février au Luxembourg 1849; Révélations historiques, 1859.

Blanqui, Louis Auguste, geboren 7. Februar 1805 zu Puget-Théniers, gestorben zu Paris am 1. Januar 1881. — 19jährig nach Paris gekommen, war der junge B. Erzieher der Kinder eines Generals und studierte dabei abwechselnd die Rechte und die Medizin. Als 1830 die Revolution ausbrach, ergriff er die Flinte und kämpfte tapfer auf den Barrikaden. Seitdem hat er an allen Aufständen, so oft ein solcher in Paris losbrach, teilgenommen, die Revolte anfachend und in einer verzehrenden Thätigkeit sich vervielfältigend. Als Redacteur des Journals der „Gesellschaft der Volksfreunde" wurde er zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, 1836 in den Pulverprozess verwickelt, ward er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, aber 1837 begnadigt. Er zog sich nach Pontoise zurück, wirkte aber von hier aus heimlich für die „Gesellschaft der Jahreszeiten", die im Jahre 1839 bis zu 850 Mitglieder zählte. Mitte Mai hielt er die Gelegenheit zu einem Aufstande für günstig. Man schlug los, aber der Aufstand wurde schnell unterdrückt und B. im Januar 1840 vom Gerichtshof der Pairs zum Tode verurteilt. Indes wurde die Todesstrafe in lebenslängliches Gefängnis verwandelt. Zuerst wurde er auf dem Mont-Saint-Michel, dann in Tours gefangen gehalten, wo er die Kunde der Februarrevolution erhielt. Den 25. Februar 1848 war er in Paris und organisierte sofort die „Centrale republikanische Gesellschaft". Wieder war er bei dem Putsch vom 15. Mai beteiligt, ward am 28. Mai verhaftet und zu zehnjährigem Kerker verurteilt. Er verbüsste die Strafe zu Belle-Isle, von wo er einen abenteuerlichen Fluchtversuch unternahm, dann in Corte in Corsica. 1859 amnestiert, ward er im März 1861 der Teilnahme an einer geheimen

Gesellschaft angeklagt und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Als die Republik im September 1870 proklamiert wurde, eilte er nach Paris und versuchte vergeblich, die Ideen der roten Demokratie, im Gegensatz zur blauen, zur Herrschaft zu bringen. Sein Blatt, „La patrie en danger", ging bald ein. Nach dem Waffenstillstand verliess er Paris. Von der Commune ward er zum Mitglied ernannt (26. März), aber von Thiers als Geisel festgehalten und auf dem Fort du Taureau eingesperrt. Durch das vierte Kriegsgericht zu Versailles ward er am 15. Februar 1872 zur Deportation verurteilt, seiner schwachen Gesundheit wegen aber nicht nach Caledonien geschickt, sondern in Quélern, dann in Clairvaux gefangen gehalten. Am 9. Juni 1879 ward er von Grévy begnadigt, nachdem er am 20. April 1879 in Bordeaux zum Deputierten gewählt, seine Wahl aber für ungültig erklärt worden war.

B. war einer der wunderbarsten und rätselhaftesten Charaktere, Mystiker und Fanatiker, Revolutionär und Autokrat in einer Person. Seine Jugend fiel in eine Zeit, wo die Menschen durch politische Verschwörung ihre Ideen zur Herrschaft im Staat zu bringen suchten — und sein Leben lang hat B. kein anderes politisches Mittel gekannt und angewandt, als die Verschwörung. An der Reinheit seiner Absichten kann man nicht zweifeln. Als man ihn 1848 des Verrates der republikanischen Sache zieh, da konnte er diesen Verdacht als schmähliche Verleumdung durch den Hinweis auf sein in Kerkern zugebrachtes Leben abweisen. Mit Recht konnte er ausrufen: „Mich, ein trauriges Wrack, mich, der ich einen gebrochenen Körper in schäbigen Kleidern hinschleppe, mich sucht man durch den Namen eines Erkauften zu zerschmettern, während die Bedienten Louis Philipps, in glänzende republikanische Schmetterlinge verwandelt, auf den Teppichen des Stadthauses herumflattern, von der Höhe ihrer unter vier Regierungen gemästeten Tugend den armen, aus den Gefängnissen ihres Herrn entronnenen Hiob beschimpfend." — In seiner Jugend, als Lehrer in Blagnac, kasteite er seinen Körper; in Paris verliebte er sich in die Tochter eines reichen Banquiers, der er Stunden gab. Sechs Jahre lang verbarg er die ihn verzehrende Leidenschaft, obschon sie erwidert wurde. Dann verheiratete er sich; sein Glück war nur ein kurzes. Während er zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt war, starb die junge Frau vor Sehnsucht. „Während eines Jahres," so schrieb er später, „der Todeskampf einer Frau, die, fern von mir, sich in Verzweiflung verzehrte; dann vier ganze Jahre lang in der Einsamkeit der Zelle mit dem Geist derer, die nicht mehr war, das war meine Strafe, für mich allein, in dieser Danteschen Hölle."

Op. L'Eternité dans les astres, 1872; l'Armée esclave et opprimée, 1880; Critique sociale, 2 vols. 1885, nach seinem Tode erschienen.

Blos, Wilhelm, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Braunschweig, geboren am 5. Oktober 1849 in Wertheim, besuchte die Schule daselbst und in Waldkirch, studierte 1868—70 in Freiburg, wurde Journalist, Redacteur radikaler und socialistischer Blätter, Mitglied des Reichstags 1877/78, 1881/87 und seit 1890. B. lebt als Schriftsteller in Stuttgart.

Op. Die Revolution zu Mainz, 1792 und 1793, Nürnberg 1875;

Die französische Revolution, Stuttgart 1888/89. Die deutsche Bewegung von 1848 und 1849.

Bock, Friedrich, Louis, Wilhelm, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Gotha, geboren am 26. April 1846 zu Grossbreitenbach in Thüringen. Besuchte die Volksschule, trat 1868 in den Bildungsverein Hamburg ein, 1873/78 Präsident der deutschen Schuhmachergewerkschaft, wurde 1875 Redacteur des „Wecker“ und 1878 des Fachblattes der Schuhmacher, war Mitglied des Reichstags 1884/87, wurde 1890 in der Nachwahl in Magdeburg und 1893 in Gotha gewählt. B. lebt in Gotha als Schuhmacher und Redacteur.

Bodenbesitzreform. Unter B. versteht man diejenige Bewegung, die in dem Privateigentum von Grund und Boden die Ursache aller socialen Uebelstände sieht und sich daher die Aufgabe gestellt hat, den Grund und Boden wieder in das Gemeineigentum überzuführen. In der älteren Zeit, im 18. Jahrhundert, wo die Industrie sich noch in ihren Anfängen befindet, richten sich daher auch alle kommunistischen Bestrebungen auf Grund und Boden allein und Männer, wie Meslier (s. d.), Morelly (s. d.) und Mably (s. d.) in Frankreich, Th. Spence (s. d.) in England sahen in dem Privateigentum an Grund und Boden die Quelle und Ursache aller Laster und alles Elends der Gesellschaft ihrer Zeit, in merkwürdiger Weise sich mit den Bestrebungen und Begründungen eines H. George, Aug. Th. Stamm, M. Flürscheim u. a. der neuesten Zeit berührend. Mit der übermächtigen Entwicklung der modernen Industrie und dem Anschwellen des Elends der Fabrikarbeiter in so gewaltigem Masse trat naturgemäss die Industriearbeiterfrage in den Vordergrund und wurde daher der Kampf zunächst gegen das mobile Kapital geführt, das in erster Linie für die socialen Uebelstände verantwortlich gemacht wurde. Eine Reihe von Socialisten, wie C. Pecqueur, F. Vidal, A. Blanqui u. a., haben ihre Waffen hauptsächlich gegen das industrielle Kapital gerichtet. Indes mit der Entwicklung der Theorie sah man das Einseitige beider Ansichten ein; für die wahre Ursache des Elends und der Knechtschaft der Arbeiter wurde nunmehr der Monopolbesitz der Arbeitsmittel durch die heutige Kapitalistenklasse erklärt und daher die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft gefordert. Schon auf dem Kongress der Internationalen zu Brüssel 1868, dann aber auf dem zu Basel 1869 wurde der entscheidende Beschluss hinsichtlich des Grund und Bodens gefasst. Es wurde beschlossen: 1. Die Gesellschaft hat das Recht, das individuelle Eigentum an Grund und Boden abzuschaffen, damit es wieder in die Gemeinschaft zurückkehre 2. Es ist notwendig, Grund und Boden zum Kollektiveigentum zu machen. Grund und Boden ist aber nur ein Teil der Produktionsmittel und daher schon in der oben erwähnten Forderung des neueren Socialismus, wie er in Deutschland vor 1875 vom Deutschen Arbeiterverein (s. d.) und der Socialdemokratischen Arbeiterpartei (s. d.), nach 1875 von der Socialdemokratischen Partei vertreten wird, enthalten.

Die Kritik des Privateigentums an Grund und Boden durch die Bodenbesitzreformer geht aus von der Grundrente, deren Bezug durch den Grundeigentümer als durchaus ungerecht angegriffen wird. Die Ver-

schiedenheit des natürlichen Nutzwertes des Grund und Bodens, die die Folge der Verschiedenheit in der Lage und Fruchtbarkeit ist, bewirkt, dass gleiche Mengen aufgewandter Arbeit und Kapitals ungleiche Erträge liefern. Für die Ueberlassung dieses natürlichen Nutzwertes verlangt der Bodeneigentümer einen Preis, die Grundrente (Ricardo), deren Höhe durch den Vorzug bestimmt wird, den guter Boden vor dem unfruchtbarsten und ungünstigst gelegenen besitzt, der aber zur Befriedigung des Bedarfes noch bebaut werden muss. (Mithoff.) Am klarsten erscheint dieser Charakter der Grundrente bei dem städtischen Grundeigentum, solchem Grund und Boden, der zur Errichtung von Häusern gebraucht wird. Hier sind die Verhältnisse, wie sie z. B. in London existieren, äusserst bezeichnend. Der Grund und Boden befindet sich im Besitz von Landlords, die ihn in Parzellen zum Bau von Häusern verpachten. Die Grundstücke werfen keine Rente ab, falls sie in ihrer landwirtschaftlichen Verwendung nicht eine solche getragen. Mit dem Wachsen der Bevölkerung, infolgedessen weniger günstige Plätze bebaut werden, und damit des Verkehrs und Handels, wird der Besitz von Häusern in sogenannten Geschäftslagen für die Bewohner stetig wertvoller und die für die Benutzung des Grund und Bodens zu zahlende Rente steigt. Etwas verwickelter sind die Verhältnisse in Betreff des zum Ackerbau verwendeten Landes. Da aber auch hier der Preis der Produkte bestimmt wird durch die Produktionskosten der auf dem schlechtesten, zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse notwendigen Anbau erzeugten, so ergibt sich, dass besserer Boden eine Rente zahlen muss. Diese Rente muss mit Anwachsen der Bevölkerung und dadurch veranlasster Kultivation immer schlechteren Bodens steigen, kann zwar in einem bestimmten Lande durch den Import von Nahrungsmitteln gedrückt werden, stellt sich aber, falls wir die Gesamtheit der Bodeneigentümer und den an sie zu zahlenden Betrag ins Auge fassen, als eine stetig wachsende Grösse dar. Beide Fälle, ländliches wie städtisches Grundeigentum, aber haben das gemein, dass von der Gesellschaft für die Benutzung eines zur Produktion unentbehrlichen Faktors, dessen Grösse eine gegebene ist und der als ein natürlicher Faktor keiner Vermehrung fähig ist, an die Eigentümer desselben Rente bezahlt werden muss und dass diese Rente die Tendenz hat, proportional der Bevölkerungszunahme zu steigen. So wird also durch das fortwährende Steigen der Grundrente das arbeitslose Einkommen der Grundeigentümer stetig anwachsen. Da nun dieser Wert durch die Gesellschaft geschaffen ist, so hat auch die Gesellschaft ein Recht, sich denselben durch eine die Grundrente aufsaugende Steuer anzueignen — das ist die Schlussfolgerung der einen Partei der Bodenbesitzreformer. Ungeheure Einkünfte werden damit der Gesellschaft zufliessen, die dieselben zur Abschaffung der vorhandenen Uebelstände verwenden kann. Der Boden bleibt im Privatbesitz des jetzigen Eigentümers; aber der Wert ihres Eigentumsrechts wird durch die Grundsteuer zerstört. Die andere Partei verlangt vollständige Vernichtung des Privateigentums und Rückkehr des Grund und Bodens in das Gemeineigentum. Wir lassen nun im folgenden einen kurzen Ueberblick über die wichtigsten Vertreter

dieser beiden Parteien und die von ihnen ins Leben gerufene Reformbewegung folgen.

Argentinien. Bernardine Rivadavia, Präsident der argentinischen Republik, schlug 1826 vor, den Staat zum alleinigen Eigentümer des Landes zu erklären. Das Land soll dann für Zinse, die alle zehn Jahre festgesetzt werden, an Pächter überlassen werden, deren Pachtgelder eine sociale Rente bilden, die im Interesse der Gesamtheit verwendet wird.

Belgien. An der Spitze der belgischen Schule steht de Colins (s. d.), der Begründer des rationellen Socialismus. Seine Theorie ist in Kürze folgende. Da Güter nur durch das Zusammentreffen von Arbeit und Materie entstehen, die Materie für die Arbeit notwendig ist, so kann die Arbeit nur da frei sein, wo ihr der Boden gehört, wird dagegen in Sklaverei sein, falls derselbe im Eigentum privater Besitzer ist. Daraus ergibt sich mit Notwendigkeit die Forderung, den Boden in Gemeineigentum zurückzuführen. Im übrigen bleibt das individualistische System bestehen. Anhänger dieser Theorie sind Louis de Potter (s. d.), Hugentobler; auch der Franzose Huet (s. d.) kann hierher gerechnet werden, während Agathon de Potter (s. d.) schon etwas weiter geht und die Ueberführung nicht bloss des Grund und Bodens, sondern auch teilweise des industriellen Kapitals befürwortet. Der hervorragendste Vertreter Belgiens in der neueren Zeit war de Laveleye. In seiner Schrift „das Ureigentum", die bei ihrem Erscheinen in der „Revue des deux Mondes" grosses Aufsehen erregte, wies er nach, dass in den früheren Zeiten das Gemeineigentum bei allen europäischen Kulturvölkern bestanden hat, Ueberreste sich bei einigen derselben noch heutzutage vorfinden und dass dasselbe bei aussereuropäischen Völkern noch in vollster Blüte steht. Nach Laveleye, einem Schüler Huets, ist es ein natürliches Recht des Menschen, Eigentum an Grund und Boden zu besitzen. Dieses Recht kann ihm aber nur garantiert werden durch eine Gesellschaft, die im Besitze des Grund und Bodens ist und denselben an ihre Mitglieder zur Benutzung auf Zeit überlässt.

Deutschland. Wir beschränken uns hier darauf, die von Gossen, Samter und Flürscheim gegebenen Theorieen kurz anzuführen. Mehr oder weniger wird von vielen neueren deutschen Nationalökonomen die Beschränkung des Grundeigentumsrechts im Interesse der Gesellschaft gefordert, nur in der Frage, wie weit dieselbe gehen soll, herrscht Streit. Am weitesten geht Samter, dem Adolf Wagner mit der Forderung der Verstaatlichung des städtischen Grundeigentums wohl am nächsten kommt; Flürscheim ist durch seine Agitation bekannt geworden, während Gossens Buch historisches Interesse hat.

Gossen in seinen „Gesetzen des menschlichen Verkehrs" 1854 schlägt den Uebergang des Eigentums alles Grund und Bodens an die Gesamtheit vor, damit von ihr jeder Fleck demjenigen zur Produktion überlassen würde, der die höchste Rente dafür zu zahlen sich geneigt findet. Dieser Uebergang soll erreicht werden durch Ankauf des Grund und Bodens bei freiwilliger Veräusserung. Er wird dadurch erleichtert, dass der Staat, wenn er beim Ankauf von Grundeigentum mit Privaten in Konkurrenz

treten will, günstiger gestellt ist als diese und dasselbe daher so wohlfeil kaufen kann, dass er später durch das Steigen der Grundrente einen Fonds gewinnt, um die Ankaufssumme zu tilgen. Befindet sich nun das Grundeigentum im Besitz der Gesamtheit, so kann der Mensch sich nach Gutdünken die günstigste Stelle auf der gesamten Erdoberfläche zum Betreiben seiner Produktion aussuchen. Daraus wird für die Gesamtheit ein ungeheurer Gewinn resultieren, ganz abgesehen davon, dass die Rechtsverhältnisse der Privaten untereinander sich ganz bedeutend vereinfachen werden und jedes Steuersystem überflüssig sein muss, da die Grundrente allein die für die Gesamtheit unentbehrlichen Geldmittel beschaffen wird.

In seinem Buch „Das Eigentum in seiner socialen Bedeutung“ 1879 hat Adolf Samter in sehr schöner Weise die Gründe für die Ueberführung des Grund und Bodens in Gemeineigentum ausgeführt und kurz und bündig so zusammengefasst: Die Eigenschaften des Grundeigentums, dass in ihm die produktive Kraft der Natur verkörpert ist, dass es nicht beliebig vermehrbar ist, und dass infolgedessen jede übergrosse Konzentration wie Decentralisation von nachteiligen Folgen für die Gesellschaft ist, dass bei allen fortschreitenden Völkern es stetig die Tendenz verfolgt, im Werte zu steigen, machen das Grundeigentum ganz besonders geeignet, als gesellschaftliches Eigentum zu fungieren, dem Staate und der Gemeinde zur produktiven Verwendung übergeben zu werden. Die Natur hat es zum Gemeingut bestimmt. Das Grundeigentum soll aber einzelnen und freien Personenverbänden bleiben, so weit sie es als Nutzeigentum oder für ihren Eigenbedarf produktiv verwenden. Der Prozess der Ueberführung des Grund und Bodens in Gemeingut wird eine lange Zeit in Anspruch nehmen, aber er ist unvermeidlich. Er wird aber niemals eine Zurückführung zum mittelalterlichen Gemeineigentum sein; das zu behaupten, ist thörichte und böswillige Unterstellung.

In der Hauptsache auf A. Stamms (Erlösung der darbenden Menschheit 1871) und H. Georges Schultern steht M. Flürscheim (auf friedlichem Wege), doch weicht er in einigen Punkten, besonders in der Erklärung der Krisen und dem Ursprung des Zinses, von letzterem ab. Arbeit und Kapital, so führt er aus, haben einen gemeinsamen Gegner im Grund- und Bodenmonopol, denn, was die Rente erhält, wird ihnen abgezogen. Dies hindert nicht, dass Arbeit und Kapital wieder unter einander selbst insofern Gegner sind, als ihre Sonderanteile in umgekehrtem Verhältnis stehen. Nur die Möglichkeit der Anlage in Grund- und Bodenrenten ist es, welche den Zinsfuss des Kapitals halten kann; sein Zinsfuss sinkt nicht unter den der Rente und bleibt der grösseren Vorteile der Rente wegen sogar stets etwas höher. Die Grundrente garantiert also dem Kapital einen Minimalzinsfuss und gibt ihm dadurch die Macht, den ganzen verbleibenden Rest der Produktion an sich zu nehmen. Das Privatbesitzrecht auf Grund und Boden gewährt ausserdem allein die Möglichkeit einer permanenten Kapitalansammlung in den Händen Einzelner. Durch den Hinzuzug von Kapital und Arbeit entstand die Grundrente; durch die Arbeit entstand das Kapital, durch die Grundrente wurde es von der Arbeit getrennt. Beide, Land und Kapital, sind nun eng mit einander

verbunden und beide haben sie das gemeinsame Interesse, den Lohn auf ein Minimum herabzudrücken. In dem Augenblick, in dem die Grundrente Gemeingut wird, kann das Kapital nur in der Arbeit eine Anlagemöglichkeit und einen Halt finden; der Arbeiter wird Kapitalist, er geniesst den vollen Ertrag der Produktion. Flürscheim ist bestrebt gewesen, durch praktische Agitation seinen Ideen Verbreitung in Deutschland zu verschaffen, und hat zu diesem Zwecke einige Zeitungen und Revuen, wie „Deutsch Land“ u. a. m. gegründet, ohne indes der besonderen politischen Verhältnisse wegen irgend einen nennenswerten Erfolg zu erringen.

England. Einziehung der Grundrente durch den Staat wird bereits von J. Mill und besonders J. St. Mill verfochten. Dieser führt in seiner politischen Oekonomie folgendes aus. Man nehme den Fall, so sagt er, dass eine Art von Einkommen die Tendenz habe, sich beständig zu vermehren ohne Zuthun oder Anstrengung irgend einer Art von seiten der Eigentümer, welche dadurch zu einer Klasse der Gesellschaft, die der natürliche Lauf der Dinge fortwährend bereichert, bei völliger Passivität ihrerseits werden. In einem solchen Falle wäre es keine Verletzung der Grundsätze, auf denen das Privateigentum beruht, wenn der Staat diesen Zuwachs des Reichtums oder einen Teil davon gleich bei seinem Entstehen für sich beanspruchte. Es würde hiedurch eigentlich niemand etwas genommen; es wäre nur eine gemeinnützige Verwendung einer Vermehrung des Vermögens, die nur durch die Umstände herbeigeführt ist und die sonst nur eine unverdiente Zunahme der Reichtümer einer besonderen Klasse sein würde. Dieser Fall besteht nun aber in der Wirklichkeit bei der Bodenrente. Für die Aneignung dieser Rente schlägt Mill eine Landtaxe vor, die den ganzen Betrag der Rente aufsaugen soll, ohne jedoch die Einkommenvermehrung zu treffen, die gesteigerter Anwendung von Kapital oder Arbeit geschuldet ist.

Seit dem Beginn der 70er Jahre sind nun Agitationen, die Landreform betreffend, entstanden, die das Interesse der arbeitenden Klasse in den Vordergrund stellen. Die eine Richtung, vertreten durch Männer wie J. St. Mill, R. Wallace u. a., forderte die Herstellung eines ländlichen Kleinbesitzes. Sie gründeten die „Land Nationalisation Society“ in London. Dieser Standpunkt wird auch von der irischen Partei (M. Davitt, Patrice, Mac Glyn) geteilt. Die weitergehende Richtung verlangt die Verstaatlichung des Bodens. Ihr Apostel ist H. George, der zwei Agitationsreisen in England machte. Um diese Rückgabe des Landes an das Volk zu bewirken, wurde die Land Restoration League 1884 und zu Glasgow die Scottish Land Restoration League gegründet, deren Ziel die Abschaffung des Grossgrundbesitzertums (landlordism) ist und die als das beste Mittel dazu die Abschaffung aller Taxen auf Arbeit, Arbeitsprodukte und -Einkünfte und die stetige Erhöhung der Steuer auf Land bis zur Aufsaugung der Grundrente für öffentliche Zwecke befürwortet. Sie alle greifen das Landeigentum, nicht das Kapitaleigentum, auf das schärfste an und verlangen, dass das Land dem Volke ohne Entschädigung an die derzeitigen Eigentümer zurückgegeben werden solle. Als ersten Schritt zum Ziel empfehlen sie die Wiederherstellung

der alten Grundsteuer von 4 sh. in das £ Einkommen und ein Gesetz, das die Lokalbehörden ermächtigt, alle Steuern auf die Grundrente zu legen. Eine besonders energische Thätigkeit auf dem Gebiet der Agitation hat seit Sommer 1891 die Land Restoration League durch Aussendung ihrer sogenannten „Land Restoration Vans“ entfaltet. Sie schickte nämlich Agitatoren und Organisatoren in die Agrikulturdistrikte Englands, die in rotangestrichenen Wagen (Red Vans) von Dorf zu Dorf ziehen, Versammlungen der Landarbeiter einberufen, Vereine (unions) unter ihnen gründen, Aufklärung über ihre socialen Verhältnisse durch Verteilung von Litteratur, Flugblättern u. s. f. verbreiten und Informationen über die socialen Verhältnisse in den Dörfern sammeln sollten. Diese in den drei Sommerkampagnen 1891, 1892, 1893 mit grosser Energie betriebene Agitation ist von grossem Erfolge begleitet gewesen. Ueberall entstanden Arbeiterklubs und -Verbände zum Schutz der Interessen der Landarbeiter trotz des Widerstandes der Grossgrundbesitzer und Grosspächter, damit das Erwachen aus dem stupiden Schlaf langjähriger Knechtschaft bezeichnend; andererseits aber bewies das gesammelte Material den vollständigen Verfall des englischen Landsystems und die fast unglaubliche, von ärgster Sklaverei kaum verschiedene Lage der ländlichen Arbeiterbevölkerung. — Selbst Herbert Spencer, der Individualist κατ' ἐξοχήν, schlug in seinem Buch „Social Statics“ vor, den Grund und Boden in das Gemeineigentum überzuführen und die Grundstücke an den, der das höchste Angebot mache, auf kurze Termine zu verpachten.

Italien. Auch in Italien gibt es eine Reihe von Oekonomen, die das private Eigentum an Grund und Boden für unvereinlich mit der Wohlfahrt der Gesellschaft halten. Die einen von ihnen, wie A. Mortara, behaupten, dass das private Eigentum an Grund und Boden nur gerechtfertigt wird durch den Impuls, der dadurch der Produktion gegeben wird. Sobald daher die äusserst grosse Freiheit, welche die Grundbesitzer haben, zum Resultat eine ungenügende Produktion oder ungeeigneten Gebrauch hat, ist der Staat zum Einschreiten berechtigt und kann die Grundbesitzer zur wissenschaftlichen Kultur ihres Landes zwingen. Mortara verlangt auch, dass der Staat solche Kontrakte erzwingen soll, die die Stellung des ländlichen Arbeiters sichern.

Viel weiter geht eine andere Gruppe von Oekonomen, als deren bedeutendsten Vertreter wir Loria nennen. In der Begründung seiner Theorie — er führt natürlich alle wirtschaftlichen Uebel auf die eine Ursache, den Uebergang des Grund und Bodens in das private Eigentum, zurück — zeigt Loria wenig originales; sein Heilmittel aber weicht von dem H. Georges und anderer Reformer vollständig ab. Er behauptet, dass es für den Staat unmöglich ist, alle Rente zu absorbieren, weil es zu schwierig ist, einmal zwischen Rente und dem Zins des auf die Bodenkultur verwandten Kapitals zu unterscheiden, das andere Mal das Wachsen der Rente zu bestimmen. Auch die vollständige Nationalisation des Bodens, bei der der Staat verpflichtet wäre, das Land zu verpachten, würde die Rente nicht eliminieren. Das Heilmittel muss also nach Loria auf dem

Feld der Spontaneität uud Individualität gesucht werden. Er findet es in einem System kleiner Farmen, die kooperativ bearbeitet werden — in einem System von Gemeinbesitz, das dem agrikulturellen Fortschritt folgen würde. In diesem würde keine Rente möglich sein. Denn während heutzutage, falls der Ackerbau nicht einträglich ist, das Kapital sich zur Industrie wendet, ist das associative Kapital an den Boden gebunden. Durch diese Immobilität wird seine Konkurrenz mit dem industriellen Kapital beschränkt und so für die industriellen Produzenten ein Monopol geschaffen, das der Grundeigentümer bereits besitzt. So entsteht eine Situation, in der die Marktpreise der Manufakturartikel für die verschiedenen agrikolen Produzenten verschieden sind. Das grössere Einkommen, das die Eigentümer bessern Bodens über die Produktionskosten hinaus erhalten, muss dann von ihnen für die Artikel verwandt werden, die sie theurer bezahlen müssen. Damit wäre die Rente eliminiert, das sociale Gleichgewicht wieder hergestellt und die Aera des Friedens eingeleitet.

Nord-Amerika. Hier ist besonders die von H. George ins Leben gerufene Bewegung zu nennen. Dieser hat durch sein Buch „Fortschritt und Armut“, das in glänzendem Stil geschrieben ist, einen ungeheuren, aber nur kurz dauernden Einfluss auf die gesamte Bodenreformbewegung nicht nur in Amerika, sondern auch in Europa ausgeübt. Der grösste Teil des Buches bietet nur ökonomische Lehren, die vor ihm schon oft richtiger und klarer dargestellt und bewiesen sind; was er neues giebt, wie z. B. die Krisentheorie, sind meist verfehlte, auf Grund durchaus unvollständigen Materials gezogene Abstraktionen. Der Kern seiner Theorie ist in Kürze folgender: Trotz des kolossalen Aufschwunges der Industrie herrscht überall die grösste Armut unter den grossen Massen des Volkes. Da diese Verhältnisse in allen Ländern existieren, muss die Ursache eine universale sein. Sie ist zu suchen in der Grundrente, die ihrerseits durch das Privateigentum an Grund und Boden bedingt ist. In das Produktionsquantum eines Landes teilen sich Grundrente, Kapital und Arbeit. Je grösser nun der Betrag des Produkts, desto grösser ist der Anteil der Grundrente und daher desto kleiner der des Kapitals und der Arbeit, da die Grundrente proportional der Bevölkerungszunahme und den Fortschritten der Produktion anschwillt. In diesem Anwachsen der Grundrente ist auch die Ursache der Krisen zu sehen. Wenn nämlich in der sich entwickelnden Gesellschaft durch eine wahnsinnige Spekulation der Preis des Landes so sehr in die Höhe getrieben ist, dass es bei den gegebenen Bedingungen der Produktion nicht länger mehr Grundrente abwerfen kann, so pflegt in dieser Zeit die Zinsrate zu steigen und der Preis der Produkte der Arbeit zu fallen. Das einzige Heilmittel für die Gesellschaft ist die vollständige Vernichtung des Privateigentums an Land. Dies Heilmittel ist durchaus gerecht, weil allein Arbeit einen gerechten Eigentumstitel geben kann, der Boden aber nicht die Frucht menschlicher Arbeit ist, sondern von Gott für alle gleich geschaffen ist. Daraus folgt, dass die Aneignung des Grund und Bodens durch die Gesellschaft ohne eine Entschädigung der gegenwärtigen Besitzer vor sich gehen muss. Jeder Umsturz und jede Revolution kann bei Durchführung dieses Mittels vermieden werden, wenn

der Staat die gesamte Grundrente in Gestalt einer Steuer an sich nimmt. (Ueber die Bewegung s. George und Amerika.)

Schweiz. In der Schweiz hat sich 1889 eine selbständige Partei gebildet, welche die Lehren Georges, Stamms und Flürscheims auf schweizerische Verhältnisse zu übertragen sucht. Das von ihr angenommene Programm zerfällt in zwei Teile; der eine gibt die ökonomische Begründung der Forderungen, die der zweite enthält. Kein Mensch hat das Recht, über den unvermehrbaren Boden als unbeschränktes Privateigenthum zu verfügen. In der Verkennung dieser fundamentalen Wahrheit liegen die Hauptursachen der Krisen und socialen Misstände. Der unmittelbare Grund derselben ist die falsche Verteilung der Güter. Rente und Zins nehmen den Hauptanteil des Arbeitsproduktes vorweg; nur der kleinste Teil bleibt der Arbeit. Mit der Unterconsumption der Reichen geht diejenige der Armen Hand in Hand; die erste durch den Ueberfluss, die zweite durch den Mangel verursacht. Das Resultat ist die Unverkäuflichkeit der Gütervorräte, Ueberfüllung, Krisen. Der Zins, d. h. das Tributrecht des Kapitals auf die Arbeit des Einzelnen, erscheint als die zunächstliegende Ursache der falschen Güterverteilung, insofern er nicht konsumiert, sondern accumuliert wird. Die Rente aber, der Teil vom Ertrag der natürlichen Produktionsfaktoren, den der Eigentümer kraft seines Eigentumsrechts vom Bebauer erhebt, wirkt wie der Zins. Sie trifft in gleicher Weise den Bewohner der Städte, wie den Bauern; sie allein ist die Ursache und Stütze des Zinses. Denn das Kapital kann nur solange einen Zins beanspruchen, als es sich in Form von Hypothekaranlagen nicht nur einen unveränderlichen Bestand, sondern auch den durch die Natur- und Lebenskräfte bewirkten Zuwachs sichern kann. Entzieht man daher das Früchte zeugende Erdreich und die Naturkräfte dem Privatkapital, so muss der reine Kapitalzins fallen. Die Rente ist in stetigem Wachsen begriffen; die Industriegüter werden immer billiger, der Boden aber muss, da unvermehrbar, beim Wachsen der Bevölkerung steigen. Dies ist besonders auffällig in den Städten, wo ein kolossales Wachstum der Rente stattfindet. Erst wenn Grund und Boden der Volksgemeinschaft gehört, die kolossalen Rentenbeträge in die Gemeinde- und Staats-Kassen fliessen, damit das Kapital auch durch den Wegfall des Zinses seine sich vermehrende Kraft verloren hat, kann der Staat seine hohe Mission als Wohlfahrtsstaat aufs leichteste erfüllen. — Die Bodenbesitzreform ist aber nicht nur für die städtischen Arbeiter, sondern auch für die bäuerliche Bevölkerung dringende Notwendigkeit. — Den ersten Teil des Programms lassen wir in extenso folgen:

1. Die Kommunalisierung resp. Verstaatlichung von Grund und Boden und alle hieraus resultierenden wirtschaftlichen und socialen Umgestaltungen lassen sich auf friedlichem Wege erreichen; keine Aufhebung des Eigentums, kein Kommunismus, kein Krieg gegen das Kapital (nur gegen den Zins), keine Staatsproduktion, keine Aufhebung der freien Individualität, überhaupt keine Aenderung des jetzigen wirtschaftlichen Systems, daher auch weder Revolution noch Umsturz. Die wirtschaftlichen und sittlichen Principien bleiben nicht nur unangefochten, sondern

kommen erst recht zur vollen Geltung, ebenso die freie Konkurrenz; die Bodenbesitzreform verlangt nur ein einziges Staatsmonopol, dasjenige auf Grund und Boden, und das kann sich das schweizerische Volk erkämpfen mit dem Stimmzettel in der Hand; durch ein neues Gesetz, das den bei uns durch das römische Recht eingeschmuggelten Privatgrundbesitz aufhebt und, anschliessend an das alte germanische Recht, die Mutter Erde wieder der Volksgemeinschaft zurückgibt.

2. Die Kommunalisirung resp. Verstaatlichung von Grund und Boden kann, wie alle friedlichen sozialen Reformen, nur schrittweise und im Anschluss an die bestehenden Verhältnisse und Rechtsbegriffe erreicht werden; die successiven Schritte der ganzen Reform sind daher:

a) Eine über die ganze Schweiz ausgedehnte Enquête über die Verschuldung des Grundbesitzes, sowie über das Verhältnis der Grundrente zum Hypothekarzins; Ermittlung der Zahl der überschuldeten Bauern; staatliche Intervention zu Gunsten derselben (Kompromiss zwischen Gläubiger und Schuldner, vertragliche Reduktion des Zinsfusses, Nachlass, Ankauf durch den Staat u. s. w.); bäuerliche Kreditgenossenschaften für Anlage- und Betriebskapitalien.
b) Einheitliche Reform der Hypothekargesetze; Verstaatlichung des Kredits auf Grund und Boden und Ausschluss des Privatkapitals von der Anlage auf Liegenschaften.
c) Ankauf der noch freien Baustellen durch die städtischen Gemeinwesen.
d) Staatliche Einschätzung der Grundrente zu Stadt und Land, als Basis für den Rentenzuwachs und dessen Besteuerung; Besteuerung des städtischen Grundbesitzes, einschliesslich Park- und Gartenanlagen.
e) Eidgenössische Expropriation der Wasserkräfte und Mineralschätze.
f) Gesetz über die Abgabe des Rentenzuwachses an den Staat.
g) Aufnahme des Postulates in die Staatsverfassungen: Staat und Gemeinden dürfen Grund und Boden erwerben, aber keinen mehr an Private verkaufen.
h) Expropriationsrecht auf Grund der Rentenschätzung; Vorkaufsrecht des Staates und der Gemeinde auf Grund und Boden bei Handänderung und Erbteilung.
i) Gesetzliche Regulirung der Verpachtung von Grund und Boden durch den Staat an die Privaten, einschliesslich der Verwendung desselben als Baustelle.

Boissel, François, geboren zu Joyeux in Vivarais 1728, gestorben gegen 1807. Von den Jesuiten erzogen, ward er 1753 Advokat des Parlaments zu Paris, verliess aber bald nachher diese Stadt und begab sich nach St. Domingo. Ein Streit mit der Regierung über die Ausübung seines Berufes führte ihn 1768 nach Frankreich zurück, wo er zwanzig Jahre lang für seine Rechte kämpfte. Beim Ausbruch der Revolution 1789 warf er sich mit Begeisterung in die Bewegung und gehörte bald zu den wütendsten Jakobinern. Der Erklärung der Menschenrechte von Robespierre trat er mit einer solchen der Sans-culottes am 22./IV 1793 erfolglos entgegen. Während der Revolution wurde er Richter am Civilgerichtshof des Seinedepartements, aber 1798 abgesetzt. —

Berühmt wurde er durch den Katechismus des Menschengeschlechtes 1789; 2[de] éd. 1792, in dem er sehr kühne und weitgehende Ideen über eine notwendige sociale Umwälzung auseinandersetzte. — Obschon die Menschen, nur durch die Vernunft zu moralischer und socialer Ordnung befähigt, der Rasse, dem Klima, der Erziehung, den Gewohnheiten nach verschieden sind, so stimmen sie doch darin überein, dass sie alle mit Bedürfnissen geboren sind und den Wunsch haben, sie zu befriedigen. Das Ziel der menschlichen Gattung, wie das der ganzen Welt, ist daher das Glück. Zur Befriedigung einer Anzahl gleicher und notwendiger Bedürfnisse verbinden sich die Menschen zu Gruppen, um sich so besser zugleich gegen die Kräfte der Natur und andere Gruppen von Menschen schützen zu können. Soll aber das Menschengeschlecht nicht jede Hoffnung auf Glück verlieren, so muss der Egoismus, dessen Folge die Herrschaft des Stärkeren ist, unterdrückt werden. Es muss das Princip der Moral herrschen, dass das Glück aller das Glück jedes Individuums constituiert, nicht umgekehrt. Dann wird auch das gleiche Recht auf Existenz und auf die notwendigen Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse, das alle Menschen haben, am besten garantiert sein. Da nun die Vollendung einer socialen Ordnung sich darin zeigt, dass in gleicher Weise für die Erhaltung aller Individuen — im Gegensatz zur Natur, die sich nur um die Erhaltung der Art kümmert — gesorgt ist, so ist es klar, dass die herrschende Gesellschaftsordnung, die auf das Recht des Eigentums, d. h. das exklusive Privileg zu geniessen und alle anderen, die nicht Eigentümer sind, Hungers sterben zu lassen, gegründet ist, eine verkehrte und verderbliche ist. Das Eigentum ist die wahre Wurzel aller Uebel, die die Menschheit quälen. Boissel kann daher auch im Eigentümer, der ohne Arbeit lebt, nur ein antisociales Ungeheuer erblicken. Auch die Ehe erscheint ihm als antisocial, denn sie ist nichts als ein formelles Attentat auf die Freiheit der Frau und konsolidiert und perpetuiert das Privateigentum. Das Recht der Gesellschaft, die geschlechtlichen Beziehungen der Männer und Frauen zu regeln, soll sich darauf beschränken, die Mitglieder auf die üblen Folgen der Excesse in diesen Freuden aufmerksam zu machen. — Eigentum, Familie und Religion sind die Basis unserer feilen, antisocialen Gesellschaftsordnung.

Da die Grundlagen schlecht sind, so ist es kein Wunder, dass die übrigen Einrichtungen, die sich auf diesen erheben, ebenso schlecht sind. Die Gesetze, das Recht, die Justiz sind nur Werkzeuge in den Händen der besitzenden Klasse, die Armen in ihrer Unterwerfung festzuhalten. Das Heilmittel kann nur gefunden werden in dem Umsturz der herrschenden Gesellschaftsordnung, die, auf das Privateigentum gegründet, nicht die absolute, sondern nur eine der möglichen Formen, oder vielmehr die falsche, unsociale Form der Gesellschaft ist. Es gilt daher, die Gesellschaft auf eine altruistische Basis zu stellen. Alle Reichtümer werden der Gesellschaft gehören, die jedem nach seinen Bedürfnissen zuteilen wird. Der intelligente Bürger wird Freude in dem Dienst für das Glück der Gesamtheit finden, nicht nach mehr Lohn streben. Jeder fähige Mensch wird zur Arbeit gezwungen sein.

Die Bedingung sine qua non dieser socialen Ordnung ist die sociale Erziehung, die im Menschen jedes egoistische Motiv ersticken soll. Deshalb müssen die Kinder von der Gesellschaft erzogen werden. Während der Uebergangszeit vom antisocialen ins sociale Gesellschaftssystem erfolgt die Regeneration der Menschheit durch die sociale Erziehung. Um dieselbe möglich zu machen, schlägt er eine progressive Einkommensteuer vor, die die Reichen so belasten soll, dass das Privateigentum jeden Wert für sie verliert. Davon soll ausserdem der Unterhalt der Arbeitsunfähigen, seien es Invalide oder Greise, bestritten werden. Da ferner die agrikolen und industriellen Produkte von dem grössten Wert für die Gesellschaft sind, so sind die Eigentümer nur als die verantwortlichen Depositäre anzusehen. Ein jeder, der die Kultur seines Bodens vernachlässigt oder über die Früchte zum Schaden der Gesamtheit verfügt, wird durch Konfiskation derselben zu Gunsten der Commune bestraft. Oeffentliche Magazine für die Aufspeicherung der agrikolen Produkte und öffentliche Werkstätten für Arbeitslose werden durch den Staat errichtet.

Wir können Boissel mit Recht als einen hervorragenden Vertreter socialistischer Anschauungen im 18. Jahrhundert bezeichnen. Nicht nur säntliche Forderungen, auch die Grundlage socialistischer Theorie findet sich im Keime in seinen interessanten Schriften vereinigt. —

Op. Discours contre les servitudes publiques, Paris 1786; Principes constitutio-monarchiques de la France; Adresse de l'auteur du Catéchisme du genre humain aux utiles et vrais représentans de la Nation Française; le code civique de la France ou le flambeau de la liberté, dédié à la Fédération française; les entretiens du père Gérard; le Catéchisme du genre humain. 1. éd. 1789, 2. éd. 1792.

Boyer, Antide, geboren zu Aubagne am 26. Oktober 1850. Von seinem 8.—15. Jahre arbeitete er in den Töpfereien seines Geburtsortes, und war darauf vier Jahre lang in einer von Geistlichen geleiteten Freischule. Mit 19 Jahren nahm er die Handarbeit zunächst als Arbeiter in den Werkstätten der „Messageries maritimes de La Ciotat“, dann in einer Oelfabrik in Marseille wieder auf und wurde endlich Handlungsgehülfe. Lebhaft beteiligte er sich an der politischen und socialistischen Bewegung, war Delegierter auf den Kongressen zu Marseille, Havre, St. Etienne, wurde 1884 Mitglied des Marseiller Munizipalrats und 1885 Deputierter der Arbeiterpartei im französischen Parlament, dem er seitdem ununterbrochen angehört hat. Auch in den Wahlen von 1893 wurde er in Marseille gewählt. Er gehört der marxistischen Richtung an. Von 1878 an hat er zahlreiche Artikel in verschiedenen Provinzialblättern, in Paris in der „Revue socialiste“ und dem von ihm gegründeten „Travailleur“ erscheinen lassen.

Boykott. Der Boykott ist von den deutschen Arbeitern unter die Kampfmittel gegen die Unternehmer erst seit nicht sehr langer Zeit eingereiht worden. Am bekanntesten wurde der sogenannte Berliner Bierboykott vom Jahre 1889. In Berlin war es nämlich den Socialdemokraten fast unmöglich gemacht worden, eine Versammlung abzuhalten, da die grösseren Lokale ihnen dazu von den Brauereien, in deren Besitz sie meist sind, nicht

hergegeben wurden. Es wurde infolgedessen von April 1889 an der Boykott über sie verhängt. Nach einiger Zeit sahen sich die Brauereien gezwungen, nachzugeben. Auch in anderen grossen Städten fand das Beispiel Berlins Nachahmung. Diese Fälle beweisen, dass der Boykott dann Erfolg hat, wenn möglichst breite Schichten der Bevölkerung von seiner Notwendigkeit und Erspriesslichkeit überzeugt sind, also nicht nur die organisierte, sondern die gesamte Arbeiterschaft daran teilnimmt. Daraus folgt, dass der Boykott nicht bei jeder Gelegenheit angewendet werden kann. Er bleibt im wesentlichen auf die Gewerbe beschränkt, die sich mit der Bereitung von Lebensmitteln befassen. Da grösstmöglichste Zahl von Interessenten nothwendig ist, kann natürlich nur diejenige Vertretung, welche die Interessen der gesamten organisierten Arbeiterschaft für den Wirkungskreis des Boykotts repräsentiert, denselben verhängen.

In solchen Fällen, wo alle die erwähnten Bedingungen eintreffen, wurde der Boykott auf dem Hallenser Parteitag 1890 für berechtigt erklärt; dringend aber wurde davon abgeraten, in Fällen der Massregelung einzelner Personen einzelne Geschäftsleute zu boykottieren oder Gesellschaften, die vielleicht von den Arbeitern materiell abhängig sind, durch die Drohung des Boykotts zu zwingen, Socialismus zu heucheln (s. Strikes). Dieselben Gedanken finden wir in der auf dem Berliner Parteitag vom 14.—21. November 1892 angenommenen Resolution in folgender Weise ausgesprochen:

Der Boykott ist für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse eine Waffe, die nur unter der aktiven Teilnahme der grossen, heute noch nicht organisierten Massen wirksam in Anwendung gebracht werden kann. Der Boykott kann daher mit Aussicht auf Erfolg nur in den Fällen in Vorschlag gebracht werden, wo es sich um Fragen handelt, an denen weite Arbeiterkreise mit tiefgehendem Interesse beteiligt sind, insbesondere auch um Zurückweisung von Bestrebungen, welche eine politische Schädigung der Arbeiterklasse bezwecken.

Unter keinen Umständen aber darf der Boykott zu einem Mittel der politischen oder wirtschaftlichen Vergewaltigung werden zu dem Zwecke, die politische Gesinnung oder persönliche Ueberzeugung zu strafen, oder die äussere Bekundung einer politischen Meinung oder deren Bethätigung zu erzwingen.

Bracke, Wilhelm, geboren im Jahre 1842, erhielt seine Erziehung auf dem Collegium Carolinum zu Braunschweig. Einer seiner Lehrer, der Professor Assmann, sagte später über ihn vor Gericht aus: „Er war einer meiner besten Schüler und zeichnete sich aus durch grossen Eifer, seltene Begabung und gründliches Studieren.“ Bracke widmete sich dem Kaufmannsgewerbe und wurde Mitinhaber einer Getreidehandlung in Braunschweig. Später erwarb er eine Buchhandlung und Druckerei, aus der eine Reihe socialistischer Schriften, insbesondere der „Volkskalender“, hervorgegangen sind. Der socialistischen Bewegung schloss Bracke sich bereits 1865 an. Er war eines der Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses der socialdemokratischen Arbeiterpartei, welche durch Vogel von Falkenstein 1870 nach der Festung Lötzen in Ostpreussen geschickt

wurden. Siehe darüber den Artikel „Eisenacher". Im November 1871 wurde Bracke vom Braunschweiger Kreisgericht auf Grund der §§ 110, 128 und 131 des Reichsstrafgesetzbuches zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Kassationshof zu Wolfenbüttel vernichtete aber auf eingelegte Berufung diese Entscheidung und verurteilte Bracke wegen Verstosses gegen das Braunschweiger Vereinsgesetz zu 3 Monaten Gefängnis. Bracke vertrat von 1877—1878 den Wahlkreis Glauchau-Meerane im deutschen Reichstage. Er starb im besten Mannesalter. Die Partei ehrt in ihm einen ihrer treuesten Vorkämpfer.

Bonifacio, Giovanni, geboren zu Rovigo 1547, gestorben 1635. Er gab in seinem Buch: La Republica delle api eine Beschreibung des Bienenstaates, durch die er beweisen will, dass der Kommunismus die vollendete Regierungsform ist und dass die Menschen die Bienen in ihrer Geselligkeit nachahmen sollten. Besonders interessant ist, so führt er aus, dass die sociale Ordnung mit der vollendeten Anarchie aufrecht gehalten wird. Es gibt keine Regierung; niemand gehorcht niemandem und doch erfüllt jeder seine Bürgerpflicht mit einem unermüdlichen Eifer. Der Egoismus scheint unbekannt zu sein.

Born, Stephan, von Beruf ein Schriftsetzer, der sich durch seine hervorragende geistige Begabung und grosse Willenskraft ein tüchtiges Wissen, insbesondere auf dem Gebiet der Volkswirtschaft, erworben hatte, wurde im Jahre 1848, nachdem er an den Berliner Barrikadenkämpfen den lebhaftesten Anteil genommen hatte, der Organisator und Leiter der dortigen Arbeiter. Es gelang ihm auch, den ersten deutschen Arbeiterverband ins Leben zu rufen. 1849 nahm er an den Kämpfen in Dresden als Oberst-Kommandant Teil. Born flüchtete später nach der Schweiz, wo er nach einander in Zürich, Murten, Neuchâtel und Basel ansässig war. An der Arbeiterbewegung hat er fortwährend regen Anteil genommen, ohne jedoch wieder eine leitende Rolle zu spielen. Born lebt zur Zeit in Basel als Redakteur der „Basler Nachrichten" und Professor der französischen Litteratur an der Universität.

Bostoner Anarchisten. Die Bostoner Anarchisten sind eine kleine Gruppe individualistischer Anarchisten, die mit Josiah Warren (s. d.), den sie neben Proudhon als ihren Hauptlehrer betrachten, vollständige Souveränität des Individuums predigen. Gewaltthätigkeit oder die „Propaganda der That" liegt ihnen fern; sie predigen auch nicht den Klassenkampf, wenden sich mehr an die gebildeten Elemente der Bevölkerung als an die Arbeiter. In politischer Hinsicht sind sie ohne jeden Einfluss. Ihr Organ ist die früher in Boston, jetzt in New-York erscheinende „Liberty". Hauptvertreter: Benjamin R. Tucker (s. d.).

Bray, Charles (1811—1884), englischer Socialreformer, der in Beziehung zu Robert Owen und Thomas Carlyle stand. In seiner Autobiographie, pag. 62, erzählt er, dass er 1842 zugegen war bei der Einweihung der Harmony Hall in Queenwood Community (s. d.). Das Fehlschlagen des Experimentes brachte ihn zu der Überzeugung, dass die Zeit für solche Unternehmungen nicht reif sei. Er wandte deshalb seine Bestre-

bungen der Genossenschaftsbewegung zu. Seine Gründungen hatten aber keinen dauernden Erfolg.

Als Anhang zu seiner Philosophy of Necessity, 1841, gab er die von seiner Schwägerin Mary Hennell (gest. 1843) verfasste Schrift „An outline of the various social systems and communities which have been founded on the principle of cooperation" heraus. Dieselbe erschien 1844 separat, ebenso wie die von ihm herrührende Einleitung zu derselben. Letzterer gab er den Titel: „An essay upon the union of agriculture and manufactures and upon the organization of industry." Er verlangt darin eine gründliche Reform der Gesellschaftsordnung, da blosse Reformen in der Politik oder Verwaltung keine dauernde Besserung der Lage der arbeitenden Klasse herbeiführen können. Unter den Vorwürfen, die er dem herrschenden System macht, hebt er besonders hervor, dass die Erfindung von Maschinen den Arbeitslohn verringert, dass die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit so für die Gesellschaft eher ein Fluch als ein Segen ist. Den einzigen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten erblickt er in planvoller Kombination der vorhandenen enormen Produktivkräfte, in der Ersetzung der individualistischen Wirtschaftsweise durch die genossenschaftliche.

Bray, J. F., ein englischer Kommunist der Owen'schen Schule, schrieb 1839: „Labour's Wrongs and Labour's Remedy or the Age of Might and the Age of Right." Dieses Werk, das seinerzeit, wie Holyoake erzählt, in den Kreisen der kommunistischen Genossenschäftler viel gelesen wurde, ist heute ganz vergessen; obwohl es nach Inhalt und Form zu dem besten gehört, das die socialistische Litteratur aufweisen kann. Von dem Leben des Verfassers ist nichts bekannt. In manchen Einzelheiten seiner Kritik der herrschenden Theorie, z. B. der Lohnfondstheorie, Seite 103, erinnert er an Marx. Dieser giebt in seinem „Elend der Philosophie", Seite 49 bis 58, eine Reihe von Auszügen aus Bray, um zu beweisen, dass dieser u. a. bereits die egalitäre Anwendung der Ricardo'schen Theorie vorgeschlagen und die Idee der Arbeitstauschbank lange vor Proudhon entwickelt hat. Da diese zu einem bestimmten Zwecke angeführten Citate aber durchaus kein vollständiges Urteil über dieses höchst bedeutsame Buch gestatten, werden wir uns den Inhalt desselben etwas näher ansehen.

Bray wendet sich nicht, wie Owen seinerzeit, an die Denkenden und Wohlwollenden unter den Besitzenden, sondern an die Arbeiter und Unterdrückten, Ausdrücke, die ihm gleichbedeutend sind. Sie tragen die ganze Last der Gesellschaft auf ihren Schultern, sie verrichten die Arbeit für alle — und doch befinden sie sich immer am Rande des Hungertodes. Jede politische und kommerzielle Krisis, die irgend eine Klasse der Gesellschaft trifft, fällt schliesslich mit doppelter Wucht auf sie; — sie bedeutet Tod für einen Teil der arbeitenden Klasse. Keine Klasse kann deshalb ein stärkeres Interesse daran haben, Einsicht in die Gesetze, welche die Produktion beherrschen und welche schliesslich für die jämmerliche Lage der Arbeiter verantwortlich sind, zu gewinnen. Die Zeit der blinden Unterwerfung unter die Obrigkeit und die durch ihr Alter ge-

heiligten Ordnungen ist vorbei; kein Tag vergeht, der nicht immer wieder von neuem die gänzliche Unfähigkeit der herrschenden Klasse, die „grossen Wahrheiten und Principien" zu erkennen, offenbart. Das ist nicht mehr der Ton, den Robert Owen anschlug, die Zeiten haben sich geändert; die Chartistenbewegung hat breite Schichten der Arbeiterklasse erfasst und wird von Jahr zu Jahr stürmischer. Für die Arbeiter, ruft Bray, besitzen die bestehenden Einrichtungen keine Heiligkeit; für sie handelt es sich jetzt darum, zu bestimmen, ob es möglich ist, die gesellschaftliche Ordnung, welche sie in Armut erhält, zu ändern und den Teil der Regierungsmaschinerie, der die Armen unterdrückt, zu zerschlagen.

Eine blosse Aenderung der politischen Verfassung, eine Ausdehnung des Wahlrechts, ja selbst die Errichtung einer demokratischen Republik kann den Arbeitern nicht helfen. Das beweist ein Blick auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Nicht für gleiche politische Rechte, sondern für gleiche ökonomische Rechte muss gekämpft werden. Er glaubt, dass die Entscheidungsschlacht nahe bevorsteht, denn ein Gefühl der Unruhe und der Unbehaglichkeit — ein Vorbote des Unglücks oder des Wechsels — herrscht unter Reichen und Armen, den Unterdrückern und den Unterdrückten.

Es muss ein Heilmittel gefunden werden, das das Elend aus der Welt schafft, ein Heilmittel gegen alles sociale Unrecht und Leid. Die arbeitenden Klassen verlangen ein Heilmittel gegen ihre beständige harte Arbeit; sie verlangen ein Heilmittel gegen ihre gezwungene Unthätigkeit; sie verlangen ein Heilmittel gegen ihre Armut; — sie verlangen ein Heilmittel gegen ihr Elend, ihre Unwissenheit, ihre Laster, welche durch diese harte Arbeit, diese Unthätigkeit und diese Armut erzeugt werden. Alle diese Leiden erklärt Bray für das notwendige Produkt der geschichtlichen Entwicklung, was er durch eine Kritik der kapitalistischen Produktionsmethode zu beweisen sucht. Die Wurzel des Uebels erblickt er darin, dass der Kapitalist durch den Kauf und die Kontrolle der Arbeitskraft die Macht erhält, aus dem Arbeiter den grösseren Teil des von ihm geschaffenen Reichtums auszupressen. Ja, der Kapitalist ist durch seine Stellung gezwungen, dies zu thun. Nicht gegen die Kapitalisten als Individuen, sondern gegen das ganze kapitalistische System muss sich deshalb der Angriff richten, gegen die „herrschende Produktionsweise, welche unverantwortlichen Individuen die Macht giebt, die Arbeit durch das Kapital zu unterjochen".

Bittere Klagen erhebt er über den unheilvollen Einfluss, den das System der freien Konkurrenz auf den Charakter der Menschen hat. Die Menschen, die sich als Brüder betrachten sollten, werden systematisch gezwungen, in ihren Nebenmenschen ihre Feinde zu erblicken, die ihnen die Unterhaltsmittel streitig machen. Die Gesellschaft zerfällt heute in kleine Familiengruppen, welche sich gegenseitig auf das bitterste bekämpfen, ja oft selbst unter einander hadern, da der Verkehr mit der Aussenwelt oft den Charakter verdirbt und das Gefühl der Liebe zu einander erstickt.

Um die Interessen der Menschen, die sich heute feindlich gegenüberstehen, mit einander zu versöhnen, empfiehlt er die Errichtung von kom-

munistischen Kolonieen, wie sie auch von Owen vorgeschlagen werden. In diesen Gemeinden, welche aus je 1000 bis 5000 Personen bestehen sollen, wird man in grossen, wohleingerichteten Gebäuden gemeinsam wohnen und arbeiten. Alles, was das Leben erhält und verschönert, wird in grösster Fülle geschaffen und von allen genossen werden. Nach den besten Methoden, die Wissenschaft und Erfahrung lehren, werden alle erzogen werden. Alle gegenwärtig bestehenden Formen der Regierung, mit denen Kriege, Verbrechen und Thorheiten jeder Art in beständiger und unauflöslicher Verbindung stehen, werden unbekannt sein; die Schrecken und Greuelthaten des Despotismus oder der Anarchie wird man nicht länger zu fürchten oder zu erdulden haben. In diesen kommunistischen Kolonieen werden die physischen, moralischen und intellektuellen Eigenschaften eines jeden Individuums den höchsten Grad menschlicher Vollkommenheit erreichen, und alle Leiden und Laster der heutigen Gesellschaft werden vollständig unbekannt sein.

Wenn die Versuche, solche Gemeinden zu gründen, bisher nicht gelungen sind, wenn sie statt zu allgemeinem Glück zu Streit und Verwirrung geführt haben, so ist die Ursache darin zu suchen, dass niemals die erforderlichen Kapitalien vorhanden waren und die aus den verschiedensten Verhältnissen kommenden Mitglieder nicht die nötige Einmütigkeit besassen. Das Scheitern dieser Versuche beweist jedenfalls nicht mehr, als dass die Gründung solcher Gemeinden schwierig ist, nicht aber, dass sie nicht existenzfähig sind.

Als Uebergangsmittel zu dieser höheren Gesellschaftsordnung schlägt Bray die Errichtung grosser Genossenschaften vor. In diesen will er das Lohnsystem aufrecht erhalten. Der Lohn soll sich aber richten nach der Arbeitszeit, während welcher der Einzelne thätig gewesen ist. Eine Arbeitstauschbank wird Gleichheit des Austausches herbeiführen, will jedem Arbeiter den vollen Wert seines Arbeitsertrages geben. Der Eigennutz wird so, gerade wie in der heutigen Gesellschaft, die Triebfeder der Thätigkeit der Einzelnen sein; die Ausbeutung ist aber unmöglich gemacht. Eine derartige Ordnung wird die Menschen aber für die höhere Form der Gemeinschaft, in der an die Stelle des Eigennutzes die Nächstenliebe tritt, vorbereiten. Die Einwände, welche von den Nationalökonomen gegen diese höhere Ordnung gemacht werden, können gegen die Übergangsordnung nicht erhoben werden. Es soll ja nur ein erprobtes und allgemein anerkanntes Princip, Gleichheit des Austausches, konsequent durchgeführt werden. Die Vorteile der gesellschaftlichen Arbeit auf einer gewissen Stufenleiter werden erreicht werden, ohne Aufgabe des Princips, dass der Lohn der Arbeitsleistung entsprechen soll. An die Stelle der freien Konkurrenz, d. h. der planlosen Arbeit der Einzelnen, tritt die organisirte Arbeit der Genossenschaften, welche zur Erledigung gemeinsamer Arbeiten mit einander in Verbindung stehen. Die Produktion wird sich nach dem durch eine genaue Statistik ermittelten Bedürfnis richten und alle Erfindungen werden benutzt werden, ohne dass die dadurch verdrängten Arbeiter ins Elend geraten. So wird der schreckliche Wider-

spruch gelöst werden, dass die Verbesserung der Arbeitsmethoden für den Arbeiter verderblich wird.

Bray entwickelt uns so zwei Gesellschaftsordnungen, eine kommunistische, die ihm als Ideal erscheint, und eine Uebergangsorduung, die in vielen Punkten den Forderungen des Lassalle'schen Socialismus entspricht.

Am Schlusse legt er sich die Frage vor, wie die von ihm vorgeschlagenen Aenderungen erreicht werden können, ob auf friedlichem oder gewaltsamem Wege. Da es sich nicht um die Ersetzung einer Regierungsgewalt durch eine andere, sondern um die Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung handelt, so wird Gewalt nicht zum Ziel führen. Durch Gewalt kann die Masse vielleicht die Herrschaft erhalten, sie wird sie dann aber nicht behaupten können. „Vernunft, nicht Gewalt, — Ueberzeugung, nicht Zwang, — Kauf, nicht Raub, — systematische Anwendung kombinierter Kräfte, nicht eine undisciplinierte chaotische Bewegung sind die Mittel, welche zum Ziele führen.“ „Doch wenn man“ — so sagt er etwas weiter unten — „die Natur und die Grösse der Umwälzung, die erreicht werden soll, ins Auge fasst, wenn man sie vergleicht mit der gegenwärtigen Zusammensetzung der Gesellschaft, und wenn man sich den unbarmherzigen und blutdürstigen Charakter der Regierungen, die aus einer so zusammengesetzten Gesellschaft entstanden sind, vergegenwärtigt, — dann kann man darüber nicht im Zweifel sein, dass vom Thron die Acht und von der Kanzel der Bannfluch gegen alle Neuerer geschleudert werden wird. Ein Blick suf die Blätter der Geschichte, die so manchen brutalen und blutigen Akt des Despotismus der regierenden Klasse überliefern, zeigt, dass man, wenn diese Mittel, eine gesellschaftliche Umwälzung zu verhindern, erschöpft sind, gewichtigere Argumente — Kanonen und Flinten — gebrauchen wird. Derartige Erwägungen können aber denjenigen, der nach Wahrheit strebt, nicht beeinflussen, noch entkräften sie irgendwie die Principien, zu denen er gekommen ist. Die Einzelnen haben nicht die Macht zu entscheiden, in welcher Weise Veränderungen erreicht werden sollen. Im Vertrauen auf den Sieg der wahren Principien sehen sie ruhig der Entwicklung entgegen.“

Brialou, Georges, geboren zu Lyon am 14. Februar 1833. Er wurde 1883 zum Deputierten für Lyon gewählt. 1885 wieder gewählt, war er einer der Gründer der socialistischen Gruppe im französischen Parlament (siehe Frankreich).

Brissot de Warville, geboren 1754 in Warville, hingerichtet als Girondist, 31. Mai 1793. Brissot kommt für uns hier nur wegen seiner in den „Recherches philosophiques“ entwickelten Eigentumstheorie in Betracht.

Das Eigentumsrecht ist durch die Fähigkeit begründet, welche das Tier hat, sich jedes Stoffes zur Erhaltung seines Lebens zu bedienen. Dies ist die Formel eines allgemeinen Gesetzes der Natur, welche die gegenseitige Zerstörung der Körper zur Bedingung des Lebens macht. Da nun das Eigentum nur durch das Bedürfnis begründet wird und infolgedessen nur durch das Faktum des gesättigten Bedürfnisses begrenzt wird, so folgt daraus, dass dieses Recht des Eigentums sich auf alles und alle Wesen erstreckt, daher ein universales Recht ist. Es gibt kein

exklusives Eigentum in der Natur und kann daher auch niemanden autorisieren mit Ausschluss anderer von der Erde, Luft, Feuer, Wasser Gebrauch zu machen. Der Besitz gewährt kein Eigentum: mein Bedürfnis zerstört deinen Besitz. Haben mehrere dasselbe Bedürfnis, so ist der Ausgang eine Frage der Statik. Dies aus dem Bedürfnis sich herleitende Recht auf die Güter der Erde ist so unveräusserlich, wie das Bedürfnis unzerstörbar. Daher ist der Reiche, der dies Recht zu vernichten sucht, der Dieb, denn das exklusive Eigentum ist Diebstahl (la propriété exclusive est un vol). Sowohl unsere heutige Gesellschaftsordnung, wie die des Kommunismus mit der Gleichheit des Besitzes, sind falsch und widersprechen dem wahren Eigentum; die erste, indem sie die grösste Anzahl Menschen von der Befriedigung ihrer Bedürfnisse ausschliesst; die zweite, indem sie die Menschen durch Gleichmachung nicht gleicher Bedürfnisse vergewaltigt.

Op. Recherches philosophiques sur la propriété et sur le vol.

Brookfarm war der Sitz einer amerikanischen sogenannten Kommunistengemeinde, die 1841 auf Anregung des Dr. Channing gegründet wurde. Diese Gemeinde bildete eine innige Vereinigung von Personen aller Stände, von Geistlichen, Kaufleuten, Gelehrten, Handwerkern und Farmern. Sie besass ein eigenes Organ: „The Dial". Darin ist gesagt: „Die Gemeinde trachtet darnach, reich zu werden, aber nicht in weltlichen Gütern, sondern in Glück und Frieden der Seelen." Zuerst stand die Gemeinde im Gegensatz zu dem damals sich in Amerika ausbreitenden Fourierismus, im Januar 1844 verband sie sich aber mit demselben. Bald traten finanzielle Schwierigkeiten ein, welche 1847 zur Auflösung der Gemeinde führten.

Die Brookfarm-Gemeinde ist, obwohl sie nur klein war und zu keiner Zeit sich selbst erhalten hat, mehr bekannt geworden, als manche wichtigere Gemeinde. Der Grund dafür ist, dass eine Anzahl bedeutender Schriftsteller, Dana, Dwight, Ripley u. a., zu ihr gehörten, welche ihre Erfahrungen in zahlreichen Artikeln für die Belehrung der Mit- und Nachwelt niedergelegt haben. Thatsächlich haben die von ihnen gewonnenen Erfahrungen viel geringeren Wert als die von einfachen Bauern und Handwerkern gemachten, da auf Brookfarm produktive Arbeit nur in sehr geringem Masse getrieben wurde. Brookfarm war nicht der Sitz einer eigentlichen Gemeinde, sondern vielmehr der gemeinsame Haushalt einer Anzahl wie in einer Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht verbundener Personen, welche für eine engere Gemeinschaft schwärmten, sich aber doch nicht entschliessen wollten, alle Dinge gemeinsam zu halten und wirklich zu arbeiten. Aus der Geschichte von Brookfarm können deshalb durchaus keine praktischen Lehren gezogen werden. Die alten Mitglieder von Brookfarm versichern übrigens fast alle, dass sie die Zeit, die sie dort zugebracht haben, zu den schönsten Tagen und den angenehmsten Erinnerungen ihres Lebens zählen.

Die Litteratur über Brookfarm findet sich in dem Artikel „Kommunistische Experimente".

Brousse, Paul, geboren zu Montpellier, studierte Medizin zu Paris und promovirte als Doktor am 9. August 1867. In den Jahren 1870 bis 1871 hatte er in den Bureaux des Journals „Droits de l'homme" verkehrt und zu den Kosten desselben beigetragen. Als er 1871 wegen eines Pressvergehens zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, floh er nach Spanien, wo er den anarchistischen Sektionen bakunistischer Tendenz sich anschloss. Von Spanien wandte er sich nach der Schweiz, wo er mit Bakunin selbst in persönlichen Verkehr trat. Die Verbindung, die er früher mit Guesde (s. d.) gehabt hatte, hörte auf; Brousse vergrub sich immer mehr und mehr in den Anarchismus, redigierte anarchistische Broschüren und Journale, gründete anarchistische Sektionen in Italien und war einer der Leiter der Juraföderation. 1879 wurde er wegen Aufforderung zum Königsmord in der Schweiz zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüssung der Strafe verliess er die Schweiz und wandte sich nach London. Hier wurde er mit K. Marx und F. Engels bekannt und gab seine anarchistischen Ideen auf. Im Jahre 1880 kehrte er nach Frankreich zurück und trat in die Redaktion der „Egalité" und des „Prolétaire" ein. Sofort begann er in der Stille und in Verbindung mit Malon (s. d.) mit grosser Geschicklichkeit die Intrigue gegen Guesde. Es gelang ihm, diesen und seine Anhänger aus der Arbeiterpartei hinauszudrängen und damit den Zwiespalt in die socialistische Bewegung in Frankreich zu tragen. 1887 wurde er Mitglied des Pariser Municipalrates und ist jetzt einer der Leiter der possibilistischen Partei (siehe Frankreich).

Op. Le suffrage universel et le problème de la souveraineté du peuple, Genf, 1874; la crise, 1879.

Bruhns, Julius, geb. 15. Aug. 1860 zu Altona, besuchte die Volksschule daselbst, lernte als Cigarrenarbeiter, beteiligte sich an der socialistischen Bewegung, wurde 1881 auf Grund des Socialistengesetzes aus Hamburg-Altona ausgewiesen, ging nach Bremen, wurde dort 1888 Redacteur der „Volkszeitung". Als diese nach drei Monaten unterdrückt wurde, kehrte er zu seinem Beruf als Cigarrenarbeiter zurück, den er bald wieder mit dem des Redacteurs vertauschte. Bruhns vertrat Bremen im Reichstag von 1890 bis 1893; bei den Wahlen am 15. Juni 1893 ging sein Mandat der socialdemokratischen Partei verloren.

Buchez, Philippe-Joseph-Benjamin, geboren 31. März 1796 zu Matagne-la-Petite, gestorben zu Rodez 1865. — 1825 wurde er Doktor der Medizin. Er war einer der Gründer des französischen Carbonarismus und einer der mutigsten Führer desselben. In die Verschwörung von Belfort verwickelt, wurde er vor Gericht gestellt und entging nur durch eine ihm günstige Stimme der Todesstrafe. Er schloss sich darauf, wie Bazard der St. Simonistischen Schule an und war ein eifriger Mitarbeiter am „Producteur". Als dieselbe aber in die Hände Enfantins kam, zog er sich von ihr zurück und gründete mit Roux-Lavergne eine eigene, die sogenannte neokatholische Schule, in der er die katholische und revolutionäre Idee mit einander zu versöhnen und zu verbinden suchte. Zwecks Ausbildung und Verbreitung dieser Lehre, der er den Rest seines Lebens widmete, gründete er den „Européen", der von 1831 bis 1838 mit Unter-

brechungen bestand. An der Februarrevolution von 1848 nahm er als Gegner Louis Blancs teil. Präsident der Nationalversammlung, führte er den Vorsitz an dem denkwürdigen Tage des 15. Mai (siehe Frankreich). Nach dem Staatsstreich des 2. Dezember 1851 zog er sich ganz vom politischen Leben zurück und lebte in der Stille des Privatlebens nur seinem Studium. Ein Résumé seiner Ideen über die Organisation der Industrie findet sich im „Européen“ von 1835. Hier führt er etwa folgendes aus: Der Augenblick ist gekommen, in socialer Weise die Gebote der christlichen Moral zu realisieren. Alle ihre Gebote und Lehren müssen in sociale Einrichtungen umgesetzt werden, aber die kommunistische Reform soll sich ohne Gewalt und Beraubung allein durch die Association der Arbeiter vollziehen. In der Association haben die Arbeiter ein Mittel, sich die Arbeitsmittel, wie Rohstoffe und dergleichen, zu verschaffen und damit sich von der Herrschaft der Kapitalisten zu befreien. 1831 gelang es ihm, eine Association der Tischlergesellen zu gründen, deren Statut er entwarf: „Die Dauer der Gesellschaft, zu der ein jeder als Mitglied zugelassen werden kann, sofern er nur hinreichende moralische Garantieen bietet, ist unbegrenzt. Der Beitrag eines jeden Arbeiters besteht nur in seinen Arbeitswerkzeugen. Die exekutive Gewalt liegt in den Händen eines Komitees von 5 Mitgliedern, die jährlich von allen Mitgliedern gewählt werden. Sie bestimmen die Zahl der Arbeitsstunden und verteilen die Arbeit nach den Fähigkeiten der Einzelnen. 20 Prozent vom Reingewinn werden zum gesellschaftlichen Kapital geschlagen, das auf keine Weise durch die Mitglieder der Gesellschaft angetastet werden kann und auf das sie keinen individuellen Anspruch haben. Der Rest des Reingewinns nach Abzug des zur Unterstützung kranker Associierten erforderlichen Betrages wird unter alle associierten Mitglieder nach Zahl der Arbeitstage verteilt.“ — Unter Buchez Auspizien erschien noch das Journal „L'Atelier“, das nur von Arbeitern redigiert wurde (siehe Produktivgenossenschaften). Vergl. Ott: „Traité de politique et de science sociale“, Paris 1866 (s. Christlicher Socialismus in Frankreich).

Op. Essai d'un traité complet de philosophie, 3 vol., 1839—40; Histoire parlementaire de la Révolution française 1833—38, 2e c éd., vol. 1 bis 6, 1845—47, und andere geschichtliche Werke.

Büchner, Georg, geb. am 17. Oktober 1813 zu Goddelau, einem Dorfe bei Darmstadt, studierte auf den Universitäten Strassburg und, seit Herbst 1833, in Giessen Naturwissenschaften und Medizin. In Giessen schloss er sich der revolutionären geheimen Partei an, deren Haupt der Pfarrer Weidig war. Doch geriet er bald in Gegensatz zu demselben, da er zu der Ansicht gelangte, dass eine rein politische Umwälzung weder Aussicht auf Erfolg noch Zweck habe. Er sprach 1834 schon aus, was Marx zehn Jahre später in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“ entwickelte, dass eine politische Revolution ohne die sociale in Deutschland unmöglich sei. Für die Verbreitung seiner Ideen gründete er in Giessen die „Gesellschaft der Menschenrechte“ und verfasste ein überaus merkwürdiges, an die Bauern gerichtetes Flugblatt, den „Hessischen Landboten“. Um zu erreichen, dass dasselbe in der geheimen Druckerei der revolutionären

Partei vervielfältigt werde, musste er dem Pfarrer Weidig gestatten, Aenderungen an dem Manuskript vorzunehmen. Das that dieser denn auch in ausgedehntem Masse — insbesondere ersetzte er den Ausdruck „die Reichen“ überall durch die „Vornehmen“ und verquickte den Text mit zahlreichen Citaten aus der Bibel —, so dass Büchner das so veränderte Flugblatt gar nicht mehr als sein Werk anerkennen wollte. Der „Hessische Landbote“ wurde in Offenbach gedruckt, in kleineren Partien abgeholt und von den Anhängern Büchners verbreitet. Eine Denunziation führte die Verhaftung einiger Freunde Büchners und die Beschlagnahme eines Teiles der Auflage herbei, ihm selbst zog sie eine Haussuchung zu, bei der aber nichts gefunden wurde.

Im nächsten Jahre ging er nach Darmstadt, wo er seine Agitation fortsetzte. Der ihm bevorstehenden Verhaftung entzog er sich durch seine Flucht nach Strassburg, wo er sich wissenschaftlichen Arbeiten, besonders auf dem Gebiete der Anatomie und der Philosophie, rastlos hingab. In dieser Zeit erschien auch sein schon früher verfasstes Drama „Dantons Tod“. Im Oktober 1836 liess er sich an der Universität zu Zürich als Privatdocent nieder, er starb aber bereits am 19. Februar 1837.

Der „Hessische Landbote“ ist seines Inhalts und seiner Form wegen von grossem Interesse. Er wendet sich an die armen hessischen Bauern; er will ihnen „vorrechnen, dass sie einem Staate angehören, dessen Lasten sie grösstenteils tragen müssen, während andere den Vorteil davon beziehen“. In krassester Form ist die Idee des Klassenkampfes ausgesprochen; eine gerechtere Verteilung des Reichtums wird verlangt, die Idee einer kollektivistischen Produktionsweise aber ist Büchner fremd. Der „Hessische Landbote“ beginnt:

„Friede den Hütten! Krieg den Palästen!

„Im Jahre 1834 sieht es aus, als würde die Bibel Lügen gestraft. Es sieht aus, als hätte Gott die Bauern und Handwerker am fünften Tage und die Fürsten und Vornehmen am sechsten gemacht, und als hätte der Herr zu diesen gesagt: ‚Herrschet über alles Getier, das auf Erden kriecht‘, und hätte die Bauern und Bürger zum Gewürm gezählt. Das Leben der Vornehmen ist ein langer Sonntag, sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen zierliche Kleider, sie haben feiste Gesichter und reden eine eigene Sprache; das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker. Der Bauer geht hinter dem Pflug, der Vornehme aber geht hinter ihm und dem Pflug und treibt ihn mit dem Ochsen am Pflug; er nimmt das Korn und lässt ihm die Stoppeln. Das Leben des Bauern ist ein langer Werktag; Fremde verzehren seine Aecker vor seinen Augen; sein Leib ist eine Schwiele; sein Schweiss ist das Salz auf dem Tische des Vornehmen.“ Darauf werden die staatlichen Verhältnisse einer strengen Kritik unterworfen und die Bauern aufgefordert, sich einer Erhebung anzuschliessen, wenn das Zeichen dazu gegeben wird, und sich die Freiheit zu erkämpfen.

Buonarroti, Michel, geboren am 11. Dezember 1761 zu Pisa, gestorben zu Paris 1837. Wegen seiner revolutionären Gesinnung vom Hofe des Grossherzogs von Toscana flüchtig, veröffentlichte er in Corsica den „Ami de la liberté italienne“. 1792 kam er nach Paris, machte sich dort bald durch

die Exaltation seiner republikanischen Gesinnungen bemerkbar und erhielt den Ehrentitel „Citoyen français“. Unter dem Direktorium beteiligte er sich an der Verschwörung Babeufs und wurde vom Gerichtshof zur Deportation verurteilt. Nachdem er eine Zeit lang in Cherbourg und Ile d'Oléron gefangen gehalten worden war, zog er sich nach Genf zurück, wo er von Mathematikstunden lebte. Die Ereignisse von 1815 zwangen ihn, in Brüssel ein Asyl zu suchen, wo er 1828 die „Geschichte der Babouvistischen Verschwörung“ erscheinen liess, und erst 1830 kehrte er nach Frankreich zurück. Hier übte er auf die geheimen republikanischen Verbindungen unter Louis-Philipp einen ungeheuren Einfluss teils durch seine Person, teils durch sein Buch aus. Es gelang ihm, eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten für den Kommunismus zu gewinnen oder ihre Ideen damit zu tränken: Barbès, Blanqui, Charles Teste, Voyer d'Argenson, Martin Bernard, Caussidièrs, Meillard, Nettré u. s. f.

Op. Histoire de la conspiration pour l'égalité, dite de Babeuf, suivie du procès auquel elle donna lieu et des pièces justificatives, Brüssel 1828. 2 vol.

Buret, Eugen, geboren 1811 zu Troyes als Sohn eines armen Krämers, der seinen letzten Sou aufwandte, um seinem Sohne Unterricht zu verschaffen. Der junge Buret stürzte sich mit einem glühenden Eifer auf die Wissenschaft und starb schon 1842 infolge des Uebermasses geistiger Arbeit zu Saint-Leu-Taverny. Von 1836 an lieferte er für den „L'ouvrier français“ eine Reihe von Artikeln über politische Oekonomie, die durch Glätte des Stils und Gedankenreichtum grosses Aufsehen erregten. Mit seinem Hauptmerk „De la misère des classes laborieuses en Angleterre et en France“, Paris 1840, errang er den Preis der Akademie der Moralwissenschaften. Hier erscheint er als ein beredter Anwalt der Arbeiterassociation, in der er das ökonomische Heilmittel erblickt. Zu dem Zwecke will er die ganze Industrie bestimmten Syndikalkammern unterstellen, die den Arbeitslohn feststellen, Verträge zwischen Arbeitern und Meistern regeln, die Unterstützungsfonds verwalten und Streitigkeiten zwischen Meistern und Arbeitern entscheiden sollen. Jeder Kanton hat eine Arbeiterkammer, jede Kammer wählt einen Abgeordneten, die zusammen eine Central-Versammlung bilden. — Aus dem Rechte zu leben folgert er das Recht des Arbeiters auf sein Produkt und darauf, das Eigentum an den Arbeitsmitteln zu besitzen. Um diesen Zustand zu erreichen, soll Uebertragung von Eigentum durch Testament ganz verboten werden, und nur Erbgang in direkter Linie gestattet sein, in dieser aber so beschränkt werden, dass die Gesellschaft als Kind einen Kindesteil der Erbschaft erhält. Die sich so anhäufenden Kapitalien werden von der Gesellschaft den Arbeiterassociationen zur Benutzung überlassen.

Op. De la misère des classes laborieuses en Angleterre et en France, Paris 1840.

Bürkli, Karl, geboren am 30. Juli 1823 zu Zürich, erhielt seine Erziehung auf der städtischen Schule daselbst, worauf er das Handwerk eines Lohgerbers erlernte. Als junger Mann wurde er schon 1845 in Paris durch die Schriften Fouriers für die Ideen des Socialismus gewonnen.

Er gründete in Zürich den ersten Konsumverein der deutschen Schweiz. Im November 1851 schickten ihn seine Mitbürger auf Grund eines socialdemokratischen Programms, in welchem zum erstenmal in der Schweiz die Forderung der direkten Gesetzgebung aufgestellt wurde, in den Grossen Rat seines Kantons. Seit dieser Zeit hat er im öffentlichen Leben der Schweiz eine herrorragende Rolle gespielt. Zur Zeit gehört er dem Grossen Rat der Stadt Zürich und dem Kantonsrat an.

Dem Socialismus, dem er sich als Jüngling angeschlossen hat, ist Bürkli sein Leben lang treu geblieben. Als siebzigjähriger Greis eröffnete er am 6. August 1893 mit einer Inaugural-Adresse in deutscher, englischer und französischer Sprache den internationalen socialistischen Arbeiter-Kongress in Zürich.

Bürkli hat eine Reihe von historischen und volkswirtschaftlichen Abhandlungen verfasst, von denen wir erwähnen: Bank- und Handelsreform, 1851. Direkte Gesetzgebung durch das Volk, 1869. Demokratische Bankreform, 1881. Der wahre Winkelried; die Taktik der alten Urschweizer, 1886. Meine Proporz-Perle vor dem Zürcher Kantonsrat; eine Rede über die Proportional-Vertretung, wie die Socialdemokraten sie wollen, 1891. Der Ursprung der Eidgenossenschaft aus der Markgenossenschaft, 1891.

Burns, John, geboren im November 1858 in Battersea, London, wurde nach einer harten Kindheit Lehrling in einer Maschinenfabrik. 1875 bereits trat er an die Oeffentlichkeit. Er ist heute der hervorragendste Leiter der englischen Arbeiterbewegung. Lange Zeit gehörte er der „Social-Democratic Federation“ an. Er trat aus, um grössere Bewegungsfreiheit zu haben; in allen principiellen Punkten stimmte er mit dem Programm dieser Vereinigung überein. 1885 liess er sich in Nottingham als socialistischen Parlamentskandidaten aufstellen. 1886 wurde er wegen Aufruhrs angeklagt, aber freigesprochen. Wegen seiner Teilnahme an den Trafalgarsquare-Unruhen im folgenden Jahre musste er eine längere Gefängnisstrafe verbüssen. Im Januar 1889 wurde er in Battersea, einem dichtbevölkerten Stadtteil, in das London County Council gewählt. Beim grossen Dockerstreik 1889 zeigte er sich als bedeutender Organisator. Seit dieser Zeit wird er von allen Parteien als eine der wichtigsten Personen im öffentlichen Leben Englands anerkannt. 1892 wurde er in Battersea durch die vereinigten Stimmen der Socialdemokraten und Liberalen mit überwiegender Majorität ins Parlament gewählt. Vom einfachen Maschinenbauer hat er sich durch sein energisches Eintreten für die Arbeiterinteressen, seine Uneigennützigkeit und seine glänzenden persönlichen Eigenschaften, insbesondere durch sein Organisationstalent und seine packende Beredsamkeit zu seiner jetzigen Stellung emporgeschwungen.

Cabet, Etienne, geb. zu Dijon 2. Januar 1788, gest. 8. November 1856 zu St. Louis. Er genoss eine gute Erziehung und widmete sich in seinem Geburtsorte dem Advokatenberufe. Durch den Prozess eines Generals Veaux, der, der Verschwörung gegen die Bourbonen angeklagt, von ihm mit grosser Leidenschaft erfolgreich verteidigt wurde, sah

er sich veranlasst, nach Paris überzusiedeln, wo es ihm indes nicht gelang, sich einen Namen unter den Advokaten der Hauptstadt zu machen. Zur Zeit der Revolution von 1830 zählte er nur zu den Grössen zweiter Ordnung der liberalen Opposition. Seine Sittenstrenge und Ausdauer hatten ihn aber doch soweit bekannt gemacht, dass er von dem damaligen Justizminister Dupont de l'Eure zum Generalprokurator von Corsica ernannt wurde, ein Posten, dessen er nach kurzer Zeit infolge repuplikanischer Aeusserungen wieder verlustig ging. Zum Deputierten für Dijon gewählt, nahm er seinen Sitz in der Kammer als der unversöhnliche Feind der Regierung ein, die er nicht nur in Reden, sondern auch in einer Unzahl von Pamphleten und einem ultra-demokratischen Journal „Le Populaire“ angriff. Wegen Majestätsbeleidigung angeklagt und verurteilt, sah er sich gezwungen, nach England zu fliehen. Hier entwickelten sich unter dem Einfluss der Utopie von Thomas Morus und ähnlicher Schriften seine kommunistischen Ideen, denen er bis zu seinem Tode treu blieb. 1839 machte er von der Amnestie Gebrauch und kehrte nach Paris zurück. März 1842 erschien unter dem Titel „Voyage en Icarie“ (s. d.) sein berühmter Roman. Vorher schon hatte er den „Populaire“ wieder aufgenommen und liess ausserdem den „Ikarischen Almanach“ erscheinen. Durch eine rege Agitation gelang es ihm, eine grosse Anzahl begeisterter Anhänger um sich zu sammeln, Geldmittel flossen ihm reichlich zu, so dass er im Stande war, an eine Realisierung seiner Utopie zu denken. Er kehrte nach London zurück und erwarb ein grosses Territorium Brachland an den Ufern des roten Flusses in Texas. Am 2. Februar 1848 fand der erste Abzug von 69 Ikariern statt: sie büssten ihre gesamte Habe ein und erfüllten alle Welt mit den Klagen über das Elend und die Leiden, die sie zu erdulden hatten. Cabet, der unter dem Verdacht der Betrügerei arretiert, später aber wieder in Freiheit gesetzt worden war, folgte dem zweiten Truppe seiner Adepten am 15. Dezember 1848. 1849 finden wir ihn mit 480 Ikariern und 86,000 Fr. in New-Orleans. Da es unthunlich war, nach Texas zurückzukehren, so hielten sie sich einige Monate in New-Orleans auf. Die Unthätigkeit liess alle Hoffnungen schwinden; die Gemeinde teilte sich in zwei Lager, von denen die einen den Bund auflösen, die anderen ihn an einer günstigeren Stelle fortsetzen wollten. Die Minderheit zerstreute sich und kehrte zum Teil nach Frankreich zurück, während der Rest, zirka 280 Seelen, ein von den Mormonen verlassenes Dorf Nauvoo im Mai 1850 in Besitz nahm. Cabet war unterdessen in Paris wegen Betrügerei zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden und die Nachricht davon war auch zu den Ikariern gedrungen. Ende 1849 kehrte Cabet deshalb nach Paris zurück und veröffentlichte hier eine Rechtfertigung seines Treibens. Am 23. Juli 1851 erschien er vor dem Appellgerichtshof und verteidigte in einer vierstündigen Rede seine Unschuld. Den 26. Juli wurde er durch Urteilsspruch in Freiheit gesetzt; er hatte also über seine Gegner den Sieg davongetragen. Sofort kehrte er nach Nauvoo zurück. Die Kolonie hatte sich seit dem Jahre ihrer Gründung vergrössert und in Jowa Ländereien erworben; ihre Mitgliederzahl hatte sich auf 500 gehoben. Bald genug aber brachen Streitig-

keiten aus, besonders durch Cabets Autoritätssucht und Unterdrückung jeder anderen Meinung hervorgerufen, die schliesslich zur Trennung führten. Cabet verliess mit 200 seiner Anhänger Nauvoo und starb plötzlich zu St. Louis am 8. November 1856.

Ikarien: Der Teil der Cabet treu gebliebenen Anhänger, siedelte sich in Cheltenham bei St. Louis an; eine kurze Zeit der Blüte folgte, aber schon im Mai 1859 begann ein Streit über die politische und sociale Einrichtung der Kolonie unter den Kolonisten, die zu einer Trennung und dem Abzug der fähigsten Männer führte. 1864 löste sich dann auch der Rest der Gesellschaft (8 Bürger, 7 Bürgerinnen und einige Kinder) auf.

Die Kolonie von Nauvoo fuhr fort zu existieren, trotz der Feindseligkeiten, die ihnen von den in ihren Mitteln nicht gerade wählerischen Cabetianern erwiesen worden. 1. Januar 1857 bestand sie aus 239 Mitgliedern, von denen 18 in Jowa ansässig waren. Finanzielle Schwierigkeiten, zum Teil durch die Depression des Jahres 1857 verstärkt, veranlassten sie, Nauvoo aufzugeben und nach Jowa überzusiedeln. 1863 war ihre Anzahl auf 35 herabgesunken; doch günstigere Zeiten kamen und 1868 war die Gemeinde wieder auf 70 Mitglieder angewachsen. Die finanziellen Verhältnisse hatten sich gebessert, ihr Landbesitz hatte sich vergrössert, eine Sägemühle mit Dampfkraft war im Betrieb — kurz das Schwerste schien überwunden und eine Periode des Glückes für die in Leiden bewährten Ikarier zu nahen. Aber ein neues Geschlecht war herangewachsen, das, durch die socialistischen Bewegungen der siebziger Jahre begünstigt, eine lebhaftere Propaganda wünschte und in ökonomischer Hinsicht Anwendung der fortgeschrittenen Methoden auf den Ackerbau und Aenderungen in der Geschäftsführung verlangte. Nach langen Kämpfen führte der Zwiespalt der Meinungen endlich zur Trennung der Kolonie. Der ältere konservative Teil wurde zur Auswanderung gewungen und siedelte auf dem östlichen Teile der Domäne sich von neuem als „The New Icarian community“ 1878 an, wo er von Shaw 1883 besucht wurde. Der andere Teil schien, von der konservativen Vorsicht der Alten befreit, ein neues rühriges und erfolgreiches Leben zu beginnen. Aber als der erste Rausch der Begeisterung verflogen, da war auch die grösste Zahl der Neuankömmlinge wieder gegangen, ein Teil nach Florida, ein anderer nach Kalifornien. Der letzteren enthusiastische Schilderungen veranlassten die Zurückgebliebenen, die Ansiedelung in Jowa aufzugeben und nach Cloverdalé, Bluxome rancho überzusiedeln. Icaria-Speranza-Community ist der hoffnungsvolle Name dieser neuen Ikarischen Gemeinde von etwa 52 Mitgliedern.

Op. Histoire populaire de la Révolution française de 1789—1830, 4 vol., 1840. Voyage en Icarie, 1842. Le vrai Christianisme suivant Jésus-Christ, 1846. Almanach Icarien 1844, 45. Eine grosse Anzahl von Broschüren und Zeitschriften, besonders die Kolonie Icarien und seine Prozesse betreffend.

Calvinhac, Louis-Gustave-François, geb. 24. Juni 1849 zu Montauban, studierte die Rechte zu Paris und nahm als Schriftsteller und Redner einen lebhaften Anteil an der socialistischen Bewegung, besonders seit

1871. Er wurde im Jahre 1876 zum Municipalrat in Paris ernannt, seine Wahl aber bald nachher kassiert, weil er den vom Gesetz hinsichtlich des Domicils geforderten Bedingungen nicht entsprach. Er nahm daher seinen dauernden Wohnsitz zu Toulouse und wurde hier Municipalrat als Vertreter der radikal-socialistischen Partei. 1887 zum Deputierten gewählt, schloss er sich der Gruppe der socialistischen Deputierten an.

Camélinat, Zéphirin, geb. zu Mailly-la-Ville (Yonne) 14. September 1840. Er war eine Zeit lang Bronzemonteur und nahm als solcher an der Internationale und der Gründung einer Syndikalkammer der Bronzearbeiter teil. Unter dem Kaiserreich wurde er wegen Angehörigkeit zur Internationalen zu Gefängnis verurteilt. Während der Belagerung 1870 diente er als Fahnenträger im 200. Bataillon der Nationalgarde und war während der Commune Direktor der Münze, die er so arm verliess, als er sie betreten hatte. Nach der Niederlage der Commune sah er sich gezwungen, nach England zu flüchten, von wo er 1880 nach Paris zurückkehrte. 18. Oktober 1885 wurde er zum Deputierten gewählt und dankte seinen Wählern in einem Brief: „Alter Soldat der Internationale," so schrieb er, „werde ich mich bemühen, in der Kammer der Mann meiner Vergangenheit zu sein, Kommunalist und Socialist." 1887 schloss er sich der Gruppe der socialistischen Deputierten an. In seiner Eigenschaft als Deputierter ist er in einer Reihe von Strikes, wie dem von Décazeville, Vierzon, als Leiter und Organisator thätig gewesen.

Campanella, Thomas, geb. 1568 zu Stilo in Calabrien, gest. zu Paris 1639. Im 14. Lebensjahre trat er in den Dominikanerorden ein und hatte in kurzer Zeit von unersättlichem Wissensdurst getrieben die scholastische Philosophie verschlungen, ohne jedoch von ihr befriedigt zu sein. Von den eifersüchtigen Mönchen seines Ordens verfolgt, verliess er Neapel und durchzog ganz Italien, mit den besten Männern seiner Zeit verkehrend. Nach Stilo zurückgekehrt stellte er sich an die Spitze einer Verschwörung, deren Ziel die Vertreibung der Spanier aus Neapel und die Aufrichtung einer kommunistischen Republik sein sollte. Er hatte 300 neapolitanische Mönche für den Kommunismus gewonnen und eine grosse Zahl von Zweigverschwörungen in Stilo, Pizzoli, Catanzero, Nicastro, Gerare, Melito, Oppido gegründet. Durch einen Verräter von dem Ziel der Verschwörung benachrichtigt, verhaftete der spanische Vicekönig, Graf von Lemos, die Verschworenen und verurteilte sie ohne Mitleid. Campanella wurde öfters, doch ohne Erfolg, gefoltert. Erst nach siebenundzwanzigjähriger Kerkerhaft wurde er auf Bitten des Papstes Urban VIII. in Freiheit gesetzt. In dieser Zeit verfasste er seine Hauptwerke: „Atheismus triumphatus"; „Realis philosophiae epilogisticae partes IV", Frankfurt 1623, denen als ein Appendix die „Civitas Solis" (Sonnenstaat) beigegeben ist; „Apologia pro Galilaeo" u. s. w. In Rom wurde er vom Papst Urban VIII. freundlich aufgenommen, aber seine nie rastenden Feinde vertrieben ihn auch von hier. Er floh nach Frankreich, wo er durch Richelieu ein Unterkommen fand und eine Rente von 3000 Livres erhielt.

Der Sonnenstaat Campanellas ist ausgezeichnet durch die streng hierarchische Stufung der Aemter und Einrichtung der ganzen Verfassung.

An der Spitze steht der Sol (Sonne) oder Metaphysiker, zugleich das priesterliche Oberhaupt, der alle anderen an allseitigem Wissen übertreffen muss. Ihm zur Seite steht ein Triumvirat Pon, Sin und Mor, von denen jeder ein grosses Hauptgebiet des menschlichen Lebens als oberster Leiter verwaltet. Pon (potentia) = Gewalt regelt das gesamte Kriegswesen; Sin (sapientia) = Weisheit hat die Fürsorge für die liberalen und mechanischen Künste und Wissenschaften; Mor (amor) = Liebe regelt die Verhältnisse der Geschlechter, damit die Männer mit den Weibern so verbunden werden, wie sie die beste Nachkommenschaft erzeugen müssen, ausserdem sorgt dieser aber noch für alles, was zum Lebensunterhalt und zur Kleidung gehört. Alles ist den Bewohnern des Sonnenstaates gemeinsam, aber die Verteilung der Produkte wird von den Beamten besorgt. „Die Wissenschaften aber, die Ehren und Vergnügungen sind ihnen so gemeinsam, dass keiner sich irgend etwas aneignen kann. Sie sagen aber, dass alles Eigentum nur deshalb geschaffen wäre und begünstigt würde, damit ein jeder ein eigenes Haus, ein eigenes Weib und eigene Kinder habe. Daraus entstehe aber die Eigenliebe; denn auf dass er seinen Sohn zu Reichtümern und Würden erhebe und als Erben grosser Güter hinterlasse, werde ein jeder entweder Räuber öffentlicher Güter, wenn er durch die Macht seines Reichtums und seines Geschlechts über die Furcht hinaus ist, oder ein Geizhals, Hinterlistiger und Heuchler, wenn er schwach an Kräften, Reichtum und Geschlecht ist. Wenn man aber die Eigenliebe verloren habe, dann bleibe nur die Liebe zur Gemeinschaft über.“ Das zum Leben Notwendige erhält ein jeder. Da alle, auch die Frauen, an der Produktion beteiligt sind, so genügt eine Arbeitszeit von kaum vier Stunden, um die Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen; den Rest des Tages kann jeder nach seinem Gefallen verbringen. Campanella glaubt, dass die Arbeit durch die Entwicklung der Wissenschaft sehr erleichtert werden könne. Auf Handel wird im Sonnenstaat wenig Wert gelegt; doch kennt man den Wert des Geldes und prägt Münzen zum Gebrauch der Gesandten und Kundschafter, damit diese sich ihren Lebensunterhalt damit verschaffen können. Die Sonnenstädter stehen auch in Handelsverkehr mit ihren Nachbarn; sie nehmen aber im Austausch nur Waren, kein Geld an. — Die grösste Aufmerksamkeit wird der Erzeugung und Erziehung der Kinder gewidmet. Es ist sehr thöricht von den Menschen, auf die Erzeugung der Hunde und Pferde Studium und Sorgfalt zu verwenden, auf die Fortpflanzung und Veredlung ihres eigenen Geschlechtes aber nicht. Deshalb ist im Sonnenstaat der Geschlechtsverkehr auf das sorgfältigste geregelt. Campanella gibt eine Unzahl bis ins einzelne gehender Regeln für die Paarung der Geschlechter, damit eine möglichste Vervollkommnung der Menschheit erzielt wird. — Die Erziehung der beiden Geschlechter ist gemeinsam. Spielend erwerben die Kinder die elementaren Kenntnisse mit Hülfe von Bildern, die auf den grossen Umfassungsmauern der Stadt, ein ungeheurer Orbis pictus, dargestellt sind und auf alle Zweige menschlichen Wissens, Mathematik, Botanik, Zoologie, mechanische Künste u. s. f. Bezug haben. Der Körper wird durch Gymnastik ausgebildet; daneben geht die technische Unterweisung des Kindes in

sämtlichen Werkstätten der Stadt her. Nach dem siebenten Jahre lernen sie die Mathematik und Naturwissenschaften, ausserdem Ackerbau und Viehzucht. Nicht so viel Wert wird auf das Studium der Grammatik und Sprachen gelegt, da dies die Gefahr in sich schliesst, den Menschen träge zu machen, seinen Geist von der Betrachtung der Dinge abzulenken und ihn nur mit Worten und toten Zeichen anzufüllen. Denn gerade der Anschauung, des unmittelbaren Verkehrs und der Berührung mit den existierenden Dingen wegen wird das Kind aus der Stadt hinausgeführt, um die Tiere zu jagen, Steine und Pflanzen zu sammeln, Ackerbau und Viehzucht zu treiben. Nach Erreichung des 12. Jahres werden Knaben wie Mädchen im militärischen Gebrauch der Waffen geübt; letztere werden soweit ausgebildet, dass sie in den Zeiten der Not an der Verteidigung des Staates teilnehmen können. — Die Religion des Sonnenstaates ist ein philosophischer Theismus; Jesus und die Apostel haben nur einen Ehrenplatz unter den Wohlthätern der Menschheit.

Op. Realis philosophiae epilogisticae, partes IV, worin als Appendix die „Civitas solis".

Campbell, W. H. P., hervorragend thätiges Mitglied der „Christian Socialist Society" und mehrere Jahre Herausgeber der Monatsschrift „The Christian Socialist". Siehe den Artikel „Christlicher Socialismus in England."

Chabert, Charles-Edme, geb. zu Paris 13. Dezember 1818. Seinem Beruf nach Graveur, hat er sehr früh angefangen, sich mit socialen Fragen zu beschäftigen. Er nahm lebhaften Anteil an der socialistischen Bewegung in den letzten Jahren des Kaiserreichs und war einer der thätigsten Organisatoren der Internationale. Während der Commune hat er keine bedeutendere Rolle gespielt. Nach den Ereignissen von 1871 half er bei der Wiederherstellung der Syndikalkammern der Arbeiter. Präsident des ersten Arbeiterkongresses in Paris 1876, ist er seitdem auf fast allen Arbeiterkongressen als Deputierter anwesend gewesen und hat in ganz Frankreich Arbeitervereine gegründet. Im Mai 1884 wurde Chabert zum Mitglied des Municipalrats von Paris erwählt. Hier verlangte er den integralen Unterricht für Kinder beiderlei Geschlechts, Einrichtung von Municipalwerkstätten, Unterstützung feiernder Arbeiter durch Geld und Naturalbeiträge und dergleichen. Am 8. Mai 1887 wurde er wieder gewählt. Er war einer der Gründer des socialistischen Journals „Prolétariat".

Chalain, Louis, geboren 10. Januar 1845 zu Plessis-Dorin. Ein Anhänger der Internationale verlas er im dritten Prozess gegen dieselbe unter dem Kaiserreich die allgemeine Verteidigungsrede, die von Theisz und Avrial ausgearbeitet war und mit Unrecht ihm zugeschrieben wurde. Er gewann dadurch eine gewisse Berühmtheit, infolge deren er auch zum Mitglied der Commune erwählt wurde. Im Bewusstsein seiner vollendeten Unfähigkeit, bewahrte er in allen Sitzungen vollständiges Stillschweigen. Nach den Maitagen von 1871 gelang es ihm, nach Oesterreich zu entkommen.

Op. De l'influence des monopoles en France sur l'intérêt des capitaux et le taux des salaires, Paris 1885.

Champion, H. H., früher Mitglied der Social-democratic Federation in England. Seit seinem Ausschluss aus dieser Vereinigung betreibt er selbständig seine Agitation, insbesondere für Erreichung des „Achtstundentages“. Längere Zeit gab er eine Wochenschrift „The Labour Elector“ heraus, die jetzt eingegangen ist. Champion ist ein gewandter Agitator, hat aber seinen Einfluss auf die Londoner Arbeiter ziemlich verloren.

Chartistenbewegung. Die Parlamentsreform von 1832 hatte den Arbeitern das Stimmrecht nicht gegeben. Die Früchte der Agitation, welche in erster Linie dadurch, dass die Arbeiterschaft eine drohende Haltung angenommen, einen Erfolg hatte, waren der Bourgeoisie zugefallen. In kurzer Zeit sahen die Arbeiter ein, dass sie von dem neuen Parlament noch weniger als von dem alten eine Wahrnehmung ihrer Interessen, insbesondere eine Ausdehnung und strenge Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung, zu erwarten hätten. Ihre Unzufriedenheit wurde vermehrt durch die 1834 erfolgte Abschaffung des alten, aus der Zeit Elisabeths stammenden Armengesetzes, nach dem die einzelnen Kirchspiele, wenn der Lohn eines Arbeiters unter ein gewisses Minimum gefallen war, zur Zulage der Differenz verpflichtet waren. Wenn das alte Armengesetz auch viele Misstände hervorgerufen hatte, wenn es auch die Ursache gewesen war, dass der Arbeitslohn auf eine nominelle Grösse herabgedrückt war, so hatte die Aufhebung desselben doch für die Uebergangszeit die Sache viel schlechter gemacht. Von dem damals in weiten Schichten der Arbeiter herrschenden Elend werden fast unglaubliche Berichte überliefert. Carlyle erzählt, dass Eltern ihre mit einer geringen Summe versicherten Kinder getötet haben, um mit der Versicherungssumme ihr eigenes Leben fristen zu können.

Dies waren die Verhältnisse, aus denen der Chartismus entstand. Veranlassung zum Zusammenschluss der im ganzen Lande vorhandenen unzufriedenen Elemente wurde die im ersten Parlament, das nach dem Regierungsantritt der Königin Viktoria tagte, von Lord John Russel abgegebene Erklärung, dass mit dem Gesetz von 1832 die Parlamentsreform definitiv abgeschlossen sei. Für ein von den Radikalen eingebrachtes Amendement zur Adresse an die Königin, durch das dieselben eine Ausdehnung des Wahlrechts empfahlen, wurden nur 22 Stimmen abgegeben.

Unmittelbar darauf vereinigten sich verschiedene radikale Parlamentsmitglieder mit Londoner Arbeiterführern, die der dort vor einigen Jahren gegründeten „Arbeitervereinigung“ angehörten, zu einer Konferenz, um ein gemeinsames Arbeitsprogramm zu entwerfen.

In diesem Programm wurden folgende „sechs Forderungen“ aufgestellt:

1. Allgemeines Stimmrecht für jeden mündigen Mann. (Die im ersten Entwurf enthaltene Forderung des Frauenstimmrechts liess man fallen.)
2. Jährlich zu erneuernde Parlamente.
3. Geheime Stimmabgabe.
4. Abschaffung der Vermögensqualifikation für Parlamentskandidaten.
5. Diäten für die Mitglieder.
6. Gleichmässige Wahlbezirke.

In einer von der „Arbeitervereinigung“ einberufenen öffentlichen Volksversammlung übergab O'Connell, der einflussreichste unter den radikalen Abgeordneten, dem Sekretär derselben dieses Programm mit den Worten: „Hier, Lowell, ist eine Charte, agitiert dafür und seid niemals mit geringerem zufrieden.“ So entstand der Name „The People's Charter.“

Dieses Programm ist rein politisch; es enthält die alten Forderungen der radikalen Partei, Forderungen, welche heute teils verwirklicht, teils der Verwirklichung nahe sind. Es wurde zur Fahne, um welche sich alle Unzufriedenen im Lande scharten. Alle erwarteten, dass ein nach den Grundsätzen der Charte konstituiertes Parlament die Erfüllung ihrer Wünsche bringen würde. Die Mehrzahl der Chartisten betrachtete selbst die verlangte Verfassungsänderung nur als Uebergangsmittel zur demokratischen Republik. Von Anfang an bestand auch eine Partei, welche eine Umwälzung der Wirtschaftsordnung als ihr Ziel betrachtete. Schon auf der Mitgliedskarte der Londoner „Arbeitervereinigung“ lesen wir die bezeichnenden Worte: „Der Mann, der seinen Anteil an produktiver Arbeit nicht leistet, vermindert das Volksvermögen und bürdet seinen Mitbürgern die Kosten seiner Erhaltung auf.“ Den Charakter einer socialen Bewegung nahm die Agitation in gewissen Kreisen mehr und mehr an, wenn dies auch nicht durch eine Veränderung des Programmes zum Ausdruck kann. So erklärte der methodistische Geistliche Stephens in einer Versammlung von 200,000 Menschen auf Kersall-Moor bei Manchester: „Der Chartismus, meine Freunde, ist keine politische Frage, wobei es sich darum handelt, dass ihr das Wahlrecht bekommt; sondern der Chartismus, das ist eine Messer- und Gabelfrage, die Charte, das heisst gute Wohnung, gutes Essen und Trinken, gutes Auskommen und kurze Arbeitszeit.“ Trotzdem verschmolz die socialistische Bewegung nicht mit der chartistischen. Die Socialisten glaubten nicht daran, durch politische Veränderungen die Verwirklichung ihrer Pläne erreichen zu können, wenn sie auch nicht alle der Politik so teilnahmslos gegenüberstanden wie Robert Owen selbst. Sie trugen sich mit dem Gedanken, kommunistische Gemeinden zu gründen, deren leuchtendes Vorbild überall zur Nachahmung führen sollte, und suchten die Mittel für solche Gründungen auf genossenschaftlichem Wege aufzubringen. Die socialistische Bewegung rekrutierte sich allerdings mehr und mehr aus den Kreisen der Arbeiter und zwar der bestsituierten und gebildetsten, sie trug aber keinen proletarischen Charakter. Mehr und mehr gehen im Laufe der Zeit die beiden Bewegungen in einander über, in der letzten Periode sind die Führer der Chartisten fast ohne Ausnahme von socialistischen Ideen erfüllt.

In der ersten Zeit aber ging die radikale Bourgeoisie Hand in Hand mit den Arbeitern. So erklärte die einflussreiche „Birmingham Political Union“, an deren Spitze der Fabrikant Thomas Attwood stand, das Chartisten-Programm zu dem ihrigen.

Unter den Chartisten bildeten sich bald zwei Parteien, die einen glaubten durch die moralische Macht der öffentlichen Meinung ihre Forderungen durchsetzen zu können, die anderen sprachen offen von der Notwendigkeit, physische Gewalt anzuwenden. Die letztere Partei gewann

immer mehr die Oberhand. Immer heftiger wurden die Reden in den grossen Volksversammlungen, zu denen die Chartisten sich vor den Thoren der Städte versammelten. Wenn sie von der Arbeit kamen, schlossen sie sich zu langen Zügen zusammen und marschierten unter Vorantragung von Bannern und drohenden Inschriften durch die Hauptstrassen der Stadt, vor den Häusern ihrer Führer in lauten Beifall, vor denen ihrer Gegner in Drohungen und Verwünschungen ausbrechend. Viele glaubten, dass England am Vorabend eines Bürgerkrieges sich befände, als sie beim Lichte der Fackeln, welche die Chartisten mit sich zu führen pflegten, mehr und mehr Bewaffnete erblickten. Schliesslich bildeten sich in vielen Städten Chartisten-Bataillone, welche nächtlicherweile bei Fackellicht vor den Thoren der Stadt ihre Exerzierübungen vornahmen. Was von einigen ihrer Führer in Reden geleistet wurde, beweisen folgende Worte des bereits erwähnten Stephens, der 1838 in Manchester zu dem versammelten Volke sagte: „Ihr braucht Euch nicht zu fürchten vor der Macht der Regierung, vor den Soldaten, Bajonnetten und Kanonen, die Euern Unterdrückern zu Gebote stehen; Ihr habt ein Mittel, das ist viel mächtiger als alles das, eine Waffe, gegen welche Bajonnette und Kanonen nichts ausrichten, und ein zehnjährig Kind kann diese Waffe schwingen, Ihr braucht bloss ein paar Zündhölzchen zu nehmen und ein Bündel Stroh, das in Pech getränkt ist, und ich will sehen, was die Regierung und ihre Hunderttausende von Soldaten gegen diese eine Waffe ausrichten, wenn sie kühn gebraucht wird."

Im Jahre 1838 hatte Lord Russell sich noch gegen jede Beschränkung des Versammlungsrechts und der Redefreiheit erklärt, welche von manchen verlangt wurde. Im nächsten Jahre aber, als die Bewegung einen weit drohenderen Charakter annahm, wurden die Versammlungen bei Fackellicht für ungesetzlich erklärt und die Veranstalter und Redner derselben mit Strafe bedroht. Der Reverend Stephens, welcher dem Gesetze trotzte, wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

Auf dem am 4. Februar 1839 in London eröffneten „Nationalen Konvent" der Chartisten hatten die Extremen bei weitem das Uebergewicht, was zum Austritt einer kleinen Zahl „Gemässigter" führte. Es wurde der Beschluss gefasst, auf grossen Volksversammlungen am zweiten Pfingsttage im ganzen Lande darüber abstimmen zu lassen, ob man den „Generalstreik" beginnen und sich mit Waffen versehen solle. Da der Konvent sich in London nicht mehr sicher fühlte, verlegte er seinen Sitz nach Birmingham, wo er von der grossen Zahl der dortigen Anhänger für den Notfall wirksamen Schutz erwartete. Die dortigen Behörden hatten es aber durchzusetzen gewusst, dass niemand dem Konvent ein zur Abhaltung seiner Sitzungen genügendes Lokal zur Verfügung stellen wollte, so dass derselbe nach London zurückkehren musste. Dies Vorgehen rief unter den Chartisten in Birmingham eine grosse Erbitterung hervor. Auf grossen Volksversammlungen wurde derselben Ausdruck verliehen. Als die Polizei dieselben aufzulösen versuchte, leistete man bewaffneten Widerstand, drehte das Gas ab und lieferte der Polizei eine Strassenschlacht, die erst durch das Eingreifen der Truppen beendet wurde.

Im ganzen Lande waren mittlerweile Unterschriften für eine Petition an das Parlament um Gewährung der sechs Forderungen gesammelt. Das ungeheure Dokument, das mit mehr als 1,200,000 Unterschriften bedeckt sein sollte, wurde von zwölf Männern ins Parlament geschleppt. Thomas Attwood, der Abgeordnete für Birmingham, befürwortete die Petition in längerer Rede und beantragte die Einsetzung einer Kommission zur Erwägung derselben. Als dieser Antrag abgelehnt wurde, nahm die Bewegung in den verschiedenen Teilen des Landes einen heftigen Charakter an. Die Extremen wiesen darauf hin, wie trügerisch es wäre, auf die Macht der öffentlichen Meinung zu bauen; nur die Gewalt könne helfen. In Newport, einer Stadt in Wales, versuchte ein gewisser Frost sich der Gewalt zu bemächtigen. Vor den Thoren der Stadt versammelte er drei Arbeiterheere, die er zum Angriff auf dieselbe führte. Da die Behörden aber vorbereitet waren, wurde der Plan vereitelt und die Führer gefangen. Sie wurden zum Tode verurteilt, aber zur Deportation begnadigt und nach einigen Jahren freigelassen. Aehnliche Aufstände fanden in Newcastle under Tyne, in Bristol, Glasgow, Nottingham, Manchester und in London selbst statt.

Alle diese Erhebungen, die ohne einheitlichen Plan stattfanden, wurden von einer handvoll Polizisten und Soldaten leicht niedergeworfen. Fast alle Führer der Chartisten, im ganzen zirka 300, wurden zu Gefängnisstrafen von ein bis zwei Jahren verurteilt. Eine kurze Zeit schien Ruhe zu herrschen; die Presse frohlockte bereits, dass die Bewegung zu Boden geworfen sei. Doch bald erholten sich die Chartisten wieder von dem Schlage. Neue Führer erstanden überall und die alten erschienen nach Ablauf ihrer Strafzeit wieder auf dem Plane. Ihre Entlassung wurde in jedem Falle Gelegenheit zu grossen Demonstrationen, Banketten und wilden Reden. Sie erschienen als Märtyrer für die Sache des Volkes und erweckten überall die Sympathieen der grossen Masse.

Auf einer Delegiertenkonferenz zu Manchester im Juli 1840 hatte man beschlossen, die lokalen Vereine zu einer grossen „Nationalen Chartisten-Association von Grossbritannien“ zu verbinden und nur friedliche und gesetzliche Mittel zur Durchsetzung der Charte zu benutzen. Bei den Parlamentswahlen im Sommer 1841 wurden in verschiedenen Distrikten Chartisten als Kandidaten aufgestellt. Da der grossen Masse damals aber das Wahlrecht noch nicht zustand, so war die Zahl der für dieselben abgegebenen Stimmen eine verhältnismässig geringe. Im nächsten Jahre wurde wieder eine Petition an das Parlament aufgesetzt. In langer Prozession wurde das Dokument am 2. Mai 1842 von 16 Männern durch die Strassen Londons getragen. Es musste in mehrere Stücke zerschnitten werden, um durch das Thor des Westminsterpalastes getragen werden zu können. Dann wurde es auf dem Fussboden des Hauses niedergelegt. Ein Antrag, einen Vertreter der Petenten die Wünsche derselben vor dem Hause begründen zu lassen, wurde abgelehnt. Dies Resultat rief grosse Erbitterung hervor. Wieder tauchte der Vorschlag auf, in allen Teilen des Landes die Arbeit niederzulegen, und sie nicht eher wieder aufzunehmen, als bis die Forderungen der Charte bewilligt wären. Die Un-

zufriedenheit der Arbeiter wurde gesteigert durch die in den Fabrikdistrikten herrschende Depression. So wurde denn auf einer am 12. August in Manchester stattgefundenen Delegiertenkonferenz mit 320 von 358 Stimmen der Generalstreik für die Charte beschlossen. Ueberall im Bezirk von Manchester kamen die Arbeiter diesem Beschlusse nach. Sie zogen von Fabrik zu Fabrik, von Ort zu Ort und forderten ihre Genossen auf, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen. Nach kurzer Zeit standen in dem gewerbthätigen Lancashire alle Fabriken, ausser den Kornmühlen, still. Wenn es auch an einzelnen Stellen zu Ausschreitungen kam, so war die Haltung der Arbeiter doch nach dem einstimmigen Urteil aller Parteien verhältnismässig ruhig. Bald gerieten die feiernden Arbeiter in die grösste Not. Der Hunger bezwang sie. Die Idee des „heiligen Monats“ erwies sich als verfehlt.

In den folgenden Jahren tauchten verschiedene Pläne zur Neuorganisation der Partei auf. Von dem bürgerlichen Radikalismus gingen Vereinigungsversuche aus, die aber daran scheiterten, dass die Chartisten an dem Ausdruck „The People's Charter“ festhalten wollten. In ihren eigenen Reihen entstanden Spaltungen. Die Opposition richtete sich besonders gegen die Person und den Kolonisierungsplan von O'Connor, welcher aber grosse Popularität bei der Masse besass. Ueber diese Pläne siehe den Artikel O'Connor.

Die französische Februar-Revolution gab der Chartistenbewegung einen neuen Aufschwung. Grosse Volksversammlungen wurden überall abgehalten, auf denen die Redner eine immer heftigere Sprache führten. Eine neue Petition sollte dem Parlament eingereicht werden. Am 4. April eröffnete ein neuer Kongress in London seine Sitzungen. Die Reden, Anträge und Beschlüsse trugen einen durchaus revolutionären Charakter. Die Petition sollte am 10. April in grosser Prozession — man sprach von 300,000 Mann — vor das Unterhaus getragen werden. Die Regierung erliess darauf eine Proklamation, in der sie die Prozession für ungesetzlich erklärte, und traf die umfassendsten militärischen Vorbereitungen. Truppen wurden in London konzentriert; alle öffentlichen Gebäude wurden in Verteidigungszustand gesetzt.

Am festgesetzten Tage versammelten sich auf dem Kennington Common grosse Scharen von Chartisten, die auf 15,000—17,000 geschätzt wurden, entschlossen, ihr Vorhaben, unter allen Umständen auszuführen. Doch O'Connor, der noch einige Tage vorher erklärt hatte, er werde seinen Platz in der Prozession nehmen, in der vordersten Reihe der vordersten Abteilung, möge kommen, was da wolle, schreckte angesichts der von der Regierung getroffenen Massregeln von der Ausführung zurück. Es gelang ihm, seine Anhänger zu bestimmen, unter den obwaltenden Verhältnissen von der Prozession Abstand zu nehmen. Die Petition selbst wurde dann ordnungsmässig eingereicht.

Dieser Ausgang einer Sache, von der man so viel Wesens gemacht hatte, gab O'Connor dem Gelächter preis und wirkte auf alle Anhänger im Lande deprimierend. Seit diesem Tage wurde der Chartismus nicht mehr als gefährlich betrachtet. Eine Anzahl von Delegierten aus den

verschiedenen Teilen des Landes vereinigte sich am 1. Mai in London zu einer Nationalversammlung. Hier kam der Zwiespalt unter den Führern deutlich zum Ausdruck. In der Folge kam es denn auch zur Trennung der einzelnen Parteien. Die eine trat für dies, die andere für das Reform-Projekt ein.

J. Bronterre O'Brien gründete eine Partei mit durchaus socialistischem Programm, die „Nationale Reform-Liga". Die politischen Forderungen derselben stimmten mit denen der Charte überein, ausserdem wurde aber Verstaatlichung des Landes, der Bergwerke und Fischereien verlangt, ferner Ersetzung des Goldes als Wertmasses durch Papiergeld, dessen Basis ein Verbrauchsgegenstand sein sollte, staatliche Kreditgewährung, um die Armen in die Lage zu bringen, durch ihre Arbeit Wohlstand zu erreichen, staatliche Börsen, um einen Austausch der Arbeitsprodukte nach den Principien der Gleichheit und Gerechtigkeit zu ermöglichen.

Die Ansicht, dass politische Rechte allein dem Volke nicht eine Besserung bringen könnten, dass man deshalb auch nach wirtschaftlichen Reformen streben müsse, verbreitete sich immer mehr unter den Chartisten. Auf der 1851 in London stattgefundenen Konvention trat dies deutlich hervor. Nur wenige Delegierte wollten über die „sechs Punkte" nicht hinausgehen, die Mehrzahl stimmte für weitgehende sociale Reformen. Man fasste Resolutionen zu Gunsten der Nationalisation des Grunds und Bodens, die Gemeinde-, Kirchen- und Kronländereien sollten zurückgefordert und andere Grundstücke vom Staate angekauft werden, bis alles Land Staatseigentum wäre. Auch wurde staatliche Fürsorge für die Kranken, Invaliden, Alten und Arbeitslosen, ferner Tilgung der Staatsschuld durch Anrechnung der Zinsen auf das Kapital, Abschaffung aller Steuern ausser Grund- und Einkommensteuer verlangt. Zwei Delegierte, Harney und Finley, befürworteten Verstaatlichung des Landes ohne Entschädigung der Eigentümer.

Doch auch das so erweiterte Programm vermochte nicht, der Bewegung neues Leben zu verleihen. Durch persönliche Streitigkeiten zersplitterten sie ihre Kräfte und stiessen viele ab. Auf ihren Konventionen spielten Debatten über Vertrauens- und Misstrauensvota die Hauptrolle. Der Vorwurf der Unterschlagung und des „Geschäfts-Chartismus" kehrte oft wieder. Schliesslich verloren ihre Pressorgane die Abonnenten und gingen ein, ihre Führer mussten die politische Agitation aufgeben, da sie sich nach einer Erwerbsthätigkeit umsehen mussten. Schliesslich zerfiel die Organisation, einzelne lokale Vereine fristeten unter verschiedenen Namen, wie „Nationale Reform-Liga", „Demokratische Vereinigung", „Republikanische Brüderschaft" noch einige Jahre hindurch ein ziemlich kümmerliches Dasein.

Wir verweisen noch auf unsere Angaben über das Leben einiger hervorragenden Chartistenführer, der Advokaten O'Connor und Ernest Jones und des Dichters Thomas Cooper.

China. In Asien, und besonders in China, sehen wir die verschiedenen Völker, Abkömmlinge von Hirten, in vollständiger Abhängigkeit

von der Tradition. Die Individuen, absorbiert durch einen mächtigen Organismus, dessen vergängliche Mitglieder sie sind, gehören ganz der Familie; sie hat ein Recht auf alle ihre Anstrengungen und der Gemeinschaft gehören daher alle Güter. In China, wo eine sehr dichte Bevölkerung durch intensivste Arbeit sich erhält, ökonomische Verhältnisse, die fast überall zur Zerstörung der alten patriarchalischen Familie und Gütergemeinschaft geführt haben, wie es z. B. das Verschwinden der serbischen Zadruga beweist, hat sich die Gemeinschaft der Familie wunderbarer Weise erhalten und scheint das Fundament des allgemeinen Gedeihens zu sein. Der Grund dieser Erscheinung ist in der Kultur des Reis zu suchen, die in einander naheliegenden Zeitabschnitten viele Hände verlangt und die Zerstückelung des Bodens aufhält. So hat die patriarchalische Familie siegreich sich in China erhalten, zumal, da sie noch nicht die furchtbare Probe und die socialen Komplikationen der modernen Grossindustrie hat zu bestehen brauchen.

Unter Tschin-Nung, berichten die Annalen, 3518 v. Chr., wurde der Pflug erfunden und lernten die Menschen den Ackerbau. Die Hirten liessen sich in Dorfgemeinschaften mit periodischer Teilung des Bodens nieder. Das ist der Mir, den wir überall beim Uebergang von Hirtenvölkern zu einer sesshaften Lebensweise als Ackerbauer finden. Er bestand in China bis 350 v. Chr. 1766 v. Chr. wurde das Territorium der einzelnen Mirs von 50 auf 70 Mëus für eine Gruppe von neun Familien vergrössert. Aber die mit der periodischen Aufteilung verbundenen Uebelstände, ebenso wie eine durch das Anwachsen der Bevölkerung notwendig gemachte intensivere Bodenkultur führten zur Vernichtung des Mir, die von dem Philosophen Kung-riun-Yang zuerst befürwortet, von den Königen von Tsin, einem nordwestlichen Staat Chinas, in harten und blutigen Kämpfen durchgeführt wurde. Die patriarchalische Familie wurde aber durch den Sturz des Mir nicht berührt; die Gruppierung der Individuen blieb so eng wie früher in ihr. Die Ländereien gehörten nicht den Individuen, sie gehörten der Familie, den vergangenen Generationen so gut wie den zukünftigen. Das lebende Geschlecht ist nur die Nutzniesserin des Bodens. Der Besitz desselben macht es der Familie möglich, ihre Verpflichtungen gegen alle ihre Mitglieder zu erfüllen, die sie in sich vereinigt. Sie schuldet ihnen Schutz und, wie sie alles von ihnen verlangen kann, so ist sie auch für alles verantwortlich. Der Chef der Familie kann das Land nur mit der Zustimmung aller Mitglieder verkaufen und muss es erst den Blutsverwandten zum Kauf anbieten. — Die Folgen dieser radikalen Umänderung machten sich bald bemerkbar. Ein Grossgrundbesitz entstand und unter der Handynastie bemächtigten sich die Reichen des ganzen Bodens, der gegen schwere Abgaben von den armen Familien als Pächtern bebaut wurde. Es begann der Kampf zwischen den des Bodens beraubten Bauern und den in Städten residierenden reichen Unterdrückern, der fast tausend Jahre dauerte. Unter dem Kaiser Yuan-Ti war die Korruption und der Reichtum der wenigen besitzenden Familien auf den Gipfel gestiegen. Da der Mir mit einer intensiven Produktion unverträglich ist, so war sein Verschwinden eine ökonomische

Notwendigkeit; zugleich aber entstand damit der kolossalste Unterschied im Besitz. Welche Mittel gab es dagegen? Man versuchte, den Mir wiederherzustellen, dann als dieser Versuch fehlgeschlagen, machte man den Staat zum einzigen Eigentümer. Im Jahre 9 n. Chr. erliess der Kaiser Wang-Mang ein Edikt, wonach niemand mehr als einen Tsin Boden (nicht ganz 6 Hektar) und nicht mehr als 8 männliche Sklaven haben sollte. Der Verkauf des Bodens ist verboten, alle Ueberschüsse an Land fallen an die Krone und werden nach Massgabe der Bedürfnisse an die Kommunen verteilt. Damit war der Mir wiederhergestellt, aber da dieser ökonomisch überwunden war, hatten diese Massregeln keineu Erfolg. Aufstände brachen überall los; es bildete sich die grosse Armee der roten Augenbrauen gegen die Reichen; Dynastien folgten auf Dynastien. Gegen Mitte des 11. Jahunderts beschloss eine mysteriöse Sekte den Tod aller Reichen. Ihre dunklen Orakel predigten die universelle systematische Zerstörung, das Chaos und das Nichts, als den letzten Zweck ihrer Anstrengungen. Alles Existierende zu vernichten, alle Verhältnisse zu nivellieren, um zum Zustand der Gleichheit und des Kommunismus zu gelangen — das war der Inhalt ihrer Lehre. In dieser Zeit trat ein Mann auf, hochbegabt vor allen anderen, der mit kühner Hand das gesamte sociale System auf eine neue socialistische Basis stellen wollte, Wang-An-Shih (s. d.). Sein Versuch misslang; aber der Triumph der Bauern über die Reichen war definitiv. Die Kaiser hielten durch erzwungene und willkürliche Steuern die Reichen von jeder Landerwerbung ab. Dieser Sieg wurde nur möglich durch den engern Zusammenschluss der einzelnen Individuen in der patriarchalischen Familie. Auch die Organisation der Industrie ist nach ihrem Modell entstanden. Wenn die Mitglieder einer Familiengemeinschaft zu zahlreich sind, wird eine Anzahl derselben dazu bestimmt, in die Städte zu gehen, um Geld zu erwerben. Der grösste Teil ihres Gewinns fällt der Familie zu, die ihnen ihrerseits Unterstützung und Wiederaufnahme garantiert. Ein anderer Teil steuert in die Kasse der Association, die ihren Mitgliedern in gleicher Weise Hülfe und Schutz gewährt.

Christlicher Socialismus der katholischen Kirche in Deutschland. Die Beschäftigung der katholischen Kirche mit socialen Fragen in Deutschland kann man vom Jahre 1863 datieren, in welchem Döllinger auf dem Kongress katholischer Gelehrten zu München die Kirche und die bestehenden katholischen Vereine aufforderte, sich dem Studium der Arbeiterfrage zuzuwenden. Anfang 1864 ward dieser Aufruf Döllingers lebhaft unterstützt durch den Bischof von Mainz, von Ketteler (s. d.), der schon 1848 in einer Reihe von Predigten, „Die grossen socialen Fragen der Gegenwart“, Stellung zu diesen genommen hatte und in seinem wichtigen Buche: „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ von neuem seine Ansichten aussprach. Aber erst im Jahre 1868 kam es zur Gründung einer eigenen Partei auf der Jahresversammlung dreier katholischer Klubs zu Crefeld, wo man den Beschluss fasste, die „Christlich-socialen Blätter“ von Schings zum Parteiorgan zu erheben. Auch auf der Bischofskonferenz zu Fulda 1869 beschäftigte man sich mit der socialen Frage. Ketteler hatte das

Referat über „die Fürsorge der Kirche für die Fabrikarbeiter". Indem er hier der Kirche die Pflicht zuschreibt, zu helfen, giebt er als ihre Hülfsmittel an: 1. Anstalten zur Fürsorge gegen Not und Verarmung, wie Hülfskassen, Hospitäler, Ruhegehälter, Pensionen, Konsum-, Kreditvereine u. dgl.; 2. Anstalten zur Beseitigung des Lasters: Unterdrückung der Trunksucht durch Entfernung oder Ueberwachung der Schenken; Massregeln gegen das Konkubinat, gute Beispiele der Werkbesitzer, gute Disciplin der Werkstätten; 3. Anstalten zur Hebung des intellektuellen und moralischen Zustandes der Arbeiter durch Religionsunterricht und Gottesdienst, aber auch durch Schulen, Lehrwerkstätten, Bibliotheken u.dgl.; 4. Organisation der Arbeit und Löhnung durch Arbeit in Accord und Prämien; 5. Unterstützungen, um die Arbeiter sesshaft zu machen, durch Geld- und Mobiliarvorschüsse, Lieferung von Nahrungsmitteln zu ermässigten Preisen, Opfer zur Vermeidung von Arbeitseinstellungen; 6. Angewöhnung von Sparsamkeit; 7. Permanenz guter Beziehungen; 8. Eintracht zwischen dem Arbeiterpersonal; 9. Verbindung landwirtschaftlicher und industrieller Arbeiten; 10. Sorgfalt für Unverdorbenheit der Mädchen; 11. Rücksichten auf die Pflichten der Hausfrau. Das sind die Mittel, die für die Kirche in Anspruch genommen werden; vom Staate dagegen wird verlangt: Verbot vorzeitiger Beschäftigung der Kinder in den Fabriken; Beschränkung der Arbeitszeit der Kinder; Trennung der Geschlechter in den Arbeitslokalitäten; Schliessung gesundheitsschädlicher Arbeitslokale; Regulierung der Arbeitszeit; Sonntagsruhe; Leistung von Entschädigung an Arbeiter, die ohne eigene Schuld zeitweise oder für immer arbeitsuntüchtig geworden sind; gesetzliche Sicherstellung und Beförderung der gemeinnützlichen Arbeiterassociationen; Staatskontrolle über die Ausführung der Arbeiterschutzgesetzgebung durch Ernennung offizieller Fabrikinspektoren. — Weiter entwickelt wurden die Prinzipien Kettelers von Moufang, der besonders in seiner berühmt gewordenen Wahlrede von 1871 zu Mainz mit grosser Klarheit das katholisch-sociale Programm entwickelt. Er wiederholt zunächst die Forderungen Kettelers hinsichtlich des Schutzes der Rechte der Arbeit durch die Gesetzgebung und fügt folgende neue hinzu: 1. pekuniäre Unterstützung der cooperativen Associationen durch den Staat; 2. Reduktion der Steuer- und Militärlasten; 3. Beschränkung der Macht des Kapitals und Entfernung der aus dem Wucher und der Börsenspekulation entstehenden Uebel. Die Thätigkeit der Kirche dagegen erscheint ziemlich beschränkt. Er fordert von ihr: 1. Verbreitung des christlichen Geistes der Gerechtigkeit und Liebe; 2. Verbreitung der Tugenden des Wohlwollens und Wohlthuns; 3. die Verbreitung von Unterstützung und Trost in den Zeiten der Sorge und Not mit der Erweckung der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Die Kirche giebt den rechten Geist, der Staat dem Arbeiterstande seine Organisation. Das von Ketteler und Moufang unternommene Werk wurde durch die „Christlich-socialen Blätter" und die katholischen Vereine weitergeführt. Schon auf der Fuldaer Konferenz hatte man die Gründung von katholischen Arbeitervereinen empfohlen und diese Aufgabe wurde von den katholischen Klubs, die am 9. September 1869 zu Düsseldorf eine

allgemeine Zusammenkunft hatten, übernommen. Ein Komitee mit dem Zweck, die Bildung christlich-socialer Vereine behufs ökonomischer wie moralischer Hebung des Arbeiterstandes und die Verbreitung einschlägiger litterarischer Erscheinungen zu fördern, wurde gewählt und die Herren Professor Schulte, Schorlemer-Alst, Gronheid zu Mitgliedern bestimmt. So entstanden die christlich-socialen Vereine oder St. Josephs-Vereine, deren schnell sich vergrössernde Anzahl Arbeiter-, Handwerker- und Bauernvereine umfasste. Ihre Gründung erfolgte nach folgenden bestimmten Normen: mit principieller Feindschaft gegen die Socialdemokratie sollte sich der engste Anschluss an die Kirche, extra quam nulla salus, verbinden. An die Spitze der Vereine sollte kein Geistlicher, sondern erprobte Arbeiter treten. Strikes sind nicht absolut verwerflich, aber Politik ist fernzuhalten; nur in Fragen wirklicher Bedeutung wird entschiedene Parteinahme gefordert. Jeden Sonntag Abend soll eine Versammlung zur Besprechung socialer Fragen stattfinden. Ausserdem wurden katholische Kredit-, Spar- und Unterstützungsvereine in Hülle und Fülle gegründet. Vom 6.—8. März 1870 fand zu Elberfeld eine Versammlung der Delegierten der Rheinlande und Westfalens statt, wo 14 Vereine mit 150 Vertretern zur Stelle waren. Hier wurde der Antrag, die Volksbank zu Münster zur Zentralstelle der Kredit- und Sparvereine zu machen, angenommen, die „Christlich-socialen Blätter“ wiederum als Parteiorgan empfohlen und die christlichen Casinos und Bürgergesellschaften zur Teilnahme an den Interessen des Arbeiterstandes und zur Gründung von Arbeitervereinen aufgefordert, für diesen Zweck wiederum ein Komitee von fünf Mitgliedern ernannt und ein Fond gegründet, um befähigte Männer zum Studium der socialen Frage an Ort und Stelle von Lösungsversuchen zu schicken. Am 26. September 1870 trat der von Kolping 1847 gegründete Gesellenverband ganz zu den Katholisch-Socialen über. Er bestand anfangs 1891 aus 820 Zweigvereinen mit 75,000 Mitgliedern und 190 Hospizen. Auf der Generalversammlung der katholischen Vereine 1871 zu Mainz, ebenso wie auf den Katholikenversammlungen von 1872 zu Breslau, Aachen 1873, Mainz 1874, Schlesien 1877, wurde die Arbeiterfrage aufs lebhafteste diskutiert. Am 22. Juli 1871 wurden die westfälischen Bauernvereine, als der Conspiration mit ausländischen Korporationen (belgischen Bauernvereinen) gegen das deutsche Reich verdächtig, aufgelöst, durch Schorlemer-Alst aber bald nachher als „Westfälischer Bauernverein“ wieder ins Leben gerufen. — Wie wir sehen, hat sich die Aufmerksamkeit der katholischen Kirche nicht nur auf die Lage der Industriearbeiter, sondern in gleichem Masse auch auf die des Handwerks und des bäuerlichen Grundbesitzes gerichtet. Ein befestigter Grundbesitz soll geschaffen werden durch Regelung der Erbfolge zu Gunsten eines Erbfolgers, Schaffung von Erbgütern und Organisation des bäuerlichen Kredits von Staats wegen; dem Handwerk soll aufgeholfen werden durch Neueinrichtung von Innungen, die nach Ansicht der einen (Schings, Périn, Bongartz) frei, nach der der anderen Seite (Vogelsang, Hitze s. d.) obligatorisch sein sollen. Wie in dieser Frage, so auch in anderen scheiden sich neuerdings mehr und mehr die Vertreter der Christlich-Socialen

in zwei Gruppen, von denen die eine sich dem Individualismus zuneigt und möglichst viel von ihm zu retten sucht, während die andere jüngere Hälfte sich einem radikaleren Socialismus in vielen Stücken zuneigt. Die Ansichten der letzteren haben offenbar die Ueberhand in der Partei gewonnen, wie sich auf der Düsseldorfer Katholikenversammlung von 1883 und der zu Trier 1887 zeigte. Noch mehr aber, als dort, trat die Forderung der Staatsintervention auf den internationalen Kongressen zu Lüttich in den Vordergrund. In neuerer Zeit ist an die Spitze der deutschen Bewegung der Bischof von Breslau, Kopp, getreten, der eine hervorragende Rolle auf der Internationalen Arbeiterschutzkonferenz zu Berlin spielte.

Die Siege der Socialdemokratie und ihre steigenden Stimmenzahlen in den katholischen Wahlkreisen, vor allem in Rheinland-Westfalen und Schlesien, in den Reichstagswahlen von 1893 machen es für die Centrumspartei mehr und mehr zu einer Lebensfrage, die grosse Masse ihrer Arbeiterwähler durch die energischere Aufnahme der Socialpolitik bei ihren Fahnen festzuhalten. Durch solche Ueberlegungen ohne Zweifel veranlasst, erschien nach den Wahlen von 1893 der Entwurf eines neuen socialpolitischen Programms in der „Kölnischen Volkszeitung", der aber in seinen Forderungen nicht über die alten Kettelers hinausging.

Die Christlich-Socialen Stöckers. Ungefähr gleichzeitig mit dem Staatssocialismus ist in Deutschland die Partei der Christlich-Socialen entstanden. Das für sie grundlegende Werk ist das Buch Rudolf Todts: „Der radikale deutsche Socialismus und die christliche Gesellschaft, Wittenberg 1877." Auf der Grundlage dieses Werkes wurde von Calberla, von Roëll und Stöcker der „Centralverein für Socialreform" mit dem „Staatssocialisten" als Organ gegründet. Stöcker nahm die Agitation persönlich am 3. Januar 1878 im Eiskeller zu Berlin auf, wo er einen öffentlichen Redekampf mit Most hatte. Im Laufe von einigen Wochen hatten sich Stöcker circa 50 Arbeiter angeschlossen und in der Januarwoche forderte der „Staatssocialist" zur Gründung einer neuen Arbeiterpartei auf. Stöcker widmete sich nun ganz der Agitation, aber seine Kämpfe mit der Socialdemokratie nahmen ein schnelles Ende, da dieselbe ihren Anhängern diese Redeturniere verbot.

Bei den Reichstagswahlen von 1878 gelang es den drei christlich-socialen Kandidaten in Berlin nur circa 1500 Stimmen zusammen zu gewinnen. Um seiner Partei aufzuhelfen, warf sich Stöcker in die Bewegung des Antisemitismus hinein. 1882 gab er die Zahl seiner Anhänger auf 3—4000 wirkliche Mitglieder an; Arbeiter sind aber nur sehr wenige.

Die von Todt in seinem Buche entwickelten Ansichten sind folgende. Die socialdemokratischen Grundsätze haben ihre eigentliche Quelle im neuen Testament, und enthalten daher geradezu evangelische, göttliche Wahrheiten. Die Anklagen der Socialisten gegen die heutige Gesellschaftsordnung sind berechtigt, ihre Forderungen durchaus begründet. Der Socialismus ist nach ihm das Streben, den mit lebhaftem Bewusstsein empfundenen Widerspruch der heutigen realen wirtschaftlichen Gesellschaft mit dem gewissen Bevölkerungsteilen vorschwebenden Ideale derselben

durch eine neue Wirtschafts- und Societätsordnung zu lösen. Er sieht im Liberalismus, dem Hauptvertreter des Kapitals, seinen und des Socialismus heftigsten Feind. Die sociale Frage kann aber nur gelöst werden durch den Staat und die christliche Societät, die zum positiven Christentum zurückkehren muss, d. h. zum orthodoxen Deismus. Er bezeichnet als Reformaufgaben für die Besitzenden: 1. Modifizierung des Eigentumsbegriffs in der Weise, dass sie lernen Gott allein als obersten Eigentümer aller Dinge, sich selber nur als Verwalter anzusehen; 2. Restitution des sittlichen Wertes und der Ehre der Arbeit. So lange die Arbeitskraft gekauft wird, wie eine tote Ware, so lange werden die Menschen gekauft. Die Arbeiter müssen Gehülfen der Besitzenden werden; 3. Rückkehr zum positiven Christentum. Von den Besitzlosen verlangt er: 1. ihr Glück nicht allein im irdischen Besitz und Genuss zu suchen; 2. energische Benutzung und Erfüllung der ihnen verliehenen Rechte und gebotenen Pflichten. Vom Staate verlangt er ein energisches Eingreifen: Reform der Einkommenverteilung und eine Reformgesetzgebung, durch die ein Kapitalisten-, Grundbesitzer-, Landarbeiter- und Industriearbeiter-Recht geschaffen wird. Ein Maximum des Einkommens aus Kapital soll fixiert werden, der Grundbesitz aber durch Einführung eines Rentensystems und Gründung von Rentenbanken geschützt, dem Arbeiter ein Minimum des Lohnes garantiert und ein Normalarbeitstag festgesetzt werden. Der ländliche Taglöhner soll in einen Besitzer umgeschaffen werden. Jeder einzelne Handwerker oder besondere Fabrikationsort soll für sich oder im Zusammenhang mit verwandten Zweigen in eine Zwangskorporation oder als Gewerk nach gesetzlichen Normativbedingungen organisiert werden. — Das grossenteils aus diesem Buch abgeleitete Programm der christlich-socialen Partei lautet in seinem allgemeinen Teil: 1. Die christlich-sociale Arbeiterpartei steht auf dem Boden des christlichen Glaubens und der Liebe zu König und Vaterland; 2. sie verwirft die gegenwärtige Socialdemokratie als unpraktisch, unchristlich und unpatriotisch; 3. sie erstrebt eine friedliche Organisation der Arbeiter, um in Gemeinschaft mit den anderen Faktoren des Staatslebens die notwendigen praktischen Reformen anzubahnen; 4. sie verfolgt als Ziel die Verringerung der Kluft zwischen Reich und Arm und die Herbeiführung einer grösseren ökonomischen Sicherheit. In seinem speciellen Teil enthält das Programm keine anderen Forderungen als die Todts. Dasselbe stellt sich als ein buntes Gemisch von Forderungen dar, die den verschiedensten Systemen entlehnt sind, zum Teil auch dem Programm der katholischen Kirche, und vielfach mit denen der Socialdemokratie übereinstimmen, während es die Principien derselben, also Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel, durchaus bekämpft, und die monarchische Gewalt, als deren Domäne der Staat angesehen wird, noch verstärken will durch Konzentrierung möglichst vieler Industriezweige in seiner Hand und Schaffung eines von der Regierung durchaus abhängigen Beamtenheeres. Der innerste Kern aller Forderungen ist die Rückkehr zum Feudalismus, daher Zwangsinnungen, Aufrichtung neuer Privilegien u. dgl. Der Grundbesitz, besonders der grosse, soll entlastet, das industrielle Kapital dagegen möglichst belastet

werden. Das Volk wird in Stände gezwängt, die jeder ihre eigenen Standesrechte und eigene Standesehre haben. Hier finden wir die intimste Berührung mit den von Hitze (s. d.) entwickelten Forderungen. Dieses Programm der Christlich-Socialen ist für ihre Führer nur bindend gewesen, so lange es ihnen gefiel. So wird das Kapital nur bekämpft, wenn es sich in jüdischen oder liberalen Händen befindet, dagegen, wenn in denen des christlich-germanischen Adels, geschützt und verteidigt. Ihre Arbeiterfreundlichkeit zeigten sie in ihrem fortgesetzten Eintreten für die Erneuerung des Socialistengesetzes und alle Zwangsmassregeln gegen die Socialdemokratie, besonders aber der Verteidigung der massenhaften neuen indirekten Steuern auf Nahrungsmittel. Mit der Ausführung aller schönen Versprechungen ihres Programms, wie Einführung eines Normalarbeitstages, Frauenschutz u. dgl., wurde nie ein Versuch gemacht. „Protestantisches Papsttum und Muckertum, Antisemitismus, pfäffische Unduldsamkeit und politische Streberei bilden die Triebkräfte dieser angeblich christlich-socialen Bewegung,“ so ist das Urteil des Staatssocialisten von Ströll in seinem Schriftchen über „Staatssocialismus“, den wir citieren, um den Schein eines Parteiurteils zu vermeiden.

Christlicher Socialismus in England. Wir haben hier zwei Gruppen zu unterscheiden: die ältere und die neuere. Die Bewegung ging aus von dem Advokaten John Malcolm Ludlow (s. d.) und dem Geistlichen Frederic Denison Maurice (s. d.). Ersterer war während eines längeren Aufenthaltes in Frankreich mit den socialistischen Ideen bekannt geworden und hatte die Ueberzeugung gewonnen, dass die bestehenden Verhältnisse unhaltbar seien. Im Jahre 1848 wurde er mit Maurice bekannt, welcher auf Grund seiner christlichen Weltanschauung zu demselben Schlusse gekommen war. Das herrschende System der freien Konkurrenz erschien ihnen als das System der Selbstsucht. In dem Principe „laissez faire, laissez aller“ erblickten sie einen direkten Widerspruch gegen die Forderungen der christlichen Religion. Sie beschlossen, ihre Ideen vor der Oeffentlichkeit zu entwickeln und Gleichgesinnte um sich zu scharen. Zu diesem Zwecke gründeten sie eine Wochenschrift „Politik fürs Volk“, für die sie in kurzer Zeit eine Reihe hervorragender Männer als Mitarbeiter gewannen, u. a. Charles Kingsley. In geistvollen, oft in glänzendem Style geschriebenen Artikeln wurde die Arbeiterfrage behandelt. Sie stellten sich dabei auf einen entschieden christlichen Standpunkt, womit sie die grösste Toleranz gegen Andersdenkende zu verbinden wussten. Immer hielten sie an dem Grundsatz fest: „Niemals sollen diejenigen, die nicht Christen sind, wegen ihres Unglaubens von uns angegriffen oder geschmäht werden.“

Das Christentum war ihnen die Religion der Brüderlichkeit, welche dem Starken gebietet, für den Schwachen einzutreten. Sie predigten aber tauben Ohren. Die Wohlhabenden hielten sie für gefährliche Demagogen und die Arbeiter hatten Misstrauen gegen alle, die zu ihnen von Christentum und Bibel sprachen, in der sie nach den Worten Kingsleys in der That nichts als einen „Leitfaden für Polizeidiener, eine Dosis Opium für Lasttiere, die man überladen hat, ein Buch, lediglich um die Armen in

Ordnung zu halten“, erblickten. Wenn das Blatt auch schon nach drei Monaten aus Mangel an Abonnenten einging, so hatte es doch bewirkt, dass sich um Maurice und Ludlow eine ganze Schar Gleichgesinnter gesammelt hatte. Wir führen an: Charles Kingsley (s. d.), Thomas Hughes und die Brüder Vansittart Neale. Diese Männer suchten sich mit den Verhältnissen der Arbeiter vertraut zu machen und zu helfen, soweit sie konnten. Als im Dezember 1849 eine Reihe von Artikeln im „Morning Chronicle“ Enthüllungen machte über die traurige Lage der Londoner Schneider, wandten sie ihre Aufmerksamkeit diesem Gewerbe zu. Sie hatten sich schon immer mit dem Gedanken getragen, Produktivgenossenschaften zu gründen; jetzt wollten sie mit einer Schneidergenossenschaft den Anfang machen. In kurzer Zeit brachten sie das nötige Betriebskapital zusammen, mieteten ein Haus, richteten es zweckentsprechend ein und beriefen eine öffentliche Schneiderversammlung, der sie ihren Plan vorlegten. Leicht fanden sie die nötige Zahl tüchtiger Gesellen; die Genossenschaft konnte also anfangen zu arbeiten, wenn Kundschaft vorhanden war. Zu diesem Zwecke schrieb Charles Kingsley unter dem Pseudonym „Pfarrer Lot“ die Broschüre: „Billige Kleider und eklige.“ Er wies auf die im Schneidergewerbe bestehenden scheusslichen Verhältnisse hin und forderte alle, welche in dieser Hinsicht eine Besserung wünschten, zur Unterstützung der eben gegründeten Schneidergenossenschaft auf. Die Broschüre erregte ungeheures Aufsehen und führte der Produktivgenossenschaft in der That eine ausgedehnte Kundschaft zu.

In dieser Zeit nahmen sie offiziell den Namen „christliche Socialisten“ an. Ihre Ideen suchten sie in einer Reihe von Broschüren zu verbreiten. Von grossem Einfluss war in dieser Beziehung der 1850 von Kingsley veröffentlichte Roman „Alton Locke“.

Das Gedeihen der Schneidergenossenschaft veranlasste viele, die Produktivgenossenschaften gründen wollten, sich an sie mit der Bitte um Rat und Hülfe zu wenden. Sie beschlossen deshalb, sich als „Gesellschaft zur Förderung von Arbeiter-Associationen“ zu konstituieren. Die von ihnen ausgehende Bewegung nahm bald grössere Dimensionen an; in den verschiedensten Teilen des Landes gewannen sie Anhänger. Ein neues Organ, „Der christliche Socialist“, wurde begründet, um als Bindemittel zwischen allen Freunden der Sache zu dienen. Als sie so wieder vor die Oeffentlichkeit traten, wurden sie wieder von den verschiedensten Seiten, insbesondere von der Geistlichkeit der anglikanischen Kirche, auf das heftigste angegriffen. Ihre Popularität bei den Arbeitern, deren Misstrauen allmählich geschwunden war, wurde dadurch aber nur erhöht. Besonders trug dazu noch bei, dass sie sich 1851/52 während der grossen Arbeitereinstellungen in der Maschinenindustrie mannhaft auf die Seite der Arbeiter stellten. Auf ihre Anregung hin wurden auch von den Maschinenbauern verschiedene Produktivgenossenschaften gegründet. Besonders verdient haben sie sich aber dadurch gemacht, dass durch ihren Einfluss das für das Genossenschafts- und Arbeitervereinswesen überaus wichtige Gesetz „The Industrial and Provident Societies Act“ 1852 zu stande kam. Der vom Parlament mit einigen einschränkenden Amende-

ments angenommene Entwurf stammte von Ludlow her. Für das englische Genossenschaftswesen haben sie sich sehr verdient gemacht, wenn sie auch bald aufhörten, eine Centralorganisation zu bilden. Einzelne, wie John Malcolm Ludlow und E. Vansittart Neale, haben der Sache ihr ganzes Leben gewidmet. Auch auf dem Gebiete der Erziehung ging von ihnen eine fruchtbare Anregung aus. Das noch heute bestehende „Working Men's College" wurde von ihnen ins Leben gerufen. Heute befinden sich zahlreiche Unterrichtsanstalten ähnlicher Art in allen grösseren Städten Englands.

Ihre eigentlichen Ideen haben die alten christlichen Socialisten nicht verwirklichen können. Die englischen Arbeiter stehen der Kirche im allgemeinen ebenso fremd wie früher gegenüber und die von den christlichen Socialisten gegründeten Produktivgenossenschaften sind ohne Ausnahme zu Grunde gegangen. Doch alle stimmen heute in das Urteil von John Stuart Mill ein, der sie als „einen Bund von Freunden, deren edle Bemühungen nicht genug Lob gespendet werden kann," bezeichnet. Siehe auch die Artikel Kingsley, Ludlow und Maurice.

In den letzten zehn Jahren haben sich socialistische Anschauungen unter den Geistlichen der verschiedenen Bekenntnisse verbreitet. Den Anstoss dazu gab Henry George (s. d.) durch sein von religiösem Geiste erfülltes Buch „Fortschritt und Armut" und durch seine Agitationsreisen durch England. Wie Wilhelm Weitling seinerzeit in seinem „Evangelium eines armen Sünders" hebt heute mancher Geistliche hervor, dass Jesus Christus nicht nur Verkünder göttlicher Heilswahrheiten, sondern auch socialer Reformer war, der den Unterschied zwischen Reichen und Armen beseitigen wollte. Man erinnert an die Worte in Matth. 6, 19—21:

„Ihr sollt nicht Schätze sammeln auf Erden, da sie die Motten und der Rost fressen und da die Diebe nachgraben und stehlen. Sammelt euch aber Schätze im Himmel, da sie weder Motten noch Rost fressen und da die Diebe nicht nachgraben und stehlen. Denn wo euer Schatz ist, da ist auch euer Herz." Man weist auf Matth. 19, 20—24 hin und nennt den Lobgesang der Maria (Luc. 1, 51—53) einen „Hymnus auf die sociale Revolution". Von Geistlichen, welche socialistische Ansichten vertreten, ist die Gründung verschiedener Gesellschaften ausgegangen, von denen die „Christliche socialistische Gesellschaft", und die „Gilde des heiligen Matthäus" eine ziemliche Bedeutung erlangt haben.

Das Programm der ersteren Gesellschaft lautet:

„Der christliche Socialismus strebt darnach, die Principien, die in dem Leben und den Lehren von Jesus Christus enthalten sind, in der industriellen Organisation der Gesellschaft zu verwirklichen.

„Die christliche socialistische Gesellschaft ist der Ansicht, dass die Menschen durch die von ihr befürworteten Veränderungen in der heutigen Wirtschaftsordnung in die Lage kommen werden, die von Christus gepredigten Grundsätze unter den veränderten Verhältnissen des modernen Lebens in ihrem ganzen Verkehr unter einander als Genossen und Mitbürger fruchtbar zu bethätigen.

„Die Gesellschaft ist unabhängig von besonderen theologischen An-

sichten und heisst als Mitglieder diejenigen willkommen, welche ihren Privatvorteil dem Wohl des Gemeinwesens und der Menschheit unterzuordnen und nach ihren besten Kräften, Wissen und Macht für diesen Zweck zu fördern wünschen."

Als Ziele der Gesellschaft sind angegeben:

„Die Vereinigung der Menschen in wahrer, allgemeiner Brüderlichkeit.

„Allmähliche Einführung öffentlicher Kontrolle über Land und Kapital, und die Organisation der Gesellschaft auf der Grundlage einer richtig geleiteten Arbeit und moralischer Würdigkeit — nicht auf der Grundlage des Vermögens, des Sonderrechts und des Monopols, wie heute —, wobei wir unter „Arbeit" Kopf- und Handarbeit verstehen.

„Die vollste Entwicklung der Kräfte und Fähigkeiten jedes Mitgliedes der Gemeinschaft durch die Gewährung einer liberalen Erziehung, welche den Körper, den Geist und die Arbeitsfähigkeit ausbildet.

„Die sich als Folge ergebende Veredlung des häuslichen und nationalen Lebens und die Förderung ausgedehnterer friedlicher Beziehungen zwischen den Menschen."

Ihre Ideen sucht die Gesellschaft, deren Mitgliederzahl 1891 auf 116 angegeben wird, in zahlreichen Broschüren und Predigten zu verbreiten. Von 1883 bis Dezember 1891 besass sie auch eigenes Organ: „The Christian Socialist."

Die „Gilde des heiligen Matthäus" besitzt ein Organ in dem „Church Reformer". Gründer und Haupt dieser Gesellschaft ist Stewart D. Headlam, ein Schüler von Charles Kingsley. In seinen politischen und socialen Ansichten geht er aber weit über denselben hinaus. Er ist ein entschiedener Socialist, der unermüdlich für seine Ideen agitiert. In religiösen Fragen ist er, obwohl fest auf dem Boden des Christentums stehend, von seltener Toleranz. Von keinem radikalen Politiker oder Dissenter wird energischer die Trennung der Kirche vom Staat gefordert als von diesem Mitgliede der „High Church". Die Ansichten der Gilde — dieser Ausdruck ist gewählt, um die alle Lebensverhältnisse umfassende enge Zusammengehörigkeit zu bezeichnen — treten besonders deutlich hervor in der von ihr an die pan-anglikanische Konferenz der Bischöfe im Jahre 1888 gerichteten Denkschrift. Es heisst in derselben: „Unser gegenwärtiges sociales System — wenn man diesen Ausdruck überhaupt anwenden kann für das, was zum grössten Teil das Ergebnis anarchischen Wettbewerbes ist — ist grausam und schmählich, und verlangt drastische Reformen und radikale Reorganisation. Der in die Augen springende Kontrast zwischen den elenden Barracken (hovels) der Armen und den Palästen der Reichen in derselben Stadt, zwischen dem jämmerlichen Lohn des Arbeiters und dem ungeheuren Einkommen des Müssiggängers, zwischen der Armut des Pächters und dem Luxus des Grundherrn, besonders in grossen Städten, ist der englischen Gesellschaft mit wahrheitsgetreuer Darstellung vorgeführt (se. in den vorher erwähnten officiellen Berichten der königlichen Kommission über die Wohnungsverhältnisse der Armen). Eine Flut socialistischer Gedanken ist über England hingegangen. Die alten Parteiunterschiede verwischen sich. Der Socialismus scheint dazu

bestimmt zu sein, in naher Zukunft eine durchaus neue moralische Trennungslinie in der englischen Gesellschaft zu werden."

Später, nachdem von den Verstaatlichungsplänen von Henry George gesprochen ist, heisst es: „Soll die Kirche vor Christus stumm bleiben, wenn die Menschen in diesen Fragen sich an sie mit der Bitte um Leitung wenden? Sollen ihre Priester im Namen Gottes von den Altären Seiner Kirche verkünden: „Du sollst nicht stehlen"? Was heisst stehlen?"

„Ferner, die Socialisten werfen dem herrschenden System der freien Konkurrenz vor, dass es „den Armen beraubt weil er arm ist"; dass es dem Kapitalisten ermöglicht und es ihm nahe legt, „sein Haus durch Frevel und seine Kammern durch Unrecht zu bauen", insofern als es ihm die Macht giebt, den Wettbewerb für das blosse Leben auszunützen, um einen grossen Teil der Arbeit seines Nächsten sich ohne Entschädigung anzueignen und ihm nichts zu geben für sein Werk. Die Unterschiede zwischen den politischen Partei-Programmen erscheinen als unbedeutend im Vergleich zu den hierin liegenden sittlichen Fragen. Geistliche fangen an zu fragen; „Ist es wahr, dass Grundeigentümer und Kapitalist im Stande sind, unabhängig von irgend welcher von ihnen selbst verrichteten Thätigkeit, einen grossen Teil der Produkte der Arbeit ihrer schlechter gestellten Brüder sich anzueignen? Wenn es wahr ist, dass dies der Fall ist, ist es auch gerecht?" Als wichtige christliche Forderungen werden dann hingestellt: erstens, dass jeder Mensch arbeiten soll, und zweitens, dass die Arbeitsprodukte nach einem gerechteren System als dem herrschenden verteilt werden müssen. Das charakteristische Dokument schliesst mit den Worten: „Die Frage nach dem sittlichen Grunde des Eigentumsrechts": „was gehört einem Menschen rechtmässig zu eigen?", muss furchtlos ins Auge gefasst und beantwortet werden."

Das ist die Sprache des linken Flügels des christlich-socialen Bewegung, zu dem circa 200 Geistliche gehören.

Wir erwähnen noch, dass im Oktober 1889 von Canon Scott Holland eine christliche, sociale Vereinigung mit ähnlichen Tendenzen gebildet wurde. Auch viele der jüngeren katholischen Geistlichen insbesondere in London, wo ihre Gemeinden zum grössten Teil aus armen Irländern bestehen, neigen zu socialistischen Ansichten.

Die christlich sociale Bewegung in England ist jedenfalls nicht ohne Bedeutung, sie befindet sich, ebenso wie die katholische in Deutschland, in Fühlung zu den Massen. Bei der Vergleichung des protestantischen Deutschlands mit dem protestantischen England darf nie vergessen werden, dass in letzterem die Mehrzahl des Volkes religiöse Gesinnungen besitzt. Manche Zeichen sprechen allerdings dafür, dass der Einfluss der Geistlichkeit auf die grosse Masse im Schwinden ist. Wenn der Parlamentsabgeordnete Keir Hardie im Oktober 1892 den Mitgliedern einer in Bradford stattfindenden Synode zurief: „Ihr predigt nur für die „Respektabeln" in Eurer Gemeinde", so gab er nur einem weitverbreiteten Gedanken Ausdruck. Das Gebot des „guten Tons" füllt die Kirchen; diejenigen Schichten der Bevölkerung, welche dies Gebot nicht annerkennen, stehen zum grössten

Teil der Kirche fremd gegenüber. Die Ursache dafür haben wir in dem Verhalten der Geistlichen selbst zu suchen, denen John Ruskin wohl mit Recht die bitteren Worte zuruft: „Ihr speist mit den Reichen und richtet Eure Ermahnungen an die Armen."

Christlicher Socialismus in Frankreich. Frankreich ist die Geburtsstätte des christlichen Socialismus, dessen Entwicklung die Stadien von der Revolution bis zur Reaktion durchlief. Ein Kind jener grossen Zeit der französischen Revolution von 1789, trägt er zunächst die Gesichtszüge seiner Mutter. Die Verbindung von Revolution mit dem Evangelium ist es, die den von Claude Fauchet (s. d.) in seinem Cercle Social gepredigten christlichen Socialismus auszeichnet, und Buchez und Roux haben in der Vorrede zu ihrem grossen Werke über die französische Revolution von 1789 diese Tendenz, die in den 40er Jahren des 19ten Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreicht, richtig in Kürze gezeichnet: „Die französische Revolution — so schrieben sie — ist die letzte und fortgeschrittenste Konsequenz der modernen Civilisation, und die moderne Civilisation ist ganz aus dem Evangelium hervorgegangen. Dies ist eine unbestreitbare Thatsache, wenn man studiert und mit der Lehre Christi vergleicht alle die Principien, welche die Revolution auf ihre Fahnen und in ihre Gesetzbücher geschrieben, diese Worte von Gleichheit und Brüderlichkeit, welche sie an die Spitze aller ihrer Urkunden setzt und durch die sie alle ihre Thesen rechtfertigt." Das Wort Fauchets von der Gottheit, die in Jesus Christ Mitbürgerin des Menschengeschlechtes geworden, das Wort Camille Desmoulins von dem guten Sans-culotte Jesus Christus, Nicolas de Bonneville's Buch „Von dem Geist der Religionen", sie alle zeigen den grossen Einfluss, den die christlichen Ideen, wie man sie rein und frei von der Dogmatik der katholischen Kirche aus den Schriften des neuen Testamentes zu gewinnen glaubte, auf die Geister der Menschen ausübten. Man glaubte dort die Grundlinien für ein neues wahrhaft sociales Gesellschaftssystem zu finden, in dem das „Elend und der Kampf um das Dasein für ewig vernichtet sind". „Lasst uns die Freiheit mit dem Evangelium vereinen," rief Fauchet aus, „und das Glück der Menschheit ist vollendet."

Das sind die Vertreter des revolutionären christlichen Socialismus während der Revolution von 1789. Das Kaisertum kam, die socialistische Bewegung verschwand fast ganz; nur in St. Simon erstand das Bindeglied, das die 90er Jahre des verflossenen mit den 20er des jetzigen Jahrhunderts verbindet. Ihm genügt das Christentum des neuen Testaments nicht; er sucht nach einem neuen, zu dem sich das alte wie die Prophetie zum Messianismus verhalten soll. Mit dem Anschwellen der socialistischen Bewegung, besonders seit der Julirevolution von 1830 beginnen auch wieder die Vertreter des revolutionären christlichen Socialismus zu erscheinen: Buchez (s. d.), Lamennais (s. d.), Chevé, Segretain, Lacordaire u. a. m. Buchez' Thätigkeit nahm bald eine praktischere Form an, er wurde der Vater des französischen Associationswesens; Lamennais in Verbindung mit Lacordaire und Montalembert liess den „Avenir" erscheinen. Aber seine Thätigkeit wurde von dem Papste verdammt und Lamennais brach seine Verbindung mit der katholischen Kirche.

Diese, von Grund aus Feind der Revolution, suchte den ihrem Einfluss von der neuen Bewegung drohenden Gefahren zu begegnen und die Arbeiterbewegung, besonders das Associationswesen in ihre Hände zu bekommen. Sie gründete daher durch Abbé Dreville die „Revue du travail" 1847 und lieferte Fonds zur Begründung von Arbeiterassociationen. So entstand die „Prévoyante" der Schuhmacher mit einem Kapital von 100,000 Franken. Nur Arbeiter wurden aufgenommen, aber der Gewinn sollte an die Mitglieder nach Massgabe ihre Beiträge verteilt werden. Diese Associationen nahmen indes sehr bald die Form von Klöstern an, da sie nur unverheiratete Arbeiter aufnahmen und durch häufige Gebete tugendhaften Sinn erzielen wollten. Zu gleicher Zeit entstand eine grosse Anzahl von Wohlthätigkeitsanstalten, wie ja die Kirche stets die charitative Seite der socialen Frage besonders betont hat, z. B. die Gesellschaft des heiligen Joseph, die grösste die Gesellschaft des heiligen Vincenz. Daneben entwickelte sich eine Schule, die man nur insofern eine christlich-socialistische nennen könnte, als sie einerseits behauptet, dass unser heutiges Gesellschaftssystem durch die rapide Vermehrung des Reichtums in den Händen weniger und die steigende Pauperisation der Massen zu einem Bürgerkrieg führen muss, der die Existenz der modernen Kultur selbst mit Vernichtung bedroht, anderseits eine Regeneration der Gesellschaft nur durch die Religion für möglich erklärt.

Der Chef dieser Schule der „Réforme Sociale" ist Le Play und zu ihr gehören Claudio Jannet, Ch. Périn, Urbain Guérin; die Jesuiten Forbes, Caudron, Fristot, Msgr. Freppel, die Herren Lucien Brun, Cheysson, Delaire, Cazajeux u. a. m. Diese Schule, insbesondere Le Play selbst, machte schon seit 1850 die Lage der Arbeiter zum Gegenstand eingehender Détailstudien. Ihr Hauptorgan ist die „Réforme Sociale"; derselben Richtung gehören noch an die „Revue catholique des institutions et du Droit" und die „Etudes réligieux".

Der unglückliche état social (sociale Zustand) Frankreichs, charakterisiert durch Anarchie und Feindschaft auf politischem wie socialem Gebiet, Korruption im Rrivatleben, datiert von und hat seine Ursache in der französischen Revolution von 1789. Drei Hauptirrlehren schreibt Le Play dieser zu: 1. Den Glauben an die ursprüngliche Vollkommenheit des Menschen; 2. den Glauben an die providentielle und absolute Gleichheit der Individuen auf dem Gebiet konkreter Rechte; 3. die Idee der persönlichen Unfehlbarkeit und das permanente Recht zur Insurrektion, das daraus springt. Alle diese drei Principien leiten sich her aus dem einen fundamentalen Irrtum: der Negation des Sündenfalls (Chûte originelle), der nicht nur ein religiöses Dogma ist, sondern auch durch die Wissenschaft bewiesen wird. Aus dieser Behauptung aber folgt, dass das sociale Problem für diese Schule weniger ein ökonomisches als moralisches ist. In dem Herzen des Menschen ist der Sitz des Uebels, das durch die innere Moral und die socialen Autoritäten bekämpft werden muss. Zurück zu dem Dekalog! ist daher der Ruf Le Plays, zu dieser von Gott geöffneten Quelle aller Sitte und alles Gesetzes.

Die praktischen Reformen dieser Schule lassen sich in die beiden

Worte zusammenfassen: Decentralisation auf politischem, Patronat (s. d.) und Association auf socialem Gebiet.

Trotz des Irrtums der Revolution, die die Gleichheit der Menschen behauptete, giebt es höhere Klassen und diese haben die Pflicht, Hüter der niederen Klassen zu sein, sowohl hinsichtlich ihrer Seele, wie ihrer Intelligenz, wie ihrer Körper. Der Patron muss also eine Art von Vaterschaft auf moralischem wie materiellem Gebiet über seine Arbeiter ausüben: der Industrielle in seiner Fabrik, der Grossgrundbesitzer in den von ihm abhängigen Dörfern. Aber diesen Pflichten, die der Patron hat, entsprechen beim Arbeiter keine Rechte. Die für die arbeitende Klasse bestimmten Vorteile werden ihnen freiwillig, nur im Gehorsam der Vorschriften christlicher Liebe, nicht infolge einer gerechten Verpflichtung (d'une obligation de justice) gespendet. Ausser dem Zusammenschluss der Patrone zwecks Ausübung des Patronats gilt als ein anderes Mittel, den Frieden zwischen Kapital und Arbeit wieder herzustellen, die Association von Patronen und Arbeitern zu gewerblichen Korporationen. Dieser Gedanke, obschon beiden Schulen gemeinsam, ist besonders von der de Muns ausgebildet; wir kommen daher später auf ihn zu sprechen. Beide Institute aber, Patronat wie Association, sollen nach der Schule Le Play's vollständig frei, nicht durch den Staat erzwungen sein. Die dem Staat von ihr zugewiesene Sphäre der Thätigkeit ist daher natürlich eine äusserst beschränkte. Er soll in dem Leben der industriellen Arbeiter die Würde und Moralität der Arbeiter dadurch sichern, dass er den Alkoholismus und seine Laster bekämpft, für Sonntagsruhe sorgt, durch Aussteuerung der Frauen, durch Bestrafung der Verführung und Aufforderung der Patrone zum Bau gesunder Arbeiterhäuser, zur Beschränkung der Frauenarbeit u. s. f. die Stabilität des häuslichen Herdes sichert. Aber jede Intervention des Staates auf dem Gebiete der erwachsenen Arbeit wird verworfen: hier kann man Reformen nur von der christlichen Liebe erwarten. Da Le Plays Schule die Idee der Gerechtigkeit durch die der „Charité" zu ersetzen sucht, hat sie nicht mit Unrecht den Namen „Ecole charitable" erhalten! — Le Play ist auch der Gründer der „Unions pour la paix sociale". Diese haben die Aufgabe, die Ideen Le Plays zu verbreiten und zählten im Jahre 1891 4800 Mitglieder. Zur selben Schule gehören ferner noch zwei andere Studiengesellschaften: 1. „La Société d'économie sociale" mit circa 3000 Mitgliedern im Januar 1891; 2. „La Société catholique d'économie politique", im Dezember 1890 von Bischof Freppel gegründet.

Man ersieht aus dieser Darstellung, wie wenig eigentlich diese Schule den Namen einer christlich-socialistischen verdient. Gewöhnlich giebt man auch diese Bezeichnung der zweiten Schule, deren Besprechung wir uns jetzt zuwenden wollen, der des Grafen de Mun. Die Verabscheuung der Revolution teilt sie mit der Le Plays, aber was sie ihr besonders zum Vorwurfe macht, ist die Entwicklung des Individualismus, dessen bedingte Anhänger Le Play und seine Schüler sind. „Vor 350 Jahren stieg ein in Mönchsgewand gekleideter Mann, — wir entnehmen diese Stelle den „Discours" (I, 91) des Grafen Mun — auf den Marktplatz von *Wittenberg:* er zeigte dem Volke eine Bulle des Pontifex und warf sie unter

dem Beifall einer enthusiastischen Menge auf einen Scheiterhaufen, den er mit eigenen Händen anzündete. Die Handlung dieses Mannes hallte wieder in ganz Europa; sie erschütterte die ganze christliche Gesellschaft und sein Gedächtnis, die Jahrhunderte durchdauernd, schlägt noch vibrierend an unser Gehör. Diesen Menschen habt ihr gekannt; denn ihr seid ihm begegnet; er weigerte sich, sein Haupt zu beugen, wenn andere sich neigten, und sein Blick senkte sich vor keiner Autorität; sein Gesicht erschien aufrührerisch und seine beredte Stimme hatte einen eigentümlichen Zauber; wenn er aber sprach, schien ein Hauch von Revolte über eure Häupter zu gehen und ihr glaubtet in einem fernen Echo die ewige Blasphemie des rebellischen Engels gegen Gott zu hören. Diesen Menschen, ihr habt ihm einen Namen gegeben. Er heisst weder Luther, noch Calvin, nach Voltaire, noch Rousseau, noch Danton, noch Robespierre: es ist der Genius der Revolution und ihm erklären wir den Krieg." — Die Revolution, das ist für de Mun die Souveränität des Menschen, gesetzt an die Stelle der Souveränität Gottes. Die katholische Kirche ist aber allein im stande, den Kampf gegen die Revolution erfolgreich aufzunehmen und zu führen. In diesem Punkte stimmt die Schule mit der Le Playschen überein, wie nicht minder darin, dass sie die vollständige Abschaffung der Armut und aller ökonomischen Leiden deshalb für unmöglich erklärt, weil sie die Folgen des „chûte originelle" sind. Die Dornenkrone, welche die Stirne des Arbeiters zerfleischt, wird man niemals vollständig von seinem Haupt nehmen können, da sie der Fluch ist, der die Söhne Adams getroffen, aber viele der Dornen wird man abstumpfen können. Denn obschon es zu allen Zeiten Armut, Elend und Konflikte zwischen Arbeitern und Meistern gegeben hat, so hat der Pauperismus doch niemals früher eine solche Ausdehnung gehabt und ist die Erregung der armen Klassen niemals eine so hoch gesteigerte gewesen. In erster Linie ist allerdings für diese entsetzliche Plage des Pauperismus der Verfall des religiösen Glaubens verantwortlich zu machen; aber auch die ökonomische Entwicklung ist zum grossen Teil daran schuld. Durch die Revolution ist die alte Organisation der Arbeit zerstört und durch keine bessere ersetzt worden. Die Bande gemeinsamen Interesses, die in den alten Korporationen Meister und Arbeiter an einander fesselten, sind zerschnitten und der Arbeiter steht isoliert und gedrückt da. So entstand nicht nur der Interessengegensatz zwischen Meister und Arbeiter, sondern auch zwischen den Arbeitern selbst. Meister wie Arbeiter, beide sind machtlos, dem allgewaltigen Gesetz der Konkurrenz unterworfen, und der industrielle Kampf musste in beiden Klassen alle Gefühle der Gerechtigkeit und Menschlichkeit durch das persönliche Interesse ersetzen. Daher der Missbrauch der Kräfte des Mannes, der Arbeit der Frauen und Kinder, der Nacht- und Sonntagsarbeit, daher Krankheit, Elend, Laster, daher Strikes und Aufstände!

Es gilt deshalb den Geist der christlichen Brüderlichkeit wieder zu erwecken, die Solidarität aller Menschen zu predigen, im Namen der Kirche, dem Horte aller, die da mühselig und beladen sind, den enterbten Brüdern die rettende Hand zu reichen und ihr Los zu einem menschen- wie

christenwürdigen zu gestalten. Dies ist aber nicht nur eine Pflicht der Liebe (devoir de charité), sondern ebensosehr eine Pflicht der Gerechtigkeit (devoir de justice). „Denn," so schreiben die Mitglieder der Schule l'Association catholique, wie man sie nach dem Namen ihres Hauptorgans genannt hat, „die Gesellschaft schuldet dem Arbeiter etwas; etwas, das seiner doppelten Eigenschaft als Arbeiter und Mensch entspricht, etwas, das nicht eine ihm von Menschen kommende Gunst, sondern die Anerkennung eines ihm von Gott kommenden Rechtes ist." —

Für eines der besten Mittel, den Frieden zwischen Meister und Arbeiter wieder herzustellen, erklärt nun die Schule die Errichtung von Korporationen oder, wie sie dieselben lieber nennen, Associations professionelles und Syndicats mixtes, in denen Arbeiter wie Meister derselben Profession vereinigt sind. Ausserdem sollen Angehörige der höheren Klasse, die weder Meister noch Arbeiter sind, Mitglieder derselben sein können, um als Schiedsrichter zwischen den beiden andern Elementen zu wirken. An der Spitze steht ein von der Association gewählter Ausschuss, der die materielle und moralische Leitung hat, daher das kollektive Eigentum verwaltet, für die Erziehung der Kinder Sorge trägt u. s. f. Um ihren Zweck in idealer Weise zu erfüllen, müssen die Korporationen katholisch, hierarchisch, associiert, professionell, familial, im Besitz von Vermögen und legal sein. Der Eintritt in dieselben soll vollständig frei sein; da ihnen aber die Entscheidungen in professionellen Fragen zustehen und diese gesetzliche Kraft haben sollen, ist die Freiheit des Eintritts nur eine illusorische. Die Schule will zwar nicht, dass die Errichtung von Korporationen durch Gesetzesbeschluss erzwungen werden soll; aber sie verlangt, dass die von Privaten gegründeten Associationen durch Verleihung von Privilegien seitens des Staates gekräftigt und in ihrer Thätigkeit unterstützt werden sollen.

Schon hier zeigt sich der Unterschied der „Association catholique" von der mehr individualistischen Schule Le Plays, noch mehr tritt dieser aber hervor in der Auffassung von der Aufgabe des Staates. Eigentlich ist die sociale Reform eine Mission der Kirche. Da sie aber die Kraft des weltlichen Staates nicht zu ihrer Verfügung hat und daher nicht im Stande ist, ihre Ideale allein zu realisieren, so muss man sich an die Staatsgewalt wenden, dieselbe mit dem christlichen Geiste durchdringen und ihn zu Massregeln veranlassen, deren Ziel die Wiederherstellung des socialen Reiches Jesu Christi (rétablissement du règne social de Jésus-Christ) ist.

Der Staat hat also den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen durch eine strenge Gesetzgebung bezüglich der Aktiengesellschaften, Gestattung des Associationsrechtes der Arbeiter, Begünstigung der professionellen Associationen und gemischten Syndikate und ähnliche Massregeln. Der Staat soll den Arbeiter in ausgiebiger Weise gegen die Exploitation durch das Kapital, deren Opfer er ist, schützen, da seine moralische Erhebung nur nach seiner Befreiung vom Kapital erfolgen kann. Zwei Mittel werden in erster Linie dafür verlangt: die staatliche Festsetzung eines Lohnminimums, das dem Arbeiter eine würdige ausreichende Existenz sichert

und die Möglichkeit der Ersparnis für Krankheit und Alter gewährt, und die staatliche Festsetzung eines Maximalarbeitstages, der den Missbrauch der Kräfte des Arbeiters unmöglich macht. Versicherungskassen sollen den Arbeiter im Fall von Krankheit oder erzwungenem Feiern, Unfallkassen, die allein von den Patronen unterhalten werden sollen, im Fall von Unfällen jeder Art unterstützen. Dies die Forderungen auf dem Gebiet der Arbeit Erwachsener; viel weitgehender sind diese, wo es sich um den Schutz von Frauen- und Kinderarbeit handelt. Nachtarbeit soll für Frauen und Kinder bis zu 18 Jahren vollständig verboten werden; die Arbeit verheirateter Frauen in Werkstätten und Fabriken allmählich unterdrückt, die von Mädchen und Kindern bedeutend beschränkt werden. Vollständige Durchführung der Sonntagsruhe gilt als selbstverständlich.

Sehen wir nun zu, wie diese Schule der „Association catholique" ihre Theorieen in Praxis umgesetzt hat. Schon längere Zeit bestand in Paris im Quartier Montparnasse ein von Maurice Maignen gegründeter katholischer Arbeiterklub, in dessen Schoss im Jahre 1871 die „Association catholique" entstand. Drei verschiedene Organisationen lassen sich unterscheiden: das „Comité de l'Oeuvre", das Herz des ganzen, das die allgemeine Leitung und die oberste Kontrolle hat, der „Conseil de Jésus-Ouvrier", das intellektuelle Centrum, von dem die Journale, Broschüren, Bücher u. s. f. ausgehen, und endlich das „Oeuvre des Cercles catholiques d'ouvriers". Dies „Oeuvre des Cercles catholiques d'ouvriers" wurde kurz vor dem Kriege von 1870 von zwei Offizieren, den Grafen de Mun und de la Tour-du-Pin-Chambly, gegründet. Als Ziel dieser Vereinigung giebt der erste Artikel der Statuten an: die Hingebung (dévouement) der leitenden Klasse an die arbeitende; als Principien die Definitionen der Kirche über ihre Beziehungen mit der bürgerlichen Gesellschaft; als Form den „Cercle catholique" der Arbeiter. Sehr bald wurde das Oeuvre von der „guten" Gesellschaft und den Bischöfen anerkannt und erhielt zu öfteren Malen Ermutigung und Unterstützung seitens der Päpste Pius IX. und Leo XIII. Die Gesellschaft gewann sehr bald eine bedeutende Ausdehnung; 1875 zählte sie 130 Comités, 150 Cercles, 18,000 Mitglieder. In diesem Jahre wurde auch die Revue „L'Association catholique" gegründet. 1887 umfasste das „Oeuvre" 400 Cercles, 50 christlich organisierte Werkstätten, 50 Korporationen der Künste und Gewerke, 30 ländliche Syndikate. Die Organisation des „Oeuvre" ist äusserst kompliziert und wiederholt die vollendete Hierarchie der katholischen Kirche. An der Spitze des Ganzen steht ein Centralkomitee mit einem General-Sekretariat, mit dem die Lokalkomitees in regelmässiger Verbindung stehen. Die Organisation der Lokalkomitees ist aus der Anordnung auf Seite 130 oben ersichtlich.

Die Lokalkomitees gründen nur die Cercles und ernennen die Direktoren dafür. Der Cercle selbst wird von zwei Ausschüssen geleitet, denen Arbeiter als Mitglieder angehören können: 1. der innere Ausschuss (conseil intérieur); seine Mitglieder werden mit grösster Sorgfalt ausgewählt und der Anteil, den die Arbeiter an den Wahlen haben, ist sehr gering; 2. der Ausschuss der Beamteten (conseil des dignitaires); er setzt sich

- Lokal-Komitee
  1. Zusammensetzung des Comité
     - Präsident,
     - Vicepräsident,
     - Almosenier,
     - Generalsekretär,
     - Die 4 Sektionschefs.
  2. Die Sektionen, die mit der Leitung betraut sind
     - a) Sektion für Propaganda
       - Directe Propaganda.
       - Oeffentlichkeit.
       - Relationen.
       - Vereinigungen der Patrone.
     - b) Sektion für Gründungen
       - Materielles.
       - Direktion.
     - c) Verwaltung oder Finanzen
       - Erschliessung von Einkünften.
       - Schatzamt.
     - d) Unterricht
       - Schriftlich.
       - Mündlich.
       - Propaganda in der Arbeiterklasse.
  3. Generalsekretariat, umfassend
     - den Generalsekretär,
     - die 4 Sektionschefs,
     - die Hülfskräfte des Sekretariats.

---

aus einer Unzahl von Beamten des Cercle zusammen und geht das Bestreben dahin, möglichst jedem Mitglied des Cercle ein Amt zu geben. Die Cercles sind zu gleicher Zeit Klubs, Kooperativassociationen, Wohlthätigkeitsinstitute, Hülfskassen, Sparkassen u. s. f., haben also eine sehr weitgehende sociale Thätigkeit.

Was nun die Erfolge des „Oeuvre“ angeht, so begnügen wir uns damit, das Urteil eines seiner Freunde, des M. Drumont, zu citieren. „Man konstatiert nur eine offenkundige Thatsache,“ so schreibt er, „wenn man den bedauernswerten Mangel an Erfolg eingesteht. Die „Cercles catholiques“ sind zu der Unzahl bereits in Frankreich bestehender Wohlthätigkeitsanstalten hinzugekommen ... sie haben aber keine grosse Ideenströmung beeinflusst und haben in Wirklichkeit nur eine geringe sociale Bedeutung.“

Die katholischen Socialisten hielten drei internationale Kongresse zu Lüttich ab, den dritten im September 1890, der von 1500 Teilnehmern besucht war. Auf dem Kongress trat der Unterschied der beiden Schulen deutlich hervor: so einig sie darin waren, dass die Intervention der Kirche zur Lösung der socialen Frage notwendig sei, so weit gingen sie in der Frage der Staatsintervention auseinander. Man erklärte sich für bessere Hausung der Arbeiter, kürzere Arbeitszeit, internationale Arbeitergesetzgebung, empfahl die Einrichtung von Korporationen, eines Pensionsfonds für alte Arbeiter unter Staatsgarantie, aber ohne Zwangsbeiträge, und nahm eine Resolution an, in der die Entscheidung des Papstes für *internationale Arbeiterfragen* empfohlen wurde.

Gegenüber der Socialdemokratie stehen die katholischen Socialreformer auf dem Standpunkt der päpstlichen Encyklika vom 28. Dezember 1878, worin ausgeführt wird, dass es keinen grösseren Unterschied als den zwischen den schlechten Lehren der Socialisten und der reinen Lehre Christi geben könne; „es besteht keine Gemeinschaft zwischen der Gerechtigkeit und der Ungerechtigkeit, zwischen dem Licht und der Finsternis."

Cipriani, Amilcare, italienischer Anarchist, geboren 1845 zu Rimini. Er nahm am Zuge Garibaldis gegen Rom 1862, darauf mit Flourens am Aufstand in Kreta teil und folgte diesem nach Paris, um sich 1871 der Commune anzuschliessen. Nach deren Niederwerfung zum Tode verurteilt, wurde er zur Deportation nach Numea begnadigt. Die Amnestie von 1879 ermöglichte ihm die Rückkehr nach Paris, wo er an der Zeitung „Le Citoyen" mitarbeitete und sich durch die Heftigkeit seiner Sprache auszeichnete. Nach Verbüssung einer Gefängnisstrafe von einem Monat wurde er aus Frankreich ausgewiesen und kehrte nach Italien zurück. Kaum auf italienischem Boden, wurde er wegen Desertion — er hatte nämlich nach dem Frieden von Villafranca die italienische Armee verlassen, um sich Garibaldi anzuschliessen — und Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates verhaftet und zu 10 Jahren Bagno verurteilt. Dieses Urteil erregte einen Sturm des Unwillens in seiner Partei. Er wurde zum Deputierten in Ravenna und Forli gewählt, die doppelte Wahl aber von der Kammer für ungültig erklärt. Dreimal wurde seine Wahl wiederholt und er am 3. April 1887 zum viertenmal in Ravenna gewählt.

Cirkulationsprozess des Kapitals. Wir stellen den Cirkulationsprozess des Kapitals dar im Anschluss an das zweite Buch von Marx' „Kapital", 1885. Da der Plan des Buches eine bis ins einzelne gehende Darstellung desselben nicht zulässt, müssen wir uns darauf beschränken, denselben in seinen Hauptzügen zu skizzieren.

Das Kapital kann nur als Bewegung, nicht als ruhendes Ding begriffen werden; deshalb müssen wir dasselbe in seiner Bewegung im Cirkulationsprozess beobachten, falls wir seine Natur verstehen wollen. Die einfache Warencirkulation stellt sich in der Formel W—G—W (Ware—Geld—Ware) dar, d. h. es wird Ware verkauft, um Ware zu kaufen; die entwickelte Warencirkulation stellt sich dagegen dar als G—W—G, d. h. man kauft, um zu verkaufen. Befriedigung von Bedürfnissen, Gebrauchswert ist der Endzweck des ersten Kreislaufes, von dem man in gewissem Sinne hehaupten kann, dass beide Parteien gewinnen. Der zweite Prozess hat nur dann Sinn, wenn G—W—G = G—W—G + ΔG d. h. wenn das Kapital durch den Mehrwert (ΔG = g) vergrössert wird — und dies ist die Formel des Cirkulationsprozesses. Um der Entstehung des Mehrwerts die richtige Stelle anzuweisen, müssen wir unsere Formel durch Aufnahme des Produktionsprozesses erweitern zu:

$$(1) \quad G - W < {A \atop Pm} \ldots P \ldots W' \; (W + w) - G' \; (G + g),$$

wo A=Arbeitskraft, Pm=Produktionsmittel, die der Kapitalist vor Beginn des Produktionsprozesses kauft; W' das Produkt, das grösser ist als W,

bedeutet. Diese Formel setzt die Arbeitskraft als Ware voraus, da ohne dies Verhältnis $G—A$ unmöglich wäre. Das Kapital tritt dem Lohnarbeiter stets als Geldkapital gegenüber und nur durch das Bestehen des Klassenverhältnisses kann sich seine Geldfunktion in eine Kapitalfunktion verwandeln. Aus dieser Geldform des Prozesses entspringt oft bei mangelhafter Einsicht des Arbeiters ein Hass gegen das Geld, als Quelle der Unterdrückung. In gleicher Weise erscheint dem Kapitalisten das Geld als der Ausgangs- und Endpunkt dieses Prozesses und oft genug werden kapitalistisch produzierende Nationen vom Schwindel ergriffen, den Prozess $G—G'$ mit Auslassung des P zu vollziehen. Diese Formel (1) liegt auch dem Mercantilsystem zu Grunde. Wenn wir Formel (1) wiederholen: $G—W \ldots P \ldots W'—G'.\ G—W \ldots P \ldots W'—G'.\ G—W \ldots$, so ergeben sich uns zwei andere Formeln: (2) $P \ldots W'—G'.\ G—W \ldots P$, der Kreislauf des produktiven Kapitals und (3) $W'—G'.\ G—W \ldots P \ldots W'$, der des Warenkapitals. In der Form (2) geht bei einfacher Reproduktion der ganze Mehrwert in die persönliche Konsumtion des Kapitalisten ein:

$$P \ldots W' \left\{ \begin{matrix} W \\ + \\ w \end{matrix} \right\} — G' \left\{ \begin{matrix} G \\ + \\ g \end{matrix} \right\} \begin{matrix} — W < \frac{A}{Pm} \\ — w \end{matrix}$$

Da aber durch den ganzen Charakter der kapitalistischen Produktion Produktion auf erweiterter Stufenleiter notwendig wird, so muss g als Geld accumuliert werden, um, wenn hinreichend accumuliert, zur Erweiterung des ursprünglichen Produktionsprozesses oder als Reservefonds bei etwaigen Störungen im Cirkulationsprozess $W'—G'$ zu dienen. In der Form (2) erscheint der Cirkulationsprozess nur als Unterbrechung der Produktion und bei entwickelter kapitalistischer Produktion liegt es nahe, nur diese Formel zu berücksichtigen, die Produktion des Mehrwertes höher anzuschlagen als die Realisation. Hiebei werden die Eigentümlichkeiten des Geldes übersehen, da G und g nur als verschwindende Cirkulationsmittel erscheinen, und der Prozess erscheint einfach und klar. Die Formel (3), ausgehend von W' ($W — w$), umschliesst die gesamte Konsumtion, sowohl die individuelle, wie die produktive, setzt ferner in der Form von $W = A — Pm$ anderes industrielles Kapital voraus und kann daher als die Bewegungsform des Gesamtkapitals der Kapitalistenklasse betrachtet werden, eine Bewegung, worin die jedes individuellen industriellen Kapitals nur als eine Teilbewegung erscheint, die mit der andern sich verschlingt und durch sie bedingt wird. — Da der Produktionsprozess möglichst kontinuierlich sein muss, so befindet sich das industrielle Kapital gleichzeitig in den drei Formen des Geldkapitals, des produktiven und des Warenkapitals. Die Grösse des individuellen Kapitals ist bedingt durch die Mittel des Kapitalisten und durch die für jeden Industriezweig erforderte Minimalgrösse; sie selbst bedingt den Umfang des Produktionsprozesses, der seinerseits die Grösse des neben dem Produktionsprozess fungierenden Waren- und Geldkapitals bestimmt.

Der Kreislauf des Kapitals, ein periodischer Prozess, der *Produktionszeit*, d. h. die Dauer seines Aufenthaltes in der Produktionssphäre

(P) und Umlaufszeit, d. h. die Dauer seines Aufenthaltes in der Cirkulationssphäre (in $G—W$ und $W'—G'$) umfasst, heisst der Umschlag des Kapitals. Das Jahr ist die natürliche Masseinheit für die Umschläge des Kapitals, aber die Zahl der Umschläge der verschiedenen Teile des Kapitals während eines Jahres ist sehr verschieden. Während ein Teil des Kapitals während der Produktionsperiode gänzlich in das erzeugte Produkt eingeht, dauert ein anderer mehrere Produktionsperioden aus; der erstere ist das cirkulierende oder flüssige, der andere das fixe Kapital. Diese eigentümliche Cirkulation des fixen Kapitals ergiebt einen eigentümlichen Umschlag. Die Verwandlung seines auf das Produkt stückweise übertragenen Wertes in Geld geht in gleichem Schritt mit der Verwandlung der Ware in Geld vor sich, aber seine Rückverwandlung aus Geld in Ware ist bedingt durch die Zeit seiner Funktionsdauer, der seine Umschlagszeit gleich ist. Die Formbestimmtheiten von fixem und cirkulierendem Kapital entspringen nur aus dem verschiedenen Umschlag des produktiven Kapitals. Da nun der Produktionsprozess so lange fortgesetzt werden muss, bis das vorgeschossene fixe Kapital sich ausgelebt hat, so hat der vorgeschossene Kapitalwert einen Cyklus von Umschlägen zu beschreiben, der durch die Lebenszeit des angewandten fixen Kapitals bestimmt wird. Je mehr der Wertumfang und die Lebensdauer des angewandten fixen Kapitals wächst, desto länger wird das Leben des industriellen Kapitals, das aber andererseits durch die beständige Umwälzung der Produktionsmittel verkürzt wird.

Arbeitsperiode. Da die Dauer des Produktionsaktes in den verschiedenen Industrieen verschieden ist, so folgt daraus ein Unterschied in der Geschwindigkeit des Umschlags oder der Zeitlänge, für die das einzelne Kapital vorgeschossen werden muss. Die Zahl zusammenhängender Arbeitstage, die erforderlich ist, um ein bestimmtes Produkt zu liefern, nennt Marx die Arbeitsperiode. Je länger aber die Arbeitsperiode, desto grösser muss das zuschüssige, cirkulierende Kapital sein, während eine Vermehrung des fixen dadurch nicht verlangt wird. Auch dies ist ein wichtiger Unterschied im Wesen des fixen und cirkulierenden Kapitals.

Produktionszeit. Die Arbeitszeit ist immer Produktionszeit, aber nicht umgekehrt die Produktionszeit Arbeitszeit. Die letztere wird kürzer sein als die erstere, wenn das Produkt für eine Zeit lang dem Walten der Naturkräfte überlassen werden muss, wie z. B. bei der Weinfabrikation der Wein der Gährung. Da während dieser Zeit keine Aufsaugung von Mehrwert stattfindet, hat der Kapitalist das Bestreben, dieselbe möglichst abzukürzen.

Umlaufszeit. Nachdem wir die aus dem Produktionsprozess selbst entspringenden, die Länge der Umschlagszeit beeinflussenden Faktoren beobachtet haben, wenden wir uns zu denen, die aus der Umlaufszeit entstehen. Der eine Abschnitt derselben, $W'—G'$, ist der relativ entscheidendste. Die Verkaufsperiode wird sich mit den allgemeinen Schwankungen der Marktverhältnisse ändern; eine andere Ursache ist die Entfernung des Produktionsplatzes von dem Verkaufsplatz der Waren, die auch auf den zweiten Abschnitt, $G—W$, die Kaufszeit, einwirkt. In dieser

Epoche muss ein bestimmter Wertteil des vorgeschossenen Kapitals eine Zeit lang als Geldkapital verharren. In Perioden, die von den Marktverhältnissen abhängen, muss Geld in grösseren Mengen zum Ankauf von Rohmaterial, in kürzeren Zeiträumen für Arbeitslohn ausgegeben werden. Da während seiner Umlaufszeit das Kapital nicht als produktives fungiert, und daher weder Ware noch Mehrwert produziert, so muss das Bestreben des Kapitalisten dahin gehen, die Dauer der Umlaufszeit im Interesse der Selbstverwertung des Kapitals zu beschränken. Aber auch in Bezug auf die Grösse des für die Umschlagszeit vorgeschossenen cirkulierenden Kapitals ist die Länge der Umlaufszeit von der grössten Bedeutung. Es sei z. B. die Produktionsperiode = neun Wochen, die Umlaufszeit = drei Wochen, so muss, wenn der Produktionsprozess ein kontinuierlicher sein soll, nicht nur für die neun Wochen, sage 900 £ (100 £ für die Woche) = Kapital I, sondern auch für die drei Wochen der Umlaufszeit 300 £ = Kapital II vorgeschossen werden. Durch dies Hinzukommen von Kapital II wird ein kontinuierlicher Fortgang erst ermöglicht, zugleich aber das vorgeschossene Kapital vergrössert, von dem nur ein Teil als produktives Kapital fungieren kann, der andere als Geld und Warenkapital der Produktion entzogen bleibt. Diese verschiedenen Portionen des vorgeschossenen Kapitals lösen sich wie zwei vollständige Privatkapitale in der Folge der Umschlagszeiten ab, wenn die Cirkulationsperiode = der Arbeitsperiode oder ein einfaches Multipel derselben ist; dagegen in den Fällen, wo Cirkulationsperiode und Arbeitsperiode verschieden gross sind, wird Kapital vom zweiten Umschlag an beständig und periodisch am Schluss jeder Arbeitsperiode freigesetzt. Dies freigesetzte Kapital ist = Kapital II, wenn die Arbeitsperiode grösser als die Cirkulationsperiode ist, es ist = dem Kapitalteil, welcher den Ueberschuss der Cirkulationsperiode über die Arbeitsperiode oder ein Multipel derselben auszufüllen hat, wenn die Cirkulationsperiode grösser als die Arbeitsperiode ist. Diese Freisetzung von Kapital ist die Regel; der Betrag des freigesetzten Kapitals wächst mit der Stufenleiter der Produktion und bildet eine der Grundlagen des Kreditsystems.

Betrachten wir noch den Umschlag des variablen Kapitals, das stets cirkulierendes ist, und zwar insofern es der Erzeuger von Mehrwert ist. Nennen wir das in einer Umschlagsperiode ausgelegte und verzehrte variable Kapital v, die Rate des Mehrwerts (m) $m' = \frac{m}{v}$; so ist die Masse des in einer Umlaufsperiode produzierten Mehrwerts $= v . m'$; bei Annahme von n Umlaufsperioden pro Jahr ist die Jahressumme des Mehrwerts $M = n . v . m'$. Das Verhältnis von M zur Wertsumme des vorgeschossenen Kapitals v ist die Jahresrate des Mehrwerts $M' = \frac{v . n . m'}{v} = m' n$. Nehmen wir nun zwei Kapitale, deren variabler Teil 100 £ pro Woche, die Umschlagsperiode des ersten A = fünf Wochen, die des zweiten B = ein Jahr, die erforderlichen vorgeschossenen Kapitalien also 500 £ bezw. 5000 £ sind; die Rate des Mehrwertes sei 100 %, dann ist für Kapital A $M' = 100\ \%. 10 = 1000\ \%$, für Kapital $B = 100\ \%$.

1 = 100 %, obwohl *M* für Kapital *A* und *B* = 5000 £ ist. Hier scheint die Rate des Mehrwerts nicht nur von der Masse und dem Exploitationsgrad der vom variablen Kapital in Bewegung gesetzten Arbeitskraft, sondern noch von anderen aus dem Cirkulationsprozess entspringenden, unerklärlichen Einflüssen abzuhängen. Sehr einfach erklärt sich aber das Phänomen daraus, dass vorgeschossenes Kapital nicht angewandtes ist, aber nur das wirklich im Arbeitsprozess angewandte Kapital Mehrwert erzeugt. *A* schiesst £ 500 vor und wendet sie an, *B* schiesst £ 5000 vor und wendet in gleich langer Zeit wie *A* ebenfalls nur £ 500 an. Man hat also die aufs Jahr berechnete Rate des Mehrwerts auszudrücken durch

$$\frac{\text{Jährlich produzierte Masse Mehrwert}}{\text{Jährlich umgeschlagenes variables Kapital.}}$$

Ferner befindet sich bei *A* schon am Ende der fünften Woche das neue Wertprodukt in einer Form, in der es von neuem als produktives Kapital fungieren kann, bei *B* erst am Ende des Jahres. Es wird also die Grösse des vorgeschossenen variablen Kapitals durch die Länge der Umschlagsperiode bestimmt. Auch bei der Accumulation des Mehrwerts ist dies wichtig. *A* kann aus dem periodisch zufliessenden Mehrwert seine eigene Konsumtion und das für Reparatur des fixen Kapitals nötige Zuschusskapital bestreiten; *B* dagegen nicht und muss daher für beides noch Kapital vorschiessen. Bei einfacher Reproduktion wird der jährlich oder periodisch zufliessende Mehrwert unproduktiv von seinen Eignern verzehrt, bei gesteigerter produktiv.

Der dritte und letzte Abschnitt des zweiten Buches behandelt die Reproduktion und Cirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Als Gesamtheit betrachtet zeigt die moderne Produktionsweise denselben kapitalistischen Charakter, wie ihn der Reproduktionsprozess jedes einzelnen Kapitals hat; aber dabei muss der Gebrauchswert der produzierten Waren in Betracht gezogen werden, der früher vernachlässigt werden durfte. Auch der Arbeiter erscheint in der Rolle des Warenkäufers, der Kapitalist als Käufer von Konsumtionsmitteln, Konsument von Mehrwert. Die Produktion zerfällt daher in die von Produktions- und die von Konsumtionsmitteln; das Jahresprodukt stellt sich dar als konstantes + variables Kapital + Mehrwert ($k + v + m$) in jeder der beiden Klassen.

Wie nun der Austausch der Klassen untereinander im einzelnen erfolgt, dafür müssen wir auf Marx' Buch selbst verweisen, ebenso hinsichtlich der im 6. Kapitel dargestellten Cirkulationskosten, wie die Unkosten des Kaufens und Verkaufens, der Buchführung, der Produktion und Reproduktion des cirkulierenden Geldes, die teils dem einzelnen, teils der Gesellschaft zur Last fallen.

Clémence, Adolph. Mitglied der Internationalen gehörte er vom 26. März 1871 an zu den fähigsten und würdigsten Mitgliedern der Commune. immer im Kampf gegen die extremen und sinnlosen Massregeln der Jakobinischen Majorität. Er war Mitglied der Kommission für Rechtspflege.

Clément, Jean Baptiste, geboren Mai 1837 zu Boulogne-sur-Seine. Im Alter von 12 Jahren wurde er Lehrling bei einem Kupferarbeiter und blieb dort ungefähr sieben Jahre. Ein geschickter Arbeiter geworden,

machte er sich daran, die Lücken seiner Erziehung auszufüllen und begann Gedichte zu schreiben. 1869 wandte er sich der Politik zu, trat im Januar 1870 in die „Réforme“ ein und gab hier unter dem Titel „Carmagnoles“ eine Serie von Pariser Geschichten heraus, welche ihm ein Jahr Gefängnis einbrachten. Er wurde Mitglied der Commune und zeichnete sich vor den andern durch die Heftigkeit seiner Rede aus. Zur Deportation verurteilt, gelang es ihm, nach England zu entkommen, wo er bis 1880 blieb. Nach der Amnestie kehrte er nach Frankreich zurück und wurde eines der thätigsten Mitglieder der Arbeiterpartei, indem er sich nunmehr gänzlich der Propaganda der socialistischen Ideen, sei es durch die Feder, sei es durch das Wort, widmete. Eifriger Mitarbeiter des „Prolétariat“, „Cri du peuple“, „Socialiste“, hat er „la Revanche des Communeux.“ Paris 1887 geschrieben; am bekanntesten aber wurde er durch seine „Chansons“, Paris 1885.

Cluseret, Gustave Paul, geboren zu Paris am 13. Juni 1823. Ein Schüler der Kriegsschule von St. Cyr nahm er an Garibaldis Feldzug in Sicilien teil. Als Generalmajor nahm er 1861 seinen Abschied, um den amerikanischen Secessionskrieg auf Seite des Nordens durchzumachen, während dessen er zum General befördert wurde. Nach der Wahl von General Grant zum Präsidenten kehrte er nach Europa zurück und nahm an der fenischen Verschwörung teil. Man schreibt ihm den Angriff auf das Schloss von Chester, 1867, zu. Er wurde infolgedessen von der englischen Polizei einige Monate gefangen gehalten; es gelang ihm aber, sich aus dem Gefängnis zu befreien und nach Frankreich zu entkommen. Hier veröffentlichte er in dem von ihm gegründeten Journal „L'Art“ militärische Kritiken, infolge deren er zu St. Pélagie gefangen gesetzt wurde. Mit Varlin und anderen Mitgliedern der Internationale bekannt geworden, schloss er sich derselben an. Nach dem Sturz des Kaiserreiches trat er in die Redaktion der „Marseillaise“ ein, wo er sich bald durch die Heftigkeit seiner Ansichten bekannt machte. Er nahm am Aufstand zu Lyon (28. Juni 1870) teil und organisierte auch in Marseille eine revolutionäre Commune. Während der Herrschaft der Pariser Commune war er eine Zeit lang Leiter des Kriegsdepartements, wurde aber sehr bald, seinen Kollegen verdächtig geworden, in Mazas gefangen gesetzt. Vor den Verfolgungen der französischen Regierung nach dem Untergang der Commune floh er nach England und von da nach Amerika. Das Kriegsgericht zu Versailles verurteilte ihn zum Tode. Später fand er in der Schweiz in der Nähe des Genfersees eine Zuflucht, von wo aus er Beiträge für amerikanische und englische Zeitungen lieferte. Nach der Amnestie von 1880 kehrte er nach Paris zurück, wurde Mitarbeiter der „Commune“ und „Marseillaise“ und November 1880 zu 15 Monaten Gefängnis und 2000 Fr. Geldbusse, Januar 1881 zu 2 Jahren und 3000 Fr. wegen Aufreizung der Armee zur Revolte verurteilt. 1889 ward er zum Deputierten gewählt und behauptete bis 1893 seinen Sitz.

Op. Armée et démocratie, Brüssel 1869; Mémoires, 3 vol. Paris 1887—88.

De Colins, Jean Guillaume César Alexandre Hippolyte, geboren zu Brüssel am 24. Dezember 1783, gestorben zu Paris am 12. November 1859. Bis zu seinem 7. Jahre in der Obhut seiner Mutter, ward er darauf einem Jesuiten, einem alten Freund seines Vaters, zur Erziehung übergeben. 1819 etablierte er sich in la Havana als Arzt. Nach der Revolution von 1830 kehrte er nach Frankreich zurück, nahm 1833 seine wissenschaftlichen Studien wieder auf und veröffentlichte 1835 sein erstes Werk „Le pacte social". Schon hier bekannte er sich zum Kollektivismus und sprach den Satz aus, dass das immobile Eigentum allen gehöre. Colins ist der Begründer des sogenannten „rationellen Socialismus".

Theorie: Der Mensch allein arbeitet und bearbeitet die Materie in der Absicht, zu produzieren. Aus dem Zusammentreffen dieser beiden Elemente des Produktionsprozesses, der Arbeit und der Materie, entstehen Güter, in denen sich Arbeit aufgehäuft hat und welche losgelöst von der Erde, daher beweglich sind, das Kapital. Da nun der Mensch der Materie bedarf, um auf sie zu wirken, sie zu bearbeiten, so folgt, dass die Arbeit nur da frei sein kann, wo ihr der Boden gehört; anderenfalls sich in Sklaverei befinden wird. Damit nun alle Mitglieder einer Gesellschaft fortwährende Besitzer des nationalen Bodens seien, muss dieser Kollektiveigentum sein, d. h. er muss jedem, der ihn zu gebrauchen wünscht, zur Verfügung stehen, und die von den Mietern an die Gesellschaft bezahlte Rente muss zum Nutzen aller verwendet werden. Hinsichtlich der Verteilung der Güter gilt dann folgendes. Da bei der Freiheit des Bodens ein jeder seinen Lebensunterhalt sich frei verschaffen kann, so wird er für einen anderen nur dann arbeiten, wenn ihm dieser mehr bietet als das, was er sich durch Arbeit für sich verschaffen kann, d. h. der Lohn wird sich zum Maximum, das unter den gegebenen Umständen möglich ist, erheben. Daher fällt der grösste Teil des Produktes der Arbeit, der kleinste dem Kapital zu, während bei der jetzigen Sklaverei der Arbeit der Lohn stets auf das Minimum herabgedrückt wird. Ist der Boden in individuellem Besitz, so wachsen Reichtum der einen, und Armut der anderen Klasse proportional der Entwicklung der Intelligenz in der Gesellschaft; ist der Boden dagegen Kollektiveigentum, so vermehren sich die Reichtümer aller proportional der Thätigkeit eines jeden und proportional dem Fortschritt der Civilisation.

Die Gesellschaft wird auf ihre Kosten eine freie theoretische und praktische Erziehung geben. Wenn die grossjährig Gewordenen in die Gesellschaft eintreten, wird einem jeden ein bestimmter Teil von den Staatsüberschüssen als Ausrüstung gegeben. Im Besitz derselben kann der junge Bürger nun isoliert oder in Association mit anderen produzieren, oder in den Lohndienst eines anderen Bürgers treten. Die beiden ersten Klassen erhalten von der Gesellschaft Boden und Kapital. Der Boden wird in Pachtgüter eingeteilt und diese, mit Betriebskapital ausgestattet, an den Meistbietenden in Pacht gegeben. Die Gesellschaft leiht auch Kapitalien, um dadurch die Steigerung des Zinsfusses über die gesetzmässige Höhe durch Privatkapitalisten zu verhindern. Die Association der Kapitalien wird vom Staat proskribiert, nur die der Arbeiter ist erlaubt.

Die Erbschaft ist auf die direkte Linie beschränkt; alle Erbfolgen sind mit einer Steuer belastet. Intestaterbfolgen, mit Ausnahme der direkten, fallen an die Gesellschaft. So wird die Exploitation der Arbeit durch das individuelle Kapital unmöglich gemacht.

Op. Le pacte social 1835; L'économie politique; Source des révolutions et des utopies prétendues socialistes 1856—57, 3 vol.; Qu'est-ce que la science sociale 1853—54, 4 vol.; La société nouvelle, sa nécessité, 2 vol., 1857; Science sociale, 6 vol., 1857.

Zu seiner Schule gehören Agathon de Potter (s. d.), Hugentobler, von dessen Werken wir erwähnen: Dialogues des Morts entre Proudhon et Colins 1867; Communisme et Socialisme rationnel 1868; Extinction du paupérisme 1871; ferner J. Putsage, Études de Science réelle 1888, und Borde. 1875 gründeten seine Schüler eine Monatsschrift: La Philosophie de l'avenir.

Combe, Abram, geboren 1785, gestorben 1827, wurde nach einem Besuche Owens in New Lanark im Jahre 1820 einer der begeistertsten Anhänger des Kommunismus. Er war ein wohlhabender und vielseitig gebildeter Mann. Die Idee, eine kommunistische Gemeinde nach den Plänen Owens zu gründen, verfolgte er mit grosser Ausdauer; er opferte ihr den grössten Teil seines Vermögens und schliesslich sein Leben. Es gelang seinem grossen Eifer, im Jahre 1826 die Kolonie Orbiston (s. d.) zu gründen. Er starb dort bereits im August des folgenden Jahres an den Folgen von Ueberanstrengung durch Feldarbeit, der er sich auch dann noch rastlos hingegeben hatte, als sich bereits die Symptome einer Lungenkrankheit gezeigt hatten.

Commune, Pariser, von 1871. Wie die Juni-Insurrektion von 1848, war auch die Pariser Commune von 1871 ein Aufstand der Verzweiflung gewesen. Auch hier fanden sich proletarische Socialisten und Revolutionsverschwörer im Widerstand gegen die regierende Bourgeoisie zusammen. Die grosse Mehrheit der Mitglieder der Commune bestand aus radikalen Kleinbürgern und Blanquisten, mit wenigen Ausnahmen nur Socialisten aus revolutionärem Instinkt. Ihr Ideenkreis bestand aus Schlagworten der französischen Revolution von 1789; die Commune sollte nur eine Wiederholung der von 1792 sein. Aber statt auf alle Klassen der Bevölkerung mit Ausnahme des Adels, wie 1792, konnte sich die Commune von 1871 nur auf das Proletariat und das radikale Kleinbürgertum stützen. Sie nahm den Kampf mit Versailles auf, um einer Frage willen, die dem Lande zunächst nur als eine lokale Angelegenheit von Paris erscheinen musste. Die Verleihung kommunaler Freiheit, als ein Protest gegen die masslose Centralisation des Kaiserreiches, das war die Forderung des radikalen Pariser Kleinbürgertums — und unter dem gewaltigen Einfluss der Thatsachen wurden die blanquistischen Doktrinäre, die nur in Verschwörungen lebend, nur in der straffsten Disziplin und diktatorischen Centralisation der Gewalt in den Händen der Leiter das Heil jeder Revolution erblickten, gezwungen, das Gegenteil ihrer Doktrin zu thun. In allen ihren Proklamationen forderte die Pariser Commune Frankreich zur freien Föderation aller Communen mit Paris, zu einer durchaus föderalistischen Organisa-

tion der Nation auf. In einer kurzen Skizze, die die Commune nicht die Zeit hatte, auszuarbeiten, heisst es, dass die Commune die politische Form selbst des kleinsten Dorfes sein sollte; die Landgemeinden sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Bezirkshauptstadt verwalten, und diese Bezirksversammlungen dann wieder Abgeordnete zur Nationaldelegation in Paris schicken; die Abgeordneten sollten jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein. Die wenigen, aber wichtigen Funktionen, welche dann noch für eine Centralregierung übrig blieben, sollten nicht abgeschafft, sondern an kommunale Beamte übertragen werden. Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil durch die Kommunalverfassung neu organisiert werden. Hier in diesem Entwurf tritt der proletarische Charakter der Bewegung klar durch. Die Kommunalverfassung erscheint als die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen kann. Indem durch sie die Unterdrückung des Volkes durch die alte Regierungsform, die ihrem Wesen nach Klassenstaat ist, abgeschafft wird, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Communen konstituierten Volke dazu dienen, die Verwaltungsgewalt in die Hände von ihm direkt verantwortlichen Dienern zu legen. Da nun die politische Herrschaft des Arbeiters nicht bestehen kann neben der Verewigung seiner socialen Knechtschaft, so sollte die Commune zugleich der Hebel sein, die ökonomischen Grundlagen, auf denen die Klassenherrschaft beruht, umzustürzen und die Arbeit zu emancipieren.

Am 8. Februar 1871 fanden die Wahlen für die französischen Nationalversammlung statt, die eine durchaus konservative, von einem blinden Hass gegen Paris beseelte, Majorität ergaben. Sie tagte zunächst in Bordeaux, dann in Versailles (10. März) und ernannte General Valentin zum Polizeipräfekten von Paris und d'Aurelle de Paladines zum Oberkommandanten der Nationalgarde, beide den Parisern aufs äusserste verhasst. Ausserdem dekretierte sie, dass die am 31. November 1870 verfallenen Wechsel, deren Zahlung auf unbestimmte Zeit vertagt war, innerhalb zwei Tagen eingetrieben werden sollten. Damit war das gesamte Pariser Kleinbürgertum ruiniert und wurde in das revolutionäre Lager hinübergetrieben. Hiezu kam noch, dass die Versammlung es ablehnte, auf die Frage der Zahlung der Mietzinse einzugehen. Zur Abwehr dieser reaktionären Massregeln der „Krautjunker (rureaux) von Versailles“, wie die Nationalversammlung genannt wurde, wurde der republikanische Bund der Nationalgarde (3. März) gestiftet, worin die Nationalgarde das Recht für sich in Anspruch nahm, ihre Chefs selbst zu wählen. Ausserdem konstituierte sich am 15. März ein Centralkomitee, dem von der Internationalen nur Varlin angehörte. Am Morgen des 18. März versuchte die Regierung, sich der Kanonen der Nationalgarde zu bemächtigen; der Anschlag misslang aber und gab die unmittelbare Veranlassung zum Aufstand der Pariser. Das Centralkomitee setzte sich noch am selben Tage auf dem Stadthause fest. Am 26. März fanden die Wahlen für den Municipalrat, mit Nachwahlen am 16. April, statt, die eine erdrückende

Majorität des radikalen Kleinbürgertums ergaben; nur 19 von den 79 Mitgliedern gehörten der Internationale an. Unter ihnen waren Frankel, Varlin, Vaillant, Malon. „Diese, die Internationalen, machten von allen Fraktionen den besten Eindruck, verstanden am meisten von der socialen Frage, waren die massvollsten, allen Roheiten und Grausamkeiten abhold, und lieferten mehrere der tüchtigsten Beamten der Commune.“ (G. Adler in Conrads Handwörterbuch). Bei der Kürze der Lebensdauer der Commune können wir natürlich keine ganze und umfassende socialpolitische Gesetzgebung von ihr erwarten. Sie musste sich vielmehr darauf beschränken, die dringendste Not, so weit wie möglich, zu lindern. Diesen Zweck verfolgen die Erlasse über die Mietzinse und Wechsel, durch welche die ersteren, im Oktober, Januar und April fälligen, vollständig erlassen, und die Verfalltermine der letzteren vertagt wurden; in derselben Absicht wurde auch der Verkauf der verfallenen Pfänder auf dem Leihhause vertagt. Weitergehend und wohl in der Hauptsache dem Einfluss der internationalistischen Mitglieder der Commune zuzuschreiben sind zwei andere Dekrete. Das eine vom 16. April forderte zu einer Versammlung der Arbeiter-Syndikats-Kammern auf, um eine Statistik der von ihren Besitzern im Stich gelassenen Werkstätten aufzunehmen, die Mittel anzugeben, sie durch Arbeiterassociationen in Betrieb zu setzen, und eine Jury zu ernennen, die die Quote der Entschädigung an die Fabrikherren festsetzen sollte; das andere stellte die Rechte der unehelichen Kinder denen der ehelichen gleich. Auch die Zerstörung der Vendômesäule ist wohl demselben Einfluss der Internationalen zuzuschreiben; man protestierte gegen den Krieg, indem man den Götzen desselben zerschlug. Am 25. April wurde ein Waffenstillstand geschlossen; aber die von allen Seiten gemachten Versuche einer Versöhnung schlugen fehl; sie wurden samt und sonders von Thiers und der Nationalversammlung abgewiesen. Im Laufe der Entwicklung der Verhältnisse hatte die jakobinische Partei in der Commune die Oberhand gewonnen; die Internationalen hatten, als ihre Hoffnung, die Commune in ihrem Sinne zu leiten, fehlgeschlagen war, sich vom Stadthause zurückgezogen. Mehr und mehr entglitt die Macht und der Befehl, in den letzten Tagen gänzlich, den Händen der Commune und ging in die der einzelnen Klubs und Strassendemagogen über Die Greuel, die in der letzten Zeit auch von der Seite der Communarden begangen wurden und die man auf Rechnung der Commune gesetzt hat, sind in der That das Werk einzelner Personen, die ohne Auftrag seitens derselben handelten. Am 21. Mai gelingt es den Soldaten Thiers durch Bestechung, über den Wall in die Stadt zu dringen; eine achttägige furchtbare Strassenschlacht beginnt, die am 28. Mai mit der Niederwerfung des Aufstandes endigt. Mit dem Ende des Kampfes beginnt das greuelvolle Hinmorden der Communarden mit und ohne Kriegsgerichte, das bis 1874 dauert. 49,066 Entscheidungen wurden gefällt, 24,000 Abweisungen, 2300 Freisprechungen, 13,000 Verurteilungen erlassen; der Begnadigungsausschuss gab 2000 günstige, 4000 ungünstige Urteile ab — danach kann man die Grösse des Mordens beurteilen.

Um ein Urteil über die Beteiligung der Internationale an der Pariser

Commune abzugeben, so ist sicher, dass dieselbe in der Commune nur eine unbedeutende Rolle gespielt hat, daher auch den Aufstand nicht hat hervorrufen können noch wollen. Vielmehr hat der Generalrat seinerzeit von einem solchen durchaus abgeraten. Als aber der Aufstand losgebrochen war, haben die Internationalisten allerdings vergeblich versucht, die Leitung desselben in ihre Hand zu bekommen und ihn daher durch That und Wort unterstützt. Nach dem Sturz der Commune nahm der Generalrat die volle Verantwortung für ihre Thaten auf die Schultern seines Bundes, den er als ihre eigentliche Triebfeder schilderte. So schliesst denn auch seine Adresse über den „Bürgerkrieg in Frankreich" mit den Worten: „Das Paris der Arbeiter mit seiner Commune wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem grossen Herzen der Arbeiterklasse. Seine Vertilger hat die Geschichte schon jetzt an jenen Schandpfahl genagelt, von dem sie zu erlösen alle Gebete ihrer Pfaffen ohnmächtig sind." —

Comte, Auguste, geboren am 12. Januar 1798 zu Montpellier, gestorben am 5. September 1857. Von Interesse ist für uns hier nur die Zeit seiner Verbindung mit St. Simon, dem er seit 1816 lange Jahre als Schüler, litterarischer Beistand und Freund zur Seite stand. C. hat selbst nichts zu dem St. Simonschen Werke „L'Industrie" beigetragen, war aber mit der Herausgabe des dritten Bandes betraut. 1819 erschien der „Organisateur" und C. war ein eifriger Mitarbeiter an ihm. Sein erster Beitrag war „Sommaire appréciation de l'ensemble du Passé moderne", in dem er das wichtigste der Spekulationen St. Simons sich aneignete. Auch beim „Catechismus" war C. mit der Ausführung eines Teiles beauftragt. Aber schon damals bestand zwischen Meister und Arbeiter nicht mehr die frühere intime Freundschaft; ein fundamentaler Unterschied ihrer Ansichten trennte sie und führte 1824 zum Ende der Freundschaft. C. sagte sich von der St. Simonistischen Schule los und stand ihr später feindlich gegenüber (s. St. Simon).

Considérant, Prosper Victor, geboren zu Salins am 12. Oktober 1808, trat er in die Polytechnische Schule ein, die er als Genieoffizier verliess. 1831 nahm er, inzwischen Kapitän geworden, seinen Abschied, um sich ganz der Verbreitung den Fourierschen Ideen zu widmen. Er verfasste das Hauptwerk der Schule: Destinée sociale, exposition élémentaire complète de la théorie sociétaire. Schon vorher hatte er die „Phalange" gegründet, die bis 1845 existierte. In den letzten Jahren der Regierung Louis Philippes gründete C. ein tägliches politisches Journal, „La Démocratie pacifique". Am 23. April 1848 ward er zum Deputierten der Assemblée constituante gewählt und brachte in den Junitagen, als der Antrag auf sofortige Auflösung der Nationalwerkstätten eingebracht war, mit Louis Blanc ein Manifest vor die Kammer, in dem dieselbe aufgefordert wurde, das Recht eines jeden, durch seine Arbeit zu leben, zu garantieren und ihre Bereitwilligkeit auszusprechen, mit allen möglichen praktischen Mitteln das grosse Princip der Association zu fördern, das alle Interessen und alle Rechte zu vereinen bestimmt ist. Nach der Präsidentenwahl des 10. Dezember bekämpfte er aufs lebhafteste die Politik der Nationalversamm-

lung in seinem Journal; von ihm, in Verbindung mit Ledru Rollin und Felix Pyat, wurde in seinen Bureaux der Aufruf an das Volk zu den Waffen verfasst und C. war einer der Abgeordneten, die am 13. Juni 1849 den Versuch machten, sich im Conservatoire des arts et métiers als Konvent zu konstituiren. Nach Unterdrückung der Bewegung gelang es ihm, nach Brüssel zu entkommen; der oberste Gerichtshof verurteilte ihn zur Deportation. In Brüssel gelang es ihm, eine Reihe von Leuten für seinen Gründungsplan einer Fourierschen Kolonie zu gewinnen. Mit hinreichenden Geldmitteln versehen, wanderte C. nach Texas und gründete dort das Phalansterium „La Réunion", das aber durch den Krieg mit den Südstaaten ruiniert wurde. Er kehrte deshalb 1869 nach Frankreich zurück und lebte seitdem zurückgezogen in Paris.

Op. Destinée sociale, 3 vol., 1834—45; Manifeste de l'école sociétaire, 1841; Théorie du droit de propriété et du droit au travail, 1848; Le Socialisme devant le vieux monde ou le vivant devant les morts, 1849; Exposition abrégée du système phalanstérien, 1845; Principes du socialisme, 1847; Les quatre crédits, 1851; La solution ou le gouvernement direct du peuple, 1851; De la souveraineté et de la régence, 1842; Théorie de l'éducation naturelle et attrayante, 1845; Description du phalanstère et considérations sociales sur l'architectonique, 1848; Au Texas 1854; Du Texas 1857; Mexique 1868.

Cooper, Thomas, geboren am 28. März 1805, gestorben am 15. Juli 1892. Ursprünglich war er Schuhmacher. Durch eifriges Selbststudieren unter den schwierigsten Verhältnissen erwarb er sich tüchtige Kenntnisse und wurde mit 23 Jahren Schulmeister und später Journalist. Den Chartisten schloss er sich bereits in den dreissiger Jahren an und wurde bald einer ihrer wildesten Führer. Als intellektueller Urheber von Ausschreitungen streikender Arbeiter während des „heiligen Monats" wurde er mit zwei Jahren Gefängnis bestraft. Hier verfasste er seine Dichtung: „The purgatory of suicides, das Fegefeuer der Selbstmörder", welche ihm sofort den Ruf eines der grössten Dichter seiner Zeit eintrug. Zuerst war er ein Anhänger von Feargus O'Connor (s. d.), opponierte ihm später aber heftig, als dieser mit seinem Landplan hervortrat. Im Jahre 1855 erfuhren seine religiösen Anschauungen eine gründliche Wandlung: aus dem wilden Chartisten wurde ein eifriger Anhänger des Christentums. Als Wanderprediger hat er dann in vielen Versammlungen seine neuen Ansichten entwickelt. 1872 veröffentlichte er eine Autobiographie und 1878 seine gesammelten poetischen Werke. In seinen letzten Lebensjahren erhielt er eine Staatspension.

Cornette, Henri Arthur Marie, geboren 27. März 1852 zu Bruges. Vertreter des Freidenkertums und des Socialismus in Belgien. Er ist Mitarbeiter des „Socialisme progressif", der „Toekomst", des „Avenir", der „Revue socialiste" u. a. m.

Op. Les bases de la morale, Verviers 1877.

Costa, Andrea, italienischer Socialist. Ein Schüler Bakunins, hat er es verstanden, sich von den unfruchtbaren Phrasen des Anarchismus zu befreien, und sich im Laufe der Jahre mehr und mehr dem Standpunkt

der deutschen Socialdemokratie genähert. Costas Verdienste um die Ausbreitung des Socialismus in Italien sind sehr gross. Seine unermüdliche Agitation hat ihn oft ins Gefängnis geführt, ohne dass es der Regierung gelungen wäre, den Trotz und die Ausdauer des streitbaren Kämpfers zu brechen.

Cournet, Frédéric, geboren zu Lorient 1839. Sein Vater war ein Barrikadenkämpfer der Junitage von 1848 und fand im Exil ein tragisches Ende. Bereits im Jahre 1862 begann der junge Cournet in Paris sich am Kampfe gegen Bonaparte zu beteiligen. Vier Jahre später trat er in die Redaktion des „Réveil“ und wurde am 13. Juni 1869 nach Mazas gebracht und dort 63 Tage gefangen gehalten. Zum zweitenmale wurde er am 8. Februar 1870 im selben Gefängniss eingekerkert, aber im Juli 1870 wieder freigelassen. In den Märztagen von 1871 war er in Paris, schloss sich sofort dem Comité central an und vertrat das 19. Arrondissement in der Commune. Obschon einer der letzten Kämpfer auf den Barrikaden, gelang es ihm doch, nach London zu entkommen, wo er in den Generalrat der internationalen Arbeiterassociation aufgenommen wurde. Nach dem Kongress von Haag zog er, alter Blanquist, sich von den Internationalen zurück. Infolge der Amnestie kehrte er nach Paris zurück und wurde 1881 Mitglied des Municipalrates. Er starb 1885.

Couturier, Valentin, geboren zu Lyon am 2. Mai 1829. Er beteiligte sich an der Insurrektion des Jahres 1849 zu Lyon und wurde zu 20jährigem Gefängnis verurteilt. Nachdem er einen Teil seiner Strafe verbüsst hatte, wurde er amnestiert. 1870 war er Sekretär des Oberst Métra und Mitglied des Wohlfahrtsausschusses. 1888 wurde er Mitglied des Pariser Municipalrates und 1889 zum Deputierten gewählt. In den Wahlen von 1893 behauptete er seinen Sitz. Couturier gehört dem „Parti ouvrier“ an.

Dänemark. Der erste Vertreter des Socialismus in Dänemark ist der Mediziner Frederik Drejer. Bereits im Anfange der fünfziger Jahre suchte er eine socialistische Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen. Ein früher Tod — er ist nur 25 Jahre alt geworden — setzte seiner Agitation ein Ende.

1858 liess der dänische Philosoph Chr. Dibbern (s. d.) einen utopistischen Roman erscheinen, in dem er socialistische Ideen vertrat.

Die Lehren der Internationalen Arbeiter-Association wurden in Dänemark seit 1871 durch Harald Brix, Paul Geleff und Louis Pio verbreitet. Für den 5. Mai 1872 hatten sie die Arbeiter Kopenhagens zu einer grossen Versammlung auf das Nordfeld gerufen. Die Polizei verbot die Abhaltung dieser Versammlung und verhaftete die genannten Arbeiterführer, welche dem Verbote trotzen zu wollen erklärt hatten, am Vorabend des bestimmten Tages. Trotzdem versammelten sich am 5. Mai grosse Menschenmassen und versuchten der Polizeimannschaft und dem Militär Widerstand zu leisten, wobei es zu Blutvergiessen kam. Die verhafteten Führer wurden dann zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt und die Internationale Arbeiter-Association in Dänemark verboten.

Die socialdemokratische Bewegung wurde von einigen aufrecht zu erhalten gesucht, insbesondere von dem Tischler Sophus Phil, der für seine Agitation bald ins Zuchthaus wandern musste. Mittelpunkt derselben wurde,

da eine politische Organisation sich als unmöglich erwies, die Centralleitung der „Freien Fachvereine". Diese nahmen ein socialistisches Programm in Uebereinstimmung mit den Principien der „Internationalen Arbeiter-Association" an. Das politische Interesse der Arbeiterschaft wurde aber in den nächsten Jahren fast ganz absorbiert durch die Streitigkeiten zwischen den Konservativen und den Radikalen, bei denen auch die Socialisten sich auf die Seite der letzteren stellten. Auch das Wiedererscheinen der aus dem Zuchthaus entlassenen alten Führer konnte daran nichts ändern. Pio und Geleff wanderten bald nach Amerika aus; Brix aber wirkte in Dänemark bis zu seinem Tode für seine Partei. Wenn die dänischen Socialdemokraten in diesen Jahren auch keine praktischen Erfolge zu verzeichnen hatten, so waren sie doch nicht unthätig. Auf dem im Jahre 1876 in Kopenhagen abgehaltenen ersten Kongress waren bereits zirka 5500 in 55 Organisationen verbundene Arbeiter durch 75 Delegierte vertreten.

Im Anfange des Jahres 1877 fand eine Bewegung zu dem Zweck statt, eine socialistische Kolonie in Kansas (Nordamerika) zu gründen. Später forderte man von der Regierung und der Volksvertretung 200,000 Kronen zur Unterstützung der Auswanderung von Arbeitslosen.

Im Jahre 1878 wurde die Aufgabe, den Mittelpunkt für die politische Thätigkeit zu bilden, der Centralleitung der freien Fachvereine abgenommen und einer neuen Organisation, welche unter dem Namen „Der socialdemokratische Verband" am 12. Februar 1878 errichtet war, übertragen. In den Händen des Vorstandes dieses Verbandes liegt die Hauptleitung der Partei. Den Fachvereinen blieb aber die Aufgabe, die gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Der im Jahre 1883 in Kopenhagen abgehaltene Kongress der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands gab auch der dänischen Bewegung einen mächtigen Anstoss. Im nächsten Jahre hatte sie die ersten praktischen Erfolge auf politischem Gebiete zu verzeichnen. Die Partei verband sich bei dem Wahlkampf dieses Jahres mit den Liberalen, um das Ministerium Estrup zu stürzen. Zwei ihrer Mitglieder, Holm und Hördum, wurden in den Folkething gewählt.

Gegen Ende der achtziger Jahre schieden sich in Dänemark zwei Richtungen, welche sich heute noch bitter bekämpfen. Die Majorität glaubte, dass man sich bemühen müsse, praktische Reformen zu erreichen, welche auch die Lage des kleinen Mittelstandes verbessern können, während eine Minorität der Bewegung einen rein proletarischen Charakter geben wollte und den Klassenkampf scharf betonte. Die Minorität liess seit April 1889 eine eigene Wochenschrift „Arbeideren" erscheinen, deren heftige Angriffe gegen die Gemässigten den Gegensatz verschärfte. Die Folge war, dass die Extremen — Chr. Bildsoe, P. Christensen, Nielsen-Kolding, F. Möller, N. L. Petersen, P. Petersen und Gerson Trier — im November 1889 mit 2641 gegen 391 Stimmen aus der Partei ausgeschlossen wurden. Diese konstituierten darauf eine besondere Partei. Zur Maidemonstration am 1. Mai 1890 vereinigten sich beide Parteien. Im August 1890 nahmen die dänischen Socialdemokraten teil an dem skan-

dinavischen Socialistenkongress in Christiania. Der Zwiespalt zwischen den Parteien ist dort aber nicht beseitigt; er hat sich vielmehr in der Folge noch erweitert.

Auf dem Parteikongress zu Kopenhagen im Sommer 1890 wurde die Stärke der Partei auf 109 politische Vereine mit circa 14,000 Mitgliedern und 281 Fachvereine mit circa 31,000 Mitgliedern angegeben. Auf Kopenhagen entfallen davon 10 politische Vereine mit 6000 und 64 Fachvereine mit circa 20,000 Mitgliedern. Die Zahl der socialdemokratischen Landarbeiter betrug circa 3000. Auf dem internationalen Kongress in Brüssel wurde berichtet, dass sich die Zahl der Landarbeiter, die sich einer Organisation angeschlossen haben, mehr als verdoppelt hätte. Dass die Landbevölkerung in Dänemark der Socialdemokratie nicht unzugänglich ist, beweist der Umstand, dass bei den letzten Wahlen zum Folkething (Deputiertenkammer) von einem reinen Landkreis, Aarhus Amt III, ein Socialdemokrat, Harald Jensen, gewählt wurde. Die dänische Partei legt auf das Gewinnen der Landbevölkerung besonderen Wert, da 1880 von den 1,969,039 Einwohnern Dänemarks 1,453,281, also circa Dreiviertel, Bewohner der Landdistrikte waren. Diesen Verhältnissen haben sie auch ihr Programm angepasst. Wir drucken den betreffenden Passus aus demselben ab, da er überaus charakteristisch ist für das Vorgehen der Socialisten in einem Lande, das sich hauptsächlich vom Ackerbau ernährt. Es heisst da:

„Die Fideikommisse und das zu den Pfarrhöfen gehörige Gebiet soll eingezogen und andere zu Verkauf kommende Landgüter vom Staate angekauft werden.

„Heiden und anderer unkultivierter Boden soll der Staat in Besitz nehmen, um sie, wenn möglich, der Kultur, dem Ackerbau etc. zuzuführen.

„Der Staat überträgt die Bewirtschaftung wie den Niessbrauch aller ihm gehörigen und nach obigem ihm zufallenden Liegenschaften, insoweit diese sich zur Bebauung eignen, an die Landarbeiter und verhilft ihnen zum Niessbrauch der notwendigen Betriebsmittel.

„Der Staat soll dem Betrieb der Landgüter aufzuhelfen und den Uebergang des Bodens in Staatseigentum zu erleichtern suchen. Zu diesem Zwecke nimmt der Staat eine Hypothekenbank in die Staatseinrichtungen auf, welche der Beleihung des gesamten Grundgebietes gewidmet ist.

„Der Staat sucht in der rationellsten Ausdehnung die genossenschaftliche Betriebsweise im Landbau zu begünstigen und zwar auf die Art, dass die den Betrieb ausübenden Arbeiter auch den vollen Arbeitsertrag erhalten, jedoch unter Abzug der zu normierenden Abgaben an die Gesamtheit.

„Ein Teil des dem Staate gehörigen Bodens wird zu den auf Rechnung des Staates bewerkstelligten Versuchswirtschaften eingerichtet. Gleichzeitig damit werden Landhaushaltungsschulen errichtet, auf welchen sowohl Häusler wie Landarbeiter freien Unterricht und Fortbildungskurse finden.

„Der Staat bildet Systeme aus für die Erbauung und Einrichtung von Pachthäusern, Miets- und Dienstboten-Wohnungen, sowie über Benutzung und angemessene Aufsicht.“

Die Stellung der Socialdemokratie in Dänemark zu der Landarbeiterfrage ist von P. Knudsen, dem Geschäftsführer der Partei, in einer besonderen Schrift näher entwickelt, welche 1891 dem Brüsseler Kongress vorgelegt wurde.

Nach dem im August 1893 erschienenen Berichte der Parteileitung an den Internationalen Kongress in Zürich zählt der „Socialdemokratische Verband“ circa 150 Abteilungen mit circa 17,000 Mitgliedern, nämlich in Kopenhagen und Umgebung 13 Abteilungen (hauptsächlich socialistische Wählervereine in den einzelnen Wahlkreisen) mit circa 6000 Mitgliedern, in den Provinzialstädten 50 Abteilungen mit circa 6000 Mitgliedern und in den Landdistrikten 87 Abteilungen mit circa 5000 Mitgliedern.

Neben dieser politischen Organisation stehen circa 400 Gewerkvereine mit circa 35,000 Mitgliedern. In Kopenhagen, wie in mehreren Provinzialstädten, haben sich dieselben zu einem Kartell vereinigt unter dem Namen „Die centralisierten Gewerkschaften“. Der Hauptvorstand der Partei, d. h. der Vorstand des „Socialdemokratischen Verbandes“, ist berechtigt, an den Beratungen der centralisierten Gewerkschaften wie der von ihnen niedergesetzten engeren Geschäftskommissionen teilzunehmen.

Zur Zeit erscheinen in Dänemark fünf tägliche socialistische Zeitungen und ein satirisch-humoristisches Wochenblatt. Das Centralorgan der Partei ist „Socialdemokraten“, welcher in Kopenhagen in einer täglichen Auflage von 25,000 Exemplaren erscheint Die übrigen vier täglichen Zeitungen erscheinen in den jütländischen Städten Aarhus, Horsens, Randers und Aalborg in einer Gesamtauflage von 6000 Exemplaren.

Die Partei besitzt drei Vereinshäuser in Kopenhagen, Aarhus und Helsingör, von denen das erste einen Wert von 220,000 Kronen, die beiden andern von je 60,000 Kronen haben, und mehrere Genossenschaftsbäckereien. Der Jahresumsatz der Kopenhagener Bäckerei wird auf 500,000 Kronen angegeben.

Die Socialdemokratie ist zur Zeit durch vier Abgeordnete im dänischen Reichstage vertreten, nämlich zwei im Folkething (Deputiertenkammer) und zwei im Landsthing (Senat). Ferner hat die Partei zwei Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung von Kopenhagen und einen in der von Helsingör. Ebenfalls ist die Partei in verschiedenen Kommunalräten auf dem Lande vertreten.

Bei den zuletzt im April 1892 abgehaltenen Wahlen zum Folkething stellte die Socialdemokratie 15 Kandidaten auf, welche zusammen 20,000 Stimmen erhielten.

Auf dem im Jahre 1892 in Kopenhagen abgehaltenen V. Parteikongress erschienen 104 Delegierte.

Neben den speciellen Parteikongressen werden allgemeine skandinavische Arbeiterkongresse abgehalten, zu denen alle in Dänemark, Schweden und Norwegen bestehenden Arbeitervereine Zutritt haben. 1892 fand der IV. skandinavische Arbeiterkongress in Malmö statt, auf dem 68 dänische, 53 schwedische und 10 norwegische Delegierte erschienen. Dieser Kongress erklärte, wie die vorhergehenden, dass er es als die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen betrachte, auf die Gesetzgebung

Einfluss zu gewinnen. Die bezügliche Resolution schliesst mit den Worten: „Da es erkannt werden muss, dass die privatkapitalistische Produktionsweise ein beständiges Hindernis ist für das Zuwegebringen von Glück und Zufriedenheit in der Gesellschaft, erklärt der Kongress seine Zustimmung zu den socialistischen Principien."

Défuisseaux, Alfred. Der Sohn eines ehemaligen belgischen Senators, wurde er 1843 geboren und widmete sich dem Studium der Rechte. Schon als Advokat liebte er es, Arbeiterprozesse zu führen. Eine gegen ihn gerichtete Anklage veranlasste ihn, Belgien auf einige Zeit zu verlassen. Er trat in die bulgarische Armee ein, indes zwang ihn Krankheit bald, den Dienst zu quittieren und nach Belgien zurückzukehren, wo er seit 1884 gänzlich in der Arbeiterbewegung thätig war. Sein „Catéchisme du peuple" und eine Verurteilung hatten ihm eine grosse Popularität verschafft. (S. Belgien.)

Demay. Mitglied der Internationale, betrat er das Feld politischer Thätigkeit unter dem Kaiserreich und beteiligte sich an Arbeiterversammlungen und geheimen Klubs. Den 26. März 1871 wurde er zum Mitglied der Commune gewählt, hat sich indes selten an ihren Sitzungen beteiligt.

Demmler, Georg Adolf, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Leipzig-Land 1877—78, geboren am 22. Dezember 1804 zu Güstrow, studierte auf der Bauakademie in Berlin, trat 1824 in den mecklenburgischen Staatsdienst, ward 1837 Hofbaumeister und 1841 Hofbaurat in Schwerin. Er hat die Pläne zum Residenzschloss in Schwerin, zum Zeughaus, zum Marstall und zum Theater entworfen. Er wusste es durchzusetzen, dass bei öffentlichen Bauarbeiten der Mittelmann wegfiel, so dass der Gewinn desselben an die direkt angestellten Arbeiter zur Verteilung kam. Wegen seiner Beteiligung an der Bewegung der Jahre 1848—50 wurde er 1851 ohne Pension entlassen. Nach sechsjährigen Reisen in Europa kehrte er 1857 nach Schwerin zurück, wo er Mitglied des Bürgerausschusses wurde. 1859 war er Mitstifter des Nationalvereins, 1868 der deutschen Volkspartei in Stuttgart, und der Friedens- und Freiheitsliga in Genf. 1877 wurde er von den Socialdemokraten in den Reichstag gewählt, 1878 verzichtete er auf eine Wiederwahl. Er starb am 2. Januar 1886.

Denis, Hector, Professor in Brüssel, belgischer Socialist. Geboren zu Braine-le-Comte am 29. April 1842, studierte Jurisprudenz, wandte sich aber später ganz besonders der Nationalökonomie und Socialpolitik zu.

Op. L'organisation représentative du travail, Bruxelles; L'Induction statistique et les fondements physiologiques de notre civilisation industrielle, Brüssel 1881; La crise agricole, Brüssel 1885; L'alimentation et la force du travail, Brüssel 1887.

Dereure, Simon, geboren gegen 1823. Mitglied der Internationale, wurde er am 26. März 1871 zum Mitglied der Commune ernannt, wo er für die extremsten Massregeln stimmte. Es gelang ihm, nach England zu entkommen. 1872 nahm er am Haager Kongress teil. Nach Erlass der Amnestie kehrte er nach Frankreich zurück und hat seitdem den lebhaftesten Anteil an der socialistischen Bewegung genommen.

Descamps, geboren gegen 1835. Er wurde am 26. März 1871 als Mitglied der Föderalkammer der Arbeitersyndikate zum Mitglied der Commune gewählt; er war ein Mitglied der Internationale. Da er sich niemals an den Sitzungen der Commune beteiligt hatte, wurde er vom Kriegsgericht 1871 freigesprochen.

Deschamps. Ueber sein Leben ist fast nichts bekannt. Er war Benediktiner und starb zu Montreuil-Bellay in Poitou am 19. April 1774. In seinem Hauptwerk „La vérité ou le vrai système“ entwickelt er, dass der heutige Staat, ein Staat der Gesetze, durch Gewalt entstanden ist und durch religiöse Fabeln aufrecht erhalten werden muss, da die Gewalt dazu allein zu schwach ist. Aus dem heutigen Gesellschaftszustand (état social) muss die Menschheit übergehen in den Sitten- oder Gleichheitsstaat oder den des wahren moralischen Naturgesetzes. Das moralische Princip, welches dem metaphysischen entspringt, ist die moralische Gleichheit, welche die Gemeinsamkeit gewisser Güter in sich schliesst. Das Individuum, das an und für sich nichts ist, muss in der Gattung, welche sein Ganzes ist, aufgehen, wenn wir aus dem verabscheuungswürdigen Gesellschaftszustand, in dem wir jetzt leben, herauskommen wollen. Wir müssen von der Idee des Alls alle moralischen Ideen, welche es verfälscht haben, und von unseren Einrichtungen die beiden Eigentumsrechte entfernen, welche die Wurzel aller Ungleichheit sind und das moralische Uebel erzeugt haben, das eine auf die Güter der Erde und das andere auf die Frauen. Dann werden wir den Sittenstaat auf den Ruinen der jetzigen Gesellschaftsordnung realisieren. Wenn man sich jenen vorstellen will, so braucht man sich nur Menschen zu denken, die, ausserhalb der Städte lebend, ohne Gesetze und Eifersucht, den ganzen Ueberfluss, die ganze Gesundheit, die ganze Seelenruhe und alles Glück geniessen werden, welches ihnen das ländliche Leben, die moralische Gleichheit und die Gemeinsamkeit der Güter und Frauen liefern können und notwendigerweise liefern werden.

Op. Lettres sur l'esprit du siècle, 1769; La voix de la raison contre la raison du temps et particulièrement contre celle de l'auteur du Système de la nature, Bruxelles 1770; Reputation courte et simple du Systéme de Spinoza; La vérité ou le vrai système.

Deutsch-Französische Jahrbücher, die, wurden 1844 von Arnold Ruge und Karl Marx in Paris herausgegeben. Nur ein Doppelheft ist erschienen. Ruge hatte 1837 mit seinem Freunde Echtermeyer die „Hallischen Jahrbücher“ begründet. Die „Hallischen Jahrbücher“ waren eine streng wissenschaftliche Zeitschrift, welche die Lehren der Hegelschen Philosophie vertrat. Da sie sich auch mit Politik befassten und die bestehenden Verhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen, wurden sie von der preussischen Regierung hart bedrängt. Ruge liess sie deshalb in Sachsen unter dem Titel „Deutsche Jahrbücher“ erscheinen. Diese wurden 1843 in Sachsen, bald darauf in den anderen Staaten verboten. Ruge verband sich jetzt mit Karl Marx, um in Paris als Fortsetzung die „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ herauszugeben. Unbeengt von der Censur, wollte man dann die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse Deutsch-

lands einer freimütigen Kritik unterziehen. In der Einleitung erklärte Ruge: „Es handelt sich bei dieser Veröffentlichung für uns Deutsche darum, ein Beispiel wahrer Pressfreiheit vor Augen zu haben, eine Anschauung zu gewinnen von der Freiheit, die sich selbst beherrscht und sich selbst Gesetze auferlegt, von einer Freiheit, die vor nichts zurückbebt, als davor, sich selber und den ewigen Gesetzen der Vernunft untreu zu werden, von einer Freiheit, die selbstgewiss und unerbittert dem Knirschen des gefesselten Sklaven entsagt, die Welt nicht verwüsten und ihr ins Gesicht schlagen, sondern sie gewinnen, sie hinreissen, sie über sich selbst erheben will, von einer Freiheit, die in der Schönheit ihr Gesetz und in der Wahrheit ihr Mass und Ziel findet."

In den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern" finden wir u. a. von F. Engels „Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie" (s. Engels), von H. Heine die berüchtigten „Lobgesänge auf den König von Bayern" und von Marx zwei Abhandlungen „Zur Judenfrage" und „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie", welche manche Gedanken des kommunistischen Manifests bereits in nuce enthält.

Marx geht in dieser bemerkenswerten Abhandlung von dem Gedanken aus, dass die Kritik der Religion, die Voraussetzung aller Kritik, für Deutschland im wesentlichen beendet sei. Da die Religion als illusorisches Glück, als der Ausdruck der Leiden, die mit einem Heiligenschein umgeben seien, erkannt sei, so verlange der Mensch jetzt wirkliches Glück. Die Kritik der Religion sei im Keim die Kritik des Jammertals, dessen Heiligenschein die Religion sei. „Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf." So verwandelt sich die Kritik des Himmels in die Kritik der Erde, die Kritik der Religion in die Kritik des Rechts, die Kritik der Theologie in die Kritik der Politik.

Die vorhandene Politik zu kritisieren, bezeichnet Marx als Anachronismus. Sie ist unter aller Kritik. Sie ist bereits unmöglich, sie ist zum Tode verurteilt; es handelt sich nur noch darum, dass der Scharfrichter das Urteil vollstreckt. Statt dessen will er die deutsche Rechts- und Staatsphilosophie, die durch Hegel ihre konsequenteste, reichste und letzte Fassung erhalten hat, der Kritik unterwerfen, da sie die einzige mit der officiellen modernen Gegenwart al pari stehende deutsche Geschichte sei. „Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen; die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt; allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift." Die Kritik, i. e. die theoretische Emancipation, hat für Deutschland eine specifisch praktische Bedeutung. Wie in der Reformationszeit der Mönch, so ist es jetzt der Philosoph, in dessen Hirn die Revolution beginnt.

Wir finden in dieser Abhandlung bereits den Gedanken, dass eine Revolution nur durchgesetzt werden kann, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse dieselbe erfordern. „Die Revolutionen bedürfen eines passiven Elementes, einer materiellen Grundlage. Die Theorie wird in einem Volke immer nur soweit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürf-

nisse ist." „Es genügt nicht, dass der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muss sich selbst zum Gedanken drängen."

Ueber die damaligen politischen Verhältnisse Deutschlands urteilt Marx: „Betrachtet man zunächst die deutschen Regierungen, so findet man sie durch die Zeitverhältnisse, durch die Lage Deutschlands, durch den Standpunkt der deutschen Bildung, endlich durch eigenen glücklichen Instinkt getrieben, die civilisierten Mängel der modernen Staatswelt, deren Vorteile wir nicht besitzen, zu kombinieren mit den barbarischen Mängeln des ancien régime, dessen wir uns in vollem Masse erfreuen. Wie man im römischen Pantheon die Götter aller Nationen fand, so wird man im heiligen römischen deutschen Reich die Sünden aller Staatsformen finden."

Marx kommt zu dem Schluss, dass in Deutschland nicht die allgemein menschliche Emancipation, sondern vielmehr die teilweise, die nur politische Revolution, die Revolution, die die Pfeiler des Hauses stehen lässt, ein utopistischer Traum ist. Die positive Möglichkeit dieser Emancipation liegt in der „Bildung einer Klasse, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, eines Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist". Diesen Stand findet Marx im Proletariat. „Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen, und sobald der Blitz des Gedankens gründlich in diesen naiven Volksboden eingeschlagen ist, wird sich die Emancipation der Deutschen zu Menschen vollziehen. . . . Die Emancipation des Deutschen ist die Emancipation des Menschen. Der Kopf dieser Emancipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat."

Den zweiten Aufsatz von Marx besprechen wir unter dem Artikel „Judenfrage".

Deutschland. Aeltere dem Socialismus verwandte Bewegungen besprechen wir in den Artikeln „Wiedertäufer" und „Bauernkrieg". Das eigenartige socialistische System, das unser grosser Philosoph Johann Gottlieb Fichte (s. d.) in seinem Buche „Der geschlossene Handelsstaat" entwickelt, wird ebenfalls besonders dargestellt.

Der erste socialpolitische Reformator Deutschlands ist Ludwig Gall (s. d.), ein junger Regierungssekretär in Trier. Im Anschluss an die französischen Socialisten empfiehlt er, die Einzelwirtschaft durch die Association zu ersetzen. Er proklamiert als erster in Deutschland das „Recht auf Arbeit". Er trat mit einer Reihe von Reformvorschlägen vor die Oeffentlichkeit, fand aber wenig Entgegenkommen.

Die Verbindung socialistischer Ideen mit politischem Radikalismus finden wir zuerst bei einem jungen hochherzigen Studenten der Giessener Universität, bei Georg Büchner (s. d.), dem frühverstorbenen (1837) Bruder des bekannten Gelehrten Ludwig Büchner. Georg Büchner gründete in Giessen 1834 einen Geheimbund, die „Gesellschaft der Menschenrechte", zu der u. a. August Becker (s. d.) und Karl Schapper (s. d.), später hervorragendes Mitglied des Kommunistenbundes, gehörten. Um auf die Massen zu wirken, verfasste Büchner 1834 die Flugschrift „Der Hessische Landbote".

In den vierziger Jahren wurden kommunistische und socialistische

Ideen von Frankreich und der Schweiz aus nach Deutschland hineingetragen, und zwar durch die wandernden Handwerksburschen, die in Paris, in Genf, in Lausanne, Zürich u. s. w. Mitglieder geheimer Gesellschaften geworden waren, insbesondere des „Bundes der Kommunisten", der 1836 in Paris gegründet war und sich bald über Frankreich, England, die Schweiz und Deutschland ausbreitete. Wir haben die Geschichte dieses Geheimbundes, der bis 1853 existierte, in dem Artikel „Kommunistenbund" erzählt. Durch diesen Bund war auch der berühmte Schneidergeselle Wilhelm Weitling (s. d.) für Kommunistenideen gewonnen. Im Anfang der vierziger Jahre beschäftigte sich die deutsche Presse bereits mit dem „neuen Knipperdolling". Als Vertreter kommunistischer und anarchistischer Ideen finden wir neben den Handwerksburschen eine ungewöhnlich grosse Zahl akademisch gebildeter Leute. Ueber den von ihnen vertretenen Socialismus sagt Karl Marx in seinem kommunistischen Manifest:

„Die socialistische und kommunistische Litteratur Frankreichs, die unter dem Druck einer herrschenden Bourgeoisie entstand und der litterarische Ausdruck des Kampfes gegen diese Herrschaft ist, wurde nach Deutschland eingeführt zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie soeben ihren Kampf gegen den feudalen Absolutismus begann.

„Deutsche Philosophen, Halbphilosophen und Schöngeister bemächtigten sich gierig dieser Litteratur und vergassen nur, dass bei der Einwanderung jener Schriften aus Frankreich die französischen Lebensverhältnisse nicht gleichzeitig nach Deutschland eingewandert waren. Den deutschen Verhältnissen gegenüber verlor die französische Litteratur alle unmittelbar praktische Bedeutung und nahm ein rein litterarisches Aussehen an. Als müssige Spekulation über die Verwirklichung des menschlichen Wesens musste sie erscheinen. So hatten für die deutschen Philosophen des 18. Jahrhunderts die Forderungen der ersten französischen Revolution nur den Sinn, Forderungen der „praktischen Vernunft" im allgemeinen zu sein, und die Willensäusserungen der revolutionären französischen Bourgeoisie bedeuteten in ihren Augen die Gesetze des reinen Willens, des Willens, wie er sein muss, des wahrhaft menschlichen Willens.

„Die ausschliessliche Arbeit der deutschen Litteraten bestand darin, die neuen französischen Ideen mit ihrem alten philosophischen Gewissen in Einklang zu setzen oder vielmehr von ihrem philosophischen Standpunkte aus die französischen Ideen sich anzueignen.

„Diese Aneignung geschah in derselben Weise, wodurch man sich überhaupt eine fremde Sprache aneignet, durch die Uebersetzung.

„Es ist bekannt, wie die Mönche Manuskripte, worauf die klassischen Werke der alten Heidenzeit verzeichnet waren, mit abgeschmackten katholischen Heiligengeschichten überschrieben. Die deutschen Litteraten gingen umgekehrt mit der profanen französischen Litteratur um. Sie schrieben ihren philosophischen Unsinn hinter das französische Original. Zum Beispiel hinter die französische Kritik der Geldverhältnisse schrieben sie „Entäusserung des menschlichen Wesens", hinter die französische Kritik des Bourgeoisstaates schrieben sie „Aufhebung der Herrschaft des abstrakt Allgemeinen" u. s. w.

„Die Unterschiebung dieser philosophischen Redensarten unter die französischen Entwicklungen tauften sie „Philosophie der That“, „wahrer Socialismus“, „Deutsche Wissenschaft des Socialismus“, „philosophische Begründung des Socialismus“ u. s. w.

„Die französische socialistisch-kommunistische Litteratur wurde so förmlich entmannt Und da sie in der Hand des Deutschen aufhörte, den Kampf einer Klasse gegen die andere auszudrücken, so war der Deutsche sich bewusst, die „französische Einseitigkeit“ überwunden, statt wahrer Bedürfnisse das Bedürfnis der Wahrheit, und statt der Interessen des Proletariers die Interessen des menschlichen Wesens, des Menschen überhaupt vertreten zu haben, des Menschen, der keiner Klasse, der überhaupt nicht der Wirklichkeit, der nur dem Dunsthimmel der philosophischen Phantasie angehört.“

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir hier das Urteil ihres Gegners vor uns haben, der auf Grund seiner materialistischen Geschichtsanschauung durch den Klassenkampf den Sieg des Proletariats und damit die Aufhebung aller Klassengegensätze herbeiführen will. Aus diesem Gegensatz erklärt sich die Härte des Urteils; sachlich müssen wir aber diese Charakterisierung des „philosophischen“ Socialismus als überaus gelungen bezeichnen.

Die Hauptvertreter dieses Socialismus in der Mitte der vierziger Jahre sind: Dr. Karl Grün (s. d.) und Moses Hess (s. d.). Heute würden die beiden eher als anarchistische Kommunisten bezeichnet werden müssen.

Diese „Socialisten“ wandten sich nur an das gebildete Publikum. Alle waren Journalisten. Sie nahmen an der Arbeiterbewegung keinen Anteil, die damals zuerst in die Erscheinung trat. Wie überall nahm auch in Deutschland der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zuerst die Form des persönlichen Konfliktes zwischen Fabrikanten und Arbeitern an. Diese demolierten — gerade wie die englischen Ludditen in den trade outrages einige Decennien vorher — die Häuser und Fabriken unbeliebter Arbeitsherren, misshandelten die Aufseher, zerschlugen die Maschinen u. s. w. Ueber die bei solchen Tumulten beteiligten Arbeiter wurde von den Behörden ein schreckliches Strafgericht abgehalten. Heute noch wird man von Empörung ergriffen, wenn man liest, wie es 1844 den aufständischen, durch Hunger zur Verzweiflung getriebenen schlesischen Webern zu Peterswaldau und Langenbielau ging. Viele wurden von den Soldaten erschossen und so auf immer von ihren Leiden befreit; 83 schlechtgenährte, zusammengefallene Webergestalten wurden vor das Breslauer Kriminalgericht gestellt und zu 24 Peitschenhieben und 10 Jahren Schanzarbeit verurteilt! „Deutschland, wir weben dein Leichentuch, wir weben hinein den dreifachen Fluch“ legte Heine den schlesischen Webern in den Mund, die, „im düstern Auge keine Thräne“, am Webstuhl sitzen und „fletschen die Zähne“.

Dass damals in Schlesien böse Zeiten herrschten, beweist auch die sogenannte „Hirschberger“ oder „Warmbrunner“ Verschwörung. Hier wurde 1844 ein „Geheimbund“ entdeckt, „der den gewaltsamen Umsturz der Gesellschaftsordnung bezweckte“. Gegründet war derselbe von Franz Wurm (s. d.), einem Tischlermeister in Warmbrunn. Ein

Berliner Polizeispion, der berüchtigte Stieber, ging als Landschaftsmaler Schmidt in das Hirschberger Thal und „spürte das staatsgefährliche Komplott“ auf. Auch den späteren Frankfurter Parlamensabgeordneten Schlöffel, einen schlesischen Fabrikanten, liess er verhaften, nachdem er von demselben in seinem Hause gastfreundschaftlich aufgenommen war. Dieser Schlöffel ist der Vater von G. A. Schlöffel, der an der Revolution von 1848 und 1849 lebhaften Anteil nahm. Gross war die „Verschwörung“ noch nicht, auch nicht gefährlich: man fand einige „hochverräterische“, von Wurm geschriebene Statuten, in denen der Mann in unbehülflicher Sprache seine unbehülflichen Ideen niedergelegt hatte. Das war alles. Wurm wurde zum Tode durch das Beil verurteilt, von König Wilhelm IV. aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt und 1848 amnestiert.

Doch nicht nur in den Streiks und den Ausschreitungen zeigte es sich, dass es sich in den untern Schichten regte. Auch das Vereinsleben der Arbeiter nahm einen Aufschwung. Arbeiterbildungsvereine wurden in verschiedenen Städten gegründet, so in Berlin, Hamburg, Bremen, Leipzig, Mannheim. Dass in denselben von Handwerksgesellen, die in der Schweiz gewesen waren, auch kommunistische Ideen verbreitet wurden, darf als sicher angenommen werden, wenn der Beweis dafür auch schwer zu führen ist.

In den Revolutionsjahren 1848/49 finden wir bereits die Ansätze zur Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei. In Berlin fand am 6. April 1848 unter dem Vorsitze des Schriftsetzers Born (s. d.) eine grosse Arbeiterversammlung statt. Born führte hier aus, dass es für die Arbeiter notwendig wäre, eine Organisation zur Vertretung ihrer Interessen zu schaffen. Die Grundlage derselben sollten die Fachvereine bilden, die sich zu einem Centralkomitee, in dem jeder Fachverein durch 3 Delegierte vertreten sein sollte, zusammenschliessen. Alle Verbände sollten in einem grossen nationalen Bund vereinigt sein. Als erstes Ziel dieses Verbandes stellte Born die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung des Arbeitslohnes hin. Diesen in der Arbeiterschaft hervortretenden Regungen der Selbständigkeit sah das Bürgertum mit Misstrauen zu, da man die Sicherheit des Eigentums für bedroht hielt. Wenn die Arbeiter tagten, so wurden starke Patrouillen der Bürgerwehr in den benachbarten Strassen konzentriert. Trotz der ihm in den Weg gelegten Hindernisse gelang es der Energie und der Besonnenheit Borns, in kurzer Zeit eine Organisation der Arbeiter zu schaffen.

Durchaus socialdemokratische Ansichten wurden im März und April 1848 den Arbeitern von dem zwanzigjährigen Adolf Schlöffel (s. d.) gepredigt. In den stürmischen Volksversammlungen jener Tage erzielte er durch seine feurigen Reden, in denen ein tiefes Mitgefühl für die Leiden der Armen zum Vorschein kam, grossen Beifall. Einen Monat lang gab er die extreme Zeitung „Der Volksfreund“ heraus. Doch musste er bald aus Berlin flüchten. Er fiel 1849 als Revolutionssoldat auf dem badischen Schlachtfeld. (Siehe den Artikel Schlöffel.)

Im Juli 1848 erschien auch Weitling, von Amerika auf die Kunde von den Märzereignissen hin zurückkehrend, in Berlin, wo er für seine

kommunistischen Ideen einen günstigen Boden zu finden hoffte. Er begründete die Zeitung „Der Urwähler", die aber bald wieder einging. Nicht lange darauf musste er Berlin verlassen.

Das Berliner Centralkomitee für Arbeiter, dessen Vorsitzender Born war, gewann von Tag zu Tag grösseren Einfluss. Als Kandidat für die preussische gesetzgebende Versammlung und das Frankfurter Parlament wurde der Vicepräsident desselben, der Vergolder Bisky, aufgestellt. Der Wahlerfolg war allerdings nicht bedeutend, doch wurde Bisky zum Stellvertreter in die preussische Kammer gewählt. Unter der Redaktion von Born erschien vom 1. Juni 1848 an eine Zeitung „Das Volk".

In anderen grösseren Städten bildeten sich ebenfalls politische Arbeiterverbände, in Hamburg und in Leipzig auf der Grundlage der Fachvereine.

Besonders stark entwickelte sich die Arbeiterpartei in Breslau, wo die seit 1846 erscheinende socialistische Monatsschrift „Der Volksspiegel" bereits den Boden vorbereitet hatte. Daneben erschienen jetzt die „Fliegenden Blätter", die bald eine sehr deutliche Sprache führten: „Gebt dem Volke sein Recht, Bourgeois, schafft die Sklaverei der Arbeit ab, so werdet ihr Ruhe und Frieden haben . . . Sträubt ihr euch dagegen, so wird sich der Arbeiter sein Recht nehmen. Ob dies nun auf gesetzlichem oder ungesetzlichem Wege geschieht, ist durchaus gleichgültig. Die Hauptsache ist, dass er Recht bekommt." Den Liberalismus bekämpfen die Organe der Breslauer Socialisten auf das schärfste. Die liberalen Forderungen nennen sie „das politische Vaterunser der reichen Bürgerklasse, die an der Stelle des Herzens den Geldsack trägt und keine anderen Interessen kennt als die des Kapitals." In die preussische gesetzgebende Versammlung schickte Breslau — neben Dr. Stein — zwei Socialisten, den greisen Universitätsprofessor Nees von Esenbeck und den Schriftsetzer Brill. Im Frankfurter Parlament war Stellvertreter eines Abgeordneten ein Socialist: Wilhelm Wolff (s. d.), der Freund von Karl Marx. Eine Zeit lang bestand in Breslau auch ein „social-demokratischer Arbeiterverein", der durchaus radikale Forderungen vertrat; er verschmolz sich aber bald wieder mit dem grossen „Breslauer Arbeiterverein".

Auf den im Mai und Juni 1848 an verschiedenen Orten stattfindenden Handwerkerkongressen tritt der Gegensatz zwischen Meistern und Gesellen zwar klar hervor, nirgends aber werden socialistische Forderungen aufgestellt.

In Berlin wurde am 23. August 1848 unter Vorsitz des Professors Nees von Esenbeck ein Arbeiter-Kongress eröffnet, der 10 Tage dauerte. Vertreten waren die drei Centralkomitees zu Berlin, Hamburg und Leipzig und 29 Arbeitervereine. Grosse Teile Deutschlands hatten überhaupt keinen Delegierten geschickt. Alle pflichteten der Ansicht Borns, dass zuerst eine starke Arbeiter-Organisation geschaffen werden müsse, bei, in anderer Beziehung herrschte aber durchaus keine Einstimmigkeit. Von den in einem langen Programm aufgestellten Forderungen ist nur die des unentgeltlichen Unterrichts für alle Kinder zwischen dem 6. und 14. Jahre ohne Unterschied des Standes und Besitzes der Eltern socialistisch. Die

politischen Forderungen sind radikal-demokratische; die Arbeiterforderungen richten sich nicht gegen die privatwirtschaftliche Produktionsweise als solche, sondern nur gegen einzelne Uebelstände derselben. Die wichtigste Folge des Kongresses war die Schaffung eines Arbeiterbundes, der sogenannten „Arbeiterverbrüderung", welche die Arbeiter aller deutschen Länder umschliessen sollte.

Für die Arbeiterverbrüderung wurde rührig agitiert. Als Verbandsorgan wurde die „Verbrüderung" geschaffen. In diesem Blatte werden bald durchaus socialistische Ideen entwickelt. Die sociale Frage wird als der Ausdruck des Klassenkampfes zwischen Besitzlosen und Besitzenden betrachtet. Die Arbeiter gehen mit der liberalen Bourgeoisie, der sie eigentlich feindlich gegenüberstehen, nur zusammen, um alle Reste des Feudalismus niederzuwerfen. Kleinbürger und Kleinbauern sind in ihrem Kampfe gegen das grosse Kapital zu unterstützen. Es wird denselben aber vorgeführt, dass sie sich nur im Bunde mit dem städtischen Proletariat helfen können. Als Heilmittel gegen die Leiden der Arbeiter werden die Associationen hingestellt. Die Mittel zur Gründung derselben sollen durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden, bald aber stellt man die Forderung von Staatssubventionen zur Errichtung von Produktivgenossenschaften auf. So verlangt man von Preussen zu diesem Zwecke 10 Millionen Thaler, von Sachsen 4 Millionen Thaler.

Die „Verbrüderung" schlug einen immer heftiger werdenden Ton an. Revolutionäre Gedichte socialistischer Dichter wurden von ihr zum Abdruck gebracht. Als Born Berlin verlassen hatte, um an der Dresdner Mairevolution teilzunehmen, lag die Redaktion in den Händen des Geometers Schwenniger.

Die energische Agitation des Centralkomitees bewirkte, dass an vielen Orten Arbeitervereine gegründet wurden. Verschiedene Distriktskongresse derselben wurden abgehalten, so in Leipzig, in Heidelberg vom 20. bis 29. Januar 1849, in Altenburg vom 11. bis 12. Februar, in Hamburg vom 10. bis 14. Februar 1849. Auf diesem Kongress, zu dem 2 Delegierte ländlicher Tagelöhner erschienen waren, beschäftigte man sich bereits mit der Erörterung der Frage, wie die Agitation am besten aufs platte Land getragen werden könne. Unter den mecklenburgischen Arbeitern, unter den Bauern Schlesiens und Ostpreussens sollen thatsächlich bald darauf Erfolge erzielt sein. Wichtiger war aber, dass auch die württembergischen und bayerischen Arbeiter sich der Arbeiterverbrüderung anschlossen.

In Berlin wurden verschiedene Versuche gemacht, Produktivgenossenschaften zu gründen. Auch wurde von der Arbeiterverbrüderung ein Gesundheitspflegeverein, eine Art Krankenkasse, im Mai 1849 ins Leben gerufen, der einige Jahre später, als er unterdrückt wurde, bereits etwa 10,000 Mitglieder zählte.

Als die Krone Ende 1848 in offenen Konflikt mit der preussischen Nationalversammlung geriet, erklärten die Berliner Mitgliedschaften der Verbrüderung in einem an die Nationalversammlung gerichteten Schreiben, dass sie zu ihrer Verteidigung bereit wären und sich ihr zur Verfügung stellten. Zugleich forderte das Centralkomitee in einem Rundschreiben an

die Bezirks- und Lokalkomitees der Verbrüderung schleunige Bewaffnung der Arbeiter zum Schutze der deutschen Nationalversammlung. An den Revolutionen in Sachsen, Baden, Rheinpfalz nahmen viele Mitgliedschaften teil. Born selbst war Oberstkommandant in Dresden. Ueberall schlossen sie sich eng an die revolutionäre Demokratie an und bildeten eine der festesten Stützen derselben.

Im Februar 1850 fand in Leipzig noch ein Kongress der Arbeiterverbrüderung statt, die damals circa 250 Vereine umfasste, von denen einige über 1000 Mitglieder hatten. Im Laufe dieses Jahres, als die Regierungen wieder erstarkten, wurden die Arbeitervereine jedoch unterdrückt, zuerst in Bayern, dann in Sachsen, Preussen u. s. w. Am 1. Juli 1850 stellte das Organ der Verbrüderung sein Erscheinen ein.

Die letzte politische Arbeiterorganisation dieser Zeit war die norddeutsche Arbeitervereinigung, welche auf einem im Oktober 1849 abgehaltenen Kongress gegründet war Mittelpunkt derselben war Hannover, wo Stechan, ein Mitglied des Kommunistenbundes, die „Deutsche Arbeiterhalle" herausgab. Als dieser 1851 in den Kölner Kommunistenprozess verwickelt und verhaftet wurde, ging das Blatt ein.

Am 14. April 1853 beantragten Preussen und Oesterreich beim Bundestage, dass der ständige politische Ausschuss desselben untersuchen möge, welche Massregeln im Interesse der gemeinsamen Sicherheit gegen die Arbeitervereine zu ergreifen seien. Das schliessliche Resultat war der Bundesbeschluss vom 13. Juli 1854 über die politischen und Arbeitervereine, der alle Einzelstaaten im Interesse der gemeinsamen Sicherheit verpflichtete, die noch bestehenden Arbeitervereine und Verbrüderungen, welche politische, socialistische oder kommunistische Zwecke verfolgten, binnen zwei Monaten aufzuheben und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten. So wurden alle politischen Arbeitervereine, die noch existierten, unterdrückt.

Es bleibt uns noch übrig, einen Blick auf die Bestrebungen der Kommunisten in der Rheinprovinz zu werfen. Mittelpunkt der Bewegung war hier Köln, wo Karl Marx die „Neue Rheinische Zeitung" (s. d.) herausgab. Neben den Redacteuren derselben waren besonders zwei Mitglieder des Kommunistenbundes thätig: Karl Schapper (s. d.) und Joseph Moll (s. d.). Diese beiden wurden die Leiter des damals gebildeten Kölner Arbeitervereins, der bald die erstaunliche Zahl von 7000 Mitgliedern hatte. Neben der „Neuen Rheinischen Zeitung" erschienen noch zwei socialdemokratische Organe in Köln: die von Moll und Jansen herausgegebene „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit" und die „Neue Kölnische Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten", deren Redacteure F. Anneke (s. d.) und F. Beust waren. Die rheinischen Kommunisten gingen zusammen mit der radikalen Demokratie, doch verhüllten sie nie ihre wahren Absichten und ihre letzten Ziele. Bald gelang es ihnen, in den Volksversammlungen die Leitung in ihre Hände zu bekommen. So wurde in einer grossen Versammlung vom 19. September 1848, an der über 6000 Personen teilnahmen, eine Resolution für die „demokratisch-sociale Republik" angenommen. Wegen ihres rücksichts-

losen Auftretens wurden verschiedene leitende Kommunisten angeklagt, von den Geschworenen aber freigesprochen, nachdem einige längere Zeit in der Untersuchungshaft gesessen hatten.

Im November 1848 forderte der Rheinische Kreisausschuss der Demokraten in einer Proklamation an die demokratischen Vereine diese auf, die gewaltsame Eintreibung der Steuern durch jede Art des Widerstandes zurückzuweisen und den Landsturm „zur Abwehr des Feindes" zu organisieren. Unter den drei Unterschriften der Proklamation finden wir die Namen Marx und Schapper. Sie wurden wegen „öffentlicher Aufforderung zur Rebellion" vor die Kölner Assisen gestellt, aber freigesprochen.

Auch in andern Städten der Rheinlande finden wir eine socialdemokratische Bewegung, insbesondere in Düsseldorf, wo Ferdinand Lassalle an der Spitze derselben stand. Auch Lassalle wurde damals verhaftet und unter die Anklage gestellt, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben. (Siehe darüber den Artikel Lassalle.)

Es gelang den rheinischen Kommunisten aber nicht, die Demokraten in ihr Fahrwasser zu bringen. Die kommunistischen Mitglieder des Kreisausschusses der demokratischen Vereine der Rheinprovinz, Marx, Schapper, Anneke und Wilhelm Wolff schieden aus demselben aus. Ebenso trat der Kölner Arbeiterverein aus dem Verbande der demokratischen Vereine aus. Dieser versuchte dann einen Verband aller deutschen Arbeitervereine zu schaffen. Ein provisorischer Ausschuss wurde eingesetzt, in den u. a. Marx, Wolff, Schapper und Anneke gewählt wurden. Ein Provinzialkongress sollte stattfinden, ferner ein allgemeiner Kongress sämtlicher deutscher Arbeitervereine, da erfolgte im Mai 1849, als die Regierung wieder erstarkt war, die Ausweisung von Marx und die Unterdrückung aller kommunistischen Bestrebungen.

Auch in anderen Teilen Deutschlands spielten die Kommunisten eine gewisse Rolle, so in Nürnberg, Darmstadt, Giessen und Kassel. Im Frankfurter Parlament sassen Wilhelm Wolff für Breslau, Dr. Karl Grün für Trier. Dieser sass auch in der preussischen Nationalversammlung neben den Breslauer Socialisten. August Becker (s. d.) wurde von Giessen, wo er den „Jüngsten Tag" herausgab, in die hessische legislative Körperschaft geschickt.

Socialistische Forderungen, welche im Frankfurter Parlament vorgebracht wurden, sind in dem Artikel „Recht auf Arbeit" behandelt.

Ueber Weitlings Agitation in Berlin und Hamburg während der Revolutionszeit siehe den Artikel „Weitling".

Die socialistische Bewegung der folgenden Zeit haben wir dargestellt in den Artikeln: Allgemeiner deutscher Arbeiterverein, Eisenacher, socialistische Arbeiterpartei Deutschlands, socialdemokratische Partei Deutschlands.

Wir verweisen ferner auf die Artikel Rodbertus, Winkelblech (Karl Marlo), Marx, Lassalle.

Besonders dargestellt sind: der christliche Socialismus, der Katheder-Socialismus, die Bodenbesitzreform, der Anarchismus.

Hierher gehören ferner die Artikel: Internationale Arbeiterassociation, Socialistengesetz, Reichstagswahlen, Produktivgenossenschaften, Programm und viele andere, auf die in den oben genannten Artikeln hingewiesen ist.

Dézamy, Théodore, geboren zu Luçon. Nach einem mühevollen Leben als Schriftsteller und Journalist zu Paris, nach unaufhörlichen Kämpfen mit den Leuten seiner eigenen Richtung, besonders Cabet, kehrte er, arm und gebrochen von Kummer, nach seinem Heimatsdorfe zurück, wo er 1850 starb.

Theorie: Die Welt hat das Atom zum Element und die Bewegung zum Princip. Die Anziehung ist die Ursache aller sowohl physischen wie moralischen Erscheinungen, sie ist das Grundgesetz des allgemeinen Lebens. Auch der Mensch ist nur ein System verschieden organisierter Massenteilchen, die sich zu Organen verbunden haben und als eine thätige, harmonisch bewegliche Masse von Organen das Leben erzeugen. Da nun diese Organe unter dem Einfluss der Aussenwelt einer Veränderung fähig sind, so ist nichts wahrer als der Satz, dass der Mensch ein Erzeugnis der physischen und moralischen Umgebung, wie seiner Organisation ist. Die Leidenschaften des Menschen sind die Triebfedern seiner Thätigkeit, und die Moral besteht darin, dass die Gesamtmasse unserer Leidenschaften mit dem allgemeinen Interesse so übereinstimmt, dass man sich stets genötigt sieht, Gutes zu thun.

Nach diesen Prämissen entwirft er die Grundgesetze seiner Gesellschaft. Das Vermögen der Gemeinschaft, die alle Menschen umfasst, besteht aus der vollständigen Sammlung aller Werte aller Gemeinden. Alle Erzeugnisse stehen jedem unaufhörlich und für immer zur Verfügung; nichts gehört jemandem, als die Dinge, die er gegenwärtig braucht. Alle Geschäfte sind gleich ehrenwert und werden als gesellschaftliche Verrichtungen betrachtet. Ein jeder wird aufgefordert, sich freiwillig zu irgendwelchen Verrichtungen einzureihen, um der Gemeinschaft seine Thätigkeit und Einsicht zu widmen. Alle Arbeit ist freiwillig, da es ein Bedürfnis für den gesunden und kräftigen Menschen ist, zu arbeiten. Die Arbeiten finden in gemeinsamen Werkstätten statt, die auf das gesundeste und schönste eingerichtet sind. Ausserdem wird der Geist der Gemeinschaft durch immerwährende Erfindung neuer Maschinen die Arbeit so mühelos wie möglich zu machen bestrebt sein. Zwecks Organisation und Verteilung der Produkte wird die Welt in Gemeinden geteilt, deren Gebiete möglichst gleich und abgerundet sein sollen. Alle Gemeinden stehen untereinander zwecks Austausches der Produkte in Verbindung. Jede Gemeinde besteht aus etwa 10,000 Personen, die in einem grossen Palaste wohnen. Dieser hat die Gestalt eines Quadrats und umschliesst ein kleineres Quadrat; zwischen beiden befinden sich Parks. Jeder erwachsene Einwohner, Mann oder Weib, erhält drei gut möblierte Zimmer, die Kinder schlafen in gemeinschaftlichen Schlafzimmern. Jede Gemeinde hat nur eine Küche. Die Mahlzeiten finden gemeinsam statt, um den Geist der Brüderlichkeit zu wecken. Die Gemeinden werden so verteilt, dass sie alle Vorteile des Klimas geniessen und die gesundesten Plätze einnehmen. Alle industriellen Etablissements, die gesundheitsschädlich sind,

liegen auf dem Lande zerstreut. Die Gemeinden schliessen sich zu Nationen, die Nationen zur Menschheit zusammen. In jeder Gemeinde besteht eine politische Versammlung, welche die Bewegungen derselben leitet und an der ein jeder teilnehmen kann. Jede Nation und die Menschheit haben in gleicher Weise ihre Versammlungen oder Kongresse. Auf diesen, die alljährlich stattfinden, sind die Gemeinden nicht durch besonders dazu gewählte Deputierte, sondern durch ihre gerade am Ort des Kongresses anwesenden Mitglieder vertreten.

Von der grössten Wichtigkeit für den kommunistischen Staat sind natürlich die Ehegesetze und die über die Erziehung der Kinder. Nur die Liebe bildet und legitimiert die Verbindung zweier Wesen, die vollständig gleichberechtigt sind. Ist die Liebe verschwunden, so kann freie Scheidung stattfinden. „Keine zerstückelte Häuslichkeit mehr!" so ruft er aus, „keine häusliche Erziehung, kein Familismus, keine Herrschaft des Ehemannes — Freiheit der Verbindungen, vollständige Gleichheit der beiden Geschlechter, freie Scheidung!" Nur die Gemeinschaft bildet die Familie, einen einzigen grossen Haushalt, und wacht über alle Mitglieder mit unermüdlicher Sorgfalt. Die Erziehung der aus diesen freien Ehen entspringenden Kinder ist gemeinschaftlich, gleichmässig, stufenartig, gewerblich und landwirtschaftlich; sie soll Kraft und Beweglichkeit dem Körper verschaffen, den Geist entwickeln, Güte und Festigkeit des Herzens bilden. Der Unterricht ist zugleich theoretisch und praktisch; seine Grundlage bildet die materialistische Gesamtwissenschaft!

Op. Discours sur l'égalité; Code de la communanté 1842; Jésuitisme vaincu et anéanti par le socialisme 1845; L'organisation du travail et du bien-être universel 1843; die Zeitungen „L'Egalitaire" 1840 und „Les droits de l'homme" 1848.

Dietz, Joh. Heinr. Wilhelm, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Hamburg II, geboren am 3. Oktober 1843 zu Lübeck; besuchte die Petri-Knabenschule daselbst, wurde Buchdrucker, später Buchdruckereibesitzer und Verlagsbuchhändler in Hamburg, am 21. Oktober 1878 aus Hamburg auf Grund des Socialistengesetzes ausgewiesen, Mitglied des Reichstages seit 1881. Dietz lebt als Buchdruckereibesitzer und Verlagsbuchhändler in Stuttgart. In seinem Verlage erscheinen die socialistische Wochenschrift „Neue Zeit", deren Gründung ihm 1883, in den schweren Tagen des Ausnahmegesetzes, gelungen ist, die „Internationale Bibliothek" und viele andere socialistische Schriften.

Doni, Francesco, geboren zu Florenz gegen 1503, gestorben 1574. Von seinen Schriften sind zu erwähnen: I mondi, Venedig 1552, und I Inferni, Venedig 1553 — beide übersetzt von Gabriel Chappuis unter dem Titel: Les mondes célestes, terrestres et infernaux, Lyon 1578. — Hier in einem Kapitel, überschrieben „Le monde sage", findet sich eine Schilderung eines kommunistischen Staates der Weisen, die in vollständiger Güter- und Weibergemeinschaft leben; die ganze Darstellung bietet aber keine neuen Gedanken.

Douai, Dr. Adolf, deutsch-amerikanischer Socialist, geboren 1819 in Altenburg, gestorben 1888 in New-York, erhielt seine Erziehung auf

einem deutschen Gymnasium, studierte Theologie und Philosophie, wurde Hauslehrer in Russland und erwarb in Dorpat den Doktortitel. Nach Deutschland zurückgekehrt, gründete er in Altenburg eine Privatschule. Wegen seiner Teilnahme an den Ereignissen des Jahres 1848 wurde er des Hochverrates angeklagt, aber freigesprochen, bald nachher wegen eines Pressvergehens zu einem Jahr Haft verurteilt. Er musste deshalb seine Schule aufgeben und wandte sich 1852 nach Texas. In verschiedenen Staaten Nordamerikas war er als Lehrer und Journalist thätig und nahm lebhaften Anteil an der socialistischen Arbeiterbewegung, in der er als Redacteur der 1870 eingegangenen „Arbeiter-Union" und von 1878 bis zu seinem Tode als Mitredacteur der „New-Yorker Volkszeitung" wirkte.

Douai war ein sehr begabter Mann; wegen seiner hervorragenden Kenntnisse, seiner persönlichen Liebenswürdigkeit und seiner makellosen Rechtschaffenheit wurde er allgemein geachtet und verehrt.

Dreesbach, August, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Mannheim von 1890—93, geboren am 13. August 1844 zu Düsseldorf, besuchte die Volksschule, erlernte in Düsseldorf das Schreinerhandwerk, bereiste als Geselle 1864—65 Süddeutschland und Oesterreich, machte sich 1872 in Düsseldorf als Schreinermeister selbständig, gründete 1878 ein Spezereigeschäft in Mannheim, ist jetzt der Inhaber eines Tabak- und Cigarrengeschäftes. Dreesbach steht seit 1868 in der socialistischen Bewegung, 1884 wurde er zum Stadtrat in Mannheim gewählt, 1890 in den Reichstag geschickt. Bei den Reichstagswahlen von 1893 ging sein Wahlkreis der socialdemokratischen Partei verloren.

Dronke, Dr. Ernst, 1848—49 Mitredacteur der „Neuen Rheinischen Zeitung", hat in Liedern und Novellen seine socialistischen Ansichten zum Ausdruck gebracht.

In seinen „Polizeigeschichten", Leipzig 1846, führt er den Gedanken aus, dass die polizeilichen Einrichtungen und Gesetze häufig der Grund zu Verbrechen sind und dass die Unterdrücknng der Armen durch die Reichen andere Verbrechen veranlassen. In seinem Roman „Berlin", Frankfurt 1846, schildert er diese Stadt nach allen Richtungen, besonders mit Bezug auf Armut, Elend und Verbrechen, wobei er die Teilnahmslosigkeit der Behörden geisselt, die doch sonst bereit seien, sich in alles zu mischen. In demselben Sinne sind die „Maikönigin", „Volksleben am Rhein", Leipzig 1846, und „Aus dem Volk", Frankfurt 1846, gehalten. Eine Sammlung von zwölf Liedern erschien unter dem Titel „Armesünderstimmen" 1846.

Dühring, Eugen Karl, Philosoph und nationalökonomischer Schriftsteller, geboren am 12. Januar 1833 zu Berlin, besuchte das kölnische Gymnasium daselbst, wurde nach dem frühen Tode des Vaters wegen der dürftigen Lage der Familie in der Kornmesserschen Waisenanstalt untergebracht, die er später mit dem Alumnat des joachimsthalschen Gymnasiums vertauschte. 1853—56 studierte er auf der Universität Berlin die Rechtswissenschaften, worauf er im Bezirk des Kammergerichts einige Jahre in der juristischen Praxis thätig war. Ein Augenleiden, das später zu völliger Erblindung führte, zwang ihn, dieselbe zu verlassen. Im Jahre 1861

erwarb Dühring in der philosophischen Fakultät der Universität Berlin die Doktorwürde. Im folgenden Jahre verheiratete er sich mit der Tochter eines pommerschen Landwirts. In den schweren Jahren, die der fast ganz mittellose, erblindete Gelehrte durchzumachen hatte, ist sie ihm eine treue Gefährtin und Stütze gewesen. Dühring sagt über seine Ehe in seiner Autobiographie: „Beide einfach gewöhnt, machten wir gleich wenig Ansprüche, und meine Frau hat nie daran gedacht, es auch nur als eine Einschränkung aufzufassen, dass bei mir ihr Leben sich ganz innerhalb des Hauses konzentrierte. Die eingezogene, um nicht zu sagen einsame, Lebensweise, auf die mich meine Lage noch mehr als mein Temperament anwies, war ihr vollkommen recht. Sie verlangte nach keinen Zerstreuungen. Sie hat sich stets in der langen Reihe von Jahren, die wir nun schon miteinander zurückgelegt haben, in ihrer Heimstätte zufrieden gefühlt und im gemeinschaftlichen Wirken mit mir ihre Genugthuung gefunden. Bei uns gestaltete sich aber das Leben dadurch noch inniger, dass meine Frau auch an meinen eigensten Arbeiten teilnahm. Von ihrer Hand wurden Jahrzehnte lang alle von mir veröffentlichten Werke niedergeschrieben."

Im Jahre 1864 habilitierte sich Dühring als Privatdozent für Geschichte, Philosophie und Nationalökonomie an der Berliner Universität. Seine Docententhätigkeit fand ein Ende im Jahre 1877. Bereits 1875 hatte Dühring von der Fakultät einen Verweis erhalten, weil er in der zweiten Auflage seiner „Kritischen Geschichte der Nationalökonomie und des Socialismus" „nicht allein über Herrn Professor Wagner, sondern auch über die deutschen Universitäten und ihre Professoren im allgemeinen sich einer Reihe von schweren Ehrenkränkungen und wahrheitswidrigen Bezüchtigungen schuldig gemacht" habe. Die Fakultät removierte ihn damals nicht „in der Erwartung, dass er fortan sein Talent ungeteilt dem Dienste der Wissenschaft und des akademischen Lehrberufs widmen würde, statt es zur Verunglimpfung seiner Kollegen und der Anstalt, an der er wirkte, zu gebrauchen". Auf Grund einiger späterer Bemerkungen wurde ihm durch eine Verfügung des Ministers Falk am 7. Juli 1877 die Eigenschaft eines Privatdocenten entzogen, — und zwar „wegen verächtlichster Kritik der Universitäten und der Universitätslehrer". Von den inkriminierten Stellen, die sich im V. Abschnitt der Schrift „Der Weg zur höheren Berufsbildung der Frauen" finden, citieren wir:

„Das Zunftgerüst und seine Wirkungen können auch an den heutigen deutschen Universitäten zur Genüge in Augenschein genommen werden. Die ausschliessende Körperschaft kooptiert nach persönlichem Belieben; denn die Staatsgenehmigung ist fast nur formell. Ein Fachprofessor entscheidet darüber, wen er zum Kollegen haben will und sieht sich natürlich nach einem möglichst gefälligen und zahmen Konkurrenten oder vielmehr Nichtkonkurrenten um. Wo er sich nicht gerade Nullitäten besorgen kann, weil seine Fachkollegen auf anderen Universitäten mit ihm in vetterschaftlichem Kartell stehen und auch ihre Leute untergebracht sehen wollen, arrangiert man sich nach dem Princip der Gegenseitigkeit und teilt innerhalb der Kameraderie das Monopol nach jedesmaliger Kon-

venienz ... Der Professorenstand ist eine Art Kaste, die sich vornehmlich durch Inzucht fortpflanzt. Schwiegervater und Schwiegersohn sitzen innerhalb derselben Fakultät und fungieren innerhalb derselben Kommission als Examinatoren. In die Professuren heiratet man sich ein, wie früher in die Handwerksgilden."

Dühring hat seit seiner Remotion von der Universität als Privatgelehrter in Berlin gelebt.

Mit der socialen Frage beschäftigte Dühring sich zuerst in seiner 1865 erschienenen Schrift „Kapital und Arbeit, neue Antworten auf alte Fragen". „Sie kombinierte" — so fasst Dühring in seiner Autobiographie 1882 ihren Inhalt zusammen — „die Ergebnisse langer eigener Untersuchung mit einigen Folgerungen aus der deutsch-amerikanischen d. h. list-careyschen Oekonomie und gewann so zur socialen Frage eine neue Position. Letztere bestand hauptsächlich in dem Satze, dass die bisherige Drückung der Arbeitslöhne den zahlungsfähigen Konsum unnatürlich niederhält und ein solches Missverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion, also von Arbeit und Genuss, erzeugt, welches sich in den Störungen des Marktes, in Ueberproduktion sowie in einer dauernden Stauung kundgiebt. Hieran schloss sich der Nachweis, dass ein selbständiges Eintreten der Arbeiter für bessere Arbeitsbedingungen in freien Koalitionsbündnissen das nächste Mittel sei, die allgemeine Lage der Volkswirtschaft befriedigender zu gestalten. Auf die Achillesferse am Eigentum war nur erst streifend hingewiesen; denn ich wollte in dieser Schrift auseinandersetzen, was sich im Rahmen der gegebenen, mit Lohnarbeit verbundenen Eigentumsordnung im Sinne eines entschiedenen socialen Fortschritts, und zwar wesentlich durch freie Initiative der Arbeitergruppen selbst, thun liesse. Mein praktisches Programm war daher eine planmässige, umfassende Organisation der Arbeiterbündnisse zur Gesamtkontrahierung der Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern. Noch nie hatte man streng wissenschaftlich diesen Anknüpfungspunkt zu einer ersten Lösung der socialen Frage gerechtfertigt, und noch nie sich so entschieden und systematisch auf den Standpunkt der Koalitionen und eines durch sie zu entwickelnden Arbeiterrechts gestellt. Die gerade anhebende jüdische Socialistik in Deutschland geriet mit ihrem verworrenen Mischmasch, zu dem unter ihren Händen die besseren Gedanken der französischen Socialisten verdorben wurden, auf die unrationellsten und plumpsten Vorschläge. Mein Entwurf wurzelte ebenso tief in der wirtschaftlichen Wissenschaft wie in den naturwüchsigen Antrieben des Volks. Er hielt sich auf dem Boden strengster Gerechtigkeit und verlangte zunächst nichts weiter als dass den Arbeitern durch Freigebung der entsprechenden politischen Vereinigungsfunktionen die Möglichkeit verschafft würde, selber gegen die einseitige und zu billige Ausnutzung ihrer Kräfte gehörige Schranken zu ziehen. Die ältere Volkswirtschaftslehre hatte ebensowenig wie die Socialistik erkannt, dass die Naturgesetze, welche die Verteilung regeln, in erster Linie den Charakter socialer Positionsgesetze haben, also von der Klassenlage und dem Klassenrecht abhängig sind."

1871 gab Dühring die „Kritische Geschichte der Nationalökonomie

und des Socialismus" heraus. Er polemisiert in heftigster Form gegen die deutschen Socialisten Marx und Lassalle. Man lese nur, was er über das „Kapital" von Marx sagt: „Die vermeintliche neue Theorie, welche sogar eine Kritik der politischen Oekonomie sein will, hat wohl Absonderlichkeiten der Form, wie die neuscholastische d. h. Hegelsche Unlogik, aber keine erhebliche Eigentümlichkeit des Inhalts aufzuweisen. Ihre Verzerrungen des natürlichen Verstandes, die schliesslich noch mit einem eitlen Gelehrsamkeitsanschein aufgeputzt wurden, haben in ihrer überdies noch immer fragmentarisch gebliebenen Darlegung sicherlich keinen Anspruch, als ernstlich wissenschaftliche Theorie zu gelten." Von den Franzosen findet nur Louis Blanc Gnade vor seinen Augen.

Dühring vertritt die Ansicht, dass die Grundlage und der Ausgangspunkt aller socialistischen Bestrebungen die Arbeiterkoalitionen bilden müssen, welche, ohne sich mit wirtschaftlichen Unternehmungen und eigener Produktion zu befassen, als ihr nächstes Ziel die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen betrachten, Erhöhung des Lohnes, Verminderung der Arbeitszeit, Feststellung einer Arbeitsordnung u. s. w. Durch diese Arbeiterkoalitionen wird die individuelle Konkurrenz ersetzt durch die kollektive. Sie sollen und sie werden — unbekümmert um jede Theorie — zu einem gesetzgebenden Faktor in der Sphäre des Arbeiterrechts werden. Dies Arbeiterrecht ist bisher nur einseitig von den herrschenden Elementen der Gesellschaft gestaltet. Die Massenkoalitionen werden in Zukunft auf die Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern bestimmenden Einfluss gewinnen. Unerlässliche Vorbedingung für das Wirken dieser Arbeitervereinigungen ist die vollständige Koalitionsfreiheit. Diese Freiheit wird den Arbeitern nur durch politische Umgestaltungen zu teil werden.

In seinem 1873 veröffentlichten „Kursus der National- und Specialökonomie" kritisiert Dühring die bestehende Gesellschaftsordnung mit den folgenden Worten: „Ich stehe nicht an, es auszusprechen, dass die Renten- und Gewinnwirtschaft ein System ist, in welchem Produktion, Konsumtion und Verteilung, sowie der ganze, diese Thätigkeiten ausdrückende Kreislauf wesentlich nur innerhalb der besitzenden Klasse und zwischen ihren Elementen sich abspielen. Die fraglichen Schichten, die sich über dem bloss als Stützpunkt benutzten Untergrund erhalten, reichen einander die Hand zu allerlei Arten von Verkehr, gegenseitiger Zuteilung und Auseinandersetzung; sie regeln Konsumtion und Produktion nach ihren Bedürfnissen, bilden eine sich nicht bloss national, sondern international verstehende und nach denselben Motiven agierende Gesellschaft; sie nennen schliesslich ihr Bereich Volkswirtschaft, während es doch nur eine Klassenwirtschaft ist. Sie wirtschaften durch das Volk, aber nicht für das Volk; denn sie lassen ihm freiwillig nicht mehr, als was auch die Maschine beansprucht."

An die Stelle der Privatwirtschaften sollen „Gruppenwirtschaften zum societären Betrieb" treten. Er sagt auf Seite 380: „Es soll nicht bloss die Industrie im engeren Sinne, sondern auch die Landwirtschaft, sowie alle Ausnutzung des Bodens durch Kollektivitäten von erheblicherem

Umfange erfolgen. Die moderne Technik drängt in beiden Richtungen zum Grossbetrieb, und während sich die systematische Vereinigung und Konzentration der Kräfte und Mittel in den Manufakturen von selbst versteht, wird auch die Landwirtschaft erst dadurch die höchste Produktivität erhalten, dass sie einerseits den Wirkungen des bäuerlichen Kleinbetriebes und andererseits den zur Menschenausbeutung dienenden Konsolidationen entzogen wird. Die Selbstwirtschaft des Arbeiters ist auf beiden Gebieten nur dadurch zu erreichen, dass er in den Besitz der Produktionsanstalten und des Grund und Bodens gelangt. Es ist mithin das Privateigentum in Kollektivbesitz zu verwandeln."

Mitte der siebziger Jahre hatte ein kleiner Teil der socialdemokratischen Arbeiterschaft Berlins, insbesondere Johann Most, gewisse Beziehungen zu Dühring. Seine Schriften wurden studiert und in seinen öffentlichen Vorlesungen erschienen einzelne socialdemokratische Arbeiter. Um dem Einflusse Dührings entgegenzutreten, veröffentlichte Friedrich Engels eine Reihe polemischer Artikel gegen ihn im Centralorgan der socialistischen Arbeiterpartei, die später in Buchform unter dem Titel „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" erschienen. Dühring spricht mit Bezug darauf in seiner Autobiographie von der „schamlosen Art, in welcher mich Herr Marx durch die Larve seines Hausfriedrich, nämlich eines ehemals arbeiteranherrschenden Fabrikanten namens Friedrich Engels, verleumderisch und beschimpfend, so verlogen als möglich, anhegeln und anflegeln liess." Der Ton, den er hier anschlägt, ist charakteristisch für seine Polemik. Seine Stellung zum marxistischen Socialismus kennzeichnen wir durch die folgende Stelle, die sich auf Seite 207 seiner Schrift „Sache, Leben und Feinde, Karlsruhe 1882," findet: „Die jüdische Socialdemokratie war im Grunde eine reaktionäre Sippe, deren Staatszwangvelleitäten nicht auf Freiheit und gute Wirtschaft, sondern auf Verallgemeinerung der Knechtschaft und auf Ausbeutung durch Staatsfrohndienst im Interesse von leitenden Juden und Judengenossen hinauslaufen musste."

Op. Kapital und Arbeit, neue Antworten auf alte Fragen, 1865; Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Socialismus, 1871; Kursus der National- und Specialökonomie, 1873.

Dulk, Albert, wurde am 19. Juni 1819 in Königsberg i. Pr. als Sohn reicher Eltern geboren, lebte zuerst in seiner Vaterstadt, wo er sich 1848 dem Arbeiterverein anschloss, unter dessen Mitgliedern sich manche Anhänger des Weitlingschen Kommunismus befanden. Nach dem Siege der Reaktion verliess er Königsberg, um weite Reisen zu machen. Er ging zuerst nach Egypten, fuhr den Nil hinauf, durchwanderte Arabien und lebte dann sechs Monate als Einsiedler in einer Felsengrotte des Sinai, der Schlangengrotte. Mit diesem Aufenthalt schloss er, wie er sagt, die „selbstherrliche Sturm- und Drangperiode der Jugend" ab. Nach mehrjährigem Aufenthalt oberhalb Montreux am Genfersee, nahm er im Herbste 1858 seinen dauernden Wohnsitz in Stuttgart. Hier starb er am 29. Oktober 1884 am Herzschlage.

Schon in seinen frühen Dichtungen hatte Dulk sich als Freidenker

und Demokrat gezeigt, mehr und mehr näherte er sich der Socialdemokratie, der er während der letzten zehn Jahre seines Lebens leidenschaftlich anhing und für die er agitatorisch thätig war.

Eine Gesamtausgabe der Dulkschen Dramen wird zur Zeit von Ernst Ziel herausgegeben.

Dupont, Eugène-Clovis, geboren gegen 1840, gehörte der Internationalen seit ihrem Beginn an und war eines ihrer thätigsten Mitglieder. Nach dem Sturze des Kaiserreiches nahm er seinen Wohnsitz in Paris und war bald einer der populärsten Redner in den Klubs. Iu den Wahlen des Februar 1871 zur Nationalversammlung wurde er von den Socialisten des Seine-et-Oise-Departements als Kandidat aufgestellt, erhielt aber nur eine kleine Stimmenzahl. Mitglied des Centralkomitee der Nationalgarde, wurde er am 26. März Mitglied der Commune und von dieser in die Arbeitskommission delegiert. Einige Tage später übernahm er die Verwaltung des III. Arrondissements. Nach dem Einrücken der Versailler in Paris gelang es ihm, nach London zu entkommen, wo er korrespondierender Sekretär im Generalrat der Internationalen wurde.

Dupont, Pierre, französischer Arbeiterdichter, geboren zu Rochetaillée am 23. April 1821, gestorben zu St-Etienne am 25. Juli 1870. — Einer Arbeiterfamilie entsprossen, erhielt er seine Erziehung von einem Geistlichen, der ihn für den Priesterstand bestimmte und ihn in das Seminar von Largentière schickte. Dupont verliess dasselbe bald wieder, um, wie sein Vater, Seidenweber zu werden. Sein Dichtertalent zog die Aufmerksamkeit Pièrre Lebruns auf sich, durch dessen Protektion es ihm gelang, in Paris bekannt zu werden und vom Militärdienst loszukommen. In kürzester Zeit gewann Dupont eine ungeheure Popularität, seine Lieder waren in aller Munde. Seine „Chants rustiques“ wurden von der Kritik, den litterarischen Feinschmeckern, deren überreizten Gaumen ihre Frische, Einfalt, der bäuerliche Eigengeschmack kitzelte, aufs höchste gepriesen; seine politischen Lieder, in denen die Schmerzensschreie der unterdrückten Proletarier wiederhallten, sang das Volk mit all der Leidenschaft, die selbstempfundenes Leid und Elend geben. Sein „Arbeiterlied“, sein „Lied vom Brote“ waren die Lieblinge des socialistischen Proletariats.

1851 wurde Dupont wegen einiger politischer und socialistischer Lieder verfolgt, gefangen gesetzt und zu sieben Jahren Deportation verurteilt. Doch wurde der Dichter sehr bald begnadigt. Seitdem hielt er sich von der Politik fern. Er kehrte in die Provinz und in das Dunkel der Vergangenheit zurück. Seine letzten Jahre waren ein fortwährender Kampf, wenn nicht direkt mit dem Elend, so doch mit der oft ebenso grausamen Beschränktheit.

Seine Werke erschienen 1854 in vier Bänden in Paris.

Durand, Joseph Pierre, geboren zu Gros bei Rodez am 16. Juni 1826. Da sein Vater, ein Grossgrundbesitzer von Aveyron, ein Anhänger der Fourierschen Schule war, so war es sehr natürlich, dass der junge Durand ebenfalls zu einem Verteidiger derselben heranwuchs und als eifriger Fourierist sich als Mitarbeiter an der „Démocratie pacifique“ beteiligte. 1848 nahm er lebhaften Anteil an der revolutionären, besonders

aber der socialistischen Bewegung. Aus dieser Zeit stammt: „Petit Catéchisme politique et social ou la Politique et le Socialisme mis à la portée de tout le monde". Durch den Staatsstreich ward er gezwungen, Frankreich zu verlassen und hat seitdem keinen Anteil mehr an der socialistischen Bewegung genommen.

„**Eisenacher**" wurden die Anhänger des marxistischen internationalen Socialismus genannt, die sich auf dem Eisenacher Kongress im August 1869 zur „socialdemokratischen Arbeiterpartei" zusammenschlossen. Diese, im Gegensatz zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein (s. d.) der Lassalleaner gegründete Partei verdankte ihre Entstehung der rührigen und geschickten Agitation von Wilhelm Liebknecht (s. d.), der in London in langjährigem persönlichem Verkehr mit Marx unbedingter Anhänger der Lehren des kommunistischen Manifestes geworden war. Nachdem er 1862 nach Deutschland zurückgekehrt war, trat er sofort energisch für die Forderungen der Demokratie ein. Ende 1865 trat Liebknecht mit A. Bebel in Verbindung. Durch ihn gewannen seine Ideen Eingang in die bisher von der socialistischen Agitation unbeeinflussten Arbeiterbildungsvereine. Auf dem 5. Verbandstag derselben, der im September 1868 zu Nürnberg stattfand, gelang es den Bemühungen Bebels, eine Majorität für eine Resolution zu gewinnen, in der die Uebereinstimmung mit den wichtigsten Ideen der Internationalen Arbeiterassociation ausgesprochen wurde. Es wurde dort mit 69 gegen 44 Stimmen beschlossen: „In Erwägung, dass alle auf die ökonomische Emancipation gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jedes Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind; dass die Emancipation der Arbeit weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein sociales Problem ist, welches alle Länder umfasst, in denen es moderne Gesellschaft giebt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt, erklärt der zu Nürnberg versammelte 5. Arbeitertag in nachstehenden Punkten seine Uebereinstimmung mit der Internationalen Arbeiter-Association:

a) Die Emancipation der arbeitenden Klassen muss durch die arbeitenden Klassen selbst erkämpft werden. Der Kampf für die Emancipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

b) Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschliesslichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des socialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit.

c) Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die sociale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt, und nur möglich im demokratischen Staate."

Seit Anfang des Jahres 1868 gab Liebknecht das „Demokratische Wochenblatt" heraus. Jetzt, wo tausende von Arbeitern für die Ideen

des internationalen Socialismus gewonnen waren, wo Liebknecht also festen Boden unter seinen Füssen hatte, trat er in offenen Gegensatz zu den Lassalleanern und den bürgerlichen Demokraten. Zuerst richtete er seinen Angriff auf den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und dessen Präsidenten v. Schweitzer. Er erschien mit Bebel auf der im März 1869 zu Barmen abgehaltenen Generalversammlung des Vereins. Sie erhoben gegen v. Schweitzer (s. d.) die Anklage, die Arbeitersache an die Regierung verraten zu haben. Nach lebhaften, überaus heftigen Debatten erteilte die Majorität der Delegierten dem Präsidenten v. Schweitzer ein Vertrauensvotum. Mehr Erfolg hatten Liebknecht und Bebel in ihrer sachlichen Opposition. Sie wussten es durchzusetzen, dass die Generalversammlung die centralistische Organisation, welche von Liebknecht von Anfang an bekämpft war, weil sie einem einzelnen Manne ein zu starkes Uebergewicht gäbe, an sich undemokratisch wäre und den Behörden die Unterdrückung der socialistischen Bewegung erleichtere, durch den Beschluss modifizierte, dass der aus 24 Mitgliedern, die über ganz Deutschland zerstreut wohnten, bestehende Vereinsvorstand in Zukunft nur aus 12 an einem Orte ansässigen Mitgliedern bestehen sollte. Dadurch war die diktatorische Gewalt des Präsidenten gebrochen. Diese Aenderung der Organisation wurde aber durch eine Urabstimmung aller Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die v. Schweitzer herbeiführte, bald darauf verworfen.

Die Anhänger der Internationalen Arbeiter-Association betrieben darauf mit grosser Energie die Gründung einer neuen Partei. Schroff traten sie den Lassalleanern entgegen. In einem Aufruf vom 23. Juni 1869 erklärten Liebknecht und Bebel: „Es wird sich zeigen, ob die Korruption, die Gemeinheit, die Bestechlichkeit auf jener Seite, oder die Ehrlichkeit und die Reinheit der Absichten auf unserer Seite den Sieg davonträgt. Unsere Losung sei: Nieder mit der Sektiererei! Nieder mit dem Personenkultus! Nieder mit den Jesuiten, die unser Princip mit den Worten anerkennen, in Handlungen es verraten!“ Die Internationalen wurden in der Folge von ihren Gegnern die „Ehrlichen“ genannt.

Verschiedene Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins traten auf ihre Seite, so Bracke, Fritzsche, Geib, Spier, York. Auf einer am 6. Juli 1869 zu Braunschweig abgehaltenen Konferenz beschlossen die Internationalen, auf den 7. August einen allgemeinen deutschen socialdemokratischen Arbeiter-Kongress nach Eisenach einzuberufen. In ihrer Einladung zu demselben führten sie aus, dass die neue Zeit mit ehernem Finger auf die Notwendigkeit hinzeige, die Partei der gesamten socialdemokratischen Arbeiter Deutschlands in sich zu einigen und dieselbe in die richtige, einzig zum Siege führende Bahn der auf internationaler Grundlage beruhenden, grossen Arbeiterbewegung hinüber zu leiten. Die Ereignisse der letzten Zeit müssten jeden ehrlichen Socialdemokraten mit Freude erfüllen. Der Bann, der bisher auf der socialdemokratischen Arbeiterbewegung gelastet habe, sei gebrochen; die Selbstsucht einzelner, welche sich wie ein spaltender Keil in das Mark, in das Herz der Partei geschoben, sei entlarvt und niedergeschmettert. Es gelte nun rasch zu handeln, damit die Früchte des Sieges ihnen nicht wieder entrissen würden, und

damit aus der heilsamen Revolution, welche sich eben vollzogen habe, die Principienreinheit und die einheitliche Organisation hervorgehen möge, ohne die die Partei den ihr gebührenden Einfluss nicht ausüben, die ihr innewohnende Kraft nicht entfalten könne.

Von der Internationalen Arbeiter-Association erschienen in Eisenach Vertreter des Genfer Centralrats, schweizerischer und österreichischer Sektionen und der Sektionen zu Solingen, Elberfeld-Barmen, Leipzig, Magdeburg, Dresden, Berlin, Nürnberg, Fürth, Mainz u. s. w. Auch die Lassalleaner hatten sich unter Tölkes und Aurins Führung zahlreich eingefunden. Grosser Streit zwischen den beiden Parteien entstand bereits bei der Wahl des Bureaus. Geib, der Einberufer des Kongresses, erklärte die Versammlung deshalb für aufgelöst und zog mit seinen Anhängern ab. So war der Bruch vollzogen. Die Internationalen konstituirten dann einen eigenen Kongress, auf dem sie Geib, Bebel, Oberwinder und Quick zu Präsidenten und Scheu, Motteler, Bürger, Walster zu Schriftführern wählten. Sie gründeten die „Socialdemokratische Arbeiterpartei“ mit folgendem, dem sogenannten „Eisenacher Programm“:

I. Die socialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates.

II. Jedes Mitglied der socialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

1. Die heutigen politischen und socialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der grössten Energie zu bekämpfen.
2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die socialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.
4. Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die sociale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.
5. In Erwägung, dass die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, giebt sich die socialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem einzelnen ermöglicht, seinen Einfluss für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.
6. In Erwägung, dass die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine sociale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft giebt, umfasst, betrachtet sich die socialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten. als Zweig der Internationalen Arbeiterassociation, sich deren Bestrebungen anschliessend.

III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der socialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

1. Erteilung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.
2. Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.
3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession.
4. Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.
6. Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
8. Abschaffung aller Press-, Vereins-, und Koalitionsgesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.
9. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftssteuer.
10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantieen.

Die Organisation war im wesentlichen folgende: An der Spitze steht ein aus 5 Personen bestehender Ausschuss, der in seiner Amtsführung von einer aus 11 Mitgliedern zusammengesetzten Kontrollkommission überwacht wird. Ausschuss und Kontrollkommission werden durch die Parteimitglieder jener Orte ernannt, welche vom Kongresse als Sitze dieser Behörden bestimmt werden. Die Kontrollkommission hat das Recht, den Ausschuss zu suspendieren. Um mit den Vereinsgesetzen nicht in Konflikt zu kommen, hat die Partei keine Lokalvereine, sondern die Parteigenossen eines jeden Orts versammeln sich stets nur auf Grund des Versammlungsrechts; sie wählen einen Vertrauensmann, der die Gelder einsammelt, Versammlungen einberuft, stets aber als Person, nicht als Vertreter eines Vereins mit dem Ausschuss verkehrt.

Als Sitz des Parteiausschusses bestimmte der Eisenacher Kongress Braunschweig, als Sitz der Kontrollkommission Wien; bald darauf wurde, da die Wiener Polizei die Wahl der Mitglieder der Kontrollkommission nicht duldete, Hamburg an die Stelle Wiens gesetzt. Parteiorgan wurde der aus dem „Demokratischen Wochenblatt“ hervorgegangene „Volksstaat“.

Da die deutschen Vereinsgesetze einen korporativen Anschluss an die Internationale Arbeiter-Association nicht zuliessen, wurde jedem Mitglied geraten, für seine Person der Internationalen Arbeiter-Association beizutreten.

Der zweite Kongress der Partei fand vom 4. bis 7. Juni 1870 in Stuttgart statt, wo 74 Delegierte 111 Orte mit circa 15,000 Parteigenossen vertraten. Gemäss den Beschlüssen des Baseler Kongresses der Internationalen Arbeiter-Association, auf dem die Partei durch mehrere Mitglieder, auch Liebknecht, vertreten war, wurde hier eine Resolution angenommen betreffend Verstaatlichung des Ackerlandes und Verpachtung desselben von Staats wegen an Ackerbaugenossenschaften, die verpflichtet sind, das Land in wissenschaftlicher Weise auszubeuten und den Ertrag der Arbeit nach kontraktlich geregelter Uebereinkunft unter die Genossenschaften zu verteilen. Als Uebergangsstadium von der Privatbewirtschaftung des Ackerlandes zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung fordert der Kongress, mit dieser bei den Staatsdomänen, Schatullengütern, Fideikommissen, Kirchengütern, Gemeindeländereien, Bergwerken, Eisenbahnen etc. zu beginnen, und erklärt sich deshalb gegen jede Verwandlung des vorhandenen Staats- und Gemeinbesitzes in Privatbesitz.

Hier kam auch eine Vereinigung mit der kleinen süddeutschen socialdemokratischen Fraktion, deren 3 Delegierte 900 Mitglieder vertraten, zu stande.

Während des Krieges mit Frankreich wurde nach der Besiegung Napoleons am 5. September ein „Manifest an die deutschen Arbeiter“ erlassen, in dem dieselben aufgefordert werden, dahin zu wirken, dass Frankreich ein ehrenvoller Friede gesichert würde.

In dem Manifest heisst es:

„Der französischen Regierung muss ein ehrenvoller Frieden gestattet werden . . . Eine Pflicht des deutschen Volkes ist es, ja in seinem eigenen Interesse liegt es, einen ehrenvollen Frieden der französischen Republik zu gewähren . . . Vor allem ist es Pflicht der deutschen Arbeiter, denen die Einheit der Interessen zwischen dem deutschen und dem französischen Volke zur heiligen Ueberzeugung geworden ist, die in den französischen Arbeitern nur ihre Brüder sehen, mit denen gleiches Los und Streben sie einen, einen solchen Frieden für die französische Republik zu verlangen . . . Es ist durchaus notwendig, dass die Partei sogleich an allen Orten in Gemässheit unseres Manifestes möglichst grossartige Kundgebungen des Volkes gegen die Annexion von Elsass-Lothringen und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik veranstaltet“ . . .

Der General-Gouverneur Vogel v. Falckenstein liess deshalb auf Grund seiner ihm während des herrschenden Belagerungszustandes zustehenden Machtbefugnisse die Ausschussmitglieder Bonhorst, Bracke, Gralle, Kühn, Spier, ferner Ehlers und den Buchdrucker Sievers verhaften und nach Lötzen in Ostpreussen bringen. Ebenso erging es Joh. Jacoby und später Bebel, Liebknecht und Hepner.

Vier Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses — der Kaufmann Wilhelm Bracke, der Maschinentechniker Leonhard v. Bonhorst, der frühere Lehrer Samuel Spier und der Schneidergeselle Joh. Aug. Carl Kühn — wurden 1871 des Vergehens gegen die öffentliche Ordnung angeklagt. Sie wurden vom Braunschweiger Kreisgericht deshalb zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Der herzogliche Kassationshof zu Wolfenbüttel hob auf

eingelegte Berufung diese Entscheidung auf und erkannte auf bedeutend geringere Strafen wegen Verstosses gegen das braunschweigische Vereinsgesetz.

Gegen Bebel, Liebknecht und Hepner, den Redakteur des „Volksstaats“, wurde die Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat erhoben. Die Verhandlungen vor dem Leipziger Schwurgericht dauerten vom 11. bis 26. März 1872 und endeten mit der Verurteilung von Bebel und Liebknecht zu zwei Jahren Festungshaft. Hepner wurde freigesprochen. Die Anklage lautete, dass die Beschuldigten vorhätten:

1. gegen die Regierungsrechte des sächsischen Staatsoberhauptes und gegen die Verfassung des sächsischen Staates, um dieselbe in ihren hauptsächlichen Bestandteilen aufzuheben, sowie gegen die Selbständigkeit und Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reiches, einen gewaltsamen Angriff zu unternehmen;

2. die Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reiches, und des sächsischen Staates gewaltsam zu ändern, und zwar beides in der Weise, dass unter Beseitigung der monarchischen Staatsform die Republik zu dem Zweck in Deutschland errichtet werde, um dem Arbeiterstande, beziehungsweise dem Proletariat, die staatliche Herrschaft zu sichern, und unter deren Schutz alsdann kommunistische, beziehungsweise ähnliche extreme socialistische Einrichtungen innerhalb der Gesellschaft einzuführen.“

Man suchte die Anklage durch die Reden, die Broschüren und Artikel der socialdemokratischen Presse zu beweisen. Die Geschworenen entschieden mit 8 gegen 4 Stimmen für die Anklage. Viele hatten die Anstellung des Prozesses für inopportun gehalten; manche Stimmen aus den gegnerischen Parteien, ja aus dem Richterstand, erklärten den Prozess für einen Tendenzprozess. Bebel und Liebknecht verbüssten die Strafe auf Schloss Hubertusburg.

Der dritte Kongress der Partei fand im August 1871 zu Dresden, der vierte im September 1872 zu Mainz statt. Hier wurde konstatiert, dass die socialistische Bewegung, welche durch den deutsch-französischen Krieg sehr gelitten, wieder grössere Dimensionen angenommen habe. Ein Antrag, es den Parteimitgliedern zur Pflicht zu machen, aus den Landeskirchen auszutreten, wurde abgelehnt; doch fasste man in Bezug auf diese Frage eine Resolution, dass den Mitgliedern, nachdem sie durch die Annahme des Parteiprogramms faktisch mit jedem religiösen Bekenntnis gebrochen hätten, zu empfehlen sei, auch formell aus den kirchlichen Verbänden auszutreten.

1873 tagte die Partei in Eisenach — in Nürnberg hatte die Polizei den Kongress nicht gestattet — und 1874 in Koburg.

Ueber die Wahlerfolge der Partei siehe den Artikel „Reichstagswahlen“. 1875 verschmolzen sich die Eisenacher mit den Lassalleanern zur „Socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“.

Enfantin, Barthélemy Prosper, geboren am 8. Februar 1796 zu Paris, gestorben zu Saint-Mandé am 31. Mai 1864. Ende 1812 trat er in die polytechnische Schule ein und nahm 1814 an der Verteidigung von Paris

thätigen Anteil. 1825 wurde er durch Olinde Rodrigues (s. d.) mit St. Simon bekannt. Von dem sterbenden Philosophen erhielten sie seine letzten Lehren und beide, von seinen Ideen begeistert, übernahmen die Mission, sie zu verbreiten. Enfantin war Mitarbeiter am „Producteur“ und wurde bald neben Bazard das Haupt der Schule. 1831 kam es durch Enfantin zu einer Spaltung der Schule. Die Theorie Enfantins wurde von dem grössten Teil derselben als Dogma angenommen. Doch bald genug kam es zum Krach; Enfantin zog sich mit dem Rest seiner Getreuen nach Mesnilmontant, seinem väterlichen Gute, zurück und wurde 1832 wegen Verletzung der Sittlichkeit und ungesetzlicher Association vor Gericht gezogen. Der Prozess endete mit der Verurteilung Enfantins und seiner Schüler zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre. Nach einigen Monaten freigelassen, wanderte Enfantin nach Egypten aus, wo er sich zwei Jahre aufhielt. 1841 kehrte er nach Paris zurück und erhielt einen Posten in der Paris-Lyoner Eisenbahngesellschaft, der er seitdem mit einer kurzen Unterbrechung angehörte.

Enfantin war ein Mann voll Einbildungskraft, ein Enthusiast, zu phantastischen Vorstellungen und Plänen geneigt. Einer skeptischen Umgebung und Welt gegenüber war er ein Fanatiker romantischer Ideen. Ein Mann von hochfliegenden Bestrebungen, steht er zum guten Teil unter dem Einfluss der Weltanschauung, die bei den Dichtern der romantischen Schule in dieser Zeit aufkommt. Er lässt sich durch seine Einbildungskraft fortreissen und schwimmt selbst auf den Wellen seines Wortstromes mit fort. Mit der Kraft eines Gläubigen vereinigte sich in ihm die Schwäche eines solchen. Trotzdem hatte er einen wunderbaren Einfluss auf seine Umgebung. Bald beginnt er denn auch, sich die Rolle eines Propheten zuzuschreiben, eines Mannes, der eine göttliche Botschaft der Menschheit zu bringen, eine göttliche Sendung zu erfüllen hat. Und es gelingt ihm, die Menschen an seine Mission glauben zu machen! (Siehe st. simonistische Schule.)

Op. Oeuvres de St-Simon et Enfantin, 47 vol., Paris 1868—78; Doctrine de St-Simon. Exposition. — Économie politique et politique, 1831; Morale, 1832; Science de l'homme, Philosophie religieuse, 1858; La vie éternelle, passée, présente, future, 1864.

Engels, Friedrich, geboren am 28. November 1820 in Barmen als Sohn eines wohlhabenden Fabrikanten, wurde, ein Jahr vor dem Abiturienten-Examen, Kaufmann, trat 1841 bei der Garde-Artillerie als Einjährig-Freiwilliger ein, ging 1842 nach Manchester, wo er in einem Fabrikunternehmen, an dem sein Vater Teilhaber war, bis 1844 arbeitete. Engels trat in England in Beziehung zu der von Owen ausgehenden socialistischen Bewegung und zu dem Chartismus. In der „New Moral World“ von Robert Owen und dem „Northern Star“, dem von Feargus O'Connor herausgegebenen Hauptorgan der Chartisten, finden wir Beiträge von ihm. In den 1844 von Marx und Ruge herausgegebenen „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ erschien von ihm der Artikel „Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie“ und eine Besprechung des Carlyleschen Buches „Past and Present“. Im Anschluss an die englischen Anti-Individualisten erhebt in

den „Umrissen“ der junge in Manchester arbeitende Kaufmann die schwersten Vorwürfe gegen den Handel. Er nennt den Handel einen „legalen Betrug“ und bezeichnet die Nationalökonomie als das ausgebildete System dieses Betrugs, als die aus dem gegenseitigen Neid und der Habgier der Kaufleute entstandene Bereicherungswissenschaft, die das Gepräge der ekelhaftesten Selbstsucht auf der Stirne trägt. Unverhüllt werde diese von den Anhängern des Merkantilsystems gepredigt, im gleissenden Gewande der Philanthropie dagegen von dem auf Adam Smiths Wealth of Nations gegründeten System der Handelsfreiheit. Trotzdem läge in diesem ein Fortschritt: die Monopole und Verkehrshemmungen müssten gestürzt werden, die kleinlichen Lokal- und Nationalrücksichten müssten zurückgedrängt werden, damit die wirtschaftliche Lage der Völker gleich und damit der Kampf gegen dieselbe ein allgemeiner, menschlicher werden könnte. Durch die Handelsfreiheit habe sich das Privateigentum mit allen seinen Konsequenzen ausgebildet, durch die Handelsfreiheit habe das System des Privateigentums den Gipfel erreicht, wo es sich in seiner ganzen Nacktheit darstelle. Die weitere Entwicklung müsse dann zur Aufhebung des Privateigentums führen. Engels versucht dann, in den einzelnen Grundkategorien der Nationalökonomie „den durch das System der Handelsfreiheit hineingebrachten Widerspruch zu enthüllen und die Konsequenzen der beiden Seiten des Widerspruchs zu ziehen“. Die Begriffe „Handel“, „Wert“, „Preis“, „Kapital“, „Grundrente“, „Arbeit“, „Konkurrenz“ und „Monopol“ unterwirft er dann einer Kritik, die sich im wesentlichen an die englischen Socialisten und Th. Carlyle anlehnt. Heute hat Engels seine dort entwickelten nationalökonomischen Ansichten wesentlich modifiziert. — Die am Schlusse der Abhandlung in Aussicht gestellte Schrift über das Fabriksystem erschien im nächsten Jahre unter dem Titel: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen.“ Diese Quellen, insbesondere P. Gaskell, Th. Carlyle und die Berichte der Parlamentskommissionen, sind gewissenhaft verarbeitet; die Darstellung ist überaus lebendig, der Stil packend, so dass die Schrift heute noch — obwohl sich die Lage der Arbeiterklasse in England in vielen Beziehungen verändert hat — äusserst wertvoll ist.

1844 war Engels in Paris mit Marx zusammengetroffen. Die Beiden traten damals schon in nähere Beziehung zu einander und verfassten gemeinschaftlich das Buch: „Die heilige Familie, oder Kritik der kritischen Kritik, gegen Bruno Bauer und Consorten“, das 1845 in Frankfurt erschien.

1845 lebte Engels längere Zeit in seiner Vaterstadt Barmen. Da er sich jedoch in dem pietistischen Barmen, im Schosse einer strenggläubigen und hochkonservativen Familie, nicht wohl fühlte, begab er sich nach Brüssel, wo Marx damals lebte. Mit diesem zusammen wurde er zum Eintritt in den „Bund der Gerechten“, den späteren Kommunistenbund, aufgefordert. Im Auftrage des Bundes verfasste er mit Marx 1847 das kommunistische Manifest (s. d.). — 1848 war Engels Mitredacteur der „Neuen Rheinischen Zeitung“ (s. d.) in Köln. Nach Unterdrückung derselben ging er nach der Pfalz, wo er sich einem Freischarencorps

[illegible] Engels [illegible] nach London [illegible] Kommunisten- [illegible] 1850 [illegible] Engels [illegible] Marx. [illegible] 1850 [illegible] Seine [illegible] Ge- [illegible]

[illegible] Arbeiter- [illegible] Spanien [illegible] Übergang [illegible] Verkehr ge- [illegible] deutschen [illegible]

[illegible] Engels [illegible] Ausgabe [illegible] den [illegible] er- [illegible] Aussicht [illegible]

[illegible] eine [illegible] Eugen [illegible] 1880 als [illegible] Herrn Eugen Dührings Umwälzung [illegible] Auffassung der- [illegible] gewissen Anhang [illegible] der erst 1875 [illegible] Engels [illegible] seinen Gegner [illegible] Wissens [illegible] seine Waffen [illegible] Naturwissenschaften, der Juris- [illegible] und weiss sie [illegible] Urteil über Düh- [illegible] gsfähigkeit [illegible] Dühring [illegible] Ein Teil [illegible] Titel: „Die [illegible] Wissenschaft.“

[illegible] Schrift: „Der Ursprung der [illegible] Privateigentums und des Staates“ ist im wesentlichen eine

Popularisierung des Werkes „Ancient Society“, das 1877 von dem amerikanischen Ethnographen Lewis H. Morgan veröffentlicht war.

Engels war mit Marx durch die engste Freundschaft verbunden. „Marx und Engels,“ — so sagt Paul Lafargue, der Schwiegersohn von Marx, in der „Neuen Zeit“ — „haben in unserem Jahrhundert das Ideal der Freundschaft verwirklicht, das die antiken Dichter malen. Von Jugend auf haben sie sich zusammen und parallel entwickelt, in der innigsten Gemeinschaft der Ideen und Gefühle gelebt, an der gleichen revolutionären Agitation teilgenommen, und so lange als sie vereint bleiben konnten, haben sie auch zusammen gearbeitet.“

Op. Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie, 1844; Lage der arbeitenden Klassen in England, 1845; Die preussische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, 1865; Zur Wohnungsfrage, 1872; Die Bakunisten an der Arbeit; Sociales aus Russland, 1875; Der deutsche Bauernkrieg, 1875; Preussischer Schnaps im deutschen Reichstage; Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, 1877, 2. Aufl. 1886; Die Entwicklung des Socialismus von der Utopie zur Wissenschaft, 1882, 4. Aufl. 1891; Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, 1884, 4. Aufl. 1891; L. Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, 1888; In Sachen Brentano contra Marx, 1891. — In Verbindung mit Marx: Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten, 1845; Das kommunistische Manifest, 1848.

England. Gleichheitsideen wurden in England bereits während der am Ende des 14. Jahrhunderts stattfindenden grossen Bauernaufstände von Wat Tyler und Flannoc gepredigt. Die Chroniken jener Zeit überliefern uns die Rede eines auf die Seite des Volkes getretenen Priesters John Ball, in welcher derselbe, auf die ursprüngliche Gleichheit aller Menschen hinweisend, die bestehenden socialen Unterschiede auf das schärfste verdammt. Denselben Gedanken finden wir in den Ansprachen von Robert Ket, dem Führer der rebellischen Bauern von Norfolk, welcher im Jahre 1549 vom Grafen Warwick gefangen genommen und aufgeknüpft wurde.

Schon vorher hatte der Staatsmann und Gelehrte Thomas Morus (s. d.) in seinem 1516 zu Löwen erschienenen Staatsroman „de optimo statu rei publicae deque nova insula Utopia“ eine kommunistische Wirtschaftsordnung entwickelt.

Der erste, welcher aus den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen die Notwendigkeit kommunistischer Einrichtungen gefolgert und für die Verwirklichung dieser Idee agitiert hat, ist John Bellers (s. d.). In seiner 1695 zuerst erschienenen Schrift „Vorschläge zur Errichtung von colledges of industry“ führt er aus, dass die aus der Arbeitslosigkeit entstehende Armut nur durch die Gründung von Gemeinwesen nach kommunistischen Principien dauernd beseitigt werden kann. Wir haben diese merkwürdige, überaus interessante Schrift an anderer Stelle eingehend besprochen. Es ist charakteristisch, dass das Auftreten von Bellers in die Regierung von William III. fällt, unter dem die Bourgeoisie zur vollen Herrschaft gelangte. Mit der Entwicklung der grossen Aktiengesellschaften

für den überseeischen Handel, der Gründung der Bank von England, dem Staatsschuldensystem, der Schutzzollpolitik und den indirekten Steuern tritt gleichzeitig eine grosse „industrielle Reservearmee" auf. In den Thronreden von William III. bei der Eröffnung der Parlamente wird die Notwendigkeit gesetzgeberischer Massregeln zur Abhülfe der aus Arbeitslosigkeit entstehenden Not in jedem Jahre stärker betont. „I think it extremely desirable that such as are able and willing should not want employment" führt der König 1699 vor seinen versammelten Lords und Gemeinen aus, doch „no notice was taken of this part of his Majesty's speech", wie Eden lakonisch berichtet. Die nationalökonomische Litteratur jener Zeit besteht zum grossen Teil aus Untersuchungen über die Gründe des Pauperismus und Vorschlägen zur Beseitigung desselben. Der eine glaubt, die Verschwendung der Reichen sei Schuld, der andere macht die üppige Lebensweise der Armen, ihre Trunksucht und Faulheit verantwortlich für die Not und verlangt die Abschaffung des aus der Zeit Elisabeths stammenden Armengesetzes, weil es bei den Arbeitern die Neigung zur Sorglosigkeit und Faulheit befördere. Defoe setzt auseinander, dass die Arbeitslosigkeit nur durch die Erschliessung neuer Absatzgebiete beseitigt werden kann, John Locke dagegen schlägt in einem Gesetzentwurf vor, dass derjenige, der nicht die ihm von Gemeindebeamten nachgewiesene Arbeit unter den von Privatunternehmern willkürlich festgesetzten Bedingungen annehmen wird, eine tüchtige Tracht Prügel bekommen und ins Korrektionshaus gesperrt werden solle. Die Bedeutung der kleinen Schrift von Bellers tritt erst dann recht hervor, wenn man seine Vorschläge und nationalökonomischen Ausführungen mit denen seiner Zeitgenossen vergleicht. Ein äusserlich ähnlicher Plan wird heute, nach zwei Jahrhunderten, von Booth, dem „General" der Heilsarmee, als „the only way out", als das einzige Rettungsmittel, unter Mitwirkung einiger wohlhabender Leute durchzuführen versucht. Der Unterschied zwischen den beiden Vorschlägen ist, dass Bellers dauernde kommunistische Gemeinwesen aus Angehörigen aller, auch der freien, Berufe und zwar zuerst, um die grossen Schwierigkeiten zu überwinden, nur aus besonders tüchtigen Leuten, ins Leben rufen, also eine ganz neue sociale Ordnung herbeiführen will, welche u. a. den Vorzug hat, dass sie keine Arbeitslosigkeit erzeugt; Booth dagegen die Armen und Hülflosen durch eine Erziehung in grossen, von Offizieren der Heilsarmee geleiteten Anstalten zu einer produktiven Thätigkeit, insbesondere Ackerwirtschaft in den Kolonieen, befähigen will. Booth will also nur Mängel der bestehenden Wirtschaftsordnung, nicht diese selbst beseitigen.

1761 preist Robert Wallace, ein Theologe, in dem anonym erschienenen Buche „Various prospects of mankind, nature and providence" die Vorzüge einer kommunistischen Gesellschaftsordnung; er glaubt jedoch, dass gerade das durch dieselbe herbeigeführte glückliche Leben wegen des starken Antriebes zur Volksvermehrung die Ursache des Unterganges werden muss. (Siehe die Artikel „Robert Wallace" und „Bevölkerungstheorie".)

Die Schrift von Wallace lag William Godwin (s. d.) vor, als er 1793

sein berühmtes Werk „An enquiry into political justice“ schrieb, worin er einen kommunistischen Anarchismus als Idealzustand hinstellt.

Die erste socialrevolutionäre Partei in England wurde von Thomas Spence (s. d.) gegründet, der von 1775 bis zu seinem 1814 erfolgten Tode für Verstaatlichung des Grund und Bodens agitiert hat. Dasselbe wurde in einem 1781 anonym erschienenen Buche von dem Schotten Ogilvie (s. d.), einem Professor in Aberdeen, empfohlen. Die Idee der obligatorischen Kranken-, Unfall-, Invaliditäts-, Alters- und Krisenversicherung wurde 1796 von John Vancouver (s. d.) zuerst entwickelt.

Die erste grössere socialistische Partei (1818—1846) verdankte ihre Entstehung der Agitation von Robert Owen (s. d.). Dieselbe wollte aber nicht auf politischem Wege eine Veränderung der Wirtschaftsordnung herbeiführen, sondern durch Gründung kommunistischer Gemeinden der Welt den Beweis von der Vorzüglichkeit ihres Systems liefern. (Siehe darüber die Artikel: „Robert Owen“, „kommunistische Experimente“, „New Harmony Community“, „Orbiston C.“, „Rahaline C.“, „Manea Fen C.“ und „Queenwood C.“ Die bedeutendsten Vertreter des Owenschen Socialismus waren: William Thompson, J. F. Bray und Abram Combe (s. d.).

Die englische Chartistenbewegung (s. d.) der Jahre 1837—1852 trug von vornherein einen proletarischen Charakter. Ausser den ursprünglichen radikal-politischen wurden bald von einem immer grösseren Teil der Chartisten auch socialistische Forderungen erhoben.

Nach dem Niedergang der Chartistenbewegung im Jahre 1848 traten Maurice, Kingsley, Ludlow, E. Vansittart, Neale u. a. an die Oeffentlichkeit mit der Forderung einer Reform der Gesellschaft in christlich-socialem Sinne. Ueber das Wirken dieser älteren christlichen Socialisten, das nur einige Jahre dauerte, siehe den Artikel „Christlicher Socialismus“ und die Biographieen der erwähnten Hauptvertreter desselben.

Am 24. September 1864 fand in der St. Martins Halle in London unter dem Vorsitz von Professor Beesly die berühmte Versammlung statt, in der die Gründung der Internationalen Arbeiter-Association (s. d.) beschlossen wurde. Bald darauf entstanden denn auch Sektionen der Internationalen Arbeiter-Association in England. Welchen Wert man auf die Herbeiziehung gerade der englischen Arbeiter legte, beweisen am besten die Worte von Eugen Dupont, eines der korrespondierenden Sekretäre der Internationalen Arbeiter-Association. Derselbe schreibt 1870: „Obschon die revolutionäre Initiative von Frankreich ausgehen muss, so kann doch England allein als Hebel für eine ernstliche ökonomische Revolution gebraucht werden. Es ist das einzige Land, in dem es keine Bauern mehr giebt, wo der Kapitalbesitz in wenigen Händen konzentriert ist, wo die kapitalistische Form sich der ganzen Produktion bemächtigt hat, wo die grosse Majorität der Bevölkerung aus Lohnarbeitern besteht, wo der Klassenkampf und die Organisation der arbeitenden Klasse durch die Trades-Unions einen gewissen Grad der Reife und Allgemeinheit erreicht hat . . . Wenn der Grossgrundbesitz und der Kapitalismus in diesem Lande ihren Sitz haben, so sind dafür auch die materiellen Bedingungen ihrer Zerstörung am reifsten . . . Die Engländer haben „toute la matière-

nécessaire à la révolution sociale“, was ihnen fehlt, ist „l'esprit généralisateur et la passion révolutionaire“. Diese Charakterisierung der englischen Verhältnisse und der Engländer ist auch heute noch durchaus zutreffend.

Der Generalrat der Internationalen Arbeiter-Association richtete sein Hauptaugenmerk auf die Gewinnung der Trades-Unions. Diese erkannten sehr bald, welchen Einfluss die internationale Organisation auf die siegreiche Durchführung ihrer Lohnkämpfe haben könnte. Wenn in einem Gewerk, das der Internationalen Arbeiter-Association affiliiert war, eine Arbeitseinstellung oder eine Aussperrung stattfand, so wurden die kontinentalen Korrespondenten der Internationalen Arbeiter-Association sofort unterrichtet, die Arbeiter ihrer Ortschaften zu warnen, sich in ein Engagement irgendwelcher Art mit den Agenten der Kapitalisten des betreffenden Platzes einzulassen. Diese Unterstützung wurde auf Ansuchen auch nicht affiliierten Gewerken gewährt. Wie sehr dies von den Trades-Unions anerkannt wurde, zeigt die auf der Delegierten-Konferenz zu Sheffield 1868 beschlossene Resolution, welche lautet: „Indem diese Konferenz der Internationalen Arbeiter-Association für ihre Bemühungen, die Arbeiter aller Länder durch ein gemeinsames Band der Brüderlichkeit zu vereinigen, volle Anerkennung zollt, empfiehlt sie allen hier vertretenen Gewerkschaften auf das eindringlichste, sich dieser Körperschaft zu affiliieren, in der Ueberzeugung, dass dies von der äussersten Wichtigkeit ist für den Fortschritt und das Gedeihen des Arbeiterstandes.“ Drei Jahre später beschloss der Kongress der Trades-Unions: „In Anbetracht, dass die Internationale Arbeiter-Association die gemeinsame Vertretung der Arbeiterinteressen bezweckt und dass die Interessen der Arbeiterklassen überall identisch sind, empfiehlt dieser Kongress jene Association der Unterstützung der Arbeiter des vereinigten Königreichs und namentlich den organisierten Arbeitern und fordert sie dringend auf, sich jener Association anzuschliessen.“ Die Internationale Arbeiter-Association hatte in diesen drei Jahren nicht unbedeutende Fortschritte gemacht; während die Zahl der Mitglieder 1866 auf dem Genfer Kongress auf 25,175 angegeben wurde, betrug sie 1869 bereits 95,000, die in 230 Sektionen vereinigt waren. Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Association beteiligten sich lebhaft am politischen Leben Englands, so an der 1869 erfolgten Gründung der „Landarbeiter-Liga“, welche das Monopol des Grundeigentums für die Grundlage aller sittlichen, politischen und socialen Uebel der Gesellschaft erklärte und in Uebereinstimmung mit dem Baseler Kongress der Internationalen Arbeiter-Association Nationalisation des Grund und Bodens unter Entschädigung der Eigentümer durch Jahresrenten verlangte.

Die Trades-Unions fielen in den folgenden Jahren fast alle von der Internationalen Arbeiter-Association ab. Nachdem sie 1871 die volle gesetzliche Anerkennung errungen hatten, waren sie „respectable“ geworden und hielten es für unklug, mit Leuten, welche für die Pariser Commune offen Partei nahmen, etwas zu thun zu haben. Unter den Internationalen in England selbst kam es zu Streitigkeiten, die durch die Beschlüsse der Internationalen Arbeiter-Association in Nottingham am 21. Juli 1872 noch

verdeckt wurden, aber auf dem einige Monate später stattfindenden Haager Kongress zur Spaltung führten. Der Führer der englischen Sezessionisten war Hales, dem sich u. a. auch Jung und Eccarius anschlossen. Unter denen, die Marx treu blieben, nennen wir: Longuet, Dupont und den heute noch in England thätigen Lessner. Diese Spaltung musste natürlich die Wirksamkeit der 1872 auf dem erwähnten Kongress zu Nottingham gegründeten Arbeiterpartei lähmen, welche ausser radikalen politischen Aenderungen auch die Erklärung des Bodens zu Nationaleigentum verlangte. Von beiden Parteien wurden noch einige Kongresse abgehalten, ihre Mitglieder fielen aber in immer grösserer Zahl ab und schlossen sich anderen Organisationen an.

Im Anfange der achtziger Jahre gewannen socialistische Ideen wieder eine weite Verbreitung infolge des Buches „Fortschritt und Armut" von Henry George (s. d.) und der Agitationsreisen des amerikanischen Journalisten durch das Vereinigte Königreich. Die unmittelbare Wirkung des Auftretens von George war die Bildung von Verbänden mit dem Programm der Verstaatlichung des Grund und Bodens. Unter dem Artikel „Bodenbesitzreform" haben wir von diesen Bestrebungen gesprochen. Ihren Mittelpunkt fanden dieselben in England in der „Land Restoration League", welche als ihr Ziel „die Rückgabe des Landes an das Volk" bezeichnet. Eines der bekanntesten Mitglieder dieser Vereinigung ist der Rev. J. E. Symes, Professor der Nationalökonomie am University College in Nottingham. Daneben besteht die „Land Nationalization Society", deren hervorragendster Vertreter der bedeutende Naturforscher Alfred Russel Wallace ist. Auch viele radikale Vereine haben sich für die Verstaatlichung des Grundeigentums oder für hohe Steuern zur Absorption der Grundrente oder doch wenigstens des unverdienten Zuwachses derselben (unearned increment) erklärt. Ja selbst die von Cobden und Bright gegründete „Financial Reform Association", die eigentliche Vertreterin der Manchesterlehre, hat sich für eine hohe Grundsteuer ausgesprochen. Es ist deshalb durchaus wahrscheinlich, dass durch eine Vereinigung dieser verschiedenen Elemente, der radikalen Partei und der verschiedenen socialistischen Gruppen, bereits im Laufe der nächsten Jahre die Bodenverstaatlichung zur brennenden Tagesfrage werden wird. Da der grösste Teil des Grundeigentums in England, und mehr noch in Schottland, sich in wenigen Händen befindet, da kein an der eigenen Scholle hängender Bauernstand vorhanden ist, sondern statt dessen der unter dem Druck des Landlords und Farmers schwer um sein Dasein ringende Landarbeiter, der eine Veränderung nicht fürchtet, eher eine Erleichterung von ihr erhofft, so finden die Bodenreformer hier besonders günstige Verhältnisse vor. Unter den irischen Führern ist Michael Davitt ein sehr eifriger Anhänger der Bodenverstaatlichung, während seine Parteigenossen die Verwandlung der irischen Pächter in unabhängige Bauern erstreben.

Verstaatlichung des Grund und Bodens war auch ein Punkt des Programms der im März 1881 von H. M. Hyndman, Herbert Burrows, Miss Helen Taylor, einer Stieftochter von John Stuart Mill, und anderen ins Leben gerufenen „Democratic Federation". Im September 1883 ver-

änderte dieser Verband, der von Anfang an wesentlich aus Socialisten bestand, seinen Namen in „Socialdemocratic Federation“ und nahm ein durchaus socialistisches Programm an. Die „Socialdemocratic Federation“ entfaltet eine rührige Agitation, insbesondere durch regelmässige Veranstaltung von open-air meetings, Verbreitung von Broschüren und Herausgabe eines Wochenblatts „Justice“. In allen Teilen Londons und in vielen grösseren Städten bestehen ihre Zweigvereine. Schwer erschüttert wurde das Ansehen der „Socialdemocratic Federation“ durch ihre bei den Parlamentswahlen 1885 befolgte Taktik. Zur Deckung der durch die Aufstellung von Kandidaten in zwei Londoner Wahlkreisen verursachten Kosten hatte sie das von der Tory-Partei, welche auf eine Zersplitterung der gegnerischen Stimmen und dadurch herbeigeführte Niederlage der Liberalen hoffte, angebotene Geld genommen. Selbst viele ihrer Freunde waren der Ansicht, dass man, wenn aus keinem anderen Grunde, doch schon deshalb dies nicht hätte thun dürfen, weil die fast durchweg für die liberale Partei stimmende Arbeiterschaft, welche den macchiavellischen Unterschied zwischen Moral im privaten und öffentlichen Leben nicht gelten lässt, misstrauisch werden müsste. Als dann bei den Wahlen die beiden Kandidaten 27 resp. 32 Stimmen erhielten, hielt die öffentliche Meinung die „Socialdemocratic Federation“ für eine höchst winzige Gesellschaft, deren Macht man bedeutend überschätzt habe, und die Tory-Partei bedauerte am lebhaftesten ihren Irrtum, der ihr so teuer geworden war. — In den Jahren 1886 und 1887 waren die Mitglieder der „Socialdemocratic Federation“ bei der Agitation zu Gunsten der Arbeitslosen hervorragend beteiligt. Infolge der Ausschreitungen, die ein Teil der Arbeitslosen in Pall Mall auf dem Marsche von Trafalgar Square nach Hyde Park verübte, wurden Hyndman, Champion, Burns und Williams als intellektuelle Urheber derselben angeklagt, von den Geschworenen aber freigesprochen. Ueber die Art der Agitation entstand später unter den Mitgliedern der „Socialdemocratic Federation“ Zwiespalt; insbesondere Champion schlug solche Massregeln vor, dass sich die Majorität auf das energischste dagegen aussprach. Bei den Vorgängen am 13. November 1887, dem „bloody Sunday“, an dem die Behörden das Verbot, auf dem Trafalgar Square Versammlungen abzuhalten, gewaltsam durchführten, spielte John Burns eine hervorragende Rolle, wofür er zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

In theoretischer Hinsicht vertreten die hervorragendsten Mitglieder der „Socialdemocratic Federation“ die Lehren von Marx. H. M. Hyndman hat durch seine Publikationen mehr als irgend ein anderer Engländer zur Verbreitung derselben beigetragen. In ihrer politischen Thätigkeit verschmähen sie alle Kompromisse, unterstützen aber alle Reformvorschläge, in denen sie eine Annäherung an eine socialistische Produktionsweise oder eine Besserung der Lage der Arbeiterklasse erblicken, betrachten die Gewährung solcher Reformen aber immer nur als Abschlagszahlungen, welche eine Anerkennung der Berechtigung ihrer Forderungen enthalten und so zur stärkeren Geltendmachung derselben reizen müssen. Dem Charakter des englischen Arbeiters, der sich nur für ein Ziel, das er für leicht er-

reichbar hält, erwärmt, trägt die „Socialdemocratic Federation“ in ihrer Agitation Rechnung. So stellt sie bei den Wahlen zum School-Board die Gewährung einer Mahlzeit an die schulpflichtigen Kinder als wichtigste Reform hin und führt bei den Wahlen zu den städtischen Behörden aus, wie viel besser es für die Arbeiter wäre, wenn die municipalen Verwaltungen die Ausführung aller notwendigen Arbeiten selbst übernehmen, statt sie an Privatunternehmer, deren Ausbeutung viel schwerer Widerstand geleistet werden könne, zu übertragen. Mancher Arbeiter und mancher Steuerzahler wird so veranlasst, den Lehren der „Socialdemocratic Federation“ sein Ohr zu leihen, und so für die socialistischen Lehren zugänglich. Andererseits wird aber auch mancher durch die Bekämpfung oder Verspottung der Genossenschafts- und Temperenzbewegung, welche in englischen Arbeiterkreisen entschieden eine nicht zu unterschätzende Macht bilden, abgestossen. Grösseren Nachteil hat sich die „Socialdemocratic Federation“ jedoch durch die Schärfe zugezogen, mit der sie oft ihre Polemik, und zwar nicht nur gegen „landlords“ und „sweaters“, sondern auch gegen ganz nahestehende Personen, welche von ihrer Ansicht abweichen, führt. Dies hat öfter Spaltungen verursacht und ihren Einfluss entschieden geschwächt. Wenn sie so auch Männer wie W. Morris, Champion und John Burns verloren hat, so sind ihr doch viele unermüdlich thätige Mitglieder treu geblieben, von denen wir ausser Hyndman (s. d.), Belfort Bax, Hunter Watts, A. Quelch, F. Moore, F. H. Taylor und W. Pearson nennen. In dem Eifer der Führer, nicht in der Zahl der Mitglieder liegt ihre Stärke. Nach dem Bericht ihres Sekretärs auf dem im August 1892 abgehaltenen zwölften Jahreskongress der „Socialdemocratic Federation“ waren in den letzten zwölf Monaten dreizehn neue Zweigvereine gegründet und 2200—2300 neue Mitglieder aufgenommen. Es wurde aber auch von dem Eingehen von drei Zweigvereinen berichtet und von der Schwierigkeit, die neuen Mitglieder dauernd festzuhalten, gesprochen. Viele Zweigvereine führen denn auch ein sehr prekäres Dasein und die Kassen sind trotz der grossen pekuniären Opfer, welche einzelne bringen, immer leer. Trotzdem kann die „Socialdemocratic Federation“ gerade wegen der zentralistischen Organisation, welche ihrer Ausbreitung bis jetzt oft hinderlich gewesen ist, in politisch erregten Zeiten den Kern einer starken socialdemokratischen Arbeiterpartei bilden. Gegen Ende des Jahres 1891 hatte die „Socialdemocratic Federation“ einen längeren Kampf mit den Polizeibehörden zur Verteidigung des Rechts, in World’s End, Chelsea, London Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten, auszufechten. Sie beschloss, dem Verbote der Polizei zu trotzen, und rief ihre Mitglieder und das Publikum zur Verteidigung des Versammlungsrechts auf. Infolgedessen fand sich auf dem bezeichneten Platze an jedem Sonntag eine zahlreiche Menge ein, die sich dicht um den Redner der „Socialdemocratic Federation“ scharte. Sobald dieser seine Ansprache begann, brach eine starke Polizeimacht ein und arretierte denselben. Dies führte zu tumultuarischen Szenen. Die am folgenden Tage erscheinenden ausführlichen Berichte der Zeitungen, die Verhöre vor den Polizeirichtern, die Verurteilungen der Angeklagten zu Geld- und Gefängnisstrafen lenkten

die Aufmerksamkeit des Publikums immer wieder auf diese Vorgänge. Deputationen wurden an die Behörden geschickt, einflussreiche Politiker traten für das Versammlungsrecht ein, die Presse widmete dem Falle lange Besprechungen, bis schliesslich die Behörde es für angemessen hielt, den Platz wieder freizugeben. So behauptete die „Socialdemocratic Federation" durch Ausdauer, die allerdings ihren Mitgliedern harte Opfer auferlegt hatte, das Feld. Dass man für eine Sache, deren principielle Bedeutung nur von einigen gesehen wurde, so viel Energie verschwendete, muss unverständlich erscheinen, besonders wenn man im offiziellen Jahresbericht der „Socialdemocratic Federation" liest, dass der Misserfolg der bald darauf stattfindenden Wahlen zum Londoner School-Board auf eine mangelhafte Agitation zurückzuführen sei, die ihren Grund darin finde, dass die Kräfte der Partei durch jenen Kampf in Anspruch genommen gewesen wären. Bei diesen Wahlen hatten verschiedene Kandidaten der „Socialdemocratic Federation" eine nicht unbedeutende Stimmenzahl erhalten, in keinem Falle aber die Majorität. Aehnlich war das Resultat bei den Wahlen zum Londoner Grafschaftsrat. Erfolg ist aber bei den Municipalwahlen in verschiedenen Städten erzielt worden. Auch sitzen in den Londoner Bezirksvertretungen verschiedene Mitglieder der „Socialdemocratic Federation". Die Parlamentswahlen von 1892 brachten der „Socialdemocratic Federation" eine arge Enttäuschung, wenn sie auch, wie wir weiter unten ausführen werden, das Streben der Arbeiter nach eigener Vertretung zeigten. Man hatte die Aufstellung von acht Kandidaten in London beabsichtigt, aus Geldmangel — in England sind die Unkosten sehr gross — mussten aber alle ausser H. R. Taylor, der in North East Bethnal Green, einem fast ausschliesslich von Arbeitern bewohnten Kreis, gegen den alten Gewerkschaftsführer George Howell, einen Anhänger der liberalen Partei, kandidierte, zurücktreten. Taylor erhielt nur 106 Stimmen. Der socialdemokratische Kandidat in South Salford, W. K. Hall, war etwas glücklicher: er erhielt 553 Stimmen und bewirkte so, dass statt des liberalen der konservative Kandidat ins Parlament gelangte, da man in England keine Stichwahlen kennt. Die Wahlenthaltung der Mitglieder der „Socialdemocratic Federation" in anderen Kreisen soll einen gleichen Erfolg gehabt haben. Wenn den Politikern der „Socialdemocratic Federation" dieses Resultat auch wünschenswert erschien, so zerstört es doch die Aussichten derselben für die nächste Zukunft durchaus, da selbst die meisten der Arbeiter, welche zu socialistischen Ideen neigen, lieber dem liberalen Kandidaten ihre Stimme geben, als durch die Unterstützung einer socialdemokratischen Kandidatur, die sie für hoffnungslos halten, einen Konservativen ins Parlament gelangen lassen.

Eine Anzahl von Mitgliedern der „Socialdemocratic Federation", u. a. William Morris (s. d.), Edw. Aveling und Mrs. Eleanor Marx-Aveling, war aus persönlichen und sachlichen Differenzen mit anderen Mitgliedern derselben, insbesondere Hyndman, im Jahre 1885 aus derselben ausgeschieden und hatte die „Socialist League" gebildet. Diese verwarf die Teilnahme an den Wahlen, solange man des Erfolgs nicht sicherer wäre, und beschränkte sich auf die Propaganda socialistischer Ideen. Diesem

Verbande traten viele der in London lebenden ausländischen Socialisten bei. Zu bestimmten Zwecken vereinigte er sich zuweilen mit der „Socialdemocratic Federation“. Sonst verfolgte jeder Verband seinen eigenen Weg, ohne dem anderen entgegenzutreten. 1889 beschickte die Liga den Marxistenkongress in Paris, während die Mitglieder der „Socialdemocratic Federation“ mit den Possibilisten tagten. Heute besteht die Liga nicht mehr, wohl aber kleinere Gruppen ihrer Mitglieder, wie die Bloomsbury Socialist Society und die Hammersmith Socialist Society, welche in Kelmscott House, der Wohnung von William Morris, ihren Mittelpunkt hat.

Bedeutenden Einfluss unter den socialistischen Verbänden gewann die 1883 gegründete „Fabian Society“. Sie besteht fast ausschliesslich aus Angehörigen der Mittelklasse, aus Journalisten, Rechtsanwälten, Beamten, Geistlichen u. s. w., hat aber auch frühere Arbeiter, wie Keir Hardie und Fred Hammill zu Mitgliedern. Wenn die Fabier als englische Spielart der Kathedersocialisten bezeichnet werden, so gibt dies leicht ein falsches Bild. In der Gesellschaft sind alle möglichen Richtungen vertreten, aber alle Mitglieder sind Socialisten in ökonomischen und Demokraten in politischen Fragen. In den ersten Jahren fanden sich sogar anarchistische Elemente unter ihnen und trugen ihre Verhandlungen einen durchaus revolutionären Charakter. Wie jede socialdemokratische Partei, welche längere Zeit wirklich thätig gewesen ist, hat sich auch die Fabische Gesellschaft bald von der Herrschaft der revolutionären Phrase befreit. Zuerst schleuderten ihre Redner die heftigsten Anklagen gegen die bestehende Wirtschaftsordnung und prophezeiten derselben einen baldigen Untergang durch die grösser werdende Not und Erbitterung der besitzlosen Massen: heute hört man in ihren Versammlungen solche Worte überhaupt nicht mehr. Früher beschäftigten sich die Fabier besonders gern mit Erörterungen über „das Sprengen der kapitalistischen Hülle der Gesellschaft“, heute suchen sie die Gesetze dieser Gesellschaft und die Beschaffenheit dieser Hülle zu studieren. Deklamationen verfehlen heute bei ihnen ebenso ihre Wirkung wie auf den Parteitagen der deutschen Socialdemokratie. Die Fabische Gesellschaft nimmt an allen politischen Fragen Anteil und sucht auf alle politischen Vertretungen Einfluss zu gewinnen. Dass sie bereits eine Macht im politischen Leben repräsentiert, zeigte u. a. der Ausfall der Londoner Grafschaftswahlen im Jahre 1892. Wenn die Fabier auch keinen Augenblick verhehlen, dass die Verstaatlichung aller Produktionsmittel und die staatliche Leitung der gesamten Produktion ihr Ziel ist, so stellen sie doch solche Fragen, deren Lösung sie für näher liegend halten, wie die Uebernahme der Docks, der Pferdebahnen, Gas- und Wasserwerke durch die Stadt oder die Grafschaft, die öffentliche Verwaltung der von den Citykompagnieen angesammelten grossen Vermögen und eine hohe Besteuerung der Grundeigentümer u. s. w. in den Vordergrund. Durch ihre systematische Agitation zwingen sie die Kandidaten der liberalen und radikalen Partei, diese Forderungen selbst in ihr Programm aufzunehmen. So enthielt das Programm der „progressiven“ Partei, welche bei den letzten Londoner Grafschaftswahlen einen entscheidenden Sieg davontrug, manches bedeutende Zugeständnis an den Socia-

lismus. Sechs Mitglieder der „Fabian Society“ wurden als Kandidaten dieser progressiven Partei gewählt, ferner eine Anzahl von Arbeitervertretern, wie John Burns, Ben Tillett. Die „Fabian Society“ hat Zweigvereine in vielen Städten Englands, von denen mancher ebenso wie der Londoner Stammverein einen bestimmenden Einfluss in lokalen Angelegenheiten ausübt. Viele Mitglieder der Gesellschaft sind als Redner in open-air meetings und in politischen Klubs rastlos thätig. Erfolgreich haben sie ihre Ideen auch durch Herausgabe geschickt geschriebener Broschüren, von denen wir „Facts for Londoners“, „English Progress towards Socialdemocracy“ und „The Fabian Municipal Program“ nennen, zu verbreiten gewusst. Ihre umfangreichste Publikation ist „Fabian Essays in Socialism“, eine Sammlung von Vorträgen, welche Mitglieder der Gesellschaft 1888 und 1889 in London und den Provinzen gehalten haben. Das Verhältnis des Socialismus zur Nationalökonomie und zur Ethik ist von G. Bernard Shaw und Sidney Olivier behandelt, seine Entwicklung in politischer und ökonomischer Beziehung von Sidney Webb und William Clarke, seine Wirkung auf die politischen Parteien in der unmittelbaren Zukunft von Hubert Bland, seine Wirkungen auf Besitz und Gewerbfleiss von Graham Wallas und Mrs. Annie Besant. G. B. Shaw erörtert schliesslich noch die Frage, wie der Uebergang von der kapitalistischen zur socialistischen Produktionsweise stattfinden kann. Diese Sammlung hat einen überaus guten Absatz gefunden, mehr als 30,000 Exemplare sind von derselben verbreitet. Die „Fabian Society“ berichtet auch, dass ihre Propaganda socialistischer Ideen an den Universitäten gute Früchte trägt. Im April 1892 bestand die Londoner „Fabian Society“ aus 541 Mitgliedern, worunter 111 Frauen; daneben existierten 38 unabhängige Gesellschaften in den Provinzen mit circa 1300 Mitgliedern.

In England, insbesondere in London, befindet sich auch eine verhältnismässig grosse Zahl von anarchistischen Gruppen, welche allerdings zum grössten Teil aus Ausländern bestehen. Am zahlreichsten unter diesen sind die anarchistischen Kommunisten, welche bis Herbst 1892 zwei Blätter, die „Freedom“ und den „Commonweal“, das frühere Organ der „Socialist League“, besassen. Das Erscheinen des letzteren Blattes ist aber im Herbst 1892 aus Geldmangel eingestellt, und die Ausgabe des ersteren erfolgt meist unregelmässig. Im Anfange des Jahres wurden einige Anarchisten in Walsall wegen Anfertigung von Bomben, die für Russland bestimmt sein sollten, zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt, etwas später auch ein anarchistischer Jounalist wegen eines aufreizenden Artikels über die betreffende Angelegenheit.

In einzelnen Provinzialstädten und in London selbst bestehen noch besondere socialistische Verbände. Die vielen ausländischen Socialisten haben ihre eigenen Vereine, so die Deutschen den jetzt circa 50 Jahre alten „Kommunistischen Arbeiterbildungsverein“. In Sheffield haben Anhänger der Lehren John Ruskin's (s. d.) sich zu einem Verein zusammengeschlossen, der eine gewisse Bedeutung erlangt hat. In Newcastle repräsentiert die „Labour Electoral Association“ eine nicht unbedeutende Macht. Auch die christlichen Socialisten (s. d.) haben ihre besonderen Verbände,

deren politische Forderungen mit denen der Socialdemokraten fast zusammenfallen.

Eine starke socialdemokratische Partei existiert in England nicht, socialistische Ideen haben aber viele Anhänger gefunden, vielleicht relativ mehr in der Mittel- als in der Arbeiterklasse. Letztere interessiert sich mehr für Reformen des Lohnverhältnisses als für Beseitigung desselben. Mehr und mehr hat sich aber in den letzten Jahren auch unter den Arbeitern die Ansicht verbreitet, dass „die Eroberung der politischen Macht die oberste Pflicht der Arbeiterklasse ist“ und „dass sie eine besondere Partei bilden müssen im Gegensatz zu allen alten bürgerlichen Parteien“. Einer „Independent Labour Party“ scheinen aber doch grosse Schwierigkeiten entgegen zu stehen. Die bei den Parlamentswahlen von 1892 erfolgreichen Arbeitervertreter gehören zum grössten Teil zur liberalen Partei und die beiden entschiedenen Socialdemokraten John Burns und Keir Hardie verdankten ihre Wahl wohl mehr ihrem persönlichen Einfluss auf die Wählerschaft als ihrem socialistischen Programm. Der im vorhergehenden Parlament sitzende Cunningham Graham wurde nicht wieder gewählt. Die englische Arbeiterbewegung ist mehr eine Gewerkschafts- als politische Bewegung und wird diesen Charakter für die nächste Zukunft wohl bewahren, wenn auch in den letzten Jahren socialistische Ideen in die alten sowohl wie in die neuen Trades-Unions Eingang gefunden haben. Siehe darüber den Artikel „Trades-Unions“.

Ein Versuch, die englischen Arbeiter zu einer grossen socialdemokratischen Partei zu vereinigen, wurde im Jahre 1893 auf Anregung von Keir Hardie gemacht. Am 13. und 14. Januar 1893 tagten in Bradford, Yorkshire, 115 Delegierte, welche die Gründung einer unabhängigen Arbeiterpartei beschlossen. Als Ziel der Partei wurde bezeichnet: „Das Gemeineigentum aller Produktions-, Verteilungs- und Austauschmittel herzustellen.“ Bei allen lokalen und allgemeinen Wahlen sollen nur solche Arbeiterkandidaten aufgestellt und unterstützt werden, die das Programm der Partei unterschreiben und sich gänzlich unabhängig halten von den beiden alten politischen Parteien. Es ist der neugegründeten Arbeiterpartei aber nicht gelungen, die bereits bestehenden socialistischen Organisationen in sich einzuverleiben. Insbesondere hält die socialdemokratische Föderation sich fern von ihr, indem sie behauptet, selbst bereits den Kern einer unabhängigen Arbeiterpartei zu bilden, der sich alle Socialdemokraten nur anzuschliessen brauchen.

Enquêten. Die socialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages stellte im Mai 1890 folgenden Antrag zur Schaffung eines Gesetzes betreffend parlamentarische Enquêten:

„In die Verfassung des Deutschen Reichs wird nach Artikel 23 nachfolgender Artikel eingefügt:

Art. 23 a. Der Reichstag hat das Recht, behufs seiner Information Kommissionen zur Untersuchung von Thatsachen zu ernennen. Diese Kommissionen sind berechtigt, Zeugen und Sachverständige — auch eidlich — zu vernehmen und überhaupt alle diejenigen Erhebungen zu veranstalten, die sie zur Klarstellung der Thatsachen für nötig erachten. Die

Behörden sind gehalten, diesen Kommissionen bei Ausübung ihrer Amtspflicht innerhalb der Grenzen ihrer Aufgaben die geforderte Unterstützung zu gewähren.

Die Mitglieder dieser Kommissionen erhalten für ihre Zeitversäumnisse und Auslagen Entschädigung, deren Höhe reichsgesetzlich festgestellt wird.“

Erbrecht. Die totale Abschaffung oder durchgreifende Modifikation des Erbrechts, wie es in der modernen Gesellschaft gültig ist, wird von den Socialisten unter einem verschiedenen Gesichtspunkt betrachtet: 1. als ein Heilmittel gegen den Pauperismus und im allgemeinen gegen die Mängel der heutigen Gesellschaftsordnung, also als Gesetze bedingend, die notwendigerweise auch in dem Zukunftsstaat in Kraft sein müssen, und 2. als ein Mittel, durch das langsam und gewaltlos die im Privatbesitz befindlichen Produktionsmittel in den Kollektivbesitz der Gesellschaft übergeführt werden.

In der französischen Revolution ist eines der Geburtsprivilegien bestehen geblieben, das Privileg, durch den Zufall der Geburt zu Reichtum und Wohlleben geboren zu werden. Es ist nur logisch, wenn der socialistische Strom der Revolution auch diesen Pfeiler hinwegzureissen versuchte. Es war dann St Simon, der anderthalb Jahrzehnte später den Kampf gegen das Erbrecht von neuem aufnahm. Der St. Simonismus lässt die sociale Ungleichheit bestehen, aber er greift das Erbrecht an, da die sociale Stellung eines jeden nicht durch einen Zufall der Geburt, sondern durch sein Verdienst bestimmt werden soll. Aber neben diesem antiegalitären Socialismus erscheint als Fortsetzer des Communismus der Revolution der Communismus der Morellisten, Babouvisten, Cabetisten, in England der Oweniten, der die Vernichtung aller Privilegien, die Gleichheit der That verlangt. Für diesen existierte die Frage des Erbrechts überhaupt nicht, während für den neueren wissenschaftlichen Socialismus, der sich so klar als möglich die Grenzen zwischen dem, was individuell privat, und dem, was kollektiv sein muss, zu ziehen bestrebt und einen Teil der Güter im Privatbesitz lassen will, die Frage noch nicht zu existieren aufgehört hat, aber doch von nur sekundärer Bedeutung ist. In einer Gesellschaft nun, in der alle Produktionsmittel im Gemeineigentum sind, weder Kapitalzins noch Rente existiert, wird die Anhäufung grosser Reichtümer in den Händen eines Einzelnen ein Ding der Unmöglichkeit. Er wird überhaupt nur Gebrauchsgegenstände, wie Nahrungsmittel, Kleider, Möbel etc. in seinem Besitz haben können. Man wird ihm daher an diesen Dingen, die er als Frucht seiner Arbeit von der Gesellschaft erhält, unbedingt ein erbliches Uebertragungsrecht einräumen, ohne dass dies Erbrecht die sociale Gleichheit in irgend einer Weise bedrohen könnte. Indem man ausserdem noch die Erbfähigkeit auf nahe Verwandtschaftsgrade beschränkt, wird das so von „allem Ungerechten gereinigte, in sich begrenzte Erbrecht nur noch ein Element des Fortschritts und der Moralität sein“. Es wäre aber durchaus verkehrt, zu glauben, dass mit der Abschaffung des Erbrechts allein jede sociale Ungleichheit verschwinden würde.

Diese beruht auf der Institution des Privateigentums und erst mit der Vernichtung des letzteren wird erstere verschwinden.

Wenn man die Abschaffung des Erbrechts von dem zweiten Gesichtspunkt, der sie als ein Mittel betrachtet, die Produktionsmittel langsam aus dem Privat- in das Kollektiveigentum überzuführen, ins Auge fasst, so kann man allerdings zugeben, dass sie sehr wohl als ein Mittel der socialen Liquidation fungieren kann. Bedarf es doch zu dieser nach der Schule de Colins nicht einmal der vollständigen Abschaffung des Erbrechts. Ihr genügt die Beschränkung des Erbrechts auf die direkte Linie (mit der Fähigkeit, zu testieren), Heimfall jeder Intestaterbschaft ohne direkte Erben an die Gemeinschaft, eine Steuer von wenigstens 25 % auf jede testamentarische Erbschaft. Unter Anwendung dieser Mittel werden, wie sie glaubt, innerhalb eines Jahrhunderts alle Produktionsmittel in den Gemeinbesitz übergeführt sein. Da aber der Eigennutz der besitzenden Klassen jede friedliche durchgreifende Reform des heutigen Gesellschaftszustandes unmöglich zu machen scheint, ist auch die Abschaffung oder Aenderung des Erbrechts sehr unwahrscheinlich.

Unter diesen Umständen und da die Grundforderung ihres Programms die Ueberführung sämtlicher Produktionsmittel in Gemeineigentum ist, verlangt auch die socialdemokratische Partei nicht die Abschaffung des Erbrechts, sondern beschränkt sich auf die Forderung einer

Erbschaftssteuer, welche nach Umfang des Erbguts und dem Grade der Verwandtschaft stufenweise steigen soll.

Eine solche progressive Erbschaftssteuer wird heute auch von anderer Seite, nicht nur von der Socialdemokratie gefordert. So schreibt Eschenbach in Conrads Handwörterbuch der Staatswissenschaften, III, pag. 302 ff.: „Kein Staat, der dem Grundsatz „Steuer nach der Steuerfähigkeit“ gerecht werden will, wird sich auf die Dauer einer progressiven Erbschaftssteuer entziehen können, wenn er sich nicht dem Vorwurfe der Begünstigung der Bessersituierten aussetzen will, und zwar um so weniger, je grösser die Rolle ist, welche die indirekten Steuern auf Verbrauchsgegenstände in seinem Etat spielen.“

Da die Regelung der Erbschaftssteuer in Deutschland der Partikulargesetzgebung überlassen ist, so sind die pro Kopf und pro Jahr durchschnittlich erhobenen Beträge in den deutschen Bundesstaaten sehr verschieden; in einigen existiert sogar gar keine Erbschaftssteuer; Hamburg erhebt ,77 M., Lübeck 1,74 M., Bremen 1,56 M., Elsass-Lothringen 1,25 M., Hessen 0,47 M., Baden 0,42 M., Bayern 0,34 M., Preussen 0,20 M., Schwarzburg-Rudolstadt 0,05 M. — Nach dem Grade der Verwandtschaft ist die Steuer heute bereits in den meisten Gesetzgebungen abgestuft. So beträgt im preussischen Gesetz vom 19. Mai 1891, das im wesentlichen nur eine Neuredaktion des älteren Gesetzes von 1873 ist, die Erbschaftssteuer 2—8 % des Erbgutes, während Ascendenten, Descendenten und Ehegatten keine Steuer zahlen.

Die Erbschaftssteuer ist in fast allen europäischen Ländern höher als in den deutschen, wie ein Blick auf die folgende Tabelle zeigt:

		Ertrag der Steuer			Betrag pro Kopf der Bevölkerung	
1.	England	circa 170	Millionen	Mark	circa $4^1/_2$	Mark
2.	Frankreich	„ 130	„	„	„ $3^1/_4$	„
3.	Oesterreich	„ 24	„	„	„ $1^1/_2$	„
4.	Russland	„ 14	„	„	„ ?	„
5.	Italien	„ 33	„	„	„ $4^1/_{10}$	„
6.	Belgien	„ 20	„	„	„ $3^1/_8$	„
7.	Holland	„ 15	„	„	„ $3^3/_4$	„
8.	Dänemark	„ 2	„	„	„ 1	„
9.	Preussen	„ 6	„	„	„ $^1/_5$	„

Unter diesen Verhältnissen erklärt denn auch die deutsche Socialdemokratie die bestehenden Erbschaftsgesetze für durchaus unzureichend, da sie von ängstlicher Rücksicht auf die besitzenden Klassen erfüllt sind.

Erziehung. Alle socialen Problematiker, alle Humanisten und Staatsphilosophen, ganz besonders aber die kommunistischen und socialistischen Theoretiker, haben zu allen Zeiten, von Plato bis Marx, der Erziehung der Menschheit für ihre neuen Ideen die liebevollste Aufmerksamkeit und den grössten Eifer zugewandt. Bei den gewaltigen Ansprüchen an die moralische Anlage des Menschen, die jeder auf Gemeineigentum beruhende Staat stellen muss, tritt natürlich als eine der wichtigsten Forderungen die nach einer socialen Erziehung in den Vordergrund. Der Gemeinsinn, die Unterwerfung des Eigennutzes unter das Wohl des Nächsten, die Unterwerfung der Persönlichkeit unter die Gemeinschaft, diese ganze moralische Sphäre muss das empfängliche Gemüt von frühester Kindheit an umgeben, fortgesetzt und unbewusst auf dasselbe wirken. Dies ist die eine Seite, die allen socialistischen Reformatoren gemeinsam ist; die andere, die wir ebenfalls bei fast allen wiederfinden, ist der hohe Wert, den sie der technischen Arbeit neben der geistigen und körperlichen Ausbildung zuschreiben. Auch andere Pädagogen, wie Comenius, Locke, Rousseau, Pestalozzi, Fichte, Fröbel und viele andere, sehen in der Handarbeit die unerlässliche Bedingung einer allseitigen und harmonischen Ausbildung des Menschen, und Versuche, die erziehende Wirkung der Arbeit mit dem Schulunterricht zu verbinden, sind gemacht worden von Franke, F. Kindermann in Böhmen 1773, durch Pestalozzi in Neuhof, Fellenberg und Wehrli in Hofwyl, Salzmann in Schnepfenthal. Was aber diese älteren Pädagogen in der Frage des Handarbeitsunterrichts von den neueren Socialisten unterscheidet, das ist die Stellung, die diese dieser Handarbeit der Jugend im gesellschaftlichen System anweisen. Heutzutage nimmt die Schule trotz des schönen Sprüchleins „Non scholae, sed vitae discimus“ doch eine ganz selbständige Stellung dem praktischen Leben gegenüber ein, wenigstens die höheren Schulen, die wir hier nur zum Vergleiche brauchen können und mit denen die socialistische Einheitsschule verglichen werden muss. Daher ja auch das in neuerer Zeit besonders lebhaft gewordene Rufen nach mehr Praxis in der Schule an Stelle der Theorie, ein Ruf, der beiläufig in der Volksschule viel mehr berechtigt ist, als in unserem höheren Unterrichtswesen. Das Ideal, dem

unsere Schulen nacheifern wollen, ist die Erziehung ihrer Schüler zu Menschen. Humanität soll die Frucht der Gymnasien sein. Der von den älteren Pädagogen geforderte Handarbeitsunterricht hat nun in erster Linie den Zweck, auch diese Seite des modernen Menschen — den Alten galt sie als banausisch — herauszubilden. Die neueren Socialisten hingegen fassen das Kind als ein Glied in dem gewaltigen Produktionsmechanismus der neueren Gesellschaft auf. Unsere ganze maschinelle Entwicklung der Industrie drängt dahin, die Arbeit des Mannes zu ersetzen durch die Frauen- und Kinderarbeit. In dieser Thatsache erblicken nun die Socialisten, unter ihnen in erster Linie Marx, ein berechtigtes Moment; er sieht darin einen Kulturfortschritt, den man durch die reaktionäre Ersetzung der Kinder- oder Jugend- durch Männerarbeit nicht vernichten soll. Das Kind soll den Produktionsprozess der modernen Gesellschaft kennen lernen, im Gebrauch der Werkzeuge, der Bedienung der Maschinen tüchtig werden, indem es dabei zugleich zum besten der Gesellschaft produktiv thätig ist. Der Handarbeitsunterricht verliert so alles, was sonst von Spielerei an ihm hängt; er wird ein integraler Bestandteil nicht nur der Erziehung und Ausbildung des Kindes zum socialen Menschen, sondern auch der socialen Produktion der Gesellschaft überhaupt.

Kurz angedeutet sind diese Gedanken von Marx in seinem „Kapital“. Der Erfolg des durch den Fabrikakt erzwungenen Elementarunterrichts der Fabrikkinder in England bewies zuerst die Möglichkeit der Verbindung von Unterricht und Gymnastik mit Handarbeit, also auch von Handarbeit mit Unterricht und Gymnastik. Die Fabrikinspektoren entdeckten bald aus den Zeugenverhören der Schulmeister, dass die Fabrikkinder, obgleich sie nur halb so viel Unterricht geniessen als die regelmässigen Tagesschüler, ebenso viel und oft mehr lernen. Auch Senior in seiner Rede auf dem sociologischen Kongress zu Edinburgh 1863 zeigt, „wie der einseitige, unproduktive und verlängerte Schultag der Kinder der höheren und mittleren Klassen die Arbeit der Lehrer nutzlos vermehrt, während er Zeit, Gesundheit und Energie der Kinder nicht nur fruchtlos, sondern absolut schädlich verwüstet.“ Aus dem Fabriksystem, wie man im Detail bei Robert Owen verfolgen kann, entspross der Keim der Erziehung der Zukunft, welche für alle Kinder über einem gewissem Alter produktive Arbeit mit Unterricht und Gymnastik verbinden wird, nicht nur als eine Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion, sondern als die einzige Methode zur Produktion vollseitig entwickelter Menschen.

Schon vor dem Erscheinen des „Kapital“ hatte die Internationale auf dem Genfer Kongress (3.—8. September 1866) Stellung zur Erziehungsfrage genommen. Kein Vater und kein Arbeitgeber sollte befugt sein, jugendliche Arbeit anders als in Verbindung mit Erziehung zu gebrauchen. Die Erziehung der Jugend muss aber eine dreifache sein: 1. Ausbildung des Verstandes; 2. Ausbildung des Körpers durch Turnunterricht und militärische Uebungen; 3. Technologische Erziehung, die die Principien aller Produktionsprozesse erklärt und das Kind im praktischen Gebrauch und der Handhabung der Elementarwerkzeuge aller Gewerbe unterrichtet. Ein stufenweiser und fortschreitender Kursus soll der Klasseneinteilung

der jugendlichen Arbeiter zu Grunde liegen. Die Kosten der technischen Schulen sollen durch den Verkauf der Produkte gedeckt werden. Diese dreifache Ausbildung wird zusammengefasst als das „Enseignement intégral". Die Forderung desselben kehrt fast auf allen Kongressen der Internationale wieder.

Diesen durchaus beachtungswerten Gedanken gegenüber ist das Programm sowohl der Eisenacher wie der jetzigen Socialdemokratie bedeutend zurückgegangen. In dem Erfurter Programm von 1891 lautet der die Erziehung behandelnde Passus: Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden. Die Weltlichkeit der Schule ist eine notwendige Folge der Ansicht der Socialdemokratie, dass die Religion (s. d.) eine Privatsache des einzelnen Bürgers ist, trotzdem ist sie nichts der Socialdemokratie Eigentümliches. Wir finden z. B. diesen Grundsatz auch in England proklamiert und mit Ausnahme der Hochkirche von allen anerkannt und der baldigen vollständigen Durchführung in der Praxis sicher. Auch die Verpflegung der ärmeren Kinder in den Board-Schools in England wird wohl in nicht mehr langer Zeit von den Gemeinden übernommen werden. Mit der Forderung aber der Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, deren Besuch für alle Kinder obligatorisch sein soll, überschreitet das Programm den heutigen Staat und steht schon ganz auf dem Boden des socialistischen Zukunftsstaates; denn nur in einem solchen würde es möglich sein, den Unterhalt und die Erziehung aller Kinder auf Gesellschaftskosten einzurichten. Wo sollte der heutige Staat wohl die Mittel dazu hernehmen? Würde den Reichen nicht durch die Unentgeltlichkeit ein grosses Geschenk gemacht werden? Würden die besitzenden Klassen nicht Mittel und Wege genug finden, ihre Kinder dem Besuch dieser verhassten Volksschule zu entziehen? Würde nicht das Niveau der Bildung für grosse Schichten der Bevölkerung bedeutend erniedrigt werden? Es sind dies Fragen, die man unter Fortbestehen der heutigen Gesellschaftsordnung nicht anders als bejahen kann. Das Ideal des „Enseignement intégral" und der Einheitsschule ist in der heutigen Gesellschaft nicht möglich; seine Verwirklichung muss der Zukunft vorbehalten bleiben.

Eudes, Emile, geboren zu Roncey (Manche) am 12. September 1844, studierte in Paris Pharmaceutik und wurde dann Redacteur der „Libre pensée". In dieser Zeit trat er in Verbindung mit Blanqui, dessen begeisterter Schüler er wurde. Wegen seiner Beteiligung am Ueberfall des Pompierpostens zu La Villette am 15. August 1870 wurde er zum Tode verurteilt; der Sturz des Kaiserreiches rettete ihm aber das Leben. Sehr bald erhielt er einen hohen Grad in der Nationalgarde und vom Centralkomitee den Titel General. Am 26. März zum Mitglied der Commune ernannt, wurde er am 1. April Kriegsminister, aber zwei Tage später durch Cluseret ersetzt. Eudes beteiligte sich aufs tapferste an allen Käm-

pfen dieser blutigen Monate, stets von seiner jungen Frau begleitet, die zu Pferde, mit Karabiner und Revolver bewaffnet, die Insurgenten zum Kampf gegen die „Mörder zu Versailles“ anzustacheln verstand. Am 10. Mai wurde er zum Mitglied des Wohlfahrtsausschusses ernannt. Er war es, der in den letzten furchtbaren Tagen des Mai den verzweifelten Widerstand der Insurgenten leitete. Es gelang ihm, nach der Schweiz zu entkommen, wo er mit Malon und anderen Flüchtlingen die „Revanche“ herausgab. Nach der Amnestie kehrte er nach Paris zurück, organisierte mit Blanqui das „Comité central révolutionnaire“ und übernahm nach dessen Tode die Leitung der blanquistischen Partei. Er starb zu Paris am 5. August 1888, wo ihm auf dem Père Lachaise 1893 ein Denkmal errichtet wurde.

Faiguet, Joachim, geboren zu Moncontour 1703, gestorben 1780. In dem von ihm verfassten Artikel über die „Mährischen Brüder“ in Diderot und d'Alembert's Encyklopädie X, 704—706, setzt er im Anschluss an ihre Organisation und die der alten Ackerbaugemeinschaften, wie sie damals noch in Frankreich sehr zahlreich bestanden, den Plan einer allgemeinen Association auseinander. Er führt aus, dass derselbe für ganze Völker ebenso gültig sei, wie für Teile derselben und dass eine solche Association allein im stande sei, das Glück des Menschen zu sichern, weil sie allein das Mittel ist, alle Menschen nützlich zu beschäftigen, sie in den Grenzen einer weisen Oekonomie zu halten und ihnen eine Unzahl von Unruhen und Sorgen zu ersparen, welche in dem Zustand der Verödung, in dem die Menschen bis jetzt gelebt haben, zu vermeiden unmöglich ist.

Familistère zu Guise. Im Jahre 1846 hatte Godin (s. d.) die Eisenwerke in Guise gegründet. Ein eifriger Anhänger Fouriers hatte er sich entschlossen, sein Geschäft so zu verwalten, dass seine Angestellten zugleich social gehoben würden und die Verteilung der Produkte nach einer gerechten Formel stattfände. In Uebereinstimmung mit Fouriers Theorie ist nach ihm die Arbeit ein ebenso wichtiger Faktor der Produktion, wie das Kapital, und hat daher ein ebenso gutes Recht auf Anteilnahme am Gewinn, wie dieses. Die Schwierigkeit ist nur, eine beiden Teilen gerecht werdende Verteilung zu finden; er glaubt dieser am nächsten zu kommen, wenn der Gewinn proportional der Summe der Löhne und der Summe der Zinsen des Kapitals geteilt wird.

Er begann sein sociales Werk mit der Reduktion des Arbeitstages, Verlegung des Zahltages und Gründung einer Krankenkasse, die von den Arbeitern geleitet wurde. 1859 baute er den ersten Flügel seines Familistère, wobei ihm die von Fourier geschilderten Phalansterien als Beispiel vorschwebten. Seitdem wurde Gebäude nach Gebäude dem ersten Flügel hinzugefügt, so dass das Etablissement jetzt Kooperativläden für Materialwaren, Konfektion, Nahrungsmittel (Fleisch, Brod), Schuhe, Kohlen, kurz alle zum Lebensunterhalt notwendigen Artikel, in dem Gesellschaftspalast Wohnungen für Hunderte von Personen nebst Bibliotheken, Lesezimmern, Billardzimmern, Unterhaltungssälen und Theater, eine Waschanstalt und Gärten umfasst. Die Niederlassung erstreckt sich über 33,73 ha, von denen 4,6 ha durch die Eisenwerke, 10,1 ha durch öffentliche Gärten, der Rest

von den socialen Gebäuden, Schulen, Instituten u. s. f. bedeckt ist. 1880 verwandelte Godin die Werke in eine grosse kooperative Gesellschaft. Die aufgehäuften Bonusse der Arbeiter betrugen M. 209,800, der Anteil Godins M. 3,000,000. 1884 waren 1452 Personen beschäftigt, die zwecks der Gewinnbeteiligung in 5 Klassen eingeteilt waren: 1. 68 Associierte, die 5 Jahre im Dienst der Gesellschaft, Fr. 500 Kapital besitzen und für den doppelten Betrag ihrer Löhne an der Verteilung des Gewinns teilnehmen. 2. 95 Sociétaires, die älter als 21 Jahre 3 Jahre im Dienst sind und für den 1½fachen Betrag ihrer Löhne an der Gewinnverteilung teilnehmen. 3. 573 Teilnehmer, die 1 Jahr in Arbeit und nicht jünger als 21 Jahre am Gewinn im Verhältnis zum Betrag ihrer Löhne teilnehmen. 4. 258 Hülfsarbeiter. die weniger als 1 Jahr im Dienst sind und die nur die Wohlthaten der socialen Einrichtungen geniessen. 5. 286 Interessierte, d. h. Anteilinhaber, die entweder früher Arbeiter gewesen oder auf irgend eine andere Weise, durch Erbschaft, an den socialen Fonds Anrechte erlangt haben. Die Verteilung des Reingewinns erfolgt derart, dass 25 % in den Reservefonds fliessen, 25 % der Direktion zufallen, 50 % unter die Mitglieder der Association pro rata ihrer Remuneration verteilt werden. Dieser Teil des Einkommens wird aber in Anteilscheine verwandelt, durch die der Rückkauf des von Godin vorgeschossenen Kapitals erfolgt. 1888 waren im Besitz der Association für Fr. 1,900,000 Titres und schätzte man, dass 1902 die Associierten in den vollen Besitz der Werke gelangt sein werden.

Fauchet, Claude, geboren am 22. September 1744 zu Dornes. Er trat in den geistlichen Stand ein und wusste sich früh eine geachtete Stellung zu erringen. Eine Zeit lang Hofprediger des Königs von Frankreich, wurde er schon vor der Revolution wegen seiner radikalen Ansichten von der Liste der Hofprediger gestrichen. An der Erstürmung der Bastille nahm er lebhaften Anteil und erhielt den Auftrag, die bei derselben getöteten Bürger in einer Leichenrede zu feiern. Er entledigte sich seines Auftrages in den drei „Discours sur la liberté Française“ 1789. Die Verbindung des Evangeliums der Liebe mit der Revolution ist die Centralidee, um die sich seine Gedanken über Politik und Gesellschaft bewegen, und ihr hat er schon hier einen oft packenden Ausdruck zu geben gewusst. „Lasst uns das Evangelium mit der Freiheit vereinen, und unser Glück wird sich vollenden“, dies ist die prägnanteste Fassung seines christlichen Socialismus.

Um seiner Propaganda mehr Nachdruck zu verleihen, verwandelte Fauchet in Verbindung mit Bonneville die Loge zu den neun Schwestern, der er früher angehört hatte, in einen Club, der am 1. November 1790 als Cercle social oder Assemblée fédérative des amis de la vérité im Cirque du Palais Royal eröffnet wurde. Das Organ dieses Clubs war die „Bouche de fer“, und in ihm finden sich die 25 Reden, in denen Fauchet im Anschluss an den Contrat social Rousseaus seine Ideen entwickelte. Im Jahre 1791 wurde Fauchet zum konstitutionellen Bischof von Calvados erwählt und von den Wählern seines Distrikts als Deputierter, sowohl in die Assemblée Législative als auch in die Konvention 1792 geschickt. Da

er gegen die Todesstrafe des Königs stimmte, den Jacobinern auch durch sein Agrargesetz verdächtig war, wurde er vor das revolutionäre Tribunal gestellt und von diesem zum Tode verurteilt. Er wurde am 31. Oktober 1793 mit den Girondisten hingerichtet.

Theorie: Ein jeder Mensch hat ein Recht auf die Erde und muss zum Eigentum die Domäne seiner Existenz besitzen, die er durch die Arbeit in Besitz nimmt. Alle Rechte sind in einer wohlgeordneten Gesellschaft in Gemeinschaft gesetzt; die sociale Souveränetät muss die Linien so ziehen, dass alle etwas besitzen und keiner zu viel, denn nur dann ist der sociale Staat für den Menschen vorteilhaft. In dem Gesellschaftsvertrag, der eine Nation konstituiert, übergiebt sich der Mensch gänzlich dem Vaterlande und empfängt alles von ihm.

Dies sind die Principien des Naturrechtes, gegen die sich die Menschheit in ihrer Entwicklung versündigt hat. Anstatt dass mit der steigenden Verfeinerung der Kultur und der notwendigen Vermehrung der Bedürfnisse die Association aller Menschen sicherer und fester geworden wäre, haben sich die Klassengegensätze herausgebildet und mehr und mehr verschärft. Die Domäne der Menge der Menschen ward der Besitz Weniger; die Folge davon, dass die Masse der Menschen in Elend und Unglück verkam. In dieser thatsächlich existierenden Verkommenheit der grossen Menge haben nun die Gegner derselben, die Feinde jeden Fortschritts der Menschheit auf dem Wege zu einer wahrhaft socialen Gemeinschaft, den Beweis für ihre Behauptung gefunden, dass die Menschen von Natur schlecht sind, und eine solche Association daher unmöglich ist. Dies ist aber eine Petitio principii von infernaler Absurdität.

Der Mensch ist von Natur ein liebendes Wesen und kann nur in der Brüderlichkeit sein Glück finden. Die „Sociabilité naturelle“ macht nicht bei der Gemeinschaft der Familie Halt, sondern erstreckt sich vielmehr von Natur auch auf die Gemeinde, die Nation, das Universum und entfaltet ihr Princip in einer viergliedrigen Serie.

„Der Mensch, wie er von der Natur geschaffen, ist zunächst gut gegen sich selbst und Freund seines Wohlergehens: erstes Gesetz der Güte, erstes Gesetz der Liebe.

Der Mensch wird hülflos, schwach geboren; er bedarf des Beistandes; er begehrt ihn durch seine Blicke, seine Thränen; er bezahlt ihn durch seine Zärtlichkeiten, sein Lächeln: zweites Gesetz der Güte, zweites Gesetz der Liebe.

Der Mensch, wenn er nach seiner Anlage stark geworden ist, genügt sich niemals; je mehr Kräfte er hat, desto mehr bedarf er des Beistandes, um sie in ihrer ganzen Ausdehnung zu üben; er vereinigt sich, associiert sich; seine Natur zwingt ihn dazu; er empfängt Dienste und leistet sie; es ist nur auf diese Weise, dass er ein Quantum Glück erhalten kann, nach dem er unersättlich giert: drittes Gesetz der Güte, drittes Gesetz der Liebe.

Das Glücksbedürfnis des Menschen ist aber ungeheuer; um vollständig befriedigt zu sein, würde es notwendig sein, dass er in Eintracht mit allen Wesen *sich befindet*, dass er in Willensharmonie mit dem Uni-

versum tritt, dass Himmel und Erde sich mit ihm verstehen und dass er in Einheit mit der gesamten Existenz ist: letztes Gesetz der Güte, letztes Gesetz der Liebe."

Diesen Principien der unveränderlichen Natur muss jede sociale Ordnung konform sein, wenn nicht das Menschengeschlecht auf ewig unglücklich sein soll. Unser heutiges entsetzliches System, das überhaupt nicht ein solches der Gemeinschaft, sondern nur der Entgesellschaftung ist, das die Menschen von einander getrennt hält, anstatt sie in Liebe zu vereinen, hat daher auch keine Existenzberechtigung und muss von Grund aus vernichtet werden.

„Malheur aux riches" und „Malheur à la misère" sind die beiden Grundprincipien einer socialen Gesetzgebung. Die beiden Extreme ausschweifenden Reichtums wie entsetzlichen Elends müssen fallen; das schwelgende Parasitentum der Ueberreichen wie das verhungernde der überarmen Bettler und Vagabunden soll verschwinden, um dem gesunden Mittelstand Platz und Entwicklungsfreiheit zu verschaffen.

Die erste Aufgabe der Gesetze ist daher, dafür zu sorgen, dass in der ganzen Ausdehnung des Königreiches keiner das zur Existenz Notwendige entbehrt. Im ganzen Lande sollen deshalb Werkstätten (ateliers de charité) eingerichtet werden, in denen ein jeder Arbeiter zu jeder Zeit auf sein Verlangen beschäftigt werden muss. Die Höhe des gezahlten Lohnes soll den Arbeitern und ihren Familien ein zureichendes Auskommen sichern, was dadurch erreicht wird, dass dieselbe stets dem Brotpreise proportional ist, d. h. mit ihm steigt und fällt. Die Arbeiter in diesen Werkstätten sollen mit produktiven Arbeiten, wie Bau von Strassen, der Kultivation der Gemeindeländereien, dem Anbau wüste liegender Strecken beschäftigt werden. Ist so einem jeden seine Existenz gesichert, so werden auch die durch das extreme Elend erzeugten Verbrechen aus der Gesellschaft verschwinden; die Laster in den niedrigsten Schichten der Bevölkerung den Tugenden weichen.

Wie gegen das Extrem des Elends und der Armut muss sich der Gesetzgeber gegen das des Reichtums wenden, denn mit der Anhäufung der Vermögen in den Händen weniger Familien ist notwendigerweise die entehrendste Sklaverei des Volkes verbunden. Durch den Besitz der Produktionsmittel, sowohl der der Industrie wie des Ackerbaues, werden die Grossgrundbesitzer und Grossindustriellen in der That zu Tyrannen, von deren Laune die Geschicke Frankreichs abhängen. Der Grossbetrieb ist aber nicht allein der Freiheit der grossen Masse gefährlich; er ist auch ökonomisch weniger vorteilhaft als der Kleinbetrieb. Die Teilung der grossen Vermögen muss daher das Ziel der Gesetzgebung sein und sie will Fauchet durch die Gesetze erzielen, ohne irgend einer Person auch nur den geringsten Teil ihres Eigentums zu entziehen.

1. Niemand, der mehr als 50,000 Livres Rente vom Grundbesitz hat, kann mehr Land erwerben.

2. Zwei Ehegatten können zusammen nicht mehr als 50,000 Livres Rente vom Grundbesitz haben.

3. *Jede Erbschaft* wird in gleichen Teilen unter die Nachkommen

verteilt; sind keine direkten Erben vorhanden, unter die kollateralen Verwandten bis zum fünften Grade. Haben diese bereits die Höchstsumme von 50,000 Livres Rente oder fehlen sie, so fällt die Erbschaft an die Gemeinde.

Von diesen Gesetzen verspricht sich Fauchet eine grosse Zersplitterung der Vermögen. Das aufgespeicherte Geld würde gezwungen, sich zum Zwecke der besten Ausbeutung der Ländereien über das ganze Land zu verbreiten; der insolente Luxus würde unmöglich gemacht; Monopole könnten sich nicht herausbilden und durch die unendlich gesteigerte und ausgedehnte Konkurrenz würden Handel, Industrie und Ackerbau belebt und gefördert werden.

Op. Sur les mœurs rurales, 1788; trois discours sur la liberté Française, 1789; de la religion nationale, 1789; la bouche de fer, 1790—91.

Ferri, Enrico, geboren am 25. Februar 1856 zu S. Benedetto-Po (Provinz Mantua), erhielt seine Erziehung am Lyceum von Mantua, dann an den Universitäten von Bologna und Pisa. 1880 las er über Strafrecht an der Universität von Turin, und war von 1883—85 Professor an der Universität von Siena. Im Jahre 1886 gab er seine Lehrthätigkeit daselbst auf, um Parlamentarier zu werden. Ferris Bedeutung liegt auf dem Gebiet der Kriminalstatistik, die er in einer grossen Zahl von Schriften behandelt hat. Schon länger ein Freund des Socialismus, hat er sich auf dem Kongress von Reggio 1893 offen zu der italienischen Arbeiterpartei bekannt. Wir erwähnen von seinen Werken:

Op. Socialismo e criminalità. Turin, 1883.

Ferroul, Joseph Antoine Jean Frédéric Ernest, geboren zu Mas-Cabardès (Aude) am 13. Dezember 1853. Doktor der Medizin, war er Arzt zu Narbonne und Mitarbeiter der socialistischen Zeitungen von Lyon, Marseille u. a. 1888 wurde er zum Deputierten gewählt und schloss sich der socialistischen Gruppe der Kammer an. 1893 gelang es ihm nicht, seinen Sitz zu behaupten. Ferroul ist Marxist und gehört dem „Parti ouvrier“ an.

Fichte, Johann Gottlieb, geboren am 19. Mai 1762 zu Ramsenau, gestorben zu Berlin am 19. Januar 1814. Unterstützt durch den Baron von Miltiz, der früh auf seine Begabung aufmerksam geworden war, studierte er in Jena Theologie und Philosophie. Durch den Tod seines Wohlthäters in grösste Not gebracht, sah er sich gezwungen, in Zürich, später in Königsberg Hauslehrer zu werden. 1793 gab er seiner Sympathie für die französische Revolution Ausdruck in der Schrift „Beiträge zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution“. Ende dieses Jahres ward er nach Jena berufen, von wo er durch die Anklage auf Atheismus 1799 vertrieben wurde. 1810 ward er Professor der neugegründeten Universität Berlin.

Von grossem Interesse ist der eigentümliche Plan einer Organisation der Arbeit, den er in seinem Schriftchen „Der geschlossene Handelsstaat“ 1800 veröffentlichte.

Es wird gewöhnlich als die Aufgabe des Staates bezeichnet, den einzelnen in seinem Eigentum zu erhalten und zu schützen, während es

vielmehr die ist, ihn zunächst in sein Eigentum einzusetzen. Ursprünglich haben alle Menschen ein gleiches Recht auf Benutzung sämtlicher natürlichen Güter; erst dadurch, dass sie einen Vertrag über deren Verteilung abschliessen, entsteht das Eigentum, welches also nicht ein Recht auf die Sache selbst, sondern auf den Gebrauch derselben ist. Jeder Mensch hat ein Recht auf eine bestimmte freie Thätigkeit, und der Staat, als der Repräsentant der Gesamtheit, hat dafür zu sorgen, dass ein jeder sich ausschliesslich seinem Berufe widmen kann. Nun ist aber die Teilung der Arbeit eine unerlässliche Bedingung für die vorteilhafte Benutzung der Güter und das Wohlsein des Staates überhaupt. Daraus ergiebt sich mit Notwendigkeit die Gruppierung der Bürger in Berufsstände. Fichte unterscheidet deren drei: die Produzenten, die mit der Erzeugung der Lebensmittel und Rohstoffe sich beschäftigen; die Künstler, welche die Kunstprodukte durch Bearbeitung der Rohstoffe verfertigen, und die Kaufleute, welche den Warenaustausch vermitteln. Ausserdem giebt es noch den Beamtenstand, dem die Regierung, der Unterricht und die Landesverteidigung obliegt. Die Anzahl der Angehörigen eines jeden Standes wird durch den Staat bestimmt; sie wird derart geregelt, dass jeder Stand für die Befriedigung der betreffenden Bedürfnisse der Gesamtheit sorgt. Zunächst muss natürlich der Landwirtschaft die erforderliche Anzahl Arbeiter zugewiesen werden; nur der bei der Bodenkultur entbehrliche Teil der Bürger kann den anderen Berufen zugeteilt werden. Die Preise aller Produkte und Fabrikate werden vom Staate festgesetzt, sowohl der Einkaufspreis wie der Verkaufspreis für die Kaufleute, und als Wertmass bei der Abfassung dieser Taxe dient die zur Erzeugung der abzuschätzenden Waren erforderliche Arbeit. In Betracht kommt ferner bei der Preisfestsetzung, dass der Unterhalt der Produzenten, der ihnen durch den Verkauf ihres Produktes für die zur Herstellung desselben notwendige Zeit geleistet werden soll, ein verschiedener, standesgemässer ist. Die Idealproduzenten bedürfen reinlicherer Kleidung und feinerer Speisen als die Handarbeiter, und zwischen diesen und den Landarbeitern ist ein ähnlicher Unterschied durch ihre Thätigkeit bedingt.

Jeder Verkehr nach dem Auslande wird dem Bürger verboten. Nur die Regierung kann in Tauschhandel mit dem Ausland treten. Als radikales Mittel zur Herstellung eines gänzlich geschlossenen Handelsstaates empfiehlt sich die mit dem Verbot alles Gold- und Silbergeldes verbundene Einführung einer aus möglichst wohlfeilem Stoffe bestehenden Landesmünze. Die Regierung giebt diese in einem durch die Grösse des vorhandenen Staatsvermögens bestimmten Betrage aus.

So ist die Produktion bis ins einzelne geregelt; vollständige Freiheit herrscht dagegen in der Konsumtion. Wie der Staat die sittliche Pflicht hat, für die Ausbildung aller seiner Glieder zu sorgen, so haben andererseits die Bürger die Pflicht, für den Staat einzutreten, ihm ihre Kräfte zu weihen, wofür sie eben den ihrer Thätigkeit entsprechenden Anteil am Gesamteinkommen der Nation sicher erhalten.

Flürscheim, Michael, Fabrikbesitzer und Redacteur der Zeitschrift „Deutsch Land“, Vertreter der Bodenbesitzreform (s. d.) in Deutschland.

Op. Auf friedlichem Wege. Vorschlag zur Lösung der socialen Frage, 1884. Staatsmonopol des Grundpfandrechtes; der einzige Rettungsweg, 1886, 6. Aufl. 1890. Deutschland in hundert Jahren, 1887.

Förster, Karl Hermann, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Reuss ältere Linie seit 1890, geboren am 18. September 1853 zu Zinna, besuchte bis zum zwölften Jahre die Elementarschule, dann die Halbtagschule in Luckenwalde. Mit 14 Jahren wurde er Cigarrenarbeiter. 1870 schloss er sich bereits der socialistischen Arbeiterbewegung an. Förster lebt als Cigarrenfabrikant in Hamburg.

Fourier, François Marie Charles, geboren zu Besançon am 7. April 1772, gestorben zu Paris am 10. Oktober 1837. Fourier ward für den Handel erzogen. Er arbeitete, nachdem er die gewöhnliche Erziehung genossen hatte, als Commis zu Rouen und Lyon und reiste dann in Deutschland und Holland. 1793 realisierte er sein väterliches Erbteil und verlor es in Spekulationen. In derselben Zeit ward er zur Armee ausgehoben, in der er aber kaum zwei Jahre blieb. Er wurde darauf wieder Commis und Reisender in Marseille. Durch zwei Beobachtungen erhielt er den Anstoss zu einer Untersuchung der bestehenden Gesellschaftsordnung — einmal die Vernichtung von Reis, den sein Handelshaus, weil es zu lange auf eine Hausse wartete, hatte verrotten lassen, und der Preisunterschied von Aepfeln in zwei nur 30 Meilen von einander entfernten Plätzen — die ihn 1799 zu dem, was er seine Entdeckung nannte, führte. Um mehr Zeit für seine Studien zu gewinnen, gab er seine Stelle auf und wurde Winkelmakler, wodurch er einen knappen Lebensunterhalt gewann. Am 17. Dezember 1803 liess er im „Bulletin de Lyon" einen Aufsatz „Triumvirat continental et paix perpétuelle sous trente ans" erscheinen, der die Aufmerksamkeit Napoleons auf sich zog. Hier führte Fourier aus, dass es notwendig sei, ein universales Reich in Europa zu gründen. Um die Herrschaft würde sich ein Kampf zwischen Frankreich und Russland erheben, aus dem wahrscheinlich das letztere als Sieger hervorgehen würde. England würde leicht zur Unterwerfung gezwungen werden können. Der Sieger würde nämlich ein Heer nach Indien schicken und so alle Häfen Asiens und Europas gegen die englischen Schiffe und Waren schliessen.

In dieser Periode seines Lebens entstand der Reformplan der Gesellschaft, den er zum ersten Mal in der „Théorie des quatre mouvements, Lyon 1808" darlegte. Dieses Werk enthält eine lebendige und geistreiche Kritik der Fehler und Widersprüche des heutigen socialen Systems. Von nun an beschäftigt sich Fourier nur noch mit der Entwicklung seiner Idee, die sein ganzes Leben erfüllte und in die er ein unbegrenztes Vertrauen setzte. Durch nichts wird dieser unerschütterliche, tiefe Glaube an die Wahrheit seiner Theorie besser illustriert als durch die Thatsache, dass er zehn Jahre lang um zwölf Uhr nach Hause ging, um den reichen Mann dort zu treffen, den er zwecks Errichtung eines Phalansteriums um Schenkung einer Million Franken in seinen Werken gebeten hatte. 1825 sah er sich an der Spitze einer kleinen Schule und 1826 nahm er seinen Wohnsitz in Paris, hier bis zu seinem Tode mit der mündlichen und schriftlichen Verbreitung seiner Ideen beschäftigt. Auf seinem Grabstein stehen

die Worte: „Hier liegen die Ueberreste von Karl Fourier. Die Serie verteilt die Harmonieen. Die Attraktionen stehen im Verhältnis zu den Bestimmungen.“

Theorie: Da das Princip und der Zweck des Menschen das Glück ist, dieses aber nichts anderes ist, als viele Leidenschaften (passions) und viele Mittel zu ihrer Befriedigung zu haben, so muss der Mensch nur den natürlichen Anziehungen, die er in sich findet, folgen. Da ferner in der heutigen Gesellschaft, wenn die Menschen sich ihren Leidenschaften überlassen, nur zerstörende Wirkungen resultieren, so ist dies ein Beweis, dass die Gesellschaft schlecht organisiert ist. Um eine sociale Form derselben, die alle Leidenschaften befriedigt, finden zu können, bedarf es einer Analyse dieser Leidenschaften, deren die Menschheit zwölf hat: fünf den Sinnen entsprechende Leidenschaften; vier sociale, gruppierende, affektive Leidenschaften: die der Freundschaft, des Ehrgeizes, der Liebe, der Familie; drei distributive: die Cabaliste (der Intriguentrieb), die Papillonne (Hang zum Wechsel), die Composite (Leidenschaft des Enthusiasmus). Aus der kombinierten Befriedigung dieser Leidenschaften entsteht der Einheitstrieb.

Die Leidenschaften der Sinne verlangen nach Reichtum zu ihrer Befriedigung und treiben den Menschen so zu Arbeiten, die sie befriedigen sollen. Die vier affektiven Leidenschaften vereinigen die Menschen zu Gruppen. Die Composite strebt, die kleinen Gruppen zu zahlreichen Associationen zu vereinigen. Mindestens drei Gruppen werden zu Serien vereinigt, d. h. zu Vereinigungen von Gruppen, von denen jede irgend eine Gattung einer bestimmten Leidenschaft ausübt, welche Ordnungsleidenschaft für die ganze Serie wird. Zwanzig Gruppen, die zwanzig Sorten Rosen pflegen, bilden eine Serie von Rosengärtnern, was die Ordnung anbelangt, und von Weissrosen-, Gelbrosen-, Moosrosengärtnern, was die Gattung anbelangt. Um die Cabaliste zu befriedigen, werden die Menschen in rivalisierende Gruppen einer Serie vereinigt; um die Papillonne zu befriedigen, gehört der Mensch mehreren Serien und Gruppen an, so dass, wenn die eine Arbeit ihn ermüdet, er die Arbeit in einer neuen Gruppe aufnehmen kann und so den Reiz immer neuer Arbeit geniesst.

Allen diesen Bedingungen wird nun Genüge gethan durch die Vereinigung der Menschen in Phalangen von 1600—1800 Mitgliedern, Männer, Frauen und Kinder. Jede Phalange, in Serien und Gruppen geordnet, beutet ein quadratisches Stück Land aus. Das Leben wird ganz und gar gemeinsam sein. Eine jede Phalange bewohnt ein Phalansterion, ein gewaltiges Gebäude, in dem zugleich die verschiedenen Zweige der Industrie ihre Werkstätten finden. Das Totalprodukt wird den drei Faktoren der Produktion — Kapital, Arbeit, Talent — entsprechend in drei Teile so verteilt, dass ein Drittel die Dividende des Kapitals bildet und den Eigentümern des Phalansterions gehören wird; fünf Zwölftel gehören der Arbeit, ein Viertel dem Talent. Ein Individuum kann zugleich an allen drei Teilen als Kapitalist, Arbeiter und Talentvoller teilnehmen. Eine jede Phalange wird das für den Boden passende Produkt bauen und die einzelnen Phalansterien werden die Produkte unter einander austauschen. *So wird* die universelle Harmonie entstehen. Dies System ist nun in ein-

zelnen Teilen von Fourier bis ins Detail ausgebildet worden, wobei ihn besonders die beiden Ideen der Symmetrie und der Serie leiteten.

Fourier betrachtet die Menschheit als ein Kollektivwesen, deren Zustände ebenfalls durch ein Gesetz bedingt sind. In sieben Perioden teilt er die Geschichte der Menschheit ein, die durch das Verhältnis der Summe des allgemeinen Leidens zur Summe der allgemeinen Genüsse bestimmt werden. 1. Edenismus. Die Menschen leben in friedlichem Ueberfluss, da Produktion nicht erforderlich ist. 2. Wildheit. Missverhältnis der Bedingungen der Existenz zur Zahl der Existierenden. 3. Patriarchentum. Versuche der Gesellschaftung, Despotie des Familienvaters. 4. Barbarei. Kampf der Familien unter einander. Unterwerfung des Menschen unter die Willkür. 5. Civilisation. Der gegenwärtige Zustand. 6. Zeit der Gewährschaftung, in der die Association teilweise zur Verwirklichung kommt; die Interessen werden durch gegenseitige Garantieen aufrecht erhalten. 7. Einfache Gesellschaftung, der Uebergang zur zweiten grossen Hauptperiode; das Morgenrot des Glücks.

In der Kritik des heutigen Gesellschaftssystems zeigt Fourier einen glänzenden Scharfsinn und beissende Ironie. Da für alle Entwicklung der Reichtum absolute Bedingung ist, dieser aber nur durch Arbeit erworben werden kann, so erweist sich die falsche Organisation der Gesellschaft durch die Thatsache, dass eine ungeheure Anzahl von Menschen nur den Reichtum geniessen, ohne ihn zu erarbeiten, oder als Soldaten und Beamte der Produktion entzogen sind. Erst dann, wenn alle produktiv thätig sind, kann ein richtiges Mass zwischen Besitz und Bedürfnis gefunden werden. Neben den absolut unproduktiven Klassen steht der Handel, der in seiner heutigen Gestalt nur zur Bereicherung des Kaufmanns dient und in seinem Gefolge die Teuerung zum Bedürfnis gewordener Artikel und eine verderbliche Immoralität hat, anstatt seiner Idee nach als Vermittlung zwischen Produktion und Konsumtion, als Bewegung der Erzeugnisse diese harmonisch zu gemeinsamem Genusse über die ganze Welt zu verbreiten. Eng verbunden mit dem Handel ist die Industrie: die Bearbeitung der von der Erde getrennten Produkte — Gewerkthätigkeit; Bearbeitung des Bodens — Ackerbau. Diese beiden Zweige der Industrie bilden die Grundpfeiler des Reichtums. Arbeit ist notwendig, da ohne sie kein Reichtum, ohne diesen kein Glück möglich ist. In unserer heutigen Gesellschaft ist aber die Arbeit zur Plage geworden. Welchen Trieb befriedigt eine Arbeit, die das ganze Leben des Arbeiters hindurch stets dieselbe ist, ohne Rücksicht auf seine Neigungen und Fähigkeiten, stets reizlos, nie ihn belohnend? Elend und Aufruhr der Verzweiflung müssen die Folge dieses Zustandes sein, der, freud- und fortschrittslos, ein Widerspruch mit der höchsten Idee der Menschheit ist. Nicht weniger verkehrt ist die Bearbeitung des Bodens, da die Zerstückelung desselben eine vollkommenere Benützung unmöglich macht und da die Bebauung des zerstückelten Landes nicht durch die Natur des Bodens, sondern durch das persönliche Interesse und Bedürfnis bestimmt wird. Falsch ist es aber, für diesen Zustand die einzelnen Persönlichkeiten an-

zuklagen, denn die bestehenden Verhältnisse erfassen und ergreifen den einzelnen, der ihnen gegenüber machtlos ist; aber ebenso falsch ist es, jede neue Gestaltung der Gesellschaft als ein Unding zu betrachten, niemals sich die Frage zu stellen, ob die heutige Form der Gesellschaft denn auch die letzte und höchste ist. Unsere Kritik hat die Frage verneint. Es gilt also, eine neue Form zu finden, die die Befriedigung der lebenskräftigen Triebe, das Glück aller Menschen schafft. Das ist nur möglich in der Phalange, der Association agricole und der Série passionnée.

Op. Oeuvres complètes, Paris 1841—48, enthaltend: Vol. I: Théorie des quatre mouvements et des destinées générales, zuerst Lyon 1808; Vol. II—V: Traité de l'association domestique et agricole, zuerst Paris 1822, später unter dem Titel: Théorie de l'Unité universelle; Vol. VI: Le nouveau monde industriel et sociétaire, zuerst Paris 1829; — La fausse Industrie, Paris 1835; Publication des manuscrits de Ch. Fourier, Paris 1851—58.

Fouriersche Schule. Lange Jahre hindurch war Just Muiron der einzige Schüler Fouriers gewesen, bis endlich Victor Considérant (s. d.) sich seiner Lehre anschloss und voll Ergebenheit und Feuer ihre Verbreitung zu seiner Aufgabe machte. Gerade in dieser Zeit hatte sich die St. Simonistische Schule aufgelöst und eine Anzahl tüchtiger St. Simonisten, wie Jules Lechevalier, Abel Transon, schlossen sich Fourier an. Eine Reihe von Schriften und Vorlesungen machten Paris und andere Städte Frankreichs mit Fouriers Theorie bekannt. Man sah sich imstande, der Schule ein Organ in dem „Phalanstère“, 1. Juli 1832, zu schaffen, ja man machte den praktischen Versuch der Gründung einer Phalange in Condé-sur-Vergres, der aber aus Mangel an Geld schon misslang, bevor er ausgeführt werden konnte. Der missglückte Versuch war verderblich für die neue Schule. Der „Phalanstère“ hörte auf zu erscheinen (1834). Das Schicksal des St. Simonismus schien Fouriers Schule zu blühen, als Considérant nach Paris zurückkehrte und von neuem das Banner der Schule entrollte, ein neues Journal „la Phalange (1836 mit Unterbrechungen bis 1849) gründete und seine ganze Kraft der Propaganda widmete. Von nun an sind die Schicksale der Schule aufs engste mit Considérant (s. d.) verbunden.

Von Schülern Fouriers nennen wir noch: Just Muiron (geboren 1787 zu Besançon, gestorben 1881). Aperçus sur les procédés industriels, 1824; les nouvelles transactions sociales, religieuses et scientifiques de Virtomnius, 1832. Clarisse Vigoureux: Paroles de Providence, 1834. Gatti de Gamond: Fourier et son système, 1838; Réalisation d'une commune sociétaire d'après la théorie de Ch. Fourier, 1840; Paupérisme et association, 1847. Amédée Paget: Introduction à l'étude de la science sociale, 1832. Charles Pellarin: vie de Fourier, 5ᵉ éd. 1871. Hippolyte Renaud: Solidarité, Besançon, 1842. Le Moyne: Association par phalanges agricoles-industrielles, 1832. Cantagrel, geboren 1810, gestorben 1887: le fou du Palais-Royal, Paris 1841. Alphons Toussenel: les Juifs, rois de l'Europe, 1846.

Geschichte der praktischen Versuche. Der erste Versuch

in Frankreich fiel in das Jahr 1832, noch zu Fouriers Lebzeiten. Baudet-Dulary (s. d.) hatte 500 Hektar dazu hergegeben; das zur Verfügung stehende Geld wurde aber bereits durch den Bau des Gebäudes aufgebraucht. Das ganze Unternehmen artete in ein lustiges Piknik aus und nach wenigen Tagen lief alles auseinander. Zum zweiten Male begann man den Bau eines Phalansteriums im Jahre 1841—42 in Citeaux bei Dijon, zu dem die nötigen Geldmittel der Engländer Arthur Young hergegeben hatte, der sich dafür die Leitung vorbehielt. Aber auch diese kooperative Gesellschaft konnte nichts werden und Young gab die Sache auf. Der dritte Versuch wurde in Algerien gemacht. Bei dem Flusse Sig wurden 1300 Hektar fruchtbaren Bodens in Besitz genommen und Gebäude im Werte von 450,000 Fr. aufgerichtet. Doch auch hier war das Resultat ein ungünstiges.

Nach England wurde der Fourierismus durch Hugh Doherty, der schon in der „New Moral World" Auszüge von Fouriers Lehre gegeben hatte, gebracht. 1840 gründete er ein fourieristisches Organ in London, den „Morning Star, a phalansterian gazette of universal principles and progressive association", ein Organ, welches durch ein Wochenblatt, „The London Phalanx" unterstützt wurde.

Die Verbreitung des Fourierismus in Amerika begann mit der Veröffentlichung von Albert Brisbane's „Social Destiny of Man" 1840. Durch ihn verbreitete sich der Gedanke einer Neuorganisation der Gesellschaft mit grosser Schnelligkeit in Nordamerika. Vier Versuche wurden zunächst unabhängig vom Fourierismus gemacht: Brookfarm, Hopedale, Northampton Community und die Skaneateles Community. 1843 öffnete die „New York Tribune" ihre Spalten dem Fourierismus und Brisbanes Lehren. Vom März 1842 bis Mai 1843 machte sie für die Fourieristen Propaganda. Im Oktober 1843 gründete Brisbane in New-York City ein eigenes Journal, „The Phalanx", dessen Werk die Bekehrung von Brookfarm zum Fourierismus war. Diese nahm den Namen „Brookfarm-Phalanx" an und veröffentlichte den „Harbringer" vom 14. Juni 1845 bis zum 30. Oktober 1847 und zu New-York vom 6. November 1847 bis zum 10. Februar 1849. Der Erfolg der Fourierschen Lehren war ein grosser in Amerika, wie umstehende Uebersicht von gegründeten Phalangen beweist, s. pag. 202.

Fränkel, Leo, geboren zu Budapest am 28. Februar 1844. Er war einer der Gründer der Lyoner Sektion der Internationalen und wurde im Juli 1870 wegen Beteiligung an geheimen Gesellschaften zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Am 26. März 1871 wurde er zum Mitglied der Commune gewählt und von dieser in die Arbeitskommission delegiert. Es gelang ihm, nach dem Untergang der Commune nach England zu entkommen, wo er korrespondierender Sekretär für Oesterreich-Ungarn beim Generalrat der Internationale wurde. Als solcher nahm er auch am Haager Kongress 1872 teil. Nach Ungarn zurückgekehrt, beteiligte er sich lebhaft an der socialistischen Agitation. Wegen eines Pressvergehens wurde er zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, worauf er das Land verliess. 1889 nahm er als Vertreter der ungarländischen Arbeiterpartei am Pariser, 1891 am Brüsseler und 1893 am Züricher Kongress teil.

Name	Mitgliederzahl	Dauer	Zahl der Acres	Schuld
Alphadelphia Ph., Michigan	400—500	2 J 9 M.	2814	—
Brookfarm Ph., Massachusetts	115	5 J.	200	—
Clermont Ph., Ohio	120	2 J.	900	$ 19000
Goose Pond Community, Pennsylv.	60	einigeMonate	—	—
Hopedale, Massachusetts	200	17—18 J.	500	—
Integral Ph., Illinois	30 Familien	1 J. 5 M.	508	—
Jefferson Co. Industrial Association, New-York	400	einigeMonate	1200	—
Lagrange Ph., Indiana	—	—	1000	—
Leraysville Ph., Pennsylvania	40	8 M.	300	—
Marlboro Association, Ohio	24	4 J.	—	grosse Schuldenlast
Mc Kean Co. Association, Pennsylvania	—	—	30000	—
Moorhouse Union, New-York	—	einigeMonate	120	—
North American Ph., New-Jersey	112	12 J.	673	$ 17000
Northampton Assoc., Massachusetts	130	4 J.	500	$ 40000
Ohio Ph.	100	10 M.	2200	tief inSchulden
One-mind Community, Pennsylv.	—	1 J.	800	—
Prairie Home Community, Ohio	—	1 J.	500	der Schulden [weg. aufgel.
Raritan Bay Community, Ohio	wenige Mitgl.	—	268	
Skaneateles Community, New-York	150	1—2 J.	354	$ 10000
Social Reform Unity, Pennsylvania	20	10 M.	2000	$ 2400
Sodus Bay Ph., New-York	300	kurze Zeit	1400	—
Spring Farm Assoc., Wisconsin	10 Familien	3 J.	—	—
Sylvania Association, Pennsylvania	145	2 J.	2394	$ 7900
Trumbull Ph., Ohio	—	1—2 J.	1500	—
Wisconsin Ph.	32 Familien	6 J.	1800	—

Keine Einzelheiten über: Brookes Experiment, Ohio; Bureaux Co. Ph., Illinois; Columbian Ph., Ohio; Garden Grove, Jowa; Grand Prairie Co., Ohio; Ontario Ph., New-York; Washtenaw Ph., Michigan. — Ausserdem existierten Phalangen in Brasilien und auf der Insel Mauritius. Ueber das von Considérant in Texas gegründete Phalansterium „La Réunion“ s. d.

Frankreich. Geschichte des Socialismus. I. Vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zum Tode Babeufs.

Das 18. Jahrhundert ist erfüllt von dem gewaltigen Gährungsprozess, aus dem sich die neue Gesellschaftsordnung entwickeln sollte und der in der Revolution von 1789 und dem Code Civil Napoleons I. zum Abschluss kommt. Die Vernichtung des Feudalsystems und die Aufrichtung des modernen, auf kapitalistischer Basis beruhenden Staates ist der Inhalt dieser Epoche. Die Proklamation der politischen Gleichheit und der Bewegungsfreiheit, die Proklamation der Menschenrechte überhaupt, in der bezeichnend genug das Eigentum als eines der hauptsächlichsten erscheint, sind die Konsequenzen der Entstehung des Grosshandels und der Grossindustrie, die mit unwiderstehlicher Gewalt alle ihre Entwicklung hindernden Schranken zersehlägt und ihren Träger, den dritten Stand, zum Herrscher Frankreichs erhebt. Der Geist des 18. Jahrhunderts hatte alle Einrichtungen des Staates seiner Kritik unterworfen und konnte nicht vor

dem Eigentum als dem geheiligten Gut des Menschen stehen bleiben. Er kannte nichts Heiliges, unveränderlich Bestehendes, nur Veränderung und Entwicklung alles von Menschen Geschaffenen. Auch war von der Idee der Gleichheit der Menschen nur die eine Seite, die politische, entwickelt; die Konsequenz des Denkens führte zur Forderung der Realisierung der anderen Seite, der socialen.

Mit der Revolution der gesamten Eigentumsverhältnisse war auch das Elend des Volkes ein ungeheures geworden, und wie bei allen Umwälzungen der ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft, sehen wir auch hier den Kommunismus auftreten, der im Privateigentum die Quelle aller socialen Uebel erblickt.

Eine vollständige Kritik des auf dem Eigentum und der Familie sich aufbauenden Gesellschaftssystems finden wir bei Meslier (1664—1729, s. d.) in seinem „Testament", Morelly in seinem „Code de la nature, 1755" (s. d.), Mably in seiner „Législation ou principes des lois 1776" (s. d.) und Boissel in seinem „Catéchisme du genre humain, 1789" (s. d.). Bei ihnen allen finden wir den Gedanken aufs schärfte ausgesprochen, er ist das Centrum ihrer Systeme, dass alles Elend der Gesellschaft seine Quelle im Privateigentum hat und daher eine wahrhaft sociale Gesellschaftsordnung nur auf kommunistischer Basis möglich ist. Mit dieser Kritik des Eigentums verbindet sich dann noch die der heutigen Familie und bei den beiden radikalsten Geistern Boissel und Meslier auch noch die der Religion.

Neben diesen Werken, die zum Teil ausser der Kritik auch noch den Entwurf einer neuen Gesellschaftsordnung und die notwendigen Uebergangsmassregeln geben, finden wir bei fast allen hervorragenden Denkern jener Zeit einige socialistische Gedanken meist kritischer Art. An erster Stelle ist hier zu erwähnen Rousseau und sein berühmtes Buch „Discours sur l'origine de l'inégalité, 1754". „Der erste, führt er an einer Stelle aus, welcher, nachdem er ein Stück Land eingezäunt hatte, sich erdreistete, auszurufen: „Dies gehört mir", war der erste wahre Gründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viel Verbrechen, Kriege, Morde, Elend und Schrecken hätte der dem Menschengeschlecht erspart, welcher, die Pfähle niederreissend und den Graben ausfüllend, seinen Nächsten zugerufen hätte: „Hütet euch, auf diesen Betrüger zu hören; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass die Früchte allen, die Erde niemandem gehört." Weder seine Arbeit noch sein Fleiss konnte den Raub an der Gemeinsamkeit einer öffentlichen Sache rechtfertigen." Aber das Eigentum ist nicht nur durch seinen Ursprung ungerecht; durch eine zweite Ungerechtigkeit erwirbt es die Macht, dass alle Vorteile der Gesellschaft ihm allein zufallen. In wenige Worte lässt sich der sociale Pakt zwischen Arm und Reich zusammenfassen: Ihr braucht mich, denn ich bin reich und ihr seid arm. Lasst uns einen Vertrag schliessen; ich werde gestatten, dass ihr die Ehre habt, mir zu dienen, unter der Bedingung, dass ihr mir das Bischen, was euch bleibt, für die Mühe, euch zu befehlen, gebt. Es giebt daher nur eine respektable Klasse von Menschen, die Klasse derer, welche mit ihren Händen arbeiten, die einzig nützlichen Arbeiter sind und unter einer rauhen Hülle die Wärme, die Güte und Geradheit der primitiven Instinkte

bewahren. Sie aber sind durch die Schranke des Eigentums von dem Genuss ihrer Produkte getrennt. Künste und Wissenschaften sind nur bestimmt für die kleine Zahl schimmernder, glänzender Insekten, welche um die Spitze der Gesellschaft herumsummen und das Mark des Staates aussaugen.

Es ist besonders die Kritik des Eigentums, die von den verschiedensten Seiten in Angriff genommen wird und meist dahingeht, die sociale Unverträglichkeit eines exklusiven Eigentums mit dem Glück der Gesellschaft nachzuweisen und das Recht für diese in Anspruch zu nehmen, seine Form nach ihren Zwecken zu ändern. So sind zu erwähnen: Linguets Théorie des lois civiles ou principes fondamentaux de la société; Neckers De la législation et commerce des grains; Turgots Réflexions sur la formation et distribution des richesses; Brissots Recherches philosophiques sur la propriété et le vol.

So sehen wir, wie neben der hauptsächlichen Bewegung des 18. Jahrhunderts, deren Ziel die Schöpfung der modernen, auf dem Privateigentum beruhenden, bürgerlichen Gesellschaft ist, eine andere einhergeht, die, von Meslier beginnend, in Babeuf ihren vorläufigen Endpunkt erreicht und deren Streben kein anderes ist, als der Umsturz der sich konsolidierenden bürgerlichen Gesellschaft. In der Nacht des 4. August wurden alle Privilegien des Adels und der Geistlichkeit abgeschafft; noch im selben Monat erschien die Deklaration der Menschenrechte, worin zum ersten Male ausgesprochen wurde, dass die Souveränetät beim Volke ruht und dass alle Menschen frei und gleich in Rechten geboren werden. Am 3. September 1791 erschien die neue Konstitution, die den Sieg des dritten Standes verkörperte. Aber die Emancipation desselben hatte das Proletariat nicht befreit. Die Gleichheit hatte Halt gemacht vor dem Besitz; ja in der Konstitution von 1791 war das Recht des Citoyen actif sogar an einen direkten Census von drei Arbeitstagen Wert geknüpft.

Schon 1789 erschienen eine ganze Reihe von Schriften, wie der „Cahier des pauvres", der „Cahier du quatrième état" u. a., worin das Volk (peuple) in Gegensatz zu den besitzenden Klassen gestellt wurde und die Forderungen desselben ausgesprochen wurden. Seit 1791 wird der Krieg gegen die Reichen ein Lieblingsthema der ultrademokratischen Partei. Ueberall in den Reden und Schriften eines Chaumette, eines la Vicomterie finden wir einzelne socialistische Gedanken ausgesprochen. Besonders Hébert (s. d.) hatte sich, als Nachfolger Marats, zum Anwalt des besitzlosen Proletariats aufgeworfen und führte in seinem „Père Duchêne" eine erbitterte Fehde gegen alle Reichen. Diejenigen Jakobiner, zu denen Hébert gehörte, proklamierten die Notwendigkeit, durch die absorbierende und willkürliche Macht der progressiven Einkommensteuer die Gleichheit wieder herzustellen. Auch bei den Mitgliedern der Konvention finden wir denn socialistische Ideen, so bei St-Just in seinen „Institutions républicaines", wo er für jeden Bürger einen gleichen Teil des Bodens verlangt, wo er verlangt, dass die Nationalgüter unter die Armen verteilt werden sollen, wo er die Testamente vernichtet, ein System gleicher obligatorischer Erziehung fordert; so bei Rabaud-

St-Etienne in Artikeln des Journals „Chronique de Paris". Robespierre selbst ist dagegen durchaus Anhänger des Privateigentums, obschon die von ihm im Kampf gegen das Programm der Girondisten vorgeschlagenen Zusätze zur Konstitution ganz socialistische Färbung zeigen. Wir lassen diese Artikel hier folgen, da auf sie in späterer Zeit öfter zurückgegriffen ist.

Artikel VII. Das Eigentum ist das Recht, welches ein jeder Bürger hat, zu verfügen über den Teil der Güter, der ihm durch das Gesetz garantiert ist.

Artikel VIII. Das Recht des Eigentums ist begrenzt wie alle andern.

Artikel IX. Es kann weder der Sicherheit, noch der Freiheit, noch der Existenz, noch dem Eigentum unserer Nächsten Eintrag thun.

Artikel X. Jeder Besitz, jeder Handel, welcher dies Princip verletzt, ist wesentlich unerlaubt und unmoralisch.

Artikel XXX. Alle Menschen sind Brüder; das Menschengeschlecht ist der Herr der Erde.

Die von ihm befürwortete Konstitution vom 23. Juni 1793 enthält nichts von diesen Artikeln; aber in ihr sowohl wie in der von 1791 war die Verpflichtung des Staates, für die brodlosen Arbeiter Arbeit und für die Invaliden und Greise Lebensunterhalt zu beschaffen, ausgesprochen.

Nach dem Untergange der Hebertisten, von denen wir Jacques Roux (gestorben 1794), Varlet, Dubois, Leclerc nennen, und der übrigen socialistischen Mitglieder der Pariser Commune, wie Chaumette, blieb noch als Vertreter socialistischer Ideen Babeuf übrig, der dieselben aufs klarste aussprach und in Praxis umzusetzen bestrebt war. (S. Babeuf.)

II. Die Zeit bis zur Julirevolution 1830. Nach dem Tode Babeufs scheint die kommunistische Idee verschwunden zu sein. Die rastlose Kriegspolitik Napoleons I. liess die arbeitende Klasse nicht zum ruhigen Bewusstsein ihrer Lage kommen, trotzdem das Elend derselben unter dem Kaiserreich eine schreckliche Höhe erreichte. Schon Sismondi in seiner Kritik der Organisation der Arbeit liess einen Schrei des Entsetzens und der Verzweiflung darüber hören. Obgleich durch die fortwährenden Kriegszüge der überschüssigen Arbeiterbevölkerung anormale Abzugskanäle geöffnet waren, so entwickelte sich doch mit der durch die Treibhauswärme der Kontinentalsperre aufschiessenden Industrie in unheimlicher Weise der Pauperismus. Auch Napoleon begriff instinktiv, dass unter der scheinbar ruhigen Oberfläche Gewalten thätig seien, deren zerstörende Macht er ahnte; dass die ungeheure moderne Industrie, deren Riesenmacht er in seinen Händen zu halten wünschte, in ihrem Schosse ein Etwas erzeuge, das ihm im Pauperismus nur sein eines furchtbares Gesicht zeige. Daher seine Befehle an den Minister des Innern, binnen einem Monat das Elend auszurotten; daher das Dekret vom 5. Juli 1808, das das Elend für ein Verbrechen und die Arbeit zur Pflicht erklärte; daher das Bestreben, die französische Industrie auf die Höhe der englischen zu bringen; daher die Anordnung öffentlicher Arbeiten; daher die Verwendung von Millionen, um durch fortwährende Arbeit die Arbeiter in Ruhe zu halten. Daneben die Gesetze, die bestimmt sind, den Arbeiterstand in Ordnung zu halten,

indem sie ihn der Polizeiaufsicht unterwerfen. Ausserdem wird das Koalitionsverbot erneuert und verschärft, das Arbeitsbuch eingeführt (Dekrete vom 1. Dezember 1803 und 1. März 1804), die Einrichtung der Conseils des Prud'hommes (Dekrete vom 3. Juli 1806, 11. Juni 1809, 3. August 1810, 8. November 1810) geschaffen.

So hatte denn auch Napoleon mit keinem Arbeiteraufstand zu thun. Die Industrie blieb ruhig und entwickelte sich ungestört in rapidem Wachstum; aber ungesehen reifte auch zugleich das sociale Problem heran.

Die Restauration hatte von der Revolution die Aufhebung der Feudalität, von Napoleon den Code civil, das Gesetzbuch der bürgerlichen Gesellschaft, übernommen. Während aber Napoleon keinen Unterschied im staatlichen Recht durch den Besitz kannte, knüpfte die Restauration das Wahlrecht an einen Census von 300 Fr. und ein Alter von 30 Jahren (8. Januar 1817). Die sociale Organisation des modernen Frankreichs begegnete zahlreichen Feinden am Hofe, in den Kammern, in den Salons, selbst in den Bureaux der Verwaltung. Während in Bezug auf die Industrie der eine Teil der Adelspartei, je nach den Aussichten auf Erfolg, die Wiederherstellung der Kooperationen, der Inspektoren, der Reglements verlangte, ging ein anderer Teil noch weiter und forderte die Revision der Gesetze von 1789 an, besonders der Gesetze betreffend das Eigentum und die Majorate. Aber erst als unter Karl X. der Angriff auf die Charte gemacht wurde und die Bourgeoisie in ihrem Lebensprincip angegriffen ward, fiel diese Restauration, die sich nur auf das Princip der Legitimität und eine Minderheit von Adeligen, die nichts gelernt und nichts vergessen hatten, und wenige reiche Eigentümer stützen konnte, unter den Angriffen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse. Sie hatte kein Verständnis für die Bedeutung der Industrie, welche, trotzdem die Kontinentalsperre aufgehoben war und Paris so seine Stellung als Entrepôt des überseeischen Handels verloren hatte, trotzdem Frankreich bis 1818 200,000 feindliche Soldaten zu unterhalten und 1500 Millionen an die Verbündeten zu zahlen hatte, ihren ungeheuren Aufschwung fortgesetzt hatte. Seit 1821 aber hatten sich die Anzeichen einer Krise gezeigt und Jahr für Jahr war die Anzahl der unbeschäftigten Arbeiter gewachsen. Jeder Einsicht in das Wesen und die Ursache dieser Erscheinung bar, würdigte die Regierung die sociale Frage auf eine Abschaffung der Bettelei, eine Frage der Almosen herab. Kein Wunder, dass unter solchen Umständen die Mahnrufe eines St-Simon (s. d) dort verhallten, die Bestrebungen eines Fourier (s. d.) so gut wie spurlos vorübergingen. Beide, gleich erfüllt von dem Entsetzen vor der gewaltsamen Revolution, deren Herannahen sie sahen, haben sich an den Kaiser, dann an den König gewandt, um Mittel zur Durchführung ihrer Ideen zu erlangen. Beiden ist die Association das Wundermittel, das alle Schäden der Gesellschaft heben kann. Organisation der Arbeit ist die zaubergewaltige Idee, die ihre Geister, die ihrer Nachfolger, die Revolution von 1848 beherrscht. Während aber Fourier neben einer schneidenden und glänzenden Kritik des Industrialismus sich in den tollsten Ausgeburten einer zügellosen Phantasie *ergebt, hat* St-Simon in schöner Klarheit das sociale Problem des 19. Jahr-

hunderts gezeichnet als das Problem, das zum Gegenstand die Lage der zahlreichsten, ärmsten und wichtigsten Klasse der Industriellen hat, und die Entwicklung der Gesellschaft einem Zustande entgegen vorausgesagt, in dem alles Regieren in Verwaltung sich auflösen, an die Stelle der gouvernementalen und militärischen Regierungsform die industrielle und administrative Form treten wird.

III. Von der Julirevolution bis zur Februarrevolution. Die Julirevolution hatte Louis Philipp zur Regierung gebracht, zur bittersten Enttäuschung der Republikaner und unter dem Beifall der Bourgeoisie, die nach ihrem Siege nichts so sehr fürchtete, als die Anarchie. Zwei Ereignisse zu Anfang seiner Regierung sind typisch für den Verlauf derselben: die Bewilligung von 30 Millionen an 445 Fabriken und Banken — das war die erste Abschlagszahlung für den Thron durch den Bürgerkönig, der mit der Bourgeoisie zusammen Frankreich exploitierte, und der Aufstand der Seidenarbeiter zu Lyon 1832 — der die Reihe der Aufstände und Emeuten eröffnete und der erschreckten Bourgeoisie die gefährliche Seite der Industrie zeigte.

Der Lyoner Aufstand brach los gelegentlich einer Lohnerhöhung, die von den Seidenarbeitern gefordert wurde. Das Schiedsgericht der Prud'hommes hatte unter dem Einfluss des Präfekten Bouvier-Dumolart und dem Druck einer grossen Arbeitermasse einen für diese günstigeren Tarif festgesetzt; die Fabrikanten aber weigerten sich, denselben anzuerkennen. Eine Zeitlang wurden mehrere von ihnen verurteilt; auf eine Aufforderung der Regierung hin wurden aber die Anklagen unterdrückt und der Tarif fallen gelassen. Die Empörung der Arbeiter, die ihre Sache verraten glaubten, brach gelegentlich einer Revue der Nationalgarde am 20. November los. Den folgenden Tag kam es zum Kampf und am 22. November befand sich Lyon in den Händen der Arbeiter. Da diese im Besitz der Macht nichts mit ihr anzufangen wussten, war es leicht, nach einiger Zeit Ruhe und Ordnung in der Stadt wiederherzustellen. Der sociale Charakter dieser Bewegung tritt besonders klar zu Tage in den Inschriften der schwarzen Banner des Volks: „Arbeitend leben oder kämpfend sterben.“ Vivre en travaillant, d. h. das Recht auf Arbeit und von seiner Arbeit zu leben, war ein altes Schlagwort der Arbeiterbewegungen. Die Unzufriedenheit der Seidenarbeiter kam von neuem zum Ausbruch im Jahre 1834. Auch diesmal war es eine Lohnfrage, die Lohnreduktion eines Zweiges des Gewerks, welche zum Kampf führte; aber der Hass und die Aufregung wurde diesmal geschürt durch die „Société des droits de l'homme“, die Sendboten von Paris aus geschickt hatte und der es gelungen war, nicht nur in Lyon, sondern auch in St-Etienne, Rouen und anderen Städten Zweiggesellschaften zu gründen. Die Regierung stellte sechs Lyoner Mutuellisten wegen Koalitionsvergehens vor Gericht, war aber nicht imstande, bei der drohenden Haltung der das Gerichtsgebäude umgebenden Menge die Anklage zur Verhandlung zu bringen. Die Nachricht von der Annahme des Associationsgesetzes (von 1834) führte zum Kampf, der nach fünftägiger Dauer mit der Niederlage der Arbeiter *endigte.*

Sociétés secrètes. Gleich nach der Julirevolution hatte sich eine Reihe von Klubs gebildet, die von grossem Einfluss auf die Entwicklung der Verhältnisse waren. Die thätigste und wichtigste unter diesen Gesellschaften war die der Volksfreunde (Société des amis du peuple), welche sich aus den Leitern des Volkes bei der Julirevolution zusammensetzte. Ursprünglich waren ihre Sitzungen öffentlich; aber unter dem Druck der Regierung verwandelte sich der Klub bald in einen geheimen. Er verschwand im Jahre 1832, aber an seine Stelle trat die „Société des droits de l'homme", die schon 1833 3000 Anhänger zählte. In ihrem Programm forderte sie: die Souveränetät des Volkes, verwirklicht durch das allgemeine Wahlrecht — die Freiheit der Communen, beschränkt durch das Recht der Regierung, durch Delegierte die Abstimmungen und die Kompetenz der municipalen Körperschaften zu überwachen — ein öffentliches Erziehungssystem, durch das die Generationen in einer mit dem Fortschritt verträglichen Gemeinsamkeit der Ideen erzogen werden — Organisation des Staatskredits — Emancipation der Arbeiterklasse durch eine bessere Verteilung der Arbeit, eine billigere Verteilung der Produkte und durch die Association. „Unter 32 Millionen Einwohnern," führte sie in einem Manifest aus, „giebt es in Frankreich 500,000 Sybariten, 1 Million glückliche Sklaven und 31 Millionen Heloten, Parias . . . Deshalb fordern wir auf, bis in die Grundlagen die Aristokratie, welche sich unter dem Namen der Bourgeoisie gebildet, auszurotten. Was wir wollen, ist die gleiche Summe des Glücks für alle; die einzige Regierung, welche diese Bedingung erfüllen kann, ist die Regierung des Volkes durch das Volk, die Republik; mit ihr Nivellierung der Vermögen, Nivellierung der Lebensbedingungen." Die Gesellschaft veröffentlichte ferner die Deklaration der Menschenrechte durch Robespierre und schuf eine specielle Kommission von 22 Mitgliedern zum Zweck der Propaganda unter den Arbeitern. Zu ihren Leitern gehörte auch Voyer d'Argenson (s. d.) und Charles Teste (s. d.), welche die socialistische Richtung in der Gesellschaft vertraten. Die Organe waren zuerst „La Tribune" und, als diese unter den Geldstrafen zu Grunde gegangen war, „Le Réformateur". Am 28. März 1833 erschien in der „Tribune" ein Manifest, das einerseits die Republik, andererseits die Organisation der Arbeit forderte: der Staat sollte die Proletarier mit Geld ausstatten, ihre Existenz auf Kosten derer, welche im Ueberfluss leben, sichern und jede den Armen schädliche Industrie zerstören. Ferner wurde eine Beschränkung des Eigentumsrechtes auf eine durch das Gesetz bestimmte Grösse und eine progressive, nicht mehr proportionale, Steuer verlangt. Nach Annahme des Gesetzes vom 10. April 1834, welches die Associationen von zwanzig Personen verbot, formte sich die Gesellschaft in eine geheime um. Es gelang ihr, eine Reihe von Strikes gegen Ende des Jahres 1833 zu organisieren, wie in Paris, Lyon, Anzin, Caen, Mans, Limoges; rein politischen Charakters sind dagegen die Aufstände vom April 1834, die nach heftigen Kämpfen von der Regierung niedergeschlagen wurden. 27 Mitglieder der Gesellschaft wurden im Februar 1835 wegen Teilnahme an diesen Aufständen vor Gericht gestellt und zu schweren Gefängnisstrafen

verurteilt. Aus ihren Trümmern entstand die Gesellschaft der Familien (société des familles), Juli 1834, die eine durchaus geheime Organisation hatte und deren Leitung in den Händen von Barbès, Blanqui und Bernard lag. 6 Mitglieder bildeten eine Familie, von denen eines das Haupt war, 5 oder 6 Familien vereinigten sich zu einem Quartier. Die Häupter der Quartiere standen unter den Befehlen eines revolutionären Agenten, der Mitglied des die ganze Gesellschaft leitenden geheimen Komitees war. Die Gesellschaft gewann schnell an Ausdehnung, hatte Ende 1836 schon 1200 Mitglieder; aber ihre Ausdehnung ward ihr gefährlich. Es gelang der Polizei, eine heimliche Pulverfabrik aufzufinden und Barbès und Blanqui zu verhaften. Beide wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Bernard, dem es geglückt war, frei zu bleiben, verwandelte nun die Société des familles in die des saisons, deren Organisation folgende war. Ein Mann war ein Tag, 6 Tage bildeten eine Woche unter dem Befehl des Sonntag; vier Wochen einen Monat unter dem Befehl eines Juli; drei Monate bildeten eine Jahreszeit (saison), die unter dem Befehl eines Frühlings, und 4 Jahreszeiten ein Jahr unter dem Befehl eines revolutionären Agenten. Die Gesellschaft suchte besonders unter den Arbeitern Anhänger zu gewinnen. Nach der Amnestie wurde sie durch Barbès und Blanqui verstärkt und die Propaganda gewann einen neuen Aufschwung. Heimlich verbreiteten sie „Le moniteur républicain“ (November 1837) und dann „L'homme libre“, in denen sie offen den Königsmord und die sociale Revolution predigten. Am 29. September 1838 gelang es der Polizei, die Druckerei und ein Waffendepot aufzuheben; Prozesse und Verurteilungen folgten. Eine trügerische Stille herrschte; die Strasse war ruhig; die Ordnung wurde nicht gestört; aber die unterirdische Minierarbeit dauerte ununterbrochen fort. Endlich im Mai 1839 schien die Gelegenheit für einen Aufstand günstig. Die Gesellschaft schlug los, ohne dass es ihr gelang, das Volk mit sich zum Kampfe fortzureissen. Eine Zeit lang war zwar das Stadthaus im Besitz Barbès', aber nach kurzem Kampf gelang es der Regierung, die Revolte niederzuschlagen. Die Führer wurden gefangen und ihnen der Prozess gemacht. Barbès (s. d.) wurde zum Tode verurteilt, aber begnadigt.

Gebrochen durch die Verurteilung ihrer Führer und die Mehrzahl ihrer Anhänger bildete sich die Gesellschaft doch bald wieder unter dem Namen Association des travailleurs; Darmès, der am 15. Oktober 1841 ein Attentat auf Louis Philipp machte, gehörte ihr an. Ausser dieser Gruppe hatten sich noch zwei andere konstituiert: die Communistes révolutionnaires und die der Egalitaires, der Quénisset, der Attentäter auf die Herzöge von Orleans, Nemours und Aumale, angehörte. Alle drei Gruppen vereinigten sich zu den „Nouvelles Saisons“, von denen sich aber bald die Extremsten absonderten und eine Gruppe la Société dissidente konstituierten. Um ein Aktionsprogramm festzusetzen, versammelten sich die Führer dieser revolutionären Partei am 4. November 1839 in London. Eine Kommission wurde zu diesem Zwecke gewählt, deren Bericht in der Sitzung des 18. November zur Verlesung kam. Er ist betitelt: Rapport sur les mesures à prendre et les moyens à employer pour mettre la France dans une voie

révolutionnaire, le lendemain d'une insurrection victorieuse effectuée dans son sein. Nach einer Einleitung, in der als Basis einer zukünftigen Verfassung der Kommunismus bezeichnet und dieser definiert wird als die Teilnahme aller an allem, an der Erziehung, der Arbeit und den Genüssen, werden 18 Fragen aufgestellt, auf die der Bericht antwortet. Die provisorische Regierung soll aus einem Triumvirat bestehen, das nicht von der grossen Masse, sondern den Leitern der Insurrektion gewählt wird und revolutionär handelt. Hier werden die Begriffe Revolution und revolutionär in folgender Weise definiert: Revolution ist die kontinuierliche Anwendung neuer Ideen auf die Association und Gesellschaft und revolutionär ist das, was durch Handlungen das Princip der Revolution realisiert. Die Organisation der Arbeit ist leicht. Die Regierung wird zum Nutzen der Nation sich zum obersten Leiter der Industrie erklären, eine einzige Kasse und Leitung für sie haben, zwecks der Cirkulation der Produkte Magazine einrichten, wo sie deponiert und verkauft werden, und Nationalwerkstätten schaffen. Die Erziehung soll eine gemeinsame, staatliche sein. Das Kind wird vom 5. Jahre ab dem Einfluss der Mutter und des Vaters entzogen. Um das für alle öffentlichen Ausgaben notwendige Geld zu beschaffen, soll eine Emission von Papiergeld, gedeckt durch den Boden und die Industrie, stattfinden; ferner eine Sequestration der Güter aller der Personen, welche seit 1793 an den Regierungsakten teilgenommen haben; die Kapitalisation der Steuer in gewissen Fällen; Abschaffung der Erbschaft in kollateraler Linie, selbst im ersten Grad, Aneignung des disponiblen Teils auch der Erbschaften in direkter Linie durch den Staat eintreten und Steuern aufgelegt werden, welche das Volk nicht belästigen. Dieser Bericht ward in London gedruckt, an alle Sektionen der Gesellschaften zur Beratung übergeben und am 14. September 1840 angenommen.

D e r B a b o u v i s m u s. Nach dem Untergang der St. Simonistischen Schule, die es auch zu keiner Bedeutung unter den Arbeitern hatte bringen können, übten den grössten Einfluss auf die Arbeiterbewegung die kommunistischen Systeme, die meist auf den von Buonarroti zu neuem Leben erweckten Lehren Babeufs beruhten, aus. Buonarroti, der nach der Julirevolution von 1830 nach Paris gekommen war, hatte Voyer d'Argenson (s. d.) und Charles Teste (s. d.) zu Anhängern gewonnen und diese waren es, welche in der Société des droits de l'homme den Socialismus zur Geltung zu bringen suchten. Schon 1833 hatte Teste einen Verfassungsentwurf veröffentlicht, der zur Basis den reinen Kommunismus hatte. D'Argenson gab die Schrift „Boutade d'un homme riche à sentiments populaires" heraus und wies in ihr nach, dass von allen Millionen, welche die Proletarier durch ihre Arbeit produzieren, ihnen selbst fast nichts zufällt. Mit Teste zusammen führte er aus, wie der Reiche es verstände, alle Steuern von sich auf den Armen abzuwälzen. Sie beriefen sich auf eine Berechnung Martin de St. Léons, nach der die nur auf den Armen lastenden Taxen von 1797—1835 600 Millionen betragen hätten, die alle nur zur Erhöhung des Werts des Grundeigentums, also zum Vorteil der Reichen gedient hätten.

Der Aprilprozess von 1834 versammelte eine grosse Anzahl von Re-

publikanern in den Gefängnissen und hier wurde durch einige, welche das Buch von Buonarroti kannten, die Babeufsche Lehre verbreitet. Der grösste Teil derselben verliess als Babouvisten das Gefängnis, das sie als Republikaner betreten hatten. Zum Zweck der Propaganda wurde ein Auszug aus dem grösseren Werk Buonarrotis: „Système politique et social des Egaux" herausgegeben. Der kommunistische Staat ist das Ziel, das diesen Neuerern vor Augen schwebt, und das Mittel die sociale Revolution. Der Staat ist Eigentümer von allem, Grund und Boden sowohl, wie den übrigen Produktionsmitteln und Leiter des Ackerbaues und der Industrie. Ein Teil des Nationalprodukts wird in Magazinen aufgespeichert, ein Teil wird zum Unterhalt der Alten und Invaliden bestimmt, ein Teil wird unter die Arbeiter verteilt und der Rest kann durch den Staat an das Ausland verkauft werden. Die Kinder gehören dem Staat, der für die gesonderte Erziehung der Knaben und Mädchen sorgt. Ein deistischer Gottesdienst krönt das Ganze.

Bis zum 12. Mai 1839 hatte nur die „Intelligence", redigiert von Laponneraye, Lahautière, Choron, von Zeit zu Zeit einige kommunistische Ideen besprochen. 1839 gab Lahautière mit Choron den „Petit catéchisme de la réforme sociale" heraus und einen Prospektus zu einer Zeitung „Egalité", die aber nie herauskam. 1841 erschien die „Fraternité" und bestand bis 1843. Von grösserer Bedeutung ist die Thätigkeit Pillots (s. d.) und Dezamys (s. d.), die sich der kommunistischen Propaganda aufs eifrigste widmeten. Wir nennen von ersterem noch die Schrift: „Ni châteaux, ni chaumières" 1840, von letzterem den berühmten „Code de la communauté" 1842 und das Journal „l'Egalitaire" 1840. Schon Dezamy erklärt, dass die sociale Politik nichts ist als die Direktion der Arbeiten und die Verteilung der Produkte. Wird hier die Regierung der politischen Funktionen entkleidet, so geht in der Vernichtung der Regierung selbst noch weiter J. J. May, der Herausgeber des „Humanitaire" 1841. Jeder Mensch, so führt er aus, hat das Recht, seine Fähigkeiten zu entwickeln und hiefür ist die erste Bedingung die sociale Gleichheit, die nur durch die Gütergemeinschaft möglich wird. Die demokratische Regierung der Gesellschaft soll anarchisch sein, d. h. ohne Präsidenten, Diktator, Exekutivgewalt und Parlament bestehen. Alle Associationen und Gemeinden sollen sich selbst regieren, damit dadurch der individuelle Wille am besten zum Ausdruck käme. Ein Anhänger Mays ist Gay, der 1849 den „Communiste" begründete. Er ist von Interesse durch seine Kritik des Verhältnisses der beiden Geschlechter, ohne dessen totale Umgestaltung der Kommunismus unmöglich sei. Die unmässige Freundschaft zwischen Personen verschiedenen Geschlechts, die Liebe, ist bloss in der heutigen Gesellschaft möglich, weil der Individualismus der Interessen sich der Knüpfung von Freundschaftsbündnissen entgegenstellt. In der kommunistischen Gesellschaft ist es unmöglich, exklusive Freundschaften nach Art der Liebe zu bilden. Dies stimmt überein mit der im „l'Humanitaire" ausgesprochenen Ansicht, dass nämlich ein vollendeter Kommunist oft mit der Frau wechseln muss, um die vollendetste Mischung der menschlichen Rassen zu bewirken und die individuellen Beziehungen und Bildung einer Familie zu vermeiden,

welche unfehlbar das verabscheuungswürdige Eigentum wieder einführen würden.

Feindlich gegenüber dieser Gruppe von Kommunisten, welche offen den Atheismus und Materialismus, die Zerstörung der Städte, Unterdrückung der schönen Künste und das geheiligte Recht der Insurrektion predigten, gegenüber diesen Communistes-Babouvistes stand

die Cabetsche Schule. Cabet (s. d.) bekämpfte den Plan der Egalitaires, die kommunistische Gesellschaft gewaltsam zu begründen. Auf friedlichem Wege durch Ueberzeugung und Belehrung sollte der Kommunismus herbeigeführt werden. 1841 gründete er zu diesem Zwecke den „Populaire", der bis 1850 zu erscheinen fortfuhr. Die „Korrespondenten" dieses Blattes waren nicht Mitarbeiter, sondern waren als Agenten für dasselbe thätig und betrieben eine energische kommunistische Propaganda. In kurzer Zeit verbreitete sich das Blatt über ganz Frankreich trotz aller Verfolgungen seitens der Regierung und des Klerus. Cabet selbst war unermüdlich thätig, machte eine Unzahl von Reisen, um an allen wichtigen Punkten Frankreichs Komitees zu errichten. Zu gleicher Zeit bewies er eine unerschöpfliche litterarische Fruchtbarkeit; so erschienen von ihm: la propagande communiste, le démocrate devenu communiste, l'almanach icarien, les masques arrachés, le vrai chemin du salut pour le peuple, le cataclysme social, le guide du citoyen, le vrai Christianisme, wo er beweisen wollte, dass das Evangelium das wahre Buch des Kommunismus sei und die ikarischen Kommunisten die einzigen Christen des XIX. Jahrhunderts, und eine ganze Reihe anderer Schriften.

In dem Masse, wie der Kommunismus an Einfluss gewann, verlor der Republikanismus, der seit 1839 gänzlich entmutigt war. 1843 gründete man, in der Absicht, die energischsten Republikaner zusammen zu scharen, la Réforme, an deren Redaktion Cavaignac, Ledru-Rollin, Arago, Schoelcher und auch L. Blanc beteiligt waren. Sie stand der Arbeiterbewegung freundlich gegenüber, was wohl einmal L. Blanc zuzuschreiben war, dann aber auch dem Umstand, dass die Republikaner, um Herrschaft über die Massen zu gewinnen, notgedrungen sich zur Aufnahme socialistischer Forderungen entschlossen. So trat zum Beispiel schon am 16. Mai 1840 Arago als Verteidiger des allgemeinen Stimmrechts auf, entwarf eine düstere Schilderung vom Elend der Arbeiterbevölkerung und proklamierte feierlich die Notwendigkeit, es durch eine neue Organisation der Arbeit zu beseitigen. Zur Zeit Turgots, führte er aus, hatte das Princip des laissez faire nicht nur seine Berechtigung, es war ein grosser Fortschritt. „Aber seine Zeit ist dahin; es ist schädlich gegenüber den ungeheuren Maschinen, die die Intelligenz des Menschen geschaffen. Wenn man dieses Princip nicht ändern wird, wird es grosses Unglück und Elend in unserem Lande geben." Noch weiter geht diese Aufnahme socialistischer Gedanken in dem Programm der „Réforme". Hier wird die Association, als die notwendige Form der Gleichheit, und staatliche, allgemeine und unentgeltliche Erziehung verlangt. Der Staat wird aufgefordert, die Initiative zu industriellen Reformen, die geeignet sind, eine Organisation der *Arbeit herbeizuführen,* zu ergreifen. Bis die Emancipation des Proleta-

riats erreicht ist, soll der Staat der Banquier der Armen sein. Den gesunden und kräftigen Bürgern schuldet er Arbeit, den Kranken und Greisen Hilfe und Schutz. Trotz dieser scheinbaren Uebereinstimmung in den Zielen bekämpften sich die Kommunisten und Republikaner aufs lebhafteste. Die letzteren, welche in den 40er Jahren eine grosse Agitation zwecks der Wahlreform veranstalteten (Reformisten), bekämpften auf ihren Banketten die Kommunisten nicht direkt, da sie auf ihre Hilfe angewiesen waren, unterdrückten sie aber, wo es möglich war. Die Spaltung verschärfte sich zusehends und den Kommunisten gelang es, ein eigenes Bankett, das von Belleville, an dem 1200 Bürger teilnahmen, abzuhalten. In der Revolution von 1848 werden wir sehen, wie die Gegensätze, welche von der Regierung, indem sie Reformisten und Kommunisten für solidarisch erklärte, in den Hintergrund gedrängt wurden, sofort wieder aufs schärfste hervortreten.

Neben der kommunistischen Bewegung, die zwei Zweige treibt, den atheistischen (vertreten durch Dezamy und den Humanitaire) und den christlich-icarischen (vertreten durch Cabet), gehen parallel eine ganze Reihe von socialistischen Schulen, die mit wenigen Ausnahmen eine mehr theoretische Wirksamkeit entfalten. Wir erwähnen zunächst die katholisch-revolutionäre Bewegung, in der wir ebenfalls zwei Strömungen unterscheiden können; die eine knüpft sich an den Namen Lamennais (s. d.), die andere an den Namen Buchez (s. d.). Lamennais suchte ursprünglich die Kirche zu veranlassen, sich an die Spitze der socialen Bewegung zu setzen, und vertrat diesen Gedanken in der Zeitung „l'Avenir“ 1830 in Verbindung mit Lacordaire und Montalembert. Von Rom verdammt, proklamierte er das Pontifikat des Volkes in seinen glühenden „Worten eines Gläubigen“, „Buch des Volkes“ und „Moderne Sklaverei“, Schriften, die den gewaltigsten Eindruck beim Volke machten. Buchez, der Gründer der sogenannten katholisch-conventionellen Schule, zu der Ott, Feugueray u. a. m. gehörten, der bewundernde Verteidiger und Geschichtsschreiber der Revolution von 1789 und ihrer Marat, Robespierre, St. Just, trug durch die von ihm in Angriff genommene Gründung von Associationen, in denen er das Mittel der Emancipation der Arbeiterklasse sah, viel zur Verbreitung socialistischer Ideen bei. 1840 erschien das „Atelier“, das von Arbeitern selbst redigiert wurde, neben der „Ruche populaire“, ebenfalls einem Arbeiterblatt (1839), das die Aufdeckung des entsetzlichen Elends des Proletariats sich zur Aufgabe gemacht hatte, damals wohl das merkwürdigste Blatt in Paris. Ein mehr wissenschaftliches Organ der Schule war die „Revue Nationale“ (1847—48).

Wie Buchez waren auch P. Leroux (s. d.) und J. Reynaud (s. d.) aus der St. Simonistischen Schule hervorgegangen, hatten aber die Enfantinsche Entwicklung nicht mehr mitgemacht. Vertreter eines mehr philosophischen Socialismus, erblickten sie auch in der Association das einzige Rettungsmittel der Gesellschaft. Dieselbe Verbindung von Socialismus mit religiös-philosophischen Ideen finden wir bei F. Huet (s. d.), der den Kollektivismus von Grund und Boden fordert und so ein Uebergangsglied zu den fortgeschritteneren Kollektivisten, wie Pecqueur (s. d.),

Vidal (s. d.), Colins (s. d.), und dem Socialismus Louis Blancs bildet. Auch die Fourieristen entwickelten in den Jahren der Regierung Louis Philipps unter Leitung Considérants eine grosse Thätigkeit (siehe Fourieristische Schule). Wir nennen von ihren Journalen „Le Phalanstère“ (1832), „La Réforme industrielle“ (seit 1836), „La Phalange“ (1843), „La Démocratie Pacifique“ (1843—51), „L'Humanité“ (1845). Allein, mit allen gleich verfeindet, stand Proudhon (s. d.); er wandte seine Waffen in gleicher Weise gegen Socialisten wie Bourgeois und verkündete die Lehre der Anarchie.

So glüht während der Regierungszeit Louis Philipps der ganze Boden Frankreichs. Bis in die 40er Jahre folgt Aufstand, Emeute, Attentat in ununterbrochener Reihenfolge. Geheime Gesellschaften besorgen unablässig die unterirdische Minierarbeit, verwandlungsfähig wie Proteus, sich den Nachforschungen der Polizei oft mit Erfolg entziehend, nur durch eine Emeute oder einen Strike ein Lebenszeichen von sich gebend; daneben die extrem kommunistisch-revolutionäre Propaganda der Babouvisten, die friedliche der Fourieristen und Cabetisten, die ungeheure Zahl socialistischer Werke, Flugschriften, Zeitungen — kein Wunder, dass die socialistischen Ideen die Gemüter nicht nur der Arbeiter, sondern der Mitglieder auch der anderen Stände umfangen, dass die Schlagworte Association und Organisation der Arbeit wie mit Zauberkraft die Geister bestricken, dass sie Frauen, wie Pauline Roland, Flora Tristan, auf die Bahn socialistischer Agitation treiben, kein Wunder, dass die Poesie wiederhallt von den Gedanken der Brüderlichkeit und Gleichheit, von glühenden Schilderungen des Elends der Armen, von Verfluchungen der Tyrannei der Reichen. Die socialistischen Anklänge, vage bei Lamartine, tönen schon mächtiger in Victor Hugos und Bérangers Liedern, um zum aufruhrvollen Akkord in Gustave Leroys Lied „Die Toten“ und Pierre Duponts „Arbeiterlied“ anzuschwellen, das in der Uebersetzung Meissners folgen möge:

Kaum kräht der Hahn das erste Mal,
So brennt schon unsere Lampe wieder,
Und neu beginnt die alte Qual
Und dröhnend fällt der Hammer nieder,
Für ewig ungewissen Lohn
Müh'n wir uns rastlos ab auf Erden,
Die Not vielleicht kommt morgen schon,
Wie soll es erst im Alter werden? . . .
Liebt euch einander treu und heiss
Und lasset — ob die Schwerter blinken,
Ob uns des Friedens Palmen winken —
Im Kreis, im Kreis
Uns auf die Welterlösung trinken!

Mit hartem Grund und falscher Flut
Ist unser Los ein ew'ges Ringen,
Und was darin an Schätzen ruht,
Wir sind es, die's zu Tage bringen,
Wir schaffen Erz und Diamant,
Wir sä'n für jene, die geniessen —
Wir armen Lämmer, welch' Gewand
Schafft sich die Welt aus unsern Vliessen!
Liebt euch einander treu und heiss etc.

Kommt uns das harte Werk zu gut,
Dem uns're Hände rastlos dienen?
Wohin geht uns'res Schweisses Flut?
Wir sind nichts and'res als Maschinen!
Wir bau'n den Reichen ihre Stadt,
Die Pracht auf diesem Wandelsterne;
Wenn sie den Honig fertig hat,
Jagt man die Biene in die Ferne.
Liebt euch einander treu und heiss etc.

Es trinkt das fremde, blasse Kind
Die reine Milch von unsern Frauen,
Und wenn sie gross geworden sind,
Sind sie zu stolz, uns anzuschauen.
Das Herrenrecht der alten Welt
Erschreckt nicht mehr des Dorfes Bräute,
Allein dem Gold des Mäklers fällt
Noch jeder Hütte Kind zur Beute.
Liebt euch einander treu und heiss etc.

Wir müssen frierend unterm Dach,
Wo Käuzchen wimmern, Diebe kauern,
Im engen, finsteren Gemach
Des Lebens lange Nacht vertrauern.
Und doch ist heiss auch unser Blut,
Uns labte eben wie die Reichen,
Der Sonne segensreiche Glut,
Die kühlen Schatten unter Eichen!
Liebt euch einander treu und heiss etc.

So oft in schnöder Raserei
Wir blutig noch das Feld gedünget,
Hat sich die alte Tyrannei
Durch unsern Opfertod verjünget.
Spart euer Blut, spart eure Kraft,
Die Liebe muss das Höchste bringen,
Der Hauch, der neue Welten schafft,
Wird bald die ganze Welt durchdringen!
Liebt euch einander treu und heiss
Und lasset — ob uns Schwerter blinken,
Ob uns des Friedens Palmen winken —
Im Kreis, im Kreis
Uns auf die Welterlösung trinken!

„Die Zeit ist krank," so wiederholen die Dichter in allen Weisen. Und die halben Dichter, die Bänkelsänger und Arbeiterpoeten, wie Lachambeaudie, Wirçard, Boissy, Savinien Lapointe, wechseln das Gold der grossen Dichter in kleine Münze um und streuen die Pfennige auf die Strasse für jedermann (Quack). Von Schriftstellern nennen wir Eugen Sue („Die Geheimnisse von Paris"); George Sand, die Freundin Lamennais', P. Leroux', L. Blanc's; F. Pyat, später Mitglied der Commune von 1871: „Der Lumpensammler von Paris", „Briefe eines Geächteten"; Alphonse Esquiros: „Evangelium des Volks" 1841, „Die thörichten Jungfrauen" 1844, denen die „vierges sages" und die „vierges martyres" folgten, später „Fleur du peuple" 1848; „de la vie future au point de vue socialiste" 1850; Perdiguier: „le livre du Compagnonnage" 1839, der beste Repräsentant der socialistischen Stimmung unter den Arbeitern in der damaligen Zeit, einer Stimmung, wunderbar gemischt aus Enthusiasmus mystischer Brüderlichkeit, Ernst, Zucht, nicht frei von unpraktischer, doch edler Sentimentalität, aber voll festen Strebens nach Besserung ihrer Lage und voll von Feindlichkeit gegen den Individualismus der regierenden Klassen. Von Interesse ist auch noch das Buch des Prinzen Napoleon, nachmaligen Kaisers: „Extinction du paupérisme", in dem der Plan entwickelt wird, Ackerbaukolonien auf nicht urbarem Boden zu gründen und an Arbeiterassociationen zur Bewirtschaftung zu überlassen.

Seit dem Tage der Thronbesteigung Louis Philipps, die der grossen Mehrheit des Volkes keine Befriedigung brachte, die ganze Zeit seiner Regierung, die die Bourgeoisie so begünstigte, verschärften sich die Klassengegensätze, erweiterte sich der Abgrund zwischen Kapital und Arbeit unaufhörlich. Die Julirevolution trug die Keime der des Februars schon in ihrem Schosse; der Hülfe des Volkes hatte die Bourgeoisie ihren Sieg zu verdanken; aber sie kannte keinen Dank. Die unaufhörliche Propaganda des Socialismus hatte diesem dumpfen unklaren Gefühl des Nichtbefriedigtseins seine Ursache gezeigt, dies Gefühl gesteigert und verschärft und es mit dem klaren, das Ziel weisenden Gedanken vermählt. Mit welchem Erfolg, das beweisen die Aufstände, Emeuten und Strikes zur Genüge. Schon 7 Jahre vor der Februarrevolution war die Einsicht weit verbreitet, dass die Gesellschaft in ihren Wurzeln krank sei und dass über kurz oder lang eine furchtbare Revolution erfolgen müsse. So schrieb Rossi nach dem Attentat des 13. September 1841: „Man frug sich voll Angst, ob alle diese Angriffe auf den öffentlichen Frieden, diese Kämpfe, welche

mehr als eine Stadt in Blut getaucht, und das Attentat des 13. September nicht Manifestationen derselben Ursache, nicht Scenen desselben Dramas seien; ob es nicht nötig sei, darin einen einzigen Gedanken, eine ungeheure Organisation wiederzuerkennen, die Anzeige der Kämpfe, welche man um jeden Preis der Monarchie, dem Eigentum, der socialen Ordnung liefern will.“ Und H. Heine schrieb in einem Brief vom 11. Dezember 1841, dass der Tag nicht mehr fern wäre, wo die ganze Bourgeoiskomödie in Frankreich mit ihren Helden und Statisten der parlamentarischen Bühne ein Ende mit Schrecken unter Pfeifen und Schreien nehmen würde und dass man dann ein Nachspiel aufführen würde mit dem Titel: „Das Reich der Kommunisten.“

Was that nun die Regierung, diesen drohenden Kämpfen zu begegnen? Louis Philipp hatte kein Verständnis für die socialistischen Tendenzen seiner Zeit. Seine Minister und die Majorität der Kammer lachten, als man die Petition der Arbeit den Deputierten überreichte. Guizot pries die Arbeit, welche das Volk als sein Recht begehrte, als wunderbares Zuchtmittel: „Ihr habt, so verkündete er der Kammer, nur eine einzige wirksame Garantie gegen die revolutionäre Stimmung der armen Klasse, die Arbeit, die fortwährende Notwendigkeit, zu arbeiten.“ Kein Wunder, dass die Regierung erst im zehnten Jahre ihres Lebens sich mit der industriellen Gesetzgebung zu beschäftigen anfing und dass ihre ganze Thätigkeit sich auf ein Gesetz betreffend Einrichtung von Schiedsgerichten und Kinderarbeit in den Fabriken (Gesetz vom 22. März 1841) beschränkte, von denen das erste nur eine Ausdehnung des bereits von Napoleon I. geschaffenen Gesetzes auf Paris war und das zweite beinahe gar keine Wirkung hatte, da es die Inspektion in die Hände der Fabrikbesitzer selbst legte. Das Elend unter den arbeitenden Klassen hatte schon 1840 eine ungeheure Ausdehnung und Höhe erreicht, wie das von Villermé herausgegebene Buch: „Tableau de l'état physique et moral des ouvriers employés dans les manufactures de coton, de laine et de soie“ bewies, das die Frucht einer im Auftrage der Academie des sciences morales et politiques unternommenen Enquête war. Die Regierung wiegte sich in Sicherheit, trotzdem sogar der Polizeipräfekt von Paris in seinem Bericht vom Januar 1847 an den Minister des Innern ausführte, dass die socialistischen Broschüren immer zahlreicher würden, dass die anarchischen Parteien sich mehr und mehr nicht um die eigentliche Politik kümmerten, sondern ihre Ideen auf die sociale Erneuerung der Gesellschaft richteten und dass alle verschiedenen Schulen, wie die Cabets, Dezamy's, P. Leroux', Proudhons, Fouriers, des „Atelier“, der „Fraternité“, dasselbe Ziel verfolgten, die mehr oder minder gewaltsame Zerstörung des gegenwärtigen Gesellschaftszustandes durch Abschaffung der Familie und des Eigentums. „Der Einfluss,“ so schliesst der Bericht, „welchen ähnliche Schriften auf den leicht beweglichen und ungebildeten Geist des Arbeiters ausüben, dessen materiellen Begierden man schmeichelt, ist leicht zu begreifen. Das ist die wahre Krankheit unserer Zeit, und man muss bemerken, dass sie jedes Jahr weiter um sich greift.“ Ein Jahr später und die Februarrevolution stürzte den Thron des Bürgerkönigs.

IV. Von der Februarrevolution bis zum Staatsstreich des 2. Dezember 1851. Die Monarchie war vor einer Volkserhebung gefallen, die über ihren raschen Sieg selbst erstaunt war. Ein Haufe, der in die Deputiertenkammer eingedrungen war und Ja brüllte, als man die Namen der provisorischen Regierung verlas, hatte die provisorische Regierung gemacht, die sich alsbald auf dem Hotel de ville installierte. Ihnen gesellten sich noch hinzu als vom Volk gewählt: Louis Blanc, Armand Marrast, F. Flocon, und der Arbeiter Albert. Die Bewegung war von der Arbeiterklasse ausgegangen; diese hatte die Revolution gemacht und war eine Zeit lang die Herrin der Situation. Die provisorische Regierung, der Majorität nach republikanische Bourgeois, war gezwungen, ihre Wünsche zu befriedigen. So wurde ihr von einem Volkshaufen das Dekret des 26. Februar 1848 entrissen, das von Louis Blanc redigiert wurde, ohne dass dieser sich der Tragweite der eingegangenen Verpflichtung bewusst war: „Die provisorische Regierung der französischen Republik verpflichtet sich, die Existenz des Arbeiters durch die Arbeit zu garantieren; sie verpflichtet sich, Arbeit allen Bürgern zu garantieren; sie erkennt an, dass die Arbeiter sich associiren müssen, um den legitimen Ertrag ihrer Arbeit zu geniessen. Die provisorische Regierung gibt den Arbeitern, denen sie gehört, die fällige Million der Civilliste zurück.“ Das war der Socialismus zur Regierungsform erklärt. Aber was nützte das Dekret ohne Anwendung? Konsequenterweise forderten die Arbeiter ein Ministerium des Fortschritts; sie erhielten die Kommission des Luxembourg (s. d.). War so L. Blanc im Luxembourg kalt gestellt, so suchte sich die provisorische Regierung die Sympathieen der Arbeiter durch Schaffung der Nationalwerkstätten zu erwecken. Diese waren das Werk des Arbeitsministers Marie und eines jungen Civilingenieurs Thomas. Bisher hatten die Mairieen den Arbeitern Arbeit gegen einen Lohn von Fr. 2 zu verschaffen gesucht. Als aber eine grosse Masse von Arbeitern nicht mehr zu beschäftigen war, erhielten sie von der Regierung die Weisung, jedem Arbeiter täglich Fr. 1.50 auszuzahlen. Die Mairieen erklärten, diese Wirtschaft nicht mehr fortführen zu können, und es wurden die Nationalwerkstätten gegründet. Man hat L. Blanc als Urheber dieser Massregel bezeichnet und aus dem Fehlschlagen derselben einen vorzüglichen Gegenbeweis gegen die Organisation der Arbeit sich schaffen wollen. Die Falschheit dieser Ansicht und Argumentation, die auch Lassalle nachwies, wird am besten durch folgende drei Citate bewiesen: Lamartine in seiner „Geschichte der Februarrevolution“ II, 120, sagt: „Befehligt, geleitet und unterhalten durch Führer, welche den geheimen Gedanken der antisocialistischen Partei der Regierung kannten, waren die Nationalwerkstätten ein Gegengewicht gegen die sektirerischen Arbeiter des Luxembourg bis zur Ankunft der Nationalversammlung. Weit entfernt, im Solde Louis Blancs zu stehen, wie man gesagt hat, waren sie inspiriert durch den Geist seiner Gegner.“ E. Thomas, der Direktor der Nationalwerkstätten, erklärt in seiner Aussage vor der Enquêtekommission über die Ursachen des Juniaufstandes (Rapport II, 352): „Ich bin immer mit der Mairie von Paris gegen den Einfluss Ledru-Rollins, Flocons und anderer marschiert. Ich stand in offener Feindschaft mit dem Luxembourg.

Ich bekämpfte offen den Einfluss Louis Blancs." Garnier Pagès erklärt, (in „un épisode de la Révolution de 1848," pag. 48): „Ich muss der Wahrheit gemäss konstatieren, dass die Nationalwerkstätten mit der Billigung aller Mitglieder der provisorischen Regierung ohne Ausnahme eröffnet wurden, und dass vom ersten bis letzten Tage L. Blanc ihrer Leitung vollständig fremd geblieben ist." Am 6. März wurde E. Thomas zum Kommissär der Republik und Direktor der Nationalwerkstätten ernannt. Die Zahl der unbeschäftigten Arbeiter ward anfangs auf 17,000 geschätzt; am 15. März war sie auf 49,000 angewachsen. Die Organisation war eine militärische; 11 Männer, die zu demselben Arrondissement gehörten, bildeten eine Rotte, deren Führer von den Arbeitern gewählt war und einen Sold von Fr. 2,50 erhielt; 5 Rotten bildeten eine Brigade, deren Führer ebenfalls direkt gewählt war und einen Sold von Fr. 3 hatte; 4 Brigaden bildeten eine Lieutenantschaft; 4 Lieutenantschaften eine Compagnie, die mit Compagnieführer 900 Mann stark war. Die Führer der Compagnieen und die Lieutenants wurden von der Verwaltung ernannt. Jede Compagnie und Brigade hatte ihr Abzeichen. Um eingereiht zu werden, musste der Arbeiter auf der Mairie seines Arrondissements bescheinigen lassen, dass er älter als 16 Jahre wäre und sich mit einem Schein, der Namen, Profession und Wohnung enthielt, präsentieren. Die beschäftigten Arbeiter erhielten 2 Fr., die unbeschäftigten Fr. 1.50. Da die Staatsingenieure ihnen aus Eifersucht keine Arbeit überwiesen, so suchte Thomas die Arbeiter durch Erdarbeiten, Bäume pflanzen u. dgl. zu beschäftigen. Die Arbeiter, die das lächerliche dieses Treibens schnell begriffen, zeigten keinen Eifer, die Zucht lockerte sich; allgemeine Faulenzerei war an der Tagesordnung. Die provisorische Regierung hatte gehofft, sich der Nationalwerkstätten im Kampfe gegen den Luxembourg bedienen zu können. Aeusserte doch Marie Thomas gegenüber: „Sorgen Sie dafür, dass Sie bewaffnet sind, sparen Sie kein Geld: der Tag ist vielleicht nicht fern, an dem man mit Ihnen in die Strasse hinabsteigen muss." Aber man hatte sich getäuscht.

Während L. Blanc im Luxembourg mit tönenden Reden die kostbare Zeit verbrachte, erholte sich die Bourgeoisie allmählich von ihrer Furcht und machte sich daran, das Proletariat und den drohenden Kommunismus zu unterdrücken. Zwei von Ledru-Rollin erlassene Cirkulare gaben den Anstoss zu einer von der Nationalgarde, die in ihrer grossen Masse aus Kleinbürgern bestand, ausgehenden Protestation. Man beschuldigte Ledru-Rollin des Kommunismus und wandte sich an Lamartine um Zurücknahme dieser die Bourgeoisie beleidigenden Dekrete. Am 16. März besetzte die 10. Legion der Nationalgarde den Platz des Stadthauses und eine Emeute drohte gegen die provisorische Regierung loszubrechen, der nur durch Desavouierung des Cirkulars und eine Rede Aragos vorgebeugt wurde. Schon seit einiger Zeit sann L. Blanc darüber nach, durch eine grosse Manifestation des Volkes seinen verlorenen Einfluss auf dem Stadthause wieder herzustellen. Er ergriff daher mit Freuden die Frage der Wahlen zur Nationalversammlung. In kurzer Zeit sollte an die Stelle der *dem Druck der Volks*massen leicht nachgebenden provisorischen Regie-

rung, in der L. Blanc mit Albert als Vertreter des Volkes eine gewaltige Macht darstellte, die Nationalversammlung treten, deren den socialistischen Ideen feindliche Zusammensetzung sich voraussehen liess. Derselbe Gedanke bewegte schon längere Zeit das Volk und wurde in den Klubs, von denen wir den Blanquis' „Société centrale républicaine“, den Barbè's „Club de la Révolution“, den Raspail's „Club des amis du peuple“ erwähnen, aufs lebhafteste diskutiert, so dass es sehr leicht war, diese vereinzelten Bewegungen zu einer grossen Manifestation zusammenzufassen. Dieselbe sollte am 17. März stattfinden, aber die Unentschlossenheit und Schwäche L. Blancs zerstörte den Erfolg der Manifestation schon im voraus. Er liess sich nämlich von zwei jungen Leuten einen Brief schreiben, in dem er von der bevorstehenden Manifestation in Kenntnis gesetzt wurde, und verlas ihn in einer Sitzung der provisorischen Regierung. Aber seine List war durchschaut, denn Marie klopfte ihm sanft auf die Schulter und sagte: „Wir kennen das, mein lieber Kollege, glauben Sie mir. Raten Sie Ihren jungen Freunden, die Ueberzieher zu wechseln; die Polizei erkennt sie sonst zu leicht wieder und könnte ihnen heute oder morgen übel mitspielen.“ Am 17. März, 1 Uhr, erschien der Zug des Volkes, voran die 5—600 Klubisten, dann die Korporationen der Arbeiter mit wehenden Bannern, und stellte sich auf dem Platz vor dem Stadthaus in Ordnung auf. Die schärfste Disciplin herrschte in diesem Blousenheer; die Gesichter ernst, voll von der Weihe und Würde des Augenblicks. Als der Platz gefüllt war, begab sich die Deputation hinauf in den Saal; das Volk wartete, die Marseillaise singend. Ein Arbeiter, Gérard, trat vor und verlas die Petition, in der das Volk von Paris die Entfernung der Truppen, Vertagung der Wahlen der Nationalgarde und zur Nationalversammlung verlangte. Kaum hatte der Arbeiter geendet, begann Blanqui die Forderungen zu wiederholen und sofortige Antwort zu fordern. Als L. Blanc sah, dass die Leitung des Volkes seinen Händen zu entschlüpfen drohte, zweifelte er keinen Augenblick, mit der provisorischen Regierung gemeinsame Sache zu machen; er verlangte in schmeichelhaftesten Worten Zeit zur Ueberlegung. Ledru-Rollin versprach in geschickter Rede, die Vertagung, wenn die Wünsche der Departements eingelaufen seien, in Erwägung zu ziehen. Die provisorische Regierung hatte das Spiel gewonnen; die Deputierten entfernten sich, nicht ohne dass, als L. Blanc die Stufen der grossen Treppe hinabschritt, ein Klubist Flotte ihm zurief: „Du bist also auch ein Verräter! auch Du!“ Eine zweite Manifestation wurde durch die Vorbereitungen der provisorischen Regierung vereitelt und zu einer Niederlage des Volkes. „Nieder mit den Kommunisten“, tönte den Arbeitern von allen Seiten von den Legionen der Nationalgarde entgegen. Noch einmal, am 15. Mai, suchte sich das Volk unter Leitung der Klubführer der Herrschaft zu bemächtigen. Der Ueberfall der Nationalversammlung gelingt, eine provisorische Regierung, mit Barbès an der Spitze, installiert sich auf dem Stadthaus, aber nach wenigen Stunden wird sie von der Nationalgarde auseinander gesprengt und die Führer gefangen gesetzt. Von nun an ist der Sieg der Bourgeoisie entschieden. Die Wahlen zur Nationalversammlung sind eine Niederlage der socialistischen

Partei. Die Deputierten versammeln sich, die provisorische Regierung tritt ab.

Das erste Werk der Nationalversammlung war die Auflösung der Nationalwerkstätten, nachdem man die Vergeblichkeit der Bemühungen, sie für sich zu gewinnen, eingesehen hatte. Am 21. Juni erliess die Exekutivkommission ein Dekret, durch das die Arbeiter von 18—25 Jahren aufgefordert werden, entweder in die Armee einzutreten oder sich bereit zu halten, zur Ausführung von Erdarbeiten in die Provinz zu gehen. Ein Sturm der Entrüstung brach in den Nationalwerkstätten los. Am 22. Juni marschierte eine Abteilung von 12—15,000 Arbeitern nach dem Pantheon. Auf dem Wege dahin begegnen sie einem ihrer Lieutenants, Pujol, der, mit einer hervorragenden natürlichen Beredsamkeit begabt, einen grossen Einfluss auf das Volk ausübte. Er führt sie nach dem Luxembourg und begibt sich mit vier anderen Deputierten zu Marie, der die Deputation zunächst überhaupt nicht anhören will und schliesslich die Rede Pujols mit den Worten unterbricht: „Ich verstehe Sie; nun wohl, vernehmen Sie dies: wenn die Arbeiter nicht in die Provinz gehen wollen, werden wir sie mit Gewalt zwingen, mit Gewalt, verstehen Sie!" — „Mit Gewalt; nun gut! wir wissen jetzt, was wir wissen wollten." — „Und was wollten Sie wissen?" — „Dass die Exekutivkommission niemals aufrichtig die Organisation der Arbeit gewollt hat. Adieu, Bürger." — Damit entfernt sich die Deputation; die Masse marschiert zum Place St-Sulpice; man läutet die Sturmglocken. Die Revolution des Proletariats beginnt. Am 23. Juni werden die Barrikaden aufgeworfen. Hier der Proletarier, kämpfend für den Socialismus, dort der Bourgeois für das Eigentum; der eine Träger einer neuen Weltanschauung, der Vorkämpfer einer neuen Ordnung, die ihre Segnungen allen bringen will, nicht auf eine kleine Klasse Privilegierter beschränkt; der andere der egoistische Hüter eines Systems, das einst ein Fortschritt für die Menschheit gewesen, jetzt aber ihre furchtbare Fessel ist; beide des Ernstes und der Bedeutung des Kampfes sich bewusst. Erst am vierten Tage war die Strassenschlacht beendigt; dann folgte das Hinschlachten der gefangenen Insurgenten durch die Nationalgarde, vor deren Wut jene zu schützen die Soldaten oft ausser stande waren. Zu Tausenden wurden die Gefangenen eingebracht und in die Keller des Palais Royal gesperrt. Hier wurde der Gipfel des Elends erreicht: nur Seufzer und Wimmern, das grausige Lachen der wahnsinnig Gewordenen, das Schreien und Brüllen der Verwundeten nach Wasser, der Kampf um die Luftlöcher in der mephitischen Luft; das Hohnlachen der Schildwachen; hie und da ein Schuss in die Keller gefeuert — eine Dantesche Hölle. Der Bourgeois, der Nationalgardist, hatte gesiegt über die Feinde seines Eigentums, die Kommunisten. Die „Gesellschaft war gerettet", aber für immer hat die Junirevolution den Abgrund zwischen Volk und Bourgeoisie aufgerissen.

Wer Wind säet, wird Sturm ernten — und die Sturmernte wird furchtbar sein für die Bourgeoisie. Die Juni- und Mai-Schlächtereien sollen heimgesucht werden an den Kindern derer, die in blutigster Metzelei *das Freiheits-* und Glücksstreben des Volkes zu ersticken gedachten.

„Wenn der ersehnte Tag, die Stunde einst geschlagen,
Wo jedem Frevel wird sein Lohn,
Und wir ein schuldiges Geschlecht ergrimmt verjagen
Im Sturm der Revolution:

Dann werden alle, die bethränt von Milde sprechen,
Und die erschreckt der Blutbescheid,
Für die nur „Schwäche“ heisst und „Unglück“ das Verbrechen,
Und „Rache“ die Gerechtigkeit —

Sie alle werden schrein, dass ruchlos sei die Sühne,
Nicht strafen solle man, — verzeihen;
Und fordert Blut für Blut der Richtergeist, der kühne,
So wird man faseln von „Bereun“.

Was Gnade? Lasst uns an der Brüder Tod gedenken,
An so viel Frevel, wehevoll,
Und ihr Gedächtnis mög' uns in die Seele senken,
Statt des Erbarmens, tiefen Groll!

Gedenken lasst uns an die Zeit voll Blut und Raube,
Wo der Kanonen eh'rner Mund
Die Antwort gab dem Volk, das hungernd schrie im Staube,
Und wo von Blut gedampft der Grund!

Und dann der Morgen, der gefolgt dem schnöden Siege:
Die schändliche Angeberei,
Der Wunsch, dass jedes Recht dem Lug und Trug erliege,
Nach jener wilden Meuchelei;

Die Kerker ohne Luft, in deren Pestrotunden
Der Sterbeschrei kein Echo fand,
Und wo die Henker von der Gegner frischen Wunden
Abrissen höhnisch den Verband! . . .

Geheiligt ist durch sie fortan der Rache Lodern!
Sorgt, dass ihr nicht ihr Thun vergesst,
Gedenkt der Toten, denkt, dass unsere Brüder fordern
Ein grosses Sühn- und Opferfest!

An uns nun kommt die Reih'! Ihr Schurken und Verräter,
Die längst das Volk der Schande zieh,
Die Ihr gebilligt feig den Mord, ihr Volksvertreter:
Weh' den Besiegten! Auf die Knie!

Der Sühne Tag ist da, hoch schwillt des Zornes Welle!
Ja, nicht Gebet noch Reue kann
Euch mehr davon befreien, zu küssen jede Stelle,
Wo einst das Blut der Opfer rann.

(Uebersetzt von A. Strodtmann.)

So singt Louis Ménard bereits im Juli 1848 in seinem furchtbaren Lied: „Der Tag der Sühne“, den düsteren Gedanken, die die Proletarier bewegten, markigsten Ausdruck verleihend.

Zielbewusst verfolgte die Bourgeoisie ihren Sieg. Die Klubs wurden geschlossen. Eine Kommission zur Untersuchung der Ursachen des Juniaufstandes eingesetzt. Der Teil der socialistischen Führer, welcher noch

nicht im Gefängnis sass, musste fliehen, um sich der drohenden Anklage zu entziehen. Das Recht auf Arbeit wurde abgeschafft und durch das auf Unterstützung (assistance) ersetzt. Zwar hatte die Nationalversammlung durch Dekret vom 5. Juli einen Kredit von einigen Millionen zur Unterstützung von Associationen beschlossen, aber die ausführenden Beamten verstanden im Sinne der Majorität, jede Wirkung desselben illusorisch zu machen. Thiers regte die Gründung eines Fonds zur Ausgabe von den Socialismus bekämpfenden Schriften an. Und so beschränkte sich denn die ganze gesetzgebende Thätigkeit der Kammer auf einige Erlasse, die die Unterstützung (assistance), Sparkassen und Unterrichtsfreiheit zum Gegenstand hatten; behielt aber das Arbeitsbuch und das Koalitionsverbot des Code civil bei.

V. Das Kaiserreich bis zur Pariser Kommune. Die Furcht vor dem roten Gespenst hatte die Burgeoisie in die Arme des Mannes getrieben, der ihr Schutz und Ruhe zur Entwicklung des Handels und der Industrie versprach. Der Socialismus schien nach dem Staatsstreich verschwunden; nur Proudhon mit seinem Mutualismus war übrig geblieben, der seine feindliche Stellung dem Kaiserreich gegenüber nicht immer völlig aufrecht hielt. Eine andere Zahl von Arbeitern wurde durch die von kaiserlicher Seite ausgehenden Versprechungen gewonnen und so entstand eine Art imperialistischer Socialismus, dessen Organ die „Espérance" war. Indes war der Einfluss dieser Gruppe nur gering. Die meisten Arbeiter schlossen sich wiederum dem Republikanismus an. Die Londoner Ausstellung von 1862 ward von der staatssocialistischen Partei benutzt, mit der Forderung, eine Anzahl von Arbeitern zu dieser Ausstellung abzuordnen, an die Oeffentlichkeit zu treten. Die Delegierten sollten durch die Fachgenossen gewählt werden; aber erst durch persönliches Eingreifen des Kaisers wurde die vom Polizeipräfekten verbotene Wahl freigegeben. Hatte die Regierung gehofft, durch freundliches Verhalten gegenüber der Arbeiterklasse sich deren Stimmen bei der Wahl von 1863 zu sichern, so ward sie in ihren Erwartungen durchaus getäuscht. Gelegentlich zweier Ergänzungswahlen im Jahre 1864 wurden Arbeiterkandidaten als solche aufgestellt. Eingeleitet ward diese Wahlperiode durch das in der Hauptsache von Tolain verfasste Manifest der Sechszig, in dem ausgeführt wurde, dass, wenn die Arbeiter auch mit dem demokratischen Programm der Opposition übereinstimmten, sie dies nicht hinsichtlich des socialpolitischen Programms thäten. Nachdem das allgemeine Stimmrecht die politische Befreiung bewirkt hätte, bleibe noch übrig, die sociale zu erringen. Denn der Arbeiter, nur im Besitz seiner Arme, sei den Bedingungen des Kapitals vollständig unterworfen nnd stehe ausserdem noch unter dem Koalitionsverbot des Code civil. Die Arbeiter wollten keineswegs sofort Kampf und Koalition organisieren, aber ihre Principien seien Freiheit der Arbeit, Kredit und Solidarität. Tolains Kandidatur wurde für die Wahl vom 20. und 21. März 1864 aufgestellt. Dem gegenüber schlossen sich die bürgerlichen Parteien zusammen und Tolain erhielt nur einige hundert Stimmen. Schon 1862 hatten die gelegentlich der Londoner Weltausstellung abgeschickten Arbeiterdelegierten

den Gedanken einer internationalen Arbeiter-Association (s. d.) während ihres Aufenthaltes in London im Verkehr mit englischen Arbeitern erwogen und zu verbreiten gesucht. Aber erst nach Aufhebung des Koalitionsverbots am 25. Mai 1864 war es möglich, den Gedanken That werden zu lassen. Die Gründung des Bundes datiert vom Meeting in St. Martins Hall London am 28. September 1864. Der französische Zweig der Internationalen war ursprünglich nichts als eine in der Theorie dem Proudhonschen Mutualismus huldigende und in der Praxis die sociale Organisation der Arbeiter erstrebende Studiengesellschaft. Das in der Rue Granvilliers eröffnete Bureau unterliess nicht, pflichtschuldigst dem Minister des Innern und dem Polizeipräfekten ein Exemplar der Statuten einzuschicken, ohne jedoch eine Antwort zu erhalten. Es bildete sich eine Subkommission, die mit dem Londoner Generalrat der Internationalen korrespondierte. 1865 fand in London ein Kongress statt, auf dem die Franzosen sich in der Frage der Kopfarbeiter von den übrigen Ländern trennten. Auch der Emancipation der Frau standen sie mit Proudhon feindlich gegenüber. Im Januar 1866 ward die „Fourmi" gegründet, im April die „Mutualité". Auf dem Genfer Kongress vom 4. September 1866 waren siebzehn Delegierte anwesend. Als die Luxemburg-Frage Deutschland und Frankreich mit einem Kriege bedrohte, sprach sich die Internationale gegen jeden Krieg aus. Nach dem Kongress zu Lausanne (vom 2.—8. September 1867) entschlossen sich die französischen Delegierten trotz des Widerspruches des Generalrats der Internationalen A. A. zu einem Bündnis mit der republikanischen Bourgeoisie und ordneten Delegierte zum Kongress der Friedensliga zu Genf am 9. September 1867 ab. Infolgedessen beteiligte sich die französische Internationale an zwei Demonstrationen der Demokratie gegen die Regierung. Ob Napoleon noch glaubte, sich der Arbeiter gegen die Bourgeoisie bedienen zu können, die er seinerseits durch liberale Konzessionen über Press- und Vereinsfreiheit sich zu versöhnen suchte, jedenfalls wurden nach dem Strike von Roubaix am 16. März 1867, während dessen 25,000 Arbeiter die Werkstätten plünderten und die Maschinen und Webstühle zerstörten, und nach dem Strike der Schneider zu Paris, zwar 15 Führer der Internationalen vor Gericht gestellt, aber nur zu 100 Franken Geldstrafe verururteilt (6. und 20. März 1868). Das neue Komitee, das sich schon während des Prozesses konstituiert hatte, wurde für dieses hohnvolle Vorgehen schon schärfer bestraft: mit drei Monaten Gefängnis für die neun Angeklagten (22. Mai). Die Verteidigungsreden Varlins und Combaults waren vorzügliche Agitationsreden. Seit diesen beiden Processen begann ein neuer Aufschwung der Arbeiterbewegung. Die Plackereien der Regierung, fern davon, die Internationale zu töten, hatten ihr einen neuen Aufschwung gegeben, indem sie dem ungesunden Kokettieren des Kaiserreiches mit der Arbeiterklasse ein Ende machten. Bei den Wahlen des 3. Mai 1869 stellte die Internationale ihre eigenen Kandidaten auf und obschon sie keinen durchbrachte, gelang es ihr doch, die Majorität der Regierung ganz bedeutend zu verkleinern. Die unmenschliche Grausamkeit der Truppen gelegentlich eines Transportes von gefangenen Minenarbeitern von St-Etienne, Rive

de Giers und Firming, erregte Unwillen und Entsetzen in ganz Frankreich. Trotz der Auflösung ihrer Bureaux drang die Internationale in alle Arbeitergesellschaften ein. Zwei neue Studiengesellschaften und eine der vereinigten Arbeiter wurden gegründet, die beide ihren Beitritt zur Internationale erklärten. Die Mitglieder der Internationale suchten soweit wie möglich mit Hülfe anderer Vereine im Zusammenhang zu bleiben. Wohl hauptsächlich auf ihr Betreiben ward im Laufe des Jahres 1869 eine neue grössere Föderation von Gewerkvereinen ins Leben gerufen, die Bundeskammer der Arbeitervereine, deren Statuten von den Mitgliedern der Internationale Drouchon, Saliceau, Theisz ausgearbeitet wurden. Im selben Jahre waren Raspail und Rochefort in die Deputiertenkammer gewählt und stellten sich der Internationalen zur Verfügung. Die von Rochefort gegründete „Marseillaise“ wurde offizielles Blatt; der sociale Teil wurde von Millière im Sinne der Baseler Kongressbeschlüsse geleitet. Im Süden Frankreichs war es desonders die Agitation der bakunistischen Partei, welche die Arbeiter für die Internationale gewann. So hatte sich diese denn in ganz Frankreich verbreitet. Sie verstand es, sich der Leitung des grossen Strikes von Creuzot, der eine ungeheure Aufregung in der Arbeiterwelt verursachte, durch ihren Abgeordneten Malon zu bemächtigen. Das Plebiscit vom 8. Mai, dem Napoléon die neue liberale Verfassung unterwarf, gab der Internationalen Gelegenheit, eine grosse Zahl von Versammlungen abzuhalten, in denen man offen die sociale Republik mit allen Konsequenzen forderte. Ende April wurde eine republikanische Verschwörung entdeckt, in die die Regierung die Internationale zu verwickeln suchte. Ihre Führer wurden verhaftet und am 22. und 29. Juni unter der Anklage, eine geheime Gesellschaft, die Internationale, gegründet zu haben, vor Gericht gestellt. Am 9. Juli wurden sieben Angeklagte zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, 27 zu zwei Monaten und 50 Franken Busse.

Der Krieg brach aus, der mit dem Sturz der Dynastie enden sollte. Ihrem auf dem Kongress zu Brüssel gefassten Beschluss treu entsprechend, verwarf die französische Internationale den Krieg. Am 12. Juli erliess der Pariser Zweig derselben eine Proklamation, in der er die internationale Solidarität des Proletariats erklärte. Am 4. September wurde das Kaiserreich gestürzt. Das Bestreben der Internationalen bei dieser Revolution, in Verbindung mit den Radikalen zur Regierung zu kommen, misslang. Trotzdem versuchte man in einigen Provinzstädten, wie in Lyon, Marseille, Bordeaux, Rouen, die Commune zu errichten. Der von Bakunin am 28. September 1870 in Lyon unternommene Putsch misslang kläglich. Alle diese Versuche wurden gegen den Willen des Generalrats der Internationale unternommen, der wohl einsah, dass es thöricht wäre, in den Provinzialstädten Aufstände zu unternehmen, nachdem in Paris die blaue Republik gesiegt hatte. Ueber die weitere Entwicklung siehe Pariser Commune.

VI. Von der Pariser Commune bis zur Jetztzeit. Hatte nach der Niederlage der Revolution des Proletariats von 1848 der Socialismus *sechszehn* Jahre gebraucht, um sich von diesem Schlage zu erholen,

so genügten nach der blutigen Maiwoche von 1871 nur wenige Jahre, um in dem durch Massenauswanderung, Deportation und Füsiladen geschwächten Proletariat socialistische Ideen zu neuem Leben zu erwecken.

Man hatte die sociale Frage dadurch auf die einfachste Weise zu lösen gehofft, dass man die tüchtigsten Vertreter des Proletariats massakrierte und deportierte. Dass aber der Hunger eine grössere Macht als der weisseste Schrecken, das bewies die Thatsache, dass bereits Ende 1871 und in den ersten Monaten von 1872 eine grosse Zahl von Strikes zu Brassac, St-Florine, im Puy-de-Dôme, Castres, Bonchamps, St-Etienne, in den Kohlenfeldern des Nordens und des Pas-de-Calais ausbrach. Da war sie wieder, die sociale Frage, die aus der Welt geschafft zu haben man sich soeben noch beglückwünscht hatte, und die Kammer erkannte ihre Existenz an durch den Beschluss, eine Kommission von 45 Mitgliedern zum Studium der Arbeiterverhältnisse in Frankreich zu ernennen. Das verführerische Bild, das ein Rapport derselben von dem Arbeiter der Grossindustrie entwirft, wie er, unabhängig wie ein Handwerker in seiner Werkstatt, im Besitz des Rohstoffes, der bewegenden Kraft, des speciellen Werkzeuges unter wissenschaftlicher Leitung arbeitet, ohne ruinöses Risiko, ohne Sorgen um etwaigen Verkauf, ebenso wie die famose Theorie des „salaire“, nach der die Löhnung des Arbeiters zwar gleich seinem Arbeitsprodukt sein soll, aber wegen der Notwendigkeit sofortiger Zahlung durch eine freundschaftliche Abschätzung zwischen Patron und Arbeiter bestimmt wird, zeigen zur Genüge, wie gering der Wert desselben ist.

Die Arbeiterfeindlichkeit der Thiersschen Bourgeoisregierung, die besonders klar in dem Gesetz gegen die Internationale Arbeiter-Association vom 15. Mai 1872 zu Tage trat, verhinderte die Arbeiter an jeder freien Bewegung und zwang sie vom Standpunkt des Kollektivismus, wie ihn die Internationale vertrat, zurück in die reine Gewerkschaftsbewegung, bei der als Vorbild die englische vorschwebte. Die Jahre bis 1876 sind angefüllt mit dieser rein gewerkschaftlichen Organisation der französischen Arbeiter, die ihren Höhepunkt im Pariser Kongress erreicht. (Siehe Gewerkvereine in Frankreich.) Eine grosse Unklarheit herrschte überall in den Arbeiterkreisen. Während die einen, z. B. die Union nationale des Chambres Syndicales, so weit gingen, die Einsetzung einer aus Patronen und Arbeitern aller Industrieen bestehenden gemischten Kommission zwecks Diskussion und Regelung allgemeiner wichtiger Fragen zu verlangen, erklärte die Syndikalkammer der Kunsttischler in einem Cirkular vom 28. November 1875: „Vergessen wir niemals, dass die Arbeiter nur auf sich selbst rechnen können!“ Die einen — unschuldige, unklare Harmonie apostel — gründen die Syndikalkammern, weil sie durch sie die sociale Frage lösen zu können glauben, die anderen, weil sie in ihnen ein Werkzeug mehr im Kampf um die Emancipation der Arbeit erblicken.

Schon von 1872 an haben die Syndikate ihre Aufmerksamkeit und Thätigkeit auf die Einrichtung von Produktivassociationen (s. d.) gerichtet. Der Associationstaumel von 1848 schien wieder erwacht zu sein. Soweit ging das Vertrauen in diese Produktivgenossenschaften, dass Ende 1875 man die Errichtung eines grossen Kreditinstitutes mit dem Namen „Crédit

coopératif de France“ ins Auge fasste, das die Aufgabe haben sollte, die Gründung solcher zu ermöglichen.

Noch gesteigert wurde die Thätigkeit der Syndikalkammern durch das Herannahen der Weltausstellung zu Philadelphia. Die Tradition, Weltausstellungen zu beschicken, die vor der Commune so fruchtbar für die Entwicklung des Socialismus gewesen war, hatte ihre Kraft auch nach den furchtbaren Maitagen bewahrt. Bereits 1873 hatten die Syndikalkammern eine Delegation nach Wien zur Weltausstellung geschickt. Damals hatte Tolain bei der Kammer eine Subvention derselben beantragt; sein Antrag war aber mit der Begründung abgelehnt worden, dass diese Missionen die Bildung einer internationalen Arbeiterarmee gegen die bestehenden Regierungen bezweckten. Der Bericht der Delegation war aber äusserst zahm; ihre Forderungen Schulze-Delitzsche; keine Spur von Socialismus oder Klassenkampf. Die Delegation für Philadelphia wich kaum in irgend einem Punkte von den Ansichten ihrer Vorgängerin ab.

Auch die Wahlen im Frühjahre 1876 zeigen uns die Syndikalkammern fern von jeder selbständigen, zielbewussten Politik. Aeusserst charakteristisch ist ein Manifest, das als Ausdruck der damals in den Syndikalkammern herrschenden Ideen bezeichnet werden darf. Das Laissez faire, laissez passer, dies ist etwa der Gedankengang der wichtigsten Teile des Schriftstückes, mit seiner Freiheit hat nur die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer gemacht, und das vollständige Verschwinden der zwischen den beiden Extremen stehenden Klassen bewirkt. Diese Bastardfreiheit der Arbeit wird von den Socialisten von heutzutage, den „socialistes garantistes“ aufs äusserste bekämpft... Niemand wird behaupten, dass diese Freiheit die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zu regeln vermag; zwischen beiden besteht in der That ein unversöhnlicher Antagonismus. Dieser wird nur dann verschwinden, wenn zwischen den Kräften beider ein Gleichgewicht hergestellt ist: dann werden sie sich gegenseitig achten, als Gleichgestelllte unterhandeln und durch einen gerechten Kontrakt (contrat équitable) die Verteilung des durch ihre Zusammenarbeit geschaffenen Produkts regeln. Was fordert nun das Programm dieser „socialistes garantistes“? Zunächst die Aufhebung des Gesetzes vom 17. Juni 1791 gegen die Associationsfreiheit, Ordnung des primären und professionellen Unterrichts, Enquêten zwecks Studiums einer Altersversicherung, der Verhinderung der Strikes, der Errichtung von Schiedsgerichten, der Sanitätsverhältnisse der Werkstätten u. s. f.

Ihren Höhepunkt erreichte diese Periode der französischen Arbeiterbewegung, die man mit Recht als die der Gewerk- und Genossenschaften bezeichnen kann, mit dem Pariser Kongress, der im Oktober 1876 stattfand. Wie einer der Organisatoren desselben, M. Pauliat, ausführte, sollte er die Möglichkeit gewähren, die Interessen aller französischen Arbeiter zu solidarisieren und die individuellen und regionalen Arbeiten zu centralisieren, da eine gemeinschaftliche Aktion sowohl für die Produktion, Konsumtion, Kredit, Sparkassen etc. notwendig werde. „Auf dem Kongress wird man sich nicht mit Politik befassen. Nur mit dem, was unmittelbar *die Arbeit interessiert,* wird man sich beschäftigen, d. h. mit der öko-

nomischen Seite der socialen Frage . . . Nur die Delegierten der Syndikalkammern, der Arbeiterassociationen oder -gruppen haben Stimmrecht; die Redner müssen Arbeiter sein, empfohlen von einer Syndikalkammer, Arbeiterassociation oder -gruppe." (Cirkular vom 5. August 1876 des Initiativkomitees.) Und weshalb diese Beschränkung, diese Ausschliessung von Socialisten, die nicht Arbeiter sind? — „Damit das Proletariat sicher ist, unter sich (en famille) zu sein, und nicht die Gefahr der Verantwortlichkeit für Utopieen läuft, welche mehr oder weniger wohlwollende Bourgeois nicht verfehlen würden auseinanderzusetzen."

Diesem bei der Einberufung leitenden Gedanken ist man durchaus treu geblieben: der Kongress ist durchaus ein Arbeiterkongress gewesen. Seine Richtung wird am kürzesten durch die Worte des von dem Sekretär des Initiativkomitees verfassten Berichtes bezeichnet: „Die Absicht der Arbeiter geht nicht dahin, ihr Loos auf Kosten der Anderen zu verbessern; sie erwarten von der neuen ökonomischen Wissenschaft alle die Verbesserungen, die in der Lösung der socialen Frage enthalten sind." Die äusserst reiche Tagesordnung hielt die 360 Delegierten fast 10 Tage in Paris zusammen. Sie enthielt nicht weniger als acht Punkte, von denen wir die folgenden erwähnen: die Frauenarbeit, die Syndikalkammern, die Produktivassociationen, die direkte Vertretung des Proletariats im Parlament, die Schiedsgerichte. Durch die Einrichtung von Syndikalkammern und Kooperativgesellschaften, durch Beschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden und Unterdrückung der Nachtarbeit hoffte der Kongress die Lage der Frauen ganz bedeutend zu bessern. Von grösserer Bedeutung waren die Punkte der Tagesordnung betreffend Syndikalkammern und Produktivassociationen. Trotz der scharfen Kritik des Positivisten Finance, der seine Rede mit den Worten: „Ich habe an die Kooperation geglaubt; ich glaube nicht mehr daran," begann, kam der Kongress doch zu dem Beschluss: Die Frage der Befreiung der Arbeiter wird ihre Lösung in dem Princip der Kooperativgesellschaft finden. Wozu dann noch die Arbeiterkandidaturen, die man in der Verhandlung über die Vertretung des Proletariats im Parlamente beschloss? Das Heilmittel ist gefunden: wozu noch der Kampf um die politische Macht?

Trotz dieses anscheinend so unbefriedigenden Resultates, trotz der Lobhudeleien der Bourgeoisblätter hat die Association catholique doch das Richtige getroffen, wenn sie den Arbeiterkongress von 1876 die Entwicklung und die Fortsetzung der radikalen und socialistischen Bewegung nennt, deren successive Phasen die Junitage von 1848, die kooperativen Illusionen, die Gründung der Internationalen, die Agitation in den letzten Tagen des Kaiserreiches und die Insurrektion des 18. März 1871 gewesen seien. Soviel ist richtig, dass der Kongress das erste Erwachen des Proletariats nach den furchtbaren Tagen des Mai bezeichnet, dass trotz aller Unklarheiten und Illusionen doch die socialistische Idee den meisten Reden ihre specifische Färbung verleiht und auch die Einsicht in die Notwendigkeit des Klassenkampfes oft genug, vielleicht unbewusst, in den Köpfen der Delegierten aufdämmert.

Neben dieser gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung einhergehend

können wir eine rein socialistische, die Internationale aufgreifende und fortsetzende verfolgen, die sich in erster Linie aus den Kreisen der Studenten rekrutierte. In den Jahren 1873 und 1874 hatte sich ein Studentenzirkel gebildet, der im Café Soufflet seinen Sitz hatte und in seinen Reihen Marouck, Deville, Crié, Bouffenoir u. a. m. zählte. An die Oeffentlichkeit trat dieser gelegentlich der Senatswahlen von 1875, wo er die Wahl Louis Blancs, des „Verräters des Socialismus", bekämpfte und ein Jahr später gelegentlich der Kandidatur eines Mr. Acollas, den er auf ein radikal-socialistisches Programm verpflichtete. Darin wurde die vollständige Amnestie für die Kommunarden und der Kollektivismus gefordert. Dies unter der Herrschaft Mac Mahons und seiner Reaktionäre äusserst kühne Programm erschien in der Zeitung „Les Droits de l'homme", die im Februar 1876 gegründet worden war und für die die Mitglieder des Studienzirkels Beiträge lieferten. Von der grössten Bedeutung war die Rückkehr Guesdes (s. d.) nach Frankreich, die im August oder September 1876 erfolgte. Guesde trat in die Redaktion der „Droits de l'homme", später ihrer Fortsetzung, des „Radical", ein, wurde mit den Mitarbeitern derselben bekannt, gewann als der ältere, socialistisch gebildetere, bald einen bedeutenden Einfluss auf die jungen Leute und bildete aus ihnen den Kern einer socialistischen Partei. Dass die rührige Agitation, die von Guesde und seinen Freunden unternommen wurde, die Gelegenheit der Wahlen von 1877 nicht vorübergehen liess, bewies das republikanische, radikal-socialistische Programm, auf das in Paris alle Kandidaten verpflichtet werden sollten. Wir greifen aus demselben einige Artikel heraus:

Artikel I. Vollständige sofortige Amnestie für alle politischen Verurteilungen, die seit dem 4. September stattgefunden haben, und Schaffung von Existenzmitteln für die Amnestierten bei ihrer Rückkehr nach Frankreich.

Artikel V. Unterdrückung aller Gesetze, welche die individuelle Freiheit, die Freiheit der Presse, des Unterrichts, der Vereinigung und Association beschränken.

Artikel X. Die vollständige Autonomie der Communen, frei von jeder Aufsicht des Staates.

Artikel XI. Die Organisation des Kredites und der Versicherung; das landwirtschaftliche und industrielle Kapital und die Arbeitsmittel sollen zur Verfügung dessen gestellt werden, der sie direkt anwendet, damit das ganze Produkt dem gehört, der es direkt geschaffen hat.

Trotzdem verloren sich während der Wahlperiode im Oktober 1877 die Arbeiter in den Reihen der Republikaner und versuchten nicht, den Beschluss des Pariser Kongresses von der Vertretung der Arbeiter im Parlament durchzuführen. Die Situation wurde von Guesde in folgender Weise charakterisiert: Da es sich bei den Wahlen eigentlich nur um einen Kampf zwischen den beiden Fraktionen der Bourgeoisie (Monarchisten und Republikaner) handelte, wäre mangels hinreichender Organisation die Wahlenthaltung für die Socialisten das richtigste gewesen. Die etwaige Folge einer solchen wäre aber die Rückkehr der Monarchie gewesen, und einer solchen war jede Republik vorzuziehen. Ausserdem

aber glaubte sowohl die grosse Masse der Bauern wie der städtischen Arbeiter noch an die radikale Bourgeoisie und konnte nur durch Thatsachen von der Unrichtigkeit ihres Glaubens überzeugt werden. So lange also nicht die Radikalen mit ihrem Heros Gambetta sich abgewirtschaftet und gezeigt hatten, dass von ihnen auch nicht die kleinste Reform auf ökonomischem Gebiet zu erlangen sei, war ein Ende der Gläubigkeit nicht abzusehen. Die Geschichte hat Guesde Recht gegeben!

Gegen Ende des Jahres erschien noch die Zeitung „L'Egalité“. Chefredacteur derselben war Guesde, Mitarbeiter Massard, Deville, Girard, Oudin, ausserdem die hervorragendsten ausländischen Socialisten, wie Bebel, Liebknecht, de Paepe, Gnocchi-Viani, Zanardelli u. s. w. „Wir wollen,“ so heisst es am Schluss des Programmartikels der „Egalité“, „das noch grössere Attentat verschwinden machen, das darin besteht, in den Gesellschaftskörpern die grosse Mehrheit auf Kosten der kleinsten Minderheit zu berauben, um den Müssiggang Einiger zu befriedigen; wir wollen das Primogeniturrecht einer Klasse vernichten und jeden Menschen zum gleichen Genuss des der Menschheit wiedergegebenen Erbteils der Menschheit berufen.

Wenn die Ersetzung der feudalen Familie von einst durch die egalitäre Familie von der Gerechtigkeit gefordert wurde, wie kann die Ersetzung der feudalen Gesellschaft von heute durch die egalitäre es nicht sein?“

Damit war der Kollektivismus proklamiert und beginnt eine neue Periode in der französischen Arbeiterbewegung. Langsam nur schritt die Agitation fort und es dauerte geraume Zeit, bis die Guesdistische Richtung hinreichenden Einfluss gewann, um bestimmend wenigstens einem Teil der Bewegung seine Richtung zu geben. So zeigte denn auch der zweite Arbeiterkongress, der vom 28. Januar bis 8. Februar 1878 zu Lyon tagte, keine von dem ersten abweichende Haltung. Das Programm war fast dasselbe wie zu Paris, und auch die Mehrzahl der Reden dieselben. Die einzig neue Seite war die Auseinandersetzung des kollektivistischen Systems durch einige Delegierte und Schüler Guesdes. So rief z. B. Calvinhac aus: „Wir werden behaupten können, dass die sociale Revolution dann vollbracht ist, wenn alle Patrone, alle Mittelmänner unterdrückt sind und die Arbeiter das integrale Produkt ihrer Arbeit geniessen.“ Der Versuch Dupires, die „sociale Frage“ als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu stellen, schlug fehl, und so sahen sich denn die Kollektivisten, unter ihnen besonders Ballivet und Dupire, gezwungen, bei dem Punkte der Tagesordnung, der die Beziehungen zwischen Bauern und industriellen Arbeitern behandelte, den Kollektivismus zur Debatte zu bringen. Die Sitzung spitzte sich schliesslich zu einem Kampf zwischen den Kollektivisten und dem Positivisten Finance zu, den der übrige Kongress als aufmerksamer Zuschauer verfolgte. In der folgenden Sitzung kam der Katzenjammer. Man protestierte gegen die Reden des vorigen Tages: „Mögen die Lehrer und Schüler des Kollektivismus und Positivismus sich eine andere Tribüne suchen, als die eines nationalen Kongresses der französischen Arbeiter.“ Man drohte, ihnen das Wort zu entziehen, falls sie wieder

solche Punkte berühren wollten, denn „die Fortdauer des Kongresses selbst würde dadurch in Frage gestellt". Man hatte das Eigentum angegriffen; die Bourgeoisblätter sahen in ihrer Panik eine neue Internationale, eine neue Commune; die Behörden hatten mit Gendarmen und Polizei gedroht — und der Kongress unterwarf sich ängstlich der erhobenen Peitsche. Als daher Dupire und Ballivet bei der Beschlussfassung über die Produktivassociationen ein Amendement stellten, dessen revolutionärer Text folgendermassen lautete:

„In Erwägung, dass die Emancipation der Arbeiter nur dann voll„endet sein wird, wenn dieselben den vollen Ertrag ihrer Arbeit ge„niessen, — dass aber, um dies Ziel zu erreichen, es notwendig ist, „dass die Arbeiter die Besitzer der zur Produktion erforderlichen Ele„mente, der Rohstoffe und Arbeitsinstrumente, sind, — fordert der „Kongress alle Arbeiterassociationen auf, die geeigneten Mittel und „Wege zu studieren, um das Princip des Kollektiveigentums an Grund „und Boden und allen Arbeitsmitteln in Kraft treten zu lassen",

lehnte der Kongress fast einstimmig dasselbe ab.

Rücksichtlich der Frage der Vertretung des Proletariats im Parlament erklärte der Kongress seine Anhängerschaft an das Princip der direkten Repräsentation desselben durch Arbeiterdeputierte, die formell auf das socialistische Programm ihrer Wahlkomitees verpflichtet sind. In Wahlkreisen, in denen ausser den Socialisten sowohl Republikaner wie Reaktionäre kandidieren, soll im ersten Wahlgange der socialistische Kandidat, im zweiten Wahlgange, falls sonst der Reaktionär siegen würde, der Republikaner die Arbeiterstimmen erhalten.

Da im selben Jahre die Weltausstellung zu Paris stattfinden sollte, entschloss man sich, einen ausserordentlichen Kongress zugleich mit derselben in Paris abzuhalten und beraumte den nächsten Nationalkongress auf den September 1879 nach Marseille.

Die Niederlage auf dem Lyoner Kongress entmutigte Guesde und seine Anhänger in keiner Weise. Angegriffen von der Bourgeoispresse und verfolgt von den Behörden, angefeindet von den Syndikalkammern, wo die kooperativen Ideen herrschten, beschimpft und verleumdet von den Anarchisten, gelang es den unermüdlichen Kämpfern doch, in härtester Arbeit allmählich das Feld zu erobern. Gegen die Mitte des Jahres 1878 schlossen sich ihnen sechs Syndikalkammern, die der Tischler, Schneider, Mechaniker, Gerber, Schlosser und Handelsgehülfen, und ein Konsumverein „Egalitaire" an. Die kleine revolutionäre Schar — die Tischler, Schneider und Handelsgehülfen sind seit mehr als zehn Jahren stets die Avantgarde der Revolution gewesen — beherrschte die träge grosse Masse der Reformler. Von ihr wurde daher auch der Beschluss eines ausserordentlichen Kongresses zu Paris sofort aufgegriffen und dem vagen „ausserordentlich", das der Lyoner Kongress gerade wegen seiner Vagheit gewählt hatte, sofort die Deutung „international, revolutionär, socialistisch" gegeben. Ein Konflikt drohte mit den Reformlern, die auch auf dem zweiten Pariser Kongresse nur die Traditionen der beiden Vorgänger gelten lassen wollten. Doch einigte man sich schliesslich auf das folgende Programm:

1. Das Salariat.
2. Die Notwendigkeit der Arbeitervereinigungen und ihrer Föderation.
3. Die Lage des ländlichen Arbeiters und die Mittel, sie zu bessern.
4. Die Steuern und die notwendigen Umgestaltungen derselben.
5. Die integrale Erziehung.
6. Der Friede und das internationale Schiedsgericht.

Die Frage des Kollektivismus stand also überhaupt nicht auf dem Programm, womit allerdings nicht gesagt war, dass sie nicht direkt oder indirekt bei irgend einem Punkte der Tagesordnung, besonders Punkt 1, angeregt und behandelt werden konnte.

Eben war diese Schwierigkeit beseitigt, da wurde der Kongress von der Polizeipräfektur verboten. In einer Proklamation, deren Verfasser Guesde war, protestierte der revolutionäre Teil der französischen Arbeiter gegen dies „von den Interessen der besitzenden Kaste diktierte, vollständig gesetzlose Einschreiten“ und erklärte, trotz alledem den Kongress im September abhalten zu wollen. Die Nur-Gewerkschaftler zogen sich anfangs ganz von der Organisation des Kongresses zurück, vereinigten sich aber im September wieder mit den Guesdisten. Um das Verbot der Regierung zu umgehen, gab man dem Kongress die Gestalt einer privaten Besprechung. Finance mietete auf seinen Namen ein Lokal und der Eintritt wurde nur gegen Legitimationskarte gestattet. Trotzdem verhaftete die Polizei am 5. September circa 34 Teilnehmer und stellte sie wegen Vergehen gegen das Gesetz vom 14. März 1872 betreffend die Internationale vor Gericht. Dieser Prozess wurde von den Guesdisten mit grossem Geschick ausgenutzt. Guesdes Verteidigungsrede, in der er die Theorieen des Kollektivismus entwickelte, wurde gedruckt und in Tausenden von Exemplaren verbreitet; von St-Pelagie, wo sie gefangen gehalten wurden, gelang es den Verurteilten, einen „Appell an die Proletarier, Bauern und Kleinmeister“ in die Oeffentlichkeit zu lancieren, der eine nicht geringere Verbreitung fand; eine Reihe von Arbeiterorganisationen erklärten sich mit dem darin entwickelten Programm einverstanden — kurz, der Prozess, der die Internationale hatte vernichten sollen, that mehr, als der Kongress hätte thun können, für die Verbreitung des Kollektivismus und die Gründung einer kollektivistischen Partei.

Das Jahr 1879 kam und sah die weiteren schnellen Erfolge, die der revolutionäre Gedanke unter den Arbeitern errang. Die Agitation für die vollkommene Amnestie der Kommunarden regte das Volk bis in seine Tiefen auf; sie brach das starre Erdreich und warf in die Furchen, die sie zog, den Samen des Socialismus. Am 20. April wurde Blanqui in Bordeaux zum Deputierten gewählt und am 9. Juni öffneten sich dem greisen Revolutionär die Thore des Gefängnisses von Clairvaux. Blanqui machte sich sofort daran, die Trümmer seiner alten Gruppe in revolutionäre Cadres zu formieren, begann eine ausserordentlich heftige Agitation unter den Pariser Arbeitern und gründete den „Parti révolutionnaire“, an dessen Spitze das Comité révolutionnaire central steht.

Wie weit die Revolution in den Geistern der Arbeiter dank dieser unermüdlichen Agitation vor sich gegangen war, das zeigt am besten der

Marseiller Arbeiterkongress, der im Oktober stattfand. Nachdem am 19. Oktober eine geschlossene Delegiertensitzung stattgefunden, fand die erste öffentliche am 20. desselben Monats statt. Der von dem Bürger Lombard erstattete Bericht über den gegenwärtigen Stand der französischen Arbeiterbewegung bezeichnet als den Punkt, um den sich die ganzen Verhandlungen des Kongresses drehen sollen: die Schaffung einer selbstständigen Arbeiterpartei mit einem einheitlichen Programm. Dabei sei es von der grössten Wichtigkeit, mit allem Nachdruck die kollektivistische Idee als den wahren Ausdruck der Bestrebungen und Bedürfnisse des Proletariats zu entwickeln. Dass für die Schaffung einer solchen Arbeiterpartei gute Cadres in ziemlicher Anzahl vorhanden waren, bewies der Bericht über die Syndikalkammern und Kooperativgenossenschaften. Danach gab es: in Marseille 35 Syndikalkammern, Bordeaux 14, Toulouse 14, Vienne 12, Lyon 45, Paris 87, 24 Produktions- und 25 Konsumvereine, 3 socialistische Studienvereine, eine allgemeine Arbeiterunion, welche den „Prolétaire“ in Paris herausgab. Neben dem „Prolétaire“ existierte noch die Lyoner „Réforme politique et sociale“. In den folgenden neun Sitzungen wurden nun die verschiedenen Teile der grossen socialen Frage behandelt, wobei sich die vollständige Zerfahrenheit und Unklarheit in den Ansichten der meisten Delegierten zeigte. Nichts ist charakteristischer dafür, als die dem Genossenschaftswesen gewidmete fünfte Sitzung mit der Tagesordnung: „Ueber die Bedeutung und Funktion der kooperativen Produktionsgenossenschaften; die Wege, auf welchen die Arbeiter in den Besitz des für diese Gesellschaften unentbehrlichen Rohmaterials, der Kapitalien und Arbeitsinstrumente, gelangen können; über den Geist dieser Associationen und ihre Resultate; über die Föderation aller Arbeiterassociationen und die Rolle, welche dieselben in der Zukunft zu spielen berufen sein werden.“ In der Debatte über diese Punkte tauchen die fossilsten Standpunkte wieder auf. Die Ideen der beiden vorigen Kongresse, in denen man mit Associationen die sociale Frage zu lösen versuchte, sind noch nicht überwunden; die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit erscheint einigen Delegierten noch als wünschenswertes und mögliches Ziel ihrer Bestrebungen. Unter dem Vorwande, die praktische Frage der Genossenschaften zu behandeln, bekämpfen einige Delegierte den Kollektivismus. Und wie diese Sitzung, die anderen; so dass der Kongress ohne Zweifel resultatlos verlaufen wäre, wenn nicht in der elften Sitzung, in der die sociale Frage in ihrer Ganzheit noch einmal zur Debatte stand, die „revolutionären Kollektivisten des Marseiller socialistischen Arbeiterkongresses“ eine Erklärung verlesen hätten, deren Bedeutung ihren vollständigen Abdruck rechtfertigt. Hier heisst es:

„Die Unterzeichneten, von der Erwägung ausgehend, dass die sociale Frage erst dann gelöst sein wird, wenn jedes menschliche Wesen — der emancipierte Mann und das ihm an Rechten gleich gewordene Weib — seine Bedürfnisse vollkommen zu entfalten im stande ist, erklären, dass das Privateigentum diese Befriedigung und diese Entfaltung nicht bewirken kann, vielmehr die Ursache aller materiellen und intellektuellen *Ungleichheit ist, und folgern,* dass der Uebergang des Grundes und Bodens,

der Bergwerke, Maschinen, Transportmittel, Gebäude und akkumulierten Kapitalien in den Kollektivbesitz der Gesellschaft allein im stande ist, jedem den ungeschmälerten Ertrag seiner Arbeit zu sichern. In weiterer Erwägung 1. dass die absolute Unfruchtbarkeit der Mittel der Ablösung, der Selbsthülfe, sowie der sogenannten Harmonie zwischen Kapital und Arbeit wissenschaftlich und erfahrungsgemäss erwiesen ist; 2. dass die progressive oder sonst in irgend einer Weise fixierte Steuer für den heutigen Staat stets auf den Arbeiter zurückfallen muss; 3. dass eine friedliche Verständigung zwischen denen, welche das öffentliche Vermögen heute für sich behalten, und denen, welche es rechtmässiger Weise zurückverlangen, infolge der Grundverschiedenheit der Interessen beider eine längst erwiesene Unmöglichkeit ist — erklären die Unterzeichneten, dass der Uebergang aller Produktionsmittel und Arbeitswerkzeuge in den Gemeinbesitz mit allen nur möglichen Mitteln anzustreben ist."

Diese Erklärung war von der grossen Majorität der Delegierten unterschrieben und so kam denn auch in der zwölften und letzten Sitzung der folgende Beschluss zur Annahme: Der Erdboden, das Innere der Erde, das Arbeitswerkzeug (Maschinen etc) und alle Rohstoffe sollen als Gemeingut erstrebt und als unteilbar und unveräusserlich erklärt werden. Zur Erlangung dieses Zieles wurde die Trennung von Bourgeoisie und Proletariat in politischer Hinsicht, d. h. Bildung einer grossen Arbeiterpartei, bezeichnet. Zwecks der Parteiorganisation wurde das Land in sechs Regionen eingeteilt: 1. Paris, Centrum; 2. Lyon, Osten; 3. Marseille, Süden; 4. Bordeaux, Westen; 5. Lille, Norden; 6. Algier, Algerien, so dass also die französische Arbeiterpartei aus sechs Föderationen sich zusammensetzt. Dieselben geniessen eine weitgehende Autonomie und halten alljährlich ihre eigenen Kongresse ab. An der Spitze des ganzen Verbandes steht ein „Allgemeines Exekutivkomitee" (Comité général exécutif), das in der letzten Sitzung eines Nationalkongresses auf ein Jahr gewählt wird.

Als erstes Mittel zur Bildung einer grossen Arbeiterpartei gab das Exekutivkomitee das Journal „La Féderation" heraus. Nach anderthalbjähriger Unterdrückung begann am 21. Januar 1880 die „Egalité" unter Leitung Jules Guesdes wieder zu erscheinen und nahm aufs energischste den Feldzug für die Organisation auf.

Am 11. Juli 1880 fand in Lyon der Arbeiterkongress der Ostregion statt, der sich den Namen „Kollektivistischer Socialistenkongress" gab; am 18. Juli der des Centrums, während der des Westens bereits am 22. Juni zu Bordeaux getagt hatte. Auf dem Marseiller Kongress war Guesde mit der Ausarbeitung des Programms beauftragt, hatte sich zu diesem Zweck zunächst mit B. Malon, P. Lafargue und P. Brousse in Verbindung gesetzt und war dann im Mai 1880 nach London gereist, um hier mit dem Beistand von Marx, Engels, Lafargue und Lombard die endgültige Redaktion vorzunehmen. Dies Programm, dessen Ursprung aufs schönste die Internationalität des Socialismus zeigt, wurde dann dem Regionalkongress des Centrums vorgelegt und mit wenigen unbedeutenden Aenderungen von diesem angenommen. Da in den folgenden Jahren die

inneren Kämpfe zum grossen Teil sich um das Programm drehen, lassen wir dasselbe hier folgen:

Programm.

In Erwägung,

dass die Emancipation der Arbeiterklasse die aller menschlichen Wesen, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung, ist;

dass die arbeitende Klasse erst dann frei sein wird, wenn sie sich im Besitze der Produktionsmittel befindet;

dass es zwei Formen gibt, unter denen ihr die Produktionsmittel gehören können:

1. die individuelle Form, die als allgemeine Thatsache nie existiert hat und durch den industriellen Fortschritt immer mehr beseitigt wird;
2. die kollektive Form, deren materielle und intellektuelle Elemente durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selbst geschaffen werden;

In Erwägung,

dass die kollektive Besitznahme nur durch einen revolutionären Akt der als selbständige politische Partei organisierten Arbeiterklasse — des Proletariats — ausgeführt werden kann;

dass eine solche Organisation mit allen dem Proletariat zu Gebote stehenden Mitteln geschaffen werden muss, darunter auch mittelst des allgemeinen Stimmrechts, das aus einem Werkzeug des Betrugs, das es bis jetzt gewesen, zu einem Befreiungsmittel umgestaltet werden muss —

haben die französischen socialistischen Arbeiter, — indem sie in ökonomischer Beziehung die Ueberführung aller Arbeitsinstrumente in den Gemeindebesitz als Zweck ihrer Bestrebungen aufstellen, — beschlossen, mit folgendem Minimalprogramm als Organisations- und Kampfmittel an den Wahlen teilzunehmen:

A. Politisches Programm.

1. Aufhebung aller Press-, Vereins- und Versammlungsgesetze und besonders des Gesetzes gegen die Internationale Arbeiter-Association. — Abschaffung der Arbeitsbücher, dieser Herabwürdigung der Arbeiterklasse, sowie Aufhebung aller Gesetzesparagraphen, welche den Arbeiter gegenüber seinem Principal als minderberechtigt hinstellen;
2. Abschaffung des Kultusbudgets und Rückgabe der beweglichen und unbeweglichen, den religiösen Körperschaften gehörenden Güter der sogenannten toten Hand, einschliesslich aller industriellen und kommerziellen Etablissements dieser Körperschaften, in das Nationaleigentum (Beschluss der Commune vom 2. April 1871);
3. allgemeine Volksbewaffnung;
4. die Selbständigkeit der Gemeinden in den Verwaltungs- und Polizeiangelegenheiten.

B. Oekonomisches Programm.

1. Ein Ruhetag in der Woche oder gesetzliche Bestimmung, dass die Arbeitgeber nicht mehr als sechs Tage von sieben arbeiten lassen *dürfen.* — Gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden

für Erwachsene. — Verbot der Kinderarbeit in Privatwerkstätten bis zum zurückgelegten vierzehnten Lebensjahr und Beschränkung der Arbeitszeit auf sechs Stunden für das Alter von 14—18 Jahren;

2. gesetzlich bestimmter Minimallohn, der jedes Jahr entsprechend dem Preise der Lebensmittel neu festzusetzen ist;
3. Lohngleichheit für die Männer- und Frauenarbeit;
4. wissenschaftliche und gewerbliche Erziehung aller Kinder, sowie Unterhalt derselben auf Kosten der durch den Staat und die Gemeinden repräsentierten Gesellschaft;
5. Unterhalt der Greise und Arbeitsunfähigen durch die Gesellschaft;
6. Verbot jeder Einmischung der Arbeitgeber in die Verwaltung der Hülfs- und Unterstützungskassen etc. der Arbeiter, denen allein die Verwaltung ihrer Kassen zu überlassen ist;
7. Haftpflicht der Arbeitgeber bei Unfällen, garantiert durch eine von denselben zu leistende Kaution, die der Anzahl der beschäftigten Arbeiter und der Gefährlichkeit des betreffenden Betriebes entsprechen muss;
8. Teilnahme der Arbeiter bei der Aufstellung der Fabrikordnungen; Aufhebung des angemassten Rechtes der Arbeitgeber, ihre Arbeiter unter der Form von Geldbussen oder der Vorenthaltung des Lohnes mit Strafe zu belegen (Dekret der Commune vom 27. April 1871);
9. Revision aller Verträge, durch die öffentliches Eigentum veräussert wurde (Banken, Eisenbahnen, Bergwerke etc.), und Ueberlassung der Ausbeutung aller staatlichen Werkstätten an die in denselben beschäftigten Arbeiter;
10. Abschaffung aller indirekten Steuern und Umwandlung aller direkten in eine progressive Besteuerung der Einkommen über 3000 Fr. — Aufhebung des Erbrechts der Seitenlinien und der direkten Vererbung von Vermögen über 20,000 Fr.

Nach dem Marseiller Kongress eröffneten die Kooperativisten den Feldzug gegen die Kollektivisten, in dem sie von der gesamten republikanischen Presse unterstützt wurden. Auf den drei Regionalkongressen zu Paris, Lyon, Marseille (1880) hatten sie es überhaupt nicht gewagt, aufzutreten, auf dem zu Lille waren sie gründlichst geschlagen worden; so hatten sie denn ihre Hoffnungen auf den Nationalkongress zu Havre gesetzt, der nach den Beschlüssen des Marseiller Kongresses im November stattfinden sollte. Die lokalen Verhältnisse waren für sie äusserst günstig, da sie die Mehrzahl ihrer Anhänger im Norden Frankreichs, die Kollektivisten dagegen ihr Centrum in Paris, ihre Anhänger in Mittelfrankreich, speciell in Reims und Lyon, die Anarchisten ihr Hauptquartier in Cette und ihre Anhänger in Béziers, Marseille, Narbonne etc. hatten. Da ausserdem jede Gruppe eine unbeschränkte Zahl von Delegierten schicken konnte, musste die Parteirichtung, die die grösste Zahl ihrer Mitglieder am jeweiligen Kongressort hatte, den Kongress beherrschen. Den Intriguen der Bourgeoisie gelang es nun ferner, den Organisationsausschuss dahin zu beeinflussen,

dass derselbe in Ueberschreitung seiner Befugnisse die Tagesordnung und vor allem die Bedingungen über die Ernennung der Vertreter in einer Weise festsetzte, dass die Socialisten zum grossen Teil ausgeschlossen worden wären, während die von den Gemeinde- und Kreisräten ernannten Arbeitervertreter Zutritt erhalten hätten. Der Bundesverband socialistischer Gesellschaften und Gruppen forderte daher die Socialisten auf, nicht an dem Havrer Kongress teilzunehmen, sondern ihren Kongress für sich zu organisieren. Trotzdem versammelten sich die Vertreter der socialistischen Arbeiterschaft in Havre. Als aber ihre Mandate von dem im Auftrage des örtlichen Ausschusses handelnden Lyonnais in diktatorischer Weise für ungültig erklärt wurden, verliessen sie den Saal und konstituierten sich als socialistischer Kongress. Bei Eröffnung desselben am 16. November 1880 waren 58 Vertreter anwesend, welche 119 Gewerkschaften und 11 Vereine vertraten. Die grosse Mehrzahl der Vertreter bekannte sich zum Kollektivismus, während vier Anarchisten und drei Individualisten anwesend waren. Die beiden grundlegenden Principien, auf denen die Thätigkeit jeder socialistischen Partei fusst, die kollektive Aneignung von Grund und Boden, Innerem der Erde und Arbeitsmitteln durch die Gesellschaft zwecks Aufhebung des Lohnsystems und die selbständige, von jeder bürgerlichen Partei unabhängige Organisation und Politik der socialistischen Parteien, bildeten auch hier den Hauptgegenstand der Debatte. Gegen die Anarchisten sprach sich die grosse Mehrheit des Kongresses auch für die Beteiligung an den Wahlen aus und erklärte, bei den Gemeinde- und Parlamentswahlen von 1881 einen letzten Versuch machen zu wollen; sollte derselbe fehlschlagen, würde man sich nur an die revolutionäre That halten. Als Grundlage für die Wahlen wurde das vom Pariser Regionalkongress angenommene Minimalprogramm empfohlen. So hatte sich also auf dem Havrer Kongress die endgültige Scheidung zwischen der socialistischen und der kooperativistischen Arbeiterpartei vollzogen. Die letztere, an der Spitze Lyonnais und Barberet, konstituierte sich als eigene Partei und hielt ihre Kongresse zu Paris (27. November bis 5. Dezember 1881) und Bordeaux (3. bis 12. September 1882) ab. Nachdem es den beiden Führern gelungen war, sich in öffentlichen Aemtern festzusetzen, hörte ihre Agitation auf und die Partei verlor jede Bedeutung.

Zum erstenmal trat die organisierte socialistische Arbeiterpartei in die politische Bewegung bei den Gemeinderatswahlen im Januar 1881 ein. Sie stellte in 15 Arrondissements von Paris selbständige Kandidaten auf. Der Ausfall der Wahlen bestätigte die Erwartungen derselben nicht. Da sie zu spät in den Wahlkampf eintrat und es an Organisation fehlte, standen sich in einigen Bezirken socialistische Kandidaten gegenüber. Es wurden in Paris an socialistischen Stimmen abgegeben:

Radikale Socialisten	9,156
Socialistische Arbeiterpartei	14,786
	23,942

während auf die bürgerlichen Parteien 233,609 Stimmen entfielen. Grösser waren die Erfolge in den Provinzstädten, in Lyon, Roanne, Marseille, *Amiens, Bordeaux, Lille,* Charleville, Mézieres, Roubaix. Im ganzen ge-

nommen war diese Gemeinderatswahl eine Niederlage für die Socialisten, die ohne gemeinsames Programm und ohne Organisation in den Wahlkampf eingetreten waren. Die furchtbare Reaktion, die der Communekatastrophe folgte, liess weder principielle Klärung noch Organisation zu. In dem Ringen mit den Feinden der Republik mussten notwendig die Grenzlinien zwischen den oppositionellen Parteien sich einigermassen verwischen und die socialistischen Elemente mit bürgerlich-radikalen hier und da gemischt werden. Dies ist ein Grund mit für den Opportunismus, der bis in die neueste Zeit hinein die französischen Socialisten zum grossen Teil beherrschte. Als dann mit den achtziger Jahren ein freierer Zug begann, als die Deportierten und Exilierten der Commune nach Frankreich zurückkehrten, die oft genug nichts gelernt und nichts vergessen hatten, wurde der Wirrwarr von Sekten und Sektchen nur noch vergrössert, die Zahl der persönlichen Gegensätze vermehrt, ohne dass der Socialismus durch die Rückkehr so vieler Anhänger dementsprechend an Bedeutung gewonnen hätte.

Während bisher Guesde infolge seiner persönlichen Tüchtigkeit, der geistigen Begabung wie Charakterstärke nach, unbestritten eine Art moralischer Diktatur in der sich schnell entwickelnden socialistischen Arbeiterpartei behauptet hatte, brachte die Amnestie in Malon und Brousse zwei Männer nach Frankreich zurück, die keineswegs gewillt waren, sich ohne weiteres derselben zu unterwerfen. Nur zu bald kam es zwischen ihnen zu Verstimmungen, dann Streitigkeiten, Intriguen, offenen Feindseligkeiten, die von verhängisvollsten Folgen für die junge in der Entwicklung begriffene Partei wurden.

Bei den Deputiertenwahlen, die im August 1881 stattfanden, hatte die eigentliche Arbeiterpartei, die ihre Kandidaten auf das oben erwähnte Programm verpflichtet hatte, keinen Sitz erobert und im ganzen nur 60,000 Stimmen erhalten. Es war eine Niederlage, obschon das Resultat der Wahlen eine bedeutende Verschiebung des Schwerpunktes in der Kammer nach links war und die Radikalen sich gezwungen sahen, eine ganze Reihe von Forderungen des Minimalprogramms ihren Wahlprogrammen einzuverleiben. Der Hauptgrund für dieselbe war ohne Zweifel der Mangel an Organisation. Machten doch z. B. im zweiten Wahlkreis des 17. Arrondissements zu Paris vier Intransigenten, zwei revolutionäre Socialisten, ein Arbeiterkandidat und F. Pyat sich das Feld streitig. Dieser Misserfolg verschärfte die Verstimmung zwischen Guesde und seinen Anhängern einer- und Malon-Brousse nebst Anhängern andererseits. Die letzteren warfen mit Unrecht Guesde vor, sein Ehrenwort, nicht zu kandidieren, durch seine Zählkandidatur in Roubaix gebrochen zu haben, während man von anderer Seite auf die Thorheit aufmerksam machte, die besten Kräfte, wie Malon u. a., vom Wahlkampf fernzuhalten. Der bald nach den Wahlen in Reims vom 30. Oktober bis 5. November 1881 stattfindende Kongress, wo 43 Deputierte 252 Gewerkschaften und Studienzirkel repräsentierten, ging noch ohne Spaltung vorüber. Um ein Gegengewicht gegen Guesde zu haben, wurde auf Antrag seiner Gegner die Bildung eines Nationalkomitees beschlossen.

Die Resolution, durch welche dasselbe eingerichtet wurde, lautete folgendermassen:

1. Um als Band zwischen den regionalen Föderationen, aus denen die „Arbeiterpartei“ besteht, zu dienen, wird ein Nationalkomitee eingerichtet, dessen provisorischer Sitz Paris ist.
2. Die Aufgaben desselben sind folgende:
   a) Ausführung der Beschlüsse der Nationalkongresse;
   b) Mitteilungen aller Art; Korrespondenz mit den regionalen Föderationen und mit allen socialistischen Gruppen, die, ob national oder ausländisch, die Abschaffung des Salariats bezwecken;
   c) allgemeine Statistik der Partei.
3. Das Komitee hat auf jedem Nationalkongress Rechenschaft abzulegen.
4. Das Komitee ist so gebildet, dass jede Föderation fünf jederzeit absetzbare Delegierte in dasselbe wählt. Die Dauer des Mandats ist ein Jahr.
5. Jede regionale Föderation bleibt für ihre privaten Angelegenheiten und die lokalen Aktionsmittel vollständig autonom. Entscheidungen von allgemeinem Interesse werden allen Föderationen vorgelegt.
6. Das Komitee kann in keiner Form Berichte der Föderationen und Gruppen unter einander verhindern.

Damit war die anarchistische Autonomie zur Herrschaft gelangt und eine gesunde Centralisation, wie sie eine jede, ganz besonders aber eine in fortgesetztem Kampf ums Dasein befindliche Arbeiterpartei besitzen muss, für immer unmöglich. Wie konnte eine aus 30 Mitgliedern bestehende Körperschaft dirigieren? — und das sollte doch ihre Aufgabe sein, wenn anders sie überhaupt einen Zweck hatte. Ganz besonders aber richteten sich die Angriffe gegen das Programm, dem man die Wahlniederlage zum guten Teil zuschrieb. Auch hier sollte das Prinzip der Autonomie wieder durchgeführt werden; das einzige centralisierende Band, der Reifen, der die centrifugalen Gruppen und Grüppchen noch zusammenhielt, sollte zerhauen werden. Was blieb da noch von Organisation übrig? Der Anarchist Brousse hatte gesiegt.

Obschon man in Reims beschlossen hatte, das Programm bis zum nächsten Kongress unverändert zu lassen und nur die Föderationen und Gruppen zum Studium und zur Ausarbeitung eines neuen einzuladen, hielt man sich nicht daran. Als im December 1881 Joffrin, ein Anhänger Brousses, für den Pariser Municipalrat kandidierte, liess er von seinem Wahlprogramm zunächst die einleitenden Sätze des Minimalprogramms fort und modifizierte den politischen Teil desselben in wichtigen Punkten. Nach der Wahl, die übrigens für Joffrin ungünstig ausfiel, verlangten die Vertreter der Nordföderation, Guesde und vier seiner Anhänger, im Nationalkomitee vergeblich einen scharfen Tadel dieses Vorgehens. Die Polemik zwischen der „Egalité“ und dem „Prolétaire“, dem offiziellen Organ der Partei seit dem Reimser Kongress, verschärfte sich und führte zum offenen Bruch. Die Guesdisten wurden von ihren Gegnern Autoritäre oder Marxisten genannt, während sie für diese das Schimpfwort Possibilisten er-

fanden. Brousse hatte nämlich gefordert, den Schwerpunkt des Kampfes zunächst auf das kommunale Gebiet zu verlegen. Das kommunale Eigentum sei zwar nicht das Endziel, aber es sei notwendig, dass man etwas, wenigstens das Mögliche, thue und aus Wortrevolutionären zu Revolutionären der That werde. „Nous voulons fractionner notre but," sagte der „Prolétaire", „jusqu'à le rendre possible," d. h. man proklamierte eine opportunistische Politik, die für eine kleine, im Werden begriffene Partei sehr verlockend, aber auch stets verderblich ist. Angeblich um dem Streit ein Ende zu machen, citierte die „Union fédérative du Centre", d. h. das leitende Komitee der Föderation des Centrums, in dem alle Redacteure des „Prolétaire" als Mitglieder sassen, Guesde und seine Anhänger vor ihren Richterstuhl. Diese lehnten es ab, sich einem Gericht zu unterwerfen, in dem die eine Partei zugleich Richter war, kündigten ihren Austritt an und gründeten mit den ihnen anhängenden Pariser Gruppen die „Fédération du Centre", einen Namen wählend, der zu Verwechslungen herausfordern musste. Vom 14.—21. Mai 1882 fand der Regionalkongress zu Paris statt. Da sämtliche Arbeitervereine eingeladen waren, hatten sich auch die zur Minorität gehörigen Vereine eingefunden. Da diese hier der Aufforderung, den Namen „Fédération du Centre" abzulegen, nicht nachkommen wollten, wurden sie gezwungen, den Kongress zu verlassen.

Diese Kämpfe, die ihr Echo in den beiden feindlichen Blättern „Prolétaire" und „Egalité" fanden, waren anfangs nur auf Paris beschränkt, blieben aber nicht ohne Einwirkung auf die Provinz, die anfing, ihrerseits Partei zu nehmen. Der Norden schloss sich den Autoritären, der Süden mehr den Autonomisten an. Die thatsächlich schon bestehende Scheidung kam zum Ausdruck auf dem Nationalkongress zu St-Etienne (24. September bis 1. Oktober 1882). In Voraussicht der kommenden Ereignisse hatten beide Parteien eine möglichst grosse Zahl von Delegierten geschickt, so dass nicht weniger als 111 Delegierte, die 350 Gruppen oder Fachvereine vertraten, zugegen waren. Schon die Prüfung der Mandate ging nicht ohne heftige Debatten vorüber; beim zweiten Punkt der Tagesordnung: Parteidisciplin, kam es zur Entscheidung. Guesde und seine Minorität stellte den Antrag, dass diejenigen Mitglieder des Nationalverbandes, des Föderativverbandes, des Centrums und der Föderation des Centrums, die am Streite beteiligt seien, keine Stimme haben sollten, weil sie sonst Kläger und Richter in einer Person sein würden. Als der Antrag abgelehnt wurde, verliessen die Autoritären den Kongress und erliessen zu ihrer Rechtfertigung ein „Manifest an die Socialisten", das von 24 Delegierten, den Vertretern von 34 Gruppen, unterzeichnet war. Guesde, Lafargue, Deville u. a. wurden aus der französischen Arbeiterpartei ausgeschlossen. Die Minorität begab sich nach Roanne und hielt dort ihren Kongress ab. Sie beging die Thorheit, das Vorgehen ihrer Feinde nachzuahmen und das Nationalkomitee seines Mandats für verlustig, den Föderativverband des Centrums als nicht zur Partei gehörig und den „Prolétaire" beim streitenden Proletariat in Acht zu erklären.

Von der lästigen Minorität befreit, konnte dann der St-Etienner Kongress seiner Programmänderungswut die Zügel schiessen lassen. Die

allgemeine Einleitung wurde total abgeändert, meist verballhornisiert, die positiven Programmforderungen wurden aus dem Parteiprogramm gestrichen und jeder Lokalorganisation die Freiheit gewahrt, ihr Programm selbstherrlich zu redigieren. Was für ein Fortschritt! Diesem Rückschritt gegenüber zeigt uns der Roanner Kongress die Minorität ein gut Teil auf dem Wege zu einer guten Organisation vorwärts gekommen. Sie ersetzte das vielköpfige Ungeheuer von Nationalkomitee durch einen aus nur fünf Personen bestehenden Nationalrat, den die Mitglieder des jedesmal zu ernennenden Vororts, für 1882/83 Lyon, zu ernennen haben.

So war denn die Spaltung in die französische socialistische Partei hineingebracht, die noch bis zum heutigen Tage existiert und von verhängnisvollen Folgen für die ganze Arbeiterbewegung in Frankreich war. Die Partei der Possibilisten nahm den Namen „Fédération française des travailleurs socialistes révolutionnaires“, die Guesdisten den Namen „Parti ouvrier“ an.

Wir haben die Ereignisse der Jahre 1876—1882 ausführlicher berichtet, da sie das Werden des Socialismus nach der furchtbaren Niederlage der Commune enthalten; über die Periode bis zum Pariser Kongress von 1889 können wir uns kürzer fassen.

Die Possibilisten hielten am 30. September 1883 einen Kongress zu Paris ab, wo sie über einzelne Fragen, wie Normalarbeitstag, Associationsfreiheit u. dgl. sich berieten. Ihre Organe waren „Le Prolétaire“, dann „Le Prolétariat“ und „Le Parti ouvrier“. Die andere Partei, die Kollektivisten, hielt an dem Minimalprogramm fest und ihre Kongresse zu Roanne und am 6. April 1884 zu Roubaix ab. Die Blanquisten, die sich als „Comité révolutionnaire central“ konstituiert hatten, wurden nach dem Tode des alten Blanqui von Granger, Eudes und Vaillant geführt und organisierten sich, wie 1848, zur Aktion, ohne die theoretische Propaganda und Diskussion zu pflegen. Kommunisten aus Instinkt, haben sie sich allmählich mehr und mehr dem „Parti ouvrier“ genähert und sind in Fragen praktischer Politik fast immer mit den Kollektivisten gegangen. — Zwecks der Wahlen wurde im August 1885 eine „Fédération républicaine socialiste“ gegründet und eine gemeinsame Wahlliste aufgestellt, die folgende Namen trug: E. Réclus, Gambon, Vaillant, Rochefort, Joffrin, Eudes, Malon, Clément, Protat, Camélinat, Ferré, Guesde, Lissagaray, Vaughan, Longuet, Deville, Brissac, Dumay, Chabert, Krapotkine. Man sieht, alle Schattierungen des Socialismus und Anarchismus waren vertreten. Die Liste vereinigte nur 30,000 Stimmen auf ihre Kandidaten. Das Jahr 1886 war ausgezeichnet durch den grossen Strike von Decazeville, der zu sehr erregten Kammer- und Gerichtsverhandlungen führte. Die Septennatsfrage gewährte den französischen Socialisten die Gelegenheit, eine Adresse an die deutschen Genossen zu richten, worin sie gegen den drohenden Krieg protestierten und ihren Gefühlen internationaler Solidarität und Freundschaft Ausdruck gaben. Bei den Pariser Municipalratswahlen des Jahres standen sich wieder die possibilistische und marxistische Partei feindlich gegenüber; die erstere, unterstützt durch die Blätter *„Prolétariat“ und* „Cri du peuple“, stellte nicht weniger als 22 Kandi-

daten auf. Die socialistischen Kandidaten erhielten 53,861 Stimmen gegen 35,314 in den vorhergehenden Wahlen und 12 von ihnen wurden zu Municipalräten gewählt: Brousse, Chabert, Dumay, Faillet, Joffrin, Lavy, Paulard, Reties, Soëns, Vaillant. Während der Präsidentenwahlen wurde eine heftige Agitation gegen Ferrys Kandidatur von den Socialisten eröffnet, die nicht ohne Eindruck in parlamentarischen Kreisen blieb und dem Socialismus neue Anhänger erwarb. In der Kammer konstituierten sich 19 Deputierte als die Gruppe der Députés républicains socialistes mit einem Programm vom 16. Dezember 1887, worin sie ausser der Schlichtung der Streitigkeiten der Nationen durch Schiedsgerichte eine internationale Föderation der Völker, Verwandlung der stehenden Heere in Milizen, Abschaffung der Todesstrafe, Emancipation der Frauen, unentgeltlichen vollständigen Unterricht, Trennung der Kirche vom Staat, Unterdrückung des Kultusbudgets, vollständige Gedanken-, Rede-, Press-, Associations-, Arbeitsfreiheit, Verwandlung der Monopole in öffentliche Dienste, progressive Nationalisierung des Eigentums, Unterdrückung aller indirekten Steuern, Abschaffung der Erbschaft in kollateraler Linie, öffentliche Pensions-, Alters-, Unfallkassen verlangten.

Die Jahre 1888 und 1889 waren in Frankreich von gewaltigen politischen Ereignissen erfüllt, die die socialistischen Parteien tief erschütterten. Keine von allen bürgerlichen Parteien hatte auch nur die geringsten Reformen für die Arbeiter und Kleinbauern gebracht. Die Ministerien waren alle die gehorsamen Diener der Grossfinanz und Grossindustrie gewesen, welche ungehindert, rapide das Kleinbürgertum ruinierten. Da nun keine starke socialistische Partei vorhanden war, der sich die Unzufriedenen, die zu Proletariern gewordenen Kleinbürger, hätten anschliessen können, diese vielmehr zu Unbedeutendheit herabgesunken war, sahen sich die Massen nach einem Erlöser aus ihrer Not um und glaubten, ihn in Boulanger gefunden zu haben. Die Haltung der drei socialistischen Parteien während dieser Krise war äusserst verschieden. Die Possibilisten verbanden sich zwecks Bekämpfung des Boulangismus mit den radikal-opportunistischen Republikanern und scheuten sich nicht, Geld aus dem Dispositionsfonds zur Unterstützung ihres Organs anzunehmen. Die Blanquisten bekämpften nur diese Koalition und ein allerdings nur geringer Teil von ihnen ging zum Boulangismus über. Nur die Guesdisten bekämpften zielbewusst in gleicher Weise die beiden bürgerlichen Parteien.

Obschon die Possibilisten ihren Einfluss durch nationale und internationale Kongresse auszudehnen suchten und daher mit den englischen Trades-Unions die engste Verbindung unterhielten, gewannen die Kollektivisten langsam aber sicher die Oberhand. Die beiden Arbeiterkongresse von Bordeaux oder Bouscat und von Troyes entfernten sich bereits ganz bedeutend vom possibilistischen Standpunkt. Der „Cri du peuple“ änderte 1889 seinen Namen in „Egalité“ und ging zu den Marxisten über. In seine Redaktion traten J. Guesde, Lafargue, Daumas, Fiaux, Longuet und Roques ein. Bei der Wahl von 27 Prud'hommes von Paris zeigten die Socialisten ihre Stärke; es gelang ihnen, 22 Plätze ihrer Partei zu erringen. Während der Pariser Weltausstellung tagten die Marxisten und

Possibilisten in zwei Kongressen neben einander, ohne dass es gelang, eine Einigung beider herbeizuführen. Der marxistische (s. Internationale Kongresse), der entschieden wichtigere, begann am 14. Juli. Auf ihm waren 381 Delegierte, darunter 180 auswärtige, vertreten. Die Possibilisten, 606 Delegierte (524 französische und 81 fremde), begannen ihre Sitzungen am 15. Juli. Bei den Wahlen des 22. September erhielten die possibilistischen Kandidaten 53,316, die übrigen Socialisten 123,003 Stimmen. Es wurden zu Deputierten gewählt: Baudin, Boyer, Couturier, Cluseret, Ferroul, Lachize, Thivrier, Dumay und Joffrin.

Durch den Pariser Kongress wurde die Stellung des „Parti ouvrier" ganz bedeutend verstärkt. In geschicktester Weise wusste die Partei den errungenen Vorteil auszubeuten. Der Internationale Kongress hatte den Beschluss gefasst, den 1. Mai als Feiertag der Arbeit zu feiern, und die Arbeiterpartei unternahm es allein, da die Possibilisten sich gegen jede Manifestation erklärt hatten, die Maifeier zu inscenieren. Voller Bedenken, denn ohne Zeitung und ohne Geldmittel war die Aufgabe keine leichte und hätte ohne Zweifel die Kräfte des Komitees überstiegen, wenn nicht der Minister Constans ihm die kräftigste Unterstützung hätte zuteil werden lassen. Im eigenen Interesse, um sich den Bourgeois unentbehrlich zu machen, bauschte er die Maikundgebung aufs ungeheuerlichste auf, setzte Militär und Polizei in Bewegung, um der angeblich drohenden Revolution begegnen zu können, und machte so die beste Reklame für dieselbe. Die Maifeier von 1890 wurde ein grosser Sieg für die Arbeiterpartei, sie rüttelte die breite Masse des Proletariats auf und führte dem Socialismus viele neue Anhänger zu. — Schon früher war es der Arbeiterpartei gelungen, sich eines grossen Teils der Gewerkschaftsbewegung zu bemächtigen. Als sie daher vom 10.—12. Oktober 1890 einen Kongress zu Lille abhielt, waren nicht weniger als 212 Gruppen und Syndikalkammern durch 71 Delegierte vertreten. Hier wurde eine nationale Organisation der Partei geschaffen, ein Centralorgan, „Le Socialiste", gegründet und ein Nationalrat aus sieben Mitgliedern gewählt. Die Wahl fiel auf die Delegierten Camescasse, Crépin, Déreure, Ferroul, Guesde, Lafargue und Quesnel. Der Kongress erklärte es für notwendig, die Maifeier auch im Jahre 1891 zu wiederholen. Die Arbeiter wurden aufgefordert, am 2. Mai nur acht Stunden zu arbeiten. Ein Generalstrike aber, die Lieblingsidee vieler französischer Socialisten, wurde für unmöglich erklärt.

Nachdem auf dem Kongress zu Havre 1880 die Trennung zwischen den im Solde der Opportunisten stehenden Gewerkschaftsführern von den Socialisten erfolgt war, hatte die Gewerkschaftsbewegung besonders nach Erlass der Gesetze von 1884 (s. Gewerkschaften in Frankreich) zwar grosse Fortschritte gemacht, aber erst in Lyon 1886 war eine gute Organisation derselben zu stande gekommen. Die „Fédération nationale des syndicats et groupes coporatifs ouvriers de France" wurde hier gegründet. Der vierte Kongress derselben fand zu Calais 1890 statt und fasste den Beschluss, die Maifeier auch im kommenden Jahre zu wiederholen. Da der Nationalrat der Föderation in den Händen des „Parti Ouvrier" war, so verstand sich eine Vereinigung zwecks Ausführung der Beschlüsse von Lille und

Calais von selbst. Die Feier verlief nicht weniger imposant und erfolgreich, als die vom Jahre vorher. Selbst diejenigen, welche die 90er Maifeier wegen ihres „marxistischen" Ursprungs aufs äusserste bekämpft hatten, sahen sich gezwungen, an der 91er teilzunehmen. In Paris wurde eine nationale Deputation, bestehend aus den Delegierten von mehr als tausend Syndikaten und socialistischen Gruppen ganz Frankreichs, in die Deputiertenkammer abgeordnet, ohne indes von derselben empfangen zu werden. Die Regierung hatte auch dieses Jahr das ganze Heer kriegsbereit gemacht und in den grossen Städten und industriellen Centren Truppen zusammengezogen. Das Vorgehen der Polizei und Gendarmerie war in vielen Fällen geradezu brutal und provocierend. In Marseille, Clichy, Lyon, St. Quentin, Charleville, Bordeaux, Nantes etc. wurden die friedlich manifestierenden Arbeiter in barbarischer Weise auseinandergesprengt. In Fourmies kam es zum Blutvergiessen: 9 Tote fielen dem Lebelgewehr zum Opfer. Darunter waren zwei elf- bis zwölfjährige Knaben und vier junge Mädchen im Alter von 17 bis 20 Jahren. Diese Massenabschlachtung friedlicher Bürger erregte die gewaltigste Empörung in ganz Frankreich. Die Deputierten beeilten sich, 50,000 Fr. für die Familien der Opfer zu bewilligen und die Regierung in ihrer Verlegenheit versuchte die Verantwortung für die Ereignisse auf die Socialisten abzuwälzen. Culine, der Sekretär der Gruppe der Arbeiterpartei in Fourmies, wurde verhaftet und angeklagt, den Auflauf vom 1. Mai, der zum Vorwand für das Gemetzel diente, veranlasst zu haben, und, da der eine Mann nicht genügte, wurde Lafargue, der in Fourmies und Umgegend durch einige Vorträge am 11.—13. April die Maifeier vorbereitet hatte, wegen Aufreizung zum Aufstand und zur Ermordung der Fabrikanten gleichfalls vor Gericht gestellt. Der Zeugenbeweis schlug kläglich fehl, aber der Appell des Staatsanwalts an das kapitalistische Gewissen der aus Fabrikanten und Grossgrundbesitzern zusammengesetzten Jury fand ein bereites Echo. Lafargue ward zu einem, Culine zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Alle diese Ereignisse, von einer rührigen Agitation geschickt ausgenutzt, haben dem Socialismus eine grosse Zahl von Anhängern neu erworben. So konnte denn auch der Bericht des „Parti Ouvrier" auf dem Brüsseler Internationalen Kongress (16.—23. August 1891) von einer befriedigenden Entwicklung erzählen. Die Partei, die 1889 nur ein Organ besass, hatte nun ausser dem Centralorgan „Le Socialiste" sechs regionale Zeitungen: den „Cri du travailleur" zu Lille, die „Défense des travailleurs" zu St. Quentin, den „Normand socialiste" zu Rouen, den „Tocsin" zu Commentry, die „Question sociale" zu Bordeaux und die „Lutte" zu Marseille. Auch in die Municipalräte war es der Partei gelungen, mit ihren Kandidaten einzudringen. In Cette, Roanne und Narbonne bestanden die Gemeinderäte ihrer Mehrzahl nach aus Socialisten, in denen von Roubaix, Calais, Montluçon, St-Eloy-les-Mines, Marquise, Chumblit, Malicorne, Lanquille, La Delle u. a. befanden sich einzelne socialistische Gemeinderäte. Bei einer Ersatzwahl für die Deputiertenkammer zu Lille im November war die Partei gleichfalls siegreich und wurde P. Lafargue mit

nicht unbedeutender Majorität trotz des Widerstandes der vereinigten Klerikalen und Opportunisten gewählt.

Auch das Jahr 1892 war für die „Arbeiterpartei“ günstig. Bei den Municipalratswahlen, die am 1. Mai stattfanden, war der Erfolg besonders in Roubaix, Montluçon, St-Denis und andern industriellen Centren ein grosser, und der Strike von Carmaux, der von August bis Oktober andauerte, hat dann seinerseits dazu beigetragen, die durch die Wahlen und die Maifeier erregten Massen von neuem in Bewegung zu bringen und der socialistischen Agitation zugänglich zu machen. Der Strike von Carmaux war der erste, um eines rein politischen Zweckes willen geführte, und hat daher gezeigt, wie der Kampf des Proletariats gegen die herrschende Klasse mit Notwendigkeit vom rein ökonomischen Gebiet auf das politische gedrängt wird und nur hier zum Austrag gelangen kann. Noch während der Dauer des Strikes hielt der „Parti Ouvrier“ seinen zehnten Nationalkongress zu Marseille ab. 622 Syndikalkammern und socialistische Gruppen hatten Vertreter geschickt. Unter den 150 Delegierten befanden sich 6 Deputierte: Ferroul, Lachize, Thivrier, Boyer, Lafargue und Jourde, der Sekretär der Partei J. Guesde; von ausländischen Socialisten waren Liebknecht (Deutschland) und Anseele (Belgien) anwesend. Nachdem der Kongress seine Sympathieen allen den Arbeitern ausgesprochen, die für ihre Ansichten in den kapitalistischen Gefängnissen der ganzen Welt büssen, beschäftigte er sich zunächst mit der Frage des ersten Mai. Allgemeine Arbeitsruhe und Forderung des Achtstundentages blieben in dem Programm dieser Feier als die beiden festen und gemeinsamen Punkte, während im übrigen die Art der Ausführung der Feier den einzelnen Gruppen überlassen wurde. Die Einladung seitens der englischen Trades-Unions zu einem 1893 in London abzuhaltenden Kongress, dessen Aufgabe eine Beratung über den Achtstundentag sein sollte, wurde mit Rücksicht auf den internationalen Kongress zu Zürich abgelehnt. Die Deputiertenwahlen des Jahres 1893 beschloss man auf dem Boden des Programms zu führen und, um die Stimmen der Bauern und Landarbeiter zu gewinnen, eine besondere energische Landagitation zu entfalten. Um diese erfolgreich zu machen, wurde eine besondere Enquête veranstaltet und an die socialistischen Municipalräte von zirka 3000 Communen ein Fragebogen über die Besitzverhältnisse, Löhne, Arbeitszeit, Lebensmittelpreise u. s. f. versandt. Man unterschied dabei zwei Gruppen von Besitzern: solche, die ihr Land ausschliesslich mit ihrer Hände Arbeit bewirtschaften, und solche, die dabei fremde Arbeitskräfte benutzen. Die erstern wurden mit den ländlichen Tagarbeitern in eine Gruppe gestellt und bilden das ländliche Proletariat (prolétariat rural); ihr gegenüber steht die Gruppe der mittleren und grossen Eigentümer. Von den 4,835,000 ländlichen Eigentümern, die es nach der Enquête von 1882 in Frankreich gibt, gehören 3,525,000 zur Gruppe I. Als unmittelbar notwendig für die Hebung dieser Klasse hat der Kongress folgende Forderungen bezeichnet:

1. Ein Lohnminimum soll durch die Syndikatskammern der Landarbeiter in Verbindung mit den Municipalräten fixiert werden.
2. Einrichtung der Institute der Prud'hommes für die Landarbeiter.

3. Den Communen soll die Veräusserung ihres Besitzes an Grund und Boden verboten und die Ueberschüsse des kommunalen Budgets zur Vergrösserung desselben benutzt werden.

4. Eine Alterskasse für Invalide und Greise soll geschaffen werden, die durch eine Spezialsteuer auf die Einkommen der Grossgrundbesitzer erhalten wird.

5. Ackerbaumaschinen sollen von den Communen gekauft und an die Landarbeiter vermietet werden.

6. Die Uebertragungsgebühren für Grundbesitz im Werte von weniger als 5000 Fr. sollen in Fortfall kommen.

7. Die Pachtzinse sollen durch spezielle Kommissionen (commissions d'arbitrage) reduziert und die Pächter bei Aufgabe der Pacht für die durch ihre Arbeit bewirkte Wertsteigerung entschädigt werden. Revision der Grundbücher und unentgeltliche Kurse in der Agronomie.

Damit hatte denn die Arbeiterpartei zum ersten Male ein Programm für landwirtschaftliche Reformen aufgestellt, das sich bei den Deputiertenwahlen von 1893 vorzüglich bewähren sollte.

Die Possibilisten, die wir den Kampf gegen Boulanger mit solcher Begeisterung führen sahen, dass sie darüber ihren Socialismus fast ganz vergassen und intime Bündnisse mit den Opportunisten schlossen, sollten diese Periode des politischen Chaos nicht ohne tiefgehende Erschütterung und Schwächung überstehen. Ein Teil derselben, dem das Paktieren Brousses mit der republikanischen Bourgeoisie zu weit ging, entzog sich seiner Führung. Es kam im Jahre 1890 zu einer Spaltung in die beiden Sektionen der Broussisten und der Allemanisten, so der Name der Unzufriedenen nach ihrem Führer Allemane. Die letzteren, der entschieden bedeutendere Teil der Possibilisten, hielten ihren Nationalkongress vom 26. Juni 1891 an zu Paris ab und konstituierten sich als den „Parti ouvrier socialiste révolutionnaire français“. 190 Syndikalkammern und socialistische Gruppen erklärten ihre Mitgliedschaft. Die Partei beschloss, sich am Internationalen Kongress zu Brüssel 1891 zu beteiligen und nahm auf ihrem Pariser Kongress Stellung zu der Tagesordnung dieses Kongresses. Von den Beschlüssen greifen wir einige heraus, die geeignet sind, die Stellung der Partei zu kennzeichnen. Den Parlamentarismus und das allgemeine Wahlrecht betrachtet sie als reine Agitations- und Propagandamittel und für unfähig, die Emancipation der Arbeiter herbeizuführen. Zugleich weist sie darauf hin, wie bisher gerade das allgemeine Wahlrecht von Politikern aller Schattierungen dazu benutzt worden ist, die grosse Masse des arbeitenden Volkes zu betrügen. Gewitzigt durch die Erfahrungen früherer Jahre fasst die Partei in dem Bericht an den Brüsseler Kongress ihre Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien in die Worte: „Es verhält sich mit der Allianz mit bürgerlichen Parteien, wie mit dem allgemeinen Wahlrecht, die Arbeiter, welche sich darauf einlassen, werden stets die Betrogenen sein.“

Der Boulangismus hatte die Radikalen in die Regierung gebracht und diese, die Floquet, Lockroy u. a., hatten nichts eiligeres zu thun gehabt, als ihren Radikalismus auszuziehen und in Verbindung mit den Op-

portunisten die grosskapitalistische Politik mit ihrer Ausbeutung des Kleinbürgertums und der Arbeiter rüstig weiter zu treiben. Durch ihr Bündnis mit den Opportunisten, durch ihre Teilnahme an den sogenannten Konzentrationsministerien grub sich die radikale Partei selbst ihr Grab. Indem sie das Kleinbürgertum dem Grosskapitalismus auslieferte, proletarisierte sie den Kern ihrer Anhänger und trieb sie in das socialistische Lager. Politisch radikal, ökonomisch reaktionär bildete die radikale Partei den Puffer zwischen den unversöhnlichen Gegensätzen des konservativen Bourgeoistums und des revolutionären Socialismus. Mit der wirtschaftlichen Vernichtung des Mittelstandes gab es keine Existenzberechtigung mehr für sie. Der Panamaskandal zeigte ferner dem Kleinbürgertum, dass seine berufenen Vertreter, die „Unbestechlichen", ihn und sich dem Kapitalismus verkauft hatten. Millerand war der einzige, der diesen Verrat nicht mitmachte. Er scheute sich nicht, den Helden des Opportunismus und Radikalismus, den Minister Constans aufs schärfste anzugreifen, den Ueberwinder des „Generals" einen Blutsauger zu nennen. Fast allein in der letzten Kammer dastehend näherte sich Millerand dem „Parti ouvrier" und legte am 19. Februar 1893 der Deputiertenkammer ein Programm vor, das noch von Jaurès, Lafargne, Jourde, Dumay, Baudin, Hovelaque, Boyer unterschrieben war. „Die Kammer," so lautete sein Antrag, „überzeugt davon, dass das einzige Mittel, die republikanischen Einrichtungen und Gesetze vor der Wiederkehr reaktionärer Störungen zu schützen, in der Durchführung grosser politischer und socialer Reformen besteht, die unumgänglich notwendig geworden sind, wie: die demokratische Revision der Verfassung von 1875, tiefgehende Veränderungen in der Lage der arbeitenden Klassen in Stadt und Land, in unserer Wirtschaftsgesetzgebung und in unserem Steuersystem, sowie endlich die Zurücknahme des Nationaleigentums, der Bank von Frankreich, der Bergwerke und der Eisenbahnen von der grossen Finanz, geht zur Tagesordnung über." Nur 73 Stimmen wurden für den Antrag abgegeben. Um Millerand begann sich also ein Teil der Radikalen zu scharen und unter seiner Leitung eine neue Gruppe, die der socialistischen Radikalen, zu bilden. Das Millerandsche Programm wurde von Lafargue mit Recht als ungenügend bezeichnet, da eine Besiegung der Grossfinanz nur durch Abschaffung des Lohnsystems möglich ist; trotzdem aber genügten die geringen socialpolitischen Forderungen, um bei den Wahlen von 1893 der Millerandschen Gruppe nicht unbedeutende Erfolge zu sichern. —

Die Wahlen von 1893 waren der erste grosse Sieg, den der Socialismus auf der ganzen Linie errang. Die Zahl der Stimmen, die für socialistische, inklusive die socialistischen Radikalen, Kandidaten abgegeben wurde, betrug:

	1889	1893	Zuwachs in %
Frankreich	176,369	589,232	234
Paris	56,271	160,386	185
Departements	106,595	428,846	302⅓

Den bedeutendsten Stimmenzuwachs hat ohne Zweifel der „Parti *Ouvrier" zu verzeichnen.* Die Partei stellte nicht weniger als 91 Kandi-

daten in 31 verschiedenen Departements auf und vereinigte auf diese 246,600 Stimmen. Sie eroberte 4 Sitze im ersten Wahlgang und weitere 8 bei den Stichwahlen. Lafargue und Ferroul verloren ihre Sitze, der erste dank der perfiden Wahlgeometrie der Regierung, der zweite dank den schmutzigsten Wahlmachinationen der vereinigten Gegner. Die Arbeiterpartei hat ihren Hauptanhang natürlich in den Industriecentren, hat aber auch — und dieser Umstand verdient besondere Erwähnung — in fast rein ländlichen Bezirken grosse Minoritäten erzielt. Wurde so auf der einen Seite der „antikollektivistische Bauernschädel“ von dem socialistischen Gifte inficiert und in die Hochburg des Konservatismus durch die Landagitation der Arbeiterpartei energisch Bresche geschossen, so fiel andererseits die Hochburg des Radikalismus, Paris, gänzlich in die Hände der anderen socialistischen Parteien. Den Blanquisten gelang es 4, den Allemanisten 5, den Broussisten 2 Sitze zu erobern, beziehungsweise zu behaupten. Die Gesamtzahl der socialistischen Deputierten mit Einschluss der socialistischen Radikalen beträgt 49. Der Mangel an Disciplin und Organisation, sowie die daraus folgende Stimmenzersplitterung — kämpften doch z. B. in Marseille 7 socialistische Kandidaten um den Sitz des 4. Wahlkreises — haben in vielen Fällen direkt eine Niederlage verschuldet, und mehr wie je tritt die schon oft verhandelte Frage der Koncentration der socialistischen Parteien zu einer grossen Arbeiterpartei mit einem bestimmten, lokaler Kompromisssucht entzogenen, Programm in den Vordergrund. —

Frauenarbeit. Vor der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 bestanden in Deutschland nur wenige Bestimmungen betreffend Frauenarbeit. Im wesentlichen war nur vorgeschrieben, dass Frauen in Bergwerken und verwandten Betrieben unter Tag überhaupt nicht, und dass Wöchnerinnen in Fabriken und den ihnen gleichgestellten Betrieben während drei Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden durften. Der Bundesrat hatte ferner die Ermächtigung, für Fabrikationszweige, welche mit besonderer Gefahr für Gesundheit und Sittlichkeit verbunden sind, die Verwendung von Arbeiterinnen zu verbieten oder gewissen Beschränkungen zu unterwerfen. Von dieser Befugnis ist aber nur in seltenen Fällen Gebrauch gemacht worden.

Das neue Gesetz geht viel weiter. Es ist dabei zu beachten, dass die Schutzbestimmungen nur für Fabrikarbeiterinnen gelten. Die Novelle sagt in § 137, dass Arbeiterinnen in Fabriken nicht in der Nachtzeit von 8½ Uhr abends bis 5½ Uhr morgens und am Sonnabend, sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach 5½ Uhr nachmittags beschäftigt werden dürfen. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre darf die Dauer von 11 Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von 10 Stunden nicht überschreiten. Zwischen den Arbeitsstunden muss den Arbeiterinnen eine mindestens einstündige Mittagspause gewährt werden. Arbeiterinnen über 16 Jahre, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, sind auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens ein und eine halbe Stunde beträgt. Wöchnerinnen dürfen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft über-

haupt nicht beschäftigt und während der folgenden zwei Wochen nur dann beschäftigt werden, wenn das Zeugnis eines approbierten Arztes dies für zulässig erklärt.

Von diesen Vorschriften können die unteren Verwaltungsbehörden „wegen aussergewöhnlicher Häufung der Arbeit" innerhalb bestimmter Grenzen Ausnahmen gestatten. Ein Arbeitgeber darf so eventuell höchstens 40 Tage im Jahre die Arbeiterinnen 13 Stunden täglich beschäftigen. Wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmässigen Betrieb einer Fabrik unterbrochen haben, kann Nachtarbeit und längere Dauer des Arbeitstages zugelassen werden. Der Bundesrat ist ferner ermächtigt, die Verwendung von Arbeiterinnen, sowie von jugendlichen Arbeitern für gewisse Fabrikationszweige, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit oder Sittlichkeit verbunden sind, gänzlich zu untersagen oder von besonderen Bedingungen abhängig zu machen; für Fabriken, welche mit ununterbrochenem Feuer betrieben werden, oder welche sonst durch die Art des Betriebes auf eine regelmässige Tag- und Nachtarbeit angewiesen sind, sowie für solche Fabriken, deren Betrieb eine Einteilung in regelmässige Arbeitsschichten von gleicher Dauer nicht gestattet oder seiner Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist, Ausnahmen betreffend Nachtarbeit, Arbeitsdauer und Arbeitspausen der Frauen zu gestatten; ferner für Campagne-Industrieen Nachtarbeit und dreizehn-, an Sonnabenden zehnstündigen Arbeitstag zuzulassen.

Die socialdemokratische Partei Deutschlands fordert in ihrem Erfurter Programm keine besonderen Bestimmungen für den Schutz der Arbeiterinnen. In dem Antrag der socialdemokratischen Fraktion betreffend Abänderung der Gewerbeordnung von 1890 wird gleiche Regelung der Arbeitsdauer für männliche und weibliche Arbeiter verlangt. Für Arbeiterinnen soll aber die regelmässige Nachtarbeit und Beschäftigung auf Hochbauten und unter Tag verboten sein. Die Verwendung von weiblichen Hülfspersonen in Betrieben, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit verbunden sind, kann vom Reichs-Arbeitsamt (s. d.) gänzlich untersagt oder von besonderen Bedingungen abhängig gemacht werden. Ferner wird verlangt, dass Wöchnerinnen vor und nach ihrer Niederkunft im ganzen während acht Wochen nicht beschäftigt werden dürfen und dass eine Kündigung oder Entlassung derselben aus der Arbeit während dieser Zeit ausgeschlossen sein soll.

Frauenfrage. Unter diesem Namen fasst man eine Reihe von Forderungen zusammen, die eine Veränderung der wirtschaftlichen, politischen und familienrechtlichen Stellung der Frauen verlangen. So verschieden diese Forderungen auch sind, sie haben alle einen gemeinsamen Ursprung: die Entwicklung des industriellen, grossstädtischen Lebens. Den Frauen ist ihr bisheriger Wirkungskreis, die Führung des Haushalts, durch die ökonomische Entwicklung überall bedeutend eingeengt, in manchen Fällen ganz genommen. Eine grosse Anzahl von Männern braucht überhaupt keine Hausfrau mehr, weil sie keinen Haushalt haben. Dazu gehören fast alle grossstädtischen Arbeiter — sie arbeiten in Fabriken, essen in Suppenanstalten, Kellerküchen und wohnen in Schlafstelle; das sogenannte Heim ist meistens

auch nicht mehr als eine Schlafstelle — und ein grosser Teil der Mitglieder der liberalen Berufe. Die Frauen, denen so ihr ursprünglicher Wirkungskreis entzogen war, mussten sich nach einem andern umsehen: so entstand die Frauenfrage.

Die Frauen der arbeitenden Klasse fanden die Antwort bald: sie gingen auch in die Fabrik. Je mehr die Entwicklung des maschinenmässigen Betriebs Muskelkraft entbehrlich machte, desto geeigneter wurden die Frauen für die Verwendung im modernen Produktionsprocesse. Die Frauenarbeit war billig, daher willkommen. Die scheusslichen Zustände, welche durch das „freie Spiel der Kräfte" auf diesem Felde hervorgebracht wurden, führten schliesslich, leider viel zu spät, zum Eingreifen der Gesetzgebung. Der Staat begann, den „Frauenschutz" zu seinen Aufgaben zu rechnen. Was in Deutschland in dieser Beziehung geschehen ist, haben wir unter „Frauenarbeit" dargestellt. Thatsächlich liegt die Sache für die Fabrikarbeiterinnen heute so, das sie wirtschaftlich selbständig sind. Ihre wirtschaftliche Lage ist der der Fabrikarbeiter im wesentlichen fast gleich geworden und ihre ökonomischen Bestrebungen fallen deshalb mit denen der arbeitenden Klasse im allgemeinen zusammen. Der socialdemokratische Teil der Frauen fordert infolgedessen politische Gleichberechtigung, eine Forderung, der das Erfurter Programm der socialdemokratischen Partei Deutschlands Rechnung trägt, indem es verlangt: Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

Die Socialdemokratie erkennt die Gleichberechtigung der Frauen vollständig an. In der Partei gilt die Stimme einer Frau so viel wie die eines Mannes. In jüngster Zeit sind auf den verschiedenen socialistischen Kongressen Frauen als Delegierte erschienen. An dem politischen Kampfe der deutschen Partei können die Frauen allerdings nicht als Gleichberechtigte teilnehmen, da das Gesetz ihnen das Wahlrecht versagt und ihnen auch den Eintritt in politische Vereine nicht gestattet. In England dagegen finden wir Frauen in allen politischen Organisationen der Socialisten, die „Fabian Society" z. B. besteht zu einem Fünftel aus Frauen. Hier wirkte als eifrige und überaus erfolgreiche Agitatorin für die socialistische Sache die bekannte Mrs. Annie Besant (s. d.).

Mit der Lage und den Bestrebungen der Frauen der Mittelklasse sich besonders zu beschäftigen, haben die Socialisten nie als ihre Aufgabe betrachtet. Sie stehen aber fast ohne Ausnahme den Bestrebungen dieser Frauen nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit, nach Niederreissung der Schranken, welche ihnen den Zutritt zu den meisten liberalen Berufen versperren, sympathisch gegenüber. Doch weisen sie immer wieder darauf hin, dass die Veränderung der ökonomischen Verhältnisse die Ursache ist für die Not der Frauen, dass nur mit einer radikalen ökonomischen Aenderung in socialistischem Sinne diese Not ihr Ende finden wird, dass also die Frauenfrage nur mit der socialen Frage gelöst werden kann, einen Teil dieser bildet. Dementsprechend lehnen sie es ab, den Bestrebungen derjenigen, welche die „gebildete Frauenfrage", die „Jungfernfrage", auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung lösen wollen,

besondere Teilnahme zu schenken. Die Socialisten können nicht glauben, dass die Zulassung zu den höheren Berufen, die ohne Ausnahme überfüllt sind, den Frauen im allgemeinen nützen wird; sie können auch nicht glauben, dass die Frauen mit dem politischen Stimmrecht etwas Wesentliches erreichen werden, falls sie dasselbe nicht ausüben zu Gunsten einer socialistischen Umänderung der Gesellschaftsordnung.

Die „Frauenfrage“ ist den Socialisten ein überaus wichtiges Symptom für die Unhaltbarkeit der Zustände. Je mehr sie sich zuspitzt — und sie muss sich zuspitzen — desto grösser die Unzufriedenheit der Frauen, welche sich der Not preisgegeben sehen und von der Ehe und damit der Befriedigung des stärksten Naturtriebes ausgeschlossen sind. Die Socialisten glauben, dass ihnen aus den Reihen der erbitterten Frauen viele Anhänger zuströmen werden, ja einige haben die Ansicht ausgesprochen, dass die Aufopferungsfähigkeit, die Zähigkeit und der Enthusiasmus der Frau ihr eine hervorragende Rolle im Befreiungskampfe der Unterdrückten anweisen.

Eine Reihe von Socialisten betrachtet als eigentlichen Grund der Misstände, unter denen die Frauen zu leiden haben, neben dem Privateigentum die Institution der Ehe. Wir werden die Stellung dieser Socialisten zur Ehe ins Auge fassen, schicken aber die Bemerkung voraus, dass der heutige Socialismus eine ökonomisch-politische Bewegung ist, welche die Bekämpfung von Institutionen, die auf einer religiösen oder moralischen Basis beruhen, nicht zu seinen Aufgaben rechnet. Der Socialismus als solcher — wir heben dies besonders hervor — strebt nicht nach Aufhebung oder Veränderung der Institution der Ehe. Die socialdemokratische Partei hat in keinem ihrer Programme eine derartige Forderung aufgestellt oder je dafür agitiert. Einzelne Mitglieder der Partei haben ihre besonderen Ansichten über die Frauenfrage, von denen wir unten die bemerkenswertesten zur Darstellung bringen werden. Für die Würdigung dieser Ansichten ist zu beachten, dass es immer gerade die Extremen sind, welche in revolutionären Bewegungen zu Worte kommen. Daraus, dass eine lange Reihe von Socialisten die monogamische Ehe verdammt, folgt noch nicht, dass der Socialismus in diesem Sinne vorzugehen gedenkt. Mehr und mehr sind die Socialisten zu der Einsicht gekommen, dass die ökonomische Reorganisation der Gesellschaft ihre Kräfte vollständig in Anspruch nehmen wird und dass man Institutionen, die in der Sitte und Moral wurzeln, überhaupt nicht durch gesetzgeberische Eingriffe beseitigen, sondern höchstens modifizieren kann.

Wenn die Socialisten in ihrem Urteil über die Ehe auch nicht übereinstimmen, so sind sie sich alle darin einig, eine Begleiterscheinung der heutigen Ehe, die Prostitution (s. d.), auf das schärfste zu verdammen. Immer wieder klagen sie darüber, dass gerade die schönsten und lebensfrohesten Töchter des Volks zu Tausenden als die beklagenswerten Opfer dieses socialen Unrechts einem jämmerlichen Leben und einem elenden Tode anheimfallen. Eine Gesellschaftsordnung, in der die Prostitution als notwendiges Uebel betrachtet, geduldet und reguliert wird, ist eine *fehlerhafte Gesellschaft*sordnung!

Wir werden jetzt die Ansichten der hervorragendsten Socialisten, soweit sie sich mit der Frauenfrage beschäftigt haben, auseinandersetzen:

Französische Socialisten. Boissel betrachtet die Ehe als nichts anderes als eine Institution, vermittelst welcher das Eigentumsrecht sich auch über die Frauen erstreckt. Er entwickelt den Gedanken, dass nach Teilung des Grund und Bodens, also nach Entstehung des privaten Eigentumsrechts, auch die Weiber von den Männern appropriiert sind, um ihnen allein gehörige Kinder zu gebären, denen sie ihr Eigentum hinterlassen können. Diese Appropriierung der Weiber zum ausschliesslichen Genuss durch den einzelnen Mann hat ausserdem zur Folge gehabt, dass der mächtigste Trieb der natürlichen Konstitution des Menschen sich gegen die Schranken und Hindernisse empört und den Menschen zu Excessen und Frevelthaten aller Art fortgerissen hat. Die weisesten Väter und Mütter werden die Aufgabe haben, die beiden Geschlechter zusammenzuführen und so für ihr Glück zu sorgen, dass alles, was die Freiheit, die Schamhaftigkeit, den Frieden der Seele und die Gesundheit des Körpers schädigen könnte, vermieden wird. Es wird in der neuen Gesellschaft nur Väter und Mütter, Brüder und Schwestern geben. Weder die Natur noch ihr Schöpfer haben andere Grade der Verwandtschaft geschaffen, noch eine andere Verpflichtung als die, sich zu lieben und einander glücklich zu machen. Man wird also auch an den Weibern das ungeheure Unrecht wieder gut zu machen suchen, das ihnen die Männer bisher zugefügt haben. In prächtigen Tempeln sollen sie wohnen. Alle Männer und Knaben werden nur noch von dem Wunsche beseelt sein, allen Müttern zu gefallen. Die Güte und Gnade der Frauen, die dann unsere Richter und Wächter sind, werden das Ziel unserer Handlungen sein. So wird eine zartere, edlere und mächtigere Herrschaft über unsere Seelen entstehen, als die Gold- und Silberstücke ausüben, die sie herabgewürdigt und verdorben haben.

St-Simon sagt in seiner berühmten Prophezeiung über die Gründung der neuen Hierarchie, an deren Spitze der oberste Rat der Gelehrten steht, dass alle Frauen ebenso wie alle Männer sich einer der vier grossen Abteilungen, der englischen, französischen, deutschen oder italienischen, als Mitglieder anschliessen müssen und dass sie zu allen Aemtern emporsteigen können. Diese Bemerkung in seinen „Lettres d'un habitant de Genève à ses contemporains" ist alles, was St-Simon über die Rechte der Frau in der zukünftigen Gesellschaft sagt.

St-Simonistische Schule. Unter seinen Schülern entbrannte aber über diese Frage ein erbitterter Streit. Die St-Simonistische Schule, an deren Spitze Enfantin und Bazard standen, war sich allerdings einig in dem Principe der vollständigen Gleichberechtigung der beiden Geschlechter in politischer und socialer Beziehung. Dies Princip ergab sich schon aus den beiden Fundamentalsätzen ihrer Lehre, welche für sie die Kraft von Dogmen hatten, nämlich dem Satze von der Rehabilitation des Fleisches, worunter sie nicht nur sinnliche Lust, sondern ebensowohl Bethätigung aller Kräfte des Leibes in Arbeit und Spiel und Freude an den Gaben der Natur wie an den Werken der Kunst verstanden, und der

Forderung, an Stelle der Gewalt die friedliche, gemeinsame Arbeit zur Herrschaft zu bringen. So lange die Gewalt herrschte, war die Frau als die physisch Schwächere naturgemäss dem Manne nicht gleichberechtigt. So lange die Regierung es als ihre wichtigste Funktion betrachtete, das Schwert zu führen, liess sich keine Gleichberechtigung für die Frauen erwarten, da das Waffenhandwerk sich für sie nicht schickt. Ist die Herrschaft des Schwerts, d. i. der Willkür, aber einmal gebrochen, so ist kein Grund mehr vorhanden gegen die vollständige Gleichberechtigung der Frauen.

Der Mann allein ist ebenso unvollständig wie die Frau allein. Beide sind auf einander angewiesen. Die Vereinigung von Mann und Frau ist die Vorbedingung dafür, dass beide die in ihnen schlummernden Keime und Kräfte zur vollen Entfaltung bringen. Mann und Frau zusammen bilden erst das menschliche Wesen, das sociale Individuum, die Einheit in der Gesellschaft.

Die St-Simonisten verlangen also Gleichberechtigung der Frauen nicht deshalb, weil dieselben gleiche oder ähnliche Eigenschaften haben wie die Männer, sondern weil die verschiedenen Eigenschaften der beiden Geschlechter gleichwertig, d. h. gleich notwendig für den Fortbestand und die Entwicklung der Gesellschaft sind. Wenn die St-Simonisten das Paar als Einheit der Gesellschaft betrachten, so heisst das nicht die Familie, d. i. die Vereinigung von Vater, Mutter, Kindern, Enkeln u. s. w., sondern die beiden in geschlechtlicher Gemeinschaft mit einander lebenden Personen.

An der Spitze der Hierarchie steht demzufolge nicht ein Mann oder eine Frau, sondern ein Paar, und ebenso liegen alle anderen gesellschaftlichen Funktionen in den Händen von Paaren. Die Ehe ist deshalb auch nicht Privatsache, sondern Staatssache.

Soweit war man sich einig. Es ergaben sich aber weitere Fragen: Welches sind die Rechte und Pflichten der Gatten gegen einander? Sind sie zur Keuschheit und zur ehelichen Treue verpflichtet?

In der Beantwortung dieser Fragen gingen Enfantin und Bazard auseinander.

Enfantin unterschied zwei Arten von Menschen: beständige und unbeständige. Die letzteren, leicht erregbar und wandelbar in ihren Neigungen, empfinden beständig das Bedürfnis nach einer Veränderung. Sie können nicht für ihr ganzes Leben an ein Wesen des anderen Geschlechts gefesselt werden: für sie ist deshalb die Ehe temporär. Die Natur der anderen dagegen, die treu und beständig sind, in deren Herzen eine Neigung tiefe Wurzeln schlägt, sträubt sich gegen jeden Wechsel. Ihre Liebe wächst mit der Zeit, sie fühlen sich glücklich im Besitz: für sie ist die Ehe deshalb dauernd.

Die verschiedenen Naturen, die beständigen und die unbeständigen, würden sich, wenn man sie sich selbst überliesse, gegenseitig abstossen. Der Priester und die Priesterin haben deshalb zwischen ihnen zu vermitteln. Der Priester vereinigt in seiner Person beide Naturen: er ist zugleich beständig und unbeständig. Er ist einerseits untrennbar verbunden *mit einer* Person des anderen Geschlechts, er tritt aber anderer-

seits in enge Gemeinschaft, geistige und fleischliche, zu den Gliedern seiner Gemeinde. Er erlangt dadurch erst den rechten Einfluss, lenkt die Herzen, zu denen er Eingang findet durch die Sinne, befriedigt das Bedürfnis nach Wechsel in sich selbst und in den anderen, und führt alle mit magischer Kraft auf den Weg zum Guten, zum Glück und zur Zufriedenheit.

Das Fleisch ist wieder eingesetzt in seine Rechte, welche ihm so lange versagt waren. Keuschheit, Schamgefühl, eheliche Treue sind keine Tugenden mehr, sondern Beeinträchtigungen der natürlichen Rechte, Mittel der Unterdrückung von Trieben, die natürlich sind und in denen sich Gott manifestiert. Enfantin gab zu, dass die Bestimmung der Paternität in manchen Fällen schwierig sein könnte. Sache der Frauen ist es, selbst Gesetze aufzustellen, um diese Schwierigkeiten zu beseitigen.

Gegen diese von Enfantin gepredigte Doktrin erhob sich Bazard ganz energisch. Er erklärte, dass dieses System geschlechtliche Promiscuität billige oder doch wenigstens dazu führen müsse. Die Enfantinschen Priester erschienen ihm als Ausbeuter der schlimmsten Sorte.

Bazard selbst entwickelte dem gegenüber folgende Ansichten:

1. Die Unbeständigkeit ist unmoralisch. Die vorübergehende Neigung ist eine schlechte Neigung oder eine schwache Neigung. Wer glaubt, dass die Frau sich für geschlechtliche Promiscuität begeistern wird, kennt die Natur der Frau nicht.
2. Ein Mann für jede Frau und eine Frau für jeden Mann!
3. Das Christentum hat mit der Polygamie die Sklaverei der Frau beseitigt.
4. Das Paar ist die Einheit in der zukünftigen Gesellschaft.
5. Völlige Gleichberechtigung der Gatten.
6. Zweifache Sanktion der Ehe: Willensübereinstimmung der Gatten und Billigung des Oberen, die nur dann erfolgt, wenn eine glückliche Ehe sich erwarten lässt.
7. Scheidung ist möglich. Doch ist die Unauflösbarkeit der Ehe das Ideal, nach dem man streben muss.

Fourier trat lebhaft ein für die Emancipation der Frau, für die volle Gleichberechtigung der Geschlechter. Mit der Entwicklung der Rechte der Frau entwickelt sich die Gesellschaft. Das lehrt die Geschichte. Die grössten Nationen haben immer der Frau die grösste Freiheit eingeräumt. Je unterdrückter die Frau desto niedriger die Kultur!

Man wende nicht ein, dass die Schwäche der Frau die Gleichberechtigung verbiete. Die Schwächen der Frau sind die Schwächen der herrschenden Gesellschaftsordnung. Man weise nicht hin auf die natürlichen Eigenschaften der Frau. So wenig derjenige, der nur Sklaven gesehen hat, die natürlichen Eigenschaften des Menschen kennt, so wenig kennen wir die natürlichen Eigenschaften der Frau. Nur die Geschichte kann uns lehren, in welchem Grade die Frau entwicklungsfähig ist. Und die Geschichte lehrt uns, dass mit der ihr eingeräumten Freiheit ihre Kräfte gestiegen sind, dass die Frau jeden Spielraum, den man ihr ge-

gönnt hat, zu ihrer Ausbildung, zu ihrer Vervollkommnung benutzt hat. Wo Frauen sich, ohne durch Schranken gehemmt zu werden, entwickeln konnten, haben sie die glänzendsten Eigenschaften gezeigt: Elisabeth, Maria Theresia, Katharina II. waren kluge und weitsehende Herrscherinnen. Unter acht Königinnen, welche frei auf Thronen gesessen haben, haben sieben ruhmvoll regiert, während es eine durch die Erfahrung gewonnene Regel ist, dass man auf acht Könige sieben Schwächlinge zählen muss.

Schwer lasten die Uebel der Kultur auf den Frauen. Sache der Frauen ist es deshalb, diese Uebel zu bekämpfen und zu beseitigen. Sache der Frauen ist es, ihre Kinder zu streitbaren Kämpfern für den grossen Befreiungskampf zu erziehen. Sache der Frauen ist es, auf ihre Söhne so einzuwirken, dass diese nicht nachher als Gesetzgeber die natürliche Inferiorität des weiblichen Geschlechts als Grund für die Verweigerung der Gleichberechtigung anführen.

Der Ehe ist Fourier feindlich; jedenfalls will er sie bedeutend modificieren. Der geschlechtliche Verkehr an und für sich ist eine reine Privatsache der Beteiligten; das Verhältnis zwischen Leuten, die sich lieben, ist rechtlich irrelevant. Lebt eine Frau mit einem Manne zusammen in enger Gemeinschaft, so wird sie seine Geliebte (favorite) genannt, und dieser Titel bleibt ihr auch nach Auflösung des Verhältnisses. Sie erlangt die Würde einer Mutter (génératrice), wenn sie ein Kind zur Welt bringt, und wird Gattin (épouse) genannt, wenn sie zwei Kinder mit einem Manne hat.

Der grosse Denker Fourier ist ein feiner Psychologe. Seine Bemerkungen über den verschiedenen Charakter von Mann und Weib, über den Einfluss des Zusammenlebens auf beide, über das innige Band, das Eltern mit einander für alle Zeit, unabhängig von der rechtlichen Sanktion ihres Verhältnisses, mit einander verbindet, zeugen von tiefer Kenntnis der menschlichen Natur.

Fouriers Kritik des geltenden Ehesystems ist durchaus treffend. Scharf geisselt er die Schwächen desselben. Den Ehebruch erklärt man für ein Verbrechen — so führt er aus — und doch steigt die Achtung eines Mannes in der guten Gesellschaft im Verhältnis der Zahl der Ehebrüche, von denen man weiss. Der Mann, der wirklich vor der Ehe keusch bleibt, wird verspottet. Mit dem Ehebruch geht es wie mit dem Zweikampf: die öffentliche Meinung billigt, was das Gesetz und die Moral verbietet. Doch ein Vorrecht giebt das Recht, das sonst die Frauen knechtet, und zwar das allerverderblichste Vorrecht: die Frau kann dem Manne ein fremdes Kind unterschieben, ihr Gatte muss den Hahnrei als sein Kind anerkennen. Hier steht der Frau der Schutz des Gesetzes zur Seite: pater est quem nuptiae demonstrant!

Der Ehe wirft Fourier vor, dass sie die Menschen kleinlich und selbstsüchtig mache. Die Klasse der Verheirateten ist verschlagen und gleichgültig gegen fremde Leiden. Eheleute geben alle Grundsätze, alle Würde preis, wenn Geldgewinn, Amt und Würden in Aussicht stehen. Der beste Mann wird zum schnöden Egoisten, wenn er heiratet. Er vergisst seinen alten Vater und seine alte Mutter, wenn er selbst ein legi-

times Kind hat. Wie gross auch sein Vermögen sei, sein natürliches Kind und dessen Mutter lässt er darben, höchstens wirft er einen Brocken hin als Schweigegeld. Liebesheiraten sind nach allgemeiner Erfahrung in der Regel noch unglücklicher als Geldheiraten: man verwerfe deshalb die Heirat überhaupt, die in Wahrheit nur eine legale Prostitution ist, in der sich jeder dem anderen für Geld oder äussere Vorteile hingiebt!

Cabet entwickelt in seinem kommunistischen Glaubensbekenntnis folgende Ansichten über Ehe und Familie:

Ehe in der Gemeinschaft. — Ich glaube, dass für das Geschlechtsverhältnis zwischen Mann und Weib die Ehe die der menschlichen Würde angemessenste Form und am meisten fähig ist, das Glück des Einzelnen und die Ordnung in der Gemeinschaft zu verbürgen. Ich glaube, dass alle Uebelstände, die man in den heutigen Ehen bemerkt, nicht Resultate der Ehe an sich, sondern Folgen der Totalsysteme und der Ungleichheit sind, und dass unter der Herrschaft der Gleichheit und der Gemeinschaft, bei guter Erziehung und vollkommener Freiheit der Wahl, die nur durch persönliche Eigenschaften und Neigungen bestimmt werden darf, im Notfall endlich mit der Möglichkeit der Scheidung, — die Ehe nur Vorteile ohne Uebel darbieten wird Ich glaube nicht nur, dass alle Menschen sich verheiraten müssen, sondern auch, dass alle geneigt sein werden, es zu thun, wenn die Gemeinschaft allen gegen mässige Arbeit die nötigen Subsistenzmittel zusichern wird.

Familie in der Gemeinschaft. — Ich glaube, dass das Leben in der Familie der Natur angemessener ist, als die Trennung der Kinder von ihren Eltern, dass es einer der höchsten Genüsse ist, die dem Menschen gewährt, und dass die gegenseitige Zuneigung zwischen Eltern und Kindern, wie lebhaft sie auch immer sein kann, in einer nach dem System der Gleichheit und Gemeinschaft organisierten Gesellschaft keinen einzigen der Uebelstände erzeugen wird, die sie in dem gegenwärtigen Systeme der Ungleichheit hervorbringt. (Steins Uebersetzung).

Proudhon leugnet die Gleichberechtigung der Geschlechter. In seiner ersten Schrift spricht er bereits den Satz aus: zwischen Weib und Mann kann Liebe, Leidenschaft, Zuneigung vorhanden sein — alles, was man will —, aber keine eigentliche Gemeinschaft. Die Verschiedenheit des Geschlechts errichtet zwischen ihnen eine ebenso unübersteigbare Schranke wie die Verschiedenheit der Art zwischen den einzelnen Tiergattungen. Weit entfernt, dem zuzustimmen, was man heute Emancipation der Frau nennt, würde er lieber nur dafür stimmen, die Frauen von der Aussenwelt abzuschliessen.

Aehnliche Gedanken entwickelt Proudhon in zwei Briefen, die er 1856 an Frau Jenny d'Héricourt richtete. Gleichzeitig stellt er darin in Aussicht, dass er in Bälde seine Ansichten über die Frau ausführlich darlegen werde.

Er that dies in seiner Schrift: „De la justice dans la révolution et dans l'église". Er geht darin von dem Gedanken aus, dass die physische Inferiorität der Frau von keinem bestritten werde. Diese physische Inferiorität bedingt eine rechtliche Inferiorität. Weil die Frau nicht leisten

kann, was der Mann leistet, kann sie auch nicht dieselben Rechte beanspruchen. Er nimmt an, dass die physische Kraft des Mannes sich zur physischen Kraft der Frau und ebenso ihre Leistungen, wie 3:2 verhalten, in diesem Verhältnis müssen daher auch ihre Rechte stehen.

Die geistige Inferiorität der Frau, führt Proudhon weiter aus, kann so wenig bestritten werden wie die physische. Es herrscht nur Streit darüber, ob man die Ursache dafür in der natürlichen Beschaffenheit des Weibes oder in der Erziehung, die man ihm zuteil werden lässt, zu suchen hat. Proudhon beantwortet die Frage in ersterem Sinne. Er hält das Gehirn der Frau für ebensoviel schwächer wie ihren Arm. Die Menschheit verdankt der Frau keine Erfindung in den Gewerben Der Mann erfindet, vervollkommt, arbeitet, schafft, besorgt Nahrung für die Frau. Gleichberechtigung ist deshalb unmöglich, aber beiden Geschlechtern soll volle Freiheit gewährt werden, ihre besonderen Fähigkeiten voll zu entwickeln. Wollte man Gleichberechtigung der Frauen als Gesetz hinstellen, so müssten die Männer ihren Schritt zügeln, damit die Frauen nicht hinter ihnen zurückbleiben.

Die physische und geistige Inferiorität hat notwendig sociale Folgen. Das Verhältnis der physischen Kraft ist wie 3:2, das der geistigen Kraft ebenso wie 3:2, da nun in allen wirtschaftlichen, politischen und socialen Bewegungen körperliche und geistige Kräfte zusammenwirken und das Resultat dem Produkte der Kräfte gleich ist, so erhalten wir als Gesammtwirkung das Verhältnis $3 \times 3 : 2 \times 2 = 9 : 4$. Arithmetik und Gerechtigkeit rufen der Frau zu: wie 4 : 9 verhalten sich deine Leistungen und deshalb auch deine Rechte zu denen des Mannes.

Wie steht es mit den moralischen Eigenschaften der Frau, so fragt Proudhon schliesslich. Auch hier findet man keine Gleichheit zwischen Mann und Frau. Die Frauen haben ihre eigene Moral. Das Gerechtigkeitsgefühl fehlt ihnen ganz, sie können die Idee nicht fassen, dass Rechte und Pflichten in gleichem Verhältnisse zu einander stehen müssen. Alle Frauen träumen davon, eines schönen Tages wie durch Zauberschlag zu Herrinnen, Fürstinnen, Königinnen, mächtigen Feen zu werden. Ueber alles schätzen sie Auszeichnungen, Begünstigungen, Vorrechte. Gerechtigkeit, welche Standesunterschiede und Privilegien beseitigt, ist ihnen ganz fremd. Proudhon zieht daraus den Schluss, dass auch die Tugend der Frau geringer ist als die des Mannes. Die Sprache bestätigt ihm sein Urteil: la vertu, vir-tus, ist die Eigenschaft des vir, des Mannes, heisst männlicher Mut, männliche Tüchtigkeit. Der Begriff Tugend wird aus dieser Grundbedeutung erst abgeleitet. Die Etymologie lehrt so schon, dass die Sprache den Zusammenhang zwischen körperlicher Tüchtigkeit und moralischer Tüchtigkeit wohl kennt. Willensstärke, Selbstvertrauen, Freimut, Kühnheit, mit einem Worte Charakter, sind der Ausfluss des Gefühls physischer Kraft. Im starken Leib der starke Charakter. Der Mann handelt recht, weil das Gefühl seiner Würde ihn so zu handeln zwingt, die Frau dagegen kennt dieses Gefühl nicht, sie handelt recht, weil ihr so geboten wird, sie erfüllt ihre Pflicht, wenn diese ihr im *Gewande eines höheren Gebots,* als Forderung der Religion, als Wille Gottes

entgegentritt. Schamgefühl selbst ist eine ursprünglich männliche Eigenschaft, die aus dem Gefühl persönlicher Würde entspringt; die Frau entwickelt es nicht selbst, sondern nimmt es nur an in Nachahmung des Mannes.

Weshalb, fragt Proudhon, findet man die Prostitution bei Weibern so häufig, bei Männern so selten? Weshalb ist die Polygamie so häufig, die Polyandrie so selten? Er antwortet: weil den Weibern das Gefühl persönlicher Würde fehlt. Die Frau lebt ein mehr instinktives Naturleben, daher ihr Gemütsleben, ihre Religiosität, ihr Hang zum Mystischen, ihr Mangel an persönlicher Würde, ihre Beschränktheit, ihr Aberglaube; deshalb geht auch die Richtung ihres ganzen Wesens auf einen Punkt hin: der Bethätigung der Liebe obzuliegen.

Diese moralische Inferiorität muss die Frau noch minderwertiger erscheinen lassen. Nach der oben dargelegten Regel stellt sich so das Verhältnis von Mann und Frau wie $3 \times 3 \times 3 : 2 \times 2 \times 2 = 27 : 8$. Die Frau ist also nicht ein Drittel so viel wert wie der Mann. Das ist das Urteil der Natur. Im freien Wettbewerb der Kräfte würde diese Inferiorität der Frau sich bald herausstellen. Die Frau sollte deshalb nicht nach Aufhebung der Schranken schreien, sie sollte sich ihrer vielmehr freuen, sie sollte erkennen, dass die vielgescholtene Hörigkeit der Ehe in Wahrheit die Institution ist, welche ihr ein unverhältnismässiges Uebergewicht giebt, dass sie eine Wohlthat ist.

In der Ehe vereinigen sich zwei heterogene Faktoren: die Kraft und die Anmut, die Kraft des Mannes, des Arbeiters, Erfinders, Kriegers, Verwalters, Richters und die Anmut der Frau, die dem Manne als Fleisch und Blut gewordenes Ideal erscheint. Durch die Einwirkung der weiblichen Anmut auf die männliche Kraft wird diese erst befruchtet. Ohne diese mächtige Einwirkung würde der Fleiss, der Verstand, der Charakter des Mannes sich nicht zu voller Blüte entwickeln. Die Frau spornt alle Kräfte des Mannes, die sonst erschlaffen würden, zur Thätigkeit an. Die Ehe ist somit kein Kontrakt Gleicher, sondern eine Vereinigung durchaus heterogener Wesen zu einem Ganzen. Im Fleische und im Geiste bilden Eheleute eine Einheit, deren Teile sich gegenseitig ergänzen. Diese innige Vereinigung kann nur dann eintreten, wenn beide ihre besondere Existenz aufgeben, d. h. wenn sie sich zu unauflösbarer Gemeinschaft vereinigen. Die Ehe ist deshalb heilig. Wer sie bricht, ist ein Schänder, wer sie auflöst, erniedrigt sich. In der Ehe gilt der Wille des Mannes, des Handelnden. Die Frau wird auf seine Natur einwirken, seinen Willen beeinflussen, so dass sein Wille auch ihr Wille sein wird. Dadurch, dass die Frau in der Ehe der Herrschaft des Mannes unterworfen wird, wird sie nicht erniedrigt. Sie kann vielmehr erst in der Ehe die in ihr schlummernden Keime voll entfalten. Von den Händen des Mannes getragen, auf seinen Schultern stehend, reicht sie höher als er. Dafür ist aber Vorbedingung, dass sie sich seinen Händen anvertraut, dass sie sich von ihm tragen lässt

Unter den englischen Socialisten hat Robert Owen die Ehe auf das Heftigste angegriffen. Die „Trinität des Bösen“ erblickt er

in drei Institutionen: Religion, Eigentum und Ehe. Diese drei Uebel zu beseitigen, erscheint ihm als die Aufgabe des Socialreformers. Die Ehe soll abgeschafft werden, damit die Liebe ihre Kraft entfalten könne.

William Thompson, der hervorragendste von Owens Anhängern, veröffentlichte 1827 eine besondere Schrift unter dem Titel: „Appell einer Hälfte des menschlichen Geschlechts, der Frauen, gegen die Anmassung der anderen Hälfte, der Männer, sie in politischer und so in rechtlicher und häuslicher Sklaverei zu halten.“ Thompson beginnt mit der Widerlegung der Behauptung von James Mill, des Vaters von John Stuart Mill, dass die Ausdehnung des Stimmrechts auf die Frauen zu verwerfen sei, weil ihre Interessen, ebenso wie die der Kinder, mit denen der Männer identisch seien. Mit der ihm eigenen Gründlichkeit sucht er seine Ansicht aus den Principien des englischen Rechtsphilosophen Jeremias Bentham, zu denen sich auch James Mill bekennt, abzuleiten. Er schliesst seine beredten Ausführungen mit dem Aufruf: „Frauen Englands! Frauen aller Länder, die Ihr überall erniedrigt seid, rafft Euch auf! Oeffnet Eure Augen, um das Glück zu betrachten, das Euch erwartet, wenn alle Eure leiblichen und geistigen Kräfte vollkommen ausgebildet sein werden, wenn alle Wege, die Euch zu diesem Ziele führen, für Euch eröffnet und geebnet sein werden, gerade wie für diejenigen, welche Euch heute in Sklaverei halten und erniedrigen.“ Weisheit und Wohlwollen sollen die Frauen geleiten, bis sie in ihren Interessen, ihren Freuden, ihren Kenntnissen den Männern vollkommen gleich werden. Systematischer Despotismus und kleinliche Eifersucht der Männer haben immer dahin gestrebt, die Frauen in derselben Unwissenheit zu erhalten, in der sich die Kinder auf ihrem Schosse befinden. „Steigt nicht die Schamröte in Eure Wangen, hebt sich nicht Eure Brust in Entrüstung, wenn Ihr Euch dieses entsetzliche Unrecht klar macht? Oder seid Ihr in Eurer Thorheit am Ende gar stolz auf Eure Narrheit? Haltet Ihr sie wirklich für eine Quelle der Macht und des Glücks? Blickt auf Eure Herren! Ist für sie ihr Wissen nutzlos? Oder ist es für sie nicht vielmehr eine Quelle von Macht und Glück? Glaubt Ihr wirklich, die Eifersucht des Mannes werde nur dann rege, wenn Ihr Eure körperlichen Reize entfaltet? Es giebt keine geistige Eigenschaft, welche seine tierische Geilheit Euch nicht missgönnt, nicht eine, ausgenommen diejenigen, welche Euch — wie delikate, den Gaumen kitzelnde Gewürze — zu begehrenswerteren Gegenständen seiner selbstsüchtigen Wünsche machen. Er hat ein System allgewaltiger Heuchelei, das er „Moral“ nennt, welches Eure Freuden mit dem Namen „Laster“ verdammt, während er die seinen als „Tugend“ oder als unschädliche Zugeständnisse an die menschliche Schwäche entschuldigt. Stärke ist sein besonderer Vorzug; er nennt es deshalb unweiblich, sie zu besitzen. Jedes Mittel wird deshalb angewandt, während Eurer sogenannten Erziehung Euren Körper schwach zu erhalten, indem man Euch von der Bethätigung der Leibeskräfte ausschliesst. Körperschwäche — die man als Zartheit der Konstitution bezeichnet — die fast schon eine krankhafte Hülflosigkeit ist, wird infolge einer wunderbaren Umdrehung des Sinnes der Sprache bei Frauen eher als ein Vorzug als

ein Fehler betrachtet, damit ihre Abhängigkeit, sogar ihre rein physische Abhängigkeit vom Manne sich noch steigere. Seine beiden stärksten Triebe werden damit zugleich befriedigt: seine Sinnlichkeit und seine Herrschsucht.“

Thompson führt dann des weiteren aus, dass alle sogenannten weiblichen Tugenden nichts weiter sind als Eigenschaften, die der Mann von der Frau verlangt, damit sie ein gefügiges Werkzeug in seinen Händen sei und seinen Lüsten diene, ohne Widerstand zu leisten, alle wahren Tugenden aber als unweiblich bezeichnet würden. „Schönheit, Reinlichkeit, Anmut, Unterwürfigkeit, Bescheidenheit! Jawohl! Seid reinlich, seid anmutig, seid unterwürfig, seid bescheiden! Denkt nicht zuviel von Euren Vorzügen, errötet ohne Grund aus schierer Dummheit, bückt Euch in den Staub, dass der thörichte Stolz des Mannes schwellen möge infolge Eurer Kriecherei und eingestandenen unendlichen Inferiorität.“ Der Mann gestattet der Frau nur, solche Tugenden zu pflegen, die ihm nützlich sind: Mässigkeit, Sparsamkeit, Anhänglichkeit, nennt aber diejenigen Tugenden, welche die Frauen selbst weiter bringen, „unweiblich“ — ein Wort, das nichts bedeutet, als dass er nicht wünscht, dass die Frau die Eigenschaft besitzt. So erreicht er es, dass sie das hülflose Werkzeug seiner Lüste und Leidenschaften wird.

„O, elende Sklavinnen elender Herren! Erwacht, erhebt Euch, schüttelt die Fesseln ab!“

Thompson glaubt, dass die Frauen bereits unter dem herrschenden System ihre Lage bedeutend bessern können. Sie sollen zu diesem Zwecke dahin streben, nützlichere Glieder der menschlichen Gesellschaft zu werden und dann mit vereinten Kräften gleiche Rechte erkämpfen. Völlige Emancipation der Frauen ist aber nur in der neuen Gesellschaftsordnung möglich. Hier schwindet jedes Uebergewicht des Mannes. Hier braucht die Frau nicht zu fürchten, mit einer Reihe Kinder hülflos zurückgelassen zu werden. Die Gesellschaft übernimmt die Fürsorge für die Kinder. Die Kinder sind unabhängig von der Willkür der Eltern. Der Schmerz der Frau, die ihren geliebten Lebensgefährten durch den Tod verliert, wird nicht dadurch verschärft, dass sie nun auch ihren und ihrer Kinder Ernährer verloren hat. Hier braucht die Tochter einer im Elend zurückgelassenen Witwe ihren Leib nicht zu verkaufen, um Brot für Mutter und Geschwister zu schaffen. Hier kennt man nicht das scheussliche Gewerbe der Prostitution, das der Jugend und der Schönheit eines jeden Landes heute ein frühes Grab bereitet und von den Stützen der heutigen Gesellschaft verteidigt wird. Wer geliebt sein will, muss die Kunst des Gefallens, des Wohlthuns lernen — muss liebenswürdig werden. Die Liebe des Weibes muss verdient, errungen, kann nicht, wie heute, erkauft oder erzwungen werden.

„Wie viele Tausende,“ so schliesst Thompson seinen Aufruf, „gehen heute elend zu Grunde, unbekannt und unbeweint, oft die Opfer bitterer Not, immer die Opfer der Unterdrückung, der willkürlichen Gesetze einer herzlosen Gewohnheit; verdammt zu trostloser Einsamkeit oder einer geisttötenden Erfüllung sich immer gleichbleibender gesellschaftlicher Pflichten.

Eures Lebens Mai ist vielleicht vergangen und mit ihm die Hoffnung, ein gleichfühlendes Herz zu finden, erloschen. Einst vielleicht die verhätschelten Lieblinge thörichter Eltern, deren Liebe für Euch mit Eurer Jugend geschwunden oder kühler geworden ist, die, ohne an Eure Zukunft zu denken, Euch auf die wilde See des Lebens hinaussandten — ohne Ruder und ohne Segel, ohne Mittel und ohne Wissen — habt Ihr nun in Thränen Euer Brot zu essen als Ehefrauen, unversorgte Schwestern, Maitressen oder verachtete Prostituierte!“

Kommunistische Gemeinden. Die Fourierschen Gemeinden haben an der Institution der Ehe nicht gerüttelt. In den Owenschen Gemeinden dachte man daran, die Eheform zu verändern. Von New-Harmony wird uns auch berichtet, dass dort Ehen durch feierliche Willenserklärung vor versammelter Gemeinde geschlossen seien. Für die Gemeinde Nashoba, die von Frances Wright gegründet wurde, stellte man das Princip auf: „Das Eherecht, das ausserhalb der Pfähle unserer Kolonie gilt, hat innerhalb derselben keine Kraft.“ Zur Begründung dieses Princips führte Francis Wright aus, dass es nichts Verderblicheres geben könne, als die Gesetze, welche heute das Verhältnis der beiden Geschlechter zu einander regeln. Die Kurzlebigkeit der Gemeinde Nashoba, wie aller anderen Owenschen Gemeinden, hat aber verhindert, dass man das Princip wirklich befolgte.

Bei den Perfektionisten in der Oneida-Gemeinde, der Gründung von Noyes (s. d.), ist die Stellung der Frauen ganz eigenartig. Sämtliche Frauen sind mit sämtlichen Männern verheiratet: es herrscht die von Noyes so genannte Komplexehe. Man sucht mit allen Mitteln zu verhindern, dass ein Mann sich mit einer Frau dauernd verbindet. Ein Paar, das sich allein anzugehören wünscht, muss aus der Gemeinde austreten, da ihre Liebe als eine selbstsüchtige Liebe betrachtet wird, welche sie unfähig macht, sich von ganzem Herzen an die Gemeinde anzuschliessen.

Die „Komplexehe“ oder „freie Liebe“ wird von Noyes in folgender Weise verteidigt. Männer und Frauen finden im allgemeinen, dass ihre Empfänglichkeit für Liebe durch die Honigmonate nicht beseitigt wird und dass sie von der einen Liebe nicht befriedigt werden. Im Gegenteil, die geheime Geschichte des Herzens beweist, dass es eine ganze Anzahl Personen zu gleicher Zeit lieben kann und dass es desto mehr liebt, je mehr es lieben kann. In einer Kommunistengemeinde, wo jedes mit allen verheiratet ist und wo Liebe geehrt und gepflegt wird, ist das Leben viel anziehender als in einem Hause, in dem nur ein Paar wohnt. Liebe in der exklusiven Form hat Eifersucht als Komplement, und Eifersucht verursacht Streit und Trennung. Die Gemeinde, welche die Monogamie aufrecht erhalten wollte, würde den Keim der Auflösung in sich tragen.

Die Kinder werden von der Gemeinde erzogen. Der Mutter wird das Kind nur so lange überlassen, bis sie es entwöhnt hat; dann muss sie es in das erste Departement des Kinderhauses abgeben, wo Wärterinnen, die sich alle sechs Stunden ablösen, die Aufsicht über die Kleinen führen. In den ersten beiden Jahren nimmt sich die Mutter ihr Kind um 5 Uhr abends zurück, behält es während der Nacht und liefert es um

8 Uhr morgens wieder im Kinderdepartement ab. Je nach seiner Entwicklung kommt das Kind im zweiten oder dritten Jahre in das zweite Departement des Kinderhauses, wo es Tag und Nacht verbleibt, so dass die Mutter aller ihrer Pflichten entbunden ist. Ein drittes Departement nimmt die Kinder auf, wenn sie zehn Jahre alt geworden sind, und behält sie bis zum vierzehnten Jahre, worauf sie in den verschiedenen Industriezweigen beschäftigt werden. Im Kinderhause sind alle denkbaren sanitären Einrichtungen getroffen und die Kleinen erfreuen sich des besten Wohlseins. Der Verkehr der Mutter mit ihrem Kinde ist zu keiner Zeit gehindert oder gehemmt.

In neuester Zeit haben die Staatsbehörden die Gemeinde gezwungen, wenigstens äusserlich die Form der Komplexehe aufzugeben. Die Verfolgungen, welche die kleine Gemeinde deshalb zu erdulden hatte, haben sie auf das Schwerste erschüttert. Noyes, ihr Gründer und ihr Leiter, musste nach Kanada fliehen und ist dort in der Verbannung 1886 gestorben.

Die Harmonisten (s. Rapp) führten im Jahre 1807 das Coelibat ein. Eine fanatische Bewegung bemächtigte sich damals der Gemeinde. Die Mitglieder machten sich bittere Vorwürfe, dass sie ihrem Gotte nicht ernst genug gedient hätten, dass der Böse durch die Sinnenlust sie umgarne. Ein reines, heiliges Leben wollten sie führen, der Lust des Fleisches ganz entsagen. Seit jener Zeit ist die Ehelosigkeit bei den Harmonisten zur Regel geworden und so ernst meinen sie es mit ihrem Vorhaben, dass man nicht nötig findet, die Geschlechter zu trennen, sondern Männer und Frauen in denselben Häusern mit einander wohnen lässt. — Da der Zuzug zur Gemeinde äusserst gering ist, so wird sie bald ausgestorben sein.

Die Separatisten (s. Bäumeler) huldigten früher dem Coelibat, haben aber 1840 sich zur Ehe entschlossen. Jeden geschlechtlichen Umgang ausser dem zum Zwecke der Fortpflanzung betrachten sie als eine grosse Sünde. Die gemeinsame Erziehung der Kinder in Gemeindeanstalten haben sie wieder aufgegeben, da sich der „Elternegoismus“ zu stark erwies.

In den von Keil (s. d.) gegründeten Aurora- und Bethelgemeinden ist das Familienleben scharf ausgeprägt.

In den Amana-Gemeinden dürfen die jungen Männer nach Vollendung des 24. Lebensjahres heiraten. Wer eine fremde Frau heimführt, wird eine Zeit lang aus der Gemeinde ausgeschlossen. Bei Tisch, in der Kirche, bei der Arbeit sind die Geschlechter getrennt.

Die Shakers leben im Coelibat, da sie die Ehe für ein Hindernis halten, um ein sündenloses Leben zu führen. Sie verdammen das Institut der Ehe aber nicht an und für sich. Die Shakers teilen, wie ihr Mitglied Eades sagt, die Menschheit in drei Stockwerke. Diejenigen, welche im ersten Stockwerk wohnen, mögen die Gattung fortpflanzen, nicht aber diejenigen, die im Parterre wohnen, denn sie sind an Leib und Seele verdorben. Aber auch die Bewohner des obersten Stockwerks — das sind die Shakers — sollen nicht heiraten, da sie gelobt haben, dem Fleische und seiner Lust zu *entsagen*. Dem Einwurfe, dass das Coelibat gesund-

heitsschädlich sei, begegnen sie mit dem Hinweise auf die vielen Greise und Greisinnen unter ihnen, die das 80. Lebensjahr überschritten haben.

Deutsche Kommunisten und Socialisten. Wilhelm Weitling sagt über die Stellung des Weibes in seiner Schrift „Garantieen der Harmonie und Freiheit" u. a. folgendes:

Artikel 1. Das weibliche Geschlecht ist in Bezug auf die Arbeiten, die es verrichtet, ebenso organisiert wie das männliche. Es hat also seine Werkvorstände, Meisterkompagnieen, Akademieen, Kommerzstunden und Geschäftssperre.

Artikel 2. Das weibliche Geschlecht hat bei der Wahl der für alle zu verrichtenden Arbeiten vor dem männlichen den Vorrang, kann sich also die leichtesten Arbeiten wählen, wenn es darin an Geschicklichkeit und Schnelle dem männlichen gleichkommt.

Artikel 7. So lange die Natur kein Wunder verrichtet, d. h. so lange das weibliche Geschlecht das männliche in nützlichen Wissenschaften, Erfindungen und Talenten nicht übertrifft, so lange kann es auch zu keinen Aemtern gelangen, von welchen aus es das Ruder der Verwaltung der Gesellschaft führen und Mitglied des Trio und der Centralmeisterkompagnie werden könnte. Doch wenn einmal die Natur des Weibes und des Mannes sich so verändern würden, dass dies der Fall wäre, dann ist es auch billig, dass man die Organisation den neuen Verhältnissen anpasse.

Artikel 8. Das Zusammenleben in der Ehe muss freiwillig sein und kann von keiner Seite erzwungen werden.

„Trennt den Eigennutz und das Interesse von der Liebe," ruft Weitling aus, „dann wollen wir sehen, ob sich nur noch die Hälfte solcher schauderhafter Geschichten zutragen, als dies jetzt der Fall ist. Unter zehn Heiraten hat sich kaum eine einzige ohne Einwirkung des Eigennutzes gemacht. Hat er Geld? Hat sie Geld? und wieviel? Das sind so die gewöhnlichen Heiratsfragen. Ein in den Ketten des Ehestandes unter Eifersucht, Chikane, Zank, Streit und Widerwillen verblühtes Lebensglück ist die Antwort darauf.

„Die Liebe ist ein Nusskern, die Ehen sind die Schalen. Das Geldsystem ist der Wurm, welcher sich in den Kern frisst und ihn verdirbt. Die grosse Menge nagt an den bitteren und harten Schalen. Da habt Ihr die ganze Definition unserer heutigen Ehen.

„Schaffet den Eheleuten in der gesellschaftlichen Ordnung eine freie, unabhängige, sorgenlose Stellung, und beseitigt die eisernen, unnatürlichen Bande, mittelst welcher Ihr die widersprechendsten Begierden und Fähigkeiten auf eine ganze Lebenszeit an einander kettet; gebet den Eheleuten die ursprüngliche Freiheit wieder, die sie im Paradiese hatten, dann wird der widrige Skandal aufhören, der heute Euren Gerichten alle Hände voll zu thun giebt.

„Wenn das Band der Ehe durch das Bedürfnis der Achtung, der Freundschaft und Liebe nicht zusammengehalten werden kann, wenn sogar *das Interesse nicht mehr* im stande ist, es zusammenzuhalten — und das

will viel sagen: so löset es doch auf ums Himmels Willen! und schafft Euch nicht einander doppelte und dreifache Höllen!

„Trockne Deine Thränen, armes, unglückliches, verachtetes und misshandeltes Weib! und denke, es leiden der Schwachen noch viele auf dem Erdenrund. Einst wird auch Dir der goldene Frühstrahl des Befreiungsmorgens heranbrechen, um Dir die heissen, bitteren Thränen der Sklaverei aus den feuchten Wimpern zu küssen. Dann blicke Deinem Tyrannen stolz ins Auge, denn Du brauchst ihn nicht mehr, und das Gesetz schützt ihn nicht mehr; dann, arme, betrogene, verführte Dirne, findest auch Du wieder einen braven Mann, der das Vorurteil des grossen Haufens mit Füssen tritt; dann, Ihr lebensfrohen Jünglinge und Mädchen in der Blüte Eurer Jahre, lebet und liebet! Dann lasset ausströmen die heute in Eurem Busen widernatürlich verschlossene Glut, die an Eurem Herzen nagt und Eure Thatkraft lähmt, ehe sie eine der Harmonie der Gesellschaft und Eurer Gesundheit schädliche Richtung nimmt. Dann liebe, wer zum Lieben fähig ist!“

Friedrich Engels entwickelt seine Ansichten über die Ehe in der Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“. Im Anschlusse an die Forschungen des amerikanischen Ethnologen Lewis H. Morgan betrachtet er als die erste Stufe der Familie die Blutsverwandtschaftsfamilie, in der alle zu einer Generation gehörenden Personen einen Kreis gemeinsamer Ehegatten bilden. Dass diese Familienform existiert hat, lässt sich historisch nicht nachweisen, wohl aber kann man es schliessen aus dem bei einigen barbarischen Stämmen herrschenden Verwandtschaftssystem. Aus der Blutverwandtschaftsfamilie entwickelt sich die sogenannte Punaluafamilie, die eine Reihe von Variationen zulässt, deren wesentliches Merkmal aber ist: gegenseitige Gemeinschaft der Männer und Weiber innerhalb eines bestimmten Familienkreises, von dem aber die Brüder der Frauen, zuerst die leiblichen, später auch die entfernteren (Vettern ersten, zweiten, dritten Grades), und umgekehrt also auch die Schwestern der Männer ausgeschlossen sind. Nur die Abstammung von der Mutter ist nachweisbar und allein rechtlich relevant: es gilt das sogenannte Mutterrecht. Aus der Punaluafamilie entwickelt sich die Paarungsfamilie, d. h. ein Mann lebt mit einer Frau zusammen, von der er Treue verlangt, ohne aber selbst dazu verpflichtet zu sein. Unter der Herrschaft dieser Familienform vollzog sich der Umsturz des Mutterrechts und damit die Erniedrigung der Frau. Die Alleinherrschaft der Männer zeigt sich zuerst in der jetzt auftretenden Zwischenform der patriarchalischen Familie, deren vollendetster Typus die römische Familie ist. In der patriarchalischen Familie kann auch, wie es vielfach im Orient der Fall ist, Vielweiberei existieren.

Aus der Paarungsfamilie entsteht die monogamische Familie — ein Kennzeichen der beginnenden Civilisation. In der Einzelehe entwickelt sich der Antagonismus zwischen Mann und Weib — die Unterdrückung des weiblichen Geschlechts durch das männliche — die erste Klassenunterdrückung. „Die Einzelehe war ein grosser geschichtlicher Fortschritt, aber zugleich eröffnet sie neben der Sklaverei und dem Privateigentum

jene bis heute dauernde Epoche, in der jeder Fortschritt zugleich ein relativer Rückschritt, in dem das Wohl und die Entwicklung der Einen sich durchsetzt durch das Wehe und die Zurückdrängung der Andern."

Wir haben die Darlegungen Engels hier nur ganz kurz skizzieren können. Engels selbst folgt den Forschungen neuerer Rechtshistoriker. Sein Verdienst liegt darin, dass er die Socialisten mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Untersuchung über die Entwicklung der Familie bekannt gemacht hat. Die Kritik, die er im Anschluss daran an der heutigen Ehe übt, kontrastiert merkwürdig gegen den objektiven Ton seiner historischen Ausführungen. Der streitbare Altvater der deutschen Socialdemokratie schreibt: „Die bürgerliche Eheschliessung unserer Tage ist doppelter Art. In katholischen Ländern besorgen nach wie vor die Eltern dem jungen Bürgerssohn eine angemessene Frau, und die Folge davon ist natürlich die vollste Entfaltung des in der Monogamie enthaltenen Widerspruchs: üppiger Hetärismus auf Seiten des Mannes, üppiger Ehebruch auf Seiten der Frau. Die katholische Kirche hat wohl auch nur deswegen die Ehescheidung abgeschafft, weil sie sich überzeugt hatte, dass gegen den Ehebruch wie gegen den Tod kein Kräutlein gewachsen ist. In protestantischen Ländern dagegen ist es Regel, dass dem Bürgerssohn erlaubt wird, sich aus seiner Klasse eine Frau mit grösserer oder geringerer Freiheit auszusuchen, wonach ein gewisser Grad von Liebe der Eheschliessung zu Grunde liegen kann und auch anstandshalber stets vorausgesetzt wird, was der protestantischen Heuchelei entspricht. Hier wird der Hetärismus des Mannes schläfriger betrieben und der Ehebruch der Frau ist weniger Regel. Da aber in jeder Art Ehe die Menschen bleiben, was sie vor der Ehe waren, und die Bürger protestantischer Länder meist Philister sind, so bringt es diese protestantische Monogamie im Durchschnitt der besten Fälle nur zur ehelichen Gemeinschaft einer bleiernen Langweile, die man mit dem Namen Familienglück bezeichnet. Der beste Spiegel dieser beiden Heiratsmethoden ist der Roman, für die katholische Manier der französische, für die protestantische der deutsche und der schwedische. In jedem von beiden „kriegt er sie": im deutschen der junge Mann das Mädchen, im französischen der Ehemann die Hörner. Welcher von beiden sich dabei schlechter steht, ist nicht immer ausgemacht. Weshalb auch dem französischen Bourgeois die Langeweile des deutschen Romans eben denselben Schauder erregt wie die „Unsittlichkeit" des französischen Romans dem deutschen Philister. Obwohl neuerdings, seit „Berlin Weltstadt wird", der deutsche Roman anfängt, etwas weniger schüchtern in dem dort seit lange bekannten Hetärismus und Ehebruch zu machen.

In beiden Fällen aber wird die Heirat bedingt durch die Klassenlage der Beteiligten und ist insofern stets Konvenienzehe. Wirkliche Regel im Verhältnis zur Frau wird die Geschlechtsliebe und kann es nur werden unter den unterdrückten Klassen, also heutzutage im Proletariat — ob dies Verhältnis nun ein officiell konzessioniertes oder nicht. Hier sind aber auch alle Grundlagen der klassischen Monogamie beseitigt. Hier fehlt alles Eigentum, zu dessen Bewahrung und Vererbung ja gerade die *Monogamie* und die Männerherrschaft geschaffen wurden, und hier fehlt

damit auch jeder Antrieb, die Männerherrschaft geltend zu machen. Noch mehr, auch die Mittel fehlen; das bürgerliche Recht, das diese Herrschaft schützt, besteht nur für die Besitzenden und deren Verkehr mit den Proletariern; es kostet Geld und hat deshalb armutshalber keine Geltung für die Stellung des Arbeiters zu seiner Frau. Da entscheiden ganz andere persönliche und gesellschaftliche Verhältnisse. Und vollends seitdem die grosse Industrie die Frau aus dem Hause auf den Arbeitsmarkt und in die Fabrik versetzt hat und sie oft genug zur Ernährerin der Familie macht, ist dem letzten Rest der Männerherrschaft in der Proletarierwohnung aller Boden entzogen — es sei denn etwa noch ein Stück der seit Einführung der Monogamie eingerissenen Brutalität gegen Frauen. So ist die Familie des Proletariers keine monogamische im strengen Sinn mehr, selbst bei der leidenschaftlichsten Liebe und festeten Treue beider und trotz aller etwaigen geistlichen und weltlichen Einsegnung. Daher spielen auch die ewigen Begleiter der Monogamie, Hetärismus und Ehebruch, hier nur eine fast verschwindende Rolle; die Frau hat das Recht der Ehetrennung thatsächlich wieder erhalten, und wenn man sich nicht vertragen kann, geht man lieber auseinander. Kurz, die Proletarierehe ist monogamisch im etymologischen Sinne des Worts, aber durchaus nicht in seinem historischen Sinn."

August Bebel hat die Frauenfrage in einem besonderen Buche behandelt, das zuerst 1879 unter dem Titel: „Die Frau und der Socialismus" erschien und, da es sofort auf Grund des Socialistengesetzes verboten wurde, heimlich verbreitet werden musste. Bebel hat das Buch später gänzlich umgearbeitet und erweitert, indem er insbesondere die historischen Untersuchungen der oben erwähnten Schrift von Friedrich Engels berücksichtigte. Heute sind von dem Buche bereits über fünfzig Auflagen erschienen, sowie Uebersetzungen ins Englische, Schwedische, Polnische, Holländische, Ungarische, Französische u. s. w. Der Einfluss, den das in lebendigem Stil geschriebene Buch innerhalb der Kreise der Socialdemokratie und ausserhalb derselben gehabt hat, ist überaus gross.

Bebel betrachtet die Frauenfrage von den verschiedensten Seiten. Mit grosser Geschicklichkeit hat er die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungen von Historikern, Ethnographen, Medizinern und Statistikern in seine Darstellung aufgenommen. In seinen historischen Ausführungen fusst er auf Morgan, Bachofen, Engels, Laveleye und Karl Bücher. Seine Kritik der heutigen Stellung der Frau ist von unerbittlicher Schärfe. Das von Bebel zusammengebrachte Material, mit dem er seine Anklagen stützt, ist so reich und so geschickt gruppiert, dass man darüber fast vergisst, dass es heute wirklich noch eine grosse Anzahl von Ehen giebt, in denen die Gatten ein glückliches Familienleben führen.

Als Anhänger von Marx vertritt Bebel die Ansicht, dass das Familienleben, wie es heute noch in weiten Schichten des Volkes besteht, durch die ökonomische Entwicklung von Grund aus verändert und dass damit die Stellung der Frau eine viel freiere werden wird. Die Frau wird aufhören, Hausfrau zu sein. Die ganze Entwicklung geht dahin, den Thätigkeitskreis der Hausfrauen einzuschränken. Sie backen heute schon nicht

mehr das Brot, sie spinnen und weben nicht mehr, sie kochen keine Seife und ziehen keine Lichte mehr. Innerhalb des Familienlebens hat sich so schon innerhalb einer kurzen Zeit eine grosse Revolution vollzogen, die nur deshalb so wenig beachtet wird, weil sie sich allmählich vollzieht. Dieser Prozess hat noch lange nicht sein Ende erreicht Die Privatküche wird durch Speisegenossenschaften mit grossen Dampfküchen und Maschinen, in denen das Essen billiger und besser zubereitet werden kann, ersetzt werden. Zu den Kaltwasserleitungen werden in jedem Hause Warmwasserleitungen treten, die zeitraubende und unangenehme Ofenfeuerung wird durch eine zweckmässige Centralfeuerung ersetzt, die Wäsche wird in grossen Dampfwaschanstalten mit Dampftrockenboden gereinigt werden, kurz die Pflichten der Hausfrauen werden immer geringer werden. Das enge Familienleben, dessen Basis die Privatwirtschaft ist, und damit die Haussklaverei, wird aufhören, die Frau wird freier werden.

In der zukünftigen Gesellschaft wird die Frau social und ökonomisch vollkommen unabhängig sein, sie wird dem Manne als Freie, Gleiche gegenüberstehen.

„Ihre Erziehung ist jener des Mannes gleich, ausgenommen dort, wo die Geschlechtsverschiedenheit Abweichungen und eigenartige Behandlung unumgänglich machen; sie kann unter naturgemässen Lebensbedingungen alle ihre physischen und geistigen Kräfte und Fähigkeiten entwickeln; sie kann für ihre Thätigkeit diejenigen Gebiete wählen, die ihren Wünschen, Neigungen und Anlagen entsprechen. Hier ist sie genau unter denselben Bedingungen wie der Mann thätig. Eben noch praktische Arbeiterin in irgend einem Gewerbe, ist sie in der nächsten Stunde Erzieherin, Lehrerin, Pflegerin, übt sie an einem dritten Teil des Tages irgend eine Kunst aus oder pflegt eine Wissenschaft, und versieht in einem vierten Teil irgend eine verwaltende Funktion. Sie geniesst Studien, Vergnügungen und Unterhaltungen mit Ihresgleichen oder mit Männern, ganz wie es ihr beliebt und die Gelegenheit sich bietet.

In der Liebeswahl ist sie so gut wie der Mann frei und ungehindert. Sie freit oder lässt sich freien und schliesst den Bund aus keiner anderen Rücksicht als auf ihre Neigung. Dieser Bund ist ein Privatvertrag ohne Dazwischentreten irgend eines Funktionärs, wie die Ehe bis ins späte Mittelalter ein Privatvertrag war.

Der Mensch soll in der Lage sein, über seinen stärksten Trieb ebenso frei verfügen zu können, als über jeden anderen Naturtrieb. Die Befriedigung des Geschlechtstriebs ist genau ebenso jedes Einzelnen persönliche Sache, wie die Befriedigung jedes andern Naturtriebs. Es hat niemand darüber anderen Rechenschaft abzugeben und kein Unberufener hat sich einzumischen. Einsicht, Bildung, Unabhängigkeit, Eigenschaften, die durch die Erziehung und die Verhältnisse in der künftigen Gesellschaft als naturgemässe erscheinen, werden die Wahl erleichtern und leiten. Stellt sich Unverträglichkeit, Enttäuschung oder Abneigung heraus, so gebietet die Moral, die unnatürlich und damit unsittlich gewordene Verbindung zu lösen. Da Männer und Frauen an Zahl gleich sind und alle *Umstände verschwinden* werden, die bisher eine grosse Zahl von Frauen

zur Ehelosigkeit oder zum Verkauf ihres Körpers verurteilten, so ist die Männerwelt nicht mehr in der Lage, irgendwelches Uebergewicht zu ihren Gunsten geltend zu machen. Andererseits hat der gänzlich veränderte Socialzustand die vielen Hemmnisse und Störungen beseitigt, die — wie oben ausgeführt wurde — heute das Eheleben beeinflussen, so oft es zu seiner Entfaltung nicht gelangen lassen oder es gänzlich unmöglich machen."

Da die Ansichten der deutschen Socialdemokraten so oft mit denen Bebels identifiziert werden, so schliessen wir unsere Darstellung der Schrift desselben, von deren reichhaltigem Inhalt wir leider nur einen kleinen Teil haben wiedergeben können, mit folgenden Worten aus der Einleitung: „Die Leser, und insbesondere die Gegner darunter, wollen die nachfolgenden Ausführungen als meine persönlichen Ansichten betrachten und ihre etwaigen Angriffe nur gegen meine Person allein richten." Bebel selbst will übrigens die von ihm als wünschenswert betrachtete Veränderung der Stellung der Frau nicht durch das Eingreifen der Gesetzgebung herbeiführen. Er vertraut darauf, dass die ökonomische Entwicklung diese Veränderung notwendig machen wird, und verlangt nur Aufhebung der Gesetze, welche diese von selbst sich vollziehende Entwicklung hemmen. Auf jeder Seite betont er das Recht der Frau, selbst bestimmen zu können, in welcher Weise sie ihr Verhältnis zum Manne regeln will.

Freiligrath, Ferdinand, geboren am 17. Juni 1810 zu Detmold als Sohn eines Bürgerschullehrers, besuchte das Gymnasium seiner Vaterstadt bis zum 15. Lebensjahre. Da seinem Vater die Mittel fehlten, ihn seine Studien fortsetzen zu lassen, so wurde er für den Kaufmannsstand bestimmt und zu einem Oheim in Soest in die Lehre gegeben. Von hier ging er 1831 nach Amsterdam, wo er bis 1836 in einem Handelshause als Kommis thätig war. Von dort zurückgekehrt, lebte er ein Jahr lang ohne Anstellung in Soest und hierauf bis 1839 als Kommis in Barmen. Durch den Erfolg seiner besonders in Amsterdam gedichteten „Tropenlieder" ermutigt, entsagte er dem Kaufmannsstande, um sich ganz der Poesie zu widmen. Er zog nach Unkel am Rhein, wo er seine nachherige Frau, Ida Melos aus Weimar, kennen lernte, die Erzieherin bei einer englischen Familie war. Nach seiner Verheiratung am 20. Mai 1841 zog er nach Darmstadt. Daselbst wurde er 1842 durch Verleihung eines Jahresgehalts von 300 Thalern überrascht, die ihm der König Friedrich Wilhelm IV. aussetzte. Freiligrath, der bis dahin dem politischen Leben fern gestanden hatte, der noch 1841 gegen die politischen Dichter in seinem Gedichte „Don Diego" die Verse gerichtet hatte: „Der Dichter steht auf einer höheren Warte als auf den Zinnen der Partei", entwickelte sich inzwischen zu einem begeisterten Republikaner. Anfang 1844 verzichtete er auf sein Jahresgehalt, um, durch keine Rücksicht mehr gebunden, in die Schar der Kämpfer für ein freies Deutschland zu treten. In demselben Jahre gab er eine Sammlung älterer und neuer Gedichte unter dem Titel „Mein Glaubensbekenntnis" heraus, in dessen, vom Mai 1844 datiertem Vorwort er über die Wandlung, die sich in ihm vollzogen hatte, sagt: „Fest und unerschütterlich trete ich auf die Seite derer, die mit Stirn und Brust der Reaktion sich entgegenstemmen! Kein Leben

mehr für mich ohne Freiheit!" In den Gedichten „Vom Harze" und „Aus dem schlesischen Gebirge" weist er auf das Elend im Vaterlande, auf die sociale Not in markigen, erschütternden Worten hin. Aus dem reichen Inhalt der Sammlung heben wir noch das herrliche Gedicht „Am Baum der Menschheit drängt sich Blüt' an Blüte" hervor. Die Wirkung des „Glaubensbekenntnisses" war ungeheuer. Freiligrath, der kurz vorher noch wegen seiner Gleichgültigkeit inmitten des heissen Kampfes der Parteien bitter angegriffen war, wurde mit einem Schlage der populärste Dichter. Die nach innerem Kampfe so gewaltig sich offenbarende begeisterte Hingabe an die höchsten Interessen des Volkes, sein tiefes Mitgefühl mit den Bedrückten, seine mannhafte Offenheit, die ihn der Folgen nicht achten liess, gewannen ihm die Herzen aller im Fluge. Aber ebenso gross wie die Liebe des Volkes war auch der Zorn der Regierungen. Freiligrath entzog sich allen zu erwartenden Verfolgungen durch die Flucht nach Brüssel, wo er mit Marx, Heinzen, Bürgers in Verkehr trat. Bürgers erzählt über die damalige Zeit: „Als wir in Brüssel eine Nacht verbracht hatten, war ungefähr das erste, was Marx am Morgen zu mir sagte: „Wir müssen heute zu Freiligrath gehen, er ist hier und ich muss gut machen, was die „Rheinische Zeitung", als er noch nicht auf den Zinnen der Partei stand, an ihm verbrochen hat; sein Glaubensbekenntnis hat alles ausgeglichen." Kurze Zeit darauf schreibt Freiligrath: „Seit einer Woche ist auch Marx hier, ein interessanter, netter, anspruchslos auftretender Kerl." Freiligrath blieb nicht lange in Brüssel, er ging über Frankreich — in Deutschland stand ein Verhaftbefehl gegen ihn in Kraft — nach der Schweiz. Hier fand er im Kanton St. Gallen ein Asyl. In Rapperswyl am Ostufer des Züricher Sees bewohnte er während des Sommers 1845 das anmutig gelegene Landhaus Meyenberg. Im Herbste siedelte er nach Hottingen bei Zürich über, dem Hauptquartiere der deutschen politischen Flüchtlinge. Von hier aus sandte er 1846 als „Herold und Prophet der Revolution", um mit seinen eigenen Worten zu reden, unter dem Titel „Ça ira" sechs zornige Gedichte in die Welt, darunter das bekannte „Von unten auf!" Der Dampfer zieht stolz auf dem Rhein dahin, vorbei an Reben- und Nusslaub und Burgtrümmern. Auf den blitzenden, frisch gebohnten Dielen des Verdecks

„Vergnügten Auges wandelten der König und die Königin!

Doch unter all der Nettigkeit und unter all der schwimmenden Pracht
Da frisst und flammt das Element, das sie von dannen schiessen macht;
Da schafft in Russ und Feuersglut, der dieses Glanzes Seele ist;
Da steht und schürt und ordnet er — der Proletarier-Maschinist!

Da draussen lacht und grünt die Welt, da draussen blitzt und rauscht der Rhein —
Er stiert den lieben langen Tag in seine Flammen nur hinein!
Im wollnen Hemde, halbernackt vor seiner Esse muss er steh'n,
Derweil ein König über ihm einschlürft der Berge freies Weh'n!

Das glüh'nde Eisen in der Hand, Antlitz und Arme rot erhitzt,
Mit der gewölbten haar'gen Brust auf das Geländer breit gestützt —
So lässt er schweifen seinen Blick, so murrt er leis dem Fürsten zu:
‚*Wie mahnt dies Boot mich an* den Staat! Licht auf den Höhen wandelst Du!

Tief unten aber, in der Nacht und in der Arbeit dunklem Schoss,
Tief unten, von der Not gespornt, da schür' und schmied' ich mir mein Los!
Nicht meines nur, auch Deines, Herr! Wer hält die Räder Dir im Takt,
Wenn nicht mit schwielenharter Faust der Heizer seine Eisen packt?

Du bist viel weniger ein Zeus, als ich, o König, ein Titan!
Beherrsch' ich nicht, auf dem Du gehst, den allzeit kochenden Vulkan?
Es liegt an mir: — Ein Ruck von mir, Ein Schlag von mir zu dieser Frist,
Und siehe, das Gebäude stürzt, von welchem Du die Spitze bist!

Der Boden birst, aufschlägt die Glut und sprengt Dich krachend in die Luft!
Wir aber steigen feuerfest aufwärts ans Licht aus unsrer Gruft!
Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung das alte, morsche Ding, den Staat,
Die wir von Gottes Zorne sind bis jetzt das Proletariat!'"

In „Wie man's macht!" ermahnt er das Volk, die Monturkammern und Zeughäuser zu plündern und im Sturm gegen die Hauptstadt zu gehen. Die „Freie Presse" beginnt mit der Strophe:

„Festen Tons zu seinen Leuten spricht der Herr der Druckerei:
‚Morgen, wisst Ihr, soll es losgehn, und zum Schiessen braucht man Blei!
Wohl, wir haben unsere Schriften — Morgen in die Reih'n getreten!
Heute Munition gegossen aus metall'nen Alphabeten!'"

Am 21. Juli 1846 verliess Freiligrath Zürich, um in London eine kaufmännische Stellung anzunehmen. Er arbeitete hier im Comptoir der Firma Huth & Co., als Korrespondent. Als die Kunde von den Märztagen des Jahres 48 zu ihm drang, hatte er keine Ruhe mehr. Im Mai 1848 trat er wieder „in den Reiseschuh" und kehrte an den Rhein, nach Düsseldorf, zurück. Mit Jubel begrüsst, wurde er einer der Führer der demokratischen Partei. In flammenden Liedern brachte er seine Gedanken zum Ausdruck, so in dem gewaltigen „Die Toten an die Lebenden". Am 29. August wurde er verhaftet und angeklagt, in diesem Gedichte „die Bürger direkt aufgereizt zu haben, sich gegen die landesherrliche Macht zu bewaffnen, auch die bestehende Staatsverfassung umzustossen".

Der Dichter beschwört die toten Märzkämpfer:

„Die Kugel mitten in der Brust, die Stirne breit gespalten"

Sie klagen, dass man das, für das sie ihr Leben hingegeben haben, nicht zu wahren gewusst hat:

„Weh Euch, wir haben uns getäuscht! Vier Monden erst vergangen,
Und alles feig durch Euch verscherzt, was trotzig wir errangen!"

Mit stolzen packenden Worten fordern sie die Lebenden auf zur letzten blutigen Erhebung für die Freiheit:

„O Volk, und immer Friede nur in Deines Schurzfells Falten?
Sag an, birgt es nicht auch den Krieg? Den Krieg herausgeschüttelt!
Den zweiten Krieg, den letzten Krieg mit allem, was Dich büttelt!
Lass Deinen Ruf: „Die Republik!" die Glocken überdröhnen,
Die diesem allerneuesten Johannesschwindel tönen!"

Und etwas weiter heisst es:

„Zu viel des Hohns, zu viel der Schmach wird täglich Euch geboten,
Euch muss der Grimm geblieben sein — o, glaubt es uns, den Toten!
Er blieb Euch! Ja, und er erwacht! Er wird und muss erwachen!
Die halbe Revolution zur ganzen wird er machen!

Er wartet nur des Angenblicks: dann springt er auf allmächtig;
Gehob'nen Armes, weh'nden Haars da steht er wild und prächtig!
Die rost'ge Büchse legt er an, mit Fensterblei geladen:
Die rote Fahne lässt er wehn hoch auf den Barrikaden!
Sie fliegt voran der Bürgerwehr, sie fliegt voran dem Heere —
Die Throne gehn in Flammen auf, die Fürsten fliehn zum Meere!
Die Adler fliehn, die Löwen fliehn, die Klauen und die Zähne! —
Und seine Zukunft bildet selbst das Volk, das souveräne!
O, steht gerüstet, steht bereit! O, schaffet, dass die Erde,
Darin wir liegen strack und starr, ganz eine freie werde!
Dass fürder der Gedanke nicht uns stören kann im Schlafen:
Sie waren frei, doch wieder jetzt — und ewig! — sind sie Sklaven!"

Freiligrath wurde am 18. August verhaftet und am 3. Oktober vor die Geschworenen gestellt. Es war der erste politische Prozess, der vor dem Geschworenen-Gerichte überhaupt verhandelt wurde und er endete mit der einstimmigen Freisprechung des Dichters. Als das Urteil verkündet wurde, brach ein ungeheurer Jubel unter den Zuhörern aus, der sich vom Gerichtssaal auf die Strasse, wo eine zahlreiche Menge des Ausgangs harrte, fortpflanzte. Freiligrath wurde sofort in Freiheit gesetzt und im Triumphzuge von der bewaffneten Bürgerwehr und einer zahlreichen Volksmenge nach Hause geleitet.

Am 21 Oktober siedelte Freiligrath nach Köln über, wo er in die Redaktion der von Marx begründeten „Neuen Rheinischen Zeitung" (s. d.) trat. Im Feuilleton des Blattes erschienen von ihm die Gedichte: „Wien", „Blum", „Ungarn", ein zornsprühendes Gedicht gegen Cavaignac, die „Reveille" und schliesslich das „Abschiedswort der Neuen Rheinischen Zeitung". Nach der Unterdrückung der Zeitung am 19. Mai 1849 hiess es, dass alle Redakteure gefänglich eingezogen werden sollten. Freiligrath machte sich Ende Mai auf den Weg nach Holland, wo ihm der Aufenthalt aber nicht gestattet wurde. Er entschloss sich deshalb zur Heimreise. Um allen Passweitläufigkeiten an der Grenze zu entgehen, verkleidete er sich als Heizer. Im roten wollenen Hemde, das Schüreisen in der Hand, wie sein „Proletariermaschinist", stand er im Maschinenraum des Dampfers, der ihn nach Köln zurückführte, und er spielte seine Rolle so gut, dass einer der deutschen Zollbeamten bei der Untersuchung des Schiffes ihm auf die Schulter klopfte mit den Worten: „Nun, mein Sohn, hast du auch ein Pfündchen Kaffee für Muttern mitgebracht?" In Köln wurde Freiligrath übrigens vorläufig unbehelligt gelassen. Er verlebte hier noch ein Jahr — eine lange Reihe trüber Tage. Dass die sogenannte „gute Gesellschaft" ihm wie einem Geächteten aus dem Wege ging, dass sie ihn ängstlich mied, das betrachtete er eher als ein Zeichen der Anerkennung als der Zurücksetzung. Schmerzlicher war ihm aber, dass seine Freunde fast alle aus der Stadt entfernt wurden, und dass man jeden, der sich ihm näherte, unter scharfe polizeiliche Aufsicht stellte. Von Köln ging Freiligrath nach Bilk bei Düsseldorf, immer von den Augen der Polizei bewacht. Hier bereitete er 1851 in tiefster Stille seine Abreise nach „Alt Englands wertem Boden" vor. Am Abend des 12. Mai 1851 war er bei seinem Freunde Koester noch mit einer kleinen Schar seiner Vertrautesten, F. Lassalle, Ed. Schauenburg, Th. Eichmann u. a.

bei Becherklang und heiterem Gespräch vereinigt; in später Nachtstunde verkündete er den Ueberraschten, dass er in der nächsten Stunde nach England abreisen werde. Alle begleiteten den Dichter an den Rhein, auf dem er in dunkler Nacht an Bord des Schiffes stieg, das ihn zum zweitenmale in Verbannung brachte. Es war die höchste Zeit gewesen. Freiligrath war in den Prozess des Kommunistenbundes (s. d.) verwickelt. Ein Steckbrief wurde vom Ober-Prokurator zu Köln gegen ihn erlassen, weil er an einem „Komplotte zum Umsturze der Staatsregierung“ theilgenommen habe. Bald darauf erging von Düsseldorf ein anderer Steckbrief gegen ihn „wegen Aufforderung zu Empörung, Störung des öffentlichen Friedens und Majestätsbeleidigung“.

Am politischen Leben hat Freiligrath in Zukunft keinen aktiven Anteil mehr genommen. Die Sorge für seine Frau und seine Kinder nahm fast seine ganze Kraft in Anspruch. Im November 1858 liess Freiligrath sich in England naturalisieren Nach mancherlei Sorgen und Kämpfen hatte er schliesslich eine auskömmliche Stellung als Leiter einer Bankfiliale gefunden, die aber 1867 durch Eingehen der Bank verloren ging. Seine zahlreichen Freunde veranstalteten, als die Kunde davon nach Deutschland drang, eine Nationalkollekte, Amerika und England steuerten reichlich bei, so dass fast 60,000 Thaler zusammenflossen, die dem Dichter einen sorgenfreien Lebensabend gewährleisteten. 1868 verlegte Freiligrath seinen Wohnsitz nach Stuttgart, 1874 siedelte er nach Cannstadt über, wo er am 18. März 1876 starb. Freiligrath ist den Ideen, die er in den Tagen der Revolution in so hinreissender Sprache zum Ausdruck brachte, nie untreu geworden. Er hat in dem neuen deutschen Reiche nicht die Erfüllung seiner Hoffnung von 1848 erblickt. Er ist gestorben als das, was er sein Leben lang gewesen war — als Demokrat, als warmer Freund aller Geknechteten und Unterdrückten. Noch 1869 rief er:

„Die Republik, trotz Kampf und Wunden,
Habt ihr bis heute nicht gemacht!“

Und wie man aus seinem im Juli 1870 gedichteten „Hurrah Germania“ und einigen andern Liedern aus jener Zeit, in denen er seinen Zorn gegen den „Zuaven in Purpur“ zum Ausdruck brachte, herauslesen kann, dass er die politische Gestaltung Deutschlands in neuester Zeit, am Ende gar die preussische Suprematie mit Freuden begrüsst und sich für die „historische Mission der Hohenzollern“ erwärmt hätte, ist uns unverständlich.

Frohme, Karl Franz Egon, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Altona, ist am 4. Februar 1850 in Hannover geboren. Er besuchte die dortige Klemensschule und wurde dann zu einem Maschinenbauer in die Lehre gegeben. Schon früh schloss er sich der socialistischen Arbeiterpartei an. 1881 wurde er zum erstenmale in den Reichstag gewählt. Frohme lebt in Bockenheim bei Frankfurt a. M. als Schriftsteller.

Galeer, Albert, der geistige Vater des schweizerischen Grütlivereins (s. d.), geboren am 24. Juni 1816 im badischen Marktflecken Kork, kam bereits als zwölfjähriger Knabe nach der Schweiz. Nachdem er seine

philologischen und philosophischen Studien in Heidelberg abgeschlossen hatte, wurde er in Genf am Collège als Lehrer angestellt. Hier spielte er in der Revolution von 1846 eine hervorragende Rolle, ebenso beteiligte er sich mit seinem Freunde Joh. Phil. Becker an der süddeutschen Revolution 1849. Nach Niederwerfung derselben kehrte er nach Genf zurück. Wegen seiner lebhaften Agitation für die Verbreitung socialdemokratischer Ideen verlor er seine Staatsanstellung und sah sich gezwungen, durch litterarische Arbeiten sein Brot zu verdienen. Er starb bereits am 5. März 1851.

Gall, Heinrich Ludwig Lampert, erster deutscher Socialist, geboren am 28. Dezember 1790 zu Aldenhoven bei Jülich, gestorben am 31. Januar 1863 in Trier. Von 1811—1813 Untergerichtsschreiber in Cleve und Düsseldorf vertauschte er nach der Schlacht bei Leipzig diesen Posten mit einer Schreiberstelle in den Bureaux des instructeurs aux revues im Generalstabe von Macdonald in Cleve, wurde später als Generalsekretär in der österreich-baierischen Administrationskommission zu Luxemburg und Kreuznach angestellt und 1816 zum Regierungssekretär in Trier befördert.

Der Anblick der auf den grossen Völkerkrieg folgenden Not, die durch den Misswachs des Jahres 1816 noch verstärkt wurde, führte den jungen Beamten, der ein offenes Auge und ein warmes Herz besass, schon früh dazu, über die Ursachen der elenden Lage der arbeitenden Klassen nachzudenken. „Weshalb leiden gerade die Arbeiter Mangel an allen Dingen, ohne welche für 999 unter 1000 keine irdische Glückseligkeit denkbar ist: an gesunden, stärkenden Nahrungsmitteln, reinlicher Kleidung, menschlicher Wohnung, einem menschlichen Lager?“ Das war die Frage, die ihn quälte. „Wohin ich auch blicken mochte,“ erzählt er selbst, „überall sah ich, dass alle diese wirklichen Bedürfnisse des Lebens, und noch unzählig mehr eingebildete Bedürfnisse der Glücklichen, nur durch das Ergebnis menschlicher Arbeit befriedigt werden. Ja, alles was das Leben erhält, veredelt, verschönert, ist durch Arbeit da; und doch sehen wir gerade die arbeitenden Klassen Mangel leiden an allem dem, was sie doch selbst hervorbringen; und umgekehrt, die nicht arbeitenden, aber geldreichen Klassen im Besitz eines Ueberflusses an allen denjenigen Dingen, die durch Arbeit hervorgebracht werden. Durch die Art, wie das Geld von seinen Besitzern gehandhabt wird, wird es also zu einem Talismann, um sich, ohne zu arbeiten, in den Besitz der meisten und wertvollsten Produkte der Arbeit zu setzen; die Arbeitenden sich dienstbar, zu jedem Preise dienstbar zu machen.

„Wenn aber die Arbeit die Quelle aller Güter ist, wenn die Arbeit der Arbeitenden hinreicht, nicht allein diese am Leben zu erhalten, sondern auch die Nichtarbeitenden mit tausendfachem Ueberfluss zu überschütten, müsste dann nicht auch der Geringste im Volk in mässiger Arbeit menschliche Nahrung, menschliche Kleidung, menschliches Obdach finden können? und müsste der National-Reichtum selbst in dem Verhältnis wachsen, als die arbeitenden Klassen vollständiger, zweckmässiger beschäftigt, ihre Arbeit durch die vollkommensten Werkzeuge erleichtert würde, und ihre Hervorbringungen fremde Erzeugnisse, und

der, infolge ihrer bessern Ernährung, zunehmende Verbrauch unserer Erzeugnisse, fremde Märkte für diese letztern entbehrlich machen würde?

„Woher denn die Erscheinung, dass die arbeitenden Klassen mit immer steigendem, länger kaum zu ertragendem Elend kämpfen?

„Sie darben, nicht weil es an Brot und Fleisch fehlte, sie zu sättigen; sie ermangeln der notdürftigsten Kleidung, nicht weil nicht Flachs und Wolle genug vorhanden wäre, ihre Blösse zu bedecken; sie sind zu drei, vier und mehr Familien, Gesunde und Kranke, bei Tag und Nacht in eine Kammer eingepfercht, nicht weil es an Raum, an Lehm, Kalk, Holz und Steinen fehlte, um allen Menschen geräumige und heitere Wohnungen zu gewähren; sie entbehren das nötige Brennmaterial, nicht weil dessen nicht genug vorhanden wäre, damit alle die erstarrenden Glieder erwärmen könnten: — nein, die Quelle alles Uebels liegt einzig darin, dass Millionen nichts haben als ihre Arbeitsfähigkeit und dass der Wert dieser letzteren durch die Maschinenkräfte bestimmt wird; darin, dass der arbeitende Mensch sich mit demselben Preise begnügen muss, wofür eine Maschine seine Arbeit liefern kann, und der Familienvater, der sechs, zehn und mehr Menschen zu ernähren hat, gar für denselben Lohn arbeiten muss, wofür der Einzelne notdürftig arbeiten kann. So die Ursache des Elends der benachteiligten Klassen bis zur Quelle verfolgend, fand ich sie in der Wertlosigkeit der menschlichen Arbeit im Verhältnis zu dem alles beherrschenden Gelde.

„Die Gesellschaft besteht noch immer, wie zu den Zeiten der Unterjochungskriege, aus zwei Ständen: aus einem Nährstande und einem Zehrstande. Den einen bilden alle diejenigen, die irgend etwas hervorbringen, was die Erhaltung des Lebens bedingt oder es verschönert und veredelt; den andern die Geldprivilegierten, d. h. die von fixen Geldeinnahmen: Zinsen, Renten, Mieten, Dividenden, Besoldungen, Pensionen u. s. w. lebenden Staatsbürger.

„Die Geldprivilegierten und die arbeitenden Klassen stehen sich, durch einander widerstrebende Interessen scharf geschieden, feindlich gegenüber; die Lage der erstern verbessert sich in demselben Verhältnis, als jene der letztern sich immer mehr verschlimmert, kümmerlicher, elender wird."

Zu dieser Einsicht gelangte Gall bereits im Jahre 1818. Seine hier gegebene Formulierung stammt aus dem Jahre 1835 und ist enthalten in einem „Mein Wollen und mein Wirken" überschriebenen Anhang zu der Schrift: „Beleuchtung der Försterschen sogenannten Kritik der gerühmtesten Destilliergeräte. Nebst Vorschlägen zu einem Wettbrennen zwischen denjenigen Apparaten, welche darauf Anspruch machen, die zweckmässigsten zu sein. Trier 1835."

Gall erkannte klar, dass die ökonomische Entwicklung dahin führen müsse, „allen Besitz in den Händen der Geldprivilegierten zu vereinigen, alle andern Klassen der Staatsbürger dieser einzigen um jeden Preis dienstbar zu machen, alles Höherstreben zu ersticken, alle Kultur zu vernichten". Er nennt die ökonomische Entwicklung selbst eine „Umwälzung, gefährlicher als je eine" — und betrachtet so schon die kapitalistische Pro-

duktionsweise als einen revolutionierenden, nicht als einen Revolution bewirkenden Prozess.

Diese Kritik der ökonomischen Verhältnisse führt Gall zum Kollektivismus. Seine eigene Darstellung der Entwicklung kollektivistischer Ideen in ihm ist so treffend, sein Gedankengang so gerade und seine Sprache so klar, dass wir seine 1835 niedergeschriebenen Worte in extenso wiedergeben:

„Wie sollten die arbeitenden Klassen und Besitzer kleiner Kapitalien der wucherischen Vermittlung der nicht arbeitenden Besitzer grosser Kapitalien nicht entbehren können? Sollte die Verblendung unzerstörbar sein, welche jene verhindert, zu erkennen, dass sie durch Vereinigung ihrer Kräfte und ihrer, wenn noch so kleinen, Kapitalien stark und reich sein würden? dass sie nur in ihrer Vereinzelung schwach und arm sind? dass sie nur einzeln den Geldprivilegierten zur leichten Beute werden konnten? dass 1000 Morgen Land, als ein grosses Gut bewirtschaftet, nicht halb so viel Zugvieh, Ackerwerkzeuge, Zeit, Arbeit und Ausgaben aller Art erfordert, als dieselben 1000 Morgen in 100 einzelne Besitzungen und 3000 Parzellen verteilt? dass die Wartung und Pflege von 100 Haustieren in einem Stalle nicht ein Zehnteil der Arbeitskräfte in Anspruch nimmt, welche dieselben, in fünfzig Ställen verteilt, verlangen? dass ein zweckmässig gebauter grosser Stall, eine grosse gemeinschaftliche Scheune, ein grosser gemeinschaftlicher Speicher, nicht halb so viel kosten, als fünfzig einzelne Ställe, Scheunen und Speicher? dass in einer gemeinschaftlichen Scheune eine Dreschmaschine die Arbeit verrichten kann, welche jetzt die Zeit von fünfzig Menschen in Anspruch nimmt?

„Wie viel sicherer und wohlfeiler wäre die Aufbewahrung der Ernte in wenigen grossen, zweckmässig eingerichteten Scheunen und Magazinen, als in hundert einzelnen, meistens schlechten Schuppen?

„Wie viel einfacher und vorteilhafter die Milchwirtschaft in einigen eigens dazu hergerichteten Milchkammern, als in hundert schmutzigen Winkeln?

„Wie viel vorteilhafter eine grosse, rationell betriebene Brennerei oder Stärkesyrupfabrik, als mehrere kleine Sudelküchen?

„Wie viel vorteilhafter und bequemer zehn grosse Gebäude mit abgesonderten Wohnungen, als hundert einzelne Häuser und Hütten?

„Wie viel wohlfeiler die Beheizung und Erleuchtung solcher gemeinschaftlichen Wohngebäude?

„Wie viel wohlfeiler und reinlicher die Zubereitung der Lebensmittel (für jeden nach seinen Mitteln wie in den städtischen Garküchen) in einer grossen gemeinschaftlichen Küche mit einem Feuer durch fünf oder sechs Personen, während dies Geschäft jetzt in hundert Küchen hundert Feuer, zwanzigmal mehr Küchengeräte und die Hälfte der Zeit von hundert Personen erfordert?

„Wie viel vorteilhafter gemeinschaftliche Waschküchen, Backöfen, Trockenöfen?

„Welche Kosten- und Zeitersparnis, wenn jeder in einem gemeinschaftlichen Warenhause, welches sich mit allen Bedürfnissen aus der

ersten Quelle versieht, zum kostenden Preise alles das findet, dessen Ankauf jetzt so viele Gänge nach der Stadt, so viele dadurch veranlasste Wirtshäuserbesuche und unnötige Ausgaben herbeiführt?

„Welche Kosten- und Zeitersparnis, wenn nur ein Beauftragter der Gemeinde die Erzeugnisse ihres Fleisses auf den Markt begleitet?

„Welcher noch grössere Vorteil für alle, nicht zu jedem Preise verkaufen zu müssen, günstige Konjunkturen abwarten zu können?

„Welche Masse von ersparten Arbeitskräften und Ausgaben, die nun dazu verwendet werden können, zunächst nach und nach vom Dringendsten zum bloss Nützlichen oder Bequemen fortschreitend, die nötigen gemeinschaftlichen Oekonomie- und Wohngebäude aufzuführen; die zweckmässigsten Ackergeräte und Werkzeuge anzuschaffen; die Felder sorgfältiger zu bestellen; grosse Bewässerungssysteme auszuführen; ergiebigere, mehr Handarbeit erfordernde Pflanzen zu bauen; den Obstbau auszudehnen und zu veredeln; eine Tuchweberei, eine Gerberei anzulegen!

„Gütergemeinschaft also?

„Keineswegs! Nichts als eine Association der Kapitalien zu einem gemeinschaftlichen Betriebsfonds zum Besten aller und jedes Einzelnen, wie sie bei jedem Kompagniegeschäft stattfindet. Die Einlage jedes Einzelnen an Geld, Grundstücken, Gebäuden, Zug- und Milchvieh, Werkzeugen u. s. w. wird abgeschätzt, und jeder erhält, nach vorheriger Berichtigung der Arbeitslöhne, Steuern und andern Ausgaben, aus dem Ueberschuss des Ertrags 5 % Zinsen seines Kapitals, und von dem dann sich noch ergebenden Gewinn wird die Hälfte zurückgelegt und die andere Hälfte als Dividende dergestalt verteilt, dass auf jedes Familienhaupt doppelt so viel, als auf jeden unverheirateten Gesellschafter, und auf tausend Taler Kapital wieder ebensoviel, als auf einen dieser letztern kommt."

Das waren die Ansichten des jungen Regierungssekretärs! Fünfundvierzig Jahre hat er für die Verbreitung derselben gewirkt, fünfundvierzig Jahre lang hat er, verspottet und verlacht, seine Ueberzeugungen verkündet, kein Opfer — selbst das höchste nicht: Geldopfer! — hat er gescheut, sein Hab und Gut und sein Leben hat er daran gesetzt, um das Elend der arbeitenden Klassen aufzuheben.

Im Jahre 1818 versuchte er, durch einen Aufruf des Freiherrn von Gagern angeregt, unter dem Namen „Gagernsche Gesellschaft" in Trier einen Verein für den Zweck zu stande zu bringen: „dem darbenden und nicht zufriedenen deutschen Manne Arbeit und Verdienst und genügende Wohnung und Besitz auf der Erde, und vorzugsweise im Vaterlande, zu verschaffen, — unabänderlich beschlossene Auswanderung aber durch Rat und That zu erleichtern".

Um alle seine Kräfte der Durchführung dieser Idee zu widmen, realisierte er sein nicht unbedeutendes Vermögen und suchte um seine Entlassung als Staatsdiener und Unterthan nach, die ihm am 12. Februar 1819 gewährt wurde. Als er sich bald darauf um die Genehmigung der preussischen Regierung für die Gagernsche Gesellschaft bemühte, erhielt er folgenden Bescheid:

„Auf Ihr Schreiben vom 4. d. M., gerichtet an unseren Chefpräsidenten, erwidern wir Ihnen, dass wir eine sogenannte „Gagernsche Gesellschaft“ nicht als hier existierend ansehen können, da nach bekannten gesetzlichen Bestimmungen ohne besondere königliche Bestätigung keine Gesellschaften für öffentliche Zwecke statutarisch gebildet werden dürfen. Sie insbesondere haben gar kein Recht, hier dergleichen Gesellschaften zu errichten und sonstige öffentliche Handlungen derart vorzunehmen. Sie werden vielmehr ganz nach den Gesetzen als Fremder angesehen und haben sich darnach zu achten.“

Nach diesem Bescheide der Regierung sah Gall sich bald von denen, welche ihre Mitwirkung zugesagt hatten, verlassen. Er selbst berichtet darüber: „Im Widerspruch mit Behörden — heisst es jetzt — würde man ja doch nichts Wesentliches zu leisten im stande sein und ohne dass es der Sache fromme, sich vielleicht nur gar Verdrüsslichkeiten bereiten u. dgl. m. . . .“ Die im Entstehen begriffene Gesellschaft löste sich auf.

Vorher schon hatte Gall sich in Verbindung gesetzt mit einer Gesellschaft in Bern, welche die Anlegung einer Kolonie im Westen von Nord-Amerika beabsichtigte. Dieser Gesellschaft stellte er sich nun ganz zur Verfügung und wurde am 18. März von der Generalversammlung, welche eine Kommission mit Baumeister Küpfer als Vizepräsidenten und Fürsprech Messmer als Sekretär definitiv konstituierte, zu einem der drei Kommissäre ernannt. Mit Freuden nahm er diese „weder Sold, noch Bänder, noch Titel, aber ein unbeschreiblich beglückendes Bewusstsein gewährende Stelle“ an. Als Einschiffungsplatz der Kolonisten hatte man Antwerpen und als Abfahrtstermin Ende April bestimmt. Gall brach deshalb am 6. April mit seiner 19jährigen Gattin, die sich durch nichts abhalten liess, ihn zu begleiten und die Beschwerden der Reise mit ihm zu teilen, von Trier auf, auf einem Schiffe die mäandrisch sich windende Mosel und den Rhein hinabgetragen. Je mehr er sich dem Einschiffungshafen näherte, desto klarer ward ihm die Notwendigkeit, dass die Auswanderung organisiert werden müsse. „Tausende, die mit blutendem Herzen vor drei Jahren den Wanderstab ergriffen hatten, um sich nach Amerika einzuschiffen, waren, aus den holländischen Häfen zurückkehrend, hier durchgekommen. Das hatte ich freilich schon gewusst; auch die bedauernswerte Lage dieser Unglücklichen hatte ich mir schon recht lebhaft gedacht, aber wie sehr überstieg, was ich jetzt von dem grässlichen Elende jener armen Menschen erfuhr, alle meine Vorstellungen! Viele waren, unfähig, sich in die Notwendigkeit der Rückkehr zu fügen, immer noch hoffend, bis zur Annäherung des Winters in der Nähe der Seestädte geblieben. Jetzt erst, gewaltsam enttäuscht, machten sie sich auf den Heimweg. Halb verhungert, in Lumpen voll Ungeziefers gehüllt, und vor Entkräftung den siechen Körper nicht weiter zu schleppen vermögend, waren die meisten in dieser Gegend angekommen, und doch hatte man den Aermsten keine Erholung gönnen können, weil für die täglich Nachkommenden Platz gemacht werden musste. Die nicht mehr gehen konnten, hatte man auf Wagen weggeschafft. Fast jede Familie hatte einen Verlust zu beweinen. Kummer und Mangel hatten dieser den Vater, jener die Mutter geraubt.“

In Antwerpen entwickelte Gall eine fieberhafte Thätigkeit. Er schloss Verträge mit Rhedern und Viktualienhändlern ab, sorgte für eine zweckmässige Einrichtung der Auswandererschiffe, liess das Zwischendeck in abgesonderte Räume teilen und trug Sorge, dass nur gute Lebensmittel an Bord gebracht wurden. Nach langer Verzögerung trafen die Schweizer und die beiden andern Kommissäre schliesslich in Antwerpen ein. Als Gall seine Kollegen erblickte, wusste er, dass das Unternehmen scheitern müsse. Nach unendlichen Schwierigkeiten stach das Schiff am 25. Mai in See. In seinem Tagebuche berichtet Gall am 28. Mai: „Was für ein Völkchen meine Gefährten sind!" Ein grosser Teil der Passagiere bestand aus Schleichhändlern, Dieben, Betrügern, öffentlichen Dirnen und anderem Gesindel. Mehrere waren sogar erst vor ihrer Abreise aus den Gefängnissen der Schweiz entlassen worden und die Gemeinden, aus welchen sie herstammten, hatten die Bestreitung ihrer Ueberfahrtskosten nach Amerika unter der Bedingung übernommen, dass sie nie wieder den vaterländischen Boden betreten sollten. — „Vortreffliche Pflänzlinge!" ruft Gall in bitterer Ironie, als er merkte, wie schändlich er hintergangen war Zuerst wurde das Gelichter durch die Seekrankheit in Zucht gehalten. Als stilleres Wetter eintrat, wurden sie aufsätzig. Sie weigerten sich, Arbeiten zu verrichten, die unbedingt nötig waren, um das Schiff und das Leben aller zu retten. Ihre paar Habseligkeiten suchten sie sich durch Kartenspiel gegenseitig abzutreiben. Ein Passus aus dem Tagebuch zeigt uns, welche Zustände auf dem Schiffe herrschten. Unterm 4. Juli schreibt Gall: „Unsern Proviantmeister fand ich mit mehreren andern Passagieren — kartenspielend! Fast erschrak ich bei ihrem Anblick. Aus roten, stieren Augen blickte Habgier und Spielwut. Neben ihnen stand eine ausgebrannte Laterne, Wein, Brot und Fleisch. Sie hörten und sahen mich nicht. Seit acht Tagen schon, so erfuhr ich jetzt, hatte der Unheil bringende Dämon des Spiels sich hier eingenistet und die zwei letzten Nächte und Tage war ununterbrochen durchgespielt worden. Kaum hatte der Proviantmeister sich losreissen können, um die Lebensmittel auszuteilen." Das Spielen wurde nun förmlich verboten und das Verbot von Gall energisch durchgeführt, indem er den Leuten die Karten mit Gewalt wegnahm und dem auf ihn eindringenden Proviantmeister die geladene Pistole entgegenhielt. Einige Tage darauf versuchte ein wüster Geselle, Gall über Bord zu werfen. Als das infolge dessen über ihn verhängte Urteil, ihn in Eisen zu legen, ausgeführt werden sollte, kam es zu offener Rebellion, die dadurch gefährlich wurde, dass der Kapitän nicht aller seiner Matrosen sicher war. Die Meuterer rotteten sich auf dem Vorderteile des Schiffes zusammen. Auf Galls Vorschlag wurden dann hinter einem als Vorhang in die Quere des Schiffes niedergezogenen grossen Segel mit der grössten Eile drei kleine Schiffskanonen geladen und auf den Schnabel des Schiffes gerichtet; sechs zuverlässige Matrosen erhielten geladene Pistolen und Säbel und drei von ihnen wurden mit brennenden Lunten an die Kanonen gestellt. Der Kapitän, die beiden Steuermänner und Gall, in Uniform und ebenfalls mit Pistolen und Säbel bewaffnet, nahmen eine erhöhte Stelle hinter den Kanonen ein. Hierauf wurden, einer nach dem andern,

die Gutgesinnten alle namentlich hinter den Vorhang gerufen, und dann an das äusserste Ende des Hinterkastells beordert. Mehrere weigerten sich jedoch, der Aufforderung Folge zu leisten; sie gingen indessen ebenso wenig zu den Widerspenstigen über, welche sich nach dem Schnabel zurückzogen. Jetzt begab sich der Untersteuermann bis auf die Mitte des Verdecks und gebot im Namen des Gesetzes allen Passagieren, in fünf Minuten in das Zwischendeck zurückzukehren, und gab, als keiner gehorchte, durch einen Pistolenschuss das Signal, worauf das Segel plötzlich in die Höhe rollte. Der Schuss und der unerwartete Anblick der getroffenen Anstalten thaten ihre Wirkung; in der grössten Bestürzung drängte sich alles nach den Luken, die nicht weit genug waren, alle zu fassen. Nur einige der hartnäckigsten blieben zurück. — „Zwei Minuten noch und Ihr seid Kinder des Todes!“ rief der Kapitän und zugleich näherten die an den Kanonen stehenden Matrosen die brennenden Lunten dem Zündpulver. Jetzt erst schlichen sie sich, einer nach dem andern, hinunter. Waffen und Messer wurden abgeliefert und der Schuldige auf dem Verdeck mittelst einer Fussschelle festgeschlossen.

In Amerika angekommen, löste sich die Gesellschaft sofort auf. Gall erhielt von den Kommissären der Kolonisationsgesellschaft nur einen Teil seiner bedeutenden Vorschüsse zurück und auch erst nach Anrufung der Gerichte. Trotzdem verlor er den Mut nicht; trotz der frostigen Gleichgültigkeit, mit der man ihn überall empfing, war er unermüdlich thätig, die gutsituierten Deutsch-Amerikaner zu veranlassen, sich ihrer bedrängten Landsleute anzunehmen, ihnen den Weg zu weisen, auf dem sie durch Arbeit zu einer auskömmlichen Existenz gelangen könnten, und vor allen Dingen forschte er nach einer zur Niederlassung für deutsche Kolonisten geeigneten Gegend.

Gall wählte schliesslich Harrisburg in Pennsylvanien zu seinem Aufenthaltsorte, um von hier aus Nachforschungen nach einem fruchtbaren, durch Lage und Klima geeigneten Landstrich anzustellen.

Als er sich hier ungefähr zehn Monate aufgehalten hatte, legte er seine Erfahrungen nieder in der Schrift: „Gutgemeinter Rat an meine deutschen Landsleute“ Er empfiehlt darin in erster Linie Vereinigung in grösseren Gesellschaften schon im Vaterlande. Hierdurch würden die Kosten der Ueberfahrt und der weiteren Wanderung durch Amerika bedeutend vermindert, die Ansiedlung unglaublich erleichtert werden. Diejenigen, welche nicht schon in geschlossenen Gesellschaften in Amerika ankommen, sollten keinen Augenblick verlieren, sich in Gesellschaften von 10 bis 100 Familien zu vereinigen. „Stark durch Vereinigung und gegenseitige Unterstützung, werdet Ihr mit leichter Mühe alle Schwierigkeiten überwinden und in wenig Jahren, wohlhabend und unabhängig, im Schosse glücklicher Familien die Früchte Eures Fleisses in ungestörtem Frieden geniessen und segnen werdet Ihr dann die Stunde, in welcher Ihr das freie amerikanische Ufer betratet.“ Gall verhehlt sich allerdings nicht, dass harte Arbeit notwendig und dass diese auch keinen Reichtum, wohl aber sicheres Auskommen bieten werde, wenn die Auswanderer fest zu *einander halten.* „Bekannt mit den für einzelne, besonders für unbe-

mittelte Emigranten fast unüberwindlichen Schwierigkeiten einer ersten Ansiedlung in unangebauten Gegenden, — durchdrungen von der Ueberzeugung, dass jeder Europäer, der sich in einer Wildnis allein ansiedeln wollte, und wäre er auch vom Jammer geboren und vom Elende erzogen, unter den ungewohnten Mühseligkeiten und Entbehrungen erliegen würde, muss ich unbedingt darauf bestehen, dass die ersten Emigranten, welche sich auf einem der für sie zu meiner Verfügung gestellten Landstriche niederlassen wollen, sich vor ihrer Hierherkunft in Gesellschaften von wenigstens zehn Familien vereinigen und sich gegenseitig verpflichten, sich sämtlich als die Glieder einer Familie zu betrachten; demnach nicht allein die Kapitalien der Gesellschaft zur Bestreitung aller für den gemeinschaftlichen Zweck erforderlichen Ausgaben zu verwenden und die ersten drei Jahre für gemeinsame Rechnung zu arbeiten, sondern auch durch Stimmenmehrheit dreien verheirateten Männern aus ihrer Mitte, als Vorstehern der Gesellschaft, die Leitung der Kolonisation zu übertragen und den Anordnungen derselben unbedingte und pünktliche Folge zu leisten.“

Die Vorteile, welche eine Vereinigung der physischen Kräfte und der Kapitalien hat, beweist Gall in einer eingehenden Berechnung schlagend. Er schliesst seinen „gutgemeinten Rat“ mit den Worten:

„Was ich weiss und durch uneigennützige und unermüdliche Thätigkeit vermag, soll, so lange ich mich in den Vereinigten Staaten aufhalte, dem Wohle jener Kolonieen gewidmet sein. Ich will den Ansiedlern zweckmässige Pläne zu ihren Dörfern und ihren Häusern entwerfen; will ihnen bei dem Bau einer Sägemühle und der Einrichtung einer kleinen Branntweinbrennerei behülflich sein; will später, wenn die dringendsten Arbeiten beseitigt sein werden, ihnen helfen, eine Schnellgerberei anzulegen und sie mit den bei dem Schnellgerben vorkommenden Handgriffen bekannt machen; will mich bemühen, ihnen Pflänzlinge von guten Weinreben, Zweige von den besten Obstarten zur Veredlung ihrer Wildlinge, Gemüsesämereien für ihre Gärten und Seidenraupeneier zur Einführung des nützlichen Seidenbaus zu verschaffen, — und ich gebe der süssen Hoffnung Raum, dass auch in diesen Bestrebungen die schon bestehenden deutschen Gesellschaften und die menschenfreundlichen Hülfsvereine, welche sich hier noch bilden werden, mir gerne eine hülfreiche Hand reichen werden.“

Am 7. August 1820 hatte sich infolge von Galls Bemühungen eine deutsche Gesellschaft in Harrisburg konstituiert, deren Präsident Georg Lochmann und deren Vicepräsident Jakob Bucher war. Gall bildete mit Friedrich W. Leopold und R. Schunk das Landkomitee, dessen Aufgabe es war, die von Gall bereits mit den Eigentümern grosser Landstriche zum besten deutscher Emigranten angeknüpften Verhandlungen fortzusetzen, Erkundigungen über die Lage und die Beschaffenheit der Ländereien einzuziehen, die Rechtsgültigkeit der Eigentumstitel zu untersuchen und den zur Niederlassung auf jenen Ländereien geneigten Ankömmlingen die erforderlichen Anweisungen zu erteilen. Die Harrisburger Gesellschaft sollte so nicht eine blosse Almosengesellschaft sein, wie die bereits in New-York, Baltimore, Philadelphia und Lancaster bestehenden.

Bald nachdem er die Gründung der Harrisburger Gesellschaft zu stande gebracht hatte, kehrte Gall nach Deutschland zurück. Seine Mittel waren erschöpft; er hatte fast sein ganzes Vermögen eingebüsst. Seine Herzensgüte hatte ihn das Opfer gewissenloser Schwindler werden lassen. Die Elemente, welche sich an den des Landes unkundigen Fremden herandrängten, hatten die schändlichsten Erpressungen gegen ihn begangen, die wohlhabenden Deutschen hatten wenig Interesse für seine Pläne, die armen nahmen seine Güte in Anspruch und vergalten sie mit Unverschämtheit. Seine Illusionen über Amerika waren vergangen. Er hatte Menschlichkeit und Wohlwollen erwartet und hatte die schnödeste Habsucht und rücksichtslose Selbstsucht gefunden. Trotz der bitteren Enttäuschung bleibt Gall derselbe. An Erfahrungen reich, an Gütern arm kehrt er nach Deutschland zurück, wo er es als seine erste Pflicht betrachtet, seine Wahrnehmungen und Erfahrungen mitzuteilen, um Auswanderungslustige zu warnen.

Für seine ganze Habe und die Aufopferung seiner Anstellung im Staatsdienst hatte er, wie er selbst sagt, nichts als die noch innigere, in mancher Beziehung berichtigte, ergänzte, vervollständigte Ueberzeugung eingetauscht, dass kein Teil der bewohnbaren Erde für übervölkert gehalten werden darf, so lange er noch nicht in einen Garten umgewandelt ist; so lange es darin noch Höhen abzutragen, noch Tiefen auszufüllen, noch Sümpfe auszutrocknen giebt; so lange darin noch Chausseen, Kanäle oder Eisenbahnen nicht alle Wohnstätten des Menschen verbinden; so lange darin Menschen noch in Hütten leben, welche der Wohlhabendere sogar für seine Tiere zu schlecht halten würde; dass daher an Gelegenheit zur nützlichen Beschäftigung der arbeitlosen Darbenden in Deutschland noch lange kein Mangel sei; dass aber der in einer civilisierten Gesellschaft lebende Mensch nicht allein ein Recht zur Arbeit hat, sondern auch für seine Arbeit die Mittel zu einer menschlich würdigen Existenz zu erwarten berechtigt ist; dass es das eigene Interesse der Gesellschaft erheischt, keine Arbeitskraft unbeschäftigt, unbenutzt zu lassen; dass die Vereinigten Staaten bei einer dünneren Bevölkerung, als sie irgendwo in Deutschland gefunden wird, ihre Eisenbahnen, ihre zahlreichen Kanäle, ihre unzähligen Dampfschiffe, ihre herrlichen Städte und eine beispiellose allgemeine Wohlfahrt hauptsächlich der Einsicht verdanken, dass für eine menschliche Gesellschaft nichts verloren ist, als unbenutzt gelassene Arbeitskräfte und der aus jener Einsicht hervorgegangenen Kunst, die vorhandenen Arbeitskräfte vollständiger, nützlicher zu beschäftigen; dass die menschliche Thätigkeit, die dort so üppige Früchte trägt, hier und allenthalben dieselben wohlthätigen Wirkungen hervorbringen muss.

Diese Einsicht zu verbreiten und ihr gemäss zu wirken, betrachtete Gall als seine Hauptaufgabe.

Die ersten Jahre nach seiner Rückkunft wurden jedoch durch die Sorgen für seine Existenz fast ganz in Anspruch genommen. 1823 trat er wieder in Staatsdienste, indem er die Stelle eines Kreissekretärs in Trier annahm. 1825 wurde er nach Wetzlar versetzt. In demselben Jahre veröffentlichte er die Schrift: „Was könnte helfen? Immerwährende Ge-

treidelagerung, um jeder Not des Mangels und des Ueberflusses auf immer zu begegnen, und Kreditscheine, durch die Getreidevorräte verbürgt, um der Alleinherrschaft des Geldes ein Ende zu machen. Mit Abbildung. Trier 1825.“ Er stellt darin als Grundursache der Not aller produzierenden Klassen, namentlich des landwirtschaftlichen Standes, die Wertlosigkeit der menschlichen Arbeitskraft hin. Die Geldwirtschaft hat dahin geführt, dass die produzierenden Klassen einen immer grösseren Teil ihrer Produkte an die Geldbesitzer abgeben müssen. Um nun die Landwirtschaft von den Geldbesitzern und damit von der Bewucherung frei zu machen, sollen Anstalten getroffen werden, den Wert des Getreides ohne diese Geldbesitzer zu mobilisiren. Das soll geschehen durch Errichtung von grossen Getreidespeichern und Ausgabe von auf den Wert des gelieferten Getreides lautenden Papiergeldes. Die Folge wird sein, dass Kornwucher aufhört, die durch Spekulanten hervorgerufenen grossen Schwankungen der Getreidepreise vermieden werden und die produzierenden Klassen einen geringeren Teil der Produkte an die Geldbesitzer abgeben.

Infolge dieser Schrift ging Gall von dem Minister Schuckmann die Eröffnung zu: man ersehe daraus, dass er nicht hinreichend beschäftigt sei und werde dafür sorgen, dass es ihm an Dienstarbeiten nicht wieder fehle.

Um dieselbe Zeit war Gall mit den Werken von Robert Owen, Fourier und St. Simon bekannt geworden, die er zum Gegenstande eifrigsten Studiums machte. Jene Systeme, meint er, beruhen, wenn man von den „oft albernen Nebendingen“ absieht, auf demselben Princip, auf einigen Grundwahrheiten, die so alt sind wie die Welt, die nie bestritten worden sind und nie werden bestritten werden: dass vereinigte Kräfte mehr vermögen als vereinzelte, dass z. B. das Brotbacken in gemeinschaftlichem Backofen weniger kostet, als in eigenen Backofen für jedes Haus.

Gall hatte diese Wahrheit schon früher erkannt und ihr gemäss zu wirken gesucht; seine Ueberzeugung, dass die arbeitenden Klassen mit geringem Eigentum nur durch Vereinigung ihrer Kapitalien und Arbeitskräfte zu gemeinschaftlicher Feld-, Garten- und Fabrikarbeit noch grösserem Elende entgehen könnten, wurde durch das Studium der Schriften jener Socialisten nur noch tiefer und fester begründet.

Diese seine Ueberzeugung war so tief und fest, diese Wahrheit erschien ihm so leichtverständlich, dass er sich dem Glauben hingab, es komme nur darauf an, sie andern mitzuteilen, um auch bei ihnen eine jeder Aufopferung fähige Begeisterung zur Verbesserung des Loses der ärmeren Klasse hervorzurufen. Zu diesem Zwecke beschloss er, eine Zeitschrift in zwanglosen Heften unter dem Titel: „Menschenfreundliche Blätter“ herauszugeben, die er im August 1828 mit einer Schrift über die Niederländischen Armen-Kolonieen eröffnete. Das zweite Heft sollte das Owen'sche System in einer allegorischen Erzählung „the revolt of the bees“ darstellen. Die Herausgabe unterblieb, weil von dem 1. Heft nur einige Hundert Exemplare gekauft worden waren. „Welche Unterhaltung war auch in menschenfreundlichen Blättern zu finden!“ ruft Gall bitter aus.

Gall widmete sich nun für einige Zeit fast ausschliesslich der Technologie. Durch Erfindung gewerblicher Verbesserungen wollte er die Mittel beschaffen, weitere Geldopfer für die Versuche zur Verwirklichung seiner Ideen zu bringen. Es war sein Plan, sobald er begründete Aussicht hätte, im Laufe einiger Jahre 15 bis 20,000 Taler zu sammeln, der Ausführung seiner Ideen alle seine übrigen Lebenstage zu widmen. Er wollte sich zu dem Zwecke in einer dazu geeigneten Landgemeinde niederlassen, und war entschlossen, nötigenfalls Jahre damit zu verbringen, durch die Vorteile einiger gemeinschaftlichen Anstalten in den Einwohnern selbst die Idee und den Wunsch einer allgemeinen Vergesellschaftung hervorzurufen.

Beginnen wollte er damit, der Gemeinde zum gemeinschaftlichen Gebrauche einige der zweckmässigsten Pflüge, einige Eggen und Walzen, einen zum Transport schwerer Hölzer besser als die gewöhnlichen geeigneten Wagen zu schenken. Dann wollte er ihnen eine Dreschmaschine versprechen, unter der Bedingung, dass sie selbst, nach Verhältnis des Vermögens eines jeden, die Kosten des zu deren Aufstellung nötigen Gebäudes bestritten. Er glaubte, dass die gemeinschaftliche Dreschanstalt von selbst das Verlangen erzeugen würde, ganz in der Nähe derselben auch die erforderlichen Scheunen zu besitzen. Ganz von selbst würde sich so die Gelegenheit bieten, die Vorteile auch anderer gemeinschaftlicher Anstalten, namentlich gemeinschaftlicher Stallungen, zu zeigen. Er wollte fortgesetzt bemüht sein, alle mit getrennter Feldwirtschaft vereinbarten Anstalten zu vermehren und die dadurch ersparten Arbeitskräfte und Ausgaben zur Ausführung gemeinnütziger Arbeiten, wie zur Verbesserung der Wege, zur Anlegung von Bewässerungsgräben, Baumschulen etc., verwenden. Er war entschlossen, und wenn Jahre dazu nötig gewesen wären, mit jedem Einzelnen eine genaue Ertragsberechnung seiner Wirtschaft vorzunehmen und auch die Wohlhabendsten zu überzeugen, dass sie durch eine allgemeine Vergesellschaftung nur gewinnen könnten. Das wohlverstandene Interesse — meint er — würde schliesslich eine allgemeine Vereinigung der Kapitalien und Arbeitskräfte für alle vorteilhaft erscheinen lassen.

Im Jahre 1831 unternahm Gall eine Reise nach Paris und London, um mit den dortigen Sozialisten in Verbindung zu treten. In Paris suchte er Fourier und einige St. Simonisten, in London Robert Owen auf. Aus den Unterredungen mit denselben gewann er die Ueberzeugung, dass sie sich durch Antastung der Moral-Systeme, der politischen Maximen und der religiösen Meinungen unnötige Schwierigkeiten gemacht hätten, da eine Vergesellschaftung zunächst nur die Verbesserung der äusseren Lage der arbeitenden Klassen bezwecke.

Ob der Gedanke, dass zwischen dem Elend der Arbeiter und der politischen Verfassung des Landes ein Zusammenhang besteht, dass den Arbeitern gerade durch die Rechtsordnung, das geltende Sachen- und Obligationenrecht, der grössere Teil dessen, was sie schaffen, abgenommen und durch die Bestimmungen des Familien- und Erbrechts den *privilegierten Familien* erhalten wird, Gall ganz fremd war, kann man mit Recht

bezweifeln. Er hatte aber während seines Aufenthalts in Amerika auf das deutlichste erkannt, dass politische Freiheit der Ausbeutung des Armen durch den Reichen kein Ende macht, und war einsichtig genug, klar zu verstehen, dass man politische Rechte so lange nicht zu einer Veränderung der Eigentumsordnung benützen würde, bis man die Verderblichkeit der individualistischen Wirtschaftsweise und die Vorzüge der kollektivistischen nicht erkannt habe. Diese Einsicht wollte er verbreiten durch Wort und That. Er war immer bereit, Opfer zu bringen, um durch praktische Bethätigung des von ihm als richtig erkannten Princips der Association jedem die Vorteile einer allgemeinen Vergesellschaftung vor Augen zu führen. Er wurde verlacht und verspottet, er wurde betrogen und verdächtigt, doch mit unerschütterlichem Vertrauen zu seiner gerechten Sache verfolgte er sein Ziel, in einer wahrhaft vergesellschafteten Gemeinde ein Bild allgemeiner Wohlfahrt und aller gesellschaftlichen Tugenden aufzustellen.

Gall war kein Träumer. Er hatte ein offenes Auge für die Dinge des praktischen Lebens und eine geschickte Hand. Er benutzte jede Gelegenheit, seine Kenntnisse zu erweitern. Mit seltenem Fleiss verband er eine ausserordentliche Begabung. In technischen Dingen war er ein eminentes Genie. Bereits 1817 hatte er in Trier einen neuen Dampfbrennapparat konstruiert, welcher seiner Vorzüglichkeit halber bald grosse Verbreitung auch ausserhalb Deutschlands gefunden hat. Zu derselben Zeit hatte er bereits Gasbeleuchtung eingerichtet. Seinen Aufenthalt in Amerika hatte er z. T. dazu benutzt, seine technischen Kenntnisse zu vermehren. Nach seiner Rückkehr beschäftigte er sich, obwohl seine beschränkten Mittel ihn sehr einengten, mit praktischen Verbesserungsversuchen des Destillierapparats und zwar zunächst zur Weintrester-Destillation. 1826 erfand er die verschlossene Gährung bei der Weinbereitung mittelst Gasröhren, sowie einen Apparat zur Tresterweinbereitung, 1828 das Verfahren, die überschüssige Säure des Tresterweins durch Wasser und Zucker zu beseitigen, 1831 einen Dampfapparat zur Erregung von Schweiss bei Cholerafällen und ein Verfahren zur Schnellgerberei.

Im Jahre 1833 unternahm Gall eine Reise nach den ältern Provinzen des preussischen Staates und nach Galizien, um der Verbreitung seines Destillierapparats einen lebhafteren Impuls zu geben. Die Mittel, die er aus dem Verkaufe solcher Apparate, auf die er 1829 ein Patent erhalten hatte, erwartete, sollten ihm zur Verwirklichung seiner Ideen dienen.

Während eines zweijährigen Aufenthalts in jenen Ländern erfuhred seine ökonomischen Kenntnisse eine bedeutende Erweiterung. Gall fann hier das Los der arbeitenden Klasse noch elender, als er es am Rhein kennen gelernt hatte. Hier lag ein grosses Gut neben dem andern, auf denen man nach der besten Methode wirtschaften konnte, hier wiegte sich auf endlosen Morgen Halm an Halm des körnerreichen Weizens, hier gab es Getreide und Kartoffeln und allerlei Feldfrüchte in Hülle und Fülle, auf fetten Wiesen grasten zahllose Rinderheerden, in den Wäldern fanden die Schweine eine reichliche Mast, an Pferden und Schafen war kein Mangel — und die Bewohner des Landes befanden sich beständig am Rande des Hungertodes.

Zum ersten Mal erkannte Gall hier das Problem der Ueberproduktion. In den Verhältnissen, in denen er aufgewachsen war, hatte er früh das Elend der Arbeiter erkannt. Sein klarer Blick hatte ihn vor der Täuschung bewahrt, dass die arbeitenden Klassen in behaglichen Umständen leben, und sein für die Leiden Fremder empfängliches Herz hatte ihn dazu getrieben, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie den Arbeitern zu helfen sei. Als Resultat hatte sich ihm ergeben: durch Vereinigung der Kräfte, die vielfach unbenutzt daliegen, muss die Produktivität der Arbeit gesteigert werden; der dadurch erzielte Gewinn soll den Arbeitern zu gute kommen. Gall hatte klar erkannt, dass die Kapitalisten den grössten Teil der vom Arbeiter geschaffenen Produkte sich aneignen; er hatte aber übersehen, dass dieselben mit einem grossen Teil dieser Produkte gar nichts anfangen können. Er hatte bisher nie den Widerspruch erkannt, der darin liegt, dass alle Speicher und Läden, mit Waren gefüllt, nur auf „Nachfrage“ warten, während Hunderttausende, welche alle jene Dinge geschaffen haben, in bitterem Elend leben, weil sie diese Dinge entbehren müssen.

Was ihm in seiner industriereichen Heimat entgangen war, erkannte er sofort, als er in die ackerbautreibenden Provinzen Preussens und nach Galizien kam. Seine oben mitgeteilten ökonomischen Kenntnisse erfuhren eine wesentliche Erweiterung, als er zu der Einsicht kam: „Jene Provinzen leiden an Ueberfluss, an allzu ausgedehntem Getreide- und Kartoffelbau, der daher, wie die dadurch im Ueberfluss hervorgerufenen Spiritusbrennereien, nicht mehr lohnend ist. Die weit über den Bedarf erzeugten ersten Lebensbedürfnisse sind fast wertlos, weil es dafür an Absatz nach Aussen und an Konsumenten im Lande selbst fehlt, da die Masse des Volks, die auf ihrer Hände Arbeit angewiesenen Klassen, zu arm sind und für ihre Arbeit ein zu geringes Aequivalent erhalten, um viel verbrauchen zu können.“

Um der Not der Landwirtschaft abzuhelfen, verlangt Gall Erhöhung des Arbeitslohnes. Diese werde die Konsumation steigern und damit die landwirtschaftliche Ueberproduktion beseitigen. Zahlung höherer Arbeitslöhne soll ermöglicht werden durch Einführung von landwirtschaftlich-technischen Gewerben, insbesondere die Rübenzucker-Fabrikation.

Dieser Anschauung gemäss hält Gall die Errichtung von Versuchs- und Lehranstalten für die landwirtschaftlich-technischen Gewerbe für ein dringendes Bedürfnis. Damit es bald befriedigt wird, bestimmt er den Ertrag seiner Verbesserungen des Destillier-Apparats für die Gründung solcher Lehranstalten. Er schlägt den jährlichen Ertrag nach Abzug aller Kosten für Preussen allein auf mindestens 25,000 Taler an. „Von der Einsicht der preussischen Gutsbesitzer“ — so schliesst er einen Aufruf an dieselben — „hängt es nun allein ab, ob eine Anstalt, wie ich sie vorgeschlagen, schon 1836 oder erst 1837 ins Leben treten, oder ob sie — nur ein frommer Wunsch bleiben wird.“

Ein Baron Ghillany rief Gall 1836 zu sich auf sein Gut in Ungarn, wo er eine Versuchs- und Lehranstalt mit Werkstätten zur Anfertigung *von Brennerei-Apparaten* errichtete. 1839 wurde er von dem Baron Eötvös

als Oberinspektor der landwirtschaftlichen Gewerbe angestellt. Während dieser Thätigkeit erfand er 1842 einen Dampfwaschapparat. 1849 nach Trier zurückgekehrt, widmete er sich ganz der Technologie. Hier gab er 1850 die Zeitschrift „Das Neueste und Nützlichste“ heraus. In den folgenden Jahren erfand er: einen Futterdämpfapparat, einen transportabeln Dampferzeuger zum Kochen, Reinigen der Fässer, Waschen und rauchverzehrende Rauchkesselöfen. 1852 trat er mit einer Erfindung für Weinverbesserung hervor. Das von ihm vorgeschlagene Verfahren, das sich bald unter dem Namen „Gallisieren“ verbreitete und heute noch eine ausgedehnte Anwendung findet, besteht darin, aus zuckerarmem Most, welcher an sich selbst nur sauren Wein zu geben vermöchte, durch Zusatz von damit vergärendem Trauben- oder Stärkezucker und Wasser einen gut trinkbaren Wein darzustellen. Obwohl Liebig das Gallisieren als eine wichtige Erfindung bezeichnete, obwohl es von allen Autoritäten als eine rationelle und dankenswerte Methode der Weinverbesserung anerkannt wurde, kam Gall damals als Weinfälscher mit den Behörden in Konflikt. Die gallisierten Weine wurden, namentlich in der Pfalz, konfisziert und weggeschüttet. Gall beschwerte sich deshalb in einem offenen Sendschreiben an den König von Bayern über das Verfahren der Behörden in der Pfalz, weil es die Wissenschaft beeinträchtige und den Wohlstand des Weinbauers schädige. Wegen dieses Schreibens wurde Gall auf Requisition der Pfälzer Behörden in Stuttgart, wohin er sich zur Herausgabe des „Allgemeinen deutschen Telegraphen“ begeben hatte, verhaftet; es gelang ihm aber 1857, aus dem Gefängnisse zu entfliehen. Er ging wieder nach Trier, wo er bis zu seinem am 31. Januar 1863 erfolgten Tode gelebt hat.

In einer Schrift „Erste Kunde von einem neuen, vielleicht dem folgenreichsten Unternehmen des Jahrhunderts“, mit der Gall das Erscheinen des „Allgemeinen deutschen Telegraphen“ ankündigte, führt er aus:

„Es ist Thatsache, dass ungeheuer viele Arbeitskräfte unbeschäftigt und eine Beute geistigen und körperlichen Elends sind. Es ist Thatsache, dass — besonders in Deutschland — Handel und Industrie noch himmelweit von der Spitze ihrer möglichen Entwicklung entfernt sind. Aber Thatsache bleibt es auch, dass hieran weder Mangel an Naturgaben oder Arbeitskräften, noch Mangel an Kapital die Schuld tragen, — und dass namentlich das letztere noch lange nicht die Art der Verwendung gefunden hat, die für das Beste der besitzenden, wie der arbeitenden Klassen gesucht werden muss.

„Zur Produktion gehören drei Erfordernisse, — Kapital, Talent und Arbeitskraft. Deutschland besitzt diese Faktoren in überreicher Fülle, — es könnte sich selbst genügen, wenn es wollte. Kühn darf es auf sein Panier schreiben: „Wohlfahrt für Alle“, wenn es ernstlich will.

„Nur in der innigsten Verschmelzung dieser drei Elemente, — nur in der Lösung aller Gegensätze, welche zur Zeit noch hemmend in den Weg treten, liegt der Keim einer segenreichen Zukunft.

Kapital, Talent und Arbeit, die nichts vermögen, wenn sie allein stehen, — sie haben im Verein die Welt zu dem gemacht, was sie ist. Im

Verein haben sie die Häuser gebaut, in denen wir wohnen, — die Werkzeuge, die Maschinen geschaffen, mit denen wir arbeiten, — sie haben das sturmvolle Meer zu einem bequemen Eilweg umgewandelt und in den Dampfwagen und Eisenbahnen, den elektrischen Telegraphen wetteifern sie in wohlthätiger Schnelligkeit mit den Blitzen des Himmels. Was wir haben und was wir mehr sind als der stumpfsinnige Neuholländer, — wir verdanken es nur dem vereinigten Wirken von Kapital, Talent und Arbeit!"

Die Industrie nennt Gall die hehre Göttin, welcher wir Tempel an die Stelle der blutigen Altäre des Mars und anderer falschen Dämonen bauen müssen — die Retterin in diesen bedrängnisvollen Tagen, wo die Not so gross geworden ist, dass eine Erlösung fast unmöglich scheint.

Das Haupthindernis liegt darin, dass das Kapital von der Arbeit getrennt ist. Die Anstalten, welche angeblich den Zweck haben, Kapital und Arbeit zusammenzuführen, bewirken thatsächlich meistens das Gegenteil und sind oft reine Schwindelinstitute. „Denn was sind zur Zeit die meisten Kreditbanken, die da wie Pilze aus der Erde schiessen, anders als ein neues Feld, auf dem das Kapital — unter der Maske „der Arbeit zu dienen" — durch den schwindelhaftesten Papierhandel sich in einzelnen Händen in grösseren Massen ansammelt und dadurch für Arbeit und Talent nur noch unzugänglicher wird?"

Die Besitzenden — meint Gall — haben den Vorteil nicht begriffen, der ihnen durch die Vereinigung mit Talent und Arbeit erwächst.

„Habt ihr, die Besitzenden alle, je bedacht, dass jede Arbeitskraft, die sich selbst, die der Gesellschaft, die euch nicht nützt, die ihr müssig lasst, euch schadet? — Nie wird sich euch das traurige Schauspiel darbieten, dass die Arbeiter, die mit einem mässigen Lohn ihre zahlreichen Familien anständig erhalten könnten, sich — wenn ihnen jeder ehrbare Nahrungsweg abgeschnitten ist — mit den Angehörigen in ihre Kammer einschliessen, um freiwillig zu verhungern. Es ist der unbezwingbare Lebenstrieb, der die Todesgedanken ferne von ihnen hält, — der sie aber auch nötigt, wenn nicht durch Arbeit vom eigenen Erwerb, dann in gezwungenem Müssiggang von dem Besitz der Gesellschaft sich zu ernähren oder ernähren zu lassen als Bettler, verschämte Armen, Vagabunden, Betrüger, Diebe u. s. w., und endlich als verurteilte Gefangene. Wer leugnet, dass der Arbeitsfähige in solchem Zustande den Besitzenden viel, sehr viel mehr kostet, als wenn ihm Arbeit geboten wird?

„Welche Vorteile gehen euch, gehen der Gesellschaft nicht verloren durch Vernachlässigung oder Verstossung eines einzigen organisatorischen oder erfinderischen Talents? Es verkümmert jetzt, es wandert aus und vegetiert auf fremdem Boden, — anstatt dass durch die Aufmunterung des einen viele andere ihre Entstehung finden könnten. Denn wie z. B. eine Erfindung hundert andere hervorruft, so treten auch mit der Anerkennung und Belohnung eines Talents hundert andere, oft grössere, ans Licht. Und nun diese Massen von müssigen Arbeitskräften, deren Elend den Besitzenden eine ungeheure Last ist, deren Anblick ihnen die unschuldigste Freude vergällt und sie ungewiss macht, ob nicht schon morgen Rauch und Trümmer da, wo heute noch ihre schönen Wohnungen zu

sehen sind, — jene Arbeitskräfte, welche man so gern in alle Welt zerstreut sehen möchte, wenn diese Zerstreuung anders, als auf Kosten der sie Wünschenden geschehen könnte! Diese Massen, welche ungeheuren Vorteile könnten sie der Gesellschaft, dem Besitz, verschaffen, wenn es ihnen gegönnt wäre, durch Arbeit ihren Unterhalt zu erwerben!

„Mit der Erzeugung alles dessen, was wir zur Erhaltung, Verschönerung und Veredlung des täglichen Lebens verbrauchen, gebrauchen und benutzen, — alles dessen, womit wir Handel treiben und wodurch wir den Nachkommen Zeugnisse hinterlassen von unserer Kultur und Gesittung, von unseren Fortschritten in allem Wissen und Können, — mit der Erzeugung alles dessen sind von je 100 Menschen durchschnittlich nur 25 beschäftigt und zwar etwa 20 mit der Hervorbringung der unentbehrlichen Bedürfnisse, nämlich alles dessen, was wir zur Nahrung, Kleidung, Wohnung und an Werkzeugen und Maschinen, und Gebäuden zur Erzeugung, Herbeischaffung und Aufbewahrung dieser Dinge benötigen, und etwa 5 als Beamte, Lehrer, Geistliche, Aerzte, Kaufleute, Künstler, Schauspieler, Luxusarbeiter etc. beschäftigt. Diese Letzteren — so nützlich, zum Teil selbst unentbehrlich ihre Dienste auch sein mögen, tragen indessen zur Produktion der absolut notwendigen Bedürfnisse nicht das Mindeste bei; mit dieser sind, wie schon gesagt, von je 100 nur 20 Menschen beschäftigt, die übrigen 80 sind Kinder, Greise, Kranke und Arbeitsunfähige, dann, die oben genannten Stände ausgenommen, freiwillige und unfreiwillige Nichtthuer aller Art.

„Es ist also unbestreitbare Thatsache, dass jeder, mit wirklich notwendigen, allen Klassen zu gut kommenden Arbeiten beschäftigte Mensch durchschnittlich fünfmal so viel hervorbringt, als er selbst zu Nahrung, Kleidung und Wohnung bedarf."

In einer Anmerkung zu diesem Passus heisst es:

„Wie jämmerlich wenig von all den Herrlichkeiten, welche die eigentlichen Arbeiter, mit Hülfe der wieder von ihnen geschaffenen Maschinen hervorbringen, ihnen selbst zu Teil wird, das trat bei der grossen Pariser Industrie-Ausstellung in dem erschütterndsten Kontrast vor Augen. Während die nur den reichen und wohlhabenden Klassen zugänglichen Dinge unermessliche Räume füllten, reichte ein winziges Anhängsel zur Ausstellung der Bedürfnisse des Arbeiters aus."

Gall führt dann in seinem Appell an die Einsicht der Besitzenden fort:

„Es ist mithin auch sonnenklar, dass jedes Volk in der Summe seiner Arbeitskräfte die Mittel besitzt, allen seinen Angehörigen, in geistiger wie in materieller Beziehung, eine menschlich würdige Existenz, d. h. genügende Wohnung, Nahrung, Kleidung und Unterricht bei mässiger Arbeit zu verschaffen; — dass es daher barer Blödsinn ist, wenn wir auch nur den kleinsten Teil der vorhandenen Arbeitskräfte unbenutzt lassen, — und dass es ein fluchwürdiges Verbrechen gegen die Menschheit ist, und zugleich gegen uns selber wüten heisst, wenn wir einen grossen Teil der Träger jenes Reichtums an Arbeitskräften, einen grossen Teil unserer geistigen und physischen Arbeiter, in Elend verkommen lassen.

„Und nun betrachtet die eigentümliche Natur der Arbeitskraft — dass sie sich nämlich nicht 24 Stunden aufbewahren lässt, — dass sie unwiderruflich verloren ist, insofern sie sich nicht jeden Tag verkörpern, nicht verwerten kann!

„Welche ungeheure Summen hat die Gesellschaft aufgewendet, um diese Arbeitskräfte heranzuziehen, um sie arbeitsfähig zu machen! — Etwa um sie vermodern zu lassen?"

Aus den Kosten der Erziehung sucht Gall dann den Wert der Arbeitskraft eines erwachsenen Menschen zu berechnen, weist dann darauf hin, dass die Arbeit Wert erzeugt, und zwar das Fünffache des Wertes der Arbeitskraft, und folgert daraus die Notwendigkeit, „alle Arbeitskräfte zu jeder Zeit produktiv zu machen in allen Kreisen".

Seit 40 Jahren bereits hatte Gall diese Wahrheit verkündigt, ohne viel Verständnis zu finden; so schliesst er denn diese Ausführungen mit dem Satze:

„Freilich — und das ist am Ende der einzige Trost auf Erden — wird sich die Wahrheit doch schliesslich Bahn brechen. Aber es geht langsam, und täglich entsteigen den stehenden Gewässern unserer modernen Schwätzer eine Menge Nebelgebilde, welche den klaren Blick verdüstern könnten, wenn die Wahrheit in der vorliegenden Frage nicht so einfach wäre."

Für die volle Würdigung der obigen Ausführungen Galls ist zu beachten, dass sie sich in einem Aufruf befinden, in dem er entwickelt, welchen Vorteil die Gründung eines wohlfeilen Central-Annoncenblattes hat, welches er unter dem Namen „Allgemeiner deutscher Telegraph" ins Leben rufen will und thatsächlich einige Jahre lang herausgegeben hat. Ihm sollte dieses Annoncenblatt keine Einnahmequelle sein, sondern ein Mittel, die Arbeitsuchenden mit Kapitalisten in Verbindung zu bringen. Er wollte damit nicht nur die Organisation des Anzeigewesens anbahnen, sondern in erster Linie den Arbeitsnachweis erleichtern.

Wenn er den Kapitalisten vorrechnet, welche Vorteile ihnen aus der Beschäftigung der Arbeitslosen erwachsen, so treibt ihn nicht der Wunsch, dass dieselben sich einen grösseren Mehrwert aneignen möchten, sondern die Einsicht, dass er nur dann auf Entgegenkommen rechnen dürfe, wenn er beweist, dass ein Gewinn zu erwarten ist.

Trotz seiner Bewunderung für die Fortschritte der Neuzeit liess Gall sich die Augen nicht blenden durch äussere Pracht. Er konnte den staunenden Blick nicht erheben zu den Riesenbauten moderner Techniker, ohne dass er mit herbem Schmerz an die jämmerlichen Baracken dachte, in denen die grosse Masse ihr elendes Leben hinzubringen gezwungen ist.

„Wir leben in einer — schreibt Gall als fast siebzigjähriger Greis im Jahre 1859 — in vielfacher Beziehung merkwürdigen Zeit — in einer Zeit, deren Schöpfungen hier durch ihre überwältigende Kühnheit und Grossartigkeit, dort durch die Unbegreiflichkeit ihrer Wirkungen auch die Besonnensten auf Augenblicke zur staunenden Bewunderung hinreissen können. Aber selbst diese die Erde umgürtenden Eisenbahnen, mit ihren *meilenlangen* Tunnels und Viadukten und ihren die Alpen durchbrausenden,

die steilsten Gebirge übersteigenden Lokomotiven, — auf welche der hirnlose, nur den Bauch pflegende Dünkel so stolz ist, als ob er irgend einen Teil daran hätte, — diese Riesenwerke, gegen welche selbst die Wunderwerke des Altertums wie eitle Schattenbilder verschwinden, was sind sie, vom Standpunkt der Humanität aus betrachtet, anderes, als die egyptischen Pyramiden? Was sind sie anderes, als, wie diese, das Produkt teils des Genies einiger wenigen Heroen des Geistes und der übermenschlichen Anstrengungen von Millionen, welche die Gesellschaft nach einem freudelosen, gequälten Dasein im tiefsten Elend enden lässt, teils angesammelten Kapitals, d h. desjenigen Teils der Produkte der Arbeit anderer verkümmerter Millionen von „Ebenbildern Gottes", welcher diesen zu vollständigerer Befriedigung ihrer Bedürfnisse hätte dienen sollen? — Was aber ist für die grossen Massen der Nationen geschehen? Ist die Lage der handarbeitenden Klassen darum, weil hin und wieder der Tagelohn etwas gestiegen ist, d. h. weil ihnen, wenn man sie gerade nötiger braucht, etwas mehr von den Früchten ihrer Arbeit gelassen wird, auch schon eine menschenwürdigere geworden? Muss nicht die Frau, statt ihrer wahren Bestimmung zu leben, müssen nicht die Kinder schon im zartesten Alter, durch übertriebene Anstrengung ihrer schwachen Muskelkräfte nach wie vor miterwerben helfen, um nur die nächsten Bedürfnisse eines jeden Tages zu erschwingen? Und wo wird den eigentlichen arbeitenden Klassen, deren Anstrengungen wir doch alles, was das Leben erhält und verschönert, alle unsere Genüsse verdanken, von den Produkten der Arbeit, selbst der ganzen Familie, nur das Nötigste zu teil, um nur ohne unablässig nagende und beängstigende Sorge einem ruhigen Ende entgegensehen zu können? Heisst das fortschreiten?"

Wir haben Ludwig Gall zur wohlverdienten Anerkennung bringen wollen — man möge uns deshalb verzeihen, dass wir diesen Artikel durch Auszüge aus seinen überaus seltenen und fast ganz vergessenen Schriften so sehr haben anschwellen lassen! Gall ist der erste, der in Deutschland seine Stimme für den modernen Socialismus erhoben hat, er hat die ökonomischen Ideen desselben mit solcher Klarheit ausgesprochen und mit solcher Hingebung vertreten, dass ihm ein Ehrenplatz unter den Vorkämpfern des Socialismus gebührt.

Gautier, Emile Jean Marie, geboren zu Rennes 1853. Nachdem er das Lyceum seiner Vaterstadt besucht, kam er 1872 nach Paris, um dort die Rechte zu studieren. 1876 ward er Doktor der Rechte. Anfänglich stand er in Verbindung mit Guesde; dann dessen erbittertster Feind geworden, organisierte er in Paris und in den Provinzen Klubs, in denen er die anarchistische Theorie auseinandersetzte. Im Anarchistenprozess von Lyon wurde er am 19. Januar 1883 zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Am 15. August 1885 begnadigt, ging er zu den Opportunisten über, hat sich aber vom aktiven politischen Leben zurückgezogen.

Op. Le Darwinisme social 1880; les Propos anarchistes 1885; le monde des prisons 1888; les heures de travail. —

Gay, Jules, geboren zu Paris 1807. In Verbindung mit Th. Dezamy und J. J. Navel redigierte er den „Almanach de la Communauté

pour 1843", allein sechs Jahre später den „Communiste", in dem er sein ihm eigentümliches System auseinandersetzte. 1868 stellte er dasselbe in dem Buch: Le socialisme rationnel et le socialisme autoritaire dar. Nach einer Kritik des autoritären Socialismus, worunter er das Princip, das der heutigen Gesellschaft zu Grunde liegt, versteht, entwickelt G. den rationellen Socialismus, d. h. den Communismus Owens, wobei er von der Negation des freien Willens und der Verantwortlichkeit des Menschen ausgeht.

Gefängnisarbeit. Im Gothaer Programm von 1875 fordert die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands: Regelung der Gefängnisarbeit. Das Programm sprach damit eine von den Gewerbetreibenden oft erhobene Forderung aus. Insbesondere der Handwerksmeister klagt seit vielen Jahren über Gefängnisarbeit und meint billige Fabrikarbeit. In ihr Erfurter Programm hat die socialdemokratische Partei den Passus über Gefängnisarbeit, den Marx in seinem Programmbrief 1875 bereits bekämpft hatte, nicht aufgenommen.

Geib, Wilhelm Leopold August, geboren 10. April 1842 in Duchroth (Rheinpfalz), besuchte bis zum 10. Lebensjahre die Dorfschule, erhielt dann Privatunterricht, lernte 1855—58 bei einem kleinen Kaufmann in Meisenheim, siedelte nach Hamburg über, wo er sich 1864 als Buchhändler und Leihbibliothekar etablierte. 1869 war er in Eisenach Vorsitzender und Mitbegründer der socialdemokratischen Arbeiterpartei, später Schriftführer der Kontrollkommission der socialdemokratischen Arbeiterpartei. Als solcher wurde er 1870, ebenso wie die Braunschweiger Mitglieder derselben, vom preussischen Gouverneur Vogel von Falkenstein nach Lötzen in Ostpreussen transportiert, auf Reklamation des Hamburger Senats aber bereits im Dezember wieder in Freiheit gesetzt. 1874 wurde Geib vom 9. sächsischen Wahlkreis (Freiberg) in den Reichstag geschickt. Er starb am 1. August 1879 in Hamburg.

Geiser, Bruno, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter von 1881—1887, geboren am 10. April 1846 in Breslau, von Beruf Schriftsteller, redigierte in Breslau die „Neue Welt", wurde 1881 und 1884 für Chemnitz in den Reichstag gewählt. Da Geiser im Jahre 1887 der an ihn ergangenen Aufforderung zur Unterzeichnung der Einberufung des Parteitages nicht nachgekommen war, so wurde vom Parteitag zu St. Gallen die Erwartung ausgesprochen, dass die Genossen ihm in Zukunft eine Vertrauensstellung innerhalb der Partei nicht mehr übertragen würden. In der Folge ist Geiser im öffentlichen Leben nicht mehr hervorgetreten.

George, Henry, amerikanischer Bodenreformer, geboren am 2. September 1839 in Philadelphia als Sohn eines Zollbeamten, besuchte bis zu seinem 12. Lebensjahre die Volksschule, dann ein Jahr lang eine höhere Lehranstalt. Als er sechszehn Jahre alt war, trat er als Schriftsetzerlehrling in eine Druckerei zu Philadelphia, verliess dieselbe aber bald, um sich als Schiffsjunge auf dem nach Kalkuta segelnden Schiffe „Hindu" anmustern zu lassen. Nachdem er eine Reise gemacht hatte, arbeitete er wieder kurze Zeit als Schriftsetzerlehrling, nahm dann wieder Dienst als Matrose auf einem Schiffe, das nach St. Franzisco segelte. Hier hörte

er von Goldentdeckungen am Frazerflusse, verliess sein Schiff und wurde Goldgräber. Das Glück war ihm nicht günstig, er musste wieder zum Setzkasten zurückkehren, um sein Brot zu verdienen. Vom Schriftsetzer wurde er Redakteur. 1872 begründete er mit vier anderen in St. Franzisco die „Evening Post". Infolge unglücklicher Spekulationen verlor er seine Stellung und sein Vermögen und musste eine kleine amtliche Stellung beim Gouverneur des Staates Californien annehmen. In dieser Stellung schrieb er von 1878 bis 1879 sein Buch „Fortschritt und Armut", das in Amerika und England ein ungeheures Aufsehen machte.

George erblickt die Ursache aller wirtschaftlichen Uebel im Privateigentum am Grund und Boden; er verlangt deshalb Verstaatlichung desselben, und zwar ohne Entschädigung der bisherigen Eigentümer. Wenn aber einmal entschädigt werden solle, so meint er, müsse man nicht diejenigen entschädigen, welche durch das im Privateigentum am Grund und Boden liegende Unrecht Vorteil gehabt haben, sondern diejenigen, die darunter gelitten haben. Die mit der Verstaatlichung verbundenen Schwierigkeiten wird man am leichtesten umgehen, wenn man die Grundrente durch eine ihr gleichkommende Grundsteuer absorbiert. Diese Grundsteuer wird einen so hohen Ertrag liefern, dass alle anderen Steuern in Wegfall kommen können. Mit der Einführung dieser einzigen Steuer — der single tax — ist die sociale Frage gelöst.

George trägt seine Theorie, die wir auf Seite 85 näher auseinandergesetzt haben, mit erstaunlicher Sicherheit in lebendiger, oft überaus beredter Sprache vor. Die Ueberschwänglichkeit des Ausdrucks und die Kühnheit der Behauptungen fesselten die Aufmerksamkeit des grossen Publikums. Der bereits bestehenden Bodenreformerbewegung wurden in kurzer Zeit sehr viele Anhänger infolge der Agitation von Henry George zugeführt. Im Jahre 1881 unternahm George als Korrespondent des „Irish World" eine Agitationsreise nach England, welche der dortigen socialreformatorischen Bewegung einen mächtigen Anstoss gab. In Amerika selbst bildete sich in den folgenden Jahren eine „George-Partei", zu deren hervorragendsten Mitgliedern der katholische Pater Dr. Eduard Mc Glynn gehörte. Dieser rief mit George zusammen die „Anti-Poverty Society" ins Leben, d. h. einen Verein, der die Armut nicht lindern, sondern durch Einführung der single tax aufheben wollte. Mc Glynn wurde seiner Agitation wegen bald vom Papste zur Verantwortung gezogen, und als er der Aufforderung, sich in Rom zu verantworten, nicht nachkam, aus der Kirche ausgeschlossen. Im November 1886 wurde George von der unabhängigen Arbeiterpartei als Kandidat für das Bürgermeisteramt der Stadt New-York aufgestellt. Er erhielt zur Ueberraschung der alten Parteien 67,699 Stimmen, während sein Gegenkandidat mit circa 90,000 Stimmen siegte. Die „George-Partei" fiel im nächsten Jahre bereits auseinander. George überwarf sich mit Mc Glynn und ging 1888 zu den Demokraten über. Im folgenden Jahre wurde er noch auf einem internationalen Kongress der Bodenreformer in Paris gefeiert.

Gérardin, Eugen, geboren gegen 1830. Mitglied der Internationale, ward er am 26. *März 1871 in* die Commune gewählt, an deren Sitzungen

er sich nur selten beteiligte. Stets auf Seite der Gemässigten, protestierte er in der von Beslay redigierten Erklärung gegen die Einrichtung eines Wohlfahrtsausschusses.

Gewerkschaften in Deutschland. Die Stellung der „utopischen" Socialisten gegenüber den Gewerkschaften war eine ablehnende; wie Marx sagt, wollten sie, dass die Arbeiter die alte Gesellschaft beiseite liessen, um desto besser in die neue Gesellschaft eintreten zu können, die sie ihnen mit so vieler Vorsorge ausgearbeitet hatten. Erst der neuere, „wissenschaftliche" Socialismus hat die Wichtigkeit der Koalitionen für die Arbeiterbewegung begriffen. Mit der Entwicklung und der Zunahme der modernen Industrie entwickeln sich und wachsen die Arbeiterkoalitionen, so dass — wir folgen hier Marx' Ausführungen in seiner Misère de la Philosophie 1847 — der Entwicklungsgrad der Koalitionen der Massstab für die Entwicklungshöhe der Industrie eines Landes ist. Die Grossindustrie häuft grosse Massen von einander unbekannten Arbeitern an einem Orte an, die in der Aufrechterhaltung des Lohnes das einzige gemeinsame Interesse gegenüber ihrem Meister haben. Die Koalition hat daher den doppelten Zweck, die Konkurrenz der Arbeiter untereinander aufzuheben und den Kampf gegen die Unternehmer zu führen. Gegenüber den ihrerseits entstehenden Koalitionen der Unternehmer wird die Aufrechterhaltung der Arbeiterkoalitionen selbst notwendiger als die des Lohnes und die Koalition, einmal auf diesem Punkte angelangt, nimmt einen politischen Charakter an. Wie sehr die Arbeiterkoalitionen einen politischen Charakter tragen, auch wenn sie sich zunächst von Politik fern halten, das beweist das Vorgehen der deutschen Regierungen gegen die Gewerkschaften in der Zeit des Socialistengesetzes, und dass die Entwicklung zur Herausbildung des Klassengegensatzes führt und dabei den Gewerkschaften einen politischen Charakter aufprägen muss, das beweist die Geschichte der englischen Trades-Unions, die von Jahr zu Jahr mehr zu der Einsicht kommen, dass über den unmittelbaren ökonomischen Zwecken die Emancipation ihrer Klasse nicht vergessen werden darf.

Als ein zweiter wichtiger Grund für die Begünstigung der Gewerkvereine wird von einem Teile socialistischer Gewerkschaftler der Umstand betrachtet, dass die Errichtung des freien Volksstaates der Vorbereitung, einer Vorschule bedarf und diese nur in den Gewerkschaften beschafft werden kann. Dass die Gewerkschaften die Leiter der socialistischen Produktion ausbilden könnten, muss dem gegenüber als Illusion bezeichnet werden; nur soviel ist an dieser Auffassung der Gewerkschaften als Vorschule der Zukunft richtig, dass in ihnen eine grössere Anzahl von Gruppenführern herangebildet wird, die dann seinerzeit in der Ausführung der Produktion leitend und bei der nötigen Arbeitsstatistik helfend thätig sein werden. Die Gewerkschaftsbewegung soll ferner die Cadres schaffen, in die nach und nach die Gesamtheit der Arbeiter sich einreihen kann. Aus solchen Gründen, in erster Linie aber als Bahnbrecher der *geschichtlichen* Mission des Arbeiterstandes, müssen die Gewerkvereine *als gleichberechtigte,* der politischen Organisation gegenüber unabhängige

Faktoren angesehen werden, zumal da sie als rein sociale Organisationen doch einer ganz bedeutenden politischen Wirkung fähig sind.

Schon auf dem Genfer Kongress 1866 und später auf denen zu Lausanne 1867 und Basel 1869 hatte die Internationale Arbeiter-Association (s. d.) die Bildung von Gewerkvereinen aufs eindringlichste empfohlen. Durch den Generalrat sollte die internationale Vermittlung der nationalen Gewerkschaftsverbände hergestellt werden. Auf der Londoner Konferenz der Internationalen Arbeiter-Association vom 17. bis 23. September 1871 wurde dieser Beschluss wiederholt und auch auf dem Haager Kongress 1872 die Gewerkschaften noch einmal auf den Generalrat aufmerksam gemacht.

Sehr wichtig ist dann noch die Bekanntmachung des Generalrats zu New-York vom 26. Januar 1873, in der derselbe den Gewerkschaften aller Länder folgenden Organisationsplan vorlegte:

1. Alle Vereinigungen eines Gewerks in einem Lande verbinden sich, um einen Exekutivausschuss für ihr Land zu wählen.

2. Diese Exekutivausschüsse sollen in fortwährender Verbindung mit anderen Ländern durch die Vermittlung eines allgemeinen Vollziehungsrates stehen, um stets genau über den Stand der Gewerke und der Arbeit jedes Landes unterrichtet zu sein.

3. Kassen sollen errichtet und unter die Kontrolle der Exekutiv-Ausschüsse gestellt werden, um in Not befindliche Mitglieder der Union in irgend einem Lande zu unterstützen und um die Ausgaben des allgemeinen Vollziehungsausschusses zu decken.

4. Alle Exekutivausschüsse der verschiedenen Gewerke jedes Landes sollen sich verbinden zum Zweck der Hülfeleistung in solchen Fällen, wo ein bestimmtes Gewerk wegen Mangels an Mitteln unfähig ist, den Widerstand gegen seine Ausbeuter fortzusetzen.

5. Jedes Mitglied einer solchen Internationalen Gewerkgenossenschaft soll im Falle der Auswanderung in dem neuen Lande gleiche Rechte mit den älteren Mitgliedern dieses Landes haben.

6. Wenn ein Unionsmitglied wegen politischer Verfolgungen ein Land verlassen muss, soll es in jedem anderen Lande dieselbe Unterstützung geniessen, zu der es im ersteren berechtigt war.

7. Es soll die Pflicht dieser Internationalen Gewerkschaftsgenossenschaften sein, durch ihre Exekutivausschüsse nach besten Kräften die Ein- und Ausfuhr von Arbeitskräften unter irgendwelchem Kontraktsystem zu verhindern.

Schon 1862 hatte Liebknecht zur Gründung von Gewerkvereinen aufgefordert. Auf dem 5. Vereinstag der deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg am 5.—7. September 1868, wo die Majorität derselben das Programm der Internationale annahm, wurde der Vorort Leipzig (Präsident Bebel) beauftragt, behufs Organisation der gesamten deutschen Arbeiterklasse die Gründung von Gewerksgenossenschaften nach dem Muster der englischen Trades-Unions ins Auge zu fassen. Demgemäss wurde ein Musterstatut ausgearbeitet, das als Beilage zu No. 48 (28. November 1868) des „Demokratischen Wochenblattes“ erschien. Schon im Oktober desselben Jahres hatte Schweitzer den Berliner Arbeiterkongress

berufen, um der Frage der Gewerkschaften näher zu treten. Am 26. November beschlossen daher die Leipziger Gewerke, auf Veranlassung von Bebel und Liebknecht, dahin zu wirken:

1. Dass von beiden Seiten (d. h. den Gewerkschaften des Nürnberger Arbeitertages und denen des Berliner Arbeiterkongresses) nach gegenseitiger Verabredung eine gemeinschaftliche Generalversammlung zum Behuf der Einigung und Verschmelzung berufen werde.

2. Dass, bis eine Einigung und Verschmelzung zu stande kommt, die beiderseitigen Gewerksgenossenschaften in ein Vertragsverhältnis zu einander treten, sich namentlich mit ihren Kassen gegenseitig unterstützen und womöglich einen gemeinsamen provisorischen Ausschuss wählen.

Schweitzer aber, der den Einfluss Bebels und Liebknechts fürchtete und dem seine Diktatur mehr wert war, als die Einheit der Arbeiterbewegung, wies diesen Vorschlag von vorneherein zurück. So drängte sich dann der Gegensatz zwischen Lassalleanern und Internationalen auch in die Gewerkschaftsbewegung ein. 1869 wurde die socialdemokratische Arbeiterpartei gegründet und von ihr die Gewerkschaftsbewegung der deutschen Arbeitervereine im Sinne der Internationalen weitergeführt. So entstanden die internationalen Gewerkschaften der Holzarbeiter, Schuhmacher, Metallarbeiter, Maurer, Manufaktur-, Hand- und Fabrikarbeiter u.a.m.

Im allgemeinen aber waren diese Gewerkvereine sehr schwach und fehlte ihnen besonders die Centralisation. Man suchte diese durch Gründung einer Gewerkschaftsunion auf dem Gewerkschaftskongress zu Erfurt (15. bis 17. Juni 1872) zu schaffen, wo circa 11,358 Arbeiter durch 51 Delegierte vertreten waren. Hier wurden Statuten abgefasst und Leipzig zum Sitz des Unionausschusses erklärt. Die Zwecke dieser Union waren nahezu dieselben wie die des Hirsch-Dunckerschen Verbandes, nur dass auf die Unterstützung der Mitglieder bei Streiks oder Massregelungen und Bedrückungen derselben mehr Gewicht gelegt und die Beseitigung des Arbeitslohnes durch Produktivgenossenschaften angestrebt wurde. Das Organ dieses Verbandes war die „Union“, die als wöchentliche Beilage dem „Volksstaat“ beigegeben wurde.

Anders war zunächst die Stellung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gegenüber den Gewerkvereinen. Lassalle, der in wenigen Jahren die ganze Masse der Arbeiter um sich zu scharen hoffte und deshalb nur die politische Agitation ins Auge gefasst und betrieben hatte, wollte von anderen Arbeiterorganisationen ausser seinem Arbeiterverein nichts wissen und verhielt sich den Gewerkvereinen gegenüber ablehnend. Diese Haltung wurde auch von der Mehrzahl seiner Anhänger beibehalten, und als daher Schweitzer, der die Notwendigkeit, die gewerkschaftliche Bewegung in die Hand zu nehmen, fühlte, auf der Generalversammlung zu Hamburg, 25. August 1868, um Erlaubnis bat, einen allgemeinen Arbeiterkongress zur Gründung von Gewerkvereinen nach Berlin zu berufen, ward sie ihm versagt. Trotzdem berief Schweitzer in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter einen Kongress, der am 26. Oktober 1868 zu Berlin stattfand und von 206 Abgeordneten, die 142,000 Arbeiter ver-

traten, besucht wurde. Hier wurden die Fortschrittler unter Max Hirsch hinausgedrängt, die von Schweitzer vorgelegte Organisation neuer Statuten angenommen und eine Centralbehörde aus drei Mitgliedern für den Gewerkschaftsbund geschaffen. Später formte man diesen in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterunterstützungsverband um, der in engste Verbindung mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein trat. Er hatte 1869 circa 35,000, 1872 8300 Mitglieder. 1871 infolge des grossen Streiks der Maurer und Zimmerleute zu Berlin wurde der Berliner Arbeiterbund begründet, dessen Organ der „Neue Socialdemokrat" wurde. Von anderen Gewerkvereinen nennen wir noch: Allgemeiner Deutscher Maurerverein, 4. bis 6. Juni 1873 Kongress zu Berlin, 67 Delegierte, 44,000 Mitglieder; Allgemeiner Deutscher Formerbund; Deutscher Zimmererbund (1892 9800 Mann); Allgemeiner Tischlerverein, 1878 verboten, neu begründet als „Deutscher Tischlerverband", 1883 4000 Mitglieder, 1. Oktober 1888 75 Ortsvereine mit 7300 Mitgliedern, 1892 16,600 Mitglieder; Verband der Tabaksarbeiter, der, Ende 1865 von Fritzsche gegründet, den Grundstein der Schweitzerschen Gewerkvereine bildete; er zählte 1877 8100 Mitglieder, nachdem er in den Jahren 1869, 1871 und 1872 grosse, meist erfolglose Streiks zu bestehen gehabt hatte. Nach Aufhebung des Socialistengesetzes ward durch den Reichstagsabgeordneten Meister der Unterstützungsverein Deutscher Tabaksarbeiter organisiert, der als Verband der Tabaksarbeiter 1890 18,580, 1892 13,910 Mitglieder umfasste. Der Allgemeine Schuhmacherverein, durch den Lassalleaner Aurin im November 1872 gegründet; 1875 zu Koburg vereinigte er sich mit der Internationalen Gewerkschaft der Schuhmacher und zählte 1876 circa 4000 Mitglieder; 1878 aufgelöst, wurde er als Centralkrankenkasse 1882 neu begründet, Juli 1883 in den Unterstützungsverein Deutscher Schuhmacher umgeformt; 1892 Verband der Schuhmacher, mit circa 10,000 Mitgliedern.

Die 1875 stattgefundene Vereinigung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit der socialdemokratischen Arbeiterpartei gab auch dem Gewerkschaftswesen einen neuen Impuls, aber seine Blüte wurde durch das Socialistengesetz jäh zerstört. Kaum eine Gewerkschaft entrann der Vernichtung. In den ersten zehn Jahren der Wirksamkeit des Socialistengesetzes, besonders im Jahr 1878, wurden 17 Centralverbände und 39 Lokalvereine verboten. Trotzdem waren gerade die Gewerkvereine die erste Form öffentlicher Arbeiterorganisation, die von der Regierung bis zu einem gewissen Grade geduldet wurde. Eine doppelte Form der Organisation entwickelte sich unter dem Drucke der Verhältnisse. Entweder übernahmen die Fachvereine zugleich die politische Agitation mit ihren sonstigen Zwecken, dann mussten sie sich, da die Centralisation politischer Vereine verboten ist, als selbständige Lokalvereine konstituieren. Die einzige Massnahme der Centralisation war dann durch Wahl von Delegierten zu einem allgemeinen Gewerkschaftskongress und Einrichtung einer Generalkommission, deren Anordnungen man von selbst nachkam. Oder aber man gab jede politische Thätigkeit auf, und konnte dann centralisierte Gewerkschaften schaffen. Die letztere Bewegung ist unzweifelhaft

die mächtigere heutzutage, zumal da auch die Frauen an ihr teilnehmen können. Im allgemeinen aber, besonders im Vergleich zu England, ist das deutsche Gewerkschaftswesen zurückgeblieben. Auch von den Arbeitern wurde diese Thatsache eingesehen und ein Versuch gemacht, die Stagnation zu überwinden. Am 16. und 17. November 1890 trat in Berlin eine Konferenz der Vertreter deutscher Gewerkvereine zusammen, „ohne bestimmtes Ziel, nur von dem Gefühl durchdrungen, dass eine Einigung der Gewerkschaften erfolgen müsse". Da die Beratung kein Resultat hatte, vereinigte man sich am 7. Oktober 1891 abermals zu Halberstadt, und vom 14. bis 18. März 1892 tagte zu Halberstadt der erste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, wo 208 Delegierte 303,519 Arbeiter vertraten. Auf der Berliner Konferenz war eine Generalkommission geschaffen, mit der Aufgabe:

„Die Kommission hat einen allgemeinen Gewerkschaftskongress einzuberufen und eine Vorlage für die Organisation der deutschen Gewerkschaften auszuarbeiten. Ferner allen Angriffen der Unternehmer auf das Organisationsrecht der Arbeiter, gleichviel welcher Branche, energisch entgegenzutreten bezw. jeden Widerstand der Einzelorganisationen thatkräftig zu unterstützen. Sodann für Organisierung der wirtschaftlich zu schwach gestellten Arbeiter einzutreten und deren Organisationen thatkräftig zu unterstützen, sowie die Agitation zur Verbreitung der Organisation in den unorganisierten Landesteilen zu leiten."

Die Kommission suchte diesen Aufgaben soweit wie möglich nachzukommen. Sie veranstaltete eine Statistik, die ergab, dass 1890 in Deutschland 53 Centralvereine mit 3150 Zweigvereinen und 227,733 Mitgliedern bestanden. Ferner gab es fünf Organisationen, die durch ein Vertrauensmännersystem organisiert, in 712 Städten 73,467 Mitglieder besassen. Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter betrug etwa 350,000. Die für das Jahr 1892 veranstaltete Erhebung ergab, dass am Schluss des Jahres in den Gewerkschaftsorganisationen (Centralvereinen) mindestens 244,934 Mitglieder waren, ein Rückgang gegenüber 1891 von 33,095. Vom November 1890 bis September 1891 wurde von der Kommission über 32 von 37 angemeldeten Ausständen Statistik geführt. 31 Ausstände wurden mit 184,396 Mark unterstützt. Für agitatorische Zwecke konnten deshalb nur geringe Mittel verwandt werden. Auf internationalem Gebiet wurde, soweit dies unter den schwierigen Verhältnissen möglich war, ein reger Verkehr unterhalten. Am 25. April 1891 wurde der von der Kommission ausgearbeitete Organisationsplan veröffentlicht, über den sich in der Gewerkschaftspresse eine rege Diskussion entspann. Die Hauptaufgabe des Kongresses von 1892 war, eine geeignete Organisation für die Gewerkvereine zu finden. Drei Ansichten standen sich gegenüber, diejenige, welche die Industrieverbände will, dann die der Branchenorganisation und Zusammenschluss in Unionen und die der Lokalorganisation. Man einigte sich endlich über die folgende Resolution, gegen die aber die Vertreter der Lokalorganisationen protestierten:

„*Der Kongress* erklärt sich für die Annäherung der Centralisationen *verwandter Berufe durch* Kartellverträge, überlässt jedoch die Entscheidung

über die Frage, ob die spätere Vereinigung der Branchenorganisationen zu Unionen oder Industrieverbänden stattzufinden hat, der weiteren Entwickelung der Organisationen infolge der Kartellverträge.

Der Kongress erklärt, dass in all denjenigen Berufsgruppen, wo die Verhältnisse den Industrieverband zulassen, dieser vorzuziehen ist, dass jedoch in all denjenigen Berufsgruppen, wo infolge der grossen Verschiedenheit der Verhältnisse die Vereinigung in einen Industrieverband nicht durchführbar ist, durch Bildung von Unionen diese Möglichkeit herbeigeführt werden soll.

Der Kongress empfiehlt, die Kartellverträge dahin abzuschliessen, dass die verwandten Berufe

1. bei Streiks und Aussperrungen sich gegenseitig finanziell unterstützen,
2. ihre auf der Reise befindlichen Mitglieder gegenseitig unterstützen, die Agitation möglichst gleichmässig und auf gemeinschaftliche Kosten betreiben,
3. statistische Erhebungen gemeinsam veranstalten,
4. Herbergen und Arbeitsnachweise centralisieren,
5. ein gemeinsames Organ schaffen,
6. den Uebertritt von einer Organisation in die andere bei Ortswechsel ohne Beitrittsgeld und weitere Formalitäten herbeiführen.

Der Kongress erklärt, dass die Centralisation, als Grundlage der Gewerkschaftsorganisation, am besten befähigt ist, die der letzteren zufallende Aufgabe zu lösen und empfiehlt allen Gewerken, welche bisher lokal organisiert oder durch ein Vertrauensmännersystem verbunden waren, sich den bestehenden Centralverbänden anzuschliessen resp. solche zu bilden.

Jeder dieser Centralvereine (Verbände) hat in allen Orten, wo eine genügende Anzahl Berufsgenossen vorhanden und keine gesetzlichen Hindernisse im Wege stehen, Zahlstellen zu errichten. Wo solche Hindernisse bestehen, ist den Arbeitern zu empfehlen, als Einzelmitglieder den Centralvereinen beizutreten und sich durch gewählte Vertrauensmänner eine stete Vertretung und Verbindung mit der Gesamtorganisation zu schaffen. Dieses Vertrauensmännersystem ist so zu gestalten, dass es gleichzeitig eine Vertretung der Gesamtheit der Berufsgenossen an den Orten bildet, wo für die Centralvereine als solche Schwierigkeiten bestehen.

Ausserdem können an solchen Orten lokale Vereine, eventuell in Verbindung mit verwandten Berufszweigen geschaffen werden.

Die Verbindung der einzelnen Centralisationen zum gemeinsamen Handeln in Fällen, bei welchen Alle gleichmässig interessiert sind, wird durch eine auf jedem stattfindenden Gewerkschaftskongress zu erwählende Generalkommission herbeigeführt."

Zum ersten Male nahm die socialdemokratische Partei Stellung zur Gewerkschaftsfrage auf dem Parteikongress zu Halle 1890. Von Kloss und Grillenberger wurde die folgende Resolution zur Annahme empfohlen:

„Insbesondere betrachtet es der Parteitag als eine zwingende Notwendigkeit, dass die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe (gegen

die Unternehmer) sich gewerkschaftlich organisiert und zwar möglichst in centralistischen Verbänden, um sowohl durch die Wucht der Zahl, wie die Wucht der materiellen Mittel und nach sorgfältig getroffenen Erwägungen den beabsichtigten Zweck möglichst vollkommen erreichen zu können.

„Der Parteitag, von diesen Auffassungen ausgehend, empfiehlt allen Parteigenossen kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Bestrebungen“ —

und nach einer lebhaften Diskussion einstimmig angenommen.

Allgemein wurde die Notwendigkeit anerkannt, zunächst alles, was noch von Vereinsspielerei der Gewerkschaftsbewegung anhaften könne, abzuthun und dann die Massen der Arbeiter in gewaltig grossen Organisationen, die sämtliche Fächer einer Branche umschliessen, zusammenzuballen, falls überhaupt dem Unternehmertum mit Erfolg entgegengetreten werden solle. Die grosse Masse der Indifferenten — und die gilt es in erster Linie zu gewinnen, kann aber zum Eintritt in die Gewerkschaften nur dann veranlasst werden, wenn dieselben keinen ausgesprochen politischen Charakter tragen, wenn man von dem einzelnen bei seinem Eintritt kein politisches Glaubensbekenntnis verlangt. Würde man alle Nichtsocialisten ausschliessen, so würde man den ganzen Arbeiterstand in Gruppen spalten und anstatt der Centralisation der Arbeiter gegen das Unternehmertum das Gegenteil davon erreichen.

Auch auf dem Kongress zu Berlin 1892 kam gelegentlich des Punktes 8 der Tagesordnung: das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontrollschutzmarken, die Gewerkschaftsbewegung zur Debatte. Schon hier trat ein gewisser Gegensatz zwischen den Gewerkschaftlern, wie Legien, und den Leitern der politischen Bewegung zu Tage. Legien behauptete, dass eine sehr einflussreiche Strömung gegen die Gewerkschaften in der Partei vorhanden sei, und glaubte, den Grund dafür im socialistischen Kleinbürgertum zu finden, das den Druck, den die Gewerkschaften mit der Kontrollmarke und den Genossenschaften ausüben, unangenehm empfindet und darin etwas ihren persönlichen Interessen und Verhältnissen feindliches erblickt. Dem gegenüber verteidigte Auer die Partei, wie den Parteivorstand, durch den Hinweis auf die Hallenser Resolution.

Die Klagen aber, dass in weiten Parteikreisen der Gewerkschaftsbewegung nicht die gebührende Beachtung geschenkt werde, verstummten nicht, so dass der Parteivorstand die Frage der Gewerkschaftsbewegung auf die Tagesordnung des Kölner Kongresses vom 22. Oktober 1893 setzte. In dem Bericht desselben wurde nachgewiesen, dass der Mangel an Wohlwollen seitens der Partei und Presse nicht den Rückgang der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verschuldet hat: „So lange wir eine socialdemokratische Presse in Deutschland haben, ist dieselbe stets mit Wärme für die Gewerkschaftsbewegung eingetreten und sind alle gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter von derselben unterstützt worden. Allerdings haben unsere Pressorgane auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass über dem Kämpfen und Streben um bessere Arbeitsbedingungen die *letzten Ziele* der socialdemokratischen Bewegung: die Beseitigung der

Klassenherrschaft und die Umwandlung der Produktionsmittel aus kapitalistischem in gesellschaftliches Eigentum nicht vergessen werden dürfen. Diese Kennzeichnung der gewerkschaftlichen Kämpfe und Bestrebungen als eines Palliativs, das wohl geeignet sei, den Arbeitern bei günstiger Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, und das weiter auch dazu diene, in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges die Unternehmer davon zurückzuschrecken, ihr sociales Uebergewicht schrankenlos zu missbrauchen — das aber nie dazu führen könne, die Arbeiterklasse vom Drucke der Kapitalherrschaft endgültig zu befreien; diese Kennzeichnung ist einfach Pflicht unserer Presse. Die Zumutung, aus „taktischen Rücksichten“ das Aussprechen dieser Wahrheiten zu unterlassen, kann nicht erfüllt werden, wenn unsere Bewegung nicht den socialdemokratischen Charakter verlieren und der Versumpfung anheimfallen soll.“

Für den Rückgang, beziehungsweise die Schwäche der Gewerkschaften wurden in erster Linie die geschäftliche Krise und die grossen erfolglosen Strikes, in zweiter Linie der im Grunde rein persönliche Streit um die beste Organisationsform verantwortlich gemacht.

Zur Verhandlung kam die Gewerkschaftsbewegung in den Sitzungen vom 26. und 27. Oktober. In der Debatte stellte sich ein sachlicher Gegensatz zwischen den Gewerkschafts- und politischen Führern heraus, der im wesentlichen in der verschiedenen Schätzung der Gewerkschaften beruht. Nur zu leicht legt eben ein jeder, je nachdem er hauptsächlich in der Gewerkschafts- oder politischen Bewegung thätig ist, den Schwerpunkt auf die eine der beiden und vernachlässigt die andere. Nur in der Ausschliesslichkeit liegt der Fehler. So verhängnisvoll es wäre, den ökonomischen Kampf, der ja die Aufgabe der Gewerkschaften ist, allein für berechtigt zu erklären, so thöricht wäre es, diese Organisation, weil sie die Lage der Arbeiter nur teilweise zu bessern im stande sind, als zweck- und nutzlos zu verwerfen. Von dieser Auffassung geht denn auch die von Auer und Genossen vorgeschlagene und vom Parteitag angenommene Resolution aus:

„In Erwägung, dass der Parteitag in Halle sowohl in der Resolution Kloss-Grillenberger, wie in der Resolution Glocke und Genossen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zur Führung der wirtschaftlichen Kämpfe ausgesprochen und die kräftigste Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung durch Anschluss an die bestehenden Organisationen oder Neugründung an Orten, wo solche nicht bestehen, den Parteigenossen empfohlen hat; in weiterer Erwägung, dass seit jener Zeit kein Ereignis eingetreten ist, das eine Aenderung der Stellung der Partei zur Gewerkschaftsbewegung, sei es in principieller oder taktischer Richtung, notwendig erscheinen lässt; in fernerer Erwägung, dass die Partei kein Mittel besitzt, auf die Genossen anders als durch die moralische Verpflichtung einzuwirken, diese aber in jenen Beschlüssen rückhaltlos ausgesprochen ist, wiederholt der Parteitag den Ausdruck seiner Sympathie mit der Gewerkschaftsbewegung und legt den Parteigenossen von neuem die Pflicht auf, unermüdlich für die Erkenntnis der Bedeutung der gewerkschaftlichen

Organisationen zu wirken und mit aller Kraft für deren Stärkung einzutreten.“

Zum Schluss möge noch die Statistik der Gewerkschaftsblätter für die Jahre 1890 bis 1893 folgen:

	1890.	1891.	1892.	1893.
Wöchentlich dreimal:	1	1	1	1
„ zweimal:	—	—	1	—
„ einmal:	17	26	28	28
Monatlich dreimal:	2	4	3	2
„ zweimal:	—	—	1	—
Vierzehntägig:	20	20	20	19
Monatlich einmal:	2	4	3	5
	42	55	57	55

Schon vor der Begründung der socialdemokratischen Arbeiterpartei hatte die Fortschrittspartei in der Absicht, die Arbeitermassen an sich zu fesseln, Gewerkvereine geschaffen. Diese Agitation ging aus von Dr. M. Hirsch, der die englischen Trades-Unions 1868 in England studiert hatte, und F. Duncker, und wurde unterstützt von Schulze-Delitzsch. M. Hirsch gründete bereits Weihnachten 1868 den ersten Gewerkverein und Pfingsten 1869 entstand der Bund der deutschen Gewerkvereine. Ihr Zweck ist nach § 1 ihrer Statuten, „die Arbeiter aus Unsicherheit, Abhängigkeit und Verkümmerung zu Sicherheit, Selbständigkeit und Anteil an den Arbeiten wie Segnungen der Kultur zu heben; sie wollen dies erreichen nicht durch Gnade von oben, noch durch Revolution von unten, sondern durch das selbstthätige gesetzliche Zusammenwirken der Beteiligten innerhalb ihrer gewerblichen Berufskreise.“ Sie sind also für gesetzliche Reformen und zählen als ihre Aufgaben Regelung der Arbeitsbedingungen (ausreichender Lohn, mässige 10-stündige Arbeitszeit, Abschaffung der Sonntags- und Nachtarbeit, Beschränkung der jugendlichen Arbeit, Errichtung von Einigungsämtern). Ihre Stellung zu dem Strike ist eine möglichst ablehnende, nur gelegentlich der Antastung des Koalitionsrechtes ist er erlaubt. Der erste Strike der Waldenburger Grubenarbeiter von 1869 hatte diesen Grund; er endete mit einer Niederlage der Arbeiter. Die Organisation dieser fortschrittlichen Gewerkvereine ist der der englischen Trades-Unions nachgebildet. Die Ortsvereine, die Arbeiter desselben Gewerkes am gleichen Ort umfassend, mit Ausschüssen an ihrer Spitze, vereinigen sich zum Gewerkverein, der durch einen Generalrat mit einem Vorort geleitet wird. Die Gewerkvereine bilden zusammen den „Vorstand der deutschen Gewerkvereine“, an dessen Spitze ein Centralrat (Sitz in Berlin) mit einem Verbandsanwalt zur Seite steht. Dieser hat die Oberleitung der Agitation, des Verbandsorganes und der Invalidenkasse. Alljährlich soll ein Verbandstag abgehalten werden, der von den Abgeordneten der Gewerkvereine beschickt wird. 1869 bestand der Verband aus 267 Ortsvereinen mit circa 30,000 Mitgliedern. Auf dem zweiten Verbandstag zu Berlin, 1873, wurde die Ziffer von Hirsch auf 288 Ortsvereine mit 18,883 Mitgliedern angegeben. Ende 1878 umfasste die Or-

ganisation 14 nationale Gewerkvereine und 12 selbständige Ortsvereine mit 385 Ortsvereinen und 16,525 Mitgliedern. 1885 gab es 1000 Ortsvereine mit über 55,000 Mitgliedern, deren Zahl sich in den letzten Jahren auf ungefähr 62,000 erhöht hat.

Ein minimales Resultat für eine 25-jährige, von der Polizei nicht gestörte, von der Bourgeoisie unterstützte und geförderte Thätigkeit. Es ist dieser specifisch freisinnigen Gewerkschaftsbewegung nicht gelungen, die grossen Massen der Arbeiter in ihr Schlepptau zu nehmen. Umgekehrt! Neun Zehntel der Mitglieder der Hirschschen Vereine stimmen bei den Wahlen für die Socialdemokratie; ein anderer Teil derselben besteht aus den politisch rückständigsten Arbeitern, die noch ein gefügiges Werkzeug in den Händen der Drahtzieher der verschiedenen politischen Parteien sind. Ein starkes Eindringen der Socialdemokratie in die Hirsch-Dunckerschen Vereine muss konstatiert werden, dessen Resultat früher oder später ein Uebergang in das Lager derselben sein wird.

Gewerkvereine in Frankreich. Wenn es die Aufgabe der Syndikalverbände der Arbeiter ist, die Stellung derselben durch zweckmässige Organisation gegenüber den Unternehmern zu verbessern, so muss man die alten französischen Gesellenverbände (compagnonages), welche sich bei verschiedenen Gewerben trotz des Koalitionsverbotes vom 17. Juni 1791 bis zum Pariser Kongress von 1876 erhalten haben, als Vorläufer der modernen Gewerkvereine ansehen. Auch die Lyoner Mutualisten, ursprünglich eine aus Façonmeistern der Seidenweberei bestehende gegenseitige Hülfsgesellschaft, kann hier erwähnt werden, da sie mit den Seidenarbeitern in Verbindung trat und 1831 einen Minimaltarif verlangte. Die Weigerung der Fabrikanten, diesen anzunehmen, führte zu blutigen Aufständen. Lyon war 10 Tage lang in den Händen der Arbeiter. Im Gegensatz zur alten Compagnonage wurde 1832 die Union zunächst von Schlossern gegründet. Indes gewannen diese Reformverbindungen bald auch in andern Gewerben Boden und Mitte der vierziger Jahre unter dem Einfluss Moreaus und der Agitation von Flora Tristan (s. d.) vereinigten sich die einzelnen Fachvereine zu einem grösseren Verbande, dessen Reglement am 15. August 1846 in Kraft trat und 1858, 1864, 1871 abgeändert wurde. Der Union gehörten 1878 22 Städte mit 47 Partikularbureaux an. Obwohl ursprünglich nur eine Hülfsgesellschaft, haben sich ihre Funktionen im Laufe der Zeit bedeutend erweitert. Stets hat in ihr demokratische Gesinnung geherrscht und socialistische Ideen sind nicht ohne Einfluss geblieben.

Ein neuer Aufschwung im Gewerkvereinswesen datiert von der Londoner Ausstellung von 1862. Die Arbeiterdelegierten, welche die englischen Gewerkvereine kennen gelernt hatten, verlangten die Einrichtung von Arbeitersyndikalkammern, deren Aufgabe es sein sollte, mit den Unternehmerverbänden die Tarife festzustellen, und von fachgenossenschaftlichen Hülfsgesellschaften. Auch die 1864 gegründete Internationale hat viel dazu beigetragen, die Gewerkvereine, die von 1868 unter verschiedenen Namen als Kreditgenossenschaften, Spargesellschaften u. s. f. bestanden, zu Sociétés de résistance umzumodeln. Unter dem Namen „Caisse du

sou“ gründete sie eine Föderation der verschiedenen Widerstandsgesellschaften zu gegenseitiger Unterstützung bei Arbeitseinstellungen, eine Föderation, die 1865 entstanden, 1870 schon 17 Syndikalkammern umfasste. Auch die Arbeiterdelegation von 1867 stellte im wesentlichen dieselben Forderungen wie die von 1862. Ausser einem gesetzlichen Associationsrecht und Abschaffung des Arbeitsbuches verlangte man Arbeitersyndikate als Gegengewicht gegen die Unternehmerverbände. Es gelang den Arbeitern, die Duldung ihrer Syndikate von der Regierung zu erlangen, und so erliess denn die Arbeiterkommission 1868 einen Aufruf an die Arbeiter zur Gründung von Syndikalkammern in allen Gewerben. Hauptsächlich auf Betreiben der Internationalisten, die zugleich Mitglieder von Syndikalkammern und Gewerkvereinen waren und so einen bestimmenden Einfluss auf diese Vereine gewannen, wurde 1869 neben den älteren „Caisse du sou“ die Bundeskammer der Arbeitervereine ins Leben gerufen, die aber, obschon von Internationalisten gegründet, doch nicht als Ganzes der Internationale angehörte. Auf dem Kongress zu Brüssel 1868 waren 11 Pariser Arbeitervereine vertreten. In der letzten Zeit des Kaiserreichs war die Zahl der Syndikalkammern circa 57, von denen einzelne grosse Mitgliedziffern zeigen, im ganzen etwa 50—60,000 Arbeiter. Auch in Lyon hatten die Gewerkvereine seit 1862 einen neuen Aufschwung genommen. Ihre Gründung war zunächst von der Internationale unabhängig. Erst durch die zahlreichen Strikes von 1869 wurden sie ihr in die Arme getrieben, so dass es schon März 1870 möglich war, eine grosse Föderation von 30 Arbeitergesellschaften zu konstituieren, die sich ausdrücklich der Internationale anschlossen. Auch in Marseille, in den Arrondissements von Rouen, Limoges, Dijon, Reims, St. Etienne hatte die Internationale grössere Erfolge. So umfasste z. B. der Marseiller Verband bald 27 Gewerkvereine. Während der Commune konnte die Rolle der Syndikalkammern nur eine sehr unbedeutende sein, da die meisten ihrer Mitglieder als Nationalgardisten überallhin zerstreut waren. Nur zweimal treten sie hervor, bei zwei von der Internationalen angeregten ökonomischen Massregeln: der Bevorzugung der gewerblichen Körperschaften bei Vergebung von Lieferungen und dem Dekret vom 16. April (s. Commune). Nach dem Untergange der Commune waren auch die Arbeitervereine eine Zeit lang gänzlich vernichtet. Aber schon Mai 1872 war wieder eine gemeinschaftliche Syndikalkammer aller Bijouteriearbeiter zu stande gekommen. Allmählich kam auch die Arbeiterbewegung und mit ihr die Gründung von Syndikalkammern wieder in Fluss. Bei der herrschenden Arbeiterfeindlichkeit der Regierung war es natürlich, dass man dabei die friedliche Seite der Gewerkvereine wieder hervorhob, auf die Strikepolitik zunächst verzichtete und die Kooperation bevorzugte. Oktober 1872 existierten wieder 30 solcher Verbände und schon Mai 1871 war eine Föderation von 12 Syndikalkammern zu stande gekommen, die sich Cercle de l'Union syndicale ouvrière nannte, aber, trotzdem sie jede politische und religiöse Diskussion verbot, am 22. Oktober 1873 polizeilich aufgelöst wurde. In den Jahren 1873 bis 1876 wuchs die Zahl der Syndikatskammern, so dass sie schon 1876 daran denken konnten, einen Kongress derselben zu Paris abzuhalten, der vom

2. bis 10. Oktober tagte. Hier waren aus Paris 255, aus den Departements 105 Delegierte erschienen. Die Gründung von Syndikalkammern wurde aufs eindringlichste empfohlen und dieselben als die kompetenten Leiter des Lehrlingswesens und des gewerblichen Unterrichts hingestellt. Auch hier wurde trotz der scharfen Kritik einer positivistischen Minderheit die Kooperativassociation als sociales Heilmittel hingestellt. Auf dem zweiten Kongress in Lyon, Januar 1878, waren 129 männliche und 9 weibliche Delegierte erschienen. Ein weit radikalerer Geist herrschte in der Diskussion. Von Dupire und Ballivet wurde schon ein kollektivistisches Amendement eingebracht, das aber mit grosser Mehrheit verworfen wurde. Der in Lyon beschlossene internationale Kongress gelegentlich der Pariser Ausstellung von 1878 ward verboten und die Mitglieder wegen Teilnahme an einem unerlaubten Verein zu Geldbussen und Gefängnisstrafen verurteilt. Die Gesamtzahl der Arbeitersyndikate in Paris, Herbst 1878, betrug circa 112—117, und auch in den Departements war eine nicht unbedeutende Anzahl vorhanden. Indes war eine zahlreiche Gründung von Syndikaten der Arbeiter unmöglich, da nach dem Gesetz vom 10. April 1834 jede dauernde Vereinigung zu einem bestimmten Zwecke der Genehmigung der Regierung bedurfte. Nach dem von Allain-Targé der Deputiertenkammer am 15. März 1881 vorgelegten Bericht hatte die Regierung Kenntnis von 150 Arbeitersyndikaten in Paris mit 60,000 Mitgliedern und 350 in den Departements, von denen das der Lyoner Seidenarbeiter allein 18,000 Mitglieder zählte. Nur die kleinste Anzahl der in den Gewerben beschäftigten Arbeiter war indes in den Syndikaten vereinigt. Seitdem aber durch das Gesetz von 1884 die Koalitionsfreiheit geschaffen wurde, ist die Zahl der Syndikate in stetigem Wachsen, wie die folgende Uebersicht beweist:

Jahr.	Arbeiter-Syndikate.	Gemischte Syndikate.	Landwirtschaftl. Syndikate.
1884	68	1	5
1885	221	4	39
1886	280	8	93
1887	501	45	214
1888	725	78	461
1889	819	69	557
1890	1006	97	648
	ca. 150,000 Mitgl.		ca. 400,000 Mitgl.

Ausser diesen gemäss dem Gesetz von 1884 organisierten gibt es aber noch eine ganze Reihe, nach Basly drei Viertel aller Syndikate, die dem Gesetz nicht nachgekommen sind. Ein grosser Teil steht dem Gesetz feindlich gegenüber. Von den Arbeiter-Syndikaten sind die grössten: das Syndikat der Kohlengräber des Pas de Calais mit 10,000 Mitgliedern, das Syndikat der Kellner mit 4500 Mitgliedern, das Syndikat der Eisenbahnbediensteten mit 3690 Mitgliedern. 1890 gab es 24 Verbände von Arbeitersyndikaten. Der grösste Verband ist die Nationalföderation des Buchs mit 80 Gewerkvereinen von Setzern, Buchbindern u. s. f., welche 1889 in Paris ihren 5. Kongress abhielt.

Der Versuch der Opportunisten auf dem Kongress zu Havre 1880, sich der Syndikalkammern zu bemächtigen, war zwar fehlgeschlagen, hatte aber die Desorganisation der letzteren zur Folge. Erst 1886 traten sie wieder zu einem Kongress in Lyon zusammen, aber die fortgesetzten Streitigkeiten zwischen Marxisten und Possibilisten waren einer ruhigen Entwickelung nicht günstig. Am Ende gelang es den Marxisten, die Oberhand, wenigstens in den Provinzen, zu bekommen. Der Nationalrat der Föderation der Syndikalkammern setzte sich nur aus diesen zusammen. Februar 1889 wurde ein Kongress der Föderation zu Bordeaux abgehalten, der die erste nationale Maimanifestation zu Gunsten des Achtstundentages beschloss. Die Föderation beteiligte sich auch an der Organisation des Pariser Kongresses. Der nächste Syndikatskongress fand am 13. bis 18. Oktober 1890 zu Calais statt.

Ueber die Organisation einer Syndikalkammer möge folgendes genügen. Selbstverständlich können nur Arbeiter eines Gewerkes dem Gewerkverein beitreten, der aber in den meisten Fällen in gleicher Weise für Arbeiter und Arbeiterinnen bestimmt ist. Die Mitgliedschaft ist an ein bestimmtes Alter geknüpft. Der ganze Verband heisst Syndikalkammer, der leitende Ausschuss, der aus höchstens 20 Mitgliedern besteht, Syndikalrat. Die Amtszeit dieser Syndikalräte beträgt 1 bis 1½ Jahre. Aus ihrer Mitte wählen sie einen Sekretär und Kassenführer; der Vorsitz aber wechselt in jeder Sitzung. Der Syndikalrat ist die einzige Vertretung des Verbandes nach allen Seiten hin; ihm zur Seite steht eine Kontrollkommission.

Geyer, Friedrich August Carl, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Leipzig-Land, geb. 12. März 1853, besuchte die Volksschule, lernte als Cigarrenarbeiter, wurde 1885 in den sächsischen Landtag, 1886 in der Nachwahl vom Wahlkreis Stollberg-Schneeberg in den Reichstag gewählt. Bei den Wahlen des nächsten Jahres unterlag er, erlangte 1890 aber wieder einen Sitz für Leipzig-Land. Geyer lebt als Cigarrenfabrikant in Grossenhain i. S.

Godin, Jean Baptiste André, geboren zu Esquéhéries (Aisne) 1817, gestorben zu Guise 15. Januar 1888. Nachdem er eine Reise durch Frankreich als Arbeiter gemacht, eröffnete er 1840 eine Werkstatt auf dem [illegible] Fusse in seinem Heimatsdorfe, die er 6 Jahre später nach Guise verlegte. Die Firma vergrösserte sich von Jahr zu Jahr und Godin wurde ein reicher Mann. Von Kindheit auf hatte er all das Elend des Arbeiters selbst durchgekostet und war daher von dem grossen Wunsche beseelt, ihnen zu helfen. So gründete er denn Hülfs- [illegible] kassen, [illegible] Entlohnung [illegible] erkannte aber bald genug, dass diese Mittel nichts [illegible]. Während seines [illegible] die Besserung des Loses der Arbeiter zu lösen. [illegible] seiner Lehren [illegible] Texas zwecks [illegible] 100.000 Fr. dazu [illegible] 1859 begann er mit dem Bau eines Familistère in Guise selbst, [illegible] Familistère [illegible] das etwa 250 Familien und 1000

Personen beherbergt. Nach der Revolution vom 4. September 1870 wurde er Maire von Guise; 8. Februar 1871 Mitglied der Nationalversammlung, wo er zur republikanischen Linken gehörte. Vor und nach der Gründung des Familistère hat er sich mit politischer und socialer Oekonomie beschäftigt und eine Reihe von Büchern veröffentlicht, in denen er die Ideen darlegte und vertrat, die er in Praxis umgesetzt hatte.

Op. Solutions sociales 1871; les Socialistes et les droits du travail 1874; la politique du travail et la politique des privilèges 1875; la richesse au service du peuple, le familistère 1876; Mutualité sociale 1880; Mutualité nationale contre la misère 1883; le gouvernement, ce qu'il a été, ce qu'il doit être et le vrai socialisme en action 1883; la république du travail et la réforme parlementaire 1889 (nach seinem Tode erschienen).

Godwin, William (1756 bis 1836), englischer politischer Schriftsteller, geboren 3. März 1756 in Wisbeach, Cambridgeshire, gestorben 7. April 1836 in London, war als junger Mann Prediger einer Dissentergemeinde. Durch das Studium der Franzosen, insbesondere Rousseau, Helvetius und Holbach, wurde er mit radikalen politischen Ideen erfüllt. Zugleich vollzog sich ein Wandel in seinen religiösen Anschauungen, so dass er sein Amt aufgab und durch litterarische Arbeiten seinen Lebensunterhalt zu erwerben beschloss. 1796 verband er sich mit der hochbegabten und edelsinnigen Mary Wollstonecraft, der Vorkämpferin der Frauenemancipation, zu einer überaus glücklichen Ehe, die im folgenden Jahre aber bereits durch den Tod der Gattin gelöst wurde. Godwin hatte mit der Not des Lebens hart zu kämpfen, mehr als einmal musste er die Hülfe seiner litterarischen und politischen Freunde in Anspruch nehmen, bis ihn die Uebertragung einer Sinekure unter dem Ministerium Grey aus seinen pekuniären Schwierigkeiten befreite.

Am praktischen politischen Leben hat er nie teil genommen, er wollte nur der Theoretiker sein, der in politischen Fragen sowohl wie in philosophischen die Wahrheit erforschte und sie furchtlos verkündete. Durch seine Schriften aber und durch seinen persönlichen Verkehr mit den radikalen Denkern und Politikern seiner Zeit hat er auf das öffentliche Leben und die geistige Entwicklung Englands einen grossen Einfluss ausgeübt. Zu dem Kreise der junger Männer, die sich um ihn geschart hatten, gehörte Percy Bysshe Shelley und Edward Lytton Bulwer. Die Ideen, welche Godwin durch kaltes Grübeln aus den Principien der Wahrheit und Gerechtigkeit abgeleitet hatte, wurden von Shelley in die leidenschaftliche Sprache des Dichters, die sich an das menschliche Herz wendet, übertragen und so in den weitesten Schichten des Volkes verbreitet. Wir haben von seinen vielen Schriften nur sein 1793 erschienenes zweibändiges Werk „An enquiry concerning political justice and its influence on general virtue and happiness" zu betrachten. Wegen des Einflusses, den Godwin auf die Ideenrichtung seinerzeit ausgeübt hat, wird sein Werk „Political Justice" nicht mit Unrecht der „Abhandlung über Erziehung" von John Locke und dem „Emile" von J. J. Rosseau an die Seite gestellt.

Godwin hat sich die Aufgabe gestellt, in diesem Werk die Grundlagen der Gesellschaft, der Regierung und der Moral zu untersuchen. Philosophische, insbesondere ethische, und politische Probleme behandelt er als abstrakter Doktrinär, der alle historischen Untersuchungen verachtet. Ohne Rücksicht auf die Folgen, ohne Furcht für seine persönliche Sicherheit, welche in jenen Zeiten nicht ungefährdet war, aber auch ohne die Absicht, in den Gang der Entwicklung selbst einzugreifen, spricht er die Ideen, zu denen er bei seinen Untersuchungen gekommen ist, offen aus. Von schwärmerischer Liebe für Wahrheit und Gerechtigkeit erfüllt, glaubt er, dass diese Ideen, einmal ausgesprochen, durch ihre eigene Kraft sich Anerkennung verschaffen müssen.

Auf seine philosophischen Lehren können wir hier nicht eingehen, wir müssen uns auf eine Skizzierung seiner politischen und ökonomischen Ansichten beschränken. Die Monarchie hält er ebenso wie die Aristokratie für unnatürliche Institutionen. Er glaubt, dass jeder König mit unabweisbarer Notwendigkeit ein Feind der Menschheit sei. „Der Name König ist das Grab der menschlichen Tugend, ein Monument des Wahnsinns, der Feigheit und des Elends der Menschheit.“ Die Untersuchung, wie eine ideale Regierung beschaffen sein solle, führt ihn zu der Erkenntnis, dass jede Regierung ihrem Begriffe nach eine Feindin menschlichen Fortschritts sein muss, da sie auf Zwang beruht. Und jeder Zwang, mag er in der Form des Gesetzes, des Moralgebots oder der Religionsvorschrift auftreten, ist seiner Natur nach ein Hemmnis der Entwicklung aller Fähigkeiten der einzelnen Individuen. Die Beschränkung der Freiheit durch äusseres Gebot bedeutet Vernichtung oder doch Verminderung des menschlichen Glücks. Nur die Erkenntnis des wahren Nutzens soll den Willen der Menschen bestimmen: die Vernunft soll der einzige Gesetzgeber sein. Wenn Godwin so die volle Souveränität des Individuums predigt, so leugnet er doch nicht, dass der Mensch für die Gesellschaft geschaffen ist, nur durch das Leben in der Gesellschaft zur vollen Entwicklung seiner Kräfte gelangen kann. Er erblickt sogar in dem starken Trieb zur Geselligkeit und zum Zusammenarbeiten das Unterscheidungsmerkmal zwischen Mensch und Tier. Er weiss, dass alles, was herrlich ist im Menschen, die Frucht langsamer Entwicklung ist und nur dem Umstande verdankt wird, dass jede Generation von dem Punkte ausgeht, bis zu dem die vorhergehende gelangte.

Im achten Buch behandelt er die Institution des Eigentums, die er für die Basis der ganzen Gesellschaftsordnung hält. Aus dem Princip der Gerechtigkeit folgert er unmittelbar, dass derjenige einen gerechten Anspruch auf eine Sache hat, dem der Besitz derselben den grössten Nutzen bringt. Mit tiefem Bedauern kommt er zu dem Schluss, dass alle Uebel, welche durch die Institution der Monarchie und die Höfe, durch die Täuschungen der Priester und die Unbilligkeit der Strafgesetze hervorgerufen werden, klein erscheinen müssen im Vergleich zu denen, die aus dem Privateigentum entstehen. Dieses habe die Ungleichheit und damit Verbrechen und Laster hervorgerufen. Alle grossen Einkommen seien Sinekuren: die Arbeiter müssen die Pflichten erfüllen und der Berechtigte

lebe in Luxus und Müssiggang. Godwin glaubt aber, dass die Abschaffung des Privateigentums erst nach grossen intellektuellen Fortschritten der Menschen erfolgen könne, da ein derartiger Versuch sonst zu Verwirrung und noch grösserer Ungleichheit führen müsse. Wenn die Menschen aber diese notwendige geistige Entwicklung erreicht haben, dann werde das Privateigentum fallen müssen und dadurch die grösste Schranke beseitigt werden, die heute noch die Vervollkommnung des Menschen aufhält. Unter der Herrschaft des Kommunismus soll das Recht der freien Selbstbestimmung aber nicht aufgehoben werden. Wenn es für die allgemeine Wohlfahrt auch höchst nachteilig ist, dass jemand seinen subjektiven Neigungen, nicht den Principien der Vernunft folgt, so ist es trotzdem wesentlich, dass wir zu allen Zeiten die Freiheit haben, unsere Individualität auszubilden und unserm eigenen Urteil folgen. Wenn das System der Gütergemeinschaft dies ausschlösse, so wäre es zu verwerfen. In Wahrheit hat es aber keine Zwangsmassregeln und Ueberwachung nötig. Jeder soll die Freiheit haben, zu thun und lassen, was er will. Nicht einmal die Beschränkung der persönlichen Freiheit will er zulassen, dass man keine Güter zusammenscharren darf. Auch dies soll jedem frei stehen. Wer daran Vergnügen findet, mag es thun, man wird ihn nicht hindern, man wird nur über seine Thorheit lachen oder ihn bemitleiden. Er verwirft gemeinsame Mahlzeiten und betrachtet gemeinsame Arbeiten als ein Uebel. Er verwirft das Zusammenwohnen und auch die Ehe, die er charakteristischerweise nur als Form desselben ansieht. Ja, er hält die Institution der Ehe für die fehlerhafteste Rechtsinstitution. Sie soll ersetzt werden durch freie Freundschaft, bei welcher der Geschlechtsverkehr als trivial in den Hintergrund tritt.

Im letzten Kapitel untersucht er, auf welchem Wege die neue Gesellschaftsordnung eingeführt werden kann. Er weist die weitverbreitete Furcht vor den Gefahren, welche die Verbreitung der Gleichheitsidee mit sich bringe, als unbegründet zurück. Mit Unrecht nimmt man an, dass der Kommunismus die Vernichtung aller Errungenschaften der Kultur, den Untergang der Wissenschaften und der Künste, die Herrschaft des Gemeinen bedeutet. Es ist auch nicht nötig, dass der Uebergang zu dieser Ordnung mit Blutvergiessen und Gräuelthaten verbunden ist. Wenn er aber wirklich derartiges mit sich bringen sollte, so müssen wir es als den Preis betrachten, den wir für künftiges Glück zahlen. Verantwortlich wäre für die Ausschreitungen einer rohen, wilden Masse das alte System, das die Existenz derselben geduldet oder verschuldet hat, nicht das neue. Der Uebergang wird schliesslich notwendig sein, denn die Wahrheit muss siegen. Ja, die Reichen selbst werden die Vorkämpfer der Idee der Gleichheit sein, da gerade sie am besten im stande sind, das Unzulängliche des Glücks, den der Reichtum unter den heutigen Verhältnissen gewährt, einzusehen.

Die Theorie, welche von Godwin vertreten wird, ist in den letzten Jahren wieder aufgetaucht als Lehre des „Kommunistischen Anarchismus“, dessen Hauptvertreter der russische Fürst Krapotkine ist. Der in ihr liegende Widerspruch wird von den Anhängern derselben durch die An

nahme beseitigt, dass der Mensch von seiner vollständigen Freiheit keinen falschen Gebrauch machen wird, dass die vernünftige Einsicht ihm immer den richtigen Weg zeigen und der stark entwickelte Gemeinsinn ihn auf denselben führen wird. Der Unterschied zwischen Godwin und den kommunistischen Anarchisten ist nur der, dass ersterer die Menschen erst durch Ausbildung ihrer intellektuellen Kräfte zur Weisheit und Tugend führen will, letztere aber die Menschen, wie sie sind, zu sofortiger Umwälzung und zur Einführung eines gesetzlosen Zustandes aufrufen.

Ueber die Stellung Godwins zur Bevölkerungsfrage siehe den betr. Artikel.

Goethe, Johann Wolfgang von. Die Goethesche Dichtung „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ ist von verschiedenen Seiten als „Staatsroman“ bezeichnet. Schon Georg Sand entdeckte in dem Werk socialistische Ideen. Karl Grün wies 1846 auf dieselben hin in seiner Schrift: „Ueber Goethe vom menschlichen Standpunkt aus.“ Ferdinand Gregorovius schrieb bald darauf: „Goethes Wilhelm Meister in seinen socialistischen Elementen.“ In demselben Sinne wurde die Dichtung von Dr. Alexander Jung und dem Philosophen Karl Rosenkranz, dem trefflichen Goethekenner, aufgefasst.

Man kann die Ideen, welche als socialistisch betrachtet werden, mit diesem Worte nur dann bezeichnen, wenn man dasselbe im weitesten Sinne nimmt. Die Gedanken Goethes über Erziehung und die Bedeutung der Handarbeit, die sich durch das ganze Werk hinziehen, kann man dann wohl so nennen. Mit grösserem Rechte aber kann man die Verfassung der Idealgesellschaft, welche von den Wanderern, die sich zu einem Weltbunde zusammengeschlossen haben, in der neuen Welt gegründet werden soll, als socialistisch betrachten. Von derselben teilt der Dichter allerdings nur wenige Grundzüge mit; er weist darauf hin, dass man die rechten Anordnungen erst an Ort und Stelle unter Anpassung an die bestehenden Verhältnisse treffen kann. Die Hauptsache ist den Auswanderern, die Vorteile der Kultur mit hinüber zu nehmen und die Nachteile zurückzulassen.

Sie halten fest an der christlichen Religion. Das Wesen jeder Religion erblicken sie darin, den Menschen zu lehren, sich ins Unvermeidliche zu fügen. „Die christliche Religion hilft durch Glaube, Liebe, Hoffnung gar anmutig nach; daraus entsteht denn die Geduld, ein süsses Gefühl, welche eine unschätzbare Gabe des Daseins bleibe, auch wenn ihm statt des gewünschten Genusses das widerwärtigste Leiden aufgebürdet wird.“

Die Sittenlehre richtet sich auf das rein Praktische. Sie ist in den wenigen Geboten enthalten: „Mässigung im Willkürlichen, Emsigkeit im Notwendigen“. Die Sophrosyne, die von den Griechen am höchsten geschätzte Tugend, wurde von Goethe immer in den Vordergrund gestellt.

Ueber die Gesellschaftsverfassung macht der Dichter nur wenige Mitteilungen, die aber von grösster Tragweite sind. Aufgabe der Obrigkeit ist es, „Gleichheit in den Hauptsachen zu erhalten und in lässlichen Dingen einem jeden seinen Willen zu gestatten“. Entwicklung der Indi-

vidualität, Freiheit der Persönlichkeit, solange sie der anderen nicht unbequem wird, betrachtet Goethe als notwendige Bedingung einer gesunden Entwicklung der Gesellschaft. Nichts hasst er mehr als Uniformität. Er sträubt sich deshalb auch gegen jede Centralisation: „Wir fürchten uns vor einer Hauptstadt, ob wir schon den Punkt in unseren Besitzungen sehen, wo sich die grösste Anzahl von Menschen zusammenhalten wird. Dies aber verheimlichen wir, dies mag nach und nach, und wird noch früh genug entstehen.“ Die höhere Obrigkeit soll deshalb auch nicht an einem Orte sitzen, sie soll, wie die alten deutschen Kaiser, beständig umherziehen. Alles sucht Goethe auszuschliessen, was die freie Thätigkeit der Person oder der Gemeinde verkümmern könnte. Ordnung ohne Regelmässigkeit ist sein Ideal. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind in jedem Bezirk drei „Polizeidirektoren“, die von den 24 Stunden des Tages je 8 Stunden thätig sind. „Sie haben das Recht zu ermahnen, zu tadeln, zu schelten und zu beseitigen; finden sie es nötig, so rufen sie mehr oder weniger Geschworene zusammen. Die Strafen sind gelind. Ermahnungen darf sich jeder erlauben, der ein gewisses Alter hinter sich hat; missbilligen und schelten nur der anerkannte Aelteste, bestrafen nur eine zusammenberufene Zahl.“ Die Strafen bestehen „vorerst in Absonderung von der bürgerlichen Gesellschaft, gelinder, entschiedener, kürzer und länger nach Befund. Wächst nach und nach der Besitz der Staatsbürger, so zwackt man ihnen auch davon ab, weniger oder mehr, wie sie verdienen, dass man ihnen von dieser Seite wehe thue.“

Die Majoritätsherrschaft ist Goethe durchaus unsympathisch. Er spricht sich an anderer Stelle deutlicher aus: „Nichts ist widerwärtiger als die Majorität; denn sie besteht aus wenigen kräftigen Vorgängern, aus Schelmen, die sich akkommodieren, aus Schwachen, die sich assimilieren, und der Masse, die nachtrollt, ohne nur im mindesten zu wissen, was sie will.“

Ueber die Stellung der Familie in der neuen Gesellschaftsorganisation sagt Goethe folgendes: „In Betracht, dass wir erst anfangen, legen wir grosses Gewicht auf die Familienkreise. Den Hausvätern und Hausmüttern denken wir grosse Verpflichtungen zuzuteilen; die Erziehung wird bei uns um so leichter, als jeder für sich selbst Knechte und Mägde, Diener und Dienerinnen stellen muss.“ Es gibt also keine Untergebenen mehr, alle Menschen sind ebenbürtig und gleichberechtigt, und diesen Zustand betrachtet Goethe als vornehmstes Mittel der Erziehung. Die wechselweise Förderung im Unterricht und im Leben gehörte immer zu seinen Lieblingsgedanken.

Gray, John, ein Schotte, hat in dem zweiten Viertel dieses Jahrhunderts in einer Reihe von Schriften die bestehende Wirtschaftsordnung einer Kritik unterworfen und Reformpläne entwickelt. Er weist darauf hin, dass der Produzent oft mit solcher Schwierigkeit Absatz für seine Produkte findet, während doch alle anderen dieselben nötig haben. Die Wurzel dieses Uebels erblickt er darin, dass Gold zum Wertmesser gemacht ist statt des natürlichen Masses der Werte, der Arbeitszeit. Wenn man dies ändert, wird man die jetzt gefesselten Produktivkräfte freisetzen. Er schlägt zu diesem Zwecke die Errichtung einer nationalen Centralbank vor, die

den Austausch der Arbeitsprodukte nach der in ihnen enthaltenen notwendigen Arbeitszeit, welche durch eine genaue Statistik ermittelt werden muss, vermitteln soll. Der Produzent erhält für die Waren, die er in den grossen Magazinen deponiert, auf Arbeitsstunden lautende Banknoten, für die er andere Produkte in den Magazinen erhalten kann. Dadurch ist es „zu allen Zeiten ebenso leicht gemacht, für Geld zu verkaufen, als es nun ist, für Geld zu kaufen: die Produktion wird die gleichförmige und nie versiegende Quelle der Nachfrage sein“. Wenn er auch versichert, nur eine rein bürgerliche Reform des Austausches durch sein Arbeitsgeld zu empfehlen, so spricht er an einigen Stellen doch von einer staatlichen Regulierung der Produktion, von Verwandlung des Kapitals und des Landes in Nationaleigentum. Nach der Februarrevolution richtete er eine Denkschrift an die französische provisorische Regierung, worin er die Annahme seiner Vorschläge empfahl. Seine Schriften: The Social System; a treatise on the principle of exchange, Edinburgh, 1831. — An efficient Remedy for the Distress of Nations, 1842. — Lectures on the Nature and use of Money, 1848.

Darstellung und Kritik seiner Theorie bei Marx, zur Kritik der politischen Oekonomie, S. 61—64.

Grillenberger, Carl, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Nürnberg, geboren am 22. Februar 1848 zu Zirndorf, Bezirksamt Fürth, besuchte die Volksschule, lernte als Schlosser 1861—64, wanderte als Handwerksgeselle in Deutschland, der Schweiz und Oesterreich, 1874 Redacteur des „Nürnberg-Fürther Socialdemokrat“, jetzt der „Fränkischen Tagespost“ Nürnberg, Mitglied des Reichstags seit 1881.

Grün, Karl, deutscher Publizist, geboren am 30. September 1813 zu Lüdenscheid, besuchte das Gymnasium zu Wetzlar, studierte in Bonn und Berlin, zuerst Theologie, dann Philosophie und Geschichte. Seit dem Anfange des Jahres 1839 war er in Kolmar i. E. als Sprachlehrer thätig, kehrte aber nach einigen Jahren nach Deutschland zurück, um sich der Journalistik zu widmen. Er gründete 1842 die „Mannheimer Abendzeitung“, wurde aber bald aus Baden ausgewiesen. Nach seiner Ausweisung suchte er sich in einer besondern Schrift gegen die Beschuldigung, ein „Revolutionär“, ein „staatsgefährliches Individuum“ zu sein, zu rechtfertigen, indem er sich auf die Harmlosigkeit aller seiner Veröffentlichungen berief. Er konnte dies mit Recht thun. Erst durch die Verfolgungen wurde er auf einen radikaleren Standpunkt gedrängt. Grün wandte sich nach Köln, von wo er die Weseler Wochenschrift „Der Sprecher oder Rheinisch-Westphälischer Anzeiger“ redigierte. Hier kam er in Berührung mit Moses Hess, dem von socialistischen Ideen erfüllten Junghegelianer.

Unter den rheinischen Journalisten fand man damals nicht wenige, welche sich Socialisten nannten. Das Publikum lechzte förmlich nach radikalen Artikeln; der Censor strich unbarmherzig alle Abhandlungen, welche die politischen Verhältnisse Deutschlands einer freimütigen Kritik unterwarfen; da wurden die radikalen Journalisten denn Anhänger der *neuen in Frankreich* gepredigten Religion der Gleichheit, mit der man

durch L. Steins Werk über den französischen Socialismus bekannt geworden war.

So wurde auch Grün ein Socialist. Er ging bald darauf, wie so viele seiner Berufsgenossen in damaliger Zeit, ins Ausland, nach Belgien und Paris, wo er mit den leitenden Socialisten, Considérant, Cabet, Proudhon u. A. bekannt wurde. Im Jahre 1845 erschien als Frucht seines Aufenthalts in Paris die Schrift: „Die sociale Bewegung in Frankreich und Belgien, Briefe und Studien.“ In dieser Schrift ebenso wie in der im folgenden Jahre erschienenen „Ueber Goethe vom menschlichen Standpunkte“ vertritt Grün in überschwänglichen Phrasen socialistische Ideen. Aus derselben Zeit stammt eine Reihe von socialistischen Aufsätzen für das „Deutsche Bürgerbuch“ und die „Rheinischen Jahrbücher“.

1848 kehrte Grün nach Deutschland zurück und wurde von Trier in die preussische Nationalversammlung, 1849 in die preussische zweite Kammer gewählt Er schloss sich hier der äussersten Linken an. Nach Auflösung der preussischen Kammer wurde er wegen „intellektueller“ Beteiligung am Pfälzer Aufstand angeklagt, von den Geschworenen aber nach achtmonatlicher Haft freigesprochen. Grün ging dann wieder ins Ausland. Nach dem Tode Friedrich Wilhelms IV. kehrte er nach Deutschland zurück, wo er eine Stellung als Lehrer an der Handelsschule zu Frankfurt a. M. fand. 1870 siedelte er nach Wien über und starb dort am 18. Februar 1887.

Grütliverein, heute der bedeutendste schweizerische Arbeiterverband, wurde 1838 von Secessionisten des Genfer Arbeiterbildungsvereins gegründet. Die Mehrzahl seiner Mitglieder gehört dem Handwerker- und Arbeiterstande an, volles Mitgliedsrecht haben nur Schweizerbürger. Er erstreckt seine Organisation über alle Kantone der Schweiz und Schweizer Vereine, die im Ausland bestehen, zur Zeit 352 Vereine mit 15,241 Mitgliedern umfassend. Die von diesen gesteuerten Jahresbeiträge betragen jetzt circa 140,000 Mk., der Reservefond ist bereits auf cirka 250,000 Mk. angewachsen. Das Verbandsorgan, der „Grütlianer“, hat eine Auflage von circa 14,000.

Im Anfange der fünfziger Jahre hat der Grütliverein viele Verfolgungen durch die Behörden erfahren, wurde aber in seinem Wachstum durch dieselben nicht gehindert.

Sein Verhältnis zur Internationalen Arbeiter-Association wird als wohlwollende Neutralität bezeichnet. Nach der Erhebung der Pariser Commune 1871 wurde aber deklariert, dass der Verein mit der I. A. A., soweit sie zur Erreichung ihres Zieles gewaltsame Mittel in Anwendung bringe, keine Gemeinschaft habe und als nationaler Verband nur praktische Arbeiter- und Schweizerpolitik pflegen wolle.

In den folgenden Jahren gewannen die socialdemokratischen Principien unter den Mitgliedern des Vereins mehr und mehr Anhänger. Auf der Delegiertenversammlung zu Luzern 1878 wurde das Programm der socialdemokratischen Partei in der Schweiz nahezu einstimmig angenommen.

Im politischen Leben der Schweiz spielt der Grütliverein eine bedeutende Rolle. Er ist immer für freiheitliche und demokratische Insti-

tutionen eingetreten. Wenn die Mehrzahl der Mitglieder auch socialdemokratische Ansichten hat, so ist ihnen der Gedanke einer gewaltsamen Umwälzung doch ganz fremd. Ihre Politik ist durchaus besonnen und ihre Forderungen sind keineswegs utopistisch.

Das Programm des Grütlivereins entnehmen wir dem Volkswirtschaftslexikon der Schweiz, dessen Redaktion dasselbe im Januar 1890 von Vogelsanger, dem langjährigen Mitglied des Vereins, mitgeteilt wurde.

Nach demselben wird vom Grütliverein gefordert:

Obligatorischer und unentgeltlicher Volksschulunterricht (Primar- und Sekundarschule); Unentgeltlichkeit der Lehrmittel auf beiden Stufen; unentgeltlicher Unterricht auch an den höheren Schulen und Stipendien für fähige Unbemittelte.

Arbeitergesetzgebung mit einem den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag (Erweiterung und Vertiefung des Fabrikgesetzes, Zehnstundenarbeitstag); internationale Regelung des Arbeiterschutzes; Haftpflicht für alle Fabrik- und gewerblichen Arbeiter; obligatorische Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung.

Unentgeltliche Krankenpflege und Uebernahme der Beerdigungskosten durch Staat und Gemeinden.

Staatliche Statistik über die Lage der arbeitenden Klassen und die Bodenverschuldung.

Feststellung der Arbeitslöhne auf die Höhe einer angemessenen Existenz mit Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Durchführung des Grundsatzes, dass das gleiche Quantum von Arbeit, ob von Männern oder Frauen geleistet, gleich bezahlt werde. Staatliche Regelung des Arbeitsnachweises. Oeffentliche Stellenvermittlungsbureaux mit billigen Taxen.

Obligatorische Berufsverbände.

Unentgeltliche Rechtspflege.

Gewerbliche Schiedsgerichte (Prudhommes).

Steuerreform im Sinne konsequenter Durchführung der Progression und Inventarisation; progressive Erbschaftssteuern.

Verstaatlichung der Versicherung, der Eisenbahnen und des Bankwesens (zunächst Bundesbank mit Banknotenmonopol). Tabak-, Zündholz- und Getreidemonopol.

Staatliche Gesundheits- und Lebensmittelkontrolle; sanitarische Kontrolle der Wohnungen, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie.

Studium der Bodenbesitzreform.

Auf den verschiedenen socialistischen Kongressen erschienen Vertreter des Grütlivereins und einzelner Sektionen, um ihrer Solidarität mit den Arbeitern der übrigen Länder Ausdruck zu geben. Auf dem internationalen Kongress zu Zürich im Jahre 1893 trat es deutlich hervor, dass der Grütliverein durchaus socialistisch geworden ist.

Guépin, Ange, geboren zu Pontivy 1805, gestorben zu Nantes am 21. Mai 1873. Vertreter eines philosophischen Socialismus, schrieb er Philosophie du socialisme ou étude sur les transformations dans le monde *et l'humanité 1850,* von dem ein kurzer Auszug ist: Le socialisme ex-

pliqué aux enfants du peuple 1851. Philosophie du XIXe siècle, étude encyclopédique sur le monde et l'humanité. 1854.

Guesde, Jules (Basile), geboren zu Paris am 11. November 1845. Er erhielt seine Erziehung von seinem Vater, der Privatlehrer war. Guesde zeigte frühzeitig nicht gewöhnliche Fähigkeiten und bestand mit 16 Jahren die Baccalaureatsprüfung. Auf den Broterwerb angewiesen, trat er in die Verwaltungscarrière ein, ohne es jedoch lange in derselben auszuhalten. Zwanzigjährig wandte er sich der politischen Journalistik zu und bekämpfte anfangs zu Paris, dann zu Toulouse und Montpellier das Kaisertum. In letztgenannter Stadt gab er die „Droits de l'homme" heraus Wegen eines hier erschienenen Artikels, in dem er statt zum Kriege zur Revolution aufforderte, wurde er zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Leidenschaftlicher Anhänger der Commune, versuchte er vergeblich auch Montpellier in die revolutionäre Bewegung hineinzuziehen.

Im Juni 1871 erlitt er eine zweite Verurteilung zu 5 Jahren Gefängnis wegen eines Artikels, in dem er für die Pariser Commune Partei genommen hatte. Er floh nach Genf, wo er eine Sektion der Internationale, die der Rue Longemale, gründete, ohne jedoch im Kampf zwischen Marx und Bakunin Partei zu nehmen. Im Bericht des Generalrats 1873 wurde er als ein Agent Bakunins bezeichnet. Aus Italien wegen socialistischer Propaganda vertrieben, kehrte er 1876 nach Paris zurück, wo er Mitarbeiter an den Zeitungen „les Droits de l'homme", „le Radical", „le Citoyen" war. 1879 gründete Guesde in Verbindung mit socialistischen Studenten die „Egalité". Ueber seine Thätigkeit für den Socialismus in Frankreich (s. d.). Er ist einer der Leiter der Kollektivisten marxistischer Richtung und hat in Verbindung mit Marx und Engels das Parteiprogramm der Arbeiterpartei ausgearbeitet. 1887 wurde er Chefredacteur des „Cri du peuple", 1889 der „Egalité". Auf dem Pariser Kongress von 1889 gab er den Bericht über die socialistische Bewegung in Frankreich, 1891 nahm er als Vertreter der französischen Arbeiterpartei am Brüsseler Kongress teil.

Op. Essai de catéchisme socialiste 1878; Collectivisme et Révolution 1879; la loi des salaires et ses conséquences 1879; Services publics et Socialisme 1883; le Collectivisme au Collège de France 1883.

Harm, Friedrich, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Elberfeld, geb. 25. August 1844 zu Leezen, besuchte die Volksschule, reiste in Deutschland, Holland, Schweiz und Frankreich, im grossen Elberfelder Socialistenprozess zu $^1/_2$ Jahr Gefängnis verurteilt, seit 1884 Mitglied des Reichstags, lebt als Kaufmann in Elberfeld.

Harmonisten, kleine, aus Deutschen bestehende Sekte, welche in Economy, Beaver County, Pennsylvania, in Kommunismus lebt. Gründer der Sekte ist Georg Rapp. Eine ausführliche Darstellung ihres Lebens findet sich in dem Art. „Rapp".

Hasenclever, Wilhelm, geb. 19. April 1837 zu Arnsberg, besuchte das Gymnasium seiner Vaterstadt bis Secunda und erlernte dann die Lohgerberei. Nachdem er Deutschland und Oberitalien durchwandert hatte, ward er 1862 Redacteur der „Westphälischen Volkszeitung"; schloss sich

aber bald der Lassalleschen Agitation an. Zunächst Redacteur des „Neuen Socialdemokrat“ wurde er nach Schweitzers Rücktritt Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und nach der Vereinigung desselben mit der socialistischen Arbeiterpartei Mitglied des Vorstandes der neu gebildeten Partei. 1875 übernahm er die Redaktion des Hamburg-Altonaer Volksblattes und redigierte mit Liebknecht von 1876 bis 1878 den „Vorwärts“. In den Jahren 1869 bis 1870 und 1874 bis 1878 war er Reichstagsmitglied. 1878 unterlag er, errang aber bei der Nachwahl 1879 ein Mandat in Breslau, Oktober 1887. Da er 1887 in eine Geisteskrankheit verfiel, musste er sein Reichstagsmandat niederlegen und starb am 3. Juli 1889 zu Schöneberg.

Hasselmann, Wilhelm, geboren am 25. September 1844 zu Bremen, besuchte das Gymnasium daselbst, darauf das Polytechnikum zu Hannover und arbeitete als Chemiker teils praktisch in Fabriken, teils wissenschaftlich in Göttingen und Berlin. Von den Lassalleschen Broschüren für die Bewegung gewonnen, wurde er von Schweitzer, nachdem dieser es verstanden hatte, sich seines Mitbesitzers des „Socialdemokraten“, des Herrn von Hofstetten, zu entledigen, zum Unterredacteur ernannt. Später war er Mitredacteur des „Neuen Socialdemokraten“ und führte die Ausgleichsverhandlungen des A. D. A. V. mit der socialdemokratischen Arbeiterpartei als einer seiner Vertreter. Die ihm angebotene zweite Redacteurstelle beim „Vorwärts“ neben Liebknecht nahm er nicht an und gründete in seinem Wahlkreis Elberfeld-Barmen ein eigenes Organ, „Die rote Fahne“, in dem er gegen die Parteileitung opponierte. Erst auf dem Kongress von Wyden im Jahr 1880 wurde er energisch zur Rechenschaft gezogen. Sein Organ wurde zum Eingehen verdammt. Er selbst, wegen seiner Intriguen, die Partei zu sprengen, und wegen seiner Verläumdungen aus der Partei ausgeschlossen, verliess Deutschland und wanderte nach Amerika aus.

Hébert, Jacques René, geboren den 15. November 1757, gestorben den 24. März 1794.

Seine ersten revolutionären Pamphlete datieren von 1790 und in demselben Jahre liess er das berühmte Journal „Le Père Duchesne“ erscheinen, das in der französischen Revolutionsgeschichte, als ein Ausdruck der Gedanken und Gefühle des „vierten Standes“, der Masse der Armen, von grosser Bedeutung war.

Auf den Trümmern des Adels und der Geistlichkeit soll sich eine neue Klasse erheben, die nur den Kultus der Gleichheit und Freiheit kennt. Mit grossem Zorn verfolgt Hébert daher die Reichen, die die Kleinen aufzuzehren fortfahren. Alles was das Volk (le peuple) bis jetzt durch die Revolution gewonnen hätte, sei, dass man ihm einige Höflichkeiten erwiese, und es einigemal zum Diner einlüde. „Wenn wir Euch“, so redet er die Deputierten an, „wenn das Volk Euch mit seiner Vertretung beauftragt hat, um die Staatsgeschäfte wieder in Ordnung zu bringen, die die Frau des Gilles Capet, sein junger Bruder und die ganze elende Clique so in Unordnung gebracht haben, wenn wir Euch zu Deputierten in den Generalständen ernannt haben, haben wir Euch da gesagt, uns eine Konstitution *nach dem* Muster der alten zu machen, Gesetze zu machen, welche alles

den einen, und nichts den anderen gewähren? Haben wir nicht ausdrücklich Euch aufgetragen, die alten Götzen zum Teufel zu schicken und das arme Volk aufzurichten, das seit so vielen Jahrhunderten bis an die Schultern im Dreck gesteckt hat? Wie habt Ihr nun Wort gehalten? Ihr habt die Aristokratie des Adels und der Geistlichkeit zerstört, und richtet nun eine tausendmal mehr verhasste auf, die des Reichtums!" Die Republik darf daher nicht mehr dulden, dass alle Eier in einem Korbe sind, wie in der alten Zeit.

Das erste Eigentum ist die Existenz; für die der Armen muss daher der Staat sorgen, indem er die Greise durch Lebensmittel, die Gesunden durch Arbeit unterstützt. Zu dem Zwecke muss der Staat alle Ernten unter Entschädigung der Besitzer in Beschlag nehmen und sie unter die Departements nach ihrer Bevölkerungszahl verteilen. Ferner verlangt er für das Volk öffentlichen unentgeltlichen obligatorischen Unterricht; und empfiehlt ihnen das Beispiel der Ameisen, die in Gütergemeinschaft leben.

Heine, August, früher socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Kalbe, Regierungsbezirk Magdeburg, geboren den 11. Januar 1842 in Halberstadt, besuchte die Oberrealschule daselbst, lernte als Hutmacher, bereiste Deutschland, Oesterreich, die Schweiz und Frankreich, 1871 Redacteur der „Halberstädter Volkszeitung", später der „H. Freien Presse", 1883—84 der „H. Sonntagszeitung", seit 1879 Stadtverordneter, Mitglied des Reichstags 1884 bis 1887 und von 1890—1893.

Heinse, Johann Jakob Wilhelm, geb. den 16. Februar 1749, gest. den 22. Juni 1803, lässt in seinem 1787 erschienenen Roman „Ardinghello und die glückseligen Inseln" seine Helden auf den Inseln Paros und Naxos ein Staatswesen nach kommunistischen Principien gründen. Es heisst am Schluss: „Wir richteten unsere Staatsverfassung ein nach Rom und Griechenland; und studierten fleissig dabei die Republik des Lykurg, des Plato, die Politik des Aristoteles, und den Fürsten von Macchiavell, um uns vor diesem zu bewahren. Platons doppelten Bürgerstand, wo die eine Klasse die Ehrenstellen haben, und die andere den Ackerbau treiben soll, vermieden wir weislich; behielten aber die Gemeinschaft der Güter gegen den Aristoteles. Der Haufen Uebel, den wir dadurch verbannten, war allzugross; und der scharfsinnige Prüfer aller zu seiner Zeit bekannten Republiken schien uns hierin die Vorurteile der Erziehung nicht genug abgelegt zu haben.

„Ferner waren die Weiber nach dem erhabenen Schüler des Sokrates, jedoch auch nur gewissermassen, gemeinschaftlich, und so die Männer; das ist: jedes hatte völlige Freiheit seiner Person."

Helfmann, Hessja. Sie floh vor dem häuslichen Despotismus ihrer fanatischen, jüdischen Eltern nach Kiew, wo sie, um selbständig zu leben, Geburtshülfe studierte. Sehr bald eine glühende Socialistin wurde sie 1874 verhaftet und drei Jahre in Untersuchungshaft gehalten, um im Moskauer Prozess der 50 als Kleinbürgerin zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt zu werden. Nach Ablauf dieser an physischen und moralischen Qualen reichen Zeit wurde sie 1879 nach Staraja Russa verbannt. Es gelang ihr Ende des Jahres, die Polizei zu täuschen und nach Petersburg zu entkommen,

wo sie sich der Partei der „Narodnaja Wolja“ anschloss. Wegen Teilnahme an der Tötung Alexanders II. wurde sie verhaftet und zum Tode verurteilt. Ihrer Schwangerschaft wegen wurde aber das Urteil nicht zugleich mit dem der fünf anderen Königsmörder vollstreckt. Infolge der grausamen Misshandlungen im Gefängnis trat vorzeitige Entbindung ein, die zunächst den Tod des Kindes, dann auch den der Mutter zur Folge hatte.

Hertzka, Theodor. Geboren am 13. Juli 1845 in Budapest, studierte er daselbst und in Wien und wurde 1872 Redacteur der „Neuen Freien Presse“, 1880 übernahm er die Oberleitung der „Wiener Allgem. Zeitung“. Es erregte einiges Aufsehen, als H., der in seinem Buche „Die Gesetze der Handelspolitik“, Leipzig 1880, noch ganz auf dem Boden der liberalen Oekonomie gestanden hatte, in dem sechs Jahre später erschienenen Werk „Die Gesetze der socialen Entwicklung“ gänzlich mit derselben brach. Festhaltend an der Erkenntnis, dass die Natur kein anderes Recht kennt, als das des Stärkeren, keine andere Moral, als die der Artenentwicklung, ist es ihm gelungen, wie er in der Einleitung selbst sagt, das eherne Gesetz der Entwicklung, den Zusammenhang der Thatsachen zu finden und damit die Räthsel der Vergangenheit und Gegenwart zu lösen, nicht bloss Grund und Inhalt unserer Ideen zu enthüllen, sondern auch jenen Schleier zu lüften, welcher die Zukunft unseres Geschlechts bis dahin jedem irdischen Auge verbarg. Er verlangte also die Ueberführung des Grund und Bodens in das Kollektiveigentum der Gesellschaft, wobei die Grundbesitzer für das ihnen entzogene Eigentum voll entschädigt werden sollen. Der Boden soll dann von Associationen in Kultur genommen werden, denen jedermann beitreten kann. Die Ausgleichung zwischen besserem und schlechterem Boden vollzieht sich in durchaus automatischer Weise durch Zu- und Abfluss von Arbeitskraft.

Doch H's Gedankenentwicklung ist damit noch nicht abgeschlossen. Er erkannte nach seinen eigenen Worten, dass die von ihm vertretene Ansicht über Wesen und Natur des Kapitalzinses durchaus verkehrt sei, und gibt nun in der Einleitung zu dem Roman „Freiland“, zu dem ihn seine neuen ökonomischen Entdeckungen begeistert hatten, eine definitive Lösung des socialen Problems, die von der Wissenschaft der Nationalökonomie seit ihrer ersten Entstehung bis zum heutigen Tage unablässig gesucht wurde. Dieselbe besteht im Gemeineigentum an allen Produktionsmitteln und H's Theorie ist nichts anderes als der alte anarchistische Kommunismus, wie er seit über zwanzig Jahren von allen Anarchisten gelehrt wird.

Da der Arbeiter seine Arbeitskraft nur verwerten kann, wenn er im Besitz der Produktionsmittel, nämlich der Naturkräfte und Kapitalien, ist, soll die Gesellschaft die Kapitalien jedermann nach Wunsch zur Verfügung stellen, und zwar zinslos, aber gegen Rückzahlung in gewissen Fristen, deren Ausmass je nach der Natur der beabsichtigten Anlagen in der Weise festgestellt werden soll, dass die Abtragung aus den Produktionsergebnissen stattfindet. Anders verhält sich die Sache mit den Naturkräften und dem Boden. Da beide bloss in beschränkter Menge vorhanden und ausserdem *nicht von gleicher* Güte sind, so kann der Anspruch jedermanns auf gleich

ertragreichen Boden nur zur Geltung gebracht werden durch die freie Association der Arbeiter, deren Organisation in folgender Weise geregelt sein soll:

1. Der Beitritt in jede Association steht jedermann frei, gleichviel ob er zugleich Mitglied anderer Associationen ist, oder nicht; auch kann jedermann jede Association jederzeit verlassen.

2. Jedes Mitglied hat Anspruch auf einen, seiner Arbeitsleistung entsprechenden Anteil am Nettoertrage der Association.

3. Die Arbeitsleistung wird jedem Mitgliede im Verhältnisse der geleisteten Arbeitsstunden berechnet, mit der Massgabe jedoch, dass älteren Mitgliedern für jedes Jahr, um welches sie der Gesellschaft länger angehören, als die später Beigetretenen, ein Präcipuum von ... Prozent eingeräumt ist. Ebenso kann für qualifizierte Arbeit im Wege freier Vereinbarung ein Präcipuum bedungen werden.

4. Die Arbeitsleistung der Vorsteher oder Direktoren wird im Wege einer, mit jedem einzelnen derselben zu treffenden freien Vereinbarung, einer bestimmten Anzahl täglich geleisteter Arbeitsstunden gleichgesetzt.

5. Der gesellschaftlishe Ertrag wird erst am Schlusse eines jeden Betriebsjahres berechnet und nach Abzug der Kapitalrückzahlungen und der an das freiländische Gemeinwesen zu leistenden Abgaben zur Verteilung gebracht. Inzwischen erhalten die Mitglieder Vorschüsse in der Höhe von ... Prozent des vorjährigen Reinertrages für jede geleistete oder angerechnete Arbeitsstunde.

6. Die Mitglieder haften für den Fall der Auflösung oder Liquidation der Association nach dem Verhältnis ihrer Gewinnbeteiligung für die Schulden der Gesellschaft, welche Haftung sich bezüglich der noch aushaftenden Beträge auch auf neu eintretende Mitglieder überträgt. Auch erlischt mit dem Austritte eines Mitgliedes dessen Haftung für die schon gemachten Schulden nicht. Dieser Haftbarkeit für die Schulden der Association entspricht im Falle der Auflösung oder Liquidation der Anspruch der haftenden Mitglieder an das vorhandene Vermögen.

7. Oberste Behörde der Association ist die Generalversammlung, in welcher jedes Mitglied das gleiche aktive und passive Wahlrecht ausübt. Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; zu Statutenänderungen und zur Auflösung und Liquidation der Association ist 3/4 Majorität erforderlich.

8. Die Generalversammlung übt ihre Rechte entweder direkt als solche, oder durch ihre gewählten Funktionäre, die ihr jedoch verantwortlich sind.

9. Die Leitung der gesellschaftlichen Geschäfte ist einem Direktorium von .... Mitgliedern übertragen, die von der Generalversammlung auf .... Jahre gewählt werden, deren Bestallung jedoch jederzeit widerruflich ist. Die untergeordneten Funktionäre der Geschäftsleitung werden von den Direktoren ernannt; doch geschieht die Feststellung des Gehaltes dieser Funktionäre — bemessen in Arbeitsstunden — auf Vorschlag der Direktoren durch die Generalversammlung.

10. Die Generalversammlung wählt jährlich einen aus ... Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat, der die Bücher sowie das Gebahren der Geschäftsleitung zu überwachen und darüber periodischen Bericht zu erstatten hat.

Infolge der im Princip der freien Vergesellschaftung enthaltenen freien Beweglichkeit der Arbeitskräfte strömen also dem besseren Boden mehr Arbeiter zu als dem schlechten und da einem bekannten ökonomischen Gesetz zufolge der Mehraufwand von Arbeitskraft auf gleicher Bodenfläche mit verhältnissmässig sinkendem Ertrage verknüpft ist, so wird auf den einzelnen Arbeiter und auf die einzelne Arbeitsstunde auf bestem Boden kein höherer Ertrag, als auf dem überhaupt noch in Arbeit genommenen schlechtesten entfallen. Dies im grossen und ganzen die Organisation der Arbeit.

Am Schlusse seines Buches fordert nun H. zur Gründung einer socialistischen Kolonie „Freiland" in den Hochlanden des äquatorialen Afrikas auf. Dank einer regen Agitation gab es 1891 schon 24 Lokalgesellschaften mit circa 1,000 Freiländern. H. hat die Absicht, zur Gründung einer einheitlichen internationalen Freilandgesellschaft zu schreiten, sobald auch ausserhalb der Länder deutscher Zunge freiländische Lokalvereine in genügender Zahl und Stärke entstanden sein werden, was er im Laufe des Sommers 1891 fest erwartete. Inzwischen wurde ein freiländisches Aktionskomitee gegründet, welches eine Broschüre „Freiland", einen Auszug aus H's Roman zum Abdruck brachte. Ausserdem wird unter dem Titel „Freiland", Organ der Freilandgesellschaft in Wien, ein Blatt herausgegeben. das fortlaufende Nachrichten über alles auf die Freilandsbewegung Bezug habende bringen soll.

Op. Die Gesetze der socialen Entwicklung, Leipzig 1886; Freiland, ein sociales Zukunftsbild, 1890; Socialdemokratie und Socialliberalismus, Dresden 1891.

Herwegh, Georg, geboren zu Stuttgart am 31. Mai 1817, gestorben 7. April 1875 in Lichtenthal bei Baden-Baden.

Zum Studium der Theologie bestimmt, bezog er am 23. Oktober 1835 die Universität Tübingen und trat daselbst in das evangelisch-theologische Seminar ein. Wegen eines Disciplinarvergehens aus dieser Anstalt entlassen, gab er die Theologie auf und widmete sich der Jurisprudenz. Um ein freies Dichter- und Litteratenleben zu führen, kehrte er nach Stuttgart zurück und fand durch Lewald eine Stelle an der Redaktion der „Europa". Zum Militärdienst ausgehoben, zeitweilig beurlaubt, wegen eines Streites mit einem Offizier mit Haft bedroht, entzog er sich diesen Chikanen durch die Flucht in die Schweiz. In Emmishofen unternahm er die Uebersetzung Lamartine's, ohne sie zu vollenden, und verfasste in den Jahren 1839 und 1840 Gedichte und kritische Aufsätze für die von J. Wirth herausgegebene „Deutsche Volkshalle". Mit leidenschaftlicher Energie predigte er das demokratische Evangelium der Revolution. Nach Zürich übergesiedelt, liess er „Gedichte eines Lebendigen" erscheinen. Durch alle diese Gedichte zieht sich der revolutionäre Grundgedanke hindurch, oft schon socialistisch gefärbt. Der Erfolg seiner Gedichte war ein grosser. Im Jahre 1844

erschien ein zweiter Band derselben, in denen an die Stelle der zündenden Begeisterung des ersten Teils die sarkastische Schärfe der Kritik getreten ist. Schon vorher war er nach Paris übergesiedelt, wo er bis 1848 in persönlichem Verkehr mit Heine, Béranger, George Sand und den deutschen Kommunisten lebte und auch für den „Vorwärts" Heines schrieb. Bei dem Aufstand Heckers und Struwes führte er eine Kolonne deutscher Arbeiter in das badische Oberland. Bei Niederdoisenbach von württembergischem Militär angegriffen, wurde die Schar nach heftigem Gefecht zerstreut. H. gelang es, nach Frankreich zu entkommen. Er lebte seitdem in Paris, Genf, Zürich und zuletzt wieder in Deutschland.

Den Ereignissen von 1866 stand Herwegh gleichgültig, denen von 1870 nach der Schlacht von Sedan feindlich gegenüber. Er sah in Preussen den Todfeind aller Freiheit und konnte in dem neuen deutschen Reiche mit preussischer Spitze nichts Anderes sehen. Einer der wenigen, die inmitten des allgemeinen Siegesrausches nüchtern geblieben, hat er nicht vergessen, was die Menschheit Frankreich und seinen Revolutionen zu verdanken gehabt, hat er die Annexion von Elsass und Lothringen, weil bei ihr über Millionen von Menschen wie über eine Viehherde verfügt wurde, als ein Verbrechen bezeichnet. „Gestützt auf deines Schwertes Knauf", so redet er in dem 1871 gedichteten „Epilog zum Kriege" Germania an:

Gestützt auf deines Schwertes Knauf,
Lobst du in frommen Telegrammen
Den Herrn, von dem die Herren stammen,
Und aus Zerstörung, Tod und Flammen
Steigt heiss dein Dank zum Himmel auf.

Nach vierundzwanzig Schlachten liegt
Der Feind am Boden überwunden;
Bis in die Stadt voll Blut und Wunden
Die keinen Retterarm gefunden,
Brichst du dir Bahn, du hast gesiegt.

Schwarz, weiss und rot! um ein Panier
Vereinigt stehen Süd und Norden;
Du bist im ruhmgekrönten Morden
Das erste Land der Welt geworden —
Germania, mir graut vor dir.

Mir graut vor dir; ich glaube fast,
Dass du, in argen Wahn versunken,
Mit falscher Grösse suchst zu prunken,
Und dass du, gottesgnadentrunken,
Das Menschenrecht vergessen hast.

Noch schärfer gibt er seinen Ideen über die neue Einheit Ausdruck in dem Gedicht: „Die Siegestrunkenen" (Frühjahr 1871):

Ihr rühmt Euch einig, weil die Pest
Der Knechtschaft sich verallgemeinert,
Weil täglich noch der kleine Rest
Lebend'ger Seelen sich verkleinert;

Ihr rühmt Euch einig, weil ein Mann
Darf über Krieg und Frieden schalten
Und Euch zur Schlachtbank führen kann
Mit der Parol': Das Maul gehalten!

und zum Schluss:

Einheit des Rechtes ist kein Schild,
Der uns bewahrt vor Unterdrückung;
Nur wo als Recht das Rechte gilt,
Wird sie zum Segen, zur Beglückung.

Nur diese war's, die wir erstrebt,
Die Einheit, die man auf den Namen
Der Freiheit aus der Taufe hebt;
Doch Eure stammt vom Teufel. Amen!

Kein Wunder, dass der Dichter im heiligen römischen Reich von dem Tross patriotischer Litteraten totgeschwiegen wurde, und dass nur das Proletariat, das er mit dem unsterblichen „Lied der Arbeit" beschenkt hat, ihm ein treues Gedächtnis bewahrt hat und bewahren wird.

Herzen, Alexander, geboren zu Moskau 1812. Er begann seine Studien unter dem drakonischen Regiment Nikolaus I. an der Universität zu Moskau. Trotz aller Censur drangen die Ideen des Westens auch in Russland ein und fanden in H. einen begeisterten Schüler. 1834 hatte er sich an den Schriften St. Simons zu einem revolutionären Socialisten entwickelt. Ein Kreis von gleichgesinnten Jünglingen schloss sich ihm an, der sich das Studium der französischen Socialisten zur Aufgabe gemacht hatte. Indes ihre Thätigkeit missfiel der Regierung und H. wurde 1835 nach Perm, dann Wiätka verbannt, erst nach längerer Zeit ward es ihm erlaubt, nach Moskau zurückzukehren. 1847 liess H. den Roman: „Wer ist schuld?“ erscheinen und betrieb mit grossem Eifer das Studium der französischen Socialisten. Im selben Jahre erhielt er die Erlaubnis, Europa zu besuchen, wo er bis zu seinem Januar 1870 erfolgten Tode sich aufhielt. Die Revolution von 1848 enttäuschte ihn; seinem Unwillen über das Unterliegen der socialistischen Ideen gab er Ausdruck in der Schrift „Nach dem Gewitter“ und „Der 57. Jahrestag der einen und unteilbaren Republik“, wo er als das Hauptprincip der Gesellschaft ausspricht, dass der Arbeiter für keinen andern arbeiten soll oder kann. 1851 begab er sich nach London und gründete daselbst eine russische Presse. 1857 gab er die „Kolokol“ (Glocke) heraus, das erste freie russische Blatt, das von dem grössten Einfluss auf Russland war. Hier vertrat er föderativen Panslavismus und erblickte in dem grossrussischen Gemeindebesitz das Heilmittel nicht nur für Russland, sondern auch für das alternde Europa. Er hält jede Republik, die nicht zum Socialismus führt, für widersinnig; ein Socialismus aber, der nicht demokratisch wäre, würde rasch in den Kommunismus der Autorität ausarten. — Der polnische Aufstand von 1863 wurde für Herzens und seines Blattes „Kolokol“ Einfluss verhängnisvoll (s. Bakunin). Im folgenden Jahre siedelte Herzen mit seiner Druckerei nach Genf über, wo er mit Ogareff eine neue „Glocke“ erscheinen liess. Herzen starb zu Paris am 21. Januar 1870. (S. Russland.)

Hess, Moses, deutscher Socialist, geboren am 21. Januar 1812 zu Bonn als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns, bezog 1830 die Universität, war später kurze Zeit im Geschäfte seines Vaters thätig und widmete sich der Journalistik. Ende der dreissiger Jahre wurde er in Paris mit den Leitern der socialistischen Bewegung bekannt und hat seit dieser Zeit unermüdlich für die Verbreitung seiner Ideen gewirkt. Hess war Mitarbeiter an den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“, am Pariser „Vorwärts“ und lieferte Beiträge für die von Herwegh herausgegebenen „Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz“, für die „Rheinischen Jahrbücher“ und das „Deutsche Bürgerbuch“. Vom Juli 1845 bis zum Juni 1846 gab er in Elberfeld den „Gesellschaftsspiegel, Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart“ heraus. Nach dem Eingehen dieses Blattes begab er sich nach Brüssel. 1849 beteiligte er sich an der süddeutschen Revolution und wurde dafür in contumaciam zum Tode verurteilt. Hess hat in der Folge meistens in Paris gelebt, von wo er nach dem Tode Friedrich Wilhelms IV. nach Deutschland zurückkehrte. Als Ferd. Lassalle die socialdemokratische Agitation

aufnahm, schloss er sich ihm sofort an. Längere Zeit war er der Kölner Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Er starb am 6. April 1875.

Moses Hess ist der Hauptvertreter des sog. philosophischen Socialismus. Unter Socialismus versteht er die Wissenschaft und Kunst, die sich mit dem Menschen als Gattungswesen beschäftigt. Der Mensch als thätiges Glied der menschlichen Gesellschaft ist ein schöpferisches, al mächtiges Wesen. Er hat die Begriffe gut und böse, recht und unrecht, die Moral und das Recht geschaffen. Er ist der allerletzte Grund, der Schöpfer und Bildner jeder Wissenschaft und Kunst, der Gottesgelahrtheit und Rechtsgelahrtheit, der Staatskunst und der Volkswirtschaft.

Seine eigene Schöpferkraft ist dem Menschen aber immer ein Geheimnis gewesen. Der Mensch hat bisher seine Schöpfung für seinen Schöpfer gehalten, er hat sich den Werken seiner Hände und seines Hirnschädels unterworfen, als ob es höhere übermenschliche Wesen oder Mächte wären. So ist er ein Opfer bald seiner Gottesgelahrtheit, bald seiner Staatskunst, endlich aller seiner intellektuellen und materiellen Reichtümer geworden. Der Schöpfer hat sich seinen Kreaturen als Diener unterworfen. Die Entwicklung seiner Macht hat ihn nur ohnmächtiger gemacht und es ist dahin gekommen, dass zuletzt all sein Vermögen einem einzigen allmächtigen und allgegenwärtigen Gotte, dem Gelde, zugefallen ist. Der Einzelne musste von dem beschränkt individuellen Standpunkt aus, auf dem er sich befand, das von ihm als Gattungswesen Mitgeschaffene als das Werk eines ihm jenseitigen Wesens betrachten und sich von diesem ihm fremden Wesen, von dieser ihm verborgenen Macht beherrschen lassen. Das von der Gesellschaft Geschaffene war bisher für das Individuum ein mystisches, jenseitiges Wesen, das ihm im politischen Leben als Staatsmacht, im religiösen als himmlische Macht, theoretisch als Gott, praktisch als Geldmacht gegenüber stand. Von dieser Herrschaft wird den Menschen der Socialismus befreien, d. i. die Wissenschaft und Kunst vom organisierten Zusammenwirken aller physischen und geistigen Kräfte.

Aufs energischste protestierte Hess gegen die von unwissenden Gegnern damals geglaubte Mär, dass die Socialisten eine neue Verteilung der Güter erstrebten. „Beruhigt Euch," — so schliesst er eine Abhandlung aus dem Jahre 1844, — „Ihr schmutzigen Seelen, die Ihr unfähig seid, Euch zur grossen Idee des Socialismus zu erheben! Wir wollen nicht „teilen"; wir wollen vereinigen. Die wesentliche Einheit der menschlichen Interessen kann am wenigsten durch eine neue „Verteilung der Güter" ins Leben gerufen werden, die der alten Lüge nur neue Nahrung geben würde. — Es handelt sich überhaupt nicht darum, das persönliche Eigentum aufzuheben, sondern das nicht persönliche, das falsche, entäusserte und veräusserliche zum wahren und unveränderlichen Eigentum zu erheben — den Menschen nämlich ihr sociales Besitztum, ihre Mittel zum Leben, d. h. zur socialen Lebensthätigkeit überhaupt, zu verbürgen. Was vom Zufall der Geburt und von einer blinden Macht, dem Gelde, abhängig ist, soll von der Vernunft der vereinigten Menschen abhängig gemacht werden. Der Verkehr, die Ausgleichung, der Aus-

tausch der menschlichen Produkte, das menschliche Vermögen selbst — jetzt und so lange keine Vernunft, sondern die Willkür des Einzelnen es ausbeutet, einem blinden Götzen verfallen — soll diesem Geldgötzen wieder entzogen und nach vernünftigen Gesetzen geregelt werden."

In allen Schriften Hess' findet man den Gedanken, dass die Herrschaft des Privateigentums Herrschaft des Egoismus, der Unsittlichkeit ist, dass erst im Zustande der Gemeinschaft das Gute sich würde entfalten können. Das höchste Gut, den wahren und einzigen Genuss, werden die Menschen in der freien Thätigkeit erblicken. Der Gegensatz von Genuss und Arbeit wird verschwinden.

„Das ist der Fluch," — sagt er in einem Aufsatze der „21 Bogen aus der Schweiz" 1843 — „der in der ganzen bisherigen Geschichte auf dem Menschen lastete, dass er nämlich die Thätigkeit nicht als Selbstzweck, und den Genuss stets von ihr getrennt erfasste, weil eben die ganze bisherige Geschichte nichts Anderes als die Entwicklung des Geistes darstellt, der, um wirklich zu werden, in Gegensatz zu sich treten musste. So wie dieser Fluch mit der Religion und Politik ins Leben trat, so wird er auch wieder verschwinden, nachdem die Herrschaft der Religion und Politik zu Ende, die Stufe der Reflexion überwunden ist und das Reich der Spekulation, die philosophische Ethik, beginnt und das ganze Leben umfasst. — Das erste Wort, wodurch sich der Gott der Reflexion dem Menschen offenbarte, war jener Fluch, den die Bibel uns in dem bekannten Spruche: „Im Schweisse deines Angesichtes sollst du dein Brot verzehren" getreulich überlieferte. Das erste Wort dagegen, wodurch sich der freie Geist dem Menschen offenbarte, ist der bekannte Ausspruch der Ethik des Spinoza: „Gut ist, was die Thätigkeit fördert, die Lebenslust erhöht." Die „Arbeit im Schweisse des Angesichts" hat den Menschen zum Sklaven und elend gemacht; die „Thätigkeit aus Lust" wird ihn frei und glücklich machen."

Op. Die europäische Triarchie, anonym, 1841; Ueber die socialistische Bewegung in Deutschland in Karl Grün's Neue Anekdota, 1845; Rechte der Arbeit, 1863, und eine Reihe von Artikeln in den oben genannten Zeitschriften.

Hickel, Karl, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Mülhausen, Elsass-Lothringen, seit 1890, geb. 1. Oktober 1848 zu Bischweiler, Unter-Elsass, besuchte die Volksschule, lernte als Bauschreiner, kam 1865 nach Mülhausen, machte als garde mobile den Krieg von 1870/71 mit, war Kriegsgefangener in Rastatt. Mitte der siebziger Jahre begründete er ein Tischlergeschäft in Mülhausen i. E.

Hitze, Franz, geboren den 16. März 1851 zu Hanemicke (Westphalen). Nachdem er das Gymnasium zu Paderborn besucht hatte, studierte er Theologie zu Würzburg und erhielt daselbst 1878 die Priesterweihe. 1881 wurde er Generalsekretär des „Arbeiterwohl" und Redakteur der Monatsschrift „Arbeiterwohl" zu München-Gladbach, darauf Professor an der Universität Münster. Mitglied des Landtages seit 1882, gehört er dem Reichstage seit 1884 an.

Er formuliert die sociale Frage als das Problem, eine Gesellschaftsordnung zu finden, die den modernen Produktionsverhältnissen ebenso entspricht, wie z. B. die mittelalterliche Gesellschaftsordnung den einfachen Produktionsverhältnissen, die damals in Stadt und Land herrschend waren.

Das Eigentumsrecht in abstracto ist jedem Menschen inhärent und unabänderlich, weil im Naturrecht begründet, insofern der Mensch durch Gott ein Recht auf Existenz und daher auf die Erde und ihre Produkte hat. Das Eigentumsrecht in concreto ist ein Produkt der geschichtlichen Entwicklung. Nachdem das erstere sich in letzterem verwirklicht hat, ist das so entstandene Privateigentum heilig und unverletzlich, soweit nicht durch die Vermehrung der Menschheit und die dadurch bewirkte Unmöglichkeit, das abstrakte Eigentumsrecht in das konkrete überzuführen, die Gesellschaft gezwungen ist, den eigentumslosen, nur im Besitz ihrer Arbeitskraft befindlichen Menschen Arbeit zu verschaffen, um ihren Unterhalt zu erwerben. Darauf hat jeder Mensch ein Recht. Das Eigentumsrecht ist also kein absolutes. Der Eigentümer ist nur Verwalter der Güter und der Nichtbesitzende hat ein Recht der Mitbenutzung der Arbeitsmittel und des Mitgenusses der Arbeitsfrüchte. Der Arbeiter hat aber kein Recht auf den vollen Ertrag seiner Arbeit, sondern nur auf einen zur reichlichen Befriedigung seiner Bedürfnisse dienenden Teil. Das ist der Anspruch, den das Arbeitseinkommen gegenüber dem auf der Verschiedenheit der Arbeitsmittel begründeten Renteneinkommen hat. Beide, Arbeits- wie Renteneinkommen, sind berechtigt, aber der beste Stand ist ein auf beiden beruhender, also der Mittelstand, der heutzutage noch vorhanden, aber durch den Kapitalismus in seiner Existenz bedroht ist. Er ist ganz besonders existenzberechtigt durch die Produktionsvorteile des von ihm betriebenen Kleinbetriebes, die mit letzterem verbundenen geistigen und sittlichen Vorteile (das berechtigte Gefühl der Selbständigkeit und Freudigkeit des Schaffens) und die Vorzüge, die er im Interesse der sozialen Verteilung hat. —

Die Neuordnung der Zukunft liegt in einer Bindung der gesellschaftlichen Kräfte, der Schaffung einer der alten feudalzünftlerischen ähnlichen Organisation, aber auf erweiterter Stufenleiter. Diese Reorganisation der Gesellschaft kann nur vom Staate ausgehen und hat ihr Ziel in einer ständischen Gliederung derselben. Die Anarchie der Produktion muss durch eine autoritative Organisation gehoben werden. Die Notwendigkeit ständischer Organisation hat die Lohnarbeiter in die Gewerkvereine getrieben. Die Fabrikarbeiter geniessen schon einer ständischen Schutzgesetzgebung, die allerdings noch bedeutender Ausdehnung bedarf. Aber auch der individualistische Bauer muss in Zwangsgenossenschaften vereinigt werden, um die Maschinen benutzen zu können. Erst bei ständischer Gliederung kann ferner das Leihkapital seine sociale Mission erfüllen, Betrug und Fälschung getilgt, eine ständische Ehre und Sitte erzeugt werden. Dann wird auch die Selbstverwaltung gegen die Tyrannei des Bureaukratismus auftreten können und damit wären auch Garantieen für die Ausdehnung des Staats- und Gemeindesocialismus gewonnen. —

Op. Die sociale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung, Pader-

born 1877; Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft, Paderborn 1881; Quintessenz der socialen Frage, 1880; Schutz der Handwerke, 1883; Pflichten und Aufgaben der Arbeitgeber in der Arbeiterfrage, Köln 1888.

Höchberg, Karl, geboren zu Frankfurt a. M. 8. September 1865, besuchte das Gymnasium zu Darmstadt und bestand das Abiturientenexamen aufs glänzendste. Er studierte darauf zu Heidelberg und Zürich Philosophie. Mitte der siebziger Jahre schloss er sich der Socialdemokratie an und gründete 1877 die „Zukunft". 1880 wurde er aus Berlin während eines kurzen Besuches daselbst ausgewiesen. Er gab dann die „Staatswirtschaftlichen Abhandlungen" 1879—82 und die „Jahrbücher für Socialwissenschaft" heraus. Höchberg finanzierte auch die „Revue Socialiste", die „Wirtschaftliche Korrespondenz" und andere socialistische und socialreformatorische Zeitschriften. Von einem Brustleiden befallen, hielt er sich längere Zeit in südlichen Klimaten auf und starb Juni 1885. —

Holland. Socialistische Ideen wurden nach Holland durch Mitglieder der Internationalen Arbeiterassociation von Belgien aus getragen. Die Flamänder, durch Sprache und Denkart den Holländern eng verbunden, waren die Vermittler zwischen Wallonen und Holländern. Socialistische Arbeiter verbreiteten ihre Ansichten in den hier und da bereits vorhandenen Gewerkvereinen und riefen, wo es ihnen gelungen war, eine Anzahl Gleichgesinnter zu gewinnen, Sektionen der Internationalen ins Leben. Im Jahre 1868 entstand eine Sektion in Amsterdam, die sich bereits im nächsten Jahre als Centralsektion konstituieren konnte. Ebenso gewannen die in Rotterdem, in Utrecht und im Haag gegründeten Sektionen bald eine grosse Zahl von Mitgliedern und entfalteten eine rührige Propaganda durch Vorträge, Versammlungen, Broschüren und Manifeste. Wo ein Strike ausbrach, traten Socialisten an die Spitze der Arbeiter, verhinderten, dass man die Kräfte zersplitterte, und überzeugten die arbeitenden Klassen von der Macht der Solidarität und dem Nutzen der Organisation. Hauptagitationsmittel waren die Zeitungen: der „Werkman" in Amsterdam, die „Toekomst" und die „Vrijheid" im Haag.

Der Sturz der Pariser Commune, der in einigen Ländern die socialistische Bewegung aufhielt, obwohl diese mit der Commune gar nichts zu thun hatte, führte in Holland eigentümlicherweise einen Aufschwung der socialistischen Propaganda herbei. Deutlich trat dies hervor auf dem 3. niederländischen Arbeiterkongress, der am 28. Mai 1871 eröffnet wurde. Aus Amsterdam, Rotterdam, Leeuwarden, Gröningen und dem Haag waren Delegierte der wichtigsten Gewerkschaften, der Sektionen und des Regionalrates der Internationalen erschienen. Die Holländer vereinigten sich hier mit den Belgiern zu einer Organisation.

Die Spaltung der Internationalen auf dem Haager Kongress im September 1872 setzte der jungen Bewegung ein Ende. Die Arbeiter hatten das Vertrauen nicht nur zu der Internationalen, sondern zum Socialismus überhaupt verloren. Dazu kam eine lange dauernde Geschäftskrise mit Herabsetzung der Löhne, verunglückten Strikes, Massregelungen.

Die Sektionen schmolzen immer mehr zusammen und verschwanden schliesslich spurlos.

Unter den holländischen Arbeitern zeigten sich aber bald darauf wieder Spuren neuen Lebens. Der „Algemeen Nederlandsch Werklieden Verbond“ wurde gegründet und als Organ desselben unter der Redaktion von B. H. Heldt der zweimal wöchentlich erscheinende „Werkmansbode“ herausgegeben. Auf jährlichen Kongressen diskutierte man ökonomische und politische Fragen, welche die Interessen der Arbeiterklasse berührten.

Die Lage in Holland wurde von Caesar de Paepe in seinem Bericht an den vom 26. bis 30. Oktober 1876 in Bern stattgehabten Kongress folgendermassen dargestellt: „Die ganze Bewegung, welche an die Internationale anknüpft, ist so gut wie gefallen. Es ist nichts geblieben als einige kleine Sektionen in einigen Städten (im Haag). Aber man muss aus dem, was wir hier sagen, nicht schliessen, dass es in Holland keine Arbeiter- oder socialistische Bewegung mehr gibt. Weit gefehlt. Es besteht doch ein Arbeiterverband, der sich über ganz Holland erstreckt und in seinem Schosse gegenwärtig Hülfs- und Streikkassen, Bildungszirkel, Bibliotheken u. s. w. umfasst; es ist dies eine Organisation, die ein wenig dem schweizerischen Arbeiterbund gleicht und übrigens fast den gleichen Namen: „Nederlandsch Werklieden-Verbond“ trägt. Noch mehr, die holländischen Arbeiter, welche bereits ein Fabrikgesetz erlangt haben, bereiten sich auf eine politische Bewegung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechtes vor. Endlich haben die Holländer auch auf dem Gebiete der philosophischen und socialen Propaganda einige Fortschritte gemacht. An der Spitze dieser geistigen Bewegung befinden sich mehrere philosophische Schriftsteller von durchaus unabhängiger Haltung, von denen die berühmtesten Dr. Feringua und Douwes Dekkers (Multatuli) sind; ihre Bücher bilden einen Teil unserer Volksbibliotheken und werden von vielen Arbeitern in Holland wie in flämisch Belgien gelesen. Endlich hat unser Freund Gerhard zu Amsterdam im Laufe dieses Jahres eine vom Standpunkt der socialistischen Propaganda vortreffliche Arbeit veröffentlicht, welche von den Arbeitern Gents herausgegeben worden ist und als ein wahres Manifest des niederländischen Kommunismus gelten kann; die Ideen, welche da ausgesprochen werden, entsprechen denen des deutschen kommunistischen Manifestes von 1848; ausserdem enthält sie eine bemerkenswerte Abhandlung über die Internationale und einen Abriss über die wahrscheinliche Organisation der künftigen Gesellschaft nach den Ideen der Kommunisten. So trägt Holland auf politischem, ökonomischem und geistigem Gebiete sein Kontingent zum socialen Fortschritt bei. Aber alles dies geschieht heute ausserhalb der Internationale.“

Dieser Bericht der holländischen Delegierten beweist klar, wenn er auch das Gegenteil bezweckt, dass die socialistische Bewegung im Jahre 1876 vollständig daniederlag. Sie erhob sich erst wieder zwei Jahre später. Auf dem Pfingsten 1878 zu Utrecht abgehaltenen Kongress des „Allgemeen Nederlandsch Werklieden-Verbond“ versuchten einige socialistische Delegierte, diesen grossen Arbeiterbund als Ganzes in die Bahnen der Socialdemokratie zu leiten. Als ihnen dies nicht gelang, kon-

stituierten sie sich als „Social-demokratische Vereeniging“, ohne aber aus dem allgemeinen Verband auszuscheiden.

Inzwischen hatte die Socialdemokratie in Holland einen Agitator ersten Ranges erhalten in der Person von Domela Nieuwenhuis, einem ehemaligen Prediger an der freien lutherischen Kirche. Ihm schlossen sich alte Mitglieder der Internationale an: die Schneider H. Gerhard und Schröder, der Metallarbeiter Ansing, der Holzarbeiter K. Ris und der Krämer P. J. Penning. Dazu traten als rührige Agitatoren: Fortuyn aus Amsterdam, Helsdingen aus Rotterdam, van der Strad aus Koog a. d. Zaan, Croll und van Emmenes aus dem Haag, Bennink aus Hengels in Twenthe, van Zinderen Bakker aus Friesland, Vliegen aus Mastricht, Belderock, Smit und Liebers. Im Jahre 1879 wurde die Zeitung „Recht voor Allen“ gegründet, die zuerst wöchentlich, später täglich erschien.

Die Partei wurde föderalistisch organisiert. Die autonomen Vereine treten alljährlich zu einem Kongress zusammen, der zur Ausführung seiner Beschlüsse ein Centralkomitee wählt, das seinen Sitz bisher immer im Haag gehabt hat. Ein Beschluss des Kongresses hat nur dann Gültigkeit, wenn er von der Mehrheit der Mitglieder in Urabstimmung bestätigt ist.

1880 trat die Partei bereits in den politischen Wahlkampf ein. Nieuwenhuis kandidierte für die zweite Kammer und H. Gerhard für den Gemeinderat von Amsterdam. Ersterer erhielt fünf und letzterer zwölf Stimmen. Dies geringfügige Resultat erklärt sich z. T. daraus, dass das Wahlrecht von einem ziemlich hohen Census abhing. Bei den Kammerwahlen im Jahre 1888, als durch ein Reformgesetz das Wahlrecht ausgedehnt war, gelangten zwei Socialdemokraten in die Stichwahl, nämlich Mansholt in Winschoten, Provinz Groningen, mit 985, und D. Nieuwenhuis in Schoteland, Provinz Friesland, mit 469 Stimmen. Letzterem gelang es, bei der Stichwahl den Kreis zu erwerben; er verlor ihn aber bereits bei den folgenden Wahlen.

Vorläufig betrachteten die Socialdemokraten es nun als ihre Hauptaufgabe, für eine weitere Ausdehnung des Wahlrechtes zu agitieren. Eine Zeit lang unterstützte man auch die Kooperativbewegung, gründete eine Bäckerei im Haag, ein Schuhlager und ein Steinkohlenmagazin, beschloss aber trotz der günstigen finanziellen Resultate, auf diesem Weg nicht weiter zu schreiten, da man fürchtete, dass viele Anhänger, geblendet durch solche wirtschaftliche Erfolge, das eigentliche Ziel aus dem Auge verlieren würden.

Da in Holland den Arbeitern im allgemeinen das Wahlrecht noch nicht zusteht, so fehlt ein fester Masstab für das Wachsen der Partei. Aus der grossen Verbreitung der socialistischen periodischen und nichtperiodischen Litteratur lässt sich aber mit Sicherheit schliessen, dass die socialistischen Ideen bereits in weite Schichten des holländischen Volkes [illegible]. Von nicht zu unterschätzendem Einfluss für [illegible] des Socialismus ist auch das von dem Amsterdamer Professor [illegible] mit grosser Sachkenntnis und in glänzendem Stile geschriebene Werk [illegible]. Nach Inhalt und Form ist dies vielbändige Werk [illegible] das Beste, was über die Geschichte des Socialismus

überhaupt geschrieben ist. Die vollendet schöne Darstellung erhebt es zugleich zum Range eines Meisterwerkes der holländischen Litteratur.

Nach dem Brüsseler Kongress von 1891 kam es in der holländischen Partei zu Zwistigkeiten, die zur Zersplitterung der Kräfte und schliesslich zur Spaltung führten. In erster Linie sind es Differenzen über die zu befolgende Taktik, welche die holländischen Socialdemokraten in zwei Lager trennen. Den radikalen Elementen, an deren Spitze Nieuwenhuis steht, erscheint der politische Kampf zu langwierig. Sie können sich nicht entschliessen, ihre Kräfte darauf zu konzentrieren, zuerst eine Reform des Wahlrechts zu erlangen, um dann vermittelst desselben die Kräfte des Staates sich dienstbar zu machen. Zu den sachlichen Differenzen kamen persönliche, die in der Presse und in Versammlungen einen unangenehmen Ausdruck gefunden haben. Der Fortschritt der Bewegung ist dadurch in den letzten Jahren erheblich gehemmt worden. Zur offenen Spaltung kam es auf dem im Dezember 1893 in Gröningen abgehaltenen Kongress. Während der Amsterdamer Advokat Troelstra, unterstützt von Bennink, van Kol u. A. eine Teilnahme der Partei am politischen Kampfe verlangte, entschied sich die Majorität der Delegierten für Nichtbeteiligung an den Wahlen.

Hopedale-Gemeinde ist eine religiöse kommunistische Gemeinde, die 1842 in Nordamerika unter sehr ungünstigen Umständen von circa 30 Personen gegründet wurde. Da die Gemeinde emporblühte, stieg die Zahl der Mitglieder bald auf ca. 175. Der Plan, der bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitet war, stammte von Adin Ballou. Er war zunächst auch der Leiter, wurde dann aber von einem gewissen E. D. Draper verdrängt. Letzterer war ein erfahrener Geschäftsmann, der durch seine Unternehmungen ausserhalb der Gemeinde ein grosses Vermögen erwarb. Da die Gemeinde rechtlich eine Aktiengesellschaft war, so gewann Draper durch den Ankauf der Aktien die vollständige Kontrolle über das Unternehmen. Als unbeschränkter Machthaber löste er die Gemeinde 1857 oder 1858 auf, wobei er sich verpflichtete, alle Verbindlichkeiten zu übernehmen. Wirtschaftlich soll die Gründung dieser Gemeinde als Erfolg bezeichnet werden dürfen.

Hovelacque, Alexandre-Abel, geboren zu Paris am 14. November 1843, studierte die Rechte und beschäftigte sich daneben mit Linguistik und Anatomie. 1866 gründete er die „Revue linguistique“, die „Bibliothèque des Sciences anthropologiques“ und die „Bibliothèque matérialiste“. Währenddem war er eifriger Mitarbeiter an radikal-socialistischen Blättern. Mitglied des Pariser Municipalrates seit 1881 mit Unterbrechungen ist er zweimal Präsident dieser Körperschaft geworden und stets für die municipale Selbständigkeit der Hauptstadt eingetreten. 1889 zum Deputierten gewählt, behauptete er seinen Sitz in den Wahlen des Jahres 1893. Hovelacque gehört zu der Gruppe der „unabhängigen Socialisten“.

Huber, Victor Aimé, geboren 10. März 1800 zu Stuttgart, erhielt seine Erziehung in Hofwyl, studierte in Würzburg und Göttingen Medizin und bereiste von 1821—23 den grössten Teil Europas. 1833 ward er Professor der Litteraturgeschichte zu Rostock, 1836 zu Marburg, 1843

zu Berlin. Seinen Abschied nahm er im Jahre 1850 und zog sich zwei Jahre später nach Wernigerode am Harz zurück. Bis zu seinem am 19. Juli 1869 erfolgten Tode war er hier fortgesetzt für die Besserung der Lage der unteren Klassen teils durch Gründung von Genossenschaften und Leitung einer Anzahl wohlthätiger Vereine, teils durch zahlreiche Schriften thätig.

Bereits in den Vorreden zu den spanischen Skizzen (1823) führt er aus, dass der Endzweck unserer ganzen industriell-repräsentativen Civilisations-Lehre das Hervorbringen der grösstmöglichen Menge materieller Genüsse sei, und indem er andeutet, dass die moderne Theorie die Freiheit nicht um ihrer selbst willen, sondern nur deshalb begehre, weil man sie für ein nützliches Mittel zur Vermehrung der Fabrikation und somit der Genüsse halte, spricht er die Hoffnung aus, dass für den Wert des Volkes doch noch einmal ein anderer Masstab eingeführt und anerkannt werden möge, als die Ellenzahl des Kattuns, den sie zu produzieren vermögen. Sein sociales Programm hat Huber zum ersten Male skizziert in der „Evangelischen Kirchen-Zeitung" 1844. Fünf Punkte sind es, die er hervorhebt:

1. Nur eine Verwirklichung dessen, was den kommunistischen Bestrebungen als billige, ja gerechte Forderungen zu Grunde liegt, kann Europa vor den furchtbarsten Zerrüttungen bewahren.

2. Diese Verwirklichung kann zwar unter dem Schutz der Oberleitung des Staates und der Kirche, und mit sehr bedeutenden Unterstützungen durch Staatsmittel, aber im wesentlichen und einzelnen nur allmählich und durch freie Vereine geschehen, worin sich die besten Elemente der wohlhabenden oder reichen und der arbeitenden Klasse die Hand reichen.

3. Die einzige Möglichkeit der Abhülfe ist in der Organisation der arbeitenden Massen nach Verwandtschaft der Beschäftigung, auf der materiellen Grundlage eines neu zu schaffenden Gesamteigentums und auf den religiös-moralischen Grundlagen, welche die christliche Bildung nach Bedürfnis und Weise eines jeden Staates bietet, zu suchen.

4. Die materielle Grundlage kann wirklich beschafft werden, da es nicht sowohl an den Mitteln zur Beschaffung eines solchen Gesamteigentums fehlt, als an der richtigen Verwendung der vorhandenen Mittel, wozu er teils und vorzüglich die ungeheuren Mittel, welche schon der Tagelohn in die Hände der arbeitenden Massen führt, aber auch die bedeutenden Beiträge der Reichen und Wohlhabenden und des Staates rechnet, die er so bedeutend, wie es die Wichtigkeit der Sache erfordert, von ihnen erwartet.

5. Die sittlich-religiöse Grundlage wird um so eher beschafft werden können, da erst durch eine solche Organisation eine irgend nachhaltige Einwirkung der Kirche auf jene Massen möglich sein wird, die in ihrem atomistischen Zustand jetzt jeder Einwirkung entschlüpfen.

Dies sind die wesentlichen Ideen Hubers, die er dann in seinen verschiedenen Schriften weiter ausgeführt hat.

„Der Hauptkampf unserer Zeit ist der der konservativen Reaktion gegen die mehr als heidnische Barbarei der Revolution in ihren Ursachen

und Wirkungen; das entscheidende Schlachtfeld dieses Kampfes aber ist das Feld der socialen Fragen.“ Huber ist ein unerbittlicher Feind der Revolution, in der er nur den feindlichen Gegensatz gegen alle berechtigten Momente des Staats- und Volkslebens, insbesondere gegen die höchste Staatsgewalt sieht, und vertritt daher in der Politik die Rückkehr auf den vorrevolutionären Boden, die Wiederherstellung der reinen Monarchie. Er tadelt deshalb auch auf das schärfste die Bestrebungen der „Ritterschaft“ im engern Sinne, die Revolution auszubeuten und als ihr Erbe in das Mitregiment neben den König zu treten. Ihre usurpatorischen Gelüste müssen die Ritterschaft zur Erfüllung ihrer eigentlichen Funktionen untauglich machen. Denn ihr Beruf ist vor allen Dingen ein socialer, weil der politische Beruf eines jeden Organs des Volkslebens nur so weit ein möglicher ist, als er von dessen socialem Beruf getragen wird. Der „politischen Ritterschaft“ tritt also die „sociale“ entgegen, die sich nicht nur auf die grundbesitzende Aristokratie beschränkt, sondern im weitesten Sinne alles das begreift, was in irgend einem Sinne zur Aristokratie der Geburt, des Besitzes, des Amtes oder des Geistes gehört. Sie soll als „ein Korrektiv gegen den mit berechtigter und notwendiger Selbstsucht überwiegend auf Erwerb gerichteten Sinn des Bürgertums und den in fertige Formen gebannten Geist der Beamten dienen“ und sie hat den Beruf eines dreifachen Dienstes: Gottesdienst — Königsdienst — vor allem aber Dienst der Armen, der Schwachen, der Kranken der Zeit! Auf dem Gebiet der socialen Fragen liegt also recht eigentlich die Thätigkeit der Ritterschaft. Als die Lösung derselben bezeichnet Huber die Beschaffung einer solchen nachhaltigen Verbesserung der Zustände der sogenannten arbeitenden Klassen, der grossen Masse, der Grundschichten des Volks, durch die ihre materielle, sittliche und intellektuelle Existenz auf ein solches Niveau erhoben wird, „dass sie vor den allmählichen oder plötzlichen Ueberschwemmungen des sittlichen, materiellen und intellektuellen Elends geschützt sind.“ An diesem socialen Rettungswerk kann nun der Einzelne als solcher in dem Kreise mehr oder weniger von ihm abhängiger Arbeiter, der Staat auf dem Gebiete des Steuer- und Zollwesens, der Regulierung von Arbeit und Lohn etc., die Ritterschaft auf dem Felde der innern Mission und der Association, die sich wie Geist und Fleisch verhalten, thätig sein. Die Association, deren Entwicklung nach zwei Hauptrichtungen, denen der innern und äussern Kolonisation, stattzufinden hat, ist nach Huber die Wahrheit des Socialismus. Sie ist es einerseits, die den Socialismus zu dem „eigentlich kräftigen Irrtum“ gemacht hat, der die arbeitende Klasse vergiftet; sie bildet aber auch anderseits den Berührungs- und Versöhnungspunkt zwischen der Arbeit und dem Besitz und das Feld, wo sich das Patronat mit der zugehörigen Klientel zeitgemäss entwickeln kann. Das, was bisher die rein proletarischen Associationen in ihrer Entwicklung verkümmert oder schon beim Entstehen getötet hat, ist der Mangel eines Kapitals und einer Leitung. Beides soll die zu diesem Zweck zu grösseren Korporationen, zeitgemäss umgestalteten Ritterorden zusammengeschlossene Ritterschaft liefern. Durch die Leistung dieses unerlässlichen Vorschusses, in

Verbindung mit der Leitung und Vertretung durch höhere moralische, intellektuelle und sociale Kräfte wird nach Hubers Ansicht das Gelingen einer Association kleiner Leute gesichert sein. Als das Wirkungsgebiet der Association bezeichnet er in erster Linie die Konsumtion, in geringerem Masse die Produktion, und als die günstigste Form die einer Kolonie von einigen Hundert Familien. Eine solche Kolonie würde also aus circa 150 möglichst mit Garten versehenen Häusern bestehen, von denen jedes höchstens 4 Familien Wohnung gewährt. Eine gemeinsame Dampfmaschine verrichtet die notwendige Arbeit der Kolonie in den gemeinschaftlichen Oekonomiegebäuden. Der Kauf der Lebensmittel im Grossen und möglichst weitgehende Anwendung des associativen Princips bei der Bereitung des Essens u. s. f. wird dazu dienen, das für die Beiträge zu erlangende Aequivalent an Lebensbedürfnissen auf das 2—3fache zu steigern.

Hat nun die Ritterschaft bisher irgend etwas zur Lösung dieser ihrer socialen Aufgabe beigetragen? Huber beantwortet diese Frage mit einer Reihe von Gegenfragen, von denen wir nur zwei herausgreifen: Ist nicht der grösste Teil des Branntweins, der seit einem halben Jahrhundert das Volk geistig und leiblich zu Grunde richtet, aus ritterschaftlichen Quellen geflossen? Sind nicht die meisten der Geistlichen, welche während derselben Zeit die Gemeinden mit falschen Lehren überschwemmt und den Weinberg des Herrn versäumt, seine Herde den Wölfen und Räubern preisgegeben haben, von ritterschaftlichen Patronen angestellt? Trotzdem alle seine Mahnrufe ungehört verhallten, trotzdem er, wie Lassalle in einem Briefe an ihn schrieb, „seit langen Jahren mit der rührendsten Liebe, dem grössten Eifer den Prediger in der Wüste seiner Partei“ machte, trotzdem er von den Organen seiner eigenen Partei totgeschwiegen wurde, hat Huber stets diesen Gedanken einer socialen Ritterschaft bewahrt. Noch 1863 in der Schrift „die Arbeiter und ihre Ratgeber“ sagt er in dem Vorwort: „Wenn die aristokratischen Elemente des Volkslebens in der Verkennung oder Vernachlässigung ihres socialen Berufes verharren, und wenn die Arbeiter selbst sich unfähig zeigen, sich in grösseren Massen selbst zu helfen, so würden wir dem monarchischen und fürstlichen Staat eine sehr weitgehende Initiative und Beteiligung in der Entwicklung des Genossenschaftswesens vindicieren.“ Aber die „Wenns“ blieben für Huber stets „Wenns“. Erst nachdem sein Appell an die „Ritterschaft“ ungehört verhallt, wandte er sich mehr und mehr der demokratischen Form der Association, wie er sie besonders in England studiert hatte, zu, und während er früher in der Hauptsache die Distributivgenossenschaften empfohlen, beschäftigte er sich in späteren Jahren mehr mit den Produktivgenossenschaften. Er glaubte, dass diese in Verbindung mit ersteren es den Arbeitern ermöglichen würden, den Arbeitgebern gegenüber eine kräftige [illegible] zu schaffen, und sie aus ihrer Stellung als [illegible] des Kapitals [illegible] können.

An der Arbeiterbewegung [illegible] Anteil und [illegible] So griff er denn auch [illegible] „die Arbeiter und ihre Ratgeber“ (Berlin 1863) in den

Kampf zwischen Lassalle und Schulze-Delitzsch ein. Den praktischen Wert des Schulze'schen Genossenschaftswesens schlägt er hoch an, ohne aber in ihm das letzte Ziel der Entwicklung des genossenschaftlichen Princips zu sehen. Er seinerseits verwirft das Princip der Staatshülfe im allgemeinen und an sich nicht unbedingt, und erkennt an, dass gar manche Fälle denkbar sind, in denen eine solche durchaus gerechtfertigt sei. Lassalle gegenüber betont er, dass der wesentliche Unterschied zwischen ihnen zwar weniger ein materieller, als vielmehr ein solcher des Weges sei, dass aber gerade dieser Unterschied so entscheidend auf die Sache selbst zurückwirke, dass sie schon dadurch in die entscheidendsten Gegensätze getrieben würden. Dass Huber, der das sociale und politische Gebiet möglichst von einander getrennt halten wollte, jede politische Färbung einer socialen Bewegung verabscheute, an der politischen Agitation Lassalles zwecks der socialen Befreiung der Arbeiter keinen Geschmack finden konnte, ist wohl selbstverständlich. Während also Huber der Lassalleschen und später der socialdemokratischen Agitation überhaupt aufs feindlichste gegenüberstand, trat er in einer 1865 erschienenen Schrift „Ueber Arbeiterkoalitionen" für die gesetzliche Freigebung derselben ein. Ueberzeugt davon, dass der ökonomische Satz von der Arbeit als einer Ware, die den Gesetzen von Angebot und Nachfrage wie alle anderen unterworfen ist, vielmehr die Arbeiterkraft, d. h. den Arbeiter, den Menschen zur Ware stempelt, verlangt er, dass dem Arbeiter es gestattet sein soll, mit seinen Genossen sich zu einem kräftigen Ganzen zu verbinden, um so als Macht gegen die Macht der Arbeitgeber aufzutreten. Verweigere der Staat den Arbeitern diese Befugnis, so übernehme er damit die moralische Verpflichtung, für die anständige Lebensstellung der Arbeiter seinerseits zu sorgen, und diese Verpflichtung vermöge er nicht zu erfüllen.

Hubers letzte grössere Arbeit, in der er noch immer seine Gedanken über die Kooperation als die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung auf socialem Gebiete, über die Grenzen der Selbst- und Staatshülfe und über das Eingreifen der Aristokratie und Kirche entwickelte, sind zwei Artikel über die „Arbeiterfrage in Deutschland" in der deutschen Vierteljahrsschrift 1869, sein Testament. Die Enttäuschungen, deren lange Kette sein Leben erfüllt hatten, waren in den letzten Jahren seines Lebens zu mächtig geworden. Er konnte sich nicht über die Empfindung der gänzlichen Fruchtlosigkeit solcher Arbeiten erheben, soweit sie darauf gerichtet waren, die freie Thätigkeit der Besitzenden und Gebildeten zur Förderung der Selbsthülfe hervorzurufen oder die Regierungen aus ihrer Routine herauszudrängen. „Bei einem solchen Vorschlage," schreibt er in einem Briefe vom 17. Mai 1869, „gegenüber der unermesslichen vis inertiae, der Selbstsucht in allen Formen bei den höheren Klassen muss ich mich selbst auslachen. Und doch sehe ich keinen andern Weg nach Küssnacht — wenn es nicht überhaupt zu spät ist, was mir mehr und mehr das Wahrscheinlichste scheint." —

Op. Innere Mission und Association, Berlin 1853; Bruch mit der Revolution, Berlin 1852; Concordia, Leipzig 1861; Sociale Fragen, Nordhausen 1863/64; die Arbeiter und ihre Ratgeber, Berlin 1863; die ge-

nossenschaftliche Selbsthülfe. Elberfeld 1865; über Arbeiterkoalitionen, Berlin 1865.

Huet, François, geboren 1814 zu Villeau in Beauce, gestorben zu Paris 1. Juli 1869. 22 Jahre alt, wurde er zum Professor der Philosophie in Gent ernannt und hat diesen Stuhl bis 1850 inne gehabt. 1846 begann er sich mit socialen Fragen zu beschäftigen und dieselben in einem Kreis von Schülern, den er um sich versammelte, zu besprechen. 1850 legte H. seine Professur nieder und kehrte nach Frankreich zurück, wo er 1853 sein „Règne social du Christianisme“ und 1864 „La science de l'esprit“ erscheinen liess.

Zwei gewaltige Mächte, so führt er aus, das Christentum und der Socialismus, sind es, die die Welt immer in ihren Grundfesten bewegen. Beide gelten fälschlicherweise in den Augen der Menschen für unversöhnlich; beide haben aber dasselbe Ideal, auf Erden eine freie Gesellschaft von Brüdern zu festigen, beide beruhen auf den Principien der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Alle Menschen sind gleich an Rechten; ein jeder hat das Recht auf seine Person und das Recht auf die Güter der Natur. Beide Rechte zusammen bilden das Gebiet seiner äusseren Freiheit. Das Eigentum kann nicht durch Arbeit oder Occupation konstituiert werden; es hat seine Begründung in dem Wesen des Menschen selbst, seinem Recht, auf der Erde zu leben. Daher gehören die Güter der Erde allen gemeinschaftlich. Damit aber das Individuum sich frei entwickeln kann, muss es Eigentum besitzen. Der heutige Zustand, wo Menschen ohne jedes Eigentum als Arbeiter nur mit der Erlaubnis ihrer Nebenmenschen leben können, ist nichts Anderes als eine wahrhafte, wirkliche Sklaverei. Dies natürliche Recht des Menschen auf Eigenthum wird durch das Recht auf das Erbgut und die Einrichtung der socialen Vererbung gesichert. Das Erbgut ist ursprünglich die Erde, welche die Menschen für sich und ihre Nachkommen nicht als exklusives, sondern durch die Anticipation der einstigen Generationen als gemeinsames Eigentum erhielten. Man muss daher zwischen durch Erbschaft erhaltenen und durch persönliche Arbeit erworbenen Gütern unterscheiden. Die letzteren können verzehrt, die ersteren nur so gebraucht werden, dass sie stets erhalten und reproduciert werden. Sie müssen auf die Gesamtheit übertragen werden und die jungen Leute sind Erben derselben nicht als Mitglieder [illegible] Familie, sondern als Mitglieder der Menschheit. Nur über die durch Arbeit erworbenen Güter kann durch Testament oder Schenkung unter Lebenden verfügt werden. So setzt sich also das allgemeine Erbgut, genährt aus unversiegbarer Quelle, in einem gegebenen Augenblicke zusammen aus den alten, ererbten Gütern und allen den in einer jeden Generation akkumulierten Kapitalien, [illegible] da sie nur einmal sich [illegible] übertragen lassen, beim Absterben der Beschenkten in die Masse der ererbten Güter [illegible]. — Socialist hinsichtlich des gleichen Rechts auf Empfang gesellschaftlichen Eigentums ist H. vollständiger Individualist hinsichtlich der Organisation der Arbeit. Er weist jede Intervention des Staates [illegible]. Das Individuum [illegible] im Besitz seines gesellschaftlichen Erb-

teils gelangt, arbeitet isoliert oder associiert sich mit anderen, aber durchaus frei, ohne Privilegien, ohne geschlossene Korporationen.

Op. „Règne social du Christianisme", 1853; „La science de l'esprit", 1864.

Hugues, Clovis, geboren zu Mènerbes am 3. November 1851. Nachdem er am Seminar zu St. Garde seine ersten Studien gemacht und die Stelle eines Repetitors bekleidet hatte, begab er sich nach Marseille, um sich dem Journalismus zu widmen. Seine Begabung machte ihn bald bekannt, nicht weniger seine radikale Gesinnung. Er stand an der Spitze der Bewegung, welche am 23. März 1871 den Versuch machte, die Commune auch in Marseille zu proklamieren. Mit Gaston Crémieux an der Spitze der Socialisten bemächtigte er sich des Stadthauses, konnte es aber gegen die Angriffe des General Epivent de La Villeboisnet nicht behaupten. Er wurde verhaftet und zu dreijähriger Haft verurteilt. 1876 aus dem Gefängnis entlassen, arbeitete er in Marseille an der „Egalité" und der „jeune République". 1881 wurde er zum Deputierten für den zweiten Wahlkreis von Marseille gewählt. In der Kammer vertrat er mit der exaltierten Beredsamkeit des Südfranzosen die socialistischen Ideen. 1885 wurde er wieder gewählt und hat seitdem seinen Sitz bei den Wahlen von 1888 und 1893 behauptet. Hugues gehört zur Gruppe der unabhängigen Socialisten.

Hyndmann, H. M., englischer Socialdemokrat, studierte in Trinity College, beteiligte sich 1881 hervorragend bei der Gründung der Democratic Federation und wurde der eigentliche Leiter der aus dieser 1883 entstandenen Socialdemocratic Federation. In seinen ökonomischen Ansichten ist er Schüler von Marx. Er hat u. a. geschrieben: „The Historical Basis of Socialism in England", 1883, und viele Broschüren, wie „England for All"; „The coming revolution in England"; Socialism and slavery.

Jacoby, Johann J., geboren am 1. Mai 1805 zu Königsberg i. Pr., gestorben daselbst am 6. März 1877. Sohn eines wohlhabenden jüdischen Kaufmanns, erhielt er eine gute Erziehung, besuchte 1815—1823 das Collegium Fridericianum und studierte darauf auf der Universität seiner Vaterstadt Philosophie, dann Medizin. Nachdem er 1827 promoviert und im folgenden Jahre sein Staatsexamen in Berlin bestanden hatte, unternahm er eine grössere wissenschaftliche Reise. Im Jahre 1830 kehrte er in seine Vaterstadt zurück und gewann dort bald als praktischer Arzt eine angesehene Stellung. Sein lebhafter Eifer für das Wohl seiner Mitmenschen führte ihn ins Lager der Liberalen, bei denen ihm infolge seiner Thatkraft und seiner Bereitwilligkeit, immer die Verantwortung für politische Handlungen auf sich zu nehmen, bald eine führende Rolle zufiel. In ganz Deutschland wurde er bekannt durch seine 1841 erschienene Schrift „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreussen". Das Resultat dieser Veröffentlichung war, dass gegen J. die Untersuchung wegen versuchten Hochverrats, Majestätsbeleidigung sowie frechen und unehrerbietigen Tadels und Verspottung der Landesgesetze eingeleitet wurde. In der Verhandlung vor dem Berliner Kammergerichte erwiderte J. dem Staatsanwalte, der ihm masslose Opposition vorwarf, das für seinen Charakter so be-

zeichnende Wort: „Ja, ich gehöre zur äussersten Opposition gegen Unrecht und gegen Unwahrheit.“ Durch Erkenntnis des Kammergerichts vom 20. April 1842 wurde J. zu 2½ Jahren Festungshaft und Verlust der Nationalkokarde verurteilt, aber auf seine Berufung vom Appellationssenat des Geh. Obertribunals gänzlich freigesprochen. Seine unerschrockene Bekämpfung der preussischen Misswirtschaft brachte ihn bald in neue Konflikte mit den Behörden. So wurde er 1845 angeklagt wegen der Schriften „Preussen im Jahre 1845. Eine dem Volke gewidmete Denkschrift“ und „Das königliche Wort Friedrich Wilhelms III. Eine den preussischen Ständen überreichte Denkschrift“.

Beim Ausbruch der Bewegung des Jahres 1848 gehörte J. zu den anerkannten Führern der deutschen Demokraten. Als solcher sass er im Frankfurter Vorparlament und dessen Fünfziger-Ausschuss. Am 18. Mai 1848, dem Eröffnungstage des ersten deutschen Parlaments, erliess er unter dem Titel „Deutschland und Preussen!“ einen Zuruf an die preussischen Abgeordneten, in dem er es als ihre Aufgabe und Pflicht bezeichnete, nicht einer einseitigen preussischen Politik zu huldigen, sondern mit aller Kraft dahin zu wirken, aus Deutschland ein einiges und freies Reich zu machen. In diesem Sinne sollten sie in Frankfurt handeln und in Berlin sollten sie die Einsetzung eines starken Ministeriums erzwingen, aus Männern ihres Vertrauens bestehend, die den Anforderungen einer verhängnisvollen Zeit gewachsen, das in den Märztagen Errungene zu sichern wüssten. Mit folgenden Worten skizziert J. die Aufgabe dieser Minister:

„Unbeschränkt muss ihre Macht sein; schnellen Entschlusses müssen sie zu kühnen Thaten schreiten, für jeden Missbrauch ihrer Gewalt nur dem künftigen Landtag verantwortlich.

„Durch Gesetz und Waffen muss Anarchie wie Reaktion im Keime niedergedrückt werden.

„Es muss sofort begonnen werden, der Not der arbeitenden Klasse abzuhelfen; der Hungernde kann nicht auf die Wiederkehr des Landtags warten. Mögen die Minister aus eigener Machtvollkommenheit provisorische Gesetze erlassen, den Schutz der Arbeit und „die Pflichten, welche das Recht des Besitzes auferlegt“ (Worte aus einer Rede Camphausens im Jahre 1847) feststellen; mögen sie das erforderliche Geld durch eine Einkommensteuer oder auf andere Weise erheben, jedenfalls muss den Besitzlosen Arbeit und genügender Lohn geboten, alle Arbeitsunlustigen aber als bewegliche Bürgerwehr angeworben oder im Verein mit den Soldaten an die bedrohte russische Grenze geschickt werden.

„Dann wird das Vertrauen allmählich wiederkehren, und mit dem Vertrauen Geschäftslust, gewerblicher Verkehr und der allgemeine Wohlstand sich heben. Im unverkümmerten Genusse der Freiheit wird Preussen abwarten können, bis das deutsche Volksparlament durch wirksame politische Institutionen den socialen Uebelständen dauernde Abhülfe gewährt.“

Einige Wochen nach Herausgabe dieser Schrift verliess J. Frankfurt, um sich nach Berlin zu begeben, wo er am 8. Mai vom vierten Berliner

Wahlbezirke in die preussische Nationalversammlung gewählt war. Am 5. Juni 1848 begann J. seine Thätigkeit in Berlin mit einer Rede vor den Wahlmännern seines Wahlbezirks, in der er sein politisches Glaubensbekenntnis entwickelte. Er nehme keinen Anstand, die März-Revolution als Revolution anzuerkennen; er betrachte sie als die grossartigste Volksthat, die Preussens Geschichte seit den Jahren 1813 und 1814 aufzuweisen habe. Die republikanische Staatsform halte er für die eines freien, politisch gebildeten Volkes würdigste Staatsform, geeignet vor allen anderen, den sittlichen Zweck der Gesellschaft zu erfüllen, die sociale Frage der Zukunft zu lösen. Ob die republikanische Staatsform unter den gegebenen Bedingungen zweckmässig sei, halte er für eine andere Frage. Der gemeinsame, einmütige Wille der Bürger habe den Ausschlag zu geben, der Einzelne dürfe sich kein entscheidendes Urteil darüber anmassen. In politischen Dingen müsse der Einzelwille sich dem Gesamtwillen fügen — so müsse man denn den Versuch machen mit der konstitutionell monarchischen Regierungsform. Diese sei für die Freiheit gefährlich, da herrschsüchtige Fürsten auf den Umsturz volkstümlicher Verfassungen bedacht seien, zu welchem Zwecke sie sich zweier Handhaben zu bedienen pflegten: „des zu blindem Gehorsam abgerichteten stehenden Heeres und der Furcht der Besitzenden vor den Besitzlosen!“ Um die Fürsten dieser Handhaben zu berauben, müsse man eine zweckmässig organisierte Bürgerwehr errichten und Gerechtigkeit, volle Gerechtigkeit gegen die arbeitende Klasse walten lassen. J. schliesst seine Ausführungen mit den Worten:

„Bei all' unserm politischen Sinnen und Trachten — Eins, meine Herren, lassen Sie uns fest im Auge behalten: die staatliche Freiheit ist nicht der höchste, nicht letzter Zweck; — sie soll nur den Weg bahnen zur Lösung einer höheren — der gesellschaftlichen — Aufgabe, nur als Mittel dienen zur Erhebung und Veredlung des Menschen zu dem — auf sittliche Freiheit begründeten — Wohlergehen Aller! Dies Ziel — nicht durch ein einzelnes Volk, und wär' es noch so mächtig, — nur durch das verständnisinnige, brüderliche Zusammenwirken der Völker ist es erreichbar.“

In der preussischen Nationalversammlung sprach J. am 8. Juni 1848 für den Antrag des Abgeordneten Berends, zu „erklären, dass die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl ums Vaterland verdient gemacht haben“, und ergriff bei den Beratungen über die „deutsche Frage“, über das Bürgerwehrgesetz und über die Abschaffung des Adels das Wort. Nach Ernennung des Ministeriums Brandenburg erklärte er in der Sitzung vom 2. November 1848, dass die Krone damit dem ganzen Lande den Fehdehandschuh hingeworfen habe, und schlug in Gemeinschaft mit Temme und Waldeck vor, sofort eine Kommission zu ernennen, damit dieselbe die in der gefahrdrohenden Lage des Landes geeigneten Mittel vorschlage. Die Nationalversammlung beschloss aber, eine Deputation an den König zu senden und bestimmte J. zu einem Mitglied derselben. Als der König nach Durchlesung der Adresse, die ihn zu sofortiger Entlassnng des Ministeriums aufforderte, sich umwandte, fragte J.: Wollen Ew. Majestät uns nicht weiteres Gehör schenken? Als der König mit Nein antwortete,

rief J. ihm die Worte zu: „Das eben ist das Unglück der Könige, dass sie die Wahrheit nicht hören wollen!“

Die preussische Nationalversammlung wurde bald darauf aufgelöst und die Verfassung vom 5. Dezember 1848 octroyiert. J. wurde von seinen Wählern wieder in die zweite Kammer gesandt und protestierte hier in der Adressverhandlung vom 19. März 1849 gegen die Rechtsgültigkeit der Verfassung.

Nach Auflösung dieser Kammer nahm J. im April 1849 seinen Sitz in der deutschen Nationalversammlung wieder ein, beteiligte sich an den Sitzungen des Rumpfparlamentes in Stuttgart und begab sich nach Sprengung desselben nach Genf. Im Oktober 1849 kehrte er aber bereits nach Königsberg zurück, wo er sich der gegen ihn erhobenen Anklage, durch Beteiligung an den Sitzungen in Stuttgart sich des Hochverrats schuldig gemacht zu haben, stellte. Nach seiner Freisprechung durch das Schwurgericht (8. Dezember 1849) kehrte er zur ärztlichen Praxis zurück.

Im November 1858 trat er wieder im politischen Leben auf, indem er in der Königsberger Urwählerversammlung vom 10. und 11. November 1858 die „Grundsätze der preussischen Demokratie“ entwickelte. Nach dem Regierungsantritte Wilhelms I. bezeichnete er in einem „Mahnrufe an Preussens Vertreter“ es als ihre Hauptaufgabe, „Deutschlands Bruderstämme in staatlicher Freiheit zu einen“.

Am 17. Mai 1862 wurde J. wieder ins preussische Abgeordnetenhaus gewählt, wo er der äussersten Opposition beitrat. Wegen einer am 13. Dezember 1863 vor Berliner Wählern gehaltenen Rede, in der er erklärte: „Soll Preussen als Rechtsstaat erstehen, muss notwendig der Militär- und Junkerstaat Preussen untergehen“, wurde er vom Kriminalgericht und vom Kammergericht in Berlin „wegen Majestätsbeleidigung und Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Steuergesetze“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — Als Kämpfer für die alten Forderungen der Demokratie stand Jakoby fast ganz allein im Abgeordnetenhause. Das zeigte sich in der Sitzung vom 29. April 1865, als er bei der Frage über die Heeresneubildung ein „volkstümliches Wehrsystem“ verlangte. Wieder und wieder erklärte er, jedem Budget die Zustimmung zu versagen, so lange das Ministerium Bismarck am Ruder sei, dessen „verwerfliches Regierungssystem die rechtlichen und sittlichen Grundlagen des Staates aufs tiefste erschüttere“. Auch nach den Ereignissen des Jahres 1866 hielt J. an seinem Widerstande fest, weil der Krieg ohne, ja gegen den Willen des Volkes unternommen worden sei und der Sieg nur dem unbeschränkten Herrscher zu gute komme. Ebenso erklärte er sich gegen die Genehmigung der Verfassung des norddeutschen Bundes, weil dieselbe die wesentlichen konstitutionellen Rechte des preussischen Volkes aufhebe. Er, „einer der ältesten Kämpfer für den Rechtsstaat in Preussen“, halte es für seine Pflicht, hervorzuheben, dass es noch Männer gebe, „die — unbeirrt durch den Glanz kriegerischen Ruhmes nicht gewillt sind, Verfassungsrecht wie Freiheit dem Trugbilde nationaler Macht und Ehre zu opfern“. Er schloss seine Rede mit den Worten: „Geben Sie dem „obersten Kriegsherrn“ absolute Machtvollkommenheit, und Sie proklamieren zugleich den Völkerkrieg!

Deutschland in staatlicher Freiheit geeint — ist die sicherste Bürgschaft für den Frieden Europas; unter preussischer Militärherrschaft dagegen ist Deutschland eine beständige Gefahr für die Nachbarvölker, der Beginn einer Kriegsepoche, die uns in die traurigen Zeiten des Faustrechts zurückzuwerfen droht".

Infolge seiner konsequenten Haltung entfremdete sich J. mehr und mehr von der Fortschrittspartei, in der der Sinn für eine „praktische Politik" sich immer weiter verbreitete. Deutlich brach die Entfremdung hervor nach einer am 30. Januar 1868 in Berlin gehaltenen Rede J.'s über „Das Ziel der deutschen Volkspartei". Hier führte er aus, dass politische Reform und sociale Reform sich gegenseitig bedingen. Ohne Teilnahme des Arbeiterstandes sei keine dauernde Besserung der politischen Zustände, und ohne Aenderung der politischen Zustände keine wirtschaftliche Besserung des Arbeiterstandes möglich. Die demokratische Partei müsse deshalb aufhören, eine bloss politische Partei zu sein, sie müsse die Umgestaltung der socialen Misverhältnisse, die Hebung der arbeitenden und notleidenden Mitbürger sich zur Aufgabe machen. Dementsprechend stellte J. in einem offenen Schreiben an Dr. jur. J. A. Rambach, den Sekretär des demokratischen Vereins zu Hamburg, für das demokratische Programm den Grundsatz auf: „Auf dem socialen Gebiete ist die Teilnahme aller an dem allgemeinen Wohlstande, die annähernd gleichmässige Verteilung der materiellen Güter zu erstreben."

Ausführlich entwickelte J. seine Ideen über sociale Reformen in einer Rede „Das Ziel der Arbeiterbewegung", die er am 20. Januar 1870 vor seinen Berliner Wählern hielt. In dieser Rede, die er selbst als sein sociales Glaubensbekenntnis bezeichnet, folgt J. in seiner Kritik des Lohnarbeitssystems und des Grossgewerbebetriebs durchaus dem Gedankengange der Socialisten. Das herrschende Lohnsystem führe zur Massenarmut. Es müsse ersetzt werden durch genossenschaftliche Arbeit. Die Arbeiterfrage bezeichnet er als eine „Frage der Kultur, der Gerechtigkeit und Humanität". „Wenn unsere Staats- und Gesellschaftsrettungen, die „glorreichen" Errungenschaften der Blut- und Eisenpolitik als eine verschollene Sache längst der Vergessenheit anheimgefallen, wird man es unserer Zeit noch als Verdienst anrechnen, dass sie den Genossenschaftsgeist, den Keim aller menschlichen Tugend und Grösse, in der Arbeiterwelt belebt und gepflegt und — dadurch den Grund gelegt hat zu einem neuen, auf dem Princip der Gleichheit und Brüderlichkeit beruhenden, wahrhaft sittlichen Gesellschaftsleben. Die Gründung des kleinsten Arbeitervereins wird für den künftigen Kulturhistoriker von grösserem Wert sein, als — der Schlachttag von Sadowa!"

Am 14. September 1870 sprach Jacoby in einer Versammlung der Königsberger Volkspartei gegen die Annexion von Elsass-Lothringen. Er halte es für seine Pflicht, führte er aus, solchen Bestrebungen nationaler Selbstsucht entgegenzutreten. Jede Einverleibung fremden Ländergebiets wider den Willen seiner Bewohner sei eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker — und daher ebenso verwerflich wie verderblich. Eine in diesem Sinne vorgeschlagene Resolution wurde nahezu

einstimmig angenommen. Infolgedessen wurden am 20. September 1870 J. und der Vorsitzende der Versammlung, Kaufmann Herbig, auf Befehl des Generals Vogel von Falkenstein — verhaftet, unter militärischem Geleit in die Festung Boyen bei Lötzen abgeführt und dort wider Gesetz und Recht bis zum 26. Oktober als Staatsgefangene festgehalten.

Im Jahre 1872 gab Jacoby seine gesammelten Schriften und Reden heraus. In der Vorrede dazu bezeichnet er es als die Aufgabe der Jetztzeit, den letzten, entscheidenden Kampf der unterdrückten, freiheitsbedürftigen Menschheit gegen den dreieinigen Feind — die Kirche, den Staat und die Gesellschaftsordnung — auszufechten.

„Im Namen der Kirche!"
„Im Namen des Staates!"
„Im Namen der Gesellschaft!"

„Durch diese dreifache Zauberformel hat von jeher Herrschbegier und Selbstsucht einzelner den Geist, den Willen, die Arbeitskraft der Völker gefesselt und ausgebeutet.

„Die Kirche — das heisst die Anmassung der Priester — sagt zu den Laien: Euer Geist ist zu schwach, die Wahrheit zu ergründen. Auf dass Ihr nicht in Irrtum und Sünde verfallt, müsst Ihr — ohne Prüfung — glauben, was wir, die Dolmetscher des göttlichen Geistes, als Wahrheit verkünden. Die Kirche ist unfehlbar; der Glaube allein kann Euch von ewiger Verdammnis erretten.

„Der Staat — das heisst die Herrschsucht der weltlichen Machthaber — sagt zu den Staatsangehörigen: Ohne Unterordnung keine Ordnung auf Erden! Nicht dem eigenen beschränkten Urteile dürft Ihr in Eurem Handeln folgen, sondern dem, was wir als Recht feststellen. Der Obrigkeit Wille ist Gesetz; nur unbedingter Gehorsam schützt Euch vor Anarchie und Verderben.

„Die Gesellschaft — das heisst die Habgier der besitzenden Klassen — sagt zu den Besitzlosen: Uns verdankt Ihr Arbeit und Brot. Darum sollt Ihr von den Früchten Eures Schweisses uns so viel abgeben, als wir für billig erachten. Wollt Ihr dies nicht, so steht es Euch frei, ohne Arbeit und Lohn zu verhungern.

„Gedankenlos — willenlos — besitzlos ist die Masse des Volkes den Zwecken der Kirche, des Staates, der Gesellschaft unterthan."

Nachdem Jacoby so seine Ansichten präcisiert hatte, erklärte er — nach der Verurteilung Bebels und Liebknechts im Leipziger Hochverratsprozess — öffentlich seine Uebereinstimmung mit den Zielen der Socialdemokratischen Partei. Als Vertreter derselben wurde er am 10. Januar 1874 vom 13. sächsischen Wahlkreis (Leipzig-Land) in den Reichstag gewählt, er nahm die Wahl jedoch nicht an.

Jacoby starb am 6. März 1877 in Königsberg infolge einer Operation wegen Steinleidens. Mit vollem Rechte konnte sein Freund, Dr. J. Möller, bei der am 28. März 1877 abgehaltenen Gedächtnisfeier von ihm sagen: „Mild, wie sein ganzes Wesen bei aller unbeugsamen Energie seines Charakters war, übte er volle Duldsamkeit; er war ein Vorbild reinen *Sinnes, echten* Mannesmutes und hoher Bürgertugend. Aufgewachsen in

der strengen Schule Spinozas und Kants hatte er sich nicht nur die scharfe Methode des Denkens von denselben angeeignet, sondern mehr noch ihre ernste Sittenlehre.“

Jacoby wurde bis über das Grab hinaus von dem Hass seiner Gegner verfolgt. Als die Stadtverordneten von Königsberg in ihrem Saale die Büste Jacobys aufgestellt hatten, ordnete die dortige Regierung die Entfernung derselben an, weil der Beschluss das Staatswohl verletze. Diese Entscheidung wurde vom Oberpräsidenten und dem Minister des Innern mit der Begründung bestätigt, dass die Ovation für einen hervorragenden Vertreter der Socialdemokratie als staatsfeindliche Kundgebung angesehen werden müsse.

Internationale Arbeiter-Association. Der Gedanke einer internationalen Verbindung der Arbeiter zum Kampf gegen ihre Unterdrücker ist sehr alt und lässt sich bis in die Anfänge des 18. Jahrhunderts zurückverfolgen. Bereits Meslier (s. d.) rief sein „Unissez-vous, peuples“; aber, wenn wir von einzelnen Versuchen in den vierziger Jahren absehen, von Bedeutung wurde doch erst das ganz international gehaltene „Kommunistische Manifest“ (s. d.) von Marx und Engels. Ihr Schlusswort: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ sollte zum Schlachtruf des internationalen Socialismus werden. Doch 16 Jahre mussten erst vergehen bis die durch die Junischlacht und das schmähliche Ende des Chartismus geschwächten oder auf andere Bahnen gelenkten Arbeiter Frankreichs und Englands sich auf sich selbst besannen, soviel Kraft und Selbstbewusstsein wieder gesammelt hatten, dass sie im stande waren, an die Realisation internationaler Verbrüderung zu denken. Es war die Londoner Weltausstellung von 1862, welche die Delegationen französischer und belgischer Arbeiter in direkte Berührung mit englischen und deutschen Arbeitern brachte. Dann kam der polnische Aufstand im Jahre 1863, der die demokratischen Geister ganz Europas aufrüttelte und allenthalben Petitionen und Demonstrationen gegen das barbarische Russland und für das demokratische, „ritterliche“ Polenvolk veranlasste. Auch an diesen beteiligten sich englische und französische Arbeiter aufs lebhafteste, und so ward denn 1863 eine französische Arbeiterdelegation nach London geschickt, um an einem in St. James' Hall stattfindenden Polenmeeting teilzunehmen. Die Verbrüderung der französischen und englischen Arbeiter machte hier weitere Fortschritte. Man erkannte die Notwendigkeit eines internationalen Bundes der Arbeiter gegen das Kapital und dessen Angriffe und seine Wichtigkeit, in Fällen eines Strikes den Zuzug ausländischer Arbeiter abzuhalten. Eine lebhafte Agitation entstand in beiden Ländern und 1864 war dieselbe so weit gediehen, dass am 28. September auf einem Meeting in St. Martin's Hall zu London die Gründung der Internationalen Arbeiter-Association beschlossen wurde.

Die französischen Arbeiter waren durch eine Deputation vertreten, an deren Spitze Tolain stand. Anwesend waren ferner: Professor Beesly, jetzt Präsident einer positivistischen Gesellschaft, der präsidierte; K. Marx; der Privatsekretär Mazzinis, Major Wolff. Die Versammlung ernannte einen Ausschuss von 50 Mitgliedern mit dem Auftrag, die Statuten und Adresse einer internationalen Arbeiter-Association zu redigieren, die dann auf einem

allgemeinen Kongress zu Brüssel, den man im folgenden Jahre abzuhalten gedachte, beraten werden sollten. Mazzini und Marx, beide legten Statuten und Adresse vor; der Italiener in streng centralistischer Form mehr für eine politische Verschwörungsgesellschaft, als eine internationale Arbeitervereinigung geeignet. Marx' Adresse und Statuten wurden angenommen und später auf dem Genfer Kongress 1866 genehmigt. In seiner Inauguraladresse entwickelte Marx etwa folgende Gedanken. Trotz der beispiellosen Entwicklung der Industrie und des Handels in den Jahren 1848—64 hat sich das Elend der Arbeiterklassen nicht gemindert, sondern vermehrt. „Es steht fest als unumstössliche Wahrheit, dass weder die Vervollkommnung der Maschinen, noch die Nutzbarmachung der Wissenschaft für die Industrie- und Agrikulturproduktion, weder die Hülfsmittel und Kunstgriffe des Verkehrs, noch neue Kolonieen oder Auswanderung, weder die Eroberung neuer Märkte, noch der Freihandel, oder alle diese Dinge zusammengenommen, das Elend der gewerbsthätigen Massen zu beseitigen vermögen, dass vielmehr auf der falschen Grundlage des Bestehenden jede frische Entwicklung der schöpferischen Kraft der Arbeit nur dahin zielt, die socialen Gegensätze zu vertiefen und die socialen Konflikte zu schärfen." Während aber auf dem Kontinent die Organisation der Arbeiter durch die Revolution von 1848 vernichtet wurde, blieben den englischen Arbeitern zwei Errungenschaften: die Zehnstundenbill und die Kooperativbewegung. „Um die gewerbthätigen Massen zu retten, müsste Kooperativarbeit zu nationalen Dimensionen entwickelt und folgerichtig durch Staatsmittel gefördert werden." Die von der Natur gegebenen Produktionsmittel müssen Eigentum der Gesamtheit werden. Der Widerstand aber, den die besitzenden Klassen stets zur Verteidigung ihrer ökonomischen Monopole aufbieten werden, kann nur durch die politische Macht der Arbeiter gebrochen werden. Diese zu erobern ist daher die Pflicht der arbeitenden Klasse. Im Besitze derselben werden sie auch im stande sein, die auswärtige Politik nach den einfachen, für Einzelne wie für Nationen gültigen Gesetzen der Moral und des Rechts zu leiten. Zugleich mit der Inauguraladresse legte Marx Statuten der I. A.-A. vor, die mit geringen Abänderungen auf dem Genfer Kongress zur Annahme kamen (s. unten).

Um ein Bild über die innere geistige Entwicklung der I. A.-A. zu geben, lassen wir zunächst etwas ausführlicher die Geschichte ihrer Kongresse folgen.

I. D e r K o n g r e s s v o n G e n f 3.—9. September 1866. Man hatte beschlossen, den ersten Kongress zu Brüssel, anfangs September 1865 abzuhalten. Da aber die Fortschritte der Gesellschaft äusserst langsam waren, ferner ein verschärftes Fremdengesetz die Wahl Belgiens unmöglich machte, so begnügte man sich damit, in London 25.—28. September 1865 eine vorläufige Konferenz abzuhalten, und entschloss sich, den ersten Kongress nach Genf, auf den September des Jahres 1866 anzuberaumen. Hier versammelten sich 60 Delegierte; den Vorsitz führte Jung, ein Mitglied des Generalrats, der die in drei Sprachen geführten Verhandlungen umsichtig leitete.

In der ersten Sitzung wurden zunächst die Rechenschaftsberichte

der nationalen Abteilungen, dann die von der englischen, französischen und deutschen Delegation vorgelegten Denkschriften über die von der Londoner Konferenz bestimmten Punkte der Tagesordnung vorgelesen. Der Kongress schritt dann zur Beratung der Generalstatuten und einigte sich sehr schnell dahin, zur Ausarbeitung derselben eine Dreizehner-Kommission zu ernennen. Auf Grundlage der Londoner provisorischen Bestimmungen vom 25. September 1864 entwarf dieselbe die Statuten, die nach zum teil sehr heftigen Debatten zur Annahme seitens des Kongresses gelangten.

Generalstatuten.

In Erwägung:

dass die Emancipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muss;

dass der Kampf für die Emancipation der Arbeiterklasse kein Kampf für Klassenvorrechte und Monopole ist, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft;

dass die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihren Formen zu Grunde liegt — dem gesellschaftlichen Elend, der geistigen Verkümmerung und der politischen Abhängigkeit;

dass die ökonomische Emancipation der Arbeiterklasse daher der grosse Endzweck ist, dem jede politische Bewegung als Mittel unterzuordnen ist;

dass alle auf dieses Ziel gerichteten Versuche bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jedes Landes und an dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind;

dass die Emancipation der Arbeiterklasse weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine sociale Aufgabe ist, welche alle Länder umfasst, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt;

dass die gegenwärtig sich erneuernde Bewegung der Arbeiterklasse in den industriellsten Ländern Europas, während sie neue Hoffnungen wachruft, zugleich eine feierliche Warnung vor einem Rückfalle in die alten Irrtümer enthält und ein unmittelbares Bündnis der noch getrennten Bewegungen erfordert;

aus diesen Gründen erklärt der erste internationale Arbeiterkongress, dass die internationale Arbeiter-Association und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens unter einander und gegen alle ihre Mitmenschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anerkennen. Der Kongress betrachtet es als Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes und Bürgers nicht bloss für sich selbst, sondern für jedermann, der seine Pflicht thut, zu fordern. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.

Art. 1. Die gegenwärtige Association ist gegründet zur Herstellung eines Mittelpunktes der Verbindung und des planmässigen Zusammenwirkens zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden Arbeitergesellschaften, welche dasselbe Ziel verfolgen, nämlich: den Schutz, den Fortschritt und die vollständige Emancipation der Arbeiterklasse.

Art. 2. Der Name der Gesellschaft ist: Internationale Arbeiter-Association.

Art. 3. Es versammelt sich jährlich ein allgemeiner Arbeiterkongress, bestehend aus Abgeordneten der Zweige der Association. Der Kongress verkündet die gemeinsamen Bestrebungen der Arbeiterklasse, ergreift die für das erfolgreiche Wirken der Internationalen Association notwendigen Massregeln und ernennt den Generalrat der Gesellschaft.

Art. 4. Jeder Kongress bestimmt Zeit und Ort für die Zusammenkunft des nächsten Kongresses. Die Abgeordneten versammeln sich zur bestimmten Zeit und Stelle, ohne dass dazu eine besondere Einladung erheischt wäre. Der Generalrat kann im Notfall den Ort der Zusammenkunft verlegen, aber nicht ihren Zeitpunkt aufschieben. Der Kongress bestimmt jährlich den Sitz des Generalrates und ernennt dessen Mitglieder. Der so ernannte Generalrat ist ermächtigt, sich neue Mitglieder beizufügen.

Auf seinen jährlichen Zusammenkünften erhält der Kongress einen öffentlichen Bericht über die Jahresarbeit des Generalrates. Letzterer kann in dringenden Fällen den Kongress vor dem regelmässigen jährlichen Termin berufen.

Art. 5. Der Generalrat wird gebildet aus Arbeitern der verschiedenen, in der Internationalen Association vertretenen Länder. Er besetzt aus seiner Mitte die zur Geschäftsführung nötigen Stellen, wie die des Schatzmeisters, Generalsekretärs, der korrespondierenden Sekretäre für die verschiedenen Länder u. s. w.

Art. 6. Der Generalrat wirkt als internationale Agentur zwischen den verschiedenen nationalen und lokalen Gruppen der Association, so dass die Arbeiter eines Landes fortwährend unterrichtet bleiben über die Bewegungen ihrer Klasse in allen andern Ländern; dass eine Untersuchung über den socialen Zustand der verschiedenen Länder Europas gleichzeitig und unter gemeinsamer Leitung stattfindet, dass Fragen von allgemeinem Interesse, angeregt von einer Gesellschaft, von allen andern aufgenommen werden, und dass, im Fall der Notwendigkeit sofortiger praktischer Schritte wie z. B. bei internationalen Zwisten die verbündeten Gesellschaften sich gleichzeitig und gleichförmig bethätigen können.

Bei jeder passenden Gelegenheit ergreift der Generalrat die Initiative der den verschiedenen nationalen oder lokalen Gesellschaften zu unterbreitenden Vorlagen.

Zur Erleichterung seines Verkehrs mit den Zweiggesellschaften veröffentlicht der Generalrat periodische Berichte.

Art. 7. Da einerseits der Erfolg der Arbeiterbewegung in jedem Lande nur gesichert werden kann durch die Macht der Einigung und Kombination, während andererseits die Wirksamkeit des internationalen Gene[illegible] wesentlich dadurch bedingt ist, dass er mit wenigen nationalen

Centren der Arbeitergesellschaften verhandelt, statt mit einer grossen Anzahl kleiner und zusammenhangsloser lokaler Gesellschaften, — so sollen die Mitglieder der Internationalen Association alle ihre Kräfte aufbieten zur Vereinigung der zerstreuten Arbeitergesellschaften ihrer betreffenden Länder in nationale Körper, repräsentiert durch nationale Centralorgane.

Es versteht sich von selbst, dass die Anwendung dieses Artikels von den Sondergesetzen jedes Landes abhängt, und dass, abgesehen von gesetzlichen Hindernissen, keine unabhängige lokale Gesellschaft von direkter Korrespondenz mit dem Generalrat ausgeschlossen ist.

Art. 8. Jede Sektion hat das Recht, ihren eigenen, mit dem Generalrat korrespondierenden Sekretär zu ernennen.

Art. 9. Jeder, der die Principien der Internationalen Arbeiter-Association anerkennt und verteidigt, ist wählbar als Mitglied derselben. Jede Zweiggesellschaft ist verantwortlich für die Unbescholtenheit der Mitglieder, die sie aufnimmt.

Art. 10. Bei Veränderung des Wohnsitzes von einem Land zum andern erhält jedes Mitglied der Internationalen Association die brüderliche Unterstützung der mitverbündeten Arbeiter.

Art. 11. Obgleich vereinigt zu einem ewigen Bund brüderlichen Zusammenwirkens, behalten Arbeitergesellschaften, welche sich der Internationalen Arbeiter-Association anschliessen, ihre bestehende Organisation unversehrt.

Art. 12. Die gegenwärtigen Statuten können durch jeden Kongress abgeändert werden, sobald zwei Drittel der anwesenden Delegierten sich dafür erklären.

Art. 13. Alles, was nicht in den vorstehenden Statuten vorgesehen ist, wird durch besondere Verordnungen ergänzt, welche der Revision jedes Kongresses unterliegen.

Besonders der Artikel der Statuten, der die Aufnahmsweise der Associationsmitglieder bestimmte, führte zu einer hitzigen Debatte. Die französischen Delegierten (Fribourg, Tolain) schlugen nämlich den Zusatz vor: „Nur Handarbeiter können als Mitglieder in die Internationale Arbeiter-Association aufgenommen werden.“ Dieser Passus, der eine Reihe der hervorragendsten Mitglieder ausgeschlossen hätte, fand aber den heftigsten Widerspruch der englischen, deutschen und schweizerischen Delegierten und wurde auch endlich mit grosser Mehrheit verworfen. Nachdem dann noch reglementarische Bestimmungen festgesetzt worden waren, besprach der Kongress die übrigen Punkte der Tagesordnung in der Reihenfolge, wie sie die vom Generalrat verfasste Denkschrift behandelte. Es folgte also als 2. Punkt: Internationale Verbindung der Bestrebungen in dem Kampf zwischen der Arbeit und dem Kapital durch Vermittlung der Association.

Dazu bemerkte der Generalrat:

a) Vom allgemeinen Standpunkte enthält diese Frage die ganze Thätigkeit der Internationalen Association, deren Zweck es ist, die bisher zerstreuten Bestrebungen zur Emancipation von seiten der Arbeiterklassen

in verschiedenen Ländern zu verbinden, zu verallgemeinern und ihnen Gleichförmigkeit zu geben.

b) Eine der besonderen Funktionen der Association, welche bereits bei verschiedenen Gelegenheiten mit grossem Erfolg ausgeführt worden, ist, den Intriguen der Kapitalisten entgegenzutreten, die stets bereit sind, in Fällen von Arbeitseinstellungen und Ausschlüssen, die Arbeiter fremder Länder als Werkzeuge zur Vereitlung der Ansprüche der Arbeiter ihrer eigenen Länder zu missbrauchen. Es ist einer der grössten Zwecke der Association, dass die Arbeiter verschiedener Länder sich nicht allein wie Brüder fühlen, sondern auch als vereinte Teile der Emancipations-Armee zu handeln wissen.

c) Eine grosse internationale Verbindung dieser Bestrebungen, welche wir dem Kongress zur Annahme empfehlen, ist eine von den Arbeitern selbst ausgehende statistische Untersuchung der Lage der Arbeiterklassen aller Länder. Es ist augenscheinlich, dass, um mit Aussicht auf Erfolg zu handeln, das Material, welches bearbeitet werden soll, bekannt sein muss. Gleichzeitig werden die Arbeiter dadurch, dass sie zu einem so grossen Werke die Initiative ergreifen, beweisen, dass sie im stande sind, ihr eigenes Schicksal selbst zu lenken. Wir schlagen deshalb vor:

dass in jeder Lokalität, wo Zweige der Association existieren, das Werk sofort begonnen und Nachweise gesammelt werden über die verschiedenen Punkte, die in beigelegter Untersuchungstabelle specifiziert sind;

dass der Kongress einen Aufruf an alle Arbeiter Europas und der Vereinigten Staaten erlässt, um mitzuarbeiten an der Sammlung der Elemente der Statistiken der arbeitenden Klasse;

dass Berichte und Thatbestände an den Centralrat geschickt werden; dass der Centralrat diese zu einem Generalbericht verarbeite und die Specialberichte als Anhang gebe; dass dieser Bericht zusammen mit seinem Anhange dem nächsten Kongresse vorgelegt und, nachdem er seine Zustimmung erhalten, auf Unkosten der Association gedruckt werde.

Dieser äusserst kühnen Aufforderung zu einer grossartigen Arbeiterstatistik hatte der Generalrat ein Formular hinzugefügt, das in 11 Punkten das gesamte Leben eines Arbeiters umfasste.

In die Verhandlung über diesen Punkt der Tagesordnung wurde die über die S t r i k e s mit hineingezogen, und in ihr stellte sich ein Gegensatz zwischen Franzosen und Engländern heraus, der sich später in der Debatte über den Achtstundentag gleichfalls zeigte. Während die Engländer in der Internationalen in erster Linie einen bedeutenden Bundesgenossen in ihren meist durch Strikes geführten Lohnkämpfen erblickten und aus diesem Grunde hauptsächlich ihre Anhängerschaft erklärten, suchten die Franzosen die Internationale zur Durchführung ihrer proudhonistisch-mutualistischen Ideen zu benutzen. Wie sie in ihrer Denkschrift an den Kongress ausführten, liegen die Ursachen des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, den beiden für die Produktion unentbehrlichen Faktoren, in ihren thatsächlichen Beziehungen zu einander. Diese bedürfen daher einer totalen Umgestaltung. „Den Austausch auf den Grundlagen der *Gegenseitigkeit* herzustellen, den professionellen Unterricht zu reformieren,

genaue Statistiken zu schaffen, eine Ueberfüllung und Mangel an Arbeitern in den einzelnen Gewerben zu vermeiden, das sind die Mittel, um die jetzigen Verhältnisse zu bessern, über die sich ein jeder beklagt, und die in gewissen Fällen Krisen herbeiführen müssen, die bei den augenblicklich bestehenden Beziehungen zwischen dem konsumierenden Produzenten und dem nicht produzierenden Konsumenten zu verhindern unmöglich ist. Um diese Ideen zu realisieren, deshalb ist die I. A.-A. gegründet worden." —

Noch schärfer traten die mutualistischen Ideen der Franzosen bei dem folgenden Punkte der Tagesordnung: Beschränkung der Arbeitszeit, hervor. Die englische Delegation hatte dazu folgende Resolution vorgeschlagen:

„Wir betrachten die Beschränkung der Arbeitszeit als eine Vorbedingung, ohne welche alle weiteren Versuche zur Verbesserung und Befreiung fruchtlos sich erweisen werden. Sie ist nötig, um die körperliche Energie und Gesundheit der Arbeiterklasse wieder herzustellen, d. h. des grossen Körpers jeder Nation. Sie ist nicht weniger nötig, um den Arbeitern die Möglichkeit geistiger Entwicklung, gesellschaftlichen Umgangs, socialer und politischer Thätigkeit zurückzugeben. Wir schlagen vor, dass acht Stunden die gesetzliche Grenze des Arbeitstages bilden. Diese Beschränkung wird bereits allgemein von den Arbeitern der Vereinigten Staaten Amerikas verlangt, und die Stimme des Kongresses wird sie zur allgemeinen Fahne der Arbeiterklasse der Welt erheben. —

„Nachtarbeit ist nur ausnahmsweise zu erlauben in solchen Geschäften oder Zweigen von Geschäften, die von der Gesetzgebung specifiziert werden; die Tendenz muss sein, alle Nachtarbeit zu beseitigen. Diese Beschränkung der Arbeitsstunden bezieht sich bloss auf volljährige Leute, Männer und Weiber; letztere jedoch sind mit aller möglichen Strenge von aller Nacht- und jeder andern Art von Arbeit auszuschliessen, in welcher der Anstand zwischen beiden Geschlechtern verletzt wird, oder ihre Körper giftigen oder in sonstiger Weise verderblichen Einwirkungen ausgesetzt sind." —

Odgers verteidigte den Vorschlag des Generalrats mit Energie und Geschick. Er wies auf die entsetzlichen Zustände in den englischen Fabriken zur Zeit der 15 Stunden-Arbeit hin und hob hervor, dass die englische und amerikanische Arbeiterwelt von dieser Frage erfasst und aufs tiefste bewegt werde. So lange die europäischen Arbeiter, auf jede geistige Entwicklung verzichtend, sich die Barbarei einer längeren Arbeitszeit gefallen liessen, müssten die Arbeiter Nordamerikas jede Gemeinschaft mit ihnen ablehnen und vielmehr darauf bedacht sein, sich gegen die Konkurrenz der weissen Sklaverei Europas zu schützen.

Unterstützt wurde Odgers auf das energischste von K. Bürkli und Cremer, während die französische Delegation die klare Forderung des Achtstundentages durch die folgende vage Resolution ersetzen wollte:

1. Der Mensch ist nur unter der Bedingung der Entwicklung seiner Fähigkeiten frei; infolgedessen ist jede Arbeitsverlängerung, welche ihn an dieser Entwicklung hindert, als natur- und socialwidrig zu verdammen.

2. Von nun an betrachten wir die Arbeitszeit von acht Stunden per Tag für hinreichend zur Erzeugung aller für das Leben nötigen Bedürfnisse.

3. Die Association muss alle Anstrengungen machen, um den Gegenwert für jede Bethätigung zu sichern, indem sie ein Minimum des Arbeitslohnes für einen Dienst bestimmt, den das Individuum der Gemeinschaft damit geleistet hat.

Von der theoretischen Erkenntnis aber, dass eine Arbeitszeit von acht Stunden zur Erzeugung aller für das Leben nötigen Bedürfnisse hinreichend ist, zu der praktischen Forderung eines legalen Achtstundentages ist ein gewaltiger Schritt, der von den französischen Delegierten nicht gethan wurde. Sie hielten noch an der Fiktion der Freiheit der Kontrakte und der Kontrahenden fest und verabscheuten jedes Eingreifen in dieselbe.

Noch reaktionärer zeigten sich die Franzosen der Frage der Frauen- und Kinderarbeit gegenüber. Auch hier waren sie ganz in Proudhonschen Ansichten befangen, wie schon das lange Citat aus Proudhons Idée générale de la Révolution in ihrem Berichte beweist. Sie wollen die Frau wieder zurückbannen in die beschränkte häusliche Sphäre und bezeichnen jede Neigung derselben, sich am öffentlichen Leben, der Verwaltung des Gemeinwesens zu beteiligen, als eine Verirrung. Ihr Platz ist in der Familie; sie hat den Kindern die erste Erziehung zu geben, zu der sie als Mutter allein fähig ist. Zugleich ist sie das Band, welches den Mann an die Häuslichkeit knüpft, ihn an Ordnung gewöhnt und seine Sitten mildert. Daher muss die Frauenarbeit in physischer, moralischer und socialer Beziehung als Princip der Entartung und eine der Triebfedern der Demoralisation verdammt werden. Dies die Ansichten der Majorität der französischen Delegation. Eine Minorität (Varlin, Bourdon) leitet mit ihrer Resolution: „Mangel der Erziehung, Ueberladung mit Arbeit, zu geringer Lohn und schlechte Bedingungen der Gesundheit in den Fabriken sind jetzt für die Frauen, welche darin arbeiten, die Ursachen physischer und moralischer Verkommenheit; diese Ursachen können vernichtet werden durch eine bessere Organisation der Arbeit, d. h. durch die Kooperation. Man muss trachten, die Arbeit, durch welche die Frau ihre Lebensfristung gewinnt, ihrer Kraft angemessener zu machen, aber sie ihr nicht wegzunehmen" zu der des Generalrates über, die die Tendenz der modernen Industrie, Kinder und junge Personen beiderlei Geschlechts zur Mitwirkung an dem Werke der socialen Produktion heranzuziehen, als eine progressive, heilsame und rechtmässige Tendenz hinstellt, wennschon die Art und Weise, auf welche diese Tendenz unter der Kapitalherrschaft verwirklicht werde, eine abscheuliche sei. „In einem rationellen Zustand der Gesellschaft," heisst es da weiter, „sollte jedes Kind ohne Unterschied vom 9. Jahre an ein produktiver Arbeiter werden; auf gleiche Weise sollten keine erwachsenen Personen von dem allgemeinen Gesetz der Natur ausgenommen sein, nämlich zu arbeiten, um im stande zu sein, zu essen, und zu arbeiten nicht bloss mit dem Gehirn, sondern auch mit den Händen." Soll so allerdings das Kind vom 9. Jahre an zu produktiver Arbeit herangezogen werden, so *doch nur unter der* Bedingung, dass mit jeder produktiven Arbeit Bildung

für dasselbe verbunden ist. Unter Bildung wird nun eine dreifache Erziehung verstanden: 1. die geistige; 2. die körperliche, wie sie in den gymnastischen Schulen und durch militärische Uebungen gegeben wird; 3. die polytechnische, welche die allgemeinen wissenschaftlichen Grundsätze aller Produktionsprozesse mitteilt und die gleichzeitig das Kind und die junge Person in den praktischen Gebrauch und die Handhabung der elementaren Instrumente aller Gewerbe einweiht. Der Einteilung der Kinder in die drei Klassen: 9.—12. Jahr; 13.—15. Jahr; 16.—17. Jahr, soll der Lehrlauf auf den drei Gebieten angepasst werden. Mit Ausnahme vielleicht der ersten Klasse, sollen die Kosten der polytechnischen Schulen teilweise durch den Verkauf ihrer Produkte gedeckt werden. „Die Verbindung von bezahlter produktiver Arbeit, geistiger Bildung, körperlicher Uebung und polytechnischen Unterrichts wird,“ so schliesst diese Resolution, „die Arbeiterklasse weit über die höheren und mittleren Klassen heben.“

Fast ohne Diskussion wurden die Resolutionen des Generalrates über die Kooperativarbeit:

„Es ist die Aufgabe der I. A.-A., die von selbst entstehenden Bewegungen der Arbeiterklassen zu verbinden, zu verallgemeinern und ihnen Einförmigkeit zu geben, aber nicht ihnen zu diktieren oder doktrinäre Systeme irgendwelcher Art aufzudrängen. Der Kongress sollte deshalb kein Specialsystem der Kooperation proklamieren, sondern sich auf die Erklärung einiger allgemeiner Grundsätze beschränken:

a) Wir erkennen die Kooperativ-Bewegung als eine der Verwandlungsgewalten der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassengegensätzen beruht, an. Ihr grosses Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, dass das thatsächliche, verarmende und despotische System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital aufgehoben werden kann durch das Wohlstand erzeugende und republikanische System der Association von freien und gleichen Produzenten.

b) Aber die Kooperativ-Bewegung, beschränkt auf die zwerghaften Formen der Entwicklung, welche ihr individuelle Lohnarbeiter durch ihre Verbindungen geben können, ist nicht im stande, durch sich selbst die kapitalistische Gesellschaft umzugestalten. Um die sociale Produktion in ein grosses und harmonisches System der freien und kooperativen Arbeit zu verwandeln, bedarf es allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen, Veränderungen der allgemeinen Bedingungen der Gesellschaft, welche nie verwirklicht werden können ohne die organisierten Gewalten der Gesellschaft; nämlich die Staatsmacht muss aus den Händen der Kapitalisten und Landeigentümer genommen und von den Arbeitern selbst geübt werden.

c) Wir empfehlen den Arbeitern, sich viel mehr auf Kooperativ-Produktion, als auf Kooperativ-Krämereien einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Wesens, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an.

d) Wir empfehlen allen Kooperativ-Gesellschaften, einen Teil ihres Gesamt-Einkommens in einen Fonds für die Propaganda zu verwandeln, ihre Grundsätze sowohl durch Beispiele, als durch Vorschriften, in andern

Worten durch Beförderung der Errichtung von neuen Geschäften zur Kooperativ-Produktion, durch theoretische und praktische Anleitung zu lehren und zu predigen.

e) Um zu verhindern, dass Kooperativ-Gesellschaften in gewöhnliche bürgerliche Kommandit-Gesellschaften entarten, sollten alle Arbeiter in deren Beschäftigung, ob Aktionäre oder nicht, gleichen Anteil haben. Als ein bloss zeitweiliges Mittel sind wir willens zuzugeben, dass die Aktionäre eine niedrige Rate Zinsen erhalten."

sowie über die Gewerbevereine:

a) Ihre Vergangenheit. Kapital ist konzentrierte sociale Gewalt, während der Arbeiter nur über seine individuelle arbeitende Kraft zu verfügen hat. Der Kontrakt zwischen Arbeit und Kapital kann deshalb nie auf billigen Bedingungen beruhen, billig im Sinne einer Gesellschaft, welche den Besitz der materiellen Bedingungen der Arbeit auf eine Seite und die lebendige, produktive Thatkraft auf die entgegengesetzte Seite setzt.

Die einzige sociale Gewalt auf der Seite der Arbeiter ist ihre Anzahl. Die Gewalt der Zahlen wird jedoch durch Uneinigkeit zersplittert. Die Zersplitterung der Arbeiter wird erzeugt und erhalten durch ihre unvermeidliche Konkurrenz unter sich selbst. Gerwerbevereine entstanden ursprünglich durch die freiwilligen Versuche von Arbeitern, die gegen die despotischen Geheisse des Kapitals kämpften, jene Konkurrenz unter sich zu verhindern oder wenigstens im Schach zu halten, um auf diese Weise solche Bedingungen zu erzwingen, welche sie wenigstens über die Stellung einfacher Sklaven erheben konnten.

Das unmittelbare Ziel der Gewerbevereine beschränkt sich daher auf die notwendigen täglichen Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital, als ein Mittel der Abwehr gegen die unaufhörlichen Uebergriffe des Kapitals, mit einem Wort, auf die Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit. Diese Thätigkeit der Gewerbevereine ist nicht nur rechtmässig, sie ist notwendig. Sie kann nicht abgeschafft werden, so lange das heutige System fortbesteht. Im Gegenteil, sie muss verallgemeinert werden durch die Verbindung der Gewerbevereine in allen Ländern.

Auf der anderen Seite haben die Gewerbevereine unbewusst Schwerpunkte der Organisation für die Arbeiterklasse gebildet, wie die mittelalterlichen Municipalitäten und Gemeinden es für die Bürgerklasse waren. Wenn die Gewerbevereine in ihrer ersten Kapazität unumgänglich sind für den täglichen Kampf zwischen Kapital und Arbeit, wahre Guerilla-Gefechte, so sind sie in ihrer zweiten Kapazität noch weit wichtiger als organisierte Beförderungsmittel der Aufhebung des Systemes der Lohnarbeit und Kapitalherrschaft selbst.

b) Ihre Gegenwart. Die Gewerbevereine haben den unmittelbaren Kampf gegen das Kapital zu ausschliesslich vor Augen gehabt. Sie haben die Macht ihrer Thätigkeit gegen das heutige Produktionssystem noch nicht vollkommen verstanden. Sie haben sich deshalb von der allgemeinen socialen und politischen Bewegung ferngehalten. Jedoch in neuerer *Zeit, in England* wenigstens, sind sie zum Bewusstsein ihrer grossen ge-

schichtlichen Aufgabe erwacht, wie aus folgendem Beschluss der Sheffielder Gewerbe-Delegierten-Konferenz zu sehen ist:

„Beschlossen, dass diese Konferenz die Bestrebungen der I. A.-A., die Arbeiter aller Länder in einen gemeinsamen Bruderbund zu vereinigen, vollkommen würdigt und aufs ernstlichste den verschiedenen Vereinen, die auf der Konferenz vertreten sind, empfiehlt, affiliierte Mitglieder jenes Körpers zu werden, in der Ueberzeugung, dass es für den Fortschritt und den Wohlstand der ganzen Arbeiter-Gemeinschaft notwendig ist."

c) Ihre Zukunft. Abgesehen davon, dass sie den unmittelbaren Uebergriffen des Kapitals entgegenwirken, müssen sie nunmehr lernen, bewussterweise als Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse zu handeln, im grossen Interesse ihrer vollständigen Emancipation. Sie müssen jede sociale und politische Bewegung, welche auf dies Ziel lossteuert, unterstützen, sich selbst als die handelnden Kämpen und Vertreter der ganzen Klasse betrachten; sorgfältig sich um die Interessen der am schlechtesten bezahlten Gewerbe bekümmern, die Ackerbau-Arbeiter z. B., die aus ausnahmsweise ungünstigen Umständen bisher nicht den geringsten organisierten Widerstand leisten konnten; dieses muss unfehlbar die ausserhalb Stehenden anziehen und wird in der grossen Masse der Arbeiterklasse die Ueberzeugung erwecken, dass ihr Ziel, weit entfernt, ein begrenztes, selbstsüchtiges zu sein, auf die allgemeine Befreiung der niedergetretenen Millionen losgeht."

angenommen. Der Kongress sprach sich dann noch gegen die indirekten und für die direkten Steuern (s. d.) aus, empfahl auf Antrag der Pariser Delegation allen Sektionen das Studium über die Errichtung internationaler Arbeiter-Kreditanstalten und lehnte es ab, über religiöse Fragen Resolutionen zu fassen.

Der Artikel des Generalrates, der die Notwendigkeit der Beseitigung alles imperialistischen Einflusses Russlands in Europa durch die Aufrechthaltung des Princips der Selbstbestimmung der Völker und die Herstellung eines socialdemokratischen Polens erklärte, führte zu einem Proteste seitens der französischen Delegation, die es aus innerpolitischen Gründen ablehnte, Stellung zu der Frage zu nehmen. Trotzdem die Mehrheit der englischen und deutschen Delegierten für Annahme der Resolution sich aussprach, einigte man sich, um jede Misstimmung zu vermeiden, dahin, folgende von J. Ph. Becker vorgeschlagene Erklärung in das Protokoll mit aufzunehmen:

„Da sich die I. A.-A. die Emancipation der Arbeiterklasse aller Länder, somit die Bekämpfung jedweder Gewaltherrschaft und die Verwirklichung der Gleichberechtigung aller Menschen und Völker zur Aufgabe stellt, so ist in derselben die Beseitigung des imperialistischen Einflusses Russlands und die Wiederherstellung eines socialdemokratischen Polens mit eingeschlossen."

Auch gegen die stehenden Heere (s. Militarismus) nahm der Kongress Stellung und erklärte sich für allgemeine Volksbewaffnung und allgemeinen Unterricht im Waffengebrauche.

Zum Kongressort für 1867 wurde Lausanne bestimmt

II. Der Kongress von Lausanne 2.—8. September 1867. 64 Delegierte hatten sich zu diesem Kongress versammelt, unter denen das deutsche Element (25 Delegierte) ziemlich stark vertreten war. Acht Kommissionen wurden ernannt, um die acht Punkte der Tagesordnung vorzubereiten und darüber zu berichten.

Da vom 9.—12. September in Genf der Internationale Friedenskongress tagen sollte, so sah sich der Kongress der I. A.-A. veranlasst, Stellung demselben gegenüber zu nehmen. In Uebereinstimmung mit dem Bericht der betreffenden Kommission erklärte der Kongress seinen vollkommenen und entschiedenen Beitritt zu der Friedensliga, verlangte nicht blos das Aufhören des Krieges, sondern auch die Aufhebung der stehenden Heere und einen freien Bund der Völker, unter der Voraussetzung jedoch, dass die Emancipation der Arbeiterklasse aus ihrer unfreien und gedrückten Stellung und aus ihrer gesellschaftlichen Zurücksetzung erreicht und dem gegenseitigen Klassenkampfe durch Ausgleichung der bestehenden Gegensätze ein Ende gemacht werde. Diese Bedingung war der kurze, aber entscheidende Ausdruck der Forderungen, durch die sich der proletarische Kongress zu Lausanne von dem Bourgeois-Kongress zu Genf unterschied.

Da die Berichte der Kommissionen über die Punkte 1—6 der Tagesordnung noch nicht fertig gestellt waren, schritt man zur Beratung der 7. Frage:

Ist nicht Entbehrung der politischen Freiheit ein Hindernis zur ökonomischen Emancipation der Arbeiterklasse und eine der Hauptursachen socialer Misstände? Welches sind die Mittel, die Herstellung politischer Freiheit zu beschleunigen? Wäre dies nicht die Inanspruchnahme unbeschränkten Vereinsrechts und unbeschränkter Pressfreiheit?

Ohne Diskussion ward die Resolution der Kommission:

In Erwägung,

Dass die Ermanglung politischer Freiheit ein Hindernis der socialen Erziehung der Völker und der Emancipation des Proletariats ist;

beschliesst der Kongress:

1. dass die sociale Emancipation der Arbeiter unzertrennlich von der politischen Emancipation ist;

2. dass die Erwerbung der politischen Freiheit eine erste und absolute Notwendigkeit ist.

So kurz und energisch die Antwort auf den ersten Teil der Frage, so nichtssagend und wirkungslos waren die vorgeschlagenen Mittel zur Herstellung politischer Freiheit. Hier begnügte sich der Kongress mit den Vorschlägen, alljährlich obige Erklärung feierlich zu wiederholen und mit dem Friedenskongress zu Genf thatkräftig zusammenzuwirken, um endlich allen Völkern den Genuss der unverjährbaren Rechte von 1789 zu verschaffen. Die Erkenntnis, dass, wenn schon politische Uebereinstimmung die bürgerliche Demokratie zu einem Bündnis veranlassen könnte, doch stets der sociale Gegensatz zum Proletariat sie in das Lager der Feinde *treiben muss, diese* Erkenntnis, obwohl von einem Teil der Delegierten

schon früher ausgesprochen, hatte noch nicht die Herrschaft auf den Kongress erlangt.

Aus der damals weit verbreiteten Ueberschätzung des Genossenschaftswesens war auch die folgende Frage entsprungen:

Wird nicht aus der durch das Genossenschaftswesen zu bewirkenden Emancipation des „vierten Standes" (Arbeiterklasse) ein noch weit notdürftigerer fünfter Stand hervorgehen? Und wenn dies der Fall, wie kann diese Gefahr beseitigt werden?

Diese Frage war von dem Centralkomitee der Sektionsgruppe deutscher Sprache zur Verhandlung gebracht worden und wurde von J. Ph. Becker dies Vorgehen auführlich begründet. Obschon thatsächlich nicht mehr von einem vierten und fünften Stand in der modernen Gesellschaft die Rede sein könne, sondern nur noch von Bourgeoisie und Proletariat, so scheide sich doch an den Plätzen, wo die Arbeitergenossenschaften einige Bedeutung erlangt hätten, eine Aristokratie der Arbeiter von dem schlechter gestellten Teil ihrer Klasse ab, und könnte man daher diesen letztern mit dem Namen eines fünften Standes bezeichnen. Die Tendenz in den Genossenschaften, die im wesentlichen auf die Kleinproduktion beschränkt seien, ginge dahin, die Ausbeutung der Arbeiter durch die bessergestellten, intelligenteren, energischeren, sachkundigeren Arbeiter zu befördern, diese zu associierten, dividendengierigen Kleinmeistern zu machen und so den Zwiespalt in die Reihen der Arbeiter selbst zu tragen. Dieser Gefahr vorzubeugen, sei die wichtige Aufgabe des Kongresses, wenn schon die moderne Grossindustrie durch Vernichtung der Kleinproduktion ihrerseits dieselbe bekämpfe. Dieser letzte Gedanke wurde besonders von Eccarius hervorgehoben und als Amendement zu den Vorschlägen der Kommission hinzugefügt. Es gelangte dann schliesslich nach oft heisser Debatte die Resolution in folgender Fassung zur Annahme:

1. Der Kongress erkennt, dass die Anstrengungen der heutigen Arbeitergenossenschaften, sofern sie sich unter Beibehaltung ihrer jetzigen Form verallgemeinern sollten, die Bildung eines sog. vierten Standes, mit Zurücklassung eines ganz elenden fünften zur Folge haben würden.

Amendement Eccarius: Die vorausgesetzte Gefahr der Erzeugung eines „fünften Standes" durch die gegenwärtigen Arbeitergenossenschaften wird in gleichem Masse verschwinden, als durch das Ueberhandnehmen der modernen Industrie die Produktion in kleinem Maasstabe zur Unmöglichkeit wird. Die moderne Industrie in grossem Maasstabe verschmilzt alle individuellen anstrengungen und macht die genossenschaftliche Arbeit zur Notwendigkeit für alle.

2. Um dieser Gefahr vorzubeugen, denkt der Kongress, dass es notwendig sei, das Proletariat von der Idee zu überzeugen: dass die sociale Umgestaltung nur alsdann in radikaler und definitiver Weise bewerkstelligt werden kann, wenn man in Gegenseitigkeit und Allgerechtigkeit auf die Gesamtgesellschaft zu wirken sucht.

3. Immerhin denkt der Kongress, dass die Anstrengungen zu Arbeitergenossenschaften zu ermutigen sind, dass jedoch aus dem Schoss der Genossenschaften soviel als möglich jeder Vorgriff des Kapitals über die

Arbeit beseitigt und die Idee der Gegenseitigkeit und Gemeinsamkeit zum Durchbruch gebracht werden muss.

Den vierten Punkt der Tagesordnung: Grund der Arbeitslosigkeit. Arbeit und Kapital. Die Maschinen und ihr Einfluss. Verminderung der Arbeitsstunden. Teilung der Arbeit. Umgestaltung und Berichtigung der Lohnverhältnisse. Verwendung des Ertrages. — liess man nach einer langen Diskussion fallen und beharrte bei den Beschlüssen des vorigen Kongresses. Auf eine Abänderung der Generalstatuten und des Reglements verzichtete man und fügte nur einige Artikel zu dem letzteren hinzu. Als von grösserer Wichtigkeit erwähnen wir den ersten derselben:

1. Die Sektionen sind gehalten, nicht bloss den Ideen des Fortschrittes und der Vervollkommnung des öffentlichen Lebens ihren Beistand zu leisten, sondern auch zur Gründung von Produktivassociationen und andern, der Arbeiterklasse direkt nützlichen Anstalten die Initiative zu ergreifen. Die Centralvorstände haben sie in diesen Bestrebungen zu unterstützen.

Nachdem dann noch dem alten Generalrat Decharge erteilt, ein neuer gewählt und als Kongressort für 1868 Brüssel bestimmt worden war, wandte sich die Diskussion zu der ursprünglich zweiten Frage:

Wie kann die Arbeiterklasse den Kredit, welchen sie der Bourgeoisie und den Regierungen verleiht, zu ihrer Emancipation benutzen? Kredit und Volksbanken. Metall- und Papiergeld. Gegenseitige Versicherungsanstalten. Arbeitergenossenschaften.

Die Kommission, in der die Franzosen die Majorität hatten, verlas ihren Bericht, der die Organisation des öffentlichen Kredites, die Errichtung von Nationalbanken mit unentgeltlichem Kredit an alle Produktivgeschäfte gegen reelle Hinterlage, die Organisation von gegenseitigen Versicherungsgesellschaften empfahl, jedoch keine Resolutionen zur Annahme dem Kongress unterbreitete. Dieser Proudhonsche Socialismus wurde dann in einer längeren Rede von Chemale-Paris vertreten. Die Phantastereien, die sociale Frage durch den direkten Austausch der Produkte gegen Produkte und Einrichtung des gemeinsamen, gegenseitigen, unentgeltlichen Kredites zu lösen, das Ideal von dem Arbeiter-Producteur-Consommateur, die frohe Botschaft von dem arbeitenden Frankreich, das durch Ersparnisse das ihm mangelnde Kapital konstituiert, der Abscheu gegen jedes Eingreifen des Staates wurden geziemend vorgeführt. Aus diesen Luftschlössern brachte dann Eccarius den Kongress wieder auf den festen Boden der Thatsachen. Die Fragen, ob entgeltlicher oder unentgeltlicher Unterricht, ob Staats- oder nicht Staatskredit, weist er als augenblicklich rein theoretische Fragen von der Hand. Was den Kongress zunächst berühre, das sei die Frage, wie die von den Arbeitern gesammelten Geldmittel den Händen der Bourgeoisie und Regierungen, wo sie deponiert, entzogen und am vorteilhaftesten zum Nutzen der Arbeiterklasse verwendet werden könnten. Mit der Entziehung dieser Summen entzöge man zugleich der Bourgeoisie eine Waffe und gäbe sie der Arbeiterklasse in die Hand. Eccarius schlägt deshalb folgende Resolutionen vor:

1. Der Kongress ladet in dringender Weise die Mitglieder der I. A.-A. *der verschiedenen* Länder ein, ihren ganzen Einfluss aufzubieten, um die

Fachgewerbe-Gesellschaften zu veranlassen, ihre Fonds den Produktivgenossenschaften zuzuwenden, als das beste Mittel ihrer Entziehung aus den Händen der Bourgeoisie und Regierungen und der Benutzung zur Emancipation der Arbeiterklasse.

2. Diejenigen Gesellschaften, welche es nicht angemessen erachten, auf eigene Rechnung Erwerbsgeschäfte zu gründen, sollen ihre Fonds der Errichtung von Produktivanstalten im allgemeinen zuwenden und alle Kraft zur Herstellung eines zunächst nationalen Kreditsystems aufbieten, um jeder Genossenschaft nach Verhältnis ihrer Mittel, abgesehen vom metallischen Werte, Beistand zu leisten und schliesslich ein genossenschaftliches Gesamtbankwesen zu schaffen.

Nach längerer Debatte wurden dann diese Resolutionen angenommen. Schon hier hatte sich die Rückständigkeit und Befangenheit der französischen Delegierten in kleinbürgerlichen Ideen gezeigt; noch mehr trat dies aber bei den Verhandlungen über die sechste Frage: „Erläuterung der Rolle des Staates. Oeffentlicher Dienst; Transport und Verkehr; kollektive und individuelle Interessen; der Staat als Wächter und Beschützer des Rechts; das Recht zu strafen“ zu Tage.

Die von dem Berichterstatter der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen fanden fast keinen Widerspruch. Sie lauteten:

1. Der Staat ist und darf nichts anderes sein, als der strikte Vollzieher der von den Bürgern votierten und anerkannten Gesetze.

2. Die Bestrebungen der Völker müssen darauf hinzielen, dass der Staat Eigentümer der Transport- und Verkehrsmittel wird, um endlich das mächtige Monopol der grossen Erwerbsgenossenschaften, die zugleich die Würde des Menschen und die individuelle Freiheit angreifen, indem sie die arbeitenden Klassen ihren willkürlichen Gesetzen unterwerfen, zu beseitigen. Auf diesem Wege wird man dazu gelangen, den gemeinsamen und persönlichen Interessen zugleich Genugthuung zu verschaffen.

3. Wir formulieren die Forderung, dass jeder Beschuldigte von Richtern abgeurteilt werden soll, die durch allgemeines Stimmrecht ernannt sind; dass die Bürger-Richter den Beschuldigten von Grund aus kennen sollen und dass sie die Hauptursachen, die den Menschen zum Verbrechen oder Vergehen führten, gründlichst zu untersuchen haben.

4. Wir verlangen zugleich, dass kein Angeklagter ausserhalb seines Landes abgeurteilt werde, damit, wie schon erwähnt, die Hauptursachen untersucht werden können, welche den Menschen zur Abweichung von seiner Pflicht verleitet haben; denn die ganze Gesellschaft trägt häufig allein die Schuld. Der Mangel an Erziehung führt zum Elend, das Elend zur Verrohung, die Verrohung zum Verbrechen, das Verbrechen zum Zuchthaus, das Zuchthaus zur Entwürdigung, die schlimmer ist als Tod.

Bei der Verhandlung über Punkt 2, die Verstaatlichung der Eisenbahnen, Kanäle und Bergwerke, nimmt César de Paepe Veranlassung, die Forderung nach Ueberführung des Grund und Bodens in Kollektivbesitz auszusprechen, und hielt sie gegen die Angriffe der französischen Delegierten, die vollständig von der Heiligkeit des persönlichen Eigentums als der Bedingung absoluter persönlicher Freiheit überzeugt waren, mit Energie und

Geschick aufrecht. Erst gegen Ende der Debatte griffen die englischen, besonders aber die deutschen Delegierten in dieselbe ein und sprachen sich mit aller Entschiedenheit für kollektiven Grundbesitz aus. So lange das Grosskapital die Massen der industriellen und ländlichen Arbeiter enterbe und die Produktionsinstrumente der Industrie wie der Landwirtschaft in seine Hände bringe, könne von persönlicher Freiheit und Lebensgenuss der Massen keine Rede sein. Eine entscheidende Abstimmung wurde aber wegen des Mangels einer ausreichenden Diskussion abgelehnt und die Eigentumsfrage dem Studium Aller und dem nächsten Kongress zur Besprechung überwiesen.

Im Punkte der Erziehung beharrte man im wesentlichen bei den Beschlüssen des Genfer Kongresses; den Antrag, ein Lehrbuch der Moral herauszugeben, lehnte der Kongress ab. Auch mit der Phonographie beschäftigte man sich trotz des Widerspruches der deutschen Delegierten, die in ihr keine ökonomische Frage erblicken konnten, und nahm die folgende Resolution an:

Der Kongress ist der Meinung, dass eine Universalsprache und eine Reform der Orthographie eine allgemeine Wohlthat und geeignet wäre, mächtig zur Einheit der Völker und zur Verbrüderung der Nationen beizutragen.

III. Kongress von Brüssel 6.—13. September 1868.

Die Tagesordnung des Kongresses, zu dem sich fast hundert Delegierte versammelt hatten, umfasste die folgenden Punkte:

I. Wie hat sich die Arbeiterklasse im Falle eines zwischen zwei oder mehr Grossmächten ausgebrochenen Krieges und namentlich gegen dessen Urheber zu verhalten?

II. Die Strikes, Föderation der Widerstandsgesellschaften und die Errichtung eines Schiedsgerichtes.

III. Die Wirkungen der Maschinen auf den Lohn und die Lage der Arbeiter.

IV. Der integrale Unterricht.

V. Der gegenseitige Kredit der Arbeiter.

VI. Das Grundeigentum (Ackerboden und Wälder, Bergwerke, Kanäle, Eisenbahnen u. s. f.).

VII. Die Reduktion der Arbeitsstunden in den Fabriken.

VIII. Die Beschwerden der Arbeiter.

Wir begnügen uns, zu den Punkten II, III und VII die vom Kongress gefassten Resolutionen, die im wesentlichen die Beschlüsse der vorhergegangenen Kongresse wiederholen, ohne einen genaueren Bericht über die Debatten anzuführen:

Zu Punkt II: 1. Der Kongress erklärt, dass ein Strike nicht das Mittel ist, die Arbeiter vollständig frei zu machen, dass er aber bei dem gegenwärtigen Stande der Arbeit und des Kapitals häufig eine Notwendigkeit ist.

2. Es ist erforderlich, die Strikes gewissen Regeln nach den Bedingungen der Organisation, der Opportunität und der Gesetzmässigkeit zu unterwerfen.

3. Im Hinblick auf die Organisierung der Strikes ist es erforderlich, bei jenen Gewerkschaften, die noch keine Verbände zu gemeinsamem Widerstand, zu gegenseitiger Unterstützung und keine Versicherungskassen für die Zeit einer Arbeitseinstellung besitzen, derartige Einrichtungen zu begründen, ferner die Verbrüderungen aller Gewerke und aller Länder unter einander zu solidarisieren, indem in jedem Lokalverbande gemeinsamer Widerstandsgesellschaften eine Kasse zur Unterstützung der Strikes errichtet wird.

4. Es soll mit einem Worte das von der internationalen Gesellschaft unternommene Werk fortgesetzt und alles aufgeboten werden, um das Proletariat zum Masseneintritt in die Gesellschaft zu veranlassen.

5. Hinsichtlich der Opportunität und der Gesetzmässigkeit ist von dem Verbande gemeinsamer Widerstandsgesellschaften in jedem Orte eine Kommission, gebildet aus Delegierten der einzelnen Gesellschaften, zu ernennen, welche als Schiedsgericht die Opportunität und Gesetzmässigkeit eventueller Strikes zu entscheiden hat; überdies ist erforderlich, dass für den Modus der Bildung dieser Schiedsgerichte den verschiedenen Sektionen je nach den eigentümlichen Sitten, Gewohnheiten und Gesetzgebungen ein hinlänglicher Spielraum gestattet werde. — (S. auch Strikes und die Beschlüsse des Genfer Kongresses.)

Zu Punkt III: In Erwägung, dass einerseits die Maschine eines der mächtigsten Instrumente des Despotismus und der Aussaugung in den Händen der Kapitalisten gewesen ist;

dass andererseits die Entwicklung der Maschinerie die notwendige Bedingung zur Substituierung eines wahrhaft socialen Systems der Produktion an die Stelle des Lohnarbeitssystems ist;

dass die Maschinen nur dann wahre Dienste dem Arbeiter leisten werden, wenn eine gerechtere Organisation sie in dessen Besitz gebracht haben wird;

erklärt der Kongress: 1. dass nur durch kooperative Genossenschaften und Organisation des gegenseitigen Kreditsystems die Produktion dahin gelangen kann, die Maschinen zu besitzen; 2. dass jedoch schon im heutigen Zustande die in Widerstandsgesellschaften konstituierten Arbeiter bei Einführung neuer Maschinen intervenieren sollen, damit die Einführung in die Ateliers nur unter gewissen Garantieen oder Kompensationen für die Arbeiter stattfinde.

Zu Punkt VII: Da der Kongress in Genf mit Einmütigkeit beschlossen hat, dass eine gesetzliche Arbeitszeit eine unumgängliche Vorbedingung der schliesslichen Besserung der socialen Zustände ist, ist der Kongress der Meinung, dass der Zeitpunkt gekommen, wo man diesem Beschluss praktische Folge geben müsse und dass es die Pflicht aller Sektionen der I. A.-A. sei, diese Frage anzuregen.

Die unaufhörlichen Kriegsgerüchte, die seit 1866 die Welt beunruhigten, veranlassten auch den Kongress der I. A.-A., die bereits auf dem Genfer Kongress sich gegen die stehenden Heere erklärt hatte, noch einmal klar ihre Stellung den Kriegen gegenüber zu definieren. Dass die Internationale die Pflicht habe, dem Kriege den Krieg zu erklären und

ihr mit allen ihren Kräften zu dienen, darüber war der Kongress einig. Wie aber [illegible] dieser Kampf zu führen [illegible] Die französischen Delegierten, [illegible] mit dem gegen die öffentliche Meinung geführten Krieg von 1866 [illegible], erklärten es für notwendig, das Recht über Krieg und Frieden aus den Händen der Regierenden zu nehmen und deshalb durch Wahlen und andere [illegible] Propaganda auf die Umgestaltung der persönlichen Regierungsform hinzuwirken. [illegible] die Belgier [illegible] die vorliegende Frage [illegible]. Zwei Mittel gibt es, um gegen den Krieg zu wirken: das erste besteht in der direkten Verweigerung des Kriegsdienstes oder, was auf dasselbe hinauskommt, in der Verweigerung aller Arbeit für die Armeen, den Generalstreik (vgl. Internationale Kongresse. Kongress von Brüssel, die Militärfrage), das zweite in der Lösung der sozialen Frage, der eigentlichen Aufgabe der Internationale. Das erste Mittel greift nicht das Übel an der Wurzel an, wie das zweite. Es ist durchaus verkehrt, für die Kriege nur die einzelnen Individuen, die Herrscher verantwortlich zu machen; ihre wahre Ursache liegt in den sozialen Verhältnissen. Die modernen Kriege sind Handelskriege, die geführt werden, um neue Märkte für den Absatz der Produkte zu gewinnen oder den feindlichen Konkurrenten zu [illegible]. Damit ist denn der Weg für die Arbeiterklasse vorgezeichnet: Propaganda für die I. A.-A., deren Ziel die totale Umgestaltung der heutigen sozialen Verhältnisse. Dieser Gedanke wurde noch weiter geführt und illustriert von Hins-Brüssel, der seine Rede mit den Worten schloss: „An dem Tage, an dem die Arbeiter aller Länder entschlossen wären, den Kriegsdienst zu verweigern, würden wir uns noch zu ganz andern Dingen entschliessen und die Kriegsfrage würde nicht mehr existieren.“

Sowohl die deutschen wie die französischen Delegierten hatten über diese Frage eine Resolution vorgeschlagen. Da nun bei der damaligen politischen Lage ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht unwahrscheinlich war, so überliess es der Kongress diesen beiden Delegationen, sich über die Form des Protestes gegen den Krieg zu verständigen. Die [illegible] und ohne weitere Diskussion [illegible]:

[illegible] erwägend, dass die Gerechtigkeit die Beziehungen zwischen [illegible] regeln kann, wie zwischen den Bürgern;

[illegible] dass der Krieg immer nur die Gewalt des Stärkern und nicht das [illegible];

[illegible] Mittel [illegible] die Völker unter das Joch der privilegierten [illegible] zu bringen;

[illegible] und die Freiheit erstickt: Beweis [illegible] Deutschland;

[illegible] und das Elend verewigt, indem er Jammer [illegible] und die Demoralisation überall [illegible];

[illegible] Völker immer nur [illegible] dienen müssen, [illegible] zu erhalten;

[illegible] auf Arbeit und Produktion gegründeten Gemeinschaft

die Macht in den Dienst der Freiheit und des gleichen Rechtes für jeden treten muss, dass sie nur eine Garantie des Rechtes und der Freiheit, kein Mittel der Unterdrückung, wäre es auch eines einzigen nützlichen Mitgliedes dieser Gemeinschaft, sein darf:

dass in dem gegenwärtigen Zustande Europas die Regierungen die berechtigten Interessen der Arbeiter nicht repräsentieren;

in Erwägung, dass wenn wirklich der Krieg zum vornehmsten Grund den Mangel eines ökonomischen Gleichgewichtes hat, und er demzufolge nur durch die sociale Reform beseitigt werden kann, doch ein weiterer Grund in der Willkür liegt, welche aus der Centralisation und dem Despotismus hervorgeht;

dass also die Völker die Zahl der Kriege vermindern können, indem sie sich denjenigen widersetzen, welche sie erklären und führen;

dass dieses Recht besonders den dem Militärdienst fast ausschliesslich unterworfenen arbeitenden Klassen zusteht und sie allein es begründen können;

dass es dazu ein wirksames gesetzmässiges und sofort durchführbares Mittel gibt;

dass die Gesellschaft nicht zu existieren vermöchte, wenn die Produktion eine Zeit lang stille steht;

dass es also genügt, um die Unternehmungen des persönlichen und despotischen Regiments unmöglich zu machen, wenn die arbeitende Bevölkerung die Arbeit einstellt;

erhebt der Kongress mit aller ihm zustehenden Energie einen Protest gegen den Krieg. Er ersucht alle Sektionen der Association, sowie alle Arbeitergesellschaften und Verbindungen, welcher Art sie auch seien, in ihren Ländern mit aller Thatkraft darauf hinzuarbeiten, den Krieg zwischen Volk und Volk zu hindern, der nur als ein Bürgerkrieg, nur als ein Kampf zwischen Brüdern und Genossen betrachtet werden kann.

Besonders empfiehlt der Kongress den Arbeitern die Einstellung jeder Arbeit für den Fall, dass in ihren Ländern ein Krieg zum Ausbruch kommen sollte.

Indem der Kongress auf den Geist der Solidarität unter den Arbeitern aller Länder zählt, hofft er, dass ihre Unterstützung nicht ausbleiben wird in diesem „Strike der Völker gegen den Krieg“.

Wie schon auf den beiden vorhergehenden Kongressen, so wurde auch auf dem Brüsseler ein gut Teil Zeit der Kreditfrage gewidmet, die zu einer Polemik zwischen den Anhängern der Proudhonschen Theorie, d. h. den französischen und einigen belgischen Delegierten und den Vertretern des modernen Socialismus führte.

Trotz aller Gegengründe der deutschen Delegierten, trotz des Hinweises, dass die Proudhonsche Tauschbankidee nebst ihrem unentgeltlichen Kredit bereits vor fast 20 Jahren schon von Marx in seinem Buche „Misère de la philosophie de Mr. Proudhon“ endgültig widerlegt sei, sass der Proudhonismus doch zu fest in den Köpfen der Franzosen, als dass die Minorität mit ihren Vorschlägen hätte durchdringen können. Die französische Resolution wurde mit Majorität angenommen.

In Erwägung:

1. dass die vom Kapital, unter welcher Form es auch sein mag, erworbenen Zinsen und Gewinne ein von der Arbeit von heute erhobener Wert zum Vorteile desjenigen sind, der schon durch die Arbeit von gestern bereichert ist, und dass, wenn dieser auch das Recht der Aufhäufung hat, er doch nicht das Recht haben kann, dies auf Kosten eines andern zu thun;

2. dass infolgedessen die Zinsnahme eine permanente Quelle der Ungerechtigkeit und Ungleichheit ist, und dass die Produktivgenossenschaften, welche dieselbe beibehalten, einfach das Princip des Egoismus, welches der Krebsschaden der heutigen Gesellschaft ist, von der Individualität in die Kollektivität übertragen;

3. dass die Durchführung des Solidaritätsprincipes in grossem Massstabe durch die Arbeiter das einzige Mittel ist, worüber diese jetzt zur Bekämpfung der finanziellen Feudalherrschaft verfügen können,

spricht sich der Kongress für Gründung von Tauschbanken aus, welche zum Kostenpreis bedienen, die Demokratisierung und Egalisierung des Kredits zum Zweck haben und den Verkehr zwischen den Produzenten und Konsumenten vereinfachen, d. h. die Arbeit der Kapitalherrschaft entziehen und dem Kapital seine natürliche und berechtigte Rolle anweisen, welche die des Agenten der Arbeit ist.

In Erwägung jedoch, dass es nicht möglich ist, sich sofort über den praktischen Wert einer so komplizierten Frage, wie es die einer Tauschbank ist, zu entscheiden,

verlangt der Kongress, indem er an der theoretischen Gutheissung gegenseitigen Kredits festhält, dass der von der Brüsseler Sektion vorgelegte Statutenentwurf an alle Sektionen zu schicken sei, um dort Gegenstand einer gründlichen Diskussion und beschlussreif für den nächsten Kongress zu werden. —

Hatten so die Franzosen in dieser Frage einen wenn auch nicht vollständigen Sieg errungen, so unterlagen sie dafür in der Abstimmung über die entschieden wichtigste Frage der Tagesordnung, wie weit das Kollektiveigentum, ob auch auf Grund und Boden oder nur auf Eisenbahnen und ähnliche Monopole auszudehnen sei. Paepe, der auf dem Lausanner Kongress die Frage angeregt hatte, stattete den Bericht ab und wies die Notwendigkeit nach, mit der sich allmählich die Privatausbeutung der Grossindustrieen in kollektive Arbeiten umwandle. Mit grosser Mehrheit (30 gegen 4 Stimmen bei 15 Enthaltungen) wurde die von ihm vorgeschlagene Resolution gegen die proudhonistischen Individualisten angenommen. Dieselbe lautete:

I. Betreffend die Bergwerke, Steinkohlenminen und Eisenbahnen.

In Erwägung, dass die grossen Hülfsmittel der Arbeit am Boden haften und einen bedeutenden Teil des der Menschheit von der Natur umsonst gelieferten Bodens einnehmen; dass diese Hülfsmittel notwendig der Anwendung von Maschinen und der vereinigten Kraftanstrengung bedürfen; in Erwägung, dass die Maschinen und die vereinigte Kraft der *Individuen heute einzig* im Dienste der Kapitalisten stehen, für die Zukunft

aber dem Arbeiter zu gute kommen sollen; dass daher jede Industrie, wo diese beiden ökonomischen Kräfte unentbehrlich sind, von Arbeitergruppen, die für eigene Rechnung schaffen, benutzt werden sollen, so schlägt der Kongress vor:

1. dass die Steinbrüche, die Steinkohlen- und andere Bergwerke, die Eisenbahnen in einer wohlgeordneten Gesellschaft der Gesamtheit gehören sollen, der Gesamtheit, d. h. dem neu erstandenen, dem Gesetze der Gerechtigkeit unterworfenen Staat;

2. dass die Steinbrüche, die Steinkohlenminen, die Eisenbahnen durch den Staat nicht an Kompagnieen von Kapitalisten, wie es heute geschieht, sondern an Arbeiterkompagnieen übergeben werden sollen und zwar vermittelst eines Doppelvertrages, in dem einerseits der Staat die wissenschaftliche und rationelle Ausbeutung der Konzession, die Dienstleistungen möglichst dem Kostpreise sich annähernd verlangt, sich Einsicht in die Rechnungsstellung der Uebernahmsgesellschaft vorbehält, so dass folglich niemals ein Monopol daraus gemacht werden kann; in dem andererseits die gegenseitigen Rechte der Gesellschaftsmitglieder gegenüber den Mitteilhabern festgesetzt sind.

II. In Betreff des landwirtschaftlichen Bodens.

In Anbetracht, dass die Anforderungen an die Bodenerzeugung und die Anwendung der dazu erforderlichen Kenntnisse eine Bearbeitung im Grossen, die Einführung von Maschinen und Zusammenwirkung erfordern, die ökonomische Bewegung selbst zur Kultur im Grossen hindrängt;

in Erwägung, dass daher die Landwirtschaft und der Bodenbesitz auf demselben Fusse behandelt werden sollen, wie die Bergwerke;

in Erwägung, dass die erzeugende Bodenkraft, die Rohkraft aller Produkte, die erste Quelle aller Reichtümer ist — und zwar ohne das Erzeugnis irgend eines Menschen zu sein;

so ist der Kongress der Ansicht, dass die ökonomische Bewegung den Eintritt des Grund und Bodens in gemeinsames Staatseigentum zu einer socialen Notwendigkeit erklärt, dass der Grund und Boden, wie die Bergwerke und Eisenbahnen an ackerbautreibende Arbeiter-Gesellschaften abgetreten werde, und zwar mit Garantiebedingungen für die Gesamtheit, wie für den einzelnen, ähnlich denjenigen, wie bei den Bergwerken und Eisenbahnen.

III. Die Kanäle, Landstrassen und Telegraphenanstalten betreffend.

In Erwägung, dass die Verkehrsmittel eine einheitliche Leitung und Unterhaltung erheischen, welche nicht, wie es gewisse Oekonomisten verlangen, Privaten überlassen werden kann;

ist der Kongress der Ansicht: dass die Verkehrsmittel Gemeingut der Gesellschaft bleiben müssen.

IV. In Betreff der Wälder.

In Erwägung, dass die Ueberlassung der Wälder an Private zur Verwüstung der Wälder führt,

dass diese Verwüstung die Regelung und Erhaltung der Wasserquellen beeinträchtigt und die Ertragsfähigkeit des Erdreiches vermindert

und ebenso den allgemeinen Gesundheitszustand gefährdet und das Leben des Bürgers schädigt,

spricht der Kongress die Ansicht aus, dass die Wälder Gemeingut der Gesellschaft sein müssen.

Diese Beschlüsse des Kongresses wurden dann wiederholt und weiter ausgeführt auf dem

IV. Kongress von Basel, 5.—11. September 1869.

Es nahmen am Kongresse etwa 80 Delegierte teil. Zur Vorbereitung der aus fünf Punkten bestehenden Tagesordnung wurden fünf Kommissionen gewählt. Eine grosse Zahl von Berichten über den Stand der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern Europas wurden verlesen, die alle ein schnelles Anwachsen der Association erkennen liessen. Mit der Stärke derselben wuchsen aber auch die Verfolgungen seitens der Regierungen, die mit besonderer Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit in Frankreich und Belgien betrieben wurden.

Wenden wir uns jetzt zu den beiden wichtigen Fragen, die der Basler Kongress behandelte: die Frage des Grundeigentums und des Erbrechts. Schon der Brüsseler Kongress hatte die erstere behandelt und sich für Nationalisierung des Grund und Bodens der Bergwerke, Eisenbahnen und Kanäle ausgesprochen. Die französischen Delegierten, die auch in Brüssel die feierliche Minorität gebildet hatten, setzten ihre Opposition in Basel mit ungeschwächter Energie fort. Es war besonders ihr Wortführer Tolain, der die Rechte des thatsächlich existierenden Individuums gegenüber dem abstrakten Wesen, der Gesamtheit, verteidigte. Er bestritt zunächst dieser das Recht, ihre Hand auf die Arbeitsprodukte des Einzelnen zu legen, wenn er seine Steuern und Beiträge zum Unterhalt des Staates geliefert hat. Weiter machte er aber seinen Gegnern den Vorwurf, die Wirkung für die Ursache zu nehmen, wenn sie das Privateigentumsrecht als die Ursache des Elends der Menschheit bezeichneten. Durch Verwandlung aller Mietskontrakte in Kaufkontrakte würde das Eigentum in eine konstante Cirkulation gebracht und damit aufhören, schädlich zu wirken. Verbände man damit noch die Reorganisation des Kredits, so würde jeder Missbrauch des Privateigentums unmöglich gemacht, ohne dass man die Freiheit des Individuums in irgend einer Weise anzugreifen brauche. —

In der Kommission wurde jedoch die Frage, ob die Gesellschaft das Recht besitze, das Privateigentum an Grund und Boden abzuschaffen, ebenso wie die andere Frage nach der Notwendigkeit der Vergesellschaftlichung anfangs mit grosser Majorität, nach langer Diskussion auch von der Minorität bejaht. Nur in Bezug auf die Art und Weise, wie der einst in Gemeinschaft übergegangene Grund und Boden bebaut und ausgebeutet werden solle, waren die Kommissionsmitglieder verschiedener Ansicht. Die Minorität verlangte, dass der Boden von der Gemeinschaft an einzelne oder an Agrikulturgenossenschaften gegen Zahlung der Rente an die Gemeinschaft überlassen werden müsse, nahm also den Standpunkt der sog. Bodenreformer ein, während die Majorität auf die Gefahren eines solchen *Vorgehens auch* für das neu geschaffene Gemeineigentum hinwies, und

daher den Boden zur Bebauung den solidarisierten Gemeinden überwiesen wissen wollte.

In der öffentlichen Kongressverhandlung beantragte ein Teil der Delegierten einfache Bestätigung der Brüsseler Beschlüsse, die Mehrheit derselben stimmte aber für die folgende Resolution der Kommission:

Der Kongress erklärt, dass die Gesellschaft das Recht besitzt, das Privateigentum an Grund und Boden abzuschaffen und in gemeinsames Eigentum umzuwandeln;

er erklärt ferner, dass diese Umwandlung eine Notwendigkeit ist.

Kein Majoritätsbeschluss konnte in der Frage des Erbrechts erzielt werden. Der Generalrat hatte einen Bericht ausgearbeitet, in dem etwa folgendes ausgeführt wurde. Das Recht der Erbschaft ist nur insofern von socialer Wichtigkeit, als es dem Erben die Macht, welche der Verstorbene während seiner Lebenszeit ausübte, vermittelst seines Eigentums die Früchte fremder Arbeit in Gestalt von Grundrente, Profit, Zins sich anzueignen, überträgt. Wie die ganze Gesetzgebung, ist auch das bürgerliche Erbrecht die Folge der bestehenden ökonomischen Organisation der Gesellschaft, die auf das Privateigentum an den Mitteln der Produktion gegründet ist. Mit der Umgestaltung des Privateigentums in Gemeineigentum wird das Erbrecht von selbst verschwinden, und diese muss daher das Ziel der I. A.-A. sein. So lange man aber über das Erbrecht verhandelt, setzt man notwendigerweise das Privateigentum an den Produktionsmitteln voraus. Alle Massregeln in Betreff des Erbrechts können sich daher nur auf einen Uebergangszustand beziehen, in dem die Arbeiterklasse bereits Macht genug besitzt, Uebergangsmassregeln in Rücksicht auf eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft durchzusetzen, und sind daher selbst solche Uebergangsmassregeln. Dazu würden also gehören:

1. Erweiterung der Erbschaftssteuern zu dem Zwecke der socialen Emancipation.

2. Beschränkung des testamentarischen Erbschaftsrechts, das, im Unterschied vom untestamentarischen oder Familien-Erbrecht, als willkürliche Uebertreibung der Grundsätze des Privateigentums selbst erscheint.

Soweit der Bericht des Generalrats. Die darin empfohlenen Mittel: Erweiterung der Erbschaftssteuern und Beschränkung des testamentarischen Erbschaftsrechtes fanden ebensowenig eine Majorität im Kongress, als die von der Kommission vorgeschlagene Resolution, deren Wortlaut folgender war:

„In Erwägung, dass das Erbrecht die Ausbildung des individuellen Eigentums befördert und dazu beiträgt, die Verteilung des Grund und Bodens und überhaupt aller materiellen Güter zu Gunsten einzelner zu befördern und den Uebergang des Grund und Bodens in Kollektiveigentum zu verhindern —

in weiterer Erwägung sodann, dass das Erbrecht, so gering auch das zu ererbende Eigentum sei, stets ein Privilegium konstituiert, dessen grösserer oder geringerer Einfluss unter allen Umständen eine Ungerechtigkeit ist, und dass dieses Recht ferner eine permanente Drohung für die sociale Ordnung ist —.

in Erwägung sodann, dass das Erbrecht in allen seinen Phasen die politische und ökonomische Gerechtigkeit unmöglich macht und gerade seinem Einfluss es zugeschrieben werden muss, dass die sociale Gleichheit nicht besteht, weil es die geistige wie physische Entwicklung der Individualität stört —

mit Hinweis endlich darauf, dass der Kongress sich für das Kollektiv-Grundeigentum erklärt und aus diesem Grunde konsequenterweise das Erbrecht aufzuheben genötigt ist —

in Anbetracht aller dieser Gründe möge der Kongress seine Meinung dahin aussprechen, dass die Beseitigung des Erbrechts eine der Grundbedingungen ausmacht, welche das Recht der Arbeit in seinem ganzen Umfange herstellen." —

Mit der Ablehnung dieser Resolutionen machte sich der Kongress, der mit grosser Mehrheit die Vergesellschaftlichung des Grundeigentums ausgesprochen hatte, einer grossen Inkonsequenz schuldig. —

Von sonstigen Beschlüssen heben wir noch die über die Gewerkschaften und Widerstandskassen hervor:

„Der Kongress erklärt, dass alle Arbeiter die Bildung von Gewerkschaften in den verschiedenen Gewerken energisch anstreben sollen. —

Sobald sich solche Genossenschaften bilden, sollen die Sektionen, die verbundenen Gruppen und die Centralausschüsse derjenigen Vereine, welche demselben Gewerke angehören, davon unterrichtet werden, damit die Bildung nationaler Verbände der Gewerkschaften in Angriff genommen werden kann. Diese Verbände sollen beauftragt werden, alles ihren Industriezweig betreffende zu sammeln, die gemeinschaftlich zu ergreifenden Massregeln zu beraten und auf die Durchführung und das Gelingen derselben hinzuarbeiten, bis das heutige Lohnsystem durch die Association der freien Arbeit verdrängt worden ist.

Der Kongress beauftragt den Generalrat, die internationale Verbindung der Gewerkschaften aller Länder zu vermitteln."

Bis zum Jahre 1869 war die Entwicklung der I. A.-A. eine durch innere Zwistigkeiten ungestörte gewesen, so sehr sie unter den Verfolgungen und Angriffen der Bourgeoisie zu leiden gehabt hatte. Es war Bakunin und dem Häuflein seiner Anhänger, der Alliance (s. d.) vorbehalten, der Bourgeoisie diesen Liebesdienst zu erweisen und durch ihre kleinlichen, aus rein persönlichen Motiven entstandenen Streitereien die I. A.-A. zu sprengen. Dass in erster Linie Ehrsucht es war, und nicht thatsächliche Meinungsverschiedenheit, die Bakunin, einen selten unklaren Kopf, zu seinem Vorgehen veranlasste, beweist sein Verhalten gegenüber dem Generalrat. Noch auf dem Basler Kongress stellte Bakunin den Antrag auf Erweiterung der Befugnisse desselben. Gerade der internationale Charakter der Association, so führte er damals aus, bedinge, dass der Generalrat nicht machtlos dastünde. Seitdem er sich aber klar war, dass es ihm nicht gelingen würde, sich des Generalrats zu bemächtigen, ging seine ganze Thätigkeit auf Abschaffung desselben. Ueber die Entwicklung der Streitigkeiten zwischen dem Generalrat und der Alliance s. Alliance.

Auch die Kriegsjahre 1870/71 waren der Entwicklung der I. A.-A.

nicht günstig. Zunächst sah sie sich gezwungen, zum nächsten Kongressort an Stelle von Paris, wie der Basler Kongress bestimmt hatte, auf Antrag der Deutschen Mainz zu wählen, dann machte der Krieg überhaupt jeden Kongress unmöglich.

Der Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Deutschland gab der I. A.-A. die Gelegenheit, zu zeigen, dass es ihr mit den Beschlüssen von Genf und Brüssel ernst sei. Noch vor Erlass der Kriegserklärung protestierten die Pariser Arbeiter gegen „die kriegerischen Rufe, welche von denen ausgehen, die stets die Blutsteuer erhöhen und in dem öffentlichen Unglück eine Quelle von neuen Spekulationen sehen“, gegen „die systematische Zerstörung der menschlichen Rasse, gegen die Plünderung des Volksvermögens, gegen die Vergiessung von Blut, das zur verabscheuungswerten Befriedigung der Eitelkeit, der Eigenliebe des verletzten monarchischen Ehrgeizes dahingegeben wird“. Am 16. Juni erklärte eine in der Turnhalle zu Braunschweig tagende Volksversammlung von etwa 2500 Mann ihre Sympathie mit der Adresse der Pariser Arbeiter. In allen Ländern, in Belgien wie in Deutschland, in England wie in Amerika, in Spanien wie in der Schweiz wurden grosse Versammlungen von der I. A.-A. abgehalten, alle mit dem Zweck, gegen den Krieg zu protestieren. Am 23. April erliess der Generalrat in London sein Manifest: Weil die Internationale in Frankreich dem Volke den wahren Sinn eines dem Kaiserreich günstigen Plebiscits, Despotismus im Innern und Krieg nach aussen, enthüllt hat, wurde sie als geheime Gesellschaft und Komplottstifterin von der Regierung verfolgt. Dass sie wahr gesagt hat, beweist der jetzige Krieg, diese verschlechterte Auflage des Staatsstreiches vom 2. Dezember 1851. Alle Bemühungen der Regierung, den Krieg als einen Volkskrieg hinzustellen, waren vergebens; das Volk in Paris, in den Provinzen hat gegen den Krieg gestimmt. „Welchen Verlauf auch immer der Krieg Louis Bonapartes mit Preussen nehme, die Totenglocke des zweiten Kaiserreichs hat bereits in Paris geläutet.“ Auf deutscher Seite ist der Krieg ein Verteidigungskrieg; „wenn aber die deutschen Arbeiter es erlauben, dass der gegenwärtige Krieg seinen streng defensiven Charakter verliert und in einen Krieg gegen das französische Volk ausartet, wird Sieg oder Niederlage sich gleich verhängnisvoll erweisen.“

„Im Hintergrunde des gegenwärtigen selbstmörderischen Kampfes lauert die düstere Gestalt Russlands.“

Die Thatsache aber, dass die Arbeiter Englands, Frankreichs und Deutschlands sich die Hände reichen, während das offizielle Frankreich und Deutschland Krieg gegen einander führen, diese Thatsache beweist, „dass, im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnsinn, eine neue Gesellschaft ersteht, deren internationales Gebot der Friede sein wird, weil die nationale Macht überall dieselbe — die Arbeit“.

Diesem ersten Manifest liess der Generalrat ein zweites am 9. September 1870 folgen.

Nachdem er mit Genugthuung die Erfüllung seiner Prophezeiung vom Sturze des französischen Kaiserreiches konstatiert hat, wendet er sich

gegen die Eroberungspolitik der preussischen Militärkamarilla und der deutschen Bourgeoisie, die den Defensivkrieg durch die Forderung „materieller Garantieen" für den Frieden, d. h. der Abtretung Elsass-Lothringens, in einen offensiven verwandelt hat. Nachdem er bewiesen, dass das einige Deutschland auch ohne den Besitz der beiden französischen Hauptoperationsbasen, Strassburg und Metz, vor einer französischen Invasion sicher ist, wies er auf „die Abgeschmacktheit und den Anachronismus hin, militärische Gesichtspunkte zum Princip nationaler Grenzregelung zu machen". Da jede militärische Linie notwendigerweise fehlerhaft ist, kann sie nie endgültig sein und birgt daher stets die Saat neuer Kriege in ihrem Schosse.

Aber, wie es schon im ersten Manifeste hiess, im Hintergrunde lauert die düstere Gestalt Russlands. Durch eine Territorialberaubung wird Frankreich in Russlands Arme geworfen werden. Dem gegenüber gibt es für Deutschland nur zwei Wege. „Es muss auf alle Gefahr hin sich zum bewussten Werkzeug russischer Vergrösserungspläne machen, eine Politik, die der Tradition der Hohenzollern entspricht — oder nach kurzer Frist für einen neuen „Verteidigungskrieg" bereit sein, nicht einen jener neumodischen „lokalisierten" Kriege, sondern einen Rassenkrieg, einen Krieg mit den verbündeten Romanen und Slaven. Das ist die Friedensperspektive, welche die hirnkranken Patrioten der Mittelklasse Deutschlands „garantieren".

Die deutsche Arbeiterklasse, „welche die Sehnen und Muskeln heroischer Heerscharen lieferte, während ihre Familien darbend zurückblieben", muss daher die Garantieen der Freiheit fordern, d. h. einen ehrenvollen Frieden für Frankreich und die Anerkennung der französischen Republik. In diesem Geiste hat bereits die deutsche socialdemokratische Arbeiterpartei (s. Eisenacher) sich ausgesprochen. Leider ist wenig Erfolg von diesem Vorgehen der deutschen Arbeiterklasse zu erhoffen.

Mit dem grössten Misstrauen betrachtet der Generalrat die neue Republik. Es wird aller Anstrengungen seitens der Arbeiterklasse bedürfen, wenn die Republik nicht nur als Lückenbüsser und Brücke zu einer orleanistischen Restauration dienen soll. Die Sympathieen aber und die thatkräftige Unterstützung der Arbeiterwelt sind ihr in diesem doppelten Kampfe gegen die inneren, wie gegen die äusseren Feinde gewiss.

Soweit das Manifest. Inwieweit es mit seinen Prophezeiungen Recht hatte, dafür gewährt uns die Geschichte der zwanzig Jahre nach 1870 die beste Auskunft; damals ging es mit Ausnahme der Kreise der Internationalen spurlos vorüber.

Als dann in den Märztagen die Kommune zu Paris erstand, war es wieder die I. A.-A., die alle ihre Kräfte ihr zur Verfügung stellte, und als in den Tagen des Mai die Kommune vernichtet worden, war es der Generalrat der I. A.-A., der in seiner berühmten Adresse: „Der Bürgerkrieg in Frankreich", die Partei der Besiegten in aller Schärfe vertrat (s. Commune) und sich mit ihren Handlungen solidarisch erklärte.

Da, wie schon gesagt, der Krieg 1870, die Verfolgungen der I. A.-A. 1871 die Abhaltung eines Kongresses unmöglich machten, berief der Generalrat *eine private Konferenz* auf den 15.—23. September 1871 nach London,

„Frankreich konnte selbstverständlich keinen Delegierten schicken: in Italien wurde die einzige damals organisierte Sektion, die von Neapel, aufgelöst, als sie im Begriff war, einen Delegierten zu wählen. In Oesterreich und Ungarn waren die thätigsten Mitglieder im Gefängnis. In Deutschland standen einige der bekanntesten Mitglieder unter der Anklage auf Hochverrat, andere waren im Gefängnis, und die Geldmittel der Partei mussten zur Unterstützung ihrer Familien verwandt werden." Diese wenigen Sätze, die wir dem Rundschreiben des Generalrats: Les prétendues scissions dans l'Internationale, 5. März 1872, entnehmen, geben uns ein klares Bild von der Lage der Association und den furchtbaren Verfolgungen, die sie zu bestehen hatte. Von den Beschlüssen der Konferenz erwähnen wir diejenigen, welche eine allgemeine Statistik der Arbeiterklasse, die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften und die Ackerbauer betrafen, und lassen den auf die politische Wirksamkeit der Arbeiterklasse bezüglichen wegen seiner Bedeutung im Wortlaut folgen:

In Erwägung, dass es im Eingang der Statuten heisst: „Die ökonomische Emancipation der Arbeiterklasse ist der grosse Endzweck, dem jede politische Bewegung als Mittel unterzuordnen ist"; dass die Inauguraladresse der I. A.-A. (1864) besagt: „Die Herren des Grund und Bodens und die Herren des Kapitals werden ihre politischen Vorrechte stets ausbeuten zur Verteidigung und Verewigung ihrer ökonomischen Monopole; weit davon entfernt, die politische Emancipation der Arbeiter zu fördern, werden sie fortfahren, ihr jedes mögliche Hindernis in den Weg zu legen. Die Eroberung der politischen Macht ist daher zur grossen Pflicht der Arbeiterklasse geworden"; dass der Kongress von Lausanne (1867) erklärt hat: „Die sociale Emancipation der Arbeiter ist untrennbar von ihrer politischen Emancipation"; dass die Erklärung des Generalrats über das angebliche Komplott der französischen Internationale am Vorabend des Plebiscits (1870) folgende Stelle enthält: „Nach dem Wortlaut unserer Statuten haben alle unsere Zweige in England, auf dem Kontinent und in Amerika unzweifelhaft die ausdrückliche Aufgabe, nicht nur Mittelpunkte für die streitbare Organisation der Arbeiterklasse zu bilden, sondern in ihren bezüglichen Ländern ebenfalls jede politische Bewegung zu unterstützen, die zur Erreichung unseres Endziels dient — der ökonomischen Emancipation der Arbeiterklasse"; dass falsche Uebersetzungen der Originalstatuten Misdeutungen veranlasst haben, die der Entwicklung und der Wirksamkeit der I. A.-A. schädlich waren;

in Anbetracht ferner, dass die Internationale einer zahllosen Reaktion gegenübersteht, welche jedes Emancipationsstreben der Arbeiter schamlos niederdrückt, und durch rohe Gewalt den Klassenunterschied und die darauf gegründete politische Herrschaft der besitzenden Klasse zu verewigen sucht; dass die Arbeiterklasse gegen diese Gesamtgewalt der besitzenden Klassen nur als Masse handeln kann, indem sie sich selbst als besondere politische Partei konstituiert, im Gegensatz zu allen alten Parteibildungen der besitzenden Klassen; dass diese Konstituierung der Arbeiterklassen als politische Partei unerlässlich ist für den Triumph der socialen Revolution und ihres Endziels — Abschaffung der Klassen; dass die Vereinigung der Einzel-

kräfte, welche die Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Punkt bereits durch ihre ökonomischen Kämpfe hergestellt hat, auch als Hebel für ihren Kampf gegen die politische Gewalt ihrer Ausbeuter zu dienen hat; —

aus diesen Gründen erinnert die Konferenz alle Mitglieder der Internationalen: dass in dem streitenden Stand der Arbeiterklasse ihre ökonomische Bewegung und ihre politische Bethätigung untrennbar verbunden sind." —

Auch in Bezug auf die Allianz und die Spaltung in der romanischen Schweiz wurden Beschlüsse gefasst, wegen deren wir auf „Alliance" verweisen.

1872 war es endlich möglich, wieder einen internationalen Kongress abzuhalten und wurde zum Kongressort vom Generalrat Haag bestimmt.

V. Der Kongress im Haag, 2.—7. September 1872.

Die holländische Regierung legte den Beratungen nichts in den Weg und so fand denn der Kongress unter enormer Teilnahme der Bevölkerung und Presse statt. Die Zahl der Delegierten betrug 64, von denen 16 Frankreich, 10 Deutschland, 7 Belgien, 5 England, 5 Nordamerika, 4 Holland, 4 Spanien, 3 die romanische Föderation der Schweiz, 2 die Juraföderation, je einer Irland, Portugal, Polen, Oesterreich, Ungarn, Australien, 2 Dänemark vertraten. Trotzdem es hier zum entscheidenden Kampf zwischen Bakunin und der Alliance und dem von Deutschen und Franzosen unterstützten Generalrat, d. h. Marx, kommen sollte, hatte Bakunin es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Die ersten nicht öffentlichen Sitzungen wurden auf die Mandatsprüfungen verwandt, die im wesentlichen mit einem Siege der Autoritären, der Anhänger des Generalrats, endigte. Nachdem dann in der ersten öffentlichen Sitzung der Bericht des Generalrats verlesen war und der Kongress „im Namen des Proletariats der ganzen Welt seine Anerkennung allen denen" ausgesprochen, „die für die gerechte Sache der Arbeiter sich aufgeopfert und gekämpft" und „seinen Brudergruss allen denen" gesandt hatte, „die in diesem Augenblicke unter den Klauen der reaktionären Bourgeoisie leiden, in Frankreich, Deutschland, Dänemark und in der ganzen Welt", schritt man zur Statutenrevision, bei der es sich im wesentlichen um die Stellung und Existenz des Generalrats handelte. Die Spanier, Belgier und Jurassier verlangten die Abschaffung des Generalrats. Da die Hauptsache der Kampf gegen das Kapital, der politische dagegen Nebensache sei, brauche man keine Exekutivorgane, sondern es genügt ein statistisches Korrespondenzbureau. Von der autoritären Seite wurde dagegen die Wichtigkeit eines Exekutivorganes, die straffe Centralisation der I. A.-A. gegenüber der internationalen Centralisation der reaktionären Bourgeoisie betont und eine Stärkung der Stellung des Generalrats verlangt. Mit grosser Majorität wurde daher der bisherige Artikel II, 2 der Verwaltungsverordnungen: II, 2. Der Generalrat ist gehalten die Kongressbeschlüsse auszuführen, durch den Zusatz:

> und für die strenge Einhaltung der Grundprincipien und der allgemeinen Statuten und Verwaltungsverordnungen der Internationale zu sorgen,

erweitert und dem Artikel II, 6 folgende Fassung gegeben:

„Der Generalrat hat das Recht, eine Sektion, einen Föderalrat oder ein Föderalkomitee und eine ganze Föderation zu suspendieren. Er wird jedoch, sobald es sich um einer Föderation angehörige Sektionen handelt, den betreffenden Föderalrat zu Rate ziehen. Im Fall der Auflösung eines Föderalrats wird der Generalrat spätestens innerhalb dreissig Tagen zur Wahl eines neuen Föderalrates schreiten lassen. Im Fall der Suspension einer ganzen Föderatien wird der Generalrat alle Föderationen in Kenntnis setzen und, falls die Mehrzahl derselben es verlangt, eine ausserordentliche Konferenz von je einem Mitglied per Nationalität zusammenberufen, welche sich innerhalb eines Monats versammelt und den Fall endgültig entscheidet."

So war denn die Machtbefugnis des Generalrats klargestellt und sogar noch verstärkt worden. Um nun denselben dem Einfluss der Blanquisten und englischen Arbeiterführer in London zu entziehen, wurde die Verlegung des Sitzes desselben nach New-York beantragt und von der Majorität gegenehmigt.

Auch bei der Beratung über die politische Aktion der I. A.-A. unterlagen die Anhänger Bakunins. Sie hatten dem Beschluss der Londoner Konferenz in betreff dieses Punktes die Verbindlichkeit abgesprochen, da sie denselben in Ueberschreitung ihrer Befugnisse gefasst hätte. Das Evangelium der alleinseligmachenden Anarchie wurde von ihnen mit den tönenden Phrasen von Föderalismus, Autonomie u. s. w. gepredigt; aber der gesunde Verstand der Deutschen, Engländer und eines Teils der Franzosen beharrte diesen Sirenengesängen gegenüber auf der Forderung: „Die Eroberung der politischen Macht ist die erste Pflicht des Proletariats", und setzte die Annahme derselben mit 38 gegen 13 Stimmen durch.

In der letzten geschlossenen Sitzung berichtete eine aus fünf Mitgliedern bestehende Kommission über das Treiben Bakunins und Genossen und beantragte den Ausschluss der Alliance, insbesondere ihres Gründers, Bakunin. Der Kongress entschied sich für die Anträge der Kommission, während die Bakunisten die Erklärung abgaben, dass sie sich diesen Beschlüssen nicht fügen würden (s. Alliance).

Von der Internationalen schieden sich ferner die Blanquisten, unter ihnen F. Cournet, G. Ranvier, E. Vaillant, da, wie sie in einem Manifest vom 15. September ausführten, die I. A.-A. nicht, wie sie sollte, der „gewaltige Hebel der Revolution" geworden sondern aus Furcht vor der Commune ihrer Pflicht und der Revolution nach Amerika entwischt sei. Indem sie aber vom Kampfplatz desertierte, hätte sie ihre Ohnmacht bekannt und ihre Allgewalt in den Augen derjenigen vernichtet, welche in ihr die lebendige Kraft der Revolution erblickten.

Von New-York aus wurden die Fédération jurassienne, die belgische und spanische Föderation ausgeschlossen, die italienische Föderation nicht als solche anerkannt, da sie sich nicht den Statuten entsprechend gebildet hätte. Treu blieben der I. nur England, Deutschland und Amerika. Diese Sektionen hielten einen Kongress zu Genf, 8.—13. September 1873, ab. Der Beschluss der früheren Kongresse, dass die Arbeiter sich mit Politik

zu beschäftigen hätten, wurde wiederholt und zur Organisation von Gewerkschaften aufgefordert, die nationale Föderationen bilden sollten. Diese nationalen Föderationen sollten sich dann ihrerseits wieder zu einer internationalen Liga des Gewerks zusammenschliessen. Dies war der letzte Kongress der I. und damit auch die Thätigkeit derselben in Europa zu Ende. Die formelle Auflösung erfolgte durch Aufhebung des Generalrates in der Delegiertenversammlung der I. zu Philadelphia, am 15. Juli 1876, wo nur 14 amerikanische Sektionen vertreten waren. Der Sekretär des Generalrates C. Speyer, Nachfolger F. A. Sorges, verlas den Bericht über die erfolglose Thätigkeit der Körperschaft: „Die Genfer Föderation ist wieder mit dem Generalrat in Verkehr getreten und hat gegen die Abhaltung der Konferenz zu Philadelphia protestiert, obwohl sie keine Beiträge entrichtet hat. — Die Sektionen der deutschen Schweiz sind laut Bericht der Züricher Sektion etwas thätiger geworden, doch erwartet der Generalrat von dort keine Beteiligung an der Konferenz, da keine Rückäusserung über die Abhaltung der Konferenz erfolgt ist. — Der Bevollmächtigte für Ungarn hat es unterlassen, den Generalrat über den Stand der Association in jenem Lande und deren Stellung zur Konferenz zu unterrichten. — Mit Oesterreich konnte der Generalrat angesichts der dortigen politischen Zustände keine Verbindung unterhalten. — Mit Spanien und Italien hat der Generalrat durch seinen Bevollmächtigten F. Engels in London Beziehungen aufrecht zu erhalten gesucht, doch sind die organisierten Arbeiter dieser Länder durch die bakunistischen Umtriebe und revolutionäres Phrasengeklingel lahm gelegt und zur Ohnmacht verdammt worden. — Den Mitgliedern in Dänemark wurden alle Erlasse des Generalrates übermittelt, ohne dass wir direkte Rückäusserung erhielten. — Der Verkehr mit Deutschland wurde direkt mit dortigen Genossen gepflogen. Antworten liefen regelmässig ein, aber keine Beiträge. — Der Generalrat ist der Ansicht, dass die Association als nicht vorhanden betrachtet werden muss, so lange eine Wiederaufrichtung derselben in Frankreich unmöglich ist und so lange die zeitweiligen Vertreter der Arbeiter Deutschlands sich nicht willens gezeigt haben, thatsächlich an derselben teilzunehmen. Ebenso erscheint es dem Generalrat als eine Anmassung, eine internationale Behörde bestehen zu lassen, die als Haupt der Bewegung gelten soll, aber nur einzelne Ländergruppen hinter sich stehen hat, von denen ihr fast keine Beiträge zugeführt werden.“ Der Generalrat empfahl daher der Konferenz die Auflösung der I., welche auch einstimmig genehmigt wurde.

Wir müssen uns hier darauf beschränken, eine kurze Geschichte der deutschen Sektion der I. A.-A. zu geben; für dieselbe in anderen Ländern auf diese zu verweisen. Es war Joh. Ph. Becker, der die Gründung einer solchen im Oktober in die Hand nahm, mit der ausgesprochenen Absicht, so weit die deutsche Zunge reicht, Schwestersektionen hervorzurufen. Die Notwendigkeit eines Organs stellte sich sehr bald heraus, aber erst im Januar 1866 erschien der „Vorbote“ (1866—1871). Es entstanden nun eine ganze Reihe von Sektionen in Deutschland, von denen wir nur erwähnen: Münster, Stuttgart, Göppingen, Pinneberg, Solingen, Köln, *Mainz, Magdeburg,* Berlin, Altona, Kalk, Elberfeld-Barmen, Braunschweig,

Dresden, Leipzig, Duisburg, Nürnberg, Fürth u. s. f. Am 1. Mai 1867 konstituierten sich die damals vorhandenen Sektionen samt den Vereinen der Schweiz durch Annahme von Centralstatuten zum einheitlichen Bunde unter dem Titel: „Sektionsgruppe deutscher Sprache der I. A.-A.", an dessen Spitze ein Centralkomitee stand. Zahlreiche andere Arbeitervereine traten mit dem Centralkomitee in Verbindung, da die gesetzlichen Bestimmungen der betreffenden Länder einen direkten Beitritt unmöglich machten. Nach dem Art. 20 der Statuten (s. „Vorbote" 1867, pag. 75) konnten Parteigenossen direkt Mitglieder der I. A.-A. werden, ohne einer Sektion anzugehören. Die Zahl dieser Centralmitglieder betrug 1871 385. Dieselben waren meist die Leiter deutscher Arbeitervereine und trieben eine besonders rege Agitation. Schon August 1868 schlossen sich nach einem Beschlusse der Delegiertenversammlung von Neuenburg 50 deutsche Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz der Sektionsgruppe deutscher Sprache an. In Deutschland erkannte auf dem Vereinstag der Deutschen Arbeiterbildungsvereine September 1868 zu Nürnberg die Majorität derselben, und März 1869 der Allgemeine deutsche Arbeiterverein auf seiner Generalversammlung zu Barmen das Programm der I. A.-A. an. Im Laufe des Jahres 1869 kam es zu einer Spaltung im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Die ausgetretenen Mitglieder in Verbindung mit den deutschen, schweizerischen und österreichischen Arbeitervereinen und dem Centralkomitee der deutschen Sektionsgruppe beriefen einen Kongress nach Eisenach (7.—9. August 1869), um dort die Gründung einer socialdemokratischen Partei zu bewirken (s. Eisenacher).

Internationale Arbeiterschutzkonferenz. Der Gedanke einer internationalen Regelung des Arbeiterschutzes ward zum ersten Male von einem elsässischen Fabrikanten, Daniel Legrand, Januar 1841 ausgesprochen, aber erst 1880 stellte Oberst Frey im Nationalrat der Schweiz einen Antrag, durch den der Bundesrat eingeladen wurde, mit den hauptsächlichsten Industriestaaten Unterhandlungen anzuknüpfen zum Zweck der Anbahnung einer internationalen Fabrikgesetzgebung. Die Anfragen des Bundesrates blieben aber erfolglos; nichtsdestoweniger erliess, da unterdessen die öffentliche Meinung für die internationale Regelung gewonnen war, die Schweiz am 15. März 1889 „ein Rundschreiben an sämtliche europäische Industriestaaten betreffend Arbeiterschutz". Das Rundschreiben hatte besseren Erfolg und die Konferenz war für das Jahr 1890 in Aussicht genommen, als auf Anregung Kaiser Wilhelms II. Deutschland sich an die Spitze der Bewegung stellte und nach Verzichtleistung der Schweiz die internationale Konferenz nach Berlin 15. März 1890 einlud. Die Konferenz, an der Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Luxemburg, Holland, Portugal, Schweden, Norwegen, die Schweiz teilnahmen, dauerte bis zum 29. März. Das Programm war nahezu das von der Schweiz vorgeschlagene: I. Regelung der Bergwerksarbeit; II. Regelung der Sonntagsarbeit; III. Regelung der Kinderarbeit; IV. Regelung der Arbeit jugendlicher Arbeiter; V. Regelung der Frauenarbeit; VI. Ausführung der von der Konferenz angenommenen Bestimmungen. Da bindende Beschlüsse nicht gefasst werden konnten,

so wurde als wünschenswert bezeichnet: Zu I. Die Altersgrenze wird auf 14, in südlichen Ländern auf 12 Jahre erhöht; weibliche Arbeit ist verboten. Zu II. Es wird für alle Industrie-Arbeiter ein Ruhetag festgesetzt. Zu III. Die Altersgrenze wird auf 12, bez. 10 Jahre festgesetzt; Nacht- und Sonntagsarbeit bis zum 14. Jahre verboten; die effektive Arbeitszeit soll bis 6 Stunden mit 1/2 Stunde Pause betragen. Zu IV. Nacht- und Sonntagsarbeit bis zum 16. Jahre verboten; effektive Arbeitsdauer wird auf 10 Stunden, mit 1 1/2 Stunde Pause festgesetzt. Zu V. Nachtarbeit durchaus verboten; effektive Arbeitsdauer auf 11 Stunden mit 1 1/2 Stunde Pause festgesetzt.

Durch Beschluss des schweizerischen Arbeitertages in Biel, am 3. April 1893, wurde der Bundesvorstand des schweizerischen Arbeiterbundes beauftragt, auf den August 1894 einen internationalen Kongress für Arbeiterschutz nach Zürich einzuladen. Derselbe erliess denn auch ein Cirkular, in dem er die Arbeiter aller Länder, ohne Rücksicht auf ihre Parteirichtung, zu einem solchen einlud. Nur solche, das war die einzige Beschränkung, sollten aber zugelassen werden, die von der Ueberzeugung durchdrungen sind, dass ein Eingreifen des Staates zu Gunsten der Arbeiterklasse durch Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Sonntagsarbeit, besondere Schutzbestimmungen für Frauen, junge Leute und Kinder berechtigt, notwendig und dringlich sei, und sich verpflichten, dafür ernstlich zu wirken. Auf die Tagesordnung wurden vorläufig folgende Punkte gesetzt:

1. Die Sonntagsarbeit;
2. Die Arbeit der Kinder und jungen Leute;
3. Die Arbeit der Frauen;
4. Die Arbeit erwachsener Männer;
5. Mittel und Wege zur Verwirklichung des Arbeiterschutzes.

Anträge betreffend die Tages- und Geschäftsordnung wurden bis Februar 1894 erbeten und ein zweites Rundschreiben für April 1894 angekündigt.

Internationale Kongresse. Nachdem die engültige Spaltung in der Internationalen Arbeiter-Association auf dem Haager Kongress 1872 stattgefunden hatte, nahmen die von ihr abgehaltenen Kongresse, in betreff deren wir auf den Artikel Internationale Arbeiter-Association verweisen, ein Ende. Wohl hielten die beiden feindlichen Zweige auch nach 1872 noch Kongresse ab, doch waren dieselben ohne jede grössere Bedeutung (s. auch Alliance internationale de la Démocratie socialiste). Mit dem grossen Aufschwung der socialistischen Bewegung in der Mitte der siebziger Jahre machte sich aber wieder die Bestrebung geltend, von neuem eine Verständigung aller socialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen aller Länder anzubahnen. So regte denn der Regionalrat des nach dem Haager Kongress ausgeschiedenen belgischen Zweiges der ehemaligen Internationale auf dem Berner Kongress vom 26.—29. Oktober 1876 die Frage eines socialistischen Weltkongresses an und fand trotz des Widerspruches einiger Anarchisten die Zustimmung des Kongresses. Gemäss dieses Beschlusses wurde dann auf den 3. September 1877 ein *socialistischer* Weltkongress nach Gent einberufen mit dem Zweck, eine *Verständigung* zwischen allen socialistischen Gruppen herzustellen.

Kongress zu Gent. (September 1877.)

Das Programm war:

1. Realisation der Solidarität zwischen den verschiedenen Arbeiter-Associationen.

2. Organisation der Gewerkvereine.

3. Stellung des Proletariats gegenüber den verschiedenen politischen Parteien.

4. Tendenzen der modernen Produktion in Rücksicht auf das Privateigentum.

5. Schöpfung eines statistischen und Korrespondenz-Bureaus, mit der Aufgabe, alle Berichte bezüglich des Preises der manuellen Arbeit, der Lebenshaltung (prix de la vie), Arbeitszeit, Fabrikordnungen etc. zu sammeln und zu veröffentlichen.

6. Die Verdienste und sociale Tragweite der kommunistischen Kolonieen und aller andern in den verschiedenen Ländern existierenden socialistischen Experimente.

Von anarchistischen Gruppen waren vertreten: die Juraföderation, die schweizerischen und deutschen anarchistischen Gruppen, die italienischen Sektionen, die französische Föderation, die spanische Föderation, Sektionen von Verviers, Gruppen von Alexandrien, Russland, Griechenland. Ihnen gegenüber waren die sog. Autoritären in grösserer Stärke erschienen: die deutsche Socialdemokratie; der Arbeiterbund der Schweiz; die flamländische Arbeiterpartei; Sektionen der Internationale zu Brüssel, Gent, Antwerpen; belgische Gewerkvereine; die dänische Partei; socialistische Gruppen von Lyon, Vienne (Isère), etc.

Der Kongress behandelte zunächst die Frage hinsichtlich der Tendenzen der modernen Produktion in Rücksicht auf das Eigentum. Darüber, dass dieselben das Kapital in wenigen Händen zu konzentrieren streben, und dass infolgedessen der Klassenkampf gegen dasselbe von den Arbeiterorganisationen zu führen sei, herrschte Einstimmigkeit. Sobald aber die Diskussion die Frage berührte, durch welche Mittel die Umgestaltung der heutigen Verhältnisse zu erreichen sei, kam der Gegensatz zwischen Anarchisten und Autoritären zum Vorschein. Die ersteren stellten wieder die individuelle Freiheit in den Vordergrund und forderten daher, dass die Produktion und Produktionsmittel in den Händen der frei konstituierten Gruppen, die Regelung der Produktion aber durch eine Statistik bewirkt werden sollte, der sich die Gruppen frei unterwerfen würden. Widerspenstige Gruppen würden sich bald durch die Macht der entgegengesetzten und solidarischen Interessen zur Unterwerfung gezwungen sehen. In diesen Bakuninschen freien Gruppen konnten die Autoritären aber nichts anderes als Kollektiv-Bourgeois mit verschiedenen Interessen erkennen, monopolistische Korporationen, deren Verständigung nur durch permanenten Bürgerkrieg erzielt werden könne. Sie stellten dagegen die folgende Resolution, die auch zur Annahme kam, auf:

„In Erwägung, dass, so lange die Erde und die anderen Arbeitsinstrumente, durch die das Leben der Gesellschaft ermöglicht wird, unter der Form des privaten Eigentums von Individuen oder Gesellschaften

besessen und monopolisiert werden, die ökonomische Knechtschaft der Volksmasse mit all ihrem daraus entspringenden Elend und Mangel notwendig fortdauern muss; erklärt der Kongress, dass der Staat, welcher das ganze Volk repräsentiert und in dessen Schoss die freien Communen organisiert sind, Eigentümer der Erde und der anderen Arbeitsmittel sein muss."

Der Kampf zwischen den beiden Parteien setzte sich fort in der Diskussion über die Stellung des Proletariats zu den verschiedenen politischen Parteien. Die Revolutionäre der That verwarfen in treuer Anhängerschaft an ihren Meister Bakunin jede Beteiligung am politischen Kampf, welche die Arbeiter von ihrem Ziele, „der vollständigen, universellen Revolution", ablenken müsste. Da sie aber nur über neun Stimmen verfügten, wurde wiederum die Resolution der Autoritären angenommen. Sie lautete:

„In Anbetracht, dass die sociale Emancipation untrennbar von der politischen ist, erklärt der Kongress, dass das Proletariat als bestimmte, von allen anderen Parteien der besitzenden Klassen getrennte Partei von allen politischen Mitteln Gebrauch machen muss, die im stande sind, die Befreiung aller seiner Mitglieder herbeizuführen."

Auch in der Frage der Gewerkschaften waren die Autoritären siegreich. Sie erklärten dieselben für eines der wichtigsten Mittel in dem Kampf der Arbeiter gegen die Exploitation und forderten alle Arbeiter zur Organisation auf.

Trotzdem, wie vorauszusehen war, eine Verständigung zwischen den Anarchisten und Autoritären nicht zu stande kam, vielmehr hier die endgültige Scheidung zwischen ihnen stattfand, drückte der Kongress den Wunsch aus, dass die Socialisten aller Schattierungen in der Polemik gegen einander möglichst die Grenzen des Anstandes und gegenseitiger Achtung bewahren sollten. Der Wunsch blieb Wunsch. Wie die Anarchisten diesem Beschlusse nachgekommen sind, dafür braucht man nur ihre Blätter nachzulesen, die bis zu dem „Socialisten" der Unabhängigen herab, was ihnen an Mitgliederzahl und Einfluss fehlte, durch die gemeinsten Beschimpfungen und Verdächtigungen der Autoritären zu ersetzen suchten.

Es war wiederum Belgien, die socialistische Arbeiterpartei dieses Landes, die auf ihrem Brüsseler Jahreskongresse vom 16./17. Mai 1880, wohl angeregt durch ein Begrüssungsschreiben der Redaktion des „Socialdemokrat", den Beschluss fasste, einen socialistischen Weltkongress zu organisieren, und zugleich einen Ausschuss wählte, der sich mit den Parteien anderer Länder in Verbindung setzen und über Zeit und Ort des abzuhaltenden Kongresses sich verständigen sollte. Derselbe erliess denn auch einen zündenden Aufruf an die „Socialisten beider Welten".

„Elend überall! Notwendiges Elend, wie die Volkswirtschaft der Bourgeois verkündet. Aber wir Socialisten kennen die ungeheure Lüge dieser selbstsüchtigen Lehre; wir kennen die Ursachen und Heilmittel des Uebels. Worauf warten wir noch?" Nach diesen einleitenden Gedanken heisst es dann weiter: „Brüder! Die ungeheure Verbreitung unserer Ideen, die grossartige Bewegung, welche sich vom Tajo bis zur Wolga, von den britischen Inseln bis zu den Donaufürstentümern vollzieht, die von den

Proletariern allenthalben gelieferten Scharmützel, — beweisen sie Euch nicht, dass ein neues 1789, eine grosse Revolution der ganzen Menschheit über die alte Welt heraufzieht? Brüder, Ihr sammelt Euch unwillkürlich angesichts der Grösse der Aufgabe, welche Ihr zu erfüllen habt. Allenthalben hören die inneren Streitigkeiten auf, allenthalben verschwinden die Spaltungen, überall fassen sich die Hände, und die Herzen schlagen zusammen. Ein Hauch des Friedens und der Eintracht geht durch das Proletariat beider Welten. Die Leidenden, die Unterdrückten sparen ihren Hass für die Ausbeuter, ihr Misstrauen für die Bourgeois-Philister, welche der Reihe nach sie verraten und misshandelt haben.

„Fühlt Ihr nicht, Brüder, dass diese Stunde eine feierliche ist? — Was not thut, ist, dass ein Schritt gethan werde zur thatsächlichen Wiederaufrichtung der Internationalen Arbeiter-Association.... Möge er mehr denn je einen Wiederhall in Euren Herzen finden, der alte Ruf:

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!""

Dieser Gedanke, auf das Jahr 1881 einen socialistischen Weltkongress zu berufen, fand bei dem grössten Teil der socialistischen Presse aller Länder sympathische Aufnahme. Die deutsche Socialdemokratie erklärte auf der Schlussitzung des Wydener Kongresses (23. August 1880) ihre Zustimmung zu dem Vorschlage der Belgier. Infolgedessen schlugen dieselben als Versammlungsort Zürich vor und entwarfen eine vorläufige Tagesordnung, in der die Gründung einer internationalen Organisation zwecks Propaganda und Agitation, Schutz gegen die internationalen Verfolgungen seitens der Regierungen, Abfassung eines Manifestes u. s. f. die Hauptstelle einnahmen. Infolge einer Petition, die von 30670 Petenten unterschrieben war, verbot aber der Regierungsrat des Kantons Zürich die Abhaltung des Weltkongresses in dieser Stadt. Ein Rekurs an das Bundesgericht war erfolglos. Der Kongress wurde deshalb nach Chur verlegt und fand daselbst vom 2.—4. Oktober 1881 statt.

Die Konferenz von Chur.

Es waren daselbst vertreten: die belgische socialistische Arbeiterpartei durch J. Bertrand; die socialdemokratische Partei der Schweiz durch Conzett, Schwarz, Herter; die socialistische Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten durch J. Mac Guire; die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands durch Braun; die organisierten socialistischen Arbeiter in Galizien durch Dr. Limanowsky; die portugiesische socialistische Arbeiterpartei durch J. Bertrand; die Partei des arbeitenden Volkes in Genf durch J. Ph. Becker und J. Solari; die deutschen Socialisten in der Schweiz durch J. Ph. Becker; der allgemeine Gewerkschaftsbund der Schweiz durch Seubert; der kommunistische Arbeiterbildungsverein London durch Rackow; fünf socialistische Zirkel in Posen; die socialistischen Gruppen in Krakau durch Dluski und Warinski; die dänische socialistische Arbeiterpartei durch J. Braun; die internationale Sektion zu Buenos Ayres durch J. Bertrand; der mittelfranzösische Verband der französischen socialistischen Arbeiterpartei durch Malon und Joffrin; der ostfranzösische Verband der französischen socialistischen Arbeiterpartei durch Malon; die kommunistische Kolonie Jung-

Ikarien durch B. Malon; die Ungarländische allgemeine Arbeiterpartei durch Ferenczy. Gar nicht vertreten war die österreichische Partei, während sich die italienische, holländische, dänische und portugiesische damit begnügten, durch Delegierte anderer Länder sich vertreten zu lassen. Im ganzen gebührte dem Kongress mehr das Prädikat Konferenz, wie auch die französischen Delegierten ihn zu nennen beantragten.

Die Berichterstattung über den Stand der socialistischen Bewegung in den verschiedenen Ländern (Punkt I und II der Tagesordnung) füllte den Schluss der zweiten und den grössten Teil der dritten Sitzung. Die Erledigung der Frage, ob eine Föderation der socialistischen Kräfte und wie dieselbe möglich sei (Punkt III), ebenso wie die Ausarbeitung eines gemeinsamen Programmes in betreff der Principien, der Agitation und der Propaganda (Punkt IV) wurden auf den nächsten Kongress vertagt. Dagegen wurde empfohlen, in jedem Lande ein Bureau für Arbeitsnachweis und Unterstützung von Arbeitslosen, gemassregelten Socialisten u. s. f. zu errichten, die sich mit einander in Verbindung setzen sollen, um Missbrauch zu verhindern und die Unterstützungsausgaben nach den Kräften der einzelnen Parteien auszugleichen (Punkt V). Eine längere Debatte entspann sich über den VI. Punkt der Tagesordnung: Welches sind die Gesetze, die unverzüglich zu erlassen und zu beseitigen wären, sowohl auf ökonomischem wie auf politischem Gebiet, um den Socialismus zum Durchbruch zu bringen, wenn auf welche Weise immer die Socialisten ans Ruder kommen? Gegenüber den einen, die eine Behandlung dieses Punktes für unmöglich erklärten, da ja die zu treffenden Massregeln für jedes Land verschieden seien und die ökonomische Entwicklung bis zur etwaigen socialen Revolution nicht vorausgesehen werden könne, wurde von der anderen Seite besonders auf das Fehlschlagen der Commune 1871, sowie überhaupt aller revolutionären Bewegungen hingewiesen, das jedesmal durch Unkenntnis der Ziele und der zu treffenden Massnahmen bewirkt worden sei. Man einigte sich schliesslich dahin, die Frage den einzelnen Parteien zum Studium zu überweisen. Die Gründung eines internationalen Centralorgans, die Punkt VII anregte, wurde abgelehnt, da die Sprachverschiedenheit ein unüberwindliches Hindernis sein würde. Auch von der Abfassung eines Manifestes (Punkt VIII) wurde abgesehen, dagegen eine Resolution angenommen, in der die Grundlagen einer gemeinsamen Thätigkeit aller socialistischen Parteien dargelegt wurden. Als solche wurden bezeichnet die Erkenntnis, dass die moderne Gesellschaft auf dem Gegensatze der Interessen beruhe, daher sich die Gesamtheit der Ausgebeuteten der bürgerlichen Partei gegenüber als Klassenpartei zu organisieren habe (der Klassenkampf), sowie die Anerkennung der folgenden Ziele als die zunächst zu erreichenden: 1. Die volle körperliche und geistige Erziehung der Individuen auf Kosten der Gesamtheit. 2. Die Ueberführung aller Verkehrs- und Produktionsmittel in das Gesamteigentum. 3. Der volle Reinertrag der Arbeit für jeden Arbeiter nach Abzug der gesellschaftlichen Unkosten. 4. Der vollständige Lebenshalt, das heisst alle für die geistige und physische Existenz nötigen Unterhaltsmittel werden von der Gesellschaft, nach Massgabe ihrer Hülfsmittel, allen garantiert, welche für die

Gesellschaft nützliche Arbeit verrichten, sowie allen Arbeitsunfähigen. — Zum Ort des nächsten Weltkongresses wurde Paris bestimmt. Derselbe sollte spätestens in zwei Jahren stattfinden.

Ein internationaler Kongress fand aber 1883 nicht statt, sondern nur eine Konferenz, an der ausser der französischen Arbeiterpartei, den Possibilisten, die englischen Trades-Unions, die italienische und spanische Arbeiterpartei teilnahmen. Die Gegenstände der Beratung waren:

1. Internationale Fabrikgesetzgebung;
2. Regelung der Arbeit ausländischer Arbeiter;
3. Mittel, die Gesetze zu beseitigen, die in den verschiedenen Ländern einer ununterbrochenen Verständigung der Arbeiter im Wege stehen.

War es auffällig, dass die bedeutendste socialistische Partei, die deutsche, nicht vertreten war, so lag der Grund für dieses Fehlen in der Feindschaft, die von P. Brousse gegen die Partei genährt wird. Eine Folge ihres Fehlers war auch, dass die englischen Trades-Unions, deren Vertreter Broadhurst, ein liberaler Arbeitervertreter, war, die Verhandlungen durchaus beherrschten, die nichtssagendsten Beschlüsse durchsetzten und die Konferenz in der That mit einer „moralischen Niederlage des Socialismus" endigte.

Von grösserer Bedeutung wurde die zweite internationale Arbeiterkonferenz, die vom 23.—30. August 1886 zu Paris tagte. Zu der Konferenz hatten sich Vertreter von 87 gewerkschaftlichen Verbänden eingefunden; politische Gruppen in Frankreich waren von der Teilnahme ausgeschlossen. Die englischen Trades-Unions, die allein eingeladen worden waren, hatten sieben Delegierte geschickt; ferner waren vertreten die belgische Arbeiterpartei (drei Delegierte), Schweden und Norwegen, Oesterreich, Ungarn, Australien, der Londoner kommunistische Arbeiterbildungsverein (Rackow), Deutschland (Delegierter Grimpe). Die Konferenz fand statt im Anschluss an die „Erste internationale Arbeiterausstellung", die von französischen Gewerkschaften ins Leben gerufen und vom Pariser Gemeinderat unterstützt worden war. Ihre Tagesordnung umfasste die folgenden Punkte:

1. Internationale Arbeitsgesetzgebung und Regelung des Normalarbeitstages.
2. Allgemeiner und gewerblicher Unterricht.
3. Nationale und internationale korporative Arbeiterverbindungen und ihre Resultate.
4. Die politische und ökonomische Lage der Arbeiter in den verschiedenen Ländern.
4. Internationale Arbeiterausstellung von 1889.

Hatte die Konferenz von 1883 vollständig im trades-unionistischen Fahrwasser geschwommen, so that diesmal der Delegierte für Deutschland, Grimpe, sein möglichstes, der Konferenz einen socialistischen Charakter aufzudrücken. In eine Darlegung der politischen und ökonomischen Verhältnisse der Arbeiter Deutschlands verflocht derselbe einen scharfen Angriff auf die englischen Trades-Unions, dessen Wirkung eine ganz bedeutende war. Er warf ihnen vor, dass ihre Führer, die wie Broadhurst

von der liberalen Partei gekauft seien, es verstanden hätten, sie vor dem „Gift des Socialismus“ zu bewahren, dass sie daher gegenüber der Arbeiterbewegung der anderen Länder konservativ geworden seien, und wenn sie den Socialismus nicht in sich aufnehmen würden, von der fortschreitenden Bewegung weggeschwemmt werden würden. In der sehr heftigen Debatte, die durch diese Worte veranlasst von den englischen Delegierten geführt wurde, gelang es diese zu dem wichtigen Zugeständnis, dass die Trades-Unions keine Gegner des Socialismus seien, und zu der Erklärung zu zwingen, dass es die Pflicht eines jeden Socialisten sei, in die Gewerkvereine einzutreten, um sie auf die Bahn des Fortschrittes zu leiten. Nach Beendigung dieses Zwischenfalls, der sich auf zwei Tage erstreckte, verhandelte der Kongress über den wichtigsten Punkt der Tagesordnung: Internationale Fabrikgesetzgebung. An der Debatte beteiligten sich im wesentlichen nur die Franzosen, Belgier und Deutschen, während die Engländer sich still verhielten. Die übrigen Punkte wurden nur wenig diskutiert. Man beschränkte sich darauf, die Berichte der Kommissionen und Resolutionen zu verlesen und zur Abstimmung zu bringen. Auch bei der Abstimmung, zunächst über Punkt 2, versuchten die Engländer ihre Sonderstellung zu wahren, indem sie sich der Abstimmung enthalten zu müssen erklärten, weil sie kein direktes Mandat dafür erhalten hätten. Erst als der Vorsitzende der Konferenz, C. de Paepe, der allgemeinen Verwunderung und Missstimmung über solches Verhalten Ausdruck gegeben hatte, äusserte Burnett im Namen der englischen Delegation ihr Einverständnis mit der Resolution und ihre Bereitwilligkeit, dieselbe der bevorstehenden Generalversammlung der Trades-Unions zur Annahme zu empfehlen. Die übrigen Nationen erklärten sich für die Resolution, deren Wortlaut folgender war:

Die Arbeiter der verschiedenen Länder sollen ihre Regierungen auffordern, Unterhandlungen aufzunehmen behufs Abschliessung internationaler Verträge und Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen.

Die Konferenz empfiehlt in erster Linie folgende Forderungen:

1. Verbot der Arbeit der Kinder unter 14 Jahren.
2. Schutzmassregeln für jugendliche Arbeiter über 14 Jahren und für Frauen.
3. Festsetzung des achtstündigen Arbeitstages bei einem Ruhetag pro Woche.
4. Verbot der Nachtarbeit, ausser in gesetzlich bestimmten Ausnahmefällen.
5. Obligatorische Einführung von Einrichtungen in den Werkstätten zum Schutze der Gesundheit.
6. Verbot gewisser Industriebranchen und gewisser Produktionsmethoden, welche für die Gesundheit der Arbeiter besonders schädlich sind.

Kongress zu Paris, 14.–20. Juli 1889.

Für 1889 wurde ein internationaler Kongress, der in Paris stattfinden sollte, von der Majorität beschlossen. Inzwischen hatte aber auch der St. Galler Parteitag (1887) der deutschen Socialdemokratie die Einberufung eines internationalen Kongresses im Jahre 1888 beschlossen. Da nun die

englischen Trades-Unions um dieselbe Zeit einen internationalen Gewerkschaftskongress nach London beriefen, war die deutsche Partei bereit, ihren eigenen Kongress fallen zu lassen unter der Bedingung, auf dem Londoner zugelassen zu werden. Der engherzige Geist des Parlamentarischen Komitees der Trades-Unions machte aber den Kongress von vorneherein zu einem Rumpfkongresse, der deutschen und österreichischen Partei die Teilnahme unmöglich. Der Kongress, dem ein Teil der englischen Trades-Unions einen antisocialistischen Charakter zu geben bemüht war, verlief resultatlos. Der einzige Beschluss, dessen wir hier gedenken müssen, ist der, welcher die Pariser Possibilisten mit der Organisation eines internationalen Kongresses im Jahre 1889 beauftragte. Während der Londoner Kongress tagte, hielten die Marxistischen Gewerkvereine Frankreichs ihren Kongress in Bordeaux ab und beschlossen gleichfalls, dass 1889 ein internationaler Kongress in Paris stattfinden solle. Bestätigt wurde dieser Beschluss zu Troyes von den dort versammelten Marxisten und Blanquisten. Um nun die Konkurrenz zweier Kongresse zu vermeiden, beriefen die deutschen Socialisten eine internationale Konferenz nach Haag (28. Februar 1889), zu der die Possibilisten ebenfalls, freilich vergebens, geladen wurden, in der Absicht, eine Versöhnung zu stande zu bringen und dann anstatt zweier einen imposanten Kongress in Paris abzuhalten. Trotzdem man dort das Mandat der Possibilisten anzunehmen sich bereit erklärte und nur forderte, dass die Berufung zum Kongress von allen socialistischen Parteien ausgehen und dieser souverän in der Prüfung der Mandate und in der Festsetzung der Tagesordnung sein sollte, kam es zu keiner Einigung. So wurden denn die nichtpossibilistischen socialistischen Organisationen zu Paris mit der Vorbereitung und Einberufung des Kongresses betraut. Aus allen Ländern der Welt folgten die Socialisten einem Aufrufe, der von den deutschen, österreichischen, belgischen, englischen, französischen, holländischen, italienischen, polnischen, portugiesischen, spanischen, russischen und schweizerischen Socialisten unterzeichnet war. 395 Deputierte, welche die Länder: Frankreich (221), Deutschland (81), England (22), Belgien (14), Oesterreich (10), Ungarn (3), Niederlande (4), Russland (6), Schweden (2), Norwegen (3), Dänemark (3), Schweiz (6), Polen (5), Spanien (2), Rumänien (5), Amerika (5), Böhmen (1), Bulgarien (1), Argentinien (1), Finnland (1) vertraten, versammelten sich um 9 Uhr im „Salle Petrelle“ am 14. Juli. Trotz allen Entgegenkommens seitens der Marxisten gelang es nicht, eine Verschmelzung der beiden Kongresse herbeizuführen. Der Possibilistenkongress, der am 15. Juli zusammengetreten war und 606 Delegierte (524 französische, 82 fremde) vereinigte, lehnte jede Konzession ab. So tagten die beiden Kongresse denn feindlich nebeneinander. Der wichtigere von beiden war entschieden der Marxistische, dessen Verhandlungen wir uns jetzt zuwenden. Die Tage vom 17.—19. Juli wurden mit der Verlesung der Berichte über die Entwicklung des Socialismus angefüllt. Es berichteten: Bebel Deutschland; Lawroff, Plechanoff Russland; Guesde Frankreich; Morris, Keir Hardir England; Adler Oesterreich; Volders Belgien; Hybès tschechische Bewegung; Jankowska Polen; Brandt deutsche Schweiz; Houet romanische Schweiz; Bushe, Kirchner Nordamerika; Many

Rumänien; Ihrlinger Ungarn; Nieuwenhuis Holland; Petersen, Christensen Dänemark; Jeppesen Norwegen; Palmgreen Schweden; Merlino Italien; Iglesias Spanien; ausserdem wurde noch eine ganze Anzahl von Specialberichten geliefert. Der Hauptgegenstand der Beratungen war aber die internationale Schutzgesetzgebung der Arbeiter. Es gelangte folgende äusserst wichtige Resolution zur Annahme, die wir in ihrer ganzen Ausdehnung folgen lassen:

Der Internationale Arbeiter-Kongress von Paris:

In der Ueberzeugung, dass die Emancipation der Arbeit und der Menschheit nur ausgehen kann von dem als Klasse und international organisierten Proletariat, welches sich die politische Macht erringt, um die Expropriation des Kapitalismus und die gesellschaftliche Besitzergreifung der Produktionsmittel ins Werk zu setzen:

In Erwägung:

Dass die kapitalistische Produktionsweise in ihrer rapiden Entwicklung nach und nach alle Länder mit moderner Kultur umfasst;

dass diese Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise die steigende Ausbeutung der Arbeiter bedeutet;

dass die immer intensiver werdende Ausbeutung die politische Unterdrückung, ökonomische Unterjochung und physische wie moralische Degeneration der Arbeiterklasse verursacht;

dass es infolgedessen die Pflicht der Arbeiter aller Länder ist, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln eine sociale Organisation zu bekämpfen, welche sie erdrückt und überhaupt jede freie Entwicklung der Menschheit bedroht, dass es sich jedoch vor allen Dingen darum handelt, den zerstörenden Wirkungen der gegenwärtigen ökonomischen Ordnung einigen Widerstand entgegenzusetzen,

beschliesst der Kongress:

Eine wirksame Arbeiterschutz-Gesetzgebung ist in allen Ländern, welche von der kapitalistischen Produktionsweise beherrscht werden, absolut notwendig.

Als Grundlage für diese Gesetzgebung fordert der Kongress:

a) Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Arbeitstages;

b) Verbot der Arbeit der Kinder unter 14 Jahren und Herabsetzung des Arbeitstages auf 6 Stunden für beide Geschlechter.

c) Verbot der Nachtarbeit, ausser für bestimmte Industriezweige, deren Natur einen ununterbrochenen Betrieb erfordert.

d) Verbot der Frauenarbeit in allen Industriezweigen, deren Betriebsweise besonders schädlich auf den Organismus der Frauen einwirkt.

e) Verbot der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter unter [illegible]

f) [illegible] Ruhepause von [illegible] 36 Stunden in der Woche für [illegible]

g) [illegible] Industriezweige und Fabrikationssysteme, deren Gesundheits- [illegible]

[illegible]

i) Verbot der Lohnzahlung in Lebensmitteln, sowie der Unternehmer-Kramladen (Kantinen u. s. w.);
k) Verbot der Zwischenunternehmer (Schwitzsystem);
l) Verbot der privaten Arbeits-Nachweise-Bureaux;
m) Ueberwachung aller Werkstätten und industriellen Etablissements mit Einschluss der Hausindustrie, durch vom Staat besoldete und mindestens zur Hälfte von den Arbeitern gewählte Fabrikinspektoren.

Der Kongress erklärt, dass alle diese zur Gesundung der socialen Verhältnisse notwendigen Massregeln zum Gegenstand internationaler Gesetze und Verträge zu machen sind, und fordert die Proletarier aller Länder auf, in diesem Sinne auf ihre Regierungen einzuwirken. Sind solche Gesetze und Verträge erwirkt, so soll, um sie gründlicher durchzuführen, ihre Anwendung und Vollstreckung überwacht werden.

Der Kongress erklärt weiter, dass es die Pflicht der Arbeiter ist, Arbeiterinnen als gleichberechtigt in ihre Reihen aufzunehmen, und fordert principiell: gleiche Löhne für gleiche Arbeit für die Arbeiter beider Geschlechter und ohne Unterschied der Nationalität.

Um die vollständige Emancipation des Proletariats zu erreichen, hält es der Kongress für durchaus notwendig, dass die Arbeiter überall sich organisieren und fordert infolgedessen das uneingeschränkte, vollkommen freie Vereins- und Koalitionsrecht.

Da in diesem Jahre die Schweiz die Einberufung einer Internationalen Arbeiterschutz-Konferenz (s. d.) nach Bern hatte ergehen lassen, so forderte der Kongress alle Arbeiterorganisationen und socialistischen Parteien auf, ihre Regierungen zur Beschickung der Konferenz zu veranlassen. Man beauftragte die Schweizer Delegierten, sich im Namen des Kongresses mit der diplomatischen Konferenz in Verbindung zu setzen und zu diesem Zwecke eine Kommission von fünf Mitgliedern zu ernennen. Diese Kommission sollte der Berner Konferenz die Grundsätze, welche von den organisierten Arbeitern und socialistischen Parteien Europas und Amerikas als unumgänglich notwendig für eine Arbeiterschutzgesetzgebung festgestellt worden sind, mitteilen und ausserdem ein Organ „Der Achtstunden-Arbeitstag“ in drei Sprachen herausgeben. Zwecks Erreichung eines Normalarbeitstages (s. d.) von acht Stunden wurde beschlossen, am 1. Mai 1890 eine internationale Kundgebung zu veranstalten. Damit war der Arbeiterschutz erledigt und beschäftigte sich der Kongress noch mit der Frage der stehenden Heere. Er sah in ihnen nur den Ausdruck militärischer, monarchischer oder oligarchischer und kapitalistischer Herrschaft und ein Werkzeug reaktionärer Staatsstreiche und socialer Unterdrückung. Sie sind durch ihre Existenz selbst eine beständige Friedensgefahr, die Ursache aller Angriffskriege. Unfähig, wie die Geschichte beweist, ein Land gegen die Uebermacht einer Koalition zu verteidigen, geben sie das waffenlose Land der Gnade des Siegers preis. Anstatt also den Zweck, den es haben sollte, nämlich das Land zu verteidigen, zu erfüllen, desorganisiert das stehende Heer das ganze bürgerliche Leben einer Nation. Es kaserniert die Blüte der Jugend gerade in der Periode der Lehr- oder Studienzeit, der grössten Arbeitskraft und Thätigkeit für eine Reihe von Jahren ein,

um sie demoralisiert zu entlassen. Bewirkt es so den geistigen und moralischen Ruin einer Nation, so ihren finanziellen durch die unaufhörlich wachsenden Steuern und Anleihen, die es zum Zweck seiner Unterhaltnng notwendig macht. Aus diesen Gründen forderte der Kongress die Abschaffung der stehenden Heere und die allgemeine Volksbewaffnung nach folgenden Grundsätzen: Die National-Armee, die bewaffnete Nation, besteht aus allen kriegstüchtigen Bürgern; sie werden in Bezirken organisiert, in der Weise, dass jede Stadt, jeder Kreis, jeder Bezirk sein Bataillon oder mehrere — je nach der Bevölkerungszahl — hat, gebildet von Bürgern, welche sich kennen, und welche, wenn es sein muss, in 24 Stunden versammelt, bewaffnet und marschbereit sind. Jeder hat sein Gewehr und seine Ausrüstung im Hause, wie in der Schweiz, um die öffentlichen Freiheiten und die nationale Sicherheit zu verteidigen. Der Krieg selbst aber, so schliesst die Resolution des Kongresses, wird erst dann verschwinden, wenn die kapitalistische Produktionsweise der Emancipation der Arbeit und dem internationalen Triumph des Socialismus Platz gemacht hat. — Nach Erledigung der Tagesordnung schloss der Präsident Deville am 20. Juli Abends 8½ Uhr den Kongress. Von deutscher Seite ertönte der Ruf: Hoch die Socialdemokratie! Hoch die Internationale Socialdemokratie! den von den Franzosen mit dem Ruf: Vive la République sociale! Vive la Révolution sociale! erwidert wurde. Am folgenden Morgen versammelten sich die Delegierten auf dem Père Lachaise, um auf dem Grabe der in den letzten Tagen des Kampfes 1871 gefallenen Communarden Kränze niederzulegen. Man feierte das Andenken dieser „Märtyrer des Proletariats" in glühenden Reden, die alle das Thema variierten: „Die Commune ist tot, es lebe die Commune!" Die deutschen Delegierten bekränzten auch noch die Gräber L. Börnes und Heinrich Heines auf dem Montmartre. Am Abend desselben Tages wurde in der Rue St-Mandé ein grosses Verbrüderungsbankett abgehalten, auf dem Vaillant und Liebknecht die „Neue Internationale" und die „Verbrüderung der Völker durch den Socialismus und die Vereinigten Staaten der Welt" feierten. Die Feier krönte die wilde Carmagnole. So endeten die Pariser Tage!

Es erübrigt uns noch, in Kürze des Possibilisten-Kongresses zu gedenken. Auch hier bildete der Arbeiterschutz den Hauptgegenstand der Verhandlungen. Ausser denselben Forderungen, wie der Marxisten-Kongress, verlangten die Possibilisten: die sogenannte Education intégrale (s. Erziehung), die civil- und kriminalgerichtliche Verantwortlichkeit der Unternehmer bei Unfällen; die Gründung von Werkstätten für die Arbeiter mit der Subvention des Staates und der Municipalitäten; Festsetzung eines Lohnminimums in jeder Gegend in Uebereinstimmung mit den vernünftigerweise notwendigen Kosten des Unterhalts; Abschaffung aller Gesetze gegen eine internationale Organisation der Arbeiter.

Ausserdem beschäftigte sich der Kongress mit der Reorganisation der Internationalen. Zu diesem Zwecke wurde ein Korrespondenzbureau gebildet und der socialistischen Arbeiterpartei Belgiens bis zum nächsten *Kongress*, der 1891 in Brüssel stattfinden sollte, überwiesen.

Kongress zu Brüssel, 16.—23. August 1891.

Der zweite internationale Kongress der Socialisten fand vom 15. August 1891 an zu Brüssel statt und dauerte bis zum 22. d. Mts. Es hatten sich circa 350 Delegierte aus aller Herren Länder eingefunden; am stärksten war Belgien mit circa 150 Delegierten vertreten. Die Eröffnungssitzung fand im „Maison du peuple", einer Gründung der belgischen Partei, statt. Da aber der grösste Saal des Volkshauses nicht ausreichte, musste der Kongress in einen andern grössern übersiedeln. J. Volders, der Sekretär des Kongresses, machte in seiner Rede darauf aufmerksam, dass in Brüssel zum ersten Male alle Richtungen des Socialismus mit den Trade-Unions brüderlich vereint sich zusammengefunden hätten, während vor zwei Jahren in Paris zwei Kongresse gleichzeitig nebeneinander tagten. Die Berichte über die Entwicklung der Socialdemokratie in den einzelnen Ländern wurden nicht mündlich gegeben, sondern gedruckt an die Delegierten verteilt. Die Tagesordnung des Kongresses war eine sehr umfangreiche.

Tages-Ordnung:

1. Stand der Arbeiterschutzgesetzgebung in nationaler und internationaler Hinsicht und die für ihre Ausdehnung nnd wirksame Gestaltung anzuwendenden Mittel.
2. Das Koalitionsrecht, die Mittel zu seiner Sicherung, Ausstände, Boykott und gewerkschaftliche Bewegung vom internationalen Standpunkte aus.
3. Stellung und Pflichten der Arbeiterklasse dem Militarismus gegenüber.
4. Stellungnahme der Arbeiter-Organisationen aller Länder zur Judenfrage (Amerikanischer Verband der Arbeiter-Vereinigungen jüdischer Zunge).
5. Die Verwendung des Parlamentarismus und des allgemeinen Stimmrechts zu Gunsten der socialistischen Arbeitersache; die Taktik, welche einzuschlagen ist, um die Befreiung der Arbeiter zu erreichen; und die Mittel, welche angewendet werden müssen, um sie zu verwirklichen. (Holland.)
6. Bündnis der socialistischen Arbeiter mit den bürgerlichen Parteien.
7. Abschaffung der Stück- und Akkordarbeit.
8. Internationale Feier des 1. Mai, gewidmet dem Achtstundentag, der Regelung der Arbeit und der Bekräftigung des allgemeinen Wunsches der Arbeiter nach Erhaltung des Friedens unter den Nationen.
9. Annahme einer allgemeinen einheitlichen Bezeichnung, um den Zusammenschluss aller Arbeiterparteien der Welt zu bezeichnen. (Das revolutionäre Central-Komitee zu Paris schlägt vor: „Internationale Socialisten-Partei"; die belgische Arbeiterpartei dagegen: „Internationale socialistische Arbeiterpartei".)
10. Wirksame und praktische Organisation a) der internationalen Arbeiter-Korrespondenz; b) der allgemeinen Arbeiter-Statistik; c) einer internationalen Verständigung unter den Arbeitern aller Gewerke durch Ernennung eines Syndikats-(Gewerkschafts-)Ausschusses für jede Nation

und eines internationalen Syndikats-Komitees; d) der regelmässigen Mitteilung von Nachrichten und Berichten vermittelst eines jährlich in allen Sprachen erscheinenden socialistischen Jahrbuches und Kalenders; e) der socialistischen Propaganda und Agitation in allen Ländern.

11. Antrag und Vorschlag betreffs Abhaltung eines internationalen Kongresses in Chicago im Jahre 1893. Festsetzung der Zeit des nächsten internationalen socialistischen Kongresses.

Erst am 18. August trat der Kongress in die Tagesordnung ein, nachdem er die beiden ersten Tage völlig mit der Erörterung von Formalitäten und Debatten über die Zulassung der Anarchisten ausgefüllt hatte. Rücksichtlich der letzten Frage entschied der Kongress, dass die Anerkennung des politischen Kampfes neben dem ökonomischen die notwendige Bedingung für die Teilnahme an seinen Verhandlungen sei. Damit war also der Ausschluss der Anarchisten entschieden und von vorneherein die scharfe Scheidung des Kongresses von dem Anarchismus vorgenommen.

Am dritten Sitzungstage wurde dann die Debatte über den ersten Punkt der Tagesordnung: Arbeiterschutzgesetzgebung begonnen. Von allen Rednern wurde hervorgehoben, dass zwar die Einberufung der Berliner Konferenz als ein moralischer Sieg des Socialismus zu betrachten sei, dass aber trotzdem in den meisten Ländern nichts oder nur unbedeutendes für den Arbeiterschutz geleistet worden sei. Diese Thatsache habe wiederum bewiesen, dass die Arbeiter nur durch eigene Kraft sich Reformen erringen werden, und die unermüdliche Propaganda und Eroberung der politischen Macht durch Entsendung von Socialisten in die gesetzgebenden Körperschaften als notwendig gezeigt. Von deutscher und österreichischer Seite wurde vor einer Ueberschätzung der Arbeiterschutzgesetzgebung gewarnt. Die Hauptaufgabe der Socialdemokratie sei nicht die Erringung von Arbeiterschutzgesetzen, sondern die Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaft. Nur insoweit die Arbeiter durch die Verbesserung ihrer ökonomischen Lage, auf welche die Schutzgesetze abzielen, gestärkt und besser zum Kampfe gerüstet werden, hat die Socialdemokratie für solche Gesetze einzutreten. Die Betonung des Klassenkampfes, wie er auch in der betreffenden Resolution des Pariser Kongresses ausgesprochen, wurde daher von dieser Seite auf das nachdrücklichste verlangt. Da der Sprecher der englischen Trades-Unions Bedenken gegen eine solche radikale Fassung erhob, wurden alle Anträge an die betreffende Kommission zurückverwiesen, die sich schliesslich auf die folgende, dann auch vom Kongress einstimmig angenommene Resolution einigte:

Der Kongress, welcher sich auf den Boden des Klassenkampfes stellt und überzeugt ist, dass die Befreiung der Arbeiterklasse ohne Aufhebung der Klassenherrschaft nicht möglich ist, erklärt:

Die seit den internationalen Kongressen zu Paris im Jahr 1889 in den einzelnen Ländern erlassenen Arbeiterschutzgesetze und Verordnungen entsprechen in keiner Weise den berechtigten Anforderungen der Arbeiterklasse.

Insbesondere haben die Verhandlungen der internationalen Arbeiter-*Konferenz zu Berlin,* deren Einberufung zugestandenermassen unter dem

Druck der Pariser Kongresse stattfand und insofern als eine Konzession an die wachsende Macht der Arbeiterklasse zu betrachten ist, bewiesen, dass die Regierungen die notwendigen Reformen nicht wollen.

Dagegen haben die Verhandlungen der Arbeiterschutz-Konferenz zu Berlin verschiedenen der beteiligten Regierungen den Vorwand geliefert, unter Hinweis auf jene Beschlüsse und auf die Mangelhaftigkeit der Arbeiterschutz-Gesetzgebung in anderen konkurrierenden Ländern von jeder Arbeiterschutz-Gesetzgebung abzusehen, ein Verfahren, welches unlauteren Absichten entspringt und das daher auf das Entschiedenste verurteilt werden muss.

Desgleichen konstatiert der Kongress, dass die bestehende, an und für sich mangelhafte Arbeiterschutz-Gesetzgebung ungenügend gehandhabt und kontrolliert wird.

Der Kongress fordert daher die Arbeiterklasse aller Länder auf, durch eine energische Agitation und mit allen der Arbeiterklasse der einzelnen Länder zweckmässig erscheinenden Mitteln für die Beschlüsse des Pariser Kongresses, auch wenn diese Agitation zunächst keinen anderen Erfolg hat, als der Arbeiterklasse der einzelnen Länder zu beweisen, dass die herrschenden und ausbeutenden Klassen jeder wirksamen Arbeiterschutz-Gesetzgebung feindselig gegenüberstehen.

Im weiteren fordert der Kongress:

In Anbetracht der Notwendigkeit einer einheitlichen Leitung der internationalen socialistischen Arbeiterbewegung, insbesondere mit Rücksicht auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die Arbeiterorganisationen und Parteien auf:

1. In jedem Lande eine permanente Enquête über die Arbeitsbedingungen und Lage der Arbeiterklasse zu organisieren.

2. Sich gegenseitig diejenigen Mitteilungen zu machen, welche notwendig sind, um die Arbeiterschutz-Gesetzgebung einheitlich zu gestalten.

Endlich empfiehlt der Kongress den Arbeitern der ganzen Erde, ihre Kräfte zu einigen gegen die Herrschaft der kapitalistischen Parteien und überall da, wo sie im Besitze der politischen Rechte sind, dieselben zu benutzen, um sich von der Lohnsklaverei zu befreien."

Betreffs Punkt 4, Stellung zur Judenfrage, nahm der Kongress eine Resolution an, die sich gegen den Antisemitismus erklärte, und ging über ihn zur Tagesordnung über. Volders - Belgien führte dazu aus, dass es auf einem socialistischen Kongress überflüssig sei, über den Rassenkrieg zu diskutieren. Die Judenfrage sei nur erfunden worden, um den Socialismus zu hemmen, wie sie auch von christlichen Kapitalisten, die nicht so geschickt wie die jüdischen seien, hervorgerufen worden sei. Von Argyriades wurde noch darauf aufmerksam gemacht, dass es auch philosemitische Hetzereien gäbe, gegen die die Socialdemokratie konsequenterweise auch auftreten müsse. Es kam dann zur Annahme der Resolution des Bureaus:

„In Erwägung, dass in den Principien und Programmen der socialistischen und Arbeiter-Parteien aller Länder von jeher klar ausgesprochen

ist, dass sie keinen Gegensatz und keinen Kampf der Nationen oder Rassen anerkennen, sondern den Klassenkampf des Proletariats aller Länder und Rassen gegen die Kapitalistenklasse aller Länder und Rassen führen, und dass es für die Proletarier jüdischer Rasse und Zunge kein anderes Mittel der Emancipation gibt als den Anschluss an die Arbeiterorganisationen der betreffenden Länder, —

hält der Kongress unter Verurteilung der anti- wie philosemitischen Hetzereien, welche nur ein Manöver der Kapitalistenklasse und der politischen Reaktion sind, zu dem Zweck, die Arbeiter zu spalten und die socialistische Bewegung von ihrem Ziele abzulenken, eine Erörterung des von den amerikanischen Genossen jüdischer Zunge beantragten Punktes 4 der vorgeschlagenen Tagesordnung für überflüssig und geht zur Tagesordnung über."

Alsdann trat der Kongress in die Behandlung der Punkte 2 und 10, die miteinander vereinigt wurden. Das Wichtige in diesen Absätzen ist, wie der Berichterstatter der Vorbereitungskommission, Groussier-Frankreich, ausführte, die Aufforderung zur Organisation von Gewerkvereinen. Da auf diesen in der Zukunft der socialistische Staat ruhen muss, so ist den Gewerkvereinen von vorneherein eine solche Gestalt zu geben, dass sie diesem Zwecke sofort genügen können. Die Kommission hat sich daher für ihre internationale Organisation ausgesprochen. An der Spitze des Gewerkvereinswesens jedes Landes steht ein Schriftführeramt, durch welches die einzelnen Nationen zur Wahrung ihrer Interessen in eine förmliche internationale Verbindung treten. Gegen dieses Projekt wurde von den Deutschen, denen sich die Vertreter Oesterreichs, Rumäniens, Hollands und der Schweiz anschlossen, Einspruch erhoben, da ihnen jede internationale Organisation durch die Landesgesetzgebung unmöglich gemacht sei. Man einigte sich schliesslich über die folgende Resolution:

Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klassen, die politischen Rechte und die wirtschaftliche Lage des Arbeiters immer tiefer herabzudrücken, sind Ausstände und Boykotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse, einmal um die auf ihre materielle und politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen, dann aber auch, um ihre sociale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.

Da aber Strikes und Boykotts zweischneidige Waffen sind, die, am unrechten Orte oder zur unrechten Zeit angewandt, die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen als fördern können, empfiehlt der Kongress den Arbeitern sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen. Insbesondere betrachtet es der Kongress als zwingende Notwendigkeit, dass die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisiere, um sowohl durch die Wucht der Zahl, wie auch durch die materiellen Mittel die beabsichtigten Zwecke erreichen zu können.

Von diesen Auffassungen ausgehend, empfiehlt der Kongress allen *Arbeitern kräftige* Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisation;

zugleich erhebt der Kongress Protest gegen alle Versuche der Regierungen und der Unternehmerklasse, das Recht der Vereinigung der Arbeiter irgendwie zu beschränken. Zur Sicherung des Koalitionsrechtes verlangt der Kongress Beseitigung aller Gesetze, welche geeignet sind, dem Koalitionsrecht irgendwelche Schranken zu ziehen, desgleichen Bestrafung aller derjenigen, welche die Arbeiter in der Ausübung dieses Rechtes verhindern.

Und da, wie wünschenswert auch eine Centralorganisation der Kräfte der internationalen Arbeiterschaft wäre, diese im Augenblick an Schwierigkeiten aller Art scheitert, so beschliesst der Kongress, der Solidarität der Arbeiter in den verschiedenen Ländern ein gemeinsames Mittel an die Hand zu geben;

indem in jedem Lande, wo dies möglich ist, die Errichtung nationaler Arbeitssekretariate empfohlen wird, damit, sobald von irgendwelcher Seite sich ein Konflikt zwischen Kapital und Arbeit entwickelt, die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten davon benachrichtigt werden können, um ihre Massnahmen zu treffen.“

Sehr dramatisch und scharf spitzten sich die Verhandlungen betreffs des Militarismus zu, in denen unserer Ansicht nach der Kongress wohl seinen Höhepunkt erreichte. In den Kommissionssitzungen hatte im grossen und ganzen Einstimmigkeit geherrscht; um so überraschender war daher der Zwischenfall Liebknecht-Nieuwenhuis. Die von Liebknecht und Vaillant als Referenten vorgeschlagene Resolution lautete:

„In Erwägung, dass der Militarismus, welcher auf Europa lastet, das notwendige Resultat des permanenten — offenen und latenten — Kriegszustandes ist, welcher durch das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und den dadurch erzeugten Klassenkampf der Gesellschaft auferlegt wird,

erklärt der Kongress, dass alle die ökonomischen Ursachen des Uebels nicht treffenden Bestrebungen auf Beseitigung des Militarismus und auf Herbeiführung des Friedens unter den Völkern ohnmächtig sind, so edel die Beweggründe sein mögen;

dass allein die Schaffung der socialistischen Gesellschaftsordnung, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, dem Militarismus ein Ende machen und den Frieden unter den Völkern herbeiführen kann;

dass demzufolge alle, welche dem Krieg ein Ende machen wollen, die Pflicht haben, sich der internationalen Socialdemokratie als der einzigen wirklichen und grundsätzlichen Friedenspartei anzuschliessen.

Angesichts der immer drohender werdenden Lage Europas und der chauvinistischen Hetzereien der herrschenden Klassen fordert der Kongress die Arbeiter aller Länder auf, gegen alle Kriegsgelüste und denselben dienende Bündnisse unablässig und energisch zu protestieren und zu wirken, und durch Vollendung der internationalen Organisation des Proletariats den Triumph des Socialismus zu beschleunigen.

Der Kongress erklärt, dass dies das einzige Mittel ist, die furchtbare

Katastrophe eines Weltkrieges abzuwenden, dessen unabsehbar verhängnisvolle Folgen die Arbeiterklasse in erster Linie zu tragen hätte;

und dass die Verantwortung für eine solche Katastrophe vor der Menschheit und vor der Geschichte allein den herrschenden Klassen zufällt."

Wir schliessen sofort die gegnerische Resolution an:

„Der Kongress,

in Erwägung, dass die nationalen Verschiedenheiten niemals dem Interesse des Proletariats, sondern dem Interesse seiner Unterdrücker entsprechen;

in Erwägung, dass alle modernen Kriege, ausschliesslich hervorgerufen durch die Kapitalistenklasse in ihrem Interesse, ein Mittel in ihren Händen sind, um die Kraft der revolutionären Bewegung abzulenken und die Herrschaft der Bourgeoisie zu befestigen durch die Befestigung der schändlichsten Ausbeutung;

in Erwägung, dass keine einzige Regierung sich entschuldigen kann, dass sie provoziert sei, weil der Krieg das Ergebnis des internationalen Willens des Kapitalismus ist;

beschliesst der internationale socialistische Kongress zu Brüssel, dass die Socialisten aller Länder eine etwaige Kriegserklärung beantworten werden mit einem Aufruf des Volkes zur allgemeinen Arbeitseinstellung."

Nachdem Liebknecht und Vaillant ihre Resolution in Vorschlag gebracht hatten, erhob sich plötzlich Nieuwenhuis-Holland und kritisierte dieselbe aufs schärfste. ·Wenn man in diesem Phrasengesammel die Worte socialistisch durch christlich ersetzte, so könnte sie ebenso gut vom Papst wie von der Heilsarmee vorgeschlagen worden sein. Es genüge nicht, den Krieg zu verurteilen, sondern man müsse auch angeben, was im Kriegsfall zu thun sei, und da wäre seiner Ansicht nach das beste Mittel der Abwehr der allgemeine Ausstand, die Weigerung, die Waffen in die Hand zu nehmen. Nicht wenig gereizt erwiderte Liebknecht: „Wenn Phrasen sprechen heisst, etwas behaupten, was man nicht halten kann, so war die ganze Rede Nieuwenhuis' eine Phrase, und ebenso der von ihm empfohlene Weltausstand und Revolution. Wer wirklich revolutionär ist, der sagt es nicht. Die Revolution ist eine Sache, mit der man nicht prahlt; bei der man handelt, aber nicht spricht. Man solle die Phrasen beiseite lassen. Lasst uns die Macht erlangen; dann werden wir auch wissen, wie wir sie gebrauchen werden." Ein Teil der englischen Delegierten liess erklären, dass sie auf dem Boden der Nieuwenhuisschen Resolution stehen. Die Verhandlungen nehmen von jetzt ab einen sehr stürmischen Charakter an. Besonders ist es ein Engländer, der mit einer mächtigen Stentorstimme fortgesetzt die Verhandlungen stört. Unter furchtbarem Lärm gelingt es ihm endlich zu Worte zu kommen. Vom beschränktesten Arbeiterstandpunkt aus greift er die anwesenden „middle class-men" an, wünscht, dass sie ihre Streitigkeiten an einer anderen Stelle ausfechten, und hofft, dass auf dem nächsten Kongress nur noch echte Arbeiter (genuine workmen) anwesend seien. Nach langem Kampf gelingt es endlich, den Engländer, der sich wie rasend geberdet, von der Rednerbühne zu schaffen und dem Präsidenten die Abstimmung

zu ermöglichen. Für den Antrag Nieuwenhuis ist die Mehrzahl der Engländer, Franzosen und Holländer; alle übrigen Nationen stimmen dagegen. Sodann wird die Resolution der Kommission mit überwältigender Majorität angenommen.

Damit ist der Höhepunkt der Verhandlungen erreicht; die übrigen Punkte der Tagesordnung werden, wie Punkt 7, die Stückarbeit betreffend, schnell erledigt, oder von der Tagesordnung abgesetzt, wie Punkt 5 und 6. Hinsichtlich der Maifeier wurde eine Resolution angenommen (siehe Maifeier). Zum Ort des 1893 abzuhaltenden Kongresses wird die Schweiz ernannt.

Mit dem Rufe „Vive le socialisme international! Vive l'Internationale!“ endete der zweite Kongress des socialistischen Proletariats.

Der Brüsseler Kongress war ein vollständiger Sieg des Marxistischen Socialismus, dessen Führer die Verhandlungen beherrschten. Im Eingange der ersten Resolution betreffend Arbeiterschutz sprach der Kongress aus, dass er auf dem Boden des Klassenkampfes stände, und im Schluss forderte er die Arbeiter auf, ihre Kräfte zu vereinigen, um den Widerstand der kapitalistischen Parteien zu überwinden und sich die politischen Rechte zur Erringung der politischen Macht zu erkämpfen. Damit sind zwei Hauptpunkte des Marxistischen Programmes angenommen und die Stellung des Kongresses sowohl zum Possibilismus wie Anarchismus bestimmt.

Kongress zu Zürich vom 6.—12. August 1893.

Vom Brüsseler Kongress war als Kongressort für 1893 Zürich bestimmt worden. Die Vorbereitungen lagen in den Händen der drei grössten Arbeiterverbände der Schweiz: der socialdemokratischen Partei, des Grütlivereins und des Gewerkschaftsbundes. Ein Organisationskomitee wurde von diesen eingesetzt, das die Einladungen erliess. Eine Zeit lang schien es, als ob die englische Arbeiterschaft nicht auf dem Kongress vertreten sein sollte. Der Glasgower Kongress der englischen Trades-Unions 1892 beauftragte nämlich sein parlamentarisches Komitee, trotzdem er bereits die Einladung zum Zürcher Kongress erhalten hatte, baldigst einen internationalen Kongress zur Beratung der Frage des Achtstundentages nach London einzuberufen, und es bedurfte erst einer Reihe von Cirkularen, bis das parlamentarische Komitee seine Einladung zurücknahm und sich mit einem Missverständnis entschuldigte. Da bis Mitte Februar 1893 eine grössere Anzahl von Anträgen eingegangen war und eine Verständigung über die Tagesordnung sowie über die Aufstellung von Vorlagen für die Zulassbestimmungen notwendig erschien, wurde eine Vorkonferenz auf den 26. März 1893 nach Brüssel eingeladen. Dieselbe knüpfte die Zulassung an die folgenden Bedingungen:

1. Zugelassen zum Kongress werden alle Arbeitergewerkschaften; ferner die socialistischen Parteien und Vereine, die die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation und der politischen Aktion anerkennen.

2. Jede Nationalität prüft die Mandate ihrer Angehörigen, sie fertigt ein Verzeichnis der anerkannten, sowie der allfällig beanstandeten Delegierten an und übergibt es samt den Mandaten dem Bureau des Organisationskomitees zur Drucklegung und nachheriger Abgabe an das Bureau des Kongresses.

3. In Streitfällen über die Zulassung entscheidet zuerst das Bureau des Kongresses und, wenn dessen Entscheid angefochten wird, der Kongress.

4. Die anerkannten Delegierten erhalten vom Organisationskomitee Karten auf ihren Namen.

Man hatte geglaubt, durch die Aufnahme der politischen Aktion als Bedingung für den Zutritt die Anarchisten von vorneherein ausgeschlossen und so eine Wiederholung der unliebsamen Störungen auf dem Brüsseler Kongress unmöglich gemacht zu haben. Dass der Ausdruck „politische Aktion“ aber zu diesem Zwecke ein zu weiter war, sollte sich in den ersten Sitzungen des Kongresses selbst herausstellen.

Der Kongress war sehr stark besucht; nicht weniger als 440 Delegierte hatten sich versammelt, die sich in folgender Weise auf die verschiedenen Länder verteilten: Australien 1, Belgien 17, Brasilien 2, Bulgarien 2, Dänemark 2, Deutschland 98, Frankreich 41, Grossbritannien und Irland 65, Holland 6, Italien 22, Norwegen 1, Oesterreich 34, Ungarn 10, Polen 10, Rumänien 5, Russland 1, Schweiz 117, Serbien 1, Spanien 2, Vereinigte Staaten von Nordamerika 3.

Eröffnet wurde der Kongress in dem grossen Tonhallesaal in Zürich von Karl Bürkli, einem der Veteranen des europäischen Socialismus, der einen Vergleich zwischen den Kongressen der alten Internationale und denen der Neuzeit zog. Nach langer Debatte nahm dann der Kongress die vorgelegte Geschäftsordnung an und trat in der folgenden Sitzung in die Beratung über die von der Brüsseler Konferenz gefassten Beschlüsse ein. Wie auch auf dem Brüsseler Kongress von 1891, versuchten die Anarchisten in den Kongress einzudringen, um die Verhandlungen desselben womöglich resultatlos zu machen. Indem sie sich auf den Ausdruck „politische Aktion“, an die die Brüsseler Konferenz den Zutritt als Bedingung geknüpft hatte, stützten, führten sie aus, dass die von ihnen gemäss ihrer Taktik der Propaganda der That ausgeführten Handlungen doch entschieden politische Aktion seien, und zogen als Illustration die Tötung Alexanders II. an, die doch jeder als eine politische Aktion bezeichnen müsse. Die Debatte hatte gezeigt, dass der Ausdruck „politische Aktion“ verschiedener Deutung fähig sei, und um die von der Brüsseler Konferenz beabsichtigte festzustellen, beantragte Bebel als Erklärung hinzuzufügen:

„Unter politischer Aktion ist zu verstehen, dass die Arbeiterparteien die politischen Rechte und die Gesetzgebungsmaschinerie benutzen oder zu erobern suchen zur Förderung der Interessen des Proletariats und zur Eroberung der politischen Macht.“

Durch diese Resolution wurden die Manöver der Anarchisten durchkreuzt, denn wenn irgend etwas den Anarchisten gemeinsam ist, so ist es eben der lächerliche Abscheu vor jeder parlamentarischen Bethätigung. Der Kongress stellte sich auf den Boden des Bebelschen Amendements und nahm die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz an. Als die Anarchisten *ihre Niederlage* erkannten, provocierten sie eine Prügelei. Nach einem

kurzen Handgemenge wurden die Rädelsführer Werner, Landauer u. a. vor die Thür gesetzt und hielten seitdem einen Separatkongress ab.

Nachdem sich der Jubel über das Resultat der Abstimmungen gelegt und die über die unwürdigen Provokationen der Anarchisten erregte Versammlung sich wieder beruhigt hatte, genehmigte der Kongress die vom Organisationskomitee vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Massregeln zur internationalen Durchführung des Achtstundentages.
2. Gemeinsame Bestimmungen über die Maifeier.
3. Die politische Taktik der Socialdemokraten:
   a) Parlamentarismus und Wahlagitation,
   b) Direkte Gesetzgebung durch das Volk.
4. Stellung der Socialdemokratie im Kriegsfalle.
5. Schutz der Arbeiterinnen.
6. Nationale und internationale Ausgestaltung der Gewerkschaften.
7. Internationale Organisation der Socialdemokraten.
8. Verschiedenes.

Auf Antrag der rumänischen bez. französischen Delegierten wurden noch die Agrarfrage und die Frage des Generalstrikes auf die Tagesordnung gesetzt.

Der folgende Tag (8. August) wurde vollständig durch die Berichterstattung der Mandatsprüfungskommission, Debatten und Abstimmungen über die beanstandeten Mandate, im wesentlichen nur anarchistische, ausgefüllt.

Erst am dritten Tage (9. August) konnte der Kongress in den ersten Punkt der Tagesordnung: Massregeln zur internationalen Durchführung des Achtstundentages, eintreten. Die mit der Ausarbeitung der Resolution beauftragte Kommission hatte den von den Schweizer Organisationen, Grütliverein, Gewerkschaftsbund, Socialdemokratische Partei, ausgearbeiteten Antrag mit dem Amendement der Engländer, das die Einberufung einer internationalen Staatenkonferenz forderte, angenommen. Die Plenardebatte brachte nichts wesentlich Neues und wurde daher der Kommissionsantrag angenommen. Er lautete:

„Der Kongress erklärt:

Der Achtstundentag ist eine der wichtigsten Vorbedingungen der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapitaljoche und die wichtigste Massregel zur Verbesserung ihrer Lage.

Durch den Achtstundentag wird die Arbeitslosigkeit geringer, die Arbeitstüchtigkeit grösser, der Lohn höher und die Kauffähigkeit des arbeitenden Volkes stärker.

Durch den Achtstundentag wird das vom Kapitalismus gestörte Familienleben gehoben und eine bessere Fürsorge für die Kinder ermöglicht.

Durch den Achtstundentag steigt die Gesundheit, Kraft, Intelligenz und Sittlichkeit des Volkes.

Durch den Achtstundentag gewinnt die Arbeiterklasse Zeit zu gewerkschaftlicher und politischer Organisation und Thätigkeit; die politischen Rechte und Freiheiten können erst dann für die sociale Befreiung des Volkes recht nutzbar und wirksam werden.

Der Kampf für den Achtstundentag muss in allen Ländern geführt werden, denn nur die internationale gesetzliche Durchführung des Achtstundentages sichert seinen Bestand und seine segensreiche Wirksamkeit.

Als Mittel zur internationalen Durchführung des Achtstundentages empfiehlt der Kongress

die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse auf nationaler und internationaler Grundlage und die Agitation und Propaganda für den Achtstundentag durch diese Organisation.

Die Agitation für den Achtstundentag soll betrieben werden durch Flugschriften, durch Vorträge, durch die socialistische Presse, durch Demonstrationen, in Versammlungen und in den politischen Körperschaften, in Parlamenten, Staats- und Gemeindebehörden aller Art. In der socialistischen Presse sind unter einer stehenden Rubrik „Achtstundentag" alle Thatsachen und Bestrebungen für denselben zu verzeichnen, und in den politischen Körperschaften sollen die Vertreter der Arbeiter von Zeit zu Zeit Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen, besonders für die von Staat und Gemeinden beschäftigten Arbeiter.

Die socialistischen Vertreter der nationalen Parlamente sollen sich über ein gemeinsames Vorgehen zur internationalen Einführung des Achtstundentages durch die Gesetzgebung verständigen und die Regierungen aller Industrieländer zu einer internationalen Konferenz veranlassen.

Die Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter hat den ausserpolitischen freien Kampf mit dem Unternehmertum für den Achtstundentag zu führen, um dadurch der gesetzlichen Einführung des Achtstundentages für die ganze Arbeiterklasse den Weg zu bereiten."

Da sowohl die Maifeier-Kommission wie die über die Taktik der Socialdemokratie mit der Festsetzung ihrer Resolution noch nicht fertig geworden waren, gelangte Punkt 4 der Tagesordnung: Stellung der Socialdemokratie im Kriegsfalle, zur Verhandlung. Zwei Anträge lagen in dieser Frage vor, der eine von den Holländern eingebrachte:

„Der Kongress beschliesst, die internationale Arbeiterpartei aufzufordern, sich bereit zu halten, um unverzüglich eine Kriegserklärung durch die Regierungen in allen Ländern, wo die Arbeiter einen Einfluss auf den Krieg ausüben können, mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung und militärischen Dienstverweigerung zu beantworten"; —

der andere von den Deutschen eingebrachte:

„Die Stellung der Arbeiter zum Kriege ist durch den Beschluss des Brüsseler Kongresses über den Militarismus scharf bezeichnet. Die internationale revolutionäre Socialdemokratie hat in allen Ländern mit Aufgebot aller Kräfte den chauvinistischen Gelüsten der herrschenden Klasse entgegenzutreten, das Band der Solidarität um die Arbeiter aller Länder immer fester zu schlingen und unablässig auf die Beseitigung des Kapitalismus hinzuwirken, der die Menschheit in zwei feindliche Heerlager geteilt hat und die Völker gegen einander hetzt. Mit der Aufhebung der Klassenherrschaft verschwindet auch der Krieg. Der Sturz des Kapitalismus ist *der Weltfriede.*"

Wie schon in Brüssel 1891, spitzte sich die Debatte zu einem Duell zwischen Nieuwenhuis und Liebknecht zu, und wurden auch im wesentlichen dieselben Argumente von den beiden Rednern gebraucht. Der einzig interessante neue Punkt in der Debatte war die Stellung der Socialisten gegenüber Russland. Plechanoff, der Berichterstatter der Kommission, hatte darauf hingewiesen, dass ein Militärstrike in erster Linie die Kulturvölker entwaffnen und Westeuropa den russischen Kosaken preisgeben würde. Der russische Despotismus würde unsere ganze Kultur hinwegschwemmen, und anstatt der Freiheit des Proletariats, für welche der Militärstrike ein glänzendes Zeichen sein sollte, würde die russische Knute herrschen. Man habe die russische Gefahr als nicht so drohend hingestellt, aber man vergesse dabei, dass der russische Zarismus — und um diesen allein handle es sich hier — der Mörder Polens, sich mit der französischen Bourgeoisie verbunden habe. Diesen Kampf, den gegen den blutbefleckten Zarismus, nicht den gegen das russische Volk, habe Bebel in seiner berühmten Reichstagsrede gepredigt, und dieses könne ihm nur Dank dafür wissen. Nieuwenhuis dagegen konnte in einer russischen Invasion kein so grosses Unglück sehen und ging so weit, dieselbe, eine Art neuer Völkerwanderung, mit der zu vergleichen, die Rom und Griechenland zerstörte.

Der Kongress entschied sich mit 14 Stimmen gegen 5 Enthaltungen für die deutsche Resolution, die durch ein belgisches Amendement:

„dass die Vertreter der Arbeiter im Parlament verpflichtet sein sollen, gegen jedes Kriegsbudget zu stimmen und für allgemeine Entwaffnung einzutreten“,

erweitert worden war.

Der Gegenstand der Sitzung vom 11. August war die Maifeier, Referent Dr. Adler. Die Kommission schlug folgende Resolution vor:

1. Der Kongress erneuert den Beschluss des Brüsseler Kongresses, welcher lautet:

„Um dem ersten Mai seinen bestimmten ökonomischen Charakter: der Forderung des Achtstundentages und der Bekundung des Klassenkampfes, zu wahren,

beschliesst der Kongress:

Der erste Mai ist ein gemeinsamer Demonstrationstag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen.

Dieser Festtag soll ein Ruhetag sein, soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird.“

2. Der Kongress beschliesst folgenden Zusatz:

Die Socialdemokratie jedes Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am ersten Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten und an einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht wird.

3. Der Kongress beschliesst ferner:

Die Kundgebung des ersten Mai für den Achtstundentag soll zugleich eine Kundgebung des festen Willens der Arbeiterklasse sein, durch die sociale Umgestaltung die Klassenunterschiede zu beseitigen und so den

einzigen Weg zu betreten, der zum Frieden innerhalb jedes Volkes wie zum internationalen Frieden führt.

Der erste Teil der Resolution, der nichts Neues enthielt, fand auch in der Kommission und Debatte keinen Widerspruch; der dritte Teil, der die Maifeier nicht nur zu einer Manifestation für den Achtstundentag, sondern auch zu einer internationalen Friedensdemonstration gestaltet, wurde aus taktischen Gründen hinzugefügt. Die englischen Trades-Unions hatten sich nämlich entschlossen, im Jahre 1894 die Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten zu lassen, glaubten aber, dass sie ihr Ziel leichter erreichen würden, wenn der internationale Frieden mit zum Gegenstand der Demonstration gemacht würde. Um sich aber die „Friedensengel der sektiererischen Bourgeoisie" vom Leibe zu halten, soll die Friedensdemonstration so veranstaltet werden, dass das Proletariat, indem es mit allen Mitteln für die sociale Revolution demonstriert, dadurch zugleich für den Frieden demonstriert. Zu grösseren Meinungsverschiedenheiten gab dagegen der zweite Teil der Resolution Anlass. Es waren die Oesterreicher, die eine Verschärfung des Brüsseler Beschlusses beantragten. Da sie in der Maifeier den mächtigsten Hebel der Agitation, das beste Mittel zur Aufwühlung des Proletariats erblickten, in ihrer Agitation aber durch das Verhalten der Ausländer, insbesondere der Deutschen, schwer geschädigt wurden, suchten sie ihre Taktik der Arbeitsruhe auch den andern Ländern aufzuzwingen. Trotz des energischen Widerspruches der Deutschen, die von dem auf dem Berliner Kongress von 1893 eingenommenen Standpunkt nicht abweichen konnten (s. Maifeier), wurde die vorgeschlagene Resolution mit 13 gegen 4 Nationen angenommen. Der Kongress hat damit über eine Frage der Taktik entschieden, die ihrem Wesen nach durchaus nicht für solche alle Länder verpflichtenden Beschlüsse geeignet ist. Eine allgemein geltende Richtschnur aufzustellen, ist von vorneherein unmöglich. Sehr oft ist das in manchen Ländern leicht zu erringen, was in anderen schwere Opfer erfordert.

Die folgende Sitzung beschäftigte sich mit dem Schutz der Arbeiterinnen und die Debatte wurde in der Hauptsache von weiblichen Delegierten, wie Luise Kautsky (Referentin), Kolischoff, Klara Zetkin, geführt. Die letztere führte den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen gegenüber aus, dass zwischen Bürgerfrauen und Proletarierinnen ein unüberbrückbarer Klassengegensatz bestände. Recht auf Arbeit im Sinne der ersteren bedeute nur Zulassung zu den höheren Berufen. Die Proletarierin verlange gar keine Freiheit in dieser Hinsicht, sondern verlange Schutz, Beschränkung der Ausbeutung der weiblichen Arbeit durch Beschränkung der Arbeitszeit und Gleichstellung ihres Lohnes mit dem des Mannes. Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution wurde mit grosser Mehrheit, unter Einfügung des Antrages auf gleichen Lohn für Männer- und Frauenarbeit, angenommen. Dieselbe lautete:

In Erwägung,

dass die bürgerliche Frauenbewegung jede besondere gesetzliche Schutzgesetzgebung zu Gunsten der Arbeiterin zurückweist, als einen Eingriff in die Freiheit der Frau und ihre Gleichberechtigung gegenüber dem Manne;

dass sie damit einerseits den Charakter unserer heutigen Gesellschaft unbeachtet lässt, die auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse — der Frauen sowie der Männer — durch die Kapitalistenklasse beruht;

und andererseits die durch die Differenzierung der Geschlechter geschaffene besondere Rolle der Frau verkennt, nämlich ihre für die Zukunft der Gesellschaft so wichtige Rolle als Mutter der Kinder;

erklärt der Internationale Kongress in Zürich:

Es ist die Pflicht der Arbeitervertreter aller Länder, nachdrücklichst für den gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen durch Verwirklichung folgender Massregeln einzutreten:

1. Einführung eines achtstündigen Maximalarbeitstages für Frauen und eines sechsstündigen für Mädchen unter achtzehn Jahren.
2. Festsetzung eines ununterbrochenen Ruhetages von 36 Stunden pro Woche.
3. Verbot der Nachtarbeit.
4. Verbot der Frauenarbeit in allen gesundheitsschädlichen Betrieben.
5. Verbot der Arbeit schwangerer Frauen zwei Wochen vor und vier Wochen nach der Niederkunft.
6. Anstellung von Fabrikinspektorinnen in genügender Anzahl in all den Industriezweigen, wo Frauen beschäftigt sind.
7. Anwendung obiger Massregeln auf alle Frauen, welche in Fabriken, Werkstätten, Läden, in der Hausindustrie oder als Landarbeiterinnen beschäftigt sind.

Von der grössten Bedeutung war die Frage nach der Taktik der Socialdemokratie, der sich der Kongress zum Schluss zuwandte. Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution, die denn auch mit allen Stimmen gegen die Holländer zur Annahme kam, lautete folgendermassen:

Politische Taktik.

I.

In Erwägung, dass die politische Aktion nur ein Mittel zur Erlangung der ökonomischen Emancipation des Proletariats ist, erklärt der Kongress unter Hinweis auf die Beschlüsse des Brüsseler Kongresses über den Klassenkampf:

1. dass die nationale und internationale Organisierung der Arbeiter aller Länder in Gewerkschaften und anderen Organisationen zur Bekämpfung des Ausbeutertums eine unbedingte Notwendigkeit ist;
2. dass die politische Aktion notwendig ist sowohl zum Zweck der Agitation und der rückhaltlosen Kundgebung der Principien des Socialismus, als auch zum Zweck der Erringung der dringend notwendigen Reformen.

Daher empfiehlt er den Arbeitern aller Länder die Erkämpfung und Ausübung der politischen Rechte, welche sich als notwendig erweisen, um die Forderungen der Arbeiter in allen gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften auf das nachdrücklichste und wirkungsvollste zur Geltung zu bringen und die politischen Machtmittel zu erobern, um sie aus Mitteln der Herrschaft des Kapitals in solche der Befreiung des Proletariats zu verwandeln.

3. Die Wahl der Formen und Arten des ökonomischen und politischen Kampfes muss den einzelnen Nationalitäten nach Massgabe der besonderen Verhältnisse ihres Landes überlassen bleiben. Jedoch erklärt es der Kongress für notwendig, dass bei diesen Kämpfen das revolutionäre Ziel der socialistischen Bewegung, die vollständige ökonomische, politische und moralische Umgestaltung der heutigen Gesellschaft, im Vordergrund gehalten wird. In keinem Fall darf die politische Aktion als Vorwand für Kompromisse und Allianzen dienen, die eine Schädigung unserer Principien oder unserer Selbständigkeit bedingen.

II.

In Erwägung, dass in der heutigen Gesellschaft die Vertretungskörper das Denken und Fordern der von ihnen Vertretenen nicht getreu wiederspiegeln, und in fernerer Erwägung, dass die fast in den meisten Ländern herrschenden Wahlkreissysteme mit Majoritätswahlen geeignet sind, diese Disharmonie zwischen dem Willen des Volkes und den Abstimmungen seiner Vertreter noch zu verstärken, erklärt sich der Kongress zur vollen Verwirklichung der Volkssouveränität neben dem Vertretungssystem für das Vorschlags- und Bestätigungsrecht (Initiative und Referendum), sowie für das Proportional-Wahlsystem.

Die Begründung der Resolution wurde von Vandervelde als Referenten gegeben. Die parlamentarische Taktik ist nur ein Mittel zu dem Zwecke der Emancipation des Proletariats, das allein nicht ausreicht. Von nicht geringerer Wichtigkeit ist die Gewerkschaftsbewegung und die Organisation des klassenbewussten Proletariats, und beide sind selbst bei starker politischer Agitation unentbehrlich. Es wäre durchaus verkehrt, die eine oder die andere Thätigkeit in den Hintergrund zu drängen oder für nutzlos zu erklären. Unter diesem Gesichtspunkte ist auch das Eintreten für die Arbeiterschutzgesetze zu rechtfertigen, insofern diese z. B. durch Beschränkung der Arbeitszeit eine bedeutende physische und moralische Hebung der Arbeiterklasse bewirkt und dadurch dieselbe in ihrem Emancipationskampfe bedeutend gestärkt haben. Was den Parlamentarismus selbst angeht, so sind die Gefahren der Korruption, des Principienverrates nicht zu verkennen. In denjenigen Ländern, in denen die proletarischen Parteien voll entwickelt sind, bedeutet jeder Kompromiss einen Verrat an der Arbeitersache; in den Ländern aber, wo die Partei nur schwach ist, würde das strikte Verbot jeder Allianz mit bürgerlichen Parteien die Hände zu sehr fesseln. Ein Kompromiss ist daher hier wohl erlaubt, doch nur unter der Bedingung, dass durch ihn keine Schädigung der Principien oder der Selbständigkeit möglich ist. Heutzutage sind die Parlamente in den Händen der Bourgeoisie und so ein steter Konflikt zwischen ihren Beschlüssen und der Ansicht des Volkes vorhanden. Um diesen Widerspruch zu beseitigen, ist die Einführung der direkten Gesetzgebung, des Vorschlags- und Verwerfungrechtes durch das Volk anzustreben und das Proportional-Wahlsystem einzuführen, das die Vergewaltigung der Minoritäten verhindert. Wie schon bei dem Punkte der Tagesordnung: Stellung der Socialdemokratie im Kriegsfalle, so wurde auch hier von der holländischen Majorität, deren Sprecher diesmal Vliegen war, ein Angriff auf die deutsche Socialdemokratie

gemacht, der man Entmannung der Revolution, Verfolgung von Augenblickszwecken, ja Korruption indirekt vorwarf. Gegen diese Angriffe verteidigte Liebknecht seine Partei aufs glänzendste. Er wies nach, dass das Programm der deutschen Socialdemokratie das radikalste von allen Programmen der anderen socialistischen Parteien sei und dass das Ziel mit den Mitteln verwechselt würde, wenn man aus der Taktik eine Frage des Principes und nicht der Praxis machen wolle. Die Taktik werde in erster Linie durch das Verhalten der Gegner bestimmt und sei dem entsprechend in den verschiedenen Ländern verschieden. Die deutsche Partei sei gegen jedes Kompromiss; trotzdem habe sie in die Freiheit der übrigen Parteien nicht eingreifen wollen und daher ein Kompromiss gebilligt unter der Bedingung, dass die Unabhängigkeit der Partei und die Reinheit des Princips nicht dadurch verletzt wurde.

Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution wurde mit 18 Stimmen angenommen; nur Holland enthielt sich der Abstimmung.

Zur Behandlung kommt dann noch die Agrarfrage und Punkt 6 der Tagesordnung. Die von Jaclard zum ersten Punkte vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen:

Der Kongress bekennt sich zum Grundsatz des Gemeineigentums an Grund und Boden.

Der Kongress erklärt es für eine der wichtigsten Aufgaben der Socialdemokratie aller Länder, auch die landwirtschaftlichen Arbeiter neben den industriellen zu organisieren und in die Kampfesreihen des universellen Socialismus einzugliedern.

Der Kongress beschliesst, dass alle Nationalitäten dem nächsten Kongress einen Bericht vorlegen sollen über die Fortschritte der Landagitation und über die agrarischen Verhältnisse in den betreffenden Ländern. Die Berichte sollen besonders berühren, welche Stellung, welche Mittel und welche Methode der Agitation die Socialisten am geeignetsten halten für die Verhältnisse ihrer Länder, für das Proletariat, die Kleineigentümer, die Pächter u. s. w.

Der Kongress beschliesst, dass die Agrarfrage wegen ihrer entscheidenden Bedeutung und weil sie auf den bisherigen Kongressen nicht genügend behandelt wurde, auf der Tagesordnung des nächsten Kongresses in erster Linie stehen soll.

Nationale und internationale Ausgestaltung der Gewerkschaften behandelte als Berichterstatter von Elm. Internationale Gewerkschaftsverbände seien für Deutschland durch die Gesetzgebung unmöglich gemacht. Bei den Arbeitersekretariaten empfehle sich, dieselben nach Berufen zu organisieren und ein Land als Vorort mit der Aufrechterhaltung der Verbindung zu betrauen. Die von ihm im Namen der Kommission vorgeschlagene Resolution fand nur 6 Stimmen, während ein Voldersscher Gegenantrag, der die formelle Gründung internationaler Verbände verlangte, die Majorität erhielt.

Damit war die Tagesordnung erledigt; als nächster Kongressort wurde London bestimmt und der nächste Kongress auf das Jahr 1896 dorthin berufen.

Der von der österreichischen Delegation gestellte Antrag:

„Der Kongress beschliesst: Es ist die Zeit gekommen, in der das Proletariat in allen Ländern, wo das allgemeine Wahlrecht noch nicht besteht, einen Vorstoss unternehmen muss zur Erlangung des Wahlrechts für alle Mündigen, ohne Unterschied des Geschlechts oder der Rasse. Das Proletariat der ganzen Welt wird aufgefordert, sich an diesem Kampfe zu beteiligen."

gelangte ohne Debatte einstimmig zur Annahme.

Zum Schluss wird das Ehrenpräsidium an Friedrich Engels übertragen, der den Kongress mit einer Ansprache schliesst. „Hoch lebe das internationale Proletariat" und die Marseillaise erfüllen mit betäubenden Klängen den Saal.

Noch einige Worte über die Bedeutung des Kongresses. Auf keinem der früheren Kongresse ist die Arbeiterschaft so gut vertreten gewesen, trotzdem des Wahlkampfes wegen die französischen Parteien nur mangelhaft vertreten sein konnten. Dagegen ist diesmal „das organisierte Proletariat Englands in die grosse internationale Befreiungsarmee der Arbeiter eingeschwenkt. Das ist ein weltgeschichtliches Ereignis, das dem Zürcher Kongress eine hervorragende Stelle in den Annalen der Arbeiterbewegung sichert." („Vorwärts", 27. August 1893.) Der Kongress hat ferner ein ganz bedeutendes Teil seiner Arbeiten erledigt, und eine Zeitvergeudung, wie sie durch die Anarchistenfrage bewirkt wurde, für die Zukunft unmöglich gemacht. Hinsichtlich der meisten Resolutionen herrschte eine weitgehende Einstimmigkeit, so dass selbst die Frage der Taktik rasch und glatt erledigt wurde.

Die **Invaliditäts- und Altersversicherung**, die „Krönung des Gebäudes" der Socialpolitik, wurde durch Reichsgesetz vom 22. Juni 1889 eingeführt. Gegenstand der Versicherung ist die Gewährung einer Invaliden- bezw. Altersrente. Letztere wird an jeden Versicherten, welcher 30 Jahre lang Beiträge geleistet und das 70. Lebensjahr vollendet hat, ausgezahlt, ohne dass es des Nachweises der Erwerbsunfähigkeit bedarf. Die Invalidenrente erhält derjenige Versicherte, der 5 Jahre lange Beiträge geleistet hat und dauernd unfähig ist, ein Drittel seines Durchschnittslohnes zu verdienen, wobei auf das Alter keine Rücksicht genommen wird.

Dem Versicherungszwange unterworfen sind: Alle industriellen, gewerblichen, landwirtschaftlichen und im Verkehrswesen beschäftigten Arbeiter und Lehrlinge, sowie Dienstboten vom vollendeten 16. Lebensjahre ab, und insofern sie gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden; ferner Betriebsbeamte, sowie Handlungsgehülfen und Lehrlinge (ausschliesslich der in Apotheken beschäftigten Gehülfen und Lehrlinge), welche Lohn oder Gehalt beziehen, das 2000 Mark regelmässigen Jahresverdienst nicht übersteigt. Der Bundesrat kann die Versicherungspflicht auf Betriebsunternehmen ausdehnen, welche nicht regelmässig wenigstens einen Lohnarbeiter beschäftigen, sowie auf die Hausgewerbetreibenden, ohne Rücksicht auf die Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter.

Die Versicherungspflicht ist so überaus weit ausgedehnt; sie erstreckte *sich im Jahre 1892* auf ca. 10,690,000 Personen.

Die Höhe der Beiträge und Renten richtet sich nach dem Jahresverdienste der Versicherten, welche in vier Lohnklassen geteilt sind.

In der	I. Lohnklasse,	Jahresverdienst	bis 350 M. incl.,	ist der wöchentliche Beitrag	14 ₰
„ „	II. „	„	350—550 „	„ „ „ „ „	20 „
„ „	III. „	„	550—850 „	„ „ „ „ „	24 „
„ „	IV. „	„	über 850 „	„ „ „ „ „	30 „

Diese Beiträge sind zur Hälfte durch die Versicherten, zur Hälfte durch die Unternehmer in Form von Marken zu entrichten, welche den einzelnen Lohnklassen entsprechen und die durch die Unternehmer zu beschaffen sind. Dem Misstrauen der Arbeiter, die alles, was wie ein Arbeitsbuch aussieht, verwerfen, musste insofern Rechnung getragen werden, dass man statt eines Quittungsbuches Quittungskarten, auf denen sich 47 Felder für 47 Beitragswochen befinden, einführte. Die Karten dürfen nur höchstens drei Jahre in Gebrauch sein. Gegen einen Missbrauch der Karten zur Kennzeichnung von Arbeitern bestehen Strafbestimmungen.

Die Höhe der Renten richtet sich nach der Lohnklasse und der Zahl der Beitragswochen. Die Invalidenrente, für die das Reich in jedem Falle einen Zuschuss von 50 Mark leistet, beträgt im ungünstigsten Falle 114 M. 70 Pf. und kann bis auf ca. 400 M. steigen. In $^{9}/_{10}$ aller Fälle bleibt sie unter 200 M. Die Altersrente beträgt von 106 M. 40 Pf. bis 191 M.

Im Jahre 1892 belief sich die Zahl der Pensionsberechtigten auf 183,573, von denen 170,168 die Altersrente bezogen. Im Laufe des Jahres wurden 42,218 Alters- und 16,529 Invalidenrenten gewährt.

Die Summe der am Ende des Jahres 1892 laufenden Renten betrug fast 20 Millionen Mark.

Die Organisation der I. u. A.-V. ist eine lokale.

Die socialdemokratische Partei stimmte dem Grundgedanken des Zwangsversicherungsgesetzes zu; sie bekämpfte aber die Art und Weise, wie das Gesetz gestaltet wurde. Sie erhob den Einwand, dass es sich im Grunde genommen um nichts als eine „anders gestaltete und keineswegs immer verbesserte Armenpflege handle“, was sie mit der Geringfügigkeit der in Aussicht gestellten Renten, der weiten Hinausschiebung des Beginnes der Altersrente und anderen Bestimmungen des Gesetzes begründete.

Jöst, Franz, geb. 12. Dezember 1851 zu Mackenheim, besuchte die Schule zu Oberaltsteinach, lernte als Tischler in Weinheim i. B. 1867/69, wanderte als Tischlergeselle 1869/71, war 1871/74 Soldat, bis 1882 in Mainzer Möbelfabriken beschäftigt, 1882 sieben Monate in Südamerika, etablierte sich 1883 in Mainz als Kehlleistenfabrikant, wurde 1885 Mitglied des hessischen Landtags und 1890 von Mainz in den Reichstag gewählt.

Joffrin, Jules, geb. zu Troyes 16. März 1846. Er kam 1864 nach Paris, wo er in eine mechanische Werkstatt als Arbeiter eintrat und zugleich sich lebhaft an den socialistischen Bewegungen der letzten Jahre des Kaiserreiches beteiligte. Während der Belagerung von Paris wurde er Mitglied des Wachsamkeitskomitees (comité de vigilance) und war am 18. März 1871 einer der ersten, welche die Waffen ergriffen. Nach den Maitagen gelang es ihm, nach England zu entkommen, wo er bis 1880 sich aufhielt.

7. Mai 1882 glückte es ihm, einen Sitz im Pariser Municipalrat zu erlangen. 1888 und 1889 Vicepräsident dieser Körperschaft, hat er die Interessen der Arbeiterpartei daselbst vertreten. J. ist Mitglied der possibilistischen Partei.

Johannard, Jules, geb. zu Baume 1843. In Paris wurde er Mitglied der Internationalen und gründete 8. Februar 1870 die Sektion des Faubourg Saint-Denis. Juli 1870 wurde er wegen Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. 16. April 1871 wurde er zum Mitglied der Commune gewählt. Hier stimmte er für Einrichtung des Wohlfahrtsausschusses. Es gelang ihm, nach London zu entkommen, wo er Mitglied des Generalrats der Internationale wurde und als solches an der Londoner Konferenz teilnahm.

Jones, Ernest Charles, Chartistenführer. Er wurde am 25. Januar 1819 in Berlin von englischen Eltern geboren. Seine Erziehung erhielt er auf einem Gute seines Vaters in Holstein und dem Gymnasium in Lüneburg. 1838 ging er nach England, wo das Ansehen und der Reichtum seiner Familie ihm in kurzer Zeit eine gute Carrière eröffnete. 1844 wurde er Barrister (Advokat) im Middle Temple. 1846 schloss er sich der Chartisten-Bewegung an, in der seine feurige Beredsamkeit ihm bald grossen Einfluss gewann. Infolge einer Rede im Mai 1848 wurde er verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Verbüssung seiner Strafe wurde er der Hauptführer der Bewegung, die aber trotz seines grossen Eifers mehr und mehr abnahm. Auf der Chartisten-Konvention von 1851 gehörte er zu denen, welche für eine Erweiterung des Programmes in socialistischem Sinne eintraten. 1852 wurde er Herausgeber von „The People's Paper“. Auch schrieb er Romane und Erzählungen, die s. Z. viel gelesen wurden. 1856 gab er „Evenings with the people“, 1867 eine nationalökonomische Abhandlung „Labour and Capital“ heraus. Er starb am 26. Januar 1868, ohne Vermögen zu hinterlassen, so dass eine öffentliche Sammlung nötig war, um seine Kinder vor Not zu schützen. Seinem persönlichen Charakter wurde sogar von seiten seiner Gegner volles Lob gespendet.

Jottrand, Lucien, geb. 30. Januar 1804 zu Genappe (Brabant), studierte Rechtswissenschaft zu Lüttich. Als Advokat 1825 in Brüssel etabliert, bekämpfte er die unpopuläre Regierung Hollands aufs schärfste und schrieb gegen sie eine Reihe von Artikeln im „Courrier des Pays-Bas“, der „Sentinelle“ und anderen Zeitungen. Seit der Revolution von 1830 sass er im Nationalkongress. In der Deputiertenkammer, der er seit 1831 angehörte, war er einer der grössten Feinde der Geistlichkeit. 1834 sagte er sich vom Königtum los und streifte die socialistischen Fragen. Im Jahrgang 1834 der von ihm herausgegebenen Zeitung „Courrier belge“ teilt er einen Reformplan mit.

Die Armee soll abgeschafft werden; das indirekte Steuersystem, das ganz auf der niederen Klasse beruht, soll geändert werden, so dass die Reichen allein die Steuern tragen. Eine Erbsteuer soll sowohl indirekte wie direkte Erbschaft treffen mit der Absicht, allmählich jede Erbschaft aufzuheben. Die Arbeit allein ist die Quelle des Eigentums. Die Güter der Verstorbenen fallen an die Nationaldomäne. Kapital und Arbeit asso-

ciieren sich, so dass der Arbeiter an der Betriebsleitung der Fabrik teilnimmt. Seine Kinder werden von der Gesellschaft erzogen. (S. K. Grün, Die sociale Bewegung in Frankreich und Belgien 1845.)

Jourde, Antoine, geb. zu Saint-Merd am 23. September 1846. In den Wahlen vom 22. Februar 1889 wurde er für den dritten Wahlkreis in Bordeaux zum Deputierten gewählt. 1893 wiedergewählt, gehört er dem „Parti ouvrier" an.

Italien hatte zuerst in Europa schon seit dem 12. Jahrhundert sich von der Herrschaft des Feudalismus freigemacht. Die Grundaristokratie unterlag sehr früh schon der neu entstehenden Handels- und Industriearistokratie, die sich aus den Banquiers, Kaufleuten, Zünften zusammensetzte. Sie wurde gezwungen, in die Städte zu ziehen und am öffentlichen Leben derselben sich zu beteiligen. Da nun ein jeder, der nicht in eine der anerkannten Zünfte eingeschrieben war, als ein unbrauchbares und schädliches Glied des Gemeinwesens galt, sahen sich denn die Adeligen gezwungen, falls sie Bürger bleiben wollten, sich in eine Zunft aufnehmen zu lassen. Die Einwohnerschaft einer italienischen Stadt bestand also aus der Feudalaristokratie, meist ohne grossen Einfluss und Bedeutung, der Bourgeoisie, die die Macht besass, und dem Volk. Die Jahrhunderte des Mittelalters sind nun erfüllt mit den Kämpfen zwischen der Bourgeoisie und dem Volk, mit denen sich die Konvulsionen der schon zu Boden geschlagenen feudalen Aristokratie vermengen. Auf der einen Seite stehen die Reichen (popolo grasso), auf der anderen die Armen (popolo minuto). Die ersteren, welche aus den Richtern, Aerzten, Notaren, Doktoren, Banquiers, Kaufleuten, den Angehörigen der höheren Zünfte, sich zusammensetzten, suchten den ausschliesslichen Besitz der Macht zu behaupten und dem popolo minuto jede Teilnahme daran unmöglich zu machen. Sie verfolgten dies Ziel mit rastloser, hasserfüllter Ausdauer und Hartnäckigkeit. In allen Städten Italiens begegnen wir diesen Kämpfen, deren Charakter in Florenz zu Ende des 13. und im 14. Jahrhundert besonders scharf ausgeprägt ist. Hier vereinigten sich die Ciompi (das kleine Volk) zu dem Zwecke, wie ein Mitglied der Verschwörung Simonrico später enthüllte, die Arbeiter von dem Joch der Patrone und Fabrikanten frei zu machen, welche sie um den besten Teil ihrer Löhne betrögen und ihnen kaum mit 8, was 12 wert sei, bezahlten. Sie verlangten daher, noch unangesteckt vom bakuninschen Anarchismus, Anteil an der Regierung. Wohl gelang es ihnen nach blutigen Kämpfen zur Herrschaft zu kommen, aber zu schnell entschlüpfte dieselbe wieder ihren Händen. Durch grausame Verfolgungen bestraften dann die popolani grassi diese Befreiungsversuche des Proletariats. Aehnliche Bewegungen waren die Aufstände der Reformatoren in Siena, der Lazzares in Neapel, der Capetti in Genua. Ueberall verursachte dieselbe Ursache dieselben Wirkungen. Die Bourgeoisie, erschreckt durch die Forderungen des popolo minuto, verband sich mit dem Adel; beide vereinigt drücken die sich hebenden Schichten des niederen Volkes nieder und behaupten den Besitz der Macht, bis früher oder später dieselbe in die Hände eines Alleinherrschers übergeht.

Dem Emporsteigen der Städte zur Selbständigkeit verdankte auch

das Landvolk, dass es früher als in anderen Ländern von dem Drucke der Leibeigenschaft frei wurde. Am frühesten wurde sie in Bologna, schon 1256, gesetzlich aufgehoben. Die Republik liess 6000 auf den Staatsländereien ansässige Hörige frei und kaufte die im Privatbesitz befindlichen los. Dem Beispiel Bolognas folgten dann Treviso und andere Städte. Florenz hatte schon zu Beginn des 12. Jahrhunderts alle von ihren Herren gedrückten Landleute unter Zusicherung bedeutender Privilegien aufgefordert, sich in ihren Schutz gegen den Adel und die Geistlichkeit, hier wie überall die grösste Plage des Landvolkes, zu begeben. Dies Beispiel fand bald bei den anderen ober- und mittelitalienischen Städten Nachahmung. Unter diesem Druck der mächtigen Städte entwickelte sich beim Adel schnell die Geneigtheit, seinen Leibeigenen die Freiheit zu verkaufen und ihr Hörigkeitsverhältnis in ein reines Pachtverhältnis zu verwandeln. Sehr bald bemächtigte sich dann städtischer Spekulationsgeist des Grund und Bodens, der nun nicht mehr auf Erbpacht oder an kleine Eigentümer ausgethan, sondern Zeitpächtern überlassen wurde, denen bei weitem höhere Erträge erpresst werden konnten. Nicht weniger trug zum Verschwinden der kleineren bäuerlichen Eigentümer die im Interesse des Ackerbaus unternommene Arrondierungspolitik der Städte bei. So kam es denn, dass sich auch in den ländlichen Ortschaften der Republiken die Bewohner in „Besitzer und Proletarier“ schieden. Die Verwandlung der Erbpächter in Zeitpächter war in Ober- und Mittelitalien gegen Ausgang des 13. Jahrhunderts bereits vollendet; im Laufe des 14. Jahrhunderts drang diese Revolution der bäuerlichen Verhältnisse in das südliche Italien ein. Immerhin war die Lage der ländlichen Arbeiter eine verhältnismässig günstige. Die glücklichen Zeiten waren aber für Ober- und Mittelitalien vorbei, als ein Teil Italiens direkt unter die spanisch-habsburgische Linie, ein anderer unter die Herrschaft des Kirchenstaates und der Medicis von Florenz kam. Die spanischen Statthalter in der Lombardei thaten ihr möglichstes, das Land zu Grunde zu richten, und dies gelang ihrer Habsucht so vortrefflich, dass weite Strecken des besten Landes zur Wüste wurden, die Städte sich in menschenleere Ruinen verwandelten und alles das Bild kläglichsten Verfalles bot. Ebenso war es in Toskana unter den Medicis, so im Kirchenstaat unter den Statthaltern Petri.

Anders waren die Verhältnisse in Sicilien und Unteritalien. So lange die Saracenen dort herrschten, war die Lage der Bauern günstig, und wenn diese auch unter den normannischen Herren mit dem Import des Lehnswesens sich verschlechterte, so war sie doch vergleichsweise nicht ungünstig. Erst als das Haus der Anjou in Unteritalien, die Aragonesische Linie in Sicilien zur Herrschaft kam, entwickelte sich mit dem Verfall des Königtums und der Herrschaft des Adels auch das Elend der Landbevölkerung. Dem Adel gelang es, die Civil- und Kriminalgerichtsbarkeit zu erwerben und bis ans Ende des 18. Jahrhunderts zu behaupten. Sie schalteten und walteten auf ihren Ländereien wie souveräne Fürsten. Da ausserdem die Vicekönige hier wie in der Lombardei nach Räuberart hausten, war das Elend des Bauernvolkes so gross wie in kaum einem europäischen Lande und stieg zu solcher Höhe, dass „die Möglichkeit,

ihnen etwas Erkleckliches abzupressen, selbst von denen in Abrede gestellt wurde, die in der edeln Kunst bis dahin eine unübertroffene Meisterschaft entfaltet hatten". — Auch mit dem Uebergang der Herrschaft an die Bourbonen (1734) trat keine Besserung ein. Galanti schildert die Lage der Bauern 1788 wie folgt: „Fast in allen Baronieen wohnen die Bauern in erbärmlichen Hütten, die mit Holz oder Stroh gedeckt und dem Ungemach der Witterung ausgesetzt sind. Inwendig sind sie mit Dunkelheit, Gestank, Unflat, Elend und Traurigkeit ausgefüllt. Des Bauers ganze Habe besteht meistens in einem elenden Bette, in einem Esel und Schwein, bei denen er wohnt. Der wohlhabende Bauer unterscheidet sich nur dadurch von dem armen, dass seine Hütte vermittelst einer mit Schlamm bedeckten Hürde von dem Schweine- und Eselsstall abgesondert ist. Und wer sollte es glauben? Im Schosse der fruchtbarsten Provinz, in Terra di Lavoro, ist ein Dorf, 15 Meilen von Neapel entfernt, wo eine Bevölkerung von 2000 Bauern in Strohhütten wohnt und nicht so viel erübrigen kann, dass sie sich auch nur ein Haus errichte. Da ich diesen Ort zum ersten Male sah, war mir nicht anders, als befände ich mich unter Wilden."

In Italien, wie in so vielen anderen Ländern, war es zuerst die französische Revolution, die befreiend in das Landsystem eingriff, das gesamte Feudalwesen — es gab z. B. im neapolitanischen Gebiet nicht weniger als 1395 verschiedene Lehns-, und Baronalgerechtigkeiten — zerschlug und damit den Bauernstand für eine Zeit wenigstens von der ihn erdrückenden Last befreite.

Mit dem Ende der Revolution, dem Fall der Napoleoniden und der Restauration kehrten auch die alten Verhältnisse wieder, wenn schon der Druck der Feudalität zum Teil gemindert wurde.

Das Resultat dieser geschichtlichen Entwicklung war die Verdrängung des Bauern von seinem Gute, seine Verwandlung in einen Zeitpächter und das Entstehen grosser Latifundien. Auch das neue Königreich Italien hat an dieser Erscheinung nichts geändert, im Gegenteil die Vergrösserung des Latifundienbesitzes beschleunigt durch den Verkauf der Kirchengüter und das masslose Anschwellen einer Steuerlast, die in erster Linie auf den ärmsten Schichten des Volkes lastet. Dass es unter diesen Umständen nicht an zahllosen Hungerrevolten, verbunden mit Steuerverweigerungen, Stürmen von Steuerbureaux u. s. f. gefehlt hat, dass die verzweifelnden Bauern sich in mystischen Sekten vereinigt und um Propheten geschart haben, ist nicht zu verwundern. Es genügt, hier einer solchen Sekte zu gedenken, die im Jahr 1878 von der Regierung aufs brutalste unterdrückt wurde, der Lazzarettisten.

Lazzaretti, ein armer Fuhrmann aus Arcidosso (Toskana), mit Energie und natürlicher Intelligenz ausgestattet, war der Führer dieser Bewegung. 1859 hatte er den Krieg freiwillig mitgemacht und nach seiner Rückkehr sein früheres Geschäft aufgenommen. 1868 bekam L. mysteriöse Träume und zog sich in ein verfallenes Kloster inmitten der Berge zurück, um dort seine Visionen niederzuschreiben. Im folgenden Jahr kehrte er nach Arcidosso zurück und erklärte sich offen als Propheten. Es gelang ihm, e Bauern zu gewinnen, die sogar auf dem Monte Labaro ein Heiligtum

bauten. Die Lehre dieser mysteriösen Bruderschaft ist dunkel, beruht aber, wie die schon unzähliger Sekten vor ihr, auf den Principien der Gütergemeinschaft und der brüderlichen Gleichheit der Mitglieder.

Das Auftreten Lazzarettis rief unter den Bauern eine grosse Bewegung hervor, so dass viele im Hinblick auf das nahende „Reich Gottes" die Steuern verweigerten. Am 18. August 1878 kam ein Zug von 2—3000 Bauern unter Führung des Propheten vom Monte Labaro herab und bewegte sich auf Arcidosso zu. Gendarmen traten ihnen entgegen, forderten den friedlichen Zug vergebens zum Auseinandergehen auf und feuerten dann, als ihrem Befehl nicht Folge geleistet wurde, in die dichte Menge hinein. Der Prophet nebst drei seiner Anhänger fiel, zwölf wurden verwundet. Der Veranstalter dieses brutalen und infamen Massacres wurde von der Regierung belohnt, eine grosse Anzahl Lazzarettisten vor Gericht gestellt, aber von den Geschworenen zu Siena freigesprochen. — Eine solche gewaltige Hungerrevolte war auch die Bewegung, die Ende des Jahres 1893 Sicilien durchzuckte.

Die ersten Arbeitergesellschaften wurden in Italien von Mazzini schon 1848 gegründet. 1863 zählte man deren 453 mit 111,608 Mitgliedern, 1875 über 1000 mit ungefähr 200,000 Mitgliedern. Ungefähr 300 von ihnen haben sich zu einer Föderation, der „Union fraternelle des sociétés ouvrières", zusammengeschlossen und halten fast jedes Jahr einen Kongress ab. Mazzini, der bei Gründung der Internationale 1864 vergebens versucht hatte, sich dieser Organisation zu bemächtigen, war stets ein grosser Feind des Kommunismus und der Internationale, obschon er ebenfalls nach socialen Reformen und nach einer Vereinigung von Kapital und Arbeit strebte, die das Eigentum umgestalten sollten, ohne es zu vernichten. Wie diese Umgestaltung vor sich gehen sollte, darüber hat Mazzini, dem es nie an volltönenden Phrasen, meist aber an klaren Gedanken fehlte, sich nie ausgesprochen. Seine Schüler hatten den Hass gegen die Internationale geerbt, und einer ihrer Führer, Alberto Mario (z. B.), liess keine Gelegenheit vorbeigehen, ohne nicht Angriffe gegen dieselbe zu richten. Garibaldi dagegen neigte dem Socialismus zu; er bedauerte den Sturz der Commune von 1871 und bekannte sich mit Stolz als Internationalist, ohne indes den Kernpunkt der socialistischen Bewegung verstanden zu haben. In einem Brief an den Präsidenten des italienischen Arbeiterkongresses zu Rom, Petroni, 1871 schrieb er: „Die Internationale begnüge sich mit dem, was sie für ihr Recht hält, ohne an dem Eigentum oder der Erbschaft anderer zu rütteln"! Nach Mazzinis Tod (März 1872) vereinigten sich die Mazzinisten und Garibaldianer, um eine grosse demokratische Vereinigung mit dem Namen „I franchi caponi" zu gründen (Journal „Spartacus"); aber die Caponi wandten sich bald dem Socialismus zu.

Bereits in den Jahren 1866 und 1867 hatten sich einige Arbeitergesellschaften der Internationalen Arbeiterassociation affiliiert. Ein Centralrat wurde von denselben eingesetzt, der seinen Sitz in Mailand hatte. Als ihr Delegierter nahm Gaspard Stampa am Kongress in Lausanne teil. Auch in Florenz, Neapel und Genua entstanden solche Sektionen, die mit dem *Generalrat der Internationalen* Arbeiterassociation in Korrespondenz standen.

1868 erklärten die „Söhne der Arbeit“ von Catania ihren Anschluss und 1869 wurde die Centralsektion zu Neapel gegründet, die einen Aufruf zur Gründung einer nationalen Föderation erliess und mit Beginn des Novembers ein Wochenblatt „L'Egalianza“ herausgab. Diese Sektion wurde am 20. August 1871 aufgelöst, nachdem sie noch vorher Caporusso, den früheren Präsidenten, wegen Unterschleifs ausgeschlossen hatte. An ihre Stelle trat die Alliance (s. d.), die nur noch in Spanien einen so guten Boden für ihre Lehren fand. 8. Oktober 1871 konstituierte sich in Turin die Arbeiterföderation und bat den Londoner Generalrat um Aufnahme in die Internationale, machte aber schon am 4. Dezember die Anzeige, dass sie in zwei Teile, einen mazzinistischen und den der „Emancipation des Proletariers“, zerfallen sei. Dieser letztere trat zu Bakunin über und beschloss, einen Delegierten zum Kongress der Juraföderation zu schicken. In der Romagna fand die Alliance einen ganz vorzüglichen Boden. Hier entstand eine ganze Reihe vollständig autonomer Sektionen, die dem Londoner Generalrat ihre Konstitution nicht anzeigten, keine Beiträge zahlten und sich trotzdem als Sektionen der Internationalen bezeichneten. Diese Sektionen schlossen sich zu einem Bunde zusammen, der den Namen „Fascio operajo“ (Arbeiterbund) annahm. Sie hielten ihren ersten Kongress zu Bologna 17. März 1872 ab und erklärten, dass sie sowohl im Londoner Generalrat wie im Komitee des Jura nur statistische Bureaux sehen könnten, mit denen sie aber in Verbindung treten wollten. Den zweiten Kongress hielt der „Fascio operajo“, dem sich die übrigen italienischen Sektionen anschlossen und mit ihm zusammen sich als „Italienische Föderation“ konstituierten, zu Rimini vom 4.—6. August 1872 ab. Hier fassten zwanzig Sektionen, die durch Delegierte vertreten waren, den Beschluss, sich vom Londoner Generalrat loszusagen und einen Antrag auf Einberufung eines antiautoritären Kongresses zu Neuchâtel auf den 2. September 1872 zu stellen. Präsident dieses Kongresses war Carlo Cafiero, Sekretär Andrea Costa. Es waren dies in der Hauptsache dieselben Sektionen, die schon 1871 ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Kongresses der Juraföderation zu Sonvillier (12. November) ausgedrückt hatten. Die Alliance gewann bald eine grosse Ausdehnung in Italien, wo sie ihr gelobtes Land fand. Als Grund für diese Erscheinung hatte Bakunin in einem Briefe bezeichnet, dass es nirgends eine so grosse Menge deklassierter junger Bourgeois gäbe, als in Italien, die sich à tête perdue in den revolutionären, anarchistischen Socialismus hineinstürzten. So war denn auch die Alliance weniger eine Arbeiterverbindung, als der Zufluchtsort der Deklassierten, die in ihr einen Ausgang und eine Carrière suchten.

Um den Angriffen der Polizei zu entgehen, nahmen die Sektionen vielfach den Namen: „Cirkel für sociale Studien“ an. 1874 begann die Regierung sehr scharf gegen die Alliance vorzugehen. Die Sektionen wurden aufgelöst, die Register und Papiere beschlagnahmt, die Führer zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt, die Angehörigen der alliancistischen I. (a. I.) mit der Admonition belegt. Die Folge dieser Verfolgungen war, dass sich die Sektionen, bisher öffentliche, in geheime Gesellschaften ver-

wandelten, die, bei der Vorliebe des Italieners für Verschwörungen, bald bedeutend zunahmen und grösseren Einfluss wie zuvor gewannen. Die Journale sprangen zahlreich auf, gingen aber unter dem Drucke der Polizei ebenso schnell wieder ein. Eine Ausnahme machte die „Plebe“ von Mailand. Die italienische Föderation beteiligte sich an dem antiautoritären Kongresse der Alliance zu St. Imier 15. September 1872 und hielt am 15.—18. März 1873 (53 Delegierte für 150 Sektionen) ihren eigenen Kongress zu Bologna ab. Hier wurde durch einen Beschluss erklärt, dass die Anarchie das einzige Mittel sei, die sociale Revolution zur Thatsache zu machen, die sociale Liquidation zu vollenden, die Bourgeoisie von Grund aus, ohne Schwäche und Mitleid, zu vernichten, die natürlichen Leidenschaften und Bedürfnisse in den Zustand der Freiheit zu setzen und die Reorganisation der Menschheit auf der Basis der Gerechtigkeit zu vollenden. Ein dritter Kongress fand am 22. Oktober 1876 zu Florenz statt, der aber, von der italienischen Regierung verfolgt, seine Sitzungen nachts in einem dichten Walde bei Florenz abhalten musste. Mit dem Ende der siebziger Jahre können wir die erste Periode in der Geschichte des italienischen Socialismus zum Abschluss bringen. Die bakunistischen Ideen beherrschen die Bewegung, deren Schauplatz besonders das centrale und mittlere Italien, speciell die Romagna war. Wenn je eine sociale Bewegung im Beginn mit Verfolgungen zu kämpfen hatte, so war es die italienische. Gehetzt von der Regierung wie wilde Tiere, als malfattori durch das scheussliche Ueberwachungsgesetz der ammonizione der chikanösesten Polizeiaufsicht unterstellt, zum Zwangsexil (domicilio coatto) auf den Strafinseln verurteilt, haben die „Internationalisten“ mit heldenmütiger Ausdauer den Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klasse Italiens eingeleitet.

Mit den achtziger Jahren beginnt eine neue Bewegung in Italien, die, obschon ihre Leiter thatsächlich Socialisten waren, doch als keine streng socialistische bezeichnet werden kann. Sie war eine Arbeiterbewegung im striktesten Sinne des Wortes, die sogar zu Zeiten damit kokettierte, einen gewissen Gegensatz zur Socialdemokratie hervorzukehren. Der Anarchismus wurde noch nicht vollständig durchbrochen, aber das unsinnige Princip desselben, Nichtbeteiligung am politischen Kampfe, wurde aufgegeben. An der Spitze dieser Arbeiterpartei stand Andrea Costa, ehemaliger Anarchist und Mitglied der Alliance, der aber zu Beginn der achtziger Jahre schon die Entwicklung zum Socialdemokraten vollendet hatte. Mit grosser Energie wurde die Organisation betrieben. Am 14. März 1880 versammelten sich die Socialisten der Romagna und Emilia, um die Bildung einer Partei zu befördern, und auf ihrem Bezirkskongress zu Ravenna am 25. Juli wiederholten sie die Aufforderung dazu und beschlossen, für die Abhaltung eines socialistischen italienischen Kongresses zu wirken. In Oberitalien agitierte der Mailänder Verein „I figli del lavoro“ (Söhne der Arbeit) für die Organisation einer Partei, mit dem Erfolge, dass die Vereine Oberitaliens sich zur Abhaltung eines Kongresses in Chiasso entschlossen mit der Absicht, dort eine oberitalienische Föderation zu gründen. Der Kongress fand am 5. und 6. Dezember 1880 statt. 19 Delegierte vertraten 17 Städte. Einstimmig erkannte

der Kongress als das mit allen Mitteln zu erreichende Ziel den anarchistischen Kommunismus an. Der Kollektivismus ebenso wie der autoritäre Kommunismus wurden als Zwischenformen betrachtet, die nicht als Hindernisse zu bekämpfen seien. Die parlamentarische Aktion wurde verworfen, die Agitation für das allgemeine Wahlrecht nur als Agitationsmittel erlaubt. In der dritten Sitzung wurde der Bund der Socialisten Oberitaliens von neuem gegründet. Die Errichtung einer Hülfskasse für verfolgte Mitglieder sowie eines statistischen Amtes wurde befürwortet. Im Laufe des Jahres 1881 verwirklichte sich auch der Plan der Gründung eines lombardischen Arbeiterverbandes; gegen 50 Anschlusserklärungen liefen bei der Mailänder Arbeiterkammer ein, und am 20. Oktober 1881 konnte ein Kongress des lombardischen Arbeiterverbandes stattfinden, auf dem 32 Vereine mit circa 5000 Arbeitern vertreten waren. Der Kongress beschäftigte sich mit Fragen praktischer Agitation, wie Beseitigung des herrschenden Steuersystems, Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts u. dgl.

In der Romagna entwickelte sich unterdessen die socialistische Bewegung mit grossem Erfolge. Von dem Kongress zu Ravenna war eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Programmes beauftragt worden. In dem von ihr abgefassten Entwurf wurde ein weiterer Fortschritt von der Revolutionsputscherei der Anarchisten zu einer vernünftigen Politik gemacht. Es wurde darin ausgesprochen, dass die Revolution nie das Werk einzelner Personen, sondern nur eines Volkes sein könne, und dass daher die Partei die Aufgabe habe, um in Berührung mit dem Volke zu bleiben, sich an allen ökonomischen, politischen und antikirchlichen Agitationen und Reformen zu beteiligen, deren Gegenstand die immer grössere Umgestaltung der heutigen Einrichtungen sei und welche die Revolution dadurch vorbereiten, dass sie im Volke den Geist der Opposition und der Auflehnung befördern. In Uebereinstimmung mit diesen Ansichten beschloss eine Konferenz der Socialisten der Romagna, zu der 42 Delegierte aus 32 Orten und Distrikten sich versammelt hatten, in den politischen wie den Gemeindewahlkampf einzutreten. Ein Zusammengehen mit den Demokraten wurde nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern dem Ermessen der einzelnen Wahlkreise überlassen, doch wurde ein solches an die Bedingung geknüpft, dass auf der Kandidatenliste stets auch die Socialisten in entsprechender Zahl vertreten seien.

Auch in Toskana machte die Organisation Fortschritte. In Ponte Mariano nahe bei Lucca fand im Juni 1881 ein geheimer Kongress der Socialisten von Florenz, Carrara, Pisa, Livorno, Cecina, Lucca u.s.f. statt. Die hier ausgesprochenen Ansichten liessen sich in die Worte zusammenfassen: friedliche Agitation und Propaganda, so lange wie nötig ist; revolutionäre Aktion, sobald das Volk sie ernsthaft will. Am 14. März 1882 fand der Kongress von Poggibonsi statt, wo 16 Orte, wie Florenz, Pisa u. s. f., vertreten waren. Aehnlich wie die romagnatischen beschlossen die toskanischen Socialisten einstimmig Beteiligung am Wahlkampf. Gleichzeitig wurde eine toskanische Föderation mit dem Titel: „Internationale Arbeiter-Association; toskanischer Regionalverband“ und mit dem Programm der Internationalen gegründet.

Wie gross und allgemein die Sinnesänderung hinsichtlich der Beteiligung am politischen, speciell Wahlkampf war, beweist am besten, dass Carlo Cafiero, der Freund Bakunins, sich in einem Briefe an die Redaktion der „Favilla“ für die neue Taktik aussprach. So traten denn die verschiedenen Organisationen in den Wahlkampf ein und stellten die folgenden Kandidaten auf: Barbanti, Cipriani, Colajanni, Costa, Gambuzzi, Gnocchi-Viani. Die Wahlen fanden am 29. November 1882 statt. Für die socialistischen Kandidaten wurden 49,154 = 4 % aller Stimmen abgegeben und 2 Deputierte, der eine davon Costa, gewählt.

In den nächsten Jahren schritt das Organisationswerk rüstig weiter. Die Socialisten der Romagna hielten am 5. August 1883 zu Ravenna einen geheimen Kongress und am 7. August 1884 einen andern ab, auf dem sie den Titel „Italienische socialistisch-revolutionäre Partei“ annahmen. Sie beschlossen, an dem nächsten Kongress der italienischen Demokratie teilzunehmen, und ernannten Costa zum Vertreter ihrer Partei im Parlamente. Einen grossen Schritt vorwärts machte die italienische Arbeiterbewegung im Jahre 1885. Auf dem Kongress zu Mantua, wo 132 Vereine durch 99 Delegierte vertreten waren, kam es zur endgültigen Begründung einer italienischen Arbeiterpartei, deren Komitee zuerst in Mailand, dann in Alessandria seinen Sitz hatte. Mehr als 40,000 Arbeiter schlossen sich ihr an; das Parteijournal war der „Fascio Operajo“. Strikes brachen überall aus, die energisch geführt wurden; der Kampf gegen das Kapital, die Uebergriffe der Unternehmer wurde mit Lebhaftigkeit aufgenommen und mit vorher nicht gekannter Energie und Hartnäckigkeit gefochten. 1886 fanden Wahlen statt, an denen sich die Arbeiterpartei beteiligte. Kurze Zeit vor denselben veröffentlichte die Partei ihr Wahlprogramm, worin sie alle Parteigenossen aufforderte, die vollständige Unabhängigkeit der Arbeiterpartei aufrecht zu halten, und zu erklären, dass sie mit keiner politischen Partei, die alle nur der Kapitalistenklasse dienten, etwas gemein habe. Die Partei stellte in vielen Wahlkreisen ihre Kandidaten auf, ohne indes irgendwie bedeutende Siege zu erfechten, veranlasste aber durch die gesonderte Stimmenabgabe an vielen Stellen ein Unterliegen der radikalen Kandidaten. Gewählt wurden in Ravenna Andrea Costa, Cipriani in Ravenna und Forli. Im ganzen erhielt die Arbeiterpartei 17,061 Stimmen, wozu noch die 5000, die Gnocchi-Viani in Parma und Reggio Emilia erhielten, hinzuzurechnen sind. Die Regierung zögerte nun nicht länger, gegen die Arbeiterpartei vorzugehen.

Am 23. Juni wurde dieselbe aufgelöst und die Mitglieder des Centralvorstandes auf Grund der berüchtigten Verbrecher-Associationsparagraphen vor Gericht gestellt. Sämtliche Sektionen, im ganzen 133 mit ca. 25,000 Mitgliedern, wurden aufgelöst, ihre Gelder, Fahnen und Schriften mit Beschlag belegt. Die Verhandlungen gegen die Verhafteten fanden Januar 1887 zu Mailand statt, und endeten mit der Verurteilung von Casati, Croce, Lazzari, Brando, Dante zu mehrmonatlichen Strafen.

Indes schon Ende des Jahres 1887 war die italienische Arbeiterpartei wieder hergestellt und hielt September desselben Jahres ihren Kongress zu Pavia ab, dem Andrea Costa präsidierte. Zum Parteiblatt wurde

wieder der „Fascio operajo“ in Mailand ernannt. Auf dem internationalen marxistischen Kongress zu Paris 14. Juli 1889 war Italien durch 11 Deputierte vertreten, von denen 3 als Anarchisten wegen fortwährender Ordnungsstörung vor die Thür gesetzt werden mussten. Den Bericht über die Lage des Socialismus in diesem Lande gab der Anarchist Merlino. Bei den Novemberwahlen von 1890 gelang es der Arbeiterpartei, drei Mitglieder in die Kammer zu schicken.

So waren also bisher die socialistischen Organisationen und die Arbeiterpartei neben einander hergegangen, und im Laufe der Jahre hatte sich die Notwendigkeit einer Vereinigung derselben, der Vereinigung des Socialismus mit der Arbeiterbewegung herausgestellt. Eine solche kam denn auch im Jahre 1891 auf dem Kongress von Mailand zu stande, wo nicht weniger als 150 Arbeiter- und socialistische Vereine der Lombardei, von Toskana, Ligurien, Piemont vertreten waren. Eine Tagesordnung wurde angenommen, worin erklärt wurde, dass die Emancipation der Arbeiterklasse nur das Resultat der Proklamation des Kollektiv-Eigentums sein könne und dass die Arbeiterschutz-Gesetze an und für sich keinen definitiven Erfolg haben könnten, ja sogar überhaupt keinen Erfolg, ohne den Druck der organisierten Masse, der die Regierung zwinge, für die Beobachtung derselben zu sorgen; dass man aber diese Gesetze als ein Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und als eine Hülfe im täglichen Klassenkampf verlangen müsse. Eine Kommission wurde ferner eingesetzt mit dem Auftrage, ein Programm zu redigieren und als Centralkomitee bis zum nächsten Kongress zu dienen. Die Autonomie der Sektionen in allem, was nicht von allgemeiner Bedeutung war, wurde festgehalten und für spätere Kongresse die Diskussion über die Teilnahme der Partei an den Wahlkämpfen vorbehalten. In Uebereinstimmung mit der Centralkommission der Partei wurde Juli 1892 die wöchentliche Zeitung, der „Klassenkampf“ (La lotta di classe), gegründet, um den Kongress für das laufende Jahr vorzubereiten. Dieser Kongress, auf dem die eigentliche Geburt der neuen Partei erfolgte, fand am 14.—15. August 1892 zu Genua statt. Am ersten Sitzungstage kam es zu tumultuösen Streitigkeiten mit den Anarchisten aller Nüancen und der endgültigen Scheidung von denselben, am zweiten Tage fand die Diskussion über das Parteiprogramm statt, das einstimmig angenommen wurde. Dasselbe lautete:

In Anbetracht,

dass in dem heute bestehenden socialen System die Menschen notwendigerweise in zwei Klassen sich einteilen: auf der einen Seite die ausgebeuteten Arbeiter, auf der anderen Seite die Kapitalisten, welche die socialen Reichtümer aller Art besitzen und monopolisieren;

dass die Lohnarbeiter beiderlei Geschlechtes, was auch immer ihr Beruf oder ihre Kunst ist, durch die Thatsache der ökonomischen Abhängigkeit das Proletariat bilden, das zu einem Zustand des Elends, der Inferiorität und der Unterwerfung verurteilt ist;

dass jeder Bürger ein gleiches Recht auf die Genüsse der Wohlthaten des socialen Lebens hat, deren erste die sociale Sicherheit der Existenz

ist, sofern er nur nach dem Masse seiner Kräfte dazu beiträgt, diese beizuschaffen und zu erhalten;

in der Erkenntnis:

dass die ökonomischen und socialen Organismen, die thatsächlich existieren, nur die Herrschaft der Monopolbesitzer der natürlichen und socialen Reichtümer über die arbeitenden Klassen darstellen;

dass die Arbeiter ihre Befreiung nur dann erlangt haben werden, wenn die Arbeitsmittel (Grund und Boden, Fabriken, Transportmittel u.s.f.) und die Leitung der Produktion socialisiert sind;

in Anbetracht,

dass ein solches Ziel nur erreicht werden kann mittelst der Aktion des als Klasse organisierten Proletariats, das allen andern Parteien selbständig gegenübersteht und in doppelter Weise wirksam ist,

1. im gewerkschaftlichen Kampfe für die unmittelbare Verbesserung der Arbeitsverhältnisse (Arbeitszeit, Löhne, Fabrikordnungen u. s. f.), für die besonders die Arbeitskammern (chambres, bourses de travail) und die Arbeitersyndikate geschaffen sind;
2. in einem viel weitergehenden Kampfe für die Eroberung der öffentlichen Gewalten (Staat, Commune, öffentliche Verwaltungen), der geführt wird, um sie aus Werkzeugen der Unterdrückung und Ausbeutung, die sie heute sind, in Werkzeuge für die ökonomische und politische Expropriation der herrschenden Klasse zu verwandeln;

beschliessen die italienischen Arbeiter, deren Ziel die Befreiung ihrer Klasse ist, sich als Partei auf der Basis der oben genannten Principien zu konstituieren.

Ein Statut, das sich daran anschloss, regelte die innere Verwaltung der Partei, Geschäftsordnung für die Kongresse, Einrichtung eines aus 7 Personen bestehenden Centralkomitees, die Gründung einer Unterstützungskasse für Verfolgte u. s. f. Die Sektionen behielten ihre Namen und administrative Selbständigkeit. Ferner wurde als Princip ausgesprochen, dass die Partei an den Wahlkämpfen sich mit eigenen Kandidaten beteiligt; die „Lotta di classe“ wurde zum Parteiorgan erklärt.

An dem Kongress von Genua nahmen mehr als 200 Gesellschaften teil, darunter auch Delegierte aus dem südlichen Italien (Neapel) und besonders aus Sizilien, wo eine grosse Zahl von socialistischen Vereinen (130 Fasci dei lavatori mit ca. 300,000 Anhängern) in der letzten Zeit entstanden waren. Wie der Bericht an dem Züricher Kongress von 1893 ausführte, kann die Zahl der aktiven Mitglieder der Partei auf ca. 200,000 geschätzt werden. Zu den 220 bereits aufgenommenen Gesellschaften sind noch ganz kürzlich die föderierten Landarbeitervereine der Provinz Mantua mit 11,000 Angehörigen hinzugekommen. Von grosser propagandistischer Wirkung war die Maifeier des Jahres 1893, bei der 60,000 Exemplare einer Festnummer der „Lotta di classe“ verbreitet wurden. Die allgemeinen Parlamentswahlen, die November 1892 stattfanden, überraschten die kaum gebildete Partei. Trotzdem stellte sie nicht weniger als 25 Kandidaten auf. Erfolgreich war sie in Guastalla (Reggio Emilio), wo Camillo Prampolini, in Carpi (Modena), wo Gregorio Agnini, der Bauernagitator, in Borgo S.

Donnino (Parma), wo Berenini gewählt wurden. Noch andere Kandidaten, die dem Socialismus sympathisch gegenüberstehen, wurden gewählt, aber nicht allein durch socialistische Stimmen. Andrea Costa unterlag in Imola um einige Dutzend Stimmen den Wahlpraktiken seiner Gegner.

Auch die socialistische Presse hat sich rapide entwickelt. Das wissenschaftliche Organ ist die „Critica sociale"; das Centralorgan die „Lotta di classe". Ausserdem sind noch zu nennen: die „Gerechtigkeit" Reggio Emilia; das „Echo des Volks" Cremona; der „comaskische Arbeiter" Como; der „Ruf des Volks" Turin; das „Volk" Bergamo; der „brescianische Arbeiter", die „Fackel" von Correggio; die „Bewegung" Imola; der „Weckruf" Forli; der „Kollektivist" Ravenna; der „Hebel" Colle d'Elsa; die „sociale Gerechtigkeit" Palermo; das „Meer" Traposi; die „Feile" Onaglia; der „Gedanke" San Remo; der „Vorwärts" und der „Steinmetz" Mailand.

Neben der socialistischen geht eine Gewerkschaftsbewegung einher, die sich in den Arbeitskammern oder -börsen konzentriert und, oft unterstützt von den Municipalitäten, eine rapide Ausdehnung gewonnen hat. Es gab deren 1893 14, die mit einander föderiert sind und ihren Kongress im selben Jahre zu Parma abhielten. Die Kammer zu Rom zählt 29 Syndikate mit 3000 Associierten; Florenz 2000 Associierte, Bologna 60 Sektionen und 16,000 Associierte; Parma 10 Gesellschaften mit 1200 Associierten; Turin 12 Sektionen und 3900 Associierte; Mailand 40 Sektionen und 10,000 Associierte; Pavia 19 Sektionen und 600 Associierte; Cremona 1000 Associierte; Brescia 14 Gesellschaften mit 1400 Associierten; Padua 1400 Associierte. In Verona, Bergamo, Como, Neapel arbeitet man an der Errichtung solcher Arbeitskammern. Die wichtigsten Widerstandsgesellschaften sind: die Gesellschaft der Typographen mit ihrem eigenen Journal, „Der Vorwärts", in Mailand; die Föderation der Steinmetzen mit dem Journal „Der Steinmetz", in Mailand; die internationale Föderation der Handschuhmacher.

In Verbindung mit der socialistischen Bewegung in Reggio Emilia, Finale u. s. f. stehen noch die Kooperativgesellschaften der ländlichen Arbeiter, die direkt Arbeiten von den Communen und dem Staat zur Ausführung übernehmen. (S. Produktivgenossenschaften.)

Auf dem Züricher Kongress 1893 waren die italienischen Socialisten durch 22 Delegierte, darunter Croce, Labriola, Prampolini und Turati vertreten. Am 8.—11. September fand in Reggio Emilia, dem Hauptsitz der Landarbeiter Mittelitaliens, der Nationalkongress der „socialistischen Partei der italienischen Arbeiter" — dies der auf dem Kongress beschlossene Name — statt. Nach dem Rechenschaftsbericht hatten 294 Vereine mit 107,830 Mitgliedern ihren Anschluss an die socialdemokratische Partei erklärt. Die Hauptstärke hat die Partei in Sicilien, wo sie 65,932 eingeschriebene Mitglieder zählt, dann folgt Ligurien mit 25,756, die Emilia mit 9714 und Piemont mit 2058 Mitgliedern.

Kapital. „Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie" ist der Titel des Hauptwerkes von Karl Marx. Es bildet die Fortsetzung seiner 1859 erschienenen Schrift „Zur Kritik der politischen Oekonomie", deren

Inhalt im ersten Kapitel des „Kapital“ resümiert ist. Der erste Band dieses Werkes erschien 1867, der zweite wurde nach dem Tode von Marx von F. Engels 1885 herausgegeben, der dritte Band ist unter der Presse. Marx hat kein nationalökonomisches System aufstellen wollen, er bezeichnet selbst als Zweck seiner Arbeit die Kritik, die Erforschung der kapitalistischen Produktionsweise und der ihr entsprechenden Produktions- und Verkehrsverhältnisse. Aus dieser Kritik ergibt sich mit Notwendigkeit der Schluss, dass an die Stelle der auf Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine kollektivistische treten wird.

Marx stellt an die Spitze seiner Untersuchungen den Satz: „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ungeheure Warensammlung, die einzelne Ware als seine Elementarform.“ Er beginnt deshalb mit einer Analyse der Ware.

„Eine Ware hat vier Eigenschaften: 1. Sie ist ein äusserer Gegenstand. 2. Sie befriedigt durch ihre Eigenschaften menschliche Bedürfnisse irgend einer Art. 3. Menschliche Arbeit ist irgendwie in ihr verkörpert. 4. Sie ist nicht für den Konsum des Produzenten bestimmt, sondern soll durch den Austausch auf einen andern übertragen werden.“ — So hat Marx klar definiert, was er unter Ware versteht. Die Ware ist ihm eine historische, keine logische Kategorie. Sie ist etwas der kapitalistischen Produktionsweise Eigentümliches. Seine Ausführungen über die Ware beziehen sich also nur auf diese Produktionsweise.

Die Ware ist unter doppeltem Gesichtspunkt zu betrachten, nach Qualität und Quantität. Die Qualität der Waren stellt ihren Gebrauchswert dar. Da nun Gebrauchswert einer Art sich gegen Gebrauchswert anderer Art austauscht, x Ware $A = y$ Ware B, so müssen alle Waren sich als Summen von Einheiten, die in jeder Ware vorhanden sind, darstellen lassen. Aus dem Umstande, dass wir Waren gegen einander austauschen, dass ein bestimmtes Quantum einer Ware einem bestimmten Quantum einer anderen Ware gleichgesetzt wird, folgt, dass etwas Gemeinsames in allen Waren enthalten ist. Dies Gemeinsame ist „abstrakt menschliche Arbeit“. In dieser Hinsicht besteht zwischen verschiedenen Waren nur ein quantitativer Unterschied. Der Masstab der Arbeit ist die Zeit, und zwar die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. „Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um irgend einen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen.“ Letzterer ist auch etwas Relatives, in verschiedenen Ländern und Kulturepochen verschieden, ist aber in einer vorhandenen Gesellschaft bestimmt. Auf diese einfache Durchschnittsarbeit als Einheit können alle komplizierteren Arbeiten reduziert werden. Dafür, dass dies in der That beständig geschieht, beruft Marx sich auf die Erfahrung. Wir heben, um ein Missverständnis auszuschliessen, nochmals hervor, dass dies nur gilt, soweit das Produkt der Arbeit als Ware auftritt, d. h. zum Austausch auf dem Markt erscheint.

Diese gesellschaftliche Durchschnittsarbeit ist die „wertbildende Sub-

stanz“. Da sie auf Zeit zurückgeführt werden kann, so ist in jeder Ware ein Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit vorhanden. Diese bestimmt den Wert. Es folgt: je geringer die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, d. h. je grösser die Produktivkraft der Arbeit, desto geringer der Wert der Ware.

Dem Unterschiede zwischen Gebrauchswert und Wert der Ware entspricht die zwieschlächtige Natur der Arbeit selbst. Die Arbeit als Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im physiologischen Sinn — d. h. quantitativ betrachtet — bildet den Wert, die Arbeit als Verausgabung menschlicher Arbeitskraft in besonderer Form — d. h. qualitativ betrachtet — bildet den Gebrauchswert.

Weil in allen Waren etwas Gemeinsames vorhanden ist, können sie alle ihren Wert in einer Ware ausdrücken. Diese Ware erhält dadurch den Charakter des allgemeinen Aequivalents. Wird durch die historische Entwicklung einer Ware ausschliesslich dieser Charakter aufgedrückt, so wird sie zur Geldware. Das gesellschaftliche Monopol, allgemeines Aequivalent zu sein, ist dem Golde zugefallen. Dies war nur möglich, weil bereits in allen Waren, auch dem Gold, etwas Gemeinsames — die Arbeitszeit — vorhanden war. Auf die meisterhaften Ausführungen von Marx über die verschiedenen Funktionen des Geldes können wir hier nicht näher eingehen.

Im zweiten Abschnitt untersucht Marx die Verwandlung von Geld in Kapital. Das Geld ist die erste Erscheinungsform des Kapitals. Geld, das eine Ware kauft, um sie nachher wieder teurer zu verkaufen, wirkt als Kapital. Woher stammt diese Differenz? fragt Marx. Sie kann nicht dadurch entstehen, dass der Kapitalist unter dem Werte kauft und über dem Werte verkauft. Im einzelnen Fall mag sich ein Kapitalist dadurch bereichern, im grossen und ganzen heben sich diese Manipulationen in ihrer Wirksamkeit auf. Marx setzt voraus, dass immer gleiche Werte ausgetauscht werden. Bei solchem Austausch können beide Seiten gewinnen, was den Gebrauchswert anbetrifft. Beide können aber nicht an Tauschwert gewinnen. Aus der Warencirkulation als solcher kann der Gewinn des Kapitalisten deshalb nicht erklärt werden. Die Lösung findet Marx darin, dass der Kapitalist eine Ware auf dem Markte findet, welche er zu ihrem Werte kaufen und zu ihrem Werte verkaufen kann und trotzdem einen Ueberschuss erzielen wird. Diese eigentümliche Ware ist die Arbeitskraft.

Unter Arbeitskraft versteht Marx den Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten, die in der Leiblichkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen existieren und die er in Bewegung setzt, so oft er Gebrauchswerte irgend einer Art produziert. Die Arbeitskraft wird heute, wo die kapitalistische Produktionsweise herrscht, vom Arbeiter als Ware auf dem Markt verkauft. Ihr Wert ist, wie der jeder anderen Ware, bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, des betreffenden Individuums notwendige Arbeitszeit. Das Individuum braucht zu seiner Erhaltung eine gewisse Summe von Lebensmitteln, d. h. Nahrung, Kleidung, Wohnung u. s. w. Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit stellt sich so dar als die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit.

Der Wert der Arbeitskraft ist also gleich dem Wert der zur Erhaltung und Reproduktion ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel. Der Umfang derselben — der standard of life — hängt ab von der Kulturstufe des Landes, ist also nur historisch bestimmt. In diesem Punkte unterscheidet sich die Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft von der aller anderen Waren. Der standard of life ist, wenn er sich auch historisch verändert, für ein bestimmtes Land zu einer bestimmten Periode gegeben. Die unterste Grenze ist die Summe der physisch unentbehrlichen Lebensmittel, das sog. Existenzminimum. Wird diese Grenze erreicht oder überschritten, so ist der Preis der Arbeitskraft unter ihren Wert gesunken Dieser Zustand ist nur vorübergehend möglich, er korrigiert sich selbst durch den Tod des Arbeiters. Marx nimmt für den Zwech seiner ökonomischen Deduktionen an, dass der Arbeiter in der Regel für den vollen Wert seiner Arbeitskraft ein Aequivalent im Arbeitslohn erhält.

Das Eigentümliche der Ware Arbeitskraft ist, dass ihr Gebrauchswert nicht bei Abschluss des Kontraktes zwischen dem Käufer und Verkäufer derselben in die Hand des Käufers übergehen kann. Die Leistung ist nicht einmalig, sondern dauernd. Da der Arbeiter in der Regel erst nach Ablauf einer gewissen Zeit den Gegenwert erhält, so schiesst er dem Kapitalisten den Gebrauchswert der Arbeitskraft für diese Zeit vor. Der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft zeigt sich erst im wirklichen Verbrauch, im Konsumtionsprozess der Arbeitskraft. Und dieser Gebrauchswert besitzt die eigentümliche Beschaffenheit, Quelle von Wert zu sein. Die Arbeitskraft ist eine Ware, deren Verbrauch selbst Vergegenständlichung von Arbeit, daher Wertschöpfung ist.

Die vergangene Arbeit, die in der Arbeitskraft steckt, und die lebendige Arbeit, die sie leisten kann, sind zwei ganz verschiedene Grössen. Die erstere bestimmt ihren Tauschwert, die andere bildet ihren Gebrauchswert. Dass ein halber Arbeitstag nötig, um ihn während 24 Stunden am Leben zu erhalten, hindert den Arbeiter keineswegs, einen ganzen Tag zu arbeiten. Weil die Arbeitskraft die Fähigkeit hat, mehr Arbeit zu leisten, als in ihr steckt, deshalb kann der Arbeiter „Mehrarbeit“ leisten. Der Wert dieser Mehrarbeit ist der „Mehrwert“.

Im Arbeitsprozess wird der Wert der verbrauchten Arbeitsmittel und des Rohproduktes auf das Arbeitsprodukt übertragen. Ausserdem wird vom Arbeiter Wert zugesetzt. Würde der Arbeiter, nachdem er so viel Wert zugesetzt hat, wie der Wert seiner Arbeitskraft beträgt, die Arbeit einstellen, so wäre kein Mehrwert erzeugt. Da der Arbeiter aber länger arbeitet, so setzt er dem Produkte Mehrwert zu.

„In ihrer abstrakten allgemeinen Eigenschaft, als Verausgabung menschlicher Arbeitskraft, setzt die Arbeit des Spinners den Werten von Baumwolle und Spindel Neuwert zu, und in ihrer konkreten, besonderen, nützlichen Eigenschaft als Spinnprozess überträgt sie den Wert dieser Produktionsmittel auf das Produkt und erhält so ihren Wert im Produkt. Durch das bloss quantitative Zusetzen von Arbeit wird neuer Wert zugesetzt, durch die Qualität der zugesetzten Arbeit werden die alten Werte der Produktionsmittel im Produkt erhalten.“

In dem Wert eines Arbeitsproduktes erscheint also der Wert der verzehrten Produktenbildner — d. h. der Produktionsmittel (Arbeitsmittel und Rohstoff) und der Arbeitskraft — wieder und ausserdem ein Mehrwert.

Marx nennt den durch Verlängerung des Arbeitstages produzierten Mehrwert den „absoluten Mehrwert“, den Mehrwert dagegen, der aus der Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit — d. h. der Arbeitszeit, in der der Wert der Arbeitskraft reproduziert wird — und entsprechender Veränderung im Grössenverhältnis der beiden Bestandteile des Arbeitstages entspringt, „relativen Mehrwert“.

Ist durch Gesetzgebung oder Koalitionen der Arbeiter die Länge des Arbeitstages bestimmt, so kann eine Steigerung des Mehrwertes nur durch eine Erhöhung des relativen Mehrwertes stattfinden. Besteht z. B. ein Maximalarbeitstag von 11 Stunden und produziert der Arbeiter den Wert seiner Arbeitskraft in 7 Stunden, so beträgt die Mehrarbeit 4 Stunden. Ausdehnung derselben ist nur möglich durch Verminderung des Wertes der Arbeitskraft, wodurch erreicht wird, dass der Arbeiter denselben z. B. in 6 Stunden reproduzieren kann. Je grösser nun die Produktionskraft der Arbeit wird (sie steigt mit der Kultur, den Erfindungen, der Bevölkerungsdichtigkeit u. s. w.), desto geringer wird der Wert der Arbeitskraft, da in kürzerer Zeit die Unterhaltsmittel produziert werden können, und desto grösser der relative Mehrwert.

Um die Höhe des absoluten und relativen Mehrwertes dreht sich der Kampf. Marx führt dies am Beispiele der englischen Industrie aus. In ersterer Beziehung handelt es sich um die Länge des Arbeitstages. Was die kapitalistische Produktionsweise, wenn sie nicht durch eine Fabrikgesetzgebung gehemmt ist, in der Verlängerung des Arbeitstages über alle natürlichen Grenzen hinaus zu leisten im stande ist, führt Marx an der Hand offizieller Dokumente an der Geschichte einiger englischer Industriezweige, in denen keine gesetzlichen Schranken bestanden, aus. Die Rücksichtslosigkeit des Kapitals gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters führte schliesslich zur Fabrikgesetzgebung.

Im vierten Abschnitt gibt uns Marx eine Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise. Seine Ausführungen über Kooperation, Teilung der Arbeit und Manufaktur, Maschinerie und grosse Industrie beruhen auf gründlichsten nationalökonomischen, historischen und technischen Studien; sie bilden eine der glänzendsten Partieen des Werkes.

Im fünften Abschnitt stellt Marx die Produktion des absoluten und relativen Mehrwertes dar, und im sechsten Abschnitt betrachtet er den Arbeitslohn in seinen verschiedenen Formen, Zeitlohn, Stücklohn u. s. w.

Der siebente und letzte Abschnitt behandelt den Accumulationsprozess des Kapitals. Bei der Darstellung desselben nimmt Marx an, dass der Kapitalist der einzige Aneigner des Mehrwertes ist. Dass derselbe den ganzen Mehrwert nicht behält, vielmehr Teile desselben an verschiedene Kategorieen von Personen, den Grundeigentümer u. s. w., in den Formen von Profit, Zins, Handelsgewinn, Grundrente u. s. w. abgeben muss, wird von Marx angedeutet. Die nähere Untersuchung dieser verwandelten Formen des Mehrwertes wird aber dem dritten Buch vorbehalten. Im ersten Buch

betrachtet Marx den Kapitalisten als den Repräsentanten aller Teilnehmer am Mehrwert.

In dem Falle, wo der Kapitalist den Mehrwert konsumiert, also immer mit derselben Kapitalsumme in den Produktionsprozess eintritt, spricht Marx von einfacher Reproduktion, in dem Falle aber, wo er einen Teil des Mehrwertes in Kapital verwandelt, von Accumulation des Kapitals. Dies ist ihm also nur ein anderer Ausdruck für Kapitalisation des Mehrwertes. Im Vergleiche mit diesem kapitalisierten Mehrwert wird im Laufe der Zeit das ursprünglich vorgeschossene Kapital, das vielleicht das Produkt eigner Arbeit des Besitzers war, zu einer verschwindenden Grösse, magnitudo evanescens, wie Marx sagt.

Durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise ist der Kapitalist gezwungen, nur einen Teil des Mehrwertes zu verzehren, den anderen Teil aber seinem Kapital zuzuschlagen. Sein treibendes Motiv ist die Vermehrung des Tauschwertes. „Als Fanatiker der Verwertung des Wertes zwingt er rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen, daher zu einer Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Schöpfung von materiellen Produktionsbedingungen, welche allein die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprincip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist."

Das wichtigste Kapitel des „Kapital" ist wohl das XXIII., in dem Marx untersucht, welchen Einfluss das Wachsen des Kapitals auf das Geschick der Arbeiterklasse ausübt. — Das Kapital zerfällt in zwei Bestandteile, das konstante und das variable Kapital. Konstantes Kapital nennt Marx den Teil des Kapitals, der sich in Produktionsmittel, d. h. in Rohmaterial, Hülfsstoffe und Arbeitsmittel umsetzt, variables Kapital dagegen den in Arbeitskraft umgesetzten Teil. (Die Ausdrücke wählt Marx, weil der Wert des ersteren Teils im Produktionsprozess nicht verändert wird, der letztere Teil aber sein eigenes Aequivalent reproduziert und einen Ueberschuss darüber, den Mehrwert, ergibt.) — Wächst das Kapital, so auch sein variabler Bestandteil, deshalb steigt die Nachfrage nach Arbeitern, und, wenn die Zufuhr nicht so schnell steigt, der Arbeitslohn. Das Abhängigkeitsverhältnis des Lohnarbeiters wird damit aber nicht aufgehoben, das Steigen des Arbeitslohnes wird eine gewisse Höhe nicht überschreiten können, da die Kapitalistenklasse schliesslich die Accumulation einschränkt, bis der Arbeitslohn wieder auf ein den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechendes Niveau gefallen ist. „Die Erhöhung des Arbeitspreises bleibt eingebannt in Grenzen, die die Grundlagen des kapitalistischen Systems nicht nur unangetastet lassen, sondern auch seine Reproduktion auf wachsender Stufenleiter sichern."

Marx hat hier zuerst vorausgesetzt, dass das Verhältnis der beiden Bestandteile, des konstanten und des variablen, des Kapitals zu einander nicht verändert wird bei der Accumulation. Im Laufe der Entwicklung wird die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit aber immer grösser, d. h. ein bestimmtes Quantum Arbeit verwandelt in gegebener Zeit mehr Rohstoffe in Produkte, d. h. der konstante Teil des Kapitals wächst im *Verhältnis* zum variablen. Relativ wird der variable Kapitalbestandteil —

d. h. der in Arbeitskraft umgesetzte — vermindert, absolut kann er aber auch steigen.

Wenn das Verhältnis des konstanten zum variablen Kapital ursprünglich 1 : 1 war, so wird es mit dem Fortgang der Accumulation zu 2 : 1, 3 : 1, 4 : 1, 5 : 1 u. s. w. Statt 1/2 des Gesamtwertes des Kapitals wird also nur 1/3, 1/4, 1/5, 1/6 u. s. w. in Arbeitskraft umgesetzt. Jede Steigerung der Produktivkraft der Arbeit vermindert deshalb die relative Grösse des variablen Kapitalbestandteils, damit die Nachfrage nach Arbeitern. Die ruckweise Steigerung, Einführung von neuen Maschinen u. s. w. wirft die Arbeiter aufs Pflaster, schafft die „Surpluspopulation", die „industrielle Reservearmee", die dem Kapital ganz so absolut gehört, als ob es sie auf seine eigenen Kosten grossgezüchtet hätte. „Sie schafft für seine wechselnden Verwertungsbedürfnisse das stets bereite, exploitable Menschenmaterial, unabhängig von den Schranken der wirklichen Bevölkerungszunahme." (S. a. Bevölkerungstheorie, Marx.)

In der ersten Zeit der kapitalistischen Produktion veränderte sich die Zusammensetzung des Kapitals nur sehr allmählich. Der Accumulation entsprach deshalb im ganzen verhältnissmässiges Wachstum der Arbeitsnachfrage. In neuester Zeit werden in immer kürzeren Zwischenräumen Verbesserungen des Produktionsprozesses eingeführt. Beständig werden so Arbeiter „freigesetzt". Daher das Problem der Arbeitslosigkeit, daher die grösste Armut in den reichsten Ländern. „Die ganze Bewegungsform der modernen Industrie erwächst aus der beständigen Verwandlung eines Teils der Arbeiterbevölkerung in unbeschäftigte oder halbbeschäftigte Hände." Sie drücken durch das Angebot auf den Arbeitslohn und zwingen die beschäftigten Arbeiter, sich den ihnen gestellten Bedingungen zu unterwerfen, Ueberarbeit zu verrichten u. s. w. „Die Ueberarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Ueberarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt." Aus dem Vorhandensein der „industriellen Reservearmee" erklärt Marx die Erscheinungen, welche andere Oekonomen zur Aufstellung des von Lassalle sogen. „ehernen Lohngesetzes" führten. Die auf dem Malthusianismus beruhende Begründung dieses Gesetzes erklärt Marx bereits 1867, wie später auch in dem Programmbrief, für falsch.

Marx unterwirft die Existenzformen der relativen Uebervölkerung oder industriellen Reservearmee einer genaueren Betrachtung. Er kommt zu dem Schluss, dass die kapitalistische Accumulation, welche auf der einen Seite Reichtum hervorbringt, auf der andern Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralische Degradation erzeugt. Dies sucht Marx aus der wirtschaftlichen Geschichte Englands von 1846 bis 1866 zu beweisen. Seine auf officiellen Dokumenten beruhenden Schilderungen der Lage der schlecht bezahlten Schichten der britischen industriellen Arbeiterklasse und des Ackerbauproletariats, seine Darstellungen der Krisen, der wirtschaftlichen Lage der Proletarier in Irland enthüllen geradezu entsetzliche Verhältnisse. Er schliesst das betreffende Kapitel mit den Worten: „Mit der Accumulation der Grundrente in Irland hält

Schritt die Accumulation der Irländer in Amerika. Der durch Schaf und Ochs beseitigte Ire ersteht auf der anderen Seite des Oceans als Fenier. Und gegenüber der alten Seekönigin erhebt sich drohend und drohender die junge Riesenrepublik.

Acerba fata Romanos agunt
Scelusque fraternae necis."

Marx wendet sich dann der Untersuchung der Frage zu, wie die sogen. ursprüngliche Accumulation vor sich gegangen sei, d. h. wie der Kapitalstock sich gebildet habe, der den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion bildet, die er bis dahin betrachtet hat. Als Legende verspottet er die Darstellung, dass die Armut der grossen Masse, die nichts zu verkaufen hat als ihre Arbeitskraft, und der Reichtum der Wenigen, der stets wächst, obwohl sie längst aufgehört haben zu arbeiten, dadurch entstanden sei, dass es „auf der einen Seite eine fleissige, intelligente und vor allem sparsame Elite und auf der andern faulenzende, ihr Alles und mehr verjubelnde Lumpen" gegeben habe. Er hat dabei Ausführungen im Auge, wie wir sie z. B. bei Roscher, Grundlagen der Nationalökonomie, finden, wo es in § 189 heisst: „Denken wir uns ein Fischervolk ohne Privateigentum und Kapital, das nackt in Höhlen wohnt und sich von Seefischen nährt, welche, bei der Ebbe in Uferlachen zurückgeblieben, mit blosser Hand gefangen werden. Alle Arbeiter mögen hier gleich sein, und jeder drei Fische sowohl fangen als verzehren. Nun beschränkt ein kluger Mann 100 Tage lang seinen Konsum auf zwei Fische täglich und benutzt den auf solche Art gesammelten Vorrat von 100 Fischen dazu, 50 Tage lang seine ganze Arbeitskraft auf Herstellung eines Bootes und Fischnetzes zu verwenden, u. s. w." — Marx weist am Beispiel der englischen Geschichte nach, dass der Kapitalstock der heutigen Gesellschaft hervorgegangen ist aus der Auflösung der feudalen Wirtschaftsordnung. Namentlich das Aufblühen der flandrischen Wollmanufaktur und das entsprechende Steigen der Wollpreise gab in England den Anstoss zur Verwandlung von Ackerland in Schafweide, was zur Verjagung der Bauernschaft von dem Grund und Boden und zur Usurpation des Gemeindelandes führte. Dieser gewaltsame Expropriationsprozess wurde überaus gefördert durch die Reformation und die damit zusammenhängende Einziehung der Kirchengüter, des Patrimoniums der Armen. Unter der Restauration der Stuarts und nach der glorious revolution wurde derselbe in grossartigem Masstabe fortgesetzt. Das Werkzeug waren die „Bills for Inclosures of Commons" und das sog. Clearing of Estates, Bauernlegen. „Der Raub der Kirchengüter, die fraudulente Veräusserung der Staatsdomänen, der Diebstahl des Gemeindeeigentums, die usurpatorische und mit rücksichtslosem Terrorismus vollzogene Verwandlung von feudalem und Claneigentum in modernes Privateigentum, es waren ebensoviele idyllische Methoden der ursprünglichen Accumulation. Sie eroberten das Feld für die kapitalistische Agrikultur, einverleibten den Grund und Boden dem Kapital und schufen der städtischen Industrie die nötige Zufuhr von vogelfreiem Proletariat." Hand in Hand ging damit seit Ende des 15. Jahrhunderts die Gesetzgebung zur *Herabdrückung* des Arbeitslohns. Aus dem leibeigenen Bailiff ging der

kapitalistische Pächter hervor. Die Bourgeoisie wurde zur vollen Entwicklung gebracht durch das Kolonialsystem, Staatsschuldensystem, moderne Steuersystem und Protektionssystem. In jedem Falle benutzte man „die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Macht der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozess der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmässig zu fördern und die Uebergänge abzukürzen. Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz."

Alle diese Ausführungen von Marx beruhen auf gründlichsten Forschungen, jede einzelne Behauptung ist belegt durch zahlreiche zuverlässige Quellenstellen. Trotzdem ist das Gesamtbild unrichtig, da Marx nur eine Seite, die rein ökonomische, ins Auge fasst und auch hier nur die dunklen Stellen beleuchtet. Die Methoden, durch die an die Stelle persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse die freie Lohnarbeit, an die Stelle dinglicher Rechtsverhältnisse das rein obligatorische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer trat, waren gewiss nicht idyllisch. Der durch dieselben herbeigeführte Fortschritt war jedoch, wie Marx auch an anderen Stellen ausführt, von den segensreichsten Wirkungen. Marx weilt aber, wohl veranlasst durch den Gegensatz zu jenen „Vulgärökonomen", welche überall nur Harmonie der Interessen erblicken wollen, gerade bei den Leiden und Qualen eines Teils der Bevölkerung, welche für das Glück des Ganzen vielleicht notwendig waren.

Hören wir schliesslich noch, wie Marx seine Ansichten über die wirtschaftliche Entwicklung zusammenfasst und was er als die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Accumulation betrachtet. In keiner Stelle seines Werkes tritt seine Grundauffassung so klar hervor. Es heisst auf Seite 726 u. ff. der 2. Auflage:

„Das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln ist die Grundlage des Kleinbetriebs, der Kleinbetrieb eine notwendige Bedingung für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der freien Individualität des Arbeiters selbst. Allerdings existiert diese Produktionsweise auch innerhalb der Sklaverei, Leibeigenschaft und anderer Abhängigkeitsverhältnisse. Aber sie blüht nur, schnellt nur ihre ganze Energie, erobert nur die adäquate klassische Form, wo der Arbeiter freier Privateigentümer seiner von ihm selbst gehandhabten Arbeitsbedingungen ist, der Bauer des Ackers, den er bestellt, der Handwerker des Instruments, worauf er als Virtuose spielt.

„Diese Produktionsweise unterstellt Zersplitterung des Bodens und der übrigen Produktionsmittel. Wie die Konzentration der letztern, so schliesst sie auch die Kooperation, Teilung der Arbeit innerhalb derselben Produktionsprozesse, gesellschaftliche Beherrschung und Regelung der Natur, freie Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte aus. Sie ist nur verträglich mit engen naturwüchsigen Schranken der Produktion und der Gesellschaft. Sie verewigen wollen, hiesse, wie Pecqueur mit Recht sagt, „die allgemeine Mittelmässigkeit dekretieren". Auf einem gewissen Höhegrad bringt sie die materiellen Mittel ihrer eigenen Vernichtung zur Welt. Von diesem Augenblick an regen sich Kräfte und Leidenschaften im Gesell-

schaftsschosse, welche sich von ihr gefesselt fühlen. Sie muss vernichtet werden, sie wird vernichtet. Ihre Vernichtung, die Verwandlung der individuellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrierte, daher des zwerghaften Eigentums Vieler in das massenhafte Eigentum Weniger, daher die Expropriation der grossen Volksmasse von Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten, diese furchtbare und schwierige Expropriation der Volksmasse bildet die Vorgeschichte des Kapitals. Sie umfasst eine Reihe gewaltsamer Methoden, wovon wir nur die epochemachenden als Methoden der ursprünglichen Accumulation des Kapitals Revue passieren liessen. Die Expropriation der unmittelbaren Produzenten wird mit schonungslosestem Vandalismus und unter dem Trieb der infamsten, schmutzigsten, kleinlichst gehässigsten Leidenschaften vollbracht. Das selbst erarbeitete, sozusagen auf Verwachsung des einzelnen, unabhängigen Arbeitsindividuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Privateigentum wird verdrängt durch das kapitalistische Privateigentum, welches auf Exploitation fremder, aber formell freier Arbeit beruht.

„Sobald dieser Umwandlungsprozess nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zersetzt hat, sobald die Arbeiter in Proletarier, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt sind, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füssen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, also gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die weitere Expropriation der Privateigentümer, eine neue Form. Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbst wirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitierende Kapitalist.

„Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Centralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Centralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewusste technische Anwendung der Wissenschaft, die planmässige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Oekonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts, und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Centralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des *kapitalistischen Privateigentums* schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert.

„Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Aera: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.

„Die Verwandlung des auf eigener Arbeit der Individuen beruhenden, zersplitterten Privateigentums in kapitalistisches ist natürlich ein Prozess, ungleich mehr langwierig, hart und schwierig, als die Verwandlung des thatsächlich bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches. Dort handelte es sich um die Expropriation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse."

Der Inhalt des zweiten Bandes ist resümiert in dem Artikel „Cirkulationsprozess des Kapitals".

Kassenverhältnisse der socialdemokratischen Partei Deutschlands. Auf dem Wydener Kongress wurde berichtet, dass von November 1878 bis 1. August 1881 eingenommen seien circa 37,310 M., von denen circa 27,650 M. für die verschiedenen Unterstützungen ausgegeben wären. In Kopenhagen, April 1883, wurde eine Einnahme von circa 95,000 M. und eine Ausgabe von 92,100 M. verrechnet; die Ausgaben lokaler Gruppen für Wahlen, Unterstützungen wurden auf mindestens 150,000 M. veranschlagt. In St. Gallen, 1887, teilte der Berichterstatter mit:

Am 1. April 1883 standen zur Verfügung	2,758	M.	61 Pf.
dazu seien gekommen bis Ende Dezember 1883 . .	9,296	„	43 „
vom 1. Januar bis 31. Dezember 1884	37,165	„	63 „
vom 1. Januar bis 31. Dezember 1885	29,328	„	47 „
vom 1. Januar bis 31. Dezember 1886	30,195	„	11 „
vom 1. Januar bis 31. August 1887	27,004	„	33 „
in Summa	135,748	M.	58 Pf.
Ferner gingen in dem Zeitraum vom 1. April 1883 bis 31. August 1887 von im Ausland lebenden Genossen gesammelte Gelder ein in Höhe von	52,907	„	12 „
und belaufe sich also die Gesamt-Einnahme auf . .	188,655	M.	70 Pf.

Weiter sei einem der Mitglieder des Fraktionsvorstandes eine Summe von 20,000 M., die in Staatspapieren deponiert sei, zur Verfügung gestellt worden, die dieser seinerseits der Partei zur Verfügung stelle. — Diese 20,000 M. seien in der obigen Summe nicht einbegriffen.

Die Ausgaben innerhalb des angegebenen Zeitraums beliefen sich für die Wahlen, den Reichstag, die Unterstützung der Familien ausgewiesener und gemassregelter Genossen, Gerichts- und Verteidigungskosten und Gefängnisunterstützung auf insgesamt 169,254 M. 35 Pf., für Unterstützung von durch die Rheinüberschwemmung geschädigten Genossen

847 M. 22 Pf. Am 1. September dieses Jahres waren demnach noch zur Verfügung 18,494 M. 13 Pf.

Der Berichterstatter schätzte die Ausgaben lokaler Gruppen auf das Mehrfache der erwähnten Summen und konstatierte, dass die Parteigenossen in Amerika und in der Schweiz namhafte Beiträge gesandt hätten.

In Halle, 1890, führte Bebel aus:

Seit der Abrechnung auf dem Parteitag zu St. Gallen, die bis Ende August 1887 reichte, sind eingegangen:

		Einnahme:		Ausgabe:
für den Wahl- und Diätenfonds . .	M.	197,125. 30	M.	95,388. 50
für den Unterstützungsfonds . . .	„	104,241. 72	„	70,825. 17
für den Elberfelder Prozess . . .	„	19,080. 65	„	13,421. 45
Vermischtes	„	3,884. 40	„	12,449. 95
Zinsen	„	6,071. 65	„	—
Kapital- und Darlehenkonto . . .	„	41,305. —	„	191,240. 25
Kassenbestand am 1. September 1887 bezw. 1. Oktober 1890	„	18,800. 80	„	7,184. 20
	M.	390,509. 52	M.	390,509. 52

Die Partei hatte so ein Vermögen von annähernd 200,000 M. Ausserdem waren noch aufgebracht:

für den Hasencleverfonds	M.	15,388. 31
für den Kayser-Kräckerfonds	„	4,099. 40
für die gemassregelten Bergleute	„	5,909. 25

Die von den Parteimitgliedern für lokale Zwecke gesammelten Gelder wurden auf das Mehrfache der angeführten Summen geschätzt. Auch aus dem Auslande waren Beiträge eingelaufen und zwar aus Amerika, Holland, Belgien, der Schweiz, Oesterreich, Rumämien und Russland.

Auf dem Erfurter Parteitage wurde über das Rechnungsjahr vom 1. Oktober 1890 bis 30. September 1891 in folgender Weise berichtet:

A. Einnahmen.

Kassenbestand	M.	7,184. 20
Freiwillige Beiträge . .	„	168,845. —
Zinsen	„	5,690. 60
Schriften-Ueberschuss . .	„	838. 20
Ueberschuss d. „Vorwärts“	„	38,909. 30
Vermischte Einnahmen .	„	231. 50
Rückzahlung von Darlehen	„	9,352. —
Insgesamt . . .	M.	231,050. 80
Ausgaben . . .	„	134,949. 85
Ueberschuss . . .	M.	96,100. 95

B. Ausgaben.

Unterstützungen	M.	10,749. —
Prozess- u. Gefängniskosten	„	5,977. 35
Allgemeine Agitation . .	„	31,479. 90
Wahlagitation	„	8,446. 65
Reichstagskosten	„	15,706. 60
Verwaltungsausgaben . .	„	16,852. 30
Darlehen	„	25,562. —
Zuschuss für 2 Zeitungen	„	19,379. 05
Schriftendruck und vermischte Ausgaben . .	„	797. —
Insgesamt	M.	134,949. 85

Aus den Erläuterungen zu den Ausgaben führen wir an:

Reichstagsausgaben. Die Diätenhöhe ist gegen früher insofern verändert worden, als der Satz für den Aufenthalt in Berlin pro Tag von 5 auf 6 M. erhöht wurde. Es wurde Klage geführt, dass der frühere Satz in Anbetracht der Aufwendungen, die erfordert würden, zu niedrig

sei. An Wohnungsgeld werden für die Abgeordneten, die eine besondere Wohnung zu nehmen gezwungen sind, monatlich 25 M. gewährt. In der Höhe der Diäten besteht insofern eine Abstufung, als Fraktionsmitglieder, die ein eigenes Geschäft haben und in demselben durch ihre Abwesenheit geschädigt werden, statt 6 M. täglich 9 M. erhalten. In Berlin oder dessen nächster Umgebung wohnende Fraktionsmitglieder erhalten für den Tag, an dem sie einer Sitzung beiwohnen, 3 M., und wenn sie geschäftlich geschädigt werden, 6 M. Eine Anzahl besser situierter Fraktionsmitglieder verzichtet auf Entschädigung. Diäten werden nur für die Tage der Anwesenheit in Berlin und die Reisetage bezahlt.

Verwaltungsausgaben. Die Ausgabe von M. 16,852. 30 enthält die Umzugskosten der Sekretäre, die Einrichtungskosten des Bureaus (Schreibtische, Regale, Sitzungstisch, Gasbeleuchtung etc.), die Ausgaben für Miete, Beleuchtung, Feuerung, Buchbinderlöhne, Zeitungsabonnements, Drucksachen, Portis und Telegramme. Ferner die Kosten für zwei Telephone und die Ausgaben für die Konferenzen der gesamten Parteileitung und die Gehälter der Vorstandsmitglieder.

An Gehalt werden monatlich bezahlt: für zwei Sekretäre je 250 M., für einen Hülfssekretär — dessen Anstellung sich notwendig machte — 120 M., für den Kassierer 150 M., für die beiden Vorsitzenden je 50 M.

Auf Gesamtbeschluss des Vorstandes ist jedes Mitglied verpflichtet, das ihm bestimmte Gehalt anzunehmen, doch ist ihm unbenommen, in Form freiwilliger Beiträge an die Kasse ganz oder teilweise auf dasselbe zu verzichten, wovon Gebrauch gemacht wurde.

Darlehen. Unter den ausgeliehenen Darlehen befinden sich unter anderem 8000 M. Kautionsleistungen für verhaftet gewesene Parteigenossen, 4000 M. für eine Hypothek auf ein früher der Partei gehöriges Grundstück, die bereits wieder zurückgezahlt wurden, ferner 6000 M. an verschiedene in momentane Notlage gekommene Lokalblätter.

Die Partei führte fast den gesamten Ueberschuss an ihren Reservefonds ab, der dadurch auf fast 300,000 M. anwuchs.

Auf dem Berliner Parteitage, 1892, wurde folgender Bericht erstattet:

A. Einnahmen.			B. Ausgaben.		
Kassenbestand	M.	2,020. —	Unterstützungen	M.	12,752. 35
Allgemeine Einnahmen	„	160,887. 20	Prozess- u. Gefängniskosten	„	8,786. 50
Darlehenkonto	„	10,496. 30	Allgemeine Agitation	„	24,485. 15
Zinsen	„	8,286. 10	Wahlagitation	„	9,980. 50
Ueberschuss d. „Vorwärts“	„	39,497. 30	Reichstagskosten	„	13,454. 50
Maifestzeichen	„	11,926. 60	Verwaltungsausgaben	„	14,494. 85
Diverse	„	802. 05	Darlehen	„	30,000. —
			Pressunterstützungen	„	65,931. 35
			Maifestzeichen	„	11,499. 05
			Vermischte Ausgaben	„	7,278. —
			Kapitalanlage	„	27,700. 40
			Kassenbestand am 30. September 1892	„	7,552. 90
	M.	233,915. 55		M.	233,915. 55

Der dem Kölner Parteitag, 1893, vorgelegte Kassenbericht lautete etwas weniger günstig. Vom 1. Oktober 1892 bis 30. September 1893 betrugen die:

A. Einnahmen.		
Kassenbestand	M.	7,552. 90
Allgemeine Einnahmen .	„	198,375. 57
Darlehenkonto	„	9,855. —
Zinsen	„	3,974. 74
Ueberschuss d. „Vorwärts"	„	40,655. 10
Maifestzeichen	„	5,409. 15
Diverse	„	56. 50
Der Reserve entnommen .	„	54,753. —
Insgesamt	M.	320,631. 96

B. Ausgaben.		
Unterstützungen	M.	15,195. 95
Prozess- u. Gefängniskosten	„	19,246. 73
Allgemeine Agitation . .	„	37,049. 46
Wahlagitation	„	133,136. 46
Reichstagskosten . . .	„	19,806. —
Verwaltungsausgaben . .	„	19,162. 59
Darlehen	„	20,550. —
Pressunterstützungen . .	„	50,814. 07
Archiv	„	1,157. 45
Vermischte Ausgaben . .	„	549. 10
Kassenbestand	„	3,964. 15
Insgesamt	M.	320,631. 96

Kathedersocialismus. Der Kathedersocialismus ist die modern-social gefärbte konsequente Fortsetzung der wissenschaftlichen deutschen Nationalökonomie, welche, im Gegensatz zur alten englischen Schule stehend, anerkennt, dass der Anteil des Arbeiters bei der Verteilung der Reichtümer gerechterweise ein grösserer sein müsse und dass sich dieses Resultat nur durch die Staatshülfe, nicht allein durch die Selbsthülfe erreichen lasse. In der Manchesterschule wird als ein Naturgesetz, zugleich als Grundprincip, angenommen, dass der Mensch in seinem Handeln nur durch das Motiv der Selbsterhaltung, sein privates Interesse bestimmt wird. Da er ferner am besten im stande sein wird zu beurteilen, was für ihn gut ist, so kann es nur die Aufgabe des Staates sein, ihm bei diesem Streben nach seinem Wohlsein alle Hindernisse soweit als möglich aus dem Wege zu räumen. Aus der allgemeinen Konkurrenz, dem unfehlbaren Regulator der Industrie, wird von selbst die harmonische Ordnung und Gerechtigkeit in den Beziehungen der Menschen zu einander entstehen. Die Welt geht von selbst am besten. Alle diese Sätze werden aufs schärfste von der neueren Schule angegriffen. Ausser durch den Egoismus, behauptet sie, wird der Mensch auch durch den Gemeinsinn bestimmt, wie sich in der Entstehung der Familie, der Gemeinde und des Staates zeigt. Sie hebt also einmal die moralische Seite im Menschen hervor und zeigt ausserdem noch, dass wie in den verschiedenen Kulturperioden die den Menschen zum Handeln bestimmenden Gründe, so auch die Produktionsweisen und die Arten der Verteilung verschieden gewesen sind. Es wäre daher verkehrt, alle ökonomischen Probleme allgemein gültig lösen zu wollen und sie deduktiv von einem a priori gegebenen Princip, dem des Egoismus, aus ableiten zu wollen. Aber wenn man auch zugäbe, dass der Egoismus allein den Menschen bestimmt, so wäre es dennoch nicht weniger falsch, anzunehmen, dass, wie Bastiat sagt, die Harmonie aus dem freien Kampf der egoistischen Kräfte entstehen würde. Ein Blick auf den heutigen Gesellschaftszustand, so fährt sie fort, widerlegt diese Behauptung. Das Resultat dieses Kampfes, wie eines jeden überhaupt, muss das Unterliegen des Schwächeren und Versklavung desselben sein. Da nun die Selbst-

hülfe dieses Schwachen, ihn vor den unendlich überlegenen Kräften des Starken zu retten, unfähig ist, wessen ist dann diese Aufgabe? — Es ist die des Staates, der das höchste Organ des Rechts und das Mittel der Gerechtigkeit ist. Als mächtigstes Agens der Civilisation und des Fortschrittes hat er zwar die Aufgabe, dem Individuum die freieste Entfaltung seiner Fähigkeiten möglich zu machen, da aber, wo diese Freiheit nur auf Kosten des Wohlseins anderer gleichberechtigter Individuen sich durchsetzt, beschränkend und schützend einzugreifen. Es heisst aber in denselben Fehler, wie die Manchesterschule, verfallen, wenn man die Intervention des Staates in allen Fällen fordern wollte, wie diese sie in allen Fällen verwirft. Ob aber der Staat und wie weit er eingreifen soll, muss Sache des einzelnen Falles sein. Im allgemeinen muss zugegeben werden, dass die Sphäre des Staates in dem Masse, wie die Civilisation vorrückt, sich vergrössert. Der andere Fehler der orthodoxen Schule ist, dass sie zu ausschliesslich sich mit den Fragen beschäftigt hat, die auf die Produktion des Reichtums sich beziehen, ohne die auf die Verteilung und Verzehrung bezüglichen zu berücksichtigen. Auch hier hat man den Menschen nur von der einen Seite als den Besitzer der Produktionswahl betrachtet und darüber vergessen, dass er andererseits auch ein intellektuelles und moralisches Wesen ist. Das ganze sociale Problem unserer Zeit ist nichts als eine Frage der Verteilung der Reichtümer. Indem man die ökonomischen Verhältnisse rein und losgelöst von der Umgebung der Moral, des Rechts, der Sitte betrachtete, hat man übersehen, dass die politische Oekonomie eine ethische Wissenschaft sein muss In Kürze: während die alten Oekonomen, von bestimmten, abstrakten Principien ausgehend, auf deduktivem Wege zu vollständig bewiesenen und überall anwendbaren Schlussfolgerungen zu kommen glaubten, sind die Kathedersocialisten, die auf Kenntnis der geschichtlichen Thatsachen sich stützen, überzeugt, dass sie auf dem hier allein richtigen, historischen, induktiven Wege nur zu relativen Lösungen der Probleme kommen können, die nach den Gesellschaftszuständen, auf die man sie anwenden will, verschieden sind.

Die Schule der Kathedersocialisten hat besonders in Deutschland Anhänger, wo die Ideen der englischen Schule von Anfang an scharf kritisiert wurden. Man kann von ältern Oekonomen zu ihr rechnen: v. Thünen, Ad. Müller, List, L. v. Stein, Roscher, Knies, Hildebrand, Hermann, in neuerer Zeit Nasse, Schmoller, Brentano, Schönberg, Roesler, Wagner, Schäffle, Cohn, v. Scheel, Samter, Engel, Herkner, v. Schulze-Gävernitz, Max Sering, v. Philippovich.

Festere Gestalt hat der Kathedersocialismus seit dem Eisenacher Kongress am 6. Oktober 1872 angenommen. Im folgenden Jahre konstituierte man sich als den Verein für Socialpolitik, der seitdem jährlich, meist zu Eisenach, zusammengetreten ist, und ein Jahrbuch seiner Verhandlungen herausgibt. Innerhalb dieses Vereins existieren weitgehende Verschiedenheiten, je nachdem die einzelnen Vertreter desselben sich mehr oder weniger dem Socialismus zuneigen. Uebereinstimmung herrscht in demselben nur über die folgenden drei Sätze, die treu ein Programm geben: Es herrscht:

Die Tendenz, dass der starke Arm des Staates nicht entbehrt werden kann, das wirthschaftliche Leben in seine richtigen Bahnen zu lenken;

die Tendenz, den Ansprüchen der Arbeiter gerecht zu werden, die Schwachen zu stützen, die besitzenden Klassen über ihre Pflichten gegenüber den Arbeitern aufzuklären;

die Tendenz, die Alleinwirtschaft des Egoismus im wirtschaftlichem Leben zu brechen, der gemeinsinnigen Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit Geltung zu verschaffen.

Kats, Jakob, geb. zu Antwerpen am 5. Mai 1804. Bereits 1808 zogen seine Eltern nach Lier, wo er schon mit 6 Jahren in einer Weberei zu arbeiten hatte. Erst 1823 in Brüssel wurde es dem jungen Kats möglich, einigen Unterricht zu erhalten. 1827 war er bereits selbst als Lehrer thätig, doch musste er nach der Revolution von 1830 wegen Schülermangel seine Schule aufgeben und zur Weberei zurückkehren. Seitdem begann er auch litterarisch thätig zu sein und richtete 1835 in Verbindung mit einer Gesellschaft flämischer Arbeiter eine Volksbühne „De Volksbescharing" ein, deren Leiter er wurde. Für dieselbe schrieb er: Klaes Lyden, toon eelsdel in een bedrijf, ter bevordering van de verlichting 1835; Den verlichten Boer 1835; Het aerdsch Paradys, of de zegesprach der broederliefde 1836; De voorbereiding der kiezing aen de herberg, of de vergelyking van den bermhertigen Samaritaen 1836; De vyanden van het licht of de tegenwerkingen van de maetschappy de verbroedering 1836; Peer-la-la; de Belgische Natie. Kats war ausserdem ein fruchtbarer Volksschriftsteller; so verfasste er einen Volksalmanach, Volkshandbuch u. s. f. und redigierte eine Reihe von Wochenblättern: Uilenspiegel, De Volksfriend, Peerlala, De Wekker, De Weergalm der beljische Meetings, De Waerzegger.

Im Almanach von 1844 stellt er in 9 Lektionen sein socialistisches Glaubensbekenntnis zusammen.

Das erste Gesetz ist die Gleichheit für alle, daher verlangt er das allgemeine Stimmrecht und allgemeine Ernährung und Erziehung auf Staatskosten. Sein Erziehungsplan ist sehr interessant. Ausser dem Studium von den niedrigsten bis zu den höchsten Wissenschaften sollen die Kinder in der Nationalschule frühzeitig arbeiten lernen. Daher bei jeder Universität und Nationalschule grosse Arbeitshäuser für die verschiedenen Handwerke und Künste, wo jedes Kind täglich einige Stunden arbeiten lernt an der Arbeit seiner Wahl; ausserdem einige Morgen Land, um die Kinder im Ackerbau zu unterrichten. Die Erziehung der Mädchen soll dieselbe sein, d. h. Unterricht in allen notwendigen Hantierungen, Fertigkeiten und Wissenschaften, doch in besondern Instituten, die durch Frauen geleitet werden. Die Existenz aller Menschen der Gesellschaft ist durch den Staat gesichert. Die Regelung oder Organisation der Arbeit durch den Staat soll alle Funktionen möglichst gleich schätzen, damit nicht der eine mehr als der andere arbeitet. Aber ein jeder ist zur Arbeit gezwungen, die in längstens drei Stunden gethan werden kann. Ausser dieser notwendigen Arbeit ist jeder frei und kann thun, was er will. Die

Reichtümer, die er durch überschüssige Arbeit erwirbt, sind sein gesetzliches Eigentum, das aber nach seinem Tode an den Staat fällt.

Ferner verlangt er Abschaffung der stehenden Armee und Bewaffnung und Organisation aller streitbaren Männer zu einer Nationalgarde; Abschaffung der Todesstrafe. Die Missetäter sind als kranke Menschen zu betrachten; das Verbrechen ist eine sociale Krankheit.

Hinsichtlich der Ehe lehrt er, dass jeder Mann, der gesunden Körpers ist, sich mit einer gesunden und starken Frau vereinigen müsse. Im Ehestand ist alle Zwietracht aufs strengste verboten; darum gelten die Ehen aus dieser Ursache für aufgelöst, wenn Mann und Frau nicht mit einander übereinstimmen.

Jeder kirchliche Kultus soll aufgehoben werden. Als man ihm vorwarf, dass er die Leute durch seine Reden zu dem Glauben verführe, dass in der Republik die Raben den Menschen das Essen in den Mund brächten, antwortete er: „Ob die Raben in der Republik den Menschen das Essen in den Mund bringen, weiss ich nicht; dagegen weiss ich desto besser, dass eine gewisse Sorte von schwarzen Vögeln in meiner Republik das Essen nicht mehr aus dem Munde der Menschen herausholen wird, wie jetzt in unserer schönen Monarchie nur allzu viel geschieht.“

op. Ausser den oben erwähnten Schauspielen: Volksgedichten, Gent 1851; Antwoord op een naemloos lasterschrift tegen de meetings of volksvergaderingen in Belgie, Brüssel 1840; Volkshandboekje, Brüssel 1842 und 1843; Werk en kapitaal, Brüssel 1872; Belgische Volksalmanakken von 1838—1843 und 1874—75.

Kautsky, Karl, Schriftsteller, Herausgeber der „Neuen Zeit“, der seit 1883 erscheinenden Revue des Socialismus, ist einer der Haupttheoretiker des marxistischen Socialismus.

Op. Der Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft, Wien 1880. — Irland. Kulturhistorische Skizze, Leipzig 1880. — Marx' ökonomische Lehren. — Thomas Morus. — Das Erfurter Programm, 1892. — Ausserdem zahlreiche Beiträge im Zürcher Socialdemokraten, Richters Jahrbüchern und in der Neuen Zeit.

Kaweah Cooperative Colony Company ist der Name eines in jüngster Zeit begonnenen kommunistischen Experimentes. In der Darstellung der Geschichte desselben folgen wir einem in dem amerikanischen „Quarterly Journal of Economics“, vol. VI, erschienenen Artikel von Wm. Carey Jones, Professor an der University of California, der die Ansiedlung im Herbst 1891 besucht hat.

Das Unternehmen verdankt seine Entstehung einer kleinen Zahl von Personen, die von mehr oder weniger bestimmten socialistischen Ideen beseelt sind. Am 9. November 1884 fand die erste Versammlung statt, im nächsten Jahre wurde ein bestimmter Grundplan für die Ausführung festgestellt. Im Oktober 1885 liessen 42 Anhänger des Plans in die staatlichen Grundbücher den amerikanischen Gesetzen gemäss Ansprüche auf je 160 Acres von ausgemessenem und Kolonisten angebotenem Staatsland eintragen. Dasselbe liegt in dem Tulare Giant Forest, dem Riesenwalde Kaliforniens, zwischen dem 36. und 37. Breitengrade und

dem 118. und 119. Längengrade, zwischen dem Tulare-See und dem Mount Whitney, der höchsten Spitze der Sierras.

Die kurze Geschichte der Kolonie berichtet uns bereits von einer Reihe innerer Kämpfe. Die Mitglieder bildeten zuerst eine freiwillige Association, dann eine kurze Zeit eine Korporation, d. h. eine Genossenschaft nach amerikanischem Recht, und seit März 1888 eine Aktiengesellschaft. Die letzte Umwandlung war mit heftigem Streit verbunden und führte zum Austritt von etwa 50 Kolonisten, welche befürchteten, dass an die Stelle des notwendigen persönlichen Verhältnisses zwischen den Mitgliedern das rein sachliche Aktienverhältnis treten würde, dass unliebsame Personen durch Erwerbung einer Aktie wider den Willen der Mehrheit Mitglieder werden, dass Einzelne mehrere Aktien in ihre Hand bringen könnten.

Die Verfassung der Kolonie wurde genau festgestellt, wobei das Buch Gronlunds „The Cooperative Commonwealth“ als Muster diente. — Die Zahl der Mitglieder ist auf 500 beschränkt, das Nominal-Kapital auf 250,000 Dollars. Zweidrittel-Majorität kann diese Summe erhöhen oder erniedrigen. Mitgliedschaft wird erworben durch Zahlung von 10 Dollars, das Recht, auf dem Gebiete der Kolonie zu wohnen, durch Zahlung von 100 Dollars. Die übrigen 400 Dollars brauchen nicht bar gezahlt zu werden, man kann Güter dafür einbringen oder aus dem Ertrage seiner Arbeit die Summe allmählich voll einzahlen. Das Geld kann in Monatsraten von nicht unter 5 Dollars eingezahlt werden. — Keinem Mitgliede dürfen Vorzugsrechte eingeräumt werden, doch hat der verheiratete Mann zwei Stimmen, von denen die Frau eine abgeben kann. Jeder Kolonist hat Recht auf ein 150 Quadratfuss grosses Stück Land, zur Errichtung eines Hauses, an dem er ausschliesslichen Niessbrauch hat, so lange er Mitglied bleibt.

Kandidaten müssen ein Anmeldeformular ausfüllen, in dem Name, Nationalität, Domicil, Alter, Eheverhältnisse, Zahl, Alter und Geschlecht der Kinder, Beruf, sonstige Fertigkeiten, Gesundheitszustand, Glaubensbekenntnis anzugeben ist. Besondere Fragen sind ferner: ob Antragsteller einem Gewerkverein oder einer anderen wirtschaftlichen Vereinigung angehört, ob er Abonnent einer ökonomischen Zeitschrift (Fachzeitung u. s. w.) ist, ob er zu wissen glaubt, was „genossenschaftlicher Geist“ ist, ob er bereit ist, wenn er aufgenommen wird, sich ehrlich, wahrhaft und beständig zu bemühen, mit anderen in Eintracht zu leben, seine eigenen Fehler zu verbessern und mehr dahin zu streben, seine Pflichten zu erfüllen als seine Rechte zu betonen. Einsendung einer Photographie wird gewünscht. Stimmen 5 Prozent der Mitglieder gegen die Aufnahme, so wird das Gesuch vom Ausschuss (board of trustees) abgelehnt, Appellation an die Gesamtheit ist zulässig, wobei eine Zweidrittelmajorität für die Aufnahme erforderlich ist. Ausscheiden ist jederzeit zulässig. Das Guthaben wird sobald wie thunlich zurückgewährt.

Alles Land und alle Produktionsmittel stehen im Eigentum der Gesellschaft. An Wohngebäuden, persönlichen Effekten und besonders bestimmten Gütern besteht Privateigentum. Dieses wird ebenso wie das

Guthaben an dem gemeinsamen Fonds vererbt. Rechtlich bildet die Gemeinde eine Aktiengesellschaft. Nur durch den sektiererischen Eifer werden Modifikationen herbeigeführt. Die wichtigste Bestimmung ist, dass kein Mitglied ein Privatgeschäft betreiben darf, Laden halten u. s. w. An den gemeinsamen Arbeiten kann jeder in der Weise und so lange teilnehmen, wie er will. Er erhält für jede Arbeitsstunde, von denen acht einen Arbeitstag ausmachen, eine auf 30 Cents (Mk. 1. 20) lautende Anweisung, für die er aus dem Warenhaus entnehmen kann, was er will. Der buchmässige Ueberschuss wird pro rata der im Rechnungsjahr beigetragenen Arbeitsstunden als Dividende verteilt, nachdem die gemeinsamen Ausgaben bestritten sind. Alle Streitigkeiten gehören vor ein Schiedsgericht.

Die Organisation ist folgende: Es bestehen:

3 Abteilungen, jede unter einem Direktor,
13 Departements, jedes unter einem Superintendenten,
58 Bureaux, jedes unter einem Vorsteher,
und Sektionen, jede unter einem Werkführer.

Die drei Abteilungen bestehen für:

1. die Produktion,
2. die Distribution,
3. die gemeinnützigen Angelegenheiten.

I. Abteilung: Produktion.

1. Departement für kollektive Thätigkeit.

a) Fischerei.
b) Jagd.
c) Forstwesen.
d) Sand und Lehm.

2. Departement für extraktive Thätigkeit.

a) Metalle.
b) Kohlen und Erdöl.
c) Kalk.
d) Schiefer-, Stein- und Marmorbrüche.

3. Departement für Ackerbau und Viehzucht.

a) Fischzucht.
b) Geflügelzucht.
c) Bienenzucht.
d) Grossvieh.
e) Futter.
f) Getreide.
g) Gemüse.
h) Obstbau.
i) Flachs u. s. w.

4. Departement für Handwerke.

5 verschiedene Bureaux.

II. Abteilung: Distribution.

5. Departement für Verkehrswesen.

1. Frachtverkehr.
2. Personenverkehr.

6. Departement für Aufspeicherung.

1. Speicher.
2. Bazars.

7. Departement für Speditionswesen.

8. Departement für Bauwesen.

1. Allgemeines.
2. Conto-Corrent-Verkehr.
3. Kassa-Verkehr.
4. Wechsel-Verkehr.

III. Abteilung: Gemeinnützige Angelegenheiten.

9. Departement für Verwaltung.

1. Legislative Gewalt.
2. Exekutive Gewalt.
   a) Anweisung von Arbeit in der Kolonie.
   b) Anweisung von Arbeit ausserhalb der Kolonie.
3. Richterliche Gewalt.
   a) Oeffentliches Recht.
   b) Privatrecht.
   c) Belohnungen und Strafen.

10. Departement für Erziehung.

a) Archiv der Kolonie.
b) Körperliche Ausbildung.
Sektionen für Turnen, Exerzieren, Boxen, Fechten, Ringen, Schwimmen, Schiessen.
c) Geistige Ausbildung.
aa) Naturwissenschaften.
Optik, Akustik, Mechanik, Elektricität, Chemie, Geologie, Zoologie, Mathematik, Geographie, Geschichte, Astronomie, Sprachen, Philosophie, Sociologie u. s. w.
bb) Litteratur.
cc) Kunst.
d) Moralische Ausbildung.
Die Kolonisten sollen angehalten werden, die Tugenden, die besonders aufgezählt sind, zu lieben, und die Laster zu hassen.
Mittel sind: Kindergarten, Schule, Vorlesungen, Debatten und Presse.

11. Departement für öffentliche Dienste.

1. Sanitätswesen.
2. Abfuhrwesen.
3. Düngerwesen.
4. Strassenbau.
5. Kanalbau.
6. Wasserversorgung.
7. Centralheizung.
8. Beleuchtung.
9. Pneumatik.
10. Post.
11. Telegraph und Telephon.
12. Reinigungswesen.
13. Propaganda.

12. Departement für Vergnügungen.

(Steht in Verbindung mit dem Erziehungs-Departement.)

1. Wissenschaftliche Ausstellungen.
2. Gymnastische Spiele.
3. Kunstausstellungen.
4. Gesellige Vergnügungen.

Die dazu dienenden Baulichkeiten sind:

Das Forum, das Theater, das Amphitheater, die Arena, die Akademie u. s. w.

13. Departement für Verteidigung.

1. Feuerlöschwesen.
2. Nationalgarde.

Vorläufig steht diese ausgezeichnete Verfassung nur auf dem Papier. Die Kolonie hatte mit besondern Schwierigkeiten zu kämpfen. Ihr Rechtstitel auf die einige tausend Acres Land wurde von den Behörden in Frage gestellt, so dass sie den Rechtsweg beschreiten musste. 1892 war die Sache noch nicht entschieden. Doch ist das Eigentumsrecht auf einen nicht unbedeutenden Landkomplex unbestritten. Da derselbe mit schönstem Bauholz bestanden ist, den fruchtbarsten Humus hat und reiche Mineralschätze und Marmorbrüche enthält, so ist das wirtschaftliche Gedeihen der Kolonie nicht ausgeschlossen. Im Herbst 1891 lebten die Mitglieder bereits in ganz angenehmen Verhältnissen. Hören wir darüber unsern Gewährsmann, der an Ort und Stelle war.

Nachdem derselbe erzählt hat, wie Phantasten und Narren, die sich dort einfanden, bald, nachdem sie gesehen hatten, dass man dort für ihre Thorheiten kein Verständnis hatte, sondern redliche Arbeit verlangte, wieder abzogen, fährt er fort: „Gegenwärtig setzt sich die Kolonie aus heterogenen Bestandteilen zusammen. Doch besteht die Mehrzahl der Kolonisten, wenn man auch unter den 100—150 in Kaweah zur Zeit ansässigen Personen Angehörige vieler verschiedener Nationalitäten findet, aus Amerikanern. Draussen, in der Welt der Konkurrenz, gehörten sie den verschiedensten Ständen an, dem Gelehrten-, dem Kaufmanns- und dem Handwerkerstand. Man findet dort Leute, welche einen Universitätsgrad erworben und andere, welche nur die einfache Volksschule durchgemacht haben. Indessen sind alle, vielleicht ohne Ausnahme, intelligent, nachdenklich, ernst, fleissige Leser von Büchern und Zeitschriften, voll Interesse für die wirtschaftlichen und socialen Tagesfragen. Gläubige und Ungläubige leben friedlich bei einander — Spiritualisten, Swedenborgianer, Unitarier, Agnostiker, Materialisten. Sie haben keine Kirche und verlangen nach keiner.“

Jones spricht dann von ihrer einfachen, aber traulichen Häuslichkeit und schliesst seine Schilderung mit den Worten: „In der Niederlassung fühlt man sich gleichsam angeweht vom Hauch der Heimat.“

Keil, ein Deutscher, geboren 1811, hat zwei blühende Kommunistengemeinden, Bethel und Aurora, in Nordamerika gegründet. Er schloss sich in Amerika zuerst den Methodisten an, stiftete dann eine eigene Sekte und gründete 1844 mit seinen Anhängern, meistens deutschen Bauern, denen sich ein Teil der 1832 aus der Gemeinde Economy ausgeschiedenen Harmonisten anschloss, in Bethel, Shelby County, Missouri, eine Gemeinde, die nach kommunistischen Grundsätzen lebte. Von hier aus ging eine Anzahl dieser Kommunisten 1856 nach Aurora, Marion County, Oregon. Die letztere Kolonie überflügelte die Muttergemeinde bald, so dass immer mehr Mitglieder nach derselben übersiedelten.

Das Leben dieser Kommunisten wird als überaus einfach geschildert, sie arbeiten alle fleissig, — Keil selbst war unermüdlich thätig, — haben aber kein Verständnis für das, was das Leben verschönert Ihre Kinder erhalten nur den allergewöhnlichsten Elementarunterricht, werden aber in einem praktischen Berufe gründlich unterwiesen.

Ihre Verfassung ist überaus einfach, nicht die Regeln, sondern die Persönlichkeit Keils, der grossen Einfluss hatte, hielt die Mitglieder zusammen. Wem das Leben nicht mehr gefiel, dem stand es zu jeder Zeit frei, die Gemeinde zu verlassen. Meistens kehrten die Ausgewanderten nach einiger Zeit wieder zurück. Die finanzielle Lage dieser Kommunisten ist gut. Sie nehmen auch neue Mitglieder auf, wenn dieselben sich während der Zeit, die sie bei ihnen als Lohnarbeiter zubringen müssen, bewährt haben.

Ketteler, Wilhelm Emanuel von, geboren 22. Dezember 1811 zu Münster, gestorben 13. Juli 1877 zu Binghausen in Baiern, wurde im Jesuitenkollegium zu Brieg erzogen, studierte darauf die Rechte und arbeitete bei der Regierung zu Münster 1835—1837. Nachdem er sich

1841 entschlossen hatte, Priester zu werden, trat er Herbst 1843 in das Priesterseminar zu Münster und wurde 1844 zum Priester geweiht. 1848 ward er ins Frankfurter Parlament gewählt, wo er für die Kirche völlige Unabhängigkeit vom Staat zu erreichen suchte. 25. Juli 1850 ward er als Bischof von Mainz inthronisiert. Als Vertreter des badischen Wahlkreises Tauberbischofsheim, nahm er am ersten deutschen Reichstag teil und bemühte sich vergebens, die Aufnahme der Grundrechte in die deutsche Verfassung zu erreichen.

In seiner Eigentumstheorie schliesst er sich ganz Thomas von Aquino an. Das wahre und volle Eigentumsrecht steht nur Gott zu; dem Menschen ist nur ein Nutzungsrecht eingeräumt worden. Er ist daher verpflichtet, bei der Benutzung die von Gott gesetzte Ordnung anzunehmen. An dem Nutzungsrecht muss man 1. das Recht der Fürsorge und Verwaltung und 2. das Recht des Fruchtgenusses unterscheiden. Das Eigentumsrecht des einzelnen Menschen über die Güter muss hinsichtlich der Fürsorge und Verwaltung im Interesse der Ordnung und des Friedens und des ökonomischen Nutzens anerkannt werden; bezüglich des zweiten Momentes aber soll der Mensch die Früchte niemals als sein Eigentum, sondern als Gemeingut aller betrachten. Die Pflicht, den Ertrag seines Eigentums nicht ausschliesslich zum eigenen, sondern zum gemeinen Besten zu verwenden, ist aber nur eine moralische, eine Liebespflicht. Gerade durch die ungleiche Verteilung der Güter gab Gott den Menschen die Gelegenheit, Ausspender seiner Gaben an ihre Mitbrüder zu werden, und schuf so die schönste Quelle edelster Gesinnung. —

Die Arbeiterfrage ist die Arbeiterernährungsfrage, die Ernährungsfrage für den weitaus grössten Teil aller Menschen. Die ganze materielle Existenz fast des ganzen Arbeiterstandes nebst ihren Familien ist angewiesen auf den Arbeitslohn, der allen Schwankungen des Marktes und der Warenpreise ausgesetzt ist. Die Arbeit ist zur Ware gemacht worden und ihr Wert auf die unterste Stufe der Lebensnotdurft herabgedrückt. Die beiden Ursachen dieser Erscheinung sind die freie Konkurrenz und die Uebermacht des Kapitals. Die von der liberalen und radikalen Partei vorgeschlagenen Mittel, die Lage des Arbeiterstandes zu bessern, genügen nicht, das grosse Problem der Gegenwart zu lösen und die Gesammtlage des Arbeiterstandes vor einem immer grösser werdenden Ruin zu bewahren. Die Ursachen der jetzigen Lage der Arbeiter, sowie die Bösartigkeit der aus diesen Ursachen hervorgegangenen Wirkungen und Folgen haben ihren wesentlichen und tiefsten Sitz im Abfall vom Geist des Christentums, dem Geist der Liebe und Selbstverleugnung. Durch diesen Geist einer aus höheren religiösen Motiven entsprungenen Selbstbeherrschung ist das Gedeihen des allgemeinen Wohlstandes bedingt. Er allein kann den Reichen in der rein egoistischen Ausbeutung seine Mittel beschränken, der arbeitenden Klasse die Sittlichkeit und Mässigung, Arbeitsamkeit, Sparsamkeit und Genügsamkeit verleihen, wovon ihr wahres Beste abhängt.

Die Hülfsmittel, welche nun die Kirche dem Arbeiter bieten wird, *sind:* 1. die Gründung und Leitung von Anstalten für arbeitsunfähige

Arbeiter; 2. die christliche Familie mit ihrer Grundlage der christlichen Ehe; 3. die Wahrheiten und Lehren des Christentums, die ihm allein die wahre Bildung geben können; 4. die Entwicklung der socialen Kräfte des Arbeiters durch Gründung von Handwerkervereinen, Gesellenvereinen u. dgl.; 5. die Förderung der Produktionsassociationen, deren Wesen in der Teilnahme der Arbeiter am Geschäftsbetriebe als Arbeiter und Unternehmer zugleich besteht. Da aber Ketteler die von Lassalle vorgeschlagene Staatshülfe für eine Ueberschreitung des staatlichen Besteuerungsrechtes hält, so sieht er keinen anderen Weg, als das Kapital durch freiwillige Beiträge des katholischen Volkes zu erreichen. —

op. Arbeiterfrage und das Christenthum, März 1864; die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältnis zu Religion und Sittlichkeit, 1869; die grossen socialen Fragen der Gegenwart, Mainz 1849 und 1878; Liberalismus, Socialismus, Christenthum, 1871.

Kibaltschitsch, Nikolai, geboren 1864. Sohn eines Popen, lernte er schon in frühester Kindheit das Leid des Volkes kennen. Eifrig studierte er während seiner Universitätsjahre zu Petersburg 1871—1875 die socialistischen Ideen und „ergab sich der Volkssache mit der ganzen Glut seines feurigen Gemüts und der Festigkeit eines philosophischen Denkers". Schon 1875 wurde seine praktische Thätigkeit durch Verhaftung unterbrochen. Drei Jahre in Untersuchungshaft gefangen gehalten; in den Prozess der 193 verwickelt, aber freigesprochen; flüchtig vor der Polizei; dann Anhänger des Exekutiv-Komitees, schliesslich am 15. April 1881 gehängt — das waren die Ereignisse, die die letzten Lebensjahre dieses hochbegabten Jünglings füllten.

Kinderarbeit. Mit der Beschränkung der Kinderarbeit in Fabriken fängt in allen Ländern die Arbeiterschutzgesetzgebung an. In Preussen wurde durch ein Regulativ vom 9. März 1839 u. a. die dauernde Beschäftigung von Kindern unter neun Jahren in Bergwerken, Fabriken, Poch- und Hüttenwerken untersagt. Die Reichsgewerbeordnung von 1869 enthielt ein Verbot der Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren in Fabriken. Das Verbot war ein absolutes und unbedingtes, ein Dispens war durchaus unstatthaft. Die Reichsgewerbeordnung vom 1. Juni 1891, das heute in Deutschland geltende Recht, bestimmt in § 135:

„Kinder unter 13 Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. Kinder über 13 Jahre dürfen in Fabriken nur beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind.

„Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren darf die Dauer von 6 Stunden täglich nicht überschreiten.

„Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden."

Ausserdem gilt für dieselben das Verbot der Nachtarbeit. Daneben ist noch eine Reihe von Specialbestimmungen in Kraft. Auf diesem Gebiete sind also in den letzten 50 Jahren bedeutende Fortschritte gemacht worden. Das verhindert natürlich nicht, dass man in Zukunft noch weiter geht. Ein absolutes Verbot der Kinderarbeit würde sich aber wohl nicht als zweckmässig erweisen. Heranziehung der Kinder zu produktiver Thätig-

keit liegt im Interesse der Gesellschaft, der Eltern und der Kinder selbst, wenn die Arbeit unter angenehmen Bedingungen erfolgt. Diese sind aber in unseren heutigen Fabriken sicherlich nicht vorhanden. — Vergl. über diese Frage den Artikel „Erziehung".

Die socialdemokratische Partei Deutschlands fordert im Erfurter Programm: Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. In ihrem Antrag auf Abänderung der Gewerbeordnung lautete der § 122: „Die gewerbsmässige Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ist verboten." Die Partei beschränkt das Verbot also nicht auf die Beschäftigung in Fabriken. Für jugendliche Personen wurde in dem Antrage eine kürzere Dauer des Arbeitstages als für Erwachsene nicht gefordert, wohl aber das Verbot der Nachtarbeit für Arbeiter unter 18 Jahren. Derselbe sprach auch aus, dass die Unternehmer verpflichtet sein sollten, bei der Beschäftigung von Hülfspersonen unter 18 Jahren die durch das Alter derselben gebotene besondere Rücksicht auf Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmen.

Kingsley, Charles, geboren 12. Juni 1819, gestorben 23. Januar 1875; einer der Hauptträger der christlich-socialen Bewegung in England; war zuerst Pfarrer in Eversley, dann Erzieher des Prinzen von Wales, Kaplan der Königin und Professor der Geschichte in Cambridge. Seine Anschauungen über politische und sociale Fragen, die er hauptsächlich durch den Einfluss Carlyle's gewonnen hatte, führten ihn dazu, sich sofort der von Maurice und Ludlow ausgehenden christlich-socialen Bewegung anzuschliessen. Infolge seiner feurigen Beredsamkeit und seines glänzenden Styls wurde er bald die erste Streitkraft derselben. Grosses Aufsehen erregte er durch die unter dem Pseudonym „Pfarrer Lot" herausgegebene Broschüre „Billige Kleider und eklige" und seinen socialistischen Roman „Alton Locke", in dem er für die Sache der arbeitenden Klasse mit Wärme eintritt. Am 22. Juni 1851 hielt er in der Londoner Johanniskirche auf eine Aufforderung des Pfarrers derselben eine Predigt über das Thema „Die Botschaft der Kirche an die Arbeiter". In beredter und überaus eindrucksvoller Weise entwickelte er vor der meist aus Arbeitern bestehenden Gemeinde die Ansichten des christlichen Socialisten. Die in der Predigt entwickelten Ansichten erschienen dem anwesenden Pfarrer so ketzerisch, dass er sich, nachdem der Segen gesprochen war, erhob und der Gemeinde erklärte, er halte den grössten Teil derselben für durchaus falsch. Infolge dieses Vorfalls untersagte der Bischof von London Kingsley das Predigen in seiner Diöcese, zog das Verbot nach einer Unterredung mit ihm aber zurück. Später scheint Kingsley sich mit der bestehenden Gesellschaftsordnung vollständig ausgesöhnt zu haben.

Kommunistenbund. Der Bund der Kommunisten wurde 1836 in Paris gestiftet und trug ursprünglich den Namen „Bund der Gerechten". Er bestand fast ausschliesslich aus Arbeitern, doch gehörten von Anfang an auch Leute, die in Deutschland Universitätsbildung genossen hatten, zu demselben, so Dr. Hermann Ewerbeck und Karl Schapper (s. d.). Der Schneidergeselle Wilhelm Weitling trat noch in den dreissiger Jahren in den Bund ein und verfasste für denselben eine Propaganda-Broschüre,

„Die Welt, wie sie ist und sein soll“, in der er vollständigen Kommunismus predigte.

Marx teilt in seiner Schrift „Herr Vogt“ S. 34 die Organisation des Bundes, wie sie sich allmählich ausgebildet hatte, mit. Der Bund war ein Geheimbund. Eine Anzahl Mitglieder bildeten eine „Gemeinde“, verschiedene Gemeinden einen „Kreis“, diese gruppierten sich um einen „leitenden Kreis“. Deputierte der Kreise wählen auf einem Kongress die an der Spitze des Ganzen stehende „Centralbehörde“, die jedoch berechtigt war, sich selbst zu ergänzen und in dringenden Fällen provisorisch ihre Nachfolgerin zu ernennen. So hatten sich also diese konspirierenden geheimen Gesellschaften eine ganz demokratische Verfassung gegeben.

Neben dieser geheimen Organisation bestanden öffentliche Vereine, die Arbeiterbildungsvereine, aus deren brauchbarsten Mitgliedern der Bund sich ergänzte und erweiterte. In diesen öffentlichen Arbeitervereinen fand der sie lenkende Bund auch den nächsten Spielraum für die öffentliche Propaganda seiner Ideen. Im Arbeiterverein wurden regelmässig Diskussionen veranstaltet, Klassen für den Unterricht der Arbeiter in den Elementarfächern eingerichtet, Bibliotheken gegründet. Zugleich war er der Mittelpunkt des geselligen Lebens der Mitglieder. Der Bund breitete sich bei dem Wanderleben der Handwerksgesellen sehr schnell aus. Besonders stark war er in der Schweiz. In London stand er in Beziehung zu dem 1840 durch Schapper ins Leben gerufenen öffentlichen kommunistischen Arbeiterverein, der heute noch existiert.

Die Centralbehörde wurde 1840, als die französischen Behörden infolge des Aufstandes der Babouvisten von 1839 die geheimen Vereine scharf verfolgte, nach London verlegt, wo sie bis Anfang 1848 blieb.

Die Geheimlehre des Bundes durchlief, wie Marx erzählt, sämtliche Wandlungen des französischen und englischen Socialismus und Kommunismus, wie ihrer deutschen Spielarten. In der Schweiz waren die „Bundesbrüder“ Anhänger der Weitlingschen Lehre. Wir verweisen auf den Artikel Weitling, wo wir eine genaue Darstellung der Verfassung einer „Gemeinde“ und des Lebens in derselben gegeben haben.

Eine vollständige Veränderung der Lehre des Bundes wurde durch Marx herbeigeführt. Marx hatte während seines ersten Aufenthaltes in Paris mit den dortigen Leitern des Bundes in persönlichem Verkehr gestanden, war aber weder in diesen noch irgend einen anderen geheimen Bund eingetreten. Nachdem Marx 1845 von Guizot aus Paris ausgewiesen worden war, hatte er mit Engels, W. Wolff und anderen in Brüssel einen deutschen Arbeiterbildungsverein gegründet. Gleichzeitig veröffentlichten dieselben eine Reihe teils gedruckter, teils lithographierter Flugschriften, in denen die Lehre des Bundes, „ein Gemisch von französisch-englischem Socialismus oder Kommunismus und von deutscher Philosophie“, einer strengen Kritik unterworfen wurde. Marx führte in denselben aus, dass die socialistische Lehre auf wissenschaftlicher Einsicht in die ökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft beruhen müsse, dass es sich nicht um die Durchführung eines utopistischen Systems handle, sondern um selbstbewusste Teilnahme an einem durch die Veränderung der Pro-

duktionsmethode hervorgerufenen Umwälzungsprozess der Gesellschaft. Infolge dieser Wirksamkeit trat die Londoner Centralbehörde in Korrespondenz mit Marx und Engels und sandte Ende 1846 eins ihrer Mitglieder, den Uhrmacher Joseph Moll, der später als Revolutionssoldat im Gefecht bei Waghäusel fiel, nach Brüssel, um sie zum Eintritt in den Bund zu bewegen. Ihre Bedenken schlug Moll nieder durch die Eröffnung, dass die Centralbehörde einen Bundeskongress nach London zu berufen beabsichtige, wo die von ihnen geltend gemachten kritischen Ansichten in einem öffentlichen Manifest als Bundesdoktrin aufgestellt werden sollten. Er bewog sie zum Eintritt in den Bund durch den Hinweis darauf, dass nur durch ihre persönliche Mitwirkung die neue Ansicht dem Widerstande älterer Elemente gegenüber zur Geltung gebracht werden könne. Auf einem Kongress, zu dem die Bundesmitglieder der Schweiz, Frankreichs, Belgiens, Deutschlands und Englands Delegierte geschickt hatten, wurde nach mehrwöchentlichen Debatten das von Marx und Engels abgefasste „Manifest der kommunistischen Partei" angenommen, das anfangs 1848 im Drucke erschien. Dieses wichtige Schriftstück haben wir in dem Artikel „Kommunistisches Manifest" eingehend besprochen.

Anfangs 1848 war Brüssel für kurze Zeit Sitz der Centralbehörde. Nach Ausbruch der französischen Februarrevolution wurden die leitenden Bundesmitglieder von den belgischen Behörden, welche Volksbewegungen in Brüssel fürchteten, ausgewiesen oder ins Gefängnis gesetzt. Auch Marx erhielt am 2. März 1848 eine Ausweisungsordre. Unter diesen Umständen verlegte die Centralbehörde durch Beschluss vom 3. März ihren Sitz nach Paris, als dem „Centrum der ganzen revolutionären Bewegung". Sie übertrug ferner „in Erwägung, dass die gegenwärtigen Umstände eine durchaus energische Leitung des Bundes erheischen, dem Bundesmitgliede Karl Marx diskretionäre Vollmacht zur momentanen Centraldirektion aller Bundesangelegenheiten". Sie beauftragte Marx ferner, in Paris, sobald die Umstände es gestatten würden, die passendsten Bundesmitglieder zu einer neuen Centralbehörde nach seiner Auswahl zu konstituieren und dazu selbst Bundesmitglieder, die nicht in Paris wohnen, dorthin zu berufen. Während der Revolutionszeit in Deutschland erlosch, wie Marx erzählt, die Thätigkeit des Bundes von selbst, indem nun wirksamere Wege für die Geltendmachung seiner Zwecke offen standen. Der Schwerpunkt des Bundes lag vom Mai 1848 bis Mai 1849 in Köln, wo Marx mit andern die „Neue Rheinische Zeitung" (s. d.) herausgab.

Im Sommer 1849 rekonstituierte sich die Centralbehörde in London und erneuerte die Verbindung mit den wiederhergestellten Kreisen des Bundes in Deutschland. Fast überall waren die Gemeinden vollständig zersprengt, nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Schweiz, in Frankreich und in Belgien. Hier war es den Mitgliedern besonders schlecht gegangen. Alle „Bundesbrüder", die irgendwie hervorgetreten, waren zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Der deutsche Arbeiterbildungsverein war aufgelöst und seine Mitglieder des Landes verwiesen. Trotzdem hatte sich eine kleine „Gemeinde" des Bundes erhalten. London war damals der einzige Ort in Europa, der den Kommunisten Sicherheit

bot. Um die alten Mitglieder des Bundes scharten sich andere: Willich, der Führer des Arbeitercorps im rheinpfälzisch-badischen Aufstande, Schärttner, der Kommandant des Hanauer Turnerbataillons, später W. Liebknecht. Um die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen, wurden Emissäre ausgeschickt, Heinrich Bauer nach Deutschland und Adolf Maier nach der Schweiz. Beide hatten Erfolg; insbesondere Heinrich Bauer erwies sich als sehr geschickt.

In der Centralbehörde selbst brach bald Zwiespalt aus. Einige Mitglieder derselben, insbesondere Willich, waren der Ansicht, dass in nächster Zeit bereits eine proletarische Revolution in Deutschland angezettelt werden müsse. Er verlangte deshalb das Zusammengehen mit den demokratischen Emigrierten, welche verschiedene Komitees gebildet hatten und täglich den Ausbruch einer neuen Revolution erwarteten. Marx hatte dagegen die Ueberzeugung, dass ein siegreicher Angriff auf die bestehenden deutschen Regierungen nicht zum Siege des Proletariats, sondern zur Herrschaft der Bourgeoisie führen würde. Wenn die Proletarier an diesem Kampfe auch teilnehmen würden, so gehörte es doch nicht zu ihrer Aufgabe, für eine demokratische Revolution zu agitieren, zu konspirieren oder zu komplottieren. Marx glaubte nicht an eine proletarische Revolution, sondern an eine revolutionäre Entwicklung. Nur allmählich sich vollziehende Umänderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse, die Uebermacht des grossen Kapitals, die Proletarisierung immer weiterer Volksschichten, die Konzentrierung der Massen in den grossen Städten u. s. w. könnten zur Herrschaft des Proletariats führen. Den Anhängern Willichs warf Marx vor, dass sie das Wort „Proletariat“ zu einem heiligen Wesen machen, gerade wie die Demokraten das Wort „Volk“. Er führte dagegen aus, dass das deutsche Proletariat durchaus unentwickelt sei, dass es 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen habe, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um sich selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen. Am 15. September 1850 beantragte Marx deshalb den Ausschluss der Anhänger Willichs. In der Motivierung dieses Antrages hebt er die principiellen Meinungsverschiedenheiten klar hervor, führt er aus, dass die Minorität an die Stelle der kritischen Anschauung eine dogmatische, an die Stelle der materialistischen eine idealistische setze. Marx setzte seinen Antrag durch: Willich und seine Anhänger wurden ausgeschlossen. Sie konstituierten sich darauf als besonderen Bund, dessen Centralbehörde aus Oswald, Dietz, Fränkel, Gebert, Lehmann, Schapper, Schärttner und Willich bestand. Sie brachten auch die Majorität der drei Sektionen des deutschen Arbeiterbildungsvereins auf ihre Seite, aus dem Marx mit seinen Anhängern Bauer, Engels, Eccarius, Liebknecht, Piper, Pfänder, Schramm, Seiler und Wolff austraten. Diese verlegten dann den Sitz der Centralbehörde nach Köln, wo seit lange der „leitende Kreis“ für Mittel- und Süddeutschland bestand und sich ausser London das bedeutendste Centrum intellektueller Kräfte vorfand.

Die Partei Marx. Von der Kölner Centralbehörde wurden neue Statuten, die den Ansichten von Marx entsprachen, festgestellt. Vier Emis-

säre schickte man aus, den einen nach Bayern, den zweiten nach Sachsen und Berlin, den dritten nach Nord- und Ostdeutschland und den vierten nach der Rheinprovinz. Einer dieser Emissäre, der Schneidergeselle Nothjung, fiel am 10. Mai 1851 in die Hände der Leipziger Polizei. Auf Grund der bei ihm gefundenen Papiere und der von geheimen Polizeiagenten in London und Paris angestellten Recherchen wurde bei dem Assisenhofe zu Köln die Untersuchung wegen versuchten Hochverrats gegen 12 Personen, darunter den Dichter F. Freiligrath, Dr. jur. Becker, Schriftsteller Bürgers, Cigarrenmacher Röser, Dr. med. Daniels, Dr. med. Jacoby, Dr. med. Klein, Schneidergesellen Nothjung, eröffnet. Die Verhandlungen jenes Prozesses werfen ein helles Licht auf die damaligen Polizeibehörden. Wir wollen auf dieselben nicht näher eingehen; es genügt, zu sagen, dass die Angeklagten anderthalb Jahre in Untersuchungshaft sassen. Vom 4. Oktober bis 12. November 1852 fand die mündliche Verhandlung statt, welche mit der Verurteilung von Röser, Bürgers und Nothjung zu 6 Jahren, Dr. Becker, Chemiker Otto und Schreiber Reif zu 5 Jahren und Schneider Lessner zu 3 Jahren Einsperrung endete. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Freiligrath hatte sich sofort ins Ausland begeben und war steckbrieflich verfolgt worden.

Im Mai 1851 wurde auch in Hannover gegen den Tischlermeister Stechan die Untersuchung wegen versuchten Hochverrats eingeleitet. Es gelang demselben aber, im September zu entfliehen. Im Gange der Untersuchung stellte sich heraus, dass der zwischen Hannover und London fungierende königlich hannoversche Kurier die Korrespondenz zwischen der Londoner Centralbehörde und der hannoverschen Gemeinde besorgt hatte, ohne zu wissen, um was es sich handelte. — 1853 wurde von dem Kammergericht zu Berlin der Schneidergeselle Tietz wegen versuchten Hochverrats zu drei Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht auf zehn Jahre verurteilt. In Hamburg erhielten einige Bundesbrüder nur ganz geringe Strafen.

Kurze Zeit nach der Verurteilung der Kölner Kommunisten stellte Marx den Antrag auf Auflösung des Bundes, da eine derartige Propagandagesellschaft nicht mehr zeitgemäss wäre und seit den Verhaftungen ohnehin alle Verbindungen mit dem Kontinent aufgehört hätten. Dieser Antrag wurde angenommen.

Die Partei Willich-Schapper hatte inzwischen die Brüsseler und Schweizer Gemeinden für sich gewonnen. Auch war es ihr gelungen, in Paris verschiedene Sektionen ins Leben zu rufen. Anfangs 1851 war sie besonders bemüht, preussische Offiziere zu gewinnen, da sie glaubte, dass eine Revolution bald wieder ausbrechen würde. Dieser Idee verdankten alle ihre Pläne ihre Entstehung, die in langen Pronunciamenti auseinandergesetzt wurden. Die Partei trat in Verbindung mit den verschiedenen revolutionären Gesellschaften, die sich damals unter den Emigrierten bildeten. Sie rief ein „internationales demokratisch-socialistisches Komitee“ ins Leben und beteiligte sich an der Gründung des „Emigrationsklubs“.

Einige Polizeispitzel, u. a. Cherval und Gipperich, fanden ihren Weg

in die Partei. Auf Grund der Enthüllungen und Aktionen derselben schritten die verschiedenen Regierungen zu Anklagen, die manche Mitglieder für längere Zeit ins Gefängnis brachten. Willich selbst ging nach Amerika, wo er sich später im Bürgerkriege ausgezeichnet hat. Die Partei Willich-Schapper hat die Partei Marx nicht lange überlebt, sie löste sich Anfang 1853 auf.

Das **Kommunistische Manifest** ist ein von Marx und Engels im Auftrage des Kommunistenbundes verfasstes, für die Oeffentlichkeit bestimmtes, ausführliches Parteiprogramm, in dem die theoretischen Ansichten der Kommunisten formuliert und Anweisungen für ihr praktisches Verhalten gegeben werden. Ueber die Beziehungen der Verfasser zum Kommunistenbund siehe den betreffenden Artikel. Das Manifest erschien kurz vor der Februarrevolution 1848. Es ist in fast alle europäischen Sprachen übersetzt, 1848 bereits ins Französische, Polnische, bald darauf ins Englische, Dänische, in den sechziger Jahren ins Russische von Bakunin, 1882 zum zweitenmal von Vera Sassulitch, 1886 ins Spanische u. s. w.

Das Manifest ist die am weitesten verbreitete socialistische Schrift — in jedem Jahre erscheinen noch neue Auflagen — und hat auf die Entwicklung der Bewegung einen entscheidenden Einfluss ausgeübt. Seinem wesentlichen Inhalt nach ist es zum Programm mehr oder weniger grosser Arbeiterparteien aller Länder geworden. Die in dem Manifest gewählten Ausdrücke sind termini technici des internationalen Socialismus geworden; die Gedanken desselben sind in einer Unzahl von Büchern, Broschüren und Zeitschriften wieder und wieder gepredigt. Mit Recht wird das Manifest als ein Meisterstück agitatorischer Geschicklichkeit bezeichnet. Es enthält den ganzen marxistischen Socialismus im Keime, es spricht die Gedanken desselben unverhüllt und in krassester Form aus. Eine wilde, revolutionäre Energie spricht aus jeder Zeile. Auch in dem zwanzig Jahre später erschienenen grossen Werk von Marx bricht dieselbe noch hie und da durch, während im allgemeinen aber der ruhige Ton wissenschaftlicher Forschung herrscht. Der Wandel der Zeiten tritt aber am deutlichsten hervor, wenn man die Sprache des Manifestes mit dem heutigen Programm der deutschen Socialdemokratie vergleicht. Hier werden in abstrakter Sprache, deren Schwerverständlichkeit schon mehrere Kommentare hervorgerufen hat, die socialdemokratischen Lehren und Forderungen entwickelt, dort wird die den Proletariern verständliche Sprache der gewaltsamen Revolution geredet. Der Gegensatz wird um so schärfer, wenn wir bedenken, dass damals ein überaus kleines Häuflein der Gesellschaft, die sie mit Leichtigkeit unterdrücken und vollständig vernichten konnte, den Fehdehandschuh ins Gesicht schleuderte, während heute eine Partei zu uns spricht, deren Stärke die Regierungen beunruhigt und deren mutmassliche Entschlüsse nicht nur im Staatsministerium eines einzelnen Landes, sondern in der hohen Diplomatie eine hervorragende Rolle spielen. Der alte Erfahrungssatz, dass mit der Macht und der Verantwortlichkeit sich das Auftreten, das Reden und das Handeln, ändert, gilt, wie für die einzelne Person, auch für die politische Partei.

Das Manifest zerfällt in vier Teile; es behandelt zuerst das Verhältnis des Proletariats zur Bourgeoisie, dann das zu den Kommunisten. Daran schliesst sich eine Kritik der verschiedenen socialistischen und kommunistischen Bestrebungen, und schliesslich wird ausgeführt, welche Stellung die Socialisten der verschiedenen Länder in der praktischen Politik einzunehmen haben.

I. Bourgeois und Proletarier. An die Spitze stellt das Manifest den Satz, dass die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Dieser Satz ist später in einer Anmerkung dahin modificiert worden, dass er sich nicht auf die Urgeschichte bezieht, auf einen Gesellschaftszustand, in dem die Gens die Gesellschaftszelle war. Es heisst dann im Manifest:

„Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zu einander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampt, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.

In den früheren Epochen der Geschichte finden wir fast überall eine vollständige Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände, eine mannigfaltige Abstufung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patrizier, Ritter, Plebejer, Sklaven; im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Zunftbürger, Gesellen, Leibeigene und noch dazu in fast jeder dieser Klassen wieder besondere Abstufungen.

Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt.

Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, dass sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei grosse feindliche Lager, in zwei grosse, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“

Die Entstehung der Bourgeoisie wird dann historisch untersucht. Sie wird, der von Marx vertretenen materialistischen Geschichtsauffassung gemäss, erklärt durch wirtschaftliche Veränderungen. Die moderne Bourgeoisie wird als das Produkt eines langen Entwicklungsganges, einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise, betrachtet. Den Entwicklungsstufen der Bourgeoisie entsprechen die Veränderungen der politischen Verfassungen. Wo die Bourgeoisie sich voll entwickelt hat, ist die Staatsgewalt nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet. Es wird dann ausgeführt, dass die Bourgeoisie in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt hat.

„Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vor-

gesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose „bare Zahlung". Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spiessbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die Eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt.

Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Thätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.

Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältniss einen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt.

Nachdem so das Sündenregister der Bourgeoisie aufgezählt ist, wird anerkannt, was die Herrschaft der Bourgeoisie für die Entwicklnng der Kultur gethan hat:

„Die Bourgeoisie hat enthüllt, wie die brutale Kraftäusserung, die die Reaktion so sehr am Mittelalter bewundert, in der trägsten Bärenhäuterei ihre passende Ergänzung fand. Erst sie hat bewiesen, was die Thätigkeit der Menschen zu stande bringen kann. Sie hat ganz andere Wunderwerke vollbracht als egyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen, sie hat ganz andere Züge ausgeführt, als Völkerwanderungen und Kreuzzüge.

Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel centralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hievon war die politische Centralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in Eine Nation, Eine Regierung, Ein Gesetz, Ein nationales Klasseninteresse, Eine Douanenlinie.

Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen, als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen — welches frühere Jahrhundert ahnte, dass solche Produktionskräfte im Schosse der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten?"

Diese Produktivkräfte werden sich so entwickeln, dass sie sich schliesslich gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind, empören. Es wird auf die Handelskrisen hingewiesen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen.

In den Handelskrisen treten Mangel und Elend auf, weil die Gesellschaft zu viel Civilisation, zu viel Lebensmittel, zu viel Industrie, zu viel Handel besitzt. Die Not entsteht hier aus der Fülle. Diese Handelskrisen machen klar, dass die bürgerlichen Verhältnisse zu eng geworden sind, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. Diese Krisen können nur überwunden werden durch eine erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften und durch die Eroberung neuer Märkte oder die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Die Bourgeoisie bereitet so durch ihre eigene Entwicklung allseitigere und gewaltigere Krisen vor und vermindert die Mittel, diesen Krisen vorzubeugen, muss schliesslich also an einem Punkte ankommen, an dem es kein Entrinnen mehr gibt. Dann geht die Herrschaft über an die mit der Bourgeoisie entstandene Klasse des Proletariats, die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt.

Die Lage des Proletariers wird dann geschildert:

„Die Arbeit der Proletarier hat durch die Ausdehnung der Maschinerie und die Teilung der Arbeit allen selbständigen Charakter und damit allen Reiz für die Arbeiter verloren. Er wird ein blosses Zubehör der Maschine, von dem nur der einfachste, eintönigste, am leichtesten erlernbare Handgriff verlangt wird. Die Kosten, die der Arbeiter verursacht, beschränken sich daher fast nur auf die Lebensmittel, die er zu seinem Unterhalt und zur Fortpflanzung seiner Rasse bedarf. Der Preis einer Ware, also auch der Arbeit, ist aber gleich ihren Produktionskosten. In demselben Masse, in dem die Widerwärtigkeit der Arbeit wächst, nimmt daher der Lohn ab. Noch mehr: in demselben Masse, wie Maschinerie und Teilung der Arbeit zunehmen, in demselben Masse nimmt auch die Masse der Arbeit zu, sei es durch Vermehrung der Arbeitsstunden, sei es durch Vermehrung der in einer gegebenen Zeit geforderten Arbeit, beschleunigten Lauf der Maschinen u. s. w.“

Die Reihen der Proletarier schwellen immer mehr an infolge der wirtschaftlichen Entwicklung:

„Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, dass ihr kleines Kapital für den Betrieb der grossen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den grösseren Kapitalisten erliegt, teils dadurch, dass ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird. So rekrutiert sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung.“

Der Gang der Dinge führt schliesslich mit Notwendigkeit zum Klassenkampf:

„Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in grösseren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst und es fühlt sie mehr. Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleich niedriges Niveau herabdrückt. Die

wachsende Konkurrenz der Bourgeois unter sich und die daraus hervorgehenden Handelskrisen machen den Lohn der Arbeiter immer schwankender; die immer rascher sich entwickelnde, unaufhörliche Verbesserung der Maschinerie macht ihre ganze Lebensstellung immer unsicherer; immer mehr nehmen die Kollisionen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an. Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohnes. Sie stiften selbst dauernde Associationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren. Stellenweis bricht der Kampf in Emeuten aus.

Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der grossen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten mit einander in Verbindung setzen. Es bedarf aber bloss der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampfe zu centralisieren."

Dieser Klassenkampf, so führt das kommunistische Manifest aus, muss, da er die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl ist, schliesslich zum Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, zum Sieg des Proletariats führen. Die ausgebeutete und unterdrückte Klasse wird durch ihren Sieg nicht nur sich, sondern die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenkämpfen befreien.

II. Proletarier und Kommunisten.

Die Kommunisten sind, wird ausgeführt, praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch von der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus. Ihr nächster Zweck ist: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Die theoretischen Sätze der Kommunisten sind nicht die Ideen eines Weltverbesserers, sondern Ausdrücke thatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes. Der Wechsel wirtschaftlicher Verhältnisse hat immer auch einen Wechsel der Eigentumsverhältnisse zur Folge gehabt. Wie die französische Revolution das Feudaleigentum zu Gunsten des bürgerlichen Eigentums abgeschafft hat, so will der Kommunismus das bürgerliche Eigentum zu Gunsten einer höhern Eigentumsform abschaffen, er will das Privateigentum abschaffen.

Ihr entsetzt Euch darüber, ruft das Manifest, dass wir das Privateigentum abschaffen wollen. Aber in Eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für 9 Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, dass es für 9 Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, dass wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentums-

[illegible] Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Be-[illegible] dass mit der Aufhebung des Privat-[illegible] eine allgemeine Faulheit entstehen [illegible] wenn [illegible] stichhaltig wäre, die bürger-[illegible] gegangen sein [illegible] arbeiten, erwerben nicht, und die nicht erwerben, [illegible] der Kommunismus wird die Erziehung der Kinder [illegible] lassen, er wird die bestehende Form [illegible] aufheben. Welche [illegible] treten soll, wird nicht ge-[illegible] Kommunismus wird [illegible] Absonderungen und Gegen-[illegible] mit der Ent-[illegible] Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der [illegible] Produktion und der ihr entsprechenden [illegible] lassen. Die Befreiung des [illegible] vereinigten Aktion, wenigstens der [illegible]

[illegible] etwas später im Manifest [illegible] in der Arbeiterrevolution ist die Erhe-[illegible] Klasse, die Erkämpfung der [illegible]

[illegible] Herrschaft dazu benutzen, der [illegible] Kapital zu entreissen, die Produktions-[illegible] Händen des Staates, [illegible] als herrschende Klasse [illegible] zu zentralisieren und die Masse der Produktions-[illegible]

[illegible] vermittelst despotischer [illegible] bürgerlichen Produktions-[illegible] unzureichend und [illegible] im Lauf der Bewegung über sich selbst [illegible] Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise [illegible]

[illegible] nach den verschiedenen Ländern [illegible]

[illegible] Länder werden jedoch die folgenden [illegible] Anwendung kommen können:

1. [illegible] und Verwendung der Grundrente [illegible]
2. [illegible]
3. [illegible]
4. [illegible] aller Emigranten und Rebellen.
5. [illegible] Kredits in den Händen des Staates durch eine [illegible] Staatskapital und ausschliesslichem Monopol.
6. [illegible] des Transportwesens in den Händen des Staates.
7. [illegible] Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbar-[illegible] der Ländereien nach einem gemeinschaft-[illegible]

8. Gleicher Arbeitszwang für Alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.
9. Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie. Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land.
10. Oeffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion u. s. w."

III. Allen anderen socialistischen Bestrebungen gegenüber, die einzeln oft bitter kritisiert werden, betont das Manifest als Grundlage seiner Theorie den Klassenkampf.

IV. Die Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien wird dahin präcisiert, dass sie in jedem Lande jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände unterstützen.

„In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei.

Sie unterlässt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewusstsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muss, als eben so viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt.

Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht, und weil es diese Umwälzung unter fortgeschritteneren Bedingungen der europäischen Civilisation überhaupt, und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt, als England im 17. und Frankreich im 18. Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann."

Ueberall sollen die Kommunisten die Eigentumsfrage als die Grundlage der Bewegung hervorheben, und überall sollen sie an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder arbeiten.

Das Manifest schliesst mit den Worten:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

Kommunistische Gemeinden sind besonders in Nordamerika von religiösen Sekten und Socialreformern gegründet worden. Die Mehrzahl der religiösen Gemeinden besteht aus Deutschen.

1. Der Württemberger Georg Rapp (s. d.) gründete im Jahre 1805

die Harmonisten-Gemeinde, die sich zuerst in Pennsylvanien, dann in Indiana und schliesslich in Economy bei Pittsburg ansiedelte, wo sie heute noch existiert.

2. Ein anderer Württemberger, Joseph Bäumeler (s. d.), Leiter der Separatisten, vereinigte seine Anhänger in der kommunistischen Gemeinde Zoar im Jahre 1817.

3. Die aus Deutschen bestehende Sekte der Inspirationisten lebt seit den vierziger Jahren in den Amana-Dörfern (s. d.) in Gütergemeinschaft.

4. Von dem Preussen Keil (s. d.) wurden die kommunistischen Bauerngemeinden Bethel und Aurora ins Leben gerufen.

5. Die von „Mutter“ Ann Lee gestifteten Shakergemeinden (s. d.) haben 1787 den Kommunismus eingeführt und bis heute daran festgehalten.

6. Ueberaus bemerkenswert sind die von John Humphrey Noyes (s. d.), einem Amerikaner, in der Mitte dieses Jahrhunderts ins Leben gerufenen Perfektionistengemeinden von Oneida und Wallingford.

7. Die Hopedale-Gemeinde (s. d.) wurde im Jahre 1841 von dem Geistlichen Adin Ballou gegründet in der Absicht, die ganze Christenheit zu socialistischen Ansichten zu bekehren. Die Gemeinde ging 1857 zu Grunde.

Kommunistische Experimente schliessen sich ferner an die Namen von drei bedeutenden Socialisten an; es sind dies die Owenschen Communities (s. d.), die Fourierschen Phalangen (s. d.) und die von Cabet (s. d.) gegründete Gemeinde der Ikarier. Die Anhänger Owens machten ihr erstes Experiment in grösstem Masstab in New Harmony (s. d.) 1824, dem sie eine Reihe anderer folgen liessen. 1832 war die Bewegung spurlos verschwunden. Die Fouriersche Bewegung war stark in den Jahren 1842–1847. Eine grosse Anzahl von Männern, die eine hervorragende Rolle in den Vereinigten Staaten gespielt haben, beteiligte sich an den Versuchen, die Ideen Fouriers zu verwirklichen. Ihren Mittelpunkt fanden sie in New-York, wo Greeleys Tribune und Brisbanes Phalanx ihre Sache vertraten. Die Fouriersche Bewegung wurde verstärkt durch den Anschluss von Brookfarm (s. d.). Die Teilnahme vieler ausgezeichneter Männer sicherte der Bewegung das Bekanntwerden in weiten Kreisen, der Mangel an wirklichen Arbeitern und praktischen Leuten führte aber bald zum Scheitern der verschiedenen Experimente, die wir unter „Fourier“ aufgezählt haben.

Ganz isoliert steht in Amerika Josiah Warren (s. d.), der bereits in den zwanziger Jahren das Dorf „Modern Times“ gründete.

In den letzten Jahren ist die Idee, kommunistische Gemeinden zu gründen, in Amerika wieder aufgenommen worden, insbesondere von Anhängern Bellamys.

In grösstem Masstabe geplant war die Sinaloa-Gemeinde, die von Nordamerikanern in Mexiko gegründet werden sollte. Ein anderer neuer Versuch wurde in Californien gemacht, wo die Kaweah-Gemeinde (s. d.) sich niederliess.

In neuester Zeit hat sich eine grosse Anzahl Australier nach Paraguay (s. d.) begeben, um dort eine kommunistische Gemeinde ins Leben zu rufen.

1894 brachen auch die sogenannten „Freiländer“ auf, um in Afrika am Fusse des Kenia das von Theodor Hertzka (s. d.) in seiner Utopie gezeichnete „Freiland“ zu gründen.

Litt. Ueber amerikanische Gemeinden berichtet am ausführlichsten J. H. Noyes, der Gründer der Oneida-Gemeinde, in seinem 1870 erschienenen Werke „History of american Socialisms“. Der Deutsch-Amerikaner Charles Nordhoff hat einige Jahre später seine durch persönlichen Besuch der wichtigsten Gemeinden gemachten Erfahrungen in einem lehrreichen und interessanten Buch: „The communistic societies of the United States“ niedergelegt. W. A. Hinds, ein Mitglied der Oneida-Gemeinde, hat 1878 eine kleinere Schrift über die damals noch bestehenden Gemeinden erscheinen lassen. Aus diesen drei Quellen hat Heinrich Semler seine „Geschichte des Socialismus und Kommunismus in Nordamerika“, Leipzig 1880, zusammengestellt.

Kontrollmarke. Nachdem die Arbeiterschaft in den letzten Jahren in Deutschland mit der Waffe des Strike (s. d.) ausserordentlich schlechte Erfahrungen gemacht und die Macht ihrer gewerkschaftlichen Vereinigungen dem Unternehmertum gegenüber sehr gelitten hatte, suchte sie durch Einwirkung auf die Konsumtion einen Einfluss auf das letztere zu gewinnen. Man wandte zu diesem Zweck den Boykott (s. d.) und das von Amerika ausgegangene Kontrollmarkensystem an. Bei dem letzteren ist der leitende Gedanke, dass nur mit der Kontrollmarke versehene Waren gekauft werden, diese Marke aber nur an die Fabrikanten abgegeben wird, die in Hinsicht auf Lohnhöhe, Arbeitszeit u. s. w. den von den Gewerkschaften geforderten Ansprüchen genügt haben. Von vielen Seiten wird dies System auf das lebhafteste angepriesen, da die Arbeiterklasse dadurch von der grossartigen Macht, die sie als Konsument besitzt, Gebrauch machen kann. Nun ist aber das Gebiet, auf welchem die Kontrollmarke Anwendung finden kann, viel zu beschränkt, als dass man sich allgemeinen Nutzen von ihr versprechen könnte. Von vornherein ausgeschlossen sind das Baugewerbe, die Nahrungsmittelindustrie, die Landwirtschaft, der Bergbau u. s. f. Nicht ohne Gewicht ist ferner der Einwurf, der allerdings von Freunden derselben betritten wird, dass die Schutzmarke die Waren verteuert, also für die grosse Masse der Konsumenten nachteilig ist und nicht einmal den in der Produktion des betreffenden Artikels beschäftigten Arbeitern den entsprechenden Vorteil bringt. Ferner hat die Kontrollmarke nur da Aussicht auf Erfolg, wo eine treffliche gewerkschaftliche Organisation besteht, und hat hier dann die Aufgabe, die durch Strike errungenen Vorteile festzuhalten. Nur als eine der Waffen im gewerkschaftlichen Kampfe hat der Berliner Parteitag vom 14. bis 21. November 1892 sich für die Kontrollmarke ausgesprochen, sich in allen den Fällen aber dagegen erklärt, wo ihrer Einführung der Gedanke zu Grunde liegt, mittelst derselben den gewerkschaftlichen Kampf überflüssig zu machen, oder wo sie als direktes Zwangsmittel dienen soll, jungen oder schwachen Organisationen Mitglieder zuzuführen oder zu erhalten.

Krankenversicherung. Das Gesetz vom 15. Juni 1883 mit seinen Novellen vom 28. Mai 1885, 5. Mai 1886 und 10. April 1892 unterwirft dem Versicherungszwang alle Personen, die

1. in Fabriken, Bergwerken, Salinen, Hochöfen, im Eisenbahnbetrieb, in der Fluss- und Kanalschiffahrt, in Schiffswerften, im Baugewerbe und verwandten Gewerben,
2. als Handwerksgesellen oder Handlungsgehülfen,
3. in den Bureaux von Rechtsanwälten oder Versicherungsgesellschaften,
4. in Gewerben, in denen Dampfkraft angewandt wird,
5. im Post- und Telegraphendienst und in der Marine- und Militärverwaltung

beschäftigt sind. Voraussetzung ist, dass das jährliche Einkommen dieser Personen 2000 Mark nicht übersteigt. Für einzelne Kategorieen bestehen Sonderbestimmungen. Durch die Novelle von 1886 wird bestimmt, dass die Landesregierungen den Versicherungszwang auf alle Land- und Forstarbeiter ausdehnen können. Dies ist geschehen in Hessen, Schwarzburg-Sondershausen, Baden und Sachsen.

Die Organisation der Krankenversicherung ist durchaus lokal. Als leitender Grundsatz galt, die in einem Berufe beschäftigten Personen in Ortsverbänden zu vereinigen und die Verwaltung derselben soweit wie möglich den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu überlassen. Bestehende Kassen sind vom Gesetz anerkannt, soweit sie gewissen Bestimmungen genügen. Für alle Personen, die nicht in einer Betriebs-(Fabrik-)Krankenkasse, Bank-, Innungs-, Knappschaftskasse, eingeschriebenen oder landesrechtlichen freien Hülfskasse versichert sind, tritt subsidiär die Gemeindekrankenkasse ein. Das kaiserliche Versicherungsamt übt ein Aufsichtsrecht über alle Kassen aus.

Die Beiträge werden zu einem Drittel vom Arbeitgeber, zu zwei Dritteln vom Arbeitnehmer geleistet. Sie werden bei ersterem erhoben. In der Regel betragen die Beiträge 1½ % des Tagelohns, sie dürfen in keinem Falle 4½ % übersteigen. Alle Kassen, mit Ausnahme der Gemeindekrankenkassen dürfen ein Eintrittsgeld, das den Beitrag von sechs Wochen nicht übersteigen darf, erheben. Jährlich ist eine Bilanz zu ziehen und die Höhe der Beiträge und der Unterstützungen danach zu modificieren. Jede Kasse hat einen Reservefonds zu sammeln.

Die Leistungen der Kasse bestehen in freier ärztlicher Hülfe und in Gewährung von Krankengeldern, in gewissen Kassen ferner in Wochenbett- und Begräbnisgeldern. Ein Minimum der Krankenunterstützung ist für die Gemeindekrankenkassen festgesetzt, nämlich für 13 Wochen freie ärztliche Behandlung, freie Arznei, und im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage der Krankheit an für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagelöhner. Andere Kassen können die Dauer der Unterstützung bis auf ein Jahr ausdehnen und bis auf ¾ des Durchschnittslohnes festsetzen. Personen ohne Angehörige haben sich im Krankenhause behandeln zu lassen. Unterwerfen sich andere der Behandlung im *Krankenhaus*, so erhalten ihre Angehörigen die Hälfte des Krankengeldes.

Begräbnisgelder werden von allen Kassen, ausgenommen die Gemeindekrankenkassen, in Höhe des Zwanzig- bis Vierzigfachen des ortsüblichen Tagelohns gezahlt. Einige Kassen zahlen $^2/_3$ dieser Summe, falls die Frau, und $^1/_2$, falls ein Kind eines Mitgliedes stirbt. Alle Kassen, mit Ausnahme der Gemeindekrankenkassen, zahlen Wochenbettgelder an Frauen, die 6 Monate Beiträge geleistet haben, in Höhe des Krankengeldes für eine Zeit von 4, in einigen Fällen 6 Wochen.

Statistik.

I.

Mitglieder und Kassen.

Jahr	Zahl der Kassen.	Mitgliederzahl. Gemeinde-Kassen.	Orts-Kassen.	Fabrik-Kassen.	Bau-Kassen.	Innungs-Kassen.	Eingeschriebene Hülfskassen.	Landesrechtliche Hülfskassen.
1885	18,942	545,200	1,161,200	1,201,400	11,400	15,800	656,000	136,300
1886	19,357	580,500	1,532,000	1,268,800	13,100	27,100	741,000	145,500
1887	19,715	623,500	1,699,800	1,320,500	12,100	34,600	724,200	145,300
1888	20,468	625,200	1,905,500	1,378,100	17,300	43,900	722,300	140,800
1889	20,822	886,000	2,218,500	1,462,700	27,700	51,500	755,800	143,400
1890	21,173	994,000	2,449,700	1,611,800	21,400	58,600	786,000	144,100
1891	21,498	1,041,193	2,563,132	1,693,517	10,644	61,875	819,403	140,036
1892	22,000			7,723,000				

II.

Jahr	Krankheits-Fälle.	Krankheits-Dauer. Tage	Beiträge- u. Eintrittsgelder. Mark	Total-Einnahme. Mark	Total-Ausgabe. Mark
1885	1,804,800	25,301,200	59,135,100	66,100,300	52,646,800
1886	1,712,700	26,281,400	62,128,500	72,966,400	58,745,500
1887	1,738,900	27,112,700	67,283,000	78,928,300	61,068,300
1888	1,762,500	29,528,800	74,849,100	91,914,400	68,588,700
1889	2,042,100	33,428,700	84,301,900	102,529,800	78,553,000
1890	2,422,300	39,176,700	91,229,700	114,558,300	92,709,600
1891	2,397,826	—	96,700,000	—	98,800,000
1892	2,752,000	43,500,000	132,000,000	124,000,000	110,000,000

III.

Durchschnittsresultat 1885—1890.

Auf den Kopf des Versicherten kamen:

Beiträge vom Arbeitgeber . . .	3.69	Mark.
Beiträge vom Arbeitnehmer . . .	10.99	„
Unterstützungsgelder	11.77	„
Verwaltungskosten	0,81	„

IV.

Verteilung der Krankheitskosten 1885—1890.

Es entfielen auf:

Krankengeld	47,91 %
Arzt	19,97 %
Arznei	16,04 %
Verpflegung in Krankenanstalten	10,49 %
Sterbegeld	4,28 %
Wöchnerinnen-Unterstützung	1,31 %

V.

In den Jahren 1885—1890 betrug die Durchschnittsdauer einer Krankheit 15,7 Tage, die Durchschnittskosten 32,41 Mark.

Krapotkine, Peter, geboren 1842, stammt aus der höchsten russischen Aristokratie, einem Geschlecht, das sich in direkter Linie vom Hause Rurik ableitete. Er wurde in dem Pagenkolleg erzogen, wo er den Lehrgang im Jahre 1861 absolvierte. Zwecks geologischer Studien begab er sich dann nach Sibirien und hielt sich dort mehrere Jahre auf. Nach seiner Rückkehr nach St. Peterburg wurde er Mitglied, dann Sekretär der Geographischen Gesellschaft. Ende 1871 verliess er Russland, besuchte Belgien und die Schweiz und wurde in letzterer mit der Internationale und ihren Bestrebungen bekannt. Er schloss sich dem anarchistischen Zweige unter Bakunin, der bald nachher aus der Internationale ausgeschlossen wurde, an, und ist seitdem einer der Führer der anarchistischen Partei geblieben. Nach Russland zurückgekehrt, trat er in Verbindung mit dem Cirkel der Ciaikowzi, dessen Mitglied er 1872 wurde. Er entwarf ein Programm und eine Organisation für diese Gesellschaft und hielt im Winter desselben Jahres unter den Arbeitern des Alexander-Newsky-Distrikts Vorlesungen über die Geschichte der Internationale. Durch Verrat fiel er in die Hände der Polizei; seine Verhaftung machte ungeheures Aufsehen bei Hofe. Drei Jahre brachte Krapotkine in dem Gefängnis der Peter- und Paulsfestung zu. 1876 ward er in das Hospital gebracht, aus dem es ihm gelang, ins Ausland zu entkommen. In Genf unterstützte Krapotkine anfangs die Zeitung „L'Avantgarde“ und seit 1879 den „Revolté“ und war vorzugsweise in der jurassischen Föderation als Agitator thätig. Im Sommer 1880 dehnte sich der Anarchismus von der jurassischen Föderation in das östliche Frankreich aus und gewann besonders in einem Arbeiterviertel zu Lyon zahlreiche Anhänger. Krapotkine begab sich deshalb im Juli 1881 nach Lyon, um die Gesinnungsgenossen kennen zu lernen und zwecks der Propaganda dort und in St. Etienne Vorträge über Anarchismus zu halten. Von der Lyoner Gruppe erhielt er den Auftrag, sie in London, wo am 14. Juli 1881 ein Kongress zwecks Gründung einer anarchistischen Internationale stattfand, zu vertreten. Am 23. August wurde Krapotkine aus der Schweiz ausgewiesen und nahm seinen Wohnsitz in Thonon (Savoyen). August 1882

nahm er am zweiten Kongress der Anarchisten zu Genf teil. Infolgedessen wurde er von der französischen Polizei im Dezember 1882 mit 65 Genossen verhaftet und der Gründung und Teilnahme an der Internationale angeklagt. Der Prozess, ein reiner Tendenzprozess, vom 8. Januar 1883 zu Lyon erwies eine Organisation der Anarchisten im östlichen Frankreich, aber nicht die Existenz der Internationale. Krapotkine gab seine anarchistischen Ideen zu und ward zu fünf Jahren Gefängnis, 2000 Fr. Geldbusse, zehn Jahren Ueberwachung und fünfjähriger Entziehung der bürgerlichen Rechte verurteilt. 1886 ward er begnadigt und begab sich nach London, wo er sich seitdem mit ungeschwächtem Eifer der anarchistischen Agitation widmet.

Theorie: Jeder neuen ökonomischen Phase des Lebens der Gesellschaft entspricht eine neue Phase politischer Organisation. Die absolute Monarchie entsprach dem System der Leibeigenschaft, die Repräsentativ-Regierung der Kapitalherrschaft. Wenn sich aber die ökonomische Organisation ändert, muss sich auch die politische ändern. Nun ist es eine überall hervortretende Thatsache, dass die Tendenz vorhanden ist, unsere Arbeit für die Produktion aller Reichtümer so zu integrieren, dass es schliesslich unmöglich ist, an dem gemeinsamen Produkt zu unterscheiden, welcher Teil dem einzelnen Individuum geschuldet ist. Der Socialismus in der Produktion wächst von Tag zu Tag und die socialistischen Ideen verbreiten sich mehr und mehr auch unter den Arbeitern. Sie verlangen ökonomische Freiheit, als die einzig sichere Basis der politischen. Hierin stimmen Anarchismus und Socialismus überein: in der vollständigen Negierung des Lohnsystems und der Forderung des Kommunismus. Aber mit dieser neuen Organisation ist das alte parlamentarische System unverträglich. Die freien Arbeiter verlangen freie Organisation, und diese kann zur Basis nur freie Zustimmung und freie Kooperation haben, ohne die Autonomie des Individuums der alles durchdringenden Einmischung des Staates zu opfern. Das nicht-kapitalistische System verlangt das Nicht-Regierungssystem — und hier vereinigt sich der Anarchismus mit der zweiten Tendenz unserer Zeit, der nämlich nach der grössten Freiheit des Individuums für die Verfolgung aller seiner Ziele, einer sowohl für es selbst, wie für die Gesellschaft heilsamen Tendenz, und führt sie bis zu ihren äussersten Konsequenzen durch. Sein Ziel ist, die Funktionen der Regierung auf nichts zu reduzieren, sein Ziel ist eine Gesellschaft ohne Regierung. Das Studium der Geschichte hat gezeigt, dass Fortschritte im socialen Leben nicht in der weiteren Konzentration von Macht und regulativen Funktionen in den Händen einer Regierung, sondern in der Richtung der Decentralisation stattfinden, wie sie als leitendes Motiv in den Aufständen der Pariser Commune und dem von Cartagena hervortrat, in der Richtung der Ueberlassung aller Funktionen, die jetzt in den Händen des Staates sind, der Initiative frei konstituierter Gruppen. Krapotkine sieht einen Zustand der Gesellschaft voraus, wo die Freiheit des Individuums nicht begrenzt sein wird durch Gesetze oder Verpflichtungen — sondern durch nichts Anderes als seine socialen Gewohnheiten

und die Notwendigkeit, welche ein jeder empfindet, Kooperation, Unterstützung und Sympathie unter seinen Nächsten zu finden.

So ist der Anarchismus die Hypothese zweier mächtiger Gedankenströme, welche unser Jahrhundert charakterisieren — die Emancipation des Menschen von den unterdrückenden Gewalten der Kapitalisten und der Regierung.

op. Aux jeunes gens, Genf 1881; In Russian and French prisons, London 1887; Law and authority, London 1886; Paroles d'un révolté, Paris 1885; La morale anarchiste, Paris 1891; Le salariat, Paris 1889; Die Repräsentativregierung, London 1888; Le salariat, 1892; La conquête du pain, Paris 1892; Artikel in der Revue Nineteenth Century: The scientific basis of Anarchy 1887; The coming anarchy 1887.

Kunert, Fritz, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Halle, Regierungsbezirk Merseburg, seit 1890. Geb. 15. September 1850 zu Alt-Landsberg, Kreis Niederbarnim. 1867—1870 Seminarist; 1871 bis 1877 Lehrer in Berlin und Konstantinopel; 1880—1883 Reisen in Süd-Europa, Klein-Asien, Nord-Afrika, Palästina, Arabien; 1887—1889 Kaufmann, später Korrektor; 1888—1889 Lehrer der Berliner Freien Gemeinde; 1888—1889 Stadtverordneter.

Lafargue, Paul, geb. 1840 auf Cuba von französischen Eltern, erhielt seine Erziehung in Bordeaux und studierte zu Paris Medizin. Wegen Beteiligung am Lütticher Studentenkongress von 1866 und einer Demonstration gegen das Kaiserreich wurde er von den französischen Universitäten ausgeschlossen und wandte sich deshalb nach London, wo er seine medizinischen Studien vollendete. Hier wurde er durch Tolain bei Marx eingeführt, dessen Schwiegersohn und Anhänger er wurde. Während seines Londoner Aufenthaltes wurde er zum Mitglied des Generalrates ernannt. Von der Commune 1871 erhielt er den Auftrag, den Südwesten Frankreichs zur Erhebung zu bringen. Seine Mission schlug aber gänzlich fehl und Lafargue sah sich gezwungen, nach der Niederwerfung der Commune nach Spanien zu flüchten, wo er an der socialistischen Bewegung regen Anteil nahm. 1872 als Delegierter der Sektionen von Madrid und Lissabon zum Haager Kongress geschickt, stimmte er gegen Bakunin. Lafargue liess sich dann zum zweitenmal in London nieder und lebte daselbst bis zur Amnestie in einfachen, oft kümmerlichen Verhältnissen. Nach seiner Rückkehr nach Frankreich trat Lafargue in die „Egalité" von 1880 ein und entwickelte darin die Theorien Marx'. Nach Eingehen des Blattes schrieb er für den „Citoyen" und gehörte später zu den Gründern des „Socialiste". Mit Guesde und Deville zusammen ist er der Gründer der sogen. marxistischen Partei, an deren Spitze er unermüdlich für die Entwicklung des Socialismus in Frankreich (s. d.) thätig war. November 1891 wurde er zum Deputierten für Lille gewählt, verlor aber diesen Sitz bei den allgemeinen Wahlen von 1893 dank der Wahlgeometrie der Regierung.

op. Le droit à la paresse; der wirtschaftliche Materialismus nach *den Anschauungen* von Karl Marx, Hottingen 1886; mit Guesde zu-

sammen „das Programm der Arbeiterpartei“; viele Artikel in socialistischen Zeitschriften.

Lahautière, Richard, Babouvist. Er gab mit Choron den Petit catéchisme de la réforme sociale 1839 heraus, auch deutsch, Biel 1841, schrieb 1841 eine Broschüre „de la loi sociale“ und „Les déjeuners de Pierre“, Paris, und redigierte seit 1841 „La Fraternité“. (S. Frankreich, pag. 211.)

Lamennais, Jean Marie Félicité Robert de, geboren zu St. Malo den 19. Juni 1782, gestorben zu Paris den 27. Februar 1854.

Durch den Tod seiner Mutter früh sich selbst überlassen, verschlang er, ein junges Kind, die Bibliothek seines Onkels, zog sich dann, 15 Jahre alt, um Ordnung in den wüsten Haufen des gelesenen Stoffes und seine Kenntnisse zu bringen, nach la Chênaie zurück und vertiefte sich dort in Sprachstudien. Eine unglückliche Neigung trug dazu bei, seinem Geist einen melancholischen Zug zu geben und ihn in den geistlichen Stand zu treiben. 1811 trat er in das kleine Seminar von St. Malo, 1816 erhielt er die geistlichen Weihen. Ein Jahr nachher veröffentlichte er „l'essai sur l'indifférence“, in dem er die verirrte Herde zum Schoss der alleinseligmachenden Kirche zurückrief. Der Sturm der Julirevolution übte den gewaltigsten Einfluss auf seine Ideen aus, zumal da sich in ihm auf das wunderbarste der unerschütterlichste Glaube mit einem gegewaltigen Drang nach Freiheit des Denkens verband. Er gab ein Journal „l'Avenir“ heraus mit der Aufschrift: „Gott und Freiheit. — Der Papst und das Volk“, in dem er Reformen auf religiösem und politischem Gebiete, Abschaffung des Konkordats, Unterdrückung des Kultusbudgets, Decentralisation der Verwaltung, Freiheit des Unterrichts, der Presse und der Association forderte. Seine Ideen wurden am 15. August 1832 vom Papste Gregor XVI. verdammt. Lamennais suspendierte sein Journal, unterwarf sich dem Papste und zog sich nach la Chênaie zurück. Von hier aus erschienen die „Paroles d'un croyant“ 1834. In ihnen ist der Bruch mit dem Papst und der katholischen Kirche vollendet. 1837 liess er das „Livre du peuple“, später „l'esclavage moderne“ 1840, voll von Liebe und Mitleid mit dem Proletariat, erscheinen. Wegen einer seiner politischen Schriften „le pays et le gouvernement“ Paris 1840 wurde er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Revolution von 1848 begrüsste Lamennais mit enthusiastischen Hoffnungen, die sich aber sehr bald verflüchtigten. Am 23. April 1848 wurde er in die gesetzgebende Versammlung gewählt, wo er seinen Sitz bei der Bergpartei nahm. Er stimmte für das Recht auf Arbeit, und 1849 wiedergewählt, stets mit der demokratischen Minorität. Nach dem Staatsstreich von 1851 zog er sich tiefbekümmert vom politischen Leben zurück. Sein letzter Wille lautete: „Ich will unter den Armen begraben werden und wie die Armen. Man wird nichts, auch nicht einen einfachen Stein auf mein Grab setzen. Man soll meinen Leichnam sofort nach dem Kirchhof bringen, ohne ihn vorher in irgend einer Kirche ausgestellt zu haben. Man soll nicht durch Briefe zur Teilnahme an der Beerdigung auffordern. Ich verbiete ausdrücklich, dass man bei mir die Siegel anlegt.“ — Seinem Wunsche entsprechend wurde er begraben.

Lamennais ist der energischste Vertreter der Alliance der Religion mit der revolutionären Idee. Das tiefste Mitleidsgefühl für das Elend der Armen, der Abscheu vor der Tyrannei, die Begeisterung für die Freiheit und brüderliche Liebe haben ihm die erhabendsten und glühendsten Poesieen eingegeben; aber immer ist es der Priester, der in ihm den Kampf und die Liebe predigt. In seiner Zeitung „l'Avenir" hatte er die katholische Kirche aufgefordert, sich an die Spitze der gewaltigen Freiheitsbewegung zu setzen und ihre allgemeinen und christlichen Aufgaben zu erfüllen. Er versuchte für seine Sache die höchste Autorität des Papstes zu gewinnen; vom Papst zurückgestossen, appellierte er an das Volk, an die Masse gegen Rom, so seiner Mission untreu geworden. Jetzt war Rom für ihn nur noch ein Hindernis, ein „Stein zwischen den Rändern einer frischen Wunde". — Das Erscheinen seiner „Worte eines Gläubigen" wirkte wie ein Blitz aus heiterm Himmel. — Man sah Arbeiter ihre Arbeit verlassen und wie erstarrt von der Lektüre dieser glühenden Seiten. Der Minister Guizot forderte Verfolgung. „Das ist," rief man aus, „die rote Freiheitsmütze auf das Kreuz gesetzt. Das ist die Apokalypse des Satans . . . Das ist Babeuf, gepredigt von Ezechiel!"

Wenden wir uns nun zu seinem „Buch des Volkes" und „die moderne Sklaverei". Warum ist das Geschick der Menschen so drückend und voller Elend? Weil sie die Gesetze der Natur verkannt und von ihren Wegen abgewichen sind; weil sie durch die Errichtung des Eigentums die Menschen in einander fremde Gruppen geteilt, in Nationen, und die Nationen sich in Herrschende und Gehorchende geteilt. Auf der einen Seite die Macht und der Genuss, auf der andern alles Elend der Gesellschaft und ihre Laster. Der Mensch ist das Eigentum des Menschen geworden. Die antike Sklaverei ist nur in der Form geändert, und geändert zum Nachteil der Sklaven besteht sie noch heute in der modernen Gesellschaft; aber sie existiert im Widerspruch mit der Idee und dem Gefühl eines Rechts, das sein Heim im allgemeinen Bewusstsein gefunden hat. Der Arbeiter ist nicht mehr Sklave; man begnügt sich jetzt, ihm den grössten Teil der Frucht seiner Arbeit fortzunehmen, um ihn dann, wenn Alter und Arbeit seine Kräfte verbraucht, im Wirrsal der Strasse vor Hunger und Kälte stehen zu lassen oder ihn in die Armenhäuser zu werfen. Brüder haben zu ihren Brüdern gesagt: „Wir sind nicht desselben Geschlechts, wie ihr; unser Blut ist reiner; wir wollen es nicht mit dem euern vermischen. Das Vermögen hat die Rangunterschiede markiert, die Klassen bestimmt. Die individuell befreiten Proletarier sind in Masse das Eigentum derjenigen geworden, die die Beziehungen der Gesellschaftsmitglieder regeln, die die Bergung der Industrie, die Bedingungen der Arbeit, ihren Preis und die Verteilung der Produkte festsetzen. So ward die Welt, als man das Band der Brüderlichkeit gebrochen: für den Einen Ruhe, Reichtum, alle Vorzüge, für den Anderen Plage, Elend und am Ende eine Grube. Die Einen sind die Reichen, die Anderen das Volk (peuple).

Wer ist das Volk (peuple)? — Alle, die sich mühen, um zu produzieren und die Produkte zu verbreiten, die nützlichsten Klassen. Immer

und überall ist die Arbeit das Los des Volkes gewesen. Wie ist die Lage des Volkes? Was thut die Gesellschaft für es? Mühe und Kampf, kaum einen Teil der Produkte ihrer Arbeit; eine Knechtschaft ohne Ende und ein Elend ohne Hoffnung. — Das Elend aber ist nicht unteilbar, wenn Ihr nicht für Euch allein, sondern mit der Gerechtigkeit und Liebe, die für alle sorgt, Eure Kraft benutzt. — Ihr müsst Eure Rechte und Eure Pflichten kennen. Euer Recht, das seid Ihr, Euer Leben, Eure Freiheit; aber alle haben gleiches Recht. Daher ist die Gerechtigkeit der Beginn Eurer Pflicht. Mit der Gerechtigkeit muss sich die Liebe verbinden. Ihr habt nur einen Herrn, das ist Gott; und sein Wille ist es, dass Ihr frei seid. Was ist aus diesem Rechte geworden, o Volk? Warum bist Du im Elend auf dieser Erde, warum seufzest Du oft vor Hunger, während Deine Arbeit und Deine Produkte sich mehren; warum hebt sich der Stern des Wissens nicht am Horizont der dunkeln Welt, wohin man Dich verbannt hat? — Weil die Herren der Gesellschaft dem Volke die Mittel, sich zu verteidigen, seine politischen Rechte, geraubt. Aber es gibt kein Gesetz ohne die Stimme des Volkes, da nur dies die Souveränität hat. Euer Elend stammt aus den Fehlern der Gesellschaft. Durch Vernichtung der Gesetze des Privilegs und des Monopols, durch die Verteilung der Kapitalien, die der Kredit vervielfacht, durch Schaffung von Arbeitsmitteln, die allen zugänglich, und durch die ungeheure Macht der Association wird es gelingen, allmählich den natürlichen Fluss des Reichtums, der jetzt namentlich in wenigen Händen konzentriert ist, und eine gleichmässigere und gerechtere Verteilung desselben wieder herzustellen. In dem Mass, wie Euer Vermögen wächst, die Dauer der Arbeit abnimmt, erwachen auch in Euch die Bedürfnisse des Geistes. Immer mehr tritt an die Stelle der physischen Kraft des Menschen die seinem Willen unterworfene Naturkraft. Hand in Hand mit der materiellen und intellektuellen Verbesserung wird die moralische gehen. Eure Sache ist heilig, denn was das Volk will, will Gott. Damit Ihr aber frühe triumphieren möget, so festigt den moralischen Knoten der Einheit durch die Hingabe eines Jeden an die Gesamtheit durch vollständige Opferung Eures Ichs.

Niemand kann das Herannahen dieses Tages der Freiheit hindern; aber es liegt in der Hand des Volkes, es zu beschleunigen. Und wenn Gewalt das Recht wird zu vergewaltigen streben, dann wird es nicht länger mehr eine Debatte sein, zu entscheiden durch Vernunftgründe, sondern eine Frage der Macht, und die Männer der Regierung, die die Entscheidung so wilden Mitteln anheimgegeben, haben die Folgen ihrer Thorheit zu tragen, welche sie auch immer sein mögen.

Lamennais hat in einer Broschüre „Questions du travail“ seine Stellung in folgender Weise charakterisiert: „Man hat mich gefragt: Sind Sie Socialist oder nicht? Wenn man unter Socialismus irgend eins der Systeme versteht, die seit St. Simon und Fourier auf allen Seiten entstanden sind und deren allgemeiner Charakter die Negation des Eigentums und der Familie ist, nein, dann bin ich nicht Socialist. — Wenn man aber unter Socialismus einerseits das Princip der Association als eines der

Hauptfundamente der entstehenden Ordnung, andererseits den festen Glauben versteht, dass unter den unveränderlichen Bedingungen des physischen und moralischen Lebens selbst diese Ordnung eine neue Gesellschaft begründen wird, der nichts in der Vergangenheit verglichen werden kann, ja, dann bin ich Socialist."

op. Ausser den bereits genannten Schriften: Affaires de Rome, 1836; Politique à l'usage de peuple, 1839; Esquisse d'une philosophie, 1840; Discussions critiques et pensées diverses, 1841; De la famille et de la propriété, 1848; Questions du travail, 1848; Projet de constitution du crédit social, 1848; De la société première et de ses lois ou de la religion. Paris, 1848.

Lange, Friedrich Albert, geboren 28. September 1828 in Wald bei Solingen, gestorben 21. November 1875 zu Marburg. Er besuchte das Gymnasium in Duisburg, später in Zürich und studierte Philologie und Philosophie zuerst in Zürich, darauf in Bonn. 1851 promovierte er zu Bonn zum Doctor der Philosophie und leistete sein Probejahr als Schulamtskandidat am Friedrich-Wilhelm-Gymnasium zu Köln ab. 1855 habilitierte er sich als Privatdocent der Philosophie zu Bonn, siedelte aber schon 1858 an das Gymnasium zu Duisburg über, wo er die erste Lehrerstelle erhielt. Als 1862 die Schulbehörde in einer Verfügung die Lehrer vor jeder politischen Agitation warnte, veranlasste Lange eine ausserordentliche Lehrerversammlung, um in einem Promemoria an die Behörde die Verfügung für einen wohlmeinenden Rat zu erklären, den zu befolgen man nicht willens sei. Lange beteiligte sich seitdem lebhaft an der politischen Agitation. Als er wegen eines Leitartikels eine Verwarnung erhielt, legte er sein Schulamt nieder und wurde im Herbst 1862 Mitredakteur der „Rhein- und Ruhr-Zeitung" und Sekretär der dortigen Handelskammer. Er führte einen lebhaften Kampf gegen das Ministerium Bismarck und seine kräftigen Worte belebten die oppositionelle Gesinnung in ganz Rheinland und Westfalen. Im Oktober 1864 wurde er neben Bebel und Max Hirsch in den ständigen Ausschuss der Arbeitervereine gewählt. Selbst ein Anhänger des Genossenschaftswesens und damals noch Schulzeaner, predigte er vergebens der Fortschrittspartei Toleranz gegen die Bestrebungen der Lassalleaner. 1865 liess er die „Arbeiterfrage" erscheinen, infolge deren er in einen lebhaften Kampf mit L. Parisius und E. Richter verwickelt wurde. Schon Ende 1862 hatte Lange die Geschichte des Materialismus begonnen und kündigte deren Vollendung 1865 in dem Schriftchen „Die Grundlegung der mathematischen Psychologie" an. Seit Herbst 1865 hatte Lange vergeblich den Kampf gegen die Regierung und die Fortschrittspartei, die ihm nicht genug Energie in der Verteidigung der Volksrechte gezeigt hatte und deren Stellung gegenüber der socialen Frage er durchaus nicht teilte, geführt. Dem „Annexionsrausch" und der „Anbetung der Erfolge" stand er verdrossen und kalt gegenüber und sah in dem Gesinnungswechsel der Mehrzahl nur Heuchelei und Feigheit. Vollständig isoliert wanderte er nach der Schweiz aus, gab in Winterthur mit Salomon Bleuler den „Winterthurer Landboten" heraus und wurde Geschäftsteilhaber an dessen Buchdruckerei und Buchhandlung,

indem er zugleich eine Lehrerstelle am Winterthurer Gymnasium annahm. Als die Opposition der Demokratie im Kanton Zürich zwecks Verfassungsrevision sich zu rühren begann, stand Lange wiederum sofort als rührigster und unermüdlichster Kämpfer in den vordersten Reihen dieser Partei. Im Herbst 1869 habilitierte er sich in Zürich als Privatdozent der Philosophie und fand trotz des politischen Kampfes Musse, 1870 die „Arbeiterfrage“ vollständig umzuarbeiten. Die Teilnahme der Schweizer für Frankreich während des Krieges 1870 verstimmte ihn tief; er legte alle seine Aemter nieder, um zurückgezogen nur noch den Wissenschaften zu leben.

1871 befiel ihn eine schwere Unterleibsentzündung, von der er sich nicht wieder erholte. Das Leiden stellte sich als Mastdarmkrebs heraus, von dem ihn auch eine Operation nicht befreien konnte.

Lange, der aus den Schweizer Verhältnissen herauskommen wollte, nahm die ihm von Falk angebotene Professur für Philosophie in Marburg an. Hier hat er bis zum 21. November 1875, nie rastend, unermüdlich schaffend im Dienste der Wissenschaft, ohne Klage heldenmütig die furchtbaren Leiden der Krankheit ertragend, an Schillers Gedichten sich über das Elend der Wirklichkeit emporhebend, gewirkt und gelebt.

Seine ökonomischen Ansichten hat Lange in seiner „Arbeiterfrage“ niedergelegt, die zuerst im Jahres 1865 erschien und in dieser Fassung sich an die Arbeiter wandte. In den späteren Auflagen hat das Buch grosse Erweiterungen erfahren; auch ist der ganze Plan insofern ein anderer geworden, als er nunmehr die Arbeiterfrage unter dem Gesichtspunkte betrachtete, wie die Staatsmänner und alle diejenigen, welche auf die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten Einfluss zu üben in der Lage sind, thun und lassen müssten, um die grosse sociale Krisis zu einem gedeihlichen Ausgang zu bringen. Da die erste Auflage wohl am wenigsten bekannt ist, werden wir derselben hier hauptsächlich folgen.

Während früher das äusserste Elend, das der Kampf ums Dasein über die Menschheit brachte, als unvermeidliche Schickung betrachtet wurde, beginnt jetzt unter den Klassen, welche die Härten des Kampfes am meisten empfinden, die Forderung nach einem besseren Zustande laut zu werden. Denn trotz mancher äusserlichen Verbesserung hat der Kampf ums Dasein in unserm Zeitalter eine besonders unglückliche Form angenommen. Der ermattende Druck eines einförmigen, freudlosen Daseins und die schleichende Verkümmerung des Lebens wirken in unseren geregelten Zuständen schlimmer als der dramatische Wechsel von Glück und Unglück, Handeln und Leiden in den finstern Perioden der Geschichte. Die bitteren Empfindungen, die den Arbeiterstand erfüllen, werden noch verstärkt durch das sich mehr und mehr steigernde Bewusstsein, dass auch sie, die Arbeiter, von der Natur mit derselben Befähigung ausgestattet worden, wie die besitzenden Klassen, und durch die beständige Vergleichung ihrer Armut mit dem Reichtum dieser. So hat sich denn eine ungeheure innere Umwandlung der Geister vollzogen, die früher oder später ihr Recht in den Gestaltungen des Lebens erringen wird. Die Gedanken politischer und socialer Gleichheit sind es, die jetzt die Geister der Menschen erfüllen. Vor dem allgemeinen Rechtsbewusstsein der Gesell-

schaft zerfällt die Gültigkeit der erworbenen Rechte in Nichts und, wenn das allgemeine Rechtsbewusstsein ein kommunistisches geworden ist, kann das Recht auf Privateigentum nicht länger mehr bestehen — und oft genug ist die Wandlung des allgemeinen Rechtsbewusstseins zuerst in den Massen zum Durchbruch gekommen! Lange glaubt aber, dass der Kommunismus mindestens auf Jahrhunderte hinaus noch keine Gefahr für das Eigentumsrecht ist. Gegenüber der Forderung der Arbeiter nach einer Besserung ihrer Lage hat man nachzuweisen gesucht, dass sich dieselbe in der That gebessert habe. Diesen Lobrednern der heutigen Zustände gegenüber ist aber selbst von Angehörigen der regierenden Stände zugegeben worden, dass die Arbeiter durch die Fortschritte der Industrie zwar an eine Reihe neuer Bedürfnisse gewöhnt, aber dem eigentlichen Elend, dem Hunger, nicht entrissen sind, und dass der gesamte Fortschritt der letzten Jahrzehnte im wesentlichen den Besitzenden zu gute gekommen ist. Lange wendet sich dann zu einer Darstellung der gegenwärtigen Arbeiterbewegung. Obschon auch England keineswegs so befriedigt und beruhigt ist, wie die landläufige Ansicht meint, und auch dort sociale Stürme, wie die Chartistenbewegung, sich wiederholen werden, so ist es doch unzweifelhaft Frankreich und Deutschland, die den Impulsen der Ideen am meisten gehorchen, wo also die Arbeiterfrage zunächst zur Entscheidung kommen wird. Nun haben aber die Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften nur dem kleinen Mittelstande, nicht aber dem Arbeiter irgend etwas geholfen, und sind auch die Arbeiterbildungsvereine, so löblich an und für sich ihr Ziel sein mag, die Kluft zwischen dem Arbeiterstande und den übrigen Ständen durch Belehrung und Verkehr zu beseitigen, der Arbeiterbewegung nur schädlich gewesen, insofern sie den erwachsenen Arbeiter, den sie wegen seines Mangels an Bildung für unfähig erklärten, Politik zu treiben, von seiner Hauptaufgabe, eine Macht im Staate zu werden, auf lächerliche A-B-C-Studien abgelenkt haben. Was die Lassalleschen Produktivgenossenschaften angeht, so steckt in ihnen, da sie nur einem Teil des „vierten Standes", den industriellen Arbeitern, Hülfe bringen, die Gefahr der Verelendung des anderen Teils und der Entstehung eines fünften Standes. Um dies Unheil zu vermeiden, gibt es nur die zwei Wege: entweder allen auf einmal zu helfen, was wohl unmöglich, oder die Hülfe für die industriellen Arbeiter in einem bestimmten Verhältnis zur Förderung der ländlichen Arbeiter eintreten zu lassen. Es müsste also gleichzeitig diesen durch Errichtung ländlicher Produktiv-Associationen und Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen geholfen werden, wobei eine Expropriation des Grundbesitzes notwendig werden dürfte. Das Schicksal der ländlichen Arbeiter ist eben aufs engste mit dem der industriellen verknüpft. Auch wenn man diese Bedingungen des Gelingens beobachtet, wird die Befreiung des Arbeiterstandes nur immer langsam und allmählich vor sich gehen; aber Langes Ansicht nach wäre die grosse, unaussprechlich bedeutungsvolle Weltwende schon allein darin zu finden, dass der alte finstere Geist des Niederhaltens und der Ausbeutung definitiv gebrochen und ein Zustand

herbeigeführt wäre, bei welchem die ganze Thätigkeit der Gesetzgebung und Verwaltung sich die Lösung der socialen Aufgabe zum Ziele machte.

In dem „Weg zur Rettung“ betitelten Schlusskapitel fasst dann Lange seine Ratschläge in sechs Punkte zusammen:

1. Die Arbeiter haben sich selbst um die Angelegenheiten ihres Standes zu kümmern. Sie sollen die Begünstigten nicht hassen und anfeinden, wohl aber sich des socialen Kampfes bewusst bleiben, welchen die Verhältnisse von der Gegenwart fordern.

2. Der wichtigste Teil ihrer Selbsthülfe ist der politische.

3. Ueberall, wo es möglich ist, müssen sie Genossenschaften bilden. Diese müssen sowohl von den höheren Ständen als auch vom Staate unabhängig sein und den ausgesprochenen Zweck haben, nicht nur den Einzelnen, sondern dem ganzen Stande zu dienen.

4. Die Bildungsbestrebungen der Arbeiter müssen sich den dringenderen Zwecken dienend anschliessen.

5. Wenn sich der Staatswille, in welcher Weise es auch sei, der Sache der Arbeiter entschieden zuwendet, so sind folgende Forderungen zu stellen:

a) Revision der gesamten Gesetzgebung in Beziehung auf das Bedürfnis der Unbemittelten und Rechtsunkundigen;

b) vollständige Freiheit für Associationen und Verbrüderungen jeder Art, welche die Rechte Unbeteiligter nicht beeinträchtigen;

c) Aufhebung aller strafrechtlichen Bestimmungen, durch welche die Verkündigung der Wahrheit und die offene Besprechung bestehender Uebelstände verhindert werden;

d) vollständige Pressfreiheit und Untersagung aller Massregeln, durch welche die Ausübung derselben erschwert und insbesondere verteuert wird;

e) allgemeiner und unentgeltlicher Volksunterricht in allen für die Staatsbürger gemeinsamen und notwendigen Gegenständen;

f) Beförderung der Produktivgenossenschaften, besonders auch für den Grossbetrieb der Landwirtschaft, durch Geldmittel und geeignete Gesetze.

6. Erst nach Erlangung dieser Grundlage kann daran gedacht werden, die Menschheit mit Bewusstsein und Ruhe auf einen Standpunkt zu erheben, bei dem der Kampf ums Dasein seine Schrecken verliert.

„Sonach,“ so schliesst Lange, „läuft denn Kern und Wesen der ganzen gegenwärtigen Arbeiterbewegung auf einen grossen geistigen Kampf hinaus, dessen Ziel und Ende nur in der Besiegung der falschen Willensrichtung zu suchen ist, die sich allen grossen und durchgreifenden Verbesserungen in der Lage des eigentlichen Volkes von jeher entgegengestellt hat. Dieser Kampf ist aber nicht rein äusserlich zu fassen, sondern er ist zugleich in dem Gemüte jedes einzelnen auszufechten . . . Die Offenheit und Wahrheit ist das grosse Mittel, welches beide Zwecke erfüllt, welches das Ersehnte befördert und das Gefürchtete abwendet. Darum möge man die Arbeiter nicht nur gewähren lassen, wenn sie ernsten Blickes ihre Lage prüfen, wenn sie, statt sich dem finstern Groll und dumpfem Zagen hin-

zugeben, ihr Auge dem Sonnenlicht eines neuen Zeitalters zuwenden und die Mittel und Wege erwägen, wie es herbeizuführen sei; man möge sich freuen, dass sie darauf aus sind, sich als menschliche Wesen im Bewusstsein ihres Rechtes und ihrer höheren Bestimmung jene Freiheit zu erringen, die nur dem Segen bringt, der sie errungen hat. Man sollte nicht die Gefahr, sondern den Anfang der Rettung aus einer grossen Gefahr in dieser Bewegung erblicken . . ."

In späteren Auflagen hat Lange das Büchlein gänzlich umgearbeitet, besonders das Schlusskapitel, und eine Reihe von Kapiteln, wie „Glück und Glückseligkeit", „Kapital und Arbeit", wo er das Marxsche Werk „Das Kapital" bespricht und Marx' „Kapitalistisches Populationsgesetz auf des Allgemeinere des Kampfes ums Dasein" zurückzuführen bestrebt ist, „Eigentum, Erbrecht und Bodenrente" hinzugefügt.

op. Die Arbeiterfrage in ihrer Bedeutung für Gegenwart und Zukunft beleuchtet, Duisburg, 1865; 2. umgearbeitete Auflage, Winterthur, 1870; Jedermann Hauseigentümer, Duisburg, 1865; Mills Ansichten über die sociale Frage und die angebliche Umwälzung der Socialwissenschaft durch Carey, Duisburg, 1866.

Langevin, geboren 1843. Seit 1867 gehörte er der Internationale an und wurde korrespondierender Sekretär des Cercle des études sociales. 1870 wurde er wegen seiner Mitgliedschaft in der Internationale zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Am 26. März 1871 wurde er Mitglied der Commune. Er stimmte gegen Errichtung des Wohlfahrtsausschusses, zog sich dann von allen Sitzungen der Commune zurück und beschäftigte sich nur mit der Verwaltung seines Arrondissements.

Lassalle, Ferdinand, wurde geboren am 11. April 1825 zu Breslau als der Sohn jüdischer Eltern, an denen er mit der zärtlichsten Anhänglichkeit hing. Ein schlechter naseweiser Schüler, dabei tief durchdrungen von seiner geistigen Ueberlegenheit, setzte er bei seinem Vater eine Uebersiedelung auf die Leipziger Handelsschule durch, nur aus dem Motiv, den Folgen seiner schlechten Streiche auf dem Breslauer Gymnasium zu entgehen. Bald genug erkannte er hier, dass ihm seine Begabung für wissenschaftliche Studien einen anderen Lebensweg bestimmt und dass er als Kaufmann nur unglücklich werden würde. Er studierte dann in Breslau und Berlin klassische Philologie und Hegelsche Philosophie, deren Dialektik seinen von Oppositionslust erfüllten Geist wunderbar anzog, und lebte dann eine Zeit lang als Privatmann am Rhein, besonders in Düsseldorf. 1845 begab er sich nach Paris. Hier verkehrte er viel mit Heine, der über ihn an Varnhagen schrieb: „Mein Freund, Herr Lassalle, ist ein junger Mann von den ausgezeichnetsten Geistesgaben. Mit der gründlichsten Gelehrsamkeit, mit dem weitesten Wissen, mit dem grössten Scharfsinn verbindet er eine Energie des Willens und eine Nobilité im Handeln, die mich in Erstaunen setzte . . . Herr Lassalle ist nun einmal ein ausgeprägter Sohn der neuen Zeit, die nichts von jener Entsagung und Bescheidenheit wissen will, womit wir uns mehr oder minder heuchlerisch in neuerer Zeit hindurchgelungert und hindurchgefaselt. Dieses neue Geschlecht will geniessen *und sich geltend* machen im Sichtbaren; wir, die Alten, beugten uns

demütig vor dem Unsichtbaren, haschten nach Schattenküssen und blauen Blumengerüchen, entsagten und flennten und waren doch vielleicht glücklicher als jene harten Gladiatoren, die so stolz dem Kampftode entgegengehen." —

In Berlin lernte Lassalle 1846 die Gräfin Hatzfeld kennen. Mit all der Leidenschaft, deren er fähig war, wurde er der Kämpfer dieser von ihrem Gatten verfolgten Frau. Hören wir ihn selbst über das Motiv, das ihn auf 8 Jahre von seiner Bahn ablenkte und unheilvoll sein ganzes Leben bestimmte: „Wo alle Menschenrechte beleidigt werden, wo selbst die Stimme des Blutes schweigt und der hülflose Mensch verlassen wird von seinen geborenen Beschützern — da erhebt sich mit Recht der erste und letzte Verwandte des Menschen, der Mensch. — Ich sah in dieser Angelegenheit auch allgemeine Standpunkte und Principien verkörpert. Ich sagte mir, dass die Gräfin ein Opfer ihres Standes sei; ich sagte mir, dass man nur in der übermütigen Stellung eines Fürsten und Millionärs solche Unthaten, solche Beleidigung der Gesellschaft in ihrer sittlichen Tiefe ohne Scheu wage und wagen dürfe. — Ich beschloss, dem falschen Scheine die Wahrheit, dem Range das Recht, der Macht des Geldes die des Geistes entgegenzusetzen . . . Ich sagte mir, dass nun auch endlich der Tag der Wahrheit hereinbrechen müsse über ein individuelles Los und Leiden, welches, so innig es ein individueller Fall nur immer vermag, gleich einem Mikrokosmos, das allgemeine Leiden, die zu Grabe keuchende Misère und Unterdrückung in sich abspiegelt, und somit auch über ein redliches und durch alle Kriminal- und andere Verfolgungen unerschüttertes Bemühen, misshandelten Menschenrechten zur Anerkennung zu verhelfen." Acht Jahre lang führte Lassalle die Sache der Gräfin vor 36 Gerichten, mit dem Erfolg, dass er endlich seinen Gegner, den Grafen Hatzfeld, zur Unterwerfung und zum Vergleich zwang, der seinem Schützling ein fürstliches Vermögen und ihm eine jährliche Rente sicherte, die ihm Sorgenfreiheit und Zeit für seine Studien gewährte.

Bei Ausbruch der Märzrevolution 1848 war Lassalle tief in den Hatzfeldschen Prozess vergraben und erst nachdem es ihm gelungen war, seine Freisprechung in dem Kassettenprozess zu erringen — er war angeklagt, zwei seiner Freunde zum Diebstahl einer der Maitresse des Grafen Hatzfeld gehörenden Kassette veranlasst zu haben — wurde es ihm möglich, an den politischen Ereignissen teilzunehmen. Socialist und Demokrat, war er Mitarbeiter der „Neuen Rheinischen Zeitung" und trat mit den rheinischen Demokraten, unter ihnen Marx, in persönlichen Verkehr. Als im November 1848 die preussische Regierung durch einen Verfassungsbruch die Nationalversammlung für aufgelöst erklärte, forderte Lassalle das Volk zum bewaffneten Widerstande und zur Steuerverweigerung auf. Er wurde deshalb wegen Aufreizung zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt vor die Geschworenen gestellt; von diesen freigesprochen, wurde gegen ihn vor dem Zuchtpolizeigericht die Eventualanklage, zur Widersetzlichkeit gegen Regierungsbeamte aufgefordert zu haben, erhoben und Lassalle zu 6 Monaten Gefängnis von den Berufsrichtern verurteilt. Die Rede, „Assisenrede", die Lassalle zu seiner Verteidigung vor den Geschworenen

halten wollte, wurde durch eine Indiskretion zu frühzeitig veröffentlicht und Lassalle verzichtete deshalb, da man auch noch die Oeffentlichkeit ausschloss, gänzlich auf Verteidigung. Nach Verbüssung der Strafe blieb er zunächst noch in Düsseldorf; erst 1857 erhielt er durch die Vermittlung A. von Humboldts die Erlaubnis von der Regierung, in Berlin seinen ständigen Wohnsitz nehmen zu dürfen. Er siedelte dorthin mit der Gräfin Hatzfeld über. Im selben Jahre erschien sein Werk „Die Philosophie Herakleitos des Dunklen", das anfangs 1846 schon beinahe fertig ausgearbeitet war, dessen Vollendung aber durch den Hatzfeldschen Prozess so lange verzögert war. Schon während er noch an der endgültigen Redaktion des Heraklit arbeitete, hatte Lassalle den „Franz von Sickingen", ein Drama, begonnen, um sich aus der abstrakten Welt philosophischer Gedanken zur Erfrischung in das bunte Reich der Poesie zu flüchten und verjüngt mit neuer Kraft zur alten Arbeit zurückzukehren. Anfangs 1859 erschien es als Buchdrama, eine Frucht seiner Studien auf dem Gebiet der Reformationsperiode. Als dann der österreichisch-italienische Krieg die öffentliche Meinung Deutschlands aufregte, erhob Lassalle seine Stimme in einer Broschüre: „Der Italienische Krieg und die Aufgabe Preussens", 1859. Scheinbar auf kleindeutschem Standpunkt stehend, befürwortet Lassalle hier die Zertrümmerung Oesterreichs. Während des Kampfes zwischen Oesterreich und Frankreich solle Preussen, den Moment benutzend, sich der Hegemonie in Deutschland bemächtigen und somit einen Lieblingswunsch des deutschen Volkes erfüllen. Ganz anders erscheint Lassalles Stellung aber in seinem Briefwechsel mit Marx und Engels. Er will mehr die revolutionäre als die nationale Bewegung, die letztere der ersteren dienstbar machen. Im Hintergrunde steht auch hier der Gedanke der unitarischen Republik auf grossdeutscher Basis. Klar wird dieser ausgesprochen in der Schrift „Fichtes politisches Vermächtnis und die neueste Gegenwart", 1860. Hier feiert er Fichte als den Vertreter des demokratischen centralisierten Einheitsstaates. Das Büchlein sollte den Eindruck eines Trompetenstosses machen, zeigen, dass hinter den Bergen auch noch Leute, dass eine republikanische Partei noch lebt. 1861 erschien das zweite seiner Hauptwerke „das System der erworbenen Rechte", ein „Riesenwerk menschlichen Fleisses", wie er selbst es nannte. Lange fasst seinen Inhalt in folgender Weise zusammen: Dies Werk enthält im ersten Band eine ebenso scharfsinnige als gründliche Untersuchung über den Anspruch der erworbenen Rechte auf Schutz gegen den rückwirkenden Einfluss späterer Gesetze und über die Grenzen dieses Schutzes gegenüber dem unveräusserlichen Recht der Gesellschaft auf die Gestaltung ihrer Rechtszustände gemäss dem jedesmaligen Inhalt ihres in fortschreitender Entwicklung begriffenen Rechtsbewusstseins. Der zweite Band enthält eine höchst bedeutende und lichtvolle Untersuchung über den Grundgedanken des römischen Erbrechtes (als Willenskontinuation des Erblassers durch den Erben) und die Erklärung aller seiner besonderen Erscheinungen aus diesem Grundprincip. Kürzer und nur als eine Beleuchtung durch den Gegensatz des römischen Erbrechts behandelt, ist das germanische, welches gleichzeitig als die *Hauptgrundlage* des modernen Erbrechtes nachgewiesen wird, in welchem

die aus dem römischen Recht eingedrungenen Elemente (das Testamentsrecht) fremdartig und unorganisch dastehen . . . Lassalles Buch ist ihnen (den Fachmännern apologetischer Richtung) aber unheimlich, da sie wohl fühlen, dass das eigentliche Facit des Buches erst hinter der letzten Zeile kommt, ohne dass sie dasselbe doch (mangels philosophischer Studien) zu entziffern vermöchten.“

In den Jahren 1860 und 1861 trug Lassalle sich stark mit dem Gedanken, in Berlin ein grosses demokratisches Blatt zu gründen, das er mit Marx und Engels zusammen redigieren wollte. Der Plan zerschlug sich aber, da die preussische Regierung die Naturalisation K. Marx' durchaus ablehnte. Nach einer mit der Gräfin Hatzfeld unternommenen italienischen Reise verfasste er mit Lothar Bucher zusammen „Julian Schmidt, der Litterarhistoriker mit Setzerscholien“, wo sie die Leichtfertigkeit und Seichtigkeit des Genannten aufs schärfste, oft grob geisselten. Die Schrift ist ein Vorläufer seines Kampfes gegen die liberale Presse und die Fortschrittspartei, den er im Frühjahr 1862 mit dem Vortrag über „Verfassungswesen“ aufnahm. Da alle Verfassungen, führte er hier aus, nur der formelle Ausdruck thatsächlicher, socialer und realer Machtverhältnisse sind, so erschöpfen die sogenannten konstitutionellen Gewalten nicht das Leben der Verfassung, sondern alles, was im Staat Macht hat und dadurch den Staatswillen bestimmt, also König, Adel, Bourgeoisie sind wesentliche Teile der Verfassung. Die ganze konstitutionelle Geschichte ist nichts Anderes als ein Kampf der verschiedenen Klassen mit dem Königtum um die politische Macht. Die Bourgeoisie hat den Sieg, den sie 1848 in den Händen hatte, sich entreissen lassen und seitdem ist die preussische Verfassung fortwährend in reaktionärem Sinne geändert worden; sie ist tot und es ist lächerlich von der liberalen Partei, sich um diesen Leichnam zu schaaren. Gleichfalls im Frühjahr hielt Lassalle im Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt den Vortrag „über den Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“, das sogenannte Arbeiterprogramm, in dem er seine Ideen über die Entwicklung der Geschichte darstellt. Der Wendepunkt zwischen einem alten und einem historischen Princip ist eine Revolution, die daher weder vom einzelnen Menschen gemacht werden kann, noch überhaupt möglich ist, wenn sie nicht von einer neuen Idee getragen wird, die sich bereits thatsächlich in den realen Verhältnissen ausgestaltet oder vorbereitet hat. So war auch die französische Revolution ein berechtigtes unwiderstehliches Ereignis, da in ihr der Fortschritt der Industrie und der bürgerlichen Produktion mit seiner Entwicklung des Kapitalreichtums und notwendigen Bewegungsfreiheit sich sein rechtliches Fundament gestaltete. Mit der französischen Revolution, die die Herrschaft der feudalen Grundaristokratie zerbricht, beginnt die geschichtliche Periode der Bourgeoisie, des dritten Standes, d. h. der kapitalbesitzenden Klasse, die auf Grund des Besitzes herrschen will. Zu diesem Zwecke hat sie den Wahlcensus geschaffen, durch den politische Rechte an den Besitz geknüpft werden; darum hat sie durch Schaffung des Systems der indirekten Steuern ihre Steuerlast auf das arme Volk abzuwälzen gewusst. Mit der Revolution von 1848 hat

aber der Arbeiterstand angefangen, zum Bewusstsein seiner selbst zu kommen. Da nun die Befreiung desselben die Befreiung der Menschheit sein wird, so liegt seine Aufgabe und Bedeutung darin, sein Princip, das die Menschheit retten wird, zur Herrschaft zu bringen. Seine Bestrebungen sind deshalb eminent sittliche, weil in ihnen persönliches Interesse, Klasseninteresse und allgemeines Interesse zusammenfallen. Damit wird auch eine andere Auffassung vom Staate entstehen; die „Nachtwächteridee der Liberalen", nach der die Aufgabe des Staates einzig darin besteht, die persönliche Freiheit des Einzelnen und sein Eigentum zu schützen, wird überwunden werden. Dann würde auch der Staat, der die Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen sei, seinen Zweck, die Erfüllung und Erziehung des Menschengeschlechts zur Freiheit, erfüllen können. Durch diese Vereinigung der Einzelnen im Staat wird es den Menschen allein möglich, solche Zwecke und eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als einzelne nie erreichen könnten; werden sie befähigt, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen sämtlich als einzelnen schlechthin unerringlich wäre. „Nichts ist mehr geeignet, einem Stande ein würdevolles und tief sittliches Gepräge aufzudrücken, als das Bewusstein, dass er zum herrschenden Stande bestimmt, dass er berufen ist, das Princip seines Standes zum Princip des gesamten Zeitalters zu erheben, seine Idee zur leitenden Idee der ganzen Gesellschaft zu machen und so diese wiederum zu einem Abbilde seines eigenen Gepräges zu gestalten. Die hohe weltgeschichtliche Ehre dieser Bestimmung muss alle ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen ihnen nicht mehr die Lasten der Unterdrückten und die müssigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinn der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll! Der hohe sittliche Ernst dieses Gedankens ist es, der sich mit einer verzehrenden Ausschliesslichkeit ihrer Geister bemächtigen und ihr Gemüt erfüllen muss . . ." — Der Konflikt zwischen dem König und der Fortschrittspartei hatte sich unterdessen verschärft; Bismarck war ins Ministerium berufen worden und hatte die Abgeordnetenkammer vertagt. Bald nachher hielt Lassalle seinen zweiten Vortrag über Verfassung „Was nun?" Hier entwickelte er, dass die einzig logisch richtige Haltung der Kammer keine andere sein könne, als ihre Sitzungen so lange auszusetzen, bis die Regierung den Nachweis liefert, dass die verweigerten Ausgaben nicht länger fortgesetzt werden. Eine Steuerverweigerung wäre deshalb nicht möglich, da die königliche Gewalt so gross wäre, dass die Bevölkerung die Steuer ruhig weiter bezahlen würde. Unter dieser Bedingung erklärte er sich bereit, mit der Fortschrittspartei Frieden zu schliessen. Indes die Fortschrittspartei ging nicht auf den Vorschlag ein, sie zog ihre dilatorische Methode vor. Die Folge davon war, dass Lassalle am 7. Februar 1863 in einem in Zürich gedruckten Flugblatt „Macht und Recht" der liberalen Partei seinen Absagebrief schickte. Schon vorher war von der Polizei das „Arbeiterprogramm" mit Beschlag belegt worden und von der Staatsanwaltschaft die Einleitung der Strafuntersuchung wegen „Aufreizung der besitzlosen Klassen zu Hass und Ver-

achtung gegen die Besitzenden“ beim Berliner Stadtgericht gefordert. Am 16. Januar 1863 kam es zum Prozess erster Instanz, in dem Lassalle trotz seiner blendenden Verteidigungsrede „Die Wissenschaft und die Arbeiter“ zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Er appellierte gegen das Urteil mit dem Erfolg, die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umgewandelt zu sehen. Die Verteidigungsrede in erster Instanz erschien unter dem Titel „Die indirekten Steuern und die Lage der arbeitenden Klassen“. Diese Reden und Vorträge hatten Lassalle mehr und mehr mit den Arbeitervereinen in nähere Verbindung gebracht. Im Oktober 1862 war eine Deputation des Leipziger Centralkomitees derselben in Berlin gewesen, um einen letzten Versuch des Zusammengehens mit dem Nationalverein zu machen. Als derselbe fehlgeschlagen war, wurden sie von Löwe auf Lassalle aufmerksam gemacht, mit dem sie sich von Leipzig aus in Verbindung setzten. Sie ersuchten ihn, in irgend einer ihm passend scheinenden Form seine Ansichten über die Arbeiterbewegung und über die Mittel, deren dieselbe sich zu bedienen habe, sowie besonders auch über den Wert der Associationen für die ganz unbemittelten Volksklassen auszusprechen. Lassalle antwortete mit dem vom 1. März 1863 datierten „Offenen Antwortschreiben an das Centralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig“. Da die Fortschrittspartei, so führt er aus, die Sache der Freiheit feige preisgegeben hat und noch immer an dem Dogma von der preussischen Spitze hängt, so ist es die Pflicht des Arbeiterstandes, sich als selbständige politische Arbeiterpartei zu konstituieren und mit allen Mitteln nach der Eroberung der politischen Macht zu streben, um die Lage ihres Standes zu verbessern. Alle die Einrichtungen, wie Spar-, Hülfs-, und Invalidenkassen, können zwar das Los des Individuums bessern, aber der Gesamtheit Hülfe zu bringen, sind sie durchaus unfähig. Dasselbe ist bei den selbsthülflerischen Associationen Schulze-Delitzschs der Fall. Seine Kredit-, Vorschuss-, Rohstoff- und Konsumvereine sind in der Hauptsache nicht für den Arbeiter, sondern den kleinen Handwerkerstand berechnet, dessen notwendigen Todeskampf gegenüber der Grossindustrie sie nutzlos und grausam verlängern. Auch die Konsumvereine, die einzigen, welche direkt in die Lage des Arbeiters bessernd einzugreifen suchen, werden, wenn allgemein geworden, durch die Verwohlfeilung der Lebensmittel nur den Arbeitslohn erniedrigen. Denn dieser wird unter der heutigen Produktionsweise durch das eherne und grausame Gesetz bestimmt, wonach unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmässig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Die Folge dieses Gesetzes ist, dass von dem Ertrag der Arbeit dem Arbeiter nur die bare Notdurft an Arbeitslohn zukommt, der ganze Ueberschuss aber auf den Unternehmeranteil fällt. Durch Selbsthülfe der einzelnen Individuen so wenig, wie durch Selbsthülfe der in Associationen vereinigten Arbeiter wird es möglich sein, die Arbeiter aus ihrer Lage zu befreien. Diesen selbsthülflerischen Associationen wird es meist an den nötigen Mitteln fehlen; und sie allgemein

gedacht, tritt die ganze Unmöglichkeit dieses Mittels ins klarste Licht. Oft genug noch verfallen sie dem Schicksal, dass der Unternehmergeist in sie seinen Einzug hält und die Mitglieder sich in die „widrige Karikatur der Arbeiter mit Arbeitermitteln und Unternehmergesinnungen" verwandeln. Nur also durch die Schaffung von Produktivassociationen (s. d.) mit Staatskredit ist die Rettung möglich. Hat der Staat nicht bei der Erbauung der Eisenbahnen durch Zinsgarantie im Interesse der Bourgeoisie interveniert? Mit wie viel grösserem Rechte müsste er es im Interesse der Arbeiter thun, da ja der Staat, zu 96¼% aus Armen bestehend, der ärmeren Klassen grosse Association ist. Diese Intervention aber können sie nur erzwingen, wenn sie, im Besitz des allgemeinen Wahlrechts, die gesetzgebenden Körper nach ihrem Willen modeln. Daher gilt es — denn alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt zu konzentrieren und nicht nach rechts und links zu schauen —, alle Anstrengungen auf das eine Ziel: das allgemeine direkte Wahlrecht, zu richten, um in seinem Besitz die Gründung von Produktivassociationen mit Staatshülfe zu erzwingen." — Bei der Fortschrittspartei erregte diese Schrift einen Sturm der Entrüstung, war sie doch in ihren schönsten Illusionen, in ihrer Verteidigung der Volksrechte aufs schärfste angegriffen worden; unter den Arbeitern machte sie zuerst nur wenig Eindruck; nur am Rhein, wo zurückgekehrte politische Flüchtlinge durch socialistische Propaganda im kleinen den Boden vorbereitet hatten, war der Erfolg ein grösserer. Deshalb suchte denn auch Lassalle zuerst die Rheingegenden für sich zu gewinnen und hielt am 17. u. 19. Mai 1863 zu Frankfurt a. M. zwei grosse, ein Ganzes bildende Reden. Hier zeigte er am glänzendsten den mächtigen Einfluss seiner Persönlichkeit, seine unvergleichliche Begabung, die Volksmassen zu erregen und dann zu fesseln. Die Versammlung, meist aus Anhängern Schulzes zusammengesetzt, sollte über einen Antrag Sonnemanns abstimmen, wonach die Arbeiter an dem Principe der Selbsthülfe und Selbstverantwortlichkeit festhalten und die Beschickung der von Lassalle zur Begründung eines Arbeitervereins vorgeschlagenen Leipziger Versammlung ablehnten. Das Resultat des Kampfes war ein vollständiger Sieg Lassalles. Einen Tag später sprach er in Mainz mit dem gleichen Erfolg und damit war auch das Schicksal der Bewegung entschieden. Am 23. Mai 1863 traten in Leipzig Delegierte aus 10 Städten (Hamburg, Harburg, Köln, Düsseldorf, Mainz, Elberfeld, Barmen, Solingen, Leipzig und Frankfurt a. M.) zusammen und gründeten den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein (s. d.). Die Organisation des Vereins war eine streng centralisierte. Lassalle ward auf 5 Jahre mit nahezu diktatorischen Vollmachten zum Präsidenten gewählt. Sechs Wochen nach der Gründung des Vereins trat Lassalle eine mehrmonatliche Erholungsreise in die Schweiz und an die Nordsee an. Nach seiner Rückkehr unternahm er wiederum eine Agitationsreise am Rhein im September 1863, eine Heerschau, wie er es nannte, und sprach zuerst in Barmen, dann in Solingen über „die Feste, die Presse und den Frankfurter Abgeordnetentag". Beidemal kam es zu Ruhestörungen, die in Solingen den Schluss der Versammlung durch die Polizei verursachten. Lassalle wandte sich in

einem Telegramm an den Ministerpräsidenten von Bismarck um „strengste schleunigste gesetzliche Genugthuung", die er freilich nicht erhielt. Am 28. September 1863 hielt er in Düsseldorf eine Versammlung ab, die völlig ruhig verlief. Damit endete die Heerschau am Rhein. Im Oktober 1863 begann er den Feldzug in Berlin selbst. Er liess zunächst eine Broschüre „Ansprache an die Arbeiter Berlins" in 16,000 Exemplaren unentgeltlich unter den Arbeitern Berlins verbreiten. Indes konnte es ihm nicht gelingen, eine rasche Bewegung zu stande zu bringen. Alle seine Versammlungen wurden von den Fortschrittlern gesprengt und als Lassalle in einer Versammlung von der Polizei verhaftet wurde, klatschten die Arbeiter sogar Beifall dazu. Anfangs Dezember 1863 zählte der Verein in Berlin ca. 200 Mitglieder, die aber Februar 1864 auf ca. 30 zusammengeschmolzen waren. Von der Last der Agitation ermüdet, die fast allein auf ihm lag, raffte Lassalle während des Winters 1863/64 seine Kraft zusammen und schrieb den „Bastiat-Schulze von Delitzsch oder Kapital und Arbeit" (Januar 1864) in der Absicht, wie er früher im Julian den litterarischen Mob vernichtet hatte, so jetzt dem politischen und besonders ökonomischen, den er in Schulze-Delitzsch und seinem „Kapitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus" verkörpert sah, denselben Dienst zu erweisen. Die hier von Lassalle entwickelten Lehren über Wert, Geld u. s. f. schliessen sich aufs engste an K. Marx' Kritik der politischen Oekonomie an, wohin wir verweisen. — Die letzte Zeit seines Lebens war mit Misserfolgen, Enttäuschungen, inneren Zwistigkeiten im Verein erfüllt. Wie die Köpfe der Hydra wuchsen die Prozesse gegen ihn nach; hatte er eine Anklage zu Schanden gemacht, so gab die Verteidigungsrede wiederum Anlass zu neuer Verfolgung. Am 12. März 1864 hatte er sich gegen eine infolge seiner Berliner Broschüre gegen ihn erhobene Anklage auf Hochverrat zu verteidigen. Es gelang ihm, seine Freisprechung zu erringen. Am 11. Mai begann er seine zweite und letzte Heerschau am Rhein, sprach in Solingen, Barmen, Köln, Wermelskirchen, überall stürmisch begrüsst und mit Jubel aufgenommen. Das Stiftungsfest des Arbeitervereins feierte er am 22. Mai 1864 zu Ronsdorf in einer grossen, seiner letzten Agitationsrede „die Agitation des allgemeinen deutschen Arbeitervereins und das Versprechen des Königs von Preussen", wohl die schwächste seiner Reden und die, in der er sich dem Gedanken des socialen Königtums ganz bedenklich genähert hat. Vier Wochen später führte er seine Verteidigung in zweiter Instanz zu Düsseldorf wegen der Rede: „Die Feste u. s. w." mit dem Erfog, die ihm in erster Instanz zuerkannten 12 Monate in 6 zu verwandeln. Mit zerrütteten Nerven, körperlich und geistig völlig erschöpft, ging er in die Schweiz zur Kur. Auf Rigi-Kaltbad traf er mit der Tochter dss baierischen Gesandten, Helene von Dönniges, für die er sich schon in Berlin interessirt hatte, zusammen. Die alte Neigung wurde bei Lassallee zur riesengrossen Leidenschaft. Da die Eltern eine Verbindung mit Lassalle nicht zugeben wollten, so erschien Helene von Dönniges eines Tages bei Lassalle, warf sich ihm an den Hals und gab sich ganz in seine Gewalt. Lassalle, den Nützlichkeitsgründe sowie der hochmütige Stolz, die Tochter nur aus den Händen der Eltern

zu empfangen, bestimmten, führte die Geliebte in deren Haus zurück. Eingeschlossen und von fast jeder Verbindung mit der Aussenwelt getrennt, dabei unter dem fortgesetzten Einfluss und den Drohungen, nicht nur der Eltern, sondern der ganzen Familie, wird diese bestimmt, einen Absagebrief an Lassalle zu schreiben. Lassalle düpiert, über seine eigene „Gimpelei" wütend, unzurechnungsfähig, fordert Vater und Bräutigam, den Bojaren Janko von Rakowitz, zum Duell. Am 28. August 1864 ward er durch den Schuss des Rumänen schwer verwundet; drei Tage später war er tot. Er liegt zu Breslau begraben. Auf seinen Grabstein schrieb Böckh die Inschrift: Hier ruht, was sterblich war von Ferdinand Lassalle, dem Denker und Kämpfer.

Lassalles Charakter zu schildern ist schwer, da er kein einfacher Antiker, sondern ein sehr komplizierter Moderner war. Zwei Eigenschaften, die ihn auszeichnen und die zunächst unvereinbar scheinen, treten uns aufs schärfste entgegen: eine demokratische Gesinnung, das Gefühl für das Recht des Volkes, und seine Herrschsucht, die Gier nach Macht. „Ich werde Demokrat sein," so schreibt er als Knabe, „wäre ich als Fürst oder Prinz geboren, würde ich mit Leib und Leben Aristokrat sein." Eine Herrschernatur, nach Ruhm und Unsterblichkeit dürstend, liess ihn das Schicksal als Sohn einer jüdischen Familie, als Angehörigen einer unterdrückten und verachteten Klasse geboren werden. Was konnte er anders werden als Revolutionär und Demokrat? Das Schicksal liess ihn geboren werden in Preussen und Jüngling sein in der Zeit der Reaktion: wo konnte seine nach Ruhm lechzende Seele diesen anders finden, als auf dem Gebiete der Wissenschaft? Hier konnte sein Geist frei seine Fittiche entfalten, ohne dass die Wände des allgemeinen Polizeikäfigs ihn hinderten. So hoch ihn aber auch ihre Kraft trug, das theoretische Gebiet war nicht das eigentliche Feld, auf dem zu ackern er sich berufen fühlte. Zum Herrschen geboren, musste er die köstliche Kraft die beste Zeit seines Mannesalters hindurch ruhen lassen — und als er sich in die praktische Thätigkeit stürzte, zu früh für schnellen Erfolg, da war schon das Feuer der Jugend erloschen und die beste Kraft seiner Energie dahin. Selten sind diese Herrschernaturen in der Geschichte der Menschheit, wenn sie aber hervortreten, so ist es meist an den Wendepunkten der Menschheitsentwicklung, wo eine neue Periode in der Idee sich bereits zur Existenz durchgerungen hat, und als reinste Inkarnation ihres Inhalts entsteht ein solcher Mensch. Wo immer sie auch entstanden sind, die Ueberzeugung ihrer geistigen Ueberlegenheit und der Glaube an ihren Stern hat sie alle beseelt. Von den Höhen der Wissenschaft erblickt man den Sonnenaufgang eher als im Thale — sagt Lassalle am Schlusse einer Rede — gewiss! aber nur dem Genie ist die Kraft gegeben, diese Höhen zu ersteigen, nur dem Genie ist die Adlerschärfe des Auges gegeben, am fernen Saume des Horizontes die rosenschimmernden Farben des weltgeschichtlichen Sonnenaufgangs zu schauen. So steht sein Leben im Dienst einer Idee, die er intuitiv erfasst. Sie zur Wirklichkeit zu gestalten, haben ihm die Götter den gewaltigen Willen, die unbezähmbare Leidenschaft gegeben, die er vorwärts treibt, seinem Schicksal unerbittlich ent-

gegen. So war auch Lassalle. An der Reinheit seiner Entschlüsse zu zweifeln, wäre thöricht. Er konnte seine Sache nicht aufgeben, ohne sich selbst aufzugeben, und wenn man ihm vorgeworfen hat, seine Person vor die Sache gestellt zu haben, — nun seine Person war die Verkörperung der Sache selbst.

Von diesem Gesichtspunkt aus hat man auch das vielberufene Verhalten zu Bismarck zu betrachten, dessen wir hier noch mit einigen Worten zu gedenken haben.

In der Reichstagssitzung vom 16. September 1878 interpellierte Bebel den Reichskanzler. „Es drehte sich bei diesen Unterhaltungen (zwischen Lassalle und Bismarck) und Unterhandlungen um zweierlei, erstens um Oktroyierung des allgemeinen Stimmrechts und zweitens um die Gewährung von Staatsmitteln zu Produktivgenossenschaften. Fürst Bismarck war für diesen Plan von Lassalle vollständig gewonnen; er weigerte sich nur, wie Lassalle verlangte, sofort mit der Oktroyierung des allgemeinen Stimmrechts vorzugehen, bevor nicht der schleswig-holsteinische Krieg glücklich zu Ende geführt worden sei. Infolge dieser Meinungsverschiedenheit entstanden tiefe Differenzen zwischen Lassalle und dem Fürsten Bismarck, und es war nicht etwa der letztere, welcher die Unterhandlungen abbrach, sondern es war, wie ich ausdrücklich konstatieren muss, Lassalle, der den Bruch herbeiführte und erklärte, auf weitere Unterhandlungen sich nicht einlassen zu können.“ Dass Lassalle mit Bismarck (Winter 1863/64) in Unterhandlungen gestanden, wurde von letzterem zugegeben. Weshalb und zu welchem Zwecke knüpfte Lassalle diese Verbindung an? Nur der Grund kann als wahrscheinlich gelten, dass Lassalle durch die Unterstützung der Regierung diese zur Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts verpflichten wollte, um dann die durch die Wahlagitation notwendig erregten Arbeitermassen für seinen Verein zu gewinnen und mit ihrer Hülfe im Parlament sich eine Stellung zu verschaffen, die dann im socialen Interesse ausgebeutet und durch ihn wiederum verstärkt werden sollte. Daher der forcierte Kampf gegen die liberale Presse und die Fortschrittspartei überhaupt, daher diese oft grobkörnigen Schmeicheleien gegen Bismarck, daher diese Anerkennung des socialen Königtums. Und auf der anderen Seite, da er nur, wenn er als Macht der Macht gegenüber trat, auf Konzessionen rechnen konnte, seine fieberhafte Agitation für den Verein, sein Uebertreiben der Erfolge, die Zuspitzung seiner Stellung im Verein zur Diktatur, das Verlangen unbedingten Vertrauens in ihn und seine Politik und unbedingten Gehorsams gegen seine Befehle.

Op. Die Philosophie Herakleitos des Dunklen, Berlin, 1857; das System der erworbenen Rechte, Berlin 1861; die Reden und kleineren Schriften, herausgegeben von Ed. Bernstein, Berlin 1891.

Laveleye, Emile de, geboren am 5. April 1822 zu Bruges. Er studierte zunächst am Athénaeum royal seiner Vaterstadt, dann am Lyceum Stanislas zu Paris, später Philosophie zu Löwen und die Rechte zu Gent. Seit 1848 widmete er sich dem Studium der Nationalökonomie, veröffentlichte eine Reihe diesbezüglicher Schriften und ward im Jahre 1864 zum Professor derselben an der Universität zu Lüttich ernannt. Er starb am 3. Januar 1892.

Laveleye gehörte zu den Schülern F. Huets, des Apostels des liberalen Katholizismus, dessen Ideen auf ihn einen grossen Eindruck gemacht haben. In seinen Artikeln in der „Revue des deux Mondes“ über das primitive Eigentum, welche in Frankreich ungeheures Aufsehen erregten, hat er gezeigt, dass das Eigentum eine Reihe von verschiedenen Formen durchlaufen hat, verschieden bei den verschiedenen Völkern, ehe es die durch das römische Recht bestimmte Form in Europa angenommen hat, und hat nachgewiesen, dass anfänglich das Grundeigentum überall in kollektivem Besitz war. So war er auch selbst Anhänger eines allerdings ziemlich beschränkten Kollektivismus, zu dessen Durchführung er die Intervention des Staates für notwendig hielt, um den Triumph des allgemeinen Interesses über den privaten Egoismus zu sichern.

Op. De la propriété et de ses formes primitives, Paris 1874; les tendances nouvelles de l'économie politique et du socialisme, Juli 1875; Correspondance avec Agathon de Potter dans la Philosophie de l'Avenir sur la question sociale, 1878 et 1879; la démocratie et l'économie politique, 1878; le socialisme contemporain, Bruxelles 1881; la propriété collective du sol en differents pays, Bruxelles 1886.

Lawroff, Peter Lavrowitsch, geboren am 14. Juni 1823. Er stammt aus einer wohlhabenden russischen Adelsfamilie und genoss eine militärische Erziehung. Schon mit dem 21. Jahre wurde er Lehrer für höhere Mathematik an der staatlichen Artillerieschule; später docierte er im Range eines Obersten an der Petersburger Kriegsakademie. Seine geschichtlichen Studien führten ihn über die engen Kreise der Militärwissenschaften hinaus auf das Gebiet der Kulturgeschichte. Gleichzeitig kam er in Verkehr mit Tschernischewsky, Michailoff und andern Vorkämpfern des revolutionären Socialismus in Russland. Seine litterarische Thätigkeit wurde der russischen Regierung unbequem, die ihn in einen politischen Prozess verwickelte und auf administrativem Wege nach einem Dörfchen im Gouvernement Wologda verbannte. Von hieraus schrieb er seine „Historischen Briefe“, die im Jahre 1870 als Buch erschienen. In ihnen suchte Lawroff nachzuweisen, dass es eine Pflicht des intelligenten Menschen sei, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für den kulturellen Fortschritt, für die Entlastung des arbeitenden Volkes und die Ermöglichung einer freien kulturellen Entfaltung seines Lebens einzutreten. Nach dreijähriger Verbannung gelang es ihm, unter Beihülfe von Lopatin, ins Ausland zu entfliehen. Im März 1870 erschien er in Paris, wo er das Communejahr verlebte; 1872 ging er nach Zürich, wo er die Redaktion des „Wperiod“ (Vorwärts) übernahm und bis 1877 führte. Der Standpunkt, den er darin vertrat, war der der Internationale. Als dann im Jahre 1883 der „Wjestnik Narodnoi Woli“ (Bote des Volkswillens) erschien, wurde Lawroff wieder Redakteur desselben - 1887. Gleichzeitig aber arbeitete er an der Abfassung eines grossen wissenschaftlichen Werkes, das unter dem Titel „Versuch einer Geschichte der Gedankenarbeit der Neuzeit,“ 1888 zu erscheinen begann. Lawroff lebt jetzt in Paris.

Le Play, Frédéric, geboren am 11. April 1806 zu Honfleur, *gestorben am 5. April 1882*. Ein Schüler der polytechnischen Schule wurde

er Chefingenieur des Bergbaues, später Direktor der Bergschule, Senator und Staatsrat. — Wichtig sind von seinen Schriften: 1. les ouvriers Européens, 1855; 2. les ouvriers des deux mondes, 1864; 3. la Reforme sociale en France, 1864; 4. l'organisation de la famille et l'organisation du travail. Um das erste Buch zu schreiben hat Le Play 24 Jahre lang von 1829 bis 1853 jedes Jahr eine 6 Monate lange Studienreise gemacht, in allen Ländern Europas die Verhältnisse der Arbeiterbevölkerungen studiert, Arbeiterbudgets aufgestellt u. s. w. — Er findet in der Familie die glückliche Vereinigung von gütiger Autorität und pflichtgetreuem Gehorsam. Diese freie Patronage (s. d.), wie sie in der Familie vorhanden ist, muss auf das Verhältnis von Fabrikherren zu Fabrikarbeitern ausgedehnt werden. Ein neuer Verdienststand, der der socialen Autoritäten, soll entstehen, eine Verdiensthierarchie, die sich aus den Industriellen und Landeseigentümern zusammensetzt, die nicht nur in ihren Unternehmungen, sondern auch in der Erhaltung des socialen Friedens besonders glücklich sind. Aber nur das Pflichtbewusstsein, das allein durch den katholischen Glauben entwickelt werden kann, ist im stande, bei allen Klassen diese Selbstopferung und Selbstbeschränkung hervorzubringen, die zum socialen Frieden notwendig ist (s. christlicher Socialismus in Frankreich).

Leroux, Pierre, geboren zu Paris am 17. April 1797, gestorben am 20. April 1871. Er wurde Lehrling in der Druckerei eines seiner Verwandten, namens Herhan, später Geselle in der von Didot. 1822 wurde er Mitglied einer Abteilung der Karbonarigesellschaft, der er eine friedlichere Richtung zu geben suchte. Schon 1825 trat er dem „Globe“ als Mitarbeiter bei und, als dieser in die Hände der St. Simonistischen Schule kam, wurde Leroux, der schon früher ein begeisterter Anhänger der Lehren derselben geworden war, Hauptredacteur. Mit Bazard trennte er sich von Enfantin, als dieser als Apostel der Emancipation der Frau und des Priesterpaares auftrat, und wurde Redacteur der „Revue Encyclopédique“. Jahre lang stand er in enger Verbindung mit George Sand, auf deren philosophische und sociale Ansichten er einen grossen Einfluss gewann und mit der er die „Revue Indépendante“ erscheinen liess. 1846 beschloss Leroux, seine socialistischen Ideen in Wirklichkeit umzusetzen. Er gründete in Boussac eine nach seinem System eingerichtete Gesellschaft, die nach seinem Plan Ackerbau mit etwas Industrie verbinden sollte. Man gründete eine kooperative Buchdruckerei, wo man Leroux' Schriften und die von ihm 1845 herausgegebene „Revue sociale“ druckte. Die Revolution von 1848 unterbrach das Stillleben in Boussac. Am 4. Juni 1848 wurde Leroux in die „Assemblée constituante“ geschickt und auch für die gesetzgebende Versammlung wiedergewählt. Hier sass er stets auf der äussersten Linken. Durch den 2. Dezember 1851 wurde er aus Frankreich vertrieben, flüchtete zunächst nach London, dann nach Jersey, wo er längere Zeit lebte. 1870 kehrte er nach Paris zurück, wo er am 20. April 1871 starb.

Leroux vertritt einen philosophischen Socialismus, dessen genauere Darstellung uns zu weit führen würde. Wir beschränken uns hier darauf, den Inhalt der „Carosse de M. Aguado“, eine seiner interessantesten

Schriften, zu skizzieren. Sie ist eine Art Fortsetzung seiner Schrift, die „Plutocratie“, in der Leroux die sociale Pyramide der Gesellschaftsklassen konstruiert und nachgewiesen hatte, dass der grösste Teil des Einkommens der Nation in die Hände von nur 200,000 Besitzern flösse. In der Form eines Dialogs, der sich zwischen Arbeitern in einer Kneipe abspielt, entwickelt er folgende Gedanken. Wie die Beamten, so leben auch die Reichen allein von der Arbeit des Volkes. Da sie aber die Arbeitswerkzeuge besitzen und an das Volk ausleihen, so wird verkehrterweise geglaubt, dass es die Reichen wären, welche dem Volk Arbeit und Lebensunterhalt geben. Die Steuern, von denen der Unterhalt der Beamten bestritten wird, sind nur der kleinste Teil dessen, was das Volk aufzubringen hat; neben diesem ersten existiert ein zweites Budget: der Unterhalt der gesamten Kapitalistenklasse, und dies ist das bei weitem schwerere, da die Kapitalisten im Besitz der Arbeitsmittel, ohne die das Volk nicht schaffen kann, ihr Einkommen selbst bestimmen. So sind heutzutage Arbeiter und Arbeitsmittel getrennt; beide gehören aber untrennbar zusammen, da der eine nichts ohne das andere vermag. Diese Unteilbarkeit führt zur Forderung einer wahren Gemeinschaft unter den Menschen. In unserem heutigen Gesellschaftssystem vertritt der Kapitalist den Raubritter von früher, der von dem Gesamtprodukt der Nation sein Herrenrecht voraus erhebt. Er kauft sich einen Platz in der Deputiertenkammer oder schickt seinen Advokaten seine Interessen zu vertreten. Er ist Herr und fühlt sich als solcher im Lande. Diese Zustände sind die Folge der heutigen Auffassung des Eigentums. Das Eigentumsrecht ist aber nur ein Produkt der Gesellschaft, die also auch die Befugnis hat, es nach ihren Bedürfnissen umzuformen. Ebenso sind auch alle Produkte nicht nur Produkte der Arbeit eines Einzelnen, sondern des Einzelnen und der Gesellschaft. In jedem menschlichen Produkt steckt ein individuelles Eigentumsrecht, insofern als, um es zu produzieren, die Arbeit eines oder mehrerer Individuen notwendig war. Es war aber auch gleichzeitig die kollektive Arbeit der ganzen Art, der ganzen Menschheit notwendig. Das individuelle Recht ist daher unteilbar mit dem Recht der Gesamtheit gemischt. Mensch und Menschheit gehören untrennbar zusammen. Einheit muss daher das Element der Gesellschaft, nicht Dissociation und freie Konkurrenz sein.

Op. Trois discours, 1832 wieder abgedruckt in der „Revue Indépendante“ von 1841/42; Encyclopédie nouvelle mit Jean Reynaud, 1833 bis 1843; de l'égalité, 1838 und 1848; de l'humanité, 1840 bis 1845; Réfutation de l'Eclecticisme, 1841; Discours sur la situation actuelles de la société et de l'esprit humain 1841 und 1847; de la Ploutokratie, erst in der „Revue Indépendante“ von 1843, dann als Buch, 1848; la Carosse de M. Aguado, 1843; Projet d'une constitution démocratique et sociale, 1848; du Christianisme et de son origine démocratique, 1848; doctrine de l'humanité. Solution pacifique du problème du prolétariat, 1848; de la doctrine de la perfectibilité et du progrès constant, 1848; Malthus et les économistes, 1849; Revue sociale, 1845—47; Revue Independante, 1841—48; *l'Espérance* 1858—59; la Grève de Samarez, 1863.

Liebknecht, Wilhelm Martin Christian, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, geboren am 29. März 1826 in Giessen, besuchte das Gymnasium daselbst, studierte Philologie und Philosophie auf den Universitäten Giessen, Berlin und Marburg. Bereits als Student wurde er Socialist durch das Studium der französischen Socialisten. Liebknecht beteiligte sich an Struves Septemberputsch von 1848, sass von September 1848 bis Mitte Mai 1849 in badischen Gefängnissen, kam frei infolge der badischen Militärinsurrektion, trat als Gemeiner in die badische Volks-Artillerie, wurde von Brentano wegen seiner Teilnahme an einer Demonstration als Rebell in die Kasematten geworfen, schloss sich nach abermaliger Befreiung während der Reichsverfassungskampagne an die von Johann Philipp Becker kommandierte Truppendivision an und überschritt schliesslich nach Niederwerfung des Aufstandes die französische Grenze, von wo er sich nach der Schweiz begab. In Genf wurde Liebknecht 1850 Präsident des deutschen Arbeitervereins. Als solcher schlug er eine Verbindung mit den anderen deutschen Arbeitervereinen der Schweiz, die damals in keinem Zusammenhang standen, vor. Zu diesem Zwecke sollte ein Kongress in Murten stattfinden. Obwohl die Vorbereitungen dazu vollständig öffentlich getroffen wurden, verhafteten die Behörden die Delegierten noch vor der Eröffnung des Kongresses. Liebknecht wurde in Freiburg in der Schweiz in Isolierhaft gehalten, nach Besançon spediert und mit einem Zwangspass nach London versehen. Hier trat er in den Kommunistenbund (s. d.) ein. Bei der bald darauf stattfindenden Spaltung desselben schloss er sich der Fraktion Marx an. In England verdiente Liebknecht sein Brot als Lehrer und Korrespondent deutscher Zeitungen, u. a. der „Augsburger Allgemeinen". Bald nach der Amnestie kehrte er nach Deutschland zurück und ging 1862 nach Berlin, wo er für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schrieb, so lange diese noch grossdeutsch-demokratisch war. Dort hätten — so erzählte Liebknecht im Leipziger Hochverratsprozess (11. März 1872) — die „preussischen Junker und die preussische Regierung" die nachhaltigsten Versuche gemacht, ihn zur Ausbeutung der Arbeiterbewegung in ihrem Interesse zu gewinnen. Als er darüber Gewissheit empfangen, habe er jede Verbindung mit den „Agenten und Soldschreibern des Herrn von Bismarck" aufgegeben und von diesem Augenblicke an hätten die polizeilichen Verfolgungen gegen ihn begonnen; er sei verhaftet worden und habe drei Monate Gefängnis verbüssen müssen. 1865 wurde er aus Preussen ausgewiesen, worauf er nach Leipzig ging. Während des sechsundsechziger Krieges war er Redacteur der „Mitteldeutschen Volkszeitung", die Ende August von der preussischen Behörde unterdrückt ward. Anfangs Oktober 1866 wurde er auf einer Reise nach Berlin verhaftet und wegen unerlaubter Rückkehr zu einer dreimonatlichen Freiheitsstrafe verurteilt. Nachdem er 1867 in den Norddeutschen Reichstag gewählt war, übernahm er vom 1. Januar 1868 an die Redaktion des in Leipzig erscheinenden „Demokratischen Wochenblattes", Organs der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine. Liebknecht war von Anfang an Vertreter des marxistischen Socialismus und Anhänger der Internationalen Arbeiterassociation. Den allgemeinen deutschen Arbeiter-

verein der Lassalleaner bekämpfte er besonders deshalb, weil er eine centralistische Organisation mit diktatorischer Spitze für verfehlt hielt. Ueber seine Haltung in dieser Zeit siehe die Art. „Deutschland“ und „Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein“. — Auf seine Mitinitiative ist die 1869 in Eisenach erfolgte Gründung der socialdemokratischen Arbeiterpartei zurückzuführen. Im Dezember 1870 wurde Liebknecht unter der Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet, 3½ Monate in Untersuchungshaft gehalten, am 26. März 1872 vom Schwurgericht zu Leipzig deshalb zu zweijähriger Festungshaft verurteilt, die er auf Schloss Hubertusburg verbüsste. Liebknecht war Mitglied des sächsischen Landtages 1879 bis 1886 und seit 1889, des Reichstags 1867/70, 1874/87 und seit 1888. Nach Ablauf des Socialistengesetzes verlegte er seinen Wohnsitz von Borsdorf bei Leipzig nach Berlin, wo er als Chefredacteur des „Vorwärts“ thätig ist.

Op. Zur Grund- und Bodenfrage; Zu Schutz und Trutz, 6. Auflage; Wissen ist Macht, Macht ist Wissen; Ueber die politische Stellung der Socialdemokratie; Hochverrat und Revolution; Robert Owen; Ein Blick in die neue Welt (Reisebilder aus Nord-Amerika, wo Liebknecht 1886 eine Agitationstour machte); Robert Blum und seine Zeit; Volks-Fremdwörterbuch.

Linguet, Simon Nicolas Henri, geboren zu Reims 1736, gestorben zu Paris am 27. Juni 1794. Einer der berühmtesten Advokaten und Publizisten des XVIII. Jahrhunderts, hat er eine scharfe Kritik der damals zur Herrschaft gelangenden liberalen Oekonomie geliefert. In seiner „Théorie des lois civiles“ weist er nach, dass die liberale Ordnung nicht minder wie die monopolistische auf der Ausbeutung der besitzlosen Klasse durch die besitzende beruhe, dass in dieser die direkte, in jener die indirekte Sklaverei bestehe und dass die letztere noch grausamer sei als die erstere. Denn während der Sklave, der seinem Herrn Geld gekostet hat, seines Lebensunterhaltes sicher ist, schon weil es im Interesse des Herrn liegt, ihn, wie sein Arbeitsvieh, so arbeitskräftig als möglich zu erhalten, bezieht der schwelgende Reiche den freien Arbeiter, den die Furcht vor dem Hungertode zwingt, umsonst. Ihm liegt nichts daran, ob der Arbeiter sein Leben fristet oder dem Elend erliegt. — Die Gesetze hat sich der Reiche zu seinem eigenen Vorteil gegeben, sie sind die Festungen, durch die er sich gegen die Angriffe des Elends schützt.

Lisbonne, Maxime, geboren zu Paris 1839. Er hatte als Schiffsjunge am Krimkriege, dann im ersten Zuavenregiment an den Feldzügen in Italien und Syrien teilgenommen. 1870 wurde er Hauptmann des 24. Bataillons der Nationalgarde, dann Mitglied des Centralkomitees und war als solches bei dem Communeaufstand thätig. Am 2. April wurde er zum Oberst in der Nationalgarde ernannt und kämpfte unter Eudes zu Jssy, verteidigte Vaugirard vom 18. bis 20. Mai gegen die Versailler und organisierte die Barrikadenkämpfe im XI. Arrondissement. Verwundet wurde er in ein Hospital gebracht, hier erkannt und nach seiner Heilung vor das Kriegsgericht gestellt, das ihn am 5. Juni 1872 definitiv zum Tode verurteilte. Indes wurde seine Strafe in lebenslängliche Zwangsarbeit verwandelt. Nach der Amnestie kehrte er nach Paris

zurück, gründete 1884 den „Volksfreund“ und öffnete im folgenden Jahre eine Kneipe, der er den Namen „Taverne du bagne“ gab. Bekannt machte er sich noch durch seine Teilnahme in der Arbeiterblouse an einem offenen Empfangstage des Präsidenten Carnot.

Lohngesestz, ehernes. Dieser Ausdruck eines grausamen ökonomischen Gesetzes, welches die Höhe des Arbeitslohnes bestimmt, findet sich bei Lassalle (s. d.) zuerst in seinem Antwortschreiben an das Leipziger Komitee. Er entwickelt hier die damals allgemein gültige Theorie des Arbeitslohnes, wie sie von den bürgerlichen Oekonomen aufgestellt worden war, in folgender Weise:

Unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, bleibt der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert, der in einem Volke gewohnheitsmässig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Er kann sich nicht dauernd über diesen Punkt erheben, ohne dass nicht durch Vermehrung der Arbeiterehen und der Arbeiterfortpflanznng eine Vermehrung des Angebots von Händen erfolgen würde; er kann nicht dauernd unter diesen Punkt fallen, da sonst die durch das Elend bewirkte Verminderung der Arbeiterzahl eine grössere Nachfrage bewirken würde. Seine beiden Gedanken sind also: 1. Die Bewegungen des Arbeitslohnes sind bestimmt durch Abfluss und Zufluss der Bevölkerung; 2. der normale Arbeitslohn wird durch das Minimum des notwendigen Lebensunterhaltes bestimmt. Aber die für die Produktion notwendige Zahl der Arbeiter ist durch die Menge des nationalen Kapitals, das auf Arbeit ausgethan werden soll, begrenzt. So ist also der Lassallesche Satz begründet durch das Malthussche Bevölkerungsgesetz und die klassische Lohnfondstheorie.

Diese beiden Theorieen sind auf das schärfste von den Socialisten angegriffen worden; die Lohnfondstheorie ist heutzutage auch von den bürgerlichen Oekonomen durchweg als falsch anerkannt, das Bevölkerungsgesetz Malthus' zählt dagegen noch viele Anhänger (siehe Bevölkerungstheorie).

Dieser Satz vom ehernen Lohngesetz fand auch eine Stelle im Gothaer Einigungsprogramm von 1875: „Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands erstrebt die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit“, trotz der scharfen Kritik, der Marx dasselbe in seinem bekannten Programmbrief (Neue Zeit, IX., 570) unterzog. Er wurde dann auf dem Hallenser Kongress 1890 für wissenschaftlich unrichtig erklärt und aus dem neuen Programm entfernt.

Longuet, Charles, geboren gegen 1837 zu Caën. Er studierte die Rechte zu Paris und gründete 1864 „les écoles de femme“, dann „la Rive Gauche“, die er von Brüssel aus redigierte. Seitdem hat er als Mitglied der Internationalen an zahlreichen Kongressen teilgenommen. Während der Kommune war er Redacteur des „Journal officiel“ und wurde am 16. April 1871 Mitglied der Commune. Wie die meisten Internationalen gehörte er hier zur gemässigten Minorität und stimmte gegen Einrichtung des Wohlfahrtsausschusses. Es gelang ihm, nach Eng-

land zu entkommen, wo er 1871 an der Londoner Konferenz der Internationalen teilnahm, ebenso am Kongress zu Haag 1872. — Nach der Amnestie kehrte er nach Paris zurück und wurde Redacteur bei der „Justice". Am 7. Februar 1886 wurde er Mitglied des Pariser Municipalrats, 1889 Redacteur der „Egalité".

Ludlow, John Malcolm, christlicher Socialist. Seine Erziehung hatte er in Frankreich erhalten, wo er durch das Studium der Schriften Fouriers zu der Ueberzeugung kam, dass das System der freien Konkurrenz unhaltbar sei. Er stand durchaus auf dem Boden der christlichen Religion, deren Vorschriften er in seinem Leben zu folgen suchte. In Paris war er schon Mitglied der „Société des amis des pauvres", einer Gesellschaft junger Männer zur Unterstützung von Armen. In gleicher Weise war er später in London, wo er Advokat in Lincolns Inn war, thätig, was ihn in näheren Verkehr mit Frederic Denison Maurice brachte. Von diesen beiden Männern ging die christlich-sociale Bewegung Englands aus. Ueber seine Stellung in derselben siehe den Artikel „Christlicher Socialismus". Später war Ludlow lange Jahre „Chief Registrar of Friendly Societies".

Luxembourg, Commission du Gouvernement pour les travailleurs au —. Am 28. Februar 1848 erschien auf dem Stadthause zu Paris, wo die provisorische Regierung tagte, eine Deputation von circa 40 Männern mit einer Petition, die für den Bürger Louis Blanc die sofortige Einrichtung eines Ministeriums des Fortschritts verlangte (s. Frankreich). Sie verkündeten, am Abend wiederzukommen und die Antwort der Regierung entgegenzunehmen. Nachdruck wurde dieser Petition durch eine ungeheuere Volksmasse gegeben, welche mit wehenden Bannern auf der Place de Grève Aufstellung genommen hatte. In der Diskussion bekämpfte Lamartine diese Forderung aufs entschiedenste und ihm schlossen sich Ledru-Rollin, Crémieux, Flocon an, da sie eine Diktatur Louis Blancs fürchteten. Darauf gaben Louis Blanc und Albert ihre Demission. Das wäre der Anfang einer neuen Insurrection gewesen. Man begriff die Gefahr und um zu vermitteln, schlug Garnier-Pagès die Schaffung einer Arbeitskommission vor, welche unter dem Vorsitz Louis Blancs der Nationalversammlung den vollständigen Plan einer neuen Organisation der Gesellschaft vorlegen sollte. Blanc weigerte sich anfangs, ward aber durch die beredten Worte Aragos überredet, der ihn bei ihrer alten Freundschaft, bei dem väterlichen Interesse beschwor, das er während so langer Jahre einem jungen, noch unbekannten Schriftsteller gezeigt. Er gab seine Einwilligung; zu schwach, die Macht, die in seinen Händen war, zu gebrauchen, war er damit zufrieden, Präsident einer Kommission ohne Macht und Initiative zu werden, wo er seine tönenden Phrasen an den Mann bringen konnte. Das Dekret, welches die Kommission schuf, erschien am 29. Februar und lautete:

„In Anbetracht, dass die Revolution, durch das Volk gemacht, auch für es gemacht sein muss; dass es Zeit ist, den langen und ungerechten Leiden der Arbeiter ein Ende zu machen; dass die Frage der Arbeit von der höchsten Wichtigkeit ist; dass es notwendig ist, ohne das geringste Zögern dem Volke die Früchte seiner Arbeit zu garantieren, — be-

schliesst die provisorische Regierung die Errichtung einer [illegible] Kommission mit dem Namen Regierungskommission f. d. Arbeiter mit der ausdrücklichen Aufgabe, sich mit ihrem Loos zu beschäftigen.

Die Kommission tagte im Luxembourg in der früheren Pairskammer. Als Doktrinen fanden sich in ihr vertreten der Saint-Simonismus durch Duveyrier und Cazeaux, der Fourierismus durch V. Considérant, die Philosophie der Encyklopädisten durch Jean Reynaud, der moderne Socialismus durch Vidal und Pecqueur, die herrschende nationale Ökonomie durch Wolowski. Die Thätigkeit der Kommission bestand zunächst in der Abschaffung der Marchandage (des Zwischenunternehmens) und die Beschränkung des Arbeitstages auf 10 Stunden in Paris und 11 Stunden in den Provinzen; beide Beschlüsse fanden die Bestätigung der provisorischen Regierung. Seit dem 20. März 1848 bestand die Kommission aus 10 Delegierten der Arbeiter und zehn Delegierten der Meister, daneben die allgemeine Versammlung der Arbeiterdelegierten. Ihre Thätigkeit endigte mit dem Beginne der Verhandlungen der Nationalversammlung. Das Exposé général vom 26. April 1848 gibt einen Ueberblick über die Erfolge der Kommission und ein Projekt der Organisation der Arbeit von Vidal und Pecqueur. Die Kommission fungierte zunächst als Schiedsgericht sehr erfolgreich und unterstützte eine Anzahl von Associationen, wie die der Schneider der Rue Clichy (s. d.), der Sattler, der Spinner und Passementierarbeiter mit Rat und That. Die beiden bei der Abfassung des Organisationsentwurfes leitenden Principien waren das der Association und das der Staatsintervention. Er verlangt die Einrichtung industrieller und agrikoler Werkstätten und von Wechsel-, Kauf- und Verkaufsbureaux. Deshalb soll der Staat die ihm von den Unternehmern angebotenen Werkstätten ankaufen, um die beschäftigten Arbeiter sicherzustellen, ausserdem aber neue Industrie- und Produktionscentren für den deklassierten, unbeschäftigten Teil der Bevölkerung schaffen. Um diesem dringenden Bedürfnisse genügen zu können, soll der Staat die Eisenbahnen, Kanäle und Minen ankaufen, um sie sofort in Nationalwerkstätten umzuschaffen, und Ackerbaukolonieen in ganz Frankreich gründen. Entrepôts und Bazare sollen eingerichtet werden, um die Austäusche zu regeln, die Kosten des Handels zu reduzieren und neue Basen des industriellen Kredits zu schaffen. Das ganze Bank- und Versicherungswesen soll in eine nationale Institution verwandelt werden. Die gesamten Massregeln lassen sich in zwei Klassen teilen, die Einen sollen organisieren auf der neuen Basis der Association und Industrie, die Anderen sollen bestehende Einrichtungen umformen und verändern.

Mably, Gabriel Bonnot de, wurde 1709 zu Grenoble geboren und stammte aus einer angesehenen Familie. Sein älterer Bruder war „Grandprévôt“ (Vorsteher der Kaufmannschaft) von Lyon, ein jüngerer war der berühmte Abbé de Condillac. M. erhielt seine Erziehung im Jesuitenkollegium zu Lyon und trat dann in das Seminar von Saint-Sulpice zu Paris ein, um sich dem geistlichen Stande zu widmen. Nachdem er dort das Subdiaconat erhalten, gab er den Plan, Geistlicher zu werden, auf und verliess das Seminar. Als ein Verwandter des Hauses Tencin

verkehrte er viel in dem Salon der Madame de Tencin und machte sich hier bald durch seine gediegenen Urteile in diplomatischen und anderen Staatsaffairen bekannt. Als daher der Bruder der Madame de Tencin, der Kardinal gleichen Namens, Minister des Aeusseren wurde (1742), sicherte er sich die wertvollen Dienste seines Verwandten und ernannte ihn zu seinem Sekretär. Als solcher schrieb M. die Memoiren, die der Kardinal, ein vollständig unfähiger Mann, dem Staatsrat einzureichen hatte, und gewann bald einen grossen Einfluss auf die Leitung der auswärtigen Politik. In der That war er es, der dieselbe eine Zeit lang mit grossem Erfolge leitete. Plötzlich, im Jahre 1757, gab er diese vielversprechende Laufbahn auf. Der Kardinal hatte nämlich gegen seinen Rat die Ungültigkeit einer protestantischen Ehe ausgesprochen, und M. benutzte die Gelegenheit, um mit dem Kardinal zu brechen, sich von dem Staatsdienst zurückzuziehen und von nun an ganz seinen Studien zu leben. Damals muss in ihm jene totale Aenderung seiner Ansichten sich vollendet haben, die seine Werke in zwei Klassen teilt, solche, welche das Ancien régime verteidigen, und solche, die es ebenso rücksichtslos angreifen. In seinem ersten Buche: „Parallèle des Romains et des Français“, 1740, ist er noch ein erklärter Anhänger der existierenden Regierungsform. Er verlangt für den Monarchen eine von allen Gesetzen unabhängige Autorität und betrachtet es als eine Anmassung, dem König zwar alle Gewalt, das Gute zu thun, zu geben, aber nicht ihn auch zugleich mit der, das Schlechte zu thun, auszustatten. Er verficht die Notwendigkeit des Luxus, der unter das Volk den Ueberfluss der Reichen verteilt, die verschiedenen Volksschichten in Verbindung bringt und einen notwendigen Verkehr zwischen ihnen erhält. Er sagt sogar: Die Reichtümer, der Ueberfluss, die Künste und die Industrie sind reelle Güter für die Menschen; darin, dass sie durch diese mit Geschick neue Bande und Beziehungen knüpft, um den Bestand der Gesellschaft zu sichern, hat die moderne Politik das Geheimnis gefunden, sich der alten überlegen zu zeigen! Kein Wunder, dass M. gegen seine Erstlingsschrift später einen solchen Widerwillen hegte, dass, als er eines Tages eine Kopie davon beim Grafen von Egmont fand, er dieselbe voll Wut ergriff und in Stücke zerriss. Dieser totale Umschwung seiner Gedanken und Gefühle, den eigene Beobachtung erzeugte und die Lektüre des Morellyschen Buches wohl unterstützte, hat ihn ohne Zweifel veranlasst, mit dem Kardinal zu brechen, um sich von dem öffentlichen Leben, dessen Getriebe er hasste, zurückzuziehen. Nur einmal noch nahm er am politischen Leben direkt teil. Das war, als die Polen ihn aufforderten, für sie eine Konstitution zu entwerfen. Er begab sich zu diesem Zwecke nach Polen, studierte ein Jahr lang die Verhältnisse des Landes und verfasste einige Gutachten, die wenig Beifall fanden. Ausserdem aber machten der Sieg der russischen Partei und die erste Teilung Polens allen Plänen einer neuen Verfassung ein Ende. Den Rest seines Lebens brachte M. in Zurückgezogenheit, nur seinen Studien lebend, zu. Er starb im Jahre 1785, am 23. April.

M's Stellung in der geistigen Bewegung des XVIII. Jahrhunderts *ist eine* eigentümlich isolierte, so sehr er auch in jeder Faser seines

Wesens und seiner Ideen ein Kind dieses wunderbaren Jahrhunderts ist. Gleich verfeindet mit Voltaire, dessen Bouffonerieen und Geschichtsfälschungen er verachtete, wie mit Rousseau, dessen politische Principien er missbilligte, teilte er mit dem letzteren den Hass gegen die „Philosophen", die Holbachianer, lebte er ausserdem noch im erbittertsten Kampf mit den „Oekonomisten", den Physiokraten. Da seine Lehren an die Theorieen dieser beiden Schulen anknüpfen, ohne Kenntnis derselben nicht verstanden werden können, so ist es notwendig, in aller Kürze eine Exposition derselben zu geben.

Das Ziel der Philosophenschule war, nachzuweisen, dass Tugend und Glück, das Interesse des Individuums und das der Gesamtheit zusammenfallen. Wenn diese Identität unter den heutigen Verhältnissen verschwunden ist, so ist das nur der Fehler der Religion und der politischen Einrichtungen. Es gilt daher, durch die Gesetzgebung eine solche Form der Gesellschaft zu schaffen, dass in ihr die Berechnung der Handlungen einer auf dem wohlverstandenen Interesse beruhenden Tugend in der That untrüglich ist. In einem solchen Zustand kann es weder eigentliche Laster noch eigentliche Tugenden geben, sondern nur wohlüberlegte Handlungen. Man träumte also von einer socialen Utopie, in der der Mensch durch sein persönliches Interesse selbst gezwungen sein würde, tugendhaft zu sein und nur für das allgemeine Wohl zu arbeiten.

In diesem Punkt berührt sich diese Schule mit der der Physiokraten, bei deren Betrachtung man über der ökonomischen Seite nur zu geneigt ist, die moralphilosophische ihrer Doktrin zu vergessen, obschon ökonomische und moralische Theorieen aufs engste bei ihnen mit einander verknüpft sind. Auch bei ihnen finden wir als die einzige Basis der Moral das persönliche Interesse. Mercier de la Rivière spricht dies in seinem Buch „Ordre naturel" 1767 aufs klarste aus. Ein jeder, so sagt er, erleuchtet durch die Aufmerksamkeit, die er seinen Gefühlen, seinem persönlichen Interesse geschenkt hat, wird zu der Anerkenntnis gezwungen, dass er Pflichten unterworfen ist, dass für ihn die Verpflichtung existiert, seine Nebenmenschen nicht in dem Genuss des Erwerbs und seiner Erhaltung zu stören, um nicht selbst in dem Genuss dieser Rechte gestört zu werden. So stellten sich denn auch die Physiokraten das fruchtbare Problem: Wie kann ein jedes Mitglied der Gesellschaft sich das bestmögliche Los bereiten und zugleich unfehlbarer und notwendiger Weise zum allgemeinen Wohle beitragen? Dies Problem glaubten sie in ihrer ökonomischen Theorie gelöst zu haben, nach der der Reichtum der Nationen nur in dem Reinertrag besteht, den der Boden abwirft. Der Ackerbau sollte die Basis aller anderen Beschäftigungen sein und der Grundeigentümer der Pfeiler des gesamten socialen und politischen Gebäudes. Die von ihnen gezeichnete, natürliche Ordnung sollte auch die moralische sein, die Lösung der ökonomischen auch die der moralischen Probleme in sich schliessen. Mit der Kenntnis des Kalkuls des Reinertrages und der Vorschüsse wird den Menschen auch die Kenntnis ihrer Rechte und Pflichten, der Notwendigkeit ihrer Beziehungen, der Freiheit, der Bedeutung des Eigentums, der Identität aller menschlichen Interessen

kommen. Sie glaubten die Einheit der centralen Punkte, wo sich alle Interessen vereinigen, gefunden zu haben, und erwarteten von ihrer Wissenschaft, dass sie eines Tages die Gesellschaften friedlich und gedeihend, die Menschen vernünftig und tugendhaft machen würde.

Obschon nun M. sein System auf dieselbe Basis, wie die naturalistischen Philosophen gründet, weicht er doch von ihnen, wie von den Physiokraten ab und bekämpft beide aufs schärfste und hartnäckigste. Auch für M. ist das fundamentale Princip die Identität des allgemeinen Interesses mit dem persönlichen jedes Einzelnen. Da das Glück der Menschheit auch für ihn die wahre Quelle der Moral ist, so kann er keine auf die Religion gegründete Moral annehmen, sondern muss eine natürliche zum Gegenstand seiner Untersuchungen machen. Dadurch, dass man behauptete, der Mensch habe Pflichten zunächst gegen Gott, dann seine Nächsten und zuletzt sich selbst, hat man die Frömmigkeit, d. h. äussere Andachtsübungen an die Spitze aller Tugenden gestellt und an und für sich gleichgültigen Ceremonieen, die nur dazu nützlich sind, die Menschen an die Idee eines höchsten Wesens zu erinnern, einen unendlichen Wert beigelegt. Trotzdem also M. die humanitäre Moral der religiösen vorzieht, will er doch nicht auf die Stütze, welche die Religion der ersteren gewährt, verzichten. Ja, er geht so weit, jedes Moralsystem für unzureichend zu halten, welches sich von der Religion frei machen will. Die Idee eines persönlichen Gottes ist nach ihm zum Glücke der Menschen und zur Aufrechterhaltung der moralischen Ordnung notwendig. Gott ist das Band, welches die Menschen einigt; er muss der erste Garant des Vertrages sein, den die Menschen beim Eintritt in die Gesellschaft abschliessen. Nur der Glaube an diese Garantie gibt den Menschen Glauben an die Treue ihrer Mitbürger. Mit erbittertem Hass verfolgt er deshalb den Atheismus der Philosophensekte, betrachtet ihn als verderblicher für die Menschen, als Krieg, Hungersnot und Pest, und scheut nicht davor zurück, die Verächter der Religion mit lebenslänglichem Gefängnis zu bestrafen. Nicht weniger Feind ist er dem Deismus. Um für die Menschen nützlich zu sein, muss die Religion von einem staatlich autorisierten Kultus mit Priestern, um die Ceremonieen zu regeln, begleitet sein. So sehr aber auch M. einer Moral ohne Religion misstraut, so sehr fürchtet er die Vorherrschaft rein religiöser Motive. Die wahre Moral muss sich auf die Bedürfnisse und notwendigen Beziehungen der Menschen gründen. In dem persönlichen Interesse findet er die wahre Quelle der Moral. Die Pflichten, welche der Mensch gegen sich selbst hat, müssen die erste Stelle vor allen anderen einnehmen. Da aber der Mensch, schwach und in seinen Mitteln beschränkt, nicht allein alle seine Bedürfnisse befriedigen kann und deshalb gezwungen ist, sich fremder Hände zu bedienen, um den Bau seines Glückes aufzuführen, so darf er nie vergessen, dass er dies Werk nur mit Hülfe seiner Nächsten vollenden kann. Das Streben nach persönlichem Vorteil wird damit die Quelle des Vorteils für andere, wenn schon der Mensch nur, um einen grösseren Vorteil zu erlangen, einen solchen zu opfern im stande ist, und aus ihm entwickelt sich das Streben für das allgemeine *Wohl, welches allein* Tugend ist. Da nun aber nicht bei allen Menschen

diese Einsicht vorhanden ist, dass ihr persönliches Interesse mit dem der Allgemeinheit zusammenfällt, so bedarf es der Gesetzgebung, diese Identität zu sichern. Um dies Ziel zu erreichen, muss der Gesetzgeber mit aller Macht, welche die Gerechtigkeit gibt, bekleidet sein; denn das Heil des Staates ist das höchste Gesetz. So ist die Moral zur Politik geworden.

Für M. ist der Mensch aus zwei total verschiedenen Substanzen, Geist und Materie, zusammengesetzt, zwischen denen die Natur dauernde und notwendige Beziehungen festgesetzt hat. Diese Thatsache muss sich die Moral stets vor Augen halten und bestrebt sein, die beiden Substanzen zu versöhnen. Das Glück ist daher für M. eine Art Seelenfrieden, der leider nur zu oft durch die Revolte der Sinne gestört wird. Die Leidenschaften des Menschen (passions) spielen überhaupt eine grosse Rolle in seinem Moralsystem. Obschon er diejenigen sinnlichen Leidenschaften, die den Menschen zum Tier degradieren, durchaus verwirft, schreibt er doch andererseits den Leidenschaften der Seele nicht nur ihre Berechtigung, sondern eine wichtige und grosse Bedeutung zu. Sie sind zum Glück der Menschen unentbehrlich. Eine Gabe der Natur sind sie für die Seele in der moralischen Welt, was die Stürme und Hurrikane in der physischen. „Wir haben kein Recht, uns über diese furchtbaren Phänomene zu beklagen, da ohne sie die Luft, welche wir atmen, verderbt und das heilsame Wasser sich in Gift verwandeln würde. Die Leidenschaften sind die Seele der moralischen Welt; sie setzen sie in Bewegung und erzeugen die heilsamen Umwälzungen. Dort ist das grosse Laboratorium der Natur.“ Da also die Leidenschaften den Gesellschaften, wie dem einzelnen Individuum in gleicher Weise nützlich sind, so ist es die Aufgabe des Gesetzgebers, sie nicht zu unterdrücken, sondern zu leiten und so zu einem Mittel zum Glücke für die Menschen zu machen. Es gilt, diese Leidenschaften, welche nur zu oft die Moral vernichten und die Gesetze zerstören, zu beruhigen, zu mässigen, zu meistern und zu einem ehrbaren Ziel hinzuführen. Die menschliche Moral muss in weisen Mässigungen bestehen, die die Erhabenheit der Vernunft und die Thorheit der Leidenschaften allein vereinigen und versöhnen können, kurz sie muss, um den Menschen den Weg zu Tugend und Glück zu öffnen, damit beginnen, die Bedürfnisse zu verringern, da in ihnen die Leidenschaften der Menschen ihre Quelle und ihre Nahrung finden. Dahin also zielt die Politik M's, ein gefahrvolles Gleichgewicht zwischen Leidenschaften zu erreichen, deren beste, wenn sich der Mensch ihr blind überlässt, ihn in fürchterliche Abgründe führt; eine ruhelose Wachsamkeit zu üben, um sich unbeweglich in einem Juste milieu zu halten, das die Neigungen des Herzens und der Sinne fortwährend zu verwirren drohen; die Bedürfnisse zu verringern, um den Frieden der Seele in der Ruhe der Leidenschaften, wie für die Individuen, so für die Völker zu erreichen. Da nun aber die Leidenschaften, welche die grössten Tugenden, aber auch die grössten Laster zu erzeugen fähig sind, für die Existenz der Menschen selbst notwendig sind, der Keim der Laster also stets vorhanden ist, so ist es die Aufgabe der Gesetzgebung, eine solche sociale Ordnung zu schaffen, dass in ihr das Glück der Menschheit erreicht werden muss.

Das Grundprincip einer solchen Ordnung muss die absolute Gleichheit der Menschen sein, deren begeisterter Verkünder M. ist. „Alle socialen Eigenschaften," sagt er, „können leicht in Laster umschlagen und entarten, aber die Vorsehung hat ihnen gegenüber es nicht gestattet, dass das Gefühl der Gleichheit übertrieben werden könnte. Je lebhafter es sein wird, desto mehr wird es zum Glücke beitragen. Es kann niemals entarten und ein Laster werden, da es niemals ungerecht sein kann. die Menschen vereint und ihnen dasselbe Interesse gibt." Da ihm so die Gleichheit als die Quelle aller Tugenden erscheint, ist er um so mehr davon überzeugt, dass die Ungleichheit der Vermögen und der Verhältnisse den Menschen sozusagen zersetzt und die natürlichen Gefühle seines Herzens verändert, es mit Wünschen erfüllt, die zu seinem wahren Glücke unnötig sind und in seinem Geiste ungerechte und thörichte Vorurteile und Irrtümer erweckt. Sie öffnet die Seele des Menschen der Habsucht und dem Ehrgeiz, erniedrigt sie, sät Hass und Zwietracht und erzeugt die Tyrannei, die Knechtschaft und alle socialen Uebel. Die Gleichheit ist aber nicht nur moralisch der Ungleichheit überlegen; sie allein hat auch einen natürlichen Ursprung. Die Natur hat unseren Vorfahren dies Gesetz der Gleichheit gegeben und aufs klarste ihre Absicht erklärt. Denn wer kann leugnen, dass —, als wir uns in der vollständigsten Gleichheit befanden, wir ihre Hände verliessen. Hat sie nicht allen Menschen dieselben Organe, dieselben Bedürfnisse, dieselbe Vernunft gegeben? Gehörten die Güter, welche sie über die Erde verbreitet hat, nicht allen Menschen gemeinsam? Wo findet man ein Princip der Ungleichheit? Hat sie einem jeden ein besonderes Erbgut zugewiesen? Hat sie Grenzen in den Feldern gezogen? Nein, die Natur hat weder Reiche noch Arme gemacht. Hat sie einige Rassen mit besonderen Wohltaten bedacht, wie sie alle Menschen mit grösseren Gaben ausgestattet hat, um ihre Herrschaft über die Tiere zu sichern? Sie hat weder grosse Herren noch kleine Leute geschaffen und nicht die einen dazu bestimmt, die Herren der anderen zu sein.

Aber die Menschen haben verschiedene Neigungen, ungleiche Kräfte und Talente! Gewiss, nur kann man diese Thatsache nicht als Beweis dafür gebrauchen, dass die ursprüngliche Gleichheit, in der die Menschen geboren sind, nicht hat bestehen können. Denn es ist nur zu klar, dass die Ungleichheit, einmal in der Gesellschaft eingeführt, Bedürfnisse, Künste, Laster, Vorurteile, Gewohnheiten und Leidenschaften hat erzeugen müssen, die dann ihrerseits wieder zur Unterdrückung der Gleichheit beigetragen haben. Die Natur hat die Talente nicht so ungleich verteilt, dass daraus die grosse Verschiedenheit in den Verhältnissen der Menschen, die wir jetzt beobachten, hätte entstehen können. Unsere Erziehung ist es, so geeignet die einen zu verrohen und in den andern die Anlagen zu entwickeln, die uns überredet, dass die Vorsehung verschiedene Klassen von Menschen geschaffen hat. In den ursprünglichen Verhältnissen der Menschheit erzeugte eine gleiche Erziehung fast die gleichen Talente in allen Menschen. Es ist also nicht der Fehler der Natur, wenn die Menschen *ihre Gleichheit* verloren haben, sondern der Fehler der Politik und der

Gesetze. Wenn die Natur ihre Wohlthaten ungleich verteilt hat — eine Ungleichheit, die aber in keiner Weise im Verhältnis zu der monströsen Verschiedenheit in den Vermögen der Menschen steht —, wenn sie uns verschiedene Eigenschaften und Kräfte gegeben hat, so geschah dies nicht, um uns Schlingen zu legen, sondern um die Bande zu vermehren und zu festigen, die uns unter der Herrschaft der Gesetze vereinigen sollten.

Da nun alle Laster der Gesellschaft aus der Ungleichheit entspringen, die Gleichheit aber eine unentbehrliche Bedingung des Friedens der Seele und deshalb zum Glücke der Individuen wie Völker notwendig ist, so werden die Staaten im Verhältnis, wie diese Gleichheit in ihnen durchgeführt ist, mehr oder weniger glücklich sein, das wahre Glück aber nur dann erreicht haben, wenn das Feuer der Leidenschaften ausgelöscht ist, die die Menschen veranlassen, auf Kosten der Gesamtheit nur ihren Vorteil zu verfolgen.

Die Gleichheit aber, dies köstlichste Gut der Menschheit, kann nicht zusammen mit dem Sondereigentum an den Gütern dieser Erde existieren. Dies ist der Punkt, über den M. mit der Schule der Physiokraten in Streit kommt. Sein Buch „Doutes proposés aux philosophes économistes sur l'ordre naturel et essentiel des sociétés politiques“, 1768, Briefe, die an den Herausgeber der Zeitschrift jener Schule gerichtet sind, beschäftigt sich in den ersten beiden Kapiteln mit der Widerlegung der physiokratischen Lehre, dass die persönliche Freiheit notwendig mit dem Sondereigentum an Grund und Boden verknüpft sei. Dieses ist nach M. die erste Ursache aller Verschiedenheit in den Vermögen und Verhältnissen der Menschen und damit auch aller ihrer Uebel. Die Dichter, welche Plato aus seiner Republik hat verjagen wollen, haben besser als die Gesetzgeber und die Mehrzahl der Philosophen den Ursprung, den Weg und den Fortschritt der Gefühle des menschlichen Herzens gekannt. Haben sie nicht die goldene Zeit des Menschenalters diejenige genannt, in der das Sondereigentum unbekannt war? Haben sie nicht erkannt, dass die Unterscheidung von Mein und Dein alle Laster erzeugt hat? Zwar sind Leute, die für Philosophen gelten, nicht müde geworden, zu wiederholen, dass ohne das Privateigentum es keine Gesellschaft geben kann, aber die Geschichte beweist die vollständige Haltlosigkeit dieser Behauptungen. Es gab Gesellschaften, bevor die Erde so sehr bevölkert war, dass Jagd und Fischfang nicht mehr zum Unterhalt der Bewohner ausreichten. Erst mit dem Anwachsen der Bevölkerung wurde die Notwendigkeit fester Wohnungen und des Ackerbaues empfunden. Aber damit verschwanden die Ideen gemeinsamer Arbeit, die bisher die Völker beherrscht, nicht auf einmal. Unsere Vorfahren, gezwungen den Boden zu bebauen, vereinigten ihre Kräfte, um ihm in gemeinsamer Arbeit gemeinsame Früchte abzugewinnen. Für M. ist die Gemeinsamkeit der Güter so fern davon, eine unpraktische Chimäre zu sein, dass er vielmehr sich nicht zu erklären weiss, wie die Menschen dazu gekommen sind, dieselbe aufzugeben und Sondereigentum einzuführen.

Sobald aber das Privateigentum eingeführt war, erschienen auch die beiden Laster, die am meisten zum Unglück der Menschen beitragen, die Habsucht und der Ehrgeiz, die Töchter der Ungleichheit. So lange der

Reichtum nur in Früchten bestand, welche die Zeit veränderte und schnell verdarb, war es unnütz, mehr zu sammeln oder zu bauen, als man verzehren konnte. Da es kein Vermögen gab, konnte es auch keine Habsucht geben. Erst als mit der Einführung des Privateigentums der Bürger das Feld, das er bebaute, mit andern Augen betrachtete, als er das gemeine Wohl vergass, als ein Handel mit dem überschüssigen Getreide sich entwickelte, der Ueberschuss über die Konsumtion nicht mehr unnütz war und die Bedürfnisse sich vermehrten, da erschien auch die Habsucht und wuchs von Tag zu Tag, indem sie täglich neue Mittel ihrer Befriedigung erfand. Wie die Habsucht setzt auch der Ehrgeiz das Sondereigentum zu seiner Existenz voraus. Bevor es Ehrgeizige geben kann, muss es Reiche geben, die ihre Vorteile geniessen und deren Vermögen zugleich beneidet und respektiert wird.

Mit dieser Kritik hat M. die Grundlagen gewonnen, auf denen er das Ideal seines wahrhaft socialen Staates aufbaut. Es gibt in ihm kein Privateigentum, daher auch keine Habsucht und keinen Ehrgeiz. Es herrscht die vollständigste Gleichheit unter den Menschen. Gesellschaften (sociétés), notwendigerweise auf eine kleine Anzahl Familien beschränkt, besitzen und bebauen das Land in Gemeinschaft. Sie kennen weder Luxus noch Handel. Ihre Industrie beschränkt sich auf jene einfachen und groben Künste, die keine Teilung der Arbeit erfordern. Die Bürger sind in verschiedene Klassen eingeteilt. Die stärksten sind dazu bestimmt, das Land zu bebauen, die übrigen widmen sich der Industrie. Ueberall gibt es öffentliche Magazine, wo die Reichtümer des Staates aufgespeichert sind. Die Beamten, wahre Väter des Volkes und von ihm direkt erwählt, haben die Aufgabe, die Früchte der Erde und die Produkte der Industrie, deren die Gesellschaft bedarf, zu sammeln, aufzubewahren und in gleichen Teilen zu verteilen. Während heute nur Laster, wie Habsucht und Ehrgeiz, den Menschen zur Thätigkeit antreiben, werden dann edlere Motive ihn bewegen. Er wird thätig sein nicht für sich, sondern für die Gemeinschaft, nicht aus Ehrgeiz, sondern aus Pflicht und Ehrgefühl. Man wird hier ohne Zweifel einwenden, dass nur das private Interesse den richtigen Ertrag der Produktion liefert. Selbst wenn aber derselbe geringer sein würde, ist es nicht besser, reich an Tugenden und arm an Früchten, als reich an Früchten und arm an Tugenden zu sein? Ist es nicht besser, nur eine Million glücklicher Menschen auf der Erde zu zählen, als jetzt auf ihr die unzählige Menge von Elenden und Sklaven wimmeln zu sehen, die nur in Verrohung und Unglück leben? Diese socialen Staaten werden nur klein sein können. Welches Schauspiel, das der Bewunderung wert wäre, bieten aber heutzutage diese grossen Staaten, deren schlecht vereinte Teile sich hindern und stossen und keinen organischen Körper bilden können. Während der eine Teil der Bürger in Elend, verkommt der andere in Ueberfluss. Alles erschlafft und vegetiert nur mit Mühe; es gibt nur noch momentane und konvulsive Bewegungen. Ein langer Verfall verkündigt den sichern Ruin.

Aber auch die Liebe der Bürger zum Vaterlande wird eine grössere sein, wo die Gütergemeinschaft herrscht. Je weniger man mit seinem

Reichtum, seinem Luxus und seinen Vergnügungen beschäftigt ist, desto mehr kümmert man sich um das gemeine Wohl. Wenn der Bürger kein Eigentum hat und von den Händen der Beamten seinen Lebensunterhalt empfängt, dessen er bedarf, so wird er sicher sein Vaterland lieben, dem er alles verdankt. Heute scheidet das Privateigentum die Bürger in zwei Klassen, eine arme und eine reiche; die letztere wird ihr privates Glück stets dem des Staates vorziehen, die erstere kann niemals einen Staat lieben, der erlaubt, dass sie unglücklich ist, der erlaubt, dass sie im Schweisse ihres Angesichts die gewaltige Masse der Reichtümer für die besitzende Klasse schafft, selbst aber nur eine elende Nahrung erhält. Wenn aber Krieg und feindliche Nachbarn die Bürger der kommunistischen Republik bedrohen, dann werden sie ihre Lage mit der ihrer Feinde vergleichen, werden sehen, dass sie alles zu verlieren haben, und, stolz auf ihre Gleichheit, eifersüchtig auf ihre Freiheit, die Schlachten mit anderem Mute und anderer Begeisterung kämpfen, als die Unglücklichen, die nur die Furcht vor ihren Tyrannen in den Kampf treibt.

Aber mit einem Schlage zerstört M. diese schönen Bilder von Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Er erklärt es für unmöglich, Europa heutzutage in diesen Zustand zurückzuführen. Weder die Armen noch die Reichen sind für eine solche Gesellschaft geeignet, in der absolute Gleichheit und Gütergemeinschaft existiert. Was hat nun der Gesetzgeber zu thun, um die Staaten vor den durch das Privateigentum entstandenen Leidenschaften zu bewahren, die sie zu vernichten drohen? Sie haben in erster Linie den Kampf gegen die Habsucht und den Ehrgeiz zu führen, die in jeder Gesellschaft, wo es Arme und Reiche gibt, am verheerendsten aber in den Völkern, die Industrie und Handel, die Künste selbst pflegen, ihre schädlichen Wirkungen ausüben. M. entwickelt nun ein ganzes System von Massregeln, die besonders den Zweck verfolgen, der Anhäufung grosser Vermögen hinderlich zu sein, eine bessere Distribution des Einkommens zu bewirken und besonders die Zustände des platten Landes zu verbessern. Es gibt eine unfehlbare Probe für die Weisheit eines Gesetzes: sie besteht darin, sich zu fragen, ob das vorgeschlagene Gesetz dahin zielt, mehr Gleichheit unter den Bürgern zu schaffen. So will denn M. womöglich alle diejenigen Einrichtungen, durch welche ohne entsprechendes Aequivalent an Arbeit der Besitz schnell und ohne Grenze, also durch Spekulation, vermehrt werden kann, wie Steuerverpachtungen, Agiotage, Handel u. s. f. abschaffen, das Erbrecht nur auf die allernächsten Verwandten beschränken und die gleiche Verteilung der Erbgüter auf die Kinder obligatorisch machen. Wie der Anhäufung der mobilen Kapitalien will er der Bildung des Grossgrundbesitzes durch sogenannte Ackergesetze vorbeugen, da dieser die Ländereien nur nach ihrem Reinertrage, nicht nach der Zahl der Personen, die sie ernähren können, beurteilt und stets darnach strebt, mehr Land aufzusaugen. Man scheut sich nicht, das Erbgut der armen Landleute aufzukaufen und sie zu einer härteren Armut zu verdammen, als die alte Knechtschaft ihren Vätern bereitete. Die zu grossen Besitzungen schlagen das Land mit Unfruchtbarkeit; die kleinen Güter sind es, die am besten bewirtschaftet werden.

Wie für das Individuum die Mässigkeit und die Rückkehr aus den verkünstelten Zuständen der Kultur zu der einfachen Lebensweise der Natur notwendig ist, so auch für die Staaten. Jeder Luxus, jede Pracht und Verschwendung, auch wenn sie vom Staate getrieben werden, können nur dazu dienen, die Sitten der Bürger zu verderben und müssen durch Gesetze unmöglich gemacht werden. Daraus ergibt sich dann, dass es das Ziel jeder Staatsverwaltung sein muss, die Bedürfnisse und den Reichtum des Staates so weit wie möglich zu beschränken, nicht aber seine Einkünfte durch Steuern zu vermehren. Es wäre das beste für die Staaten, kein Geldeinkommen, sondern nur die Dienste ihrer Angehörigen zur Verfügung zu haben. Da nun aber einmal das Privateigentum und mit ihm der Grundsatz „Nichts für Nichts“ existiert, der Staat also auf ein Geldeinkommen angewiesen ist, so will M., wie die Physiokraten, ein für allemal festgesetzt haben, dass nur direkte, den Grundbesitz belastende Steuern dem Staate das nötige Einkommen liefern. Denn indirekte Steuern belasten den Armen übermässig und machen das Finanzsystem zu einer mysteriösen Wissenschaft, deren Missbräuche zu erkennen unmöglich ist.

Dies sind die Mittel, mit denen M. die Habsucht bekämpfen will, obschon ihn dabei immer der Gedanke verfolgt, dass er nur vergebliche Kämpfe führt, nachdem er einmal das Privateigentum unberührt gelassen hat. Sie alle, ebenso wie die von ihm zur Bekämpfung des Ehrgeizes vorgeschlagenen, zielen dahin ab, die existierende Ungleichheit der Vermögen und damit die Quelle des Luxus und der Bedürfnisse zu beseitigen, die Menschen zur Einfachheit der Lebensweise zurückzuführen, von den Stürmen unzähliger, mit der Kultur entstandener Leidenschaften zu befreien und ihrem wahren Glücke entgegenzuführen.

Die Mittelmässigkeit, ohne Fortschritt und ohne Hoffnung, das ist der Zustand, in dem nach M's Ansicht Völker wie Individuen allein glücklich sein können. Dies Glück kann nur durch eine weise gesicherte Unbeweglichkeit bewahrt werden, die jede Entwicklung ausschliesst. In einer Halbcivilisation, wo die Grobheit der Bedürfnisse weder die Feinheit der Kunst noch das Raffinement materieller Verbesserungen kennt, erblickt M. das Ideal der Gesellschaft. Unbefriedigt mit den Gesellschaftszuständen seiner Zeit, in deren Kritik er oft vorzügliche und feine Gedanken entwickelt, Anhänger der sensualistischen Philosophie, deren Unvereinbarkeit mit dem Gesetz des Fortschritts er behauptet, findet er die Garantie des Glückes der Völker in dem Gemeineigentum, die Garantie der Dauer in der Weisheit, die die guten Einrichtungen zu bewahren weiss. Er sucht ein höheres Ideal und findet es, wie Rousseau, nicht in der Zukunft, sondern in der Vergangenheit. Der Unterschied zwischen diesen beiden Männern ist nur ein gradweiser. Während Rousseau den Naturmenschen seinem Zeitalter vorführt, der einsam und frei in dem Urwalde lebt, sieht M. die sociale Vollendung in den Republiken des Altertums, jammert er, dass das Schicksal ihn nicht als Zeitgenosse Lykurgs hat geboren werden lassen. Rousseau sieht Gerechtigkeit und Gleichheit, die von der Erde vor den schlechten Leidenschaften der Menschen verschwunden sind, nur im Naturzustande, M. im Altertum, besonders in

Sparta, realisiert. Er fragt sich, unter welchen Bedingungen war dies möglich, und findet, dass Armut, Einfalt und Plumpheit der Sitten, Unwissenheit die Fundamente des Gedeihens und des Glückes dieser Republiken waren. Die Menschheit muss daher auf dem Wege ihrer Entwicklung umkehren und sich zu den primitiven Tugenden ihrer Vorfahren zurückwenden. Alles, was die Menschheit im langen Lauf der Jahrhunderte unter unsäglichen Kämpfen und Leiden sich errungen, will M. seinem Idol der socialen Gleichheit, das, wie er glaubt, auf keinem andern Wege realisiert werden kann, hinopfern, ohne damit für dieses Gut, das alle anderen übertrifft, nach seiner Ansicht zu teuer gezahlt zu haben.

Oeuvres de Mably. 15 vol. Paris 1794—95.

Mackay, John Henry, geboren am 6. Februar 1864 zu Greenock in Schottland. In frühester Kindheit kam er nach Deutschland, wo er seine Erziehung erhielt. Er studierte auf den Universitäten zu Kiel, Leipzig und Berlin fünf Semester Philosophie, Kunst- und Litteraturgeschichte. 1889 ging er nach London, machte grössere Reisen nach Portugal, Frankreich etc. Im Herbste dieses Jahres lernte er die sociale Bewegung kennen und schrieb unter dem Eindruck der Ereignisse dieses Jahres eine „Sturm“ betitelte Sammlung von Gedichten. Im selben Jahre entstand auch der Plan, in einem „Kulturgemälde“ den ihn beschäftigenden Ideen Ausdruck zu geben. Die Ausführung desselben beschäftigte ihn drei Jahre lang, und 1891 wurden endlich zu Rom „Die Anarchisten“ vollendet. Wie er in seiner Einleitung selbst sagt, hoffte er darin die völlige Unvereinbarkeit anarchistischer und kommunistischer Weltanschauung, die Zwecklosigkeit und Schädlichkeit gewaltsamer Taktik, wie die Unmöglichkeit irgendeiner Lösung der socialen Frage durch den Staat bewiesen zu haben.

Op. Lieder des Hochlands, Berlin 1885; Arma parata fero, Zürich 1886; Dichtungen, Berlin 1886; Helene, Zürich 1888; Sturm, Zürich 1888, zweite Auflage 1889; Moderne Stoffe, Berlin 1888 und 1892; Fortgang, der „Dichtungen“ erste Folge, Berlin 1888 und 1892; Das starke Jahr, der „Dichtungen“ zweite Folge, Zürich 1890; Die Anarchisten, Zürich 1891, auch ins Englische und Französische übersetzt; Die Menschen der Ehe, Berlin 1892; Die letzte Pflicht, Berlin 1893.

Maifeier. Auf dem Internationalen Arbeiterkongress zu Paris 1889 wurde der Beschluss gefasst, am 1. Mai 1890 eine internationale Manifestation zu organisieren. Der Beschluss lautete:

Der Kongress beschliesst:

Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine grosse internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen.

In Anbetracht der Thatsache, dass eine solche Kundgebung bereits von dem Amerikanischen Arbeiterbund (Federation of Labor) auf seinem

im Dezember 1888 zu St. Louis abgehaltenen Kongress für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.

Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen.

Ueber die Art und Weise der Feier war nichts beschlossen worden; sehr bald nun begann der Gedanke in socialistischen Kreisen aller Länder an Boden zu gewinnen, dass eine allgemeine Arbeitsruhe an diesem Tage wünschenswert sei, um dadurch die Macht der Arbeiterklasse zu dokumentieren. Auch in Deutschland verbreitete sich dieser Gedanke sehr schnell und besonders in den grossen Städten wurde von den socialistischen Arbeiterorganisationen der Beschluss, am 1. Mai 1890 zu feiern, gefasst. Dagegen erliess nun die socialdemokratische Reichstagsfraktion am 6. April 1890 einen Aufruf, in dem sie bei der ungünstigen ökonomischen Lage von jedem Feiern am 1. Mai abriet, da die Fabrikanten nur mit Vergnügen die Gelegenheit benutzen würden, auf Grund des Kontraktbruchs der Arbeiter die Arbeit einige Zeit ruhen zu lassen. Sie verbot aber das Feiern durchaus nicht überall, überliess vielmehr ihren Parteigenossen, dasselbe da stattfinden zu lassen, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung stattfinden könnte. Diesem Aufruf entsprechend haben denn in Deutschland die Arbeiter die Maifeier entweder am Abend des 1. Mai oder am folgenden Sonntag abgehalten. Viele Fabrikanten hatten am 1. Mai ihren Arbeitern freigegeben und so klüglich jedem Konflikt vorgebeugt. Nur in Hamburg hielten die Arbeiter an ihrem Beschluss, die Arbeit ruhen zu lassen, fest. Es kam infolgedessen zum Kampf, der trotz der guten Organisation der Arbeiter mit einer Niederlage derselben endigte. Ueber die Maifeier des Jahres 1891 lassen wir den Bericht der Parteileitung selbst folgen:

„An eine Durchsetzung der Arbeitsruhe am 1. Mai war angesichts der traurigen wirtschaftlichen Lage auch dieses Mal nicht zu denken. Die Reichstagsfraktion gab deshalb die Parole aus, die Feier allgemein am ersten Sonntag im Mai zu begehen, ein Vorschlag, der auch allgemeine Billigung fand. Am ersten Mai fanden deshalb nur Volks- oder Arbeiterversammlungen statt, in denen Referate über die Bedeutung der Maidemonstration in Bezug auf den Achtstundentag und die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung erstattet wurden. Am Sonntag darauf aber wurde die Festfeier mit Umzügen — wo diese nicht polizeilich inhibiert wurden — und ähnlichen Demonstrationen begangen. Die Beteiligung der Arbeiterschaft war überall eine grossartige. In Hamburg allein nahmen an dem Aufzug nach Schätzung gegnerischer Blätter 100,000 Menschen teil. Eine Festschrift, welche zur Maifeier erschien, wurde in der Auflage von einer halben Million abgesetzt."

Auf dem internationalen Kongresse zu Brüssel 1891 wurde die in Paris angenommene Resolution wiederholt:

Der 1. Mai ist fortan ein gemeinsamer Festtag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen. Dieser Festtag soll ein Ruhetag sein,

soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird.

Durch diese letzte Klausel war es den Ländern, die schon am 1. Mai 1890 und 1891 die Arbeit gar nicht oder nur teilweise hatten ruhen lassen, ermöglicht worden, an der Feier teilzunehmen. Da 1892 der erste Mai auf einen Sonntag fiel, so hatte die Fraktion oder Leitung der deutschen Partei keine Veranlassung, zu der Frage Stellung zu nehmen; dagegen musste dieselbe für 1893 auf dem Berliner Kongress der socialdemokratischen Partei zur Verhandlung kommen. So sehr man anerkannte, dass die allgemeine Arbeitsruhe die würdigste und eindruckvollste Art der Feier sein würde, nahm man kluger Weise auf die gewaltige wirtschaftliche Krisis Rücksicht, um den Unternehmern keine Handhabe zu einem Lockout zu geben, durch den vielleicht Hunderttausende brotlos würden. Ohne der Maifeier gleichgültig gegenüber zu stehen, gleich fern aber auch von einer Ueberschätzung derselben, sprach man die Ansicht aus, dass die allgemeine fortlaufende Bewegung für die Socialdemokratie wichtiger sei, als ein einziges Stück ihrer Forderung. Gerade diese Bewegung würde aber durch den Beschluss der Arbeitsruhe gefährdet werden. So einigte man sich denn auf die von Gerisch vorgeschlagene Resolution:

„Im Anschluss an die auf dem Brüsseler Kongress angenommene Resolution beschliesst der Parteitag der deutschen Socialdemokratie:

Als Tag der Feier gilt der 1. Mai. An diesem Tage demonstriert die klassenbewusste deutsche Arbeiterschaft mit den klassenbewussten Arbeitern der ganzen Welt für den Achtstundentag und die internationale Regelung der Arbeiterschutzgesetzgebung im Sinne der bekannten Pariser Resolution.

Um die Feier zu einer einheitlichen und dadurch in ihrer Wirkung nach aussen zu einer möglichst imposanten zu gestalten, beschliesst der Parteitag, dass wie im Vorjahre so auch in Zukunft die Leitung der Feier der politischen Organisation der Partei zufällt.

Als die würdigste Form der Feier erachtet der Parteitag die Arbeitsruhe. Da jedoch weder durch die Beschlüsse des internationalen Kongresses in Paris, noch durch die des Kongresses in Brüssel die Arbeitsruhe zur unbedingten Pflicht gemacht, es vielmehr den einzelnen Nationen überlassen wurde, den gegebenen Umständen gemäss zu handeln; da ferner die Art der Feier durch die jeweilige Geschäftskonjunktur in erster Linie mitbestimmt wird, beschliesst der Parteitag, eine für alle Zeit gültige Norm nicht zu schaffen, sondern die Bestimmung über die Art der Feier den jährlichen Parteitagen zu überlassen.

Mit Rücksicht auf die zur Zeit herrschende wirtschaftliche Misere, die einen geschäftlichen Aufschwung bis zum nächsten Frühjahr als völlig ausgeschlossen erscheinen lässt, hält der Parteitag die Proklamierung der allgemeinen Arbeitsruhe für den 1. Mai 1893 als undurchführbar und beschliesst daher, die Feier am Abend des 1. Mai abzuhalten."

Der Beschluss des Züricher internationalen Kongresses 1893 ging weiter als der des Brüsseler. Durch ihn wurden dem Brüsseler die folgenden beiden Zusätze hinzugefügt:

2. Die Socialdemokratie jedes Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten und von einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht wird.

3. Die Kundgebung des 1. Mai für den Achtstundentag soll zugleich eine Kundgebung des festen Willens der Arbeiterklasse sein, durch die sociale Umgestaltung die Klassenunterschiede zu beseitigen und so den einzigen Weg zu betreten, der zum Frieden innerhalb jedes Volkes, wie zum internationalen Frieden führt.

Gegen den Zusatz 2 stimmte die deutsche Socialdemokratie, weil sie sich nicht verpflichten konnte, für jeden Versuch, der in Richtung der Arbeitsruhe gemacht wird, solidarisch mit der ganzen Macht der Partei einzutreten. Der Beschluss barg in sich den Generalstrike, und ein Generalstrike wäre angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse eine kolossale Dummheit gewesen. Unterstützt wurden die Deutschen in dieser Frage von den Engländern, deren Ansichten man in der englischen Fassung des Beschlusses soweit Rechnung getragen hatte, dass sich dieselben thatsächlich nur verpflichteten, die lokalen Organisationen in ihren Bemühungen in der Richtung einer allgemeinen Arbeitsruhe zu unterstützen.

Auf dem Parteitag der deutschen Socialdemokratie zu Köln, 22.—28. Oktober 1893, kam die Maifeier wieder zur Verhandlung. Liebknecht als Referent schlug folgende Resolution vor: „Gemäss den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse von Paris (1889), Brüssel (1891) und Zürich (1893) begeht die deutsche Socialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden. Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland zur Zeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, dass nur diejenigen Arbeiter und Arbeiter-Organisationen, die ohne Schädigung der Arbeiter-Interessen dazu im stande sind, neben den andern Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern.“ Die Debatte über dieselbe brachte nichts Neues. Die Unmöglichkeit, in den Zeiten der gewaltigen wirtschaftlichen Krise die Arbeit ruhen zu lassen, wurde von fast allen Delegierten anerkannt und ebenso die Notwendigkeit, die Feier am 1. Mai in Uebereinstimmung mit den Arbeitern der andern Länder abzuhalten. So wurde denn auch die Resolution Liebknecht mit 192 gegen 3 Stimmen angenommen.

Malon, Benoît, geboren in der Umgebung von St. Etienne, 1841. Er genoss eine elementare Erziehung durch seinen älteren Bruder, der in diesem Departement Lehrer war. Zuerst Tagarbeiter, dann Färber in und um Paris, wurde er 1868 Mitglied der Internationalen und als solches zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Bald wurde er einer ihrer Organisatoren und Sekretär des von ihm mitbegründeten Konsumvereins von Puteaux. Er nahm am Kongress von Basel teil, trat in die Redaktion der „Marseillaise“ ein und war Berichterstatter für dieselbe beim Strike von Creuzot 1870. In demselben Jahre wurde er wegen Beteiligung an der Inter-

nationalen am 11. Juli 1870 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Durch die Revolution vom 4. September 1870 in Freiheit gesetzt, war er von vornherein ein Gegner der Regierung. Am 8. Februar 1871 wurde er in die Nationalversammlung als Deputierter gewählt, verliess aber mit Rochefort, Tridon und andern bald nachher das Krautjunkerparlament und kehrte nach Paris zurück. Am 26. März 1871 wurde er zum Mitglied der Commune gewählt, die ihn mit Leo Frankel und andern in die Arbeitskommission delegierte. Malon stand stets auf seiten der gemässigten Minorität und zog sich deshalb nach Einrichtung des Wohlfahrtsausschusses von den Sitzungen der Commune zurück. Nach Eroberung des Quartiers des Batignolles durch die Versailler, dessen Maire er war, gelang es ihm, nach der Schweiz zu entkommen, wo er das Journal „La Revanche" gründete, das Februar 1872 von der schweizerischen Regierung unterdrückt wurde. In der Schweiz schloss sich Malon Bakunins Alliance an und bekämpfte aufs lebhafteste den Londoner Generalrat der Internationale. Später verliess er die Schweiz, durchwanderte Italien und nahm endlich Ende der siebziger Jahre seinen Wohnsitz in Lugano. Hier gab er die Wochenschrift „Le socialisme progressif" heraus, die aber nur kurze Zeit erschien. Im Sommer 1879 siedelte er nach Zürich über und 1880, nach Erlass der Amnestie, kehrte er nach Paris zurück. Mit Lafargue bekannt geworden, hatte er sich anfänglich dem Marxismus bedeutend genähert, dann aber in Lyon, wo er die „Emancipation" herausgab, sich von Brousse für den Kampf gegen die Marxisten Guesde und Lafargue gewinnen lassen. Die enge Verbindung mit Brousse hörte aber schon 1883 wieder auf. Seitdem ist Malon nur noch litterarisch thätig gewesen. Seit Mitte der achtziger Jahre gab er die „Revue socialiste" heraus, die er bis zu seinem Tode, am 13. September 1893, leitete.

Op. L'Internationale, son histoire et ses principes, Lyon 1872; Exposé des Ecoles socialistes françaises, Paris 1872; Il socialismo, suo passato, suo presente e suo avvenire, Lodi 1875; Histoire critique de l'économie politique, Lugano 1876; Fra due socialisti, riposta ad alcune accuse contro il socialismo, Milano 1876; Le nouveau parti, Paris 1881; Le parti ouvrier en France, Paris 1882; Histoire du socialisme et des prolétaires, 1881—84, 5 vol.; La religione e la morale dei socialisti, Milano 1882; Manuel d'économie sociale, 1883; Le socialisme réformiste, Paris 1885; Constantin Pecqueur, 1887; La morale sociale, Paris 1887; Le socialisme intégral, Paris 1890—91.

Maréchal, Sylvain, geboren zu Paris 15. August 1750, gestorben zu Montrouge bei Paris 18. Januar 1803. Anfangs Jurist, widmete er sich, weil ihm ein Sprachfehler ein erfolgreiches Reden unmöglich machte, der Litteratur. Eine Stellung als Unterbibliothekar am Collège Mazarin, die er sich durch einige Pastoralgedichte erworben hatte, verlor er 1784 durch sein Buch „Le livre échappé au déluge". Vier Jahre später veröffentlichte er den „Almanach des honnêtes gens", eine Art philosophischen Kalenders, in dem er an die Stelle der Namen von Heiligen solche berühmter Männer und Frauen gesetzt hatte. Das Buch wurde vom Henker verbrannt und Maréchal selbst in Saint-Lazare eingesperrt. Die Revolution begrüsste er

mit Begeisterung und schrieb in ihrem Dienste eine grössere Zahl von Broschüren, Verse, Schauspiele u. s. f. Ein Freund Chaumettes, nahm er an der antireligiösen Bewegung und dem Kultus der Vernunft aktiven Anteil. Unter dem Direktorium spielte er in der Verschwörung Babeufs (s. d.) eine bedeutende Rolle. Er war Mitglied des geheimen Vorstandes und redigierte das berühmte „Manifeste des Egaux", hatte aber das Glück, jeder Verfolgung zu entgehen und nicht in den Prozess verwickelt zu werden. Seitdem lebte er in der Zurückgezogenheit, nur mit litterarischen Arbeiten beschäftigt. 1799 erschien sein umfangreichstes Werk: „Voyages de Pythagore en Egypte, dans la Chaldée, dans l'Inde, en Crète, à Sparte, en Sicile, à Rome, à Carthage, à Marseille et dans les Gaules, suivis de ses lois politiques et morales." Paris. 6 vol. 1799. Hier hat er im V. Bande, pag. 298 und 99, ein Exposé des principes de Pythagore gegeben, in dem er unter der Maske des griechischen Philosophen seine Theorieen, besonders die beiden Principien der Gleichheit — er spricht von einer société, république des égaux, die jeder Staat sein müsste — und der Gütergemeinschaft entwickelt. Berühmt ist Maréchal besonders durch sein „Dictionnaire des Athées", 1800, geworden, das von der Regierung Bonapartes verboten wurde.

Marr, Wilhelm, geboren 1819 in Hamburg, kam im Anfang der vierziger Jahre als Commis nach Zürich. Hier wurde er mit Wilhelm Weitling (s. d.) bekannt und von ihm bald für den Kommunismus gewonnen. Wegen seiner Agitation 1843 aus dem Kanton Zürich ausgewiesen, ging er nach Lausanne und schloss sich den „Jungdeutschen" an (siehe Art. „Schweiz"). Er gewann in dem Bunde derselben bald grossen Einfluss und brachte in kurzer Zeit eine Aenderung des Programms und der Organisation zu stande. Er erfüllte seine Bundesbrüder mit anarchistischen Ideen, zu denen er durch das Studium Proudhons gekommen war, und wurde so der Leiter der jungdeutsch-anarchistischen Bewegung. Ende 1844 gab er eine Monatsschrift „Blätter der Gegenwart für sociales Leben" heraus. Im Sommer 1845 wurde Marr aus Lausanne ausgewiesen. Im nächsten Jahre gab er eine Broschüre „Das junge Deutschland in der Schweiz" heraus, worin er das Treiben der Jungdeutschen eingehend schildert. Nach seiner Ausweisung aus Lausanne begann für M. ein wechselvolles Wanderleben. Er hat während desselben noch viele Wandlungen durchgemacht. In den siebziger Jahren erschien er wieder auf der Bildfläche als — antisemitischer Agitator und verstand es wiederum, für einige Zeit die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Op. Katechismus eines Republikaners der Zukunft, 1845; Das junge Deutschland in der Schweiz, ein Beitrag zur Geschichte der geheimen Verbindungen unserer Tage, Leipzig 1846; Die Religion der Zukunft, Bern 1846; Der Republikaner der Zukunft, 1846; Der Mensch und die Ehe vor dem Richterstuhl der Sittlichkeit, Leipzig 1848; Anarchie oder Autorität? Hamburg 1852; Sieben Briefe über den Stein der Weisen, Bern 1872; Blätter der Gegenwart für sociales Leben, Lausanne, Dez. 1844—45; Die Opposition, 1. Heft, Hamburg 1863.

Marx, Karl, wurde am 5. Mai 1818 als Sohn eines Advokaten am Landgerichte zu Trier geboren. Dieser, aus einer Rabbinerfamilie stammend, war einige Jahre vor der Geburt seines Sohnes, durch den Druck äusserer Verhältnisse bewogen, zum Christentum übergetreten. Karl Marx besuchte das Gymnasium seiner Vaterstadt und bezog dann die Universitäten Bonn und Berlin, wo die Jurisprudenz sein Fachstudium war. Er betrieb dieselbe aber nur als untergeordnete Disciplin, da das Studium der Geschichte und der Philosophie ihn mehr anzog. Ein juristisches Examen hat er nie gemacht. Dagegen promovierte er als Doktor der Philosophie und trug sich eine Zeitlang mit dem Plane, sich in Bonn als Privatdocenten in der philosophischen Fakultät zu habilitieren. Diesen ihm durch seine Neigung zu wissenschaftlicher Thätigkeit eingegebenen Gedanken liess er aber bald fallen, da er klar erkannte, dass die Beschränkungen, denen sich an einem Staatsinstitut angestellte Docenten in ihren Lehren und ihrem praktischen Wirken zu unterwerfen haben, ihm diese Laufbahn versperrten. Am Beispiel seines damaligen Freundes Bruno Bauer, des Docenten der Theologie in Bonn, dem gerade damals die venia legendi entzogen wurde, wurde ihm deutlich vor Augen geführt, wie es mit der Lehrfreiheit auf preussischen Universitäten aussah.

Marx und die „Rheinische Zeitung". Da ihm so seine radikalen Ansichten die Professur wie jede andere Staatsstellung verschlossen, so richtete Marx sein Augenmerk auf litterarische Thätigkeit und wurde 1842 zuerst Mitarbeiter und bald darauf Chefredacteur der damals von den Führern der rheinischen Liberalen, Camphausen, Hansemann u. a. gegründeten „Rheinischen Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe". In dieser Eigenschaft kam er, wie er selbst sagt, zuerst in die Verlegenheit, über sogenannte materielle Interessen mitsprechen zu müssen. Die ersten Anlässe zu seiner Beschäftigung mit ökonomischen Fragen waren die Verhandlungen des rheinischen Landtages über Holzdiebstahl, Parzellierung des Grundeigentums, die amtliche Polemik, die Herr von Schaper, damals Oberpräsident der Rheinprovinz, mit der „Rheinischen Zeitung" über die Zustände des Moselbauern eröffnete, und die Debatten über Freihandel und Schutzzoll. Die „Rheinische Zeitung" war damals das radikalste Blatt Deutschlands, in dem sogar die Weitlingschen Kommunisten, u. a. A. Becker und S. Seiler, zu Worte kamen. Marx selbst erklärte sich gegen die Lehre dieser Kommunisten, die er als „Stümperei" betrachtete, enthielt sich aber eines Urteils über die französischen Socialisten Proudhon, Louis Blanc, Fourier und St-Simon, da er auf Grund seiner bisherigen Studien, wie er offen erklärte, dazu nicht im stande wäre. Als die Geranten der „Rheinischen Zeitung" 1843 darauf drangen, dass der Ton des Blattes gemildert werde, trat M. aus der Redaktion aus und zog sich in die Studierstube zurück. Die Zeitung wurde trotzdem bald unterdrückt.

Seine Heirat. Mit 25 Jahren bereits verheiratete Marx sich mit Jenny von Westphalen, der Tochter des preussischen Regierungrates Baron von Westphalen und der Schwester des späteren preussischen Ministers Grafen von Westphalen. Als Gymnasiast war er im Hause ihres Vaters

ein- und ausgegangen und hatte sich mit der ihn um einige Jahre übertreffenden Jugendfreundin verlobt, als er im 17. Lebensjahre stand. M. hat an seiner Frau eine wahre Lebensgefährtin gefunden, die ihm in allen seinen Kämpfen treu zur Seite stand. Als er kurz nach seiner Hochzeit zum Wanderstabe griff, ist sie mit ihm ins Elend gegangen. In jenen bewegten Jahren, die der Revolution von 1848 vorhergingen und folgten, als M. aus Frankreich, aus Belgien, aus Preussen ausgewiesen wurde, teilte sie seine Beschwernisse und murrte nicht, als sie schliesslich mit ihm ein Asyl in England suchen musste. In einer nur aus wenigen Zimmern bestehenden Wohnung im Soho-Stadtteile von London, der Gegend der französischen Réfugiés in der englischen Metropolis, fand M. endlich Ruhe. Es waren harte Zeiten für die beiden, drei Kinder — zwei Knaben und ein Mädchen — mussten sie auf den Kirchhof bringen, und die Sorge um des Lebens Notdurft und Nahrung war ihr täglicher Gast. Frau Jenny M. liess sich aber durch die Not nicht beugen, kein Wort des Vorwurfs kam über ihre Lippen oder war in ihren Augen zu lesen. Der verfehmte und verfolgte Kommunist fand in der Liebe seiner Frau einen reichen Ersatz für die vielen Entbehrungen, die er zu tragen hatte. Das Familienleben des Mannes, der so hart über die heutige Form der Ehe urteilte, gleicht einem reinen Idyll. Die Schönheit seiner Frau war seine Freude und aus dem Zusammensein mit ihr schöpfte er seine geistige Frische. Den Angehörigen war die ganze freie Zeit des Gelehrten und Agitators gewidmet.

Marx und die „Deutsch-Französischen Jahrbücher". Doch wenden wir uns von dem stillen Glück seines Familienlebens wieder seiner bewegten politischen Thätigkeit zu. Noch im Jahre 1843 ging M. nach Paris, um dort gemeinsam mit Arnold Ruge die „Deutsch-Französischen Jahrbücher" (s. d.) herauszugeben. Von ihm erschienen in dieser Zeitschrift die Abhandlungen „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" und „Zur Judenfrage". In der ersten Abhandlung, die wir an anderer Stelle ausführlicher besprochen haben, verficht er den Gedanken, dass die rein politische Revolution für Deutschland ein utopistischer Traum sei, dass nur durch eine proletarische, social-demokratische Revolution die Befreiung, die „Emancipation der Deutschen zu Menschen" sich vollziehen könne. „Der Kopf dieser Emancipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat."

In der zweiten Abhandlung entwickelt Marx seine Ansichten über die Judenfrage, wobei er nicht die theologische oder nationale, sondern die wirtschaftliche Seite derselben betrachtet. Nicht mit dem „Sabbathsjuden", sondern mit dem „Alltagsjuden" hat er es zu thun. Im Judentum erblickt M. die Verkörperung des Wesens der bestehenden Gesellschaft. „Welches ist der weltliche Grund des Judentums? — Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus des Juden? — Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? — Das Geld. — Nun wohl! Die Emancipation vom Schacher und vom Geld, also vom praktischen realen Judentum, wäre die Selbstemancipation unserer Zeit. Eine Organisation der Gesellschaft, welche die Voraussetzungen des

Schachers, also die Möglichkeit des Schachers, aufhöbe, hätte den Juden unmöglich gemacht. Sein religiöses Bewusstsein würde wie ein fader Dunst in der wirklichen Lebensluft der Gesellschaft sich auflösen. — Wir erkennen also im Judentum ein allgemeines, gegenwärtiges, antisociales Element, welches durch die geschichtliche Entwicklung, an welcher die Juden in dieser schlechten Beziehung eifrig mitgearbeitet, auf seine jetzige Höhe getrieben wurde, auf eine Höhe, auf welcher es sich notwendig auflösen muss."

Marx und der Pariser „Vorwärts". Nachdem die Jahrbücher eingegangen waren, wurde M. Mitarbeiter am Pariser „Vorwärts", dessen Herausgeber Börnstein durch Carl Ludwig Bernays bewogen war, sein Blatt in den Dienst der revolutionären Bewegung zu stellen. M. schrieb für den „Vorwärts": Kritische Randglossen zu dem Artikel „Der König von Preussen und die Socialreform. Von einem Preussen". Die scharfen Angriffe des „Vorwärts" veranlassten die preussische Regierung, durch ihren Gesandten Alexander von Humboldt bei der französischen Regierung Vorstellungen zu machen, was zur Folge hatte, dass den nichtfranzösischen Mitarbeitern desselben Ausweisungsbefehle zugingen. Durch eine Interpellation in der französischen Kammer wurde die Erlaubnis des ferneren Aufenthaltes in Paris für die Ausgewiesenen erwirkt, M. machte aber keinen Gebrauch davon, sondern begab sich Anfang 1845 nach Brüssel.

Marx in Brüssel. Mit ihm ging Friedrich Engels, mit dem er 1844 in Paris befreundet geworden war. Die beiden hatten dort zusammen die 1845 erschienene Schrift verfasst: „Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten." In Brüssel traten sie in enge Verbindung mit einer Reihe dort lebender Deutschen, welche die Demokratenhetze aus ihrer Heimat getrieben hatte, und standen in Verkehr mit den Führern der revolutionären Bewegung. Zum Zwecke der Propaganda ihrer Ideen riefen sie den Brüsseler deutschen Arbeiterverein ins Leben, in dem sie Vorträge über politische und ökonomische Fragen zu halten pflegten.

„Das Elend der Philosophie." Im Winter 1846/47 verfasste M.: Misère de la philosophie. Réponse à la philosophie de la misère de M. Proudhon. Diese Schrift ist 1885 von E. Bernstein und K. Kautzky ins Deutsche übersetzt unter dem Titel: „Das Elend der Philosophie". In einer Polemik gegen Proudhon (s. d.), der damals unter den französischen Socialisten den grössten Einfluss hatte, entwickelt M. in dieser Schrift seine historischen und ökonomischen Ansichten, die er sich durch das Studium das nationalökonomischen Litteratur insbesondere Englands gebildet hatte. Wir finden darin bereits die später so meisterhaft gehandhabte Methode, durch eine genaue Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse die Keime der ökonomischen und politischen Entwicklung aufzudecken, und dieselbe schroffe Zurückweisung aller in der Luft schwebenden moralphilosophischen Spekulationen. Im Kopfe ausgeheckte Pläne zur Gesellschaftsrettung sind als Spielerei oder Träumerei zu betrachten. Die bestehende Gesellschaftsordnung enthält die Keime der künftigen Umwälzung und muss sie zur Entwicklung bringen. Mit den Produktivkräften und der kapitalistischen

Ausbeutung derselben wächst und konzentriert sich das Proletariat, das sich mit Notwendigkeit zur revolutionären Klasse entwickeln muss, welche die alte Ordnung über den Haufen werfen wird. Die Theoretiker dieser Klasse haben keine Systeme auszudenken, die immer Utopien bleiben müssen, sondern sich Rechenschaft abzulegen von dem, was vor ihren Augen vorgeht, und sich zu Organen dieser Bewegung zu machen. M. hat damit klar den Weg vorgezeichnet, den er in seinem ganzen spätern Leben gegangen ist. Am Schlusse seiner Schrift fasst er seine Ansichten über die zukünftige Entwicklung in die Worte zusammen: „Die arbeitende Klasse wird im Laufe der Entwicklung an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft eine Association setzen, welche die Klassen und ihren Gegensatz ausschliesst, und es wird keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengegensatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist. Inzwischen ist der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie ein Kampf von Klasse gegen Klasse, ein Kampf, der, auf seinen höchsten Ausdruck gebracht, eine totale Revolution bedeutet."

Marx und der Kommunistenbund. In Paris hatte M. in persönlichem Verkehr mit leitenden Mitgliedern des „Bundes der Gerechten", des nachherigen Kommunistenbundes (s. d.), gestanden. Er, sowohl wie Engels, korrespondierte mit den Londoner Mitgliedern des Bundes wie auch mit Dr. Ewerbeck, dem Leiter der Pariser Gemeinden. Durch mündlichen und brieflichen Verkehr und durch die Presse wirkten sie auf die theoretischen Ansichten der Bundesmitglieder ein. Bei besondern Gelegenheiten, wo es sich um Interna der sich bildenden kommunistischen Partei handelte, gaben die beiden Freunde ihre Ansichten durch lithographierte Cirkulare an ihre Korrespondenten kund. Obwohl ausserhalb des Bundes stehend, gewannen sie durch ihre Thätigkeit solchen Einfluss auf die Mitglieder desselben, dass der Bund im Frühjahr 1847 den Uhrmacher Moll von London nach Brüssel abschickte, um sie aufzufordern, in den Bund einzutreten, um ihre Ansichten auf einem in Bälde stattfindenden Kongress zur Geltung zu bringen. Die sich so bietende Gelegenheit, aus dem Bund eine Organisation zur Verwirklichung seiner Politik zu schaffen, wurde von M. ergriffen. Er bildete aus seinen Brüsseler Freunden eine Bundesgemeinde und setzte auf den im Sommer und Herbst 1847 in London stattfindenden Bundeskongressen durch seine Anhänger eine Reorganisation durch. Auf dem zweiten Kongress, Ende November 1847, erschien M. selbst und wurde, nachdem er seine Ansichten in überzeugenden Reden entwickelt hatte, beauftragt, in Gemeinschaft mit Engels ein Manifest auszuarbeiten. Das geschah im „kommunistischen Manifest" (s. d.), dessen Schlussworte: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" zum Schlachtruf der heutigen Arbeiterbewegung geworden sind.

Marx in den Revolutionsjahren. Unmittelbar nach Ausbruch der französischen Februarrevolution übertrug die bisherige Centralbehörde des Kommunistenbundes ihre Befugnisse an den leitenden Kreis Brüssel, der seinerseits seine sämtlichen Vollmachten an M. übertrug mit dem Auftrag, in Paris eine neue Centralbehörde zu konstituieren. Die Rückkehr

nach Paris hatte ihm die Februarrevolution ermöglicht. Die französische provisorische Regierung hatte am 1. März 1848 folgendes Schreiben an ihn gerichtet:

„Wackerer, treuer Marx!

Der Boden der französischen Republik ist ein Asyl für alle Freunde der Freiheit. Die Tyrannei hat Sie verbannt, das freie Frankreich öffnet Ihnen wieder seine Pforten, Ihnen und allen denen, welche für die heilige Sache, die alle Völker vereint, kämpfen. Jeder Repräsentant der französischen Regierung sollte sein Amt in diesem Sinne führen. Brüderlichen Gruss!

Ferdinand Flocon, Mitglied der provisorischen Regierung."

Als M. bereits im Begriff war, sich nach Paris zu begeben, drangen Polizisten in seine Wohnung, verhafteten ihn und stellten ihm die Ausweisungsordre aus Belgien zu.

In Paris hielt M. sich kaum drei Monate auf, da er klar erkannte, dass der Kommunistenbund zu schwach sei, in der überall anwachsenden politischen Bewegung eine leitende Rolle zu spielen, dass es vielmehr durch die Umstände geboten sei, sich der allgemeinen Bewegung anzuschliessen und Schulter an Schulter mit den bürgerlichen Demokraten den Polizeistaat zu bekämpfen. Ende Mai ging er deshalb nach Deutschland und trat hier an die Spitze der vom 1. Juni 1848 an in Köln erscheinenden „Neuen Rheinischen Zeitung", in deren Redaktion u. a. Friedrich Engels, Wilhelm Wolff, Ernst Dronke und Georg Weerth sassen, zu denen später noch Ferdinand Freiligrath trat. Als Führer des linken Flügels der demokratischen Partei spielte Marx während der Revolutionszeit eine hervorragende Rolle in der Rheinprovinz (s. Art. Deutschland, Seite 156). Moll und Schapper, zwei alte Bundesmitglieder, vertraten als Leiter des damals ins Leben gerufenen Kölner Arbeitervereins, der bald 2000 Mitglieder umfasste, die Grundsätze von Marx durch unermüdliche Agitation. Marx selbst sass im „Rheinischen Kreisausschuss der Demokraten" und unterzeichnete zusammen mit Schapper und dem Advokaten Schneider im Namen desselben im November 1848 eine Proklamation, in der die demokratischen Vereine aufgefordert wurden, die gewaltsame Eintreibung der Steuern durch jede Art des Widerstandes zurückzuweisen und den Landsturm „zur Abwehr des Feindes" zu organisieren. Marx wurde infolgedessen mit den beiden andern Unterzeichnern wegen Aufreizung zur Rebellion vor die Assisen gestellt, von den Geschwornen aber freigesprochen. Er stellte sich in seiner Verteidigungsrede durchaus auf den Boden der Revolution. Er bestritt, dass man gegen ihn auf Grund eines Gesetzes einschreiten könne, das durch die Revolution, die noch in vollem Gange, kraftlos geworden sei. Er stände im Kampfe gegen die alte, die feudal-bureaukratische Gesellschaft, das Königtum von Gottes Gnaden, die offizielle überlieferte Macht, gegen die Gesetze, welche man gegen ihn anwenden wollte. Jetzt wäre nicht die Zeit, zu untersuchen, was Rechtens wäre nach den veralteten Gesetzen einer durch die Revolution total veränderten Gesellschaftsordnung. Es handelte sich nicht um eine Rechts-, sondern um eine Machtfrage.

Einige Monate nach der Freisprechung von Marx hatten sich die Machtverhältnisse verschoben. Die Reaktion war mehr und mehr erstarkt. Die Regierung konnte zur Unterdrückung ihrer Gegner schreiten. Marx, der bereits 1845 aus dem preussischen Unterthanenverbande ausgeschieden war, erhielt am 16. Mai 1849 als Ausländer die Ausweisungsordre.

Marx und die Emigranten. M. ging zunächst nach Frankreich und von hier, als er im Spätsommer 1849 wieder ausgewiesen wurde, nach London. Hier hatten sich fast sämtliche Mitglieder des Kommunistenbundes wieder zusammengefunden und lagen, die Köpfe erhitzt von den Ereignissen der Revolutionsjahre, in heftiger Fehde miteinander. Den aus den Gefechten in Baden und den Barrikadenkämpfen zu Dresden, oder den Stand- und Kriegsgerichten Entkommenen fiel es schwer, an die Niederlage ihrer Sache zu glauben. Die Emigranten rüsteten sich zu neuen Revolutionen. M. setzte den Versuchen, den Bund in diese Revolutionsspielereien zu verwickeln, energischen Widerstand entgegen und es gelang ihm, als es unter den Mitgliedern zur Spaltung kam, die Majorität der Bundesglieder auf seine Seite zu bringen. Er verlegte dann, um allen Intriguen die Spitze abzubrechen, die Centralbehörde nach Köln, wo der Bund bald darauf im Kölner Kommunistenprozess sein Ende fand, allerdings nicht ohne schmerzliche Opfer.

Seine litterarische Thätigkeit in London. Während des Jahres 1850 gab M. in London eine Monatsschrift, die „Neue rheinische Zeitung, politisch-ökonomische Revue“, heraus. Nachdem die Revue im Dezember 1850 eingegangen war, wurde er, gezwungen durch die gebieterische Notwendigkeit, für Frau und Kinder Brot zu schaffen, Mitarbeiter an der „New-York Tribune“, deren Herausgeber der frühere Fourierist Charles A. Dana war. Bis zum Ausbruch des amerikanischen Bürgerkrieges lieferte M. für diese Zeitung Beiträge, insbesondere über auffallende ökonomische Ereignisse in England und auf dem Kontinent. Er war ferner thätig für „Putnam's Monthly“, eine litterarische Zeitschrift, und für die von Dana redigierte „New American Cyclopaedia“.

Verschiedene Arbeiten von Marx, die zuerst in Zeitungen erschienen, sind als Broschüren herausgegeben. Wir nennen: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, New-York 1852, 3. Aufl., Hamburg 1885. — The Life of Palmerston, Sheffield 1850. — Palmerston and Poland. London 1853. Palmerston, what has he done? London 1854. —

„Der 18. Brumaire.“ In den deutschen Buchhandel gekommen ist nur die erste dieser Schriften. Nach Form und Inhalt nehmen diese unter dem frischen Eindruck der Ereignisse entstandenen Artikel über die zweite französische Republik und den Staatsstreich einen hohen Rang in der publicistischen Litteratur ein. Seine genaue Kenntnis der französischen Geschichte setzte M. in den Stand, überall die treibenden Ursachen der Kämpfe und Umwalzungen jener bewegten Jahre aufzudecken. Als Journalist machte M. hier in der Besprechung von sich unter seinen Augen abspielenden Vorgängen die Probe auf das Gesetz, das er als leitendes Princip für die historische Entwicklung betrachtet, dass nämlich alle geschichtlichen Kämpfe, ob sie auf politischem, religiösem, philo-

sophischem oder sonst ideologischem Gebiete vor sich gehen, in der That nur der mehr oder weniger deutliche Ausdruck von Kämpfen gesellschaftlicher Klassen sind, und dass die Existenz und damit auch die Kollisionen dieser Klassen wieder bedingt sind durch den Entwicklungsgrad ihrer ökonomischen Lage, durch die Art und Weise ihrer Produktion und ihres dadurch bedingten Austausches.

Wir müssen uns versagen, auf den Inhalt der Schrift näher einzugehen. Hier nur seine Zeichnung der beiden französischen Parteien, der Legitimisten und Orleanisten, deren Kampf M. als Klassenkampf zwischen dem grossen Grundeigentum und dem Kapital auffasst, wobei er sich aufs schärfste erklärt gegen „die Manier der Demokraten“, in der französischen Revolution von 1848 nur einen Kampf zwischen Republikanern und Royalisten zu erblicken und die Bewegung der letzteren zusammenzufassen in dem Schlagwort „Reaktion“ — „Nacht, worin alle Katzen grau sind und die ihnen erlaubt, ihre nachtwächterlichen Gemeinplätze abzuleiern“. M. zeichnet die zwei grossen Fraktionen der Ordnungspartei, die Legitimisten und Orleanisten, mit scharfen Strichen:

„Was diese Fraktionen an ihren Prätendenten festhielt und sie wechselseitig auseinanderhielt, war es nichts anders als Lilie und Trikolore, Haus Bourbon und Haus Orleans, verschiedene Schattierungen des Royalismus? Unter den Bourbonen hatte das grosse Grundeigentum regiert mit seinen Pfaffen und Lakaien, unter den Orleans die hohe Finanz, die grosse Industrie, der grosse Handel, d. h. das Kapital, mit seinem Gefolge von Advokaten, Professoren und Schönrednern. Das legitime Königtum war bloss der politische Ausdruck für die angestammte Herrschaft der Herren von Grund und Boden, wie die Julimonarchie nur der politische Ausdruck für die usurpierte Herrschaft der bürgerlichen Parvenus. Was also diese Fraktionen auseinander hielt, es waren keine sogenannten Principien, es waren ihre materiellen Existenzbedingungen, zwei verschiedene Arten des Eigentums, es war der alte Gegensatz von Stadt und Land, die Rivalität zwischen Kapital und Grundeigentum. Dass gleichzeitig alte Erinnerungen, persönliche Feindschaften, Befürchtungen und Hoffnungen, Vorurteile und Illusionen, Sympathieen und Antipathieen, Ueberzeugungen, Glaubensartikel und Principien sie an das eine oder das andere Königshaus banden, wer leugnet es? Auf den verschiedenen Formen des Eigentums, auf den socialen Existenzbedingungen erhebt sich ein ganzer Ueberbau verschiedener und eigentümlich gestalteter Empfindungen, Illusionen, Denkweisen und Lebensanschauungen. Die ganze Klasse schafft und gestaltet sie aus ihren materiellen Grundlagen heraus und aus den entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Das einzelne Individuum, dem sie durch Tradition und Erziehung zufliessen, kann sich einbilden, dass sie die eigentlichen Bestimmungsgründe und den Ausgangspunkt seines Handelns bilden.“

Seine national-ökonomischen Studien. Wenn M. durch seine vielseitige litterarische Thätigkeit in den fünfziger Jahren auch zu einer ausserordentlichen Zersplitterung seiner Studien gezwungen wurde, so war es ihm doch möglich, durch das Studium der reichen Schätze des

[illegible] M. [illegible] sein national-ökonomisches Wissen so zu erweitern, dass F. A. Lange, der Verfasser der „Geschichte des Materialismus" und der „Arbeiterfrage", ihn später den gelehrtesten Nationalökonomen seiner Zeit nennen konnte. Die Ergebnisse seiner Forschungen und Untersuchungen legte M. zum ersten Mal systematisch dar in seiner „Kritik der politischen Oekonomie", deren erstes Heft 1859 erschien. Die Fortsetzung dieser Schrift unterblieb damals, erfolgte aber in dem 1867 herausgegebenen „Kapital", das die Gedanken der ersteren Schrift im wesentlichen wiederholt und weiterführt. Wir haben die Grundlage der national-ökonomischen Ansichten von M. im Artikel „Kapital" dargestellt.

Materialistische Geschichtsauffassung. Das allgemeine Resultat, das sich ihm aus seinen historischen und ökonomischen Studien ergab und das ihm für die Zukunft als Leitfaden diente, formuliert M. in der Einleitung seiner 1859 erschienenen Schrift: „Zur Kritik der politischen Oekonomie" folgendermassen:

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Ueberbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den socialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche socialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Ueberbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muss man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewusst werden und ihn anfechten. So wenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewusstsein beurteilen, sondern muss vielmehr dies Bewusstsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären. Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor *die materiellen Existenz*bedingungen derselben im Schoss der alten Gesell-

schaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann; denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind. In grossen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden. Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinn von individuellem Antagonismus, aber die im Schoss der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaftsform schliesst daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab."

„Herr Vogt." Im Jahre 1860 schrieb M. gegen den Professor Karl Vogt, der masslose Verleumdungen gegen ihn in Umlauf gesetzt hatte, die Streitschrift „Herr Vogt", ein litterarisches und historisches Kuriosum voller Aufschlüsse für das Verständnis jener Jahre und selbst nur verständlich, wenn man die damaligen Zeitverhältnisse in Betracht zieht.

Wie sehr M. eine am Kampf Freude findende und für den Kampf bestimmte Natur war, tritt aus jeder Zeile dieser Streitschrift hervor. Mit schonungsloser Offenheit und dem ihm eigenen bitteren Sarkasmus macht er hier dem lange verhaltenen Groll vieler Jahre Luft, als die immer schamloser werdenden Angriffe seiner hämischen Feinde auf seine und seiner Freunde Ehre es ihm unmöglich machten, sie noch länger allein mit schweigender Verachtung zu strafen. Mit Veröffentlichung dieser Schrift galt ihm der Fall als erledigt. Es war sein Grundsatz, den Gegner, der einmal die Wucht seiner Keulenschläge gefühlt hatte, als abgethan zu betrachten.

Die Internationale Arbeiter-Association. Persönliche Polemik hatte den Lauf seiner wissenschaftlichen Studien für kurze Zeit unterbrochen oder doch gehemmt. Dann folgten für den Gelehrten einige Jahre ruhiger Forschung. Seine auf praktisches Handeln gerichtete Natur verlangte aber nach einem Wirkungsfeld. Lange Jahre hatte er in seiner Brust den Wunsch gehegt, die fortgeschrittensten Arbeiter Europas und Amerikas in einer grossen Association zu vereinigen, welche den internationalen Charakter der socialistischen Bewegung sichtbar zum Ausdruck bringen und die treibende Kraft der Arbeiterbewegung werden sollte. Endlich bot sich die Gelegenheit. Am 24. September 1864 fand in London, in St. Martin's Hall, unter dem Vorsitz von Professor Beesly, dem Positivisten und Freunde des um die englische Arbeiterbewegung hochverdienten Frederic Harrison, eine von Mitgliedern der verschiedensten Nationalitäten stark besuchte Volksversammlung statt. Hier setzte M. die Gründung der „Internationalen Arbeiter-Association" (s. d.) durch. Ein provisorischer Generalrat wurde gewählt, dessen Seele, wie die aller folgenden Generalräte bis zum Haager Kongress 1872, M. war. Diese Association, als deren Vorläufer man den Kommunistenbund, wie M. ihn reorganisiert hatte,

betrachten muss, hat die grösste historische Bedeutung erlangt. Ihre Geschichte ist an anderer Stelle erzählt. Hier nur so viel, dass M. fast sämtliche vom Generalrat erlassenen Schriftstücke redigiert hat, von der Inauguraladresse 1864 bis zur Adresse über den Bürgerkrieg in Frankreich. Die Internationale Arbeiter-Association ging durch Zwiespalt nach achtjährigem Leben zu Grunde, nicht aber die in ihr verkörpert gewesenen Ideen. Faktisch wurde die Organisation auf dem Haager Kongress aufgebrochen. M. wiederholte damals ein schon vorher ausgeführtes Manöver. Wie er 1850 die Centralbehörde des Kommunistenbundes von London nach Köln verlegt hatte, wo derselbe dann bald zerfiel, so liess er 1872 den Generalrat nach New-York verlegen, die Zügel den treuen Händen von F. A. Sorge anvertrauend. In beiden Fällen handelte es sich für ihn darum, zu verhindern, dass die Organisation von Putschmachern benutzt würde. Deshalb wählte er die Verlegung an Stelle der Auflösung, welche in beiden Fällen zu einer von seinen Gegnern vorgenommenen Reorganisation geführt hätte.

Auch nach dem Untergange der Internationalen Arbeiter-Association hat M. thatsächlich noch lange die Fäden der socialistischen Bewegung in den verschiedenen Ländern in seinen Händen gehalten. Was Deutschland anbetrifft, so stand er mit den Führern der „Eisenacher“ in enger Verbindung und regem Briefwechsel. Sein 1891 von der „Neuen Zeit“ veröffentlichter Programmbrief, den er gelegentlich des Gothaer Einigungskongresses von 1875 schrieb, beweist, welch lebhaften Anteil er an den einzelnen Phasen der politischen Entwicklung nahm. Sein der Oeffentlichkeit noch nicht übergebener Briefwechsel wird weitere Aufschlüsse geben.

Karl M. starb am 14. März 1883 in London in seinem 65. Lebensjahre, nachdem ihm seine Frau im Jahre 1881 vorangegangen war. Der Tod überraschte den durch rastlose Thätigkeit und bitteren Kummer aufgeriebenen Gelehrten, als er auf seinem Arbeitssessel vor seinem Schreibtisch sass. Paul Lafargue, der junge französische Mediziner, der 1865 von Paris zu ihm nach London kam und später sein Schwiegersohn wurde, hat uns in der „Neuen Zeit“ 1890 geschildert, wie es bei Marx in seiner Studierstube im Norden Londons, in Maitland Park Road, aussah. Er schildert uns den Gelehrten in seinem mit bis an die Decke reichenden Bücherborten gefüllten Arbeitszimmer, wie er auf hölzernem Lehnstuhl vor seinem Arbeitstisch sitzt, auf den durch ein breites, eine weite Aussicht auf den Park gewährendes Fenster das volle Tageslicht fällt. Jedes Fleckchen ist mit Büchern, Zeitungen und Manuskripten vollgepackt — ein Bild chaotischer Unordnung, in der sich nur das daran gewöhnte Auge zurecht findet. Ein Blick über die Bücher und Papiere zeigt uns, wie vielseitig die Interessen des Bewohners dieses Zimmers sind. Neben den Schriften der Nationalökonomen, den amtlichen Publikationen der verschiedenen Regierungen, darunter die hoch aufgestapelten „Blaubücher“, deren endlose Spalten sorgfältig durchzuarbeiten der fleissige Gelehrte sich nicht verdriessen liess, erblicken wir die wichtigsten deutschen, französischen und englischen Werke über verschiedene Zweige der Natur-

wissenschaft, Geologie, Chemie, Physiologie und Agronomie, sowie zahlreiche mathematische Werke, deren Studium M. eine ganz besondere Neigung entgegentrug. Daneben dichterische Meisterwerke aus allen Litteraturen; neben den griechischen Tragikern stehen Shakespeare, Robert Burns, Dante, Cervantes, Walter Scott, Alexander Dumas, Balzac u. a., auch die Russen Puschkin, Gogol und Schtchedrin. M. las sie alle in der Ursprache. Nicht zufrieden mit seiner erstaunlichen Kenntnis der drei grossen europäischen Sprachen, hatte er eine Sprache nach der andern sich angeeignet, im 50. Lebensjahre machte er sich noch an das Russische und meisterte es bei seinem grossen und sorgfältig ausgebildeten Sprachtalent in überraschend kurzer Zeit.

M. war fleissig. Morgens zwischen 8 und 9 Uhr setzte er sich bereits an seinen Schreibtisch und bis in die späte Nacht brannte seine Studierlampe auf demselben. Nur schwer konnte er sich von seinen Büchern trennen. Doch wenn er seine Bücher und Hefte zugeklappt hatte, war er der liebenswürdigste Gesellschafter, den man finden konnte. Ein Freund schlagfertiger Antworten und ein aufmerksamer Zuhörer, konnte er in einem Kreise, in dem er sich wohl fühlte, so recht von Herzen lachen. Als seine Kinder klein waren, hatten sie an ihm einen unermüdlichen Spielkameraden; er machte ihnen Schiffchen und Hüte aus Papier, erzählte ihnen Märchen — wie glückliche Väter es überall machen. Nie schlug er den strengen Ton väterlicher Autorität an. Seine Kinder nannten ihn „Mohr“, mit einem Spitznamen, den er wegen seiner brünetten Gesichtsfarbe und seines ebenholzschwarzen Haupt- und Barthaares erhalten hatte. „Vater Marx“ wurde er dagegen in den vierziger Jahren von den Mitgliedern des Kommunistenbundes genannt, obwohl er damals noch nicht 30 Jahre alt war.

M. liebte es, Schach zu spielen. Oft setzte er sich nieder zu einer Partie mit dem in seinem Hause ergrauten Fräulein Helene Demuth. Im Elternhause seiner Frau bereits war diese Dienstmädchen gewesen, war nach der Heirat derselben in den Dienst der Familie M. getreten und hatte dieselbe während aller Wechselfälle nie verlassen. So war sie zu einem Gliede der Familie geworden, zu einer zweiten Mutter für die Kinder, zu einer Freundin von Frau Jenny M. und ihrem Manne. „Ihre Liebe“ — sagt Lafargue — „für die Familie M. war blind; alles, was die M. thaten, war gut und konnte nicht anders als gut sein; wer M. kritisierte, der hatte es mit ihr zu thun. Jeden, der in den vertraulichen Umgang der Familie gezogen worden, nahm sie unter ihre mütterliche Protektion. Sie hatte sozusagen die ganze Familie M. adoptiert.“

Mit Friedrich Engels war M. durch die innigste Freundschaft verbunden. Von 1844 bis 1849 hatten sie viel zusammen gelebt, dann kam die bis 1870 dauernde Zeit der Trennung, da Engels nach Manchester gehen musste. Von 1870 an, in welchem Jahre Engels sich in London niederliess, ist bis zum Tode von M. fast kein Tag vergangen, an dem die beiden Freunde sich nicht, bald bei dem einen, bald bei dem andern, gesehen hätten.

M. hat zwei Töchter hinterlassen, von denen die ältere an den

Franzosen Dr. Paul Lafargue, die jüngere an den Engländer Dr. Edward B. Aveling, einen Naturwissenschaftler, verheiratet ist. Eine dritte Tochter, die Gattin des Franzosen Longuet, war bereits vor ihm gestorben.

Mathieu de la Drôme, Philippe Antoine, geboren zu Romans 1808, gestorben 1865. Nach der Februarrevolution in die Konstituierende Versammlung gewählt, gehörte er zur Bergpartei, verteidigte mit Festigkeit die socialistischen Lehren und stimmte gegen alle reaktionären Massregeln. Er wurde von seinem Wahlkreis auch in die gesetzgebende Versammlung gewählt. Durch den Staatsstreich aus Frankreich vertrieben, hielt er sich seitdem in Belgien und der Schweiz auf. Nach der Amnestie von 1859 kehrte er nach Frankreich zurück und lebte dort bis zu seinem Tode wissenschaftlichen Arbeiten.

Maurice, Frederic Denison, wurde von den älteren christlichen Socialisten Englands als ihr Haupt anerkannt. Er wurde am 29. August 1805 als Sohn eines Predigers der presbyterianischen Kirche geboren. Er studierte Theologie und wurde 1840 Professor der neueren Geschichte und englischen Litteratur am King's College zu London. Er war auch Kaplan in Lincoln's Inn, in welcher Eigenschaft er mit dem jungen Advokaten Ludlow bekannt wurde. Ueber die von diesen beiden Männern ausgegangene christlich-sociale Bewegung Englands siehe den Artikel „Christlicher Socialismus". Infolge einiger von ihm 1853 veröffentlichten theologischen Abhandlungen, in denen er die Ewigkeit der Höllenstrafen leugnete, musste er seine Professur niederlegen. 1866 wurde er als Professor der Moralphilosophie nach Cambridge gerufen, wo er am 1. April 1872 starb.

Seine von seinem Sohne verfasste Biographie ist von Sell ins Deutsche übersetzt und 1885 in Frankfurt erschienen.

Mazdak. Der Manichäismus, auf dessen Entstehung wir hier nicht einzugehen haben, hat in gleicher Weise wie der hellenische Gnosticismus, dessen Frucht er zum Teil ist, sehr bald eine Reihe von Spaltungen erlitten; und wie aus dem System des Basilides, Valentinus und Karpokrates die kommunistische Theorie des Epiphanes entstand, so entwickelte sich aus dem System Manis im 5. Jahrhundert der Mazdakismus, der den Namen nach seinem Gründer Mazdak trägt.

Mazdak, Sohn Bamdads, wurde in Istakhar geboren und lebte als Jüngling in Nishapur, einem reichen und blühenden Karawanenplatz, wo er die manichäischen Lehren kennen lernte. Im zehnten Jahre der Regierung Kavads oder Kobads gegen das Jahr 498 war er in Ktesiphon, wo er seine neue Lehre zu verbreiten begann.

Das fundamentale Dogma des Mazdakismus ist dasselbe, wie das des Manichäismus; nämlich der Dualismus des Licht- und Finsternisprincips. Nur das Lichtprincip handelt mit Ueberlegung und freier Wahl, während sein Gegner unwissend und blind ist. Die Mischung der beiden Principien aber war im Gegensatz zu Manis Lehre eine zufällige und so wird auch ihre Trennung ein Werk des Zufalls sein. Aus drei Elementen entfaltet sich alles, was existiert, aus dem Wasser, dem Feuer und der Erde, und aus der Mischung dieser drei Elemente entstanden der Ordner des Guten *und der Ordner* des Bösen, der erstere weil eine Konsubstantion reiner

Moleküle Reiniger, der andere weil eine solche turbulenter Moleküle Verwirrer. Ueber allem steht der Herrscher des Universums, neben dessen Throne die vier Potenzen der Unterscheidung, Klarheit, Erinnerung und Freude stehen. Diesen entsprechen auf der Erde die Stände des Priesters, des Ritters, des Hirten und des Musikanten. In jedem einzelnen Menschen wirken die vier Potenzen vereinigt. Alle Streitigkeiten, aller Hass und alle Kriege entstehen auf der Erde infolge des Besitzes und der Frauen. Da nun aber der Herr des Universums die Welt für alle Söhne Adams geschaffen hat, so ist es niemandem erlaubt, zu sagen: Dies ist mein Eigentum, dies ist mein Weib, dies ist meine Tochter und dies ist mein Sohn. Noch darf man es zulassen, dass einer mehr Güter und Vieh besitzt als der andere. Damit also Frieden und Eintracht herrsche, ist es notwendig, die jetzt privaten Güter zu gemeinsamen zu machen, infolgedessen dann alle Wasser, Feuer und die Produkte der Erde besitzen werden. Seien also die Frauen und Güter gemeinsam, und das Symbolum der neuen Religion sei das folgende: Wir verteilen in gleicher Weise die Güter unter die Menschen; wir geben den Armen die Güter zurück, welche ihnen von den Reichen geschuldet sind, und wir werden einem jeden das Leben nehmen, der die Freiheit eines andern rücksichtlich der Güter und Frauen beschränken will.

Die Tendenz der Mazdakischen Lehre war entschieden demokratisch und in erster Linie gegen den Adel, der auch ihr unversöhnlichster Feind blieb, gerichtet. So erklärt sich auch die Verbindung von Güter- und Weibergemeinschaft, da nämlich der Besitz des Adels, ausser in ihren sonstigen Gütern, zum guten Teil in Weibern bestand. Gegen diesen ausschliesslichen Besitz wandte sich eben Mazdak, dessen Lehre die Freiheit der Frau proklamierte, um die Macht des Adels zu brechen. Bemerkenswert ist, dass Firdusi nichts von der Gemeinschaft der Frauen zu berichten weiss, während umgekehrt die byzantinischen Geschichtsschreiber mit keinem Wort des ökonomischen Kommunismus gedenken, dagegen einstimmig über die Gemeinschaft der Frauen sind. Alle Vorrechte des Adels sollten aber abgeschafft werden, da alle Menschen von Natur gleich sind. Sind sie doch aus Erde, Wasser und Feuer gebildet, wie alle andern Lebewesen, und haben sie daher auch alle das gleiche Recht, wie auf Wasser und Feuer, so auch auf die Erde und ihre Produkte.

Die echte Ehrlichkeit seines Strebens — Mazdak hatte bei der Einführung seiner Lehre nur zu verlieren — und sein Enthusiasmus verschaffte ihm bald einen grossen Erfolg. Die Massen drängten sich um ihn, seine Lehre zu hören, und der König Kobad selbst ward sein Schüler. Die Vorrechte des Adels wurden abgeschafft und alles gethan, die Lehre Mazdaks in der Praxis durchzuführen. Aber der Feindlichkeit des Adels und der Priester gelang es endlich, Kobad (497) zu entthronen und in dem Schloss der Vergangenheit gefangen zu halten. Mazdak wurde ergriffen, aber durch einen Aufstand seiner Anhänger befreit. Bei der grossen Zahl derselben hielten Adel und Priesterschaft es für klug, ihn unbelästigt zu lassen, unter der Bedingung, dass er Stillschweigen bewahrte. Kobad gelang es nach einiger Zeit, aus der Gefangenschaft zu

entkommen und mit Hülfe der Hephthaliten sich seines Reiches wieder zu bemächtigen. Durch sein Geschick gewitzigt, hütete er sich, zum zweitenmal einen Aufstand des Adels zu erregen, und stand davon ab, die Lehren Mazdaks in Praxis durchzuführen, obschon er sich in der Theorie noch zu ihnen bekannte. So gewannen denn die Mazdakiten während der zwanzigjährigen Duldung unter Kobad eine solche Ausdehnung und Macht, dass sie es zu unternehmen wagten, die Thronfolge in ihrem Sinne zu regeln, und dem dritten Sohne Kobads, Phthasvarsas, das Reich zuzuwenden versuchten. Dadurch wurde der Argwohn des alten Königs erregt; eine Katastrophe, unter der Leitung des Prinzen Chosrau, brach über die Mazdakiten herein, welche die Blüte der Sekte zerstörte. Mazdak, der diesem Blutbade entronnen war, fand einige Jahre später unter der Herrschaft Chosraus seinen Tod mit tausenden seiner Anhänger. Die Sekte der Mazdakiten wurde aber nicht gänzlich ausgerottet, dazu war sie zu zahlreich; aber der doppelte Schlag, sowie eine Reihe von Gesetzen Chosraus hatten ihre Lebenskraft zerstört, seitdem siechte sie dahin. Infolge innerer Streitigkeiten teilte sie sich in vier Zweige, von denen aber keiner irgendwelche Bedeutung erlangte. Einer dieser Zweige verschmolz mit der Sekte der Prodicianer, die im 5. und 6. Jahrhundert in Cyrenaica blühte. Hier wurden Inschriften gefunden, die folgendermassen lauteten: 1. Die Gemeinschaft aller Güter und der Frauen ist die Quelle der göttlichen Gerechtigkeit und das vollendetste Gut für die reinen und aus der Menge erwählten Menschen, die nach Zarade (Zoroaster) und Pythagoras, den Häuptern der Gerophanten, in Gemeinschaft leben müssen. 2. Simon Cyrenaicus, Thot, Cronos, Zoroaster, Pythagoras, Epikur, Mazdak, Johannes, Christus und unsere Cyrenäischen Häupter haben uns einstimmig gelehrt, die Gesetze aufrecht zu halten und ihre Uebertretung zu bekämpfen (die nach Matter, Histoire critique du Gnosticisme II, 293, in dem Festhalten der Einzelehe und des individuellen Eigentums bestehen soll).

Meissner, Alfred, Dr. med., geb. 15. Oktober 1822 in Teplitz, gest. 29. Mai 1885 in Bregenz am Bodensee, bekannte sich Ende der vierziger Jahre zu socialistischen Principien, insbesondere in seiner 1849 erschienenen Schrift „Revolutionäre Studien aus Paris“. Wir finden darin die auf Seite 214 gegebene Uebersetzung des „Arbeiterliedes“ von Pierre Dupont.

Meissner berichtet dort über die socialen Parteien Frankreichs und vertritt energisch die von den französischen Socialisten ausgesprochenen Ideen. Doch wendet er sich gegen den rohen Kommunismus: „die Gerechtigkeit fordert, dass nicht Jedem ein gleiches Mass werde, sondern dass Jedem werde nach seiner Arbeit, nach seinen Werken.“ Drei Autoritäten, meint Meissner, sind vorhanden, deren Kraft gebrochen werden muss und im Lauf der nächsten Entwicklung gebrochen werden wird, die Autorität der Kirche, die Autorität bevorrechteter Menschen und die daraus hervorgehende Autorität einzelner bevorrechteter Geschlechter — die der Monarchie und des Adels — und schliesslich die Autorität des Kapitals. *Die soziale Revolution*, welche die Autorität des Kapitals brechen

wird, ist die zuhöchst stehende, umfangreichste und aller Wahrscheinlichkeit nach letzte Revolution. Dass sich dieselbe auf friedlichem Wege vollziehen wird, glaubt er nicht. Es heisst hier in Band I, S. 225: „Seitdem habe ich einen Ekel vor den Parlamenten. Ja, der grosse Prozess der Zeit, der immer mehr und mehr den furchtbaren Charakter eines Klassenkampfs annimmt, wird anderswo ausgefochten werden als in den Parlamenten! Ihr jüngsten Söhne der Gesellschaft, ihr Enterbten, ihr müsst an die Reihe kommen als Erneuerer der Welt und ihrer Ordnung."

In der einige Jahre vor seinem Tode erschienenen „Geschichte meines Lebens" erwähnt er beiläufig ein Zusammentreffen mit Marx, das am Sylvester 1848 stattfand, und erzählt, dass derselbe ihm ein Paket Dokumente zur heimlichen Beförderung an einen in Paris lebenden Italiener Sarpi, in dem Meissner Joseph Mazzini vermutet, übergeben hat, spricht sonst aber wenig von seiner Verbindung mit den Socialisten.

Meister, Ernst August Heinrich, socialdemokratischer Reichtagsabgeordneter für Hannover, geb. 2. Oktober 1842 zu Hildesheim, besuchte die Bürgerschule, wurde mit sechszehn Jahren Cigarrenarbeiter und war als solcher seit 1860 bei Schäfer in Hannover thätig, bei welcher Firma er 1885 sein 25jähriges Jubiläum als Arbeiter feierte. 1878 wurde Meister Vorsitzender des Vereins deutscher Fabrikarbeiter, 1884 Mitglied des socialdemokratischen Parteivorstandes und in demselben Jahre in den Reichstag gewählt für die Stadt Hannover, die er heute noch vertritt. Meister hat eine grosse Zahl von Vertrauensposten in der Partei bekleidet. Auf dem Parteitage zu Frankfurt a. Main im Oktober 1894 wurde er wieder zum Kontrolleur gewählt.

Meslier, Jean, armer Leute Kind, sein Vater war ein Serge- oder Wollenweber — ward er 1664 zu Mazeray-en-Champagne geboren und lernte in einer freudlosen und entbehrungsreichen Kindheit die Leiden des arbeitenden Proletariats von Grund aus kennen. Und nur eines armen Arbeiters Sohn konnte die Leiden dieses Standes so tief empfinden, dass ihr Vorhandensein ihn zur Leugnung Gottes, zum Preis des Königsmords, zum bittersten Hass gegen Adel und Mönchtum, die faulen von der Arbeit der „guten Arbeiter" sich nährenden Nichtsthuer, trieb. Ein Geistlicher der Nachbarschaft ward auf den geistig regsamen Knaben aufmerksam, lehrte ihn Latein und verschaffte ihm einen Platz im Seminar von Châlons-sur-Marne. Nachdem er die Weihen erhalten, ward er zum Geistlichen von Etrépigny und But ernannt. Hier führte er, nur den Anforderungen seines Amtes nachkommend, von jedem Verkehr fern, ein ganz einsames Leben, dessen Stille nur einmal durch eine Reise nach Paris unterbrochen wurde. Eine kleine Bibliothek: die Bibel, Moreri, Montaigne, einige Kirchenväter, Abhandlungen von Fénélon über die Existenz Gottes und seine Attribute mit den Reflexionen des Jesuiten Tournemine über Atheismus — das war alles, was ihm bei seinen geistigen Arbeiten als Werkzeug diente. Ein Priester der Kirche und ihr bis zu seinem Tode dienend, machte er sich von jedem Glauben frei und rang sich zu einer vollständigen, atheistisch-kommunistischen Weltanschauung

durch. Aber Furcht verschloss ihm den Mund, seine kühnen Gedanken hinauszurufen und die Unterdrückten zum socialen Kampf aufzufordern. Wie schwer der in seinem Denken durchaus wahre Mann unter dieser Heuchelei litt, davon zeugt jede Seite seines Testaments, auf der er voll ingrimmigster Bitterkeit von der Kirche und ihren Dienern spricht; davon zeugt die melancholische Aufschrift seines Testamentes: „Ich habe die Irrtümer, Missbräuche, Nichtigkeiten, Thorheiten und Bosheiten der Menschen gesehen und kennen gelernt; ich habe sie gehasst und verabscheut; ich habe während meines Lebens es nicht auszusprechen gewagt, aber ich werde es wenigstens sterbend und nach meinem Tode sagen, und, damit man es weiss, mache und schreibe ich dieses vorliegende Buch, damit es als Zeugnis der Wahrheit für alle die, welche es sehen und lesen werden, diene." — Die letzten Jahre seines Lebens wurden durch einen Kampf mit dem Seigneur seines Dorfes und seinen kirchlichen Vorgesetzten, die natürlich die Partei desselben nahmen, ausgefüllt. Ende 1729 oder 1733 endete vielleicht ein freiwilliger Tod dies freudlose Leben.

Drei von ihm mit grosser Sorgfalt angefertigte Copien mit der Aufschrift „Mein Testament" fand man nach seinem Tode in seiner Wohnung, und sehr bald zirkulierten mehrere hundert Abschriften dieser verbotenen, aber um so gieriger gelesenen Ware in der Champagne. Der Ruf des Werkes drang sogar nach Paris und schon 1735 wurde Voltaire auf dasselbe aufmerksam, machte aber erst 1762 einen Auszug aus dieser „zu langen, zu schwerfälligen und zu empörenden Schrift, der kurz und alles enthielt, was lesenswert ist", d. h. in dem er alles, was Meslier gegen den Gottesglauben und die socialen Zustände seiner Zeit gesagt, den Kernpunkt des ganzen Werkes, sorgfältig unterdrückt hatte. Welchen Eindruck das Buch auf ihn gemacht hat, sieht man aus einem Brief an D'Alembert vom Februar 1762: „Man hat in Holland das Testament von Jean Meslier gedruckt: es ist nur ein kurzer Auszug aus dem Buche dieses Pfarrers. Ich habe geschaudert vor Entsetzen, da ich es las. Das Zeugnis eines Pfarrers, der im Sterben Verzeihung von Gott dafür erbittet, dass er das Christentum gelehrt hat, kann ein starkes Gewicht in die Wagschale der Freigeister werfen. Ich werde Ihnen ein Exemplar von diesem Testamente des Antichrists senden, da Sie es ja widerlegen wollen. Es ist geschrieben mit einer plumpen Einfalt, die unglücklicherweise der Redlichkeit gleich sieht."

Nach einer Kritik der Religionen überhaupt und insbesondere der christlichen Religion, deren Stifter für ihn nichts Anderes ist, als ein „gemeiner und verächtlicher Mensch, ohne Geist, ohne Talente, ohne Wissen, kurz nur ein Narr, ein Meineidiger, ein elender Fanatiker und ein unglücklicher Galgenstrick" wendet M. sich zu einer Kritik des französischen Staats und der Gesellschaft.

Wohin man blickt, zeigt sich ein ungeheures Missverhältnis in den Zuständen und Lebensbedingungen der Menschen. Die einen scheinen nur geboren zu sein, um tyrannisch über die andern zu herrschen und immer Vergnügen und Genüsse im Leben zu haben; die andern nur, um *elende, unglückliche*, gemeine Sklaven zu sein und ihr Leben lang in

Schmerz und Not zu seufzen. Weil dieses Missverhältnis weder durch das Verdienst der einen Klasse noch das Unverdienst der anderen begründet ist, ist es von Grund aus ungerecht und hassenswert. Diese eine Klasse, der aller Reichtum, alle Güter, alle Lust und alle Musse eignet, umfasst den König und die Prinzen, Adel und Geistlichkeit, und alle die reichen, überflüssigen Nichtsthuer, die samt ihren Dienern nur von den Früchten der mühseligen Arbeiten der andern Klasse leben. Die andere Klasse aber, erdrückt von der Last der Sorgen und des Elends, der Mühe und der Arbeit, das ist das arme Volk, der französische Bauer. Von ihm hat man mit Recht gesagt, dass es nichts so gemeines und verworfenes gibt, nichts so armes und verächtliches als ihn, der nur für Adel und Geistlichkeit schafft und mit all seiner Arbeit kaum ein Stück Brot für sich gewinnt. „Bis herab zum kleinsten Edelmann schindet und plackt alles den Bauer. Wie Ungeziefer den Leib derer, die damit behaftet sind, unaufhörlich beunruhigt, auffrisst und zernagt, so thun alle diese Leute nichts Anderes, als das arme Volk beunruhigen, quälen, zernagen und auffressen. Auf dieses drücken nicht bloss die Könige und Fürsten, seine Tyrannen, sondern ausserdem noch der ganze Adel, die ganze Klerisei, die ganze Möncherei samt allen Rechtsverdrehern, allen Blutsaugern von der Finanz- und Steuerpacht und allem müssigen und unnützen Volk, das es auf Erden gibt. Man redet euch, so ruft er aus, meine lieben Freunde, vom Teufel vor; man jagt euch mit dem blossen Namen eines Teufels Schrecken ein, indem man euch glauben macht, die Teufel seien nicht nur die grössten Feinde eures Glückes, sondern auch das hässlichste und abscheulichste, was man sich denken könne. Aber die Maler irren sich, wenn sie in ihren Bildern die Teufel uns wie grässliche und entsetzliche Ungeheuer vormalen; sie täuschen sich und täuschen euch, so gut, wie eure Prediger, wenn die einen in ihren Bildern, die andern in ihren Predigten euch die Teufel so hässlich, so garstig, so missgestaltet vorstellen. Sie sollten sie euch vielmehr vorstellen, wie alle die schönen Herren vom Adel und wie alle die schönen Frauen und Fräulein, die ihr so wohlgekleidet, so wohlfrisiert und gepudert, so bisamduftend und so strahlend von Gold, Silber und Edelsteinen seht. Die Teufel, die eure Pfarrer und eure Maler euch unter so hässlichen und unerfreulichen Gestalten vorstellen, sind nur eingebildete Teufel, die nur Kindern und Unwissenden Furcht einjagen und denen, die sie fürchten, nur eingebildete Uebel verursachen können. Jene andern Teufel und Teufelinnen dagegen, die Herren und Damen, von denen ich rede, die sind nicht eingebildet, sie sind sichtbar und wirklich vorhanden, wie die Uebel, die sie den armen Völkern zufügen, nur gar zu wirklich und fühlbar sind."

Worauf aber, fragt nun Meslier, gründet sich das Recht der Könige und des Adels, allen Reichtum und alle Macht für sich in Anspruch zu nehmen und das arme Volk als Sklaven zu behandeln?

Wenn man in der Geschichte den Ursprung des Adels verfolgt, der so viel Lärm von seinen Vorfahren und seinen Geschlechtern macht, der glaubt, eine vom Volk verschiedene, bessere und reinere Rasse zu sein

so wird man finden, dass ihre ganze Autorität ihre Begründung nur in der Gewalt hat. Ihre Ahnen sind grausame und blutdürstige Unterdrücker und Tyrannen, meineidige Brecher des öffentlichen Friedens, Diebe und Mörder gewesen. Alle diese grossen Könige, deren Ruhm die Geschichte nicht müde wird zu verkünden, sind nur ungeheure Verbrecher, die unter Strömen Blutes ihre Reiche gegründet haben.

Ganz Europa seufzt unter der Tyrannei der absoluten Monarchie, deren Stolz und Hochmut so geschwollen ist, dass sie bereits als einzigen Grund ihrer Gesetze und Erlasse nur ihren Willen, ihr Belieben anführt: car tel est notre plaisir, denn so beliebt's uns. Schmeichler haben unsern Königen eingeredet, dass sie Herren über Leib und Gut ihrer Unterthanen sind, daher opfern sie denn auch alles ihrem Ruhm und ihrem Ehrgeiz, ihrer Habsucht und ihrer Rache. Das Volk pressen sie durch Zölle und Steuern, Taxen und Zehnten; dass erpresste Geld wird in wahnwitzigen Festen und Schwelgereien vergeudet. Was der König übergelassen, das plündert sein Heer und seine Beamten. Wenn den König nach Ruhm dürstet oder Ländergier unter den nichtigsten Vorwänden ihn zum Kampf mit seinen Nachbarn treibt, immer ist es das arme Volk, das mit seinem Gut und Blut die Neigungen und Launen seiner Fürsten zu befriedigen hat. Nirgends aber gilt dies mehr als in Frankreich. Denn nirgends haben die Könige ihre Absolutheit zu schwindelnderer Höhe getrieben, nirgends haben sie ihre Völker so arm, so zu Sklaven und Elenden gemacht, wie hier. Sie alle, die so viele Menschen getötet haben, so viele Thränen der Witwen und Waisen haben fliessen lassen, so viele Städte und Provinzen geplündert und verödet haben, werden übertroffen von Ludwig XIV., zubenannt der Grosse, wahrlich nicht um seiner grossen und löblichen Handlungen willen — denn er hat keine, deren er sich rühmen könnte —, sondern seiner grossen Ungerechtigkeiten, Räubereien und Ursurpationen, seiner grossen Verwüstungen und Menschenschlächtereien willen, die er zu Lande und Wasser vollbracht. Meslier ist einer der bittersten Feinde des Königtums, speziell der absoluten Monarchie und hat für ihre Verteidiger nur Verachtung und Hass. Dem l'Etat c'est moi königlichen Grössenwahnsinns stellt er die Souveränetät des Volkes entgegen. Das Glück des Volkes, sein Wohlergehen muss das Ziel aller Regierungshandlungen sein.

Vom Strafgericht über die Könige zum Strafgericht über die Priester. Sie, deren Beruf die christliche Religion ist, sie, die, als die geistlichen Lenker des Volkes und Verkünder christlicher Liebe, ihre Stimmen gegen die Ungerechtigkeit der Grossen erheben und die eifrigsten Verteidiger des Volkes und seiner Rechte gegen die Bedrückung und Grausamkeit seiner Henker sein sollten, sind die grössten Schmeichler der Könige und Prinzen, die feigsten Verräter des Volkes und die grössten Sünder gegen die Pflichten ihres Amtes. Gegen die geringsten Fehler und Laster des armen Volkes donnern sie von ihren Kanzeln, bei den verabscheuungswürdigsten Lastern und Ausschweifungen der Könige und Grossen sind sie „stumme Hunde". Sie lehren, dass die Macht der Fürsten von Gott *stammt und dass*, wer sich ihnen widersetzt, gegen Gott sündigt. Sie

beten täglich für das Wohlergehen der Könige und lassen die Völker dahinsterben. Sie beten für den Sieg ihrer Heere. Bleibt er aus, so ist die Sünde des Volkes schuld an diesem Zorn Gottes; folgt er ihren Fahnen, so preisen sie in Tempeln und Kirchen die Gnade, die Gott seinem Gesalbten erwiesen. Das sind die falschen Propheten, die zu tausenden vom Schweisse der französischen Bauern sich mästen, die das Gelübde der Armut abgelegt haben und in prächtigen Schlössern die Genüsse dieses Lebens schlürfen, die, zur Arbeit und einem ehrlichen Leben zu faul, von Betteln und Erpressung leben. Von welcher Notwendigkeit und von welchem Nutzen sind alle diese Priester und Pfaffen, diese Aebte und Priors, diese Kanonici und Kaplane, alle diese frommen und lächerlichen Maskeraden von Mönchen und Nonnen in der Welt? Von keiner! Welchen Dienst erweisen sie der Gesellschaft? Keinen! Welche Funktionen haben sie in den Kirchspielen? Keine!

Deshalb, so sagt unser Pfarrer, könnte man sich nur dem Wunsche jenes Mannes anschliessen, der da sagt: „Ich wünschte, dass alle Grossen und Edlen der Erde mit den Gedärmen der Pfaffen aufgehängt und erdrosselt würden.“ Der Ausdruck wäre zwar plump und roh, aber frei und naiv, kurz aber deutlich und drücke in wenig Worten alles aus, was diese Art von Leuten verdiene!

Die Gewalt der Starken in Verbindung mit dem Trug der Pfaffen hat diese Ungleichheit unter den Menschen dadurch geschaffen, dass sie die Güter und Reichtümer der Welt in ihren Sonderbesitz nahmen, um sie ein jeder für sich zu geniessen, wie es ihm gut dünkt. Dieser Missbrauch, der fast allgemein in der ganzen Welt herrscht, ist von den unheilvollsten Wirkungen für die Menschheit geworden. Ein jeder strebt so viel wie möglich zu haben. Die unersättliche Habgier, die Wurzel alles Uebels, erblickt gewissermassen durch eine offene Thüre die Erfüllung aller ihrer Wünsche und treibt den Menschen hinein in den Kampf um das Eigentum, um so viel wie möglich davon zur Befriedigung seiner Bedürfnisse und Genüsse für sich zu erwerben. Die Stärksten und Schlausten, die oft zugleich die Schlechtesten und Unwürdigsten sind, gehen als Sieger aus diesem Kampfe hervor. So scheidet denn diese Einrichtung des Privateigentums die Menschen in die Klassen der Reichen und Armen. Die einen wohlgekleidet, die andern in Lumpen; die einen in prächtigen Palästen, die andern in schmutzigen Hütten; die einen in allen Genüssen der Erde schwelgend, die andern vor Hunger sterbend; die einen ein Leben voll Freude, die andern voll Elend und Kummer lebend; die einen mit Ehren überhäuft, die andern verachtet und gemieden; die einen durchs Leben dahinfaulenzend, die andern für ein erbärmliches Stück Brot Blut schwitzend; die einen im Paradies, die andern in der Hölle — und oft nur eine schmale Strasse, die Dicke einer trennenden Mauer zwischen Himmel und Hölle — das sind die Reichen und die Armen; das ist das Glück, das der Besitz den einen, das Elend, das die Armut den andern als Patengeschenk in die Wiege gelegt hat. Woher anders stammen aber alle diese Reichtümer, durch deren Besitz es dem Reichen möglich wird, die Erde zu einem Paradies für sich zu gestalten, wenn nicht aus der

Arbeit des armen Volkes. Seine Industrie schafft all den Glanz und Schimmer, der die Höfe erfüllt, seine Hände schaffen die Grösse und Macht seiner Unterdrücker. Was sie ihm erpresst haben, das macht sie so stolz und übermütig und liefert ihnen neue Mittel zur Unterdrückung.

„Ich wollte,“ so ruft Meslier aus, „meine Stimme schallte von einem Ende des Königreiches zum andern, nein von einem Ende der Welt zum andern. Ich würde aus allen Kräften schreien: Ihr seid Thoren, o Menschen! Ihr seid Thoren, Euch so gängeln zu lassen und so blind an eine Unzahl von Dummheiten zu glauben! Ich würde ihnen ihre Irrtümer zeigen und ihre Leiter als Betrüger und Menschenschinder!... Ich würde ihnen ihre Feigheit zum Vorwurf machen, dass sie so lange die Tyrannen leben lassen und das hassenswerte Joch ihrer tyrannischen Regierung nicht abschütteln.“

So fordert er denn alle Völker zur Einigung und zum Kampf gegen ihre Unterdrücker auf: Unissez-vous donc, peuples! Proletarier, vereinigt Euch! Vereinigt Euch, wenn Ihr das Herz habt, Euch von all Eurem gemeinsamen Elend zu befreien! Ermutigt Euch einander zu einem so edeln und wichtigen Unternehmen. Beginnt zuerst damit, heimlich Eure Gedanken und Wünsche einander mitzuteilen. Verbreitet überall aufs geschickteste Flugschriften, die aller Welt die Leerheit der Irrtümer und des Aberglaubens der Religionen klar machen und überall das tyrannische Regiment der Könige und Fürsten der Erde verhasst machen. Helft Euch einander in dieser so gerechten und notwendigen Sache, bei der es sich um das gemeinsame Glück aller Völker handelt. Vereint wird es den Völkern gelingen, die Throne der Unterdrücker umzuwerfen, die Herrschaft des Adels und der Reichen zu vernichten. Alle Streitigkeiten und Feindseligkeiten gegen einander müssen die Völker unterdrücken, allen Hass und allen Unwillen gegen die gemeinsamen Feinde, gegen die übermütige, überstolze Rasse von Menschen wenden, die sie elend machen und ihnen die besten Früchte ihrer Arbeiten rauben.

Wenn dann die Völker befreit sind und das zu unterdrückende Gesellschaftssystem zerschlagen ist, gilt es, den neuen Volksstaat zu schaffen, der nach einigen kurzen Andeutungen Mesliers konstruiert werden muss. Grundprincip seiner neuen Gesellschaft ist das Gesetz, dass alle Menschen von Natur, und zwar nicht nur rechtlich, sondern in erster Linie social gleich sind. Ein jeder Bürger hat ein Recht darauf, zu leben, seine natürliche Freiheit und seinen Anteil an den Gütern dieser Welt zu geniessen, aber dies Recht auf eine ausreichende Existenz ist an die Bedingung nützlicher Arbeit für das Gemeinwesen gebunden. Der Missbrauch des privaten Eigentums ist abgeschafft; alle Güter und Reichtümer der Erde sind Gemeineigentum. Die Bewohner einer Stadt, eines Marktfleckens, eines Dorfes schliessen sich zu einer grossen Familie zusammen. Diese Gemeinden würden friedlich ihr Land in Gemeinsamkeit planmässig bebauen und gemeinsam die Früchte verzehren, welche sie auf ihrem Gebiete durch ihre Arbeit erzielt haben. Alle Dorf- und Stadtgemeinden schliessen *unter einander Frieden* und ewiges Bündnis ab, um sich gegenseitig zu

helfen und zu ihren Bedürfnissen zu unterstützen, denn ohne das könnte das Gemeinwohl nicht existieren. Die Angehörigen der Gemeinden leisten unter Leitung der Weisesten und Besten alle, ein jeder in seiner Profession, nützliche und ehrbare Arbeit, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Denn obschon alle gleich sind, so bedarf doch die Gesellschaft, weil es eben eine menschliche Gesellschaft ist, um ihre Zwecke, die Aufrechterhaltung der Ordnung und Versorgung der Glieder mit dem notwendigen Lebensunterhalt, zu erfüllen, einer bestimmten Gliederung und Unterordnung der Menschen unter einander. Diese soll aber eine durchaus gerechte und wohl proportionierte sein und weder die Einen zu sehr erheben, noch die Andern zu sehr erniedrigen. Wenn so ein jeder ehrbare und nützliche Arbeit leistet und die Güter der Erde und die Früchte der Arbeit des Fleisses der Bürger weise verwaltet werden, so werden alle hinreichend und genug haben, um zufrieden und glücklich zu leben. Denn die Erde produziert die zum Unterhalt der Menschen notwendigen Dinge fast immer in hinreichender Menge, oft aber im Ueberfluss. Keine Sorge für sich und seine Kinder wird den Menschen in einer solchen wohlgeregelten Gemeinschaft bewegen. Betrug und Täuschung werden verschwinden; kein Prozess wird um die Güter gefochten werden müssen, um die jetzt niemand mehr den Andern beneidet. Kein Mord und Diebstahl wird den Frieden der Gemeinde stören.

In diesem neuen föderativen Gemeinwesen wird es keine neue Religion geben, da der Glaube an Götter und Ideale die Menschen nur wieder unglücklich machen und, wenn mit der Abschaffung der Gütergemeinschaft verbunden, sie in die alte Sklaverei zurückwerfen muss. Nur eine Sittenlehre soll gelten, deren Principien die Gerechtigkeit und Brüderlichkeit sind. Sie wird den Menschen den Adel der Gesinnung geben, indem sie für das Wohl und die Freiheit der Gesamtheit zu arbeiten lehrt. Da aber nur das Licht der natürlichen Vernunft, nicht Bigotterie die Menschen zur Vollendung in Wissenschaft, Künsten und Moral bringen kann, Unwissenheit und Mangel an Erziehung die Menschen lasterhaft und schlecht macht, so ist die Erziehung der Kinder von der grössten Bedeutung. Während jetzt viele derselben unter der Armut und Verkommenheit ihrer Eltern zu leiden haben, oder als Waisen schutzlos ohne Erziehung und Unterricht aufwachsen und oft jämmerlich ihr Brot von Thür zu Thür erbetteln müssen, übernimmt in Mesliers Staat die Gemeinschaft die Aufziehung und den Unterricht der Kinder. Alle werden den gleichen Unterricht, sowohl in der Sittenlehre wie in den Wissenschaften, erhalten und so zu brauchbaren Mitgliedern der Gemeinschaft erzogen werden.

Auch die Regelung des Verhältnisses der beiden Geschlechter unterliegt einer vollständigen Umwälzung. An die Stelle der unauflöslichen, katholischen Ehe, die er auf das schärfste angreift und deren Uebelstände im Fall einer unglücklichen Ehe für Gatten wie für Kinder er auf das scharfsinnigste darlegt, tritt die freie Verbindung der beiden vollständig gleichberechtigten Geschlechter nur nach Neigung. Da nur diese eine glückliche Ehe garantiert, so kann die Verbindung sofort gelöst werden,

wenn sie geschwunden ist und eine neue Neigung die Gatten zu neuer Ehe treibt.

Op. Le Testament de J. M. par Rudolf Charles, Amsterdam 1864, 3 vol.

Metzger, Friedrich Wilhelm, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Hamburg III, geb. 9. Mai 1848 zu Ketzin a. d. H., besuchte die Volksschule daselbst, lernte als Klempner in Kyritz 1862—64, liess sich nach mehrjähriger Wanderschaft in Hamburg nieder, leitete 1877—84 ein Klempner- und Mechanikergeschäft, worauf er sich journalistischer Thätigkeit zuwandte. M. lebt in Hamburg, wo er Mitarbeiter am „Hamburger Echo“ ist.

Michel, Louise, geboren 20. April 1833 auf Schloss Vroncourt (Dep. Haute-Marne), ein Kind der Liebe. Auf dem Schlosse ihres Grossvaters erhielt sie durch denselben eine gute Erziehung. Nach dessen Tode verliess sie mit ihrer Mutter das Schloss und trat in das Seminar zu Chaumont, später in ein Pensionat zu Langres ein und erwarb sich ein Lehrerinzeugnis. Leidenschaftliche Republikanerin, eröffnete sie, um nicht in den Staatsdienst treten zu müssen, eine Privatschule in Audeloncourt. Da ihr indes das Leben in der Provinz nicht genügte, ging sie 1856 nach Paris und wirkte dort zunächst als Lehrerin, später als Lehrerin und Besitzerin einer Schule von 150 Schülerinnen. Trotz harter Arbeit um die Existenz fand sie noch Zeit, sich wissenschaftlich weiter auszubilden und an den Fachschulen zu wirken. Mit Leib und Seele beteiligte sie sich an der politischen Agitation gegen das Kaiserreich, und auch nach Begründung der Republik 4. September 1870 setzte sie dieselbe gegen die reaktionäre Regierung, die nur den Namen gewechselt hatte, fort. Sie gehörte zu den Begründern des Wachsamkeitskomitees des 18. Arrondissements und des Frauenklubs von Montmartre. Während der Commune entfaltete sie eine fieberhafte Thätigkeit, organisierte das Centralkomitee der Frauen, präsidierte dem Klub der Kirche zu St. Bernard und beteiligte sich bis zuletzt an den Strassenkämpfen. 16. Dezember 1871 wurde sie vor das Kriegsgericht gestellt. Frei von Prahlerei und Eitelkeit verteidigte sie sich nur, um die logische Notwendigkeit ihrer Handlungen zu begründen, und in einer Weise, die sogar auf das Kriegsgericht Eindruck machte. Sie wurde verurteilt und nach Neu-Caledonien deportiert. Durch die Amnestie 1880 begnadigt, kehrte sie nach Paris zurück und hat seitdem sich mit ungeschwächter Energie der socialistischen und anarchistischen Agitation gewidmet. Sie wurde noch öfter zu kleineren Gefängnisstrafen und wegen der Teilnahme an der Manifestation der „Esplanade des Invalides“, 9. März 1883, die von Polizeispitzeln ins Werk gesetzt war, zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt, aber 1886 begnadigt. 22. Januar 1888 wurde auf sie ein Attentat gemacht, aus dem sie mit einer leichten Verwundung am Ohre davonkam. Lukas, der zwei Revolverschüsse auf sie abgegeben hatte, richtete aus der Untersuchungshaft einen Brief an sie, in dem er sie bat, sich zu seinen Gunsten bei den Richtern zu verwenden, was sie ohne jeden Groll that. Louise Michel lebt jetzt *in London. Sie ist* eine romantische Natur, ausgezeichnet durch eine

unendliche Herzensgüte und eine Reinheit der Ueberzeugung, die jede Probe besteht, dabei begeistert für das Volk bis zur Leidenschaft.

Von ihren Romanen erwähnen wir: „Les Microbes humains“ 1886, „Le monde nouveau“ 1888, die Teile einer socialistischen Serie bilden, und „Mémoires“ 1886. In Verbindung mit Jean Guêtré: „La misère“ Paris 1881.

Militarismus. Die Einführung der Feuerwaffen, ein technisch-industrieller Fortschritt, wirkte umwälzend nicht nur auf die Kriegsführung selbst, sondern auch auf die Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse. Die geharnischte Kavallerie des Adels unterlag den Kugeln der bürgerlichen Handbüchsen und Kanonen. Fussvolk und Geschütz wurden die entscheidenden Waffengattungen. Es dauerte aber über dreihundert Jahre, bis ein zur Bewaffnung der Infanterie taugliches Gewehr zu stande kam. Die einzige Kampfform, in der das neue Gewehr zur Verwendung kommen konnte, war die Lineartaktik, die unter Friedrich II. ihre Vollendung erreichte. Den unbehülflichen Linien traten im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg die Amerikaner, gut im Schiessen ausgebildet, in aufgelösten, rasch beweglichen Schützenschwärmen entgegen, deren gefährlichem Feuer die Linie erlag. In den französischen Revolutionskriegen genügte aber das Schützengefecht gegenüber den Werbeheeren der Koalition nicht und so wurde denn eine geeignete Form der Massenverwendung in der Kolonne gefunden. Diese Gefechtsart wurde von Napoleon nach ihrer taktischen, wie strategischen Seite zur Vollendung ausgebildet. Die Einführung des Hinterladers warf auch sie zu den Toten. Im Kriege von 1870/71 wurde das Gefecht deutscherseits nur noch in den dichten Schützenschwärmen geführt, in die sich die Kolonne unter dem einschlagenden Kugelhagel auflöste. Die Erfolge Preussens zwangen auch die übrigen Grossstaaten Europas, das verschärfte Landwehrsystem bei sich einzuführen. Dadurch ist die Armee der Hauptzweck des Staates, ist Selbstzweck geworden. Die durch den nie rastenden technischen Fortschritt den Völkern gegenseitig aufgezwungene, unaufhörliche Revolution in der Bewaffnung, die heutige politische Entwicklung laden ihnen so ungeheure Lasten auf, dass sie nur noch mit Anstrengung aller ihrer Kräfte sie zu ertragen im stande sind. Sie scheinen nur noch dazu da zu sein, Soldaten zu liefern und zu ernähren. Die immer mehr sich steigernde Verschuldung der Völker, das Anschwellen der Zinsschuld, die nur durch ein verwüstendes indirektes Steuersystem noch aufgebracht werden kann, muss unbedingt zu einem Zusammenbruch des heutigen Systems führen. Man vergleiche zum Beweis die Stärke der stehenden Heere:

	1851	1888/89
Grossbritannien	129,000	210,000
Frankreich	365,000	555,000
Deutschland	346,000	492,000
Russland	644,000	800,000
Italien	142,000	255,000
Oesterreich-Ungarn	282,000	323,000

das Anwachsen des Kriegsbudgets in den folgenden Ländern:

	1880/81	1885/86	1890/91
Deutschland	397,030,300 M.	434,592,200 M.	715,994,600 M.
	1869	1877	1885
Frankreich	480,000,000 M.	586,000,000 M.	728,000,000 M.
	1871	1880	1888
Italien	152,000,000 M.	200,000,000 M.	356,000,000 M.

und das Anwachsen der Schuld in dem Zeitraum von ca. 20 Jahren (in Millionen Mark):

	1870	1889
Grossbritannien	16,020	13,960
Frankreich	10,080	25,380
Deutschland	2,960	8,700
Russland	6,840	15,120
Oesterreich	6,800	11,600
Italien	6,660	9,200

Ferner werden die Staaten durch ihre gegenseitige Konkurrenz um die grösste Kriegstüchtigkeit gezwungen, mit der allgemeinen Dienstpflicht mehr und mehr Ernst zu machen. Da so das ganze Volk im Waffengebrauch unterrichtet wird, wird es, sobald es zum Selbstbewusstsein und einem Eigenwillen gekommen ist, im stande sein, gegen die „kommandierende Militärherrlichkeit“ aufzutreten. „Auf diesem Punkte schlägt das Fürstenheer um in ein Volksheer; — die Maschine versagt den Dienst, der Militarismus geht unter an der Dialektik seiner eigenen Entwicklung.“ Und der Socialismus ist bestimmt, den arbeitenden Massen, der Mehrheit des Volkes, einen Willen zu geben. Dann hat die Stunde des Militarismus und aller stehenden Heere geschlagen. So Engels in „Dührings Umwälzung“ (Pag. 157—163).

Mit dieser theoretischen Darstellung begründet die Socialdemokratie die Forderung ihres Programms: Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, nach dem Vorbilde der schweizerischen Heeresverfassung. Die Wehrfähigen werden in Friedenszeiten zu kurzen Uebungen eingezogen, im Kriegsfalle auf Grund eines vorbereiteten Planes in „bestimmte Gefüge gegliedert“. Offensivkriege werden dadurch unmöglich gemacht, denn ein Volksheer lässt sich nur zur Verteidigung seines Vaterlandes gebrauchen, ist aber dann durch die Stärke der moralischen Faktoren allen anderen Heeren überlegen.

Eine praktische Ueberlegung hat aber ausserdem noch die Socialdemokratie zu dieser Forderung gebracht. Das stehende Heer, dessen ungeheure Macht von ihr keineswegs unterschätzt wird, ist der Schutz der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und ebenso sehr zur Niederhaltung der revolutionären Elemente der Arbeiterklasse, wie zur Verteidigung der Grenzen bestimmt. Was ist also natürlicher, als dass sie dieses mächtige Hindernis aus dem Wege ihres Fortschrittes hinwegzuräumen sucht? —

Bereits auf dem Kongress der Internationalen zu Genf 1866 war die Frage der stehenden Heere zur Verhandlung gekommen und hatte der Kongress folgende Resolution beschlossen:

a) Den verderblichen Einfluss von grossen stehenden Heeren haben Bourgeois-Kongresse aller Denominationen, Friedenskongresse, ökonomische Kongresse, statistische Kongresse, philanthropische Kongresse, sociologische Kongresse hinreichend erläutert. Wir halten es daher für überflüssig, über diesen Punkt weitläufig zu werden.

b) Wir schlagen allgemeine Volksbewaffnung und allgemeinen Unterricht im Waffengebrauche vor.

c) Wir nehmen, als eine vorübergehende Notwendigkeit, kleine stehende Heere an, die als Schulen für Offiziere des bewaffneten Heeres dienen. Jeder wehrfähige Mann soll auf kurze Zeit in diesen Armeen dienen.

Auch auf dem 5. Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg 5.—7. September 1868 bildete diese Frage einen Punkt der Tagesordnung. Liebknecht, welcher an Stelle Bebels das Referat übernommen hatte, entwickelte in ausführlicher Rede seine Ansichten über die Wehrfrage, die er in der von ihm beantragten Resolution dann in folgender Weise zusammenfasste :

Der Arbeitertag erklärt:

Das System der stehenden Heere, wie es sich in fast allen Ländern Europas entwickelt hat, ist eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Geschäftsstockung. Indem es den Völkern insgesamt ungeheure Lasten auferlegt, die Steuern mit den Staatsschulden von Tag zu Tag erhöht, einen grossen Teil der Bevölkerung in den besten und kräftigsten Lebensjahren ihrem Berufe und der Produktion entzieht, ist es zugleich eine wesentliche Ursache der herrschenden socialen Not und Massenverarmung.

Indem es ferner den Fürsten die Macht gibt, gegen den Willen und das Interesse des Volkes Krieg zu führen, überhaupt den Willen des Volkes zu missachten, ist das stehende Heer die Quelle beständiger Kriegsgefahr und das Mittel dynastischer Eroberungskriege nach aussen und der Unterdrückung von Recht und Freiheit nach innen. In Erwägung dessen betrachtet es der deutsche Arbeiter-Vereinstag als eine Pflicht der Arbeiter aller Länder, nachdrücklich und unausgesetzt mit allen Mitteln auf Beseitigung der stehenden Heere und auf Einführung der allgemeinen Volksbewaffnnng hinzuwirken.

Kröber stellte dazu folgendes Amendement:

Der Arbeitertag empfiehlt allen seinen Mitgliedern, bei Wahlen von Landtags- und Reichstagsabgeordneten u. s. w. nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, welche sich verpflichten, zum Zwecke der Erhaltung stehender Heere den Regierungen nimmermehr einen Groschen zu bewilligen.

Ladendorf beantragte den folgenden Zusatz:

a) Den Vorstand zu beauftragen, alle Mittel zu beraten und in Anwendung zu bringen, die dazu dienen können, die in stehenden Heeren gemissbrauchten Arbeiter, namentlich die ländlichen, über ihre eigentlichen und höchsten Interessen aufzuklären.

b) Die Volkswehrfrage mit der Erziehungsfrage zu verbinden und beide Fragen vereinigt auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstages zu setzen.

Die Resolution nebst den beiden Amendements fand einstimmige Annahme. — Wegen der Beschlüsse auf den drei internationalen Kongressen verweisen wir dorthin.

Selbstverständlich ist die Haltung der deutschen Socialdemokratie allen Militärvorlagen gegenüber, welche die Vergrösserung des stehenden Heeres bezwecken, eine durchaus feindliche, und so wurde auch auf dem Berliner Kongress derselben 1892 gegen die Regierungsvorlage vom selben Jahre die schärfste Stellung genommen. Die von Singer vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig ohne jede Debatte angenommen:

„Durch die dem Reichstage in Aussicht gestellte Militärvorlage werden dem schon jetzt durch den Militarismus aufs äusserste bedrückten deutschen Volke noch neue persönliche und finanzielle Lasten zugemutet, die es nicht tragen kann, ohne auf die wichtigsten Kulturarbeiten zu verzichten, und ohne dass die Quellen der produktiven Arbeit geschädigt werden.

Das herrschende Militärsystem, nicht im stande, die Sicherheit Deutschlands gegen feindliche Ueberfälle zu gewährleisten, bildet eine fortdauernde Bedrohung des Völkerfriedens, und dient der kapitalistischen Klassenherrschaft, deren Zweck die wirtschaftliche Ausbeutung und die politische Niederhaltung der Arbeiterklasse ist, als vornehmlichstes Werkzeug.

Der Parteitag fordert daher, entsprechend dem Programm der socialdemokratischen Partei, die Einführung eines auf Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit beruhenden und die allgemeine Volksbewaffnung verwirklichenden Wehrsystems und erklärt, dass die socialdemokratischen Abgeordneten in vollem Einklang mit der in der Socialdemokratie politisch organisierten Arbeiterklasse Deutschlands handeln, indem sie die Regierungsvorlage sowie jede anderweitige Forderung für das gegenwärtige Militärsystem verwerfen."

Mill, John Stuart, der berühmte englische Philosoph und Nationalökonom, geboren 20. Mai 1806 zu London, gestorben 8. Mai 1873 zu Avignon, spricht in seiner nach seinem Tode erschienenen Selbstbiographie (S. 192 und 193 der deutschen Uebersetzung von Kolb) aus, dass sich in seinen Ansichten solcher Wechsel vollzogen habe, dass er entschieden Socialist genannt werden müsse. Früher sei ihm das Privateigentum und das Erbrecht als das dernier mot der Gesetzgebung erschienen und er habe nicht weiter gedacht, als die aus diesen Institutionen entstehenden Ungleichheiten durch Beseitigung der Primogenitur und der Fideikommisse zu mildern. Den Gedanken, weiter zu gehen in der Abschaffung der Ungerechtigkeit, dass einige zum Reichtum, bei weitem aber die meisten zur Armut geboren sind, habe er damals für ein Hirngespinst gehalten. Später jedoch habe er, während er mit allem Nachdruck die Tyrannei der Gesellschaft über das Individuum verworfen habe, die man den meisten socialistischen Systemen unterstelle, eine Zeit in Aussicht genommen, in der die Gesellschaft nicht mehr nach Arbeitern und Müssiggängern sich gliedern würde —, in welcher die Regel „wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" nicht bloss auf die Armen, sondern unparteiisch auf alle *Anwendung finden* würde —, in welcher die Verteilung des Arbeits-

erzeugnisses, statt, wie in so hohem Grade jetzt geschehe, vom Zufalle der Geburt abzuhängen, nach einem von allen anerkannten, gerechten Princip vor sich gehen würde. Er habe so als die sociale Aufgabe der Zukunft betrachtet, die grösste individuelle Freiheit des Handelns mit Gemeineigentum an dem Rohmaterial des Erdballs und gleicher Teilnahme aller an den Früchten der kombinierten Arbeit zu verbinden.

Millerand, Etienne Alexandre, geboren zu Paris am 10. Februar 1859. Nachdem er seine Rechtsstudien vollendet, wurde er Advokat in Paris und 1884 Mitglied des Municipalrates daselbst. Bei den Ergänzungswahlen von 1885 wurde er als Radikal-Socialist zum Deputierten gewählt und hat der Kammer seitdem ununterbrochen angehört. In seiner Eigenschaft als Advokat hat er in den durch die Strikes von Montceau-les-Mines, Decazeville und Vierzon veranlassten Processen die Interessen der angeklagten Arbeiter vertreten.

Molkenbuhr, Hermann, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Hamburg, geboren 11. September 1851 zu Wedel in Holstein, besuchte die Volksschule daselbst, lernte als Cigarrenarbeiter, schloss sich im Anfang der siebziger Jahre der socialdemokratischen Bewegung an. Im Jahre 1881 auf Grund des Socialistengesetzes aus Hamburg-Altona ausgewiesen, ging er nach Amerika, kehrte aber 1884 zurück und liess sich als Cigarrenarbeiter in Kellinghusen nieder. Er wurde 1890 von Glückstadt und 1893 bei der Nachwahl von Hamburg in den Reichstag geschickt. Molkenbuhr ist einer der erfolgreichsten Bauernagitatoren der Partei.

Moll, Joseph, seines Zeichens ein Uhrmacher, Mitglied des Bundes der Kommunisten, kam als Delegierter desselben 1846 nach Brüssel, um Marx und Engels zum Eintritt in den Bund zu bewegen, was ihm auch gelang. 1848/49 war er in Köln Redacteur einer socialdemokratischen Zeitung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", des Organs des dortigen kommunistischen Arbeitervereins, an dessen Spitze er mit Schapper stand. Wegen seines politischen Verhaltens wurde er im September 1848 verhaftet, von Gendarmen abgeführt, aber von der Volksmasse gewaltsam befreit. Als kurz darauf in Köln der Belagerungszustand proklamiert wurde, musste er ins Ausland fliehen. 1849 nahm er am badischen Aufstand teil und fiel als Revolutionssoldat im Gefecht bei Waghäusel.

More, Thomas geboren am 7. Februar 1478 in London, wo sein Vater einer der Richter am King Bench Court war. Lateinisch erlernte der junge More in der St. Anthonyschule in London und wurde dann von seinem Vater am Hofe des Kardinals Morton untergebracht, dessen Andenken er in seiner Utopia ein Denkmal gesetzt hat. 1492 oder 1493 kam er auf die Universität Oxford, wo durch Linacre, Grocyn und Colet, später Erasmus, der Humanismus eine Stätte gefunden hatte. Mit dem grössten Eifer gab er sich hier den humanistischen Studien hin, bis ihn sein Vater in eine der Londoner Rechtsschulen anfangs New-Inn, später Lincolns-Inn, steckte. Hier studierte M. das englische Recht und etablierte sich dann als Rechtsanwalt. Neben seiner Praxis setzte er das Studium der Klassiker, insbesondere der Griechen und unter ihnen

besonders Platos, fort, dessen Republik ohne Zweifel seine Utopia stark beeinflusst hat. 1513 schrieb er seine berühmte Geschichte Richards III. und drei Jahre später die Utopia. Die übrigen englischen Schriften entstanden nach der Utopia und sind politischen Inhaltes. Im 26. Lebensjahre kam M. ins Parlament von 1504/5, von dem Heinrich VII. drei Fünfzehnte zur Ausstattung seiner Tochter verlangte. Es war allein Mores Opposition, die eine Gewährung dieser Forderung hintertrieb und veranlasste, dass dieselbe ganz bedeutend reduziert wurde. Dafür wandte sich dann der Zorn Heinrichs VII. gegen den „bartlosen Jüngling“ und M. sah sich gezwungen, das Parlament zu meiden und sich vom öffentlichen Leben zurückzuziehen, um der Rache des Königs zu entgehen. Unmittelbar nach dem Tode Heinrich VII. wurde M. Untersheriff von London und war bald nachher als Vertrauensmann der Londoner Kaufmannschaft in wichtigen Missionen mit Erfolg thätig. Zwei Jahre nach der Abfassung der Utopia finden wir ihn am Hofe Heinrichs VIII. Es ist wohl anzunehmen, dass der ungeheure Erfolg seines Buches, sowie Mores bedeutende Stellung in der Londoner Kaufmannschaft den König bestimmte, seinen Verfasser, wenn möglich an seinen Hof zu ziehen und seinen Einfluss in seinem Interesse zu benützen; und dass andererseits More hoffte, den König für seine Ratschläge zu gewinnen und dem durch die Kriegspolitik und Verschwendung ausgesogenen Volke Hülfe leisten zu können.

Um dieselbe Zeit begann auch die Reformation in England ihre Wirkung auszuüben. Mores feindliche Stellung ihr gegenüber wurde bestimmt durch die Erkenntnis, dass sie einmal die Vernichtung der allerdings mehr idealen als noch realen Einheit der Christenheit, wie sie in der katholischen Kirche verkörpert war (vgl. z. B. die Politik Papst Leos X. hinsichtlich der Türkengefahr), nach sich ziehen würde, und andererseits als Volksbewegung das Fürstentum und die durch dasselbe garantierte, für den Handel notwendige „Ordnung“ bedrohen müsse (s. Kautsky, Thomas More und seine Utopie, 194 ff.). So griff er denn die lutherische Lehre schon 1523 in seiner Schrift „Thomae Mori responsio ad convitia Martini Lutheri congesta in Henricum Regem Angliae eius nominis Octavum“ an, in der er die Staatsgefährlichkeit der neuen Lehre betonte.

Mores Carrière war ausserordentlich schnell. Er wurde zuerst Master of Requests, dann in den Ritterstand erhoben, dann Privy Councillor, dann Finanzminister, dann Kanzler des Herzogtums Lancashire und 1529 Lordkanzler von England. Schon während dieser Zeit hatte sich das Verhältnis Mores, der eben kein gefügiges Werkzeug in den Händen des Königs sein wollte, bedeutend verschlechtert. Der Ehescheidungsprozess Heinrichs VIII. und die von diesem betriebene Kirchenspaltung, deren entschiedenster Gegner More war, führte dann zum Bruch, so dass er sich 1532 veranlasst sah, sein Amt niederzulegen. Damit war sein Los entschieden. 1533 versuchte man, ihn in einen Prozess wegen Hochverrats gegen eine Nonne von Canterbury, Elisabeth Barton, zu verwickeln; als er dann den Eid auf die Suprematsakte von 1533 verweigerte, wurde er verhaftet und in den Tower gebracht. Ein Jahr lang schmachtete er dort im Kerker,

bis ihm endlich der Prozess gemacht wurde. 6. Juli 1535 wurde er im Tower hingerichtet.

Mores Utopia zerfällt in zwei deutlich getrennte Teile, von denen der zweite die Schilderung seines Idealstaates enthält. Dies zweite Buch — ein Ganzes für sich — wurde zuerst in den Mussestunden geschrieben, welche ihm eine Gesandtschaft in den Niederlanden liess. Auch hier fehlt es nicht an Anspielungen auf die äussere und innere Politik Heinrichs VIII. Wie Seebohm (Oxford Reformers 1887, pag. 348) richtig hervorhebt, bestand die Absicht der Utopia in dem Kontrast zwischen dem idealen Staat dieses Landes und den Verhältnissen der damaligen europäischen Staaten, ein Kontrast, den, weil nur das eine Glied der Antithese geboten, allerdings der Leser nur begreift, wenn er mit der zeitgenössischen Politik durchaus vertraut ist. Dagegen übersieht Seebohm ganz die positive Seite der Utopia, den Kommunismus, weil ihm unsympathisch. Das einleitende Buch zu Utopia wurde nicht geschrieben, bevor Erasmus, Mores intimer Freund, England wieder verlassen hatte (Herbst 1516). Im Oktober desselben Jahres wurde es diesem nachgeschickt und von ihm und Peter Giles an Thierry Martin in Löwen zur Veröffentlichung ausgehändigt. Bereits 1516 hatte Heinrich VIII. versucht, More für seine Dienste zu gewinnen; doch hatte dieser das ehrende Anerbieten abgelehnt, obschon er sich wohl klar war, dass eine zweite Ablehnung für ihn unmöglich sein würde. So benutzte er denn seine Einleitung zur Utopia dazu, um seine von denen der Minister und des Königs durchaus abweichenden Ansichten in Sachen der inneren und äusseren Politik zu konstatieren und zugleich seine Abneigung, in königliche Dienste zu treten, zu motivieren.

Die Einkleidung der Einleitung ist folgende. More erzählt, dass er zusammen mit Tunstal nach Flandern geschickt worden sei, um einige Streitigkeiten zwischen Heinrich VIII. und Prinz Karl beizulegen. Während einer Pause in den Verhandlungen unternimmt More eine Reise nach Antwerpen, um seinen Freund Peter Giles zu besuchen. Hier macht er eines Tages die Bekanntschaft des Raphael Hythloday, eines weitgereisten Reisenden. Im Laufe eines Gespräches, das sich zwischen ihm, Giles und Raphael entspinnt, zeigt der letztere eine solche ausserordentliche Fülle von Kenntnissen, besonders auf philosophischem Gebiet, dass Giles ganz erstaunt an ihn die Frage richtet, weshalb er nicht seine so wertvollen Kenntnisse in die Dienste eines Königs stelle, eine Frage, deren Berechtigung More noch durch den Hinweis unterstützt, wieviel Gutes ein solcher Mann durch seinen Einfluss auf einen Fürsten, der Quelle, aus der alles Gute und Schlechte für ein Volk komme, für ein Staatswesen leisten könne. Raphael begründet seine Weigerung mit der Verblendung der Fürsten, die nur Sinn für kriegerische Unternehmungen haben, und der Ungeneigtheit der Minister, neue, ungewöhnliche Ideen in Sachen der Politik sich anzueignen. Er beweist diese Thatsache durch eine Unterhaltung, die er einst in England am Hofe des Cardinals Morton über die socialen Uebel Englands geführt hat. An der grausamen Bestrafung der Diebe zeigt Raphael die ganze Thorheit einer inneren Politik auf, die, anstatt das Uebel an der

Wurzel anzugreifen und die wahren Ursachen desselben wirkungslos zu machen, es vorzieht, kurz und bündig die Diebe am Galgen aufzuhängen. Diese ökonomische Kritik zeigt den überlegenen Geist Mores in ebenso hellem Lichte wie die sich daran anschliessende politische. Die Unterhaltung war wieder zu dem Ausgangspunkte, der Weigerung Raphaels, in königliche Dienste zu treten, zurückgekehrt, und dieser benutzt jetzt die Gelegenheit, um aufs ausführlichste seinen Standpunkt und einen solchen Eintritt als unmöglich und nutzlos für ihn zu zeigen. Raphael ist More, der Heinrich VIII. gegenüber die zwischen ihnen bestehende ungeheure Meinungsverschiedenheit klarlegt. Er verlangt Aufgabe der von dem Könige betriebenen Eroberungspolitik (Beispiel der Achorier), Verzicht auf die beliebten Mittel damaliger Finanzpolitik, wie Verschlechterung der Währung, Kriegsschwindel, um Steuern zu erheben, Wiederinkraftsetzung veralteter, von allen übertretener Gesetze, Gewährung von Monopolen und Privilegien gegen hohe Preise u. s. f., Aufgabe des Satzes der damaligen inneren Politik, dass es notwendig sei, die Unterthanen auszupressen, um sie in Unterwerfung zu halten — aber ist sich nur zu klar, dass er dies alles nur tauben Ohren predigt. Für einen Mann wie More sei daher kein Platz an einem königlichen Hofe, wie schon Plato, Mores Lieblingsphilosoph, in einem guten Gleichnis gezeigt hätte, und ebenso recht hätte derselbe Plato mit seiner Weigerung, für Völker Gesetze zu machen, welche die Gütergemeinschaft zurückwiesen. More erkannte, dass nur der Kommunismus im stande ist, die furchtbaren Uebel der sich entwickelnden kapitalistischen Produktion zu heilen; aber ebenso sehr erkannte er auch, dass die Zeit für das Heilmittel noch nicht reif sei, dass es noch in weiter Zukunft läge. „Es scheint mir zweifellos, lieber More" — sagt Raphael, d. h. More, am Schlusse seines einleitenden Buches, das hier ohne Zweifel seinen Höhepunkt erreicht — „um offen, ohne Hinterhalt zu sprechen, dass, wo das Privateigentum herrscht, wo Geld der Masstab aller für alles, es schwer, ja fast unmöglich ist, dass das Gemeinwesen gerecht verwaltet werde und gedeihe. Es sei denn, dass man es für Gerechtigkeit hielte, wenn alles Gute den Schlechtesten zufällt, oder für Gedeihen, wenn einigen wenigen alles gehört, welche wenige sich aber auch nicht behaglich fühlen, indess der Rest ein wahrhaft elendes Dasein führt. Wie viel weiser und erhabener erscheinen mir dagegen die Einrichtungen der Utopia, bei denen mit wenigen Gesetzen alles so wohl verwaltet ist, dass das Verdienst gebührend geehrt wird, und wo jeder Mensch im Ueberfluss lebt, trotzdem keiner mehr hat, als der andere. Man vergleiche damit andere Nationen, die ununterbrochen neue Gesetze fabrizieren und doch nie gute Gesetze haben, wo jeder Mensch sich einbildet, zu eigen zu besitzen, was er erworben, und doch die unzähligen Gesetze, die tagaus tagein erlassen werden, nicht im stande sind, jederman sicher zu stellen, dass er sein Eigentum erwerbe oder erhalte, oder genau von dem des andern unterscheide, wie man deutlich aus den vielen Prozessen ersieht, von denen täglich neue entstehen und keiner endet. Wenn ich alles das überlege, dann muss ich Plato Recht wiederfahren lassen und wundere mich nicht darüber, dass er für Völker keine Gesetze machen

wollte, welche die Gütergemeinschaft zurückwiesen. Dieser Weise erkannte, dass der einzige Weg zum Heil des Gemeinwesens in der wirtschaftlichen Gleichheit aller bestehe, was meines Erachtens nicht möglich ist, wo jeder seine Güter als Privateigentum besitzt, denn wo jeder unter gewissen Vorwänden und Rechtstiteln so viel zusammenscharren darf, als er kann, da fällt der ganze Reichtum einigen wenigen anheim, und der Masse der übrigen bleiben Not und Entbehrungen. Und das Schicksal jener wie dieser ist meist gleich unverdient, da die Reichen in der Regel habgierig, betrügerisch und nichtsnutzig sind, die Armen dagegen bescheiden, schlicht und durch ihre Arbeit nützlicher für das Gemeinwesen als für sich selbst.

„Ich bin daher fest überzeugt, dass weder eine gleiche noch gerechte Verteilung der Güter noch Wohlstand für alle möglich sind, ehe nicht das Privateigentum verbannt ist. So lange es besteht, werden die Lasten und die Kümmernisse der Armut das Los der meisten und der besten Menschen sein. Ich gebe zu, dass es andere Mittel als das Gemeineigentum gibt, diesen Zustand zu lindern, nicht aber ihn zu beseitigen. Man kann durch Gesetze bestimmen, dass kein Mensch mehr als ein gewisses Mass von Grundeigentum und Geld besitzen soll, dass weder der König eine zu grosse Macht haben, noch das Volk zu übermütig sein soll, dass Aemter nicht auf Schleichwegen oder durch Bestechungen und Kauf erlangt werden und kein Prunk mit ihrer Kleidung verbunden sei: da alles das entweder Ursache wird, das verausgabte Geld wieder aus dem Volk herauszuschinden, oder die Aemter den Reichsten zufallen lässt, anstatt den Fähigsten. Durch dergleichen Gesetze können die Uebel in Staat und Gesellschaft etwas gelindert werden, etwa wie ein unheilbarer Kranker durch sorgfältige Pflege noch eine Zeit lang aufrecht erhalten werden kann. Aber an eine völlige Gesundung und Kräftigung ist nicht zu denken, so lange jeder Herr seines Eigentums ist. Ja, gerade indem ihr durch solche Gesetze einen Teil des Gesellschaftskörpers bessert, verschlimmert ihr das Geschwür an einem andern Teil; indem ihr dem einen helft, schädigt ihr dadurch einen andern, denn ihr könnt dem einen nur geben, was ihr einem andern genommen."

„Ich bin der gegenteiligen Meinung," erwiedert More — das heisst der More der Utopia, denn Mores wirkliche Ansichten wurden von Raphael ausgesprochen. „Ich glaube, die Menschen werden unter der Gütergemeinschaft sich niemals wohl befinden. Wie kann ein Ueberfluss von Gütern herrschen, wenn jeder suchen wird, sich der Arbeit zu entziehen? Niemand wird durch die Aussicht auf Gewinn zur Arbeit angespornt werden, und die Möglichkeit, sich auf die Arbeit anderer zu verlassen, muss Trägheit erzeugen. Und wenn nun Mangel unter ihnen einreisst und niemand durch das Gesetz in dem Besitz dessen geschützt wird, was er erworben, muss da nicht beständig Aufruhr und Blutvergiessen unter ihnen wühlen? Jede Achtung vor den Behörden muss ja schwinden, und ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, welche Rolle sie spielen werden, wenn die Menschen gleich sind." (Nach Kautskys Uebersetzung, pag. 240—243.) Die Antwort darauf gibt das zweite Buch der Utopia, welches eine Beschreibung des Idealstaates der Utopier gibt.

Die Insel Utopia hat in der Mitte, wo ihre grösste Breite ist, eine Ausdehnung von 200,000 und einen Umfang von 500,000 Schritten, ist wegen verborgener Klippen schwer zugänglich und wegen der steilen Ufer leicht zu verteidigen. Auf der Insel gibt es 54 Städte, die sich fast in allem gleichen; wer daher eine Stadt gesehen, kennt alle. Amaurotum, die Hauptstadt am Flusse Anydrus, liegt am sanften Abhange eines Hügels und ist beinahe quadratförmig. Sie ist wohl befestigt mit hoher, breiter Mauer, mit Türmen und Bollwerken, der Graben trocken und breit und mit dichten Dornhecken überwachsen. Die Strassen sind sehr geschickt so angelegt, dass sie den Verkehr von Wagen ermöglichen und doch gegen den Wind schützen. Die Häuser sind schöne, grosse Gebäude, die ohne Zwischenraum in ununterbrochenen Reihen stehen. Der Weg zwischen den Häusern ist zwanzig Fuss breit. An der Rückseite der Häuser zieht sich ein Garten durch die ganze Länge der Strasse, ringsum von Häusern begrenzt. Die Städte sind wenigstens 20,000 Schritt von einander entfernt, ringsumher sind sie von ihrem Ackerland umgeben, als dessen Bebauer mehr denn als Herren sie sich betrachten. Keine Stadt darf mehr als 6000 Familien umfassen, die aus 10—16 zeugungsfähigen Erwachsenen nebst ihren Kindern bestehen. Die Leitung der Familie liegt in den Händen des ältesten Mitgliedes. Je dreissig Familien erwählen jährlich einen Syphogranten oder Phylarchen; zehn Syphogranten nebst ihren Familien haben wiederum einen gemeinsamen Vorsteher, den Tranibor oder Protophylarchen. Zweihundert Syphogranten, die geschworen haben, nur den tüchtigsten zu ernennen, wählen aus den vier ihnen vom Volk bezeichneten Personen einen zum Fürsten, der sein Amt lebenslänglich bekleidet. Die Traniboren versammeln sich jeden dritten Tag zum Rat des Fürsten. In den Versammlungshäusern der Syphogranten werden von diesen den Familien wichtige Angelegenheiten unterbreitet, hierauf beraten und die Beschlüsse dem Rate mitgeteilt.

Ackerbau ist die Beschäftigung, die alle Utopier, Männer und Weiber, pflegen und in der sie es zu grosser Vollkommenheit gebracht haben. Sie werden darin von frühester Kindheit unterrichtet, sowohl in Schulen wie praktisch auf dem Lande bei der Stadt. Ueberall auf dem flachen Lande haben sie gut gelegene, mit Ackerbaugerätschaften wohl versehene Häuser, die von den Bürgern, die abwechselnd aufs Land ziehen, bewohnt werden. Die landwirtschaftliche Familie besteht aus wenigstens vierzig Personen beiderlei Geschlechts und zwei Knechten; an ihrer Spitze steht ein Hausvater und eine Hausmutter, gewiegte und erfahrene Leute. Aus jeder dieser Familien oder Farmen gehen jedes Jahr zwanzig in die Stadt zurück, die zwei Jahre auf dem Lande verlebt haben, und an ihre Stelle treten ebenso viele Neulinge, die von denen im Ackerbau unterrichtet werden, die bereits ein Jahr auf dem Lande leben. Durch diesen Wechsel der Bebauer wird niemand wider seinen Willen länger als zwei Jahre bei der harten und anstrengenden Beschäftigung des Ackerbaues festgehalten. Die Landbewohner bestellen also das Feld, besorgen die Viehzucht und versorgen die Städte mit ihren Produkten, wie sie ihrerseits von diesen mit den Manufakturwaren versorgt werden. Zur Zeit der Ernte kommen

die nötigen Hülfsarbeiter aus der Stadt. Obschon man genau weiss, wie viel Korn und andere Lebensmittel die Städte nebst ihren Gebieten gebrauchen, so ziehen sie doch mehr Getreide und Vieh und überlassen den Ueberschuss an ihre Nachbarn.

Ausser der Landwirtschaft erlernt jeder Utopier noch ein oder mehrere Handwerke, gewöhnlich die Bearbeitung von Wolle und Flachs, Maurerei, das Schmiede- und Zimmerhandwerk. Schneider gibt es bei ihnen nicht, da jede Familie die Kleider, welche auf der ganzen Insel in allen Jahreszeiten dieselben bleiben, selbst anfertigt. Auch die Frauen lernen ein Handwerk, und zwar verrichten sie die leichteren, die Männer die schweren Arbeiten. Meist lernt jeder das Handwerk seines Vaters; andernfalls wird das Kind in eine Familie, die das von ihm bevorzugte Handwerk treibt, adoptiert und hier zu einem tüchtigen Manne erzogen.

„Die vornehmste und fast einzige Aufgabe der Syphogranten besteht darin, darauf zu achten, dass niemand müssig geht und jeder sein Handwerk mit gebührendem Eifer betreibt. Damit ist aber nicht gemeint, dass die Utopier von früh morgens bis spät abends in unaufhörlicher Arbeit sich zu schinden haben, gleich Lasttieren. Denn das ist schlechter als die elendeste Sklaverei. Und doch ist es fast überall das Los der Arbeiter, ausgenommen in Utopien. Hier werden Tag und Nacht in 24 Stunden geteilt und nur sechs davon sind zur Arbeit bestimmt: drei vormittags, worauf sie speisen gehen; und nach der Mahlzeit haben sie eine Rast von zwei Stunden, worauf sie wieder drei Stunden arbeiten und sich dann zum Abendbrot begeben ... Alle die Zeit, die nicht von Arbeiten, Schlafen und Essen in Anspruch genommen ist, verwendet jeder nach seinem Belieben ... Diese kurze Arbeitszeit ist nicht nur genügend, sondern mehr als genug, um einen Ueberfluss an allen Sachen zu erzeugen, die des Lebens Notdurft oder Annehmlichkeit erfordert.“ (Nach Kautskys Uebersetzung, pag. 271.) Gesetzlich von der Arbeit befreit sind die Syphogranten, sowie diejenigen, die auf Empfehlung der Priester und nach geheimer Wahl durch die Syphogranten vom Volke Erlaubnis bekommen haben, sich ausschliesslich und ständig dem Studium zu widmen. Aus dieser Klasse der Gelehrten werden die Gesandten, Priester, Traniboren und endlich der Fürst selbst gewählt. Häufig ereignet es sich auch, dass durch einen Erlass die Arbeitszeit verkürzt wird. Denn das ist die Hauptaufgabe des Staates, dass alle die Zeit, welche an den notwendigen Beschäftigungen und Angelegenheiten des Staates erspart werden kann, von den Bürgern auf die freie Uebung und Ausbildung des Geistes verwandt wird.

Die unangenehmen, schweren und abstossenden Arbeiten werden von den Angehörigen zweier Sekten, brutalisierende Arbeiten, wie Schlachten der Tiere, und schmutzige, wie Fortschaffung der Küchenabfälle etc., von den Sklaven, die aus den zur Zwangsarbeit verurteilten Verbrechern bestehen, verrichtet. Die Verteilung der gewonnenen Produkte geht in folgender Weise vor sich. Jede Stadt ist in vier gleiche Teile eingeteilt. In der Mitte der Viertel befinden sich Marktplätze mit grossen Magazinen, in denen die Arbeitserzeugnisse aller Familien aufgespeichert werden. Von

dort holt sich ein jeder Familienvater oder Haushälter, so viel er und die Seinen brauchen, ohne dass er dafür Geld zu bezahlen oder etwas dagegen zum Tausch zu bringen oder zu verpfänden hat. Denn warum sollte man ihm etwas verweigern, da doch Ueberfluss an allem vorhanden ist und man nicht zu fürchten braucht, dass jemand zu viel nimmt? Denn warum sollte man glauben, dass jemand, der sicher ist, keinen Mangel zu leiden, sich über seine Bedürfnisse nehmen wird? Neben diesen Magazinen befinden sich die Lebensmittelmärkte, wohin das Vieh, Fische, Geflügel, Wild, sowie die Kräuter und Baumfrüchte, gewaschen und gereinigt, gebracht werden.

In jeder Strasse befinden sich immer für je dreissig Familien grosse Paläste, in denen die Syphogranten wohnen und in denen die Syphograntien speisen. Durch Trompetenschall werden diese zum Mahle gerufen, wobei der Priester und der Syphogrant den Ehrenplatz einnehmen. Vorlesungen und Musik würzen dasselbe. Alle schmutzigen und unangenehmen Arbeiten werden von den Knechten verrichtet, während die Frauen einer jeden Familie mit der Bereitung der Speisen beauftragt sind. Da aber auf dem Lande die Familien weit von einander getrennt leben, so speist hier eine jede für sich. More legt einen ganz ausserordentlichen Nachdruck auf die gemeinsamen Mahlzeiten, in deren Schilderung er sich mit Behagen verliert. Sind sie doch in der That das wichtigste kommunistische Band im Gegensatz zu der bei ihm noch streng individualistischen Produktionsweise des Handwerks und der Agrikultur.

Die Ehe ist monogamisch und heiraten die Mädchen nicht vor dem vollendeten 18., die Jünglinge nicht vor vollendetem 22. Lebensjahre. Die Ueberwachung der Sittenreinheit der Jugend ist ausserordentlich streng; die Strafe für den Genuss ausserehelicher Freuden besteht in dem Verbot der Ehe für die dabei betroffenen Personen. Dies Vergehen wird deshalb so streng bestraft, weil man der Ansicht ist, dass sonst nur wenige in der Liebe der Ehe sich vereinigen würden, in der das ganze Leben mit einer Person gelebt werden muss, und alle Kümmernisse und Unannehmlichkeiten, die damit verbunden sind, geduldig hingenommen und getragen werden sollen. Um aber die die Ehe bedrohenden Gefahren, die aus der beiderseitigen Unkenntnis der Körper der Verlobten entstehen können, zu vermeiden, gilt bei den Utopiern der Brauch, dass die Liebenden ihre Körper vor Eingehung der Ehe frei von jeder täuschenden Hülle betrachten dürfen. Denn alle Leute sind nicht so weise, nur die Tugenden des andern Teiles in Betracht zu ziehen; und die Reize des Körpers verursachen, dass die Tugenden des Geistes höher geachtet und geschätzt werden, selbst in den Ehen weiser Leute. Die Ehe darf nur getrennt werden, wenn beide Gatten damit einverstanden sind und der Rat die Angelegenheit genau und sorgfältig geprüft hat. Stets aber wird die Erlaubnis zur Ehescheidung nur ungern gegeben, da sie wohl wissen, dass das beste Mittel, die Liebe zwischen Mann und Weib zu zerstören, die Hoffnung auf die Leichtigkeit neuer Ehe ist. Ehebrecher werden sehr streng mit schwerster Knechtschaft bestraft.

Die Ansichten der Utopier über Wissenschaft und Religion können

wir hier füglich übergehen; es genügt die Bemerkung, dass More, was religiöse Toleranz und Hochschätzung der Wissenschaft angeht, weit über seinem Jahrhundert stand. Seine Schilderung Utopiens schliesst dann Raphael mit einer ausserordentlich kühnen, scharfen und tiefen Kritik der europäischen Staaten. „So habe ich nun, so getreulich ich konnte, die Verfassung dieses Gemeinwesens beschrieben, das meines Erachtens nicht nur das Beste, sondern auch das Einzige ist, das diesen Namen verdient. Anderswo spricht man freilich auch von einem Gemeinwohl, sorgt aber in Wirklichkeit nur für das eigene Wohl; in Utopien, wo es kein Sondereigentum gibt, besorgt jeder thatsächlich nur die Geschäfte des Gemeinwesens, und hier wie dort hat jeder seine guten Gründe, warum er so verschieden handelt. Denn anderswo weiss jedermann, dass er verhungern muss, wenn er nicht für sich selbst sorgt, möge das Gemeinwesen noch so blühend sein, so dass er gezwungen ist, sein Wohl dem der Gesamtheit vorzuziehen. In Utopien dagegen, wo alles gemeinsam ist, weiss jedermann, dass niemand Mangel leiden kann, wenn er dafür sorgt, die öffentlichen Speicher zu füllen. Denn alles wird bei ihnen gleich verteilt, so dass niemand arm ist; und obgleich keiner etwas für sich besitzt, sind sie dort alle reich. Kann es einen bessern Reichtum geben, als ein sorgloses und heiteres Leben? In Utopien braucht der Einzelne nicht für seine Existenz besorgt zu sein, er wird nicht von den ernsten Klagen seiner Gattin gequält, fürchtet nicht für die Zukunft seines Sohnes, ihm bereitet die Mitgift der Tochter keinen Kummer. Er weiss nicht nur seine Existenz und sein Wohlleben gesichert, sondern auch das seiner Kinder, Enkel, Neffen, aller Nachkommen bis ins entfernteste Glied. Und man sorgt bei ihnen in gleicher Weise für die schwach und arbeitsunfähig Gewordenen wie für die noch Arbeitenden. Ich wollte den Mann sehen, der kühn genug wäre, dieser Gerechtigkeit das Recht anderer Völker gleich zu setzen. Gott straf' mich, wenn ich bei den andern eine Spur von Recht und Gerechtigkeit gefunden. Was ist das für eine Gerechtigkeit, wenn der Edelmann, der Goldschmied oder der Wucherer, kurz diejenigen, die nichts thun oder doch nichts Nützliches, bei ihrer Unthätigkeit oder überflüssigen Thätigkeit herrlich und in Freuden leben, indes die Taglöhner, Kärrner, Schmiede, Zimmerleute und Ackerknechte, die härter arbeiten als Lasttiere, und deren Arbeit das Gemeinwesen nicht ein Jahr lang entbehren könnte, ein so erbärmliches Dasein sich erarbeiten und schlechter leben müssen als Lasttiere. Diese arbeiten nicht so lange, ihre Nahrung ist besser und nicht durch die Sorge für die Zukunft vergällt; der Arbeiter dagegen wird niedergedrückt durch die Trostlosigkeit seiner Arbeit und gemartert durch die Aussicht auf das Bettlerelend seines Alters. Sein Lohn ist ja so gering, dass er die Bedürfnisse des Tages nicht deckt. und es ist gar nicht daran zu denken, dass der Mann etwas für seine alten Tage zurücklegt . . . Nachdem man sie ausgebeutet und ausgepresst hat in der Kraft ihrer Jugend, überlässt man sie ihrem Schicksal, wenn Alter, Krankheit und Not sie gebrochen haben, und gibt sie als Belohnung für ihre treue Sorge und ihre so wichtigen Dienste dem Hungertode preis.

Noch mehr: Die Reichen, nicht zufrieden, den Lohn der Armen durch unsaubere, persönliche Kniffe herabzudrücken, erlassen sich Gesetze zu demselben Zweck. Was seit jeher unrecht gewesen, der Undank gegen die, die dem Gemeinwesen wohl gedient, das haben sie noch scheusslicher gestaltet, indem sie ihm Gesetzeskraft und damit den Namen der Gerechtigkeit verliehen.

Bei Gott, wenn ich das alles überdenke, dann erscheint mir jeder der heutigen Staaten nichts als eine Verschwörung der Reichen, die unter dem Vorwand des Gemeinwohls ihren eigenen Vorteil verfolgen und mit allen Kniffen und Mitteln darnach trachten, sich den Besitz dessen zu sichern, was sie unrecht erworben haben, und die Arbeit der Armen für so wenig als möglich für sich zu erlangen und auszubeuten. Diese weitern Bestimmungen erlassen die Reichen im Namen der Gesamtheit, also auch der Armen, und nennen sie Gesetze." (Nach Kautskys Uebersetzung, S. 330–333.)

Wie man einer solchen Kritik gegenüber die Utopia „das phantastische Gaukelspiel einer verrauschenden Stunde" zu nennen gewagt hat, ist uns unbegreiflich. Erasmus' Brief an Hutten klärt uns am besten über Mores Zweck und Absicht bei der Abfassung der Utopia auf: „Die Utopia verfasste er mit der Absicht, zu zeigen, woran es liege, dass die Staaten in schlechten Zuständen seien, namentlich aber hatte er bei seiner Darstellung England vor Augen, das er gründlich durchforscht und kennen gelernt hatte." —

Op.: Utopia, zuerst Löwen 1516, dann unzählige Male in allen Sprachen.

Morelly. Von dem Leben Morellys ist uns nichts weiter bekannt, als dass er zu Vitry-le-Français geboren wurde und, wie einige vermuten, daselbst Schulmeister gewesen ist. Seine beiden wichtigsten Werke sind „Naufrage des iles flottantes ou la Basiliade", Paris 1753, ein Staatsroman, und der „Code de la nature", Paris 1755, eine philosophische Abhandlung, die letztere geschrieben, um den ersteren gegen feindliche Angriffe zu verteidigen. Wenden wir uns zunächst dem Roman zu.

Auf einer von Natur und Wahrheit beherrschten Insel lebte einst eine vollkommene Gemeinschaft von Menschen in Eintracht und Glück. Bösen Geistern gelingt es, den Frieden zu stören, Zwietracht und Habsucht unter den Bewohnern zu erregen und jedes Band des Gemeininteresses zu lösen. Nach vergeblichen Versuchen, den alten Zustand wiederherzustellen, beschliessen die Natur und Wahrheit, das Eiland von dem gefallenen Menschengeschlecht zu reinigen. Erdbeben und Sturm, verbunden mit vulkanischen Eruptionen, treiben die Einwohner aus dem Inneren an die Küsten des Eilands und eine gewaltige Flut reisst die Stücke des Landes, wohin sich die Menschen geflüchtet hatten, vom Festland los. So entstehen die iles flottantes. Auf dem Muttereiland bleibt nur ein Menschenpaar zurück, aus dem eine neue glückliche Gesellschaft entsteht. In ihr gibt es kein Eigentum; die Erde ist die allgemeine Ernährerin aller und ein jeder findet Glück und Befriedigung darin, für das Wohl und den Unterhalt seiner Nebenmenschen zu arbeiten. Die vollkommenste

Gleichheit herrscht unter ihnen. Sie wohnen in grossen Palästen, die ein jeder tausend Personen Unterkunft gewähren. Ein solcher Palast bildet eine Stadt für sich mit seinen Magazinen, Werkstätten und den grossen Hallen für die gemeinsamen Mahlzeiten. Inmitten dieser Städte waren freie Plätze und Gärten mit Säulenhallen, Laubengängen und plätschernden Springbrunnen.

Das Glück des Staates erregt aber den Hass der bösen Geister und sie beschliessen, sich, wenn möglich, wieder in Besitz des Eilands zu setzen. Die List übernimmt es, den jungen König des Eilands Zeinzemin durch böse Traumeinflüsterungen zu verderben. Sie erscheint ihm in der Gewandung der Weisheit und fordert ihn auf, durch Verteilung des Landes, Bau von Städten, Einrichtung von Ständen, Erregung von Ehrgeiz und Konkurrenz unter seinen Unterthanen diese einem noch grössern Glücke entgegenzuführen. Der teuflische Plan wird aber durch die Weisheit eines alten Greises vereitelt, der dem König das Thörichte seines Beginnens vorzustellen weiss. Das Fehlschlagen ihres Planes steigert nur noch die Wut der bösen Geister. Sie erwecken in den Bewohnern der treibenden Inseln die Habgier nach den Schätzen Zeinzemins und veranlassen sie, eine Expedition nach dem Eiland zu schicken. Dies geschieht. Eine Zahl von Schiffen wird ausgerüslet, die nach langer Seefahrt endlich die Küsten des Eilands der Glücklichen erreichen. Unter den Mitgliedern dieses Beutezuges, die es verstehen, sich schnell das Vertrauen des jungen arglosen Königs und seiner ebenso arglosen Unterthanen zu erwerben, befindet sich auch ein Weiser, Namens Fadhilah, dem es gelungen ist, sich von den auf den treibenden Inseln herrschenden Vorurteilen frei zu machen. Fadhilah und Zeinzemin schliessen bald Freundschaft und in einem langen Gespräch erklärt Fadhilah seinem Freunde den Bau der Gesellschaft, die auf das Privatinteresse und Eigentum sich gründet. Aus der Einrichtung des Privateigentums entstehen Armut und Reichtum, und aus diesen Vermögensunterschieden die Verbrechen und Streitigkeiten der Menschen untereinander. Alle schlechten Neigungen bilden sich aus, die die Menschen dann als zur menschlichen Natur gehörig, als eine Art Erbsünde betrachten. Um sie zur Ruhe zu bringen und in Schranken zu halten, wurde ein System von gesellschaftlichen Tugenden ausgedacht, die das Betragen der Menschen regeln sollen und deren wichtigste die Mässigung, das Masshalten in allem ist. Die Gesamtheit dieser Vorschriften heisst Sittenlehre und wird durch eine Unzahl von Gesetzen befestigt und gekräftigt. So entstehen denn politische Zustände, in denen ein Alleinherrscher, von Höflingen umringt, allein zu befehlen hat und, in diesen Ring seines Hofes eingeschlossen, von dem eigentlichen Volk nichts erfährt und nichts weiss, oder solche Staaten, in denen scheinbar politische Freiheit herrscht, die sociale Ungleichheit aber desto grösser ist. In der That sind alle Staaten, die auf dem Eigentum als Basis errichtet sind, in gleicher Weise unglücklich und elend. Die höhern Stände liefern in ihren Priestern und Adeligen die herrschsüchtigen, unterdrückenden Elemente; auf der untersten Stufe der Leiter befinden sich die gemeinen Arbeitsleute, die nichts weiter von ihrem Vaterlande zu erwarten, daher auch kein Interesse

an ihm haben und in Ruhe seinen Untergang mit ansehen können. Dies die wichtigsten Gedanken der von Fadhilah an den Staaten der treibenden Inseln geübten Kritik. Man hat die einzelnen dieser Inseln auf die europäischen Staaten zu beziehen gesucht und wohl nicht mit Unrecht das von absoluten Monarchen beherrschte Eiland als Frankreich, das Land der politischen Freiheit als England gedeutet. —

Während so Fadhilah und Zeinzemin sich unterhalten, haben die Fremdlinge alle Edelsteine, deren sie habhaft werden konnten, auf ihre Schiffe gebracht und sich zur Abfahrt gerüstet. Als nun Zeinzemin ihnen die Ehre erweist, ihre Schiffe zu besichtigen, entschliessen sie sich auf Antreiben der List in See zu stechen und den König als Geisel zu entführen. Aber die Göttinnen der Natur und Wahrheit wachen. Die Schiffe der Elenden werden im Sturme zerschmettert und nur Fadhilah und Zeinzemin retten sich auf eine der treibenden Inseln. Es gelingt ihnen, sich hier ein Boot von braven Schifferleuten zu verschaffen, und während sie auf der Heimreise nach dem glücklichen Eiland sind, sehen sie, wie die erzürnte Göttin der Natur die treibenden Inseln zerstört, um das Glück ihres Eilands für immer vor allen Angriffen zu schützen.

Da die in diesem Gedichte dargelegten socialistischen Gedanken auf das schärfste von zwei französischen Zeitschriften angegriffen wurden, sah sich Morelly zu einer wissenschaftlichen Rechtfertigung derselben gezwungen. So entstand das Buch „Code de la nature“, 1755, dem wir uns jetzt zuwenden.

Da alle Moralphilosophen von dem Satze ausgehen, dass der Mensch lasterhaft und schlecht geboren wird, oder wenigstens der Ansicht sind, dass die Verhältnisse, in denen er sich in dieser Welt befindet, und die Fügung seines Wesens selbst ihn unvermeidlich dem Schicksal aussetzen, schlecht zu werden, hat man sich nie die Frage gestellt, ob nicht auch das Problem löslich wäre, eine solche Situation zu finden, in der es fast unmöglich für den Menschen wäre, verderbt und schlecht zu sein, oder wenigstens „minima de malis“ vorhanden wären. Damit hat sich Morelly das Problem gestellt, das er lösen will.

Der Mensch geht aus den Händen der Natur gleich frei von metaphysischen und moralischen Begriffen hervor, während ihn die geltende Sittenlehre mit vielen (angeborenen) Lastern und wenigen Tugenden geboren werden lässt. Ja, sie lässt ihn, noch ehe er das Licht des Tages erblickt, bereits in seinem Busen die unheilvolle Saat der Verderbtheit tragen, die ihn antreibt, auf Kosten einer ganzen Gattung und der ganzen Welt sein Glück zu suchen. Anstatt dass aber die Sittenlehre die schwachen Tugenden, die sie dem Menschen zuschreibt, gepflegt hätte, hat sie vielmehr durch ihre Vorschriften alles gethan, sie zu ersticken und bereits in das Herz der zartesten Kindheit den unheilvollen Gährungsstoff gebracht. Wozu anders bereitet diese Erziehung den Verstand und das Herz, als damit es unter das Joch einer erkünstelten Moral sich beuge, welche der Natur den Rücken kehrt und sich in beständigem Widerspruch mit sich *selbst* befindet.

Der Mensch hat aber weder angeborene Ideen noch Neigungen. Eingehüllt in eine vollendete Gleichgültigkeit, selbst für seine eigene Existenz, kommt er zur Welt. Seine geistigen Anlagen werden durch seine Bedürfnisse entwickelt, die von der Natur derart seinen Kräften proportional eingerichtet sind, dass sie die Grenzen derselben immer um ein Geringes überschreiten. So werden die Menschen, die, getrennt, schwach und hülflos sind, zwecks Befriedigung ihrer Bedürfnisse zur Gesellschaftlichkeit getrieben, so entsteht eine wohlthätige Zuneignng zu allem, was unserer Schwäche beisteht, so wird die Vernunft entwickelt und damit denn auch die Absicht der höchsten Weisheit erfüllt. Die menschliche Gattung ist ein intelligentes Ganzes, das sich durch einen ebenso einfachen als wunderbaren Mechanismus selbst erhält. Dieselbe Absicht hat unter die Menschen die Kräfte verschieden verteilt; zum ungeteilten Eigentum aber hat sie allen das fruchtbringende Feld gegeben und allen den Genuss seiner Freigebigkeit geschenkt. Die Welt ist ein Tisch, auf dem für alle Gäste hinreichend Gedeck gelegt ist. Die Gleichheit der Bedürfnisse und Gefühle sollte den Menschen ihre Gleichheit an Rechten und Zuständen und die Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit fühlbar machen. Nur dort, wo das Privateigentum existiert, besteht auch das einzige Laster, das Morelly in der Welt kennt, die Habsucht; nur dort kann das Sonderinteresse, diese Schwindsucht der Gesellschaft, zur Herrschaft kommen. Hätte man aber das Gemeineigentum bewahrt, so würde auch die natürliche Rechtschaffenheit der Menschen das geblieben sein, was sie war: eine unüberwindliche Abneigung gegen jede entartete Handlung. Der von der Furcht vor Mangel befreite Mensch würde nur einen Gegenstand seiner Hoffnungen, nur ein Motiv seiner Handlungen gekannt haben, das Gemeinwohl, weil sein, des Individuums, Wohlbefinden eine notwendige Folge des allgemeinen gewesen wäre. Diese Moral wäre der klarsten, einfachsten Beweise fähig gewesen und eine Erziehung, die ihre Vorschriften dieser Moral entnommen, hätte von dem grössten Einfluss auf die Entwicklung der Menschen sein müssen. Denn diese hätten die Fähigkeiten ihres Geistes nur zu gebrauchen, um die Vorteile einer weise eingerichteten Gesellschaft kennen zu lernen und zu geniessen. Von Jugend an gewöhnt, sich den Gesetzen derselben zu unterwerfen, würde der Mensch niemals auf den Einfall gekommen sein, ihnen zuwider zu handeln. Keine Furcht, der notwendigen und nützlichen Dinge entbehren zu müssen, würde in ihm masslose Begierden erregt haben. Wenn jeder Gedanke an Eigentum sorgfältig durch seine Vorfahren ausgerottet, jede Rivalität im Gebrauch der gemeinsamen Güter verbannt worden wäre, wäre es da möglich gewesen, dass ein Mensch daran gedacht hätte, sei es durch Gewalt, sei es durch List, an sich zu reissen, was ihm niemals streitig gemacht worden wäre? Ist es nicht offenbar, dass das menschliche Herz, nicht mehr langen und heftigen Erschütterungen ausgesetzt, noch von grausamen Verirrungen bewegt, die schlechten Gewohnheiten, die es jetzt verderben, nicht erworben hätte? Aber seit sechs- bis siebentausend Jahren hat man fortwährend diesen einfachen Gesetzen widersprochen; die Gesetzgeber, diese angeblichen Weisen, haben, indem sie die Hälfte der Menschen der

Güter der Natur beraubten, diese weisen Anordnungen abgeschafft und die Thüre allen Verbrechen geöffnet. Indem sie alle Hülfsbereitschaft zerstörten und alle Motive der Liebe vernichteten, haben sie den Hunger und die Gefrässigkeit einer unersättlichen Habgier erweckt. Den friedlichen Lauf eines Baches hat die Weisheit unserer Gesetzgebung durch Eindeichung angeschwellt und in ein stürmisches Meer verwandelt, dessen unaufhörliche Deichbrüche sie durch eine Menge von Regeln und Lehren zu stopfen suchen. Warum lässt man den Bach nicht sanft dahinfliessen?

Nachdem Morelly theoretisch die Grundlagen der neuen, naturgemässen Politik und Moral, die allein im stande sind, die Völker glücklich zu machen, entwickelt hat, wendet er sich dazu, einen Beweis für dieselben aus der Empirie zu geben und zu zeigen, wie die Vortrefflichkeit der ursprünglichen Gesetze verkehrt worden ist. Man muss die Menschen so nehmen, wie sie sind, d. h. von der Natur gebildet sind, nicht aber die Menschen, wie sie im Laufe der Jahrhunderte unter dem Einfluss der schädlichen Gesetze und Einrichtungen geworden sind. Solche Naturmenschen, bei denen die Grundsätze der von Morelly entwickelten Politik und Moral verwirklicht sind, findet er bei den nordamerikanischen Indianerstämmen. Hier existiert noch ein Naturstaat, hier gibt es noch das gemeinsame Eigentum. Ein wahrhaft weiser Gesetzgeber könnte das von Jagd und Fischfang lebende Volk sehr leicht zum Ackerbau überführen, ihm Künste und Industrie lehren und so das wilde Volk zu einem weisen, milden und glücklichen machen. Denn diese Wilden sind sehr arbeitsame, der rauhesten Mühen fähige Menschen, bei denen Faulheit als Schande gilt. Die Art frommer Liebe und Sanftmut, die sie unter einander üben, übertrifft unendlich die schwache Uebung einer Tugend, die uns von den grössten Faulenzern und den Erbärmlichsten von uns vergeblich gepredigt wird. Aber, wird man einwerfen, gerade die bei uns bestehende Vermögensungleichheit ist von den wohlthätigsten Folgen; die Teilung der Menschen in Arme und Reiche ist durchaus notwendig, da Furcht und Hoffnung die beiden Hebel sind, die die Menschheit zu ihrer Entwicklung braucht. Was würde aber wohl ein indianischer Stamm sagen, den einer der modernen Gesetzgeber mit diesen Segnungen der Kultur: Privateigentum, Ungleichheit des Vermögens, Klasseneinteilung beglücken wollte?

Auch die Einwürfe sind hinfällig, dass der Mensch, von Natur träge und faul und zur Ruhe geneigt, stets bemüht sei, diese sich auf Kosten eines andern zu verschaffen. Wenn man eine solche Behauptung aufrecht hält, muss man diese Erscheinung in ihrem Ursprunge zu erklären suchen. Diese Liebe zur Ruhe und Stille ist in dem vernünftigen Geschöpfe nur die Richtung auf einen festen Punkt seines Wohlseins. Da aber dieser Stützpunkt in einem gewissen Kreise von Gegenständen wechselt, ausserdem auch dieselbe Ruhestellung auf die Dauer lästig ist, so wird der Mensch zu Aenderungen in seiner Stellung genötigt. Stets aber bedarf er dazu der Anstrengung und oft wird er durch seine Ohnmacht in seinem Streben gehindert. Also auch durch dieses Ruhestreben selbst hat die Natur den Menschen zur Gesellschaftlichkeit gezwungen. Diese *in der Organisation* der Menschen beruhende Einrichtung ist aber durch

die Schaffung eines bleibenden Ruhezustandes, des Vermögens, verdorben worden. Dadurch sind die Einen in Müssiggang und Weichlichkeit untergegangen, ist den Andern Abneigung und Widerwillen gegen erzwungene Pflichten eingeflösst worden. Hier hat das Laster der Faulheit seinen Ursprung, denn der Mensch ist von Natur ein zum Handeln gemachtes Geschöpf, wie sogar jene Gattung von Menschen beweist, welche man Reiche und Herrscher nennt. Sie suchen das ermüdende Getümmel der Vergnügungen, um sich von einer lästigen Müssigkeit zu befreien.

Wie aber ist es gekommen, und diese Frage drängt sich uns jetzt gebieterisch auf, dass ein so von Grund aus verkehrtes Gesellschaftssystem sich hat befestigen können, da doch der Mensch von Natur keineswegs voll von Lastern auf die Welt kommt. Hier findet Morelly Gelegenheit, seine Theorie von der Entwicklungsgeschichte der Nationen darzustellen.

Jede Nation verdankt ihren Anfang einer oder mehreren Familien, die die Form einer väterlichen Regierung für eine Zeit lang beibehalten. Alle Güter sind hier gemeinsam, es existiert kein Privateigentum. Das ist die Regierungsform, die ein jedes Volk ursprünglich besass und die wir noch bei den kleinen Völkerschaften Amerikas in Kraft finden. Drei Ursachen sind es nun, welche zunächst eine Schwächung der väterlichen Regierung bewirken: die durch das Anwachsen der Familie bewirkte Abnahme der Blutsverwandtschaftszuneigung (affection de consanguinité) und des Geistes der Gemeinsamkeit, die Auswanderungen und die mit einer neuen Ansiedlung verbundenen Verwirrungen und Schwierigkeiten. Anstatt dass aber die Gesetzgeber auf diese die Gemeinsamkeit schädigenden Ursachen ihre Aufmerksamkeit gerichtet hätten und bemüht gewesen wären, Gegenmassregeln zu treffen, haben die von ihnen erlassenen Gesetze den Untergang der Gesellschaftlichkeit (sociabilité) durch die monströse Teilung der Produkte der Natur, ja ihrer Elemente selbst gefördert. Ohne an der Gesamtheit der immobilen Gegenstände irgendwie zu ändern, hätten sie nur den Gebrauch und die Verteilung der Mobilien regeln sollen, was sich leicht durch die Verteilung der Geschäfte und Hülfeleistungen auf die Mitglieder der Gesellschaft hätte erreichen lassen. Anstatt dessen ist in den heutigen Staat die Unnatur, das Sondereigentum hineingebracht worden und alle moralischen und politischen Phänomene sind die Wirkungen dieser verderblichen Ursache.

Allein das Christentum machte in seiner Sittenlehre den Versuch, die wahren Grundsätze der Moral zu verkünden. Die Verfolgungen erhielten den Heroismus derer, die es annahmen, zuerst aufrecht und pflegten den wahrhaften Geist desselben, jene Gemeinschaft der Güter der Natur, jene Gegenseitigkeit der Hülfeleistung, jene Gleichheit der Verhältnisse. Aber nur zu bald bequemte sich die Moral des Christentums den politischen Einrichtungen des Heidentums an. Sie unterlag ihnen und einer sich entwickelnden mysteriösen Dogmatik. Die Ceremonieen wurden die Hauptsache. Denn der Mensch ist so konstruiert, dass er sich für gross, respektabel und wichtig hält, wenn er sich dekoriert sieht; er ist ein mit Reliquien beladener Maulesel. So ward die viel gepriesene, christliche

Liebe durch tausenderlei Mummerei verdrängt oder nahm, dem Besitz und Eigennutz zugesellt, ihre Laster an und ward ein leerer Name.

Damit war der herrliche Versuch, die Gleichheit und Brüderlichkeit auf Erden wieder herzustellen, gescheitert. Vom Scepter bis zum Hirtenstabe, von der Bischofsmütze bis zur Mönchskutte beherrscht nur der persönliche Eigennutz die Menschen und dieser hat seinen Ursprung in dem Privateigentum. Vergeblich ist daher das Streben nach einem vollkommenen Zustand von Freiheit, alles Diskutieren über die beste Regierungsform, die weiseste Republik; wenn man nicht Hand an die Wurzel des Eigentums legt, hat man nichts gethan. Dieser grausame Geist des Eigentums und Eigennutzes ist es, der alle Völker die Entwicklung von der Demokratie, in der eine ursprüngliche Gleichheit der Vermögen und Verhältnisse, eine Art von Gleichgewicht zwischen dem Eigennutz und dem Gemeininteresse erhalten wird, durch die Aristokratie, in der einige Familien sich in den Besitz der Regierung und des Gesamtvermögens der Gesellschaft gebracht haben, zum Despotismus durchmachen lässt, wo die Völker für ihre Herrscher das sind, was die zahmen Haustiere für die Menschen.

Es ist unbestritten, dass das Motiv und der Zweck jeder menschlichen Handlung der Wunsch ist, glücklich zu sein. Aber aus diesem Gefühl, infolgedessen wir alles auf uns beziehen, infolgedessen wir glauben, es sei alles für uns gemacht, gewinnt die Vorsehung das Princip der socialen Harmonie. Die Ohnmacht des Menschen belehrt ihn, dass er nicht glücklich werden kann ohne Hülfe seiner Nebenmenschen, die alle dasselbe Ziel verfolgen, wie er. Er sieht, dass sein Glück abhängt von dem der andern und dass Wohlthätigkeit das erste und sicherste Mittel seines Glückes ist. Die Wohlthätigkeit ist die erste aller moralischen Ideen, aus der alle übrigen, auch die eines Gottes, hervorgehen. Aber die wahre Wohlthätigkeit des Menschen muss frei sein von jeder Furcht und Hoffnung; deshalb setze man sie aus dem Bereich einer richtenden Gottheit. Ob der Mensch mit seinen Gedanken über die Gegenwart hinausdringt oder nicht, man mache seine moralische Güte unabhängig von jeder zukünftigen Hoffnung. Man fürchte nicht, dass der Mensch ein Atheist bleibt; nimmer leiteten Glück und Unschuld ihn zum Atheismus. Im Gegenteil, ein wohlthätiges und der Wohlthat empfängliches Geschöpf wird von Natur dahin geführt, zur Grundursache alles Guten Achtung und Liebe zu fassen. Wenn nun diese Gefühle die Menschen zu dem Glauben bringen, dass die Gottheit von den Zeichen ihrer Dankbarkeit gerührt wird, und ein Gottesdienst nötig ist, der bei den Nationen die Idee eines unendlich guten und weisen Wesens bewahrt, nämlich Bezeugungen und äusserliche Zeichen, wodurch der Mensch, was diese Ideen ihm innerlich sagen, sich selbst und andern laut zu künden scheint — dann ist es sonnenklar, dass die einzigen Ceremonieen dieses Gottesdienstes wohlthätige Handlungen sind und dass die würdigste Huldigung, welche der Mensch der Gottheit darbringen kann, in seiner Nachahmung derselben und nicht in müssig hergemurmelten, unfruchtbaren Lobpreisungen der Herrlichkeiten *des Allmächtigen* besteht. —

Morelly kehrt zu seinem Ausgangspunkt zurück, dem Problem, eine solche Situation zu finden, dass in ihr der Mensch so glücklich und so wohlthätig sei, wie er es nur in diesem Leben sein kann. Zu diesem Zwecke muss man also die Axt an die Wurzel aller Uebel, das Privateigentum, legen, und die Politik und Moral nach den Gesetzen der Natur reformieren. Hat man die Irrtümer und Vorurteile, welche das Privateigentum unterstützen, erfolgreich bekämpft, so gilt es, diese Errungenschaften durch eine vernünftige Erziehung der Nachwelt zu sichern.

Als Anhang fügt nun Morelly seinem Werke den Plan des socialen Staates hinzu, der in allen seinen Einrichtungen mit den Gesetzen der Natur übereinstimmt. Es ist nur ein hors d'œuvre, ein Beiwerk, da, wie er sagt, es unglücklicherweise nur zu wahr sei, dass in unseren Tagen ein ähnliches Gemeinwesen zu bilden fast unmöglich wäre.

An die Spitze seines Entwurfes stellt er die drei geheiligten Grundgesetze, deren Bedeutung klar zu Tage tritt, wenn man sie mit den Menschenrechten der Verfassung von 1791 vergleicht. Es sind folgende drei, die sociale Gleichheit garantierenden Sätze:

1. Nichts wird im Privateigentum sein, als was ein jeder zum wirklichen Gebrauch für die Bedürfnisse, Vergnügungen oder die tägliche Arbeit braucht.

2. Jeder Bürger wird ein öffentliches Wesen sein, unterhalten und beschäftigt auf Kosten der Gesellschaft.

3. Jeder Bürger wird seinen Kräften, Talenten und seinem Alter nach zum öffentlichen Nutzen beitragen; demgemäss werden seine öffentlichen Pflichten geregelt.

Die Nation, deren Begriff uns Morelly nicht gibt, unter der er aber wahrscheinlich die Gesamtheit der durch gemeinsame Sprache verbundenen Personen versteht, zerfällt in Provinzen, Städte, Stämme und Familien, die alle möglichst von gleicher Grösse sind und für deren Einrichtung die Zehnzahl massgebend ist. Der Zuwachs wird in neue Städte und Stämme eingegliedert. Die Einheit aber für Verwaltung wie Produktion ist die Stadt, an deren Spitze als jährlicher Beamter das Stadthaupt steht. Das Bürgermeisteramt wird der Reihe nach wechselnd von den Stammeshäuptern bekleidet. Alle Anordnungen zur Ausführung der Gesetze werden von dem Senat, der aus den über 50 Jahre alten Familienvätern zusammengesetzt ist, erlassen. Ihm steht der aus den Stammeshäuptern und den jüngeren Werkmeistern gebildete Rat zur Seite. Jede Stadt einer Provinz wird der Reihe nach berufen, das Provinzhaupt zu liefern, welche Würde in der Regel dem derzeitigen Stadthaupt zufällt. An der Spitze des Staates steht ein lebenslänglicher Präsident mit einem aus speciellen Abgeordneten gewählten Rat und Senat zur Seite.

Einer jeden Stadt ist ein zum Unterhalt ihrer Bewohner hinreichendes, zusammengelegenes und wohlabgegrenztes Gebiet zugewiesen. Liegt die Stadt indes auf unfruchtbarem Boden, so wird in ihr nur Industrie betrieben und der notwendige Unterhalt von den benachbarten Städten geliefert. In der Mitte der Stadt befindet sich ein grosser Platz, den gleichförmig die Bauten für die öffentlichen Magazine und Versammlungssäle ein-

schliessen. Hierum gruppieren sich die Quartiere der Stadt, regelmässig abgeteilt, für jeden Stamm ein Quartier, für jede Familie eine geräumige und bequeme Wohnung. Bei ihrer Anlage wird man auf die eventuell notwendige Vergrösserung durch Zuwachs der Bevölkerung Rücksicht nehmen. In einiger Entfernung von den Quartieren befinden sich in fortlaufenden Reihen die Werkstätten für die Arbeitergenossenschaften. Den äussersten Umkreis bilden die zur Aufnahme der Ackerbaugenossenschaften bestimmten Gebäude nebst Speichern, Kellern, Viehställen u. s. f. Ausserhalb der eigentlichen Stadt, in der gesundesten Lage, befinden sich die Hospitäler für die Kranken — wie gleich hier bemerkt werden möge, ist die Aufnahme in dieselben in Krankheitsfällen obligatorisch — und die Asyle für die alten und schwächlichen Bürger. Die Reinigung der Strassen und die Abfuhr in den Städten liegt einer besonderen Genossenschaft ob.

Zwecks der Produktion wird die Zahl der für jedes Gewerbe notwendigen Arbeiter nach dem Verhältnis der zu leistenden Produktenquanten berechnet, wobei besonders Rücksicht auf das aussergewöhnlich Mühevolle, welches einzelne Arbeiten haben werden, sowie darauf genommen wird, dass jede Ueberanstrengung der Arbeiter vermieden wird. Die Arbeiter schliessen sich zu Gewerbsgenossenschaften zusammen und wählen einen Meister auf je 10—20 Arbeiter, der dem Haupte der Genossenschaft Rechenschaft abzulegen hat und für Ausführung der Arbeiten verantwortlich ist. Das Gewerbe, das ein jeder erlernt hat, wozu ihn seine Neigung führt und wozu er fähig scheint, wird von einem jeden bis zum 40. Jahre, mit Ausnahme der fünf vom 20. bis 25., ausgeübt. Nach dem 40. Jahre kann ein jeder sich die Arbeit wählen. Die Häupter der Gewerbe haben die Feier- und Arbeitsstunden anzusagen und die Leitung der Arbeiten.

Vom 20. bis 25. Lebensjahre ist ein jeder Bürger zum Ackerbau verpflichtet, wenn er nicht infolge von Schwächlichkeit davon befreit ist. Der Ackerbaugenossenschaft, die aus Feldarbeitern, Gärtnern, Hirten, Holzhauern, Schanzgräbern, Fuhr- und Fährleuten, Zimmerleuten, Maurern, Schmieden und den andern zum Baugewerbe gehörigen Professionen besteht, liegt ausserdem noch der Bau der öffentlichen Wege und Wasserleitungen ob.

Die so erzeugten Produkte des Ackerbaus und der Industrie zerfallen in zwei grosse Klassen: dauerhafte, die eine Aufbewahrung vertragen, und solche, die nur eine begrenzte Dauerhaftigkeit besitzen. Die ersteren werden in den öffentlichen Magazinen aufgesammelt und zu bestimmten Zeiten an die Bürger verteilt, teils um zur Befriedigung der Bedürfnisse, teils als Vorprodukte für die Arbeiten verschiedener Gewerbe zu dienen; die letzteren werden auf die Märkte gebracht und hier den Konsumenten zugeführt. Ein Teil des Ueberschusses der dauerhaften Produkte wird für den Fall von Missernten in grossen Magazinen aufgespeichert; der Rest derselben strömt den Provinzen und Städten zu, die eventuell Mangel daran leiden oder wegen der ungünstigen Lage ihres Gebietes auf die Unterstützung der Nachbarn angewiesen sind. Tauschverkehr oder Kauf und Verkauf im Innern ist durchaus verboten. Ein Tauschverkehr mit fremden Nationen wird nur öffentlich, durch den *Staat direkt, nicht* durch die Privatpersonen betrieben.

Von der grössten Bedeutung, wie für jeden socialistischen Staat, so auch den Morellys, ist natürlich das Eheverhältnis und die Erziehung der Kinder. Alle Bürger und Bürgerinnen sind, sobald sie das mannbare Alter erreicht haben, zur Ehe verpflichtet, sobald nicht Natur oder Gesundheit ein Hindernis in den Weg legt. Das Fest der Hochzeiten wird zu Anfang jeden Jahres gefeiert. Ein jeder Jüngling wählt das Mädchen, das ihm gefällt, und nimmt sie zur Frau, nachdem er ihre Einwilligung erlangt hat. Die Ehe ist für zehn Jahre unlöslich; nach dieser Zeit kann sie auf Antrag eines Teiles gelöst werden. Die Kinder gehören im Falle der Scheidung dem Vater. Eine zweite Ehe ist erst nach einem Jahre gestattet. Die Söhne, auch wenn verheiratet, werden erst nach dem Tode ihres Vaters Familienhäupter.

Die Erziehung der aus den Ehen entsprossenen Kinder ist ebenfalls bis ins Einzelne geregelt. Bis zum fünften Jahre bleiben die Kinder in der Familie, dann werden sie in grossen Gebäuden, jedes Geschlecht getrennt, untergebracht. Eine bestimmte Zahl von Vätern und Müttern übernimmt immer für fünf Tage die Sorge für die Kinder und unterweist sie in den Gesetzen des Vaterlandes, dem Gehorsam und der Ehrfurcht gegen Aeltere, der Wahrheitsliebe. Durch ihrem Alter angemessene, leichte Beschäftigung und Spiele wird ihr Leib ausgebildet und für die spätere Arbeit vorbereitet. Mit dem zehnten Jahre treten die Kinder in die Werkstätten über, wo sie von den Meistern und Chefs einer jeden Profession unterrichtet werden. Ausser der technischen erhalten sie eine moralische und religiöse Unterweisung, durch die besonders solche Fehler der Kindheit, die den Geist des Eigentums zeigen, weise gebessert werden sollen. Im fünfzehnten oder sechzehnten Jahre verlassen sie die öffentliche Akademie und kehren in die väterliche Wohnung zurück, heiraten und üben die erlernte Profession aus, bis sie für den Ackerbau alt genug sind. Diejenigen Kinder, welche die besten Anlagen zeigen, werden von früh an in den Wissenschaften und Künsten unterrichtet, ohne dass dieses Studium indessen vom Ackerbau befreite. Die Moralphilosophie und Metaphysik wird eine staatliche sein, dagegen wird dem menschlichen Geist auf dem Gebiet der Natur- und technischen Wissenschaften vollständigste Freiheit gelassen.

Morellys Buch erschien anonym; welchen Eindruck dasselbe auf die Zeitgenossen machte, kann man daraus ersehen, dass sie dasselbe dem energischsten und leidenschaftlichsten Autor des 18. Jahrhunderts, Diderot, zuschrieben. Der Marquis d'Argenson, Minister des Aeusseren unter Ludwig XV., stellte (1756) das Buch der Bücher, wie er es nannte, hoch über Montesquieus Esprit des Lois. Den unmittelbarsten Einfluss hat es ohne Zweifel auf Mably gehabt. Im allgemeinen ist aber sein Wirkungskreis besonders in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts doch nur ein begrenzter gewesen. Neben den Werken Voltaires, besonders aber Rousseaus, die die Forderungen der sich die Herrschaft erkämpfenden Bourgeoisie aufs klarste darstellten, musste Morellys Werk, welches das Grundprincip selbst der Bourgeoisie, das private Eigentum und seine Heiligkeit, aufs unerbittlichte angriff, trotz der Feinheit und des Reichtums der Gedanken, bei der grossen Menge der Denker und Schriftsteller bald in Vergessenheit

geraten. Dagegen können wir in den Kreisen der Vorkämpfer des Proletariats, der Socialisten der französischen Revolution, sein Fortwirken verfolgen. St. Just entnahm ihm das meiste, was er in seinem Organisationsentwurf Vernünftiges hat, und Babeuf beruft sich fortwährend auf den „Code de la nature“, den er ebenfalls Diderot zuschreibt. Als dann in den dreissiger Jahren unseres Jahrhunderts die socialistische Bewegung in Frankreich einen neuen Aufschwung nahm, da war es wiederum Morelly, auf den ein Teil der französischen Socialisten, unter ihnen Louis Blanc, zurückgriff.

Morris, William, englischer Socialist, geboren 1834 in London als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns, studierte in Oxford, widmete sich dann der Malerei und dem Kunsthandwerk. In letzterer Beziehung ist er für England bahnbrechend geworden. Durch seine 1868—70 erschienene Dichtung „Earthly Paradise“ erwarb er sich den Ruhm eines der ersten englischen Dichter seiner Zeit. Er hat auch die Aeneide, Odyssee und nordische Dichtungen ins Englische übertragen. Auch manches schöne Lied verdankt das englische Volk ihm. Oktober 1892 erschien in der „Neuen Zeit“ eine Uebersetzung seiner 1890 zuerst erschienenen Utopie „Kunde von Nirgendwo“.

M. war anfangs Mitglied der Social Democratic Federation, aus der er aber 1885 mit verschiedenen Andern ausschied, um die Socialistische Liga zu gründen. Heute ist seine Wohnung „Kelmscott House, Upper Mall, Hammersmith, London“ der Mittelpunkt der Socialistischen Gesellschaft von Hammersmith. (Siehe auch den Artikel „England“.) Seine wichtigste socialistische Publikation ist eine Sammlung von sieben Vorlesungen, die 1888 in London unter dem Titel „Signs of change“ erschienen.

Most, Johann Joseph, geboren 5. Februar 1846 zu Augsburg als Sohn eines unbemittelten kleinen Beamten, wurde zu einem Buchbinder in die Lehre geschickt, kam als wandernder Geselle nach Oesterreich, Ober-Italien und nach der Schweiz. In Zürich wurde er von Anhängern der Internationalen mit dem Socialismus bekannt gemacht, dessen Ideen er schnell in sich aufnahm und in der Folge mit Feuereifer vertrat. Er ging dann nach Wien, wurde im Sommer 1869 bereits mit einem Monat Arrest bestraft und im folgenden Jahre wegen Hochverrats zusammen mit Andern zu fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt. Nach einigen Monaten wurde er gelegentlich des Wechsels des Ministeriums amnestiert und aus Oesterreich ausgewiesen. Während der folgenden sieben Jahre hat er in Deutschland rastlos agitiert. Er war nacheinander Redakteur der „Chemnitzer freien Presse“, der „Süddeutschen Volksstimme“ in Mainz und der „Berliner freien Presse“. Er wurde zweimal in den Reichstag gewählt, fiel aber bei den Wahlen nach der Reichstagsauflösung 1878 durch. Aus Berlin ausgewiesen, ging er nach London und gab dort die „Freiheit“ heraus, in der er eine überaus aufhetzende Sprache führte und die Führer der deutschen Socialdemokratie auf das heftigste angriff. Auf dem Wydener Kongress 1880 wurden von allen Seiten die schwersten Anschuldigungen gegen ihn erhoben, und schliesslich mit allen gegen zwei Stimmen folgender *Antrag angenommen:*

„In Erwägung, dass Johann Most seit längerer Zeit sich in Widerspruch mit den von ihm selbst noch unter dem Socialistengesetz vertretenen Grundsätzen der Partei gesetzt und nur noch den Einflüssen seiner häufig wechselnden Laune folgt;

in fernerer Erwägung, dass Most sich zum Kolporteur jeder gegen die deutsche Socialdemokratie erhobenen Verleumdung, komme sie von welcher Seite sie wolle, gemacht hat und notorischen Polizeiagenten trotz erteilter Warnung Vorschub leistete, nur weil sie auf die sogenannten Parteiführer schimpften;

in schliesslicher Erwägung, dass Most Handlungen begangen hat, die allen Gesetzen der Ehrenhaftigkeit widersprechen,

erklärt der Kongress, dass er jede Solidarität mit Johann Most zurückweist und ihn als aus der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ausgeschieden betrachtet."

Most wurde dann Anarchist. Nach dem Attentat auf Alexander II. von Russland im März 1881 sprach er in seiner „Freiheit" von den „gloriosen Dynamitbomben, welche bestimmt zu sein scheinen, die Menschheit von allem Uebel zu befreien". Er wurde schliesslich vor die Geschworenen gestellt und zu 16 Monaten „hard labour" verurteilt. Nach Verbüssung der Strafe ging er nach New-York und agitierte in Wort und Schrift für den Anarchismus. Von allen Mitgliedern der I. W. P. A. in Amerika führte er die wildeste Sprache. Er wurde öfter zu längern Freiheitsstrafen verurteilt. Die „Freiheit" gibt er heute noch als „Internationales Organ der Anarchisten deutscher Sprache" wöchentlich heraus. Vergl. den Artikel „Amerika".

Broschüren: Acht Jahre hinter Schloss und Riegel (Autobiographie); Die Bastille am Plötzensee, Braunschweig 1876; Die socialen Bewegungen im alten Rom und der Cäsarismus, Berlin 1878; Kapital und Arbeit, 2. Aufl., Chemnitz 1873; Der Kleinbürger und die Socialdemokratie, Augsburg 1876. Seine in Amerika erschienenen Schriften sind gesammelt in der „Internationalen Bibliothek", 1890—1892 New-York: No. 1. An das Proletariat. No. 2. Die Hölle von Blackwalls Island. No. 3. Die Gottespest. No. 4. Stammt der Mensch vom Affen ab? No. 5. Die freie Gesellschaft. No. 6. Die Eigentumsbestie. No. 9. Zwischen Galgen und Zuchthaus. No. 10. Die Anarchie. No. 11. Der Narrenturm. No. 12. Vive la Commune. No. 13. Der Stimmkasten. No. 15. Unsere Stellung in der Arbeiterbewegung; August Reinsdorf und die Propaganda der That, New-York 1890. — Artikel in der „Neuen Gesellschaft" 1877.

Motteler, Julius, geb. 18. Juni 1838, besuchte 1845—52 das Pädagogium zu Esslingen a. N., erlernte 1852—56 die Tuchmacherei und Kaufmannschaft, 1856—59 Werkführer und Buchhalter in der S. Kohnschen Tuchweberei in Augsburg, 1859—66 in Crimmitzschau, wurde Mitglied des Deutschen Nationalvereins, 1866 beteiligt bei der Organisation der sächsischen Volkspartei, gründete mit einer Anzahl infolge der Wahlbewegung von 1867 gemassregelter Arbeiter und kleiner Fabrikanten die Spinn- und Webgenossenschaft E. Stehfest & Co. in Crimmitzschau, welche ihrerseits wieder eine Anzahl (zirka 5) Schneider-Produktivgenossenschaften organi-

sieren und mit Krediten unterstützen half. Seit 1865 Delegierter der Crimmitzschauer Arbeitervereine beim Wandertag der deutschen Arbeitervereine, nahm er teil an der Entwicklung dieser Gruppen, sowie an der Gründung des „Demokratischen Wochenblattes zu Leipzig". August 1869 in Eisenach Mitbegründer der socialdemokratischen Arbeiterpartei. 1870 rief er die Crimmitzschauer Genossenschaftsdruckerei ins Leben, in der das socialdemokratische Parteiorgan „Crimmitzschauer Bürger- und Bauernfreund" gedruckt wurde. Vom 18. sächsischen Wahlkreis, Zwickau-Werdau-Crimmitzschau, wurde er 1874 und 1877 in den Reichstag gewählt. 1874 übernahm M. in Leipzig die kaufmännische Leitung der Leipziger Genossenschaftsdruckerei und Volksbuchhandlung der socialdemokratischen Arbeiterpartei Eisenacher Richtung. Als mit dem Socialistengesetz auch dies Unternehmen dem Untergang verfiel, ging M. nach München, wo er an dem „Zeitgeist" und nach dessen Eingehen an andern kleinen Parteiblättern mitarbeitete. Ende November 1879 wurde er von der Partei nach Zürich geschickt und übernahm hier wiederum die kaufmännische Leitung des von deutschen und schweizerischen Socialdemokraten gegründeten Blattes „Der Socialdemokrat". (S. d.) Mit drei andern wurde er 1888 aus der Schweiz ausgewiesen und ging nach London, wo er heute noch, auch als Mitglied des kommunistischen Arbeitervereins, für die socialdemokratische Partei thätig ist.

Moufang, Christoph, geboren 12. Februar 1817 zu Mainz, studierte Medizin, dann katholische Theologie zu Bonn, München, Giessen und wurde 1839 Priester, 1854 Mitglied des Mainzer Domkapitels und 1871 Mitglied des Reichstages. Nach dem Tode Kettelers wurde er vom Domkapitel zum Stellvertreter des Bischofs gewählt, aber von der Regierung nicht bestätigt. Er war es, der die von Ketteler begonnene Socialpolitik in radikalerem Sinne fortsetzte. Gestorben am 27. Februar 1890 zu Mainz.

Mun, Adrien Albert Marie de, geboren 28. Februar 1841 zu Lumigny. Kapitän der Kavallerie, gab er seine Entlassung, um sich dem Werke der Cercles catholiques d'ouvriers zu widmen, die von ihm 1872 gegründet wurden. Mitglied der Deputiertenkammer, hat er dort in gleicher Weise den Liberalismus und den Socialismus angegriffen und die katholisch-sociale Theorie eifrig und geschickt verteidigt. (S. Christl. Socialismus der katholischen Kirche.)

Op.: Discours. 3 vol. Paris 1885.

Münzer, Thomas, wurde um das Jahr 1490 zu Stolberg am Harz geboren; wo er seine Erziehung genossen und besonders das Studium der Theologie, zu der er sich frühzeitig hingezogen fühlte, betrieben habe, ist nicht bekannt. Von grossem Einflusse war auf ihn der Mystiker Tauler, dessen Sermones in folio er fleissig benutzt zu haben scheint. Nach einem unstäten Leben, das im einzelnen zu verfolgen hier nicht unsere Aufgabe sein kann, wurde er 1520 als Prediger nach Zwickau berufen, wo er einen Feldzug gegen die reichen Bettelmönche dieser Stadt eröffnete. Sein Streit mit seinem Kollegen Eyranus, der vor der Feindschaft Münzers die Stadt verliess, sowie seine Verbindung mit Nikolaus Storch, einem Wiedertäufer, der in Zwickau Konventikel der Gläubigen abhielt, und einer grösseren Zahl

von Tuchknappen, führte endlich im Jahre 1521 zu seiner Entsetzung vom Amt und Flucht aus der Stadt. Münzer begab sich nun nach Prag, liess hier am 1. November 1521 einen Aufruf an die Böhmen anschlagen und verkündete ihnen, dass von ihrem Lande aus die neue Kirche ausgehen werde. Doch blieb seine Thätigkeit ohne Erfolg, und nach fast halbjährigem Aufenthalt verliess Münzer Böhmen wieder, hielt sich während des Jahres 1522 in Nordhausen auf und erhielt endlich Ostern 1523 eine Predigerstelle in Alstedt, wo er sich bald nachher mit einer aus dem Kloster Widderstetten ausgetretenen Nonne, Ottilie von Gersen, verheiratete. Hier, in Alstedt, nun war es, wo Münzer in Verbindung mit Simon Haferitz und Melchior Ring seine theologischen Lehren, denen sich bald auch sociale hinzugesellten, mit dem grössten Erfolge propagierte. Seine Predigten fanden grossen Zulauf von Eisleben, Mansfeld, Langerhausen, Frankenhausen, Querfurt, Halle, Aschersleben, so dass der von Münzer gegründete Bund sehr schnell an Ausdehnung gewann. Ein Register der Anhänger wurde geführt und der „Artikel“ des Bundes „ist gewest und habens uff dye wege richten wollen, Omnia sunt communia und sollten eynem Idern nach seiner notdurfft aussgeteylt werden, nach gelegenheyt, welicher furst, graff oder herre das nit hette thun wollen, und des erstlichen erinnert den solt man dye kopfe abschlahen, oder hengen.“ Der erste Angriff Münzers und seiner Anhänger richtete sich im Juni 1524 gegen eine Kapelle des Dörfleins Mallerbach, die verbrannt wurde. Vergeblich aber versuchte Münzer mit Karlstadt und den Orlamündern einen Bund abzuschliessen, da dieselben eine Ausbreitung des Evangeliums mit weltlicher Wehr, mit Messern und Spiessen entschieden ablehnten. Von allen Seiten liefen nun Klagen gegen Münzer ein, der sich in Weimar gegen dieselben zu verantworten hatte (1. August ?). Hier leugnete er fast das Meiste, was ihm aus seinen Predigten und aufrührerischen Reden vorgehalten wurde, schwieg über die Ziele seines Bundes und gestand nur ein, dass er Unterthanen des Herrn Friedrich von Witzleben, Mansfelder Häuern und Bergknappen auf ihre Klagen gegen das Verbot ihres Herren, dem Evangelio nachzugehen, dahin beschieden hätte, es sei wohl erlaubt, einen Bund zu machen, das Evangelium zu hören. Die Fürsten, Kurfürst Friedrich und Herzog Johann von Sachsen, wagten nicht, Gewalt gegen ihn zu brauchen oder ihn aus dem Lande zu verjagen. Nach seiner Heimkehr nach Alstedt „meinte er das ernste Wort Gottes zu predigen; da kamen seine Ratsherren und wollten ihn den höchsten Feinden des Evangelii überantworten.“ Um dieser Gefahr zu entgehen, verliess Münzer bei Nacht und Nebel Alstedt und begab sich noch vor dem 15. August in die freie Reichsstadt Mühlhausen, wo er eine grössere Zahl Anhänger unter den Bürgern hatte. Trotz der Warnungen Luthers, der von vorneherein Münzers erbittertster Feind war, und eines Schreibens des Herzogs Johann, gewährte der Rat der Stadt dem Flüchtigen den Aufenthalt.

Münzer verband sich hier mit einem anderen Prädikanten, Heinrich Pfeiffer. Wir müssen daher mit einigen Worten der Thätigkeit Pfeiffers, sowie der Zustände in Mühlhausen gedenken, bevor wir die letzte Periode in Münzers Leben darstellen. Mühlhausen, obschon nur von 5000—5500

Personen bewohnt, zeichnete sich durch nicht unbedeutenden Handel und Industrie (Leinwand- und Papiermanufaktur, Frucht- und Getreidehandel, Bierbrauereien) aus, so dass durchschnittlich die Bürger, welche neben dem Ackerbau noch ein Gewerbe trieben, sich in behäbigen Verhältnissen befanden. Diese Bürger aber besassen dem Rate gegenüber keine oder nur geringe Rechte. „Ueberall drückendes Regiment, besonders aber in der freien Reichsstadt, wo es wirklich nicht mehr als 96 freie Männer gab. Das waren die Ratsherren. Die freien Reichsbürger waren in die Ketten des blindesten Gehorsams geschlagen. Der patricische Rat konnte ungerecht, hart, grausam gegen die Bürger sein; Recht gegen ihn und seine Privilegien zu finden, war nicht möglich.“ (Stephan, Anzeige betreffend die Reformationsgeschichte der Reichsstadt Mühlhausen, ib. 1842, pag. 3.) Ebenso verrottet wie die politischen waren die kirchlichen Zustände der Stadt. Die fünfzehn Kirchen und Kapellen, drei Klöster und sonstigen milden Stiftungen hatten einen grossen Haufen schmarotzender Geistlichkeit versammelt, deren Privilegien, Unverschämtheit und Korruption im geraden Verhältnis zu einander standen In diese Stadt kam nun anfangs 1523 Heinrich Pfeiffer, ein früherer Mönch, der Mut und Energie mit ungestümer Beredsamkeit verband, und predigte aufs schärfste gegen den Papst und das Teufelsgesinde des Klerus. Er fand bald Anhang unter dem gemeinen Volk, so dass trotz der Klagen des Erzbischofs Albrecht von Mainz, sowie eines kaiserlichen Mandats, der Rat der Stadt, vielleicht selbst schon innerlich gespalten, anfänglich nichts gegen ihn zu unternehmen wagte. Parallel mit der kirchlichen ging eine rein politische, gegen die Allmacht des Rates gerichtete Bewegung, im wesentlichen von Bürgern geleitet, die auf seiten Pfeiffers standen, ohne dass indes der letztere selbst aktiv daran teilnahm. Dieser Aufstand war siegreich und endigte mit der Annahme von 53 gemässigten Artikeln durch den Rat, in denen Uebelstände in Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung abgeschafft, die Steuerlast erleichtert, die Steuerpflicht auf Geistliche und Adelige ausgedehnt und freie Predigt des Evangeliums gestattet wurde. Auch nach Abschluss des Vertrages dauerten die Excesse der Prädikanten und des gemeinen Volkes gegen den katholischen Klerus fort, so dass endlich am 24. August der Rat H. Pfeiffer aus der Stadt durch die Gemeinde vertreiben liess. Aber schon Dezember 1523 konnte Pfeiffer wieder nach Mühlhausen zurückkehren, wo er von nun an in seinen Predigten auch den Rat anzugreifen begann. Doch blieb fast drei Monate nach seiner Rückkehr alles ruhig; erst Ende März 1524 kam es wieder zu Angriffen auf die katholischen Geistlichen und Bilderstürmereien, die sich nicht allein auf die Stadt Mühlhausen beschränkten, sondern sich auch schon auf das reichsstädtische Gebiet ausdehnten. Gegen Mitte August 1524 traf also Münzer in Mühlhausen ein, schloss sich natürlich an Pfeiffer als Anhänger an und setzte hier seine revolutionäre Agitation fort. Er soll unter anderem gelehrt haben, „man solle keiner Obrigkeit mehr gehorsam sein, niemandem Zinsen noch Rente zu geben schuldig sein und alle geistlichen Stände verfolgen und austreiben“ (Brief Sittichs von Berlepsch). Zugleich liess er eine Schrift: „Aussgetrückte emplössung des falschen

Glaubens der ungetrewen welt durchs gezeugnus des Evangelions Luce, vorgetragen der elenden erbermlichen Christenheit, zur innerung ires irsals. — Ezechiel am 8. Cap. — Lieben gesellen last uns auch das loch weytter machen, auff das alle wellt sehen unnd greyffen mag, wer unser grosse Hansen sind, die Got also lesterlich zum gemalten mendleyn gemacht haben. — Jerem. am 23. Cap. — Thomas Muntzer mit dem Hammer. Mülhausen M.D.XXiiij." 18 Jl. 4. erscheinen. Doch gelang es diesmal Münzer noch nicht, sich der Herrschaft in Mühlhausen zu bemächtigen; er sah sich wiederum zur Flucht gezwungen und wandte sich mit Pfeiffer nach Nürnberg, wo er eine ausserordentlich scharfe Schmährede gegen Luther veröffentlichte: „Hochverursachte Schutzrede vnd Antwort, wider das Gaistlosse Sanfft lebende fleysch zu Wittenberg, welches mit erklärter weysse, durch den diepstal der heiligen schrift die erbermdliche Christenheit, also gantz jämerlichen besudelt hat." Da er in dieser Schrift seine politischen Ansichten niedergelegt hat, werden wir auf dieselben später zurückkommen. Die meisten Exemplare der Schrift wurden vom Rat der Stadt Nürnberg konfisziert und der Geselle des Buchdruckers, der das Büchlein ohne das Vorwissen des Meisters gedruckt hatte, in das „Lochgefängnis" gesetzt. Dass Münzer in Nürnberg Anhänger hatte, beweist eine Stelle seines Briefes an Christoph N. (Meinhard nach Seidemann, Thomas Müntzer, Dresden und Leipzig 1842, pag. 49, Anm. 1): „Ich wolt ein fein Spiel mit den von Nürnberg angerichtet haben, wenn ich Lust hätte, Aufruhr zu machen, wie mir die lügenhaftige Welt Schuld giebt,... Viele vom Nürnberger Volk rieten mir zu predigen, da antwortete ich: ich wäre um deswillen nicht hinkommen, sondern mich durch den Druck zu verantworten. Da das die Herren erfuhren, klungen ihnen die Ohren. Denn gute Tage thun ihnen wohl, der Handwerksleute Schweiss schmeckt ihnen süss, gedeihet aber zur bitteren Gallen. Es wird da kein Bedenken oder Spiegelfechterei helfen, die Wahrheit muss hervor. Es hilft sie nicht das Gedicht des Evangelii annehmen. Die Leute sind hungrig, sie müssen und wollen essen, wie Amos sagt, auch Matthäi 5." Aber auch in Nürnberg war seines Bleibens nicht lange. Vom Rate der Stadt verjagt, wandte sich Münzer nach Schwaben in den Klettgau und betrieb hier, besonders in Griessen, im Hegau und in der Schweiz, eine ausserordentlich rührige Agitation unter dem bereits im Aufstand begriffenen Landvolk. In Waldshut kam Münzer in persönliche Berührung mit den schweizerischen Wiedertäufern Balthasar Hubmaier, Manz und Grebel, von denen der letztere bereits früher mit ihm im Briefwechsel gestanden hatte, ohne indes einen irgendwie bedeutenderen Einfluss auf dieselben auszuüben. Dieselben bewahrten vielmehr eine durchaus selbständige Stellung ihm gegenüber und verwahrten sich gegen jeden Versuch, die Anhänger des Evangeliums mit bewaffneter Hand zu schirmen. In seinem „Bekendtnus" äussert sich Münzer über diese Zeit seiner Thätigkeit in folgender Weise: „Im Clegkaw und Hegaw bei Basele habe er etliche artigkel wye man herschen soll aus dem Ewangelio angeben, daraus furder andere Artigkel gemacht, hatten Ine gerne zw sich genomen, habe In aber des gedanght dye entporunge habe er des orths nit gemacht, sondern seyn bereyth uff-

gestanden gewest." Die Zeit war reif und so duldete es denn Münzer nicht länger in Süddeutschland. Er kehrte nach Mühlhausen zurück (Februar 1525).

Schon vor Münzer war aber Pfeiffer wieder nach Mühlhausen zurückgekehrt, nach dem Bericht der Chroniken am 13. Dezember 1524. Trotz des Widerstrebens des Rates gelang es ihm, unterstützt von den Bewohnern der umliegenden Dörfer, die er für sich gewonnen hatte, sowie dem radikalen Teile der Vorstädter und Bürger, sich den Eintritt zur Stadt zu erzwingen. Der Rat erlitt eine vollständige Niederlage; Pfeiffer und die Achtmänner, die Führer der Revolutionäre, konnten nun ungehindert ihre Pläne zur Ausführung bringen. Gegen Ende des Jahres 1524 wurde der Rat gezwungen, die Klöster aufzuheben; ihre Güter wurden eingezogen und die Kleinodien, Monstranzen und Kelche auf dem Rathaus deponiert. Es liess sich erwarten, dass eine solche Massregel nicht ohne eine allgemeine Plünderung der Kirchen und Klöster durch den Pöbel ausgeführt werden konnte. In der zweiten Hälfte des Februar 1525 kam auch Münzer in Mühlhausen wieder an, wo er nun im stande war, seine religiösen und politischen Gedanken in Wirklichkeit umzusetzen. Er wurde von der revolutionären Partei zu Mühlhausen zum Pfarrer an der Kirche Unserer lieben Frauen eingesetzt. Da unterdessen der Bauernaufstand in Süddeutschland schon ganz bedeutend an Ausdehnung gewonnen hatte, war Münzer eifrigst bemüht, mit den Aufständischen Verbindungen anzuknüpfen und mit allen Mitteln thätig den Ausbruch eines Aufstandes in Mühlhausen und Umgebung zu veranlassen. „Lassen sich auch öffentlich hören, sie hätten auch von schwarzwäldischen Bauern Vorstand, dass sie auch ihre christlichen Brüder und Anhang sein wollten." (Briefe Sittichs von Berlepsch.) Ausserdem wurden auch militärische Vorkehrungen von den Mühlhäusern getroffen, um den Drohungen Georgs von Sachsen und Philipps von Hessen zu begegnen, die sich der Sache der patricischen Ratsherren und des katholischen Klerus angenommen hatten. Unterstützt von Münzer und Pfeiffer gingen die Achtmänner energisch gegen den alten Rat vor. Sie verlangten Abschaffung von Zins und Rente und Aufnahme der Mitglieder ihrer Partei in die vier jährlich wechselnden Ratskollegien, und zwangen den Rat endlich, die Entscheidung der Frage, ob man den alten Rat behalten oder einen neuen wählen sollte, den Bürgern zur Entscheidung vorzulegen. Am 16. März 1525 fand die Abstimmung statt, die die Wahl eines neuen Rats verlangte. Von dem Bürgerausschuss wurde am folgenden Morgen (17. März) ein neuer, aus 16 Mitgliedern bestehender, sogenannter „Ewiger Rat" gewählt, der in der Hauptsache aus Kleinbürgern bestand. Ueber die Thätigkeit des Rates ist wenig bekannt, „sicher ist jedoch, dass er sich nicht von der Umsturzpartei ins Schlepptau nehmen liess". (O. Merx, Thomas Münzer und Heinrich Pfeiffer, Göttingen 1889, Pag. 110.) Die Konfiskation der Kirchengüter dauerte fort und ging in völlig geregelter Weise vor sich. „Es ergibt sich zur Genüge, dass nicht kopf- und planlos gehandelt wurde, dass jedenfalls *auch nicht* eine derartige Unordnung in der Stadt herrschte, wie sie bisher *immer geschildert* wurde." (O. Merx, l. c., Pag. 111.) Ueber das Treiben

Münzers und Pfeiffers nach Absetzung des alten Rates bis zum Ausbruch des Bauernkrieges wissen wir eigentlich gar nichts.

Am 26. April 1525 begann der Thüringische Bauernkrieg mit dem Zug der Mülhauser auf Langensalza unter Pfeiffers Führung. Mühlhausen war so ein Centrum der Revolution, von dem aus sich der Aufstand in die Grafschaften Hohenstein, Stollberg, Mansfeld, Beuchlingen, ins Erfurtische, Schwarzenburgische, Altenburgische, Meissensche, Koburgische, nach Schmalkalden, Eisenach, ins Eichsfeld und Braunschweigische verbreitete. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Züge Münzers und Pfeiffers vom 26. April an bis zur Schlacht von Frankenhausen (15. Mai) im einzelnen zu verfolgen; es genügt zu sagen, dass nach einer Mühlhauser Chronik (in Schmidts Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, IV, 380—383) ihre Hauptthätigheit im Eichfeld- und Mansfeldischen war. „Dienstag nach Misericordias sprach Münzer zu dem Haufen, ihm wäre im Traum angezeigt, er sollte nach Aufgang der Sonne ziehen. Da verliefen etliche Hessen und Eichsfelder. Er aber mit den Andern zog wieder nach Mühlhausen, und ruhte allda einen Tag.“ (Chronik ibid. 382.) Am Donnerstag zog also Münzer mit einem kleinen Haufen nach Frankenhausen; es war ihm aber nicht gelungen, die Mühlhauser Bürger zum Mitzuge zu bewegen. Die von dem Lager zu Frankenhausen mit Albrecht von Mansfeld gepflogenen Verhandlungen nahmen nun ein Ende. Münzer richtete an diesen, sowie an den Grafen Ernst von Mansfeld zwei „im massivsten Prophetenstil gehaltene Briefe“ (12. Mai), die, wie Zimmermann (Bauernkrieg III, 774) richtig hervorhebt, aus einer an Wahnsinn streifenden Stimmung heraus geschrieben sind. Münzers Lage war verzweifelt; sein Haufe war innerlich gespalten, schlecht bewaffnet und undiscipliniert; an Sieg über die heranziehenden Fürsten war nicht zu denken. Die Schlacht von Frankenhausen (15. Mai) endigte mit einem fürchterlichen Blutbad der Bauern. Münzer, der sich durch die Flucht zu retten suchte, wurde gefangen genommen und in die Hände der rachsüchtigen Fürsten geliefert. Auf der Folter, später im Turm zu Heldrungen und bei seiner Hinrichtung zeigte sich der imponierende Charakter des gefangenen Propheten im schönsten Lichte. Von Heldrungen aus schrieb er an die zu Mühlhausen einen Sendbrief, in dem er ihnen von der Fortsetzung des Aufstandes abriet. Unterdessen war auch Pfeiffer, der anfänglich in Mühlhausen zurückgeblieben war, nach der Schlacht von Frankenhausen aber die Stadt verlassen hatte, nach verzweifeltem Kampfe gefangen und ins Lager der Fürsten von Mühlhausen gebracht worden, wo er enthauptet wurde. „Er verschmähte Beicht und Sakrament und starb lautlos, ohne Furcht und ohne Reue.“ Auch Münzer wurde in das Lager geholt, um hier enthauptet zu werden. Im Ring gestand er, dass er allzu Grosses, über seine Kräfte gehendes gewagt habe, und ermahnte die Fürsten, „sie sollten gegen ihre Unterthanen nicht mehr so hart verfahren, damit sie solcher Gefahr nicht ferner gewärtig sein dürften, und empfahl ihnen, die Bücher Samuelis und der Könige fleissig zu lesen und sich darin zu spiegeln“.

Münzers religiöse Richtung hat ihre Wurzeln in der mittelalterlichen Mystik, deren Hauptvertreter Tauler, einer seiner Lieblingsschriftsteller, war.

Im Gegensatz zur gelehrten Theologie und äusserlichen Kenntnis der Bibel, die er äusserst gering schätzt, betont er die unmittelbare Gemeinschaft der Menschen mit Gott, die sich in Träumen, Gesichten und Offenbarungen kund thut. Nicht jede solche Offenbarung ist aber eine gültige, ihr Wert wird erkannt an dem Geiste tiefer Betrübnis, innerer Angst und Zerknirschung, der die Seele bei der Empfängnis der Offenbarung beherrschen muss. Die Seele muss aller fleischlichen Lust entgröbet sein, wenn sie zur wahren Furcht Gottes kommen soll. „Da muss sein Fürchten und Zittern, dann die Verwunderung, die Langeweile und die Studierung, welche hervorbringen Verzweiflung und Unglauben und Schrecken, die in der Gelassenheit und der grössten Ergebung und Selbstverleugnung, zugleich aber im Bewusstsein der Auserwählung und Seligkeit enden" (Seidemann, Th. Münzer, Pag. 58). Die Gleichheit des Leidens der Menschen mit Christo bringt die Rechtfertigung, nicht aber der Glaube. In der thätigen Askese wird der Mensch eins mit Gott. — Ein asketischer, fanatischer Zug geht durch das ganze Leben und Wirken Th. Münzers hindurch. Die Zeit ist reif für die Gründung eines neuen Gottesreiches; mit der Schärfe des Schwertes müssen die Gottlosen von der Erde vertilgt werden. Auch für ihn ist die Gewalt die Wehmutter einer neuen bessern evangelischen Gemeinschaft. Während er anfänglich wohl noch hoffte, die Fürsten, besonders die beiden Herzöge von Sachsen, für sich zu gewinnen, wie aus seiner vor diesen gehaltenen Predigt: Auslegung des andern Unterschieds Danielis, Anfang 1524, hervorgeht, ist er Mitte dieses Jahres schon vollständig zu der Ueberzeugung durchgedrungen, dass das neue evangelische Reich nur im Kampf gegen die Fürsten errungen werden könnte. Aus dem Prediger des Evangeliums, der in erster Linie den Kampf gegen die verrotteten Zustände der katholischen Kirche führte, hatte sich der enthusiastische Agitator herausentwickelt, der den Kampf auch gegen die verrotteten Zustände des Staates und der Gesellschaft aufnahm und die Rettung der Welt nur in einem demokratischen Kommunismus erblickte. So wandte er sich nun ausschliesslich an den gemeinen Mann, dessen Elend und Leiden er in einem vieljährigem Wanderleben von Grund aus kennen gelernt, wenn er auch die Fürsten und Adligen niemals ganz von der Mitgliedschaft seines Bundes ausschloss. „Er war einer der Menschen, welchen das Elend und die Schmach der Völker am tiefsten zu Herzen gegangen waren; er hasste mit der ganzen Glut einer enthusiastischen Seele die Unterdrücker des Volkes; er sah in ihnen die Verderber der Welt, die Umkehrer der göttlichen Ordnung, welche die Menschheit ihrem Eigennutz und ihren Wollüsten opfern, sie auf jede Art missbrauchen und jede heilsame Entwicklung hemmen" (Schmoller in der Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften XVI, 696 und 697). Aus allen seinen Schriften aus den Jahren 1524 und 1525 spricht dies tiefe Mitleid mit den Armen und dieser Hass gegen ihre Quäler und ihre schmeichlerischen Helfershelfer, die Pfaffen und Schriftgelehrten, an deren Spitze er den Erzbuben, den wittenbergischen Papst stellte. So greift er in der „Ausgetruckten Emplössung des falschen *Glaubens*", Mühlhausen 1524, A. 4. b., die falschen Prediger an:

Da werden denn die armen dürftigen Leut also hoch betrogen, dass

es keine Zunge gering erzählen mag; mit allen Worten und Werken machen sie es ja also, dass der arme Mann nicht lesen lerne vorm Bekümmernis der Nahrung, und sie predigen unverschämt, der arme Mann soll sich von den Tyrannen lassen schinden und schaben. —

Sie haben ihr Möglichstes gethan, die Bauern und andern armen dürftigen Leute in Unwissenheit und Knechtschaft zu erhalten, wie er noch einmal C. 2 hervorhebt:

Ach Gott, die Bauern sind arbeitselige Leute, sie haben ihr Leben mit der ganz sauren Nahrung zugebracht, auf dass sie den erzgottlosen Tyrannen den Hals gefüllt haben. Was sollte denn das arme grobe Volk wissen?

Die Fürsten aber sind nur Henker und Büttel, Schinder und Schaber des gemeinen Mannes, wie er sie in derselben Schrift, B. 3, nennt:

Deshalben sagt Paulus zun Römern am dreizehnten Kapitel, dass die Fürsten sind nicht umb der Furcht des guten Werks, sondern um der trügerischen Furcht des Bösen. Darum sind sie nicht anderst dann Hencker und Büttel, da ist ihr ganzes Handwerk, welches ist nun anders das böse Werk.

Und ähnlich in der „Hochverursachten Schutzrede", B. 3:

Sieh zu, die Grundsuppe des Wuchers, der Dieberei und Räuberei sind unsere Herren und Fürsten; nehmen alle Kreaturen zum Eigentum. Die Fisch im Wasser, die Vögel in der Luft, das Gewächs auf Erden muss alles ihnen sein. Jesai. 5. Darüber lassen sie dann Gottes Gebot ausgehen unter die Armen und sprechen: Gott hat geboten, Du sollst nicht stehlen; es dienet aber ihnen nicht. So sie nun alle Menschen verursachen, den armen Ackermann, Handwerkmann und alles das da lebt, schinden und schaben. Micha 3. So er sich dann vergreift am aller geringsten, so muss er henken. Da sagt denn der Doktor Lügner (Luther) Amen. Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann feind wird; die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht wegthun, wie kann es die Länge gut werden. So ich das sage, muss ich aufrührerisch sein; wohl hin.

Da sie, die Regenten, aber nicht allein wider den Glauben, sondern auch wider ihre natürlichen Rechte handeln, so muss man sie erwürgen, wie die Hunde. „Denn," so schreibt er an den Schosser zu Allstedt, Joh. Zeyss, am 22. Juli 1524 (in „Neue Mittheilungen des Thüringisch-Sächsischen Vereins", XII, 171): „es ist klärlich am Tage, dass sie vom Christenglauben ganz und gar nichts halten. Da hat ihre Gewalt auch ein Ende, sie wird in kurzer Frist dem gemeinen Volke gegeben werden ... Denn es wird nun fortan kein Volk seinem eigenen Herrn glauben; so kann auch das Volk dem Herrn und der Herr dem Volk nicht helfen; da ist der Ursprung alles Todschlagens also erbärmlich durch richtige und bescheidene Menschen anzusehen, dass einem billich das Hertz vor Angst zittert. Noch bespottet das die unsinnige Welt, sie meint, es sei noch das alte Leben; sie geht immer in ihrem Traum dahin, bis dass ihr das Wasser über dem Kopfe zusammenschlägt. —

Die Verkehrtheit des Regiments ist also eine so furchtbare geworden, dass nur eine gewaltige Revolution von unten die Welt aus ihrem Elende zu erretten vermag. Dieser Gedanke kehrt auch in seiner Schrift „Ausgetruckte Emplössung“, B. 4, wieder:

O aller liebster Bruder, wozu erinnert uns dies Evangelion anderst, denn dass der Glaube mit alle seinem Ursprunge hält uns unmögliche Dinge vor, welche die Zärtlinge nimmer mehr wähnen, dass sie ins Werk kommen sollen, die ganz unsinnige phantastische Welt bringt herfür einen falschen glosierten Weg und sagt mit einem spitzen Zünglein: Ei man mag wohl das Evangelium predigen, Gott allein fürchten und auch die unvernünftigen Regenten in Ehren halten, wiewohl sie wider alle Billigkeit streben und Gottes Wort nicht annehmen. Ach um Gottes Willen man sol ihnen in allen Sachen den guten Junckern gehorsam sein. Ei willkommen die Verteidiger der Gottlosen, wie feyn, fein muss das stehen, dass man also löblich zweien Herren, die widereinanderstreben, dienen könnte, wie der Regenten Räthe thun. Oho wie kündig weiss sich da die kluge Vernunft, welche sich mit der Lieb des Nächsten in ihrer Heuchelei pflegt zu putzen und aufs visierlichste zu schmücken. Ja es ist ganz unmöglich zu unseren Zeiten viel mehr dann vom Anbeginn des verkehrten Regimentes, dass die ganze Welt muss den Puff halten. Ja es dünkt unzählige Leute mächtig grosse Schwärmerei zu sein. Sie können nicht anderst urteilen, denn, dass es unmöglich sei, dass ein solches Spiel solt angerichtet und vollführt werden, die Gottlosen vom Stuhl des Urteil zu stossen und die niedrigen groben erheben.

Das Volk wird frei werden und Gott will allein der Herr darüber sein. (Hoch verursachte Schutzrede, Schluss.) Den Fürsten wird das Schwert, das sie sich zu Unrecht usurpiert haben, genommen werden und die Gemeinden werden souverän sein, wie er in der „Hochverursachten Schutzrede“, B. 2. b, ausführt:

Wie ich klärlich vor den Fürsten ausbreitete, dass eine ganze Gemeinde Gewalt des Schwerts habe, wie auch den Schlüssel der Auflösung und sagte vom Text Danielis 7, Apo. 6, Roman. 13, 1. Könige 8: dass die Fürsten keine Herren, sondern Diener des Schwertes seien; sollens nicht machen, wie es ihnen wohl gefällt Deuter. 17, sie sollen recht thun. Darum muss auch aus altem guten Brauch das Volk daneben sein, wenn einer recht verrichtet wird nach dem Gesetz Gottes Num. 15. Ey warum?: Ob die Oberkeit das Urteil wollte verkehren Jesai. 10, so sollen die umbstehenden Christen das verneinen und nit leiden, denn Gott will Rechenschaft haben vom unschuldigen Blut, Psalm. 78. Es ist der aller grösste Greuel auff Erden, dass Niemand der Dürfftigen Not sich will annehmen; die Grossen machens wie sie wollen, wie Job am 41. beschreibt.

Wie weit nun die Gütergemeinschaft, zu der Münzer sich in seinem „Bekenntnis“ bekannt hat, gegangen ist, ob so weit nur wie die Forderung der aufständischen Bauern (Wald, Wild und Fische), oder ob sie sich auf alle Güter erstreckt hat, wofür das „Omnia simul communia“ spräche, lässt sich heute nicht mehr entscheiden. Ueberhaupt ist uns über die kommunistischen Gedanken Münzers im einzelnen nichts berichtet worden.

Neue Rheinische Zeitung. Die N. R. Z. wurde im Mai 1848 in Köln von Demokraten und Kommunisten gegründet. Sie erschien vom 1. Juni 1848 bis 19. Mai 1849, in sieben Nummern wöchentlich. Eine kurze Unterbrechung fand nur statt während des in Köln im Jahre 1848 herrschenden Belagerungszustandes. Redakteure der Zeitung waren: Karl Marx, Friedrich Engels, Wilhelm Wolff, Ernst Dronke, Georg Weerth und vom Oktober 1848 an Ferdinand Freiligrath. Marx war Chefredakteur und eigentlicher Leiter des Blattes. Gemäss den im kommunistischen Manifest entwickelten Grundsätzen kämpften die Herausgeber der N. R. Z. Schulter an Schulter mit den Demokraten zur Vernichtung des gemeinsamen Feindes, des Junkertums. Als die preussische Nationalversammlung am 15. November 1848 den Steuerverweigerungsbeschluss gefasst hatte, erklärte die N. R. Z. die Steuerverweigerung für die erste Pflicht des Bürgers, die Steuereinzahlung für Hochverrat. Am Kopfe jeder Nummer war von nun an in grossen Lettern gedruckt: Keine Steuern mehr! Die Redakteure wurden deshalb wegen Aufreizung zur Rebellion vor die Assisen gestellt, von den Geschworenen aber freigesprochen. Der in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern von Marx ausgeführte Gedanke, dass in Deutschland eine nur politische Revolution nicht siegreich sein könnte, sondern allein eine politisch-sociale, eine proletarische Revolution, wird auch von der N. R. Z. vertreten.

Hervorgehoben werden muss, dass die Zeitung für die volle Selbständigkeit Italiens, Polens und Ungarns eintrat. In einem demokratischen Polen erblickte sie das beste Bollwerk gegen den Czarismus und den Absolutismus überhaupt und somit auch eine Bedingung der Herstellung der deutschen Demokratie.

Die N. R. Z. war auf Aktien gegründet, die zum grössten Teil in den Händen demokratischer Kleinbürger waren. Diese waren mit der Haltung des Blattes durchaus nicht einverstanden, viele traten zurück, besonders dann, als Marx für die von Cavaignac in der Junischlacht besiegten Pariser Proletarier eintrat. So war die Finanzlage des Blattes immer eine schwierige, trotz der nicht unbedeutenden Abonnentenzahl von 5—6000.

Auf die Haltung des Blattes in einzelnen Fragen können wir hier nicht eingehen. Einzelne Artikel, z. B. die „fürchterlich aufreizenden Brandartikel" über die „schlesische Milliarde" von Wilhelm Wolff, sind später in Broschürenform erschienen und noch im Buchhandel. Das Blatt führte eine durchaus revolutionäre Sprache, die „Kreuzzeitung" spricht von „Chimborassofrechheit".

Als im Mai 1849 die Reaktion erstarkte, schritt die Regierung zur Unterdrückung. Marx erhielt am 16. Mai die Ausweisungsordre. In der am 19. Mai erschienenen letzten Nummer heisst es in dem Schlusswort der Redaktion an die Arbeiter Kölns: „Wir warnen Euch schliesslich vor jedem Putsch in Köln. Nach der militärischen Lage Kölns wäret Ihr rettungslos verloren. Ihr habt in Elberfeld gesehen, wie die Bourgeoisie die Arbeiter ins Feuer schickt und hinterher aufs niederträchtigste verrät."

Die Redakteure versichern, dass ihr letztes Wort überall und immer sein wird: Emancipation der arbeitenden Klasse!

Das von Freiligrath stammende „Abschiedswort der Neuen Rheinischen Zeitung“, das in der letzten, mit roten Lettern gedruckten Nummer erschien, lautet:

Abschiedswort der Neuen Rheinischen Zeitung.

(19. Mai 1849.)

Kein offner Hieb in offner Schlacht —
Es fällen die Nücken und Tücken,
Es fällt mich die schleichende Niedertracht
Der schmutzigen West-Kalmücken!
Aus dem Dunkel flog der tötende Schaft,
Aus dem Hinterhalt fielen die Streiche —
Und so lieg' ich nun da in meiner Kraft,
Eine stolze Rebellerleiche!

Auf der Lippe den Trotz und den zuckenden Hohn,
In der Hand den blitzenden Degen,
Noch im Sterben rufend: „Die Rebellion!“ —
So bin ich mit Ehren erlegen.
O, gern wohl bestreuten mein Grab mit Salz
Der Preusse zusammt dem Czare —
Doch es schicken die Ungarn, es schickt die Pfalz
Drei Salven mir über die Bahre!

Und der arme Mann im zerriss'nen Gewand,
Er wirft auf mein Haupt die Schollen;
Er wirft sie hinab mit der fleissigen Hand,
Mit der harten, der schwielenvollen.
Einen Kranz auch bringt er aus Blumen und Mai'n,
Zu ruh'n auf meinen Wunden;
Den haben sein Weib und sein Töchterlein
Nach der Arbeit für mich gewunden.

Nun ade, nun ade, du kämpfende Welt,
Nun ade, ihr ringenden Heere!
Nun ade, du pulvergeschwärztes Feld,
Nun ade, ihr Schwerter und Speere!
Nun ade — doch nicht für immer ade!
Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!
Bald richt' ich mich rasselnd in die Höh',
Bald kehr' ich reisiger wieder!

Wenn die letzte Krone wie Glas zerbricht,
In des Kampfes Wettern und Flammen,
Wenn das Volk sein letztes „Schuldig!“ spricht,
Dann steh'n wir wieder zusammen!
Mit dem Wort, mit dem Schwert, an der Donau, am Rhein, —
Eine allzeit treue Gesellin
Wird dem Throne zerschmetternden Volke sein
Die Geächtete, die Rebellin!

New Harmony ist der Name einer kommunistischen Kolonie, welche *im Anfange des zweiten* Viertels dieses Jahrhunderts von Robert Owen

übernommen wurde. Owen kaufte im Dezember 1824 von den Anhängern Rapps (s. d.) einen Komplex von 30,000 Acres, von dem ein grosser Teil bereits unter Kultur stand. Er fand ein fertiges Dorf vor, Obstgärten, Weinberge und üppige Kornfelder, gebot ausserdem über grosse Kapitalien, so dass alle Voraussetzungen für das Gelingen des Planes erfüllt zu sein schienen. Auf seine Aufforderung an die Fleissigen und seinen Ideen Ergebenen aller Nationen, mit ihm eine kommunistische Mustergemeinde zu gründen, fanden sich in kurzer Zeit zirka 900 Personen ein, unter diesen allerdings manche Abenteurer und Müssiggänger.

Da Owen es nicht für möglich hielt, aus so heterogenen Elementen eine seinen Ideen entsprechende kommunistische Gemeinde zu bilden, so sollte bis zu der Zeit, wo die Mitglieder sich gegenseitig erzogen hätten, eine provisorische Verfassung gelten, nach der jeder aus dem gemeinsamen Fonds einen seiner Arbeitsleistung entsprechenden Anteil erhalten sollte. Später sollte dann der Grundsatz durchgeführt werden, dass jeder einen seinen Bedürfnissen entsprechenden Teil entnehmen dürfe. Die Leitung der Gemeinde legte Owen dann in die Hände eines provisorischen Verwaltungskörpers und segelte nach England zurück, um hier für seine Idee weitere Propaganda zu machen. Da die Mittel der Kolonie infolge seiner Freigebigkeit gross waren, so litten die Mitglieder derselben keine Not, waren vielmehr in der Lage, ein sehr vergnügtes Leben zu führen. Eine Musikkapelle wurde gebildet und die von den Harmonisten gebaute Kirche in ein Konzert- und Balllokal verwandelt.

Als Owen im nächsten Jahre zurückgekehrt war, beschloss man trotz seines Abratens in einer bald darauf abgehaltenen Generalversammlung, die provisorische Regierung fallen zu lassen und zum reinen Kommunismus überzugehen. Einige Mitglieder, welche dieser Aenderung nicht zustimmten, schieden jetzt bereits aus und gründeten eine selbständige Gemeinde. Die neue Verfassung erwies sich sehr bald als unhaltbar, man übertrug deshalb an Owen die vollständige Leitung. Er hatte sich als Fabrikdirektor bereits als tüchtiger Organisator bewährt, so gelang es ihm auch hier in kurzer Zeit, Ordnung herzustellen, es wurde tüchtig gearbeitet und eine Zeit der Blüte schien gekommen zu sein. Doch bald entstanden wieder Streitigkeiten, ein Teil der Mitglieder machte sich selbständig, man verlangte Teilung des Gesamteigentums in vier Sektionen, welche in freundschaftlichem Verkehr zu einander stehen, aber wirtschaftliche Einheiten bilden sollten, und entwarf eine Konstitution nach der andern, welche das Gedeihen sichern sollten. Owen selbst erliess in dieser Zeit seine berühmte Erklärung der geistigen Unabhängigkeit, in der er sagt: „Ich erkläre nun Euch und aller Welt, dass der Mensch bis zu dieser Stunde der Sklave einer Dreiheit der ungeheuerlichsten Uebel, welche vereint alle geistigen und physischen Uebel des Menschengeschlechts hervorgebracht haben, gewesen ist. Da ist zuerst das Privat- oder individuelle Eigentum, die irrationellen Religionssysteme und die Ehe, welche sich gründet auf das individuelle Eigentum und das irrationelle Religionssystem.“ Bald darauf wurde Owen krank, worauf sich die Verwirrung noch steigerte. Viele Mitglieder verliessen die Gemeinde, deren Zusammenbruch bald von allen

als unvermeidlich betrachtet wurde. Owen kehrte 1827 nach England zurück. Als Ursache des Misslingens des Experiments wird von einem Anhänger des Kommunismus angegeben: Owen verlangte Ehrlichkeit der Absicht, und er fand nur Unehrlichkeit; er verlangte Mässigkeit, und er hatte fortwährend gegen die Trunksucht anzukämpfen; er sehnte sich nach Reinlichkeit, und sah nur Schmutz; er begehrte Sorgfalt, aber er fand nur Sorglosigkeit; er förderte das Streben nach Kenntnissen, aber er stiess auf unüberwindliche Apathie. Er suchte alle diese guten Eigenschaften in jedem einzelnen Mitgliede vereinigt, aber er wurde überall bitter enttäuscht. Selbst bei den Eltern fand er nicht einmal Ausdauer und Opferfähigkeit genug, die Kinder in diesen Grundsätzen zu erziehen. Daraus lässt sich übrigens schliessen, dass seine Principien entweder falsch waren, oder dass unser Geschlecht noch nicht reif für dieselben ist. Aehnlich sagte Robert Dale Owen, der selbst mit seinem Vater in New Harmony war und später dort noch viele Jahre gelebt hat, über die Gemeinde: „Es war dort kein Fleiss und kein gegenseitiges Vertrauen, keine praktischen Erfahrungen, keine Einheit der Handlungen, weil keine Uebereinstimmung, zu finden, und das war der Felsen, gegen welchen das sociale Schiff anstiess und zerschellte.“

Nieuwenhuis, Domela, holländischer Agitator, ehemals Prediger an der lutherischen Kirche im Haag, liess sich 1880 bereits als Kandidat für die zweite Kammer aufstellen, erhielt aber nur wenige Stimmen. Nachdem das Wahlrecht weiter ausgedehnt war, erhielt er 1888 in der Stichwahl einen Sitz, den er bei den folgenden Wahlen jedoch schon wieder verlor. Als er nach den Februarwahlen von 1890 nach Deutschland kam, wurde er von den deutschen Behörden sofort ausgewiesen. Seit dem Pariser Kongress bestand zwischen ihm und Liebknecht, den Nieuwenhuis in seiner Zeitung heftig angegriffen hatte, eine Spannung, die in Brüssel 1891 bei den Beratungen über die Stellung der Socialdemokratie im Kriegsfalle zu einem heftigen Konflikt führte (siehe darüber Seite 385/86). Diese Vorgänge wiederholten sich auf dem Zürcher Kongress 1893 (Seite 391) hier wie dort mit dem Resultat, dass Nieuwenhuis in der Minorität blieb.

Op. Grond en Boden in gemeenschappelijk Bezit; — Allgemeen Stemrecht; — Wat willen de Soziaaldemokraten? Aus dem Deutschen; — Over het Wezen des Grondwet; Myn Abscheid van de Kerk.

Normalarbeitstag. Die Forderung des Normalarbeitstages ist eine sehr alte, hervorgegangen aus dem Gefühl des schneidenden Kontrastes zwischen der mehr und mehr sich verschlimmernden Lage der Arbeiter und dem sich ungeheuer steigernden Reichtum der Nationen. Es ist der Ausdruck des Verlangens, an den Segnungen der Kultur teilzunehmen, teilzunehmen an dem Wohlleben, das sie geschaffen und das sie nicht geniessen. Mit der Entwicklung der Industrie war auch die Lage der Arbeiter schlechter und die Arbeitslast, die sie unter das Niveau von Menschen herabdrückte, eine immer grössere geworden. Mehr und mehr dehnte sich die Länge des Arbeitstages bis zur vollständigen Aussaugung *aller Kräfte des Arbeiters* aus, und mit gesteigerter Anwendung der

Maschinen wuchs auch der Bedarf an Kinder- und Frauenarbeit, so die Arbeitergenerationen vor ihrer Geburt schon und in der Entwicklungszeit der Kindheit in ihrer körperlichen Gesundheit schädigend, ihren Leib missgestaltend, ihren Geist verkümmernd, ihre moralische Anlage depravierend. Beschränkung der Arbeitszeit, damit die Arbeiter Zeit für ihre Erholung, geistige Ausbildung und die Erfüllung socialer und bürgerlicher Pflichten finden, das ist die Forderung, die, jetzt international geworden, die Arbeitermassen bewegt und die in langem hartem Kampfe bereits in den Gesetzgebungen fast aller Länder mehr oder weniger zur Anerkennung gebracht worden ist.

Die von den Unternehmern eingewendeten Nachteile einer verkürzten Arbeitszeit, dass sie nämlich die Industrie schädigt und auch für den Arbeiter keinen Vorteil bringt, da sie die Löhne herabdrückt, sind nach Ansicht aller Oekonomen nicht damit verbunden. Im Gegenteil — die Industrie wird zu technischen Verbesserungen, verständigerem, intensiverem Wirtschaften gezwungen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein ganz gewaltiger Hebel technischen Fortschritts. In manchen Gewerben wird auch die Menge erzeugter Waren durch sie in keiner Weise vermindert. Die Leistungsfähigkeit des Arbeiters, seine Frische und Aufmerksamkeit und damit die Intensität seiner Arbeit ist der Länge des Arbeitstages umgekehrt proportional. Ueberall hat die Einführung kürzerer Arbeitszeit dieses Resultat ergeben: grössere Menge des Produktes, besseres Produkt und weniger Unfälle. Da ausserdem durch diese die Ueberzeitarbeit unmöglich gemacht wird, so muss die Produktion gleichmässiger über das ganze Jahr verteilt, die Saisonarbeit bedeutend beschränkt werden und wird damit ein Teil Arbeitslosigkeit aus der Welt geschafft.

Von der grössten Bedeutung aber sind ihre sittigenden Einflüsse, wie sie besonders schon in Australien als ihre Wirkungen hervortreten. Hier hat in den Kolonien, wo der Achtstundentag herrscht, die Trunksucht sich stetig vermindert, wie die Vergleichung des Alkoholverbrauchs beweist: Frankreich 5,10 Gallonen, England 3,87, Deutschland 3,08, Neuseeland 1,70. Ein ebenso deutlicher Beweis ist das Verhalten der australischen Schankwirte, die am lebhaftesten gegen den Achtstundentag agitiert haben, weil sie von der grösseren Musse und besseren Lebensstellung der Arbeiter eine Schädigung ihrer Geschäftsinteressen befürchteten.

Hinsichtlich der Länge des Normalarbeitstages ist jetzt wohl das allgemeine Ziel, nach dem die Arbeiter ringen, der Achtstundentag, der eine wunderbare Gewalt in dem Gedankenkreise derselben als das Heilmittel wenn auch nicht für alle, so doch viele sociale Uebel der Gegenwart gewonnen hat. Man preist ihn als das Mittel, das vielen Arbeitslosen Arbeit verschaffen, das der durch den Fortschritt des Maschinenwesens erzwungenen Arbeitslosigkeit wirksamen Einhalt gebieten, die Löhne steigern, da es die Konkurrenz zwischen beschäftigten und nicht beschäftigten Arbeitern vermindert, und die Lage der kleinen Kaufleute durch die Steigerung der Konsumtionskraft der Arbeiter verbessern wird. Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf und acht Stunden Musse wird als

die ideale Einteilung des Arbeitstages verkündet, und mit wunderbarer Zähigkeit haben die Arbeiter an diesem Ideale festgehalten.

Schon im Jahre 1817 hatte Robert Owen acht Stunden als die Dauer eines richtigen Arbeitstages bezeichnet und hatte in seinen Fabriken einen Arbeitstag von 10½ Stunden netto eingeführt. Seitdem ist die Forderung des Achtstundentages unaufhörlich in den Programmen nicht nur der nationalen, sondern auch der internationalen Organisationen der Arbeiter wiedergekehrt. So wurde schon auf dem Genfer Kongress der Internationalen 1866 (s. d.) ein internationaler Normalarbeitstag von acht Stunden für Erwachsene verlangt und auf dem Pariser Kongress der Socialisten marxistischer Richtung 1889 war die Arbeiterschutzgesetzgebung im allgemeinen, speciell aber der Achtstundentag Gegenstand ausführlicher Diskussion (s. Internationale Kongresse, pag. 378). Es wurde eine grosse Resolution angenommen, in der unter anderm der Achtstundentag und eine ununterbrochene Ruhepause von wenigstens 36 Stunden die Woche für alle Arbeiter verlangt wurde. Ausserdem sollte für einen bestimmten Zeitpunkt eine grosse internationale Manifestation organisiert werden und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen. Als Zeitpunkt wurde der 1. Mai 1890 als Tag der internationalen Kundgebung angenommen. Eine Kommission von fünf Mitgliedern wurde ernannt, um für die Ausführung der vom Kongress beschlossenen Resolution hinsichtlich der Arbeiterschutzgesetzgebung, speciell des Normalarbeitstages, Sorge zu tragen; zum Sitz derselben wurde die Schweiz bestimmt. Unter dem Titel „Der Achtstundenarbeitstag“ sollte eine Zeitung unter Mitwirkung aller auf dem Kongress vertretenen Parteien herausgegeben werden, die alle Nachrichten über die verschiedenen nationalen Bewegungen für den Achtstundentag sammeln sollte.

Aus der Internationalen fand die Forderung des Normalarbeitstages ihren Weg in das Eisenacher Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei 1869, ohne dass indessen über die Länge desselben etwas gesagt wäre. Auf dem Dresdener Kongress dieser Partei (12.—15. August 1871) wurde diese dann auf zehn Stunden festgesetzt. „Der heutige Kongress der socialdemokratischen Arbeiterpartei erklärt es für die Pflicht eines jeden Arbeiters, einzutreten für Erkämpfung eines durch Gesetz festgestellten Normalarbeitstages von höchstens zehn Stunden zum Schutze der Arbeiter gegen übermässig lange Arbeitszeit,“ lautete die Resolution, die einstimmig Annahme fand. Gegenüber diesem Beschluss und der Forderung des vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gegründeten Berliner Arbeiterbundes nach einem neunstündigen Arbeitstage muss es entschieden als ein Rückschritt aufgefasst werden, wenn in dem Gothaer Einigungsprogramm der Lassalleaner und Eisenacher allgemein nur ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag verlangt wurde. Bis zum Erfurter Programm 1891 stand dieser vage Passus im Programm und wurde hier erst durch die klare Forderung des Achtstundentages ersetzt. Schon vor diesem Kongress hatte die Reichstagsfraktion der social-

demokratischen Partei einen Antrag auf Einführung des Normalarbeitstages im Reichstag eingebracht. Dieser lautet in seinem hier in Betracht kommenden Paragraphen:

§ 106. In Unternehmungen, welche unter dieses Gesetz fallen, darf die Arbeitszeit für alle über 16 Jahre alten Hülfspersonen vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an täglich höchsens zehn Stunden, an Sonnabenden, Vorabenden der hohen Feste höchstens acht Stunden, ausschliesslich der Pausen, währen.

Vom 1. Januar 1894 an wird die höchst zulässige Arbeitszeit auf täglich neun, vom 1. Januar 1898 an auf acht Stunden herabgesetzt.

Bei Arbeiten unter Tag (in Bergwerken, Salinen etc.) oder in Betrieben, in denen ununterbrochen Tag- und Nachtarbeit stattfindet, darf die tägliche Arbeitsschicht acht Stunden nicht überschreiten; bei Arbeiten unter Tag ist hierbei die Zeitdauer der Ein- und Ausfahrt in die Arbeitszeit einzurechnen.

Jugendliche Hülfspersonen im Alter von 14—16 Jahren dürfen täglich nicht über acht Stunden beschäftigt werden.

Kürzere Arbeitsschichten sind der freien Verabredung beider vertragschliessenden Teile überlassen.

Man sieht, dass hier der Achtstundentag erst für 1898 gefordert wird und eine längere Uebergangszeit eingeräumt ist. In der Verteidigung ihres Antrages zu Erfurt führte Molkenbuhr im Namen der Fraktion aus, dass eine sofortige Einführung des Achtstundentages undurchführbar sei, weil in den umliegenden Ländern noch länger gearbeitet wird und andererseits ein zu gewaltsamer Eingriff in ein Produktionssystem gewesen sein würde, indem noch vielfach 16 und 18 Stunden gearbeitet werde.

Die Frage des Achtstundentages hat in den letzten Jahren sich ganz bedeutend verschärft; die Bewegung ist in allen Ländern eine so gewaltige geworden, dass es nicht mehr lange bis zu einer gesetzlichen Einführung dauern wird. Mehr und mehr hat sich auch die Einsicht unter den Arbeitern, sogar in England, wo ein ziemlich grosser Teil alter Trade Unions immer noch das Princip der Selbsthülfe verficht, Bahn gebrochen, dass ihnen nur durch einen gesetzlichen Normalarbeitstag geholfen werden kann; und dass diese Regelung eine internationale sein müsse, darüber herrscht auch bei den Unternehmern kein Zweifel. Wurde doch auch auf der Internationalen Arbeiterschutzkonferenz (s. d.) diese für wünschenswert erklärt. Auf den beiden internationalen Kongressen zu Brüssel und Zürich kam die Frage des Achtstundentages gleichfalls zur Verhandlung. Wir verweisen deshalb auf den Artikel „Internationale Kongresse“, wo die gefassten Beschlüsse abgedruckt sind.

Norwegen. In Norwegen hat die Socialdemokratie erst in den letzten Jahren festen Fuss gefasst, nachdem die im Anfang der siebziger Jahre unternommene Agitation erfolglos geblieben war. Von jenen ersten Versuchen lässt sich nur wenig berichten. Sie gingen aus von Dänemark, wo die socialistische Agitation im Jahre 1871 sich mit so bemerkenswerter Schnelligkeit verbreitet hatte. Der Däne Jansen präsidierte am 21. September 1873 der ersten socialdemokratischen Versammlung in

Christiania, er musste aber von weiterer Agitation vorläufig absehen, da es ihm unmöglich war, einen Saal für Versammlungen zu erhalten. Im folgenden Jahre nahm er den Feldzug aber wieder auf, diesmal unterstützt von dem Norweger Hagen und dem Studenten Fjörtoft. Es gelang denselben, einen Arbeiterverein zu gründen, dem 37 Personen beitraten. Im Laufe der folgenden Jahre erfolgte die Gründung einiger kleinen socialistischen Arbeitervereine in verschiedenen Städten. Dabei blieb es. Die Thätigkeit der Agitatoren erlahmte, die Vereine gingen bald ein, die oppositionellen Elemente der wenig zahlreichen industriellen Arbeiterschaft wurden von der starken bürgerlich-demokratischen Bewegung vollständig absorbiert.

Erst im Jahre 1885 regte es sich wieder: eine Anzahl Arbeiter schloss sich in Christiania zu einem socialdemokratischen Verein zusammen. Andere Arbeiter folgten ihrem Beispiel: so konnte im August 1887 ein Kongress abgehalten und eine norwegische Arbeiterpartei konstituiert werden. Die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden sowie an den Produktionsmitteln im allgemeinen ist das letzte Ziel der Partei. Den ersten grösseren Erfolg hatte sie auf dem Kongress der vereinigten Arbeitervereine, der 1889 in Christiania abgehalten wurde, in dem nämlich die Delegierten derjenigen Arbeitervereine, die bis dahin von der Gründung von Genossenschaften eine Besserung ihrer Klassenlage erwartet hatten, sich für die Principien des Socialismus erklärten. Auf dem Pariser Kongress 1889 finden wir drei norwegische Delegierte: Carl Jeppesen, J. Olsen und C. Bergenen; von denen der erste in seinem Bericht ausführt, dass die Partei von seiten der Behörden manchen Verfolgungen ausgesetzt ist, und den durchaus socialistischen und revolutionären Charakter derselben betont.

Greifbare Resultate habe die norwegische Socialdemokratie zu verzeichnen, als sie eine energische Agitation für den achtstündigen Maximalarbeitstag entwickelte. Die von ihr in Christiania und anderen Städten am 1. Mai organisierten grossen Demonstrationen haben ihren Reihen manche neue Anhänger zugeführt. Daneben legte die Partei Hauptnachdruck auf die Forderung des allgemeinen und direkten Wahlrechts, die auch zum Programm der liberalen Partei gehört, von dieser aber in ihren hitzigen parlamentarischen Kämpfen etwas in den Hintergrund gestellt wird.

Auf dem Zürcher Kongress 1893 war Norwegen durch den Redacteur des in Christiania erscheinenden „Socialdemokraten", Kroger Johansen, vertreten. Derselbe berichtete, dass die norwegische Arbeiterpartei mehr und mehr an den kommunalen Wahlen teilzunehmen begonnen habe und hierbei ein Programm aufstelle, das u. a. Errichtung von Arbeiterwohnungen durch die Gemeinde, unentgeltliche ärztliche Hülfe und Krankenpflege, Verabreichung einer Mahlzeit täglich an die Kinder der Volksschule verlange. Durch das Auftreten der Socialdemokraten sei die liberale Partei gezwungen worden, verschiedene derartige Forderungen in ihr Programm aufzunehmen.

Im August 1893 hielt die norwegische Arbeiterpartei ihren siebenten

Kongress in Christiania ab. Hier wurde berichtet, dass die Partei aus 56 Vereinen mit fast 9000 Mitgliedern bestände, und beschlossen, bei den Wahlen als selbständige Partei aufzutreten. Doch wurde ein Wahlbündnis mit einer Fraktion der liberalen Partei nicht principiell ausgeschlossen, falls diese für die Forderung des allgemeinen Wahlrechts eintrāte.

In Norwegen besteht neben der socialdemokratischen eine mit ihr nur in einigen Punkten übereinstimmende Arbeiterbewegung, die in den „Vereinten norwegischen Arbeiterbünden" — De forenede norske Arbeitersamfund — ihre Organisation besitzt. Das auf einer 1892 in Christiania abgehaltenen ausserordentlichen Versammlung aufgesetzte Programm fordert:

1. Direktes Wahlrecht für Männer und Frauen in allen staatlichen und kommunalen Wahlen.

2. Abschaffung aller Steuern, die auf den Schultern des kleinen Steuerzahlers unverhältnismässig schwer lasten, und Ersetzung derselben durch progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

3. Den Achtstundentag für alle Gewerke.
4. Altersrenten vom 60. Lebensjahre an.
5. Kranken- und Unfallversicherung für Arbeiter.
6. Anstellung von Arbeitern als Fabrikinspektoren.
7. Fortbildung des Volksschulunterrichts in demokratischem Sinne.
8. Unentgeltliche ärztliche und Rechtshülfe.

Auf den beiden letzten Generalversammlungen zu Christiania und Bergen waren Vertreter der socialdemokratischen Vereine anwesend. Auf dem im Juli 1891 zu Dramenen abgehaltenen fünften Kongress wurde nach langen Diskussionen über die Mittel zur Verbesserung der Lage der ländlichen Arbeiter und der kleinen Pächter die socialdemokratische Resolution verworfen und dafür Anträge, welche eine Wiederaufteilung des Ackerlandes und die Errichtung von staatlichen Hypothekenbanken befürworten, angenommen.

Wie sehr Norwegen in der Entwicklung der Industrie zurückgeblieben ist, geht klar daraus hervor, dass es länger als irgend ein anderes Land Europas, mit Ausnahme Portugals, die Einführung von Arbeiterschutzgesetzen hinausgeschoben hat. Das erste Fabrikgesetz wurde in Norwegen am 27. Juni 1892 angenommen und ist im Juli 1893 in Kraft getreten.

Vom norwegischen statistischen Centralbureau wurde die Zahl der Fabriken — d. i. aller mehr als drei Personen beschäftigenden Arbeitsstätten, die mindestens 300 Arbeitstage im Jahr in Betrieb sind, — auf 1933 angegeben und die Zahl der in denselben beschäftigten Arbeiter auf 60,955.

Wie rasche Fortschritte die kapitalistische Produktionsweise aber auch in Norwegen macht, beweist schlagend die folgende

Statistik über Fabriken und Arbeiter:

		1870	1875	1879	1885	1890	
21—50	Arbeiter beschäftigt in	209	356	281	305	389	Fabriken
51—100	" " "	70	122	120	132	163	"
101—200	" " "	28	51	37	44	85	"
201—300	" " "	11	15	15	13	21	"
301—400	" " "	3	4	4	7	10	"
401—500	" " "	4	3	2	5	6	"
501—1000	" " "	2	2	1	3	6	"
Ueber 1000	" " "	—	—	—	—	1	"

Dass auch die Lage des norwegischen Kleinbauers nicht derartig ist, um ihn noch lange an die Vortrefflichkeit der heutigen Wirtschaftsordnung glauben zu lassen, trat deutlich hervor in den Verhandlungen, die im Februar 1893 im Storthing stattfanden, als die Vorschläge für die Verbesserung der Lage der Landbevölkerung auf der Tagesordnung standen. Herr Aarested, das Mitglied für die Gemeinden Jarlsberg und Laurvik, die das fruchtbarste Ackerland in Norwegen einschliessen, legte hier mit schlagenden Beweisen dar, dass die bäuerlichen Besitzer tiefer und tiefer in Schulden hineingeraten. Die wahren Eigentümer des Bodens Norwegens sind jetzt, so führte er aus, die Bank von Norwegen, die Hypothekenbank, die Sparkassen und die städtischen Kapitalisten.

Noyes, John Humphrey, geboren 6. November 1811 in Bratteborough, U. S., gestorben 13. April 1886 in Niagara Falls, Canada, ist der Stifter einer kommunistischen Sekte in Amerika, der sogenannten Perfektionisten. Als Mitglied einer angesehenen, amerikanischen Familie, der auch der Präsident Hayes entsprossen ist, genoss er eine vortreffliche Erziehung. Auf verschiedenen Universitäten studierte er zuerst Jurisprudenz und später Theologie. Begabt mit bedeutenden geistigen Fähigkeiten und einem ungewöhnlichen Organisationstalent, scharte er bereits als junger Mann eine Zahl von Anhängern um sich, deren Kern seine nahen Verwandten — seine Mutter, seine Schwestern, deren Gatten und seine Frau — bildeten. Diese kleine religiöse Sekte wurde durch die während der vierziger Jahre in Amerika überaus lebhafte Fourier'sche Bewegung für den Socialismus gewonnen. Sie beschlossen die Ideen Fouriers weiter zu führen und gründeten eine kommunistische Kolonie in Oneida im Staate New-York.

Von Anfang befand sich unter den Kolonisten ein ungewöhnlich starker Prozentsatz gebildeter Leute. Doch finden wir neben Aerzten, Juristen, Lehrern, Journalisten, Geistlichen auch einfache Handwerker und Tagelöhner. Doch alle arbeiteten tüchtig und lebten überaus mässig, denn die Mittel der Gemeinde waren äusserst gering. Ungefähr sechs Jahre hatten sie mit Not und Entbehrungen aller Art zu kämpfen, dann begann die Kolonie zu gedeihen und entwickelte sich schliesslich zu hoher wirtschaftlicher Blüte.

Auf die religiösen Anschauungen der Perfektionisten können wir hier *nicht näher eingehen*. Sie erblicken in der Bibel eine Offenbarung Gottes,

sind aber der Ansicht, dass man zum festen Glauben nur durch „spiritualistische“ Erkenntnis gelangen könne.

Für ihre socialen Beziehungen dient ihnen die in der Apostelgeschichte geschilderte Gütergemeinschaft der ersten Christengemeinde als Muster. Ihnen eigentümlich ist, dass sie die Monogamie verwerfen und die „Komplexehe“ oder „freie Liebe“ für die einzig richtige und durch die Bibel verlangte Eheform betrachten. Gegen eine falsche Auffassung dieser Institution protestiert Noyes in seinem Buche „Geschichte des amerikanischen Socialismus“ ausdrücklich. „Freie Liebe,“ sagt er, „bedeutet für uns nicht Freiheit, heute zu lieben und morgen den Rücken zu kehren, noch heisst es Freiheit, den Leib eines Weibes zu nehmen und unser Eigentum für uns zu behalten, noch Freiheit, ein Weib zur Mutter unseres Kindes zu machen und es dann hülflos seinem Schicksal zu überlassen, noch Freiheit, Kinder zu zeugen und sie auf die Strasse oder ins Armenhaus zu schicken. Unsere Gemeinden sind Familien, die so innig verbunden sind wie gewöhnliche Familien. Das Band, das uns umschlingt, ist so dauernd und heilig, um wenig zu sagen, wie die Ehe, denn es ist unsere Religion. Wir nehmen niemanden auf — es sei denn, dass wir getäuscht würden —, der sich nicht unseren Familieninteressen mit Herz und Hand für immer weihen will. Die Gemeinschaft des Eigentums reicht gerade so weit, wie die Freiheit der Liebe. Die Sorge jedes Mannes und jeder Dollar des gemeinsamen Eigentums sind verpfändet für die Unterhaltung und Beschützung der Frauen und die Erziehung der Kinder der Gemeinde. Wer unsere Geschichte von Anfang an verfolgt, wird verlassene Frauen oder unversorgte Kinder nicht finden. In dieser Hinsicht beanspruchen wir einen Vorzug zu haben vor der Einzelehe und der herrschenden Civilisation.“ Der Monogamie werfen die Perfektionisten vor, dass sie die Selbstsucht befördere und die Summe des menschlichen Glücks vermindere. (Vergl. hierzu den Artikel Frauenfrage Seite 260.)

Eine andere den Perfektionisten eigentümliche Institution ist die „gegenseitige Kritik“. Ein ständiges Komitee von Kritikern wird von Zeit zu Zeit von der Gemeinde neu gewählt. Der Einzelne, der sich der Kritik unterwerfen muss, kann die Anwesenheit anderer Mitglieder verlangen oder ein besonderes Komitee wählen oder an das Urteil der ganzen Gemeinde appellieren. Das Thun und Treiben desselben wird, soweit es Anstoss gegeben hat, einer Beurteilung unterworfen. Strafen werden aber nicht auferlegt, auch keine Vorschriften gegeben. Man erwartet von der Einsicht des Betreffenden, dass er sein Verhalten entsprechend ändere. Ueberarbeit sollen sie öfter zu tadeln haben als Nachlässigkeit. Viel Mühe macht ihnen auch die Bekämpfung der „selbstsüchtigen Liebe“, worunter sie die zwischen zwei Personen entstehende persönliche Hinneigung zu einander verstehen. Sie verlangen, dass der Einzelne allen Gemeindegliedern die gleiche Liebe und Freundschaft entgegenbringt. Sie wollen sogar verhindern, dass zwischen den Eltern eines Kindes ein besonders inniges Verhältnis entsteht. „Die Nützlichkeit der Einrichtung der gegenseitigen Kritik für unsere Gemeinde,“ sagt Noyes, „kann gar nicht hoch genug angeschlagen werden. Sie regelt unseren Fleiss und unsere Vergnügungen;

Sie beobachten die Gesetze der Hygieine, sind mässig im Essen und Trinken, verschmähen alle narkotischen Genüsse; so werden sie selten krank. Sie besitzen ferner ein ausgezeichnetes Hospital und haben in den Schwestern der Gemeinde die aufmerksamsten Pflegerinnen, so dass sie sich fast immer wieder von einer Krankheit erholen. Dass sie frei von Sorgen und heiteren Gemütes sind, erleichtert auch die Genesung. Der letzten Nummer ihres 1876—1879 erschienenen Organs „The American Socialist" entnehmen wir folgenden Census der Mitglieder beider Gemeinden:

90—100	Jahre	alt	war	1	Person
80— 90	„	„	waren	4	Personen
70— 80	„	„	„	21	„
60— 70	„	„	„	31	„
50— 60	„	„	„	40	„
40— 50	„	„	„	46	„
30— 40	„	„	„	48	„
20— 30	„	„	„	25	„
10— 20	„	„	„	26	„
0 – 10	„	„	„	57	„
		zusammen		299	Personen.

Ende der siebziger Jahre wurden sie von den staatlichen Behörden gezwungen, die Komplexehe aufzugeben, und sahen sich 1881 veranlasst, als rechtliche Basis die Form der Aktiengesellschaft anzunehmen. Die Verfolgungen hörten aber mit der äusserlichen Unterwerfung unter das Staatsgebot nicht auf und haben sie schwer geschädigt. John Humphrey Noyes selbst siedelte sich mit einer kleinen Zahl Perfektionisten in Niagara Falls, Canada, an, wo er 1886 starb. Die Mehrzahl blieb aber in Oneida; ihr propagandistischer Eifer, der ihnen Verfolgungen zuzog, erkaltete, sie selbst lebten aber nach dem Tode von Noyes, getreu ihren Principien, soweit die Staatsgesetze es ihnen nicht unmöglich machten.

O'Connor, Feargus, der bekannteste Chartistenführer hatte sich gleich im Anfang der Chartistenbewegung (s. d.) angeschlossen und seinen Beruf — er war Advokat — verlassen, um seine ganze Kraft und Zeit der Agitation zu widmen. Unermüdlich war er in Wort und Schrift für die Verbreitung der Lehren und Forderungen des Chartismus thätig, ein unversöhnlicher Apostel des Klassenkampfes. Seine hohe Gestalt, seine erstaunliche Körperkraft, sein persönlicher Mut und seine leidenschaftliche Sprache gewannen ihm die Herzen des Volkes im Sturme. Für die grossen Volksversammlungen unter freiem Himmel, vor den Thoren der grossen Städte, zu denen die Arbeiter mit fliegenden Fahnen in endlosen Prozessionen hinauszogen, konnte es keinen wirkungsvolleren Redner geben. Seine mächtige Stimme drang an das Ohr der am fernsten Stehenden und im dichtesten Gewühl ragte sein mächtiges Haupt allen sichtbar über die Köpfe der erregten Menge empor. Ein Meister der Sprache, beissend und schlagfertig seinen Opponenten gegenüber und hinreissend und rücksichtslos in seinen Volksreden, der glatten Wendungen der Gerichtshöfe

und der knorrigen Sprache des Marktes in gleicher Vollendung mächtig, ist Feargus O'Connor der wahre Typus des Demagogen.

Sein diktatorisches Auftreten und seine schroffe Redeweise musste ihm unter den Chartistenführern viele Gegner machen. Als er vollends in seiner Ungeduld nach greifbaren Erfolgen mit ökonomischen Reformvorschlägen (um die Mitte der vierziger Jahre) vor die Oeffentlichkeit trat, fand er von fast allen den heftigsten Widerstand. Sein Gedanke war, eine grosse Gesellschaft zur Erwerbung von Grundbesitz zu bilden. Durch regelmässige Beiträge sollte ein Fonds zum Ankauf grösserer Landkomplexe gebildet und diese dann in kleinere Bauernhöfe zerschlagen werden. In einer durch das Loos zu bestimmenden Reihenfolge sollten diese mit dem notwendigen Inventar und Betriebskapital versehenen Höfe an die Mitglieder der Gesellschaft überlassen werden. Thatsächlich gelang es ihm, in kurzer Zeit für seine Gesellschaft zirka 70,000 Mitglieder zu gewinnen, die eine Summe von zirka 700,000 Mark aufbrachten. An verschiedenen Stellen wurden grössere Güter erworben und in Bauernhöfe zerschlagen. Diese genügten aber nur für einen verschwindend kleinen Teil der Mitglieder. — Die anderen hatten, ebenso wie diese, ihre Beiträge weiter zu zahlen und in Geduld zu harren, bis die Reihe an sie kommen würde. Da erkannten sie, dass es für die Mehrzahl ein nie zu verwirklichender Traum bleiben müsse, auf eigener Scholle als Herr zu sitzen. Doch auch die glücklichen Gewinner in der Land-Lotterie — der ganze schöne „Landplan“ war thatsächlich, ohne dass O'Connor sich dies klar gemacht hatte, nichts als eine Lotterie mit wenig Gewinnen und vielen Nieten — waren unzufrieden, da sie in der Regel mit ihrem Bauernhof nichts anzufangen wussten. Das blinde Glück hatte ihnen zwar eine kleine Bauernstelle gegeben, aber nicht die erst im Laufe von Generationen zu erwerbende Fähigkeit, auf solcher Bauernstelle den Lebensunterhalt zu gewinnen. Unzufriedenheit auf allen Seiten — Verwünschungen und Verdächtigungen gegen den Volksbeglücker. Die Verwaltungskosten einer aus so vielen Mitgliedern bestehenden Gesellschaft waren natürlich hoch — da munkelte man zuerst und sagte es dann gerade heraus, dass O'Connor sich aus den Geldern der Gesellschaft widerrechtlich bereichert hätte. Dieser verlangte die Einsetzung einer Untersuchungskommission und es wurde konstatiert, dass der unglückliche Urheber des Planes selbst schwere finanzielle Opfer für das Gedeihen der Gesellschaft gebracht hatte.

Das Scheitern des „Landplans“ war ein schwerer Schlag für O'Connor und den Chartismus. Erst infolge der französischen Februarrevolution zeigte sich wieder ein Aufschwung. O'Connor war wieder der Leiter, an dessen Lippen die Massen hingen. Den 10. April 1848 hatte man für eine grosse Chartistendemonstration in London bestimmt, die besitzenden Klassen, unter dem Eindruck der Nachrichten vom Kontinent stehend, fürchteten den Ausbruch der so lange drohenden proletarischen Revolution, die Regierung erklärte die beabsichtigte Demonstration für gesetzwidrig und *rüstete sich* für einen Strassenkampf in der Hauptstadt. Er schlüge die *Erklärung der Regierung* in den Wind, die Prozession würde stattfinden 300,000

zum äussersten entschlossene Chartisten würden sich auf Kennington Common versammeln und er würde seinen Platz in der Prozession nehmen, in der vordersten Reihe der vordersten Abteilung, möge kommen, was da wolle — erklärte der eine fieberhafte Rührigkeit entwickelnde Agitator. Und als sich am 10. April in der That grosse Scharen von Chartisten, die man auf 15—17,000 schätzte — auf Kennington Common versammelten, da schreckte O'Connor angesichts der von der Regierung getroffenen Massregeln vor der Ausführung zurück. Es war nun seine Aufgabe, seine Anhänger zu bestimmen, unter den obwaltenden Verhältnissen friedlich nach Hause zu gehen. Sie folgten seinem Rate — zum letzten Male — O'Connors Einfluss war dahin.

Wenige Jahre darauf verfiel O'Connor in Wahnsinn, der schliesslich seine Ueberführung in eine Irrenanstalt nötig machte. Doch ist er bald darauf gestorben.

Oelckers, Hermann Theodor, geboren am 21. Juni 1816 zu Leipzig, besuchte die Thomasschule, studierte an der dortigen Universität Medizin, gab sein Studium aber 1839 auf, um sich ganz schriftstellerischen Arbeiten zu widmen. An der Bewegung von 1848 nahm Oelcker hervorragenden Anteil. Für seine Teilname am Dresdener Maikampf von 1849 wurde er als Hochverräter zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe in Eisen verurteilt. Von 1851 an sass er im Zuchthause zu Waldheim. Obwohl er unter der harten Behandlung fast erlag, blieb er doch ungebeugt, ja er verschmähte es, um seine Begnadigung zu bitten, als von oben her ein solches Ansinnen an ihn gestellt wurde. Weil man den kranken Mann nicht im Zuchthaus sterben lassen wollte, gab man ihm endlich am Abend vor Pfingsten des Jahres 1859 die Freiheit wieder. Was er im Gefängnis durchlebt und beobachtet hat, hat er in seinem 1860 veröffentlichten Buche „Aus dem Gefängnisleben“ niedergelegt, das, trotz der milden Form, die fürchterlichste Anklage gegen die Reaktionszeit enthält. 1861 ging Oelcker nach Porto Alegre in Brasilien, wo ihm ein Komitee der dortigen Deutschen auf Gerstäckers Vorschlag die Leitung der dortigen „Deutschen Zeitung“ übertragen hatte. Im nächsten Jahre kehrte er bereits nach Leipzig zurück, wo er bis zu seinem Tode litterarisch thätig war. Er starb am 20. Januar 1869.

Oelckers ist ein überaus fruchtbarer Schriftsteller gewesen. Seine Ueberzetzungen französischer und englischer Schriftsteller füllen allein gegen 70 Bände. Dazu kommen viele Originalarbeiten: Romane, Novellen, Trauerspiele, Gedichte und politisch-historische Schriften. Oelckers vertritt in diesen die Ideen des „philosophischen“ oder „deutschen“ Socialismus. Die ganze Gesellschaft soll organisiert werden. In seiner 1844 erschienenen Schrift „Die Bewegung des Socialismus und Kommunismus“ heisst es: „Eine Organisation der Arbeit wird sich von selber verstehen, sobald eine Organisation der Gesellschaft stattfindet, und da dies, wie gesagt, auch von der Ordnung aller anderen Verhältnisse gilt — von Erziehung, Schule, Ehe, Familie — so könnte man sich, als überflüssig, die Erörterung des Einzelnen ersparen. Aber Vorarbeiten sind nötig, weil sich schwerlich ein Jupiter finden wird, aus dessen Kopfe die schöne

Organisation des Ganzen fix und fertig entspringt. Nur verkenne man dann nicht, dass man eben nichts als Vorarbeiten liefert, welche nur, wenn man das grosse Ziel stets dabei im Auge behält, zu einem guten Resultat verhelfen können. Man vermeide alles Vereinzelte und Isolierte von vornherein und sehe darauf, dass alles, was man schafft, ein organischer Teil des Ganzen sei oder werden könne. Aufhebung des Zunftwesens, Gewerbefreiheit, freie Konkurrenz sind, ohne bestimmten Bezug und nur versuchsweise hingeworfen, nichts als Gaben aus Pandorens Büchse, welche eben so viel Unheil wirken können, als sie Glück bereiten sollen.

„Ein Gedanke von besserer Bedeutung ist schon der, dass der Staat selbst als Konkurrent auftrete und somit alle weitere Konkurrenz unmöglich mache, indem die gesamte Industrie zu einer socialen wird. Sociale Werkstätten! Die Bedingung der vollkommenen Entwicklung der Persönlichkeit wird dabei keineswegs verletzt und es würde sich so allerdings am leichtesten die Arbeit so gestalten, dass sie zugleich Genuss würde, und das muss sie werden, wenn sie nicht ein Uebel sein soll, dem jeder mit Recht möglichst zu entgehen sucht. Die Arbeit muss mit Lust und mit Bewusstsein geschehen, sie darf nicht maschinenmässig, sklavisch, keine tierische Hantierung sein, sondern eine menschliche Arbeit, d. i. eben zugleich ein Genuss. Dabei wird nötig, worauf bereits einige Socialisten hingewiesen haben: die höchste Vervollkommnung und weiteste Anwendung von Maschinen, welche der Mensch nur beaufsichtigt, während sie alles bloss Mechanische verrichten.

„Ein träges Nichtsthun, ein blosses Zehren ohne zu erzeugen, wird ebensowenig vorkommen dürfen, als erzwungene übermässige Anstrengung ohne verhältnismässigen Lohn und Genuss.

„Mit der Arbeit zugleich muss der Besitz geordnet werden.“

In dem hier mitgeteilten Passus spricht Oelkers seine socialistischen Ideen, die er dem Studium der Franzosen verdankte, noch am wenigsten verschwommen aus. Was er sonst als seinen „vernunftgemässen Begriff vom Ganzen (der Welt)“ entwickelt, erweist sich als leerer Phrasenschwall.

In seinen politischen Bestrebungen vertritt er auf das schärfste das Nationalitätsprincip. Einen Völkerkrieg, einen „guten Krieg“, hält er für nötig für die richtige politische Gestaltung Europas und insbesondere Deutschlands als Mittel zur Hebung und Kräftigung des nationalen Bewusstseins. Nur ein solcher gewaltiger Sturm kann die dumpfe Luft teilen, welche die Länder überzieht und alles Gedeihen und alle Entwicklung niederhält. Wenn ein erschütterndes Gewitter die Luft gereinigt und die Erde fruchtbar gemacht hat, dann wird sich das geeinigte Volk frei entwickeln. Das Heilmittel des Krieges wird eine Revolution verhüten können, welche ohne jenen unvermeidlich eintreten wird.

Als die Revolution einige Jahre, nachdem Oelcker diese Worte geschrieben hatte, wirklich eintrat, da hat er mannhaft für seine Ueberzeugung gestritten und hat nachher acht lange Jahre ungebeugt die Züchtlingsjacke getragen. „Das Auftreten Oelckers“ — so schreibt *Brümmer in der* allgemeinen deutschen Biographie — „im öffentlichen wie

im Privatleben trug stets und überall das Gepräge des männlich Bewussten, einfach Würdigen, Selbstlosen, Ehrenhaften."

Aus den zahlreichen Schriften Oelkers heben wir hervor: Geschichte des Bauernkrieges, 1842; die Bewegung des Socialismus und Kommunismus, 1844; Geschichte der christlichen Religionskriege, 1846; humoristisch-satirische Geschichte Deutschlands vom Wiener Kongress bis zur Gegenwart, 1848; sowie seinen socialen Roman „Fürst und Proletarier", 1846.

Oesterreich. Erst nach dem Jahre 1848 konnte sich in Oesterreich die kapitalistische Produktionsweise und mit ihr ein industrielles Proletariat und die „Arbeiterfrage" entwickeln. Eine planmässige Arbeiterbewegung auf gesetzlichem Boden war erst möglich nach dem Jahre 1867, wo der österreichische Reichsrat die beiden Gesetze über Vereins- und Versammlungsrecht erliess, die den Arbeitern allerdings nicht die Koalitions- und Versammlungsfreiheit gaben, ihnen aber doch einen Spielraum für die Bethätigung ihrer auf die Verbesserung ihrer ökonomischen Lage gerichteten Bestrebungen gewährten. In der sich jetzt entwickelnden Arbeiterbewegung wurde von Anfang an die Idee des Socialismus die treibende Kraft, die von Deutschland aus nach Oesterreich getragen wurde.

Ende 1867 entstand der Wiener Arbeiterbildungsverein, der ein Vorbild für viele andere Vereine wurde, die sich in kurzer Zeit in den verschiedenen Industriecentren, in denen sich eine deutsche Arbeiterbevölkerung befand, bildeten. In den Staaten dagegen, wo die feudal-klerikale Partei das Uebergewicht hatte, insbesondere unter den Slaven, war von einer eigentlichen Arbeiterbewegung keine Rede. Insbesondere die böhmischen und mährischen Arbeiter waren entweder völlig apathisch oder durch den Nationalitätenhader in Anspruch genommen. Die ackerbautreibende Bevölkerung Galiziens war der Agitation ganz unzugänglich und in Tirol und den südlichen Ländern fand der Socialismus nur vereinzelte Anhänger.

Unter den Wiener Arbeitern aber verbreitete sich der Socialismus, besonders infolge der rührigen Agitation von Heinrich Oberwinder und Hermann Hartung, einem Tischler aus Hannover, mit überraschender Schnelligkeit. Auf dem 1868 in Nürnberg abgehaltenen Kongress der Arbeiterbildungsvereine erschienen diese beiden Agitatoren als Delegierte. In demselben Jahre hielten die österreichischen Socialisten einen Arbeitertag ab, auf dem ein Parteikomitee gewählt wurde, dem man für die unmittelbare Zukunft als Aufgabe zuwies, für das allgemeine, direkte Wahlrecht, die Vereins- und Versammlungsfreiheit, das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Pressfreiheit zu wirken. Gegen Ende des Jahres 1868 wurde dieses Parteikomitee von den Wiener Behörden ala ungesetzlich aufgelöst und die Mitglieder desselben vor Gericht gestellt. Trotz dieser Unterdrückung fuhr die Arbeiterbewegung fort, schnelle Fortschritte zu machen. Es gelang Oberwinder, eine socialistische Zeitung ins Leben zu rufen, die „Volksstimme", deren erste Nummer im Jahre 1869 an Lassalles Geburtstag, dem 11. April, erschien. An diesem Tage zählte die socialistische Bewegung 26 Zweigvereine, deren Mitglieder fast ausschliesslich Handwerker und Fabrikarbeiter deutscher Nationalität waren.

Die österreichischen Socialisten, obwohl sie von Lassalle ausgegangen waren, hatten von Anfang an die grosse Bedeutung der Gewerkvereine in dem Kampfe der Arbeiter gegen die kapitalistische Produktionsweise klar erkannt. Eine nicht unbedeutende Anzahl von Gewerkvereinen wurde so bereits Ende der sechziger Jahre ins Leben gerufen und grosse Arbeiterkreise dadurch für die socialistische Agitation zugänglich gemacht.

Im Jahre 1868 kam Liebknecht nach Wien, um für eine starke Beschickung des Eisenacher Kongresses zu wirken. Die Agitation Liebknechts hatte grossen Erfolg: es erschienen so viele Delegierte, dass man Wien als Sitz der Kontrollkommission bestimmte. Kaum waren die Delegierten von Eisenach nach Wien zurückgekehrt, da verbot ein Erlass des Ministers Giskra die Bildung von Vereinen auf Grund des Eisenacher Programms und erklärte die Socialdemokratie für staatsgefährlich. In den Monaten Oktober und November 1869 wurden alle von Arbeitern angemeldeten Versammlungen als staatsgefährlich untersagt. Doch fand die Arbeiterpartei Gelegenheit, ihre Meinung öffentlich zu äussern in einer von dem Landtagsabgeordneten und Gemeinderat Steudel einberufenen Versammlung. Hier wurde eine Resolution, welche, unter Hinweis auf die erfolgte Verletzung der Staatsgrundgesetze, die Zurücknahme des Giskraschen Erlasses verlangte, einstimmig angenommen. Als die Behörden dem Verlangen der Arbeiter nicht nachkamen, hielt die Arbeiterpartei, wie Oberwinder, der ihr Hauptführer zu jener Zeit war, erzählt, den „Moment für gekommen, zur Wahrung eines gesetzlich garantierten Rechtes und im Interesse der eigenen Existenz einen Beweis ihrer Kraft und Entschlossenheit zu geben. Zu diesem Zwecke kam das Redaktionskomitee der „Volkstimme", welches als die Parteileitung angesehen werden konnte, mit den Führern der Gewerkschaften überein, eine friedliche Massenkundgebung vor dem Reichsratsgebäude zu veranstalten. Für jeden Bezirk — die Partei hatte Vertrauensmänner in allen Werkstätten und industriellen Etablissements von Wien und Umgebung — wurde ein Sammelplatz bestimmt und den Bezirkchefs die Weisung erteilt, einen Zusammenstoss mit der bewaffneten Macht unter allen Umständen zu vermeiden. Die Vertreter der bedeutendsten Gewerkschaften erhielten das Mandat, eine die Wünsche der Arbeiter kurz zusammenfassende Erklärung dem Bureau des Reichsrats oder, wenn an dem betreffenden Tage keine Sitzung stattfinden sollte, dem Ministerpräsidenten, Grafen Taaffe, zu überreichen. Am 13. Dezember 1869, vormittags acht Uhr, bot Wien das seltene Schauspiel eines Aufmarsches militärisch geordneter Arbeiterkolonnen. Ernst und schweigsam hatten sich die Arbeiter auf den Sammelplätzen eingefunden und ebenso ruhig durchzogen sie die Strassen. Um neun Uhr waren alle Gruppen auf dem Paradeplatze, in der Nähe des Reichsratsgebäudes, eingetroffen, worauf ein grosses Carré formiert wurde, dessen Stärke die Journale auf 30- bis 40,000 Mann bezifferten." Drei Delegierte wurden vom Ministerpräsidenten empfangen und erhielten den Bescheid, dass die Wünsche der Arbeiter dem Ministerrate unterbreitet werden sollten. Die Arbeiterkolonnen zerstreuten sich darauf, ohne dass eine Störung stattfand. Am Tage darauf brachte die Regierung eine Ge-

setzesnovelle ein, welche den Arbeitern das Koalitionsrecht gewährte. Das Gesetz wurde angenommen, die Regierung aber im Oberhause scharfem Tadel ausgesetzt, weil sie die Demonstration nicht mit energischen Massregeln unterdrückt hätte. Dies hatte zur Folge, dass die Arbeiterführer verhaftet und des Hochverrats angeklagt wurden. Der Tischler Hartung, der Sprecher der Deputation, entzog sich der Verhaftung durch die Flucht. Oberwinder wurde zu sechs, Johann Most, Scheu und Pabst zu je fünf Jahren schweren Kerkers, eine Reihe anderer Angeklagten zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die bald nach dem Amtsantritt des Ministeriums Hohenwart-Schäffle im Jahre 1871 erlassene Amnestie gab den Verurteilten, nachdem sie einige Monate verbüsst hatten, die Freiheit wieder.

Dem neuen Ministerium gegenüber beobachtete die socialistische Partei zuerst freundliche Neutralität, doch zeigte sich binnen kurzem, wie trügerisch die Hoffnungen waren, welche einige an den Amtsantritt des „socialistischen“ Schäffle geknüpft hatten. Noch vor dem bereits im nächsten Jahre erfolgenden Fall des Ministeriums hatte sich die Haltung der Socialisten in offene Feindseligkeit verwandelt.

In den folgenden Jahren zeigte die österreichische Arbeiterbewegung einen entschiedenen Rückgang, wofür die Ursache in den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen, die im grossen Krach des Jahres 1873 gipfelten, sowie in den unter den Socialisten ausgebrochenen heftigen Streitigkeiten zu suchen ist. Bereits 1872, als das Ministerium Auersperg am Ruder war, machte sich eine Spaltung in ihren Reihen bemerkbar. Eine Anzahl Socialisten, welche mit den in Oesterreich so starken föderalistischen Tendenzen und insbesondere mit den Sonderbestrebungen der Czechen sympathisierten, schlossen sich zur „Radikalen Arbeiterpartei“ zusammen. Im Gegensatz zu den „Gemässigten“, die mit den centralistischen Bestrebungen der Deutsch-Liberalen übereinstimmten, folgten die Radikalen in dieser Hinsicht den ihnen sonst so unähnlichen Feudal-Klerikalen. Gerade der starke Einfluss, den diese durchaus reaktionäre Partei, insbesondere in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Landesteilen hatte, veranlasste die Gemässigten, die Liberalen in ihrem Kampfe gegen die Reaktion zu unterstützen und, ohne ihr Ziel aus den Augen zu verlieren, Konzessionen, die den Arbeitern in Anschauung ihrer politischen Rechte und ihrer ökonomischen Lage gemacht oder in Aussicht gestellt wurden, nicht mit Hohn zurückzuweisen. Die Mehrzahl der österreichischen Arbeiter aber, insbesondere in Wien und in den Industriebezirken Böhmens und Schlesiens, neigte zu den Lehren der Radikalen. Ihre jämmerliche Lage und ihre Unkenntnis der gewaltigen Machtmittel, über welche die bestehende Gesellschaftsordnung verfügt, machte sie für den Gedanken zugänglich, dass gesetzliche Reformen nur die Masken neuer Unterdrückungsmassregeln seien und dass man nur mit Gewalt seine Ansprüche werde durchsetzen können. Die Radikalen besassen als Organe die „Glocke“ und die „Gleichheit“, hielten Kongresse ab und strebten nach einer grossen geheimen Organisation. Als im Jahre 1875 in Deutschland die Eisenacher und Lassalleaner auf dem Gothaer Kongress sich einigten, da schien es, als ob auch in Oesterreich eine Einigung

[illegible] Sektionen [illegible] lassen verrie. [illegible] Kongress [illegible] Wien [illegible] Gründung einer [illegible] beschlossen. [illegible] stützten sich [illegible] dass der Kongress [illegible] zu verlegen be[illegible] 1880 [illegible] der grossen Social[illegible] Wien [illegible] waren, glaubte die Delegierten[illegible] nach Wien zurück[illegible] zu können.

[illegible] die Lage der socialdemokratischen Partei in Oesterreich wird im „Socialdemokrat“ vom [illegible] August 1880 folgendes berichtet:

„Die österreichische Partei ist desorganisirt. [illegible] in den wichtigsten Fragen [illegible] augenblicklichen [illegible] die zu[illegible] entgegengesetzten Strömungen beeinflusst sind. Von einer eigentlichen Leitung der Partei ist schon lange keine Rede mehr [illegible] sich die einzelnen Landesorganisationen wenig oder gar nicht [illegible] und durchaus unzulänglichen [illegible] und agitatorischen Vorschriften der Centralleitung kümmern [illegible] unleugbare Thatsache, dass die österreichische Bewegung im Niedergange begriffen ist und dass ihr jede Einheitlichkeit in der Agitation und Leitung fehlt.“

Die Streitigkeiten waren besonders verschärft durch das Auftreten der Anarchisten in Oesterreich. Als Folge des deutschen Ausnahmegesetzes, die socialistische Presse Deutschlands, von welcher diejenige Oesterreichs vollständig abhängig war, unterdrückt war, hatte die von Most in London herausgegebene anarchistische „Freiheit“ bei den österreichischen Arbeitern Eingang gefunden. Die von der österreichischen Presse stark übertriebenen Berichte über die russischen Terroristen wirkten in derselben Richtung.

Dass die Anarchisten unter den Arbeitern Einfluss gewannen, war um so gefährlicher, als gerade damals die Regierung unter dem Ministerium Taaffe der Arbeiterbewegung einen grösseren Spielraum liessen. Diese Aenderung ist auf den Einfluss christlich-socialer Elemente der neuen Majorität zurückzuführen, welche sich mit den Arbeitern gegen den gemeinsamen Feind, die liberale Bourgeoisie, verbünden wollten. Die hervorragendsten Träger dieser Bewegung in Oesterreich waren: der Fürst [illegible] Liechtenstein, der Graf Egbert Belcredi, Rudolf Meyer und Freiherr von Vogelsang. In der Presse wurden die Ansichten der Christlich-Socialen durch das „Vaterland“ vertreten.

Die anarchistische Richtung innerhalb der österreichischen Partei erlangte immer mehr die Oberhand. Sie brachte das Parteiorgan „Zukunft“ in ihre Hände [illegible] alle neuen unerfahrenen Elemente zu gewinnen. Die von den Anarchisten verübten Thaten wurden von den Socialisten auf dem im October 1882 zu Brünn abgehaltenen „Allgemeinen Arbeitertage“ scharf gemissbilligt, doch konnte die Majorität sich nicht entschliessen, einen dort gestellten Antrag:

1. das Merstallingersche Attentat wird als gemeines, feiges Verbrechen bezeichnet, und der Versuch, die Thäter den Socialisten an die Rockschösse zu hängen, zurückgewiesen;

2. die von den Anarchisten gepredigte Taktik des Kampfes mit allen Mitteln ist der Socialdemokratie unwürdig und bedenklich, und es werden die, welche dieser Taktik huldigen, für Feinde und Verräter der Volkssache erklärt;

anzunehmen.

Der Gegensatz zwischen den beiden Parteien wurde darnach noch grösser. Im Oktober 1883 hielten die Anarchisten eine eigene geheime Delegiertenkonferenz in Lanz-Enzersdorf bei Wien ab. Sie hatten besonders viele Anhänger unter dem nicht-deutschen Teil der Bevölkerung, in Steiermark, Kärnthen, Krain, in den Kohlendistrikten Böhmens, in Galizien und mehreren ungarischen Städten. Ihre Hauptmacht hatten sie aber in Wien, wo sie in der Person des Malers Peukert, der eine Zeit lang ihr Organ, die „Zukunft", redigierte, einen rührigen Vorkämpfer besassen. Die terroristischen Thaten der Jahre 1882—1884 veranlassten die Behörden zu energischen Massregeln. Die anarchistischen Verbrecher Kammerer und Stellmacher wurden hingerichtet und am 30. Januar 1884 der „Ausnahmezustand" über Wien verhängt. Alle diejenigen, welche in Wien bei der Agitation und Organisation der Arbeiter hervorgetreten waren, wurden ausgewiesen, ohne dass man einen Unterschied zwischen den „Gemässigten" und „Radikalen" machte. Auch mancher, der nur in der Gewerkschaftsbewegung thätig gewesen war, soll durch die Verordnung getroffen sein. Adler teilte auf dem Pariser Kongress mit, dass in der ersten Woche nach der Publikation mehr als 400 Personen aus Wien und Florisdorf ausgewiesen worden seien. Die junge Arbeiterbewegung sei dadurch fast erstickt worden und habe sich erst wieder zu neuem Leben erholen können, als die Behörden eine Milderung in der Anwendung des Gesetzes eintreten liessen. Damit brachen die inneren Zwistigkeiten wieder aus, besonders deshalb, weil die Parteigenossen sich nicht einigen konnten über die alte Frage, ob die Arbeiter sich als politische Partei konstituieren sollten oder nicht, falls sie das direkte allgemeine Stimmrecht erhielten. Erst mit dem Verschwinden der alten radikalen Elemente, insbesondere aber mit dem Auftreten des jetzigen Hauptführers der österreichischen Partei, des Dr. Victor Adler, vollzog sich die Einigung.

Die Regierung hatte, als sie die Unterdrückungsmassregeln traf, zugleich die Socialgesetzgebung in Angriff genommen und durch verhältnismässig weitgehende Bestimmungen in der That sich den Dank weiter Arbeiterschichten erworben, wenn manche Socialdemokraten die Fürsorge für die Arbeiter auch als „Heuchelei" bezeichneten und erklärten, dass „die gesetzliche Fixierung der Arbeitszeit mit Bestimmungen umgeben worden sei, welche den Wert des Gesetzes illusorisch machen". Aus dem im Januar 1885 im Zürcher „Socialdemokrat" veröffentlichten Manifest der österreichischen Socialisten führen wir ferner an: „Es kann nicht oft genug wiederholt werden, dass unsere Partei in der That die Partei aller

Notleidenden und Ausgebeuteten ist, mögen sie nun Ackerbauer oder Kleingewerbetreibende sein, mögen sie in Bergwerken und Fabriken oder bei den Eisenbahngesellschaften thätig sein, mögen sie der Staatsverwaltung oder der Armee angehören. Die industriellen Arbeiter sind aber ihrer Stellung nach berufen, in dem grossen socialen Emancipationskampfe die Avantgarde zu bilden. Auch muss immer wieder aufs neue betont werden, dass die Verarmung des Volks, die Abnahme seiner Konsumtionskraft, überhaupt die steigende Unsicherheit der Existenzen, Ergebnisse eines gesellschaftlichen Zustandes sind, der nicht durch reaktionäre Experimente, sondern nur durch eine Reihe von organischen, an die gänzliche Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation anlehnenden Einrichtungen beseitigt werden kann. Die Voraussetzung solcher Reformen ist die freie Mitwirkung der Arbeiterklasse und die Ausbildung ihrer Organisationen, welche zugleich auch die wirksamsten Mittel sind, das intellektuelle Niveau der produzierenden Klasse zu heben."

So wurde auch in Oesterreich von den Socialisten das durch die Gesetzgebung Gewährte nicht als Erfüllung der Forderungen oder eines Teils derselben, sondern nur als Sporn zu weiterer Thätigkeit betrachtet. Die Socialisten, denen man die Vereine geschlossen hatte, fanden sich wieder zusammen in den verschiedenen erlaubten Vereinigungen, insbesondere den Kranken- nnd Invalidenkassen.

Im Dezember 1886 gab der schon erwähnte Dr. V. Adler in Wien eine socialistische Wochenschrift „Die Gleiehheit" heraus, die von Anfang an von den Radikalen ebenso wie von den Gemässigten als ihr Organ betrachtet wurde. Dass eine Annäherung der beiden Parteien stattgefunden habe, trat besonders bei einer am 3. April 1887 in Wien abgehaltenen grossen Volksversammlung hervor, in der man schliesslich einstimmig eine Resolution annahm, die den Passus enthielt: „Die Versammlung verlangt die sofortige Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht als eines wichtigen Mittels der Agitation und Propaganda, ohne sich jedoch über den Wert des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen."

Hainfeld. Die Einigung vollzog sich definitiv auf dem Ende Dezember 1888 in Hainfeld abgehaltenen Parteitag. Es zeigte sich hier, dass eigentliche Anarchisten in Oesterreich fast ganz verschwunden waren, jedenfalls erschien nur ein einziger Agitator, der sich zu anarchistischen Grundsätzen bekannte. Der Parteitag zu Hainfeld war formell keine Delegiertenkonferenz, sondern eine von den Redaktionen der socialistischen Zeitungen einberufene Versammlung von Vertrauensmännern, die persönlich eingeladen waren. Dieser Weg war gewählt worden, um die gesetzliche Bestimmung zu umgehen. Ausser 73 Oesterreichern, die alle Nationalitäten des Landes repräsentierten, hatte sich eine Anzahl von Parteigenossen aus dem Ausland eingestellt.

Von diesen 73 Teilnehmern stimmten 69 für die folgende Principienerklärung, die seitdem als Basis für die Agitation der österreichischen *Socialdemokratie* gedient hat.

I. Principienerklärung. Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, dass die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmut und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich notwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewusste und als politische Partei organisierte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewusstsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewusstsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird. Uebrigens wird und muss sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, dass der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muss wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der socialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäusserung (Ausnahmsgesetze, Press-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle

Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirtschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermassen gehemmt werden, so muss eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutz-Gesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitkontrolle der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Koalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die notwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die socialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

Der Parteitag zu Wien (Pfingsten 1892) hat noch einen achten Punkt hinzugefügt, den wir hier gleich anschliessen.

8. Da die indirekten, auf die notwendigen Lebensbedürfnisse gelegten Steuern die Bevölkerung umso stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen, direkten progressiven Einkommensteuer.

Mit dieser Principienerklärung stellten sich die österreichischen Socialdemokraten durchaus auf den Boden des marxistischen Socialismus. Von allen bisherigen Programmen unterscheidet sich dieses dadurch, dass es nur die allgemeinen Principien enthält. Es wird ergänzt durch die von den einzelnen Parteitagen gefassten Resolutionen, in denen die Forderungen der Socialdemokraten und ihre Stellung zu den verschiedenen die Arbeiterklasse berührenden Fragen näher präcisiert werden. So vereinigte man sich in Hainfeld zu Resolutionen über die politischen Rechte, über Arbeiterschutzgesetzgebung und Socialreform, über die Parteipresse, über gewerkschaftliche Organisation, über Arbeiterkammern und über die Volksschule.

Die beiden ersten Resolutionen, welche die wichtigsten Forderungen der Partei auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet enthalten, lassen wir hier folgen.

II. Resolution über die politischen Rechte. In Erwägung, dass die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestal-

tung der heutigen wirtschaftlichen Ordnung ist, dass der Hebel dieser Umgestaltung der Klassenkampf ist, dessen Verlauf mit umso weniger Opfern verbunden, umso rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; dass aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Massregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäusserung, sowie jede Monopolisierung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemässe Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die socialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die Aufhebung der Beschränkung der Pressfreiheit durch die verschiedenen Formen der Censur und Aufhebung des Pressmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbotes der Kolportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Wert des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschworenengerichte auf alle Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes durch das gesamte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutzgesetzgebung und „Socialreform". Was heute vorzugsweise „Socialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisierten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, dass die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die teilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbständigen Hülfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisation und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

[illegible] Arbeiterschutzgesetzgebung berührt den Kern des socialen Problems [illegible] nicht [illegible] Ausbeutung, welche in letzter Linie dem Arbeits[illegible] [illegible] [illegible] im [illegible] einer bezahltes Al[illegible] [illegible] verdient nicht den Namen Socialreform.“

[illegible] Arbeiterschaft [illegible] nicht täuschen lassen, sondern [illegible] vertreten, dass die wirkliche sociale Reform den [illegible] [illegible] die Beseitigung einer Aus[illegible] [illegible] letzten [illegible] haben muss, dass aber freilich diese sociale [illegible] niemals [illegible] den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten [illegible] werden wird.

[illegible] lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist nur eine [illegible] Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine [illegible] und [illegible] Arbeiterschutzgesetzgebung und ihre energische [illegible] [illegible] Verelendung der Arbeiterklasse findet in [illegible] Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen [illegible] der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebens[illegible], welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herab[illegible], macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Thätigkeit für [illegible] Ziele [illegible] allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die [illegible]schutzgesetzgebung [illegible] dem [illegible] dieser unmenschlichen [illegible] einigermassen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz un[illegible] [illegible] [illegible] und [illegible] in ihren Bestimmungen. [illegible] einzelne [illegible] dem Missverstand und der Willkür der Ver[illegible] [illegible]. Die Gewerbeinspektion ist unwirksam, weil un[illegible] in ihren Mitteln und äusserst beschränkt in ihren Befugnissen. [illegible] Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, [illegible] zum mindesten umfassen:

1. die Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohn[illegible] und Kartellen der Arbeiter.

2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne [illegible]

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren [illegible] Natur eine [illegible] nicht zulässt.

4. [illegible] Sonntagsruhe von Samstag abends bis Montag früh.

5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.

6. [illegible] der Frauenarbeit [illegible] den für den weiblichen Or[illegible] [illegible] Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter [illegible] Handwerk, Hausindustrie zu gelten.

[illegible] dieser Bestimmungen von seiten der Unter[illegible] [illegible].

9. [illegible], welche auf fachlicher und lokaler Grund[illegible] [illegible] gewählten Inspektoren bei der [illegible] der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung mitzuwirken.

10. Arbeiterschutzgesetzgebung soll international ausgebaut und in [illegible] Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.“

Der Hainfelder Parteitag hatte die österreichischen Socialdemokraten geeinigt und ihnen den Weg bestimmt vorgezeichnet und bald zeigten sich die Folgen in dem Aufschwung, den die Bewegung nahm. Auf dem internationalen Kongress zu Paris im Jahre 1889 konnte Dr. Victor Adler — der als der eigentliche Reorganisator und als thatkräftiger und zielbewusster Leiter der österreichischen Socialdemokraten sich um die Arbeitersache und das ganze Land hochverdient gemacht hat — berichten, dass die Socialdemokratie in den Landesteilen, wo die Grossindustrie ihnen Einzug gehalten habe, nicht unbedeutenden Einfluss besitze. Er sprach aber auch von den grossen Schwierigkeiten, welche der Propaganda in Oesterreich entgegenstehen, wobei er insbesondere auf den niedrigen Stand der Volksbildung und die Sprachverschiedenheiten hinwies. Der zweite Delegierte in Paris — der Böhme Hybès — berichtete über die Schwierigkeit der Agitation unter den Czechen.

Trotz aller Schwierigkeiten aber haben die Socialisten seit 1889 täglich an Boden gewonnen. Der wirtschaftliche Aufschwung von 1888/89, der auf eine lange Periode schlechter Zeiten folgte, trug auch dazu bei, manchen Arbeiter, der vom Elend einfach unterdrückt und vertiert war, etwas zu erheben und ihn für die Sache seiner Klasse zu gewinnen. Unter dem Einflusse dieses Aufschwunges fanden überall Lohnbewegungen statt und die Socialdemokratie nützte dieselben aus, um ihre Ideen unter den Arbeitern zu verbreiten. Was sich anderswo gezeigt hatte, zeigte sich auch hier: mit dem Aufschwunge der Löhne trat ein Aufschwung der Bewegung ein.

Dazu kam noch ein anderer Umstand. Die verschiedenen Parteien suchten ihre Popularität bei der Arbeiterbevölkerung zu erhöhen: so vereinigten sich die Regierung und die Liberalen, eine Enquête betreffend Errichtung von Arbeiterkommunen ins Werk zu setzen und eine Konferenz nach Wien zu berufen. Hier trafen sich viele der socialdemokratischen Arbeiterführer und so war diese Konferenz für sie nicht nur ein ausgezeichnetes Agitationsmittel, sondern hatte in vielen Beziehungen die Bedeutung eines socialdemokratischen Parteitages, auf dem mit vollkommener Ruhe Meinungen ausgetauscht werden konnten.

Von grosser Bedeutung für die Socialdemokratie war auch die Aufhebung des 1884 über Wien verhängten Ausnahmszustandes. Damit war ein grosses Hindernis der Oeffentlichkeit, der Agitation und Organisation, wie sie in Hainfeld beschlossen war, gefallen.

Als die Vertreter der österreichischen Socialdemokraten sich im Jahre 1891 zum dem vom 28. bis 30. Juni dauernden zweiten Parteitage zu Wien vereinigten, konnten sie einen grossen Aufschwung konstatieren. Deutlich zeigte sich dies in der Zunahme der politischen Blätter. Während Ende 1888 nur sieben mit circa 15,400 Abonnenten existiert hatten, erschienen 1891 allein sieben Blätter in deutscher Sprache, fünf Blätter in czechischer Sprache, zwei Blätter in polnischer Sprache und je ein Blatt in italienischer und slovenischer Sprache mit zusammen circa 55,750 Abonnenten. Die Zahl der deutschen Fachblätter war in derselben Periode von drei mit 6100 auf 13 mit 33,000 Abonnenten gestiegen, die der

czechischen von ein mit 600 auf sechs mit 11,400 Abonnenten. Dazu kam noch eine Zahl von Blättern, die weder zu den politischen noch zu den Fachblättern gehören.

Besser als alles Andere aber zeigte die Feier des 1. Mai (s. Maifeier), dass die Socialdemokratie mit breiten Arbeiterschichten Fühlung gewonnen hatte. In den grossen Industriecentren ruhte die Arbeit am 1. Mai 1890 vollständig und auch in weniger industriereichen Bezirken legten grosse Massen ihre Uebereinstimmung mit der Forderung des Achtstundentages klar an den Tag. Mit Recht konnten die österreichischen Socialisten auf ihren Kongressen es aussprechen, dass trotz aller Schwierigkeiten die Maifeier in keinem andern Staate so glänzend und umfassend und so ganz im Sinne des Pariser Kongresses begangen sei wie in Oesterreich.

Am 1. Mai 1891 demonstrierten die Oesterreicher nicht nur zu Gunsten des Achtstundentages, sondern verbanden damit die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts. Die Demonstration erreichte nicht ganz die Bedeutung der vorjährigen und war mit grossen Opfern für die Arbeiter verbunden. Die Fabrikanten, die 1890 überrascht und verblüfft waren, hatten in verschiedenen Teilen des Reiches Koalitionen gebildet und sich für systematische Massregelungen vorbereitet, die viele Arbeiter in grosses Elend stürzten und ihren Organisationen schwere und noch dazu in vielen Fällen unzulängliche Opfer auferlegten. Trotzdem hielten die österreichischen Socialisten an der Maifeier fest, die sie als ausgezeichnetes Mittel der Agitation betrachteten, und beschlossen auf dem Wiener Parteitag 1891: „Der erste Mai wird auch in Zukunft durch vollständiges Ruhenlassen der Arbeit gefeiert. Die österreichischen Delegierten haben am internationalen Kongresse in Brüssel dahin zu wirken, dass dies auch in allen andern Staaten so geschieht. Eine Abänderung des ersten Teiles dieses Antrages steht nur dem nächsten Parteitag der österreichischen Socialdemokratie zu."

Auf dem Parteitag gelangten ferner die Forderungen nach einem Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung zu Worte. Was von einzelnen Delegierten zur Begründung dieser Forderungen vorgebracht wurde, bewies schlagend, wie elend die Lage breiter Arbeiterschichten ist und welche Erbitterung bei ihnen herrscht.

Was die Organisation der Partei betrifft, so nahm der Parteitag zehn Erklärungen — die sogenannten „zehn Gebote" — an, welche deutlich zeigen, welch' eigentümliche Verhältnisse in Oesterreich herrschen:

1. Zur Partei gehörig ist jede Person, welche sich zu den Grundsätzen des Hainfelder Programms bekennt.

2. Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor allem durch Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der socialdemokratischen Principien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

3. Der Parteitag beauftragt mit der Einberufung des nächsten Parteitages wieder sämtliche Redaktionen der Parteiblätter, mit den Vorarbeiten zu diesem aber die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ in Wien.

4. Die Redaktionen der Parteiblätter sollen bei der Wahl ihrer Berichterstatter nur solche Personen berücksichtigen, welche ihnen von den Genossen am Orte als besonders vertrauenswürdig bezeichnet wurden.

5. Die Parteigenossen eines Ortes haben sich in allen Parteiangelegenheiten, wie Förderung und Unterstützung der Agitation u. s. w., an die Redaktion jenes Parteiblattes zu wenden, in deren Verbreitungsgebiet der betreffende Ort liegt, und zwar: Wien und Niederösterreich u. s. w. an die „Arbeiter-Zeitung“, Wien; deutsches Mähren und Schlesien u. s. w. „Volksfreund“, Brünn; slavisches Mähren u. s. w. „Rovnost“, Brünn; Deutsch-Böhmen „Freigeist“, Reichenberg; slavisches Böhmen „Sozialni demokrat“, Prag; Alpenländer „Arbeiterwille“, Graz; italienische Genossen „Avanti“, Triest; polnische Genossen „Praca“, Lemberg; slavische Genossen in Wien „Delnicke Listy“.

6. Die Genossen werden aufgefordert, eifrigst zu wirken für womöglich wöchentliche Einzahlungen an den Agitationsfonds des Blattes, in dessen Bezirk sie sich befinden, und ist von den eingelaufenen Beträgen für die allgemeinen Parteiauslagen die Hälfte an den Agitationsfonds der „Arbeiter-Zeitung“, respektive der „Rovnost“ in Brünn abzuführen. Im Falle eine der Redaktionen ausser stande ist, diesem nachzukommen, soll sie dies durch Rechnungslegung über die Verwendung der Agitationsgelder nachweisen.

7. Die Genossen an dem Orte des Erscheinens eines Blattes haben das Recht, die Kontrolle über die Verwendung der Agitationsgelder auszuüben und ebenso obliegt ihnen, die prinzipielle Haltung und finanzielle Gebahrung desselben zu überwachen.

8. Um zu ermöglichen, dass dem nächsten Parteitage ein ausführlicher Bericht über den Stand der socialdemokratischen Bewegung erstattet werden könne, haben die Redaktionen vierteljährlich Berichte hierüber an die „Arbeiter-Zeitung“ in Wien einzusenden.

9. Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewusstsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, dass fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, dass sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

10. Gründungen von Parteiblättern sollen nur dann erfolgen, wenn ein nachweisbares Bedürfnis hiefür vorhanden ist und ihr Bestand gesichert erscheint, und wenn vor allem die notwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die gegründet werden ohne Zustimmung des Parteitages oder einer Landesversammlung, haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von einem Parteitage oder einer Landesversammlung anerkannt werden.“

Gegen Ende der Verhandlungen kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen der Majorität und einigen Czechen, welche als Vertreter der

„nationalen Socialisten“ auftraten und verlangten, dass eine Organisation der socialdemokratischen Partei nach den Volksstämmen platzgreifen sollte. Dieser Streit endete damit, dass die wenigen „nationalen Socialisten“ den Parteitag verliessen, da sie sich einer überwältigenden Mehrheit gegenübersahen; doch zeigte der Zwischenfall deutlich, wie der Nationalitätengegensatz in Oesterreich der socialdemokratischen Bewegung besondere Schwierigkeiten in den Weg legt.

Die Einberufung eines dritten Parteitages erwies sich früher als notwendig, als man vorausgesehen hatte, da in den Reihen der Partei Streitigkeiten ausgebrochen waren. Zur Beilegung derselben hatte man ursprünglich Ostern 1892 in Linz zusammentreten wollen, verlegte den Parteitag aber nach Wien, als die österreichische Statthalterei ein bezügliches Verbot erliess, das nach Verlauf einiger Wochen übrigens von dem k. k. Ministerium des Innern aufgehoben wurde. In den Drei Engel-Sälen zu Wien tagten 113 Delegierte vom 5. bis 9. Juni 1892. Die nichtdeutschen Landesteile, mit Ausnahme Galiziens, waren nur schwach vertreten, liessen aber ihre Uebereinstimmung mit den Zielen der Partei ausdrücklich erklären. Ans Deutschland war Auer erschienen, aus Ungarn Hanslitschek und aus Rumänien Dr. Digrin.

Während der ersten Tage hatte sich der Parteitag mit persönlichen Angelegenheiten einiger Agitatoren zu beschäftigen, die mit dem Ausschluss der betreffenden Personen aus der Organisation erledigt wurden. Teilweise verquickt damit war die Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“, deren Taktik verurteilt wurde, worauf dieselben — eine ganz verschwindende Gruppe — sich förmlich lossagten von der Partei und sich selbständig konstituierten.

Die wichtigste Arbeit des Parteitages bestand in dem Ausbau der Parteiorganisation. Darnach wählen die lokalorganisierten Genossen und Genossinnen Vertrauenspersonen, welche zusammen die Bezirksorganisation bilden, deren Umfang von örtlichen Verhältnissen abhängig ist. Diese Bezirksorganisationen bestimmen Vertreter für die Landesorganisationen, welche die Mittelpunkte der Agitation bilden und durch ständige Vertreter mit der Parteivertretung in Verbindung stehen. Diese Parteivertretung besteht aus neun vom Parteitag zu wählenden Personen und ist der Kontrolle einer fünfgliedrigen Kommissiou unterworfen, die von einer Landesorganisation gewählt wird. Ordentliche Parteitage finden alle zwei Jahre statt, ausserordentliche unter Zustimmung der Mehrheit der Landesorganisation. Vertreter zum Parteitag werden durch die Genossen eines Ortes direkt gewählt. Die Gründung von politischen Vereinen womöglich für ganze Provinzen wird dringend empfohlen. Die Parteipresse untersteht der Kontrolle der Landeskonferenzen und des Parteitages.

Ausserdem wurden zum Hainfelder Programm einige Hinzufügungen gemacht, indem die Forderung des Wahlrechts — Punkt 3 — auch für die Frauen erhoben und als achter Punkt die Beseitigung aller indirekten Steuern durch Einführung einer „einzigen direkten progressiven Einkommensteuer“ verlangt wurde. In das auf Seite 569 abgedruckte Programm sind *diese Ergänzungen* mit aufgenommen.

Nach dem Wiener Parteitag betrachtete die aufs neue geeinigte Socialdemokratie es als ihre Hauptaufgabe, die dort beschlossene Organisation durchzuführen, wobei das dort aufgestellte Prinzip der Oeffentlichkeit strenge beobachtet wurde, trotz aller Behinderungen von seiten der Behörden. Die Agitation wurde so eine viel systematischere, eine Zersplitterung der Kräfte wurde möglichst vermieden und durch die Einteilung des Landes in Agitationsbezirke eine viel grössere Uebersichtlichkeit erlangt. Die Erfolge zeigten sich bald. Breite Schichten der industriellen Arbeiterschaft in Gebieten, in denen die Socialdemokratie bisher kaum gekannt war, schlossen sich der Bewegung an. Auch unter den weiblichen Arbeitern und in der Landbevölkerung wurden zahlreiche Anhänger gewonnen.

Im Jahre 1893 konzentrierte die Socialdemokratie ihre Kräfte auf die Gewinnung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, angefeuert durch den Erfolg, den die Belgier durch rastlose Agitation in dieser Hinsicht erlangt hatten. Die imposante Maifeier im Jahre 1893 war recht eigentlich eine Wahlrechtsdemonstration. Unmittelbar nach dem 1. Mai erliess die Parteivertretung ein Rundschreiben an die Landesorganisationen, in dem zu rastloser Agitation zu Gunsten der Erlangung des Wahlrechts aufgefordert wurde. In Wien selbst fand am 8. Juli eine grosse Demonstration vor dem Rathaus statt. Es muss hierbei hervorgehoben werden, dass die Wahlrechtsbewegung von radikalen bürgerlichen Gruppen, insbesondere den Jung-Tschechen, unterstützt wurde. Der Schwerpunkt lag aber entschieden bei der socialdemokratischen Arbeiterschaft. Von allen Ausschreitungen hielt sich dieselbe fern, sie legte vielmehr gerade durch ihre ruhige Haltung um so deutlicher an den Tag, dass sie fest entschlossen war, das Ziel zu erreichen. Jeder Tag seit dem 9. Juli verstärkte die Macht der Bewegung, die österreichischen Arbeiter rüsteten sich zu einem ernsten Kampf für die Erlangung des wichtigsten politischen Rechtes. Im Gange der Agitation wurde bald der Gedanke laut, dem Beispiele der Belgier zu folgen und einen Massenstreik ins Werk zu setzen. In einer am 20. August im Wiener Prater abgehaltenen Volksversammlung war zum ersten Mal öffentlich die Rede davon. Der Vorschlag, über dessen Tragweite sich die Meisten nicht klar waren, zündete, und die Parteileitung, der Anregung folgend, richtete ein Rundschreiben an die Vertrauensmänner, in dem den Parteigenossen im ganzen Lande nahegelegt wurde, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob, inwieweit und unter welchen Umständen das Kampfmittel des Massenstreiks anzuwenden sei.

Auf den 8. Oktober rief die Parteileitung Vertreter der Provinzorganisationen zu einer Reichs-Konferenz nach Wien zusammen, wo man folgenden Beschluss fasste:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, falls das Abgeordnetenhaus in der gegenwärtigen Sitzungsperiode den Antrag auf allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht ablehnen oder gar nicht in Beratung ziehen sollte, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Frage des Massenstreiks zu setzen. Bis dahin ist in der Parteipresse und in Versammlungen die Diskussion über den Massenstreik als politisches Kampfmittel zu er-

[illegible] Mähren 19.
[illegible] 4. Tirol 4.
[illegible] Wien 31.
[illegible] allgemeine Wahl-
[illegible] General-

streik für undurchführbar hielten und andere die Beteiligung der von ihnen vertretenen Arbeitergruppen als unmöglich bezeichneten, so war der Gedanke doch der grossen Mehrheit entschieden sympathisch. Falsch wäre es aber, aus dieser Haltung zu folgern, dass die Mehrzahl der Delegierten aus ungeduldigen Stürmern bestanden habe. Im Gegenteil — fast alle, die bei dieser Frage das Wort ergriffen, im ganzen zirka 90 Redner, zeigten deutlich, dass sie sich keinen Illusionen über die Stärke ihrer Partei und die Schnelligkeit des Erfolges hingaben. In vielen Fällen wurde nur in schlichten, und deshalb um so eindrucksvolleren Worten von dem elenden Dasein Tausender von Arbeiterfamilien berichtet. Befreiung aus dieser elenden Lage, sagten viele ausdrücklich, sei es, was die Arbeiter wollten, während sie einer Erweiterung ihrer politischen Rechte ziemlich gleichgültig gegenüberständen. Die Erlangung des Wahlrechts erkannten alle Delegierten aber als notwendigstes Mittel für diesen Zweck an, und, da man keine anderen Zwangsmittel habe, so müsse man zum Generalstreik greifen. Von einer grossen Anzahl wurde aber Verbindung von ökonomischen Forderungen mit den politischen verlangt, um die indifferenten Arbeiterschichten für den Streik zu gewinnen. Eine derartige Verquickung verschiedenartiger Forderungen wurde von der Mehrheit aber als unzweckmässig abgelehnt und schliesslich die folgende von Dr. Adler eingebrachte Resolution angenommen:

„Der Parteitag erklärt das Wahlrecht mit allen der Arbeiterklasse zur Verfügung stehenden Mitteln erkämpfen zu wollen, dazu gehört neben den angewendeten Mitteln der Agitation und Organisation auch der Massenstreik. Die Parteivertretung mit den Vertretern der Organisationskreise wird beauftragt, alle Vorkehrungen zu treffen, um, falls die Hartnäckigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien das Proletariat zum Aeussersten zwingen sollte, den Massenstreik als letztes Mittel im geeigneten Zeitpunkt anwenden zu können.

Unabhängig vom Kampfe um das Wahlrecht ist der Kampf für den Achtstundentag zu führen und zu diesem Zweck ist in erster Linie alle Anstrengung zunächst auf jenen Punkt zu vereinigen, wo der Achtstundentag am ehesten zu erreichen ist.

Der Parteitag erklärt, dass, sobald die organisierte Bergarbeiterschaft den Zeitpunkt für gekommen erachten wird, in den Kampf für die Achtstundenschicht zu treten, die gesamte klassenbewusste Arbeiterschaft Oesterreichs deren Kampf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen wird.

Die Parteivertretung ist verpflichtet, diesen Beschluss durchzuführen."

Durch die Annahme dieser Resolution zeigten die Delegierten deutlich, dass sie sich der grossen Schwierigkeiten, in einen Generalstreik einzutreten, deutlich bewusst sind und sich nur schweren Herzens zu diesem äussersten Mittel entschliessen werden.

Was die Organisation angeht, so wurde an den Bestimmungen des Parteitages von 1892 (siehe Seite 576) im grossen und ganzen festgehalten. Wir geben hier die heute geltenden Bestimmungen in extenso:

Partei-Organisation
beschlossen am vierten Parteitage zu Wien 1894.

I. Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es wird den Parteiangehörigen empfohlen, der Organisation ihrer Branchen, respektive einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen. Bezirksorganisation. Die Vertrauenspersonen werden von den lokalorganisierten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirksorganisation. Es kann eine Vertrauensperson nur einer Bezirksorganisation angehören; die Vertreter der Bezirksorganisationen sind der Parteivertretung bekannt zu geben. Der Umfang der Bezirksorganisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Kreiskonferenz festgestellt. Die Bezirksorganisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreisorganisation.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse notwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber specielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Kreiskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Kreiskonferenz aufheben kann. Ohne, oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Gültigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirkskonferenz die Kreis-, und ohne die Kreiskonferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Kreisorganisation Die Kreisorganisation, welche ein ganzes Kronland oder bestimmte Teile desselben umfasst, bildet ein Agitations-Komitee. Dieses befasst sich mit der Organisation und sorgt für die nötige Agitation im Kronlande. Gleichzeitig hat die Kreisorganisation dafür zu sorgen, dass durch die Bezirksorganisationen möglichst regelmässig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden. Nach Möglichkeit sind dieselben zur Deckung der allgemeinen Parteiauslagen an die Parteivertretung abzuliefern.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Kreisorganisation über Berufung des Agitationskomitees nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgültig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Kreises.

Die Kreiskonferenz muss auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirksorganisationen des betreffenden Kreises die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Kreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung viertel-*jährlich* Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden *Kronlande* zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation und, wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteileitung einzuberufen sind.

IV. Parteitag. Parteitage finden regelmässig alle zwei Jahre statt. Ausserordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der Kreisorganisationen stattfinden.

Die Delegierten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, ausser Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Kreisvertretungen, Korporationen, welche von Kreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter an den Parteitag zu entsenden.

Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Der vorhergehende Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muss mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Centralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Teilnehmer.

V. Parteivertretung. Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuss, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrolle.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein müssen.

Die Gesamtvertretung hat regelmässig mindestens vierteljährlich einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuss in ausserordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrolle haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

VI. Vereinswesen. Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der socialdemokratischen Principien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern,

VII. Parteipresse. Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe, die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewusstsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, dass fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, dass sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von politischen Parteiblättern sollen nur dann erfolgen, wenn ein nachweisbares Bedürfnis vorhanden ist und ihr Bestand gesichert erscheint, und wenn vor allem die notwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die gegründet werden ohne Zustimmung des Parteitages oder der Kreiskonferenz, haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von einem Parteitage oder einer Kreiskonferenz anerkannt werden.

Die „Arbeiterzeitung" ist Organ der Gesamtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt.

Die „Glühlichter" und die „Arbeiterinnenzeitung" sind Unternehmungen der Gesamtpartei und deren eventuelle Ueberschüsse fliessen dem Parteifond zu."

Bei den Beratungen des Parteitages über den Achtstundentag und die Maifeier trat es wiederum zu Tage, dass man die entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht unterschätzte. Man beschloss an der Maifeier durch Arbeitsruhe als Demonstration für den Achtstundentag, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und für die internationale Völkerverbrüderung festzuhalten, verhehlte sich aber nicht, dass die Erlangung des Achtstundentages für die gesamte Arbeiterschaft vorläufig unmöglich sei, dass er höchstens für einzelne Gruppen, in erster Linie die Grubenarbeiter, mit Unterstützung aller andern errungen werden könne.

Es bleibt noch übrig, zu erwähnen, dass der Parteitag sich mit der Reform der Bruderladen, einer die Grubenarbeiter in höchstem Grade interessierenden Frage, beschäftigte, wobei er in allen Punkten den vorzüglichen Ausführungen des Referenten Dr. Verkauf folgte.

Ueber den Stand der Presse wurde berichtet:

„Die Auflagen der deutschen Parteiblätter stellen sich folgendermassen:

1.	„Arbeiterzeitung" (Wien)	15,000 / 18,000	2mal	wöchentlich
2.	„Volkstribüne" (Wien)	8,500	„	monatlich
3.	„Arbeiterinnenzeitung" (Wien)	5,500	„	„
4.	„Glühlichter" (Wien)	9,100	„	„
5.	„Arbeiterwille" (Graz)	2,500	„	„
6.	„Beobachter" (Graz)	2,300	„	„
7.	„Volkszeitung" (Dornbirn)	1,200	„	„
8.	„Freigeist" (Reichenberg)	5,000	„	„
9.	„Nordböhmischer Volksbote" (Steinschönau)	2,000	„	„
10.	„Gesellschafter" (Aussig)	2,200	3mal	„
11.	„Fackel" (Aussig)	1,200	1mal	„
12.	„Volksstimme" (Teplitz)	1,500	„	„
13.	„Volkswacht" (Eger)	1,400	„	„
14.	„Volksfreund" (Brünn)	3,000	„	„
	Summe	78,400		

Wenn wir bedenken, dass unsere Blätter nicht nur von denjenigen gelesen werden, welche sie kaufen, sondern von je mindestens 6 bis 10 Personen, so erstreckt sich der Leserkreis unserer Blätter auf mehr als eine halbe Million. Ebenso ist es mit den tschechischen Blättern.

Politische Blätter:

„Socialni Demokrat" (Graz)	4,000
„Delnické Listy" (Wien)	5,200
„Rovnost", Wochenblatt (Brünn)	5,200
„Svornost" (Aussig)	1,400
„Hlas Lidu" (Prossnitz)	1,800
„Svoboda" (Kladno)	1,300
„Posel Lidu" (Pilsen)	2,850
„Pravo Lidu" (Königgrätz)	1,800
Summe	23,550

Wir haben nebenbei eine ganze Reihe von Fachblättern, die nicht nur fachlich gehalten sind, sondern auch zu den politischen Fragen Stellung nehmen. Auch diese Fachblätter haben einen bedeutenden Aufschwung genommen. Sie haben in Wien eine Gesamtauflage von 42,150."

Seit dem Parteitage ist es den Oesterreichern gelungen, die „Arbeiterzeitung" täglich erscheinen zu lassen.

Bei den Neuwahlen zur Parteivertretung wurden in den engern Ausschuss gewählt: Dr. Adler, Dr. Ellenbogen, Popp, Reumann, Schrammel, Pelikan, Tomschik aus Wien und Smetana für die Slaven. Zu Kontrolleuren bestimmte man: Zeller-Reichenberg, Wanek-Pilsen (von den Slaven), Rieger-Mähren, Dascynski-Galizien, Saska-Innsbruck, Ehrlich-Graz und Kleedorfer-Wien.

Der vierte Parteitag der österreichischen Socialdemokraten wurde am 31. März 1894 mit Ansprachen von Zeller in deutscher und Hybes in tschechischer Sprache geschlossen.

Ogilvie, William, geboren 1736 als Sohn einer altadligen Familie Schottlands in Pittensear, studierte in Aberdeen, Glasgow und Edinburgh und wurde 1761 zum Professor der Philosophie in King's College, Aberdeen, ernannt, wo er am 14. Februar 1819 starb. Im Jahre 1781 gab er anonym eine Schrift „an essay on the right of property in land" heraus, in welcher er eine gründliche Aenderung der Agrargesetzgebung befürwortet. Er führt aus, dass es sich empfehle, Gemeineigentum an Grund und Boden in den neu zu gründenden Kolonieen einzuführen. In alten Ländern könne solche Aenderung des bestehenden Rechtszustandes nur durch eine gewaltige sociale Umwälzung herbeigeführt werden, die vielleicht von einem mächtigen Herrscher ausgehen könne, der sich dadurch unvergänglichen Ruhm erwerben werde. Unter allen Umständen hält er eine gründliche Reform des Eigentumsrechts an Grund und Boden für notwendig. — Seine Schrift ist 1891 unter dem Titel „Birthright in Land" von D. C. MacDonald wieder herausgegeben.

Oneida-Gemeinde. Name einer von J. H. Noyes gegründeten blühenden Kommunisten-Kolonie im Staate New-York. Siehe die ausführliche Darstellung des Lebens dieser merkwürdigen Gemeinde unter „Noyes".

Orbiston war der Name einer Kolonie, die 1826 in der Nähe von Glasgow von Anhängern Owen's, insbesonders Abram Combe (s. d.) und A. Hamilton von Dalzell gegründet wurde. Es wurden zwei Gesellschaften gebildet, eine der Kapitalisten und eine der Mitglieder. Das 50,000 L. St. betragende, von den Kolonisten zu verzinsende Kapital zerfiel in 200 Anteile, von denen A. Combe die meisten nahm. Der Gedanke, das Kapital unverzinslich herzugeben, wurde deshalb verworfen, weil die Gründer glaubten, dass ein Unternehmen, welches einen Gewinn für den Kapitalisten abwirft, leichter Nachahmung finden würde als ein rein philanthropisches. Im Prospekt war als Zweck der Gesellschaft angegeben, „eine sichere und gewinnbringende Kapitalanlage zu gewähren und diejenigen, welche die ganze Gesellschaft durch ihre Arbeit erhalten, zu befähigen, ihre und ihrer Kinder Lage zu bessern“.

Die Mitglieder mussten vor der Aufnahme eine Principienerklärung unterschreiben. Sie verpflichteten sich darin u. a., zufrieden zu sein mit der natürlichen Ungleichheit der Menschen, die durch verschiedene Lebensgewohnheit und Erziehung entsteht, und nicht künstliche Ungleichheit noch hinzufügen zu wollen. Die Verwaltung sollte rein demokratisch sein, für die verschiedenen Berufszweige sollten besondere Ausschüsse eingesetzt werden. In einem grossen Gebäude sollten die Mitglieder gemeinsam wohnen, zu den Mahlzeiten sollten sie sich im gemeinsamen Speisesaale versammeln. Die Entnahme von Waren aus dem gemeinsamen Lager sollte sich aber nach der von dem Einzelnen geleisteten Arbeit richten.

Für 20,000 L. St. wurde ein Landkomplex von 291 Acres gekauft, und ein ungeheures Gebäude, ausreichend für 300 Personen, mit grossen Sälen, Lagerräumen u. s. w., wie auch eine Fabrik errichtet. Unter denen, die sich als Mitglieder meldeten, wurde keine Auswahl getroffen, da Combe glaubte, die in der Kolonie herrschenden Principien würden aus jedem Menschenmaterial etwas Vorzügliches machen. Diese Hoffnung erwies sich bald als trügerisch. Die meisten waren allerdings fleissig, viele aber neigten zur Trägheit und Trunkenheit. Als die letzteren entfernt waren, schien die Kolonie sich gut zu entwickeln; da starb im August 1827 Abram Combe an den Folgen von Ueberanstrengung durch Feldarbeit. Nach der „New Moral World“, VII, pag. 995, führten seine Erben die gerichtliche Auflösung des Unternehmens herbei, das nach der Meinung seiner Freunde bereits zu den besten Hoffnungen berechtigte.

Ch. Bray, an outline of the various social systems, pag. 132 ff.

Organisation. Die socialistische Partei in Deutschland hat immer grosse Schwierigkeiten gehabt, sich eine Organisation zu schaffen, welche nicht gegen die bestehenden Gesetze verstiess. Insbesondere der Paragraph des preussischen Vereinsgesetzes, welcher verbietet, dass politische Vereine mit einander in Verbindung treten, stand einer allgemeinen Organisation im Wege. So wurde die auf dem Gothaer Vereinigungskongress von 1875 geschaffene Organisation der socialistischen Arbeiterpartei bereits im nächsten Jahre von den preussischen Behörden als ungesetzlich aufgelöst. Die Partei wählte deshalb 1876 keinen Parteivorstand mehr, sondern setzte, da die Wahlen nahe bevorstanden, ein Centralwahlkomitee

ein, das in Hamburg seinen Sitz hatte. Dieser Centralbehörde wurde für alle Agitations- und Parteiangelegenheiten diktatorische Gewalt übertragen. Zur Kontrolle wurde von den am Orte dieser Behörde ansässigen Parteimitgliedern eine aus 7 Personen bestehende Revisions- oder Beschwerdekommission gewählt. Auf dem allgemeinen Socialistenkongress zu Gotha 1877 wurde eine Organisationskommission eingesetzt, welche die Frage der Neuorganisation prüfen sollte. Vorsitzender dieser Kommission war der bekannte C. W. Tölcke. Auf Antrag der Kommission wurde vom Kongress folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Mit Rücksicht auf die von preussischen Behörden förmlich proklamierte völlige Rechtslosigkeit socialistischer Vereine in Preussen nimmt der Kongress von der Herstellung irgend einer Organisation der Partei Abstand, auf welche die in Deutschland, besonders in Preussen, bestehenden Vereinsgesetze angewendet werden können; der Kongress überlässt es den Parteigenossen an den einzelnen Orten, sich je nach den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen zu organisieren."

Diese Resolution fand ohne weitere Debatte einstimmige Annahme. Daneben wurde die Wiedereinsetzung des Centralkomitees und ausserdem die Wiedereinsetzung einer Art Kontrollkommission beschlossen.

Das Socialistengesetz von 1878 zerstörte alle öffentlichen Organisationen der Partei. Im geheimen wurden aber doch überall Verbindungen angeknüpft. Welcher Art dieselben waren, lässt sich heute noch nicht sagen, da die Socialdemokratie, welche mit der Wiedereinführung eines Ausnahmezustandes rechnet, Stillschweigen darüber bewahrt. Dass keine nach strengen Grundsätzen durchgeführte Organisation bestand, lässt sich wohl als sicher annehmen. Die an einem Orte ansässigen Parteimitglieder traten unter allen möglichen Formen zusammen. Verhaltungsmassregeln wurden durch das Centralorgan, den überall heimlich verbreiteten Züricher Socialdemokraten, und die im ganzen Lande verbreiteten Reden der Reichstagsabgeordneten gegeben. Am grössten war die Schwierigkeit, die für gemeinsame Zwecke, Diäten der Abgeordneten, Unterstützungen der Ausgewiesenen, Verurtheilten u. s. w. notwendigen Geldmittel zu sammeln. Wie diese Schwierigkeit überwunden wurde, hing von dem Geschick und der Energie der in den einzelnen Kreisen befindlichen thätigen Mitglieder ab. Ob diese nur thatsächlich „Vertrauensmänner" waren oder ob eine gewisse officielle Anerkennung erfolgte, lässt sich nicht sagen.

Bebel spricht sich in der „Neuen Zeit" 1890 pag. 8/9 folgendermassen aus: „Eine allgemeine geheime Organisation bestand nie, weil sie nie bestehen konnte; sie wäre binnen wenig Wochen, sicher binnen wenig Monaten bei dem bestehenden Ueberwachungs- und Spitzelsystem verraten gewesen und hätte ihre Leiter ans Messer geliefert. Daher mussten auch die verschiedenen Bemühungen der Staatsanwälte und Gerichte, eine solche allgemeine geheime Verbindung mit der Fraktion oder dem Fraktionsvorstand an der Spitze zu konstruieren, scheitern. Eine Verurteilung der angeklagten Führer aus diesem Grunde wäre ein Justizverbrechen gewesen. Wenn trotz alledem in der Partei alles klappte und die Parteigenossen den Weisungen der Führer folgten, geschah es auf Grund der

allgemeinen Einsicht in die Notwendigkeit des Zusammenhaltens und in der Uebereinstimmung mit den geschehenen Vorschlägen und Schritten."

Auf dem ersten Parteitag nach Ablauf des Socialistengesetzes wurde eine allgemeine Organisation geschaffen. Von den Reichstagsmitgliedern war einige Zeit vor demselben ein Entwurf veröffentlicht, welcher in der socialdemokratischen Partei zum Teil sehr scharf angegriffen wurde. Besonders warf man ihm vor, dass er der Fraktion zu viel Macht gäbe, „Parteipäpste" schaffen wolle. In Halle wurde der Entwurf von einer aus 25 Personen bestehenden Kommission einer Umarbeitung unterworfen und schliesslich en bloc angenommen. Die so geschaffene Organisation scheint sich bewährt zu haben; in Berlin 1892 wurden nur kleine redaktionelle Aenderungen, die sich auf die Gleichberechtigung der Frauen bezogen, vorgenommen. Wir geben die Organisation in der jetzt geltenden Fassung.

Organisation der socialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstosses gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen einen oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschlusse an den vorausgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzuteilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4, Absatz 2, der Parteileitung Mitteilung zu machen.

§ 6. Da wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der

nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muss spätestens 4 Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, dass in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf;
2. die Mitglieder der Reichstags-Fraktion;
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichtes über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlussfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlussfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein ausserordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstags-Fraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einen Antrag auf Einberufung eines ausserordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines ausserordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des ausserordentlichen Parteitages muss spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die ausserordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassierer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrolliert die principielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassierer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel: „Vorwärts", Berliner Volksblatt, Central-Organ der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden; doch muss die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Owen, Robert, wurde am 14. Mai 1771 in Newtown, einer kleinen Stadt in Nordwales, als Sohn eines Handwerkers geboren. Als er zehn Jahre alt war, wurde er bereits zu einem Kaufmann in die Lehre geschickt. Es begann damit eine Zeit harter Arbeit für ihn; an manchen Tagen war er 18 Stunden lang fast ununterbrochen thätig. Der Ernst des Lebens, der so früh an ihn herantrat, entwickelte in ihm die Neigung, tiefer nachzudenken als seine Altersgenossen, und machte ihn zu einem unermüdlichen und genügsamen Arbeiter. Mit seltener Arbeitskraft verband er

ein ungewöhnliches Organisationstalent. Er hatte das Glück, sehr bald ein seinen Fähigkeiten entsprechendes Thätigkeitsfeld zu finden. Als er 19 Jahre alt war, unterstellten seine Principale, welche auf die hervorragenden Eigenschaften Owens aufmerksam geworden waren, seiner Leitung eine Baumwollspinnerei mit circa 500 Arbeitern. Da er die von ihm gehegten Erwartungen durch glänzende Erfolge noch bei weitem übertraf, so erwarb er sich in kurzer Zeit einen ausgezeichneten Ruf. Bald wurde er Teilhaber einer Firma in Manchester; darauf gründete er in Gemeinschaft mit anderen die Chorlton Twist Company. Diese Gesellschaft kaufte einige Jahre später von einem gewissen Mr. Dale, dessen Tochter Owen heiratete, grössere Fabrikanlagen in New Lanark. Hier hat Owen grossartiges für das Wohl seiner Arbeiter geleistet. Vor allen Dingen richtete er sein Augenmerk auf die Besserung der Lage der Kinder, die damals von frühester Jugend an in den Fabriken beschäftigt wurden. Er baute für dieselben eine Schule und entwarf einen besondern Erziehungsplan, in dem Musik, Tanzen und gymnastische Uebungen einen hervorragenden Platz einnahmen. Er verwarf jede körperliche Züchtigung, ja jedes harte Wort, da die Menschen nur durch eine gute Behandlung gut werden, nur durch Liebe zur Liebe erzogen werden könnten. Dieselben Grundsätze wandte er auch seinen Arbeitern gegenüber an, welche aus den schlechtesten, bunt zusammengewürfelten Elementen einer Bevölkerung, der die Fabrikarbeit damals als degradierend galt, bestanden. Er strafte seine Arbeiter nicht, er entliess sie nicht, wenn er sie auf einem Fehltritt ertappte, er schalt nicht, nur durch Einwirkung auf ihren Ehrgeiz suchte er eine Besserung herbeizuführen. Das Misstrauen, das die Arbeiter ihm zuerst entgegenbrachten, verwandelte sich bald, insbesondere als er ihnen während einer viermonatlichen Krisis, welche alle Fabriken zur Betriebseinstellung zwang, ihren vollen Lohn — 70,000 L. St. — auszahlte, in unbegrenzte Liebe und Verehrung. Da die Arbeiter mit Lust und Eifer ihr Werk verrichteten, schafften sie in kürzerer Zeit ebenso viel wie vorher, so dass das Gedeihen des Unternehmens durch Verkürzung der Arbeitszeit nicht beeinträchtigt wurde. Der Ruf des philanthropischen Fabrikbesitzers verbreitete sich bald über das ganze Land. Hervorragende Staatsmänner, Geistliche, fremde Gesandte, ja selbst Mitglieder regierender Häuser, der spätere Kaiser Nikolaus von Russland und der Herzog von Kent, besuchten die blühenden Anlagen in New Lanark.

Für die Ausbreitung seiner Principien, insbesondere für Errichtung von Schulen nach seinem Plane und für eine wirksame Fabrikgesetzgebung, war Owen schon früher eingetreten. 1813 gab er zu diesem Zwecke eine Schrift heraus, die den Titel führte: „A new view of Society or essays on the principle of the formation of the human character and the application of the principle to practice.“ In vier Abhandlungen führte Owen hier aus, dass der Charakter des Menschen durch die Umgebung, in welcher er aufwächst, gebildet werde. Man dürfe den Einzelnen deshalb nicht verantwortlich machen für seine Handlungen, vielmehr sei die Gesellschaft verantwortlich zu machen, die ihn unter ungünstigen Be-

dingungen habe aufwachsen lassen. Dieses Princip legt er dann für die Beurteilung der Arbeiterfrage zu Grunde. Er führt aus, dass man in ungesunden Arbeitsstätten eine grosse Zahl von Männern, Frauen und Kindern vom zartesten Alter an so lange habe arbeiten lassen, bis jede Energie, jeder Trieb, sich auszubilden, getötet, bis sie in ihren damaligen entsetzlichen Zustand gebracht wären. Und statt sich zu bemühen, die Arbeiter aus diesem Zustand zu heben, mache man sie für das verantwortlich, was man selbst verschuldet habe, stelle man sogar die Folgen der schlechten Behandlung als Grund und Rechtfertigung für eine immer stärkere Unterdrückung hin. Er glaubt, dass man dahin streben müsse, die körperlichen und geistigen Kräfte aller Mitglieder der Gesellschaft auszubilden, dass man aber nicht die Ansammlung von Reichtümern oder die Vergrösserung des Staatsgebietes als wichtigste Ziele des Strebens betrachten dürfe. Im besten Falle seien dies nur Mittel zu dem wahren Zweck, alle Menschen gut und glücklich zu machen. „Die beste Regierung," sagt er, „ist diejenige, welche in der Praxis das grösste Glück der grössten Zahl bewirkt, wobei alle, die Regierenden und die Gehorchenden, mitgerechnet werden müssen." Die Form der Regierung ist ihm immer gleichgültig gewesen, für politische Freiheit, für demokratische Institutionen hat er sich nie begeistert. Er hat wohl dann und wann geäussert, dass er sich von der liberalen oder radikalen Partei nichts verspräche; in seiner Agitation hat er sich aber von den politischen Fragen, welche im zweiten Viertel dieses Jahrhunderts das englische Volk so erregte, ganz fern gehalten. Die sociale Frage ist ihm eine rein ökonomische, keine politische Frage: die Idee des Klassenkampfes ist ihm ganz fremd. Er appelliert an die Einsicht und das Wohlwollen der privilegierten Klassen, denen er versichert, dass ihre Lage nicht verschlechtert werden solle.

Die philosophischen Ideen, die Owen mit der Begeisterung eines Apostels, der eine neue welterlösende Wahrheit zu verkünden glaubt, immer wieder ausgesprochen hat, waren nicht neu, sie hatten sich im Laufe des 18. Jahrhunderts immer mehr verbreitet, bis sie schliesslich eine fast unbestrittene Herrschaft erlangt hatten. Die philosophische Wahrheit, die Owen neu entdeckt zu haben glaubte, war thatsächlich nur der ihm selbst unbewusste Ausdruck der Zeitideen. Was Owen aber von den andern unterschied, war, dass er sie zur Grundlage einer Agitation zur Hebung der Arbeiterklasse machte, dass er später aus ihr die Verwerflichkeit aller künstlichen Unterschiede zwischen den Menschen folgerte, dass er die Gleichheit aller Lebensbedingungen für die Voraussetzung einer gleichen Moral und allgemeinen Glücks erklärte, dass er also zum vollständigen Kommunismus gelangte. Von grosser Bedeutung für die Verbreitung der Owenschen Lehre war, dass man sie nicht als Hirngespinst eines Stubengelehrten oder eines Schwärmers, der vom realen Leben nichts weiss, bezeichnen konnte. Der Verkünder dieser Lehre war ein Mann, der eine seltene Erfahrung in der Behandlung von Menschen besass, der als grosser Fabrikant Tausende von Arbeitern jeden Alters unter seiner *Leitung gehabt* hatte und mit den verschiedenen Lebenskreisen in Be-

rührung gekommen war. Owen konnte darauf hinweisen, dass die Resultate, welche er durch die Anwendung seines Princips im praktischen Leben erreicht hatte, glänzende waren: aus einer zuchtlosen, die Hefe der Bevölkerung bildenden Masse hatte er eine Arbeiterschaft gebildet, der im ganzen Lande nichts an die Seite gestellt werden konnte.

Im Jahre 1813 löste Owen auch die Verbindung mit seinen bisherigen Partnern, welche von der vollen Durchführung seiner Principien eine Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Interessen fürchteten und ihm desshalb öfters Schwierigkeiten bereitet hatten. Es gelang ihm in kurzer Zeit, neue Partner zu finden — unter ihnen den bekannten Rechtsphilosophen Jeremias Beutham, — welche sich mit einer Verzinsung des Kapitals zu 5 % zufrieden erklärten und ihm so grössere Mittel für seine Wohlfahrtseinrichtungen zur Verfügung stellten.

Im Jahre 1817 wurde Owen von dem „Committee of the Association for the Relief of the Manufacturing and Labouring Poor“ aufgefordert, seine Ansichten über die Gründe des wachsenden Pauperismus und Vorschläge zur Abhülfe zu entwickeln. Owen führte in seinem Bericht aus, dass unter der Herrschaft des Princips der freien Konkurrenz die Lage der Arbeiter mit der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit immer schlechter werde. Die Einführung der Maschinen werde den Arbeitern zum Fluche, sie werfe dieselben aufs Pflaster und erzeuge einen wilden Wettbewerb um die blossen Existenzmittel, wodurch auch die Lage der beschäftigten Arbeiter verschlechtert würde. Man müsse den Unbeschäftigten, deren Zahl durch jede Verbesserung der Produktionsmethode vergrössert werde, Gelegenheit geben, ihre Arbeitskraft, die alles Notwendige in kurzer Zeit erzeugen könne, anzuwenden; man solle ihnen produktive Thätigkeit ermöglichen. Wenn man aber die Produkte ihrer Arbeit auf den Markt brächte, so würde man an einer anderen Stelle beschäftigte Arbeiter nutzlos machen, schliesslich also nur eine mit Kosten verbundene lokale Verschiebung des Uebels der Arbeitslosigkeit mit allen ihren entsetzlichen Folgen erreichen. Er schlägt deshalb die Errichtung grosser Etablissements vor, in denen ca. 500—1500 Menschen in „mutual cooperation“ alles fürs Leben Notwendige durch ihre Arbeit erzeugen sollen. Die Mitglieder sollen in grossen Häusern, die von Gärten umgeben sind, zusammenwohnen. Die Frauen haben die Aufgabe, für die gemeinsame Küche zu sorgen, überhaupt die ganze häusliche Arbeit zu vollbringen, den Gemüsegarten zu bestellen und die Erziehung der Kinder zu leiten. Man wird alles im grossen und gemeinsam vollbringen, einmal weil es viel praktischer ist, viel besser und leichter geht, und dann auch deshalb, weil es viel angenehmer ist, gemeinschaftlich zu arbeiten als isoliert. Da die Produktivkraft der Arbeit infolge der vielen Erfindungen sehr gesteigert ist, so wird man ohne übermässige Anstrengung alles, was man zum Leben nötig hat, in Hülle und Fülle hervorbringen. Die Erzeugnisse der gemeinsamen Arbeit werden zur Befriedigung der Bedürfnisse eines Jeden ausreichen und sollen im gemeinsamen Eigentum stehen. Owen geht davon aus, dem Staate die Errichtung solcher Etablissements zu empfehlen, um den Arbeitslosen Beschäftigung zu geben. Er betrach-

tete seinen Vorschlag zuerst als nichts Anderes als einen Plan zur Errichtung von Armenkolonieen. Doch bald geht er darüber hinaus. Er glaubt, dass das Leben in diesen „communities“ so viele Vorzüge gegenüber der bestehenden Wirtschaftsordnung mit ihrem bitteren Konkurrenzkampfe haben wird, dass in immer mehr Menschen der Wunsch entstehen wird, in solche Gemeinde einzutreten. Die Gründung weniger Gemeinden wird so ganz von selbst zur allgemeinen Verbreitung des Systems führen.

In den folgenden Jahren ist Owen rastlos thätig, um Anhänger für seine Idee zu gewinnen. In zahlreichen Reden und Adressen wandte er sich an alle Einsichtigen und Wohlwollenden, um sie für seine Pläne, an deren Vorzüglichkeit und leichten Ausführbarkeit er gar nicht zweifelte, zu gewinnen. Er dehnte seine Agitation auch über die Grenzen seines Vaterlandes aus. So entwickelte er seine Ideen in einer Eingabe an den im Jahre 1818 in Aachen stattfindenden Fürstenkongress und forderte die Vertreter der Völker Europas zur Verwirklichung derselben auf. In seinem Vaterlande gewann er manche begeisterte Anhänger — von denen wir an anderer Stelle William Thompson und Abram Combe erwähnen. Die englische Gesellschaft aber, die früher dem philanthropischen Fabrikbesitzer von New Lanark gehuldigt hatte, drehte dem Socialreformer Owen den Rücken. Als er sich vollends offen als Gegner jeder positiven Religion bekannte, sah er sich von fast allen, die zu den „upper classes“ gehörten, verlassen. Nur Lord Brougham bildete eine glänzende Ausnahme. Wenn er auch mit den Ideen Owens nicht übereinstimmte, so hat er doch den Menschen Owen, dessen Lauterkeit über jeden Zweifel erhaben war, gegen alle Angriffe, welche immer zahlreicher und heftiger wurden, insbesondere von seiten der Geistlichkeit, in Schutz genommen.

Im Jahre 1819 sollte bereits eine community gegründet werden. Da eine öffentliche Aufforderung zu Subskriptionen nur ein Kapital von 160,000 Mark zusammenbrachte, während Owen mindestens zwei Millionen Mark für notwendig hielt, musste man den Gedanken aufgeben. Eine von Owen bald darauf in Irland unternommene Agitationsreise gewann ihm dort viele Anhänger. Ferner erklärte sich ein Mitglied der hohen Aristokratie, Hamilton von Dalzell, bereit, für die Gründung einer Gemeinde einen bedeutenden Landkomplex in Motherwell unter billigen Bedingungen herzugeben. Owen selbst subskribierte 200,000 Mark, drei Anhänger je 100,000 Mark, trotzdem kam die von Owen für notwendig gehaltene Summe nicht zusammen. Man gab deshalb den Gedanken wieder auf.

Gegen Ende des Jahres 1824 ging Owen nach Amerika, um dort für seine Ideen zu wirken. Er gewann hier viele Anhänger, die im Laufe der nächsten Jahre auch ca. 30 kommunistische Gemeinden gegründet haben. Ausführlicher haben wir die Geschichte der kommunistischen Gemeinde New Harmony (s. d.) dargestellt, bei der Owen selbst beteiligt war.

In Schottland war während seiner Abwesenheit von Abram Combe in Gemeinschaft mit dem erwähnten Hamilton die Gemeinde Orbiston (s. d.) begründet worden. In den dreissiger Jahren wurde in Irland die *Gemeinde Rahaline* (s. d.) nach Owenschen Principien geleitet, ferner in

England die Manea Fen Community und im Anfang der vierziger Jahre die Queenwood Community (s. d.).

Für das Scheitern aller dieser Versuche, über die wir an anderer Stelle eingehender sprechen, ist Owen persönlich nicht verantwortlich zu machen. Die meisten wurden ohne seine Einwilligung unternommen von übereifrigen Anhängern, die den Beginn des „tausendjährigen Reichs" nicht erwarten konnten. Diese hatten sich in den verschiedenen Städten zu Genossenschaften zusammengeschlossen, die den Zweck hatten, das zur Gründung einer kommunistischen Kolonie notwendige Kapital zu sammeln. Owen ist so als der Vater der englischen Cooperativbewegung zu betrachten, wenn er dieselbe auch nur als Mittel für den höheren Zweck der Gründung von „communities" betrachtet hat.

Als Owen 1830 definitiv von Amerika nach England zurückkehrte, fand er bereits ca. 80 Genossenschaften vor. Bald wurde er hier in eine neue Gründung verwickelt. Es handelte sich um die Errichtung einer Arbeitsbörse, die „National labour equitable exchange". Bereits 1820 hatte Owen ausgeführt, dass die menschliche Arbeit das natürliche Wertmass sei, und vorgeschlagen, das in jedem Produkt enthaltene Quantum durchschnittlicher menschlicher Arbeit zu berechnen und darnach die Werte der Waren zu fixieren und gegeneinander auszutauschen. Dadurch werde erreicht werden, dass die Arbeit keine Ware mehr wäre und dass die Arbeiter nicht mehr die Sklaven eines künstlichen Lohnsystems wären, welches in seinen Wirkungen grausamer sei als irgendwelche Sklaverei. Es würde damit eine unbeschränkt währende Kaufkraft entstehen, so dass Absatzkrisen nicht mehr vorkommen könnten. Nach dieser Idee wurde 1832 die Arbeitstauschbank in London gegründet. Sie sollte den Austausch von Produkten nach der in ihnen enthaltenen Arbeitszeit ermöglichen. Für die bei ihr abgelieferten Produkte gab die Bank Noten aus, welche auf eine gewisse Zahl Arbeitsstunden lauteten. Der Noteninhaber konnte aus den Magazinen der Bank für dieselben ein Quantum von Produkten eintauschen, deren Wert ebenfalls in Arbeitsstunden ausgedrückt war. Bei der Abschätzung des Wertes der Produkte ermittelte man thatsächlich nicht die in der Produktion verausgabte Arbeitszeit oder die zur Produktion notwendige durchschnittliche Arbeitszeit, sondern schloss sich an den Marktpreis an. Da die Bank sich nur mit dem Austausch beschäftigte, aber auf die Leitung der Produktion, auf die Bestimmung darüber, welche Waren produziert werden sollten, gar keinen Einfluss hatte, sondern alles annahm, was ihr gebracht wurde, so trat bald ein Missverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot ein. Die wirklich brauchbaren und viel verlangten Produkte verschwanden schnell aus ihren Magazinen, unbrauchbare oder selten verlangte Artikel häuften sich aber in einer grösseren Menge an. Bald erfolgte denn auch der Zusammenbruch der Bank; Owen erlitt wieder einen nicht unbedeutenden Geldverlust.

Das Fehlschlagen des Versuches der Arbeitstauschbank lähmte aber den Eifer Owens nicht. Unermüdlich wirkte er in Rede und Schrift. April 1832 war die „Crisis" begründet zur Vertretung seiner Principien. Diesem Blatte folgte 1835 „The new moral world". Eine ganze Reihe

von Vereinen entstand unter seinem Einfluss, von denen die „Association of all classes of all nations“, die „Vereinigung aller Klassen aller Völker“, deren Mitglieder sich von 1839 an „Socialisten“ nannten, die grösste Bedeutung erlangte. Auch trat Owen in Beziehung zu den Gewerbevereinen, denen er die Errichtung von Produktivgenossenschaften empfahl, da er an eine dauernde Besserung der Lage der Arbeiter unter dem Lohnsystem nicht glaubte. Das Scheitern des mit nicht unbedeutenden Mitteln unternommenen Versuches des Queenwood Community im Jahre 1846 setzte der socialistischen Agitation in England ein Ende.

Owen hat sich immer ablehnend gegen jede politische Agitation verhalten. In seinen Gemeinden sollten jedoch durchaus demokratische Institutionen herrschen. Dass dieselben aber unter den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen etwas helfen könnten, glaubte er nicht. So hat sich die socialistische Bewegung in England nicht verschmolzen mit der wesentlich politischen Chartistenbewegung, wenn auch viele Socialisten zugleich Anhänger des Chartismus waren.

In seinen alten Tagen wurde Owen Anhänger des Spiritismus. In seiner 1857 erschienenen Autobiographie erzählt er, dass er in lebhaftem Verkehr stände mit den Geistern seiner alten Freunde. Dem Geiste des Herzogs von Kent, der bis zu seinem früh erfolgten Tode ein grosser Bewunderer der Owenschen Schöpfungen war, spendet er das Lob, dass er sich immer überaus pünktlich, der getroffenen Verabredung gemäss, einstelle. Owen war, als er dies schrieb, ein Greis von 86 Jahren. Am 17. November 1858 ist er dann in seiner Vaterstadt gestorben.

Owen'sche Gemeinden sind gegründet:

I. in Amerika:

New Harmony in Indiana; 900 Mitglieder; 30000 Acres; Dauer circa 3 Jahre. Siehe „N. H.“.

Nashoba in Tennessee; 15 Mitglieder; 2000 Acres; Dauer circa 3 Jahre. Siehe Art. Frances Wright.

Yellow Spring Community in Ohio; 75—100 Familien; Dauer 3 Monate.

Blue Spring Community in Indiana. Nichts Näheres bekannt.

Cooperative Society in Pennsylvanien; nichts Näheres bekannt.

Coxsackie Community in New-York; Kapital klein; viele Schulden; Dauer 1—2 Jahre.

Forrestville Community in Indiana; über 60 Mitglieder; 325 Acres; Dauer circa 1 Jahr.

Franklin Community in New-York; nichts Näheres bekannt.

Haverstraw Community in New-York; circa 80 Mitglieder; 120 Acres; Schulden 12000 Dollar; Dauer 5 Monate.

Kendal Community in Ohio; 200 Mitglieder; 200 Acres; Dauer circa 2 Jahre.

Macluria in Indiana; 1200 Acres; Dauer circa 2 Jahre.

II. Im Vereinigten Königreich:

Orbiston Community; gegründet von A. Combe 1825. Dauer circa *2 Jahre.*

Rahaline Community; gegründet von Craig; Dauer circa 3 Jahre.
Queenwood Community in Hampshire; Dauer 5 Jahre.
Manea Fen Community in Cambridgeshire; kurze Dauer.

Die ersten 3 Experimente sind besonders besprochen; genauer dargestellt ist die Geschichte der beiden Gemeinden, an denen Owen persönlich beteiligt war, nämlich New Harmony Community und Queenwood Community.

Paepe, César de, geboren 1841 zu Ostende. Zwölf Jahre alt ward er in das Jesuitenkollegium in Brüssel geschickt; seine freien Stunden füllte er durch Uebungen in der Typographie bei Désirée Brismée aus, dessen Tochter er später heiratete. Neben eifrigen Studien fand er noch Zeit, sich der socialistischen Propaganda zu widmen. 1871 erhielt er das Diplom als Arzt und etablierte sich in Brüssel. Er nahm an dem Gründungsmeeting der Internationale zu London, ebenso wie an den Kongressen zu Genf, Lausanne und Brüssel teil. Anfangs ein Schüler Colins, gewann ihn das Studium Proudhons dem Anarchismus und Mutualismus. Später machte er sich von beiden los. Tiefere Studien führten ihn zum Kollektivismus, in dessen Dienst er von nun an seine reichen Geisteskräfte stellte. Er war Mitarbeiter für eine Unzahl von Blättern, wie „la société nouvelle“, „le peuple“, „de Toekomst“, „de Werker,“ „la revue socialiste“, „die neue Gesellschaft“, „die Zukunft“, „die Gleichheit“ u. s. f. Gestorben 19. Dezember 1890 zu Cannes. Von seinen Werken nennen wir: Examen de quelques questions sociales, Brüssel 1866; Essai sur l'organisation des services publics dans la société future, Brüssel 1874. Untersuchungen über die Grundprincipien der Socialökonomie in der „Zukunft“ 1879; in Richters Jahrbuch für Socialwissenschaft und Socialpolitik die Berichte über die „Niederlande“, ferner „die sociale Wissenschaft nach Colins und de Potter“ I, 2, 26—59.

Paraguay. Die Mission der Jesuiten in Paraguay datiert von 1586. Ein bedeutender Erfolg lohnte ihre Mühe und eine grosse Anzahl von Indiern wurde zum christlichen Glauben bekehrt. Von Anfang an hatten sie aber mit dem System der Kommanderien, durch das die Indier als Grundhörige an einzelne Herren verteilt waren, zu kämpfen und sehr früh schon sahen sie ein, dass ein dauernder Erfolg ihrer Mission nur durch absolute Trennung der beiden Rassen zu erreichen sei. Es gelang ihnen, vom spanischen Staate die beiden Völker der Guaycuru und der Guaraki als Stätten ihrer Missionsthätigkeit angewiesen und auch ein Privileg zu erhalten, das die Spanier von den Reduktionen ausschloss. Die erste Idee einer neuen Verfassung für ihre Kolonieen ging von den beiden Italienern Cataldino und Mareta aus und wurde vom Provincial Diego Torres rastlos verfolgt und ausgeführt. Stets war ihr Werk von der Habsucht ihrer spanischen Nachbarn und der Feindlichkeit der kirchlichen Behörden bedroht. Dazu kamen noch die fortwährenden Raubeinfälle der Bewohner der Provinz St. Paulo, die abzuwehren den Jesuiten erst nach blutigen Kämpfen gelang. Allmählich stieg die Zahl der Reduktionen auf 31, von denen der grössere Teil auf beiden Seiten des Uruguay lag. Im Gebiete des heutigen Paraguay befanden sich nur wenige ärmere Missionen.

Die Bewohner dieses Gebietes, etwa 100000, waren meist Guarani; die Zahl der Jesuiten, die mit der Leitung der Missionen betraut war, betrug wohl nie viel mehr als 100. Durch den Vertrag vom 16. Januar 1750 wurden die 7 besten Missionen von Spanien an Portugal ausgetauscht. Bei der Besetzung des Gebietes durch die Portugiesen kam es zu längeren Kämpfen seitens der Guarani, die, wahrscheinlich von den Jesuiten geleitet, ihr Land nicht aufgeben wollten. 1768 erfolgte der Befehl zur Vertreibung der Jesuiten aus Amerika und damit war auch das Schicksal der Missionen besiegelt Die Indianer opponierten der neuen Ordnung der Dinge, baten um Wiedergabe der Jesuiten; dann versanken sie ganz in Apathie. In kurzer Zeit war das blühende Land von den habgierigen Beamten ausgesogen, der ungeheure Viehstand ruiniert, die Bevölkerung auf die Hälfte zusammengeschmolzen, der Rest völlig entsittlicht, das Gebiet mit Ausnahme weniger Dörfer wieder zur Wildnis geworden.

Hier in Paraguay, wie anderwärts, haben die Jesuiten mit dem ihnen eigenen Scharfsinn an die bestehenden Anschauungen und Ideen der Völker angeknüpft und haben sich bei dem Entwurf der Verfassung der Reduktionen zunächst an die bei den Guarani vorhandene Agrarverfassung angelehnt; dass sie bei der Ausarbeitung desselben auch unter dem Einfluss des Campanella'schen Sonnenstaats gestanden, ist unwahrscheinlich. Die Jesuiten allein hatten die gesamte Leitung in ihrer Hand und vertraten ihre Missionen auch dem spanischen Staat gegenüber, an den sie die Kopfsteuer nach ihren statistischen Tabellen abführten. Bei der Einrichtung der Kolonieen wurde nicht nur auf völlige Regelmässigkeit, sondern auch auf möglichste Gleichheit gesehen. Die Indianer wohnten in kleinen Städten von 2500—7000 Einwohnern. In der Mitte derselben stand die geräumige Kirche mit der Wohnung des Paters und grossem Garten, das Witwenhaus, Gerichtsgebäude und die geräumigen Gemeindespeicher. Die Strassen waren gerade, rechtwinklig zu einander als Baumalleen angelegt. Die ganze Niederlassung war zum Schutz mit einer dichten Wand von Kakteen umgeben. Zunächst der Niederlassung lagen die Ackerstücke, die zur Privatbestellung den einzelnen überlassen waren, und die Felder der Witwen und Waisen. Dann folgte das ungeteilte Ackerland und weiter hinaus die Weide für die grossen Viehherden. Das Privateigentum blieb in ihrem Staate verpönt; es gab nur Gebrauchseigentum, das aber äusserst gering war. Das Mass des Frauenschmuckes war z. B. auf zwei Unzen Gold beschränkt. Die Häuser wurden von der Gemeinde gebaut und ausgebessert. Nach dem Tode der Bewohner fielen sie an die Gemeinde zurück. Die Kazikschaften, die man bei der Ansiedlung vorfand, wurden den Arbeitsabteilungen zu Grunde gelegt, und traten auch im Kriege noch hervor, hatten aber die frühere Bedeutung verloren. Meist waren dem Indianer drei Tage zur Bebauung seines Landes in der Woche überlassen; die übrige Zeit wurde im Dienste der Gemeinde gearbeitet. Allmorgendlich bestimmte der Pater den Korregidoren, eingeborenen Unterbeamten, das Mass der täglichen Leistung und inspizierte mindestens täglich einmal die Arbeit.

Alle Produktionsmittel waren Gemeindeeigentum. Pflug, Axt und

Messer erhielt jedes Paar bei der Hochzeit zur Ausstattung; ausserdem ein Joch Zugochsen, die aber sehr oft der Esslust der Indianer zum Opfer fielen. Alles Saatkorn wurde aus den Speichern geliefert, oft zwei- bis dreimal, aus denselben Gründen, wie die Ochsen. Jeden Samstag wurde an die Weiber Baumwolle zum Verspinnen verteilt. Das gesponnene Garn musste jeden Abend an den Korregidor abgeführt werden, der es dann an die Weber verteilte. Jährlich zweimal wurde die Kleidung, einfach aber reichlich, verteilt, so dass die Indianer weit besser gekleidet als die hochadeligen Spanier einhergingen. Auch die Verteilung der Nahrungsmittel mit Ausnahme der Vegetabilien, die jeder auf dem ihm angewiesenen Felde bauen sollte, ging von der Gemeinde aus. Wöchentlich wurde aus der Herde — die Mission Yapeya hatte z. B. 500000 Stück Rindvieh — die nötige Zahl in die Reduktion getrieben und das Fleisch täglich an die Familien verteilt. Ebenso wurde Thee und Salz verteilt. Die Handwerke waren völlig fabrikmässig organisiert. Sämtliche Werkstätten befanden sich in der Nähe der Jesuitenwohnungen und wurden von den Patres öfter inspiziert. Im grossen Witwenhaus wurden auch die unverheirateten Mädchen beschäftigt. Fast jede der kleinen Städte betrieb einen eigenen Industriezweig. Mit ihren Erzeugnissen wurden die Ordenshäuser versehen und einiges davon kam auch in den Handel. Doch beschränkte sich dieser meist auf Rohprodukte, wie Baumwolle, Cochenille, Paraguaythee u. s. w. Ein grosser Teil des Reinertrages der Kolonieen wurde in ihrem Interesse verwandt; der nicht unbeträchtliche Ueberschuss floss in die Kasse des Ordens. Innerhalb der einzelnen Mission konnte kein Handel stattfinden; daher bedurfte man auch der Edelmetalle nicht. Wohl aber fand ein solcher zwischen den einzelnen Missionen statt. Trotzdem man eine vollkommene Gleichheit der Missionen herzustellen suchte, führte man doch Buch über diese Tauschgeschäfte und suchte die Bilanzen gleich zu halten.

Da für einen solchen Staat die Erziehung von der grössten Wichtigkeit war, so wurden schon in sehr frühem Alter die Kinder morgens in die Kirche gebracht, um des Tages über spielend an Beschäftigung gewöhnt zu werden. Die älteren genossen etwas Unterricht, nur die begabteren lernten lesen und schreiben. Nach Beendigung des Unterrichts zog die ganze Schar zur Feldarbeit. Die Erträgnisse gehörten den Kindern selbst; ältere Leute leiteten die Arbeit. Ausserdem hatte jede Abteilung einen selbst gewählten Obmann, aus denen sich meist die Korregidoren rekrutierten. Oft wurden die Kinder in die Werkstätten geführt, um zu zeigen, zu welchem Handwerk sie Geschick und Neigung hätten. Abgeschlossen ward die Jugenderziehung durch die Heirat, die im siebzehnten, beziehungsweise fünfzehnten Jahre erfolgte. Das junge Ehepaar erhielt alsbald ein Stückchen Land; aber sie wohnten in der Hütte der Eltern und erhielten, erst wenn sich die Familie vergrösserte, eine eigene Hütte.

Kleinere Streitigkeiten wurden durch den Korregidor entschieden. Alle ernsteren Strafsachen mussten vor den Pater gebracht werden, der als Beichtvater jedes Geheimnis, oft durch die Selbstanklage des Schul-

digen sein Vergehen erfuhr. Als Strafen wurden Schläge und kurze Haftstrafen angewandt; Unverbesserliche wurden in entfernte Missionen geschickt. Nur Busse und Besserung wurde angestrebt; daher gab es auch keine Todesstrafe.

Nur zu leicht könnte nach dieser Schilderung der Jesuitenstaat als vollkommen und Vorbild einer glücklichen Gesellschaft erscheinen. Unbedingt muss zugegeben werden, dass das Glück der Indianer in diesen Reduktionen ein viel grösseres war, als in irgend einem Teile Südamerikas, und es wäre durchaus verkehrt, den Masstab unserer sittlichen Ideen, die Forderung unserer Freiheit des Individuums auf denselben anwenden zu wollen. Der Vorwurf aber muss wohl als ein durchaus berechtigter erscheinen, dass die Jesuiten die Energie in dem Indianer ganz bedeutend geschwächt haben — ohne dies wäre ihr ganzes Werk unmöglich gewesen — und dadurch eine physische und geistige Schlaffheit erzeugt haben, die uns als auf ihrem Gipfel der alte Doblas in folgender Stelle schildert: „Ut audivissem horis diversis noctu tympanum pulsari et praecipue ad auroram exorientem inquisivi quorsum hic sonitus? Dixerunt mihi semper consuetum esse totam gentem crebro suscitare secundum quietem: hujus usus originum cognoscere volens, responderunt propter notam indolem desidiosam Indiorum, qui labore quotidiano defessi initi sunt lectum et dormiti per totam noctem, hoc modo officiis conjugalibus non functis Jesuitae mandaverunt ut nonnullis horis noctu tympanum pulsatum esset in hunc modum incitare maritos.“ Kein Wunder daher, dass trotz der Begünstigung der Eheschliessung die Bevölkerungszahl nahezu stabil blieb, und dass, als die Indianer sich ihrer Leiter und Führer beraubt sahen, sie nur zu bald in ihre frühere Wildheit und neue Entsittlichung zurücksanken. Es war ein Staat geschaffen, der vollkommen sein sollte, und von dem die Entwicklung ausgeschlossen blieb. Das Produkt überlegener Kultur auf dem Grunde eines unentwickelten Volkes ging mit seinen Gründern zu Grunde.

Patronat. Im heutigen Arbeitskontrakt stehen sich Arbeiter und Arbeitgeber als gleichberechtigte Parteien gegenüber. Die Dauer desselben ist meist eine sehr kurze und der Arbeiter erwartet vom Fabrikherrn nichts Anderes als den Arbeitslohn, den er so hoch wie möglich zu halten bemüht ist. Wenn also der Patron (Arbeitgeber) diesen Lohn bezahlt hat, schuldet er dem Arbeiter nichts weiter, er hat den Kontrakt erfüllt. Aber der Arbeiter ist schwach und unwissend; er versteht nicht für die Zukunft zu sorgen; er kümmert sich wenig um die physische und moralische Hygiene seines eigenen Leibes oder seiner Kinder. Da erwächst denn dem Patron die moralische Aufgabe, für den Arbeiter das zu thun, was dieser selbst nicht thut, d. h. vorsorglich und sparsam für ihn zu sein. Ausserdem aber ist es sicher, dass der Lohn für einen Arbeiter mit Familie in den meisten Fällen nicht ausreicht. Ist es da nicht besser, dass die Hülfe ihm von seiten seines Patrons, anstatt von der Oeffentlichkeit, der privaten Wohlthätigkeit oder der Gemeinde, kommt? Diese liebevolle Fürsorge, mit der der Patron sich für seinen Arbeiter auch ausser dem, *was er ihm genau* schuldet, interessiert und sich bemüht, ihm nützlich

zu sein, ist es, die das Wesen des Patronats ausmacht. Das Patronat, wie man es auch definiert hat, bezeichnet ein ganzes System socialer Hülfsthätigkeit auf allen Gebieten, wo das auf sich selbst gestellte schwächere Individuum sich von Not bedroht sieht, oder seine Kräfte nicht voll zur Entfaltung bringen kann. Es ist eben das auf religiöse und moralische Triebfedern zurückgehende charitative System der Bedürfnisbefriedigung, das überall da Platz greift, wo das privatwirtschaftliche System des blossen Selbstinteresses Lücken in der Bedürfnisbefriedigung lässt und wo das zwangsgemeinwirtschaftliche System nicht eingreifen kann oder soll.

Dies Institut des Patronats, dessen wesentliche Gedanken nebst ihrer Begründung wir nach den Theoretikern desselben dargestellt haben, ist besonders in Frankreich und Belgien, da wo die katholische Kirche noch einen übermächtigen Einfluss behauptet und die Arbeitermassen in ihrer Entwicklung bedeutend zurückgeblieben sind, in Blüte. Am berühmtesten unter den das Patronat ausübenden Fabrikherren sind die Brüder Harmel, von denen der eine in der Schrift „Manuel de la corporation chrétienne" die sie bei ihren Einrichtungen leitenden Ideen dargelegt hat. Corporation nennt er die Gesamtheit der Patronatswerke, die er für seine Arbeiter geschaffen hat. Die ganzen Anstalten sind mit Frömmigkeit förmlich durchtränkt. Eine Anzahl geistlicher von Geistlichen geleiteter Vereine nehmen von frühester Jugend auf den werdenden Arbeiter oder Arbeiterin in ihren treu fürsorgenden Schoss auf und geleiten ihn, bezw. sie, durch das ganze Leben. In christlicher Demut und Ergebenheit gegen den Patron und die Kirche werden die Arbeiter erzogen, jedes Fünkchen Selbständigkeit unterdrückt, damit ihnen ja nie die Versuchung nahen könne, sich dieser väterlichen Fürsorge zu entziehen, die trotz aller scheinbaren Selbstlosigkeit den eigenen Vorteil dabei nie vergisst. Mit nichts können diese Anstalten besser verglichen werden, als mit dem Jesuitenstaat in Paraguay, nur dass der letztere noch tausendmal besser und das ganze System dort vielleicht eher berechtigt war, oder wenigstens durch seine Resultate verteidigt werden konnte.

Hier setzt auch die scharfe Kritik der Socialdemokratie an dem Institut des Patronats ein, deren Berechtigung nicht zu bestreiten ist. Sicher ist zuzugeben, dass ein gegenseitiges wohlwollendes Verhalten zwischen Patron und Arbeiter für beide Teile äusserst wertvoll nicht nur in materieller, sondern auch moralischer Hinsicht ist, und sicher gehört dem Fabrikherrn Anerkennung, der seinen Arbeiter nicht als profitgieriger Unternehmer, sondern als Mensch dem Menschen gegenübertritt und, voll des Bewusstseins, dass ihm seine durch den Zufall der Geburt zugefallenen Güter auch Pflichten auferlegen, bemüht ist, diese Pflichten zu erfüllen. Man hat als die Vollendung des Verhältnisses zwischen Patron und Arbeiter dasjenige angesehen, das sich am meisten dem eines Vaters zu seinen Kindern nähert. Wenn dieses Verhältnis auf den ersten Blick als ein äusserst edles erscheint, so liegt doch gerade in diesem Vergleich etwas äusserst Beschämendes, ja geradezu Beschimpfendes für den erwachsenen Arbeiter. Man vergleicht ihn mit dem Kinde, dessen geistige und mora-

lische Kraft schwach ist, das daher bevormundet und gegängelt werden muss, dem man, wenn es gegen die Ordnung verstösst, die Rute gibt. Und nur zu leicht schlägt das wohlwollende Bevormunden in eine niederdrückende Tyrannei um. Diese Gefahr liegt besonders da nahe, wo der wohlwollende Patron auch ausserhalb des Gebietes der Produktion auf das Privatleben des Arbeiters bestimmend einwirken will. Dann wird das Wohlwollen zu einem Zwange, den nur tiefstehende, unintelligente Arbeiter sich gefallen lassen. Auch hier sind es wieder die weiblichen Arbeiter, denen gegenüber die väterliche Zucht des Fabrikanten sich die meisten Uebergriffe erlaubt; so, wenn z. B. nach der Fabrikordnung denselben auch während ihrer freien Zeit bei Strafe sofortiger Kündigung jeder Umgang mit Männern untersagt wird, oder der Fabrikant sich die Erteilung der Heiratserlaubnis vorbehält. Ohne Zweifel muss durch die ganze patriarchalische Fürsorge die Unterwürfigkeit und Unselbständigkeit der Arbeiter vergrössert, ihre Versklavung aufs neue geschaffen werden. Indem sich zur ökonomischen noch die persönliche Abhängigkeit gesellt, wird die neue Fabrikfeudalität gegründet.

Diejenigen aber, die im Patronat eine Lösung der socialen Frage erblicken, vergessen, dass auch der wohlwollendste Fabrikant auf die durch die Konkurrenz gebotene Ausbeutung des Arbeiters nicht verzichten kann, ohne seinen eigenen Ruin herbeizuführen, und dass überhaupt das Patronat nur so lange seinen Wert behauptet, als es eben Ausnahme ist, ihn dagegen, wenn allgemein geworden, verlieren muss.

Pecqueur, Constantin, geboren 4. Oktober 1801 zu Arleux, gestorben 27. Dezember 1887 zu Taverny-Saint-Leu. Anfangs schloss er sich den Saint-Simonisten — im Jahre 1831 finden wir ihn unter den jugendlichen Enthusiasten, die Enfantin folgten —, später den Fourieristen an; doch ging er bald seine eigenen Wege. Sein Hauptwerk „Théorie nouvelle d'économie sociale et politique, ou études sur l'organisation des sociétés", erschien 1842. Mitglied der Arbeitskommission des Luxembourg (s. d.), verfasste er mit Vidal den Endbericht. Von der Nationalversammlung wurde er zum Unterbibliothekar ernannt; er verlor aber diese Stelle durch den Staatsstreich von 1851. Seitdem lebte er in stiller Zurückgezogenheit zu Taverny-St-Leu, wo er 1887 starb. 1849 gab er noch den „Salut du peuple" heraus, wo er in der Nummer vom 10. April 1850 in dem „Le Progrès par la douleur" betitelten Artikel auseinandersetzte, dass jeder Fortschritt der Gesellschaft nur unter Thränen und Blutvergiessen gemacht wird. So sah er denn auch den Fortschritt zum Kollektivismus nur unter solchen blutigen Schlachten nahen.

Auf der Grundlage der socialen Gerechtigkeit, die nichts Anderes ist, als der Wille Gottes, hat nach P. die Umgestaltung der Gesellschaft zu erfolgen. Neben der individuellen Sittenlehre, für die allein die von Christus gelehrte Moral zu halten ist, steht eine sociale, der der Mensch sich in soviel höherem Masse zu fügen hat, als die Gesellschaft dem Individuum überlegen ist. Daher muss die Laune des Menschen, das zu thun, was er will, zum Schweigen gebracht werden. Er muss socialisiert werden. In *gleicher Weise* haben die die Gesellschaft konstituierenden Elemente:

Erbrecht, Eigentum, Arbeit, deren Form in der Geschichte bestimmte, nicht ohne Opfer zu erreichende Wandlungen durchzumachen hat, ebenfalls sich der Socialisation zu unterziehen. Was früher im individuellen Besitz war, hat in den der Gesellschaft zu kommen; der private Kreis muss zur kollektiven Sphäre erweitert werden. Neben der Socialisation der Erziehung und des Unterrichts hat die der Produktion durch Ueberführung des Grund und Bodens und der übrigen Arbeitsmittel in das Kollektiveigentum stattzufinden, welche allein das radikale Heilmittel aller Laster und alles Elends der heutigen Gesellschaft ist und die Möglichkeit vernichtet, von der Arbeit anderer zu leben. Vom ökonomischen Gesichtspunkt aus ist dann die Gesellschaft ein ungeheures Atelier mit unzähligen Funktionen, wo die Arbeit sich unter alle Mitglieder der Gesellschaft ins Unendliche teilt. Jede nationale Arbeit hat ein regulierendes und die Initiative ergreifendes Centrum, welches den Weg, Fortschritt, Einheit, Gleichmässigkeit, Oekonomie, Einfachheit, Redlichkeit der Produktion und Konsumtion zu überwachen hat und für eine gerechte Verteilung der Reichtümer und socialen Vorteile sorgt. Kein Mitglied der Gesellschaft kann es abweisen, eine Rolle in diesem Produktionsdrama zu spielen; diese Rolle ist eine Funktion, ein Teil der Thätigkeit in der so mannigfaltigen Schöpfung der Reichtümer. Ein jeder ist zur Arbeit an der ihm bestimmten Stelle verpflichtet und soll nach seiner Fähigkeit und Berufung fleissig sein, damit die Kollektivarbeit so wirksam wie möglich sei. Die Verteilung wird eine vollständig gleiche sein, da es nur noch Funktionen der Gesellschaft gibt, zu denen ein jeder von ihr in ihrem Interesse bestimmt wird. Eigentum gibt es nur noch an den Früchten der Arbeit. Auf den Seiten von 699—765 gibt P. dann noch das genau ausgearbeitete Projekt einer nationalen und universellen Association.

Op. Economie sociale des intérêts du commerce, de l'industrie et de l'agriculture et de la civilisation en général, sous l'influence des applications de la vapeur, Paris 1836; Des améliorations matérielles dans leurs rapports avec la liberté, Paris 1839; De la législation du mode d'exécution des chemins de fer, Paris 1840; De la paix, de son principe et de sa réalisation, Paris 1842; Des armées dans leurs rapports avec l'industrie, la morale et la liberté, Paris 1842; La République de Dieu, union religieuse pour la pratique immédiate de l'égalité et de la fraternité universelles, Paris 1844; Le Salut du peuple, journal de la science sociale, 8°, 1849—50; Réforme électorale, appel aux 240,000, Paris 1843.

Perfectionisten ist der Name einer aus Amerikanern bestehenden Sekte, die in Kommunismus lebt und lange Jahre eine eigentümliche Eheform aufrecht erhalten hat. Ihr Stifter ist John Humphrey Noyes. Siehe dort eine ausführliche Darstellung des Lebens in dieser eigentümlichen Kolonie.

Périn, Henri Charles Xavier, geboren zu Mons 1815. Nachdem er seine rechtlichen und ökonomischen Studien in Löwen vollendet hatte, wurde er Advokat zu Brüssel und übte diesen Beruf mehrere Jahre aus. 1844 ward er Professor des öffentlichen Rechts an der katholischen Uni-

versität zu Löwen, und im folgenden Jahre der Nationalökonomie, ein Amt, das er bis 1881, 37 Jahre lang bekleidete.

P. gründet die sociale Ordnung auf die göttliche Autorität und glaubt, wenn er auch in ausserordentlichen Fällen das Eingreifen des Staates für notwendig hält, doch, dass die durch den christlichen Glauben wieder erweckten Tugenden der Selbstbeschränkung und Selbstopferung sich hinreichend zeigen werden, sie einer Besserung entgegenzuführen. Daher empfiehlt er die Wiedererweckung der christlichen Liebe, wie sie in den mittelalterlichen Korporationen zum Ausdruck kam. Das Verhältnis zwischen Meister und Arbeiter muss, gegründet auf die Idee der christlichen Solidarität, ein väterliches und brüderliches sein. Da er in dem Individualismus die Hauptquelle aller socialen Uebel erblickt, empfiehlt er als Hauptheilmittel die Association, die aber nach katholischer Auffassung keineswegs egalitär, sondern eminent hierarchisch ist. Das Werk aber, das gute Einvernehmen zwischen Unternehmern und Arbeitern wieder herzustellen, muss bei den ersteren beginnen, deren ungezügelte Begier in der Vergangenheit die bestehende Unordnung geschaffen hat. P. ist der Hauptvertreter der Idee der Patronage und hat über dieses Thema ein Büchlein, „Le patron, ses fonctions, ses devoirs, ses responsabilités, Paris 1886", geschrieben. Wir erwähnen noch: „Les Economistes, les Socialistes et le Christianisme, Paris 1849, worin er alle modernen Fortschritte dem Spiritualismus des Christentums zuschreibt. Er war thätiger Mitarbeiter am „Correspondent" und der „Revue catholique des institutions et du droit". — „Le socialisme chrétien", Paris 1879; „La coopération chrétienne", Paris 1886.

Peru. Die Ländermasse des Inkareiches war in vier grosse Gebiete geteilt; an der Spitze eines jeden stand ein Vizekönig, ihm zur Seite ein Verwaltungsrat. Die Hauptstadt Kusko bildete einen Sonderbezirk, der unmittelbar dem König unterworfen war. Die Grundlage der Verwaltung bildete die Einteilung in Dekurien, Gruppen von je zehn Familien, mit einem Obmann, dessen Aufgabe es war, für das leibliche Wohl seiner Gruppe durch Beschaffung der Rohstoffe, Geräte, Werkzeuge u. dgl. zu sorgen und über die Aufrechterhaltung der Gesetze zu wachen. Zehn Dekurien bildeten eine Centurie mit einem höheren Obmann; tausend Familien unter hundert Obmännern gehorchten einem Hauptmann (huoranka-camayaj), der unter dem Statthalter der Provinz stand. Dieser war stets ein Inka königlicher Abstammung.

Zwecks der Verwaltung wurde der Grund und Boden in den Provinzen in drei Teile geteilt: der eine für die Sonne, die Gottheit der Inkas, der zweite für den Inka, der dritte für das Volk. Das Verhältnis der drei Teile war verschieden nach der Zahl der Bevölkerung und dem grösseren oder geringeren Betrag, der für den Unterhalt der Bewohner erfordert war. Das Land der Sonne diente für die Instandhaltung der Tempel, des Gottesdienstes und den Unterhalt der Priesterschaft; das für den Inka zur Unterhaltung seiner Familie und der Beamten; denn alle im Dienste des Königs beschäftigten Vasallen wurden auf dessen Kosten genährt *und gekleidet und* ihre Felder durch die Gemeinde bestellt; das Land für das

Volk war in gleiche Teile geteilt. Da jeder Peruaner zur bestimmten Zeit heiraten musste, so erhielt er bei der Heirat vom District oder der Gemeinde ein Wohnhaus und ein für den Lebensunterhalt des Paares ausreichendes Stück Land (tupu). Beim Wachsen der Familie wurde der Anteil vergrössert, für jeden Sohn um einen tupu, für jede Tochter um einen halben tupu. Dies Land konnte nicht veräussert werden und wurde am Ende jedes Jahres neu aufgeteilt; meist behielt es aber der Besitzer auf Lebenszeit. Vermehrte sich die Bevölkerung, so wurde das notwendige Land von den Ländereien des Inka oder der Sonne genommen. Die Bearbeitung des Landes war gemeinschaftlich. Zunächst wurde das Land der Sonne bestellt, dann das der Alten, Kranken, Witwen und Waisen und der im Kriegsdienst befindlichen Soldaten. Darauf hatte jeder sein eigenes Land zu bebauen, musste aber seinem Nachbarn, wenn es notwendig war, aufs bereitwilligste helfen. Zuletzt wurde das Land des Inka bestellt; unter grossen Ceremonieen wurde die Arbeit begonnen, unter Gesängen (hailli) ausgeführt und mit Tänzen und Lustbarkeiten beschlossen. Alle erschienen dabei in ihren Feierkleidern. Die grossen Lamaherden gehörten ausschliesslich der Sonne und dem Inka. Ihre ungeheure Anzahl wurde von erfahrenen Hirten bewacht und je nach der Jahreszeit zu verschiedenen Weideplätzen geführt. Die Vorschriften für die Sorge und Fütterung derselben waren sehr genau. Zu bestimmter Zeit wurden sie alle geschoren und die Wolle in grossen Magazinen niedergelegt, dann unter die einzelnen Familien verteilt, wo ihre Verarbeitung durch Spinnen und Weben und die Bereitung der notwendigen Kleidung den Frauen oblag. War diese Arbeit vollbracht, so mussten die Kleider des Inka verfertigt werden, deren Quantität und Qualität zu Kusko genau bestimmt wurde. Die Beschaffung derselben wurde dann unter die einzelnen Provinzen verteilt. Beamte trugen Sorge, dass die ganze weibliche Bevölkerung thätig war. Denn Faulheit galt allgemein als schweres Verbrechen und wurde vom Gesetz hart bestraft. Die grosse Mehrheit der unteren Klasse der Peruaner war mit dem Ackerbau beschäftigt; ein Teil wurde in den mechanischen Künsten, deren Produkte aber nur für den Inka und seinen Hof bestimmt waren, ausgebildet. Die Natur und der Betrag der grossen öffentlichen Bauten wurde durch Kommissionäre bestimmt und ebenfalls auf die einzelnen Provinzen verteilt.

Diese ganze wunderbare Verwaltung war nur möglich durch eine genaue Statistik, und diese wurde auch im Inkastaat in bewunderungswürdiger Weise geführt. Ein genaues Register aller Geburten und Todesfälle wurde gehalten; in gewissen Zwischenräumen wurden Aufnahmen des ganzen Landes gemacht, die die Natur und Fruchtbarkeit des Bodens feststellten. Danach fand die Verteilung der Arbeiten auf die einzelnen Provinzen statt, wobei besonders darauf geachtet wurde, dass die Arbeit zur vorhandenen Arbeitskraft nicht disproportioniert sei. Alle, die mit Arbeiten für den Staat beschäftigt waren, wurden während dieser Zeit auf Staatskosten erhalten und ein genauer Wechsel in den Personen der Beschäftigten eingeführt, damit keiner seine Hausarbeit zu vernachlässigen brauchte. Die Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter war ein Gegenstand

[illegible]

[illegible] Magazine des Inka [illegible] ebenfalls [illegible] werden mussten.

[illegible] Unterricht [illegible] zu Boden. Er [illegible] Leben, und Elend [illegible] Bettler und Faulen. [illegible] mit dem der Völker [illegible] dass die Summe [illegible] grösser gewesen, [illegible] Thätig- [illegible] wurde durch häufige [illegible] Unter Tanz und Gesängen wurden [illegible] mit sich brachten, [illegible] man sich von den [illegible] Kein Wunder, dass die Peruaner zu ihren Herr- [illegible] Ehrfurcht, unbegrenzten Vertrauens und [illegible] aufblickten.

Pillot. [illegible] Stand bestimmt [illegible] Zeitlang Redacteur [illegible] am Komplott des [illegible] Untersuchungshaft frei- [illegible] wegen Teilnahme an einer kommunistischen Sekte [illegible] 1848 kandidierte er [illegible] Versammlung und wandte sich dann [illegible] Bei den Ergänzungswahlen 26. April 1871 [illegible] Mitglied der Commune gewählt [illegible] zu der extremsten [illegible] Niederwerfung des Aufstandes wurde er 22. Mai 1872 [illegible] Zwangsarbeit verurteilt.

[illegible] absolue parmi [illegible] 1840; [illegible] de la question sociale, [illegible] 1840.

Pindy, Louis Jean, geboren zu Brest 1840, lernte das Tischlerhandwerk, kam nach Paris und wurde Mitglied der Internationale. Er gründete zu Brest eine Sektion derselben, deren Sekretär er wurde, und nahm an den Kongressen zu Brüssel und Basel teil. Im dritten Prozess der Internationale, 1870, wurde er zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Am 4. September 1870 befreit, organisierte er das Comité central und wurde 26. März Mitglied der Commune, der Kommission für das Kriegswesen und Gouverneur des Stadthauses. Er gehörte zur gemässigten Minorität, protestierte gegen die Errichtung eines Wohlfahrtsausschusses und zog sich darauf ganz von den Sitzungen der Commune zurück. In den Strassenkämpfen des Mai liess er das Stadthaus niederbrennen, damit es nicht in die Hände der Truppen fiele. Es gelang ihm, zu entkommen; Januar 1873 wurde er in contumaciam zum Tode verurteilt.

Plato, geboren zu Athen oder Aegina um 429 v. Chr., gestorben gegen 347. Seine Jugend fällt in die Zeit des peloponnesischen Krieges und der Blüte der attischen Litteratur. Früh widmete er sich der Poesie, Bestrebungen, die nicht ohne Einfluss auf seine ganze geistige Ausbildung, insbesondere den in seinen philosophischen Werken sich auf der Höhe künstlerischen Schaffens zeigenden Stil blieben. Von Sokrates ward er ganz für die Philosophie gewonnen; ihr widmete er ein langes, durch weite Reisen nach den meisten Ländern des Mittelmeerbeckens mühevoll gestaltetes Leben. Die beiden Werke, in denen er hauptsächlich seine Staatstheorie vorgetragen, sind „Die Republik“ und „Die Gesetze“. Sie gehören zu seinen spätesten und reifsten Schöpfungen; in ihnen finden die in anderen Dialogen entweder zerstreut sich findenden oder vorbereitend und grundlegend behandelten Gedanken über Staatswesen ihre systematische Zusammenfassung.

In Uebereinstimmung mit der griechischen Ethik ist der Zweck auch des platonischen Staates die Eudämonie der Gesamtheit der in ihm vereinigten Individuen, die nach griechischer Auffassung nur im Staat sich erreichen lässt. Das Glück des Ganzen ist der Masstab, nach dem das der einzelnen Individuen gemessen werden muss.

Da nach der sokratischen Ethik die Tugend ein Wissen ist, aus ihr allein das Glück des Individuums resultieren kann, so muss die Vernunft das alle Handlungen der Staatsbürger allein Bestimmende sein, und das Glück erscheint als derjenige psychische Zustand, in dem die Vernunft alle Willensregungen leitet. Da aber nur bei wenigen die Vernunft zu dieser Herrschaft gelangt ist, so kann deshalb auch das Wohl der übrigen Menschen nur dadurch gesichert werden, dass die Regierung in die Hände der Beherrscher der Wissenschaft, der Philosophen, gelegt wird, die durch Wissen und Erfahrung, Tugend und Interesselosigkeit allein befähigt erscheinen. Die Ausführung der mit absoluter Machtvollkommenheit von dem Rat der Regierenden ergangenen Gesetze wird gesichert durch den Stand der Krieger, der, von jeder Erwerbsthätigkeit losgelöst, wie die Philosophen, ein grosses Berufsheer bildet. Ihre sehr sorgfältige Erziehung unterscheidet sich von der der Philosophen dadurch, dass bei ihnen di

notwendige Tugend als Folge der Ueberzeugung, des Glaubens, nicht wie bei den Philosophen als des Wissens, erscheint.

Ein extremer Kommunismus, aber nur ein „Kommunismus der Konsumtion", erfüllt die Lebenshaltung der beiden oberen Stände. Jedes Privateigentum fehlt, auch Weiber und Kinder sind gemeinsamer Besitz. Vom dritten Stande wird ihnen das zum Lebensunterhalte Notwendige geliefert. Die leitende Idee dieser Einrichtungen ist, jedes individuelle, sowohl auf Eigentum, wie auf Weib und Kinder sich beziehende Interesse zu unterdrücken. Wird so der Egoismus im Interesse der notwendigen Interesselosigkeit bekämpft, so wird er andererseits herangezogen und gepflegt, um das Bestehen dieses Staates zu sichern. Da nur in ihm, im Gegensatz zu den historischen Staaten, die Existenz der Philosophen vor jeder Gefährdung gesichert ist, nur in ihm die ungestörte Tradition des philosophischen Wissens möglich ist, so wird das Interesse der Philosophen zu eng mit diesem Staate verknüpft sein, als dass sie nicht jeden Angriff auf denselben mit aller Energie abwehren würden. Der Kommunismus dient ferner dazu, die Ueberlegenheit und Ausbildung der Regierenden zu sichern. Die sorgfältigste Zuchtwahl verbürgt die Erzeugung eines gesunden, mit sich steigernden Fähigkeiten versehenen Nachwuchses; die das Kind vom ersten Tage an umfassende, sorgfältige Staatserziehung verbürgt die richtige Entwicklung dieser Anlagen. Eine Folge dieses Kommunismus ist die Gleichstellung der Weiber mit den Männern, die noch durch die Erwägung begründet wird, welche gewaltige Summe von Kräften den Zwecken des Staates dadurch dienstbar gemacht wird.

Das Volk, aus Landbauern und Handwerkern bestehend, bildet die Erwerbsgesellschaft, zu deren Regierung und Schutz die Philosophen und Krieger vorhanden sind und deren Dienste durch den Vorschuss des Lebensunterhaltes erkauft werden. Vom Standpunkt dieses dritten Standes aus erscheint der platonische Staat als eine die Eudämonie desselben bewirkende Einrichtung; die Philosophen und Krieger stellen sich als bezahlte Söldner dar.

In der Gliederung des dritten Standes ist das herrschende Princip die Arbeitsteilung. Dem einen Gewerbe, das der Mensch treiben darf, wird er seinen Anlagen gemäss zugeteilt. Meist wird die ererbte Anlage ihn dem in der Familie überlieferten Gewerbe zuweisen. Die notwendig sich ergebende Ungleichheit der Vermögen wird von den Philosophen dadurch verhindert, dass die absolute Freiheit in der Verfügung des Einzelnen über sein Eigentum beschränkt wird, diesbezügliche Kontrakte nicht als rechtskräftig, sondern als auf eigene Gefahr geschlossen gelten. Im übrigen wird das Volk ganz seinem eigenen Leben überlassen. Es hat Privateigentum; von Aufhebung der Familie ist nicht die Rede.

Dieses platonische Staatsideal fand seinen Kritiker in Aristoteles, dem philosophischen Gegenpol Platos. Gegenüber der Einheit und Gleichheit der Bürger, ein Princip, aus dem der Staat Platos herausgewachsen ist, hebt er hervor, dass die über Gebühr angespannte Einheit dem Begriff des Staates als einer Vielheit, die sich zur Gemeinsamkeit zusammen*schliesst, widerspricht*. Sie führt mit der Unterdrückung aller Einzelinteressen

zur Vernichtung des Einzelwesens, das Aristoteles als das ursprünglich wirkliche, auch als das ursprünglich berechtigte gilt. Nicht aus der radikalen Vernichtung, aus der sittlichen Versöhnung der Gegensätze soll die Einheit, nicht die mechanische, sondern die organische, hervorgehen.

Um das individuelle Interesse mit der Wurzel auszurotten, hatte Plato seinen Philosophen und Kriegern das Privateigentum und die Ehe genommen, an ihre Stelle die Weiber- und Kindergemeinschaft gesetzt. Drei Gründe sind es, die Aristoteles gegen diese Einrichtung anzuführen hat: einmal, dass für die Kinder, da sie allen gehören, am wenigsten gesorgt werden würde; zweitens, dass es unmöglich wäre, alle natürlichen Bande zwischen Blutsverwandten zu zerschneiden; drittens, dass die auf der Blutsverwandtschaft beruhende Liebe zerstört würde und an ihre Stelle nur eine wässerige liebevolle Gesinnung treten werde.

In den beiden Denkern stehen sich zwei entgegengesetzte Anschauungen über die Ehe gegenüber; neigt Aristoteles mehr zur modernen Auffassung der Ehe als einer moralischen Einrichtung, die beiden Geschlechter zu einer höheren ethischen Einheit zu verbinden — eine Auffassung, der er auch in der Ehe mit Pythias, der Tochter eines dreimal verkauften Sklaven, gegen die allgemeine Ansicht des Griechentums, nachlebte — so gilt Plato dagegen die Ehe nur als tierische Begattung mit dem Zwecke der Fortpflanzung, wobei das Wertvolle nicht das Verhältnis der Geschlechter, sondern der Nachwuchs ist.

Bei der Kritik der Gütergemeinschaft, einer Polemik, die die Platonische Einrichtung nur in den seltensten Punkten trifft, bezieht sich Aristoteles mit Plato nur auf den Grund und Boden und seine Früchte und untersucht die drei Möglichkeiten, nämlich erstens, ob der Boden nicht gemeinsam, die Früchte aber gemeinsam sind; zweitens, ob der Boden gemeinsam, die Früchte geteilt werden; drittens, ob beides gemeinsam sein soll. Er verwirft alle drei und rechtfertigt den bestehenden Zustand mit der ungeheuren Lust am Besitz, als einem Gesetz menschlicher Natur, und dem Umstand, dass Freigebigkeit, eine der edelsten Gesinnungen, dadurch unmöglich gemacht würde, d. h. er führt den Egoismus und die Ethik ins Feld. Wir finden also schon bei ihm alle die landläufigen Gründe wieder, mit denen dann in späteren Zeiten die Theorieen des Kommunismus und Socialismus unzähligemal bekämpft worden sind: der Staat ist ein Organismus, aus Familien sich aufbauend, der zu seiner Existenz der Einzelehe als einer sittlichen Institution, des Erbrechtes der Kinder, des Privateigentums bedarf.

Plato hat, wie Hegel in seiner Geschichte der Philosophie bemerkt hat, seine πόλις nicht als phantastische Utopie gedacht, sondern allen Ernstes für nicht bloss möglich, sondern auch für schlechthin notwendig erklärt. Seiner aristokratischen Neigung gemäss, die er mit der ganzen sokratischen Schule gemein hatte, sind es die streng aristokratischen Einrichtungen des dorischen Stammes, in denen er manche Keime einer Staatsverfassung vorfindet, die er in seinem Ideal dann zur Reife entwickelt hat. Diese aristokratische Auffassung ist zugleich eine notwendige Folge des Gedankens, dass „die wissenschaftliche Bildung, in der die

höchste Tugend des Menschen und seine einzige Berechtigung zur Staatsleitung besteht, immer nur sehr wenigen zu Teil werden kann“. Plato erklärt ferner offen, dass sein Idealstaat nicht ohne Gewalt eingeführt werden könnte — alle Bewohner der Stadt, die über 10 Jahre alt wären, müssten aus der Stadt vertrieben, die übrigen nach philosophischen Grundsätzen erzogen werden —, wenn er aber begründet sei, so würde er alle anderen an Eintracht, allgemeiner Zufriedenheit und Kraft übertreffen, wie er dies im Dialog „Kritias“ auszuführen gedachte.

Mit einigen Worten müssen wir hier noch des gewaltigen Einflusses, den der platonische Staat auf die socialistischen Utopieen der Folgezeit ausgeübt hat, gedenken. Zwar, was Zeller, „Der Platonische Staat in seiner Bedeutung für die Folgezeit“ in „Vorträge und Abhandlungen“ I², 85 behauptet, dass „alle diese Staatsromane, von der „Utopia“ des Thomas More bis auf Cabets „Icarien“ herab, nach Inhalt und Einkleidung Nachahmungen der platonischen „Republik“ und der Schrift, welche den Staat der „Republik“ in geschichtlicher Form schildern sollte, welche aber von Plato nicht vollendet wurde, des „Kritias“, seien,“ ist als übertrieben und falsch abzulehnen. Einen wesentlichen Unterschied, der sie alle von Platos Staat trennt, hebt er selbst hervor. Platos Staat dient der Verwirklichung der Sittlichkeit; er ist eine grossartige Erziehungsanstalt, deren Zweck sich alle Interessen des Individuums unterzuordnen haben; daher handelt es sich nur um die Glückseligkeit und Vollkommenheit des Ganzen, dem gegenüber das Individuum verschwindet. In den modernen Utopieen dagegen steht im Centrum das Individuum, dessen Glücksbedürfnis, das keineswegs ein rein materielles ist, im kommunistischen Staat allein die gebührende Befriedigung findet, die ohne materielle Basis nicht möglich ist. Dieser Gegensatz, der Zellers Behauptung durchaus widerlegt, findet seine Erklärung natürlich nur in der historischen Entwicklung. Wie der platonische Staat nur aus den damaligen Verhältnissen der griechischen Staaten erklärt werden kann, so wurzeln auch die modernen Utopieen ihren wesentlichen Punkten nach in den jeweiligen Verhältnissen, unter denen ihre Autoren gelebt haben, wennschon in Einzelheiten der Einfluss Platos und im allgemeinen seine Anregung nicht bestritten werden soll. Greifen wir z. B. die „Utopia“ des Thomas More heraus. Wie uns von Erasmus berichtet wird, hat More als Jüngling an einem Dialog gearbeitet, in dem er den Kommunismus des Plato, sogar mit der Weibergemeinschaft, verteidigte, die „Utopia“ aber mit der Absicht verfasst, zu zeigen, worin es liege, dass die Staaten in schlechtem Zustande seien, namentlich aber bei seiner Darstellung E n g l a n d vor Augen gehabt. Ein genaueres Studium der „Utopia“ (s. Artikel More) zeigt, wie More nur von englischen Verhältnissen ausgegangen ist. Sein Kommunismus ist ferner ein solcher der Produktion, nicht nur, wie bei Plato, der Konsumtion, und auch dies, im Gegensatz zu Plato, ein demokratischer, ganz abgesehen davon, dass natürlich, wie schon oben bemerkt, die Eudämonie der einzelnen Individuen, nicht des Staatsganzen, als etwas gegensätzlich Selbständigen, der Zweck des Moreschen Staates ist. Und was für diese Utopie, gilt auch für die *nachfolgenden*. So verkehrt wie es ist, alle Utopieen in Bausch und Bogen

nach Inhalt und Einkleidung als Nachahmungen der Platonischen „Republik“ hinzustellen, so verkehrt wäre es auch, der Moreschen diese Rolle zuzuweisen, obschon Einwirkungen beider nicht bestritten werden sollen. (Vgl. den Artikel Utopieen, wo ausführlicher auch dieser Punkt zur Behandlung kommt.)

Polen. 1. Russisch-Polen. Das Jahr 1864 bildet einen Wendepunkt in der socialen Geschichte Russisch-Polens. Vor dieser Zeit war die Produktion des Landes eine vorwiegend landwirtschaftliche; Fabriken gab es wenige, die Städte waren klein und ihre Bevölkerung, meistens jüdischen Ursprungs, trieb hauptsächlich Handel und Handwerk. Eine Ausnahme bildete nur die Periode von 1815 bis 1831, in der unter der energischen autonomen Regierung des Kongress-Polens die Industrie aufblühte; mit dem Ende des Aufstandes von 1830/31 verschwand aber der letzte Rest von Autonomie und mit ihr auch die Industrie. Nach dem Aufstande von 1863/64 bemerken wir die umgekehrte Erscheinung: die Bevölkerung wirft sich auf die Industrie und diese entwickelt sich sehr rasch, begünstigt durch die russischen Prohibitivzölle und durch das deutsche Kapital, welches nach Polen massenhaft strömt, nachdem die russische Grenze dem deutschen Import geschlossen war.

Diese Entwicklung der Grossindustrie schuf die Vorbedingungen für eine socialistische Bewegung in Russisch-Polen.

Die Arbeiter konzentrierten sich in grossen Fabrikzentren, wie Lodz, Zgierz, Tomaszow und teilweise auch Warschau, die frühere Zersplitterung der Gesellen verschwand und die Klassengegensätze verschärften sich.

Andererseits vollzog sich in den politischen Anschauungen eine grosse Evolution. Der Adel wurde durch die Emancipation der Bauern teilweise ruiniert und musste auf seine frühere dominierende Rolle in der Gesellschaft verzichten. Damit verschwand auch seine Hoffnung, dass er einst die ganze Nation zum Kampfe für die Unabhängigkeit bewegen könne. Er war noch immer mit der russischen Herrschaft unzufrieden, hörte aber auf, revolutionär zu sein. Die neugebackene Bourgeoisie, die grösstenteils aus Juden und Deutschen bestand, war noch loyaler als der Adel. Beide Klassen bedienten sich des Wortes „Patriotismus“ wohl noch als eines Symbols ihrer Antipathie, die in ihnen durch den russischen Despotismus geweckt wurde, waren aber fest entschlossen, keinerlei revolutionäre Bewegung in ihrer Heimat zu unterstützen, da die Trennung von Russland für die erstarkende und sich meistens von den östlichen Märkten nährende Industrie Polens schädlich hätte sein müssen. Ihre Aufgabe der früheren patriotisch-revolutionären Bestrebungen gewährte dem Socialismus die Möglichkeit, sich zu verbreiten, da so seine gefährlichsten Konkurrenten auf die Seite geschoben waren.

Eine eigentliche socialistische Bewegung beginnt in Polen mit dem Jahre 1877. Eine kleine Anzahl junger Studenten waren die ersten Adepten des Socialismus. Mit der Ueberwindung ihrer eigenen Vorurteile fertig, suchten sie neue Anhänger, zunächst unter ihren Kollegen; die Einsicht, dass dieses nicht genügen könne, führte sie zur Propaganda unter den Arbeitern.

An eine politische Thätigkeit, ein politisches Programm, dessen Verwirklichung man erstrebte, war nicht zu denken, so lange sich die Bewegung auf eine Anzahl kleiner, geheimer Zirkel beschränkte und die grossen Massen unberührt blieben. Um nun diese für sich zu gewinnen, musste man zunächst einen kleinen Kern wirklicher und entschlossener Anhänger des Socialismus bilden. Zu diesem Zwecke vereinigte man die Arbeiter einer Fabrik oder Werkstatt in kleinen Kreisen von sechs bis zwölf, höchstens fünfzehn Mitgliedern, die natürlich mit einander nur in losem Zusammenhang stehen konnten. In ihnen wurden Vorträge gehalten, wirtschaftliche Fragen diskutiert, Ereignisse aus dem Arbeiterleben behandelt, das Wesen des Staates erklärt.

Von einem unmittelbaren Kampfe mit dem russischen Staate konnte nicht die Rede sein, vielmehr war die wichtigste „brennende" Frage der Kampf mit dem Patriotismus.

Wie wir gesehen haben, trat nach der Niederwerfung des letzten Aufstandes von 1863 eine Periode politischen Stillstandes in Polen ein. Dieser Stillstand, den einige Ueberbleibsel der Aufständischen nur für eine Waffenruhe hielten, wurde bald zu einer vollkommenen Waffenniederlegung. Die „Kultureroberungen" im Osten, das heisst die Versendung Lodzer und Tomaszower Fabrikerzeugnisse nach Russland, hatte die besitzenden Klassen Polens vollständig mit den Zuständen versöhnt und von dem Gedanken einer Waffenerhebung gänzlich abgewendet. Deshalb herrschte aber in Polen noch nicht eine antipatriotische Strömung. Nur wollten alle die, welche einen Aufstand laut für eine Verrücktheit proklamierten, die polnische Nation auf anderem Wege beglücken: vermittelst der Volksbildung, der Hebung des allgemeinen Wohlstandes, insbesondere durch Associationen von Kleingewerbetreibenden u. dgl. Natürlich musste sich jeder Versuch, das Klassenbewusstsein des arbeitenden Volkes auszubilden, gegen solche Tendenzen aufs Entschiedenste wenden.

Nicht besser waren die, welche den Glauben an einen Aufstand noch nicht verloren hatten. Die Einigung der ganzen Nation zum gemeinsamen Kampfe gegen die russische Regierung war ihr Losungswort, und gerade diesen Glauben an eine Harmonie der gesellschaftlichen Interessen in diesem Punkte suchten die Socialisten auszurotten, wobei nicht zu vergessen, dass es eine wirkliche, ernsthafte, patriotisch-revolutionäre Bewegung nicht gab. Dies erklärt, dass während langer Zeit in den socialistischen Schriften die heftigsten Angriffe nicht nur gegen den Patriotismus, sondern auch gegen die Wiederherstellung Polens gerichtet wurden, obwohl eine solche zweifellos den Arbeitern ein viel grösseres Mass politischer Freiheiten geben würde, als die drei die Trümmer Polens besitzenden Kaiserreiche. Dagegen lehrte man die allgemeinen Principien des Socialismus und wies auf die künftige Umwälzung hin, die nicht nur die heutige ökonomische Ausbeutung, sondern auch die politische und nationale Unterdrückung beseitigen würde.

Wie gesagt entwickelte sich die Bewegung sehr rasch. Bald war die *Zahl der organisierten Arbeiter so gross, dass man an praktische Arbeit denken konnte.* Man mischte sich in die Streitigkeiten zwischen Ar-

beitern und Unternehmern ein, Streike wurden unterstützt und zu diesem Zwecke sogenannte „Widerstandskassen“ gegründet. Zu diesen Kassen suchte man eine möglichst grosse Zahl von Arbeitern heranzuziehen, um auf diese Weise eine Art gewerkschaftlicher Organisation zu schaffen und zugleich bei den grossen Massen der Arbeiter das Bewusstsein ihrer Klasseninteressen zu wecken. Dieser Plan erwies sich aber bald als verfehlt und führte zu den ersten Verhaftungen.

Die Leute, die hauptsächlich an dieser Arbeit teilgenommen haben, waren Kasimir Dluski, Ludwig Warynski, Stanislaus Mendelsohn, Joseph und Kasimir Plawinski, Kasimir Hild, Isbitzki, Simon Dickstein und mehrere andere.

Der hervorragendste unter ihnen war L. Warynski. Schon seit längerer Zeit Socialist, war er vor den Verfolgungen der russischen Polizei nach Warschau geflüchtet. Obwohl seine Anschauungen diejenigen aller russischen Revolutionäre dieser Zeit, eine Mischung von Volkstümlichkeit, Anarchie und Socialismus, waren, wusste er sich doch bald den örtlichen Verhältnissen anzupassen und wurde die Seele der Warschauer Organisation.

Bald hatte die junge Organisation die erste Feuerprobe zu bestehen. Im Monat August 1878 kam es zu den ersten Verhaftungen, durch die mehr als dreissig Personen in einer Nacht festgenommen und in die Warschauer Festung abgeführt wurden. Ihre Folgen waren nicht sehr bedeutend; ohne die Socialisten einzuschüchtern, lehrten sie sie, vorsichtiger zu sein und die absolute Unmöglichkeit einer geheimen Massenorganisation. Man musste mit dem verlockenden Gedanken der Bildung polnischer Trades-Unions brechen und zum früheren System der kleinen Gruppen und Vertrauensleute zurückkehren. Dies geschah, ohne dass dabei der ökonomische Kampf vernachlässigt wurde. Weiter überzeugten sich die Agitatoren von der Notwendigkeit, eine viel umfangreichere socialistische Litteratur als bisher zu schaffen, da die mündliche Propaganda nur in gewissen Grenzen geführt werden konnte. In Polen war selbstverständlich an Druck nicht zu denken und man beschloss daher, die Drucksachen im Auslande herzustellen und dann über die Grenze zu schmuggeln. Mit dieser Mission wurde L. Warynski betraut. Er führte sie glänzend aus. Während der zweiten Hälfte des Jahres 1878 wurden im Auslande die besten Werke Lassalles und einige Originalbroschüren gedruckt und nach Warschau importiert.

Um dieselbe Zeit begann auch die erste socialistische Emigration. Da jeder sicher war, früher oder später in die Hände der Polizei zu fallen, zogen viele, welche sich unsicher fühlten, es vor, aus der Ferne der Sache weiter zu dienen. Die Emigranten begaben sich teils nach Galizien, wo sie, aus Furcht vor einer Verhaftung und eventuellen Auslieferung an Russland, unter falschen Namen wohnten, teils nach der Schweiz. Anfänglich wurden auch die Broschüren in Galizien gedruckt; die ständige Gefahr einer Konfiskation zwang aber zur Gründung einer Druckerei in Genf. Nunmehr bekam die Bewegung ein bestimmtes Programm, dessen Grundrisse in Warschau festgestellt wurden und das dann in der Schweiz zur Ausarbeitung kam. So entstand das sogenannte Brüsseler Programm, so

genannt, weil man als Ausgabeort Brüssel angegeben hatte. Wir geben eine kurze Darstellung seines Inhalts:

In der heutigen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse vollständig durch die besitzende geknechtet; sie kann sich aus diser Knechtschaft nur befreien, wenn sie die kapitalistische Produktionsweise vermittelst einer allgemeinen und internationalen socialen Revolution in die socialistische umwandelt. In der künftigen, von den Socialisten angestrebten Gesellschaft wird jedes Individuum an den Resultaten der kollektiven Produktion teilnehmen; diese Gesellschaft basiert auf einer vollständigen socialen Gleichheit aller Bürger, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Rasse und Nationalität. Das Programm endete mit dem Spruche: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Von unmittelbaren Zielen, oder einem sogenannten Minimum-Programm, finden wir darin nichts.

Dieses Programm fand in Polen eine sehr geteilte Aufnahme. Nicht nur wurden seine Verfasser überall als Verräter an der nationalen Sache bezeichnet; es fanden sich sogar in den socialistischen Reihen Leute, die verlangten, man solle im Programm die Notwendigkeit der nationalen Unabhängigkeit betonen und überhaupt „mehr von Polen sprechen“, da man auf diese Weise mehr Anhänger werben könne. Da es aber damals nicht viele, sondern gute Anhänger zu erobern galt, so muss es als ein Glück für die Bewegung betrachtet werden, dass die damaligen Leiter auf ihrem vielleicht doktrinär-internationalen Standpunkt beharrten.

Die meisten Emigranten aus Russisch-Polen machten eine kurze Rast in Galizien, bevor sie sich in der Schweiz niederliessen, und viele von ihnen wurden daher in den Riesenprozess zu Krakau, im Jahre 1879, verwickelt, der seinerzeit ausserordentliches Aufsehen erregte und viel Reklame für die socialistische Bewegung machte. Sämtliche Angeklagte wurden freigesprochen — ein glänzender Sieg über die Staatsanwaltschaft —, aber die galizische Polizei beeilte sich, alle sogenannten „Fremden“, das heisst die nicht in Galizien geborenen Polen, auszuweisen. Diesen blieb nichts übrig, als sich nach der Schweiz zu wenden.

Die Folgen dieser Anhäufung intelligenter und energischer Kräfte im Exil machten sich bald fühlbar. Noch vor dem Krakauer Prozess hatte man sich entschlossen, ein Organ im Auslande zu gründen, und brachte auch im Oktober 1879 den Gedanken zur Ausführung. Diese erste polnische, socialistische Zeitung — die „Gleichheit“ — erschien monatlich als ein zwei Bogen starkes Heft. Sie brachte es auf zwölf Nummern im ersten und sechs im zweiten Jahrgang. Die tüchtigsten Mitarbeiter waren Kasimir Dluski, Ludwig Warynski, Simon Dickstein, Stanislaus Mendelsohn.

Die Zeitung „Gleichheit“ entsprach dem Charakter der ganzen Bewegung — sie diente hauptsächlich der Propaganda. Ihre Leitartikel behandelten Themata, wie die reaktionäre und antirevolutionäre Gesinnung der polnischen Bourgeoisie, die niedrigen Löhne der polnischen Arbeiter, den Patriotismus und seine Unvereinbarkeit mit dem Socialismus, die Geschichte der politischen Prozesse; endlich wurde das Programm in einer ganzen Reihe von Artikeln erörtert. Populär war das Blatt nicht; es diente weniger der Agitation unter den Massen, als der Aufklärung

einer verhältnismässig kleinen Minorität. Eine Ausnahme von dieser Regel bildete nur die vorzügliche Darstellung der Theorie des Mehrwertes von S. Dickstein, die später als Broschüre erschien und ins Russische, Jüdische, Armenische und Bulgarische übersetzt wurde.

In der Beurteilung der Angelegenheiten anderer Parteien stand die „Gleichheit“ auf einem ultraradikalen Standpunkte; die deutsche Socialdemokratie wurde von ihr oft wegen ihrer angeblichen Unentschlossenheit getadelt, die Mostsche „Freiheit“ dagegen, wenn schon indirekt, gelobt; die russische „Narodnaya Wolya“ fand keine Gnade, weil sie sich zu viel mit „Politik“ beschäftigte. Es existierte unzweifelhalt eine Neigung zum Anarchismus, die sich in dieser Weise, ungeachtet des socialdemokratischen Programmes, äusserte, aber auch die Ursache des Todes der Zeitschrift wurde.

Im Jahre 1881 wurde ein socialistischer Kongress nach Zürich einberufen, während die Anhänger von Most sich für eine separate Aktion entschlossen und ihre Freunde nach London einluden. Die „Gleichheit“ hatte sich für den Zürcher Kongress entschieden, als plötzlich, ohne Mitwissen des grössten Teils der Redaktion, eine Einladung zum anarchistischen Parteitage auf ihren Seiten erschien. Infolgedessen trat die Majorität, welche dies Vorgehen nicht billigte, aus und gründete eine neue Zeitung, den „Przedswit“ (die Morgenröte), der noch heute, also schon 14 Jahre, wenn auch mit kleinen Unterbrechungen, erscheint. Die erste Nummer der „Morgenröte“ wurde von St. Mendelsohn und Witold Piekarski gezeichnet, bald aber verschwand der Name des erstern aus ihren Spalten, da dieser auf einer Agitationsreise in Posen verhaftet wurde; an seine Stelle trat K. Dluski.

Dieser erste Jahrgang der „Morgenröte“ (vom 15. August 1881 bis Juni 1882) unterschied sich nur dadurch von der „Gleichheit“, dass das Liebäugeln mit der „Freiheit“ vollständig aufhörte; sonst blieb alles beim Alten. Die Zeitschrift erschien als Zeitung und besass dementsprechend mehr aktuellen Stoff und weniger Abhandlungen, aber diesen Stoff lieferte grösstenteils die Bewegung des europäischen Proletariats.

Ende des Jahres 1881 hörte die Emigration auf, die frühere Rolle in der Bewegung zu spielen. Mendelsohn, Truszkowski und Frau Jankowska begaben sich nach Posen, wo sie alle verhaftet und zu langen Strafen verurteilt wurden, Warynski nach Warschau und widmete sich dort vollständig der geheimen Organisation. Der erste Jahrgang der „Morgenröte“ endete mit einer Beschreibung des Posener Prozesses; dann trat eine kurze Pause ein, nach der das Blatt mit dem 1. September 1882 wieder erschien und bis zum Oktober 1883 von Piekarski redigiert wurde. Da dieser wohl ein talentvoller Publizist, aber ohne grösseres Wissen war, hatte das Blatt sehr wenig Einfluss auf die Entwicklung der Dinge in Polen.

Kehren wir jetzt zu den Warschauer Vorgängen zurück. Nach den ersten Verhaftungen kamen im Februar 1880 neue (über 20 Personen); trotzdem entwickelte sich die Bewegung weiter. Im Jahre 1881 wurde das Urteil in der Angelegenheit der ersten Verhafteten (also nach zweijähriger Untersuchungshaft!) verkündigt. Wie bekannt, existiert in Russland

die sogenannte „administrative Verschickung nach Sibirien“, die in den meisten politischen Prozessen die regelmässigen Gerichte ersetzt. Die ganze Untersuchung wird vom Staatsanwalt mit Hülfe der Gendarmerie (politische Polizei) geführt und die Urteile von einer speciellen, vom Generalgouverneur ernannten Kommission, ohne die Angeklagten zu verhören, gefällt. So ging man auch dieses Mal, um jedes Aufsehen zu vermeiden, vor und verurteilte 52 Personen zur Verbannung nach Sibirien oder zu mehr oder weniger langen Gefängnisstrafen; die meisten der Angeklagten wurden ohne Termin verbannt; 26 wurden freigelassen. Während der Untersuchung ereignete sich im Gefängnis eine schauderhafte Scene. Ein junger Arbeiter, namens Bajte, wurde von einer Wache erschossen, weil er aus dem Fenster seiner Zelle gesehen hatte. Die Kunde des Mordes verbreitete sich wie Lauffeuer im ganzen Gefängnis und die Gefangenen begannen in ihren Zellen alles zu zerbrechen, um auf diese Weise gegen die Ermordung ihres Kameraden zu protestieren. Natürlich wurde die Revolte aufs Grausamste unterdrückt: die Soldaten erstürmten die Zellen und misshandelten die Gefangenen in der schrecklichsten Weise. Einer von ihnen, Joseph Plawinski, starb bald nachher an den Folgen der Misshandlungen. Zum Schluss wurden zwei der „Aufrührer“ vor ein Kriegsgericht gestellt und zu zwölf Jahren Minenarbeit verurteilt, später aber begnadigt und, wie die andern, in die Verbannung geschickt.

Im März 1882 fand der zweite „Prozess“ statt; es wurden 32 Personen verurteilt, 10 freigelassen. Zwei andere Gruppen von Verhafteten erhielten ihre Urteile in demselben Jahre. Im ganzen wurden während der vier ersten Jahre gegen 120 Personen mit mehr oder weniger langen Freiheitsstrafen belegt.

Diese ersten vier Jahre können als Vorperiode der polnischen socialistischen Bewegung bezeichnet werden. Wenngleich die Partei bald einen centralistischen, bald föderalistischen Charakter trug und vom extremen Internationalismus zu einer mehr nationalen Richtung oder umgekehrt schwankte, so trug doch die ganze Bewegung einen gemeinsamen Charakter — denjenigen der Propaganda. Man bemühte sich hauptsächlich um die Aufklärung einer möglichst grossen Zahl von Arbeitern. In der zweiten Hälfte des Jahres 1881 war die Mehrzahl der sich aus der Intelligenz rekrutierenden Kräfte verhaftet; es blieb aber eine ansehnliche Zahl von Arbeitern in Freiheit, die in den Principien des Socialismus gut unterrichtet waren und während der Prozesse viel konspiratorische und propagandistische Praxis erworben hatten.

So war die Lage der Dinge, als Warynski Ende 1881 nach Warschau kam. Als erfahrener Verschwörer bedurfte er nur kurzer Zeit, um sich in den Verhältnissen zu orientieren. Bald hatte er die schwachen Seiten und die Gründe für die verhältnismässige Erfolglosigkeit der bisherigen Bewegung entdeckt und stellte sich als Aufgabe, die zersplitterten Kräfte in eine Partei zu vereinigen und ihr ein bestimmtes Programm und eine *feste Organisation* zu geben. Der Boden war dafür bereits vorbereitet, *insofern sich* eine Anzahl Warschauer Arbeiter nach den letzten Verhaftungen

selbständig organisiert hatte. An diese wandte sich Warynski, suchte die energischsten unter ihnen aus und vereinigte sie in einem Arbeiterkomitee, welches die ganze Agitation und Propaganda führen sollte. Das Komitee, welches sich selbst ergänzte und an die Stelle gefallener Mitglieder neue ernannte, beschäftigte sich mit allen Fragen, die die ganze Arbeiterklasse interessierten: es verfasste, druckte und verbreitete Manifeste und Flugblätter, entschied über die Haltung der Partei gegenüber den Angriffen der Regierung, wie auch im ökonomischen Kampfe, und beschaffte aus dem Auslande das nötige propagandistische Material. Ausser ihm gab es lokale Arbeiterkomitees in den wichtigeren Centren, wie Lodz, Zgierz, Tomaszow, Bialystok, Wilna u. a. m.; ihre Aufgabe war, den Kampf mit den Fabrikanten und Unterbehörden zu führen und an Ort und Stelle für die Propaganda zu wirken. Diese unterhielten Beziehungen zu den kleinen Arbeiterzirkeln, durch Vermittlung teils vom Zirkel gewählter, teils ernannter (je nach dem Grade der Erfahrung der Mitglieder des Zirkels) Vertreter. Die Zirkel waren meistens nach den Fabriken und Werkstätten organisiert, veranstalteten Zusammenkünfte, um sich gegenseitig zu belehren, und hatten die Aufgabe, durch ihre Vertreter genaue Informationen über die Zustände in ihrer Arbeitsstelle zu geben. Ausserdem bestanden sogenannte Sektionen, die aus allen zu einem Gewerbe gehörenden, organisierten Arbeitern bestanden; die einzelnen Vertreter der Zirkel bildeten darin das Sektionskomitee. Also Arbeiterkomitee, Lokalkomitee, Sektionskomitee und Zirkel — das war die Stufenleiter der Organisation.

Diese ganze komplizierte Maschinerie entstand natürlich nur langsam und arbeitete ebenso wenig von Anfang an mit der nötigen Präcision, aber im Laufe der Zeit wurde die Organisation zu einer früher nie dagewesenen Vollständigkeit gebracht.

Im Jahre 1882 wurde das „Manifest des Arbeiterkomitees der social-revolutionären Partei ‚Proletariat'“ (so hiess die Partei) gedruckt. Es war das eigentliche Parteiprogramm. Ungeachtet einiger schwachen Punkte, entsprach es viel besser den Bedürfnissen einer politischen Partei, als das Brüsseler Programm. Seine Vorrede begründet die Notwendigkeit einer socialistischen Bewegung in Polen, verurteilt die früheren patriotischen Bewegungen, weil sie „das Klassenbewusstsein der arbeitenden Klassen töteten“, und schliesst mit den Worten: „Die moralische Befreiung des polnischen Proletariats vom Einflusse der privilegierten Klassen, der Regierungen und der nationalen Traditionen, welche seinen Interessen feindlich gegenüberstehen, muss jeder Bewegung vorausgehen, die das Recht haben will, in die Reihe der modernen Volksbewegungen zu treten.“ Weiter lesen wir, dass sich „das polnische Proletariat vollständig von den bevorzugten Klassen trennt und als eine besondere Klasse ihnen zum Kampfe gegenübertritt“. Die Aufzählung der ökonomischen und politischen Ziele der Bewegung ist, abgesehen von einigen Ungenauigkeiten, korrekt; leider werden dann auch die sogenannten „moralischen Ziele“ aufgezählt, unter denen wir z. B. folgenden Satz finden: „Das Verhältnis der Geschlechter muss sich nur auf das Gefühl stützen“, ein Satz, der in einem Partei-

programm ruhig fehlen durfte. Wichtiger ist die scharfe Präcisierung der Notwendigkeit des Kampfes mit der Regierung, die man im Brüsseler Programm vergeblich sucht. „Mit dem Despotismus werden wir sowohl defensiv als auch offensiv kämpfen," heisst es da, „defensiv, indem wir gegen eine Verschlechterung der politischen Lage ankämpfen, offensiv, indem wir günstigere Verhältnisse für das Proletariat im russischen Reiche fordern." Unter den Mitteln, durch welche „der zarische Despotismus geschwächt und desorganisiert werden kann", werden aufgezählt: der Widerstand gegen Gesetze, die den Arbeitern ungünstig sind, ein hartnäckiger Widerstand gegen jede Einmischung der Behörden in die Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, öffentliche Sympathiebezeugungen für alle, die mit der russischen Regierung kämpfen u. s. w. Dass „die Befreiung der arbeitenden Klassen von der ökonomischen, politisch-socialen und moralischen Unterdrückung das Werk der Arbeiter selbst" sein muss, wird ausführlich entwickelt. Im allgemeinen konnte das Programm, wenn es schon manchen theoretischen Fehler und viel Ueberflüssiges enthielt, für die Propaganda gut ausgenützt werden.

Die Resultate gut geleiteter Thätigkeit zeigten sich bald. Ueberall organisierten sich die Arbeiter und die socialistischen Schriften verbreiteten sich in einer früher unerhörten Weise. Die Bewegung fand sogar ihren Weg nach der Provinz Litthauen, die in ökonomischer Hinsicht dasselbe für Polen ist, was Ostpreusen oder Posen für das deutsche Reich. Ein mächtiges Mittel der Agitation bildeten die Flugblätter, die man in einer geheimen Druckerei anfertigte. Während des Jahres 1882 wurden deren vier gedruckt und in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet. Man warf sie durch die Fenster in die Fabriken, klebte sie während der Nacht an die Mauern in den Fabrikvierteln, schob sie unter die Zeitungen in den Kneipen und Kaffeehäusern u. s. w. Die Socialisten wurden vom Publikum als eine unbekannte, aber überall gegenwärtige, geheime Macht angesehen und das Vertrauen in die Kräfte der Partei wuchs mit jedem Jahre.

Am 10. Februar 1883 erging vom Warschauer Oberpolizeimeister ein Erlass, durch den alle Fabrikarbeiterinnen den Prostituierten gleichgestellt und als solche verpflichtet wurden, sich einer periodischen ärztlichen Untersuchung zu unterwerfen. Ausgenommen sollten davon nur diejenigen sein, denen der Fabrikbesitzer ein Sittlichkeitszeugnis geben würde. Dieser Erlass erregte eine ungeheure Empörung in den Reihen der Warschauer Arbeiter, die lieber den äussersten Widerstand wagen, als ihre Frauen, Schwestern und Mutter als Strassendirnen behandelt sehen wollten. Die Partei, welche dieser Angelegenheit gegenüber nicht gleichgültig bleiben konnte, kam dadurch in eine kritische Lage.

Einerseits konnte der Widerstand gegen die Ausführung der Polizeimassregel sehr leicht eine Zerstörung oder wenigstens eine Schwächung der Organisation nach sich führen; andererseits hätte sie auf jede ernste politische Thätigkeit unter der polnischen Arbeiterschaft verzichten müssen, wenn sie die polizeiliche Ungeheuerlichkeit ruhig hingenommen hätte. Eine *Neutralität des organisierten* Teiles der Arbeiter hätte allen den Rest des

Mutes genommen und wäre für die Bewegung verhängnisvoll geworden. Deshalb entschied man sich für die Aktion.

Den 10. Februar war die Verordnung publiziert worden und am 13. wurde vom Arbeiterkomitee ein Aufruf an die Arbeiter gedruckt, der sie aufforderte, die Ausführung des Erlasses zu verhindern. Dieser Aufruf wurde in allen Fabriken und Werkstätten verbreitet und überall mit Jubel vernommen. Das Vorgehen der Partei flösste seinerseits den Arbeitern Mut ein und machte sie zum Widerstande entschlossen. Zum Kampfe kam es indes nicht. Die Regierung war zu gut von der existierenden Gährung unterrichtet und wich zurück. Der Erlass wurde nicht ausgeführt und später, im März, zurückgezogen.

Der Sieg der Partei steigerte das Vertrauen in ihre Kräfte inner halb und ausserhalb ihrer Reihen. Das „Wahren der Interessen der Arbeiterklasse“ hatte aufgehört, eine Agitationsphrase zu sein; die Arbeiter hatten gesehen, dass sie sich selbst ihrem mächtigsten Feinde der russischen Regierung gegenüber — verteidigen konnten, wenn sie nur geschlossen zusammengingen. Im Februar desselben Jahres (1883) brach in der grossen Weberei von Zyrardow ein Streik aus. Sämtliche Arbeiter (6000 an der Zahl) legten die Arbeit wegen einer Lohndifferenz nieder. Die Fabrikbesitzer, Hille und Dietrich, telegraphierten schleunigst um Hülfe, die ihnen auch sogleich in Gestalt von Infanterie und Kosaken gewährt wurde. Der Streik war ein durchaus urwüchsiger und die Organisation noch sehr schwach. Wie so oft in den Anfängen einer Arbeiterbewegung wurden die Streikenden ungeduldig und sammelten sich vor dem Fabrikgebäude an. Das Militär feuerte auf sie, tötete zwei Arbeiter und verwundete neun schwer. Der Streik endete selbstverständlich mit einer Niederlage. — Die Kräfte der Partei wurden unterdessen durch ein frisches Kontingent von Agitatoren aus den polnischen Kolonieen in Russland unterstützt. Die polnischen Studenten an den Universitäten von Petersburg, Moskau u. s. w. standen seit langer Zeit unter dem Einflusse der russischen revolutionären Bewegung, die sich ja hauptsächlich in den gebildeten Kreisen entwickelte. So lange die polnische socialistische Bewegung schwach war, traten die jungen Polen in die Reihen der „Narodnaya Wolya“, des „Tscherni Peredjel“ und ähnlicher Organisationen ein. Hryniewicski, der Vollstrecker des Urteils an Alexander II., Isbitzki, die Brüder Iwitschewitsch u. a. m. fanden so ihren Tod im Kampf um die russische Freiheit. Nunmehr entstand aber der Wunsch, die revolutionären Kräfte in Polen selbst zu verwerten. Von allen geheimen Organisationen war die stärkste die in Petersburg. Bereits in den letzten Monaten des Jahres 1882 knüpfte sie Beziehungen mit Warynski an, im Januar 1883 veranstaltete man eine kleine geheime Konferenz und bald nachher siedelte eine Anzahl junger Leute nach Warschau über. Diese Hülfe war von dem grössten Werte, da die Petersburger nicht nur ihre Energie und Aufopferung, sondern auch verhältnismässig grosse Geldmittel, an denen es in Warschau immer gemangelt hatte, mit sich brachten. Dies Wachsen der Kräfte der Partei kann man schon aus ihrer gesteigerten publizistischen Thätigkeit ersehen. Es wurden im Laufe des Jahres 1883

im ganzen zwölf Flugblätter ausgegeben, von denen die wichtigsten waren: „An die Landarbeiter“, „Wegen der Krönung des Zaren“, „An die litthauischen Bauern“ (in litthauischer Sprache), „An die Arbeiter von Lodz und Umgebung“ (polnisch und deutsch), „An die Arbeiter von Bialystok“ (deutsch und russisch) u. a. m. Im Herbst fühlte man sich endlich kräftig genug, ein eigenes Blatt herauszugeben. Eine grössere geheime Druckerei wurde an einem sicheren Orte angelegt und am 15. September 1883 erschien die erste Nummer des „Proletariat“, des neuen offiziellen Parteiorgans, der noch vor dem Ende des Jahres drei andere folgten. — Durch die neuen Mitglieder des „Proletariats“ wurden die Beziehungen zu den russischen Revolutionären weit engere als früher. Sie waren alle unter russischem Einfluss aufgewachsen, standen sogar noch mit einem Fusse in der russischen Organisation (einer von ihnen, Stanislaus Kunitzki, war Mitglied des Exekutiv-Komitees der „Narodnaya Wolya“) und glaubten alle fest an den bevorstehenden Triumph der russischen Bewegung. Es kam bald zu einem Bündnis mit der „Narodnaya Wolya“, das, obwohl formell erst 1884 abgeschlossen und veröffentlicht, thatsächlich früher existierte. Die Grundzüge desselben waren folgendermassen (siehe die Zeitschriften: „Der Klassenkampf“ — auswärtiges Organ des „Proletariats“ 1884 Nr. 4 und die „Narodnaya Wolya“ Nr. 10):

Beide Parteien vereinigen ihre Kräfte, um das Zarenregiment zu stürzen. Die Führung des politischen Kampfes bleibt in den Händen der russischen Organisation. Als wirksamstes Mittel wird der politische Terrorismus betrachtet. Nach dem Siege trennen sich beide Parteien von einander und jede von ihnen führt die Reformen, die ihr Programm bilden, in ihrem Wirkungsgebiete durch. Beide Parteien sind in ihren resp. oberen Behörden durch ein Mitglied repräsentiert. Dabei formulierte das „Proletariat“ sein Ziel dahin, dass es die sociale Revolution erstrebe und diese durch eine allgemeine Schilderhebung der Arbeiterschaft erreichen wolle. Die Arbeiter sollten deshalb zum Bewusstsein ihrer Klasseninteressen gebracht und organisiert werden. Besonderes Gewicht wurde auf den ökonomischen (gegen die besitzenden Klassen gerichteten) Terrorismus gelegt. Das „Proletariat“ sollte in seiner inneren Thätigkeit autonom bleiben. Beide Parteien verpflichteten sich, mit anderen in Russland resp. in Polen wirkenden Parteien keine Bündnisse zu schliessen. — Man ersieht aus diesem Dokument, dass das „Proletariat“ als wirksamstes Kampfmittel den politischen und ökonomischen Terrorismus betrachtete. Was den ersteren anbetrifft, so war dieses Mittel nie von den polnischen Socialisten verleugnet worden; aber in der Praxis wurde es fast gar nicht angewandt. Die socialen Verhältnisse Russlands machen eine wirksame Thätigkeit der arbeitenden Massen ungemein schwierig, oft unmöglich und drängen die Partei zur individuellen Aktion, also zum Terrorismus. In Polen ist es umgekehrt: die socialistische Bewegung war von Anfang an eine Arbeiterbewegung und der einzelne Agitator konnte seine Kräfte viel besser als in Attentaten verwerten. Auch war *eine Protest*bewegung ganzer Massen von Arbeitern etwas viel Ver*lockenderes* und für die Entwickelung des Selbstbewusstsein des Volkes

Wichtigeres, als ein gelungenes Attentat. Wenn also die Partei jetzt auf den Weg des Terrorismus trat, so lässt sich dies aus zwei Ursachen erklären, nämlich 1. aus dem Einfluss der russischen Traditionen, die die neuen Mitglieder des „Proletariats" mit sich gebracht hatten, und 2. aus dem Einfluss der Verhältnisse, in welchen sich das ganze Land befand: die blutigen Zusammenstösse mit dem Militär, die grausame Verfolgung der studierenden Jugend hatten ihre Wirkung ausgeübt. Unter dem ökonomischen Terrorismus verstand man Gewaltmassregeln gegen einzelne Fabrikanten oder Meister. Der Streik als Mittel des ökonomischen Kampfes wird in Polen durch die politischen Verhältnisse so erschwert, dass die Arbeiter thatsächlich häufig kein anderes Mittel besitzen, die übergrosse Ausbeutung zu vermindern, als die Drohung mit einem Gewaltakte. Zur Leitung des politischen Kampfes der Partei wurde jetzt eine neue Institution geschaffen, das Centralkomitee, dessen Unterschrift seit 1883 alle offiziellen Proklamationen tragen. Dieses Centralkomitee bildete auch das Bindeglied zwischen dem „Proletariat" und der „Narodnaya Wolya".

Abgesehen von der Hülfe, die das „Proletariat" der „Narodnaya Wolya" leistete, wurde der Terrorismus nur sehr selten angewendet; die socialen Verhältnisse Polens siegten über den künstlichen Einfluss der russischen Bewegung. Im ganzen wurden zwei Verräter getötet, ein gewisser Skrzypczynski in Warschau und Helscher in Zgierz; ein dritter, Schremski, wurde schwer verwundet. Eigentlich war auch dies kein Terrorismus, eher könnte man es eine Selbstverteidigung der Partei nennen. Drohbriefe wurden oft an Fabrikanten geschickt und wirkten immer so gut, dass man sie nicht auszuführen brauchte. Jetzt ist dieses Mittel fast vollständig aus dem Gebrauche verschwunden und wird durch Streike und die Maidemonstration ersetzt.

Am 28. September 1883 wurde Warynsky durch einen unglücklichen Zufall auf der Strasse verhaftet. Denselben Abend machte die Polizei zahlreiche Haussuchungen, fand aber nichts Kompromittierendes und verhaftete nur eine hervorragende Persönlichkeit, Edmund Ploski, einen der Petersburger. Die Organisation wurde dadurch nicht geschwächt und das Organ erschien regelmässig weiter. Erst im Sommer 1884 kam die Polizei der Organisation auf die Spur und nun erfolgten zahlreiche Verhaftungen: der Friedensrichter Bardowski, ein Russe, der aber zur polnischen Bewegung übergegangen war, Stanislaus Kunitzki, Mitglied der beiden Hauptkomitees des „Proletariat" und der „Narodnaya Wolya", Ludwig Janowicz, ein litthauischer Gutsbesitzer, und gegen 200 Arbeiter und Studenten. Einige Verhaftungen kamen der Polizei teuer zu stehen. So wurden am 30. Juli 1884 in einer Warschauer Milchhandlung drei der hervorragendsten Mitglieder der Partei zufällig von einem Spitzel erkannt. Da derselbe sie gleich mit Hülfe eines Polizeikommissärs verhaften wollte, kam es zu einem wahren Gefecht, in dem der Spitzel schwer verwundet wurde und zwei der Verschwörer, Alexander Debski und Slawinski, entkamen; der dritte, Janowicz, wurde verhaftet. Die Untersuchung dauerte von Ende 1883 bis Dezember 1885. Ein kleiner Teil der Verhafteten wurde dann vor ein Kriegsgericht gestellt. Die Ver-

der „Przedswit“ erneuert und gleichfalls monatlich ausgegeben. Der „Przedswit“ sollte zur Propaganda unter den Arbeitern dienen und war in populär belehrendem Tone gehalten. Die „Walka Klas“ erschien von Mai 1884 bis Juni 1887; während des letzten halben Jahres wurde ihr Format verkleinert, ihr Umfang aber von der Redaction durch eine Beilage in Buchform, die viel wertvolles Material enthielt, vergrössert. Juni 1887 wurde die „Walka Klas“ in eine Revue in Heftform verwandelt und erschien in dieser Gestalt noch in zwei weiteren Nummern. 1887 hörte sie auf zu erscheinen. Der „Przedswit“ dauerte von Mai 1884 bis Dezember 1890 und erschien während dieser ganzen Zeit regelmässig jeden Monat im Format eines grossen Bogens. Beide Zeitungen haben der Sache des Socialismus sehr gute Dienste geleistet. Ihre Ausgabe fällt gerade in die Zeiten der grössten Schwäche der Bewegung, aber ohne sie hätte die Arbeiterbewegung die gewaltige Krisis nicht überstehen können.

Im Jahre 1888 begann ein neuer Wind in Warschau zu wehen. Die alten Wunden waren teilweise geheilt; eine Schar neuer Agitatoren, die der Polizei nicht bekannt waren, war herangewachsen. Von Anfang an konnte man innerhalb dieses „Revival“ zwei Strömungen unterscheiden. Einerseits wurde die Partei des „Proletariats“ reorganisiert und ging, was das Programm und die Taktik anbetraf, ihre alten Wege, nur war sie gezwungen, sich mit bescheideneren Mitteln zu begnügen. Andererseits organisierten sich kleine Zirkel von Studenten, die gewöhnlich mit einer unschuldigen Jugendpropaganda begannen, bald aber sich stark genug fühlten, auch unter den Arbeitern zu wirken. Wie immer in Warschau, fanden sie unter ihnen leicht Anhänger. Die Schwäche der Organisation des „Proletariats“ ermöglichte ihnen, ihre Arbeit selbständig zu führen, und bald stellte es sich heraus, dass sie nicht nur organisatorisch, sondern auch taktisch sich von der Partei unterschieden. Die grossen Erfolge der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa waren ihnen bekannt geworden und sie beschlossen daher, etwas Aehnliches in Polen zu schaffen. Abgeschnitten von der Partei und ohne Kenntnis von der Geschichte der früheren Versuche, wussten sie nicht, dass ihr Unternehmen keine Aussichten auf Erfolg habe und dass man schon im Jahre 1878 eine Massenorganisation der Arbeiterklasse auf gewerkschaftlicher Grundlage vergeblich versucht hatte. So bildete sich die neue Richtung heraus, die, im Anfange aus losen Gruppen bestehend, später unter dem Namen des „Arbeiterbundes“ bekannt wurde.

Die gewerkschaftliche Organisation absorbierte bald die Kräfte des „Arbeiterbundes“ derart, dass sie zum Hauptziele der Partei wurde (eigentlich ist der „Arbeiterbund“ nie als eine Partei öffentlich aufgetreten, ist aber eine solche thatsächlich gewesen). Es wurden dieselben geheimen Widerstandskassen geschaffen, welche man 1878 gegründet und später aufgegeben hatte. Die Arbeiter strömten massenhaft diesen Kassen zu. Bald zählte jede organisierte Gewerkschaft einige hundert Mitglieder in Warschau, ebensoviel und mehr in Lodz. Diese Kassen haben sehr viel dazu beigetragen, das Klassenbewusstsein in den Massen zu wecken, und das ist die geschichtliche Bedeutung des „Arbeiterbundes“.

Andererseits wurde aber der politische Kampf vernachlässigt und die Arbeiter in der Meinung erzogen, dass sie die Politik nichts angehe. Den Kampf, den das „Proletariat“ mit der Regierung führte, nannten die Mitglieder des „Arbeiterbundes“ Blanquismus. Mit Vorliebe nannten sie ihre Organisation „Socialdemokratie“ und hielten sich für die einzigen wahren Repräsentanten des wissenschaftlichen Socialismus. Uebrigens hat zu gleicher Zeit auch das „Proletariat“ grosse Widerstandskassen gegründet, dabei aber die politische Agitation stets in den Vordergrund gestellt.

Auf der Einladung zum internationalen Kongress von 1889 findet sich der Name eines Vertreters des „Proletariats“, des Maurergehülfen Anielewski. Auf dem Kongresse selbst waren die polnischen Socialisten von St. Mendelsohn, Maria Jankowska, Leo Winiarski und Felix Daszynski vertreten. Die polnische Delegation stimmte mit Begeisterung für das Abhalten einer allgemeinen Arbeiterfeier am 1. Mai, da auch für Polen die Arbeitsruhe die einzig mögliche Form einer Massendemonstration, das einzige Mittel ist, die grossen Mengen des Volkes in den Wirbel des Kampfes hineinzuziehen.

Während die „Socialdemokraten“ die Maifeier als zu gewagt bezeichneten, betrieb das „Proletariat“ aufs energischste ihre Vorbereitung. Es gab eine Broschüre heraus, hielt geheime Vorträge und liess kurz vor dem 1. Mai einen Aufruf erscheinen, der eine massenhafte Verbreitung fand. Der Erfolg der Maifeier übertraf alle Erwartungen. 8000 Arbeiter verliessen die Arbeit in Warschau. Zum erstenmal wieder seit 1883 hatte man eine Bewegung, an der sich Tausende beteiligten; die Aera der kleinen Zirkel, der kleinen Eifersüchteleien schien endlich damit vorbei.

Doch dauerte die Spaltung noch bis zum Jahre 1892.

Um dieselbe Zeit beginnt auch eine dritte Gruppe, die der sogenannten „nationalen Socialisten“, die bisher nur sehr schwach gewesen war, an Umfang und Bedeutung zu gewinnen. Schon im Anfang der socialdemokratischen Bewegung in Polen hatte es nicht an Stimmen gefehlt, die „eine grössere Berücksichtigung der nationalen Bestrebungen der Polen“ forderten. Viele waren der Meinung, dass der rücksichtslose Kampf, den man gegen den Patriotismus führte, die Ursache des Verlustes vieler Kräfte sei, die man auf andere Weise gewinnen könnte. Die Mehrzahl war, wie wir gesehen haben, anderer Meinung; sie verzichtete auf manche Agitationsmittel, um gerade die „nationalen Bestrebungen“ im Arbeiter zu ersticken und sein Klassenbewusstsein zu wecken. Diejenigen aber, die dies für einen Fehler hielten, spalteten sich bald von der allgemeinen Bewegung ab und begannen auf eigene Faust zu arbeiten. Wie sehr die Internationalisten recht hatten, beweist der Umstand, dass einer der ersten Schritte der „nationalen Richtung“ die Entsendung einer Adresse an den bekannten Schriftsteller Kraszewski gelegentlich seines Jubiläums (1879) war. Um das Jahr 1880/81 war die nationale Richtung die vorherrschende in Warschau; sie verschwand aber vollständig nach den Verhaftungen von 1881, und seit dieser Zeit lebte der nationale Socialismus hauptsächlich in der Emigration.

Im August 1881 erschien in Genf ein „Manifest des socialistischen

Vereines ‚Das Polnische Volk'", in dem sich dieselbe Unklarheit der Ziele findet, gegen welche die Internationalisten so lange Zeit gekämpft hatten. Als Endziel der Socialisten wird bezeichnet: die Abschaffung der Ausbeutung und des nationalen Druckes. Dieses Manifest hat heftige Proteste und Erwiderungen seitens der Redaktion des „Przedswit", Warynski, Padlewski und anderer, hervorgerufen und zu Streitigkeiten zwischen den Vertretern der beiden Richtungen, Warynski und Boleslaus Limanowski, auf dem internationalen Kongresse zu Chur 1881 geführt.

Weitere Folgen hatte die Gründung des „Polnischen Volkes" nicht. B. Limanowski gab noch einige Broschüren in Genf heraus, wie Liebknechts „Zu Schutz und Trutz", „Patriotismus und Socialismus" u. a. m.

Erst seit 1887 beginnt die nationale socialistische Richtung mehr Anhänger zu gewinnen. Um diese Zeit fing die Warschauer Jugend aus dem vierjährigen Schlummer, den die Apuchtin-Ausweisungen (von 1883) bewirkt hatten, zu erwachen an. Die neue Generation war aber sehr von der alten verschieden. Die roten oder gestickten russischen Hemden, die hohen Stiefel und andere äussere Merkmale des Radikalismus und des „Volkstums", die der russische Einfluss in den Jahren 1881—84 mit sich gebracht hatte, waren jetzt verschwunden; man beschäftigte sich um so eifriger mit dem Studium der demokratischen Schriften aus dem vierten und fünften Dezennium. Feindselige Demonstrationen gegen eine in Warschau spielende russische dramatische Truppe wurden insceniert oder die Redacteure bürgerlicher Zeitungen für ihre hyperloyale Haltung geohrfeigt. Die meisten Studenten sympathisierten mit der sogenannten nationalen Richtung und lasen die Broschüren Limanowskis.

Die Maifeier wurde mit wenigen Ausnahmen von dem gesamten Patriotismus, von seinem rechten bis zum linken Flügel, nicht nur bekämpft, sondern ihr auch eine patriotische Demonstration entgegengestellt, indem man die ganze polnische Nation zur Feier des hundertjährigen Jubiläums der sogenannten Konstitution vom 3. Mai aufforderte. Die patriotische Demonstration hatte aber keinen Erfolg.

Im Januar 1889 wurde in Paris eine Monatsschrift gegründet unter dem Titel: „Das Signal (polnisch Pobudka), Organ der nationalsocialistischen Partei". Das Programm dieser ersten Nummer unterscheidet sich wesentlich vom Manifest des „Polnischen Volkes"; das Ziel der Partei wird dort in folgender Weise formuliert: „Wir werden uns bestreben, die Unabhängigkeit Polens wiederzuerlangen, als die einzige Garantie der Freiheit der Nation, da die fremde Invasion ihre Existenzrechte und ihre Entwicklung bedroht. Wir werden aber auch den radikalen Umsturz der in Polen existierenden und auf das Lohnsystem und den Privatbesitz sich stützenden, socialökonomischen Zustände anstreben." Als Mittel zur Erlangung dieses Zieles werden angegeben die Verstaatlichung des Bodens und der Arbeitsmittel, die gesellschaftliche Organisation der Arbeit und eine weitgehende politische Decentralisation, gestützt auf das allgemeine Stimmrecht, die politische Freiheit und sociale Gleichheit aller Bürger. Wenn auch die Formulierung dieses Programmes keine glückliche ist und das Streben nach politischer Unabhängigkeit und socialistischer

Neugestaltung der Gesellschaft ganz mechanisch neben einander gestellt sind, so nähert es sich doch einem socialdemokratischen viel mehr, als dasjenige des „Polnischen Volkes“.

Wichtiger als das Programm war aber die Thätigkeit der „Pobudka“. Neben sehr nebelhaften und manchmal auch unsocialistischen Artikeln findet man in ihr eine Aufforderung zur Feier des 1. Mai 1890 und eine scharfe Kritik der Demokraten Milkowski und Wyslouch, die früher von allen nationalen Socialisten als Verbündete, wenn nicht als Führer angesehen wurden. In dieser Hinsicht hat der Redacteur der „Pobudka“, Stanislaus Baranski, viel dazu beigetragen, die socialistische Erkenntnis in den Reihen der nationalen Socialisten zu stärken, indem er mit der früheren Taktik der Vertuschung der Unterschiede zwischen den reinen Demokraten und den nationalen Socialisten brach.

Die Maifeier von 1891 gelang besser als die von 1890 in Warschau, Lodz und Zyrardow, wo es zu einem Zusammenstosse mit dem Militär kam, einige Arbeiter getötet und viele verwundet wurden. Die Spaltung dauerte aber im socialistischen Lager fort. Es existierten jetzt bereits vier Parteien: das „Proletariat“, die „Arbeiter-Vereinigung“ (es waren Secessionisten von dem „Proletariat“, die sich 1890 wegen einer taktischen Meinungsdifferenz abgesondert hatten), der „Arbeiterbund“ und die „nationalen Socialisten“.

Auf dem Brüsseler Kongresse von 1891 waren alle drei Teile Polens vertreten; es war ein Delegierter aus Preussisch-Polen, dann Ignacy Daszynski aus Galizien, Boleslaus Jedrzejowski aus Warschau und drei Delegierte der Redaktion des „Przedswit“.

Im Herbst 1891 und Frühling 1892 fanden in Warschau und in der Provinz massenhafte Verhaftungen statt, die hauptsächlich die Mitglieder des „Arbeiterbundes“ trafen. Die Polizei vernichtete mit einem Schlage seine Widerstandskassen und zeigte in der besten Weise, wie gefährlich und auf die Dauer unmöglich eine rein gewerkschaftliche Organisation in Russisch-Polen ist. Das „Proletariat“ hatte auch manche Mitglieder verloren, seine Verluste waren aber nicht so bedeutend. Die „Arbeiter-Vereinigung“ verlor ihre energischsten Mitglieder und war gezwungen, sich mit dem „Arbeiterbunde“ zu vereinigen.

Es kam die Maifeier von 1892. In Warschau demonstrierten, wie gewöhnlich, 8—10,000 Arbeiter, aber in Lodz wurde die Arbeit dieses Mal vollständig niedergelegt. Die ganze Stadt feierte Montag den 2. Mai, 60,000 Arbeiter durchzogen die Strassen und überredeten die wenigen noch arbeitenden zum Feiern. Den 3., 4. und 5. Mai dauerte die Arbeitsruhe fort. Die erschreckten Fabrikanten entschlossen sich, die Arbeitszeit zu verkürzen, erhielten aber vom Gouverneur von Piotrkow, Herrn Müller, ein Verbot jedes Zugeständnisses an die Arbeiter. Die Regierung hatte ein anderes Mittel gefunden. Da die Arbeiter sich sehr ruhig verhielten und keinen Vorwand zur Intervention des Militärs gaben, so wurden die Einwohner einer unweit von Lodz gelegenen Strafkolonie, Baluty, gegen die Juden aufgehetzt. Es begann eine Plünderung der jüdischen Läden und Häuser, wie sie Süd-Russland in den achtziger Jahren gesehen hatte; die Bauern der umliegenden Dörfer, unter denen sich das Gerücht

verbreitet hatte, die Christen würden von den Juden in Lodz gemordet, kamen scharenweise in die Stadt und nahmen an der Plünderung teil. Jetzt wurde Militär gerufen und trat in der gewöhnlichen russischen Weise auf: 46 Mann wurden getötet, gegen 200 verwundet und 1000 verhaftet; die „Ordnung" war wieder hergestellt. Die Arbeiter kehrten zur Arbeit zurück.

Das Jahr 1892 bildet den Wendepunkt in der Entwicklung der socialistischen Bewegung in Polen. Die „Arbeiterbündler" hatten gesehen, dass eine Massenorganisation nur Verhaftungen nach sich ziehen müsse; unter den „nationalen Socialisten" existierte schon eine grosse Anzahl solcher, die wirklich Socialdemokraten waren; endlich hatten sich alle überzeugt, dass die Abschaffung des despotischen russischen Regiments eine absolute Notwendigkeit für das polnische Proletariat bildete. Das Verlangen nach einem politischen Aktionsprogramm, welches alle Socialdemokraten einigen und auf Grund dessen sich eine kräftige Partei an Stelle der zersplitterten Gruppen bilden könnte, war allgemein.

Ein solches Programm musste als politische Hauptforderung die Unabhängigkeit Polens enthalten. Die polnische Arbeiterklasse hatte sich überzeugt, dass sie, so lange die russische Herrschaft bestehen würde, einen wirksamen Kampf mit den Unternehmern nicht führen könnte. Die immer sich wiederholenden Streiks waren grösstenteils missglückt, nicht an dem Widerstande der Fabrikanten, sondern, weil die russische Regierung die Arbeiter mit den üblichen russischen Mitteln — der Knute, dem Gefängnis und der Verbannung nach Sibirien — zur „Ruhe" gebracht hatte. In ihrem Kampf gegen die Revolutionäre konnte die russische Regierung sich auf die Apathie der russischen Arbeiterklasse als ein wichtiges Hülfsmoment verlassen, da bei den rückständigen ökonomischen Verhältnissen sich den letzteren die Teilnahme am politischen oder socialen Leben noch nicht aufgedrängt hatte. In Polen dagegen, wo bei einer viel grösseren Entwicklung der Industrie durch die lange Agitation der Socialisten sich ein Klassenbewusstsein unter den Arbeitern herausgebildet hatte, musste eben deshalb der Konflikt zwischen einer mit rückständigen, barbarischen Mitteln arbeitenden Regierung und einer nach Emancipation strebenden Arbeiterklasse sich aufs Aeusserste zuspitzen. Das „Proletariat" hatte den Kampf gegen die russische Regierung in Verbindung mit der „Narodnaya Wolya" geführt, weil sie derselben auf diese Weise am schnellsten Herr zu werden hoffte. Das Scheitern der russischen revolutionären Bewegung zwang die polnischen Socialisten, nunmehr selbständig den Kampf gegen sie aufzunehmen. Eine Konstitution war in Russland unmöglich und ist es auch jetzt, so lange es in Russland selbst keine starke konstitutionelle Partei gibt. Ferner wäre auch eine russische Konstitution mit Ausnahmegesetzen für Polen nicht nur vereinbar, sondern sogar höchst wahrscheinlich. Es blieb nur ein Ausweg und dieser war die Unabhängigkeit Polens. Die Bedenken, die man früher gegen das Aufstellen der obenerwähnten Forderung im Programm hatte, existierten nicht mehr. Die Bewegung hatte schon 14 Jahre einer unermüdlichen Propaganda hinter sich; die Massen waren verhältnismässig gut geschult und, was das Wichtigste war, es gab socialdemokra-

tische Massen, wie die Maidemonstrationen bewiesen hatten. Einerseits war also die Gefahr geschwunden, dass die Bewegung auf Irrwege gelangen könnte, andererseits besassen die Socialisten das Bewusstsein ihrer Kraft. Dies alles erklärt uns, warum der Gedanke, die Unabhängigkeit Polens im Programm zu fordern, in sehr vielen Köpfen auftauchte. Damit war auch ein allgemeines Verlangen nach einer Einigung der revolutionären Kräfte verbunden, die um so leichter herzustellen war, als die Gegensätze zwischen den Gruppen sich abgeschwächt hatten.

Im Herbst 1892 versammelte sich in Paris eine Anzahl polnischer Socialisten in der Absicht, die Grundlagen einer gemeinschaftlichen Partei zu legen. Mitglieder fast sämtlicher Organisationen, so des „Proletariats“, des „Arbeiterbundes“, der „Arbeitervereinigung“, der „nationalen Socialisten“, endlich die ganze Redaktion des „Przedswit“ waren vertreten. In einer achttägigen Debatte wurde ein neues Programm ausgearbeitet und beschlossen, eine neue Organisation unter dem Namen des „Auswärtigen Verbandes Polnischer Socialisten“ zu schaffen. Als erstes Ziel der Organisation wurde die Vereinigung aller socialistischen Kräfte bezeichnet; alle Mitglieder der Konferenz verpflichteten sich, in ihren respektiven Gruppen in diesem Sinne zu wirken. Da dieses Programm jetzt nahezu einstimmig von den polnischen Socialisten anerkannt ist, wollen wir seiner kurz gedenken.

Wie das Erfurter Programm, so besteht auch dieses aus zwei Teilen: im ersten findet sich die theoretische Begründung und die Forderungen des Socialismus; im zweiten diejenigen Forderungen, die man bereits innerhalb der jetzigen Gesellschaft verwirklichen will. Der erste Teil beginnt mit einer Kritik der früheren demokratisch-patriotischen Bestrebungen, dann folgt eine längere Darstellung der sich im Schosse der heutigen Gesellschaft vollziehenden Entwicklung. Als einzige Rettung wird die Vergesellschaftlichung des Bodens und der Arbeitsmittel bezeichnet. Dieselbe kann aber nur von einem organisierten und zielbewussten Proletariat durchgeführt werden, das sich im Besitze der Staatsgewalt befindet. Um diese Vorbedingung erfüllen zu können, muss sich das polnische Proletariat als besondere politische Partei organisieren, die es zum endgültigen Ziele, der Eroberung der politischen Macht und der Vernichtung der Klassenherrschaft, führen wird.

Dieser erste Teil endet mit dem folgenden Satze:

„Die polnische socialistische Partei, überzeugt, dass die Realisierung der neuen Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens nur dann stattfinden kann, wenn sich das Proletariat im Besitze einer entsprechenden politischen Macht befindet, tritt heute mit einem klar formulierten und realisierbaren Programm auf. — Als selbständige Arbeiterpartei und gestützt auf die Gesamtaktion der arbeitenden Massen, fordert sie folgendes (hier beginnt der zweite Teil):

Eine unabhängige demokratische Republik, deren Grundlage bildet: 1. das direkte, geheime und allgemeine Wahlrecht und die direkte Gesetzgebung durch das Volk, verwirklicht durch die Sanktion und die Initiative der Gesetze seitens desselben; 2. vollständige Gleichberechtigung

der Nationalitäten, die auf Grund einer freiwilligen Föderation die Republik bilden werden, u. s. w. Die letzte Forderung bildet: die allmähliche Vergesellschaftlichung des Bodens, der Arbeits- und Kommunikationsmittel.

Ausserdem sind noch verschiedene Fragen der Taktik in der Form einzelner Resolutionen besprochen: 1. die Massenorganisation; 2. die Agitation; 3. die Mittel des Kampfes mit den besitzenden Klassen und der Regierung; 4. das Verhältnis zu den anderen Klassen; 5. das Verhältnis zu Litthauen und Klein-Russland; 6. der Panslavismus; 7. das Verhältnis zu den russischen Revolutionären. Interessant ist die den Panslavismus betreffende Resolution; sie lautet: „Was die slavische Frage anbetrifft, so ist der Kongress der Ansicht, dass die polnische Partei mit aller Kraft die panslavistischen Tendenzen zu bekämpfen hat und zwar ebenso in ihrer konservativen Formulierung wie auch in der Gestalt eines demokratischen Pseudoföderalismus, der Russland die Hegemonie im Slaventum zusichern will."

Bald nach der Gründung des „Auswärtigen Verbandes Polnischer Socialisten" wurden einige seiner Mitglieder nach Polen geschickt, um dort das Werk der Einigung durchzuführen. Sie fanden einen sehr günstigen Boden, da alle Gruppen der früheren Streitigkeiten müde und von dem Gedanken, die Unabhängigkeit Polens als nächste Forderung zu proklamieren, durchdrungen waren. Es wurde also beschlossen, die alten Parteien, wie „Proletariat", „Arbeiterbund" etc., aufzulösen, und eine einzige Organisation mit dem Namen „Socialistische Partei Polens" zu bilden.

Die besten Elemente aus allen Gruppen traten in die neue Organisation ein, die ihr Werk mit der Vorbereitung der bevorstehenden Maifeier begannen. Die Zahl der feiernden Arbeiter betrug in diesem Jahre gegen 8000 in Warschau und ebensoviel in der Provinz.

Bedeutender waren die Erfolge, welche die Arbeiter schon vor der Maidemonstration errangen. Wie erwähnt, verbot der Piotrkower Gouverneur, Herr Müller, 1892 den Lodzer Fabrikanten eine Verkürzung der Arbeitszeit. Dieses Mal gab er nach und so wurde in den meisten Lodzer Fabriken im Monat April 1893 die Arbeitszeit von 13 oder 14 auf 12 Stunden verkürzt. Gleichzeitig hatte die Lodzer Sektion der „Gesellschaft zur Förderung des Handels und der Industrie" (einer der wenigen, von der russischen Regierung tolerierten Vereine) eine Petition verfasst, worin sie die Regierung ersuchte, im ganzen russischen Reiche die Arbeitszeit in folgender Weise zu normieren: in den fabrikmässig betriebenen Etablissements 12 Stunden, 11 wo die Arbeit grössere Anstrengungen fordert, und in den Bergwerken 10. Nach fünf Jahren sollte, bei günstigem Ausfall des Versuchs, die Arbeitszeit um eine weitere Stunde verkürzt werden, so dass sie dann 11, 10 resp. 9 Stunden dauern würde.

Wenn schon nie verwirklicht, hat doch diese Petition dem polnischen Proletariat einen schlagenden Beweis dafür geliefert, dass es, sogar unter den jetzigen ungünstigen Verhältnissen, Konzessionen von den Unternehmern erringen kann und dass das grösste Hindernis die Regierung bildet.

Die Vereinigung der socialistischen Kräfte ging nicht ganz glatt und auf einmal vor sich. Die früheren „Internationalisten", die den politischen Kampf für die erste Bedingung einer socialistischen Bewegung hielten, fanden sich sehr leicht mit dem Pariser Programm ab, weil sie selbst immer die Eventualität einer socialistischen Agitation für die Niederwerfung der russischen Herrschaft nicht für ausgeschlossen gehalten hatten. In gleicher Weise stimmten die „Arbeiter-Vereinigung" und die socialistischen Elemente unter den „nationalen Socialisten" für die Auflösung ihrer Gruppen und die Konzentration der Kräfte unter der neuen Fahne. Auch ein Teil des „Arbeiterbundes" that dasselbe; ein anderer aber wollte noch immer von der Politik nichts hören und blieb „unabhängig".

Auf dem Züricher Internationalen Kongresse von 1893 war die polnische Delegation 10 Mann stark. Es erschienen vier Vertreter des Auswärtigen Verbandes Polnischer Socialisten, die zur selben Zeit die Socialistische Partei Polens repräsentierten, nämlich: Stanislaus Mendelsohn, Marie Mendelsohn-Jankowska, Felix Perl und Witold Jodko; Galizien war vertreten durch Ignacy Daszynsky, Jan Kozakiewicz, Kasimir Moklowsky und Jakob Stechenberg, die Socialisten aus Preussisch Polen durch Stanislaus Grabski; ausserdem war noch ein Delegierter von einer socialdemokratischen Gruppe aus Russisch-Polen, Karski, anwesend.

Charakteristisch für die Anschauungen der polnischen Socialisten war es, dass sie sich einstimmig gegen den Antrag Nieuwenhuis' erklärten, im Falle eines Krieges den Generalstreik zu proklamieren; sie waren der Ansicht, dass diese Massregel nur den Sieg der russischen Horden über West-Europa ermöglichen könnte, was mit einer Erdrosselung der letzten Reste der Freiheit, die die konstitutionellen Staaten besitzen, gleichbedeutend wäre.

Für die innere Geschichte der Bewegung in Polen ist dieser Kongress insofern von Bedeutung, als dort das erste Mal aus allen drei Teilen Polens eine grössere Vertretung erschien. Indem nun diese Vertreter eine gemeinsame Delegation bildeten, bewiesen sie, dass die Socialdemokratie Polens, ungeachtet der sie von einander scheidenden Staatsgrenzen, gemeinsame Interessen besitzt. Thatsächlich gehen die Socialisten aus Galizien oder Posen Hand in Hand mit der österreichischen resp. deutschen Socialdemokratie in allen Fragen, die den österreichischen bezw. deutschen Staat betreffen; in Angelegenheiten, die alle drei Teile Polens gemeinschaftlich angehen, vereinigen sie ihre Kräfte.

Einen bedeutenden Verlust hatte die Partei kurze Zeit nach dem Kongress zu verzeichnen. Stanislaus Mendelsohn zog sich mit Ende August von der Redaktion des „Przedswit" zurück und trat zugleich aus dem „Auswärtigen Verband polnischer Socialisten" aus. Die Gründe, die ihn zu diesem Schritt veranlassten, waren nicht principieller Natur.

Der Kongress gab ferner Anlass zu einer Secession, die sich schon früher vorbereitete. Wir haben schon hervorgehoben, dass einige frühere „Arbeiterbündler" mit dem politischen Programm der Socialistischen Partei Polens unzufrieden waren. Sie waren auf dem Kongresse durch Al. Karski

vertreten. Eine andere Delegiertin, Frl. Kruszynska, wurde von der polnischen Delegation nicht zugelassen, weil sie thatsächlich kein Mandat besass. Dies Vorgehen gab zu einer heftigen Campagne gegen die socialistische Partei Polens Veranlassung. Die Secessionisten, die sich um diese Zeit als „Socialdemokratie des Königreichs Polen“ organisiert hatten, stellten als Minimalprogramm die Erlangung einer russischen Konstitution auf. Das war jedenfalls vom politischen Standpunkte aus ein Fortschritt gegenüber der früheren ultragewerkschaftlichen Haltung. In Wirklichkeit wurde aber für die Konstitution wenig agitiert und die Energie wandte sich hauptsächlich gegen die Organisation der „Socialistischen Partei Polens“ und den „Przedswit“. Im Anfange hatte die „Socialdemokratie des Königreichs Polen“ eine gewisse Anzahl Anhänger, es trennten sich sogar einige Arbeitergruppen von der „Socialistischen Partei Polens“; aber die blinde Wut, mit welcher das Organ der Frl. Kruszynska, die „Sprawa Robotnicza“, auf die ganze polnische Bewegung losschlug, der Mangel an jeder positiven Arbeit und der utopische Charakter der ganzen Agitation für eine russische Konstitution, die die polnischen Arbeiter erkämpfen sollen — alles das hat die Reihen der neuen „Socialdemokraten“ sehr bald gelichtet. Viel hat dazu noch beigetragen, dass alle polnischen Parteiblätter mehrfach gegen die „Sprawa Robotnicza“ aufgetreten sind.

Jetzt sind nur noch einige zerstreute Anhänger der „Socialdemokratie“ in Polen geblieben; das Blatt „Sprawa Robotnicza“ erscheint sehr unregelmässig in Paris und wird in Polen gar nicht verbreitet, weil seine Herausgeber nicht die nötige Organisation hinter sich haben, um es über die Grenze zu schmuggeln.

Es erübrigt noch, einen Ueberblick über die Thätigkeit der beiden neuen Organisationen zu geben.

Die Streiks bilden in Polen eines der wichtigsten Mittel der Agitation. Bei der totalen Unmöglichkeit des Bestehens einer gewerkschaftlichen Massenorganisation, werden die Streiks von der politischen Partei unterstützt und geleitet, die auch durch ihre Vermittlung das socialistische Bewusstsein bei den Arbeitern zu wecken versucht. Im Jahre 1893 fanden nur wenige Streiks statt, desto mehr 1894. Wir erwähnen nur die typischen Ereignisse. Am 8. März 1894 streikten die Arbeiter der grossen Weberei von Zawiercie (5000 Mann) wegen einer Lohndifferenz. Nach einer Woche erhielten sie ihren Lohn für die versäumten sieben Tage (60000 Mark) und das Versprechen einer Lohnerhöhung. Dieses letztere wurde aber nicht gehalten. Darauf streikten die Arbeiter wiederum am 13. April. Der Fabrikant hatte aber seine Massregeln getroffen. Eine Abteilung Kosaken besetzte das ganze Städtchen und misshandelte die Arbeiter, ungeachtet ihrer musterhaften Ruhe, in der schrecklichsten Weise. Männer wurden aus ihren Häusern auf die Strasse geschleppt und dort geschlagen, in den umliegenden Wäldern wurde eine förmliche Treibjagd auf die Flüchtlinge organisiert, die auswärtigen Unterthanen schickte man über die Grenze, nachdem man sie körperlich bestraft hatte, u. s. w. Nach zwei Wochen gaben die Arbeiter nach. In dem Sosnowitzer Kreise streikten im

April: die Eisenfabrik von Fitzner und Gamper (1200 Mann), die Spinnerei von Dithl (2000 Mann) und die Grube „Michael". Der erste Streik schlug fehl, weil der Gouverneur an die Arbeiter eine Proklamation gerichtet hatte, worin er offen sagte, dass er nie erlauben werde, ihnen nachzugeben. In den beiden anderen Fällen erhielten die Arbeiter, was sie forderten. Bei den kleineren Streitigkeiten lohnt es sich der Polizei nicht, einzugreifen, dieselben gelingen daher auch oft; so haben von vierzehn Streiks, die im Sommer stattgefunden haben, sieben mit einem Siege geendet.

Die Maifeier ist im Jahre 1894 besser als in allen vorigen (ausgenommen die grosse Lodzer Demonstration von 1892) ausgefallen. Es haben im ganzen gegen 30,000 Arbeiter gefeiert und die Bewegung ist in die entferntesten Provinzialstädtchen gedrungen; so hat man das erste Mal in Czenstochau, Marki, Sielce, Dombrowa, Radom u. a. m. demonstriert. Nur Lodz blieb ruhig, dank den Erinnerungen an den Aderlass von 1892 und einigen zeitgemässen Konzessionen der Fabrikanten.

Einen grossen Einfluss besitzt der „Robotnik" (Arbeiter), Organ der „Socialistischen Partei Polens", welcher seit dem 14. Juli in Warschau in einer geheimen Presse gedruckt wird. Aller Schwierigkeiten ungeachtet sind schon sechs Nummern des „Robotnik" erschienen, also bereits eine mehr, als es bei dem „Proletariat" der Fall war. Die Zeitung ist gut redigiert und sehr populär gehalten. Die letzte Nummer enthielt einen Brief von A. Bebel, der dem neuen Unternehmen Glück wünschte. Ausserdem sind seit dem Beginne des Jahres 1893 sieben Flugblätter erschienen.

Im Jahre 1894 begann die „Socialistische Partei Polens" eine Serie von Fachbroschüren herauszugeben. Jede von ihnen beschreibt die Lage der polnischen Arbeiter eines bestimmten Gewerbes, gibt die Geschichte der Kämpfe, die sie mit den Unternehmern gehabt haben, und stellt die Minimalforderungen auf, die sie in ihrem Gewerbe durchzuführen suchen. Bisher sind zwei erschienen: eine für die Maurer und eine für die Bierbrauer.

Den wichtigsten Teil der Arbeit bildete die Verbreitung der Schriften und des „Przedswit", die man aus dem Auslande über die Grenze schmuggelte. Dieser Schmuggel wurde in früher nie gewesenen Dimensionen betrieben. So sind 1893 im ganzen 21910 Exemplare verschiedener Drucksachen nach Polen eingeführt worden. In den elf ersten Monaten des Jahres 1894 ist diese Zahl auf 29543 gestiegen, wovon 3819 Exemplare des „Przedswit", 23427 polnische Broschüren, 418 litthauische, 788 jüdische, 314 russische und 757 deutsche. Dazu muss man die 7200 Exemplare des „Robotnik" und 4800 der in Polen selbst gedruckten Flugblätter hinzuzählen.

Wenden wir uns zur Emigration. Der Auswärtige Verband der Polnischen Socialisten hatte im Anfange nicht mehr als ein Dutzend Anhänger; jetzt gehören ihm fast sämtliche ausserhalb Polens wohnenden Socialisten an. Seit April 1893 ist der „Przedswit" das Organ des „Verbandes". Die „Pobudka" und eine zweite Zeitschrift, die „Socialistische Revue", die auch auf dem Boden des Pariser Programmes stand, aber eine Sonderexistenz haben wollte, sind eingegangen (die erste 1893, die zweite im Januar 1894); die Redaktion der „Socialistischen Revue" hat sich dem „Verbande" angeschlossen. Das erste Ziel des „Verbandes",

die Konzentration der socialen Elemente der Emigration, ist also schon erreicht. Zur Erfüllung des zweiten — die Unterstützung der Landesorganisation — druckt der „Verband“ sein Organ und verschiedene Broschüren. Im ganzen sind aus der Druckerei des „Verbandes“ während der zwei letzten Jahre neun Werke in 22000 Exemplaren erschienen, deren Verleger in den meisten Fällen die „Socialistische Partei Polens“ war. Im April 1894 hat der „Verband“ die Initiative zur Feier des hundertjährigen Jubiläums des Aufstandes von 1794, des sogenannten Kosciuszko-Aufstandes, gegeben, der als die erste Erhebung der polnischen Bauern von den polnischen Socialisten gefeiert wurde.

In Russisch-Polen selbst wurde am 17. April eine kleine Demonstration von der patriotischen Jugend gemacht, an der die Socialisten aber nicht teilnahmen. Die Partei war mit der Vorbereitung der Maifeier beschäftigt und druckte deshalb nur ein Flugblatt, in dem sie die Bedeutung des Aufstandes von 1794 für das polnische Volk beleuchtete.

Bei den in Russland herrschenden politischen Verhältnissen kann man keine Prophezeiungen wagen, aber die Bewegung, wie sie jetzt unter der dortigen polnischen Bevölkerung existiert, scheint auf festen Grundlagen zu beruhen. Das regelmässige Erscheinen des Blattes, die stetige Zunahme der Zahl der Manifestanten am 1. Mai, die Erfolglosigkeit der Verhaftungen — das alles sind Zeichen der Kraft.

Zum Schlusse folge hier ein Verzeichnis der polnischen socialistischen Presse: Es erscheint in Warschau unregelmässig der „Robotnik“ (Arbeiter) in 1200 Exemplaren, in Krakau der „Naprzód“ (Vorwärts) wöchentlich in 1900 Exemplaren, in Lemberg der „Nowy Robotnik“ (der neue Arbeiter) einmal in zehn Tagen in 1300 Exemplaren, das „Swiatlo“ (Licht), eine populär-wissenschaftliche Revue, monatlich, und der „Arbeiter“ (jüdisch) vierzehntägig in 500 Exemplaren, in Berlin die „Gazeta Robotnicza“ (Arbeiterzeitung) wöchentlich in 1300 Exemplaren, und in London der „Przedswit“ (Morgenröte) monatlich in 1000 Exemplaren.

2. Oesterreichisch-Polen (Galizien). Die socialistischen Ideen wurden nach diesem Teile Polens von den Agitatoren aus Russisch-Polen gebracht. Vom Jahre 1878 bis zum Jahre 1890 nehmen sie die Hauptrolle in der dortigen Bewegung ein. Unter den Hervorragendsten nennen wir Warynski, Limanowski, Mendelsohn, Truszkowski, Kassyusz etc. Sie standen auf dem Boden des obenerwähnten „Brüsseler Programms“ und der Genfer Zeitung „Równosc“ (Gleichheit). Das erste Ereignis, welches weitere Schichten der Bevölkerung mit der neuen Lehre bekannt machte, war der grosse Krakauer Prozess vom Jahre 1879. Es waren 35 Personen angeklagt, von denen 24 österreichische und 11 russische Unterthanen waren; dem Berufe nach gehörte die Mehrzahl der studierenden Jugend an. Die gerichtliche Verhandlung dauerte einen Monat mit einer zweiwöchentlichen Unterbrechung wegen der Feiertage und — endete mit einem freisprechenden Verdikt. Das Verdikt selbst, sowie auch die lange Dauer der Gerichtsverhandlung, die Reden der Angeklagten, besonders L. Warynskis, welche „aus dem Gerichtssaal eine socialistische Akademie machten“, — das alles konnte nicht ohne tiefen Einfluss auf

die öffentliche Meinung bleiben. Von 1879 an verging kein Jahr ohne Prozesse, und der Socialismus, der hier, ebenso wie in Russisch-Polen, die ersten Anhänger unter der studierenden Jugend fand, gewann bald mehr Einfluss in den Arbeiterkreisen. Vom Jahre 1878 an erschien in Lemberg zweiwöchentlich eine socialistische Zeitung: „Praca“ (Arbeit), und bald finden wir dort auch öffentliche, von den Socialisten einberufene Versammlungen. Die erste, welche schon am 28. Dezember 1879 stattfand, war von mehr als 500 Arbeitern besucht und nahm nach der Rede des Einberufers, des Redacteurs der „Praca“, J. Daniluk, und der darauf folgenden Diskussion eine Resolution zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechtes und der Abänderung der Gewerbeordnung an. In dem Zeitraum von 1878 bis 1890 erstarkte die socialistische Bewegung in Galizien, blieb aber dem öffentlichen Leben ziemlich fern; die Agitation in den Versammlungen war trotz ihrer manchmal nicht geringen Bedeutung ohne System und Zusammenhang. Die Zeitschrift „Praca“ führte ein kümmerliches Dasein. Die Ursache davon war der gänzliche Mangel einer den lokalen Verhältnissen angepassten politischen Organisation. Die Einwanderer aus Russisch-Polen brachten die dortigen verschwörerischen, geheimen Organisationsformen mit und hielten daran nicht nur aus Gewohnheit, sondern auch weil ihnen als „Ausländern“ keine Bethätigung am öffentlichen politischen Leben ohne sichere Gefahr, zum wenigsten sofortiger Ausweisung, möglich war, fest. Wenn schon der Zeitraum daher an unmittelbaren Erfolgen arm war, so hat er doch den Boden für spätere Agitation geschaffen, indem er die grossen Massen des Proletariats wenigstens in Krakau und Lemberg mit den allgemeinsten Zielen des Socialismus bekannt machte und eine Reihe einzelner Individuen zu vollständig bewussten Socialisten heranbildete.

Die neue Aera in der galizischen Bewegung bricht mit der Feier des 1. Mai im Jahre 1890 an. Diese erste Feier wurde noch auf Anregung und mit Hülfe eines Emissärs aus Russisch-Polen, Stanislaus Kassyusz, vorbereitet, aber die ganze nachfolgende Agitation ausschliesslich von den lokalen Kräften geführt, von denen wir Daszynski, Diamand, Englisch, Fraenkel, Haecker, Hudec, Kozakiewicz, Mankowski, Nacher, Reger, Zelaszkiewicz etc. erwähnen.

Schon die erste Feier erweckte einen ungeheuern Enthusiasmus. Die Bedeutung des 1. Mai ist in Galizien vielleicht noch grösser als in den anderen Provinzen des Reiches; jedenfalls führte die Maifeier die socialistischen Arbeiter auf eine weitere Arena. Im Jahre 1890 nahmen an der öffentlichen Maifeierversammlung zu Lemberg 4000 Personen teil; auch in Biala wurde gefeiert; das waren aber auch die einzigen Orte, in welchen eine Demonstration stattfand. Die Feier im folgenden Jahre (1891) war um so wichtiger, da vor derselben eine starke Gegenagitation in Gang gebracht und Einschüchterungen der Arbeiter seitens der Kapitalisten und der Behörden versucht wurden. Zugleich geriet die Feier mit dem hundertjährigen Jahrestage der polnischen Verfassung (vom 3. Mai 1791) in Konflikt. Die Patrioten thaten ihr Möglichstes, um das Fest der Arbeit auf den 3. Mai zu verlegen, d. h. der Feier jeden Klassencharakter und folg-

lich jede Bedeutung zu nehmen. Ihre Bemühungen blieben aber ohne Erfolg und steigerten nur die Erbitterung zwischen dem Proletariat und den kleinbürgerlichen Patrioten. Im Jahre 1892 wurde der 1. Mai bereits in allen nennenswerten Städten Galiziens gefeiert und war die Feier besonders in Krakau eine gelungene, wo 5000 Personen an der öffentlichen Versammlung teilnahmen. Im Jahre 1893 feierten in Krakau 7000, in Lemberg 6000 Personen. An demselben Tage wurde von der galizischen socialdemokratischen Partei ein Referendum über die Wahlreform veranstaltet, welches 10000 bejahende Zettel in Lemberg und 6000 in Krakau ergab. Im Jahre 1894 versammelte die Feier doppelt so grosse Massen im ganzen Lande und verlief bei weitem imposanter, als in den früheren Jahren. Wenn man die verhältnismässig kleine Stadtbevölkerung Galiziens in Betracht zieht, muss man die grosse Bedeutung der obigen Ziffern anerkennen. Die Feier des ersten Mai hat in Galizien nicht nur den Charakter einer Demonstration für den achtstündigen Arbeitstag, sondern bereits für die Gesamtheit der Arbeiterforderungen, insbesondere aber — die Wahlreform.

Die Agitation für die Maifeier flösste der Zeitschrift „Praca“ neues Leben ein. Da aber die Gründung eines zweiten Organes dringend geboten war, wurde am 1. März 1890 eine neue zweiwöchentliche Zeitschrift, „Robotnik“ (Arbeiter), gegründet. Das Ende desselben Jahres ist noch durch die Bildung des ersten Keimes der jetzigen Parteiorganisation ausgezeichnet. Dank der Initiative eines kleinen Zirkels von Agitatoren wurden Redaktionskomitees für die Zeitungen „Robotnik“ und „Praca“ gewählt. Diese Komitees traten zur Beratung aller wichtigen Tagesfragen zusammen und bildeten den Grundstein der Organisation. Als Richtschnur ward das österreichische Hainfelder Programm angenommen. Die erste Kundgebung der neuen Organisation war eine am 14. Dezember 1890 einberufene Volksversammlung, in welcher das allgemeine Stimmrecht auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Die ganze bürgerliche Presse, mit Ausnahme einer radikalen Zeitung, erhob über den glänzenden Verlauf der Versammlung einen einstimmigen Angstschrei.

Am 15. Februar 1891 wurde in Lemberg der erste socialistische Verein gegründet. Im August desselben Jahres erschien zum erstenmale ein Delegierter Galiziens — Daszynski — auf dem internationalen Kongress (zu Brüssel), wo er in die Gesamtdelegation aus Polen eintrat.

Die Organisation der galizischen Socialdemokratie war jetzt in vollem Gange. Das lokale Parteileben konzentrierte sich in Bildungsvereinen, welche nach und nach unter demselben Namen „Sila“ (Kraft) in allen wichtigeren Städten entstanden; die Gesamtführung wurde den „Redaktionskomitees“ anvertraut. Am 31. Januar 1892 trat der erste galizische Parteikongress in Lemberg zusammen, an welchem 48 Delegierte aus allen bedeutenderen Städten teilnahmen. Die Tagesordnung umfasste: Organisation, Presse, Taktik und Arbeiterschutzgesetzgebung. Im Laufe desselben Jahres, welches mit der Gründung der dritten Zeitung (in Krakau) begann, wurde ferner das Verhältnis der Presse zur Parteiorganisation geregelt und ein Netz von Vereinen in der ganzen Provinz gegründet.

Ende desselben wurde auch in Galizien die neue, auf dem Wiener Kongress (Pfingsten 1892) beschlossene Organisationsform eingeführt, welche sich auf Vertrauensmänner stützt und den gesetzlichen Verhältnissen Oesterreichs am besten angepasst ist.

Zu Anfang des Jahres 1893 hatte die junge Partei die Verfolgungen der Regierung, stärker wie je zuvor, zu überstehen. Alle Vereine wurden aufgelöst, die beiden Lemberger Parteiorgane verboten, das Krakauer Organ mit regelmässiger Konfiskation jeder Nummer geplagt u. s. w. Aber an Stelle der verbotenen Zeitungen wurde eine neue gegründet, die Auflösung der Vereine in der Berufungsinstanz aufgehoben und auch die kleineren Schikanen mit Erfolg pariert oder überwunden. Die Mitglieder der Partei wussten auch den Regen von polizeilichen und Gerichtsstrafen zu ertragen. Die zweite Hälfte des Jahres war durch die ungeheure Erstarkung der Agitation für die Wahlreform und eine verhältnismässig grosse Zahl von Streiken in verschiedenen Orten und Industriezweigen ausgezeichnet. Der Kampf um die Wahlreform sicherte der Socialdemokratie eine ausserordentlich wichtige Rolle im politischen Leben des Landes, weil die Bewegung fast ausschliesslich in ihren Händen blieb. Die kleinbürgerlichen Demokraten nahmen keine klare und energische Stellung in dieser Frage ein, während die Socialisten jede Gelegenheit benutzten, um ihre Zweizüngigkeit und Schwäche zu brandmarken.

Im folgenden Jahre (1894) dauerte diese Agitation mit stets zunehmender Kraft fort. Die Feindschaft mit den Demokraten kam wieder bei der Kosciuszkofeier zum Ausdruck. Die Socialisten benutzten diese Gelegenheit, um ihre klassenbewusste Stellung zur Geltung zu bringen, und indem sie aus Anlass des hundertjährigen Jahrestages des ersten polnischen Aufstandes Protest gegen das Joch der Invasion erhoben, geisselten sie den Egoismus der besitzenden Klassen und nahmen Resolutionen an, welche unter Berufung auf die freiheitlichen Pläne Kosciuszkos die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes forderten. Diese Feindschaft fand gleichfalls Ausdruck in einer Resolution des dritten Parteikongresses, welcher vom 12.—15. August 1894 in Lemberg tagte. Der Parteitag beschäftigte sich ausserdem mit der Bauernfrage und u. a. wieder mit der Wahlreform. Die Agitation zu Gunsten der letzteren bildet bis jetzt das Hauptmoment des Parteilebens und hat ein weiteres Zunehmen der Bedeutung der Partei und ihres Einflusses auf das politische Leben des Landes zur Folge. Als Zeichen des Wachsens der Kräfte kann wohl auch die Umwandlung der Parteiblätter, welche bisher zweiwöchentlich erschienen, in Wochenblätter gelten.

Hand in Hand mit der politischen Bewegung und unter derselben Leitung ging der ökonomische Kampf. Der bedeutendste Sieg, welchen die Arbeiter auf diesem Gebiete bis jetzt verzeichnen können, ist der Streik von 4000 Bauarbeitern (der Gesamtheit) in Lemberg (September 1893), welcher den zehnstündigen Arbeitstag und eine Lohnerhöhung zur Folge hatte. Die gewerkschaftliche Organisation umfasst: die Metallarbeiter, Textilarbeiter, Holzarbeiter, Buchdrucker, Giesser, Lithographen, Bäcker, Tischler, Maurer, Steinmetzen, Zimmerleute, Blechschmiede, Maler, Schuh-

macher, Bauarbeiter, Handelsgehülfen, Lackierer, Färber, Bergarbeiter, Schneider, Schmiede, Eisenbahnarbeiter, Gerber etc.

Die Socialisten haben auch die Massen des bis dahin von jedem freien Gedanken unberührten jüdischen Proletariats in die Parteireihen hineinzuziehen gewusst. Seit September 1893 erscheint ein Organ im jüdischen Jargon, „Der Arbeiter", zweiwöchentlich in Lemberg.

Die periodische Presse entwickelte sich überhaupt sehr gut in Galizien, weniger reich ist dagegen die Broschürenlitteratur. Die Ursache davon ist darin zu suchen, dass die Aufmerksamkeit der Partei in erster Linie Tagesfragen, wie z. B. der Wahlreform, zugewandt ist, und dass Broschüren, weil für alle drei Teile Polens meistens in gleicher Weise verwendbar, von der ausländischen Organisation (dem „Auswärtigen Verband polnischer Socialisten") hergestellt werden.

Die galizische Socialdemokratie steht mit ihren Forderungen an den österreichischen Staat vollständig auf dem Boden der Beschlüsse der allgemeinen österreichischen Parteitage. Dabei lässt sie aber nie die Interessen des ganzen polnischen Proletariats aus dem Auge und benutzt jede Gelegenheit, um das Gefühl der Einigkeit mit den Arbeitern der andern beiden Teile Polens scharf zu betonen. Auf den internationalen Kongressen treten die galizischen Delegierten zusammen mit denen aus Russisch- und Preussisch-Polen auf und machen kein Hehl daraus, dass ein einiges und unabhängiges Polen für die vollständige Machtentfaltung des Proletariats eine Lebensbedingung ist.

3. Preussisch-Polen. Von allen polnischen Provinzen ist Preussisch-Polen diejenige, in welcher der Socialismus am wenigsten verbreitet ist, während doch diese Bewegung in weite Schichten der galizischen Bevölkerung eingedrungen ist und die ökonomischen Verhältnisse von Preussisch- und Oesterreichisch-Polen nahezu dieselben sind. Die Ursachen für dies Zurückbleiben von Preussisch-Polen hinter Galizien sind die folgenden: 1. Galizien besitzt viel mehr Städte als Preussisch-Polen, wo es eigentlich nur eine grössere polnische Stadt, Posen, gibt; 2. in Galizien gibt es eine demokratische Partei, die, wenngleich sehr gemässigt, doch nicht mit derselben Wut und Rücksichtslosigkeit die proletarische Bewegung bekämpfen kann, wie die Posener Reaktionäre oder das oberschlesische Centrum; 3. die Richter sind in Galizien nicht im Entfernten so streng wie die deutschen Richter in Posen; in der letzten Zeit verzichtete die galizische Polizei oft auf eine Anklage, weil sie einer Niederlage sicher war, und begnügte sich mit der Verhängung eines fünf- bis siebentägigen Polizeiarrestes für Vergehen, die z. B. in Böhmen mit vier Jahren Gefängnis bestraft werden; 4. Posen hat wenig Verkehr mit Russisch-Polen, wo die Bewegung die stärkste ist und von wo aus sie fortwährend auf Galizien eingewirkt hat. Die beiden ersten Ursachen sind die wichtigsten; es ist z. B. fast unmöglich, in den polnischen Provinzen Preussens einen Saal für eine socialdemokratische Versammlung zu erhalten; ferner werden solche Mittel angewendet, wie die Verhängung des religiösen Fluches von der Kanzel (das geschah in Trzemeszno während der Wahlen von 1893, siehe „Gazeta Robotnicza" Nr. 25) u. s. w. Die ersten Anfänge einer socialistischen Agitation in Posen

beginnen 1881 mit Stanislaus Mendelsohn, Marie Jankowska, Hieronim Truszkowski und Konstantin Janiszewski. Die drei ersten waren russische Unterthanen und mussten deshalb ihre Arbeit im grössten Geheimnis thun, um nicht gleich verhaftet und, wie es unter Bismarcks Regime üblich war, an Russland ausgeliefert zu werden. Von ihnen wurden in Posen und in einigen kleinen Städtchen geheime Arbeiterzirkel gebildet, die die Propaganda weiterführen sollten. Doch sehr bald lieferte eine Denunziation des „Volksblattes" „Orendownik", mit genauer Angabe der Namen, die Agitatoren in die Hände der Regierung; sie wurden verhaftet und vor Gericht gestellt. Die Männer wurden zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt (zwei bis drei Jahre), Frau J. nur zu drei Monaten, wobei ihr die Untersuchungshaft mitangerechnet wurde, so dass sie sogleich frei kam. Nach Ablauf der Strafe sollte Mendelsohn an Russland ausgeliefert werden, wusste aber an der russischen Grenze zu entkommen. Truszkowski wurde 1885 in die Hände der russischen Gendarmen geliefert und auf administrativem Wege nach Sibirien verschickt.

In dem Zeitraum von 1881 bis 1890 wurde die ganze Agitation von Emissären betrieben, die alle aus Russisch-Polen stammten. Dabei wurde der „Przedswit" kolportiert und Flugblätter verbreitet, die sämtlich in Genf von der Redaktion des „Przedswit" verfasst waren. Grosses Aufsehen machte ein Flugblatt, betitelt „An das polnische arbeitende Volk", in welchem gegen die schmachvolle Ausweisung von 40000 Polen (1885) Protest erhoben wurde. Seitdem beginnt der Socialismus etwas Grund zu erobern, da viele Leute, hauptsächlich Arbeiter und kleine Handwerker, mit der gemässigten Haltung des Polenklubs unzufrieden waren. Die meisten Emissäre wurden aber verhaftet, schwer bestraft und an Russland ausgeliefert. Dieses Schicksal traf Padlewski 1883, Slawinski 1887 und Anielewski 1890.

Erst 1890, nach dem Falle des Ausnahmegesetzes, wurde in Berlin eine polnische Zeitschrift, die „Gazeta Robotnicza" (Arbeiterzeitung) gegründet. Da man aber bis 1893 keinen Redacteur finden konnte, der deutscher Bürger war, so musste man dazu Ausländer aus Warschau oder Galizien kommen lassen, die sämtlich nach kurzer Zeit ausgewiesen wurden (die Auslieferungen hörten aber 1890 auf). Die Zeitung hat jetzt 1260 Abonnenten und wird von einem Tischler, Franz Morawski, sehr gut und populär redigiert.

Bei den Wahlen wurden seit 1881 Kandidaten in Posen aufgestellt; dieselben erhielten eine kleine, aber stetig wachsende Stimmenzahl. So erhielt der Kandidat in Posen 1887 226 Stimmen, 1890 514 und 1893 1102; in Bromberg hat ein deutscher socialdemokratischer Kandidat 1890 2092 Stimmen erhalten, der Pole Janiszewski dagegen 1893 2475. Im ganzen wurden 1893 auf polnische socialistische Kandidaturen 6295 Stimmen abgegeben, zu welchen man noch einige tausend rechnen kann, die deutsche Kandidaten erhalten haben.

Weihnachten 1893 haben sich die polnischen Socialisten in Preussen formell organisiert und treten jetzt als „Polnische socialistische Partei" auf. Ihr Vorstand befindet sich in Berlin.

Während des Sommers 1894 entstand in Oberschlesien eine ziemlich starke Arbeiterbewegung. Ein Bergarbeiterverein, der dort gegründet wurde, brachte es bald auf 4000 Mitglieder, aber ein unglücklicher Zusammenstoss mit der Polizei in Antonienhütte, in welchem eine Frau getötet wurde, und die später erfolgte Auflösung des Vereins hat die Bewegung wieder gehemmt. Jetzt hat sich der Verein reorganisiert, und die „Gazeta Robotnicza“ zählt in Oberschlesien 600 Abonnenten.

Der zweite Kongress der Polnischen socialistischen Partei tagte zu Breslau Weihnachten 1894. Es wurden hauptsächlich administrative Angelegenheiten geregelt.

Auf den internationalen Kongressen von Brüssel und Zürich waren die polnischen Socialisten aus Preussen vertreten. In Zürich war ihr Delegierter Stanislaus Grabski, ein junger Student aus Warschau, der früher aus Preussen ausgewiesen war.

Presse. In der Geschichte der socialistischen Bewegung in Deutschland, wo man von vorneherein sich zu dem Grundsatz der öffentlichen Agitation bekannte, hat die Parteipresse als Bindeglied zwischen den Anhängern und als Agitationsmittel immer eine sehr bedeutende Rolle gespielt. Die erste socialdemokratische Zeitung Deutschlands ist der von v. Schweitzer und Hofstetter gegründete „Socialdemokrat“, der am 1. Januar 1865 zum erstenmal erschien und bis zum 30. April 1871 von v. Schweitzer unter grossen Schwierigkeiten fortgeführt wurde. Seine Fortsetzung ist der „Neue Socialdemokrat“, der Eigentum der Partei und von Hasselmann redigiert wurde. Mit der Bedeutung der Partei unter Hasselmanns Präsidentschaft hob sich das Centralorgan schnell: im November 1873 zählte man 13028 Abonnenten.

Der von der Gräfin Hatzfeld ins Leben gerufene Verein hatte ein besonderes Organ: „Die freie Zeitung“, die mit dem Verein jegliche Bedeutung verlor und im Juni 1872 aus Mangel an Lesern einging.

Die Anhänger der Internationalen Arbeiter-Association scharten sich um das von Liebknecht seit Anfang des Jahres 1868 herausgegebene „Demokratische Wochenblatt“. Als sie sich in Eisenach 1869 zur „Socialdemokratischen Arbeiterpartei“ zusammengeschlossen hatten, wurde der aus dem „Demokratischen Wochenblatt“ hervorgegangene „Volksstaat“ ihr Centralorgan.

Näheres über die Geschichte dieser Centralorgane, welche eng verwachsen ist mit der Geschichte der Fraktionen, findet man in den Artikeln „Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein“ (S. 29—31) und „Eisenacher“ (S. 166—171).

Ein Jahr nach der Verschmelzung der beiden Fraktionen, auf dem Gothaer Kongress 1876, wurde der „Volksstaat“ unter dem Titel „Vorwärts“ zum alleinigen Centralorgan gemacht mit Liebknecht und Hasenclever als Redacteuren.

Neben diesen Centralorganen bestanden gewerkschaftliche Fachblätter, welche auch socialistische Propaganda trieben, Unterhaltungsblätter und eine schnell wachsende Zahl von Lokalblättern.

Zuerst ist hier der „Agitator" zu nennen, eine Zeitung für Unterhaltung und Propaganda, welche von v. Schweitzer gegründet wurde, als er erkannte, dass er den „Socialdemokrat" nicht halten könne. Trotz seiner Billigkeit hielt sich das Blättchen nur vom 1. April bis 1. Juni 1871.

Das erste Lokalblatt war der wöchentlich erscheinende „Proletarier", der seinen Leserkreis in München, Augsburg und einigen Nachbarorten fand. Er erlag den Folgen des deutsch-französischen Krieges.

Von dauerndem Erfolg war der in Krimmitschau Mitte 1870 gegründete „Bürger- und Bauernfreund", dem bald andere Blätter folgten: die „Chemnitzer Freie Presse", der „Braunschweiger Volksfreund", der „Dresdner Volksbote" u. a. m.

In der Regel wurden diese Blätter mit unzulänglichem Betriebskapital ins Leben gerufen und erwiesen sich oft als schwere Bürde für die am Orte ansässigen Parteigenossen, welche Verpflichtungen übernommen hatten, ohne ihre Bedeutung zu übersehen. Oft fehlte es an den notwendigen redaktionellen und kaufmännischen Kräften, in einigen Fällen führte Eifersucht unter den zur Leitung berufenen Parteimitgliedern zu Schwierigkeiten. Manche Gründung erfolgte ferner an Orten, wo die Bedingungen für die Existenz eines Arbeiterblattes nicht vorhanden waren.

Trotz aller Schwierigkeiten gewann die Parteipresse, insbesondere nach dem Einigungskongress, an Boden.

Als das Socialistengesetz erlassen wurde, bestanden in Deutschland 42 politische Parteiblätter und 14 Gewerkschaftsorgane, die im Geiste des Socialismus gehalten waren. Von den 42 politischen Zeitungen erschienen 13 wöchentlich 6 mal, 13 wöchentlich 3 mal, 3 wöchentlich 2 mal und 13 wöchentlich 1 mal. An diesen Blättern waren 44 Redacteure angestellt, von denen 12 Litteraten mit akademischer Bildung, 11 Schriftsetzer, 3 Schlosser, 2 Schneider waren. Ausserdem fand man unter ihnen 1 Maurer, 1 Lohgerber, 1 Zimmermann, 1 Bötticher, 1 Schuhmacher, 1 Goldarbeiter, 1 Riemendreher, 1 Mechaniker, 1 Cigarrenarbeiter u. s. w. Die politischen Blätter hatten weit über 100000 Abonnenten; dazu kam noch die „Neue Welt", eine socialistisch gehaltene, belletristische Zeitschrift mit circa 40000 Abonnenten. Nach Erlass des Socialistengesetzes im Oktober 1878 gingen alle diese Blätter ein oder wurden unterdrückt. Ein Jahr später wurde als Centralorgan der Partei in Zürich der wöchentlich erscheinende „Socialdemokrat", internationales Organ der Socialdemokraten deutscher Zunge, herausgegeben, der trotz der scharfen Ueberwachung der Behörden eine grosse Verbreitung in Deutschland fand. Das Blatt wurde einzeln als verschlossener Brief an die Abonnenten oder in grösseren Partieen an „unverdächtige Empfangsadressen", mit denen man häufig wechselte, um keinen Argwohn zu erregen, versandt. In vielen Fällen gelangte es auf dem Umweg über Frankreich, Belgien, England u. s. w., auch als Beilage von Warensendungen an kaufmännische Firmen, über die deutsche Grenze. Mit welcher Umsicht man die Gründung des Blattes vorbereitet hatte, zeigt deutlich folgender

Avis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Socialdemokrat".

„Da unser Blatt voraussichtlich in Deutschland und Oesterreich sofort verfolgt werden wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben werden, unsere Verbindung nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äusserste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Vorsichtsmassregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen und letztere dadurch zu schützen. Haupterfordernis ist hierzu einerseits, dass unsere Freunde so selten als möglich an den „Socialdemokrat" resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse ausserhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, dass auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs grösserer Sicherheit Rekommandierung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiss weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Socialdemokrat" unsern Abonnenten möglichst regelmässig zu liefern."

Auf dem Wydener Kongress wurde der „Socialdemokrat" zum einzigen officiellen Organ der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands erklärt. Die Sprache des Blattes war überaus heftig; es war in der That „ein getreuer Spiegel der Anschauungen und Stimmungen, die unter der Herrschaft des Ausn hmegesetzes innerhalb der Partei zu Tage treten". Mitte der achtziger Jahre ging den Redacteuren von den Züricher Behörden deshalb eine Warnung zu. Als derselben keine Folge geleistet wurde, wies man die Leiter des Blattes aus. Die Redaktion desselben wurde dann nach London verlegt. Mit Ablauf des Socialistengesetzes stellte es, dem einstimmig gegebenen Rate der Reichstagsfraktion entsprechend, sein Erscheinen ein. In der Erklärung, in welcher diese Absicht ausgesprochen wurde, heisst es: „Die Mission des „Socialdemokrat" ist erfüllt. Gegründet zu einer Zeit, wo die Partei in Deutschland ihrer Organe beraubt war, wo die wenigen von Socialisten herausgegebenen Blätter, die nicht dem Beil des Socialistengesetzes verfallen waren, mit keinem Wort für die Partei und die Parteigrundsätze eintreten durften, war der „Socialdemokrat" dazu bestimmt, diese Lücke auszufüllen, die Schläge, die das Socialistengesetz der Partei zufügte, zu parieren. Es war in erster Reihe das Kampforgan der Partei gegen das Ausnahmegesetz."

Vor Erlass des Socialistengesetzes war in Berlin die „Zukunft" von Karl Höchberg als wissenschaftliche Revue des Socialismus herausgegeben. Bezeichnend ist, dass Höchberg seine Redaktion der Kontrolle der Partei unterstellte, d. h. ihren Vorstand und ihre Kongresse als entscheidende Instanzen für alle Streitfragen anerkannte. Obwohl die „Zukunft" ein Parteiorgan war, predigte sie doch nicht den Marxismus. Erst während der Herrschaft des Socialistengesetzes bekamen die Vertreter dieser Richtung die Zügel in ihre Hand.

Nach Unterdrückung der „Zukunft“ gab Höchberg das „Jahrbuch für Socialwissenschaften“ heraus, und zwar unter dem Pseudonym Ludwig Richter. Wegen Abonnentenmangels musste er die Zeitschrift nach zwei Jahren eingehen lassen. Unter dem Socialistengesetz gab Höchberg noch unter dem Pseudonym Dr. R. F. Seyffert in Leipzig die „Staatswissenschaftlichen Abhandlungen“ heraus, von denen etwa 20 Hefte erschienen.

1883 wurde die „Neue Zeit“ begründet, die von Karl Kautsky redigiert wird. Sie war von Anfang an Organ des Marxistischen Socialismus. Bis 1890 erschien sie als Monatsschrift, seitdem als Wochenschrift. Von den ständigen Mitarbeitern nennen wir: A. Bebel, E. Bernstein, Fr. Engels, P. Lafargue, W. Liebknecht, Franz Mehring, M. Schippel, F. A. Sorge. Die „Neue Zeit“ hat in den letzten Jahren eine bedeutende Cirkulation erlangt.

Im Jahre 1890, als der Ablauf des Socialistengesetzes bevorstand, wurden in den verschiedenen grossen Städten socialistische Zeitungen ins Leben gerufen. Im Oktober wurde in Halle berichtet, dass 60 politische Blätter mit 254 100 Abonnenten beständen. Davon erschienen 19 wöchentlich 6 mal, 25 wöchentlich 3 mal, 6 wöchentlich 2 mal, 10 wöchentlich 1 mal. Hierzu kamen noch: 41 Gewerkschaftsblätter mit 201 000 Abonnenten, die „Neue Zeit“ mit 2500 Abonnenten, der „Gesellschafter“ mit 19 000 und zwei Witzblätter mit über 107 000 Abonnenten, so dass im ganzen 104 Organe mit circa 600 000 Abonnenten vorhanden waren.

Der Kongress zu Halle bestimmte das „Berliner Volksblatt“ zum officiellen Parteiorgan. Vom 1. Januar 1891 ab sollte es den Titel führen: „Vorwärts.“ Berliner Volksblatt. Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands. Man nahm ferner folgende Resolutionen an:

„Der Parteitag beschliesst:

In Erwägung: dass die Presse das beste und wirksamste Agitations- und Kampfesmittel ist;

in weiterer Erwägung: dass unsere Parteipresse dieser ihrer Aufgabe nur entsprechen kann, wenn ihre Existenz genügend gesichert ist und jeder massgebende nicht-parteigenössische Einfluss von ihr ferne gehalten wird,

spricht der Parteitag die Erwartung aus:

dass die Genossen überall, neben der Agitation für die Verbreitung des Centralorgans und der nichtperiodischen Parteilitteratur, sich vor allem die Unterstützung und Verbreitung unserer bereits existierenden Lokalpresse angelegen sein lassen,

dass sie ferner überall strenge darauf achten, dass unsere Presse nicht Gegenstand von Privatspekulationen werde, die mit dem Parteizweck nichts gemein haben,

dass die erste und oberste Aufgabe unserer Presse: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewusstsein zu erziehen, nicht unter Rücksichten auf irgendwelche Privatinteressen leide.

Insbesondere empfiehlt der Parteitag den Genossen:

bei Gründung von neuen Parteiblättern möglichst Vorsicht walten zu lassen und solche Unternehmungen unter keinen Umständen zu gründen, bevor sie nicht genau erwogen und sich überzeugt haben, dass die Mög-

lichkeit für die Existenz des Unternehmens aus eigenen Mitteln gegeben, und dass vor allem auch die notwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte zur Leitung eines Blattes vorhanden sind.

Der Parteitag spricht sich entschieden gegen die Aufnahme von Lotterie-Annoncen, Geheimmittel-Empfehlungen und ähnlichen, den guten Charakter der Parteipresse verletzenden Anzeigen aus.“

Zwei Organe wurden in der Folge aus der Parteikasse unterstützt: „Gazeta robotnicza“ für die polnischen Landesteile und „Elsass-Lothringische Volkszeitung“ für die Reichslande.

Auf dem Erfurter Kongress 1891 wurde berichtet, dass 69 politische Blätter, wovon 27 wöchentlich 6 mal, 26 wöchentlich 3 mal, 6 wöchentlich 2 mal, 16 wöchentlich 1 mal und 55 in längeren Zwischenräumen erscheinende Gewerkschaftsblätter beständen. Dazu kamen die Wochenblätter „Neue Zeit“ und „Der Gesellschafter“ und die alle 14 Tage erscheinenden Witzblätter „Der wahre Jakob“ und „Der süddeutsche Postillon“. Eine starke Vermehrung der Presse hatte also nicht stattgefunden. Die bestehende Presse hatte in einigen Orten mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, so dass die Hülfe der Parteikasse nötig war, um dieselben zu beseitigen. In den meisten Fällen wurden derartige Gesuche aber abgewiesen.

Ueber den Stand der Presse in den letzten Jahren gibt die folgende Zusammenstellung Auskunft, welche dem Frankfurter Parteitag, Oktober 1894, vorgelegt wurde:

Es erschienen im Jahre	1891	1892	1893	1894
wöchentlich 6 mal	27	32	32	37
„ 3 „	23	20	25	20
„ 2 „	7	6	7	9
„ 1 „	10	12	11	8
alle 14 Tage 1 „	1	—	—	—
Gesamtzahl der politischen Zeitungen	68	70	75	74

Der „Vorwärts“ hatte im Oktober 1894 die stattliche Zahl von 45 000 Abonnenten und konnte als Jahresüberschuss die Summe von 47 504 50 Mark an die Parteikasse abführen. Dazu war am 1. Februar 1894 ein zweites Centralorgan, der wöchentlich erscheinende „Socialdemokrat“, getreten, der im Oktober circa 5700 Abonnenten in Deutschland und 523 ausserhalb desselben hatte.

Portugal. Gegen Ende des Jahres 1871 breitete sich die Internationale Arbeiterassociation auch in Portugal aus. Verschiedene Zeitungen wurden ins Leben gerufen und die Zahl der Anhänger wuchs schnell. Offiziell bildeten dieselben allerdings keine Sektionen der Internationalen Arbeiterassociation, sie ordneten sich aber in allen principiellen Fragen dem Generalrat in London unter. Im Februar 1873 wird die Zahl der Mitglieder bereits auf 15 000 angegeben. Wie in Spanien, betrachteten die Socialisten in Portugal die Auflösung des Staates in autonome Gemeinden, welche eine föderalistische Republik bilden, als ihr Ziel. Wenn sie in diesem Punkte mit Bakunin übereinstimmten, so verwarfen sie doch seine Lehren über die Pflichten des Revolutionärs durchaus. Die

Portugiesen sind weniger als die Spanier zu Gewaltthätigkeiten geneigt, sie befinden sich in besseren wirtschaftlichen Verhältnissen und geniessen eine verhältnismässig grosse politische Freiheit. Da die grosse Industrie in Portugal nur wenig entwickelt ist, so fehlen diejenigen Elemente, welche die socialistischen Lehren am leichtesten annehmen. Auf einem 1882 in Lissabon abgehaltenen Kongress erschienen nur 12 Delegierte, welche 8 Verbände vertraten. Wegen ihrer numerischen Schwäche verzichteten die Socialisten darauf, eine selbständige Rolle in der Politik zu spielen. Sie unterstützten vielmehr die Bestrebungen der bürgerlichen Republikaner, indem sie von einer demokratischen Bundesrepublik, die sich nach schweizerischem Muster aus selbständigen Staaten zusammensetzt, auch eine Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Forderungen erwarteten. Die Lage der Arbeiter haben sie durch Unterstützung aller genossenschaftlichen Bestrebungen zu heben gesucht. Gegen Ende der achtziger Jahre machten sich auch Anarchisten bemerkbar, sie gründeten in Oporto eine Zeitung: „A Revoluzao Social“. Auf dem Pariser Kongress 1889 erschien ein Delegierter Portugals, in Brüssel 1891 war es nicht vertreten. Dass die Socialisten aber auch in Portugal eine gewisse Macht besitzen, mit der gerechnet werden muss, beweist die lebhafte Teilnahme an der Maifeier in den grösseren Städten Lissabon und Oporto. Zur Ausbreitung socialistischer Ideen haben auch die in den letzten Jahren verhältnismässig oft ausbrechenden Ausstände beigetragen.

de Potter, Agathon Louis, geboren 11. November 1827 zu Brüssel. Anhänger der Lehre Colins und seines Vaters Louis de Potter, hat er seine Kraft der Verteidigung dieses sogenannten rationellen Socialismus gewidmet und gründete zu diesem Zweck die Revue „La Philosophie de l'avenir“ 1875. Sein Standpunkt lässt sich am besten mit den Worten seiner „Economie sociale“ I, 181 charakterisieren: Die Harmonie der Ordnung und des Eigentums verlangt also die Einrichtung des von mir sogenannten relativen Kommunismus, d. h. das Privateigentum, ein Minimum und nur Mobilien umfassend, und das Kollektiveigentum, ein Maximum, den gesamten Grund und Boden und einen grossen Teil der Kapitalien umfassend.

Op. Economie sociale, Brüssel 1874; M. Poulin et le socialisme rationnel, Brüssel 1875; La peste démocratique, Brüssel 1884; Artikel in der „Philosophie de l'avenir“.

de Potter, Louis Joseph Antoine, geboren zu Brügge am 26. April 1786, gestorben am 22. Juli 1859 ebenda. Er erhielt seine Erziehung auf dem Gymnasium seiner Vaterstadt, studierte dann Rechtswissenschaft und hielt sich von 1811 bis 1823 in Rom und Florenz auf. Nach seiner Rückkehr in die Niederlande trat er in die Redaktion des „Courier des Pays-Bas“ ein und gehörte zur heftigsten Opposition gegen die holländische Regierung. 1828 wurde er zu 18 Monaten Gefängnis und 1830 wegen einer Reihe revolutionärer Pamphlete, die er im Gefängnis schrieb, zu achtjähriger Verbannung verurteilt. Diese letzte Strafe verbüsste er in Paris und richtete von dort aus einen Brief an den holländischen König, in dem er ihm die Mittel angab, sein Königreich, so lange es noch Zeit

wäre, zu retten. Die belgische Septemberrevolution führte ihn nach Belgien zurück, wo er mit unbeschreiblichem Enthusiasmus empfangen wurde. Er wurde Chef der provisorischen Regierung. Da aber seine revolutionären Ideen die Deputierten erschreckten und er auch im Nationalkongress keinen Anhang fand, zog er sich in die Stille des Privatlebens zurück, wo er sich mit historischen und philosophischen Studien beschäftigte.

Schon im Jahre 1831 hatte er in Paris eine Broschüre herausgegeben: „De la Révolution à faire d'après l'expérience des Révolutions avortées." Hier führte er aus, dass politische Revolutionen allein nichts helfen können, eine sociale dagegen unbedingt notwendig sei. Der Zweck der ersteren ist nur die Freiheit, diese aber ist nicht Selbstzweck, sondern nur das Mittel, das sociale Wohlsein zu vermehren. Man lebt noch nicht glücklich, wenn man frei ist; dazu bedarf man der materiellen Bedingungen des Glücks. Ausführlicher hat er seinen politischen Ansichten Ausdruck in seinen „Souvenirs personnels", Brüssel 1839, gegeben. In gleicher Weise, wie die Industrie den Adel „abgesetzt" hat, wird auch die Arbeit die Spekulation „absetzen". Der König ist nichts weiter als der bestbezahlte Bourgeois mit der Aufgabe, die Bourgeoisie im Komptoir des socialen Geschäfts aufrecht zu halten. Sein Schicksal wird daher mit dem der Bourgeoisie besiegelt sein, wenn er nicht, dies begreifend, sich an die Spitze der armen und unterdrückten Klassen stellt und eine vollständige Reform ins Werk setzt, die, ohne die Rechte der oberen Klassen zu verletzen, durch eine grosse Organisation die Erziehung für alle fakultativ und zugänglich macht; wenn er nicht ein progressives Steuersystem einführt und die Arbeit in ihren Bemühungen, sich der Herrschaft des Kapitals zu entziehen, durch Gründung von Etablissements auf grosser Stufenleiter unterstützt, wo Bürger, die sich nicht durch ihre Arbeit unterhalten können, eine anständige Existenz finden, auf die ein jeder als Mensch ein Recht hat. Am besten würde es sein, wenn die Reform von den oberen Klassen, welche die ihnen drohende Gefahr erkennen, ausgehen würde; aber von unten muss der heilsame Schrecken kommen, der zwingen wird, die Axt der Reform an die Wurzel der Missbräuche zu legen, unter denen fast das ganze Menschengeschlecht seufzt. So lange dieser revolutionäre König nicht kommt, wird die Menschheit sich in Revolutionen ohne Erfolg verzehren; wenn er erscheint, wird Europa, die Menschheit, den Weg betreten, der zu wirklicher Freiheit und Glück führt. Die Aufgabe des Königs ist es, auf dem Wege der Menschheit zur Republik die Anarchie zu bändigen.

Wenden wir uns zu seinen socialen Ideen. Da die Arbeit nur eine Kraft ist, die als Effekt Bewegung erzeugt, so bedarf sie eines Stoffes, des Grund und Bodens, um auf diesen wirken zu können. Erleichtert wird die Arbeit durch das Kapital, d. h. das Produkt vergangener Arbeit. Die notwendige Bedingung für die Freiheit der Arbeit ist, dass sie freie Verfügung des Bodens hat, um sich auswirken zu können. Da aber heutzutage der Arbeiter von jeder Teilnahme am Boden ausgeschlossen ist, so sind die Besitzer desselben in der Lage, anstatt den Arbeitern das ihnen gebührende Produkt ihrer Arbeit zu geben, sie mit einem Lohn

zu bezahlen, der ihnen nur das Existenzminimum sichert. Die Regierung wird keinesfalls die Eigentümer, aus denen sie selbst besteht, den Proletariern opfern, da sie dadurch ihre Basis, das Privateigentum und das Kapital, zerstören würde. Die einzige Möglichkeit, die Arbeit zu befreien, ist die durch Expropriation der Bodenbesitzer. Der Grund und Boden würde dann ungeteilt der Gesamtheit gehören, die ihn dem Meistbietenden zwecks produktiver Benutzung überlässt. Die gesamte Bodenrente bildet den socialen Fonds, der zur Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft dient. Mit der Unterdrückung des Privateigentums wird Proletariat und Pauperismus aufhören.

Die sociale Ordnung, die durch den Despotismus gestützt wurde, ist unter der Kritik und der Diskussion gefallen; die sociale Unwissenheit hindert die Begründung der gesellschaftlichen Ordnung auf die Freiheit, ein Princip, dem allein die Kenntnis der Wahrheit genügen kann. Aber man wird die Wahrheit nicht eher anrufen, als bis man die vollendete Anarchie gehabt hat. Die Anarchie wird dann die Menschheit dadurch retten, dass sie sie zwingen wird, die Wahrheit anzunehmen. —

Louis de Potter wurde durch seine Studien allmählich auf denselben Standpunkt, wie Colins (s. d.), geführt, so dass sie zuletzt ihre Ideen in ein gemeinsames System verschmelzen konnten. Er war ein ausserordentlich fruchtbarer Schriftsteller. Wir führen hier nur seine noch nicht oben genannten socialen Schriften an:

Op. Lettres à Léopold, Paris 1839; Etudes sociales, vol. I. 1841, vol. II. 1843; La justice et la réaction religieuse, Brüssel 1846; La réalité démontrée par le raisonnement, Brüssel 1848; L'ABC de la science sociale, Brüssel 1848; Coup d'œil sur la question des ouvriers, Brüssel 1848; De la liberté et de toutes les libertés, Brüssel 1850; Catéchisme social, Brüssel 1848; Les conservateurs et les réformateurs également utopistes, Brüssel 1851; Catéchisme rationnel, Brüssel 1854; Dictionnaire rationnel, Brüssel 1859.

Pottier, Eugène, geboren 1816 zu Paris, gestorben 6. November 1887. Er war seinem Berufe nach Musterzeichner und gründete einen Gewerkverein der Musterzeichner. 1848 war er an den Barrikadenkämpfen beteiligt und 1871 Mitglied der Pariser Commune. Nach der Niederlage derselben floh er nach Amerika und kehrte nach der Amnestie wieder nach Frankreich zurück.

Er gilt für einen der hervorragendsten socialistischen Dichter der neueren Zeit. Wir nennen von seinen Werken: Quel est le fou? Paris 1884, und Chants révolutionnaires.

Produktivgenossenschaften. Die Arbeiterassociationen werden wir nur soweit behandeln, als sie das Princip der Association in bewusstem Gegensatz zu dem der freien Konkurrenz als Grundlage einer neuen socialen Ordnung aufstellen. Alle die Associationen also, deren Zweck es ist, den vereinigten Kleinhandwerkern und Bauern die Vorteile des Grosskapitals zu verschaffen, die Kosten des zwischen den Produzenten und Konsumenten tretenden Vermittlers zu ersparen, haben mit unserem Gegenstande nichts zu thun. Es scheiden somit ohne weiteres alle Rohstoff-, Kredit-, Vor-

schuss-, Magazin- und Konsumvereine aus, ebenso die Art der Produktionsgenossenschaft, bei der das Betriebskapital nicht allein von den thätigen Arbeitern der Association vorgeschossen ist und daher sowohl Zins- wie Gewinnanteil erhält. Alle diese Associationen machen keinen Versuch, die heutige Produktionsordnung anzugreifen. Wir wollen hier nur die Geschichte derjenigen Produktivassociationen schildern, in denen sich die Arbeiter zur Produktion und zum Verkauf derselben vereinigen und sowohl als Inhaber des Kapitals, Leiter des Produktionsprozesses, Verkäufer des Produktes, kurz als Unternehmer und Arbeiter in einer Person erscheinen. —

Deutschland. Unter dem Einfluss der französischen Revolution von 1848 und dem ihr folgenden Aufschwung des Genossenschaftswesens (s. Artikel Frankreich und Luxemburg) hatten sich auch in Berlin neun Schneiderassociationen gebildet, die aber nach kurzer Zeit wieder eingingen. Bereits im folgenden Jahre begannen dann die Bestrebungen Schulze-Delitzschs, die sich hauptsächlich dem Handwerkerstand zuwandten und deren Ziel war, diese durch die Association zu Unternehmern emporzuheben. Alle Schulzeschen Vereine haben also eine kapitalistische Tendenz und sind daher auch hauptsächlich Vorschuss- und Rohstoffvereine, während die von ihm als die Krone des Genossenschaftswesens bezeichneten Produktivassociationen nur gering an Zahl sind.

Bereits vor Schulze hatte V. A. Huber (s. d.) auf die englischen und französischen Associationen aufmerksam gemacht und von 1844 an in einer Unzahl von Schriften seine Ideen über den Wert und die Bedeutung der Association ausgesprochen.

Gegenüber den selbsthülflerischen Associationen Schulzes stellte nun Lassalle in diesem Punkte, unter dem Einflusse der französischen Socialisten der vierziger Jahre, die Forderung auf, Produktivassociationen im grössten Massstabe mit Hülfe des Staatskredits ins Leben zu rufen. Die Association Lassalles ist aber trotz der Kürze seiner Agitationslaufbahn nicht dieselbe geblieben; sie hat sich entwickelt und aus dieser Thatsache der Entwicklung allein lassen sich einzelne Widersprüche erklären. In dem Antwortschreiben an das Leipziger Centralkomité vom 1. März 1863 formuliert er seine Forderung in der folgenden Weise: „Noch einmal also die freie, individuelle Association der Arbeiter, aber die freie individuelle Association, ermöglicht durch die stützende und fördernde Hand des Staates — das ist der einzige Weg aus der Wüste, der dem Arbeiterstande gegeben ist.“ Nur dann aber, wenn die Arbeiter in den gesetzgebenden Körpern der unter das allgemeine und direkte Wahlrecht gestellten Staaten die Majorität haben, werden sie dieselben zu einer solchen Intervention vermögen können. Etwas weiter ist das Verhältnis zwischen den Associationen und dem Staate von Lassalle in dem Arbeiterlesebuch (17. Mai 1863) ausgeführt worden. „Zweitens aber,“ ruft er aus, „habe ich euch denn auf den heutigen Staat verwiesen? Ihr wisst sehr gut, ohne dass ich es sage, was ihr von dem heutigen Staate allein zu erwarten habt! Nicht auf den jetzigen Staat habe ich euch hingewiesen, sondern auf den Staat, der unter die Herrschaft des allgemeinen

und direkten Wahlrechts gestellt wird. Darum ist es so lächerlich, hier von Reaktion zu sprechen, denn es ist doch klar, dass unter dem allgemeinen und indirekten Wahlrecht der Staat jedenfalls ein ganz anderer sein würde, als der heutige. Wenn ich heute von hier hinweggehe, überstimmt bei der Abstimmung, ich würde eine sehr geringe, sehr schlechte Meinung von euch mitnehmen. Aber doch immer noch nicht eine so schlechte, dass ich, wenn die Vertreter eurer Klassen den gesetzgebenden Körper bilden, dann die Wirtschaft noch länger für möglich halten sollte, die jetzt seit 15 Jahren in Berlin und ganz Deutschland spielt. Der Widerspruch der Exekutive gegen die gesetzgebende Gewalt, die Widersetzlichkeit und reaktionäre Richtung der Administrativbeamten etc., das wäre, wenn durch das allgemeine und direkte Wahlrecht, wenn durch Eure (der Arbeiter) Vertreter das Parlament gebildet würde, niemals lange möglich. Was eure Association betrifft, so würde also einfach ein Gesetz die Kredite votieren, die von dem Staate ernsthaften Associationen, die sich bilden wollen, zu gewähren sind, solchen Associationen, welche gewisse Bedingungen erfüllen, die von den gesetzgebenden Körpern festgesetzt werden würden. Alle solche Associationen, die sich bilden und diesen Bedingungen entsprechen, hätten dann ein gesetzliches Recht auf jene votierten Staatskredite.“ Wir haben diese Stelle in extenso wiedergegeben, da sie unserer Ansicht nach in klarem Lichte zeigt, dass Lassalle die Gründung von Produktivassociationen nicht von dem heutigen Staat, dem „Polizeistaat“ (An die Arbeiter Berlins, 14. Oktober 1863), sondern von dem zukünftigen Staat, dem, um ein Marxsches Wort zu gebrauchen, der Diktatur des Proletariats unterworfenen Staat der Uebergangszeit in ein neues socialistisches Gemeinwesen erwartete. Lassalle täuschte sich in seinen Erwartungen vom allgemeinen Wahlrecht, aber der von ihm in der Frankfurter Rede empfohlene Weg: zunächst Association der industriellen Arbeiter, dann durch dies Beispiel bewirkt, die Association der ländlichen Arbeiter (richtiger Kleinbauern), ist auch jetzt noch der gültige. Am ausführlichsten hat sich dann Lassalle in seinem Bastiat-Schulze ausgesprochen.

Er will die ohnehin gemeinsame Arbeit der Gesellschaft auch mit gemeinsamen Vorschüssen derselben bestreiten und den Ertrag der Produktion an alle, die zu ihr beigetragen haben, nach Massgabe dieser ihrer Leistung verteilen. Das Uebergangsmittel dazu sind die Produktivassociationen. Es würde aber natürlich dem Staat nicht in den Sinn kommen, innerhalb der Arbeiterwelt dieselben Erscheinungen einzuführen, welche die Bourgeoisie charakterisieren, und auch die in kleinen Gesellschaften gruppierten Arbeiter in konkurrierende Bourgeois zu verwandeln. Dadurch, dass der Staat nur je eine Association eines Gewerkes in einer Stadt durch seinen Kredit unterstützt, würde er die Konkurrenz der Associationen gleichen Gewerkes in derselben Stadt verhindern. Die zwischen denen des Landes stattfindende Konkurrenz soll durch einen Kredit- und Assekuranzverband sämtlicher Associationen oder zunächst der Associationen eines Gewerkzweiges vermieden werden. Durch gegenseitige Mitteilung und Einsicht der Bilanzen und Geschäftsbücher innerhalb der Associationen desselben Gewerkes im Lande ist das leichte Mittel gegeben,

solche Produktionszweige, die aus besonderen Ursachen in einer bestimmten Stadt nicht blühen können, in dafür vorteilhafter gelegenere Orte zu versetzen. Alle diese Organisationen würden sehr bald den natürlichen Trieb zu einer einheitlichen Organisation unter einander empfinden. Dies Bedürfnis nach Solidarisierung aller Produktion hat sich ja auch 1848 unter den Arbeitern in Paris gezeigt. Centralkommissionen, die die Geschäftsbücher aller Associationen einsehen würden, könnten daraus eine wissenschaftliche Statistik des Produktionsbedarfes gewinnen und so der Ueberproduktion vorbeugen. Damit sind aber die Produktivassociationen etwas ganz Anderes geworden, als was sie sich im Antwortschreiben darstellen. An die Stelle der freien, individuellen Association ist der Kredit- und Assekuranzverband der Associationen, d. h., wie Bernstein richtig hervorhebt, die nationale Organisation und nationale Monopolisierung der Industrie getreten. Mit der Beschränkung der Kreditunterstützung auf eine bestimmte Association, mit der Verpflichtung derselben, alle Arbeiter desselben Gewerkes aufzunehmen, hat sich die freie individuelle Association zu einem öffentlichen Staatsinstitut weiter entwickelt.

Die Ansicht, dass Tausende von Millionen zur Durchführung dieses Planes nötig seien, weist Lassalle mit Energie zurück und sucht durch eine Rechnung zu beweisen, dass 100 Millionen Thaler, vom Staat zur Verfügung gestellt, für den Anfang genügen würden. Die mit diesem Kapital begründeten Associationen würden mit ihrem Kredit andern, neu zu bildenden das nötige Kapital liefern, so dass immer neue sich bilden würden, bis die Associationen die Gesamtheit der Arbeiter umschlössen. Selbstverständlich müsste die Association in dieser oder anderer Weise auch auf die landwirtschaftliche Arbeit ausgedehnt werden. Die Grundrente, welche die auf den besser beschaffenen oder besser gelegenen Aeckern zunächst beziehen würden, will Lassalle durch eine Grundsteuer aufsaugen, welche die Aecker der untersten Klasse ganz freilässt und alle Aecker der höheren Klassen differenziert trifft. Eine solche Grundsteuer wäre heute unmöglich, aber die Massregel würde, wenn der Staat den ländlichen Associationen die Bodenfläche liefert, ganz bedeutend erleichtert und möglich werden. Diese differenzierte Grundsteuer würde dann an die Stelle des Zinses treten, den die industriellen Associationen zunächst für die Staatskapitalien zu entrichten hätten. Diese differenzierte Grundsteuer wäre die Bezahlung, welche die ländlichen Arbeiterassociationen dem Staat für das Ueberlassen der Bodenfläche zu entrichten hätten . . . (Briefe Lassalles an Rodbertus, Berlin 1878, pag. 42, 71, 77).

Lassalle hebt ausdrücklich hervor, dass er in der Association nicht die Lösung der socialen Frage erblicken kann, da von einer solchen nur dann die Rede sein kann, wenn dem Arbeiter Boden, Kapital und Arbeitsprodukt gehören, und spricht deshalb in seinem Anwortschreiben nur von einer „Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen“. „Von einer „Lösung der socialen Frage“ dabei zu sprechen,“ schreibt er an Rodbertus, „hätte mein Gewissen als Theoretiker bei dem Associationsvorschlag nicht geduldet und ich habe hierauf auch in Frankfurt kurz hingewiesen. Allein hier handelt es sich ja nur um eine prak-

tische Uebergangsmassregel, nicht um eine theoretische, principielle endgültige Lösung ... Dass diese Lösung allmählich durch die Association herbeigeführt und erstaunlich erleichtert wird, scheint mir unbestreitbar ...“ (Briefe an Rodbertus, pag. 71.) So bezeichnet Lassalle die Association mit Staatskredit als das organische, unaufhaltsam zu aller weiteren Entwicklung treibende und sie aus sich entfaltende Senfkorn zur Lösung der socialen Frage, oder als den kleinen Finger, der mit Konsequenz des sich selbst entwickelnden Lebens allmählich, freilich erst in 100—200 Jahren, zu ihr führen muss. Aus dem Grunde, dass er die Association als Uebergangsmassregel für durchaus praktisch hält und eine andere gleich wirksame praktische Uebergangsmassregel nicht sieht, und dass die arbeitenden Klassen nicht mit Unrecht gern irgend ein Wie oder Wo sehen, deshalb hat er die Association vorgeschlagen. Dieselbe, falls mit Staatskapitalien, anfangs gegen niedrigen Zins, später zinslosen ausgeführt, muss eine die Lösung der socialen Frage vorbereitende Wirkung haben. Denn wird von den Arbeitern mit Staatskapital gegen einfachen Kapitalzins produziert und der Arbeitsertrag unter die Arbeiter verteilt, so ist schon der Unternehmergewinn aboliert. Und wird mit unentgeltlichem Kapital produziert, so ist auch der Kapitalzins beseitigt und das Kapitaleigentum abgelöst. (Briefe an Rodbertus, pag. 65.)

Der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“ (s. d.) ruhte ganz auf Lasalles Schriften und Ideen. Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht und die Produktivassociationen waren die beiden Punkte, um die sich die ganze Bewegung drehte. Während aber die erste Forderung von Anfang an im Programm des Vereins Ausdruck erhielt, wurde die zweite erst auf der Generalversammlung zu Berlin am 24. Mai 1872 in dasselbe aufgenommen. Der betreffende Beschluss lautete:

„Durch fortwährende geordnete Agitation auf friedlichem und gesetzlichem Wege dahin zu wirken, dass das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht dazu benützt wird, nur solche Abgeordnete in die gesetzgebenden und administrativen Körper zu senden, welche nach Erringung voller politischer Freiheit die Errichtung von Produktivassociationen mit Staatshülfe nach den Vorschlägen Ferdinand Lassalles zu ihrer Aufgabe machen.“

Hier erst haben wir den Lassalleschen Gedanken ausgesprochen, während die ganzen Jahre von Lassalles Tod an in gänzlichem Missverständnis seiner Worte die Forderung der Staatshülfe für Produktivassociationen von den Mitgliedern des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ an den damaligen Staat, den preussischen Polizei- und Militärstaat, gerichtet wurde. Dieses durchaus reaktionäre Verlangen wurde mit Recht von den deutschen Arbeitervereinen und später den Eisenachern aufs energischste bekämpft. Allerdings muss hervorgehoben werden, dass in den siebziger Jahren, wohl unter dem Einfluss der fortwährenden Angriffe auf diesen Punkt, in dem Organ der Lassalleaner, dem „Neuen Socialdemokrat“, es nicht an Stellen mangelt, in denen die Staatshülfe der reaktionären Regierungen energisch zurückgewiesen und behauptet wird, dass nur, wenn die Mehrheit des Parlamentes aus Arbeitervertretern

besteht, an die erfolgreiche Gründung von Produktivgenossenschaften gedacht werden kann.

Neben dem „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ bewegte sich die „Internationale“, die gleichfalls zu den Produktivassociationen Stellung zu nehmen gezwungen war. In der Inauguraladresse, deren Verfasser Marx ist, heisst es:

„Ein noch grösserer Sieg der politischen Oekonomie der Arbeit über die politische Oekonomie des Kapitals stand bevor.

„Wir sprechen von der Kooperativbewegung, namentlich den Kooperativfabriken, diesem Werke weniger kühner Hände (hands). Der Wert dieser grossen socialen Experimente kann nicht überschätzt werden. Durch die That, statt durch Argumente, bewiesen sie, dass Produktion auf grosser Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann, ohne die Existenz einer Klasse von Meistern (masters), die eine Klasse von „Händen“ anwendet: dass, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen, als Mittel der Herrschaft über und Mittel der Ausbeutung gegen den Arbeiter selbst, und dass, wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenarbeit, so Lohnarbeit nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, bestimmt zu verschwinden vor der associierten Arbeit, die ihr Werk mit williger Hand, rüstigem Geist und fröhlichen Herzens verrichtet. In England wurde der Samen des Kooperativsystems von Robert Owen ausgestreut; die auf dem Kontinent versuchten Arbeiterexperimente waren in der That der nächste praktische Ausgang der Theorieen, die 1848 nicht erfunden, wohl aber laut proklamiert wurden.

Zur selben Zeit bewies die Erfahrung der Periode von 1848—1864 unzweifelhaft, was die intelligentesten Führer der Arbeiterklasse in den Jahren 1851 und 1852 gegenüber der Kooperativbewegung in England geltend machten, dass, wie ausgezeichnet im Princip und wie nützlich in der Praxis kooperative Arbeit, wenn beschränkt auf den engen Kreis gelegentlicher Versuche vereinzelter Arbeiter, unfähig ist, das Wachstum des Monopols in geometrischer Progression aufzuhalten, die Massen zu befreien, ja die Wucht ihres Elends auch nur merklich zu erleichtern. Es ist vielleicht gerade dies der Grund, warum plausible Lords, bürgerlich-philanthropische Salbader, und ein paar trockene politische Oekonomen jetzt mit demselben Kooperativsystem schönthun, das sie früher in seinem Keim zu ersticken versucht hatten, das sie verhöhnt hatten als die Utopie des Träumers und verdammt hatten als die Ketzerei des Socialisten. Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedarf das Kooperativsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel.“ Da aber die Grundbesitzer und Kapitalisten stets der Emancipation der Arbeit jedes mögliche Hindernis in den Weg legen werden, so muss die nächste Aufgabe und grosse Pflicht der Arbeiterklasse die Eroberung der politischen Macht sein. Derselbe Gedanke findet sich in den vom Generalrat der Internationalen Arbeiterassociation dem Kongresse von Genf 1866 vorgelegten Resolutionen (s. pag. 347 und 348). Auf dem Lausanner Kongress 1867 (s. pag. 351) beschäftigte man sich mit den Uebelständen

der Produktivassociation, besonders der Gefahr, eine Arbeiteraristokratie zu bilden und von der grossen Klasse der Arbeiter abzuscheiden, empfahl aber dort wiederum den Sektionen, an der Gründung von Associationen sich zu beteiligen. Auf späteren Kongressen hat sich die Internationale nicht mehr mit der Produktivassociation beschäftigt; sie bezeichnete weitergehend die Vergesellschaftlichung des Grund und Bodens als ihr letztes Ziel.

Auch die socialdemokratische Arbeiterpartei nahm als Punkt III, 10 auf Antrag von Karl Hirsch „staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für Produktivgenossenschaften unter freiheitlicher Garantie" und bezeichnenderweise ohne jede Debatte in ihr Programm auf. Verhandelt wurde die Frage dann wiederum auf dem Stuttgarter Kongress der Partei 1870 in der ersten öffentlichen Sitzung; Referent war York-Harburg, der folgende Resolution einbrachte:

„Der Kongress erklärt als Hauptaufgabe der Gewerkschaften: die Bildung und Förderung gemeinsamer Produktivgeschäfte und empfiehlt den Gewerkschaften ein gemeinsames Vorgehen in dieser Richtung." Hier fehlt also der Passus „aus Staatsmitteln", wie der Antragsteller selbst nach dem Protokollbericht hervorhob, aber nicht aus Scheu vor dem Aussprechen der Wahrheit, sondern nur in der Absicht, um Klarheit in die Bewegung zu bringen, was immer darunter verstanden werden soll. Da die Versammlung durch die Schweitzerianer gesprengt wurde, war eine Abstimmung nicht möglich. Auch in der Debatte über die Grund- und Bodenfrage (öffentliche Sitzung am 6. Juni) handelte es sich um die Produktivgenossenschaften, und zwar um landwirtschaftliche. Aus der langen, von Bebel vorgeschlagenen Resolution kommt hier der folgende Absatz in Betracht:

„Als Uebergangsstadium von der Privatbewirtschaftung des Ackerlandes zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung fordert der Kongress, mit den Staatsdomänen, Schatullengütern, Fideikommissen, Kirchengütern, Gemeindeländereien, Bergwerken, Eisenbahnen u. s. f. zu beginnen, und erklärt sich deshalb gegen jede Verwandlung des oben angeführten Staats- und Gemeindebesitzes in Privatbesitz."

In der sich daran anschliessenden Debatte wurde von verschiedenen Seiten gegen diesen Passus der Resolution protestiert, da darin an den heutigen Staat, dessen grundsätzliche Gegner die Mitglieder der Partei sein müssten, eine Forderung gestellt würde. Diese Gegnerschaft gegen den Punkt III, 10, deren Hauptvertreter Bracke war, besonders insoweit derselbe der Missdeutung ausgesetzt war, dass die Partei vom heutigen Staate, wenn auch unter demokratischen Garantieen, die Unterstützung socialdemokratischer Produktivassociationen verlange, gewann im Laufe der Zeit so an Stärke und Bedeutung, dass auf dem Eisenacher Kongress vom Jahre 1873 Bracke einen durch seine Broschüre „der Lassallesche Vorschlag" (Braunschweig 1873) vorbereiteten und motivierten Antrag auf Streichung des Punktes III, 10 stellen konnte. Ausser der bereits genannten Gefahr der Missdeutung dieser Punkte führte Bracke noch folgende Gründe gegen ihn ins Feld:

1. Gestützt auf die in der Arbeiterschaft vorhandene Ueberzeugung

hinsichtlich der Verwirklichung der Produktivassociationen könnten die heutigen Regierungen ihrerseits in friedlicher Absicht und nur zum Schein die Initiative in dieser Richtung ergreifen, wodurch die proletarische Klassenbewegung einen Rückschlag erleiden müsste.

2. Der im Punkt 10 adoptierte Lassallesche Vorschlag hat nur die Bedeutung eines Experimentes, das vielleicht dahin führen kann, einen Teil des Arbeiterstandes zu befriedigen, welcher sich dann aber der revolutionären Weiterentwicklung reaktionär gegenüberstellen würde; eines Experimentes, das jedenfalls nur zur Folge haben würde, das vorhandene Kapital in beschränktem Umfange in die Hände von Arbeiterassociationen hinüberzuleiten, keinesfalls aber den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit (und damit die Lohnarbeit) aufzuheben vermag.

Bracke zog seinen Antrag zwar zurück, war aber insoweit siegreich, als ein Antrag Geibs, der im wesentlichen den Brackes wiederholte, Annahme fand. Der Kongress beschloss danach, eine Kommission einzusetzen, „welche dem nächstjährigen Kongress darüber Bericht zu erstatten hat, ob und wie weit eine Aenderung des Parteiprogramms notwendig erscheint".

Die eingesetzte Kommission, welche dem Kongress von Koburg 1874 Bericht erstattete, erklärte, dass der Passus bezüglich des Staatskredits für Produktivgenossenschaften zu ändern wäre, aber eine solche Aenderung noch nicht zeitgemäss sei. Ihre Auffassung fand nach langer Debatte auch die Billigung des Kongresses, der die Programmfrage zur allseitigen Diskussion der Gesamtpartei übergab. Die Vereinigung der Eisenacher mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu Gotha 1875 stärkte die Position der Produktivassociation wiederum so, dass in das Kompromissprogramm folgender Passus aufgenommen wurde:

„Die deutsche Arbeiterpartei fordert, um die Lösung der socialen Frage anzubahnen, die Errichtung der Produktivgenossenschaften mit Staatshülfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, dass aus ihnen die socialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht."

Der Referent Hasselmann hob in der Debatte hervor, dass durch den Ausdruck „unter demokratischer Kontrolle des Volkes" der etwaige Irrtum beseitigt würde, dass vom reaktionären Staate Hülfe verlangt würde, ebenso wie durch den Passus über die Associationen für Industrie und Ackerbau das Missverständnis beseitigt werde, als wenn nur ein Teil des arbeitenden Volkes associiert werden sollte. Wenn aber das „Volk" (d. h. die auf das Proletariat als Klasse sich stützende socialdemokratische Partei) sich der Staatsmaschine bemächtigt hat — und was Anderes soll nach Hasselmann der „Staat unter demokratischer Kontrolle des Volkes" bedeuten? — bedarf es keiner Forderung nach Staatshülfe mehr: die genossenschaftliche Organisation der Produktion wird dann sofort in Angriff genommen werden. Wozu also diese Forderung? Nur praktische Gründe konnten die Aufnahme einer solchen Forderung rechtfertigen; die Agitation des einen Teils, der Lassalleaner, war eben vor-

nehmlich auf das Schlagwort der Produktivassociation mit Staatshülfe geführt worden; eine plötzliche Aufgabe derselben würde beim Fanatismus und Sektengeist derselben Misstrauen und böses Blut erregt und das Einigungswerk ernstlich bedroht haben. Mit dem Programm der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands blieb auch der die Produktivassociationen betreffende Passus bis zum Erfurter Kongress 1891 unverändert. Im neuen Programm der socialdemokratischen Partei fand er keine Stelle. Die Stellung der Partei ist gegenüber den Versuchen der Genossen, in der heutigen Gesellschaft selbsthülflerische Produktivassociationen zu gründen, eine durchaus ablehnende. Sie empfiehlt dieselben nur da noch, wo sie die sociale Existenz von im politischen oder gewerkschaftlichen Kampf gemassregelten Genossen bezwecken oder dazu dienen sollen, die Agitation zu erleichtern und von allen äusseren Einflüssen der Gegner zu befreien. Sehr oft sind Genossenschaften von Arbeitern nach erfolglosen Streiken gegründet. Da diese meist schon vorher ihr gesamtes Geld verzehrt haben, sind sie zwecks Beschaffung des Betriebskapitals auf einen Unternehmer angewiesen, in dessen Schuldknechtschaft sie meistens geraten. Nur dann also, wenn genügende Mittel zur Verfügung stehen und Garantieen für geschäftskundige Leitung und Verwaltung gegeben sind, empfiehlt die Partei die Gründung von Genossenschaften. Im übrigen aber, so schliesst die Resolution des Berliner Parteitages von 1892, haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, dass Genossenschaften im stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern.

Bismarck und die Produktivgenossenschaften. In der Konfliktszeit der sechziger Jahre beruhte die Stärke der Fortschrittspartei zum guten Teil auf der Arbeiterschaft und dem Kleinhandwerk, das durch die genossenschaftlichen Leistungen Schulze-Delitzschs an dieselbe gefesselt worden war. Von vorneherein war nun Bismarck im Kampfe gegen das fortschrittliche Bürgertum bemüht, ihm womöglich die Unterstützung der Arbeiterklasse zu nehmen und durch Ueberbieten der genossenschaftlichen Verheissungen für die Regierung zu gewinnen. So begegnen wir denn auch schon vor Lassalles Auftreten im Herbst 1862 dem „Arbeiter“ Eichler, einem Agenten der preussischen Regierung, wie er gegen die Schulzesche Selbsthülfe agitierte, das Leipziger Centralkomitee der Arbeitervereine im Oktober zu veranlassen suchte, den beabsichtigten allgemeinen Arbeiterkongress nach Berlin, statt nach Leipzig, zu berufen, und sogar 60 bis 80 000 Thaler zur Gründung einer Produktivgenossenschaft der Berliner Maschinenbauer, der Kerntruppe der Berliner Fortschrittler — man vergleiche die Vorgänge gelegentlich des von Schweitzer einberufenen Gewerkschaftskongresses — von seiten der Regierung versprach. In den Verhandlungen zwischen Lassalle und Bismarck bildeten auch die Produktivassociationen einen Gegenstand derselben. Bismarck war, wie dies im Jahre 1865 dem Herrn von Hochstetten, dem damaligen Redacteur des „Socialdemokrat“, von dem damaligen Minister des Innern, Grafen

zu Eulenburg, mitgeteilt wurde, bereit, das Hundertmillionenprojekt Lassalles für die Gründung von Produktivgenossenschaften zu verwirklichen, wurde aber von ihm und seinen Kollegen im Ministerium überstimmt. Auch Lassalle habe sich gegen eine solche zu rasche Verwirklichung des Projektes ausgesprochen. An die Oeffentlichkeit trat das von Bismarck dirigierte sociale Königtum zum erstenmal, als er 1864 eine Deputation schlesischer Weber, an deren Spitze der Arbeiter Paul stand, empfing und ihr. versicherte, dass er, sobald er Ruhe mit den äusseren Verhältnissen haben würde, die Arbeiterfrage in gesetzlicher Weise lösen würde. Bismarck vermittelte denn auch die Zahlung einer Summe von 6—7000 Thalern aus der Privatschatulle zwecks Gründung einer Produktivassociation der von den liberalen Fabrikanten gemassregelten Arbeiter. Die Association wurde gegründet und von dem Landrat Olearius überwacht, hatte aber ein jämmerliches Ende, da nach der Aussage des Paul der Oelheimer Landrat das schlechteste Rohmaterial ankaufte und die teuersten Preise für die Waren ansetzte. (Debatten über das Socialistengesetz im deutschen Reichstage, besonders die Reden Bebels und Bismarcks.)

Im Jahre 1865 kam denn die Angelegenheit zur Verhandlung im preussischen Abgeordnetenhause. In der Sitzung vom 11. Februar erklärte der Handelsminister, dass durch Wegräumung der Schranken allein, welche der Koalitionsfreiheit gezogen sind, die Lage der arbeitenden Klasse nicht erheblich gebessert werden könnte; man müsse erörtern, inwieweit durch positive Mittel, insbesondere durch die Förderung des Genossenschaftswesens, jener Erfolg anzustreben sei und werde zur Erörterung dieser Frage eine besondere Kommission einberufen. Die Kommission trat am 21. August 1865 zusammen; die Zuziehung Schulze-Delitzschs zu derselben lehnte Bismarck ab, da seine ganze agitatorische Wirksamkeit vorwiegend darauf gerichtet sei, p o l i t i s c h e n Einfluss auf die Arbeiter und Handwerker zu gewinnen. Bismarck unterstützte ausserdem noch den Antrag der Petrischen Genossenschaft der Berliner Shawlweber um Gewährung eines Darlehens seitens der Regierung; doch wies der Minister von Bodelschwingh auf das Bedenkliche eines solchen Darlehens hin und der Antrag wurde abgelehnt (vgl. H. Crüger, die Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften in den einzelnen Ländern, Jena 1892, pag. 175 ff.). Ueber einen weiteren Versuch der Bismarckschen Regierung, sich der Produktivassociationen und damit der Arbeiter zu bemächtigen, berichtete dann Liebknecht in der Sitzung des Deutschen Reichstags vom 18. Oktober 1878. Als im Jahre 1867 in Magdeburg durch die Stadterweiterung ein sehr grosser Bedarf an Ziegeln und Backsteinen sich fühlbar machte, traten 17 Arbeiter, darunter der Socialdemokrat J. Bremer, zusammen, um eine Ziegelei-Association zu gründen. Es fehlte ihnen aber an dem Betriebskapital von 10,000 Thalern, und so schlug einer der Teilnehmer vor, sich in einem Schreiben an den Fürsten Bismarck zu wenden. Der Betreffende liess sich ein solches aufsetzen und schickte es, trotz Bremers Abraten, ab. Nach einiger Zeit kommt von Berlin eine günstige Antwort — 14 bis 20,000 Thaler wurden angeboten —, die durch Vermittlung der Magdeburger Polizei an Bremer, den politisch einflussreichsten, übermittelt wird. Zur Bedingung

wurde nur gemacht, dass dieser sich an die Spitze des Unternehmens stelle und seinen Einfluss bei den Arbeitern im Interesse Bismarcks verwende. Die Aufsicht über das Unternehmen sollte der Regierungspräsident von Schwarzhof haben und in möglichst wenig belästigender Weise ausüben. Bremer aber lehnte das Anerbieten energisch ab und die Verhandlungen zerschlugen sich.

Die Verhandlungen über das Socialistengesetz, während deren die socialdemokratischen Abgeordneten die verschiedenen fehlgeschlagenen Versuche der Regierung, Produktivassociationen zu gründen, ans Licht zogen, boten auch Bismarck die Gelegenheit, seine Stellung zu derselben noch einmal zu präcisieren. Er erklärte, auch heute (1878) noch nicht von der Unzweckmässigkeit der Gewährung von Staatsmitteln zu Produktivgenossenschaften überzeugt zu sein; vielmehr auch heute noch in diesen die Möglichkeit für die Arbeiter zu sehen, ihr Schicksal zu verbessern und einen wesentlichen Teil des Unternehmergewinns sich zu verschaffen. Der ganze fabrizierende Teil der Einrichtung und der Beschäftigung in einer solchen Association böte gar keine Schwierigkeiten; nur im Kaufmännischen stocke die Sache, da die Verwertung der gewonnenen Produkte durch Reisende, in Lagern, in Magazinen, durch Proben sich nicht innerhalb einer Sphäre machen liesse, welche die Arbeiter übersehen könnten. Diese Ansichten verdankte Bismarck in erster Linie dem Geheimrat Wagener, mit dem er schon als Gesandter in Verbindung gestanden hatte.

In neuester Zeit ist dieser Zweig konservativer Socialpolitik wieder aufgenommen worden von v. Mosch (Materialien zu einem Katechismus der Socialreform, Berlin 1888) und v. Broich (Socialreformatorisches Genossenschaftswesen, Berlin 1889). Beide treten für ein socialreformatorisches Genossenschaftswesen (Organ: der genossenschaftliche Wegweiser) ein, der „nicht nur ausserhalb, sondern auch über dem politischen Parteistreit stehen und sich auf das Bleibende, auf die grossen Grundgedanken unseres Staatswesens, auf das praktische Christentum, das sociale Königtum und die deutsche Kultur- und Weltmission stützen und daraus in seinem Kampf gegen das sociale Elend die idealen und realen Waffen entlehnen will". Ihrem Wahlspruch: „Selbsthülfe ergänzt durch Staatshülfe" entsprechend, verlangen sie als Ergänzung der Selbsthülfe:

1. Administrativen Beistand, auch durch staatliche Geldvorschüsse;
2. Ausnützung der Reichsbank für den kleinen Mann;
3. Bäuerliche Ansiedlung;
4 Inanspruchnahme der Gesetzgebung für verschiedene genossenschaftliche Zwecke (Ausbildung der Handwerkerinnungen, Schutzzölle etc.).

Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurde eine Centralgenossenschaft in Berlin gegründet, von der aus ein Netz von Genossenschaften über ganz Deutschland gezogen werden soll. Nach ihrem Statut ist die Aufgabe des Unternehmens: die Förderung der Erwerbs- und Wirtschaftsverhältnisse der ihr als Mitglieder angehörigen Genossenschaften, sowie ihrer sonstigen Mitglieder durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb, wie nicht minder die Begründung oder Förderung eines socialreformatorischen Ge-

nossenschaftswesens in Deutschland im allgemeinen. Trotz aller Agitation beträgt aber die Zahl dieser Genossenschaften kaum 20, von denen nur ein kleiner Teil der Centralgenossenschaft angehört; nur wenige derselben sind Produktivgenossenschaften. Ihre Erfolge sind gering.

England und Schottland. Produktivgenossenschaften in dem zu Anfang dieses Artikels entwickelten Sinne wurden in England zuerst infolge der Agitation der älteren christlichen Socialisten, Kingsley, Maurice, Ludlow, der Brüder Vansittart Neale, Tom Hughes u. a., um die Mitte dieses Jahrhunderts ins Leben gerufen. Die von diesen Männern direkt begründeten Produktivassociationen erfüllen allerdings nicht die Bedingung, dass das Betriebskapital allein von den thätigen Arbeitern zusammengebracht sein muss. Von dem im Jahre 1852 sich auf 13562 Pfund belaufenden Betriebskapital der „London Working Men's Productive Association“ waren nur 474 Pfund von den Arbeitern selbst aufgebracht, der Rest aber von Vansittart Neale und anderen Philanthropen hergegeben. Doch wurden ausserhalb Londons infolge der Anregung der christlichen Socialisten, welche sich zu einer „Gesellschaft zur Beförderung von Arbeiterassociationen“ zusammengeschlossen hatten, verschiedene wahre Produktivassociationen gegründet. Alle diese Genossenschaften aber, die unterstützten sowohl wie die selbständigen, sind im Laufe weniger Jahre zu Grunde gegangen. Die grossen Schwierigkeiten, welche sich der Ausbreitung von Produktivassociationen entgegenstellen, hoben die Urheber der Bewegung bereits 1852 in ihrem Bericht über ihre Thätigkeit klar hervor, indem sie sagten: „Wo die Genossenschaften Erfolg haben, ist die grosse Gefahr, vor der sie und alle Beteiligten sich zu hüten haben, die Exklusivität. Die Genossen finden ihre eigene Lage bedeutend verbessert und fürchten, das Errungene durch Aufnahme neuer Mitglieder aufs Spiel zu setzen. So neigen sie dazu, zu strenge Aufnahmebedingungen aufzustellen und von den neuen Mitgliedern Einzahlungen, die dem erworbenen Kapital entsprechen, zu verlangen, die nur von wenigen der geschicktesten Arbeiter aus ihren gegenwärtigen Löhnen geleistet werden können. Dies wird dahin führen, dass viele kleine Genossenschaften entstehen, statt weniger grosser, wenn nicht die Arbeiter in die Zukunft blicken und in einem weniger engherzigen und mehr christlichen Sinne ihre Aufgabe betrachten. Diese kleinen Genossenschaften werden sich durch ihre Konkurrenz gegenseitig zu Grunde richten.“ Dazu kam Mangel an Kapital, Mangel an tüchtiger Leitung und Eintracht, so dass die Lebensdauer aller in den fünfziger Jahren gegründeten Genossenschaften nur kurz war. Die wenigen Genossenschaften, welche wirtschaftlich erfolgreich waren, wie die der Baumwollspinner in Lancashire, verwandelten sich nach kurzer Zeit in Aktiengesellschaften, deren Anteile auf 1—10 Pfund lauteten, und es wird berichtet, dass diese Gesellschaften bald alle anderen in der Ausbeutung der Arbeiter übertrafen und die Aktien überdies im Laufe weniger Jahre in die Hände von Nichtarbeitern gerieten.

Der Gedanke, durch Produktivgenossenschaften ihre Lage zu verbessern, starb aber trotz aller Misserfolge unter den englischen Arbeitern nicht aus und gewann besonders während der letzten zehn Jahre neue

Kraft, insbesondere infolge der rührigen Agitation der 1883 ins Leben gerufenen „Labour Association for promoting co-operative Production", welche ihr Centralbureau in London W. C. 9 John Street, Strand, hat. Ihr Sekretär, Mr. H. H. Vivian, führte Anfang 1893 vor der Royal Commission on Labour aus, dass die Zahl der Produktivassociationen 47 betrüge, die Mitgliederzahl circa 11 000, ihr Betriebskapital 6½ Millionen Mark, ihr Jahresumsatz 13 Millionen Mark, der Reingewinn 740 000 Mark und die Arbeiterzahl 3653. Die grosse Differenz zwischen Arbeiter- und Mitgliederzahl beweist, dass unter den 47 Genossenschaften viele sind, welche Nichtarbeiter als Anteilhaber und somit als Zinsempfänger zulassen. Als Vorzüge dieser Produktivgenossenschaften hebt Mr. Vivian hervor, dass dieselben eine „fast vollkommene Lösung des bestehenden Konfliktes zwischen Arbeit und Kapital darstellen", da im Laufe der letzten 25 Jahre nur zwei Streiks vorgekommen seien. Zwischen Produktivgenossenschaften und Gewerkschaften herrschte das beste Einvernehmen; in den meisten Genossenschaften befinden sich Gewerkschaftler im Verwaltungsrat. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sei ferner die erzieherische Wirkung der Genossenschaften auf ihre Mitglieder. Die grösste Schwierigkeit für die Ausdehnung der Genossenschaften erblickt Mr. Vivian darin, Absatz für die Produkte zu finden, da die Konsumvereine den grössten Teil ihrer Waren von der grossen English Co-operative Wholesale Society beziehen und andere Abnehmer oft von Antipathie gegen Produktivgenossenschaften erfüllt seien.

Frankreich. Schon Faiguet (s. d.) hatte auf die Bedeutung der Association sowohl für Völker als für einzelne sie zusammensetzende Gruppen hingewiesen; aber das erste ausgeführte Beispiel eines Planes für eine Produktivassociation finden wir bei Restif de la Bretonne (s. d.). Im zweiten Teil des Thesmographe, La Haye, 1789, finden wir auf Seite 511—514 den Entwurf einer kooperativen Druckerei, dessen Aufgabe sein soll, den Buchdruckergesellen (compagnons-imprimeurs) ein Eigentum zu verschaffen, das sie zu Bürgern macht und geeignet ist, sie in ihren Krankheiten zu unterstützen, wie auch ihnen ein ehrbares Auskommen in ihrem Alter zu sichern. Das Reglement besteht aus 24 Artikeln. Jeder Buchdruckergeselle kann eine Aktie von 300 Livres kaufen, die er nach seinem Belieben in Geld (24 Sous wöchentlich) oder Arbeit, falls er in der Druckerei selbst arbeitet, anzahlen kann. Der Subskribent nimmt am Reinertrag nur für die wirklich eingezahlte Summe teil. Jeder in der Kooperativdruckerei thätige Genosse erhält seinen Wochenlohn nach Abzug der Anzahlungsquote. Der Profit wird während der ersten sechs Jahre aufgesammelt, um den Wert des gemeinsamen Eigentums zu vermehren und das Unternehmen zu vergrössern. Die Greise werden zu leichten Arbeiten in der Druckerei verwendet. An der Spitze des Unternehmens soll ein Direktor stehen, dem ein Faktor, zwei bis drei Hommes-de-conscience und zehn Mitglieder, davon fünf in der Druckerei thätig, zur Seite stehen sollen.

Die Restifsche Genossenschaft sollte also zugleich die Kranken- und Altersversicherung ihrer Mitglieder übernehmen, und diese weitern Aufgaben

hat die Produktivassociation in Frankreich, soweit sie echte Arbeitergenossenschaft war, stets gehabt. Denn „die französischen Arbeiter sahen in der Association die Gesamtheit der auf Gerechtigkeit und nicht auf egoistischer Konkurrenz beruhenden, wirtschaftlichen Beziehungen der in Gesellschaft lebenden Menschen“ (Lexis). In ihr stehen sich die Mitglieder als Associierte, nicht als Feinde und Konkurrenten gegenüber. Nach Restif war es dann Buchez (s. d.), der 1831 im „Européen“ den Arbeitern die Produktivassociationen als Mittel zur Emancipation ihrer Klasse empfahl. Nach seinem Plan sollte durch sie der ganzen Arbeiterklasse der Weg zur Ueberwindung der Lohnabhängigkeit gebahnt werden. Der Kernpunkt ist das unteilbare Kapital, das die Associationsmitglieder als ein unveräusserliches Eigentum der Gesellschaft schaffen sollen. Ein Teil des Reingewinnes wird nämlich zur Konstitution des Kapitals benutzt, auf welches die einzelnen Mitglieder und ihre Erben einen Anspruch haben. Dies Kapital liefert den Genossen unentgeltlich die Arbeitsmittel, daher ist die Aufnahme nur von der Arbeitsfähigkeit und Unbescholtenheit des Bewerbers abhängig. Sollte die Genossenschaft sich auflösen, so wird ihr unteilbares Kapital einer anderen Genossenschaft überwiesen. Die Buchezsche Lehre wurde zunächst in der Revue „L'Européen“ 1831/32, dann von 1840 bis 1850 in dem Organ „L'Atelier“ im Gegensatz zu der L. Blancs vertreten, von der sie sich dadurch unterscheidet, dass sie weder die Konkurrenz der Associationen unter einander aufhebt, noch Gleichheit der Löhne, noch die Oberleitung durch den Staat fordert. Eine ausgedehntere Entwicklung des Associationswesens fand nach der Februarrevolution statt, begünstigt und unterstützt von Louis Blanc und dem Luxembourg (s. d.). So entstanden die Associationen der Schneider der Rue de Clichy (s. d.), der Spinner, der Sattler, die anfangs von der provisorischen Regierung und der Stadt Paris durch Aufträge unterstützt wurden, nach den Junitagen aber infolge des Widerrufs dieser Aufträge zusammenbrachen oder zur Liquidation gezwungen wurden.

Die Nationalversammlung hatte im Artikel 13 der Verfassung den Grundsatz ausgesprochen, dass der Staat die freiwilligen Associationen der Arbeiter durch Kapitalien unterstützen müsse. Durch Dekret vom 5. Juli 1848 wurden drei Millionen Franken zur Unterstützung von Arbeiterassociationen bewilligt, aber nur ein Teil davon wurde wirklich ausgegeben, und zwar wurden dabei diejenigen Associationen am meisten begünstigt, welche am wenigsten Arbeiterassociationen, vielmehr Associationen zwischen Arbeitern und Meistern oder nur solche mit Gewinnbeteiligung der Arbeiter waren. Je sicherer sich die Regierung fühlte, desto feindlicher trat sie den Associationen entgegen, trieb das vorgeschossene Kapital nach kurzer Zeit wieder ein und verursachte so den Ruin der meisten. In der Mehrheit derselben waren die Buchezschen Grundsätze herrschend, sie stellten sich sociale Aufgaben, die nur durch grossen Gemeinsinn zu erfüllen möglich waren. Unter dem Einfluss der Proudhonschen Ideen ging man dann an den Versuch, die einzelnen Associationen in Verkehr mit einander zu bringen. Dies war die Absicht der von Frau Derouin, Delbrouck und Pauline Roland gegründeten

Union des Associations fraternelles de Paris. Diese Vereinigung hatte zum Zweck:

1. Allen Associierten Arbeit durch den gegenseitigen Austausch ihrer Produkte und Dienste zu sichern;
2. den zinslosen, gegenseitigen Kredit zu schaffen;
3. Zufluchtsstätten für die Invaliden der Associationen und primäre, sekundäre und professionelle Schulen für die Kinder der Associierten zu gründen;
4. das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion nach den Regeln der Gerechtigkeit herzustellen, indem sie eine billige Verteilung der Arbeitsprodukte aller nach den Bedürfnissen eines jeden und den Erfordernissen seines Gewerkes einrichten;
5. soweit wie möglich die Hand- durch Maschinenarbeit zu ersetzen, um den Arbeitern die notwendige Zeit für die Entwicklung ihrer intellektuellen Fähigkeiten zu geben;
6. Magazine und Läden zu errichten, wo der Ueberschuss der Produkte der Gesellschaft verkauft werden soll.

Jede Korporation, die aus den Associationen desselben Gewerkes besteht, wählt drei Delegierte, deren Gesamtheit die Generalversammlung darstellt. Diese wählt eine Centralkommission, die ihrerseits sich in einen Direktionsrat und Ueberwachungsrat gliedert. Der Direktionsrat setzt sich aus 5 Ausschüssen zusammen: dem Produktionsausschuss, dem Verteilungsausschuss, dem Unterrichtsausschuss, dem Schiedsgericht und dem Finanzausschuss. Eine jede Association hat einen Beitrag zu leisten, der zum Teil für den unentgeltlichen Kredit, zum Teil für die Kindererziehung, Kranken- und Greisenunterstützung bestimmt ist. Während der kurzen Zeit ihres Bestehens, die ihr Bonaparte gönnte, hatte die Union mehrere neue Associationen gegründet und die gegenseitige Konkurrenz der Associationen fast abgeschafft. Am 29. Mai 1850 wurden im Sitzungszimmer der Union (Rue Michel de Comte) sämtliche Delegierte (48 Männer 9 Frauen) unter der Anklage, einer geheimen politischen Verbindung angehört zu haben, verhaftet und alle Bücher, Register, Briefe etc. mit Beschlag belegt. Der Polizei fiel es leicht, die Union als dem Zweck socialistischer Propaganda ergeben hinzustellen, die Jury fand die Mitglieder schuldig und sprach strenge Strafen gegen sie aus, die reaktionären Journale begrüssten das Urteil mit Freuden. Es gab damals 150 Associationen mit 50000 Mitgliedern in Paris und die Union wollte dieser Arbeiterarmee Einheit der Gedanken und der That verleihen.

Ein neuer Aufschwung der Associationsbewegung, die allerdings total verschieden von der im Jahre 1848 war, begann mit den sechziger Jahren. Die Experimente der Pioniere von Rochdale, die Bestrebungen Schulze-Delitzschs lenkten die Aufmerksamkeit der französischen Arbeiter von neuem auf die Association. Die Regierung zeigte sich zunächst den Arbeitern freundlich, eröffnete eine Enquête und brachte in das Gesetz ein Kapitel über Kooperativgesellschaften. Eine Caisse d'escompte wurde 1865 gegründet. Kurz, die Regierung begünstigte zunächst auf jede Weise die Bestrebungen der Arbeiter und verlangte als Entgelt nur ihre Stimmen.

Trotzdem wurden nur wenige Associationen gegründet, 1870 verschwand auch die Caisse d'escompte wieder. Nach dem Sturz des Kaiserreiches nahm die Pariser Commune (s. d.) das Princip der Association auf und dekretierte am 16. April 1871, dass die Syndikalkammern damit beauftragt würden, ein Projekt für die Errichtung kooperativer Arbeitergesellschaften auszuarbeiten (s. Commune).

Für die Geschichte der Produktivassociationen in den siebziger Jahren verweisen wir auf den Artikel „Frankreich“, wo dieselbe, da die damalige Arbeiterbewegung im wesentlichen mit ihr zusammenfällt, ausführlicher behandelt worden ist. Trotzdem dann im Jahre 1880 die Genossenschaftsbewegung durch die Stiftung eines Mr. Rampal, der ein bedeutendes Kapital der Stadt Paris hinterliess, unter der Bedingung, daraus Darlehen an Kooperativgesellschaften zu gewähren, wieder etwas belebt wurde, und trotz der Politik der Pariser Stadtrates, bei Vergebung öffentlicher Arbeiten Produktivgenossenschaften zu bevorzugen, war die Zeit für diese vorbei. Die phantastische Hoffnung socialer Reorganisation, mit der man früher auf sie blickte, war verschwunden. Die Produktivassociationen sanken zur Bedeutungslosigkeit herab. 1885 zählte man ihrer noch 94, 1887 nur noch 25, von denen die grössere Anzahl in den Jahren 1883 bis 1885 entstanden war. Sie repräsentierten ein Kapital von 3—4 Millionen Franken und umfassten circa 4000 Associierte.

Wir müssen hier noch kurz der Konsumvereine Erwähnung thun, da sie vielfach mit Produktivgenossenschaften in Verbindung stehen. Im Jahre 1885 vereinigten sie sich zu einem Verbande, der auf dem internationalen Kongresse von Paris 1889 eine neue Organisation mit einem Centralkomitee erhielt und den Namen „Fédération nationale des sociétés coopératives de consommation“ annahm. Ausserdem wurde hier der Beschluss gefasst, die Ueberschüsse der Vereine zur Gründung von Produktivgenossenschaften zu verwenden.

I t a l i e n. Der Gedanke der Association gewann auch in Italien unter dem Einflusse Schulze-Delitzscher Ideen zunächst in den Volksbanken Wirklichkeit, deren es 1879: 100, 1887: 608 gab. Wichtiger vom socialen Standpunkt aus sind die Società dei Braccianti, deren es circa 48 meist in der Romagna gibt. Die bedeutendsten Gesellschaften sind die von Ravenna und Budrio. Die erstere wurde 1883 gegründet. Der Artikel 2 ihrer Statuten gibt als Zweck an: die Kräfte zu vereinen, welche ihr gestatten werden, auf eigene Rechnung die Ausführung öffentlicher und privater Arbeiten zu unternehmen. Indem die Arbeiter diesen Weg verfolgen, werden sie, die heutzutage von den Unternehmern ausgebeutet werden, einen ersten Schritt zu ihrer Emancipation machen. Wenn einmal die Bedingungen der Arbeit verbessert sind und die Unabhängigkeit der Arbeiter gesichert ist, wird die Gesellschaft es sich zur Aufgabe machen, ihren Mitgliedern die Mittel zu gewähren, sich zu unterrichten, zu vervollkommnen und über die elende Lage, in der sie sich jetzt befinden, zu erheben. Die Gesellschaft beschäftigt sich mit Erdarbeiten und Urbarmachungen. Die technische Leitung liegt in den Händen von vier Associierten, einem Ingenieur und Rechtsgelehrten. 1883 hatte sie nur

300, Ende 1889 2127 Mitglieder. Das Kapital beträgt 46 669 Fr. mit 13 448 Fr. Reserve und 17 854 Fr. Pensionsfonds. Sie besitzt Werkzeuge im Wert von 50 000 Fr. Ausserdem hat die Gesellschaft einen Konsumverein gegründet, welcher 30. September 1889 für 603 890 Fr. Nahrungsmittel und 634 116 Fr. andere Waren verkauft hat. Sie hat ferner 97 014 Fr. für den Bau von Wohnhäusern für ihre Mitglieder ausgegeben. Die Gesellschaft von Budrio zählt 913 Mitglieder und besitzt ein Kapital von 42 205 Fr.

Belgien. Spät entstanden, liegt die Produktivgenossenschaft der Hauptsache nach in den Händen der socialistischen Arbeiterpartei. Am 1. Januar 1878 gab es in Belgien nur 13 gesetzlich anerkannte Genossenschaften, darunter sechs Volksbanken; und bis 1880 sind nur acht neue dazu gekommen. Erst mit der Gründung des Vooruit durch Anseele in diesem Jahre begann die Kooperation einen rapiden Aufschwung zu nehmen und heute benutzen die meisten Industriecentren, wo die socialistische Arbeiterpartei eine Hochburg hat, auch eine Genossenschaftsbäckerei, die die Grundlage für die Arbeiterorganisation ist und zugleich ihr als „milchende Kuh“ die unentbehrlichen Geldmittel in Fülle liefert. Mit den meisten dieser Genossenschaften sind grosse Konsumvereine verbunden. Die wichtigsten derselben gibt eine Tabelle, die wir einem Artikel E. Vanderveldes in der „Neuen Zeit“, XIII. Jahrg., I. Band, pag. 325 ff., entnehmen:

Name	Sitz	Datum der Gründung	Mitgliederzahl 1889	Mitgliederzahl 1893
Vooruit	Gent	1880	3000	5500
Vrije Bakkers	Antwerpen	1880	1550	4080
Maison du Peuple	Brüssel	1884	3500	9000
Progrès	Jolimont	1886	3300	7000
Prolétaires	Loewen	1886	350	1200
La Populaire	Lüttich	1887	720	1450
Rente Ouvrière	Verviers	1888	450	1600
			12870	29830

Die grösste und wichtigste Association ist der „Vooruit“. Er besitzt eine Bäckerei, Konfektionsmagazine, Schustereien, Kohlenhandlungen, Restaurationen u. s. f. Damit ist eine Hülfskasse verbunden, die den Kranken unentgeltliche Behandlung gewährt. Eine Zeitung wird von den Unternehmern herausgegeben, der „Vooruit“, der in täglich 10 000 Nummern erscheint. Die Gesellschaft schlägt im Jahre 2 500 000 Fr. um, hat 40 Administratoren und 150 Beamte. Ausserdem gruppieren sich um sie ein socialer Studienzirkel, Musik-, Turn- und andere Vereine. Nach dem Muster des „Vooruit“ sind die andern Gesellschaften eingerichtet. Sie bemühen sich, die Verkaufsgegenstände selbst zu produzieren, sind aber weit davon entfernt, zu glauben, durch diese Einrichtungen eine sociale Organisation der Arbeiter schaffen zu können. Ausserdem existieren noch eine genossenschaftliche Druckerei zu Ixelles, eine Association der Schneider zu Gent, der Konditoren zu Brüssel. Wir erwähnen noch

den 1887 entstandenen Verband der Konsumvereine (17 Vereine mit 14000 Mitgliedern), die meist ebenfalls in den Händen der Arbeiterpartei liegen.

Andere Länder. Produktivassociationen haben in Dänemark, Holland (1889 neun, 1891 nur drei P.-A.), Schweiz keinen günstigen Boden für ihre Entwickelung gefunden, während in China (s. d.) die Genossenschaft die gesamte Produktion beherrscht und in Russland die Zahl der Artelle (s. d.) eine ungeheure ist.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wurde die erste Produktivgenossenschaft 1849 von Schneidern begründet, aber erst 1867 beginnt ein grösserer Aufschwung in der Bildung derselben. Die meisten beruhen auf kapitalistischer Basis; nur die von Minneapolis, meist dem Böttcherhandwerk angehörig, lassen sich als richtige Arbeiterassociationen bezeichnen.

Programme. Das Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei, das sog. Eisenacher Programm von 1869, haben wir im Artikel „Eisenacher" und das Gothaer Programm von 1875 unter „Socialistische Arbeiterpartei Deutschlands" mitgeteilt. Doch berichten wir auch von dem Beschluss des Wydener Kongresses von 1881, im Absatz II des Gothaer Programmes das Wort „gesetzlich" zu streichen. Auf dem Parteitag zu St. Gallen 1887 wurde eine aus Auer, Bebel und Liebknecht bestehende Kommission gewählt, die den Auftrag erhielt, das Parteiprogramm einer Durcharbeitung zu unterziehen und den Entwurf in allen seinen Teilen in der socialistischen Presse zur Besprechung zu bringen, um ihn dann dem nächsten Parteitag zur Abstimmung vorzulegen. Ausserdem sollte die Kommission einen leicht verständlichen Kommentar veröffentlichen.

Auf dem Parteitag zu Halle 1890 teilte die Kommission mit, dass sie keine Zeit gehabt hätte, einen neuen Programmentwurf auszuarbeiten. Liebknecht, der Berichterstatter der Kommission, sprach in längerer Rede über die einzelnen Punkte des Programmes. Der Parteivorstand wurde sodann beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Entwurf eines revidierten Parteiprogrammes vorzulegen und den Entwurf mindestens drei Monate vor Zusammentritt des nächsten Parteitages zu veröffentlichen, damit die Partei hinreichende Zeit zur Prüfung habe.

Anfang 1891 wurde in der „Neuen Zeit" der von K. Marx 1875 verfasste Programmbrief veröffentlicht, der innerhalb und ausserhalb der Partei, insbesondere wegen der überaus bissigen Kritik Lassalles, bedeutendes Aufsehen erregte.

Im Laufe des Jahres wurde der Entwurf der Parteileitung veröffentlicht und in der socialistischen Presse erörtert. Aus der Mitte der Partei wurden verschiedene andere Entwürfe aufgestellt und viele Abänderungsanträge gestellt. Eine auf dem Erfurter Parteitag, Oktober 1891, gewählte Kommission von 21 Mitgliedern stellte auf Grund des ganzen Materials einen neuen Entwurf fest, den sie einstimmig dem Parteitag zur Annahme empfahl. Dieser sah von einer Diskussion ab und nahm einstimmig das Programm an, das lautet:

Programm der Socialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismässig kleinen Zahl von Kapitalisten und Grossgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Grossbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Grossgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer grösser wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, dass die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Grossgrundbesitzer — in den Besitz des Produktes der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in socialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, dass der Grossbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloss des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewussten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Socialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmässig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Socialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewussten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Socialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloss die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen, fordert die Socialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über zwanzig Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte ausser im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. (Siehe „Militarismus“.)
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäusserung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen. (Siehe „Frauenfrage“ und „Frauenarbeit“.)
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden. (Siehe „Erziehung“.)
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hülfeleistung einschliesslich der Geburtshülfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung. (Siehe „Apotheken“.)
10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Massnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. (Siehe „Steuern“ und „Erbschaftssteuern“.)

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Socialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage (siehe „Arbeiterschutzgesetzgebung“):

a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages. (Siehe „Normalarbeitstag".)
b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren. (Siehe „Kinderarbeit".)
c) Verbot der Nachtarbeit, ausser für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
e) Verbot des Trucksystems.

2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene. (Siehe „Arbeitsamt" und „Arbeitskammern".)
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit massgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung. (Siehe „Arbeiterversicherung".)

Prostitution. Allgemein wird zugegeben, dass die Prostitution ein Uebel ist, dass dieses Uebel in rapidem Zunehmen begriffen ist; aber über den Ursprung desselben und seine Notwendigkeit sind die Ansichten so verschieden, wie nur denkbar. Während die liberalen Oekonomen die Notwendigkeit der Prostitution behaupten und aus der Geschichte zu beweisen suchen, wird sie von den Socialisten nur als eine notwendige Begleiterscheinung der auf Privateigentum beruhenden Gesellschaftssysteme bezeichnet, mit dessen Aufhebung sie gleichfalls verschwinden würde.

In der Ehe findet der Geschlechtstrieb seine Befriedigung oder sollte sie wenigstens finden; denn in vielen Fällen ist die Ehe nur für die Frau eine monogamische, während der Mann schon vorher polygamisch gelebt hatte und so zu leben fortfährt. Nun wird aber unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen die Eheschliessung für diejenige Klasse, die am meisten von der Prostitution Gebrauch macht, immer schwieriger; sie wird entweder ganz unmöglich oder ihr Zeitpunkt ein immer späterer. Es sehen sich also die Angehörigen dieser Klasse in immer grösserer Zahl zur Befriedigung ihres Geschlechtstriebes immer längere Zeit auf die Prostitution angewiesen. Die natürliche Folge dieser Ehehindernisse ist die Zunahme der Prostitution. Sind es die gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Männer der besitzenden Klasse zum Prostituieren, so sind es wiederum die gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Frauen der nichtbesitzenden Klasse zum Sich-prostituieren-lassen treiben. Mit einem Worte, die unnatürliche Verteilung des Volkseinkommens führt zur Prostitution. Sie ist die wahre Tochter der Armut und des Luxus und muss in dem

Masse zunehmen, wie die materielle Not auf seiten der arbeitenden Klasse zunimmt. Ein sociales Uebel, finden wir bei ihr alle die Erscheinungen der Ausbeutung des Schwachen durch den Starken, des nicht besitzenden Arbeiters durch den besitzenden Kapitalisten wieder. Der grössten Mehrzahl nach gehören die Prostituierenden der letzteren, die Prostituierten der ersteren Klasse an. Wird der Arbeiter des Profites wegen, so die Arbeiterin des Genusses wegen ausgebeutet, und hier wie da ist das Geld die vermittelnde Form des Austausches. In den durchaus unzureichenden Löhnen der Frauenarbeit ist die Ursache dafür zu suchen, dass viele Frauen der Prostitution sich hingeben müssen. Das durch die Prostitution erworbene Geld ist der „Lohnzusatz", der zum Lebensunterhalt notwendig ist. Die Prostitution ist die einzig mögliche komplementäre Erwerbsmethode. Daher sagt man in Rheims oder Sedan, wenn eine Arbeiterin geputzt die Fabrik verlässt: elle va faire son cinquième quart de journée. Mit der immer zunehmenden Verdrängung der Männerarbeit in der Industrie durch die Frauenarbeit muss daher auch die Zahl der auf die Prostitution angewiesenen Frauen wachsen. Werden nun durch eine der immer schneller sich wiederholenden Krisen tausende von Arbeiterinnen brotlos, so bleibt auch diesen nichts Anderes übrig, wenn sie nicht Hungers sterben wollen, als in die Reihen der grossen Prostitutiertenarmee zu treten. Verschärfend wirken diese das ganze Gesellschaftsleben bis in seine Tiefen erschütternden periodischen Revolutionen noch durch den Umstand, dass die Ehefrequenz infolge Erwerbslosigkeit der Arbeiter unter diesen ganz bedeutend abnimmt.

Dies sind in Kürze nach socialistischer Ansicht die Ursachen der Prostitution. Kann man dies unsere moderne Kultur so flammend brandmarkende Uebel heilen und wie? Dies ist die Antwort der Socialisten. In der heutigen Gesellschaft mit ihrer Verschärfung der Gegensätze zwischen Reich und Arm, ihrem zehnjährigen Cyklus von Blüte der Industrie, Ueberproduktion und Krisis, ihrem Ersatz geschickter durch ungeschickte Hände, der Männer- durch Frauen- und Kinderarbeit, ihrer Ausbeutung des social schwächeren Weibes, ihrer fortwährenden Vergrösserung der industriellen Reservearmee, ihren Hungerlöhnen, ist allerdings die Vertilgung der Prostitution unmöglich. Weder polizeiliche, noch religiöse, noch irgendwelche andere Mittel können im geringsten nützlich sein. Wenn es so verkehrt ist, die Symptome des Uebels statt das Uebel selbst zu bekämpfen, so thöricht ist auch der Kampf mit der Prostitution, die nur symptomatische Bedeutung hat. Nur die vollständige Revolution der heutigen Gesellschaftsordnung und ihrer Neugründung auf kollektivistischer Basis mit der vollständigen Gleichberechtigung der Frau wird im stande sein, die Prostitution, die nicht nur Hunderttausende von Jungfrauen auf dem Altar des Privateigentums opfert, sondern auch durch die mit ihr entstehenden Krankheiten den gesundheitlichen Ruin der ganzen Gesellschaft droht, zu vernichten.

Proudhon, Pierre Joseph, geboren am 15. Januar 1809 zu Besançon, gestorben zu Passy, einer Vorstadt von Paris, am 19. Januar 1865. Nachdem er seine Kindheit und erste Jugend in grosser Armut zugebracht,

infolgedessen auch eine mangelhafte Erziehung, deren Lücken ganz auszufüllen ihm nie gelungen ist, genossen hatte, mit dem neunzehnten Jahre Schriftsetzer geworden war und neben seiner anstrengenden Thätigkeit seine Studien aufs eifrigste fortgesetzt hatte, gelang es ihm, die Pension Juard von der Akademie zu Besançon 1838 zu erhalten. Als Preisschrift verfasste er 1839 den „Discours sur la Célébration du dimanche", ohne indes den Preis zu erhalten. Ein Jahr später veröffentlichte er sein berühmtes Werk „Qu'est-ce que la propriété?" zu Paris, wohin er sich zu diesem Zwecke begeben hatte. Da sein Buch von der Presse totgeschwiegen wurde, sah er sich genötigt, eine Sekretärstelle bei einem Richter anzunehmen. April 1841 erschien die zweite und Juni 1842 die dritte Schrift über das Eigentum, welche ihm eine gerichtliche Verfolgung zuzog. Durch seinen Freund Gauthier erhielt Proudhon 1843 eine Anstellung in dessen Schiffahrtsgeschäft zu Lyon, die er aber, um sich vollständigste Freiheit zu sichern, 1847 wieder aufgab. Oktober 1846 erschien sein zweites Hauptwerk, die „Contradictions économiques". Oktober 1847 siedelte er von Lyon nach Paris über und lebte dort bis zur Februarrevolution ganz wissenschaftlichen Studien, da seine Volksbankvorschläge nirgends Beachtung fanden. Nach der Revolution liess er die Zeitung „Le représentant du peuple" erscheinen. Am 4. Juni wurde er in die Nationalversammlung gewählt, in der er am 31. Juli seine berühmte Rede hielt. Er führte hier aus, dass das Recht auf Arbeit nichts anderes sei als die Unentgeltlichkeit des Kredits, seine Lieblingsidee, und dass zu deren Verwirklichung nur eine Volksbank nötig sei. Proudhon übte in dieser Zeit einen grossen Einfluss auf die französischen, besonders aber Pariser Arbeiter aus. Er gründete der Reihe nach vier Zeitungen: „Le représentant du peuple" vom April bis September 1848; „Le peuple" vom 1. September 1848 bis 1. Oktober 1849; „La voix du peuple" vom 1. Oktober 1849 bis 1. Juli 1850; „Le peuple" vom 1. Juli 1850 bis Ende 1850. Januar 1849 forderte er die Arbeiter zur Gründung einer Volksbank auf. Die Sache kam zu stande, ging aber nach einiger Zeit wieder ein, da Proudhon, der Direktor und die Seele des Unternehmens, zu Gefängnis verurteilt, die Leitung niederlegen musste. Ein Angriff auf Napoleon brachte ihn auf drei Jahre, vom 4. Juni 1849 bis 4. Juni 1852, ins Gefängnis. 1858 liess er „De la justice" erscheinen, durch das er wiederum in Konflikt mit der Staatsgewalt kam. Um sich den gegen ihn erkannten drei Jahren Gefängnis zu entziehen, entfloh er nach Brüssel, wo er bis Ende 1862 sich aufhielt. Seitdem lebte er bis zu seinem Tode zu Paris.

Eigentumstheorie. Die Definitionen des Eigentums in der Konstitution von 1793 wie im Code Napoléon 544 gehen auf die Definition des römischen Rechts zurück; sie definieren es als das Recht, seine Sache zu gebrauchen und zu missbrauchen, soweit es die ratio juris zulässt. Die Erklärung der Menschenrechte hat das Eigentum zur Freiheit, Gleichheit, Sicherheit gesellt, obwohl es, nur als Möglichkeit für die meisten Bürger existierend, kein natürliches, sondern ein antisociales Recht ist. Eigentum und Gesellschaft sind zwei Dinge, die sich aufs schärfste wider-

sprechen. Man hat durch vier Theorieen versucht, das Recht des Eigentums zu begründen: 1. durch Occupation; aber die Occupation stellt mich nur so lange als Eigentümer hin, als es niemand bezweifelt. Sobald dies eintritt, bin ich nur Besitzer oder Nutzniesser und als solcher für den Gebrauch des Bodens der Gesellschaft verantwortlich. Die Erde kann überhaupt nicht Privateigentum werden, da sie zu unserer Erhaltung so notwendig ist, wie Luft, Licht und Wasser. Da sie aber nur von begrenzter Ausdehnung ist, muss ihr Gebrauch durch die Gesellschaft zum Nutzen aller geordnet werden. — 2. Durch Arbeit; aber durch sie kann nur ein Anrecht auf die Produkte der Arbeit, nie aber ein solches auf den Grund und Boden selbst konstruiert werden. — 3. Durch allgemeine Einwilligung; aber der Mensch kann nicht auf Arbeit und Freiheit verzichten. Nun würde aber das Recht des Privateigentums anerkennen heissen, auf Arbeit, ein natürliches Recht, zu verzichten, was unmöglich ist. — 4. Auf das positive Gesetz, z. B. durch Verjährung; aber es ist unmöglich, Besitz, selbst nicht durch die längste Reihe von Jahren, in Eigentum zu verwandeln, da dann ein Recht ohne wirkende Ursache bestehen könnte. Ordnung und Sicherheit forderten Garantie des Besitzes, aber nicht das Eigentum.

Aber zugegeben, die Arbeit gibt ein Eigentumsrecht auf den Stoff, warum gilt das Princip nicht mehr heute in seiner ganzen Ausdehnung? Der Arbeiter bewahrt, selbst nachdem er seinen Lohn empfangen hat, ein natürliches Eigentumsrecht auf die Sache, die er produziert hat. Ausser seiner wirklichen Subsistenz muss er in seiner Produktion eine Garantie seiner zukünftigen Existenz finden. Wenn nun der Arbeiter Eigentümer des Wertes ist, den er schafft, so folgt daraus, dass er auf Kosten des müssigen Eigentümers erwerben muss und, der kollektive Charakter der Produktion vorausgesetzt, dass er im Verhältnis zu seiner Arbeit an den Produkten teil nehmen muss, und dass kein Kapital Privateigentum sein kann. In der Gesellschaft müssen alle Löhne gleich sein; das von St. Simon aufgestellte Princip: einem jeden nach seiner Fähigkeit, einer jeden Fähigkeit nach ihren Werken, ebenso wie das Fouriers: einem jeden gemäss seinem Kapital, seiner Arbeit und seinem Talent, ist falsch. Die beschränkte Quantität des zu verarbeitenden Stoffes beweist die Notwendigkeit, die Arbeit durch die Anzahl der Arbeiter zu teilen; die Fähigkeiten, welche allen gegeben sind, eine sociale Aufgabe zu erfüllen, das heisst ein gleiches Werk, und die Unmöglichkeit, einen Arbeiter anders als mit dem Produkt eines anderen zu bezahlen, rechtfertigen die Gleichheit der Erträge. Gerade die Ungleichheit der Arbeiten in Bezug auf ihre Schwierigkeit erfordert Ungleichheit der Beanlagung bei den Menschen, die ihre Belohnung in der Schwierigkeit ihrer Arbeit finden. Dies die Gedanken, die Proudhon im ersten Teil seiner Schrift „Qu'est-ce que la propriété?“ darstellt; der zweite ist dem mathematischen Beweis gewidmet, dass das Eigentum unmöglich ist und deshalb weder wahr noch nützlich, noch gerecht sein kann. Der Leser soll in den Proportionen der Zahlen die synthetische Einheit der Philosophie und der Wissenschaften sehen. Er greift das Eigentum jetzt durch den Kalkul an; er

beweist, dass es physisch und mathematisch unmöglich ist. Ohne ihm durch alle seine Beweise hindurch zu folgen, deren Mathematik oft eine sehr wunderbare ist, begnügen wir uns mit der Darstellung des einen Beweispunktes: das Eigentum ist unmöglich, weil es für nichts etwas fordert. Die Prüfung dieses Satzes ist die Untersuchung des Ursprungs der Grundrente. Nach Ricardo ist die Grundrente nichts Anderes als der Ueberschuss des Produkts des fruchtbarsten Landes über das Produkt des Landes geringerer Güte. Wie kann aber aus der verschiedenen Güte der Länder ein Recht auf das Land selbst entstehen? Wie können die Verschiedenheiten des Humus ein Princip der Gesetzgebung und Politik erzeugen? Zwischen Eigentümer und Pächter gibt es keinen Austausch von Werten oder Diensten, da die Erde nach Proudhon kein produktives Instrument ist, also auch der Eigentümer, da weder er selbst noch sein Instrument produziert, keine Produkte zum Austausch beibringt. Die Grundrente ist also weiter nichts als ein Herrschaftsrecht, eine Erpressung, die allein auf Betrug und Gewalt einerseits, Schwachheit und Unwissenheit auf der andern sich gründet. Der Eigentümer ist entweder ein Parasit oder ein Dieb. Wenn also das Eigentum nur als Recht existieren kann, ist es unmöglich. — Für die Unmöglichkeit des Eigentums führt er dann noch folgende Gründe an: weil dort, wo es anerkannt ist, die Produktion mehr kostet, als sie wert ist; weil auf ein gegebenes Kapital die Produktion der Arbeit, nicht dem Eigentum proportional ist; weil es menschenmörderisch ist; weil durch sein Bestehen die Gesellschaft sich zu Grunde richtet; weil es die Mutter der Tyrannei ist; weil durch Verzehrung dessen, was es empfängt, es dies zu Grunde richtet, durch Aufsparung vernichtet, durch Kapitalisierung gegen die Produktion richtet; weil seine Accumulationskraft unendlich ist und nur auf endliche Quantitäten wirkt; weil es gegen das Eigentum machtlos ist; weil es die Negation der Gleichheit ist.

Werttheorie. Proudhon unterscheidet zwei Seiten des Wertes, den Gebrauchswert (valeur en soi, valeur d'usage) und den Tauschwert (valeur en échange, valeur d'opinion). Wie wird nun der Gebrauchswert zum Tauschwert? Da der Mensch nicht alle seine Bedürfnisse selbst befriedigen kann, so schlug er seinen Nebenmenschen vor, den Ueberschuss ihrer Produktion mit dem seinen auszutauschen. Dieser Austausch findet durch den Handel statt. Dies die Geschichte der Entstehung des Tauschwertes, die leider zur Erklärung des Tauschwertes die Teilung der Arbeit, d. h. die Existenz des Tauschwertes selbst, voraussetzt. Je mehr nun aber der Mensch an Gebrauchswerten produziert, um sie auszutauschen und so sich eine reichere Befriedigung seiner Bedürfnisse zu verschaffen, desto mehr werden sie verbilligt. Wird hier der Produzent getroffen, so umgekehrt der Konsument bei Teuerungen. In technischen Ausdrücken heisst dies: der Gebrauchswert und der Tauschwert, beide für einander notwendig, stehen im umgekehrten Verhältnis zu einander. Sie bleiben verhängnisvoll aneinander gekettet, obwohl sie fortgesetzt danach streben, sich einander auszuschliessen. Dieser erstaunliche Gegensatz, in dem die Oekonomisten gewohnheitsgemäss nur etwas sehr einfaches sehen, birgt in

sich ein tiefes Geheimnis, in das Proudhon eindringen will. Er begnügt sich aber damit, die Notwendigkeit dieser Kontradiktion zu konstatieren, ohne eine chimärische Erklärung zu suchen. Nun urteilt ein jeder aber als freier Käufer über die Nützlichkeit des Produkts und die Höhe des Preises, den er zahlen will; auf der anderen Seite aber steht der freie Produzent, ist Herr über die Produktionsmittel und daher im stande, die Kosten zu reduzieren. So wird die Willkür zwangsweise in den Wert gebracht und lässt ihn zwischen Nützlichkeit und Meinung oscillieren. Der Fehler der Socialisten ist es, auf Grund dieser Oscillation die politische Oekonomie zu verleumden, ihren Charakter als Wissenschaft zu bestreiten, der der Oekonomisten, die Inkommensurabilität der Werte als absolutes Gesetz des Handels zu behaupten und damit auch die Ungleichheit der Vermögen. Aber gerade dieser antinomische Charakter des Wertes ist das authentische Zeichen seiner Konstitutionalität, seiner eminent harmonischen und bestimmbaren Natur. Auch zeigt sich in der ökonomischen Bewegung der Gesellschaft die Tendenz, den Wert zu konstituieren und zu fixieren. Angebot und Nachfrage sollen nach der politischen Oekonomie die einzige Regel der Austäusche sein, sie sind aber nichts als cermonielle Formen, die dazu dienen, den Gebrauchswert und Tauschwert einander gegenüber zu bringen und ihre Versöhnung hervorzurufen. Sie sind die beiden elektrischen Pole, deren Berührung den Austausch erzeugt. Es gilt also, das Mass des Wertes zu finden. Wir können uns nun den Reichtum als eine Masse vorstellen, in die neue Elemente ohne Aufhören eintreten und sich nach verschiedenen Proportionen, aber nach einem bestimmten Gesetz kombinieren; der Wert ist das proportionelle Verhältnis, nach dem ein jedes dieser Elemente einen Teil des Ganzen bildet. Unter dem Mass der Werte darf man also nicht einen Masstab, eine Art anfänglicher Einheit verstehen, sondern die Beziehung, welche aus ihrer Vergleichung resultiert. Da nun diese Beziehung ihr Gesetz und diese Vergleichung ihr Princip hat, so sucht Proudhon das Gesetz, nach dem sich die Produkte im socialen Reichtum in Proportion setzen. Die Bewegung, durch welche sich diese Kombination vollzieht, ist der Austausch, und die Arbeit ist es, welche alle Elemente des Reichtums produziert und sie zugleich in ihren letzten Molekülen gemäss einem Gesetz variabler, aber bestimmter Proportionalität kombiniert. Es ist die Arbeit, welche die Materie des Reichtums bewegt und in Proportion setzt. Die gesellschaftliche Gerechtigkeit ist nichts Anderes als die Proportionalität der Werte, die zur Garantie und Sanktion die Verantwortlichkeit der Produzenten hat. Die Gesellschaft weiss, wie viel Arbeitszeit ein Produkt kostet, und dass alle diese Produkte durch das Anwachsen der Kosten die Progression des Reichtums bilden. Sie wird daher mit der Produktion der wenigst kostspieligen, notwendigsten Dinge beginnen und dann erst die anderen folgen lassen, die Luxusgegenstände. Die Arbeit selbst wird durch die Zeit gemessen. Der Einwand Says, dass die Arbeit eine Ware, wie andere, und es daher ein Zirkel sei, sie zum Princip des Wertes zu machen, wird so widerlegt, dass der Ausdruck „Wert der Arbeit“ nur ein figürlicher ist, eine Anticipation der Ursache auf die Wirkung hin. Die Arbeit ist eine

vage Sache, die keinen Wert hat und Realität erst durch das Produkt gewinnt. Der Effekt der Arbeit ist es, unaufhörlich die Seltenheit und die Meinung als konstitutive Elemente des Wertes zu eliminieren und die natürlichen utilités in messbare oder sociale umzusetzen. Der Wert ist also die Beziehung der Proportionalität der Produkte, welche den Reichtum bilden. Was man gewöhnlich den Wert eines Produktes nennt, ist eine Formel, die in Münzzeichen das Verhältnis dieses Produktes im allgemeinen Reichtum darstellt.

Diese Theorie des Masses oder der Proportionalität der Werte ist die Theorie der Gleichheit und jede unproduktive Verzehrung ist im Grunde nur ein Einbruch in dieses Gesetz. Dieser konstituierte Wert setzt notwendigerweise die Nützlichkeit und Käuflichkeit voraus; ohne die erstere wäre das Produkt nicht austauschbar, ohne die letztere wäre es ein non-valeur. In dem konstituierten Werte haben sich Gebrauchs- und Tauschwert zu einem höheren Ganzen vereinigt. Es ist also jedes Produkt ein repräsentatives Zeichen der Arbeit, deshalb kann jedes Produkt gegen ein anderes ausgetauscht werden. Auch das Geld ist nichts als eine solche andere Ware. Der ökonomische Grund, weshalb Gold und Silber die specielle Funktion des Geldes angenommen haben, ist bisher von der Oekonomie nicht gefunden! Erst Proudhon ist es nach seiner eigenen Angabe geglückt: der Wert von Gold und Silber hat sich zuerst konstituiert. In der patriarchalischen Zeit werden Gold und Silber noch als Barren ausgetauscht; aber bald bemächtigen sich die Souveräne derselben und drücken ihr Siegel auf sie. Aus dieser souveränen Weihe (consécration souveraine) entsteht das Geld. Der Wert des Goldes und Silbers, soweit es gemünzt wird, hat, obwohl er vielleicht nicht rigorös festgesetzt ist, nichts Willkürliches mehr. Er unterliegt keiner Entwertung, wie andere Waren. Die Oekonomen, sagt er, erklären sehr gut die Theorie des Wertmasses z. B. beim Geld, aber bei den anderen Waren wollen sie nicht einsehen, dass sie ebensogut, wenn nicht thatsächlich, so doch wenigstens rechtlich annehmbar sein sollten, wie Geld. Sobald die Menschheit erkannt hat, dass alle Produkte der Arbeit einem Mass unterworfen sein müssen, welches sie in gleicher Weise austauschbar macht, beginnt sie im Gold und Silber den Akt der Konstitution des Wertes; aber jeder Handelswert muss zu einer exakten und rigorösen Bestimmung gelangen.

Jede Arbeit muss einen Ueberschuss lassen, das ist das Corollar des Gesetzes der Proportionalität. Aber im Sinne der politischen Oekonomie bedeutet das nur, dass wir ein geheiligtes konstitutionelles Recht erworben haben, den Nächsten zu bestehlen. Dies Princip, dass jede Arbeit einen Ueberschuss lassen müsse, ist weit entfernt, sich für die ganze Welt zu realisieren. Während die Produktivkraft sich so enorm gesteigert hat, gibt es überall Leute, die geniessen, andere, die entbehren; Individuen, welche verzehren, aber nicht produzieren; Individuen, welche produzieren, aber nicht verzehren. Diese Ungerechtigkeit kann nur vermieden werden, wenn die Arbeit jedes Menschen nicht mehr kaufen kann, als den Wert den sie einschliesst, und dieser Wert ist den Diensten der anderen Ar-

beiten proportional. Der Arbeitstag muss nur den Arbeitstag, nicht mehr und nicht weniger bezahlen. Diese Ungleichheit im Tausch ist die mächtigste Ursache des Elends. Jedes Produkt muss so viel wert sein, als es kostet . . .

Mutualität, Tauschbank. In der Theorie der Mutualität oder des Mutuums, d. h. des Tausches in der Natur, dessen einfachste Form das Konsumtionsdarlehen ist, ist vom Gesichtspunkte des Kollektivwesens die Synthese der beiden entgegengesetzten Ideen des Eigentums und der Gemeinschaft gefunden. Das Eigentum ist in der heutigen Gesellschaft nichts durch sich selbst, es ist nur noch ein Privileg auf die Cirkulation, gleich dem Zolle auf dem Flusse. In der heutigen Gesellschaft gibt es zwei Klassen, die Eigentümer, Kapitalisten und Unternehmer einerseits, und die Lohnarbeiter andererseits; beide zusammen bilden einen eng geschlossenen Organismus, der aber an Mangel an Gleichgewicht leidet. Woher dies? Die Kapitalistenklasse verwandelt ihr Geld in Ware, die Arbeiter erhalten Löhne und Geld für Waren. Dann verwandelt die Kapitalistenklasse ihre Waren wieder in Geld, indem sie den Arbeitern diese Waren wiederverkauft, aber 10 % Gewinn darauf schlägt. Die Arbeiter können das natürlich nicht bezahlen; sie müssen daher ein Anlehen machen, das von Jahr zu Jahr durch die Kapitalisation des Zinses anwächst. So führt also unser gegenwärtiges Kreditsystem entweder zum Elend der Arbeiter oder zum Ruin des Kapitalisten. Es bedarf daher einer allgemeinen Reform. Das Geld ist der Despot der Cirkulation und muss daher zunächst vernichtet werden. Darauf gründet sich Proudhons Tauschbank, die ausser einer 25prozentigen Herabsetzung der Löhne und Preise allein die sociale Rettung gewähren kann. Der Zweck dieser Bank ist, jedem Mitgliede ohne Mithülfe baren Geldes alle Produkte, Lebensmittel, Dienste oder Arbeiten zu verschaffen. An Stelle des Geldes bedient sich die Bank eines gesellschaftlichen Papiers, das die persönlichen Verbindlichkeiten der Gesellschaftsmitglieder und die von ihnen eingelieferten Produkte darstellt. Die Emission dieses Papieres kann nie schwindelhaft übertrieben werden, ebensowenig ist Entwertung desselben möglich, weil die Produkte als Pfand in den Händen der Gesellschaft liegen. Die Tauschscheine können jederzeit bei der Bank gegen Waren, die Waren gegen Scheine ausgetauscht werden. Die Operationen der Bank sind: 1. Emission der Tauschscheine. 2. Diskontierung kaufmännischer Papiere. 3. Der Bestellungen. 4. Kauf und Verkauf von Konsignationen. 5. Offener Kredit gegen Kaution, gegen Hypotheken auch an Grundbesitzer. 6. Kostenfreie Zahlungen. 7. Kommandite. Nur die Mitglieder der Tauschbank geniessen diese Vorteile.

Die Vorteile, die nach Proudhon aus der Errichtung einer Tauschbank entstehen, sind bei der Cirkulation eine Ersparnis von 400 Millionen, die bei Anwendung des Geldes als Cirkulationsmittel in Gestalt von Zins, Kommission u. s. f. an den Kapitalisten gezahlt werden. 2. Bei den hypothekarischen Schulden circa 1200 Millionen; diese Summe muss da wegfallen, wo der Austausch der Produkte ohne das Dazwischentreten des Geldes durch ein Bankpapier vermittelt wird.

Die Tauschbank kam nie zu stande; doch gründete Proudhon 31. Januar 1849 auf eigene Hand eine Volksbank P. J. Proudhon & Cie. und forderte die Arbeiter zur Beteiligung auf. Die Grundlagen der Volksbank waren dieselben, wie bei der Tauschbank: Unentgeltlichkeit des Kredites und direkter Austausch der Produkte gegen Produkte, ohne Vermittlung des Geldes, oder nur gegen Cirkulationsbons. Am 11. Februar ward die Volksbank eröffnet und die Zahl der Adhärenten war schon auf 12000 gestiegen, der gezeichnete Aktienbetrag auf Fr. 36000, als Proudhon am 28. März 1849 wegen zweier Artikel im „Peuple" zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er sah sich infolgedessen zur Auflösung der Bank veranlasst.

Anarchie. Hegelisierend behauptet Proudhon: die Gemeinschaft ist das erste Glied der Entwicklung (These), das Eigentum, der Gegensatz derselben (Antithese), das zweite; es muss nun das dritte Moment (Synthese) entdeckt werden, um die Frage zu lösen. Die Nachteile des Kommunismus sind so evident, der Zwang, in den er die Persönlichkeit schnürt, so gross, dass man ihn immer verdammt hat. Andererseits aber verletzt das Eigentum die Gleichheit durch das Recht der Ausschliessung und durch den Despotismus. Das Eigentum und Königtum gehen ihrem Untergange entgegen; es hat die bürgerliche Gesellschaft die Ordnung in der Anarchie zu suchen. Die dritte synthetische Form der Gesellschaft ist die Freiheit. Sie ist Gleichheit, weil sie nur in der Gesellschaft und ohne Gleichheit keine Gesellschaft existiert. Sie ist Anarchie, weil sie die Herrschaft der Willkür nicht zulässt, sondern bloss die Autorität des Gesetzes, d. h. die Notwendigkeit. Während das heutige Regierungssystem nur dazu da ist, die Vorrechte der besitzenden Klassen aufrecht zu halten, bedarf es, sobald Proudhons ökonomische Theorieen durchgeführt sind, seiner Ansicht nach keiner Autorität mehr. An die Stelle der Gesetze treten freie, gegenseitige Verträge (Mutualismus), die von den Mitgliedern der einzelnen wirtschaftlichen Gruppen, die sich völlig frei zusammengeschlossen haben, auf der Grundlage des freien Austausches der Produkte und des unentgeltlichen Kredites geschlossen werden. Da alle Menschen frei und gleich sind, daher die Gesellschaft ihrer Bestimmung nach autonom ist, bedarf es, sobald nur die socialen Funktionen in harmonischer Wirkung sind, keiner Regierung. Es herrscht freie Ordnung.

Die Anarchie soll sich nun von selbst aus den socialen Reformen entwickeln. Diese sind: 1. Die Bank von Frankreich wird ein öffentlichnützliches Institut, der Zins auf $\frac{1}{2}$—$\frac{1}{4}$ % herabgesetzt. 2. Die Staatsschuld wird getilgt. 3. Der Zins wird für alle Privatschulden auf $\frac{1}{2}$—$\frac{1}{4}$ % herabgesetzt. 4. Die Commune wird Eigentümerin aller Mietshäuser. Jede Mietezahlung des Mieters gilt als eine Abschlagszahlung auf das Eigentum, welches gleich dem zwanzigfachen Mietpreis festgesetzt wird. Ist das Haus so zurückbezahlt, geht es an die Commune über. 5. Dasselbe soll beim Grundeigentum eintreten, nur dass hier die Hälfte des Grundstückes an die Commune, die andere an den Pächter fällt. In Bezug auf die Organisation der Arbeit tritt die freie Association nur da ein, wo eine beträchtliche Kollektivkraft erfordert ist, sonst nicht. Ausserdem wird natürlich der Wert konstituiert. Die Produzenten verpflichten sich, die Produktions-

kosten genau anzugeben, wofür ihnen eine genügende Anzahl von Bestellungen garantiert wird. Alle Zölle werden abgeschafft, ebenso die Justiz und der Kultus von Staats wegen. Die Religion wird zur Privatsache eines jeden erklärt.

Da aber die Theorie der Anarchie ein unausführbares Ideal ist, so hat Proudhon 1852 in der Schrift „Du principe fédératif" den Föderalismus für die einzig richtige Staatsform erklärt. Die politische Ordnung beruht nämlich nach ihm auf den zwei Principien der Autorität und der Freiheit, aus denen je zwei Herrschaftsformen, Monarchie und Panarchie (Kommunismus) aus der ersten, Demokratie und Anarchie aus der zweiten entspringen. Da aber alle vier als Ideale der Verwirklichung unfähig sind, so bleibt als das herrschende Princip noch der Vertrag übrig, auf dem der Föderalismus beruht. Föderation ist ein Vertrag, kraft dessen sich eine oder mehrere Gruppen von Communen oder Staaten für einen oder mehrere bestimmte Gegenstände verpflichten. Es läuft also die Reform darauf hinaus, Gruppen zu bilden und durch einen Föderalvertrag zu verbinden.

Man kann Proudhons ganze ökonomischen Ideen in das Schlagwort „Fédération agricole-industrielle", seine politischen in das „Fédération politique ou Décentralisation" zusammenfassen.

Op. Oeuvres complètes. 33 vol. Paris 1868—1876.

Queenwood Community ist der Name einer 1841 nach den Principien Owens in England gegründeten kommunistischen Gemeinde, die bis 1846 existiert hat. In der Grafschaft Hants wurden grössere Ländereien gepachtet und in Tytherly wurde von dem berühmten Architekten Hansom ein stattliches Gebäude, „Queenwood Hall", errichtet. Das durch Beiträge wohlhabender Privatleute und socialistischer Gesellschaften, die in vielen Städten bestanden, zusammengebrachte Gründungskapital wurde von Owen, der zur erfolgreichen Durchführung des Experiments fünf Millionen Mark für erforderlich hielt, als unzulänglich bezeichnet. Er gab deshalb nur mit Widerstreben seine Einwilligung zu dem Unternehmen, das von seinen eifrigen Anhängern ausging. Als man mit der Ausführung aber einmal begonnen hatte, liess er sich bestimmen, die Leitung zu übernehmen, um die Kolonisten durch das Ansehen seines Namens und seine reiche Erfahrung zu unterstützen. Er verzichtete auf dieselbe aber bereits 1842, worauf ein gewisser Finch ihm folgte. Als er 1843 jedoch wieder gewählt wurde, hielt er sich für verpflichtet, für das bereits in Schwierigkeiten geratende Unternehmen mit voller Kraft einzutreten. Doch konnte weder er, noch seine Nachfolger, William Pare und John Buxton, es vor dem Zusammenbruch retten. Finanzielle Schwierigkeiten stellten sich bald ein; da das Gründungskapital nicht ausreichend war, hatte man Kredit genommen. Von vielen wurde auch die Auswahl der Ländereien als unglücklich bezeichnet, der Boden sollte unfruchtbar, die Kommunikationswege schlecht, der Markt für den Absatz der Produkte zu weit entfernt sein. Mit der Not entstanden innere Streitigkeiten. Schliesslich legten die Gläubiger ihre Hand auf das Vermögen der Kolonie. Die übrig gebliebenen Mitglieder derselben wurden exmittiert, „Harmony Hall" wurde in der „Times" zum Verkauf ausgeboten, wobei angedeutet

wurde, dass es sich besonders für eine Irrenanstalt eigne. Ein unangenehmes Nachspiel fand statt im Chancery-Gerichtshof, da die Liquidatoren der Forderung auf Rechnungsablegung den Einwand entgegensetzten, die Gesellschaft habe nie zu Recht bestanden, da sie contra bonos mores — zu unmoralischen Zwecken — gegründet wäre. „Der Gerichtshof weiss das ganz genau, mein gelehrter Bruder, — sagte der Richter zu dem so plädierenden Rechtsanwalt — was wir wünschen, ist die Rechnungsablegung über Einnahmen und Ausgaben während der Thätigkeit der Liquidatoren.“ Das Saldo musste gezahlt werden; die ganzen Aktiven reichten aber nicht einmal zur Befriedigung der bevorrechtigten Gläubiger.

Seit dieser Zeit hat man in England nicht wieder versucht, eine kommunistische Gemeinde zu gründen.

Rahaline, Name einer Ackerbau-Kolonie in Irland, die nach Owenschen Prinzipien organisiert war. John Scott Vandeleur war durch die Vorträge Owens in Dublin für seine Pläne gewonnen worden. Er gab seinen aus 618 Acres bestehenden Landbesitz für den Versuch einer Kolonie her, bedingte sich aber Pachtzins, Rückerstattung des von ihm vorgeschossenen Betriebskapitals und das Recht, ihm missliebige Mitglieder zu entlassen, aus. Von diesem Recht hat er aber keinen Gebrauch gemacht.

Der Versuch scheint einen bemerkenswerten Erfolg gehabt zu haben. Die Kolonie hatte eine durchaus demokratische Verfassung und erreichte bald einen Zustand hoher Blüte, der um so mehr auffiel, als früher dort entsetzliche Verhältnisse geherrscht hatten. Viel wurde wohl der geschickten Leitung von Mr. Craig verdankt. Dazu kam, dass alle Mitglieder mit Fleiss und Eifer arbeiteten, da sie ein direktes Interesse am Gedeihen des Gutes hatten. Die Kosten des Unterhaltes wurden ausserdem durch den Einkauf im Grossen, durch die gemeinsame Küche u. s. w. verringert. Geistige Getränke durften nicht in die Kolonie gebracht werden. Viel Wert wurde auf die Erziehung der Kinder gelegt.

Es war bereits in Aussicht genommen, das Eigentumsrecht an dem Gute zu erwerben, als nach wenigen Jahren der Prosperität das Unglück hereinbrach. Vandeleur war dem Spiel ergeben, er verlor durch dasselbe sein Vermögen und wurde flüchtig. Der Konkurs wurde eröffnet und das Gut erhielt einen neuen Eigentümer, der eine andere Betriebsweise vorzog. So fand diese Kolonie ein Ende.

Rapp, Georg, Gründer der blühenden kommunistischen Gemeinde der Harmonisten in Nordamerika, wurde im Oktober 1757 in Iptingen (Württemberg) als Sohn eines kleinen Weinbauern geboren. Als er dreissig Jahre alt war, begann er in seinem eigenen Hause vor einer kleinen Versammlung zu predigen. Die Verfolgungen der Geistlichkeit hatten nur den Erfolg, dass sich die Freunde Rapps zu einer besonderen Sekte zusammenschlossen, indem sie den ihnen von ihren Gegnern beigelegten Namen „Separatisten“ annahmen. Sie beschlossen im Jahre 1803, nach Amerika auszuwandern. Rapp segelte mit einigen Freunden zuerst hinüber, kaufte im Staate Pennsylvanien eine grössere Landstrecke und rief seine Genossen im nächsten Jahre zu sich. Die Leitung in Deutschland

hatte sich in der Zwischenzeit in den Händen seines Adoptivsohnes Friedrich befunden, der sich als überaus fähiger Organisator erwies. In zwei Gruppen von je 300 Seelen verliessen die Separatisten ihre Heimat, sie wurden bei ihrer Ankunft in Amerika von Rapp in Empfang genommen und an verschiedenen Orten angesiedelt. Mit den geschicktesten Arbeitern und Handwerkern begab sich Rapp nach dem erworbenen Lande, rodete die Felder, errichtete einfache Blockhäuser und rief im Anfange des Jahres 1805 seine Getreuen zu sich. Circa 700 Personen erschienen und gründeten am 15. Februar 1805 den Eintrachtsbund oder Harmony Society, wonach sie Harmonisten genannt wurden. Sie beschlossen feierlich, Gütergemeinschaft einzuführen, zusammen zu arbeiten, einfach zu leben und jedem aus dem Ertrage zu geben, was er brauche. Alle waren fleissig und genügsam, alle hatten gelernt zu arbeiten; so blühte ihre Gemeinde denn schnell empor. Sie bauten in den ersten Jahren eine Sägemühle, richteten eine Lohgerberei ein, pflanzten Weinstöcke und führten eine Schnapsbrennerei auf, deren Produkt sie selbst, aber nur ganz mässig genossen, jedoch in grossen Quantitäten an die Hinterwäldler und Trapper verkauften, welche das schwäbische Kirschwasser bald sehr hoch schätzten. Sie bauten Gerste, Weizen, Hafer, Roggen, Hanf, Flachs und Mohn, gewannen Wolle von Merino-Schafen, welche sie importierten, und zogen Obst und Gemüse jeder Art in ihren Gärten. Bald hatten sie die Wildnis in einen blühenden Garten verwandelt.

1809 entstand unter ihnen eine Bewegung zu Gunsten der Einführung des Cölibats, welche besonders von den jüngeren Mitgliedern ausgegangen sein soll. Es wurde nicht durch einen förmlichen Beschluss, sondern im Laufe der Zeit durch allgemeine Zustimmung allmählich eingeführt. 1814 verliessen sie ihren alten Sitz und gingen nach Indiana, wo sie sich im Wabash-Thale ansiedelten. Diesen Komplex verkauften sie 1824 an Robert Owen und kehrten nach Pennsylvanien zurück, wo sie sich in Economy, Beaver County, niederliessen.

Gegen die Aufnahme neuer Mitglieder haben sie sich nie ablehnend verhalten, sie haben aber meistens schlechte Erfahrungen damit gemacht. 1832 wurden sie von einem Abenteurer getäuscht, der eine Spaltung herbeiführte und mit der der Minorität ausgezahlten Summe, die seinen Händen anvertraut war, das Weite suchte. Verschiedene ausgetretene Mitglieder haben die Gemeinde auch in langwierige und kostspielige Prozesse verwickelt. Das Gedeihen der Gemeinde wurde dadurch aber nicht wesentlich beeinträchtigt, ihr Reichtum wuchs von Jahr zu Jahr, obwohl sie auf Anhäufung desselben nie Wert gelegt hatten. Zuletzt wurde es auf 40 Millionen, von Anderen auf 100 Millionen Mark geschätzt. Die Mitgliederzahl nahm aber immer mehr ab, nach dem letzten Bericht über die Gemeinde gehörten zu derselben nur noch circa 40 Personen, fast alle hochbetagte Greise und Greisinnen, die in heiterer Ruhe dem Ende ihrer Tage entgegensahen. „Vater Rapp“ war am 7. August 1847 im Alter von 90 Jahren verschieden, nachdem er 1834 bereits einen Teil der Verwaltungsgeschäfte in die Hände von R. L. Bäcker und J. Henrici gelegt hatte. Heute reichen die Arbeitskräfte der wenigen noch lebenden

Mitglieder nicht mehr zur Bewirtschaftung der grossen Anlagen aus, so dass sie eine grosse Zahl von Fremden beschäftigen, welche sich keine besseren Herren wünschen können. Doch haben die Harmonisten mit der Beschäftigung von Lohnarbeitern ihr eigentliches Princip verlassen und sind zu einer kommunistisch organisierten Unternehmergesellschaft geworden. Diese Aenderung ist aber nur durch die Verminderung ihrer Zahl, nicht durch innere Gründe herbeigeführt.

In den vierziger Jahren wurde die Kolonie von dem Herzog Bernhard von Weimar besucht, welcher erzählt, dass er die Gemeinde im Zustande hoffnungsvollsten Gedeihens angetroffen habe. Sie habe aus circa 1000 Mitgliedern bestanden, alle Häuser seien bewohnt und alle Werkstätten mit Arbeitern gefüllt gewesen. Er habe sich gewundert, dass diese Kommunisten, die doch zum grössten Teil aus schlichten württembergischen Bauern bestanden, ein schönes Museum und eine kostbare Gemäldesammlung besassen und der Pflege der Musik grosse Aufmerksamkeit widmeten. „Sechzig bis siebzig Mädchen," erzählte er, „waren in einem Fabrikraum um ihren ehrwürdigen Patriarchen versammelt und sangen in anziehendster Weise geistliche und weltliche Lieder. Tiefbewegt beobachtete ich diese interessante Scene. Die Fabriklokale und Werkstätten wurden im Winter vermittelst Röhren geheizt, die mit der Dampfmaschine in Verbindung standen und von ihr mit Dampf gespeist wurden. Alle Arbeiter hatten ein sehr gesundes Aussehen und gewannen meine Sympathie durch die warmherzige Freundlichkeit, mit welcher sie ihr Oberhaupt, den alten Rapp, grüssten. Es berührte mich auch sehr angenehm, dass ich auf allen Maschinen Vasen mit frischen, wohlriechenden Blumen stehen sah. Die Reinlichkeit, welche überall herrschte, war eines vollen Lobes wert." Ein späterer Besucher erzählt uns, dass jeder gern in dem freundlichen, regelmässig angelegten Dorfe verweilen müsse. „Grüne Weinberge umranken die niedlichen Häuser, die Strassen werden von Zierbäumen beschattet und prächtige Alleen laufen das Flussufer entlang. Jedes Haus hat seinen Garten, zur gemeinsamen Benutzung aber ist der „Gemeindegarten", der besser als Park bezeichnet wird, bestimmt. Hier findet man schöne Blumenbeete, sorgfältig gepflegte, gewundene Pfade, einen Springbrunnen, Zier- und Obstbäume, und im Centrum, als dem Glanzpunkt von allem, eine Grotte, die wohl ein rauhes, von der Kunst nicht verschönertes Aeussere trägt, aber in ihrem Innern einen zierlichen, freundlichen Tempel birgt. Damit hat man symbolisieren wollen, dass des Menschen Herz besser wie sein Aeusseres sei. Eine fernere Zierde besitzt das Dorf in seinem Rundhaus, das in einem Irrgarten so sorgfältig versteckt ist, dass der Besucher stundenlang, auf den sich überall kreuzenden, hin- und zurückführenden, von hohen Hecken umsäumten Pfaden fortwandernd, suchen kann, bis er zum Mittelpunkte, dem Rundhause, gelangt. Schlicht und einfach gehen diese Millionäre einher. Freundlich grüssen sie den Fremden und in würdigster Weise heissen sie ihn willkommen im gastlichen Economy. Wohlthuend wird man berührt von dieser Höflichkeit, die wahr ist, weil sie von Herzen kommt, und erhöht wird dieser angenehme Eindruck noch durch die Wahrnehmung, dass die schätzbarsten

Tugenden ihre Wohnstätten in diesem stillen Dörfchen aufgeschlagen haben. Sparsamkeit, Fleiss, strengste Rechtschaffenheit, Gastfreundschaftlichkeit, Wohlthätigkeit, Keuschheit in Wort und That, das sind Eigenschaften der Harmonisten, für die sie rückhaltloses Lob verdienen. Sie besitzen eine Ruhe des Charakters, eine Ergebung in Gottes Ratschlüsse und einen felsenfesten Glauben in seine weise Sorge für das Menschengeschlecht, wie man sie selten bei Gebietern über Millionen findet.“

Raspail, François Vincent, geboren 25. Januar 1794, gestorben 1878. Seinem Berufe nach ein Arzt, widmete er sich mit grossem Eifer der Hygieine der niederen Volksklassen. Zu Beginn der Regierung Louis Philipps gab er den „Réformateur“, 1848 „L'Ami du peuple“ heraus. Seinen Ideen nach radikaler Demokrat, vertritt er doch zu gleicher Zeit eine Art von Gefühlssocialismus, der ihn sein langes Leben hindurch stets die Partei der Unterdrückten hat ergreifen lassen.

Recht auf Arbeit. Die Verpflichtung des Staates oder der Gemeinde, für den Lebensunterhalt ihrer arbeitslosen und daher subsistenzlosen Mitglieder in irgend einer Weise zu sorgen, ist ein allseitig anerkannter Grundsatz, der z. B. zum Ausdruck kommt in dem Edikt der Königin Elisabeth von 1601, in der Praxis des Ancien Régime in Frankreich, im preussischen Landrecht u. s. f., überhaupt jeder Armengesetzgebung zu Grunde liegt. Ob nun die Gewährung einer Armenunterstützung an die Leistung von Arbeit seitens des arbeitsfähigen Arbeitslosen geknüpft wird oder nicht, ob sie als ein Supplement des Lohnes erscheint, oder ob sie irgendwelche andere Form annimmt, ändert an ihrem Charakter durchaus nichts. Diese Verpflichtung des Staates oder der Gemeinde erscheint nun vom Gesichtspunkte der Armen aus als ein Recht, als das Recht auf die Existenz, aber zunächst nur auf die Existenz eines Armen; ist durch das Gesetz die Unterstützung an die Leistung von Arbeit geknüpft, erscheint sie ihm als ein Recht auf Arbeit, die ihm von der hülfeleistenden Körperschaft zugewiesen wird und die er ohne Rücksicht auf ihren Charakter anzunehmen hat, falls er nicht seines Anspruches auf Unterstützung verloren gehen will.

Es ist klar, dass das Recht auf Arbeit in diesem Sinne nichts Socialistisches enthält, wenn man nicht schon in der Fürsorge der Gesellschaft, sei sie auch noch so begrenzt, für ihre Armen und Arbeitslosen etwas Socialistisches erblicken will. —

Der Gedanke, dass das Recht, durch die Arbeit seiner Hände zu existieren, ein geheiligtes Menschenrecht, heiliger als das Eigentumsrecht und keineswegs mit dem Recht auf Armenunterstützung identisch sei, dieser Gedanke beginnt in Frankreich schon in der Zeit der Wahlen zu den Generalständen 1789 zu erscheinen. So verlangt z. B. ein Cahier des Distrikts St. Laurent die Errichtung von Nationalwerkstätten in der ganzen Ausdehnung des Königreiches, in denen ein jeder Arbeitslose in dem von ihm erlernten Berufe beschäftigt werden und die Zahlung mindestens zwei Drittel seines gewöhnlichen Tagelohnes sein soll. In einem Pamphlet „Parchemin en culotte“ heisst es: „Jeder Staat schuldet dem Manne Subsistenzmittel, Kleidung, ein Weib und ein Obdach, wofür

dieser nur verpflichtet sein kann, seinen Kräften und Anlagen entsprechend zu arbeiten."

Fourier war der erste, welcher das Recht auf Arbeit im socialistischen Sinne formulierte und seiner Schule gebührt ohne Zweifel das Verdienst, dies Wort in den politischen Kampf hineingeschleudert zu haben. Bereits in seinem Erstlingswerk „Théorie des quatre mouvements" 1808 spricht er die Forderung des droit au travail aus und macht der étourderie méthodique der Gelehrten der Socialpolitik den Vorwurf, dass sie, „wenn sie die Rechte des Menschen behandeln, das Recht auf Arbeit im Princip aufzustellen vergessen, ein Recht, das allerdings in der Civilisation nicht möglich ist, aber ohne welches alle übrigen nutzlos sind." (Oeuvres complètes 2ᵉ ed. Paris 1841. I, 289). Noch einmal berührt er dasselbe (Oeuvres I, 394) und bezeichnet es als „das erste und einzig nützliche dieser Rechte (der Menschenrechte)." Ausführlich hat dann Fourier das Recht auf Arbeit in der „Théorie de l'unité universelle" (Traité de l'association agricole-domestique), Oeuvres III, 151—187, behandelt.

Er unterscheidet drei Arten von Freiheit: 1. einfache oder körperliche Freiheit (liberté simple ou corporelle) ohne sociale; in ihr befindet sich der Arme, der in Besitz einer kleinen Revenu ist. Der Arbeiter, der unter der Strafe, Hungers zu sterben, zur Arbeit gezwungen ist und in der Woche nur einen Tag aktiver körperlicher Freiheit, den Sonntag, hat, befindet sich im Zustande der passiven körperlichen Freiheit. 2. Die zusammengesetzte divergierende Freiheit (liberté composée divergente), welche die aktive körperliche und aktive sociale in sich fasst. In ihr lebt der Wilde. Aber in dieser sind die beiden Thätigkeiten, die körperliche wie sociale, in Divergenz mit der produktiven Arbeit. Die Freiheit, in der jene sich in Konvergenz mit dieser befinden, ist 3. die zusammengesetzte konvergierende Freiheit (liberté composée convergente ou sur-composée), in der aktive, körperliche und sociale Freiheit mit der anziehenden produktiven Arbeit vereinigt sind. Diese Freiheit ist die Bestimmung des Menschen. Sie gibt es weder in der Civilisation noch im Zustande des Wilden. Die Knechtschaft ist aber in ersterer noch grösser. Der Wilde geniesst doch seine sieben Rechte: Jagd (chasse), Fischfang (pêche), Fruchtlese, Weide (pâture), Diebstahl ausserhalb seines Stammes (vol extérieur), Föderalliga (ligue fédérale), Sorglosigkeit (insouciance), von denen im civilisierten Zustand keine Rede ist. Will nun die Civilisation den Menschen zu der mit der Industrie combinierten Freiheit erheben, so muss sie ihm ein allgemein durch Zustimmung anerkanntes Aequivalent (équivalent converti) dieser sieben Rechte geben. Anstatt dessen haben die Philosophen ihm zwei mit der Freiheit unverträgliche Chimären gegeben: die Brüderlichkeit, deren Koryphäen sich nach einander aufs Schaffot schicken, und die Gleichheit, in der das Volk, das man mit dem Namen Souverän schmückt, weder Arbeit, noch Brod hat, sein Leben für fünf Sous per Tag verkauft und mit der Kette am Halse zur Schlachtbank geschleppt wird. Die Freiheit ist nur in einer socialen Ordnung möglich, welche die folgenden drei Bedingungen erfüllt: 1. die Organisation eines Regimes der industriellen Attraktion; 2. einem jedem das Aequivalent der

sieben oben genannten natürlichen Rechte garantiert; 3. die Interessen des Volkes mit dem der Grossen verbindet. Nur unter diesen drei Bedingungen kann man dem Volke ein Minimum der Subsistenzmittel, Kleidung, Wohnung und Vergnügungen garantieren.

Nach dieser Einleitung wendet sich dann Fourier zur Untersuchung, wie die societäre Ordnung einem Individuum die freie Ausübung der sieben Rechte gewähren kann, die mit dem Mechanismus der Civilisation und Barbarei so unverträglich sind. Die sieben Rechte werden zu ebensovielen Quellen der socialen Harmonie, wenn man sie um den aus dem Minimum und der Freiheit gebildeten Angelpunkt (pivot) sich bewegen lässt, während man in der Civilisation an ihrer Stelle die beiden entgegengesetzten Angeln des allgemeinen Egoismus und der Duplicität der Handlung (duplicité d'action, d. h. nur ein Teil der Gesellschaft — in der Civilisation: die Reichen, in der Wildheit: nur die Männer — geniesst die sieben Rechte) hat.

In der Civilisation hat die Menschheit die sieben Rechte verloren und unsere Publicisten garantieren ihr nur ewige Träumereien und Gasconnaden, wie den Stolz auf den schönen Namen eines freien Menschen und das Glück unter der Charte leben . . . Man frage einen unglücklichen Arbeiter ohne Arbeit und Brot, gequält von seinem Gläubiger und Exekutor, ob er es vorziehen würde, das Recht der Jagd und des Fischfangs zu geniessen, wie der Wilde Bäume und Herden zu haben? Er wird sicher die Rolle des Wilden vorziehen. Was gibt man ihm als Aequivalent? Das Glück, unter der Charte zu leben: der Arme kann sich nicht damit zufrieden geben, dass er an Stelle des Mittagessens die Charte liest; es heisst sein Elend beschimpfen, ihm einen solchen Ersatz zu bieten. Er würde sich glücklich schätzen, wie der Wilde die sieben Rechte und die Freiheit zu geniessen; er findet sie nicht in der Civilisation (Oeuvres III, 170).

Man muss also dem Menschen die Ausübung oder das Aequivalent der sieben Rechte garantieren. Fourier sieht nun diesen Ersatz in dem Recht auf Arbeit als der Kumulation der vier ersten Rechte des Wilden: der Rechte auf Jagd, Fischfang, Fruchtlese und Weide. „Die Schrift sagt uns, dass Gott den ersten Menschen und seine Nachkommenschaft dazu verdammte, im Schweisse ihres Angesichts zu arbeiten; aber er verdammte uns nicht dazu, unserer Arbeit, von der unsere Subsistenz abhängt, beraubt zu werden. Wir können also, mit Bezug auf die Rechte des Menschen, die Philosophie und die Civilisation auffordern, uns nicht um die Hülfsquelle zu betrügen, welche Gott uns als das Schlimmste und als Strafe gelassen hat, und uns wenigstens das Recht auf die Art von Arbeit, zu der wir erzogen worden sind, zu garantieren . . .

Wir werden das Aequivalent der vier Kardinalrechte nur in einer socialen Ordnung haben, wo der Arme seinen Genossen, seiner Geburtsphalange, wird sagen können: „Ich bin auf dieser Erde geboren; ich fordere Zulassung zu all den Arbeiten, die man dort treibt, die Garantie, die Frucht meiner Arbeit zu geniessen; ich fordere den Vorschuss der Instrumente, die nötig sind, diese Arbeit zu betreiben, und Unterhalt als Entschädigung für das Recht des Diebstahls, das uns die einfache Natur

gegeben hat.“ Jeder Harmonier, so ruiniert er auch sein mag, wird stets das Recht haben, eine solche Sprache in seinem Geburtslande zu führen, und seine Forderung wird dort volles Verständnis finden.

Nur um diesen Preis wird die Menschheit wahrhaft ihre Rechte geniessen; aber heisst es unter den heutigen Zuständen nicht den Armen insultieren, wenn man ihm Rechte auf die Souveränität zusichert, ihm, der nur das Recht verlangt, für das Vergnügen der Müssiggänger zu arbeiten?

Wir haben also Jahrhunderte verbracht, um über die Menschenrechte zu streiten, ohne daran zu denken, das wichtigste, ohne das die andern nichts sind, das auf Arbeit, zu erforschen. Welche Schande für Völker, die sich für tüchtig in der Socialpolitik halten! Muss man nicht einen solch schmählichen Fehler heimtreiben, um den menschlichen Geist zu veranlassen, den societären Mechanismus zu studieren, der dem Menschen alle seine natürlichen Rechte zurückzugeben im Begriff ist, von denen die Civilisation das hauptsächlichste, das Recht auf Arbeit, weder zu garantieren noch zu gewähren im stande ist?“ (Oeuvres III, 178—180.)

Wir entnehmen aus dieser wichtigen Stelle folgende Punkte:

1. Das Recht auf Arbeit ist ein kumulatives Recht und nichts Anderes als das Recht auf das Minimum.

2. Das Recht auf Arbeit ist das Recht auf die Arbeit, zu der wir erzogen sind.

3. Das Recht auf Arbeit kann nur durch den Mechanismus der passionellen Serieen realisiert werden — oder um diesen Gedanken durch die von Fourier angegebene Schlussfolge noch deutlicher hervortreten zu lassen:

Keine „liberté sur-composée“ ohne das Minimum;

kein Minimum ohne die industrielle Attraktion;

keine industrielle Attraktion in der zerstückelten oder civilisierten Arbeit;

Also ist das auf die industrielle Attraktion gestützte Minimum der ausschliessliche Weg zur Freiheit;

Diesen kann man nur betreten, wenn man die Civilisation verlässt. (Oeuvres III, 187.)

Auf dieser Höhe theoretischer Erkenntnis hielt sich nur ein Teil der Fourierschen Schule. Barrier z. B. behauptet in seinen „Principes de sociologie“, dass unter den heutigen Verhältnissen die Ausführung des Rechtes auf Arbeit durchaus unmöglich sei. Die Anerkennung des Rechtes auf Arbeit durch den Staat würde diesen, wenn er es unternähme, Arbeit zu liefern, dahin bringen, alle Funktionen in seine Hand zu nehmen; aber er würde, ebenso wie die zerstückelte private Industrie, nicht im stande sein, jedermann Arbeit zu liefern. Ob die Arbeiter mit verschiedenem oder mit einem kollektiven Patron zu thun hätten, ihre Lage würde sich nicht ändern; so lange die Produktion bleibt, wie sie ist, würde es im einen, wie im anderen Fall nicht mehr Arbeit geben.

Dem gegenüber hielt Considérant die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit schon auf dem Boden der heutigen Gesellschaft für möglich. Er verlangt, dass die Gesellschaft das Recht auf Arbeit anerkenne, wenn

sie das Eigentum legitimieren wolle. Die menschliche Gattung ist die Nutzniesserin der Erdoberfläche; unter dem System des Privateigentums ist aber der gemeinsame Fonds, auf den allein die ganze Gattung ein volles Recht hat, von einer kleinen Zahl zum Schaden der grossen Mehrheit in Beschlag genommen worden. Der Proletarier im Gegensatz zu dem Wilden mit seinen vier Rechten (der Jagd, des Fischfanges, der Fruchtlese, der Weide) ist ohne alle Rechte. Ihre Form, wie ihr Inhalt ist verschwunden. Wie könnte sich nun dies Recht mit den Verhältnissen einer industriellen Gesellschaft versöhnen? Nur, wenn die industrielle Gesellsellschaft, welche die Erde in Privatbesitz und dem Menschen die Möglichkeit genommen, mit Freiheit seine vier Rechte auszuüben, dem Individuum als Kompensation dieser Rechte das Recht auf Arbeit gewährt. Sein produktives Recht war die Arbeit in der Werkstatt der Natur, sein jetziges wird die Arbeit in einer reicheren, produktiveren, der der modernen industriellen Gesellschaft sein. Die Bedingung sine qua non für die Legitimität des Eigentums ist also die Anerkennung des Rechtes auf Arbeit durch die Gesellschaft und die Garantie der Subsistenz des Arbeiters durch ein Quantum Arbeit, durch das er im primitiven Zustand sich dieselbe hätte verschaffen können.

Für Louis Blanc und seine Schule existiert das Recht auf Arbeit nur als eine Folge des Rechtes auf Existenz. „Wenn der Mensch ein Recht auf Existenz hat,“ sagt er in der Schrift „Le Socialisme. Droit au Travail“, Paris 1848, pag. 78, „so muss er auch das Recht auf das Mittel ihrer Erhaltung haben. Was ist nun dies Mittel? Die Arbeit. Das Recht auf Unterstützung (das offenbar auf dem Princip beruht, dass jeder Mensch bei seiner Geburt von Gott das Recht zu leben erhalten hat) zugeben und das Recht auf Arbeit zu leugnen, heisst so viel, wie das Recht des Menschen, unproduktiv zu leben, anerkennen, während man ihm das, produktiv zu leben, bestreitet; heisst, seine Existenz als eine Last heiligen, während man sie als eine Beschäftigung zu heiligen sich weigert, was eine bemerkenswerte Absurdität ist.“ Das Recht auf Arbeit ist also ein Korrelat des Rechtes auf Existenz und kann seine Verwirklichung nur in dem von ihm vorgeschlagenen Organisationsplan der Arbeit finden (s. Art. Blanc). —

Auch für Vidal in seinem Buche „Vivre en travaillant“ schliesst notwendigerweise das Recht auf Arbeit die Organisation der Arbeit, und die Organisation der Arbeit die ökonomische Transformation der Gesellschaft ein. Das Recht auf Arbeit kann wiederum nur in einer Organisation durch die Gründung dauernder, allen Kräften und Intelligenzen geöffneter Werkstätten realisiert werden. Es ist daher absurd, das Recht auf Arbeit zu heiligen, wenn man die alte Gesellschaft bestehen lassen will.

Die beiden Schlagworte „Organisation der Arbeit“ und „Recht auf Arbeit“, welche in der die Februarrevolution vorbereitenden Zeit eine so grosse Rolle gespielt hatten, mussten natürlich in den Monaten unmittelbar nach derselben, in denen die Macht noch in den Händen der Pariser Arbeiterschaft lag, sehr in den Vordergrund treten. So wurde denn das „Recht auf Arbeit“ durch das Dekret der provisorischen Regierung vom

26. Februar 1848 proklamiert. Hier heisst es: „Die provisorische Regierung verpflichtet sich, die Existenz des Arbeiters durch die Arbeit zu garantieren. Sie verpflichtet sich, allen Bürgern Arbeit zu garantieren.“ Wie die Regierung das Recht auf Arbeit in ihrer Weise in den Nationalwerkstätten durchführte und in welcher Absicht, darüber vergleiche den Artikel Frankreich. Die Nationalwerkstätten waren nichts Anderes als eine militärische Form des Arbeitshauses; ein verkleidetes Almosen, nicht aber das Recht auf Arbeit wurde den Arbeitern. Da den Nationalwerkstätten niemals genügende Arbeiten zur Beschäftigung der Arbeiter von der Regierung zugewiesen wurden, mussten die Arbeiter das Lächerliche der wenigen von ihnen ausgeführten Arbeiten bald genug erkennen und überhaupt zu arbeiten aufhören. Das Dekret vom 26. Februar bewies, dass die Mehrheit der provisorischen Regierung auch nicht weiter als bis zum Armenhaus gehen wollte. Das „droit au travail“ verstand sie nur als das „droit à l'existence“ und die vage und unklare Fassung des Schlagwortes, in das man, was man wollte, hineinlegen und aus dem man, was man wollte, herauslesen konnte, leistete ihr bei ihrem Bemühen, über die erste stürmische Zeit der socialistischen Forderungen hinüberzukommen, grosse Dienste. Den wahren Charakter des „Rechts auf Arbeit“ der provisorischen Regierung erkannte schon John Stuart Mill, als er 1849 in der „Westminster Quarterly Review“ April 1849 schrieb: for the „droit au travail“ is the poor law of Elizabeth and nothing more.

In der Nationalversammlung entwickelte sich nun ein hartnäckiger Kampf gegen die Aufnahme der Formel „Recht auf Arbeit“ in die Konstitution, dessen Phasen durch die Entwicklung der Machtverhältnisse ausserhalb des Parlaments bestimmt wurden. In der Sitzung vom 20. Juni 1848 wurde von Marrast, als Berichterstatter der Verfassungskommission, der erste Entwurf einer Konstitution verlesen. Darin hiess es:

Art. 2. Die Konstitution garantiert allen Bürgern: die Freiheit, Gleichheit, Sicherheit, Unterricht, Arbeit, Eigentum, Unterstützung.

Art. 7. Das Recht auf Arbeit ist dasjenige, welches ein jeder Mensch besitzt, von seiner Arbeit zu leben. Die Gesellschaft muss vermittelst der produktiven und allgemeinen Mittel, über die sie verfügt und die noch weiter organisiert werden sollen, den arbeitsfähigen Menschen, die sich keine Arbeit auf andere Weise verschaffen können, solche liefern.

Art. 9. Das Recht auf Unterstützung eignet den verwaisten Kindern, den Invaliden und Greisen, und besteht darin, vom Staate die Existenzmittel zu empfangen.

Art. 132. Die wesentlichen Garantieen des Rechts auf Arbeit sind: die Freiheit der Arbeit selbst, die freiwillige Association, die Gleichheit der Beziehungen zwischen Patron und Arbeiter, der unentgeltliche Unterricht, die gewerbliche Erziehung, Wohlthätigkeits- und Kreditanstalten, und die Ausführung grosser Bauten von öffentlichem Nutzen durch den Staat, dazu bestimmt, in Fällen von Arbeitslosigkeit unbeschäftigten Arbeitern Arbeit zu geben.

Auch in diesem Entwurf ist es aufs ängstlichste vermieden, die Bedeutung des Ausdrucks „Arbeit“ zu erklären; aber der Art. 132 lässt

erkennen, dass der Staat es ablehnte, die Arbeitslosen in ihren Berufen zu beschäftigen, und ihnen also nur ein verkleidetes Almosen zu geben sich bereit erklärte. Als aber nach der Niederwerfung des Juniaufstandes die Bourgeoisie auf der ganzen Linie triumphierte, ging ihr natürlich dieser Entwurf, welcher dem Arbeitslosen wenigstens das Stigma des Pauperismus ersparte, viel zu weit. Die Kommission arbeitete ihren ersten Entwurf um und unterbreitete den zweiten der Kammer am 29. August. Die Artikel 2, 7, 9 fielen fort; jetzt hiess es nur: die Republik schuldet den bedürftigen Bürgern die Subsistenz, sei es, indem sie ihnen in den Grenzen ihrer Hülfsquellen Arbeit verschafft, sei es, indem sie denen, welche arbeitsunfähig sind, die Existenzmittel gibt, falls die Familie dies zu thun ermangelt. Ebenso fielen die Garantieen des Art. 132, da ja nichts mehr zu garantieren war. Ausserordentlich charakteristisch ist die Begründung der Aenderungen in dem Berichte, der dem Entwurf vorausgestellt wurde. Es heisst da:

„Diese Formel (droit au travail) hat zweideutig und gefährlich geschienen. Man hat gefürchtet, dass sie nur eine Prämie für die Faulheit und Ausschweifung sein würde; man hat gefürchtet, dass Legionen von Arbeitern diesem Recht eine Tragweite geben würden, die es nicht hat, und sich damit, wie mit einem Recht auf Insurrektion, bewaffnen würden. Diesen wichtigen Einwänden muss noch ein anderer wichtigerer hinzugefügt werden: Wenn sich der Staat verpflichten würde, allen, die aus dem einen oder anderen Grunde arbeitslos sind, Arbeit zu verschaffen, müsste er einem jeden die Art von Arbeit geben, für die er geeignet ist. Der Staat würde also Fabrikant, Kaufmann, Gross- oder Kleinproduzent werden. Mit allen diesen Aufgaben beladen, müsste er das Monopol in jeder Industrie haben."

Aus diesen Gründen habe die Kommission das Recht des Individuums durch die der Gesellschaft aufgelegte Pflicht ersetzt: „Die Form ist geändert, aber im Grunde ist es dasselbe geblieben." Sie habe niemals daran gedacht, dass der Staat der Privatindustrie eine mörderische Konkurrenz machen solle; solche „wilde Doktrinen, deren erstes Wort die Vernichtung der Freiheit, deren letztes der Ruin der ganzen socialen Ordnung ist, haben ihr natürlich fern gelegen"; denen die Hand zu reichen, würde sie als ein Verbrechen betrachtet haben.

Das waren die Vorschläge, die der Kammer unterbreitet wurden und über die sich im September des Jahres 1848 der Kampf zwischen der Bourgeoisie und den Socialisten abspielte.

Bereits in der Debatte über den in Frage kommenden Artikel der Einleitung trat die Feindseligkeit der Kammermehrheit deutlich zu Tage. Es wurde als ein Verdienst der Kommission bezeichnet, dass sie das Recht auf Arbeit, dies „seinem Wesen nach unruhestiftende Princip", gestrichen hätte. Andererseits aber fand man die Fassung der Kommission noch zu weitgehend. Es war besonders der Ausdruck „innerhalb der Grenzen der Hülfsquellen des Staates", gegen den sich die Angriffe richteten. Worin bestehen die Hülfsquellen des Staates? In der Steuer! Wenn man nun ein weitgehendes System der progressiven Steuer durchführt, so kann

man die Hülfsquellen des Staates bis zur Vernichtung des Privateigentums ausdehnen und in gewisser Weise den Kommunismus realisieren. Man sah in dem Artikel nicht nur in anderer Form das Recht auf Arbeit und das Recht auf Unterstützung wieder erscheinen, diese vagen, ungenauen, jeder Deutung fähigen Ausdrücke, sondern sogar die Organisation der Arbeit, die Nationalwerkstätten und alle die anderen Gespenster, an welche die Erinnerung noch wie ein furchtbarer Alp auf der Bourgeoisie lag. Die bedeutendste Rede in dieser Debatte vom 5. September 1848 war ohne Zweifel die eines Mr. Fresneau, der zu der Partei Lacordaire gehörte. Er unterschied in dem Recht auf Arbeit zwei Punkte: die Arbeit und ihren Lohn. „Welche Arbeit will der Staat dem Arbeiter geben? Eine den Verhältnissen, der Profession eines jeden entsprechende? Man hat sich dagegen verwahrt und strich das Recht auf Arbeit, weil zu unbestimmt. Man hat die Frage des Lohnes in der Kommission geprüft. Bei welcher Grenze des Lohnes darf der Arbeiter feiern und sich um Unterstützung an den Staat wenden? Man wusste diese Frage nicht zu beantworten, man wusste nicht, wie weit die Verpflichtung gehen würde, die man dem Staate auferlegen würde, und strich das „Recht auf Arbeit", weil zu unbestimmt. Und nun? Man teilt die Bürger in zwei Klassen: Arbeitsunfähige, denen man Hülfe, Unterstützung verspricht; arbeitsfähige Arbeitslose, denen man Arbeit in den Grenzen der Hülfsquellen des Staates verspricht. Und wenn der Staat keine Hülfsquellen haben wird, wird man die Arbeiter ohne Brot lassen müssen? Beide Entwürfe der Kommission sind wertlos; der eine ist übertrieben, der andere zu farblos!"

Zur eigentlichen Verhandlung kam das „Recht auf Arbeit" in der Specialdebatte über Artikel 8 der Einleitung am 11. und 12. September. Mathieu de la Drôme stellte das Amendement, ihn durch den folgenden Passus zu ersetzen:

„Die Republik muss den Bürger in seiner Person, Familie, Religion und seinem Eigentum schützen. Sie erkennt das Recht aller Bürger auf Unterricht, Arbeit und Unterstützung an."

In der Begründung seines Antrages führte er aus, dass er durchaus nicht der Kammer „die Garantie der Ausübung des Rechtes auf Arbeit, sondern nur die explicite Anerkennung des Rechtes auf Arbeit" vorschlüge. Der Staat habe die Pflicht, solche Individuen, die trotz aller ihrer individuellen Anstrengungen — und die Verantwortlichkeit des Individuums für sich will Mathieu nicht einschränken — aus der freien Bewegung der Industrie herausgeworfen sein könnten, mit Arbeiten von öffentlicher Nützlichkeit zu beschäftigen; die neue Rolle des Staates solle dabei in neuen gesetzgeberischen Dispositionen bestehen.

In der Debatte, welche sich daran anschloss und an der eine grosse Zahl von Rednern teilnahm, wurde von den Verteidigern des Rechtes auf Arbeit — von Ledru-Rollin bis Billault — dasselbe auf das Recht auf Existenz durch die Arbeit beschränkt, eine Definition, mit der sich auch Lamartine einverstanden erklärte. Indem sich die Verteidiger, welche sich in der Hauptsache aus dem linken demokratischen Flügel rekrutierten,

aufs entschiedenste dagegen verwahrten, Socialisten zu sein und durch das Recht auf Arbeit eine neue Organisation der Gesellschaft herbeiführen zu wollen, waren sie gezwungen, das Recht auf Arbeit jedes Inhaltes zu entkleiden, um es harmlos erscheinen zu lassen. Gewand fiel auf Gewand unter ihren Händen und als Kern der Gewändermasse erschien die Assistance, seit Jahrhunderten mit dem Resultate, die Armut fortzupflanzen, geübt. Die einzige Ausnahme bildete die Rede **Pelletiers**, eines Kleinindustriellen von Tarare, des Vertreters der Lyoner Arbeiter. Dieser entwickelte einen Organisationsplan, durch den er das Elend unterdrücken wollte, „ohne im Anfang die Gewohnheiten der Gesellschaft in Unordnung zu bringen, der uns aber von Tag zu Tag mehr in friedlicher Weise den grössten Reformen, dem vollendetsten Ziel der Gesellschaft entgegenführen sollte". Das Problem, das er lösen wollte, war, allen Arbeitslosen Arbeit, oder mangels Arbeit die Unterhaltsmittel durch den Staat zu garantieren, ohne dass dieser selbst Industrieller, Kaufmann, Ackerbauer werde. Die Lösung sieht er in einer Solidarisierung aller Arbeiter. Frankreich wird in industrielle Arrondissements eingeteilt und in einem jeden vom Staate mit der Beihülfe der Communen Häuser eingerichtet, um das Elend auszurotten (maisons pour éteindre la misère). Ihre Verwaltung wird eine centralisierte sein; dieselbe erhält von jedem Franken des von den Arbeitern erhaltenen Lohnes fünf Centimes zum Unterhalt derselben, und hat ferner die Aufgabe, den Arbeitslosen Arbeit oder mangels solcher Unterhaltsmittel zu verschaffen. Diese Häuser dienen zugleich als Arbeitsbureaux. Ferner soll die Verwaltung industrielle und bäuerliche Associationen bilden, an die die Staats- und anderen öffentlichen Arbeiten in erster Linie vergeben werden sollten. Selbstverständlich wird auf den Lohn der in ihnen beschäftigten Arbeiter gleichfalls die fünf Centimes-Steuer erhoben. Von den Gewinnen der Associationen wird $^1/_{10}$ als Versicherungsprämie gegen etwaige Verluste erhoben. Alle Associationen bilden einen grossen Verband. Dieser grosse Unterstützungsverband soll auch zugleich die Versorgung der Alten und Invaliden der Arbeit übernehmen.

Solchen Verteidigern gegenüber hatten allerdings die Angreifer ein leichtes Spiel, denen die Klarheit ihrer Position, der Instinkt des Klassenbewusstseins zu Hülfe kam. De Tocqueville wies nach, dass das Recht auf Arbeit eine socialistische Erfindung sei, im Socialismus aber der Staat an die Stelle der individuellen Freiheit träte und der fürchterlichste aller Tyrannen würde. Das einzige Rettungsmittel, wie die französische Revolution schon gesehen, bestehe in der Einführung der Wohlthätigkeit in die Politik (introduction de la charité dans la politique). Damit war der Debatte eine Bahn gewiesen, in der sie mit Wohlbehagen von einer grossen Zahl Redner fortgeschleppt wurde. Der Ausgangspunkt, das Recht auf Arbeit, wurde vergessen; man sah nur noch den verhassten Feind, den Socialismus, der trotz der Niederwerfung der Juniinsurrektion den ehrenwerten Deputierten der Bourgeoisklasse noch ein Gegenstand grösster Furcht war, und führte den Kampf für die geheiligten Güter der Kultur — das Eigentum, die Familie, die Freiheit, die Konkurrenz — mit Energie und Begeisterung. Nur zwei der Redner dieser Klasse

verdienen eine Erwähnung, da sie sich mit ihrer Kritik scharf an die vorliegende Frage des Rechtes auf Arbeit hielten und dasselbe arg zersausten. Der eine der beiden, Duvergier de Hauranne, suchte die Unmöglichkeit seiner Durchführung auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung nachzuweisen. Das Recht auf Arbeit, im weitesten Sinne gefasst, würde jedem Arbeiter zu jeder Zeit das Recht geben, vom Staate Arbeit zu fordern; würde also diesen dazu zwingen, Ackerbauer, Industrieller, Kaufmann zu werden, kurz die heutige Gesellschaftsordnung umstürzen. Diesen Begriff des Rechtes auf Arbeit lässt er beiseite und beschäftigt sich nur mit dem Recht auf Arbeit, das in Zeiten industrieller Krisen an den Staat seine Forderungen richtet. Bisher haben in solchen Fällen der Staat, die Departements, die Kommunen und die Privaten eingegriffen; in der Voraussicht, dass solche Krisen eintreten werden, haben die Arbeiter einen Notpfennig, allerdings nur einen kleinen, zurückgelegt. Die nächste Folge des Rechtes auf Arbeit würde ein Verschwinden der privaten Wohlthätigkeit und der Sparsamkeit der Arbeiter sein, und die ganze Last des Unterhaltes würde auf den Staat fallen. Dazu bedarf der Staat Geld und das Geld kann er sich nur durch Steuern und Arbeiten verschaffen. Aber in den Zeiten der Krisen sinken die alten Einnahmen des Staates rapid, und neue Steuern sind unmöglich, der Kredit verschwindet gänzlich. Der Staat ist also nicht im stande, das Recht auf Arbeit durchzuführen. — Mit dem absoluten Recht auf Arbeit beschäftigt sich der andere der beiden Redner, Barke. Das Recht auf Arbeit wird von den Arbeitern nicht aufgefasst als das Recht auf irgend eine Art Arbeit, wie Strassenbauten, Kanalbauten etc., sondern als das Recht auf eine dem Berufe eines jeden entsprechende Arbeit. Dieses Recht auf Arbeit verlangt als Korrelat die Garantie von Arbeit; Arbeit kann aber nicht garantiert werden, ohne die gleichzeitige Garantie der für sie notwendigen stofflichen Elemente. Daher hat Proudhon recht, wenn er sagt: „Wer Recht auf Arbeit sagt, sagt Recht auf Kapital, d. h. Recht auf das zu ihrer Ausführung notwendige Kapital.“ Der Staat würde weiter gezwungen sein, da er nicht jedem isolierten Individuum Arbeit geben kann, die Individuen zu gruppieren, d. h. Nationalwerkstätten zu schaffen, und, falls es nicht Werkstätten ohne Arbeit und Produktion sein sollen, wie die früheren, muss die Arbeit organisiert werden. So schliesst also das Recht auf Arbeit den socialistischen Staat in sich. Lamartine, Ledru-Rollin und Crémieux, diese Verteidiger des Rechtes auf Arbeit und Leugner seiner socialistischen Konsequenzen, verstehen ganz und gar nichts davon; was sie als Realisation des Rechtes auf Arbeit betrachten, bezeichnet Vidal als eine Karikatur. —

Das Amendement Mathieus wurde unwesentlich durch einen Antrag Glais-Bizoins abgeändert, dieser mit 596 gegen 187 Stimmen abgelehnt.

In der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfes wurde von F. Pyat wiederum ein Amendement zum Artikel VIII der Einleitung eingebracht, in dem diesem die folgende Fassung gegeben wurde:

„Die Republik muss den Bürger in seiner Person, Familie, Religion, in seinem Eigentumsrecht und dem Recht auf Arbeit schützen . . .“

Die ausserordentlich stürmische Debatte ergab nichts Neues; der Antrag wurde mit 638 gegen 86 Stimmen abgelehnt.

An der Debatte hatte sich Proudhon — und dies ist ausserordentlich charakteristisch für den Mann — nicht beteiligt, wie er in seiner 1850 veröffentlichten, aber schon 1848 geschriebenen Schrift: Le droit au travail et le droit de propriété, Paris 1850, hervorhebt, aus zwei Gründen: 1. weil das Recht auf Arbeit in der Form, wie er es auffasste, von allen in gleicher Weise zurückgewiesen würde, und 2. weil er den Artikel 13 der Konstitution im Interesse der Arbeit nicht durch ein Amendement, das die ganze Arbeiterfrage enthalten hätte, gefährden wollte. In der genannten Schrift entwickelt er seine Ansichten über das Recht auf Arbeit in prägnanter Form; eine kurze Analyse derselben wird daher von Wert sein.

Wenn es sich bei dem Rechte auf Arbeit nur um öffentliche Arbeiten, dazu bestimmt, Arbeitslose zu beschäftigen, handeln würde, so könnte der Eigentümer sich beruhigen, keine Gefahr würde ihm drohen. Ebensowenig würden aber solche öffentliche Arbeiten, wie Urbarmachung von Landstrecken, Ackerbaukolonieen etc., den Pauperismus aus der Welt schaffen, das Proletariat vernichten. Die Lösung dieses Problems liegt nur in der inneren Entwicklung der organisierten Arbeit. Von diesem Gesichtspunkt aus muss man das Recht auf Arbeit definieren: „als das Recht eines jeden Bürgers, welches Handwerk oder welchen Beruf er auch ausübt, stets in seiner Industrie mittelst eines nicht willkürlich oder zufällig, sondern nach der wirklichen und normalen Bewegung der Löhne fixierten Lohnes beschäftigt zu werden." Dieses Recht auf Arbeit ist nun einmal die Verneinung des Eigentums, andererseits eine notwendige Konsequenz desselben, so dass also das Eigentum durch seine eigene Entwicklung sich selbst zerstört. Die Gesellschaft beruht eben auf einem System von Gegensätzen oder Antinomieen. Das Recht auf Arbeit und das Recht auf Eigentum ist eine solche Antinomie, und weil sie eine solche bilden, muss sich dieses in jenes verwandeln, müssen beide geheiligt und gefestigt werden. Nun hat die Februarrevolution vor Gott und den Menschen, vor Gesetz und Vernunft das Recht auf Arbeit, den Ankläger des Eigentums, anerkannt; man muss es daher entweder ausdrücklich in der Konstitution oder in den von ihr zu schaffenden Einrichtungen anerkennen. Das ist eine logische, ökonomische, politische Notwendigkeit.

Die Arbeit allein legitimiert nach dem Zeugnis aller Apologeten das Eigentum; zugleich ist sie aber auch das zerstörende Princip des Eigentums. Sie wirkt auf dasselbe verbessernd, verallgemeinernd, transformierend durch drei Mittel: durch seine eigene Teilung, die Scheidung der Industrieen, durch die Konkurrenz der Kapitalien, durch den Kredit.

Diesen natürlichen Mitteln der Zerstörung des Eigentums hat nun die Kommission im zweiten Entwurf der Konstitution durch den Artikel 13 noch die folgenden hinzugefügt: unentgeltlichen Unterricht in der Volksschule; gewerbliche Erziehung; Gleichheit in den Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern; Wohltätigkeits- und Kreditanstalten; freiwillige Associationen; Einrichtung von öffentlichen Arbeiten, die geeignet sind,

Arbeitslose zu beschäftigen, durch den Staat, die Departements, die Kommunen. Das Zusammenwirken dieser natürlichen, wie politischen Ursachen muss unabwendbar zum Kommunismus führen, was Proudhon dann im einzelnen nachzuweisen sucht. Zu der natürlichen und spontanen Verschwörung der Arbeit kommt die überlegte Verschwörung der Einrichtungen und Reformen hinzu. Diese ganze Politik bedeutet die Umformung des Eigentums.

Können nun die Gesetzgeber vor der Notwendigkeit der Dinge zurückweichen? Nach der Diskussion über das Recht auf Arbeit ist dies unmöglich. Diese war zugleich eine Diskussion des Eigentums, deren Bedeutung darin liegt, dass durch sie das Eigentum in Frage gezogen, bezweifelt wurde. So arbeiteten die Gesetzgeber selbst wider ihren Willen an der Transformation des Eigentums.

Damit aber die sociale Revolution zum Ziele führe, genügt es nicht, wie das bisher die Nationalversammlung gethan hat, die Arbeit gegen das Eigentum zu bewaffnen; man muss in gleicher Weise das Eigentum gegen den Kommunismus bewaffnen, da sonst die Freiheit mit dem Eigentum zu Grunde gehen würde. Das Eigentum muss im Herzen des Menschen als ein fortwährender Stimulus zur Arbeit bleiben, als ein Antagonist, dessen Abwesenheit die Arbeit zu Trägheit und Tod führen würde. Denn gerade aus der Ewigkeit der Aktion und Reaktion der Arbeit gegen das Eigentum, des Eigentums gegen die Arbeit entsteht in der Gesellschaft die Ewigkeit der Bewegung des Fortschritts. Die Verfassungskommission hat daher nicht genug für das Eigentum gethan. Das einzige Mittel, um das Eigentum gegen die Invasion des Kommunismus zu schützen, besteht darin, der Organisation der Arbeit die Organisation des Austausches entgegenzusetzen. Deshalb schlägt Proudhon vor, dem Art. 13 noch hinzuzufügen: „Die Gesellschaft sichert und erhält die Verteilung des Eigentums durch die Organisation des Tausches.“ Diese würde zu einer gleichmässigeren und individualistischeren Teilung der Industrie und des Eigentums führen. Das Gleichgewicht der beiden im entgegengesetzten Sinne wirkenden Bewegungen, der Organisation der Arbeit und des Tausches würde endlich die Synthese, die höchste Formel des Lebens und Fortschrittes, das Princip aller socialer Transformationen ergeben. Dann würden Arbeit und Eigentum, indem sie in gleichem Masse in jedem Individuum vorhanden sind, identische Ausdrücke werden, und der Vulkan der Revolution würde sich für immer schliessen. „Dann, Bürger, werdet ihr in der korporativen Association ein System der gegenseitigen Garantie (garantie mutuelle) sehen; dann wird die Bevölkerung, wie der Handel des Staates ihr Gleichgewicht finden, und ihr könnt, Konservative und Revolutionäre, ohne Furcht vor Katastrophen, ohne Sorge um die Zukunft, dem ewigen Kampf der Arbeit und des Eigentums zuschauen.“

In England so wenig wie in Deutschland hat das Recht auf Arbeit irgend eine Rolle gespielt. Hier war es zunächst Fichte (s. d.), der, die Konsequenzen des Naturrechtes ziehend, die Forderung aufstellte, dass ein jedes Individuum einen Rechtsanspruch auf Gewährung lohnender Beschäftigung durch den Staat habe. Verwirklicht kann dies Princip

natürlich nur in dem geschlossenen Handelsstaate werden. Infolge des Einflusses der socialistischen Lehren Frankreichs wanderte das „Recht auf Arbeit“ auch nach Deutschland, wo unter anderen F. Stromeyer in seiner „Organisation der Arbeit“, Bellevue 1844, dasselbe, ganz auf dem Boden der französischen Lehre stehend, behandelte. Auch im Frankfurter Parlament wurden das Recht auf Arbeit fordernde Anträge, z. B. vom Abgeordneten Simon aus Trier, dem Abgeordneten Nauwerck aus Berlin, gestellt, aber von der Versammlung abgelehnt.

Nach den stürmischen Zeiten der Revolution, mit denen das Recht auf Arbeit verschwindet, fristet es nunmehr sein Leben in dem Werke Marlos „Untersuchungen über die Organisation der Arbeit“ (I, 321; III, 755, 766): Die Gesellschaft soll nämlich sämtliche bei der Privatindustrie keine Beschäftigung findenden Personen mit der bei den öffentlichen Unternehmungen vorkommenden unqualificierten Arbeit beschäftigen und ihnen für die einer durchschnittlichen Arbeitskraft entsprechenden Leistungen einen zur Befriedigung aller notwendigen Bedürfnisse ausreichenden Lohn geben.

In der neueren Zeit hat dann Bismarck im Rahmen der vielgepriesenen Socialpolitik auf das alte Schlagwort zurückgegriffen.

In der Sitzung des deutschen Reichstags vom 9. Mai 1884 gab er folgende Erklärung ab:

„Ich will mich nun dahin resumieren. Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, so lange er gesund ist, geben Sie ihm Arbeit, so lange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist . . . dann glaube ich, dass die Herren vom Wydener Programm ihre Lockpfeife vergebens blasen werden, dass der Zulauf zu ihnen sich sehr vermindern wird, sobald die Arbeiter sehen, dass es der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften mit der Sorge für ihr Wohl ernst ist.“ Im Verlauf der Sitzung antwortete er auf eine Rede des Abgeordneten Richter: „. . . Ja, ich erkenne ein Recht auf Arbeit unbedingt an und stehe dafür ein, so lange ich auf diesem Platze sein werde. Ich befinde mich dabei nicht auf dem Boden des Socialismus . . ., sondern auf dem Boden des preussischen Landrechts . . .“ — Selbstverständlich gab dieser Vorgang den Socialpolitikern, an denen, berufenen wie unberufenen, in Deutschland kein Mangel ist, Anlass, sich mit dem Princip des Rechtes auf Arbeit wieder zu beschäftigen, und ein ganzer Sturzsee von Broschüren brach über den unglücklichen Leser herein. Da dieselben fast ohne Ausnahme wertlos sind, haben wir keine Veranlassung, hier auf dieselben einzugehen, zumal da sie noch dazu von jenem Byzantinismus überfliessen, der die Deutschen von jeher ausgezeichnet hat.

In neuester Zeit ist das „Recht auf Arbeit“ wieder von den Arbeiterparteien der Schweiz aufgenommen worden, welche die Aufnahme desselben in die Verfassung verlangten und für ihren Antrag 52 090 Unterschriften zusammenbrachten.

Der aufzunehmende Artikel lautete:

„Das Recht auf ausreichend lohnende Arbeit ist jedem Schweizer-

bürger gewährleistet. Die Gesetzgebung des Bundes hat diesem Grundsatz unter Mitwirkung der Kantone und der Gemeinden in jeder möglichen Weise praktische Geltung zu verschaffen.

Insbesondere sollen Bestimmungen getroffen werden:

a) Zum Zwecke genügender Fürsorge für Arbeitsgelegenheit, namentlich durch eine auf möglichst viele Gewerbe und Berufe sich erstreckende Verkürzung der Arbeitszeit;
b) für wirksamen und unentgeltlichen öffentlichen Arbeitsnachweis, gestützt auf die Fachorganisationen der Arbeiter;
c) für Schutz der Arbeiter und Angestellten gegen ungerechtfertigte Entlassung und Arbeitsentziehung;
d) für sichere und ausreichende Unterstützung unverschuldet ganz oder teilweise Arbeitsloser, sei es auf dem Wege öffentlicher Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, sei es durch Unterstützung privater Versicherungsinstitute der Arbeiter aus öffentlichen Mitteln;
e) für praktischen Schutz der Vereinsfreiheit, insbesondere für ungehinderte Bildung von Arbeiterverbänden, zur Wahrung der Interessen der Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern und für ungehinderten Beitritt zu solchen Verbänden;
f) für Begründung und Sicherung einer öffentlichen Rechtsstellung der Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern und für demokratische Organisation der Arbeit in den Fabriken und ähnlichen Geschäften, vorab des Staates und der Gemeinden."

Da die Zahl von 50000 Unterschriften überschritten war, musste der Bundesrat zu Bern ein Referendum über diesen Antrag einholen. In dieser Abstimmung erklärten sich circa 72000 Bürger für die Anerkennung des Rechts auf Arbeit.

Die Stellung des modernen deutschen Socialismus finden wir formuliert in einem Artikel der „Neuen Zeit", II. Jahrgang, von K. Kautsky. Die moderne Industrie mit ihren fortgesetzten Expansionen und Kontraktionen bedarf einer Reservearmee arbeitsloser Arbeiter, und durch die Armengesetzgebung hat das Unternehmertum den Unterhalt dieser von der Industrie selbst geschaffenen und stetig vergrösserten Armee dem Staate und den Gemeinden aufgehalst. Das Recht der Arbeiter auf das Armenhaus ist eine notwendige Folge der Produktion. Hingegen ist eine Durchführung des Rechts auf Arbeit im socialistischen Sinne auf dem Boden der heutigen Gesellschaft eine Unmöglichkeit. Gerade in Zeiten einer Krise werden die meisten Arbeiter aufs Pflaster gesetzt. Der Staat, der das Recht auf Arbeit anerkannt hat, würde also gezwungen sein, alle die Arbeitermassen in Beschäftigung zu nehmen und eine ungeheure Industriethätigkeit zu entfalten, die natürlich nur dazu führen würde, die Krise durch weitere Ueberfüllung des Weltmarktes zu verschärfen und den Staat bankerott zu machen. Nur wenn das Lohnsystem beseitigt, ist die Durchführung des Rechts auf Arbeit möglich, aber auch selbstverständlich. Daher hat der moderne Socialismus diese Forderung längst aufgegeben. Vgl. „Vorwärts", 30. August 1893, Leitartikel.

Es ist überhaupt charakteristisch für die Geschichte des Rechts auf Arbeit, dass dasselbe eigentlich nur in den dreissiger und vierziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts eine Rolle gespielt hat, und dass es seine Vertreter nicht eigentlich in den Reihen der Socialisten, wie Louis Blanc, Vidal u. s. f., gefunden hat, sondern in denen der auf die Klasse der Kleinbürger sich stützenden radikalen Demokratie. Die durch die moderne Industrie wesentlich in ihrer Existenz bedrohten Kleinbürger sahen in ihm einen Schutz und eine Rettung vor dem Ungeheuer, von dem sie instinktiv fühlten, dass es dazu bestimmt sei, sie zu verschlingen. Das Recht auf Arbeit ist der entsetzte Notschrei des Kleinbürgertums! —

Recht auf Faulheit. Im Gegensatz zum Recht auf Arbeit hat der Socialismus wohl mit scherzhaftem Ausdruck die Forderung des Rechts auf Faulheit gestellt, d. h. das Recht des Arbeiters proklamiert, sich nicht nur als Arbeiter, sondern auch als Mensch zu fühlen. Dies Verlangen ist die notwendige Reaktion gegen den oft gepredigten Satz, dass der Mensch lebt, um zu arbeiten. So wahr es ist, dass der gesunde, kräftige Mensch ein Verlangen nach Arbeit hat, so wahr ist es, dass diese Arbeit sich nicht in Ueberarbeit verwandeln soll. Ein jeder hat das Recht auf Musse, um zu geniessen, sich in ihr als Nicht-Arbeitstier, als Mensch zu fühlen, ein Recht auf freie, nicht in Zwangsarbeit sich äussernde Bethätigung seiner geistigen und körperlichen Fähigkeiten. Dazu dient der Normalarbeitstag (s. d.), der die Arbeitszeit abkürzen will.

S. Lafargues Broschüre, in der dies Thema behandelt wird: Le droit à la paresse, auch in der „Socialdemokratischen Bibliothek“.

Reclus, Elisée, geboren zu Sainte-Foix la Grande, 15. März 1830, wurde zu Montauban und Berlin erzogen. Wegen seiner extremen demokratischen Ansichten verliess er 1851 Frankreich und brachte sieben Jahre auf Reisen zu. 1858 kehrte er nach Paris zurück. Wegen Beteiligung an der Commune wurde er aus Frankreich vertrieben und kehrte erst nach der Amnestie von 1880 nach Frankreich zurück. Er ist mit Krapotkine der hervorragendste Vertreter des Anarchismus. Später Docent an der socialistischen Universität in Brüssel.

Op. Evolution et révolution, Genf 1880; la peine de mort, Genf 1879; und eine Reihe von Vorworten zu Bakunins und Krapotkines Schriften.

Reichstagswahlen. 1867 wurde bei den Februarwahlen Bebel von Glauchau-Meerane in den norddeutschen Reichstag gewählt. Bei den Augustwahlen behauptete er den Sitz. Liebknecht gewann die Majorität im Wahlkreis Stollberg-Schneeberg. Ausser ihnen gelangten fünf Lassalleaner in den Reichstag: v. Schweitzer für Elberfeld-Barmen, Hasenclever für Duisburg, Mende für Freiberg, Försterling für Chemnitz und Dr. Reincke für Lennep-Mettmann. An die Stelle des letztgenannten, der sein Mandat am 19. Juni 1868 niederlegte, trat Fritzsche. Bei beiden Wahlen war auch der Advokat Schraps siegreich. Er behauptete, ebenso wie Bebel, seinen Sitz auch 1871, während alle anderen Socialdemokraten in der Minorität blieben — eine Folge des deutsch-französischen Krieges.

Bei den Wahlen zum deutschen Reichstag erhielten die Social*demokraten:*

1871 . . .	101 927	Stimmen,	2	Sitze (Bebel und Schraps)
1874 . . .	351 952	"	9	"
1877 . . .	493 288	"	12	"
1878 . . .	437 158	"	9	"
1881 . . .	311 961	"	12	"
1884 . . .	549 990	"	24	"
1887 . . .	763 128	"	11	"
1890 . . .	1 427 298	"	35	"
1893 . . .	ca. 1 800 000	"	44	"

Ueber das Anwachsen der Stimmenzahl in den grossen Städten gibt folgende Zusammenstellung Aufschluss. Auf socialdemokratische Kandidaten fielen Stimmen:

Ort	1878	1890	1893
Berlin	51 164	126 317	151 122
Hamburg	29 629	67 303	70 553
Breslau	13 065	21 555	26 205
München	5 259	28 218	29 907
Dresden	17 303	25 079	26 455
Leipzig	5 822	12 921	11 784
Köln	2 189	10 640	12 093
Magdeburg	6 235	17 261	16 633
Frankfurt a. M. . .	4 080	12 663	13 482
Königsberg	1 108	12 370	10 964
Hannover	6 588	15 789	19 538
Stuttgart	4 136	10 446	13 340
Bremen	6 304	14 843	14 572
Düsseldorf	486	8 228	9 367
Nürnberg	10 162	17 045	18 015
Danzig	114	3 525	4 265
Strassburg i. E. . .	141	4 773	6 206
Chemnitz	9 899	24 641	23 296
Elberfeld-Barmen . .	11 325	18 473	19 005
Altona	11 662	19 533	20 448
Stettin	914	7 759	9 586
Aachen	909	1 744	3 029
Crefeld	467	3 030	3 730
Braunschweig . . .	7 876	13 621	15 470
Halle	1 046	12 808	12 991
Lübeck	1 588	6 393	7 339

Reimer, Georg Otto, geboren 26. Mai 1841, besuchte die Volksschule, war seit seinem vierzehnten Lebensjahre Cigarrenarbeiter und ein überaus thätiger socialistischer Agitator in Altona und anderen schleswigholsteinischen Wahlkreisen. Bereits 1874 wurde er im neunten schleswigholsteinischen Wahlkreis, Plön-Segeberg-Neustadt, in dem die Masse der Wähler aus ländlichen Arbeitern besteht, in den Reichstag gewählt. Er starb am 1. März 1892.

Religion. Der Socialismus als solcher steht der christlichen Religion zunächst durchaus nicht feindlich gegenüber; im Gegenteil ist die eine Ursache seines Entstehens wohl zu finden in dem Bewusstwerden des schneidenden Kontrastes zwischen der Wirklichkeit und der Lehre Christi, welches zwar zu allen Zeiten, besonders während der Reformation, bestand, grössere Ausdehnung aber erst wieder seit dem XVIII. Jahrhundert gewann. So finden wir denn auch, dass der Socialismus bei seinen älteren Vertretern sehr oft ein religiös gefärbter war. Auch in neuester Zeit hat noch der Pfarrer Todt (s. Christlicher Socialismus) den Versuch gemacht, die hauptsächlichsten socialistischen Lehren als im Neuen Testament enthalten nachzuweisen. Einen specifisch antireligiösen Charakter hat nur der von Marx vertretene Kommunismus. Marx erblickt in den modernen Religionen nichts Anderes als Systeme menschlicher, in eine jenseitige Welt projicierter Gedanken, die mit der materiell-ökonomischen Basis der Gesellschaft, dem Produktionsprozess, dessen Funktionen sie sind, Veränderungen erleiden. Diese Ideen haben dann in den verschiedenen Gottesbegriffen selbständige Gestalt angenommen und beherrschen, von dem menschlichen Boden gewissermassen losgelöst, in unheilvoller Weise ihre eigenen Erzeuger, die Menschen. Ist so bei Marx der Atheismus die notwendige Folge tiefer, wissenschaftlicher Studien — er verliert übrigens wenig Worte über ihn —, so ist er dagegen bei der grossen Masse der Socialdemokraten nur ein Glaubenssatz. Mehr in den Vordergrund trat die atheistische Richtung im Jahre 1878, in dem eine Agitation zum Austritt aus der Landeskirche, insbesondere von Most, mit grossem Lärm eingeleitet wurde. Sie beschränkte sich indes in der Hauptsache auf Berlin, ohne einen bemerkenswerten Erfolg zu erringen. Es war dies ganz offenbar ein Verstoss gegen die sonst von der Partei beobachtete Taktik. Früh genug hatten die Führer der Partei erkannt, dass der religiöse Sinn weiter Schichten des Volkes, von einer ganz rückhaltslos atheistischen Propaganda verletzt, auch der politischen feindlich gegenübertreten würde. So war denn schon eine Forderung des Eisenacher Programms die Trennung der Kirche vom Staat, und Trennung der Schule von der Kirche gewesen, durch die man den gewaltigen Einfluss der Kirche in Schule und Staat zu brechen hoffte, ohne die Kirche selbst in ihrer Existenz anzugreifen. Im Gothaer Programm wurde dann die Religion zur Privatsache erklärt und dieser Punkt unverändert in das neueste Programm, das Erfurter, aufgenommen. Trotz des von mancher Seite gerne betonten Atheismus hat die politische Notwendigkeit, mit der grossen Macht der Religion über die Menschen zu rechnen, die Partei dahin gebracht, den Grundsatz der Duldsamkeit, aufs strengste sowohl der Pfäfferei des Unglaubens wie der des Glaubens gegenüber durchgeführt, zu einem Punkt ihres Programms zu machen.

Die notwendige Konsequenz dieses Satzes ist die Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Damit wird der Unterhalt der Kirchen und Geistlichen den Glaubensgemeinden als Pflicht zugewiesen und ein Zustand geschaffen, wie er in grosser Ausdehnung bereits in Nordamerika und England besteht. Jeder Einmischung des Staates aber in die internen Angelegen-

heiten dieser freien Gemeinden, Wirtschaftsführung, Einrichtung des kirchlichen Dienstes u. s. f., ist auf das schärfste entgegenzutreten. Die religiöse Unterweisung der Kinder findet ausserhalb der Schulen statt, in Sonntags- und Abendschulen, deren Einrichtung vollständig den freien Gemeinden und der Bestimmung der Eltern überlassen ist.

Alle diese Forderungen sind durchaus nichts specifisch Socialistisches; sie spielen z. B. eine sehr grosse Rolle in England, wo der Socialismus bekanntlich sehr schwach ist.

Rey, Josef, geboren zu Grenoble 1779. Wegen Teilnahme an einer militärischen Verschwörung 1820 zum Tode verurteilt, floh er nach England und wurde hier ein Schüler R. Owens, über dessen Lehre er 1828 das Buch Lettres sur le système de M. Owen herausgab. Nach der Julirevolution kehrte er nach Frankreich zurück und nahm 1844 seine Thätigkeit als Advokat wieder auf. Gestorben 1855.

Op. Des bases de l'ordre social, Paris 1837; Théorie et pratique de la science sociale, Paris-Grenoble 1842; Démocratie pacifique, Paris 1847; Appel au ralliement des socialistes, Paris 1847.

Restif de la Bretonne, Nikolas Edme, geboren zu Sacy (Bourgogne) am 23. Oktober 1734, gestorben zu Paris 1806. Er verlebte seine erste Jugendzeit in seinem Heimatsdorfe und erhielt seinen Elementarunterricht in der Schule des Maître Jacques zu Vermenton. Seine beiden älteren Brüder, von denen der eine Geistlicher in Courgis war, der andere Lehrer in Paris, gaben ihm Unterricht in Französisch und Latein. Anfänglich für den geistlichen Stand bestimmt, erlernte er dann das Buchdruckergewerbe in Auxerre (Juli 1751). Hier blieb er aber nicht lange, sondern wandte sich nach Paris, wo er seine Gesellenzeit beendigte. Ein erster Heiratsversuch mit einer Engländerin schlägt fehl; darauf verlässt er wieder Paris, hält sich in Auxerre, Courgis und Denis auf, kehrt nach Paris zurück, das er zum dritten Male verlässt, um nach Auxerre zurückzukehren. Hier heiratete er Agnes Lebègue, den „Dämon der Zwietracht" seines Lebens, wie er sie nannte, und bleibt einige Zeit in dieser Stadt, um dann für den Rest seines Lebens nach Paris zurückzukehren. Anfangs arbeitete er hier als Setzer, dann als Faktor in einer Buchdruckerei und begann 1765 seine litterarische Laufbahn als Romanschriftsteller. Neben den unzähligen Romanen, die er veröffentlichte, schrieb er eine Anzahl von Büchern, die sogenannten „Graphes", in denen er socialpolitische Gegenstände behandelte: den Pornograph, Thesmograph, Andrographe u. s. f. Im Laufe der Jahre hatte er sich ein kleines Vermögen, 75 000 Livres, erworben, das er aber in der Revolution durch die Assignatenwirtschaft und zwei Bankrotte verlor. Der Schlag war sehr hart für ihn. Er kehrte zum Setzerkasten zurück und schrieb daneben Romane weiter. 1795 erhielt er vom Direktorium eine einmalige Unterstützung von 2000 Fr. Seine Lage verschlechterte sich mehr und mehr. Seine Gönner verschafften ihm ein kleines Amt beim Ministerium der Polizei; aber er war nicht mehr im stande, es zu bekleiden, und gab daher bald nach seiner Anstellung seine Demission. 1806 starb er in tiefster Armut.

Restif gehört zu den Vertretern des sensualistischen Materialismus.

Die Basis der Leidenschaften (passions) ist die Sensibilität, die durch zwei Hauptleidenschaften, die Liebe und den Hass, Anziehung und Abstossung wirkt. Der von einer Unzahl von Leidenschaften bewegte Mensch gleicht einem stürmischen Meere. Das Geheimnis seines Glückes besteht aber nicht darin, überhaupt nicht von den Leidenschaften, sondern nur von angenehmen, befriedigenden Neigungen bewegt zu werden. Wenn also eine Leidenschaft im Menschen sich erhebt, so gilt es nicht, dieselbe daran zu hindern, das Gleichgewicht zu stören, sondern nur Excessen vorzubeugen, die Vorherrschaft derselben zu hintertreiben (vgl. Mably, der Restifs Gegenfüssler ist, sowie Fourier).

Die Basis der Moral ist der gemeinsame und gegenseitige Nutzen der in einer Gesellschaft vereinigten Menschen. Das persönliche Glück wird am wirksamsten durch die Arbeit für das Allgemeine erreicht. Das Unglück existiert nur deshalb, weil die Menschen diese Wahrheit nicht erkannt haben. Wenn man alle Ursachen des Elends genau erforscht, so wird man finden, dass sie ihre Wirkungen durch die Isolierung des Menschen, durch den Missbrauch des Egoismus erzielen. Nur also durch den totalen Umsturz des bestehenden Regimes, durch Losbinden aller Bande der Gesellschaft, durch Ausscheidung alles Isolierenden und die Interessen der Menschen Scheidenden, kurz durch Abschaffung des Privateigentums und Vergesellschaftlichung aller Dinge kann die zarte Pflanze des socialen Interesses gegenüber dem rasch wuchernden Unkraut des privaten gestärkt werden.

Nun hat man allerdings eingewandt, dass sich die Menschen nur deshalb vergesellschaftet haben, um ihr Eigentum zu schützen. Aber die Geschichte der Menschheit erweist diese Behauptung als falsch. — Das erste Eigentum der erweiterten Familie waren die Hausungen und die Jagd, aber beide waren gemeinsam. Erst nach Erlangung einer Halbcivilisation hatte der Mensch Herden, aber die Gesellschaft bestand schon lange zuvor. Die Thatsachen beweisen, dass alle wilden Völkerschaften des Altertums und der Neuzeit die Personen, die Herden und das Land in Gemeinschaft besassen. Im Ackerbauzustande hatte der Mensch zunächst nur die Ernte im privaten Eigentum; das Land blieb gemeinsam. Der Grundbesitz, der den Menschen von heute so schmeichelt, ist die letzte späteste Art des Privateigentums und die unmoralischste, da er die Quelle aller Laster, Verbrechen und Korruption ist. Der Mensch war unschuldig, so lange er nichts besass. Das Laster begann, als er eine Frau ausschliesslich besass; die Tyrannei entstand mit dem Eigentum, das er sich an seinen Kindern anmasste; Diebstahl und Sklaverei mit dem der Herden; alle Laster und Verbrechen mit dem monströsen Grundeigentum! So ist also das Eigentum die lasterhafte Basis der Gesellschaft.

Man hat ferner die Behauptung aufgestellt, dass der Fleiss, die Energie und der Ehrgeiz an die Existenz des Privateigentums gebunden seien. Auch hier beweisen die Thatsachen das Gegenteil. Die bäuerlichen Associationen der Tirons in der Auvergne und in den Provinzen von Orléannais, Berry, Normandie, der mährischen Brüder und der Herren-

huter in Schlesien, die wilden Völker der Ottomakos und Hua-Hua, die in Gütergemeinschaft lebenden Tiere, wie Ameisen, Bienen und Biber — sie alle beweisen, dass der Fleiss innerhalb der Association viel grösser ist, als ausserhalb derselben. Und in der That muss das Gefühl, über die täglichen Bedürfnisse beruhigt zu sein, den Arbeitern eine ungemeine Energie geben. Die Friedlichkeit, die Freude, die Unbekümmertheit werden der Mehrzahl der menschlichen Wesen eine Apathie geben, die nicht nur in den Wissenschaften und Künsten notwendig ist, um sich ohne Zerstreuung, Abziehung, Teilung, Sorge ihrem Gegenstande hinzugeben, sondern auch in jeder anderen Beschäftigung. Wie viele Leute, selbst Bauern, werden nicht durch Unruhen und Sorgen zur Aufgabe der notwendigsten und wichtigsten Arbeiten veranlasst? Wie vieler Handwerker, Künstler, Schriftsteller Thätigkeit wird nicht durch eine Menge erbärmlicher und drückender Sorgen gehemmt und zerstört?

Aber die Freiheit und der Kommunismus sind unverträglich! — Aber, antwortet Restif, es gibt keine Freiheit unter der Herrschaft des Bedürfnisses; es gibt kein Wesen in der Natur, das davon entbunden wäre, seine Nahrung zu suchen, und die Freiheit hätte, sich hinzulegen, ohne etwas zu thun — mit Ausnahme des Schweins, das man fett macht.

Im tiefsten Frieden, in vollständigster Sicherheit vor auswärtigen Feinden, gegen innere durch eine scharfe Polizei geschützt, sehen wir doch fast alle Mitglieder der modernen Staaten von Leid und Uebelbefinden angekränkelt, von Sorgen und Unruhen überhäuft. Es gibt keine Tugend, keine Sitten, keinen Glauben, keine Ehrbarkeit, keine Skrupel mehr. Ein jeder betrachtet den Nächsten mit unzufriedenem Auge, mit Hass und Neid. Was ist die Quelle aller dieser Uebel? — Der Egoismus, und die verhängnisvolle Maxime: man muss für sich leben. Sie vergiften alle Quellen des Glücks, die Liebe, Freundschaft, väterliche Zärtlichkeit, kindliche Liebe; sie verwüsten alles um den socialen Menschen herum, sie isolieren ihn, berauben ihn der Hülfe seiner Nebenmenschen, machen sie zu seinen Feinden und bringen ihn im Schosse der Gesellschaft selbst in die absolute Einsamkeit des Wilden zurück.

Glück kann es aber nur in der Tugend geben, und die Tugend gibt es nur in der physischen und moralischen Gleichheit, die nicht die Unterordnung ausschliesst. Ein jedes Individuum muss seine Aufgabe erfüllen und sein Teil Arbeit leisten, damit niemand geschädigt werde und mehr zu arbeiten habe, als von ihm verlangt werden kann. Das sind die Principien, die einer allgemeinen Reform der Sitten (mœurs) als Basis zu Grunde liegen müssen.

In seinem Entwurf einer neuen Gesellschaftsordnung, die bei Restif im Laufe der Jahre sich entwickelt hat und im „Andographe" am vollständigsten vorliegt, beginnt er mit einer bis ins Einzelne gehenden Darstellung der Erziehung der Jugend, auf die wir hier nicht näher eingehen können. Selbstverständlich besteht der Ehezwang für beide Geschlechter; aber zehn Jahre lang ist der öffentliche Verkehr zwischen den Ehegatten verboten. Mann und Frau leben auch nach der Ehe bei ihren Eltern, und jeder Verkehr zwischen den beiden, insbesondere der Ge-

schlechtsverkehr, ist eine Frucht, die sie nur heimlich geniessen können.

Die Grundlage der neuen Produktionsweise ist die Gemeinschaft der Güter, die Quelle aller Tugenden, da sie allein die bürgerliche Gleichheit bewirkt. Nun kann man aber dieselbe nicht ohne weiteres einführen. und so empfiehlt er die Gleichheit, wenn noch nicht aller Bürger, so doch der Angehörigen der verschiedenen Klassen unter einander.

1. Die Bewohner der Flecken und Dörfer. Unter ihnen wird sofort die vollständige Gleichheit eingerichtet. Die Ländereien werden unter die Familien verteilt, und zwar im direkten Verhältnis zu den Arbeitskräften der Familien; dieselben gehen aber nur zu Zwecken der Kultivierung in den Besitz der Familien über. In gleicher Weise wird die Familie mit dem entsprechenden Viehstand ausgestattet; dies trifft aber nur auf das Arbeitsvieh zu; die Pflege des Kleinviehs und Geflügels liegt in grösserer Ausdehnung in den Händen der Familien, die weniger für die schwere Arbeit geeignete Mitglieder besitzen. Das Getreide wird an verschiedenen Orten aufgespeichert. Der Weizen, der Roggen und die Gerste werden nach dem Drusch in die grossen Gebäude, die als Magazine und Speisehallen dienen, abgeliefert; der Hafer, das Heu und Stroh dagegen in den Privathäusern aufbewahrt. Aus den öffentlichen Speichern geht das Getreide entweder zum Verkauf auf die Märkte, oder in die Mühle zum Mahlen, von wo es in die Speisehallen oder Gemeindepaläste zum täglichen Gebrauch zurückkommt. Kein privater Ackerbauer hat das Recht, Getreide zu verkaufen, ausser im Auftrage der Verwaltung und für Rechnung der Gemeinschaft. Verheimlichung des gewonnenen Getreides wird mit den schärfsten Strafen bedroht. Von den übrigen ländlichen Produkten, wie Milch, Käse, Butter, Eier, Wolle, Fleisch u. s. f., wird ein Teil gleichmässig zum Konsum unter die Bewohner verteilt. Der Ueberschuss aber wird verkauft, und der Erlös als ein Pekulium (pécule) im Verhältnis zur Arbeitsleistung und zur Zahl der Personen, welche die Gemeinschaft bilden, verteilt. Wo die Speisung und Kleidung gemeinsam ist, findet natürlich keine Teilung der Produkte zum Konsum statt.

Gewöhnlich hat jedes Dorf oder jeder Flecken ein öffentliches Gebäude, den Gemeindepalast, der den verschiedensten Zwecken dient. Die unteren Gewölbe desselben dienen als öffentliche Vorratskammern und Keller, das Erdgeschoss als Küche, der erste Stock als Speise- und Versammlungssäle, der zweite Stock als Getreidespeicher. Hier halten die Mitglieder der Gemeinschaft ihre gemeinsamen Mahlzeiten ab. Der Küchendienst liegt in den Händen der schwächeren und missgestalteten Personen beiderlei Geschlechts, die darin von den Bestraften, denen die schweren und schmutzigen Arbeiten zufallen, unterstützt werden. In kleinen Orten, an denen es weder Invalide noch Bestrafte gibt, übernehmen die Frauen der Gemeinschaft die Bereitung der Speisen.

Ausserdem werden noch die Ackerbauer nach den verschiedenen Zweigen des Ackerbaues, den sie betreiben, in Gewerkschaften eingeteilt, von denen eine jede der anderen ihre Produkte liefert. So würden also die Kornbauer für das Mehl in der ganzen Ausdehnung des Königreiches,

die Weinbauer für den Wein zu sorgen haben und ihrerseits das nötige im Austausch erhalten.

2. Die Bewohner der Städte. Die Handwerker werden in Innungen vereinigt, in denen die Profite gemeinsam sind und sich unter alle Mitglieder verteilen. Die Leitung der Innung liegt in den Händen der Aeltesten, die einem jeden Mitglied einen proportionierten Teil Arbeit zuweisen. Ein jeder Angehöriger einer Innung ist zur Anfertigung der ihm zugewiesenen Arbeit verpflichtet. Das vollendete Werk wird in das Bureau der Innung abgeliefert, von wo aus es an die Bureaux der anderen Innungen verteilt wird. Ein jeder kann nun die von ihm benötigten Produkte von den Vorstehern seines Bureaus erhalten. Diese Verteilung findet viermal im Jahre statt.

Dieselbe Organisation gilt für die Kaufleute, Fabrikanten und Arbeiter. Was den Adel angeht, so meint Restif, dass es sehr wünschenswert sei, derselbe verzichte edelmütig auf seine Privilegien zu Gunsten der Gemeinschaft und Gleichheit. Da aber er selbst dies nicht zu hoffen wagt, so empfiehlt er, auch die Adeligen in eine Gemeinschaft zu vereinen; wobei man aber darauf zu achten habe, dass sie keine Macht über die, von ihnen so bezeichneten, unteren Klassen hätten.

Die Angehörigen einer Körperschaft haben gleichfalls ihre Versammlungshäuser, in denen sie mit einander speisen. Das Getreide für den Bedarf der Städte wird von den Ackerbauern ohne Kompensation geliefert.

3. Die Seeleute, in deren Händen der Seehandel und die Fischerei liegen, bilden Korporationen für sich; sie bemannen sowohl die Kriegs- wie Handelsflotte. Die Greise über sechzig Jahre bilden in den Seestädten die Comités en commerce, an die sich die Comités im Innern wenden, um durch sie die notwendigen Waren zu beziehen. Ausserdem besteht $^1/_{10}$ des Senats in der Hauptstadt aus ihnen. Die für den Seemannsberuf bestimmten Kinder werden im Fischfang von Jugend auf unterrichtet; ausserdem haben sie noch zu lernen: Griechisch und Latein, Geographie, Astronomie und Mathematik und die notwendigsten lebenden Sprachen.

4. Die Schriftsteller. Ihnen legt Restif eine grosse Bedeutung bei, behauptet von ihnen, dass sie die Seele des Staates, Menschen par excellence seien. Sie bilden eine Körperschaft für sich mit Aeltesten und einem Versammlungshaus. Ein jeder kann die Laufbahn eines Schriftstellers einschlagen, aber er wird ein solcher erst, wenn sein Werk die Approbation für den Druck erhalten hat. Seinen ersten Versuch hat aber jeder zu machen, ohne seine anderweitige bürgerliche Stellung, in der er sich befindet, aufzugeben. Ein Censor, der ein Mitglied der Akademie — ohne eine solche thut es Restif nicht — ist, entscheidet über das Verdienst eines Buches; seine Billigung zieht den Druck nach sich. Wenn abgewiesen, hat der Autor noch verschiedene Appellationsinstanzen. Die Bücher werden von den Privaten mit ihrem Peculium auf dem Bureau der Autoren gekauft. Das Peculium der Autoren ist dasselbe wie der Mitglieder anderer Körperschaften. Es stammt aus dem Ueberschuss ihrer Produktionen, nachdem die für die Bedürfnisse des Staates geforderten Summen vorweg erhoben sind.

Polizei wie Civilgerichtsbarkeit werden in den Händen der Aeltesten beiderlei Geschlechter liegen. In der Kriminalgerichtsbarkeit liegt die Findung des Urteils in den Händen einer Jury, welche stets aus zwölf Berufsgenossen (pairs) des Beklagten mit einem Aeltesten an der Spitze besteht.

Die eigentliche Leitung der Produktion und Konsumtion wird von den Comités der Greise besorgt; sie bilden den Beamtenstand.

Wir haben schon an einigen Stellen des Peculiums gedacht, das Restif den Angehörigen seiner Gesellschaft gestatten will. In dem „Andrographe“ hat er über diese Einrichtung, die eigentlich seinem kommunistischen Staate durchaus widerspricht, noch folgende Angaben gemacht. Die privaten Gewinne (pécule), die man den Privatpersonen klugerweise zur Ermutigung lassen wird, können nur von denen, die älter als 49 Jahre sind, in Empfang genommen werden. Sie haben die Pflicht, dieselben nach Verdienst an ihre Kinder und Enkel zu verteilen. Diese Gewinne haben ihren Ursprung in öffentlichen Verkäufen von Korn, Wein und anderen Früchten, Vieh, von Produkten geistiger und körperlicher Arbeiten aller Art. Von dem Ertrag dieser Verkäufe wird man alle gemeinsamen Ausgaben und einen Mehrbetrag von $^1/_6$ derselben für unvorhergesehene Fälle reservieren. Der Ueberschuss wird an die Mitglieder nicht zu gleichen Teilen, sondern proportional ihrer Leistung verteilt. Der Privatmann ist Herr seines Peculiums; er kann es verleihen, aber, wie klärlich, nur an den Staat selbst oder die Angehörigen einer benachbarten Nation. Der Zinsfuss wird ein sehr geringer sein, 2—3 %; aber gerade dadurch werden die fremden Nationen zum Geldleihen veranlasst und so die einheimischen Summen produktiv werden. Das Peculium kann aber auch von den Privatleuten zur Verbesserung ihres Lebensunterhaltes benutzt werden, wodurch Künstlern und Handwerkern Beschäftigung gegeben wird. In seinem spätesten Werk, dem Monsieur Nicolas, hat Restif das Peculium durch verschiedene Arten von Geld ersetzt, die zur Belohnung hervorragender oder nützlicher Handlungen dienen sollen und von denen er sich einen grossen moralischen Wert verspricht. Er wirft sich hier selbst ein, dass dieselben eigentlich überflüssig wären, versucht aber, allerdings vergeblich, ihre Einführung zu rechtfertigen.

Die Wurzel von Restifs Kommunismus haben wir in den bäuerlichen Hausgemeinschaften Frankreichs zu suchen, die er als Sohn eines Bauers genau kannte. Wir begegnen einem solchen Associationsplan, der, wie er aber hervorhebt, vollkommener ist, als der der Gemeinschaften der Auvergne und der Umgebungen von Orléans, zum erstenmale in seinem Roman „le paysan perverti“, La Haye 1776, sowie in einem anderen Buche „Ecole des pères, Paris 1776“, wo er auch die „Geschichte der Gemeinschaft von Sparta und die der Mährischen Brüder Schlesiens“ erzählt hat. Am ausgebildetsten ist sein kommunistisches System in dem bereits erwähnten „Andrographe“, dem dann seine Utopie, die „Terre australe“, folgte. In diesen Werken ist der erste Gedanke der Association zum kommunistischen Staat entfaltet, und das ganze System desselben durch eine scharfe, oft vortreffliche Kritik der bestehenden Gesellschaftsform begründet worden. Restifs Plan einer Produktivgenossenschaft ist unter „Produktivgenossen*schaften*“ nachzulesen.

Reynaud, Jean, geboren zu Lyon 1806, gestorben 28. Juni 1864. Er genoss den Unterricht der polytechnischen Schule zu Paris. Mit Hippolyte Carnot und Eduard Charton, seinen vertrauten Freunden, ward er ein Mitglied der St. Simonistischen Schule (s. d.). Grosses Aufsehen erregte sein Artikel in der „Revue encyclopédique“: „De la nécessité d'une représentation spéciale pour les prolétaires“, der 1832 erschien (in P. Leroux, Oeuvres I, 346—364). Im Prozess der Republikaner, April 1834, ward er zu Gefängnisstrafe verurteilt. Mit P. Leroux gab er die „Encyclopédie nouvelle“ heraus und bearbeitete besonders die Artikel, die auf die Gesellschaftsklassen Bezug haben; bedeutend ist auch sein Artikel über die Bourgeoisie im III. Band. In der Revolution von 1848 wurde er Unterstaatssekretär des Unterrichtsministeriums und zog sich, als die Reaktion zur Herrschaft kam, ins Privatleben zurück.

In den beiden erwähnten Artikeln entwickelte er folgende Gedanken. Das Kennzeichen des Bourgeois ist nach ihm folgendes: Bourgeois ist der, welcher in der Gesellschaft nur durch einen gegenseitigen Kontrakt verpflichtet wird; der sich nur verpflichtet, indem er zugleich einen anderen verpflichtet; welcher arbeitet, aber mit der Fähigkeit, über seine Arbeit zu verfügen; welcher in seinem Herzen den Stolz der Unabhängigkeit fühlt, kurz der Herr seiner Person ist. Die grösste Zahl von Bürgern ist nicht in dieser Lage; sie sind durch den Hunger gezwungen, sich beim ersten besten Handel zu verkaufen. Für sie ist das Leben eine Wüste. Sie gehen durch die Welt, ohne sie zu kennen, ohne nur die Musse zu haben, Halt zu machen oder nur nach rechts oder links zu blicken; alle einander folgend auf dem engen Pfade, traurig, schweigend, gebeugt; in die Fussstapfen derer, die vor ihnen wandeln, tretend, ohne ein Wort mit den Gefährten zu tauschen, ohne Freude und sinnendes Träumen in ihrem Innern, ohne ein anderes Band mit den Genossen ihres Elends, als die Gewohnheit, denselben Weg in derselben Herde zu machen, im selben Staube zu atmen; ohne ein anderes Ziel, als das Ende des Tages zu erreichen, um morgen einen gleichen Tag zu beginnen. Der, welcher nackt ist, wie die Tiere, die ihr Futter von unserer Hand bekommen, geniesst nicht seine persönliche Freiheit; der aber, welcher die Freiheit hat, besitzt sie nur durch den Besitz des Kapitals. Zwei Klassen müssen wir also im Volk unterscheiden: Proletarier, alle die, welche den ganzen Reichtum einer Nation hervorbringen, um den Taglohn ihrer Arbeit zu empfangen und als Ziel ihres Lebens einen Platz im Hospital oder frühen Tod vor sich zu sehen, und die Bourgeois, d. h. alle die Besitzer und feudalen Machthaber der Industrie, die von der Arbeit der Proletarier leben und auf den Wählerlisten stehen. Zwischen beiden Klassen herrscht nun die grösste Interessenverschiedenheit. Da die politische Macht in den Händen der Bourgeois liegt und von ihnen nur zum Vorteil und Förderung ihrer Interessen benutzt wird, so ist es unbedingt notwendig, dass auch die Proletarier eine politische Vertretung zum Schutz ihrer Interessen erhalten.

Op. Wir erwähnen noch „Terre et ciel“, 1854.

Ritter der Arbeit nennen sich die Mitglieder einer grossen amerikanischen Arbeiterorganisation, die 1869 von Uriah S. Stephens, einem

Schneider in Philadelphia, in Gemeinschaft mit acht Freunden gegründet wurde. Die Stifter des „edlen und hohen Ordens der Ritter der Arbeit“ gingen von dem Gedanken aus, dass mit der Entwicklung der Maschinerie der Unterschied zwischen „gelernten“ und „ungelernten“ Arbeitern mehr und mehr verschwinde. Mit der Entwicklung der Produktionsweise müsse sich auch die Organisation der Arbeiter entwickeln, die alten Gewerkschaften, die nur die Mitglieder eines Gewerks vereinigten, seien unhaltbar oder doch unwirksam geworden, da jetzt zur Bedienung der Maschinen aussenstehende Arbeiter herangezogen werden könnten. Im günstigsten Falle bildeten die Gewerkvereine eine Organisation der wirtschaftlich stärkeren Arbeiter, die sich nur auf Kosten ihrer schwächeren Brüder behaupten können. Dass sie von diesen während ihrer Lohnkämpfe Unterstützung verlangten, widerspräche aller Gerechtigkeit. Die besser Gestellten sollten für ihre weniger glücklichen Brüder eintreten, sich nicht aber auf deren Kosten Vorteile zu verschaffen suchen. Der brutalen Unterdrückung der Schwachen gegenüber, die von den Gewerkvereinen geübt werde, proklamieren sie das Princip der Brüderlichkeit, des Eintretens aller für die Schwachen. Die Lage aller Arbeiter werde sich nur dann bessern, wenn man die unterste Schicht der Arbeiter hebe.

Die Ritter nahmen deshalb in ihren Orden Mitglieder aller Berufe auf, ausgenommen Banquiers, Börsenmakler, berufsmässige Spieler, Advokaten und alle, die ihre Einnahmen aus der Fabrikation oder dem Verkauf berauschender Getränke beziehen. Doch drei Viertel der Mitglieder einer lokalen Vereinigung müssen Lohnarbeiter sein. Geographische Bezirke oder bestimmte Gewerke treten zu Distriktsvereinigungen zusammen, an deren Spitze die General Assembly steht.

Der Orden war in den ersten zehn Jahren ein Geheimbund; er wurde bezeichnet durch fünf Sterne *****. Er breitete sich schnell aus, so dass das Publikum bald erkannte, dass diese mysteriösen Zeichen auf die Arbeiterschaft eine grosse Gewalt ausübten. Bald entstanden Gerüchte, welche überall Furcht vor dem geheimnisvollen Bunde, dem Tausende gehorchten, verbreiteten. Diese verschwand aber, als der Orden 1878 den Schleier etwas lüftete. Das Princip der Oeffentlichkeit der Verhandlungen hat er aber noch nicht angenommen.

In seinem Programm spricht der Orden die Ueberzeugung aus, dass die Entwicklung des modernen Kapitalismus zur Verarmung und hoffnungslosen Degenerierung der arbeitenden Massen führen wird, wenn man der ungerechten Accumulation des Reichtums und der Macht desselben, Uebel zu thun, nicht entgegentritt. Der Orden hat sich gebildet, um die Kräfte der Arbeiterschaft zusammenzufassen und zu leiten; er ist keine politische Partei, sondern er ist mehr, da er nicht das Wohl einer Klasse, sondern des ganzen Volkes im Auge hat. Er verhehlt sich aber nicht, dass er den grössten Teil seiner Zwecke nur durch das Eingreifen der Gesetzgebung erlangen kann. Er fordert von jedem Einzelstaate die Einrichtung von statistischen Aemtern, Ausdehnung der Fabrikgesetzgebung, unbedingte Koalitionsfreiheit, gesetzliche Schiedsgerichte mit Zwangsgewalt, progressive Einkommensteuer u. s. w.; vom Kongress fordert er Regelung der

Währung, Abgabe von Papiergeld an Stelle der verzinslichen Staatspapiere, Verstaatlichung der Eisenbahnen und Telegraphen; durch eigene Kraft will er erreichen: den Achtstundentag, gleiche Bezahlung der Frauenarbeit und die Errichtung von Produktivgenossenschaften, um das Lohnsystem abzuschaffen. Aus dem letzten Programmpunkt zu folgern, wie Dr. E. Aveling es thut, dass der Orden socialistisch ist, ist wohl etwas kühn. Es ist aber wahr, dass viele socialistische Elemente sich unter den Rittern der Arbeit befinden und mehr und mehr Einfluss gewinnen. In diesem Urteil stimmen auch die Professoren R. T. Ely und Sartorius v. Waltershausen mit Liebknecht und Engels überein. Letzterer glaubt, dass aus dem Orden sich in Zukunft eine starke amerikanische socialistische Partei entwickeln wird. Die jetzigen Leiter haben aber gegen die Bestrebungen der deutsch-amerikanischen Socialdemokraten eine starke Abneigung. Sie wollen die Lehre vom Klassenkampf nicht acceptieren und fühlen sich abgestossen durch den von jenen in vielen Fällen gepredigten Atheismus.

Rittinghausen, Moritz, geboren am 22. November 1814 in Hückeswagen, vertrat bereits in den vierziger Jahren socialistische Grundsätze und war 1848 Mitarbeiter an der „Neuen Rheinischen Zeitung“. 1877/78 und 1881/84 war er socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Solingen. Er schied 1884 aus der socialdemokratischen Partei aus im wesentlichen persönlichen Gründen aus. Gestorben am 29. Dezember 1890.

Op. Organisation der Staatsindustrie, 1848. Die direkte Gesetzgebung durch das Volk, 1. Auflage 1850; Socialdemokratische Abhandlungen, 5 Hefte, 1869—1872.

Rivadavia, Bernardino, Präsident der Argentinischen Republik im Jahre 1826, brachte folgenden Gesetzesentwurf in der argentinischen Kammer ein: 1. Die Ländereien, die staatliches Eigentum sind und deren Aneignung durch das provisorische Gesetz vom 15. Februar 1826 verboten ist, werden für einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren, vom 1. Mai 1827 an, in Emphyteusis gegeben. Damit war das sociale Eigentum an Grund und Boden proklamiert. Die Präsidentschaft Rivadavias nahm aber schon 1827 ein Ende, und damit fiel auch sein Gesetzesentwurf.

Roche, Ernest, geboren zu Bordeaux am 9. Oktober 1850. Seinem Berufe nach Graveur, nahm er schon früh an den socialen Kämpfen der Arbeiter teil, organisierte eine Reihe von Arbeitersyndikaten und war für die Wahl Blanquis in Bordeaux thätig. Redacteur des „Intransigeant“, nahm er an der Organisation der Streike von Anzin und Decazeville teil und wurde deshalb zu fünfzehn Monaten Gefängnis verurteilt, von denen er sechs verbüsste. Er wurde 1889 als socialistischer Republikaner zum Deputierten gewählt und schloss sich Boulanger an. 1893 wurde er wiedergewählt und gehört jetzt zu der Gruppe unabhängiger Socialisten.

Rodbertus, Karl geboren, 12. August 1805 zu Greifswald, studierte 1823—1825 in Göttingen, 1825—26 in Berlin die Rechte. 1830 Referendar zu Oppeln begann er Nationalökonomie zu treiben. 1834 kaufte er das Gut Jagetzow und siedelte dorthin 1836 über. 1847 wurde er von der Ritterschaft des Kreises Usedom-Wollin zu ihrem Provinzial-Landtagsabgeordneten gewählt. Bei den Wahlen zur neuen verfassungs-

gebenden Versammlung nach allgemeinem Stimmrecht wurde Rodbertus zum Abgeordneten gewählt 1848. Bei der Bildung des Kabinetts Auerswald-Hansemann übernahm Rodbertus das Ministerium für Kultus und Unterricht, legte es aber schon nach 14 Tagen wieder nieder, da er erkannt hatte, dass ein Zusammengehen mit Frankfurt nicht beabsichtigt war. Nach Oktroyierung des Dreiklassenwahlgesetzes vertrat Rodbertus das Princip der Wahlenthaltung seitens der Demokratie. Späterhin bekannte sich Rodbertus zur Politik des Ministeriums Bismarck, verteidigte die Armeereorganisation und sagte sich von der Demokratie los. Vier Jahrzehnte hindurch hat sich dann Rodbertus mit der Socialwissenschaft und den Staatswissenschaften beschäftigt. Schon 1842 schrieb er über den Normalarbeitstag s. d. und gründete zu Greifswald einen „Baltischen Zweigverein für das Wohl der arbeitenden Klassen", dessen Vorsitzender er war. Von Lassalle zur Mitwirkung aufgefordert, lehnte Rodbertus in seinem „offenen Brief an das Comité des deutschen Arbeitervereins zu Leipzig" ab, da er einmal das Lohnprincip nicht abgeschafft haben und zweitens die sociale Bewegung nicht zugleich mit einer politischen verbinden wollte. 1868/69 erschien sein Werk „Zur Erklärung und Abhülfe der heutigen Kreditnot des Grundbesitzes", worin er das Gleichgewicht der Gesellschaft nur dann als hergestellt erkennt, wenn wie Kapital und Arbeit auch der Grundbesitz eine seiner Natur entsprechende Gesetzgebung erhält. In völliger Zurückgezogenheit folgte Rodbertus den Ereignissen der Weltgeschichte. So begrüsste er das neue Kaisertum begeistert, aber seine Hoffnung, dass es nun gleich die sociale Frage in Angriff nehmen werde, ward bitter getäuscht. Nach langem Kampf gibt er das sociale Königtum auf und sucht, als auch das Projekt der Gründung einer socialkonservativen Partei missglückt war, Fühlung mit der Socialdemokratie zu gewinnen. So schreibt er 30. November 1871: So weit der Kern der socialdemokratischen Partei ein rein wirtschaftlicher ist, gehöre ich ihr mit ganzer Seele an. Seit Ende 1871 trat er durch R. Meyers Vermittlung mit Hasenclever in Verbindung. Er plante zunächst die Herausgabe einer socialkonservativen Wochen- oder Monatschrift, zur Mitarbeit an derselben sollten auch ganz entschiedene Socialisten aufgefordert werden. Den Winter 1873/74 brachte Rodbertus einer Krankheit wegen in Oberitalien zu. Immer mehr befreundete er sich mit dem Gedanken, den Socialismus durch sein Eintreten für ihn salonfähig zu machen. „Die Arbeiter und Socialisten," schreibt er am 26. Dezember 1873, „müssten mich in den Reichstag wählen . . . Ich würde ihr Mandat annehmen." In Italien fand ein persönlicher Verkehr zwischen Rodbertus und Schramm statt, mit dem er eine socialistische Campagne verabredete. Da er den Socialismus um seiner selbst willen und bis zu Ende will, so scheut er sich nicht, mit Hasenclever zu einer Partei zu gehören, wenn dieser nur in einigen wichtigen Punkten nachgeben will. Welche Konzessionen er von Hasenclever verlangt, erfährt man aus den Briefen nicht, ebensowenig, weshalb die Verhandlungen zu keinem Resultate führten. Als dieser Versuch auch fehlgeschlagen war, dachte er daran, ein Amt von der Regierung zu bekommen, in dem er die sociale Frage ernsthaft in Angriff nehmen

könnte. Doch Aussicht und Wunsch schwanden bald. 6. Dezember 1875 starb er.

Rodbertus war kein politischer Parteimann; er tritt in Verbindung mit allen Parteien, wenn er hofft und glaubt, dass sie sein sociales Ideal verwirklichen wollen. Für ihn gab es nur die sociale Frage, der alle anderen untergeordnet sind. Und noch etwas Anderes ist merkwürdig an diesem so einsamen Manne, d. i. der Mangel an Entwicklungsfähigkeit. Schon 1837 — Mehring hat in der „Neuen Zeit" die Richtigkeit des Datums angezweifelt — war er im Besitz seines Systems und alle seine späteren Schriften sind nur Umschreibungen, in wenigen Punkten Erweiterungen des in den beiden ersten Schriften niedergelegten. Dies geht so weit, dass sogar die Ausdrücke dieselben sind, nicht nur die Gedanken. Es ist daher von dem grössten Interesse, den Inhalt seiner Erstlingsschrift „Die Forderungen der arbeitenden Klassen 1837" zu skizzieren.

Was wollen die arbeitenden Klassen? Werden die anderen ihnen dies vorenthalten können? Wird das, was sie wollen, das Grab der modernen Kultur sein? Mit diesen drei Fragen beginnt Rodbertus seine Schrift, um sie der Reihe nach in folgender Weise zu beantworten.

Das Begehren der arbeitenden Klassen scheint politische Anerkennung und Bedeutung zu sein, in der That aber soll der Besitz der politischen Macht nur Mittel zu einem Zweck sein, der sich kurz in die Worte „mehr Besitz" zusammenfassen lässt. Sie wollen Teilnahme an der Bildungsstufe der Zeit, mehr Teilnahme an den Wohlthaten der heutigen Kultur, und sie wollen sie mit der ganzen Leidenschaft des Menschen, der empfindet, dass die Freiheit an sich nur eine leere Sphäre ist, die sich nach ihrem Inhalt sehnt. Diesem Andrange der Massen haben „die anderen" nichts entgegenzusetzen als Polizei und Kanonen und die Erzählungen der Miss Martineau, die dem Arbeiter zu beweisen suchen, dass sein Hunger der Wille des gesellschaftlichen Schicksals sei. Zwei Systeme sittlicher Institutionen gibt es, welche die Gesellschaft zusammenhalten, das eine auf Zucht, das andere auf Bildung gegründet. Das Mittelalter befolgte das erste, das Altertum das zweite, aber nur hinsichtlich der freien Männer. Von dem ersten hat die Gegenwart nur die letzten sinkenden Trümmer, von den zweiten erst die rohen elementarischen Anfänge. Denn die Schulen, in denen die Kinder der arbeitenden Klassen ihre Bildung empfangen, geben ihnen nicht das Wissen, das die Zucht zu ersetzen geeignet wäre. Und wenn sie es thun wollten, Erlangung der Bildung und Sorge und Anstrengung für das Mass des notwendigen Unterhaltes werden nie vereinbar sein, der Schmutz und die Not des Hauses werden ewig zunichte machen, was der Unterricht der Schulen bewirken will. Inmitten der heutigen Gesellschaft lebt also ein Volk von Barbaren (die Arbeiter), über das die „anderen" keine Gewalt, gegen das sie nur noch Waffen haben. Aber glauben die Besitzenden, dass die Barbaren, die in ihren Heeren stehen, gegen die Barbaren ausserhalb derselben fechten werden?

In der socialen Entwicklung ist ein „Zurück" unmöglich, es gilt nur die Parole „Weiter". Nur so lange ist ein Zustand, in dem die ar-

beitenden Klassen auf das notwendige Mass beschränkt sind, berechtigt, als die Produktivität nicht hinreicht, allen mehr zu gewähren. Ohne die Sklaverei hätte das Altertum seine Mission nicht vollbringen können. Da aber heutzutage die Produktion so weit fortgeschritten ist, dass sie allen mehr als den notwendigen Unterhalt gewährt, so sind die staatswirtschaftlichen und rechtlichen Institutionen schuld an diesem elenden Zustand der Gesellschaft und muss daher die gesellschaftliche Organisation eine andere werden. Eine solche bessere Organisation könnte aber nur durch die Staatswirtschaft eingeführt werden. Das heutige rentierende Eigentum (das, was dem Besitzer, ohne zu arbeiten, Rente gewährt) wäre aufzuheben, das Eigentum am Produkt aber nur desto fester zu gründen. Boden und Kapital würden Gemeingut der Gesellschaft, das Produkt aber würde Eigentum der Arbeiter nach dem Mass der geleisteten Arbeit sein. Die Arbeit würde nicht nur das konstitutive, sondern auch das distributive Princip des Eigentums sein. Denn in der geleisteten Arbeitszeit wäre ein Mass gegeben, das die Berechtigung sowohl als auch die gegenüberstehende Güterquantität mässe, und auf dieses Mass könnte man ein Geld begründen, das dem Arbeiter die von ihm geleistete Arbeitszeit, in seinem Produkt verkörpert, bescheinigt und zugleich die Anweisung auf ebensoviel Arbeitszeit (verkörpert in beliebigen Gütern) gäbe.

Ein solcher Zustand wäre weder unmöglich, noch hätte er etwas der Produktion Schädliches. Da aber eine Verwirklichung desselben noch zu fern von der Gegenwart abliegt, so ist es wichtiger, die Fragen zu beantworten: Wie verhält sich das herrschende System der Staatswirtschaft zu jenen Forderungen der arbeitenden Klassen? Ist in ihm die Möglichkeit der eben geschilderten Organisation vorhanden? Das System des freien Verkehrs hat die alten ordnenden Gewalten der Produktion vernichtet und den gewerblichen Naturzustand, damit aber das Recht des Stärkeren, d. h. den Despotismus des rentierenden Eigentums, proklamiert. Die notwendige Folge ist, dass der Gravitationspunkt alles Arbeitslohns der Betrag ist, der genügt, um die Arbeitskraft des Arbeiters zu erhalten und in seinen Kindern zu verjüngen. Leben oder Tod des Arbeiters ist so in die Diskretion des Kapitalisten gegeben. An dieser Thatsache haben die grössten Erfindungen des menschlichen Genies nicht das Geringste geändert. Die Maschinen, anstatt das Los der arbeitenden Menschheit zu verbessern, haben vielmehr so sehr die entgegengesetzte Tendenz, dass die vollkommenste Maschine, das perpetuum mobile, nur den Hungertod oder eine neue Sklaverei der Arbeiter unter dem heutigen Gesellschaftssystem bewirken würde. Ein neues, ein System der Staatsleitung hat die Gewalt über die Produktion zu übernehmen und, obschon die Macht des rentierenden Eigentums es zunächst verhindern wird, dass das System des sich überlassenen Verkehrs in ein der Regierung vindiziertes von Thätigkeiten übergeht, so hat die Regierung doch so viel Macht, dass sie das Schicksal der Arbeiter der blinden Verkehrsgewalt entziehen und auf eine sichere Grundlage stellen kann, ohne das Grundeigentum und den Kapitalbesitz zu beeinträchtigen. Zunächst muss der Anteil am Nationalprodukt, der den Arbeitern zufallt, vermehrt werden, was bei gegebenem

Stande der Produktion nur auf Kosten des Zinses und der Rente geschehen könnte. Indes ist es die Aufgabe der Organisation, die Güterquellen reichlicher springen zu lassen. Ferner muss die zunehmende Produktivität ebenso der arbeitenden Klasse wie der besitzenden zu gute kommen. Drittens müssen die arbeitenden Klassen den Chancen der Konjunktur entzogen werden. Alle drei können erreicht werden, wenn man den den Arbeitern zufliessenden Teil der Nationalproduktenmasse in der ideellen Form einer bestimmten Quantität Arbeit auffasst — der Wert jedes Gutes lässt sich in Arbeitszeit auflösen — und dieselbe unter allen Umständen in proportionierter Grösse gegen die Verkehrsgewalt festhält und behauptet. Es wären, um dies zu erreichen, noch eine andere Zahl von Massregeln der Regierung notwendig: periodische Wertbestimmung der Güter nach der Arbeit, Kreierung eines Arbeitsgeldes zur Löhnung der Arbeiter und ein Magazinierungssystem zur Realisierung jenes Geldes.

Weiter ausgeführt hat dann Rodbertus diese Gedanken in den Schriften zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände, Heft I, 1842, und in den drei socialen Briefen an v. Kirchmann 1850—51.

Alle wirtschaftlichen Güter kosten nur materielle Arbeit. Unter den Kosten eines Gutes versteht Rodbertus den zu seiner Herstellung notwendigen Aufwand, welcher durch seine Unwiderbringlichkeit ein Subjekt trifft. Das Material ist also kein Aufwand, den der Mensch für ein Gut macht. Man könnte einwenden, dass der Besitzer eines Ackers oder Waldes in der jedesmaligen Produktion eine Menge Stoff abgibt, um den er ärmer wird, und daher mit Recht sagen kann: das Gut kostet mich ausser der produzierenden Arbeit noch das Material selbst. Indes beruht dieser Einwurf auf einer Fiktion, da das rechtliche Verhältnis zur staatswirtschaftlichen Grundlage gemacht wird. Man nimmt an, dass das Material, vermöge jenes juristischen Habens und ohne dass insoweit noch Arbeit dazu nötig wäre, Gut jenes Besitzers ist. Aber man denke sich das Grundeigentum aufgehoben, und alles wird klar sein. Im heutigen Gesellschaftssystem gilt indes der Satz nicht ganz rein. Wenn aber auch der Marktwert in dem heutigen sich selbst überlassenen Verkehr noch unter der wechselvollen Herrschaft des allgemeinen Begehrs und Angebots steht, so gravitiert er wenigstens schon nach der zur Herstellung des Produkts aufgewandten Produktivarbeit, nach dessen Kosten. Nun gibt es aber eine Ware, deren Tauschwert nicht der zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeit gleich ist, die Arbeit(skraft), oder besser, ein Gut tauscht, wenn es gegen Arbeit, die vom Arbeiter noch zu leisten ist, vertauscht wird, von dieser zu leistenden Arbeit regelmässig mehr ein, als geleistete Arbeit auf dem Gute haftet. Der Arbeiter erhält also kein Aequivalent für seine Arbeit. Zu diesem für ihn so ungünstigen Handel wird der Arbeiter dadurch gezwungen, dass die Produktionsmittel in den Händen anderer, der Grund- und Bodenbesitzer, der Kapitalisten, sind und ihn der Hunger zur Arbeit treibt. Die Arbeiter müssen sich daher mit einem Teile der von ihnen allein geschaffenen Produkte begnügen, während der Rest als Rente den verschiedenen Besitzklassen zufallen wird. Rente kann aber nur dann entstehen, wenn der Grad der Produk-

tivität der Arbeit erreicht ist, dass die von ihr geschaffenen Produkte einen Ueberschuss über den Lebensunterhalt der Arbeiter lassen, und ausserdem Grund und Boden und Kapital Eigentum einzelner Individuen sind. Da nun das gesamte Nationaleinkommen aus dem Wert des landwirtschaftlichen Produkts und aus dem Werte des Produkts der Fabrikation und Transportation besteht, so wird der verhältnismässige Anteil der Kapitalisten und Grundbesitzer am Nationaleinkommen durch den Wert ihres Produktes bestimmt. Die Rente wird nun so geteilt, dass der Kapitalist die Kapitalrente, der Grundbesitzer ausser der Kapitalrente für sein angewandtes Kapital noch die Grundrente bezieht. Auf die Frage nun: Woher kommt es, dass der Grundbesitzer die Grundrente ausser seiner Kapitalrente erhält? gibt Rodbertus folgende Antwort: Der auf das Rohprodukt fallende Anteil am Nationaleinkommen wächst, wenn der auf das Fabrikations- und Transportationsprodukt fallende sich vermindert. Da nun der letztere die Höhe des Kapitalrentensatzes bestimmt, und der so bestimmte Satz auch die auf das landwirtschaftliche Kapital zu berechnende Rente vorschreibt, so muss, wenn der Wert des Rohproduktes dazu hinreichend ist, notwendig dem Grundbesitzer, der zugleich Unternehmer ist, ein Rest von Einkommensgütern bleiben, der auf nichts mehr zu berechnen ist und der, weil er Rente überhaupt ist — d. h. infolge eines Besitzverhältnisses ohne Arbeit bezogen wird —, zweckmässig Grundrente genannt wird, da ihn ursprünglich der Grundeigentümer, als Eigentümer des Rohproduktes, bezieht. Ausserdem ist noch zu bedenken, dass das gesamte Rohfabrikat der ländlichen Produktion in das Kapital der Industrie mit eingeht, auf welches der Gewinnprozentsatz berechnet wird. Je höher nun die Produktivität der Fabrikation und Transportation den landwirtschaftlichen Arbeiten gegenüber steigt, desto mehr werden Kapitalrente und Zinsfuss sinken und demgemäss die Grundrente steigen, da ja Rentenhöhe und Produktivität, die, wenn gesteigert, Abnahme des Produktenwertes bewirkt, in umgekehrtem Verhältnis stehen. — Es wird im allgemeinen, da der Marktwert nach den Produktionsrenten gravitiert, der nach der kostenden Arbeit berechnete Wert hinreichend sein, um das Kapital zu ersetzen und Lohn und Renten zu geben. Im besonderen aber, d. h. im speciellen Gewerk, kann das Produkt nicht genau nach der auf ihm lastenden Arbeitsquantität vertauscht werden, und zwar aus zwei Gründen: 1. weil der Kapitalgewinn wenigstens die Tendenz hat, sich in allen Unternehmungen gleichzustellen; 2. weil sich heute der durchgängige Wert einer Produktenart nach den Kosten des Produktes derjenigen Unternehmung richtet, welche unter den ungünstigsten Umständen produziert. Dadurch wird aber keineswegs bewiesen, dass um Kapitalgewinn abzuwerfen, der Wert des Produktes regelmässig die auf ihm lastende Arbeitsquantität übersteigen muss! Es wird mindestens Menschenleben hindurch einer immer erneuten Kritik bedürfen, um die Nebel dieser Vorstellung (dass nämlich der Arbeitslohn allein als Arbeitsprodukt zu betrachten sei und das Einkommen des Grund- und Kapitalbesitzers aus irgend welchen anderen unrichtigen wirtschaftlichen und *rechtlichen* Gründen, aus einem blossen Gewinn am Preise, oder aus

einem dem Boden und Kapital einwohnenden Produktivdienst, oder aus der eigenen Arbeit des Grund- und Kapitalbesitzers abzuleiten sei) zu zerstören, die falschen darauf gebauten Theorieen zu vernichten und die einfache Wahrheit den Geistern anschaulich zu machen. Von jeher sind die einfachsten und nächstliegenden Wahrheiten dem Menschengeschlecht am unbegreiflichsten, zumal, wenn sie sittlich-gesellschaftliche waren, wenn es sich um einen moralischen Irrtum handelte, wenn sich die Gesellschaft überzeugen sollte, dass Unrecht geworden sei, was tausend Jahre als Recht bestanden hatte. Wie wäre es sonst gekommen, dass Wahrheiten dieser Art immer nur durch Revolutionen zu demonstrieren gewesen sind?

Da nun die produktive Verwendung von Boden und Kapital Grundrente oder Kapitalrente abwirft, so kann auch der blosse Besitz für den Besitzer eine fortdauernde Quelle von Rente sein. Für die Ueberlassung des Kapitals und des Grund und Bodens erhalten die Besitzer von dem Unternehmer und Pächter aus dem Kapitalgewinn, beziehungsweise Grundrente, den Zins und die Pacht. Hier liegt das grosse Unrecht unseres gesellschaftlichen Systems: die Besitzer erhalten ein Einkommen ohne eigene Arbeitsleistung auf Kosten des Arbeiters. Da heutzutage der Arbeitslohn durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird, er also eine geringere für den notdürftigen Lebensunterhalt ausreichende Quantität von Produkten, keine Quote des Nationalproduktes ist, so kann offenbar bei steigender Produktivität der Arbeit ihr Lohn eine immer kleinere Quote des Nationalproduktes werden. Lebhaft beklagt Rodbertus diese Thatsache, dass die Arbeit das höchste wirtschaftliche Gut, das Princip aller Produkte, einer gemeinen und wertlosen Ware gleichgesetzt wird.

Dies Faktum ist die alleinige Quelle der Handelkrisen und des Pauperismus. Im Tauschverkehr muss dem Gebrauchswert, den jeder für die Gesellschaft produziert, eine Kaufkraft gegenüber stehen, oder derselbe wird weder in den Händen des Produzenten zum Tauschwert verschoben, noch kommt er irgend jemand zu gute. Erhielte nun jeder das ganze Produkt seiner Arbeit, so könnte eine Absatzstörung nur dann eintreten, nachdem aller Bedürfnisse befriedigt wären. Die Kaufkraft der Gesellschaft bliebe der Produktivität gleich. Dasselbe würde auch gelten, wenn der Anteil der drei Klassen der Anteilsberechtigten eine feste unabänderliche Quote des Nationalprodukts bildete. Da nun heutzutage beides nicht zutrifft, vielmehr der Anteil der Arbeiter, d. h. der grossen Mehrheit der Gesellschaft eine immer kleinere Quote des Produktes wird, Kaufkraft und Produktivität nicht mehr im richtigen Verhältnis stehen, so muss die Folge eintreten, dass Gebrauchswert produziert wird, der nicht mehr Tauschwert ist, obschon die Bedürfnisse der grossen Mehrheit nicht befriedigt sind. Es tritt also Ueberproduktion ein. Der Einwand, dass das den Arbeitern entzogene Quantum Kaufkraft auf die beiden anderen Klassen übergegangen wäre und daher in derselben Stärke auf den Markt wirke, ist deshalb falsch, weil der Wert nur so lange an den Produkten haftet, als Bedürfnis für sie vorhanden ist. Dieses Stehenbleiben des Arbeitslohnes auf dem Niveau des notwendigen Lebensunterhaltes hat noch eine zweite furchtbare Folge, das Anwachsen des Paupe-

rismus, die Verarmung der Massen. An einer anderen Stelle gibt Rodbertus als Grund desselben auch noch die Handelskrisen an.

Mit Aristoteles sah R. in der Organisation der menschlichen Gesellschaft das Kennzeichen der Entwicklung unseres Geschlechts. So unterscheidet er zunächst eine anorganische Geschichtsperiode, in der die Menschen nur Aggregate bildeten, von der organischen, die durch die Staatenbildung charakterisiert wird. Erst wenn sich Regeln über das Eigentum ausbilden, ist eine Organisation möglich. In der Eigentumsordnung erblickt er das entscheidende Kriterium der Staatenordnungen. Diejenigen Staaten, in welchen das Recht Eigentum an Menschen gestattet, sind solche unterster Ordnung; Staaten, in welchen das Menscheneigentum zwar abgeschafft, aber Privatkapital und Privatgrundbesitz besteht, sind solche zweiter Ordnung. Die höchste Staatsordnung ist die staatlich organisierte Gesellschaft mit kollektivem Eigentum an Kapital und Boden. Nur in diesem Zukunftsstaat wird die sociale Frage gelöst sein, da es kein Renteneinkommen, sondern nur Verdiensteinkommen mehr geben wird. Dem Individuum wird die Portion materieller Güter zu teil, deren Herstellung denselben Betrag an Arbeit erfordert, die er bei der Nationalproduktion geleistet hat. Die Produktion wird natürlich eine planvoll vom Staate geleitete sein. Diese Produktionsbehörde würde die Produktion so leiten, dass zunächst der Ersatz für das verbrauchte oder abgenutzte Kapital geschaffen und dann das Nationaleinkommen, die zur Befriedigung individueller Bedürfnisse notwendigen Güter, geschaffen werden. Die Produktion jedes Gutes zerfällt in die verschiedenen Gewerke, je nach den Stufen der Bearbeitung, die es zu seiner Vollendung zu durchlaufen hat. Die Verteilung des Nationaleinkommens geht derart vor sich, dass der Wert jedes Produktes nach der darauf lastenden Arbeitszeit festgesetzt ist. Jeder Teilnehmer an der Produktion erhält einen Schein über die geleistete Arbeitszeit, mit dem er sich ein gleichwertiges Quantum von Produkten kaufen kann. Dieses Arbeitsgeld würde im stande sein, sowohl als Wertmass wie als Cirkulationsmittel zu dienen. Die Teilung des von der Gesamtheit Erarbeiteten ist als eine Art Liquidation anzusehen, durch die ein jeder für die von ihm bei der Nationalproduktion geleistete Arbeitszeit seinen Anteil erhält. Dazu bedarf es eines Liquidationsmittels, eben des Arbeitsgeldes, welches die Garantie gewährt, dass niemand mehr oder weniger Wert erhält, als er geschaffen hat, und die Sicherheit bietet, dass in dem Produkt der bezeichnete Wert vorhanden ist. Aber auch im Rodbertus'schen Zukunftsstaat werden die Arbeiter nicht den ganzen Wert ihrer Arbeitsprodukte erhalten, da ein Teil für Löhnung der gesellschaftlichen Beamten, die die Produktion leiten, für Künstler, Lehrer, Aerzte u. s. f. zum Abzug gelangt.

R. verlangt nun, so radikal er in den Dingen selbst ist, einen legalen Uebergang vom heutigen Gesellschaftszustand zu dem der Zukunft. Wie oben ausgeführt, erblickt er die Centralursache des heutigen Elends in der Thatsache, dass der Arbeitslohn einen immer kleiner werdenden Teil des Nationaleinkommens ausmacht. Hier setzen seine Vorschläge ein, wobei er nur den zukünftigen Zuwachs der Produktion zur Verbesserung der Lage

der Arbeiter heranziehen will, ohne die bestehenden Renteneinkommen irgendwie zu beschneiden. Deshalb verlangt er Einrichtung eines normalen Zeitarbeitstages, der natürlich nach den verschiedenen Gewerken verschieden wäre, und die Festsetzung des während eines solchen Normalarbeitstages zu leistenden normalen Arbeitswerkes, das nach der Geschicklichkeit und dem Fleiss des mittleren Arbeiters normiert werden soll. Ausserdem soll die Intervention des Staates auch noch dahin eingreifen, einen Lohnsatz für den Normalarbeitstag zu bestimmen, der periodisch revidiert und nach Steigerung der Produktivität der Arbeit ebenfalls erhöht werden soll. Der Wert wenigstens der Lohngüter muss nach Normalarbeit konstituiert werden, so dass auch bei gesteigerter Produktivität ein nach Normalzeit bemessener gleicher Produktwert ein derselben proportionales Produktquantum in sich schliesst. Nachdem der Lohn als Quote des nach Normalarbeit geschätzten Nationaleinkommens fixiert ist, sollen Anstalten getroffen werden, durch welche die Realisierung des Lohnes in Lohngütern gesichert wird. Es muss deshalb der Staat die Ausgabe des Lohngeldes sich selbst vorbehalten, den Arbeitgebern nach Anzahl der beschäftigten Arbeiter in diesem Gelde Darlehen gewähren, die sie in nach Normalarbeit bemessenem Produktwert zurückzuzahlen haben, Magazine für diese in Produkten zurückgezahlten Darlehen anlegen und die Lohnzettel der Arbeiter gegen diese Produkte nach dem konstituierten Wert annehmen.

Der so geschaffene provisorische Zustand soll endgültig dem kommunistischen Zukunftsstaat weichen, in dem es nur Arbeitseinkommen gibt.

Op. Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände, 1. Heft, Neubrandenburg 1842; Sociale Briefe an v. Kirchmann, Berlin 1850/51; offener Brief an das Komité des deutschen Arbeitervereins zu Leipzig, Leipzig 1863; der Normalarbeitstag, Berlin 1871. Nach seinem Tode wurden veröffentlicht: Aus dem litterarischen Nachlass von Karl Rodbertus-Jagetzow, Bd. I. Briefe von F. Lassalle an K. R., Berlin 1878; Bd. II. Das Kapital, 4. socialer Brief an v. Kirchmann, Berlin 1884; Bd. III. Zur Beleuchtung der socialen Frage, Teil II nebst einem älteren Aufsatz: die Forderungen der arbeitenden Klassen (1837?) und einem Sendschreiben an den Londoner Arbeiterkongress (1862), Berlin 1885; Briefe und socialpolitische Aufsätze, ed. von Rudolf Meyer, Berlin 1882; zwei verschollene staatswirtschaftliche Abhandlungen, ed. von M. Quarck, Wien 1885.

Rodrigues, Olinde, geboren zu Bordeaux 16. Oktober 1794, gestorben 26. Dezember 1851. Anhänger St-Simons und Lieblingsschüler desselben und einer der Leiter der St-Simonistischen Schule. Ein Schüler der „Ecole normale“, erwarb er sich den Doktorgrad in der Mathematik und wurde Repetitor an der polytechnischen Schule. Durch Arbeiten über Bank- und Kreditwesen bekannt geworden, erhielt er eine Stelle in der Direktion der „Caisse hypothécaire“. S. St-Simonistische Schule.

Roland, Pauline, geboren 1810 in der Normandie. Sie beschäftigte sich zunächst mit litterarischen Studien, besonders in Bezug auf England, und wurde Anhängerin von P. Leroux, dem sie 1847 in seine Kolonie von Boussac folgte, nachdem sie schon vorher an der von diesem und

George Sand begründeten „Revue Indépendante“ mitgearbeitet hatte. Nach der Februarrevolution warf sie sich in die aktive socialistische Bewegung und war besonders in der Organisation von Arbeiterassociationen thätig. Nach dem Dezemberstaatsstreich des III. Napoleon wurde sie nach Algerien deportiert. Nach einem Jahr bitteren und schmerzlichen Leidens wurde sie begnadigt, starb aber schon auf der Rückreise zu Lyon 29. Dezember 1852. P. Leroux hat ihr in seinem „Grève de Samorez“ einige Seiten gewidmet und Victor Hugo in seinen „Châtiments“ ein dauerndes Denkmal gesetzt.

Rumänien ist ein fast ausschliesslich Ackerbau treibendes Land, das niemals eine grosse Industrie und daher auch keine Grossbourgeoisie besessen hat. Die Kleinbourgeoisie war etwas stärker, aber nicht so stark, als dass sie im stande gewesen wäre, die Feudalherrschaft des Bojarentums zu brechen. Der Sieg, den die Bourgeoisie Rumäniens trotzdem 1848 über das letztere errang, war weniger ihren inneren Kräften als den Siegen der westeuropäischen Bourgeoisie gedankt. Die Bourgeoisie entstand in Rumänien nach der Einführung der bürgerlichen Einrichtungen, nicht wie in Westeuropa zunächst die Bourgeoisie und dann die letzteren als das Werk und der Ausdruck ihrer Herrschaft.

Eine der wichtigsten Bedingungen für die Einführung der bürgerlich-liberalen Institutionen war die Vernichtung der feudalen Beziehungen zwischen Bürger und Bauer; ohne dieselbe konnten die Kontrakts- und andere Freiheiten, deren die moderne bürgerliche Gesellschaft zu ihrer Entwicklung bedarf, nicht entstehen. Die erste Thätigkeit der Revolutionäre von 1848 war also bis 1864 die Aufhebung der feudalen Beziehungen, die Befreiung der Leibeigenen (iobagi). Es war aber unmöglich, die letztern ohne eine Verteilung von Land, dem Arbeitsmittel des Bauern, vorzunehmen, und so fand denn eine solche statt, die dem Bauer als individuelles und unveräusserliches Eigentum eine Parzelle gab, die aber nicht gross genug war, ihn zu ernähren. Es versteht sich von selbst, dass das Land schlecht war und dass einige Jahre der Bearbeitung mangels jeder Düngung genügten, es vollständig zu erschöpfen. Ausserdem lagen die Parzellen weit von den Wohnungen der Bauern entfernt, der Weg zu ihnen führte über das Land des Bojaren, der ihm die Passage verbot; der Bauer hatte keine Weide für sein Vieh bei der Befreiung miterhalten — kurz er sah sich von allen Teilen auf die Unterstützung seines alten Herrn angewiesen. Die notwendige Folge dieser Verhältnisse war, dass der Bauer in äusserst kurzer Zeit seine ökonomische Unabhängigkeit verlor und in die frühere Sklaverei versank. Das Resultat dieser Befreiung vom Jahre 1864 war also die vollständige Verarmung des Bauernstandes. Trotzdem das Gesetz von 1864 den Besitz der Bauern für unveräusserlich erklärt hatte, ging derselbe doch auf die verschiedenste Art und Weise in die Hände der Bourgeoisie über und die totale Proletarisierung des rumänischen Bauern vollzog sich innerhalb eines Vierteljahrhunderts mit rapider Schnelligkeit. Gegen 1880 erregte sie sogar die Aufmerksamkeit der Regierung. Der Führer der rumänischen Liberalen, C. A. Rosetti, damals Minister des Innern, veranstaltete eine Agrarenquête, die die furchtbarsten Zu-

stände — ein Taglohn von fünf Centimes wurde, als in ziemlicher Ausdehnung gültig, konstatiert — aufdeckte, so dass von der Kammer ein Gesetz angenommen wurde, dass alle illoyalen Kontrakte zwischen Bauern und Grundbesitzern, besonders soweit sie gegen die Unveräusserlichkeit des Grund und Bodens verstiessen, für null und nichtig erklärt wurden. Das Gesetz blieb aber auf dem Papier und stürzte seinen Urheber Rosetti. Jean Bratiano, der ihm als Führer der rumänischen Bourgeoisie folgte, überliess dieser vollständig freie Hand und den Bauer zur Ausbeutung ohne Ziel und Grenzen.

Nun besitzt der rumänische Staat als Staatseigentum einen bedeutenden Grundbesitz; derselbe wurde nunmehr der Bourgeoisie zur Plünderung überlassen. Ein Teil wurde zu Spottpreisen verkauft, ein anderer zu eben solchen verpachtet. Dies gekaufte oder verpachtete Land wurde von den neuen Eigentümern oder Pächtern in Parzellen geteilt und an die Bauern weiter verpachtet. In dieser Zeit begann unter den Bauern die Emigration nach Bulgarien und Serbien, wo die bäuerlichen Verhältnisse bei weitem bessere waren. Das Ausbeutungsobjekt, das sich der von Gott und der Bourgeoisie gewollten Ausbeutung entziehen wollte, hielten die Regierung und Armee im Lande fest. Die bulgarische Regierung verhinderte die Einwanderung der rumänischen Bauern. Da machte sich endlich (1888) ihre Verzweiflung in Revolten Luft; die Regierung antwortete mit Füsilladen. Das durch die Revolten und die socialistische Propaganda erschreckte Parlament votierte ein neues Agrargesetz, nach dem die Staatsdomänen in kleinen Parzellen an die Bauern verkauft werden sollten. Der Antrag, diesen Geld zum Ankauf der Arbeitsmittel vorzuschiessen, wurde abgelehnt. Der ruinierte Bauer konnte kein Land kaufen; so fielen dann die Parzellen in die Hände einiger Grossbauern und entstand eine kleine Dorfbourgeoisie, ein Damm gegen die proletarischen Zwergbauern.

Trotz der ungeheuren Zölle, mit denen die Konsumenten belastet wurden, ist es nicht gelungen, die junge Industrie zur Entwicklung zu bringen; sie ist stationär geblieben und erhält sich nur dank der schamlosesten Ausbeutung der industriellen Arbeiter. In verschiedenen Fabriken dauert die Arbeitszeit von fünf Uhr morgens bis 9 Uhr abends; die Arbeitsräume der meist kleinen Werkstätten — es gibt nur wenige Grossbetriebe — sind eng, schmutzig; die Arbeitszeit ist ausserordentlich lang, die Löhne ebenso niedrig. Nur in den Luxus- und Kunstgewerben sind die Löhne etwas höher.

Bis zum Jahre 1874 existierte der Socialismus nicht in Rumänien; selbst das Wort war unbekannt. Die Lehren des europäischen Socialismus kamen dorthin durch die Vermittlung Russlands und trugen daher natürlich den russischen Stempel. Einige russische und rumänische Flüchtlinge, die sich vor der Verfolgung der russischen Regierung nach Jassy gewendet hatten, importierten diese Mischung von Marxismus, Bakuninismus, anarchistischer und metaphysisch-moralischer Ideen und begannen eine lebhafte Propaganda in dieser Stadt, besonders unter den Studierenden, Professoren, kurz den gebildeten Klassen. In die Reihen der Arbeiter

drang die Propaganda zunächst nicht. Ein Journal, „Bessarabia“, wurde gegründet, das aber nach wenigen Monaten einging. Die liberale Regierung sah das Treiben der Socialisten höchst ungern und verbot die Feier des Jahrestages der Commune am 18. März 1881 auf Antreiben des russischen Konsuls, der darin eine Feier der Ermordung des Zaren Alexander II. witterte. Eine ähnliche Propaganda wie in Jassy entwickelte sich in Bukarest und auch hier zunächst unter den gebildeten Klassen, besonders unter der Universitätsjugend. Eine Reihe von öffentlichen Versammlungen wurden in dem Saal „Franzelar“ mit grossem Erfolge abgehalten. 1884 erschien in Jassy die „Revista Sociala“, unter der Redaktion von J. Nadejde, deren theoretischer Teil von dem Marxisten Dobrogeanu-Gherea geschrieben wurde. Damit sagte sich der rumänische Socialismus endgültig von den anarchistischen Formeln los und gewann eine sichere theoretische Grundlage. Auch diese Revue übte nur auf die gebildeten Kreise ihren Einfluss aus; für weitere Kreise wurde eine tägliche Zeitung „Drepturile Omului“ (die Menschenrechte) in Bukarest herausgegeben, der leider pekuniäre Schwierigkeiten nach kurzer Zeit wertvollen Wirkens ein Ende bereiteten.

Mit grosser Energie nahm der socialistische Zirkel von Jassy unter Leitung des unermüdlichen J. Nadejde die Agitation unter den Bauern 1887 wieder auf. Man unterrichtete die Bauern über die Agrargesetze, insbesondere das aus der Zeit Rosettis, welches für sie verhältnismässig günstig war, aber infolge des Einflusses der Grossgrundbesitzer nicht zur Durchführung gekommen war, und veranlasste sie, die Durchführung desselben zu fordern. Die Erfolge waren so gross, dass ein Arbeiterklub und ein wöchentliches Organ, „Muncitorul“, speciell für die Propaganda unter ihnen gegründet werden konnten. Eine ähnliche Agitation wurde in Roman, Bacau, Vaslui, Putna betrieben. In Roman gelang die Wahl Mortzuns in das Parlament; im selben Jahre wurde Nadejde in Jassy gewählt.

In Bukarest, der Hauptstadt und zugleich industriellsten Stadt des Landes, bildete der Advokat Mille mit Hülfe der Socialisten des Ortes einen Klub, der das Centrum des rumänischen Socialismus wurde und um den sich sehr bald eine Reihe von Gewerkschaften der Sattler, Typographen u. s. f. gruppierte. Da sehr viele fremde Arbeiter in Bukarest für kürzere oder längere Zeit thätig sind, die dann in ihre Heimatländer zurückkehren, und da ferner viele ausländische Studenten an der Universität studieren, wurde diese Stadt sehr bald ein Brennpunkt des Socialismus im Orient. 1893 besass die Partei „partidul muncitorilor“ drei Hauptklubs in Bukarest, Jassy und Galatz, ein wöchentliches Organ, „Munca“, und zahlreiche Anhänger in andern Centren, Roman, Braila, Ploesti, Focsani etc. Auf dem Pariser Kongress war die Partei durch fünf Delegierte vertreten; den Bericht gab Many. Gemäss dem Beschlusse des internationalen Kongresses von Paris wurde der erste Mai 1890 zum erstenmal in verschiedenen Städten gefeiert. 1891 beteiligten sich allein in Bukarest mehr als 4000 Personen an der Feier. In den Jahren 1891—1893 entstand eine Reihe neuer Klubs, wie in Ploesti, einer wichtigen Industriestadt, wo auch die Wochenschrift „Demo-

cratia sociala“ herausgegeben wurde. Ferner gelang es dem Socialismus, in das jüdische Proletariat der Moldachei, besonders das von Jassy, einzudringen, das dort bis zu 15 % der Bevölkerung ausmacht. Die Schwierigkeiten dieser Agitation waren gross. Denn einerseits war die Kleinbourgeoisie, die im vollsten Verfall ist, antisemitisch gesinnt, anderseits wurde von den Rabbinern, unter deren Herrschaft das ausserordentlich arme und ungebildete jüdische Proletariat steht, der religiöse und Rassenhass geschürt. Das wichtigste Ereignis des Jahres 1893 war der Nationalkongress zu Bukarest am 13. April. 62 Delegierte nahmen an demselben teil. Die Aufgabe des Kongresses war zunächst eine doppelte: 1. Die Einheit der Partei, die bisher in regionale oder lokale Gruppen zersplittert war, herzustellen; 2. das bisher stillschweigend befolgte Programm zu formulieren und zu vollenden. Ausserdem hatte er zu der nationalistischen Bewegung gegen Ungarn und den Antisemitismus Stellung zu nehmen. Was die erste Frage angeht, so hatte der Kongress die Thatsache anzuerkennen, dass in Transsylvanien drei Millionen Rumänen, jedes politischen Rechtes beraubt, unter einer beispiellosen magyarischen Unterdrückung schmachten, anderseits aber gegen den von der rumänischen Bourgeoisie entfesselten Chauvinismus zu protestieren. So erklärte sich denn auch der Kongress sowohl gegen die Unterdrückungspolitik der magyarischen, wie die chauvinistische der rumänischen Bourgeoisie, wies auf die ausserordentliche Dummheit beider hin, welche die ihnen in gleicher Weise drohende Gefahr des russischen Zarismus übersehen, und betonte, dass das magyarische wie rumänische Proletariat nicht die Solidarität vergessen dürften, welche sie in ihrem gemeinsamen Kampfe gegen den Kapitalismus vereinigen müsse. Der Antisemitismus wurde einstimmig als ein Ueberbleibsel der barbarischen Rassenkämpfe verdammt. Die Arbeiten des Kongresses waren von Erfolg gekrönt. Die Grundlage einer festen Organisation wurde gelegt und die Einheit der Aktion damit gesichert. Die Leitung der Partei wurde in die Hände eines alljährlich vom Kongress gewählten Rates von fünf Mitgliedern gelegt; das neue Programm ausgearbeitet und genehmigt.

Das Programm zerfällt nach einer theoretischen Einleitung in drei Teile. Der erste beschäftigt sich mit politischen Forderungen, von denen die wichtigste das allgemeine, direkte Wahlrecht ist. Nach dem geltenden Wahlgesetz wählen die Urwähler 70,000 Wahlmänner, die ihrerseits die Deputierten wählen. Diese Wahlmänner sind in drei Klassen eingeteilt: I. Klasse, ca. 11,000 Wahlmänner, umfasst die Grossgrundbesitzer und Kapitalisten, und ernennt 75 Deputierte; II. Klasse, ca. 27,000 Wahlmänner, umfasst die liberalen Berufe und die kleine Bourgeoisie und ernennt 70 Deputierte; III. Klasse, ca. 30,000 Wahlmänner, umfasst die Arbeiter und Bauern und ernennt 38 Deputierte. Die amtlichen Wahlbeeinflussungen sind ausserordentlich. Der zweite Teil des Programms beschäftigt sich mit der Schutzgesetzgebung für die industriellen Arbeiter und enthält dieselben Forderungen wie die Programme der deutschen und französischen Socialisten. Der dritte Teil beschäftigt sich mit den Bauern.

Da die Bauern den grössten Teil der Bevölkerung ausmachen, so war klar, dass die Agitation sich nicht auf die industriellen Arbeiter be-

schränken konnte. Es galt in erster Linie, den Bauer für den Socialismus zu gewinnen. Der rumänische Bauer aber zeichnet sich durch denselben Landhunger aus, wie der westeuropäische, ganz abgesehen davon, dass er in manchen Fällen noch Besitzer, wenn auch nur von minimalen Parzellen ist. Die einzigen Punkte, wo er allein der Agitation zugänglich war, waren eben sein Landhunger und sein Hass gegen die Bojaren, und an diese knüpfte die socialistische Agitation in opportunistischer Weise an. Schon oben wurde der Agrarrevolten im Jahre 1888 sowie der Bewegung unter den Bauern für den Verkauf der Staatsdomänen unter sie gedacht. Die Socialisten suchten sich nun derselben zu bemächtigen: sie hielten die Bauern von Revolten zurück, organisierten aber einen Petitionssturm auf das Parlament, der dasselbe zu dem Agrargesetz von 1888 veranlasste. Allerdings muss hervorgehoben werden, dass sie bei ihrer Propaganda stets die Bauern darauf hinwiesen, dass ihnen durch die Zuteilung einer kleinen Parzelle in keiner Weise geholfen werden könne, dass ihr Kleinbesitz stets durch den Grossbesitz verschlungen werden würde, und dass allein die Expropriation desselben und die Nationalisation des Grund und Bodens ihre Rettung sein könne. Um aber nicht gänzlich die Leitung einer Bewegung zu verlieren, deren Richtung sie zu ändern nicht im stande waren, sahen sie sich eben zu opportunistischen Konzessionen an dieselbe gezwungen. Die Ausführung des Agrargesetzes von 1888 ging mit berechneter Langsamkeit und unter schreienden Missbräuchen vor sich. Der Bukarester Kongress beschloss, der Ausführung des Gesetzes nicht entgegenzutreten, aber von der Unwirksamkeit desselben überzeugt, hielt er es für nötig, der künftigen Propaganda einen anderen Grundsatz unterzulegen, und stellte daher an die Spitze seines Agrarprogrammes den Satz: „Allmählicher Ankauf der grossen privaten Besitzungen durch den Staat, die mit den Gütern der öffentlichen Armenpflege eine unveräusserliche Domäne bilden sollen; Verteilung derselben an die Bauern zur Bearbeitung, wobei besonders der associationellen Pacht der Gemeinden der Vorzug gegeben werden soll.“ Der wichtigste Punkt, den das Agrarprogramm ausserdem noch behandelt, ist die Beschaffung von Kommunalweiden durch Kauf privaten Besitzes, und ihre gemeinsame Benützung durch die Bauern.

Russland. In der socialistisch-revolutionären Bewegung Russlands fällt der Kampf der herrschenden Gesellschaftsklassen gegen den absoluten Polizeistaat behufs Erringung politischer Rechte und Freiheiten mit dem Kampfe der fortgeschrittensten Intelligenzen gegen das Kapital zusammen. Der Kampf gegen den Absolutismus beginnt im 19. Jahrhundert mit dem Versuche der Dekabristen 1826, der aber fehlschlagen musste, da es in der ökonomisch herrschenden Klasse, dem Adel, an Organisation fehlte und die Thatsachen bewiesen, dass zwischen den Revolutionären und dem arbeitenden Volke, den leibeigenen Bauern, eine Kluft bestand, die eine Erhebung des Volkes unmöglich machte. Bereits 1818 wurde eine Gesellschaft für das öffentliche Wohl gegründet, eine Nachahmung des deutschen Tugendbundes. Dieselbe löste sich 1822 in zwei andere auf: die „Gesellschaft des Nordens“ und die „Gesellschaft des Südens“.

Die letztere bestand hauptsächlich aus den Offizieren der Garnisonen der Ukraine; ihr Führer war Pestel, der offen Republikanismus predigte. „Pestel . . . verschob die Frage auf ein anderes Gebiet. Er glaubte, dass die Proklamation der Republik von keinem Vorteil sein würde, wenn man nicht das Grundeigentum in die Revolution hineinzöge . . . Pestel schlug ihr (der Aristokratie des Nordens) vor, mit der Expropriation ihrer Güter den Preis ihres Lebens zu erringen. Man konnte sich nicht mit ihm einigen. . . .“ (Herzen, Du développement des idées révolutionnaires, London 1853, pag. 67.)

Die Entwicklung der socialistischen Ideen in Westeuropa blieb nicht ohne Einfluss auf Russland. Dieselben drangen allmählich in die Litteratur ein; die Romane und Novellen, selbst die Schriften der Slavophilen protestierten gegen die existierende Gesellschaft. In Moskau fand der St-Simonismus, dessen vage, religiöse Form ganz „mit dem Temperament der Moskauer übereinstimmte“, in Petersburg der Fourierismus unter der studierenden Jugend zahlreiche Anhänger. Herzen gebührt das Verdienst, in den vierziger Jahren „das notwendige Zusammenfallen der beiden Kämpfe gegen den Absolutismus und das Kapital sowie die Thatsache erkannt zu haben, dass der Socialismus die ganze alte Welt mit ihrem Recht und ihrer Repräsentation, mit ihrer Kirche und ihrem Gericht, mit ihrem gemeinen und Civilgesetzbuch vollständig verneine und dass der Proletarier, der Arbeiter, die Erbschaft der alten Welt anzutreten und einen neuen Abschnitt der Geschichte zu eröffnen habe. Die Aufgabe der ökonomischen Umwälzung wurde als untrennbar von der Pflicht hingestellt, das Alleinherrschertum zu hassen, zu untergraben und zu vernichten.“ (Lawroff.)

Die Niederwerfung der Revolution in Frankreich, Deutschland, Oesterreich und Ungarn wurde auch für Russland der Anfang einer neuen doppelten Reaktion. 1849 wurde eine Gesellschaft, die sich um Petraschewsky, einen Beamten des auswärtigen Amtes, gebildet hatte und sich im wesentlichen nur mit der Diskussion socialer Fragen in einer dem Socialismus sich nähernden Weise beschäftigte, durch einen Spitzel verraten. Am 23. April 1849 wurden 33 junge Männer, darunter Dostojewsky und Pleschtschejew, verhaftet, 21 von ihnen, meist Offiziere und Beamte, zum Tode verurteilt, aber zu langen Gefängnisstrafen und Verbannung begnadigt. Die Zahl der Sympathisierenden soll in Petersburg gegen 100 betragen haben. Der Rest der Regierungszeit Nikolaus I. war das Schweigen des Todes.

Mit der Thronbesteigung Alexanders II. begannen die Ideen politischer Freiheit und socialistischer Gleichheit ihren Einzug in Russland zu halten. Schon 1857 hatte A. Herzen in London den „Kolokol“ gegründet und durch ihn von dort aus einen ungeheuren Einfluss auf die russische Jugend ausgeübt. Nun enstand auch in Russland selbst eine lebhafte litterarische Bewegung, die einerseits die vorhandenen Zustände, die Fäulnis der regierenden Klassen, einer vernichtenden Kritik unterzog, andererseits das Publikum mit den westlichen Ideen bekannt zu machen suchte. An der Spitze dieser Bestrebungen stand die Zeitung „Der Zeitgenosse“, dessen

Hauptmitarbeiter Tschernischewsky und Dobroljubow demokratisch-socialistische Ideen vortrugen. Die damaligen Forderungen lassen sich zusammenfassen in Gewährung persönlicher Freiheit, Zuteilung alles von den Bauern benutzten Landes an dieselben, unentgeltliche und obligatorische Durchführung der Ablösung und Beibehaltung des grossrussischen Gemeindebesitzes. Die 1861 durchgeführte Emancipation der Bauern befriedigte keine Partei. Die Unzufriedenheit unter den Bauern machte sich in Aufständen Luft. Die radikalen Socialisten schieden sich für immer von der Regierung. Ein neues Gesetz über die Universitäten führte einen grossen Teil der Studenten der Opposition zu. Den liberalen Adel bewegte die Forderung des Konstitutionalismus und so herrschte denn 1862 eine allgemeine Aufregung in Russland. Die geheimen Gesellschaften in Petersburg traten 1863 in Verbindung mit einander und nahmen nach dem Titel der Broschüre: „Was ist dem Volke nötig? Freiheit und Land!" den Namen „Land und Freiheit" an. Im selben Jahre brach auch der polnische Aufstand los. Herzen, von Bakunin gedrängt, nahm in seinem „Kolokol" Partei für die Polen, aber der Radikalismus hielt sich fern. Der Panslavismus siegte und der Aufstand ward schnell unterdrückt.

Der echte Nihilismus, der in der ersten Dekade nach der Befreiung der Leibeigenen ungefähr von 1860—70 blühte, war eine litterarische und philosophische Bewegung, die jetzt vollständig verschwunden ist. Er war ein Kampf für die Befreiung der Intelligenz von jeder Abhängigkeit. Sein Fundamentalprincip war daher der absolute Individualismus, die Negation aller durch Familie und Religion aufgelegten Verpflichtungen. Er begann den Kampf zunächst gegen die Religion und betrieb mündlich und schriftlich eine lebhafte materialistische Propaganda. Büchners „Kraft und Stoff" ward übersetzt und heimlich verbreitet. Wie die Religion, so griff der Nihilismus überhaupt alles an, was nicht auf reine und positive Vernunft gegründet war. In der Frauenfrage erkannte er die vollständige Gleichberechtigung der Frau an. Er verlangte für sie nicht nur das Recht der freien Liebe, sondern auch ihre ökonomische Freiheit und Unabhängigkeit durch das Recht auf Zugang zu höherer Erziehung und den liberalen Berufen. Dieser Kampf endigte mit dem Siege des Nihilismus und der Frau, deren Rechte die Regierung anzuerkennen gezwungen wurde. Freiheit des Geistes und ein Weib als intelligente ebenbürtige Genossin sind erkämpft und der Nihilist ist glücklich und seines Sieges froh. Das sind die Nihilisten Turgenjews. Aber ein neuer Kampf ist zu kämpfen; vor den Augen der Intelligenz öffnet sich der ungeheure Abgrund des Elends des russischen Volkes. Was thun? Ein neues, gewaltiges Werk, die Emancipation des Arbeiters, die Verwirklichung der grossen socialen Idee harrt ihrer. Was thun? So tritt an die Stelle des Nihilismus der revolutionäre Socialismus der Jahre 1872—74. Der Nihilist ist der Egoist, der nur an das eigene Glück denkt, der Revolutionär ist der Socialist, der nur für das Glück Anderer kämpft.

Gegen das Jahr 1868 begannen Journale socialistischer Richtung, wie die „Gegenwart" und die „Volkssache" (Sept. 1868 bis Sept. 1870), redigiert von Bakunin und Elpidin in Genf, zu erscheinen. Die letztere

bekannte sich zum Atheismus und Materialismus, forderte Aufhebung des erblichen Eigentums, Gleichheit der Rechte der Frauen, Erziehung der Kinder durch die freie Gesellschaft, Zuteilung von Land an die Gemeinden und der Arbeitsmittel an die Arbeiterassociationen, freie Föderation der Arbeiter unter Aufhebung der staatlichen Organisation. 1869 fand die Verschwörung Netchajeffs (s. Alliance) statt, die Juli 1871 in Petersburg zur Verhandlung kam. Trotz der Lächerlichkeit der jungen Revolutionäre, der Betrügereien und der Mordthat Netchajeffs hat dieser Prozess doch grosse Propaganda gemacht, die von der „Volkssache" lebhaft unterstützt wurde. Die Werke Proudhons, Fouriers, Owens, welche zwar immer schon ihren Weg über die Grenze gefunden hatten, aber jetzt erst durch eine Zahl russischer Schriftsteller übersetzt und unter den Schichten des gewöhnlichen Volkes verbreitet wurden, die Werke von Marx und Lassalle, alles trug dazu bei, die socialistischen Ideen zu verbreiten. Von Schriftstellern sind hier zu nennen Tschernischewsky, Dobrolinboff, Micailoff; im Auslande waren thätig Herzen, Ogareff, Bakunin, Lawroff u. a. m. Es war hauptsächlich die anarchistische Richtung, die zur Herrschaft kam und in genauer Uebereinstimmung mit Proudhon die politischen Verhältnisse gänzlich vernachlässigte und Russland aus dem Zustande des jetzigen Gemeindeeigentums an Grund und Boden direkt in den Socialismus ohne die Zwischenstufe der kapitalistischen Entwicklung überzuführen dachten. Ausser durch die Thätigkeit dieser Männer, welche die ganze Generation von 1870 für den Socialismus erzogen, ist aber die neue Bewegung gewaltig durch die ökonomischen Verhältnisse vorbereitet worden. Die ungenügenden Mittel, mit denen Alexander II. die Regeneration des russischen Staates und der Gesellschaft unternahm, vor allem die teilweise Befreiung der Bauern, hatten die aus ihnen bestehenden neun Zehntel der Bevölkerung nur in noch grösseres Elend gebracht. Der polnische Aufstand gab das Zeichen zu einer täglich zunehmenden Reaktion. Der weisse Schrecken wurde noch durch das Attentat Korakosoffs verschärft, anstatt dass Alexander II. durch dasselbe gewarnt worden wäre.

Durch ihren Ausschluss von den russischen Universitäten gezwungen, begaben sich die jungen Mädchen ins Ausland, besonders nach Zürich, um dort zu studieren. Nach und nach entstand in der Schweiz eine ganze russische Kolonie, die ausser dem Studium der Naturwissenschaften und Geschichte das der europäischen Socialisten betrieb und mit der Internationalen in Verbindung trat. Vier Richtungen liessen sich in ihr unterscheiden: 1. die Bakuninsche, 2. die ihm nahestehende Gruppe der russischen Anarchisten in Genf, die 1875 den „Arbeiter" und 1878 „Die Gemeinde" herausgab, 3. Lawroff und die Anhänger des „Vorwärts", 4. Tkatscheff und die Partisanen der „Sturmglocke". Nur Bakunin (s. d.) und Lawroff (s. d.) sind von grösserem Einfluss gewesen. Der letztere vertrat einen gemässigteren Standpunkt. Das jakobinische Princip, so führte er aus, muss aufgegeben werden. Wenn auch die Revolution durch das Volk gemacht werden muss, so ist dieses doch zunächst geraume Zeit durch das Wort zu belehren. Es bedarf einer längeren geistigen und moralischen Erziehung des Volkes und die Propagandisten

müssen selbst erst etwas gelernt haben. Dann im Besitz der nötigen Bildung muss der Revolutionär ins Volk gehen, um dies kennen zu lernen und den besten Weg für seine Hebung finden zu können. Erst wenn im Laufe der historischen Entwickelung die Ereignisse die Minute der Umwälzung und der Bereitschaft des Volkes anzeigen, hat man das Recht, das Volk zur Verwirklichung der Revolution aufzurufen. Dieser gemässigte Standpunkt Lawroffs gefiel aber der hitzigen Jugend nicht. Er wurde daher von allen Seiten, insbesondere von Tkatscheff, aufs heftigste angegriffen. Noch warten, lange lernen, bevor man lehrt — das war zu viel für die russische Jugend, die die Schulbänke verlassen, um Revolution zu machen. „Schulbuben der Revolution" wollten sie revolutionieren. Durch den Ukas von 1873 wurde den russischen Studenten und Studentinnen der Aufenthalt in Zürich verboten. So kehrten denn die meisten heim, glühende Anhänger des Socialismus. Die heimische und die vom Ausland zurückkehrende Agitation vereinigte sich nun zu der gewaltigen Bewegung von 1873/74, die nicht nur die russische Jugend, Jünglinge und Jungfrauen aus den aristokratischen Familien ins Volk trieb, um als Bauer oder in den Fabriken zu arbeiten, sondern auch gereifte Männer ergriff. Vier verschiedene Gruppen müssen wir hier erwähnen: die Malikowsky, die Lawristy, die Tschaikowsky und die Buntari. Die erstere, eine mystische Gruppe, wollte die in jedem Menschen vorhandenen göttlichen Funken anfachen, verwarfen aber jede Gewalt. Die Lawristy verliessen die Universität nicht und wirkten nur auf die städtischen Arbeiter. Sie erkannten die bäuerliche Gemeinde, als schon im Verfall begriffen, nicht mehr als Ausgangspunkt der socialen Bewegung an. Der russische Bauer sei ausser stande, die socialistische, auf dem Boden des Kapitalismus entstandene Bewegung zu verstehen. Die Agitation müsse auf den Industriearbeiter beschränkt werden. Diese Gruppe war von 1875—76, doch ohne grossen Erfolg, thätig. Die Buntari, welche durch fortwährende Putsche die latente Energie des russischen Volkes zu wecken glaubten, blieben ohne Einfluss. Wichtig dagegen waren die Tschaikowsky, die allein eine einigermassen ausgebildete Organisation hatten. In den Provinzen wurden Zweigvereine gegründet, die nach Hunderten zählten. Bedeutende Mitglieder dieser Gruppe waren Sophie Perowskaja, Krapotkine, Axelrod, Scheljäbow. Aber dem „ins Volk gehen" folgte eine bittere Enttäuschung. Die rauhe Wirklichkeit zeigte den russischen Bauer, die Idealgestalt dieser Träumer, wie er war, voll von Vorurteilen, beschränkt, ohne Verständnis und Interesse für das, was über seinen Ideenkreis hinausging. Er hatte keinen Gefallen an Aufständen. Nur zu bald wurde die Polizei diese Bewegung gewahr, da Propaganda und Organisation nicht geheim zu halten waren. Tausende wurden verhaftet und verurteilt. Da man das Falsche dieser Taktik einsah, entstand eine neue Richtung, die „Narodniki" 1875, die den Misserfolg des „ins Volk gehen" in dem Verkennen der Natur des Bauern und der Propaganda der ihm unverständlichen, westeuropäischen Theorieen des socialistischen Anarchismus sahen, daher eine Anpassung des Socialismus an das Volkstümliche predigten und so eine Mischung von altbäuerlichen Vorstellungen über Bauernarbeit

als einziger rechtmässiger Erwerbsquelle, über den Gemeindebesitz und dergleichen mit modernen westeuropäischen, socialistischen Ideen herstellten. Auch in der Wahl der praktischen Mittel änderte man; neben der Kolonisation, d. h. dem Festsetzen ganzer Gruppen von Propagandisten in einem gegebenen Distrikt, ging die Organisation von Kampfgesellschaften (buntari). Die Narodniki hatten in den Jahren 1876—1879 einen grossen Erfolg. An ihrer Spitze stand zunächst Mark Nathanson, später, seit 1877, Alexander Michailow. In den Städten, wie St. Petersburg, Moskau, Kiew, Odessa, betrieb man eine lebhafte Propaganda unter den Arbeitern. Arbeiterbünde mit socialistischen Zielen, selbständiger Organisation, Kassen und Bibliotheken entstanden. Einige Putsche in St. Petersburg, wie am 30. März 1876 bei der Beerdigung des Studenten Tschernyschew und am 6. Dezember 1876, wurden mehr oder weniger leicht von der Polizei unterdrückt. Im Süden Russlands waren die Narodniki gleichfalls sehr thätig. In der Provinz Kiew hatte das organisatorische Talent Joseph Stephanowitschs unter Anwendung von zum Teil später von der Partei selbst verworfenen Mitteln, wie z. B. lügenhafte Manifeste im Namen des Zaren, einen grossen Erfolg erzielt. Im August 1877 bestand der von ihm gegründete Geheimbund aus circa 1000 Mitgliedern. Bald nachher ward er an die Polizei durch die Trunkenheit zweier seiner Mitglieder verraten. Im Frühjahr 1877 wurde dann auch die Kolonisation besonders lebhaft von ihnen betrieben. An der unteren Wolga entstanden eine Reihe von Ansiedlungen; in Astrachan, Saratow war besonders Michailow thätig. Ueber allen diesen Gruppen stand die „Grundgesellschaft“ zu St. Petersburg. Trotz aller Versuche fehlte es aber an dauernden Erfolgen. Die Macht der Polizei war zu gross. Eine grosse Zahl von Propagandisten wanderte in die Gefängnisse; auch der Krieg mit der Türkei schadete der Bewegung, insofern er die Gedanken von den inneren Verhältnissen ablenkte. Die Prozesse gegen die Agitatoren in den Jahren 1877 und 1878 bezeichnen das Ende dieser ersten Periode revolutionärer Thätigkeit. Februar und März 1877 fand der Prozess der 50 in Moskau, Oktober 1877 bis Januar 1878 der der 193 zu St. Petersburg statt. Die Zahl sämtlicher in diesen Prozessen verwickelten Personen betrug 3800, die der Angeklagten 170. Um die bürgerlichen Massen durch die Furcht vor dem roten Gespenst für sich zu gewinnen, liess die Regierung den ersten grossen Prozess öffentlich führen; aber der Erfolg war anders als gewünscht. Der Adel der Gesinnung, die Selbstaufopferung, der Mut der Angeklagten setzten alle in Erstaunen. Sie erschienen als Heilige und ihr Glauben war der Socialismus. Es war mehr eine religiöse als revolutionäre Bewegung, und die Propheten und Gläubigen dieser Religion waren in ihrem reinen Enthusiasmus zu wenig gegen die gemeine Willkür und die Grausamkeit der Regierung geschützt.

So verschwand dieser Typus, an seiner Stelle erstand der Terrorist. Die Jahre 1876—1877 waren die trübsten für den russischen Socialismus. Die Gefängnisse waren mit Propagandisten vollgestopft, deren Erfolg dabei nur ein kleiner gewesen war. Aus der Propaganda des Worts ward die der That. Aber wie handeln? Man hatte versucht, eine insurrektionelle

Bewegung unter dem Volke zu organisieren, aber vergebens. Man hatte durch Strassendemonstrationen einen Aufstand zu erzielen versucht, aber die militärische Macht der Regierung warf diese Aufstände mit leichter Mühe zu Boden. Jetzt gab man diese Versuche auf. Unter dem ungeheuren Druck und der scheusslichen Grausamkeit der Regierung verwandelte sich der Liebe predigende Agitator von 1874 in einen ebenso entschlossenen, vor keiner That zurückschreckenden Feind. Zunächst äusserte sich dieser furchtbare Hass in Ermordungen von Spionen, von denen etwa ein halbes Dutzend getötet wurden. Am 24. Januar 1878 schoss Vera Sassulitsch auf den General Trepoff, der einen politischen Gefangenen, Bogolniboff, hatte prügeln lassen, der den Hut nicht vor ihm abgenommen hatte. Zwei Monate später wurde sie von der Jury freigesprochen, das Urteil aber, das zugleich das ganze Willkürsystem der Regierung verdammte, auf Befehl des Kaisers für ungültig erklärt und Vera Sassulitsch wieder ins Gefängnis gesetzt. Die Liberalen, die bisher noch auf eine Konstitution gehofft hatten, begannen die revolutionäre Partei zu begünstigen. In Hass empfangen, von ausschweifender Hoffnung genährt, erfüllt von Enthusiasmus und Heroismus, entstand der Terrorismus.

So lange die Bewegung einen mehr socialistischen Charakter trug, konnte wohl die ausländische Presse als ihr Ausdruck genügen; seitdem aber die Politik der That zur Herrschaft gelangt war, bedurfte es einheimischer Blätter, die nun auch seit 1878 in den Vordergrund treten. Im April und Mai fanden Versammlungen der Narodniki statt, auf denen es Michailow gelang, eine feste Centralisation herzustellen und insbesondere den Artikel zur Annahme zu bringen, wonach jedes Mitglied der Stammgesellschaft zur Ausführung der Beschlüsse der Majorität sich verpflichtete. Unterdessen bildete sich in Südrussland die Praxis des Terrorismus aus. Hier war besonders Valerian Oszinsky thätig. Die in der Peter-Paul-Citadelle infolge der scheusslichen Misshandlungen der Gefangenen ausgebrochenen Hungermeutereien, die zum Tode einiger Revolutionäre führten, erhitzten die Gemüter aufs äusserste. Zunächst ward der Chef der dritten Abteilung, General Mesenzow, am 4. August 1878, auf offener Strasse ermordet. Die Regierung verschärfte ihre Massregeln und der Kampf ging weiter. Natürlich musste dieser sich verschärfende Kampf auf die Ansichten der Terroristen zurückwirken. Sobald sie erkannt hatten, dass ihr gefährlichster Feind zunächst die Regierung sei, der kein Recht der Person heilig, musste unter ihnen die Richtung in den Vordergrund treten, die den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit auf die Politik verlegte, den politischen Kampf in den Vordergrund stellte und bei der Ausschau nach Bundesgenossen in Verbindung mit den Liberalen trat. Von den Studenten und Arbeitern erhielt diese Gruppe nur wenig Unterstützung. Letztere liessen Anfang 1879 einen Aufruf der Arbeiter von St. Petersburg erscheinen, zugleich als Programm eines russischen Arbeiterverbandes des Nordens, zu dessen Gründung sie aufforderten. Ihre Tendenzen waren socialistisch, ihre nächsten Ziele politische Freiheiten und arbeiterfreundliche Gesetze. Die Agitation war eine friedliche; die Zahl der Mitglieder betrug etwa 200, von denen 50 auf eine Denunziation des Spions Reinstein hin verhaftet

wurden. Unterdessen dauerte der Kampf der Terroristen fort. Am 2. April 1879 (alten Stils) fand Solowjews Attentat auf Alexander II. statt. Nach diesem Attentat wurde Russland unter sechs Gouverneure mit unumschränkten Vollmachten gestellt, und der „weisse Schrecken“ wütete fürchterlich.

Auf dem Kongress der Narodniki zu Petersburg am 15. August 1879 fand ein Bruch statt zwischen der politisch-terroristischen Partei, nach ihrer Zeitung, der „Narodnaja Wolja“ Oktober 1879, die Narodowolzy genannt, und der socialistisch-föderalistischen Partei, der Tscherny Peredjel oder den Tscherny-Peredjelzy, die 1881 das Arbeiterblatt Levno (Samenkorn) herausgaben. Die ersteren hielten noch an der Ansicht fest, eine socialistische Ordnung dank der Obschtschina (der Dorfgemeinde) und den kommunistischen Instinkten der Bauern direkt einzuführen. Sie glaubten, dies Ziel ohne Mithülfe des Volkes erreichen zu können, und sahen deshalb ihre nächste Aufgabe in dem Sturze des Despotismus. Dann sollte die revolutionäre provisorische Regierung die Gewalt usurpieren und nach Vollendung der politischen die sociale Umwälzung vollziehen. Dem gegenüber glaubten die Tscherny-Peredjelzy, dass diese nur das Resultat einer Volkserhebung sein könne, die man durch Erziehung des Volkes und Organisation desselben vorbereiten müsse. Sie stützten sich nicht auf den Bauern, sondern auf den Arbeiter, als die am weitesten fortgeschrittene Klasse des Volkes. Sie hatten die Organisation einer Volkspartei im Sinne, die aber weniger politisch als social den Klassenkampf betreiben solle. Sie gründeten die Alliance des Démocrates socialistes russes, an deren Spitze Plechanow, Axelrod und Vera Sassulitsch standen. Plechanow ist durchaus Marxist. In seinem Buch „Nos controverses“ führt er aus, dass nicht das altrussische kommunale Kollektiveigentum als Ausgangspunkt des russischen Socialismus dienen könne, sondern nur die kapitalistische Produktion. Die Alliance gründete eine Arbeiterbibliothek, in der sie socialistische Broschüren, die zur Verbreitung unter den Arbeitern bestimmt sind, veröffentlichte. Ihr Organ war der „Socialdemokrat“, der im September 1888 zu Genf erschien. Schon 1880 erlag die Tscherny Peredjel der Polizei, der die Aufhebung ihrer Druckerei gelang. Die Narodnaja Wolja trat nun allein an die Spitze der Bewegung, deren Leiter das Exekutivkomitee war. Es folgten die Attentate des Sommers 1879 und vom 5. Februar 1880. Das erfolgreiche Attentat vom 1./13. März 1881 auf Alexander II. ist der Höhe- und zugleich Wendepunkt in der Geschichte der Narodowolzy. Ihre Hoffnung, dass der Tod des Zaren der Anfang einer kräftigen, konstitutionellen, auch von den Liberalen unterstützten Bewegung sein würde, ward getäuscht. Kein Geheimbund ist im stande, eine Revolution zu machen, wenn er nicht als Repräsentant einer Gesellschaftsklasse wirkt. Die Ueberschätzung ihrer terroristischen Wirksamkeit ward ihnen klar; man erkannte die Notwendigkeit einer energischen socialistischen Agitation im Volke. Im Laufe des Jahres 1884 kam es zu Zwistigkeiten unter den Narodowolzy; einige Gruppen traten gegen das Exekutivkomitee auf und bildeten die junge Partei der Narodnaja-Wolja, deren Hauptforderung der nur selten angewandte, agrare und Fabrik-

terror war, während sie den politischen als der Masse des Volkes unverständlich verwarfen. Doch schon im September 1884 kam es zur Versöhnung. In derselben Zeit fand aber die Verhaftung H. Lopatins statt und zertrümmerte die nur noch schwache Organisation der Narodnaja Wolja. Mit ihrem Untergang trat ein Stillstand in der russischen Bewegung ein, der noch andauert.

Nur die Propaganda unter den städtischen Arbeitern ist nicht ganz erloschen. Trotzdem wenig Arbeit auf sie verwandt ist, haben sie sich doch socialistischen Ideen leicht zugänglich und anhänglich gezeigt. In den Jahren 1878—1879 sind Hunderte von Arbeitern aus Petersburg, Odessa, Kiew deportiert worden. Trotzdem bestehen überall socialistische Arbeitergruppen, die rüstig weiter arbeiten. Der russische Arbeiter ist vor dem Bauer durch einen regen Drang nach Wissen und Bildung ausgezeichnet. Durch zahlreiche Streiks hat er versucht, seine Lage zu bessern. Indes ist die Zahl der Propagandisten, welche die Theorie des wissenschaftlichen Socialismus verbreiten, immer noch gering, obschon im steten Wachsen begriffen. Die meisten stecken noch in dem spezifisch russischen Socialismus, der nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis durch die kolossale kapitalistische Entwicklung der Industrie überholt ist. Die Obschtschina ist dem eindringenden Kapitalismus gegenüber machtlos; überall zerfällt sie in eine kleine Masse von Ausbeutern „Kulaki" und die grosse Masse der Ausgebeuteten. Daher streben auch die meisten armen Bauern aus ihrem Heimatsdorfe hinaus, um in die Fabrik zu gehen und dort Fabrikarbeiter zu werden. Plechanow, P. Axelrod und V. Sassulitsch sind in erster Linie als solche zu nennen, die bestrebt sind, den russischen Socialismus auf die marxistische Basis zu stellen. Ihr praktisches Streben lässt sich in die Worte zusammenfassen: Propaganda des wissenschaftlichen Socialismus, Agitations- und Organisationsthätigkeit unter den industriellen Arbeitern.

So war denn auch die russische socialistische Partei auf dem Marxistischen Kongress zu Paris 1889 vertreten. Die beiden Berichterstatter waren Plechanow und Lawrow. Der erstere führte in seinem Berichte folgendes aus: „Das alte ökonomische System ist erschüttert. Die Agrarcommune, welche die früheren Socialisten so gefeiert haben und die jetzt eine der Stützen des russischen Absolutismus ist, wird unter den Händen der Bourgeoisie mehr und mehr ein Mittel zur Exploitation des Landmanns. Die Armen wandern in die Städte und Industriecentren. Die Fabrik ruiniert die früher blühende Hausindustrie. Die Regierung sieht sich, dank den Bedürfnissen des Schatzes, gezwungen, die kapitalistische Produktion zu schützen. So unterminiert sie selbst den Boden unter ihren Füssen, und wir Socialisten sind befriedigt davon. Das Proletariat, welches sich auf den Ruinen des Agrarkommunismus bildet, wird den Absolutismus vernichten. Das revolutionäre Russland hat nichts gegen den Absolutismus vermocht, da es von der Masse des Volkes getrennt war. Die russische revolutionäre Bewegung wird nur als Arbeiterbewegung triumphieren." Der Bericht auf dem Internationalen Kongresse zu Brüssel 1891 *wusste* nichts über die russische Bewegung zu berichten.

Sagra, Ramon de la, geboren zu la Corogne 1798, gestorben 1871. Hervorragender spanischer Oekonomist; er begab sich nach der Februarrevolution von 1848 nach Paris und wurde dort ein Anhänger des Proudhonschen Mutualismus, besonders aber ein Verfechter der Einrichtung von Tauschbanken. Später wurde er Anhänger de Colins (s. d.) und hat dessen kollektivistische Ideen bis an sein Lebensende verfochten.

Op. Wir erwähnen von seinen zahlreichen Werken: Science sociale 1848; le Problème de l'organisation du travail 1848; Organisation du travail 1848; Opuscules socialistes 1849; Utopie de la paix 1848; Banque du peuple 1849; Le mal et le remède 1859.

Saint-Simon, Claude Henri de, geboren zu Paris, 17. Oktober 1760. Nicht minder der Erbe eines grossen Namens wie eines bedeutenden Vermögens, genoss er eine vorzügliche Erziehung, die von den besten Lehrern Frankreichs geleitet wurde. D'Alembert selbst war es, der den Hang zu philosophischen Studien in ihm weckte und grosszog. S. nahm am amerikanischen Freiheitskrieg teil, dessen Ziel ihn begeisterte. Hier kam er zu der Einsicht, dass es nicht seine Sendung sei, Soldat zu sein, sondern die Entwicklung des menschlichen Geistes zu studieren, um an der Vollendung der Civilisation zu arbeiten. Nach einer kurzen Zeit, in der er in Verbindung mit einem Baron von Redern Handelsgeschäfte trieb, wandte er sich den Wissenschaften zu, planlos alle Gebiete studierend. Dann durchreiste er England und Deutschland. Bei seiner Durchreise in Genf soll er der Frau von Staël einen Besuch gemacht haben. Kaum in das Empfangszimmer getreten, ruft er ihr entgegen: „Madame, Sie sind die ausserordentlichste Frau der Welt, wie ich der ausserordentlichste Mann; wir zwei würden ohne Zweifel ein noch ausserordentlicheres Kind erzeugen.“ Madame de Staël hatte Verstand genug, die heitere Seite der Scene aufzufassen, und lachte.

Neue Erfahrungen. St-Simon verheiratete sich und damit begann für ihn ein tolles Leben des Genusses. In Bällen, Diners, Abendgesellschaften verschwendete er den Rest seines Vermögens. Er stürzte sich in den Strudel des Lebens, um in dem Zeitraum von 12 Monaten die Erfahrungen von 50 Jahren zu machen. Ruiniert taucht er aus diesem Strudel auf. Früher ihr Maecenas sieht er sich plötzlich auf die Wissenschaft als Ernährerin angewiesen. 42-jährig schreibt er „Lettres d'un habitant de Genève à ses contemporains“ 1803, in denen er den Plan einer Akademie der Weisen und Genies aller Völker entwirft. Aber unter phantastischen und bizarren Gedanken dieser und seiner folgenden Schriften findet sich die Idee, die Zustände der Gesellschaft wissenschaftlich zu erfassen, ihre Verhältnisse nach absoluten Grundsätzen zu ordnen. Es entsteht allmählich, wie man in seinen Schriften verfolgen kann, eine neue Idee in ihm, die Ordnerin des Weltlebens, eine ihm geoffenbarte Idee, als deren Prophet er sich betrachtet. Alle Menschen sollen arbeiten; sie sollen sich alle als Arbeiter betrachten, die einer Werkstatt zugeteilt sind, deren Arbeiten den Zweck haben, die menschliche Intelligenz der göttlichen Vorsicht zu nähern. Der oberste Rat der Gelehrten wird die Arbeiten leiten; er wird seine Anstrengungen darauf richten, die Wirkungen der

universellen Gravitation zu begreifen. Diese ist das einzige Gesetz, dem das Weltall unterworfen ist. Das einzige Mittel, das System unserer Kenntnisse zu reorganisieren, besteht darin, ihm zur Basis die Idee der Gravitation zu geben, die man unter dem wissenschaftlichen, religiösen und politischen Gesichtspunkt betrachten muss. Erst durch eine vollendete Theorie der physischen und moralischen Wissenschaften wird es möglich sein, die Krise, in welche ganz Europa verwickelt ist, zu beenden und eine allen europäischen Völkern gemeinsame Einrichtung zu geben.

Da nun augenblicklich die Gesellschaft die Tendenz zeigt, sich auf eine Art und Weise zu organisieren, die dem Fortschritt der Wissenschaften und dem Gedeihen der Industrie am günstigsten ist, so muss man die geistige Macht den Gelehrten, die Verwaltung der weltlichen aber den Industriellen anvertrauen, die allein im stande sind, diese Organisation herzustellen, da die ersteren die intellektuellen, die Industriellen die materiellen Kräfte besitzen. Das religiöse System des Mittelalters hat sich zwar überlebt, da es hinter dem Fortschritt der positiven Wissenschaften zurückgeblieben ist; aber falsch ist es, zu glauben, dass jede Religion damit verbannt sei. Sie hat sich nur in Harmonie mit der Wissenschaft zu setzen. So sieht sich denn St-Simon eine Aufgabe gestellt, eine Idee beherrscht sein Leben, der er unter den drückendsten Verhältnissen zwanzig Jahre lang gedient hat. Vollendet erscheint sie in den beiden Werken: „Catéchisme politique des Industriels“ und „Nouveau Christianisme“. In dem ersteren Buch stellt er zunächst den Begriff des Industriellen fest.

„Ein Industrieller,“ so lautet diese Definition, in der der Klassengegensatz zwischen Arbeiter und industriellem Unternehmer durchaus verwischt wird, „ist ein Mensch, welcher arbeitet, um die verschiedenen materiellen Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse oder der physischen Geschmacksrichtungen der verschiedenen Mitglieder der Gesellschaft zu produzieren oder diesen letzteren zur Verfügung zu stellen; so ist also ein Ackerbauer, welcher Getreide sät, der Geflügelvieh aufzieht, ein Industrieller; ein Stellmacher, ein Schmied, ein Schlosser, ein Tischler sind Industrielle; ein Schuh-, Hut-, Baumwolltuchfabrikant ist in gleicher Weise ein Industrieller; ein Kaufmann, ein Fuhrmann, ein auf Kauffahrteischiffen beschäftigter Matrose ist ein Industrieller... Alle Industriellen teilen sich in drei grosse Klassen, die man Ackerbauer, Fabrikanten und Kaufleute nennt.“ Diese Klasse der Industriellen, welche die anderen Klassen erhält, müsste eigentlich den ersten Rang einnehmen, während sie thatsächlich den letzten einnimmt. Mit der Darlegung der von den Industriellen zu betreibenden Politik beschäftigt sich St-Simon nun in dem Katechismus. Er will ihnen zeigen, „durch welche Mittel sie ihr Wohlsein am meisten vermehren können und welche sie anzuwenden haben, um ihre sociale Bedeutung zu steigern“.

Die Industriellen begreifen die Notwendigkeit, die Staatsverwaltung in ihre Hände zu legen; aber um die Ruhe nicht zu stören, warten sie, bis eine wahrhaft sociale Lehre sie an die Regierung beruft. Sie sind die zahlreichste Klasse; sie erzeugen die Reichtümer, beherrschen die Geldmacht;

besitzen die Ueberlegenheit der Intelligenz und die Fähigkeit, die pekuniären Interessen der Nation zu verwalten, kurz sie besitzen die unwiderstehlichen Mittel, den Uebergang in eine sociale Organisation zu bewirken. Da Ruhe, Sparsamkeit im Staatshaushalt, Begrenzung der Willkür ihre hauptsächlichsten Interessen sind, so ist keine andere Klasse geeigneter, die Leitung und Verwaltung des Staates zu übernehmen.

Vor der Revolution bestand die Nation aus drei Klassen: nobles, bourgeois, industriels; heute nur noch aus zwei, aus den Bourgeois, welche die Revolution gemacht und das Privileg des Adels, das Staatsvermögen in seinem Interesse auszubeuten, mit dem Erfolg vernichtet haben, dass sie jetzt selbst es mitbesitzen. Zu diesen Bourgeois rechnet St-Simon die Militairs, welche nicht adig waren, die Juristen, welche Roturiers waren, die nicht privilegierten Rentiers. Die Führer der Liberalen in und ausserhalb der Kammer sind Generäle, Juristen und Rentiers. (Der Katechismus ist 1824 erschienen.) Durch die französische Revolution machte sich diese Klasse, welche er etwas später als die classe intermédiaire zwischen Adel und Industriellen bezeichnet, zur ersten im Staate und stellte die Feudalität zu ihrem Nutzen wieder her. Den beiden Klassen, aus denen sich die Gesellschaft jetzt zusammensetzt, Privilegierten und Industriellen, entsprechend stehen sich in ihr zwei antagonistische Principien gegenüber, das industrielle, welches Gleichheit verlangt und jedes Rechts-, Geburts- und sonstige Privileg verwirft, und das des Adels, welches das Privileg ist. Um sich von der auf ihnen ruhenden Last des Privilegs zu befreien, müssen sich die Industriellen mit dem Königtum vereinigen, dessen Macht allerdings nicht überschätzt werden darf, da sie durch die Ordnung der Dinge beschränkt ist. Damit aber die Industriellen diesen Kampf gegen das Privileg mit Erfolg führen können, bedarf es einer Organisation derselben, der Klarheit über das zukünftige, industrielle System, kurz der politischen Erziehung derselben. St-Simon empfiehlt nun den Industriellen, sich in einer Adresse an den König zu wenden und ihn aufzufordern, eine Kommission von Industriellen mit der Aufgabe, das Budget zu machen, einzusetzen. Er glaubt, dass diese Adresse sehr leicht die nötigen Unterschriften erhalten würde, da er die industrielle Klasse durch die Bank, welche die verschiedenen Zweige der Industrie unter einander verbindet, durch die Bankiers, welche die Industriellen aller Art unter einander verbinden, bereits für vollständig organisiert hält, so dass sich die Anstrengungen der Industrie sehr leicht vereinen könnten, um das gemeinsame Ziel ihrer politischen Vertretung zu erreichen. Bisher haben die Führer der Industriellen auf dem Gebiete der Politik sich noch nicht die Vorteile zu verschaffen gewusst, welche aus der Organisation der industriellen Klasse resultieren.

Das Ziel und den Inhalt seines Buches fasst St-Simon in sechs Propositionen zusammen:

1. Die menschliche Gattung hat sich stets auf die politische Einrichtung des industriellen Systems als ihr Ziel hinbewegt.

2. Ein jedes Volk hat einen verschiedenen Weg dazu eingeschlagen und eine ihm eigentümliche Haltung angenommen, um dies Ziel zu erreichen,

3. Die französische und englische Nation sind diesem Ziel am nächsten; die englische scheint ihm näher zu sein als die französische; das ist aber eine Illusion, die französische Nation ist thatsächlich weniger weit davon entfernt.

4. In Frankreich würde eine einfache Ordonnanz des Königs, welche die bedeutendsten Industriellen mit dem Auftrag bedächte, das Budget zu machen, genügen, um das industrielle Regime zu errichten, und diese Ordonnanz würde sicher errungen werden, falls die industrielle Klasse, die sich in Frankreich aus mehr als 25 Millionen Menschen zusammensetzt, den König bitten würde, zu bedenken, dass diese Massregel die Ruhe des Thrones und das Gedeihen der Nation verursachen würde.

5. Wenn die französische Nation bei sich das industrielle Regime errichtet hat, wird die englische nicht zögern, diesem Beispiele zu folgen.

6. Wenn das industrielle System in England und Frankreich errichtet ist, werden alle die Leiden, welche das Menschengeschlecht bei seinem Uebergange vom gouvernementalen zum industriellen Regime durchmachen musste, beendigt sein; da alle gouvernementalen Kräfte des Erdballs erkennen werden, dass sie der in Frankreich und England errichteten industriellen Kraft unterlegen sind, wird die Krise beendigt sein, denn es wird keinen Kampf mehr geben. Alle Völker der Erde werden unter dem Schutz des vereinigten Frankreichs und Englands allmählich und so schnell, als der Zustand ihrer Civilisation gestatten wird, sich zum industriellen Regime erheben.

Bereits in den Lettres d'un habitant de Genève à ses contemporains 1803 hatte St-Simon den Plan einer industriellen Organisation der Gesellschaft entworfen. An die Stelle des Campanellaschen Metaphysikers tritt bei ihm der Rat der 21 Genies als Leiter der Welt, mit der Aufgabe, alle Arbeiten anzuordnen und das Gesetz der „universellen Gravitation", das einzige Gesetz des Universums, zu begreifen. Frauen können in diesen Rat gewählt werden. „Alle Menschen werden arbeiten, sie werden alle sich als Arbeiter in einer gemeinsamen Werkstatt betrachten, deren Arbeiten den Zweck haben, die menschliche Intelligenz der göttlichen Vorsicht zu nähern," heisst es in der Darstellung eines seiner Träume, die er seinem 2. Brief anhängt. In diesem sucht er zu zeigen, dass die Annahme seines Projektes allen Klassen der Gesellschaft vorteilhaft sein müsse, und glaubt, dass sie alle sich in dieser Organisation wohl fühlen würden, in der die geistige (spirituel) Macht in den Händen der Weisen, die weltliche (temporel) in den Händen der Eigentümer, das Recht, diejenigen zu wählen, deren Aufgabe es ist, Führer der Menschheit zu sein, in den Händen aller liegt, und wo der einzige Lohn für die Regierenden in der Achtung besteht. Diese Organisation kann allein den Menschen die grösste Summe allgemeiner und industrieller Freiheit geben und den Sieg der Moral verbürgen.

Während der Kapitalismus und die Bourgeoisie in Frankreich noch um ihren Sieg mit dem Adel und der Geistlichkeit kämpften, hatten die beiden sich in England zur damaligen Zeit schon zu einer respektablen Höhe entwickelt. Mit richtigem Blick sah St-Simon seinem Lande die-

selben Gefahren drohen, die in England schon vorhanden waren, mit dem Elend der Industriellen, die ihrer Mehrheit nach das Proletariat sind, die socialen Kämpfe nahen. Daher seine stetige Aufforderung: „Die Religion muss die Gesellschaft dem grossen Ziele der möglichst schnellen Verbesserung des Looses der zahlreichsten und ärmsten Klasse entgegenführen.“ Der Ausführung dieses Gedankens ist sein letztes Buch, der „Nouveau Christianisme“, gewidmet.

Als den göttlichen, unveränderlichen Teil aller Religion bezeichnet er den Satz: „Die Menschen müssen sich wie Brüder gegen einander verhalten.“ Ihm gemäss muss die Gesellschaft so organisiert werden, dass sie für die grösste Zahl am vorteilhaftesten ist, und muss es das Ziel aller Arbeiten und Thätigkeiten sein, so schnell und vollständig wie möglich die moralische und physische Existenz der zahlreichsten und ärmsten Klasse zu verbessern. Die Führer der primitiven christlichen Kirche haben diese Verbesserung gepredigt; aber die erste christliche Lehre hat der Gesellschaft nur eine partielle und sehr unvollständige Organisation gegeben. Die Rechte des Cäsars blieben von den der Kirche zugeschriebenen Rechten unabhängig. Dagegen wird die neue christliche Organisation sowohl die weltlichen wie die geistlichen Einrichtungen aus dem oben erwähnten Princip ableiten, wird ihnen allen das Wohlsein der ärmsten Klasse zum Ziel geben und damit alle Klassen der Gesellschaft, alle Nationen zum wahren Gedeihen bringen. Zu diesem Zweck erleidet dies auch dem primitiven Christentum eignende Princip eine „Transfiguration“, so dass es als Ziel aller religiösen Arbeiten erscheint. Es lautet dann: „Die Religion muss die Gesellschaft zu dem grossen Ziel der möglichst schnellen Verbesserung des Looses der ärmsten Klasse hinbewegen.“ Das neue Christentum will nur mit Ueberredung und Beweisen an der Bekehrung der Katholiken und Protestanten arbeiten. Es verabscheut jedes Gewaltmittel. Gerade deshalb wendet sich auch St-Simon zunächst an die Reichen und Mächtigen, um sie für die neue Lehre zu gewinnen und ihnen zu zeigen, dass diese ihren Interessen nicht nur nicht entgegengesetzt ist, sondern dass vielmehr die Interessen der Künstler, Gelehrten und Leiter der Industrie wesentlich mit denen der grossen Masse des Volkes identisch sind, dass sie zur Masse der Arbeiter gehören und zu gleicher Zeit ihre natürlichen Führer sind.

Vollenden wir den Bericht über sein Leben. Nachdem es ihm nicht gelungen war, durch eine Schrift „Introduction aux travaux scientifiques du XIXᵉ siècle“ Paris 1807, die eine von Napoleon I. gestellte Frage zu beantworten suchte, die Aufmerksamkeit der litterarischen Kreise auf sich zu ziehen, wurde seine Not immer drückender. Nach sechsmonatlichem Warten erhielt er durch den Grafen de Ségur eine Stelle als Kopist mit 1000 Franken Gehalt. Einer seiner ehemaligen Geschäftsführer, Diard mit Namen, rettete ihn aus diesem Elende und gewährte ihm in seinem Hause eine Zufluchtsstätte. Mit erneuter Kraft lag er seinen Studien ob; da starb Diard und wieder sah er sich dem grössten Elende gegenüber, das nach langem vergeblichem Ringen ihn schliesslich 1823 zu einem Selbstmord-

Buchez, Rouen, Laurent, L. Halévy und andere. Bald schlossen sich noch an Michel Chevalier, Abel Transon, E. Cazeaux. 1. April 1826 wurde der „Producteur", der bisher eine Wochenschrift gewesen war, in eine Monatsschrift verwandelt, ging aber schon am 12. Dezember 1826 wieder ein. 1828 begann man öffentliche Vorträge in verschiedenen Lokalen in der Rue Taranne, Rue Dauphine, Rue Taitbout zwecks Verbreitung St-Simonistischer Ideen zu halten. Hier wurden alle die Fragen des Gottesdienstes, der Brüderlichkeit, der Exploitation des Menschen durch den Menschen untersucht. Mehr und mehr trat dabei die Auffassung in den Vordergrund, dass der St-Simonismus eine vollständige Umkehr des Gemütes verlange, dass er ein Glaube wäre und dem Voltaireschen Skepticismus feindlich gegenüberstände. Da viele Leute zu den Vorlesungen herbeiströmten, wurde Bazard der Auftrag, eine endgültige Darstellung der Lehre zu geben, dessen er sich in zwei Reihen von Vorträgen entledigte: Doctrine de St-Simon. Exposition. Première année 1828—1829; Deuxième année 1829—1830.

Zunächst wird die Notwendigkeit einer neuen socialen Lehre bewiesen durch den überall, in Politik, Wissenschaft, Kunst und Industrie herrschenden Mangel an Organisation und Zusammenwirken, der besonders in der letzteren, wo das laisser faire, laisser passer herrscht, hervortritt. Hier ist alles willkürlich und nirgends eine Leitung oder sociale Fürsorge sichtbar; die allgemeine Konkurrenz wird ein allgemeines „Sauve qui peut". Hier gilt die Regel: ein jeder für sich und Gott für niemand. Will man aber diese Anarchie vernichten, so muss man den Egoismus in der Gesellschaft angreifen und dazu bedarf es einer neuen socialen Lehre. Wir können nun die Menschen nach den Aeusserungen ihrer Thätigkeit in drei Klassen einteilen: Künstler und Priester (Gefühl), Gelehrte (Gedanke), Industrielle (Thätigkeit). In allen dreien findet Entwicklung statt, besonders aber in der letzten Klasse, und diese geht dahin, die Exploitation des Menschen durch den Menschen durch die industrielle Association zu vernichten. Der St-Simonismus fordert also die isolirten, vereinzelt kämpfenden Menschen zu einem neuem Leben auf; er will ihnen das neue Band der Liebe, Lehre und Thätigkeit geben und der Menschheit den Charakter der Einheit, Weisheit, Schönheit aufdrücken. Auf die kritischen Zeiten in der Menschheitsgeschichte, in denen alles zum Egoismus hindrängt, folgen die organischen, die das Schauspiel der Einigung, der Vereinigung der Kräfte der Menschheit auf ein gemeinsames Ziel hinzeigen. Augenblicklich befinden wir uns am Anfang einer solchen organischen Epoche, in der die Menschheit zur universellen Association gravitiert. Exploitation des Menschen durch den Menschen, das war der Zustand der menschlichen Beziehungen in der Vergangenheit, Exploitation der Natur durch den dem Menschen associierten Menschen wird der Inhalt der Zukunft sein. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden durch eine völlige Umgestaltung der Erziehung, der Gesetzgebung, der Organisation des Eigentums. Das Verhältnis des Meisters zu seinen Lohnarbeitern ist nur die letzte verhüllte Form der Sklaverei. Zwar ist der Arbeiter nicht mehr das direkte Eigentum seines Herrn, aber ihr Verhältnis ist die Folge

eines Vertrags, der von seiten des Arbeiters kein freier ist, da er bei Strafe des Verhungerns zur Unterwerfung unter die Forderungen des Fabrikherrn gezwungen ist. So ist er, obschon persönlich frei, nichts anderes in der That, als Sklave der Klasse der Reichen, die durch die Gesetzgebung die Gewalt besitzen, nach ihrem Wohlgefallen über die Instrumente der Arbeit zu verfügen. Das Elend des Arbeiters ist noch dazu erblich geworden, er hat es von seinen Vätern geerbt und wird es seinen Kindern als einziges Erbteil hinterlassen. Die Hauptursache dieses Zustandes ist die Uebertragung der Reichtümer durch die Erbschaft im Schoss der Familien. Das Eigentum ist wohl die Basis der politischen Ordnung, aber zugleich als eine sociale Thatsache dem Gesetze des Fortschritts unterworfen, und kann daher in verschiedenen Epochen verschieden ausgedehnt, bestimmt und geregelt werden. Die heutige Konstitution des Eigentums, durch die sich die Sklaverei und Ausbeutung fortpflanzen, muss vernichtet werden. Das Gesetz des Fortschritts strebt nach einer solcher Gesellschaftsordnung, in der nicht mehr die Familie, sondern der Staat die aufgehäuften Reichtümer, soweit sie zum Produktionsfonds gehören, erbt. Das einzige Recht auf Reichtum wird dann die Fähigkeit sein, ihn zur Produktion am besten verwenden zu können, und der Eigentumstitel wird nur das Recht der Leitung, des Gebrauchs und der Ausbeutung, nicht der Uebertragung des Eigentums in sich schliessen. Aber auch vom Standpunkt der gesellschaftlichen Nützlichkeit ist diese Aenderung des Eigentumsrechts notwendig. Heutzutage erhalten die Kapitalisten, deren Thätigkeit nur in der Verteilung der Produktionsmittel an die Arbeiter besteht, dieselben durch den Zufall der Geburt. Die Verteilung erfolgt aber durch sie als isolierte Menschen, die der Produktion, für die sie die Mittel liefern, fremd bleiben und die Bedürfnisse der Industrie und der Menschen und die Wege, wie sie zu befriedigen sind, weder im einzelnen Geschäftszweig, noch in der Gesamtheit der Produktion kennen.

Es gilt nun eine Organisation zu schaffen, die diese Fehler vermeidet. In ihr kann es keine Kapitalisten mehr geben, welche die Wahl der Unternehmungen haben und das Geschick der Arbeiter bestimmen. Ein sociales Amt muss diese Funktionen übernehmen, das Depositär aller Produktionsmittel ist und die materielle Ausbeutung planmässig leitet. Zu diesem Zweck wird eine grosse centrale Bank gegründet, die die Uebertragung von Eigentum den Fähigkeiten entsprechend vornimmt. —

Die Erziehung, die von der grössten Wichtigkeit ist, hat den doppelten Zweck zu erfüllen, die Menschen zu socialen und religiösen Wesen zu erziehen und einen jeden zu der Funktion hinzuleiten, für die er bestimmt ist, d. h. sie wird eine allgemeine und professionelle sein müssen. Da nun alle Mitglieder des socialen Körpers entweder Künstler oder Gelehrte oder Industrielle sind, so wird in Uebereinstimmung damit eine dreifache Teilung der allgemeinen und professionellen Erziehung stattfinden.

Die Krone des ganzen Gesellschaftslebens aber ist die Religion, die Erkenntnis Gottes und seines providentiellen Plans. Edle Gedanken und Gefühle, Gehorsam und Liebe gegen einen Gott der Liebe müssen die

Menschheit wieder beseelen; dann wird eine neue Zukunft für die Menschheit tagen. Die Religion ist bestimmt, ihre Herrschaft wieder zu gewinnen. Sie soll das sociale Motiv, der Ausdruck des kollektiven Gedankens der Menschheit, die Synthese ihrer Ideen und Gefühle, die Regel ihrer Handlungen sein. Aber das Dogma des Christentums kann der Jetztzeit nicht mehr genügen. Es hat zwar sein Bestes gethan, den Dualismus zu überwinden, aber in einseitiger Weise, indem es den Geist allein für gut, alles Fleischliche und Materielle hingegen für schlecht erklärte und seine Unterdrückung verlangte. So entstand denn die Lehre, dass das Leben auf dieser Erde unwesentlich und nur eine Vorbereitung für das im Himmel sei. Mehr und mehr hat das Christentum seine Lehre vergeistigt und hat so, da doch der Mensch auf der Erde leben muss, ihm den Weg zur Einheit zu kommen, versperrt. Dagegen verkündet der St-Simonismus, dass sowohl Körper wie Geist Aeusserungen der Kraft Gottes und seiner Liebe sind, und daher das Stoffliche ein eben so grosses Recht zu bestehen hat wie das Geistige. Hier auf der Erde muss man das Königreich des Himmels gründen; die Erde ist kein Thal des Jammers und der Armut. In die Macht des Menschen ist es gegeben, dieses Thal zu schmücken und zu einem bewohnbaren Fleck zu machen. Das ist die berühmte Lehre von der Rehabilitation des Fleisches.

Indem so in der St-Simonistischen Lehre die Religion als Krönung des ganzen Gebäudes erscheint, ist es natürlich, dass die Leitung der Gesellschaft in den Händen des Priesters liegt, während der Künstler, der in derselben Sphäre, wie der Priester, lebt und von derselben Familie ist, nur das Wort des Priesters ist. Er, der Priester, ist der Dolmetscher des Gefühls, der Exaltation auf allen Gebieten, also auch auf denen der Wissenschaft, Kunst und Industrie. In ihm kommen alle Kräfte eines Zeitraums zu ihrem höchsten Ausdruck. Vielseitig steht er nicht isoliert und allein, sondern bewegt sich mitten in der Gesellschaft, von deren Gefühlen, Gedanken und Kräften er der Träger ist. Unter dem Priester stehen die Organe der Wissenschaft und der Industrie. Die Gelehrten geben den Menschen das Licht, um zu dem Ziel, das die Liebe gezeigt hat, zu gelangen. Sie bilden eine Organisation, die vom Staate feste Dotation erhält und in der ihnen vom Priester nach ihrer Kapazität der rechte Platz angewiesen wird. Auch die Industriellen erhalten ihre Organisation. Der Produktionsfonds soll in der Zukunft sociales Eigentum sein, geregelt und verteilt durch die öffentliche Autorität. Der Priester ist der Leiter auch auf diesem Gebiet, indem er einem jeden Industriellen seinen Platz nach seiner Geschicklichkeit in der industriellen Werkstatt anweist und den Zusammenhang und das Gleichgewicht der Produktion und Konsumtion regelt. So sieht man, dass die Gesellschaftsordnung auf den drei Graden der Liebe, des Gedankens und der Kraft, deren Repräsentanten die Priester, die Gelehrten und die Industriellen sind, beruht. Der Zusammenhang dieser Grade konstituiert die Hierarchie der Gesellschaft. Es gibt dann nichts Individuelles mehr in der Gesellschaft; das Zusammenleben ist eine wahrhafte Organisation geworden.

Schon 1827 hatte Enfantin mit Bazard Streitigkeiten über die Rolle

des Gefühls und die Stellung und Aufgabe der Frau gehabt; sie waren aber zunächst noch im Schosse der Schule und ohne grössere Bedeutung geblieben. Am 15. August 1829 erschien ein neues Journal „l'Organisateur“, an dem die tüchtigsten Kräfte der Schule, wie Laurent, Carnot, Jules Alisse, Fournel, Transon, d'Eichthal, Duveyrier, mitwirkten. Um die Anarchie aus dem sich stetig vergrössernden Kreise von Anhängern fernzuhalten, bedurfte es notwendig der Hierarchie, zumal da Buchez bereits Opposition zu machen begann. So wurden denn Bazard und Enfantin zu Häuptern der Schule ernannt; die eigentliche Hierarchie bestand aus etwa 40 Personen, denen sich eine grosse Zahl von Schülern dritten, vierten und höheren Grades anschlossen. Man kaufte ein Haus in der Rue Monsigny, das die Druckerei des „Organisateur“ und Versammlungsräume enthielt und seitdem die Centrale des St-Simonismus war. Durch die Julirevolution von 1830 wurde die Thätigkeit der Schule eine äusserst lebhafte. Bazard trat in den Vordergrund, richtete am 28. August 1830 ein Cirkular an die Schüler ausserhalb Paris, worin er sie zur Ruhe aufforderte, da ihre Zeit noch nicht gekommen sei, und versuchte auch, allerdings vergebens, seinen alten Freund Lafayette für seine Pläne zu gewinnen. Am 30. Juli 1830 liessen Bazard und Enfantin eine Proklamation an den Strassenecken von Paris anschlagen, worin sie das Volk zur Organisation aufforderten, durch die sie allein die neue sociale Ordnung sich erringen könnten. Das hervorragendste Manifest aber der Schule ist der Brief, den die beiden Häupter gegen einen Angriff der Deputierten Mauguin und Dupin, die ihnen Güter- und Weibergemeinschaft vorgeworfen hatten, an die französische Kammer richteten. Er gibt in Kürze die Lehre der Schule wieder und muss seiner Ruhe und Klarheit wegen wohl Bazard zugeschrieben werden:

„Was den Kommunismus der Güter angeht, so verwerfen die St-Simonisten die gleiche Verteilung des Eigentums, denn sie halten gerade die natürliche Ungleichheit der Menschen für die Basis der Association und unbedingt notwendig für die sociale Ordnung. Sie verwerfen das System der Gütergemeinschaft, denn diese Gemeinschaft würde eine offenbare Verletzung des ersten aller moralischen Gesetze sein, das zu lehren sie die Mission erhalten haben und das verlangt, dass in Zukunft einem jedem sein Platz nach seinen Fähigkeiten angewiesen und ein jeder nach seinen Werken belohnt werde. Sie verlangen aber die Aufhebung aller Privilegien der Geburt und demgemäss die Vernichtung der Erbschaft, des grössten, alle anderen umfassenden Privilegs, dessen Wirkung es ist, die Verteilung der gesellschaftlichen Vorzüge dem Zufall zu überlassen, und welches die zahlreichste Klasse zum Elend, zur Depravation und Unwissenheit verdammt. Sie verlangen, dass alle Arbeitsmittel, Grund und Boden und die Kapitalien, welche heutzutage den zerstückelten Fonds der privaten Vermögen bilden, in einen socialen Fonds vereinigt werden, und dass dieser Fonds durch die Association hierarchisch ausgebeutet werde, so dass das Tagewerk eines jeden der Ausdruck seiner Fähigkeit und sein Reichtum das Mass seiner Arbeiten ist. Die St-Simonisten greifen das Eigentum nur an, insofern es den einen das gottlose Recht gewährt, von

der Arbeit eines anderen zu leben, und insofern es dem Zufall der Erbschaft die sociale Stellung des Individuums überlässt.

„Das Christentum hat die Frauen aus der Knechtschaft befreit, aber sie mit religiösem, politischem und bürgerlichem Bann geschlagen. Die St-Simonisten proklamieren ihre vollständige Emancipation, ohne das heilige Gesetz der Ehe dadurch aufzuheben. Sie erfüllen es vielmehr erst dadurch, dass sie der Kraft und Unverletzlichkeit der Einigung eine neue Heiligung geben. Sie verlangen, dass jeder Mann eine Frau habe, dass aber das weibliche Geschlecht dem männlichen in der dreifachen Funktion des Tempels, des Staates und der Familie verbunden sei, so dass das sociale Individuum nicht mehr der Mann allein, sondern Mann und Frau ist. Die Religion St-Simons macht dem schimpflichen Ehehandel, der legalen Prostitution ein Ende, die unter dem Namen der Ehe heutzutage so oft die monströse Verbindung der Hingabe und des Egoismus, der Bildung und Unwissenheit, der Jugend und Abgelebtheit heiligt."

Von der grössten Bedeutung für die Ausdehnung der Schule war der Erwerb des „Globe", der schon seit Mitte 1830 Artikel über den St-Simonismus gebracht hatte, aber erst am 18. Januar 1831 öffentlich als das Organ desselben proklamiert wurde. Er trug nunmehr an der Spitze die drei Motti: „Alle socialen Einrichtungen müssen die Verbesserung der sittlichen, materiellen und geistigen Verhältnisse der ärmsten und zahlreichsten Klasse zum Ziele haben; alle Vorrechte der Geburt ohne Ausnahme sollen abgeschafft werden; einem jeden nach seiner Fähigkeit, einer jeden Fähigkeit nach ihren Werken." Besonders unter den Arbeitern suchte man Anhänger zu gewinnen. Vorträge wurden ihnen von Carnot, Dugied, Fournel, Claire Bazard über den Begriff und das Wesen der Association gehalten; kurz die Schule trieb mit regstem Eifer eine sociale Politik, deren Ziel es war, den Arbeitern dieselbe Stellung zu verschaffen, die die Bourgeoisie sich 1789 erworben hatte. In dieser Zeit hatte Bazard die Leitung der Schule und seine allen Extravaganzen abholde, zielbewusste Politik brachte die Schule zum Blühen. Aber Enfantin liess die Frauenfrage nicht ruhen; ihm schien die Emancipation der Frau die wichtigste, noch zu vollendende Lehre der St-Simonistischen Religion. Wir hatten schon oben die Lehre der Rehabilitation des Fleisches ausgesprochen. Danach ist es der Trieb nach Genuss, der die Religionen und ihre Moral zerrüttet, und keiner Religion war es bisher gelungen, den Kampf des Geistes und des Fleisches zum Abschluss zu bringen. Auch das Christentum hat diesen Widerspruch in alle Verhältnisse des Lebens hineingetragen. Da aber sowohl Fleisch wie Geist von Gott geschaffen, ist ihre Harmonie das Ziel des Erdenlebens und die Aufgabe der neuen Religion, das Fleisch wieder in seine Rechte einzusetzen. Heiligt Euch durch Arbeit und Genuss, ist das Motto derselben. Enfantin blieb aber hierbei nicht stehen; er betrat das gefährliche Feld der Emancipation der Frau und verfocht im engeren Kreise dieses neue Princip. Bazard opponierte dem auf das entschiedenste. Nur mit Widerstreben hatte er in der Erklärung des 1. Oktobers 1830 den Schritt gethan, der Frau im socialen Leben eine gleiche Stellung anzuweisen wie

dem Manne. Es kam zu Kämpfen, die von Enfantin weniger mit Gründen als mit Beschuldigungen geführt wurden. Bazard, ein edler Charakter, fühlte sich durch diese persönlichen Angriffe tief verletzt; sein Scharfblick liess ihn das nahe Ende der Schule in diesen Verwirrungen erblicken. Der tiefe Schmerz brach ihm wenige Monate nach dem Ausbruch der Zwistigkeiten das Herz. — Am 19. November 1831 berief Enfantin eine allgemeine Versammlung, um seinen Standpunkt zu dem der Schule zu machen. Bazard erschien nicht. Enfantin entwickelte nun seine Theorie. Erst dem St-Simonismus ist es beschieden, die Frau von der Sklaverei zu befreien, in der sie das Christentum gehalten hat. Frau und Mann ist das sociale Individuum; nur die Frau allein kann erklären, was sie fühlt, wünscht und will. Kein Mann kann ihr ein Gesetz auflegen. Die Mission des Priesters wird die Entwicklung der sinnlichen und fleischlichen Begierden sein; er wird sie ordnen und in schönster Weise den Reiz der Schamhaftigkeit mit der Grazie der Hingabe und Lust vereinen." Der Streit war heftig und endete mit dem Abzuge der Bazardisten: Carnot, P. Leroux, P. Cazeaux, E. Charton, St-Chéron, Jean Reynaud, Transon, J. Lechevalier. Enfantin war nun das einzige Haupt der Schule und verbrauchte in seinen Versuchen, den Messias des anderen Geschlechts, „das Weib", zu finden, die Gelder der Gesellschaft. Eine Finanzspekulation Rodrigues' schlug ebenfalls fehl. Der Krach brach herein. Enfantin rettete sich mit dem Rest seiner Getreuen auf sein väterliches Gut Ménilmontant. Hier erschien „le livre nouveau", ein dunkles Buch, wo die Lehren St-Simons in so enge Verbindung mit der Mathematik gebracht wurden, dass daraus ein unverständliches Gemenge wurde. Das Leben zu Ménilmontant hatte keinen langen Bestand. Am 27. August 1832 wurde Enfantin nebst Schülern wegen Sittlichheitsverletzung vor Gericht gezogen. Seine Verteidigung, die in gleichem Masse von Emphase wie unsinnigem Zeug strotzte, war fruchtlos. Er wurde mit seinen Schülern zu Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt. Die Familie der Gläubigen zerstreute sich. Das war das unrühmliche Ende der St-Simonistischen Schule.

Von St-Simonisten erwähnen wir noch Montanelli, Gouverneur in Livorno, der 1848 zu Pisa eine St-Simonistische Schule stiftete.

Schäffle, Albert, geboren am 24. Februar 1831 zu Nürtingen in Württemberg, studierte zunächst 1848 in Tübingen Theologie, trat dann in die Redaktion des „Schwäbischen Couriers" und vertrat hier grossdeutsche Ideen. 1861 wurde er Professor der Nationalökonomie in Tübingen, 1868 zu Wien und wurde 1871 im Februar Handelsminister im Ministerium Hohenwart. Da aber schon im Oktober das Ministerium zu Fall kam, so zog er sich nach Stuttgart zurück und nahm seine wissenschaftlichen Studien wieder auf.

Die Entwicklung des Schäffleschen Verhältnisses zum Socialismus kann einer Schiesskurve mit einem aufsteigenden Akt, einem Höhepunkt und einem absteigenden Akt verglichen werden: „Kapitalismus und Socialismus" 1870, feindlich-wohlwollend; „Quintessenz des Socialismus", freundlich-wohlwollend; der III. Band des Buches von „Bau und Leben",

socialistisch; die „Aussichtslosigkeit der Socialdemokratie“, feindlich-nicht wohlwollend. In dem in viele Sprachen übersetzten Schriftchen „Quintessenz des Socialismus“ erörterte Schäffle die Möglichkeit einer socialistischen Kollektivorganisation, wie sie sich aus dem Gedanken der einsichtsvollen Socialisten gewinnen lässt. Die Darstellung ist in der Hauptsache richtig, wenn auch einzelne schwere Fehler sich finden. Kann man die Sympathie Schäffles für den Socialismus hier zwischen den Zeilen lesen, so treten seine socialistischen Ideen scharf und klar, oft mit einer gewissen Emphase als socialistisch hervorgehoben, im III. Band des „Bau und Leben“ uns entgegen. Zwischen Eigentum an Konsumtions- und Produktionsmitteln unterscheidend, lässt er das erstere als privates bestehen, während das zweite in gesellschaftliches verwandelt werden soll. Mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel fordert er die öffentlichrechtliche Regelung der Produktion durch berufliche und örtliche Gewerkschaften unter selbstgewählten Direktoren. Alle Bezahlung findet in Arbeitsgeldscheinen statt, die Anweisungen auf einen Teil der Gesamtproduktion bedeuten. Er verlangt aber keineswegs gleiches Einkommen. Im Gegenteil sei die Ungleichheit desselben, bewirkt durch die Prämienzahlung für grössere Tüchtigkeit, in Verbindung mit freier Berufswahl, Freiheit des Konsums, Erhaltung der Ehe von dem grössten und glücklichsten Einfluss auch in einem socialistischen Staat. Die Leitung der wirtschaftlichen Produktion soll von der Staatsgewalt losgelöst sein. Die beruflichen Körperschaften, denen sie obliegen soll, sind föderale, vom Staate unabhängige Selbstverwaltungsorgane. Er bekämpft infolgedessen auch auf das energischste den Staatskommunismus. Die Preisbildung soll durch Taxen bewirkt werden, welche Kosten und Gebrauchswert in Betracht ziehen, und durch Steigerung und Herabsetzung der Taxpreise soll der Bedarf und die Produktion geleitet werden.

1885 erschien nun Schäffles „Aussichtslosigkeit der Socialdemokratie“, in der er die Unausführbarkeit und absolute Verkehrtheit der socialistischen Pläne beweisen will. Da er hier aufs schärfste dem widerspricht, was er kurze Zeit vorher verteidigt hatte, hat man ihm vorgeworfen, dass er sich durch diese Schrift für einen hohen Posten in Oesterreich wieder hat möglich machen wollen; ob mit Recht oder Unrecht können wir nicht entscheiden.

Op. Nationalökonomie oder allgemeine Wirtschaftslehre, Leipzig 1861; die nationalökonomische Theorie der anschliessenden Absatzverhältnisse 1867; Kapitalismus und Socialismus 1870; Quintessenz des Socialismus, Gotha 1874; Bau und Leben des socialen Körpers 1875/78; Aussichtslosigkeit der Socialdemokratie 1885.

Schapper, Karl. Als Student in Giessen 1834 stand Schapper in Beziehung zu Georg Büchner (s. d.) und seiner Agitation. Der Strafe entzog er sich durch die Flucht nach der Schweiz, wo er als Bierbrauer seine Existenz fand. Später ging er nach Paris. Er wurde dort einer der Gründer des geheimen Kommunistenbundes. Da man seine Beteiligung an dem von den Babouvisten am 12. Mai 1839 in Paris versuchten Putsche annahm, wurde er verhaftet, bald aber, da keine Beweise vorhanden waren, wieder in

Freiheit gesetzt. Er wurde jedoch aus Frankreich ausgewiesen. Schapper ging nach London und gründete dort neben einer „Gemeinde“ des Kommunistenbundes den kommunistischen „Arbeiterbildungsverein“ (6. Februar 1840). 1848/49 nahm er an der Bewegung in Köln hervorragenden Anteil. An der „Neuen Rheinischen Zeitung“ arbeitete er als Korrektor. Er stand an der Spitze des kommunistischen Kölner Arbeitervereins, der 7000 Mitglieder zählte, auch sass er im Ausschuss der rheinischen Demokraten. Er wurde wegen seiner politischen Thätigkeit angeklagt, aber nach sechswöchentlicher Untersuchungshaft freigesprochen. Nach dem Niedergang der Bewegung 1849 ging er nach London. Bei der Spaltung des Kommunistenbundes 1850 schloss er sich Willich an, der dem Bunde einen konspiratorischen Charakter geben wollte. Marx sagte 1875 darüber: „Schapper, lebenslang Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, erkannte und bekannte bald nach Ende des Kölner Prozesses, seine augenblickliche Verirrung. Viele Jahre später, auf seinem Sterbebett, einen Tag vor seinem Tode, sprach er mir noch mit beissender Ironie von jener Zeit der „Flüchtlingstölpelei“.“

Schippel, Max, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Chemnitz seit 1890, geboren 6. Dezember 1859 in Chemnitz, besuchte die Realschule daselbst, studierte in Leipzig Philologie und Staatswissenschaften, später in Berlin und Basel, begründete 1887 das social-politische Wochenblatt „Berliner Volkstribüne“, war Herausgeber der „Berliner Arbeiterbibliothek“ und ist seit 1894 Herausgeber des Central-Wochenblattes „Der Socialdemokrat“.

Op. Das moderne Elend; Staatliche Lohnregulierung und die socialreformatorischen Bestrebungen der Gegenwart. Zahlreiche Broschüren in der Berliner Arbeiterbibliothek.

Schlöffel, Gustav Adolf, Sohn eines schlesischen Fabrikanten, der 1848 demokratischer Abgeordneter zur Frankfurter Nationalversammlung war. Er vertrat, als junger Mann von 20 Jahren, 1848 in Berlin in öffentlichen Versammlungen und dem von ihm redigierten „Volksfreund“ durchaus socialdemokratische Ideen. So führt er in Nummer 4 desselben vom 15. April, „Jahrgang I. der Freiheit“, aus, dass die Gesellschaft im grossen und ganzen unversöhnlich geteilt ist in die zwei Feldlager, „Arbeit“ und „Arbeitenlassen“. „Hier hilft kein Vergleich, kein Friede, keine Bewilligung, hier hilft nur eins, dass die Arbeit siegt und das Arbeitenlassen für immer verschwindet. Hier kämpft Partei gegen Partei, Recht gegen Unrecht, der Vorteil der Masse gegen das Vorrecht einzelner, eine Idee gegen den Eigennutz. Hier kommt nicht her, ihr unzeitigen Agenten der Ruhe, ihr Präsidenten mit dem Friedensfähnlein, um zu versöhnen, was nimmer vereinigt werden kann. Oder wollt Ihr es auf Euch nehmen, für jetzt wohl zu beschwichtigen und den Sturm zu beschwören, damit er nach einigen Jahren der Täuschung um so fürchterlicher losbreche? Und er wird losbrechen, er muss losbrechen.“ Und in der nächsten Nummer heisst es: „Das Eigentum, Ihr Arbeiter, ist einer von jenen Götzen, der die Völker Jahrtausende geknechtet, an den man geglaubt und dem man das Mark der Völker und das Glück der Menschen

opferte, ohne ihn zu erkennen. Das Eigentum war erklärlich, so lange die Ansprüche einzelner sich nicht kreuzen und begegnen. Es ist ein verknöchertes Unding gleich dem Königtum oder der Alleinherrschaft, heute, wo es kaum möglich ist, die Bedürfnisse aller zu befriedigen, viel weniger alle zu Besitzenden zu machen.“ Wegen eines in derselben Nummer enthaltenen Artikels „Die grosse Wahldemonstration“ wurde Schlöffel verhaftet, doch gelang es ihm, zu entfliehen. Er ging nach Ungarn, wo er an der Revolution teilnahm. 1849 machte er die Reichsverfassungskampagne als Offizier mit. Er fiel bei Waghäusel, in heldenmütigem Kampfe, von einer Kugel ins Herz getroffen.

Schmidt, Albert, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Mittweida, geboren 2. März 1858 zu Magdeburg, besuchte die Bürgerschule Neustadt-Magdeburg, lernte als Buchdrucker 1872/76, erwarb 1882 die sächsische Staatsangehörigkeit, redigierte 1887 das „Leipziger Volksblatt“, wurde nach dessen Verbot auf Grund des Socialistengesetzes ausgewiesen, arbeitete dann als Schriftsetzer in Berlin. Seit 1890 Reichstagsmitglied.

Schmidt, Heinrich Wilhelm, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Frankfurt am Main seit 1890, geboren 28. Februar 1851 zu Frankfurt am Main, besuchte die Katharinenschule 1859/66, lernte als Lithograph 1866/70, seit 1871 an der socialen Bewegung beteiligt, lebt in Frankfurt am Main als Lithograph.

Schramm, Konrad, Mitglied des Kommunistenbundes (s. d.), bei dessen Spaltung er auf die Seite von Marx trat. Ein Streit zwischen ihm und Willich, Ende 1850, veranlasste ihn, denselben auf Pistolen zu fordern. Das Duell fand anfangs September zu Antwerpen statt. Marx teilt in seiner Schrift „Herr Vogt“, S. 39, folgendes über S. mit:

„Als Konrad Schramm nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten, Mitte Juli 1857, mich wieder in London aufsuchte, war die kecke, hochaufgeschossene Jünglingsgestalt zusammengebrochen, unter einer unheilbaren Schwindsucht, die jedoch den charaktervoll schönen Kopf nur verklärt hatte. Mit seinem eigentümlichen Humor, der ihn keinen Augenblick verliess, war das erste, was er mir lachend mitteilte, seine eigene Todesanzeige, die ein indiskreter Freund auf ein Gerücht hin bereits in einem New-Yorker deutschen Blatte veröffentlicht hatte. Auf ärztlichen Rat begab sich Schramm nach St. Hélier in Jersey, wo Engels und ich ihn zum letztenmal sahen. Schramm starb am 16. Januar 1858. Schramms ungestüme, thatenkühne Feuernatur, die sich nie durch Alltagsinteressen binden liess, war durchtränkt mit kritischem Verstand, origineller Denkkraft, ironischem Humor und naiver Gemütlichkeit. Er war der Percy Heisssporn unserer Partei.“

Schultze, Karl F. W., socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Königsberg seit 1890, geboren 15. Oktober zu Steinau a. O., besuchte die Volksschule, wurde Schlosser, später Cigarrenhändler, 1886 aus Berlin ausgewiesen, 1887/89 in Chemnitz, dann in Königsberg ansässig.

Schumacher, Georg, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Solingen, geboren 31. Oktober 1844 zu Köln, besuchte die Volksschule,

lernte und arbeitete als Gerber 1860/75 in Köln und London, 1876/78 Redakteur der „Kölner Freien Presse", Mitglied des Reichstags seit 1884, lebt seit 1879 als Lederhändler in Solingen.

Schwartz, J. C. Theodor, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Lübeck seit 1890, geboren am 14. April 1841 daselbst, besuchte die Knabenarmenschule daselbst, lernte als Former 1855/59, ging dann zur See, reiste später wieder als Former in Deutschland und der Schweiz, wurde wieder Matrose, seit 1870 Schiffskoch, 1889 Vertrauensmann der deutschen Former. Schwartz lebt jetzt als Speisewirt in Lübeck. Er schrieb: „Jürgen Wullenweber" und „Das alte Lübeck". Seit 1875 gehört Schwartz der socialdemokratischen Arbeiterpartei an.

Schweden. Socialistische Ideen wurden in Schweden zuerst 1881 von dem Schneider August Palm verbreitet, der in Schleswig mit dem deutschen Socialismus bekannt geworden war. Die schwedischen Socialisten rühmen seinen unermüdlichen Eifer und seine bewunderungswürdige Aufopferung. Unter den grössten Schwierigkeiten habe er die Propaganda betrieben, oft habe er mitten in den Wäldern seine Versammlungen abhalten müssen; dreimal habe er zu Fuss ganz Schweden durchwandert, Broschüren, Flugblätter verteilt und überall den Samen des Socialismus ausgestreut. 1882 gab er in Malmö die Zeitung „Folksviljan" heraus, musste dieselbe aber bald eingehen lassen. Seine Thätigkeit war aber nicht vergeblich gewesen und wurde von ihm auch trotz aller Anfeindungen und Verspottungen fortgesetzt.

In den folgenden Jahren entwickelte sich in Schweden das, was immer die Voraussetzung für eine erfolgreiche socialdemokratische Agitation sein muss: das Klassenbewusstsein der industriellen in den grossen Städten konzentrierten Arbeiter. Mit diesem Klassenbewusstsein entstand eine nach dem Muster der englischen Trades-Unions gebildete Fachvereinsorganisation. Typographen und Buchbinder hatten allerdings schon früher ihre Fachvereine besessen, in den achtziger Jahren wurde die Bewegung aber allgemein. 1885 wurde ein eigenes Organ, „Die Zeit", geschaffen, deren Redakteur, der frühere Student Hjalmar Branting, die Arbeiter in kurzer Zeit mit socialdemokratischem Geiste zu erfüllen wusste. Als diese Zeitung 1886 einging, trat der „Socialdemokrat" an ihre Stelle, der bis 1892 von Branting und darauf von C. N. Carleson, ebenfalls einem früheren Studenten, redigiert wurde. Der „Socialdemokrat" ist das Centralorgan der schwedischen Arbeiterbewegung geworden und erscheint seit 1890 täglich.

Das Durchdringen der organisierten Arbeiter Schwedens mit socialdemokratischen Ideen vollzog sich so schnell, dass bereits 1886 die Socialdemokraten im „Centralkomitee der Fachvereine" die Majorität hatten. Mit dem Steigen ihres Einflusses wuchsen auch die Verfolgungen. Der unermüdliche August Palm wurde 1887 wegen Reichstagsbeleidigung zu Gefängnis verurteilt, andere Verurteilungen wegen Gotteslästerung, Majestäts-, Reichstags-, Beamtenbeleidigung etc. folgten, so dass 1889 auf dem Pariser Kongress der schwedische Delegierte Palmgreen meldete, dass sämtliche Redakteure, wie auch die hervorragendsten Agitatoren, im Gefängnisse sässen.

Alle diese Verfolgungen gossen aber nur Oel in die Flammen. Im Frühjahr 1889 konnten die Socialdemokraten in Stockholm ihren ersten Kongress abhalten, auf dem circa 60 Delegierte erschienen. Hier konstituierte man sich zur socialistischen Partei Schwedens und nahm ein marxistisch-socialistisches Programm an, das im wesentlichen dem deutschen Programm nachgebildet war. Die hier geschaffene Organisation umfasste in gleicher Weise politische Vereine und Fachvereine.

An den Reichstagswahlen im Jahre 1890 beteiligte sich die Partei nur in Stockholm und Malmö. Es zeigte sich aber, dass sie unter den Stimmberechtigten — das Stimmrecht ist in Schweden an ein Jahreseinkommen von mindestens 800 Kronen geknüpft — nur wenige Anhänger hatte. In Malmö wurde Axel Danielssohn, der Redakteur der dortigen Tageszeitung „Die Zeit“, von den Konservativen geschlagen; in Stockholm erhielt Hjalmar Branting nur 186 Stimmen, während sein liberaler Gegenkandidat mit mehr als 1000 Stimmen gewählt wurde. Eine Folge dieser Wahlen war, dass eine kleine Gruppe unter der Führung von Hinke Bergegren sich gegen jede parlamentarische Thätigkeit erklärte und sich von der Partei trennte. Der zweite socialdemokratische Parteikongress, der 1891 in Norrköping stattfand, erklärte sich mit aller Entschiedenheit gegen die anarchistischen Ansichten dieser Gruppe.

In den Jahren 1890 und 1891 kam es in Schweden zu verhältnismässig grossen Arbeitseinstellungen, die fast immer unglücklich für die Arbeiter abliefen. Diese Streikes kosteten den organisierten Arbeitern viel Geld und wenn sie wohl auch das allgemeine Interesse auf die Arbeiterfrage lenkten, so schadeten sie der Klassenbewegung doch dadurch, dass sie in weiten Schichten der Arbeiterschaft das Gefühl der Entmutigung hervorriefen. Dies ist wohl die Erklärung dafür, dass die socialdemokratischen Arbeiter sich geneigt fanden, mit den Liberalen in ihrer Agitation für Einführung des allgemeinen Stimmrechts zusammen zu gehen. Die Stimmrechtsvereine beschlossen im Frühjahr 1892 auf Grund des allgemeinen Stimmrechts Wahlen für einen „Volksreichstag“ zu veranstalten, dessen einzige Aufgabe es sein sollte, über die Mittel für die Erreichung des allgemeinen Stimmrechts zu beraten. Als dieser „Volksreichstag“ im März 1893 in Stockholm zusammentrat, befanden sich unter seinen 120 Mitgliedern etwa 30 Socialisten, die fast alle von den Industriecentren gewählt waren.

Doch kam es zwischen den Socialdemokraten und den Liberalen bereits 1892 zu Differenzen, gelegentlich einer Nachwahl im fünften Stockholmer Wahlkreis. Bei der Agitation für die Wahlen zum Volksreichstag hatte sich gezeigt, dass die Socialdemokraten hier eine erdrückende Majorität hatten; so verlangten sie jetzt von den Liberalen, den so ausgesprochenen Willen der — allerdings nicht stimmberechtigten — Majorität anzuerkennen und die Kandidatur Brantings zu unterstützen. Die Liberalen, welche den Kreis bis dahin in den Händen gehabt hatten, wollten sich dazu nicht verstehen. Bei der Wahl erlangte dann der liberale Kandidat mit 361 Stimmen den Sieg, während Branting 323 Stimmen erhielt.

Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1893 traten die Socialdemo-

kraten wieder nur in Stockholm und Malmö in den Kampf. Branting erhielt im fünften Stockholmer Wahlkreis 432 Stimmen (gegen 323 in 1892 und 186 in 1890), während drei andere Socialdemokraten zusammen circa 280 Stimmen auf sich vereinigten. Danielssohn in Malmö erhöhte seine Stimmenzahl von 302 in 1890 auf 509, blieb aber noch um circa 500 Stimmen hinter dem letzten erfolgreichen Gegenkandidaten zurück.

Schweitzer, Jean Baptista von, geboren 12. Juli 1833 zu Frankfurt am Main, studierte in Berlin und Heidelberg die Rechte und liess sich in Frankfurt als Advokat nieder. Anfangs der sechziger Jahre wandte er sich der Lassalleschen Bewegung zu, wurde 1867 Präsident des deutschen Arbeitervereins und in den Reichstag gewählt. 1871 trat er von der Leitung des deutschen Arbeitervereins zurück. Gestorben 28. Juli 1875 in der Villa Giessbach am Brienzer See.

Op. Zur deutschen Frage, Frankfurt 1862; Der Zeitgeist und das Christentum, Leipzig 1861; ein socialistischer Roman: Lucinde oder Kapital und Arbeit, Frankfurt 1864, 2 Bände.

Schweiz. 1. Weitlings Agitation. In der ersten Hälfte der vierziger Jahre war die Schweiz der Schauplatz der kommunistischen Agitation Wilhelm Weitlings. Mitte 1840 bereits hatte derselbe von Paris aus, wo er dem Kommunistenbunde (s. d.) angehörte, eine Agitationsreise nach Genf unternommen und 1841 verlegte er seinen Wohnsitz nach der Schweiz, wo er eine kommunistische Monatsschrift herausgab, die unter dem Titel „Hülferuf der deutschen Jugend“, später „Die junge Generation“, zuerst in Genf, dann in Bern, Vevey, Langenthal und Zürich erschien. Mit dem grössten Eifer trat Weitling für die Verbreitung kommunistischer Lehren ein, schrieb packende Broschüren, redete in Arbeiterversammlungen und stiftete, wo er konnte, Kommunistenvereine. Unter seinen Anhängern waren besonders August Becker, Sebastian Seiler und Albrecht, „der Prophet“, agitatorisch thätig. Das Centrum der Bewegung war zuerst im Waadtlande. Im Frühjahr 1843 verlegte Weitling aber seinen Wohnsitz nach Zürich, da er hier ein besseres Feld für seine Propaganda zu finden hoffte. Die Zürcher Behörden betrachteten ihn aber mit dem grössten Misstrauen und ergriffen die erste Gelegenheit, sich des unbequemen Agitators zu entledigen. Weitling hatte die Drucklegung seiner neuen Broschüre „das Evangelium eines armen Sünders“ in Zürich beginnen lassen, er wurde deshalb unter die Anklage der Gotteslästerung und des Angriffs auf das Eigentum gestellt und zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Auf seine Appellation hin sprach ihn das Obergericht von der Anklage der Gotteslästerung frei, bestrafte ihn aber wegen Aufreizung zum Aufruhr und Uebertretung des Fremdengesetzes mit sechs Monaten Gefängnis und nachfolgender Ausweisung aus der Eidgenossenschaft. Zugleich war man gegen die Anhänger Weitlings vorgegangen. Der Regierungsrat von Zürich hatte beschlossen, eine Kommission aus seiner Mitte niederzusetzen, um die Verhältnisse der Kommunisten in der Schweiz näher zu prüfen. Diese Kommission, deren Referent Bluntschli war, empfahl, sämtliche Mitglieder des Zürcher Gesellenvereins, soweit sie nicht Kantonsbürger waren, zum „warnenden Beispiel aus dem Kanton fort-

zuschicken, diesmal noch ohne weitere Note im Wanderbuch". Mit der Annahme dieses Antrages war der kommunistischen Agitation in Zürich ein Ende gesetzt. In den anderen Kantonen aber setzten Weitlings Anhänger ihre Agitation fort. August Becker gründete 1845 in Lausanne ein neues Organ „Die fröhliche Botschaft". Neue Broschüren wurden gedruckt, die Weitlingschen Schriften neu aufgelegt und Mitglieder für die kommunistischen Vereine geworben. Diese Vereine wurden zuerst in dem damals unter preussischer Herrschaft stehenden Kanton Neuchâtel verboten. Bald darauf schloss man dieselben auch im Waadtlande und wies A. Becker, den rührigsten und geschicktesten Agitator, aus. In Zürich wurde ein besonderes Ausnahmegesetz erlassen und die Bewegung dadurch für einige Jahre fast ganz unterdrückt.

2. Die jungdeutsch-anarchistische Bewegung. Gleichzeitig mit der kommunistischen Agitation Weitlings finden wir im französischen Teil der Schweiz anarchistische Umtriebe. Hier war 1838 unter deutschen Arbeitern der Verein der „Jungdeutschen" gegründet worden, dessen thätigste Mitglieder Hermann Döleke, ein früherer Kieler Student, und Julius Standau, seines Zeichens ein Schlossergeselle, waren. Der Verein vertrat den politischen Radikalismus, träumte von der deutschen Republik, einem Einfall in Deutschland mit bewaffneter Hand u. s. w. Nach der Ausweisung seiner alten Führer hatte er einen durchaus proletarischen Charakter angenommen. Die einzelnen Vereine hatten sich zu einem Kartellverbande, dem sogenannten „Lemanbund", zusammengeschlossen. Neben den öffentlichen Vereinen betstand ein geheimer Bund, in dem nur diejenigen, welche eine Probezeit durchgemacht hatten, aufgenommen wurden.

1843 trat in diesen Bund Wilhelm Marr ein, der aus Zürich wegen seiner Beziehungen zu Weitling ausgewiesen war. Derselbe nahm dem Bunde seinen konspiratorischen Charakter, und verwandelte ihn in eine Propagandagesellschaft, da er der Ansicht war, dass eine Regierung nur durch den Willen der Massen, nicht durch eine Verschwörung gestürzt werden könnte. Er wusste die Mitglieder des Bundes auch mit seinen Ideen, die er selbst als anarchistisch bezeichnet, zu erfüllen. Im Dezember 1844 begründete er die Monatschrift „Blätter der Gegenwart für sociales Leben", in der er Staat und Kirche rücksichtslos angreift. „Es soll dem Volke gezeigt werden," so schreibt er, „dass unsere ganzen gesellschaftlichen Einrichtungen in Grund und Boden nichts taugen." Bald wurde die jungdeutsch-anarchistische Partei von allen Seiten verfolgt. Lausanner Professoren und die waadtländischen Pastoren petitionierten um Unterdrückung der gefährlichen Lehre. Am 25. Juli 1845 wurde Marr von der Lausanner Präfektur ausgewiesen, Neuchâtel löste sämtliche jungdeutsch-anarchistischen Vereine auf, andere Kantone folgten dem Beispiel, die leitenden Persönlichkeiten, unter ihnen Döleke und Standau wurden ausser Landes verwiesen, so dass die Bewegung in kurzer Zeit vollständig verschwand.

3. Arbeitervereine 1848—1850. Die Arbeitervereine selbst waren durch die Verfolgungen der Kantonsbehörden aber nicht ganz unterdrückt worden. Die Ereignisse des Jahres 1848 brachten wieder

frisches Leben in dieselben. An einem Feste zu Burgdorf am 20. August 1848 wurde beschlossen, einen Arbeiterbund zu stiften, der die Interessen des Proletariats vertreten solle. Demgemäss fand vom 9. bis 11. Dezember desselben Jahres in Bern ein Kongress statt, der von elf Vereinen beschickt war. Man gründete hier die „Vereinigung der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz“ und bestimmte Bern als Vorort. Der Verband bezeichnete als seinen Zweck: die Mitglieder zu socialdemokratischen Republikanern zu bilden, wie auch auf jede rechtliche Weise den socialdemokratisch-republikanischen Grundsätzen und Einrichtungen unter den Deutschen Anerkennung zu verschaffen und auf deren Verwirklichung hinzuarbeiten. Der Berner Centralverein wurde 1849 von der Polizei geschlossen, weil er lebhaft für die Teilnahme an der süddeutschen Revolution agitiert hatte. Besondere Thätigkeit entwickelte damals der Arbeiterverein in Basel. Als nach der Niederwerfung des Aufstandes die deutschen Revolutionäre in hellen Haufen nach der Schweiz kamen, wurde das Vereinsleben dort bald sehr rege. Der Gedanke einer Konzentration der deutschen Arbeitervereine wurde ungefähr gleichzeitig vom Verein zu La Chaux-de-Fonds und dem Genfer Verein, an dessen Spitze damals W. Liebknecht stand, angeregt. Der Genfer Verein berief für den 20. Februar 1850 einen Arbeiterkongress nach Murten. Die Deputierten von 16 Arbeitervereinen erschienen daselbst, wurden aber noch vor der Eröffnung des Kongresses verhaftet und unter Anklage gestellt. Das Resultat war, dass jene 16 Arbeitervereine aufgelöst und alle ausländischen Mitglieder ausgewiesen wurden. Liebknecht wurde nach Besançon abgeschoben, wo er einen Zwangspass nach London erhielt.

Ueber den „Grütliverein“ und seinen Vorsitzenden Albert Galeer siehe den betreffenden Artikel.

4. Die Internationale Arbeiterassociation in der Schweiz. Kurze Zeit nach der Gründung der Internationalen Arbeiterassociation entstanden auch in der Schweiz Sektionen derselben. Die Seele der Bewegung war der rastlose Joh. Phil. Becker (s. d.). In Genf rief er ein provisorisches Centralkomitee deutscher Sprache ins Leben, das 1867 in die „Sektionsgruppe deutscher Sprache der internationalen Arbeiterassociation“ umgewandelt wurde. Er gab 1866—1871 das monatlich erscheinende Centralorgan „Der Vorbote“ in Genf heraus. Als sich die Anhänger der Marxistischen Theorie in Deutschland und Oesterreich zu selbständigen Parteien zusammengeschlossen hatten, verlor die Centralorganisation in der Schweiz ihre Bedeutung. Die deutschen Arbeiterbildungsvereine der Schweiz traten 1869 auch aus derselben aus. In demselben Jahr wurde in Zürich ein neues Marxistisches Organ „Die Tagwacht“ gegründet.

Neben der Beckerschen Sektionsgruppe bildete sich in der Schweiz eine romanische Föderation. Diese spaltete sich auf dem 1870 in La Chaux-de-Fonds abgehaltenen Kongress. Die Streitigkeiten sind auf die Agitation Bakunins zurückzuführen, der einen selbständigen Verband, die Allianz, gegründet hatte. Siehe darüber den Artikel „Internationale Arbeiterassociation“.

Die Anhänger Bakunins nahmen auf dem im November 1871 in Sonvillier abgehaltenen Kongress den Namen „Jurassische Föderation“ an. Am 16. September 1872 hielten die Anhänger Bakunins, der auf dem Haager Kongress der internationalen Arbeiterassociation ausgestossen war, einen Kongress zu St. Imier ab, auf dem sie einstimmig beschlossen, die Resolutionen des Haager Kongresses zu verwerfen. Die andere romanische Sektion, welche ihren Mittelpunkt in Genf hatte, blieb dem Generalrat der internationalen Arbeiterassociation treu.

5. Socialistische Organisationen seit dem Haager Kongress 1872. Ein Vereinigungsgesuch der verschiedenen schweizerischen Organisationen wurde Pfingsten 1873 zu Olten auf dem Ersten allgemeinen schweizerischen Arbeiterkongress gemacht. Hier gründete man den „Schweizerischen Arbeiterbund“, der die „Ersetzung des Arbeitslohnes durch den Arbeitsertrag mittelst Produktionsgenossenschaften und damit die Aufhebung aller Klassenherrschaft“ als sein Ziel bezeichnete. Als Hauptmittel zur geistigen und materiellen Hebung der Arbeiterklasse betrachtete man die Gründung von Gewerkschaften. 1874 hatte dieser Bund es auf 76 Sektionen mit circa 5500 Mitgliedern gebracht, von denen circa 4000 Schweizerbürger waren. Unter den 76 Sektionen befanden sich 39 Gewerkschaften, 7 Grütlivereine (darunter die grössten) und 9 schweizerisch-politische Vereine. Bald trat der Gegensatz zwischen Schweizern und Deutschen wieder hervor. Erstere legten Nachdruck auf ihre nationalpolitischen Bestrebungen, während die anderen mehr Interesse für die Propaganda der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands hatten. Auf dem siebenten Kongress des Arbeiterbundes in Olten (6.—8. November 1880) beschloss man deshalb eine neue Organisation. Für die Vertretung gewerkschaftlicher Interessen wurde der „Allgemeine Gewerkschaftsbund“ gegründet, der allen Nationalitäten offen stehen sollte. Daneben wurden zwei politische Verbände ins Leben gerufen. Die Schweizer thaten sich zur „Socialdemokratischen Partei der Schweiz“ und die Deutschen zur „Deutschen socialdemokratischen Partei in der Schweiz“ zusammen. Auch diese Organisation erwies sich sehr bald als unhaltbar. Der Gegensatz zwischen Schweizern und Deutschen trat in dem Gewerkschaftsbunde mit aller Schroffheit hervor. Unter den Deutschen selbst entstanden persönliche Streitigkeiten, welche durch die Agitation von Most bald sehr verschärft wurden. Es gelang diesem, anarchistische Gruppen zu bilden, die das auf dem Londoner Kongress der Anarchisten 1881 aufgestellte Programm annahmen und die „Freiheit“ zu ihrem Organ erklärten.

Die deutschen Anarchisten in der Schweiz unterhielten auch Beziehungen zu der „Fédération jurassienne“, in der alle Nationalitäten vertreten waren. Diese hielt eine Reihe von Kongressen ab, verfasste Manifeste, in denen sie sich mit jedem, der durch revolutionäre Akte das Gesetz verlacht, solidarisch erklärt und jedes Mittel in dieser Richtung billigt. Trotz der von so und so vielen Delegierten besuchten internationalen Kongresse bestehen die anarchistischen Gruppen überall nur aus wenigen Mitgliedern, von denen auch nur ein kleiner Prozentsatz den Grundsatz

der „Propaganda durch die That“ vertritt. 1886 schritt der Bundesrat gegen die Anarchisten ein, indem er 21 Ausländer auswies.

Ein gemeinsames Vorgehen gegen die Anarchisten auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung, bei den Wahlen u. s. w. schien den Socialdemokraten der Schweiz bald wieder eine Centralorganisation wünschenswert zu machen. Diese wurde auf dem im September 1883 zu Zürich abgehaltenen „allgemeinen schweizerischen Arbeitertag“, der von 176 Delegierten besucht war, wieder beschlossen. Das mit der Ausführung dieses Beschlusses betraute Aktionskomitee hatte zwar nur geringen Erfolg, die socialistischen Gedanken selbst gewannen aber immer mehr Boden. In Genf wurden im November 1886 zehn Socialisten in den Grossen Rat gewählt.

Auf die Bildung eines Arbeitersekretariats beim Bundesrat und die Besetzung dieses Postens durch einen ausgesprochenen Socialisten, Greulich, haben die socialistischen Elemente der schweizerischen Arbeiterschaft nicht unbedeutenden Einfluss ausgeübt. Obwohl Greulich ein Socialist war, traten die schweizerischen Socialdemokraten seiner Wahl entgegen, weil er die Bedingung des Bundesrates, dass der Arbeitersekretär seine Thätigkeit auf das rein wirtschaftliche Gebiet beschränken solle, angenommen hatte. Der von ihnen aufgestellte Gegenkandidat Seidel erhielt aber nicht die Majorität der Stimmen.

Der 1887 in St. Gallen abgehaltene Kongress der socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands diente dazu, die Vertreter der socialdemokratischen Parteien beider Länder einander näher zu bringen und eine internationale Verständigung aller Socialisten anzubahnen.

Wir erinnern an die Enthüllungen, die von Singer und Bebel im deutschen Reichstag über das Treiben deutscher Spitzel in der Schweiz gemacht wurden. Im Frühjahr 1888 beschloss der schweizerische Bundesrat mit sechs von sieben Stimmen die Ausweisung der Herausgeber des „Socialdemokrat“, nämlich Bernstein, Motteler, Tauscher und Schlüter. Als Grund dafür bezeichnete der Bundesrat den Umstand, dass der „rote Teufel“, ein Pamphlet, das Majestätsbeleidigungen gegen das deutsche Herrscherhaus enthielt, aus der Druckerei des „Socialdemokrat“ hervorgegangen sei, und der Redakteur desselben eine ihm einige Zeit vorher zugegangene Weisung, den Ton des Blattes zu mildern, nicht beachtet habe. Wegen dieser Entscheidung wurde der Bundesrat von der socialdemokratischen und radikalen Presse des Landes auf das heftigste angegriffen. Die „Arbeiterstimme“, das Organ der schweizerischen Socialdemokraten, erschien schwarzgerändert. Der Schweizer Conzett übernahm die Reduktion des „Socialdemokrat“, bis in London ein neues Asyl gefunden war.

Ein am 21. Oktober 1888 in Bern abgehaltener Arbeiterkongress, auf dem 57 Vereinigungen vertreten waren, erklärte sich für die Konstituierung einer socialdemokratischen Partei in der Schweiz. Definitiv wurde die Partei am 15. Januar 1889 auf einem Kongress zu Bern konstituiert, auf dem u. a. 47 Sektionen des Grütlivereins ihren Beitritt erklärten. Präsident wurde der Advokat M. Reichel, Kassier der Stadtrat M. Schrag, Sekretär M. A. Steck, alle drei in Bern ansässig.

In ihrem Programm vom 21. Oktober 1888 stellt die socialdemokratische Partei der Schweiz folgende Forderungen auf:

I. In politischer Hinsicht:

a) Ausbau der Demokratie, rein demokratische Staatsform.
b) Ausbau des Einheitsstaates, Beseitigung des kantonalen Partikularismus.
c) Unentgeltliche, dem Stande der modernen Wissenschaft entsprechende Volksbildung und Volksaufklärung im weitesten Masse, Verweisung aller kirchlichen Bestrebungen in das Privatleben der Bürger.

II. In wirtschaftlicher Beziehung:

a) Successive Verstaatlichung von Handel, Verkehrswesen, Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe. Monopole und Staatsgemeindebetriebe, unter Befolgung des Grundsatzes, dass der Ertrag nach Abzug der Betriebskosten, und eines die Steuern ersetzenden Betrages für öffentliche Zwecke (Schule, Rechtswesen, Verwaltung, Pflege der Kranken, Alten, Invaliden, Militärs etc.) allen Mitwirkenden in möglichst gleichem Masse zukommen soll. Hiefür zunächst Einsetzung einer ständigen „Kommission für wirtschaftliche Gesetzgebung", welche alle einschlagenden Fragen zu prüfen, die besten Mittel und Wege zur Ausführung der einzelnen Verstaatlichungen zu suchen und der Bundesversammlung bezügliche Vorlagen zu machen hat. Die Mitglieder dieser Kommission sind vom Volke zu wählen; sie werden vom Bunde besoldet und sollen ihre ganze Thätigkeit ausschliesslich ihrer Aufgabe widmen.
b) Das Recht aller Bürger auf Arbeit ist in die Verfassung aufzunehmen und ihm von den Behörden in der Weise Nachachtung zu verschaffen, dass jedem auf sein Verlangen eine möglichst seinen Kräften entsprechende, ausreichend gelohnte Beschäftigung im Dienste des Staates, der Gemeinde oder williger Privater zugewiesen wird.

Nachdem die socialdemokratische Partei so ihre Ziele dargelegt hat, formuliert sie ihre vorläufigen Forderungen im „Arbeitsprogramm" pro 1890 folgendermassen:

1. Energische Propaganda für die Partei und ihre grundsätzlichen Ziele.

2. Obligatorisches Referendum und Initiative. Wahl des Bundesrates durch das Volk. Vermehrung der Garantieen der persönlichen Rechte und Freiheiten der Bürger durch die Verfassung.

3. Einheitliches Strafrecht.

4. Abschaffung der politischen Polizei.

5. Einführung der proportionalen Vertretung.

6. Obligatorischer, unentgeltlicher und konfessionsloser Volksschulunterricht bis zum zurückgelegten 15. Lebensjahre, mit Unterstützung für Unbemittelte. Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Stipendien und Freiplätze für fähige Unbemittelte, welche mittlere und höhere Lehranstalten besuchen wollen. Erlass eines Bundesgesetzes nach Artikel 27 der Bundesverfassung.

7. Unterstützung aller gesetzgeberischen Arbeiten für Arbeitsschutz und Arbeiterfürsorge, sowie aller Bestrebungen auf dem Boden der bes-

tigen Gesellschaftsordnung, welche dem Volke in ökonomischer Beziehung Erleichterung schaffen, immerhin unter steter Betonung des Charakters derselben als bloss vorläufiger und vorübergehender Milderungsmassregeln der heutigen, in ihren Grundlagen unhaltbar gewordenen Zustände; so z. B. ein eidgenössisches Gewerbegesetz, allgemeine obligatorische Kranken- und Unfallversicherung, Steuerreform, unentgeltliche Krankenpflege u. s. w., Lohnminimum bei öffentlichen Arbeiten, Achtstundenarbeit (auch für Frauen), Regelung der Gefängnisarbeit, etc.

8. Eisenbahnrückkauf, Banknoten- und Bankmonopol, staatlicher Getreidehandel, Zündhölzchenmonopol unter Verwendung der Erträgnisse zur Entlastung und Hebung der bedürftigen Schichten des Volkes in Stadt und Land.

Die heutige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bedingt die Unfreiheit der grossen Masse des Volkes und deren Verbleiben in ungenügenden, keine volle Lebensentwicklung gestattenden Verhältnissen.

Das heute herrschende System der Lohnarbeit ist die Grundursache der Unfreiheit und der ungenügenden Lebenslage der Volksmasse und kann nur durch die Einführung der freien gesellschaftlichen Arbeit aller Bürger beseitigt werden.

Das heute herrschende System der Lohnarbeit lässt denjenigen, welche durch ihre Arbeit hauptsächlich alle Werte schaffen, dennoch nur den kleinsten Teil dieser Werte zukommen und macht zudem, dass jeder Fortschritt der Produktionsfähigkeit durch Erfindungen, Verbesserung der Maschinen u. s. w., statt dem arbeitenden Volke zum Segen zu gereichen, zur Verringerung der Löhne und, zunächst wenigstens, auch zu einer Verminderung der Arbeitsgelegenheit führt, mithin ihm zum Unheil wird.

Die vorhandenen Arbeitsmittel können sicher heute lange nicht voll ausgenützt werden, sondern das Privatinteresse der Besitzer verlangt stetsfort, bald mehr und bald weniger, eine künstliche Hemmung der Gütererzeugung, während doch noch die grosse Masse des Volkes Entbehrungen aller Art erdulden muss.

Die Produktionsfähigkeit ist aber in einer Weise gestiegen und steigt noch immer derart, dass Güter genug und übergenug für einen allgemeinen Wohlstand erzeugt werden könnten, sobald das Interesse aller und nicht mehr das Interesse einzelner die Gütererzeugung und Gütervermittlung beherrschen und nach einheitlichem Plane ordnen würde, auch die vorhandenen Arbeitsmittel der Gesamtheit zur Verfügung ständen.

Der sich stets verschärfende wirtschaftliche Kampf aller gegen alle, bei dem jeder genötigt ist, in immer stärkerem Masse auf seinen persönlichen Vorteil zu sehen und diesem seine beste Kraft zu widmen, entspricht den heutigen moralischen Begriffen nicht mehr und erscheint als das grösste Hindernis weiterer sittlicher Entwicklung der Menschheit. —

Die zu Bern 1888 neuorganisierte socialdemokratische Partei hat seit dieser Zeit sicherlich an Einfluss gewonnen, wenn auch nicht in dem Masse, wie ihre Anhänger hofften. Dieses langsame Fortschreiten erklärt sich aus den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen des Landes. Die Abhängigkeit der schweizerischen Industrie von der Wasserkraft

bringt eine grosse Zersplitterung über das ganze Land mit sich. Die weitreichende legislative und administrative Unabhängigkeit der Kantone bildet ein Hindernis für alle centralistischen Bestrebungen. Die demokratischen Institutionen des Landes, die ausgezeichneten Schuleinrichtungen, der freie Verkehr der Angehörigen aller Klassen im öffentlichen Leben verhindern, dass das Dogma vom Klassenkampf bei den Massen Eingang findet. Diesen Verhältnissen Rechnung tragend, zeichnet sich auch die socialdemokratische Partei der Schweiz durch grosse Mässigung und Besonnenheit aus und arbeitet Hand in Hand mit anderen Parteien, wenn es sich um die Besserung der Lage der Arbeiter handelt. Dass das Vorhandensein der socialdemokratischen Partei das wirksamste Mittel ist, den Eifer für den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung nicht erlahmen zu lassen, ist unbestreitbar. So darf sie wohl mit Recht ein gut Teil der in den letzten Jahren auf diesem Gebiet überaus rührigen Bundes- und Kantonalgesetzgebung auf ihre Anregung oder thatkräftige Mitwirkung zurückführen. Die im Jahre 1894 versuchte Initiative auf Einführung der unentgeltlichen Krankenpflege, die vom Arbeiterbund ausging, von der socialdemokratischen Partei aber fast ausschliesslich propagiert wurde, scheiterte allerdings, wohl deshalb, weil der Entwurf die notwendigen Geldmittel durch Einführung des unpopulären Tabakmonopols beschaffen wollte. Dagegen kam die socialdemokratische Initiative für das Recht auf Arbeit (s. d.) zur Volksabstimmung, wurde durch dieselbe aber verworfen. Die Zahl der für das Recht auf Arbeit Stimmenden betrug circa 75000.

Die Bodenbesitzreformer der Schweiz schlossen sich im Sommer 1889 zu einem Verein zusammen, dessen Präsident Reallehrer Schär in Basel ist. Ueber die „Grundsätze und Postulate“ der Partei siehe den Artikel Bodenbesitzreform.

Wir finden in der Schweiz auch eine christlich-sociale Bewegung. Mitglieder der katholischen Kirche haben sich zu der „Freien Gesellschaft schweizerischer Sociologen“ zusammengeschlossen, die aus einer am 22. Januar 1890 in Zürich stattgefundenen Delegiertenversammlung der katholischen Männer- und Arbeitervereine hervorgegangen ist. Die „Société chrétienne suisse d'économie sociale“ in Genf ist eine Vereinigung von christlich-socialen Protestanten.

Seifert, Heinrich Julius, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Schneeberg seit 1890, geboren 12. Januar 1848 in Zwickau, lernte dort als Schuhmacher 1862/66, wurde 1869 in Plauen zum Militärdienst eingezogen, 1871 entlassen, 1887 Leiter des Schadewitzer Konsumvereins und verschiedener Kassen. Seifert lebt in Zwickau als Schuhmacher.

Serrallier, Auguste, geboren 27. Juli 1840 zu Draguignan, folgte er seinem Vater nach England und wurde dort Leistenschneider. 1864 schloss er sich der Internationalen an und wurde Mitglied des Generalrats. Nach der Revolution des 4. September 1870 begab er sich nach Paris, um den Angriff gegen die Regierung zu leiten. Nach der Bewegung des März liess er in den Zeitungen einen Brief von K. Marx erscheinen, in dem im Namen der Internationalen aufgefordert wurde, sich jeder Gewaltthat zu enthalten. Am 16. Mai 1871 wurde er Mitglied der

Commune und der Arbeitskommission. Er protestierte gegen Einrichtung des Wohlfahrtsausschusses, zog sich nachher vom Stadthaus zurück und beschäftigte sich nur mit der Verwaltung seines Bezirkes. Es gelang ihm, nach London zu entkommen; er wurde korrespondierender Sekretär des Generalrats und nahm am Haager Kongress teil.

Sheljabow, Andrej, geboren 1851, wurde in früher Kindheit samt seinen Eltern und Verwandten aus dem Tambowschen Gouvernement nach der Krim übergesiedelt. Die geistige Begabung des Bauernknaben veranlasste den Gutsherrn, ihn lesen und schreiben lernen zu lassen und ihn dann auf das Gymnasium zu Simferopol zu schicken. Nach Absolvierung des Gymnasiums bezog Sheljabow die Universität Odessa, von der er 1872 wegen Teilnahme an den Studentenunruhen ausgeschlossen wurde. Von den socialistischen Ideen ergriffen, ging er „ins Volk", um Propaganda zu treiben. 1874 wurde er verhaftet, vier Jahre lang in Untersuchungshaft gehalten und 1878 in den Prozess der 193 mit verwickelt. Wegen Mangels an Beweisen zwar freigesprochen, aber von der Polizei verbannt, gelang es ihm, nach Odessa zu entkommen, wo er bald einen bedeutenden Einfluss in Arbeiterkreisen gewann. 1879 wurde er für das Programm des Exekutivkomitees gewonnen und nahm an dem Kongress zu Lipezk teil. Er verlegte seinen Sitz nach Petersburg und ist bis zu seinem Tode 1881 durch Henkershand an den Hauptschlägen der terroristischen Partei beteiligt gewesen.

Sibbern, Frederik Christian, dänischer Philosoph und Dichter, geboren 18. Juli 1785 in Kopenhagen, gestorben daselbst 16. Dezember 1872, ist der Verfasser des utopistischen Romans „Meddelelser af Inholdet af et Skrift fra Aaret 2135" — „Mitteilungen aus dem Inhalt einer Schrift vom Jahr 2135" — 1858—1872, 3 Teile.

Singer, Paul, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Berlin IV seit 1884, geboren am 16. Januar 1844, besuchte die Realschule, wurde Kaufmann und 1869 Mitbegründer einer Damenmäntelfabrik, aus der er, als seine politische Thätigkeit seine ganze Zeit in Anspruch nahm, ausschied. 1884 wurde Singer in den Reichstag und in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt, und in beiden Körperschaften hat er seitdem die socialdemokratische Sache mit grossem Geschick und Erfolg vertreten.

Socialismus. Die Definitionen dieses Wortes sind so zahlreich, wie der Sand am Meer, und alle weichen mehr oder weniger von einander ab. Doch kann man als das allen Gemeinsame bezeichnen, dass sie unter Socialismus eine Theorie verstehen, die im Gegensatz zu dem in den Kulturstaaten der Gegenwart in Kraft befindlichen Gesellschaftssystem steht, das auf der vollständig freien Konkurrenz der politisch freien Individuen auf dem Gebiete der Produktion und Distribution und einem unbeschränkten individuellen Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln, beruht. Zugleich stellen sich alle diese Theorieen die Aufgabe, durch Bekämpfung der Ursachen des Pauperismus, die Lage der zahlreichsten und ärmsten Klasse der Bevölkerung zu einer menschenwürdigen zu gestalten. Gemeinsam ist ihnen allen daher die Kritik der heutigen Gesellschaft nach ihrer öko-

nomischen, juristischen und auch religiösen Seite. Sie stimmen überein in der Notwendigkeit der Reform oder Revolution, mit deren Begriff noch keineswegs das Gewaltsame ihrer Durchführung verbunden ist, aber, der verschiedenen Auffassung der Ursachen der socialen Uebel entsprechend, weichen sie in allem übrigen auf das disparateste von einander ab. Da nun die heutige Gesellschaft nach ihrer ökonomisch-juristischen Seite auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln sich aufbaut, so ist natürlich diese Einrichtung als die fundamentale in erster Linie von allen Seiten angegriffen worden. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln, Grund und Boden und industriellem Kapital, durch das die Versklavung der arbeitenden Klassen unter die besitzenden konstituiert wird, muss eine mehr oder minder weitgehende Veränderung durchmachen. Das sind die allgemeinen Gedanken, die alle heutzutage als Socialismus bezeichneten Systeme enthalten. Man hat sich in der neueren Zeit bemüht, diesem, wie man sieht, äusserst vagen Wort einen bestimmteren Sinn beizulegen und seine Sphäre besonders gegen den Kommunismus abzugrenzen, wobei man aber die ökonomische Bedeutung des Wortes zu wenig berücksichtigt hat.

Jeder Socialismus ist revolutionär und hat nichts mit Reform zu thun. Davon ist auszugehen. Alle diejenigen Reformpläne also, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln bestehen lassen und demselben nur bestimmte Beschränkungen im Interesse der Gemeinschaft gegenüber den besitzenden Individuen auferlegen, scheiden also als pseudosocialistisch aus. Dahin gehört besonders der sogenannte christliche Socialismus in Deutschland und Frankreich, die sogenannte Socialpolitik und anderes. Diesen pseudosocialistischen Systemen steht die Reihe derer gegenüber, die als socialistisch im eigentlichen Sinne zu bezeichnen sind. Das Privateigentum kann nun abgeschafft werden: 1. an Grund und Boden allein — die sogenannte Bodenbesitzreform (Flürscheim, George u. a.) — und der Föderalismus Marlos. 2. An industriellem Kapital allein — dieser Vorschlag nur als ein Uebergang zur Socialisation aller Produktionsmittel aufgefasst von Pecqueur, Vidal u. a. 3. An Grund und Boden und einem mehr oder minder grossen Teil des industriellen Kapitals, worüber die Zweckmässigkeit entscheidet — der sogenannte rationelle Socialismus Colins und seiner Schule. 4. An Grund und Boden und industriellem Kapital — Anarchismus, Kommunismus (Babeuf, Marx, die Socialdemokratie), Kollektivismus (Malon, C. de Paepe u. a.). Das allen diesen socialistischen Systemen Gemeinsame liegt darin, dass die Abschaffung der socialen Uebel allein durch den Uebergang des Privateigentums in Gemeineigentum als möglich erkannt wird. Auf der Grundlage dieses mehr oder weniger ausgedehnten Gemeineigentums kann nun die Produktion entweder als private, sei es von den Gesellschaftsmitgliedern als Einzelnen oder von freien Gesellschaften, wobei also das Princip der freien Konkurrenz bestehen bleibt (Huet, Anarchismus), oder rein gesellschaftlich, wo von Konkurrenz keine Rede mehr sein kann, betrieben werden. Die gesellschaftliche Produktion kann ihrerseits eine föderalistisch (Kollektivismus) oder centralistisch (Kommunismus) gegliederte sein.

In der kommunistischen Gesellschaft ist also die Produktion eine direkt vom Staate, daher centralistisch geleitete. Nach Abzug der für die staatlichen Zwecke (Unterhalt von Greisen, Kranken und Invaliden, Erziehung der Kinder u. s. f.) und die Reproduktion und Organisation des gesellschaftlichen Kapitals erforderlichen Produkte steht der in den staatlichen Magazinen vorhandene Rest allen, gemäss ihren Bedürfnissen, zur Verfügung. Hier wird also das Individuum, um ihm eine menschenwürdige Existenz zu sichern, einem unvermeidlichen Zwange unterworfen, der nach der Ansicht der Kommunisten bei der sich rapid entwickelnden Produktivkraft der Gesellschaft direkt nur auf wenige Stunden des Tages sich erstrecken, indirekt aber durch Fesselung der Individuen nach den Bedürfnissen der Produktion an Ort und Zeit doch fast ein ebenso weitgehender wie in der heutigen Gesellschaft sein würde. Dagegen ist in der kollektivistisch organisierten Gesellschaft das Selbstbestimmungsrecht der Bürger ein weit grösseres. Der Staat hat nur die gesamten Produktivmittel in seinem Eigentum, überlässt sie aber zur Produktion, deren Mass ein vorher bestimmtes ist, an Gruppen, die ein ganzes Gewerk umfassen und denen die Ausführung der Produktion vollständig nach eigenem Ermessen überlassen wird. Nach Abzug der socialen Steuern verteilen die Gruppen ihren Ertrag pro rata der von den Mitgliedern geleisteten Arbeiten.

Das Wort Socialismus stammt von Pierre Leroux, der, wie er sagte, das Wort schmiedete in Opposition gegen den Individualismus, und damit eine politische Organisation bezeichnete, in der das Individuum der Gesellschaft geopfert werden sollte. Indes hat das Wort einen ganz anderen Sinn angenommen und P. Leroux stand mit seiner Auffassung in Frankreich ganz isoliert da. Die Opferung des Individuums zum besten der Gesellschaft, die antike Idee, dass das Ziel jeder Politik das Glück des Staates als des Ganzen, nicht das der einzelnen Individuen sei, ist, wie die ganze Reihe der Systeme beweist, nicht der Gedankeninhalt des Socialismus. Er ist nichts anderes als der höchste Ausdruck der modernen Idee der Berechtigung des Individuums auf Glückseligkeit. Während aber das Altertum in seiner Blütezeit das Glück des Einzelnen in den Dienst des Ganzen stellte, das Mittelalter, welches die Individualität nur auf religiösem Gebiete kennt, das Glück der Menschen in einer jenseitigen Welt findet, verlangt die Neuzeit gebieterisch das Glück des Einzelnen auf dieser Welt, stellt die Gesellschaft in den Dienst desselben und macht sie dafür verantwortlich. War früher der Einzelne für den Staat da, so ist jetzt der Staat für den Einzelnen da.

Daneben geht aber eine Richtung, deren Hauptvertreter Deutsche sind, die, auf das antike Staatsideal zurückgreifend, den Staat als Organismus auffassend und als das Prius des Individuums feiernd, auf dem Altar seiner mystischen Herrlichkeit das letztere opfern. Zuerst und in seiner vollen Krassheit tritt dieser Kultus des Staates in Fichtes geschlossenem Handelsstaat hervor, wo für das Glück des Individuums auch nicht das kleinste Plätzchen bleibt. Ihren Gipfel hat diese Ansicht in der Schellingschen und Hegelschen Staatstheorie erreicht, unter deren Einfluss die

beiden specifisch deutschen Socialisten Rodbertus und Lassalle stehen. Diesem kleinen Zweig der socialistischen Bewegung hat man in neuester Zeit den Namen Socialismus reservieren wollen, beschränkten Sinnes gegen den gewaltigen Strom moderner Ideen sich stemmend.

Uebrigens soll im vorhergehenden nur ein Versuch gemacht worden sein, eine logische Einteilung der verschiedenen Systeme zu geben. Es bedarf kaum der Erörterung, dass z. B. eine private oder Gruppenproduktion mit staatlichen Produktionsmitteln, wie sie das System Huets fordert, nur logische Möglichkeit hat; welches System am meisten reale Möglichkeit hat, das zu untersuchen war hier nicht die Stelle.

Socialistengesetz. Bereits in den vierziger Jahren war zu verschiedenen Malen auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850, das die Verbindung politischer Vereine untereinander untersagt, auf Schliessung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" erkannt worden. Diese gesetzliche Bestimmung ist dann noch oft gegen alle socialistischen Organisationen angewandt worden. Doch immer neue Organisationen bildeten sich, immer besser lernten die Socialdemokraten zwischen den Maschen der gesetzlichen Vorschriften durchzuschlüpfen.

Von der Regierung wurde deshalb eine Verschärfung der Gesetzgebung ins Auge gefasst. So war der § 20 des Entwurfes des Pressgesetzes vom Jahre 1874 gegen die socialdemokratische Agitation gerichtet. Es heisst da: „Wer mittelst der Presse den Ungehorsam gegen die Gesetze oder die Verletzung von Gesetzen als etwas Erlaubtes oder Verdienstliches darstellt, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Geldstrafe bis zu 600 Mark ein. Wer die in § 166 des Reichsstrafgesetzbuches vorgesehenen Handlungen mittelst der Presse verübt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und bis zu vier Jahren bestraft." Dieser Paragraph wurde vom Reichstag abgelehnt.

Dasselbe geschah, als die Regierung gelegentlich der im Jahre 1876 stattfindenden Revision des Strafgesetzbuches dem § 130 eine gegen die Socialdemokratie gerichtete Fassung zu geben versuchte.

Als so die Versuche, das gemeine Recht zu verschärfen, am Widerstande des Reichtages, insbesondere der Fortschrittspartei und des Centrums, die in die Grube, welche sie den Socialdemokraten mitgraben sollten, selbst hineinzufallen fürchteten, gescheitert waren, bereitete die Regierung ein Ausnahmegesetz vor, „welches das Vereins- und Versammlungsrecht, die Freiheit der Presse und des Gewerbebetriebs sowie die Freizügigkeit ausschliesslich den gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie gegenüber wirksamen Beschränkungen unterwerfen" sollte.

Der erste, aus sechs Paragraphen bestehende Entwurf eines Ausnahmegesetzes, dessen Gültigkeitsdauer zunächst auf drei Jahre festgesetzt war, wurde dem Reichstag am 20. Mai 1878 vorgelegt. Als Veranlassung diente das am 11. Mai von einem verkommenen Individuum auf den Kaiser verübte Attentat. Alsdann erfolgte am 2. Juni ein neues Attentat, das von einem Menschen, der von den hervorragendsten Irrenärzten für wahnsinnig erklärt wurde, ausging. Der Reichstag, der einen Kausal-

nexus

nexus zwischen den Attentaten und der socialdemokratischen Agitation nicht erkennen konnte, zeigte sich noch nicht willfährig. Er wurde aufgelöst, die Regierung appellierte an das Volk und die unter dem Eindrucke der Attentate stehende Wählerschaft schickte eine andere Majorität. Am 21. Oktober 1878 kam denn das aus dreissig Paragraphen bestehende Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie zu stande. Es trat in Kraft mit dem Tage der Publikation, seine Gültigkeitsdauer wurde bis zum 31. März 1881 fixiert. Es ist dann zu verschiedenen Malen verlängert worden, bis es Ende September 1890 ablief.

Das sogenannte Socialistengesetz bestimmt im ersten Paragraphen, dass Vereine, welche durch socialdemokratische, socialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken, zu verbieten sind. Diesen Vereinen werden alle diejenigen gleichgestellt, in denen solche Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten. Versammlungen, in denen dies der Fall ist, sind aufzulösen. Ist die Annahme gerechtfertigt, dass sie zur Förderung socialistischer Bestrebungen bestimmt sind, so sind sie von vornherein zu verbieten. Für die Auflösung und das Verbot ist die Polizeibehörde zuständig.

Socialistische Druckschriften sind zu verbieten, Zeitungen zu unterdrücken. Verbotene Druckschriften sind da, wo sie sich zum Zwecke der Verbreitung vorfinden, in Beschlag zu nehmen und, nachdem das Verbot endgültig geworden ist, unbrauchbar zu machen. Die Polizeibehörden sind befugt, Druckschriften bereits vor Erlass eines Verbots vorläufig in Beschlag zu nehmen.

Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung socialistischer Bestrebungen ist zu verbieten.

Die Strafen für Uebertretung dieser Vorschriften sind recht hoch, besonders scharf gegen berufsmässige Agitatoren, gegen die neben der Freiheitsstrafe auf die Zulässigkeit der Einschränkung ihres Aufenthaltes erkannt werden kann. Sind diese Gastwirte, Schankwirte, mit Branntwein oder Spiritus Kleinhandel treibende Personen, Buchdrucker, Buchhändler, Leihbibliothekare oder Inhaber von Lesekabinetten, so kann auch auf Untersagung ihres Gewerbebetriebes erkannt werden. Dasselbe kann auch Kolporteure treffen.

Die schärfsten Bestimmungen enthält aber der § 28, welcher lautet:

„Für Bezirke und Ortschaften, welche durch die im § 1, Absatz 2, bezeichneten Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind, können von den Centralbehörden der Bundesstaaten die folgenden Anordnungen, soweit sie nicht bereits landesgesetzlich zulässig sind, mit Genehmigung des Bundesrates für die Dauer von längstens einem Jahre getroffen werden:

1. dass Versammlungen nur mit vorgängiger Genehmigung der Polizeibehörde stattfinden dürfen; auf Versammlungen zum Zwecke einer ausgeschriebenen Wahl zum Reichstage oder zur Landesvertretung erstreckt sich diese Beschränkung nicht;

2. dass die Verbreitung von Druckschriften auf öffentlichen Wegen, Strassen, Plätzen oder an andern öffentlichen Orten nicht stattfinden darf;

3. dass Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften versagt werden kann;

4. dass der Besitz, das Tragen, die Einführung und der Verkauf von Waffen verboten, beschränkt oder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft wird.

Ueber jede auf Grund der vorstehenden Bestimmungen getroffene Anordnung muss dem Reichstage sofort, beziehungsweise bei seinem nächsten Zusammentreten, Rechenschaft gegeben werden.

Die getroffenen Anordnungen sind durch den „Reichsanzeiger" und auf die für landespolizeiliche Verfügungen vorgeschriebene Weise bekannt zu machen.

Wer diesen Anordnungen oder den auf Grund derselben erlassenen Verfügungen mit Kenntnis oder nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft."

Die Verfügungen und Verbote gingen von den Polizeibehörden, nicht von den Gerichten aus. Die Beschwerdeinstanz bildete eine vom Bundesrat gewählte Kommission.

1890 berichtete Bebel auf dem Kongress zu Halle über die Wirksamkeit des Gesetzes folgendermassen:

„Im Laufe dieser Jahre sind unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes 155 periodische Druckschriften verboten worden, und unter diesen an 80 Einzelnummern von periodischen Druckschriften. Weiter wurden 1200 nichtperiodische Druckschriften, darunter unsere ganze, sehr ansehnliche Broschüren-Litteratur, verboten, im ganzen circa 1400 Druckschriften. Ausweisungen auf Grund der Herrschaft des sogenannten kleinen Belagerungszustandes in Berlin, Potsdam und Berlin, Hamburg-Altona-Harburg und Umgegend, Leipzig und Umgegend, Frankfurt am Main, Offenbach, Hanau, Stettin und Spremberg, sind nahe an 900 erfolgt. Prozesse, die namentlich nach Ablauf der ersten zwei Jahre der Herrschaft des Gesetzes begannen, als die Partei von den ersten furchtbaren Schlägen sich wieder erholt hatte, und dann die Genossen, dem Drange nach Vereinigung vielfach folgend, sich in den verschiedensten Orten in sogenannten geheimen Verbindungen zusammenfanden, diese Prozesse wurden allmählich zahlreich und führten zur Verurteilung von über 300 Personen. Daneben verfielen den Maschen des Socialistengesetzes nahezu an 1200 Personen, so dass allein auf Grund und als Folge der Ausnahmegesetzgebung volle 1500 Personen in die Gefängnisse wandern mussten."

Die zum Teil sehr umfangreichen Prozesse, die auf Grund des Socialistengesetzes angestellt wurden, warfen ein Licht auf ein ausgedehntes Spionage- und polizeiliches Ueberwachungssystem. Die dadurch in den weitesten Kreisen hervorgerufene Missstimmung wurde noch gesteigert durch die Enthüllungen einer ganzen Reihe von Spitzeln, die im Reichstage von den socialdemokratischen Abgeordneten auf Grund unanfechtbarer

Beweismittel gemacht wurden. Dazu kam, dass man aus dem Ausfall der Wahlen immer mehr erkannte, dass durch ein Ausnahmegesetz die socialdemokratische Agitation nicht zurückgedrängt werden könnte. Ja, allmählich verbreitete sich die Ueberzeugung, dass das Ausnahmegesetz die Partei gestärkt habe. Es wurde bezeichnet als das eiserne Band, das die verschiedenen Gruppen in der Partei zusammenhielt. Sicherlich reinigte es die Partei von vielen falschen Freunden, welche sich aus selbstsüchtigen Motiven an sie herangedrängt hatten, und von wüsten Polterern, wie Most und Hasselmann, die ihr schliesslich in den Kreisen der Arbeiterschaft schaden mussten. Andererseits musste das Gesetz bei den Anhängern der socialistischen Lehren das Gefühl der Solidarität ungeheuer stärken. Wer einmal bestraft war, wurde nur fanatischer; wer für seine Agitation gelitten hatte, setzte sie nachher nur mit grösserer Erbitterung fort. Von seinen Genossen wurde er als Märtyrer gefeiert, und die Aussenstehenden brachten ihm, wenn er selbstlos für seine Ideen gekämpft hatte, Interesse und Sympathie entgegen. Diese Eigenschaft des menschlichen Herzens lässt sich einmal nicht ausrotten; sie erklärt uns, weshalb ein Schwärmer so oft in der Geschichte die Massen mit sich fortgerissen hat. Das Gesetz konnte dem socialistischen Agitator den Mund verschliessen und dem socialistischen Redakteur die Feder entreissen, es konnte aber nicht die Sprache zum Schweigen bringen, die keiner Worte bedarf. In der Vernachlässigung dieses Umstandes findet der Fehler, den die Urheber des Socialistengesetzes machten, seinen Grund. Richtet sich eine Lehre an den Verstand, so wird sie nur langsam Anhänger finden, spricht sie aber zu dem Herzen, so kann sie im Fluge die Menschen gewinnen. Im ersteren Fall werden bald überall Meinungsdifferenzen an den Tag treten, in letzterem dagegen herrscht eine gegen alle Gründe taube Anhänglichkeit und Einmütigkeit.

Vielleicht hat ein anderer Umstand noch mehr zur Ausbreitung socialistischer Ideen beigetragen. In weiten Kreisen Deutschlands, bei der Presse, den Behörden und den Unternehmern betrachtete man jeden selbstständig denkenden und handelnden Arbeiter mit Misstrauen und bezeichnete und behandelte ihn als Socialdemokraten. Ja, vielfach war die Anschauung verbreitet, dass ein Socialdemokrat ein unzufriedener oder unbotmässiger Arbeiter sei. Durch das Misstrauen, mit dem man allen selbstständigen Regungen der Arbeiterschaft entgegentrat, trieb man sie ins Lager der Socialdemokratie. Wenn heute in England die Zahl der socialdemokratischen Arbeiter so überaus winzig ist, so liegt dies zum grössten Teil daran, dass man heute im grossen und ganzen den Arbeitern vollständige Freiheit bei ihren Versuchen, ihre ökonomische Lage zu bessern, eingeräumt hat. Dies Recht darf man den Arbeitern in keiner Weise verkümmern, das hat selbst L. Brentano, der vorzügliche Kenner der englischen Arbeiterverhältnisse, bereits vor mehr als zwanzig Jahren beredt gepredigt.

In Deutschland brauchte man fast zwölf Jahre, um zu erkennen, dass der Erlass des Ausnahmegesetzes ein Fehler war. Nachdem die Majorität des Reichstages bereits früher die von der Regierung ausgehenden Anträge auf Verschärfung des Gesetzes, auf Erhöhung der Gefängnis-

strafen, auf das Verbot der Versammlungen im Auslande, auf die vom Minister v. Puttkamer geforderte Expatriierung u. s. w. abgelehnt hatte, erklärte sie sich schliesslich auch gegen ein in manchen Punkten gemildertes dauerndes Ausnahmegesetz. Die Regierung liess dasselbe dann ganz fallen. Es ist damit einem Zustand ein Ende gemacht, welcher die Lehre des marxistischen Socialismus, dass der Staat immer ein Klassenstaat sei, so sehr zu bestätigen schien.

Die **socialistische Arbeiterpartei Deutschlands** ist aus der Vereinigung der Lassalleaner und Eisenacher hervorgegangen. Unter den Führern der beiden Richtungen hatte im Laufe des Jahres 1874, insbesondere gelegentlich ihres persönlichen Verkehrs im Reichstage, eine Annäherung stattgefunden. Die Eisenacher hatten Liebknecht, Bebel, Motteler, Geib und Most bei den Wahlen am 10. Januar 1874 durchgebracht, die Lassalleaner waren durch Hasenclever, Hasselmann, Reimer und Vahlteich im Reichstage vertreten. Mit gleicher Heftigkeit von allen andern Parteien des Reichstages angegriffen, mussten die socialdemokratischen Vertreter sich sagen, dass ihre Differenzen verhältnismässig unbedeutender Natur seien und dass man sie in den Hintergrund zu stellen habe, um den Gegnern eine geschlossene Phalanx entgegenstellen zu können. C. W. Tölcke aus Iserlohn war es, der im Herbst 1874 in einem Schreiben an A. Geib, einem Mitglied des Ausschusses der Eisenacher, den Wunsch aussprach, endlich die Streitaxt zwischen den bisher feindlichen Gruppen zu begraben. Die Eisenacher nahmen den Gedanken mit Freuden auf, und die beiderseitigen Führer machten sich mit Eifer an das Einigungswerk. Am 14. und 15. Februar 1875 fand eine Konferenz von sechszehn Angehörigen der verschiedenen Richtungen statt, auf welcher das Programm und der Organisationsentwurf ausgearbeitet wurden.

Verfolgungen und Massregelungen in 1875. — Sicherlich wirkte es förderlich auf die Vereinigungsversuche, dass im Frühjahr 1875 unter der Leitung des Staatsanwalts Tessendorf eine neue Verfolgungscampagne gegen die Socialdemokraten eröffnet wurde. Am 16. März 1875 wurde in Berlin die Anklage gegen die Leiter des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ wegen Vergehens gegen das preussische Vereinsgesetz erhoben, und die Deputation VII des Berliner Stadtgerichtes erkannte zu Recht, dass die Statuten des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ gegen das preussische Vereinsgesetz verstiessen, verurteilte die Vorsteher und Leiter und sprach die Auflösung des Vereins für Preussen aus. Da der Verein eine ganze Reihe von Jahren unbehelligt in Preussen bestanden hatte und die Angeklagten so zu der Annahme berechtigt waren, dass sie gegen gesetzliche Vorschriften nicht gefehlt hätten, so wurde auf verhältnismässig milde Strafen erkannt. Gleichzeitig wurde auch der Berliner Vertrauensmann der Eisenacher bestraft und die Berliner Mitgliedschaft aufgelöst. Ebenfalls erfuhren verschiedene gewerkschaftliche Organisationen dasselbe Schicksal. Dem Beispiele Preussens folgten andere Staaten, besonders Bayern und Sachsen, so dass bei den Socialdemokraten jeder Widerspruch gegen den Ruf: „Schliesst die Reihen!“ verstummen musste.

Gothaer Kongress. Der Vereinigungskongress selbst fand vom 22. bis 27. Mai 1875 in Gotha statt. 73 Lassalleaner und 56 Eisenacher vertraten je 16000 und 9000 Socialdemokraten. Obwohl die Eisenacher in der Minorität waren, so gelang es ihnen doch, bei den meisten streitigen Punkten ihre Ansichten durchzudrücken, wenn sie im Programm den Lassalleanern auch einige Zugeständnisse machen mussten. Wir bringen dies Programm, das bis 1891 in Kraft gestanden hat, hier zum Abdruck.

Programm der Partei.

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heisst allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemässen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muss das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die socialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller socialen und politischen Ungleichheit.

Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewusst und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der socialen Frage anzubahnen, die Errichtung von socialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshülfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, dass aus ihnen die socialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die socialistische Arbeiterpartei fordert als Grundlage des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muss ein Feiertag sein.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Press-, Vereins- Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäusserung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7. Regelung der Gefängnisarbeit.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhülfs- und -Unterstützungskassen.

Der Programmbrief von Karl Marx. Kurz vor dem Gothaer Kongress hatte Marx seinen in der „Neuen Zeit“ 1890 veröffentlichten Programmbrief an Bracke geschickt, der ihn an Geib und Auer, Bebel und Liebknecht mitteilen sollte. Marx nennt den Programmentwurf, der mit dem oben mitgeteilten Programm im wesentlichen übereinstimmt, einen nach seiner Ueberzeugung „durchaus verwerflichen und die Partei demoralisierenden“ und unterzieht die einzelnen Punkte desselben einer scharfen Kritik. Der Ton, in dem er über Lassalle sprach, musste — ganz abgesehen von der „Marx eigentümlichen gedrungenen Ausdrucksweise“ (Engels) — jeden Unbefangenen verstimmen. Er hat in den weitesten Kreisen der deutschen Socialdemokratie, wie die Artikel des „Vorwärts“ beweisen, noch 1890, also fünfzehn Jahre nach der Abfassung, einen überaus peinlichen Eindruck hervorgerufen. Das Sachliche der Marxschen Kritik ist beim Entwurf des Erfurter Programms voll berücksichtigt.

Nach der Vereinigung der beiden Fraktionen wuchs die Partei schnell. Eine grosse Zahl von neuen politischen Blättern wurde gegründet, der Broschürenvertrieb stieg bedeutend, der Parteikalender „Der arme Konrad“ erschien in einer Auflage von 40,000 Exemplaren. Im Interesse einer planmässigen und energischen Agitation stellte man ständige Agitatoren, im Anfange sechs, bald darauf acht, mit einem Gehalt von 135 Mark

monatlich an, ausserdem zahlte man an vierzehn Parteigenossen monatliche Zuschüsse im Betrage von 25—75 Mark.

An dem siegreichen Vorschreiten der Socialdemokratie konnten auch die aufs neue ins Werk gesetzten Verfolgungen nichts ändern. Auf Tessendorfs Antrag wurde die Berliner Mitgliedschaft der „socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" sowie der Verein selbst im Geltungsbereiche des preussischen Vereinsgesetzes geschlossen und das Zahlen von Beiträgen unter Strafe gestellt.

Gothaer Kongress von 1876. 98 Delegierte tagten vom 19. bis 23. August in Gotha. Hier beschloss man das Eingehen der beiden bisherigen Hauptorgane der beiden Fraktionen, des „Volksstaats" und des „Neuen Socialdemokraten", und die Herausgabe eines neuen Centralorgans unter dem Titel „Vorwärts". Dasselbe sollte in Leipzig unter der Redaktion von Liebknecht und Hasenclever erscheinen. Durch diesen Beschluss war das Haupthindernis, das einer völligen Verschmelzung im Wege stand, beseitigt. Im übrigen beschäftigte sich der Kongress hauptsächlich mit den Vorbereitungen für die nächsten Reichstagswahlen.

Gothaer Kongress von 1877. Als die Delegierten (95) am 27. Mai 1877 in Gotha wiederum zusammentraten, konnten sie ziffernmässig nach den Resultaten der Wahlen das Anwachsen der Socialdemokratie konstatieren. Während 1874 bei den Hauptwahlen 351 952 Stimmen abgegeben waren, hatten die socialdemokratischen Kandidaten, im ganzen 175, am 10. Januar 1877 auf sich 486 843 Stimmen vereinigt. Insbesondere in den grossen Städten war ein bedeutender Stimmenzuwachs erzielt worden. Zum erstenmal sandte Berlin IV und VI Socialdemokraten in den Reichstag.

1878. Im nächsten Jahre brachen schwere Verfolgungen über die Partei herein. Den Anlass boten die von Hödel am 11. Mai und von Nobiling am 2. Juni auf den Kaiser unternommenen Attentate, für welche Behörden und Presse ohne jeglichen Anlass die socialdemokratische Bewegung verantwortlich machten. Heute gibt es niemanden mehr, der die Partei für jene Attentate verantwortlich zu machen wagt, damals gelang es aber, die öffentliche Meinung irre zu führen. Die Regierung setzte mit Aufbietung aller Kräfte einen Feldzug gegen die Socialdemokratie ins Werk, der am 21. Oktober 1878 zum Erlass eines Ausnahmegesetzes führte. Ueber dieses Gesetz, seine Vorgeschichte und Wirkungen siehe den Artikel: „Socialistengesetz".

Die Partei in der Zwischenzeit. Der erste Entwurf eines Ausnahmegesetzes, der dem Reichstag am 20. Mai vorgelegt war, wurde von diesem abgelehnt. Der Bundesrat beschloss deshalb am 11. Juni die Auflösung des Reichstags. Der hieran sich anschliessende Wahlkampf zeichnete sich durch seine Bitterkeit vor allen andern aus. „Nieder mit den Socialdemokraten!" war die Losung, und schon damals erhob sich das Geschrei nach Bildung einer einzigen „Ordnungspartei", deren erstes Ziel es sein sollte, die Wahl eines Socialdemokraten zu verhindern. Durch dieses Wahlmanöver wurde thatsächlich in weiten Kreisen der Glaube hervorgerufen, Deutschland stände am Vorabend einer socialen

Revolution. Dieser Glaube beschränkte sich nicht auf die bürgerlichen Klassen. Jene masslosen Verhetzungen und Unterdrückungsmassregeln, die von Behörden und Privaten ausgingen, mussten auch in breiten Arbeiterschichten den Eindruck hervorrufen, dass die Entscheidung nahe bevorstehe. Die socialdemokratischen Führer gaben sich allerdings keinen Illusionen hin, sie durchschauten die gegnerische Taktik und wussten, welche ungeheuren Machtmittel ein straff organisierter Militärstaat besitzt, so lange er die Mittelklassen hinter sich hat und die Majorität der Proletarier noch nicht zum Selbstbewusstsein erwacht ist. Sie erklärten, dass ein Zusammenstoss ihren Gegnern erwünscht sein müsste, und verbreiteten in der Presse, dass eine sehr hochstehende Person die Aeusserung gethan habe: „Man müsse die Socialdemokraten so lange chikanieren und drangsalieren, bis sie losschlagen, um sie dann gründlich ausrotten zu können.“ Ferner hiess es, dass man in Berlin, Hamburg und Altona die Soldaten im Strassenkampf übe. So veröffentlichte denn der „Vorwärts“ wochenlang an der Spitze jeder Nummer die Warnung: „Parteigenossen! Lasst Euch nicht provozieren! Man will schiessen! Die Reaktion braucht Krawalle, um das Spiel zu gewinnen.“

Die Reichstagswahlen fanden am 30. Juli statt und das Resultat war, dass die Socialdemokraten nur die beiden sächsischen Wahlkreise Glauchau-Meerane und Stollberg-Schneeberg behauptet hatten. Doch stieg die Zahl ihrer Abgeordneten, durch den Ausfall der Stichwahlen auf 9 gegen 12 in 1877. Die Gewählten waren: Bebel (Dresden), Bracke (Glauchau), Fritzsche (Berlin), Hasselmann (Barmen-Elberfeld), Kayser (Oederau-Freiberg), Liebknecht (Stollberg-Schneeberg), Reinders (Breslau), Vahlteich (Mittweida-Limbach), Wiemer (Annaberg-Zschopau). Trotz der von allen Seiten betriebenen Verfolgungen und Verhetzungen hatte die Socialdemokratie 437 158 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt. In den ländlichen Bezirken war gegen 1877 entschieden ein Rückgang zu konstatieren, in allen grösseren Städten, mit Ausnahme Nürnbergs, war die Stimmenzahl aber gestiegen.

Nach dem Ausfall der Wahlen konnte die Annahme eines Ausnahmegesetzes nicht lange zweifelhaft bleiben. So berief denn die Parteileitung Mitte Oktober eine Delegiertenkonferenz nach Hamburg, um zu beraten, wie der beabsichtigte Schlag pariert werden könne. Um den Behörden zuvorzukommen, erklärte man am 19. Oktober die bisherige Parteiorganisation für aufgelöst. Man beschloss ferner, durch Bildung gewerkschaftlicher und geselliger Vereine, Herausgabe farbloser Blätter den Zusammenhang zwischen den Parteimitgliedern aufrecht zu erhalten.

Wenige Tage nach der Annahme des Ausnahmegesetzes erfolgte das Verbot des „Vorwärts“, der „Berliner Freien Presse“ und des „Hamburg-Altonaer Volksblattes“, der drei bedeutendsten politischen Zeitungen der Partei, die zusammen einen Abonnentenbestand von circa 45000 hatten. Weitere Verbote von politischen und Gewerkschaftsblättern, sowie von socialistischen Broschüren wurden in schneller Folge erlassen. Diese Verbote hatten im Gefolge die Auflösung der genossenschaftlichen Druckereien und machten eine grosse Zahl von Arbeitern brotlos. An Stelle der

verbotenen Blätter sogenannte farblose Blätter herauszugeben, misslang in den meisten Fällen.

Am 28. November wurde der „kleine Belagerungszustand“ über Berlin verhängt und am nächsten Tage 67 der bekanntesten Parteigenossen, fast ohne Ausnahme Familienvätern, die Ausweisungsordre zugestellt. Die meisten mussten binnen 48 Stunden Berlin verlassen. Gesuche um Aufschub wurden von dem Polizeipräsidenten von Madai schroff zurückgewiesen; die Partei war ohne Mittel, so war die Not unter den Ausgewiesenen und ihren Angehörigen gross. In Leipzig traten dann Bebel, Liebknecht, Hasenclever, Fritzsche und Geiser zusammen und erliessen einen Aufruf zur Unterstützung der Opfer des Berliner Belagerungszustandes. Darauf begannen überall die Sammlungen, die Agitation wurde wieder aufgenommen und so wurde die Verhängung des Belagerungszustandes zum Anstoss für den Wiederbeginn der Parteithätigkeit.

Infolge der strengen Durchführung des Socialistengesetzes herrschte in den Reihen der Socialdemokraten in den ersten Jahren nicht geringe Verwirrung, die noch durch das Gebahren von Most (s. d.) und Hasselmann (s. d.) gesteigert wurde. Ersterer hatte anfangs 1879 in London die „Freiheit“ begründet, in der er bald eine überaus wilde Sprache führte und die Parteileiter auf das Schärfste angriff. Auch von anderen Seiten erhob sich gegen den Fraktionsvorstand wegen seiner Haltung bei den Reichstagsverhandlungen Opposition. Die Gegner jubelten schon, dass die Partei auseinanderfallen und die einzelnen Sektionen sich gegenseitig aufreiben würden. Eine Verbindung wurde erst wieder hergestellt, als im Oktober 1879 ein Parteiorgan, der „Socialdemokrat“ (s. den Artikel Parteipresse), in Zürich ins Leben gerufen wurde. Auf immer neuen Wegen wurde dies Blatt nach Deutschland eingeschmuggelt und unter den Parteigenossen verbreitet trotz aller Anstrengungen der Polizeibehörden und der strengen Verurteilungen derjenigen, welche man der Verbreitung überführen konnte.

Wydener Kongress 1881. Im nächsten Jahre rief der „Socialdemokrat“ im Einverständnis mit der deutschen Parteivertretung die Parteimitglieder zu einem Kongress nach der Schweiz zusammen. 56 Vertreter fanden sich in Winterthur, das als Sammlungsort angegeben war, zusammen. Von da wurden sie nach dem abseits von der grossen Heerstrasse gelegenen alten Schloss Wyden, das für die Zwecke des Kongresses gemietet war, dirigiert. Hier tagten die Vertreter der verfehmten Socialdemokratie vom 20. bis 23. August 1880. Die Nächte verbrachten die meisten Delegierten auf Stroh lagernd in einem Seitengebäude und der leeren Kapelle des Schlosses, wo Massenquartiere eingerichtet waren. Eine kommunistisch eingerichtete ambulante Küche, von einem Schweizer Genossen und dessen Frau unter Verwaltung genommen, sorgte in zufriedenstellender Weise für die leiblichen Bedürfnisse aller Teilnehmer, wie uns der Bericht erzählt.

Nur ein kleiner Teil der Verhandlungen des Kongresses ist im Protokoll veröffentlicht. Eine Reihe von Anträgen, die sich auf die Organisation bezogen, wurde fast einstimmig angenommen. Auch wurde die

Errichtung einer Verkehrsstelle ausserhalb Deutschlands beschlossen, durch die eine regelmässige Verbindung der Socialisten und Socialistenvereine des Auslandes unter einander und mit der Partei in Deutschland hergestellt werden sollte. Alle drei Jahre sollte von den „autorisierten Personen“ ein Parteikongress einberufen werden. Most und Hasselmann wurden aus der Partei ausgeschlossen. An allen Wahlen, Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen, beschloss man sich zu beteiligen, und zwar aus agitatorischen und propagandistischen Rücksichten.

Einstimmig nahmen die Delegierten ferner den Antrag an, im Absatze II des Gothaer Programms das Wort „gesetzlich“ zu streichen. Der Beschluss hat seiner Zeit viel Aufsehen gemacht, ist aber leicht zu erklären, wenn man sich vergegenwärtigt, dass durch das Socialistengesetz jede Agitation für ungesetzlich erklärt war. Da die Partei dies Verbot des Gesetzes nicht anerkennen wollte, so musste sie schon ungesetzliche Mittel zur Erreichung ihrer Ziele anwenden. Dieser Beschluss hatte so nur die Bedeutung einer redaktionellen Aenderung des Programmes, thatsächlich war durch ihn nichts anders geworden, da die Socialdemokratie von Anfang an sich offen als revolutionäre Partei bekannt hatte.

Die Wahlen 1881. Die ersten allgemeinen Wahlen unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes fanden am 27. Oktober 1881 statt. Den Socialdemokraten war ihre Agitation durch die überall erfolgenden Verbote von Wahlversammlungen, das Konfiscieren von Flugblättern, die Ausweisung aller in der Agitation sich bemerkbar machenden Personen aus den Gebieten des kleinen Belagerungszustandes — nämlich Berlin, Hamburg-Altona (seit November 1880) und Leipzig-Stadt und -Land (1881), — sowie durch die Einschüchterung der Wähler durch scharfe Kontrolle seitens der Polizeiorgane überaus erschwert; trotzdem gelang es ihnen, im ersten Wahlgang 311 961 Stimmen auf ihre Kandidaten zu vereinigen. Gewählt war allerdings kein einziger Socialdemokrat, doch brachte die Partei bei den 22 Stichwahlen, an denen sie beteiligt war, 12 Vertreter durch.

Kopenhagener Kongress 1883. Den zweiten Kongress nach dem Inkrafttreten des Ausnahmegesetzes hielt die Partei vom 29. März bis 2. April 1883 in Kopenhagen ab. Die Vorbereitungen zu diesem Kongress waren mit solcher Heimlichkeit und Geschicklichkeit getroffen, dass die deutschen Behörden keine Kenntnis davon erlangt hatten. Sechzig Vertreter waren erschienen, die, wie der Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission hervorhob, aus allen Teilen Deutschlands, in denen die Partei Anhänger besitze, gekommen seien.

In dem Bericht über die Situation der Partei wurde hervorgehoben, dass im Herbste 1882 eine dreitägige Konferenz der Reichstagsabgeordneten unter Hinzuziehung mehrerer anderer Vertrauenspersonen in Zürich stattgefunden habe, in der alle auf die Parteilage bezüglichen Gesichtspunkte und Ereignisse einer sehr gründlichen Erörterung unterzogen worden seien. Der Berichterstatter konstatierte dann, dass sich seit dem Wydener Kongress die Gesamtlage der Partei sehr verbessert habe. Die Partei stehe ungebrochen da und habe an Selbstvertrauen und Zuversicht

ungemein gewonnen. Der Ausfall der Reichstagswahlen von 1881, bei denen die Partei zum erstenmale seit Erlass des Ausnahmegesetzes im Feuer exerziert habe, habe wesentlich dazu beigetragen. Auch habe man durch dieselben gelernt, welche Taktik man bei der Agitation und Organisation zu beobachten habe. Der Rückgang der Stimmen auf 311 961 wurde auf die Zerstörung der Organisation, die Ausweisung der thätigsten Genossen, die dadurch vielfach hervorgerufene Mutlosigkeit und vor allen Dingen auf den ökonomischen Druck der Arbeitgeber und die politischen Machinationen und Verfolgungen, die namentlich im Königreich Sachsen scharf gewesen seien, zurückgeführt. Trotz des Stimmenrückganges sei der Ausfall der Wahlen doch als gut zu bezeichnen, er hätte die Erwartungen vieler übertroffen. Ja, in manchen Bezirken habe ein Aufschwung stattgefunden, insbesondere am Mittelrhein und Main, in der Pfalz und in verschiedenen sächsischen Bezirken. Da Konfiskationen von Flugblättern und Stimmzetteln, Verhaftungen, Verbote von Versammlungen oft im Widerspruch mit dem Gesetze vorgekommen wären, so müsste für die nächsten Wahlen eine alle möglichen Vorkommnisse berücksichtigende, genaue Wahl- und Agitationsinstruktion rechtzeitig an alle Orte versandt werden.

Es wurde ferner konstatiert, „dass gerade in den Belagerungszustandsgebieten der Geist der Partei am ausgezeichnetsten sei, die Genossen am grossartigsten opferten und, wie aus dem Bericht des „Socialdemokrat“ hervorgehe, das Blatt die grösste Verbreitung besitze. Dort hätten heute Männer in der grossen Mehrzahl die Führung in der Hand, die vor wenigen Jahren niemand nur dem Namen nach gekannt, die auch heute weiteren Kreisen unbekannt wären und so recht aus der Mitte der Partei herausgewachsen seien. Dort habe sich gezeigt, dass alle Führerschaft ersetzbar sei, die Partei nicht von einzelnen abhänge“.

Den amerikanischen Genossen wurde der Dank der Anwesenden ausgedrückt für ihre Sammlungen für den Wahlfonds, die infolge der von Fritsche und Viereck in den Vereinigten Staaten unternommenen Agitationsreise vorgenommen waren. Das Reinerträgnis hatte über 13 000 Mark betragen.

Viel Zeit beanspruchten die Verhandlungen über die bei den Wahlen zu befolgende Politik. Man beschloss, zur ersten Wahl überall eigene Kandidaten aufzustellen. Die Aufstellung derselben solle einheitlich organisiert werden und durch Territorialwahlkonferenzen im Einvernehmen mit den betreffenden Wahlkreisen erfolgen.

Verschiedene Organisationsvorschläge wurden gemacht, von dem Kongress aber abgelehnt, da die Entdeckung derselben, die zweifellos bald erfolgen würde, die Handhabe für eine allgemeine Verfolgung bieten würde. Man glaubte auch in Zukunft ohne eine bestimmte Organisation auskommen zu können.

Einstimmig wurde beschlossen: „Der Kongress spricht sich entschieden gegen jederlei Nachgibigkeit gegenüber den uns verfolgenden herrschenden Klassen, sowie gegen jede auf die Nachsicht der Behörden spekulierende Rücksichtnahme aus und fordert ein rücksichtsloses Vor-

gehen der Partei. Der Kongress erklärt sich mit der Gesamthaltung des Parteiorgans einverstanden." Die Gesamthaltung der Reichstagsabgeordneten wurde gebilligt. Zur Socialpolitik, die durch die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 inauguriert war, nahm man durch folgende Resolution Stellung:

„Der Kongress erklärt, dass er in Bezug auf die sogenannte Socialreform im deutschen Reiche weder an die ehrlichen Absichten noch an die Fähigkeit der herrschenden Klassen nach deren bisherigem Verhalten glaubt, sondern der Ueberzeugung ist, dass die sogenannte Socialreform nur als taktisches Mittel benützt wird, um die Arbeiter vom wahren Wege abzulenken.

„Der Kongress hält es aber für die Pflicht der Partei, resp. deren Vertreter in den Parlamenten, bei allen auf die ökonomische Lage des Volkes gerichteten Vorschlägen, gleichviel welchen Motiven sie entspringen, die Interessen der Arbeiterklasse energisch wahrzunehmen, selbstverständlich ohne dabei auch nur einen Augenblick auf die Gesamtheit der socialistischen Forderungen zu verzichten."

Unter allgemeiner Zustimmung der Kongressmitglieder wurde ferner ausgeführt, dass man sich überhaupt keinen Illusionen betreffend Aufhebung oder Milderung des Socialistengesetzes hingeben dürfe. Auch von einem Thronwechsel dürfe man keinen Wandel erwarten, da die herrschenden Klassen die Socialdemokratie nach wie vor mit den schärfsten Waffen bekämpfen würden. Selbst, wenn die Regierung den guten Willen habe, so sei sie doch ohnmächtig, die von den Interessenkämpfen mächtig durchwühlten herrschenden Klassen einer grossen staatlichen Idee unterzuordnen. Das deutsche Reich und dessen Parlamentarismus böte das lebendige Beispiel der Zerrissenheit. Die ökonomischen Verhältnisse hätten die politischen Parteiverhältnisse derartig verschoben, dass es der Regierung ganz unmöglich sei, eine dauernde, festgeschlossene Majorität zu gewinnen, auf die gestützt sie wahre sociale Reformen durchführen könne. Der Kampf der durch individuelle Interessen geleiteten herrschenden Klassen woge hin und her, um mit Naturnotwendigkeit in einem Zusammenbruch der heutigen Gesellschaft zu endigen.

Am Morgen des 1. April, dem letzten Tage des Kongresses, wurden die Delegierten, die am vorhergehenden Abend auf einem Bankett mit den dänischen Socialdemokraten fraternisiert hatten, in früher Stunde von Abgesandten der dänischen Polizei in ihren Hotels aufgesucht und gebeten, sich zu legitimieren und den Zweck ihres Aufenthaltes anzugeben. Es wurde später konstatiert, dass die dänischen Polizeibeamten hierbei mit grosser Höflichkeit vorgingen, obgleich sie bei ihren Feststellungen entdeckten, dass die meisten Delegierten einen falschen Namen ins Anmeldebuch eingetragen hatten, um nicht von vornherein das Misstrauen der Polizei zu erwecken.

Der Kongress hatte für den Fall, dass die Behörden ihm Schwierigkeiten machen sollten, bereits vorher dem Bureau Vollmacht erteilt, den Kongress nach Malmö in Schweden zu verlegen. Doch geschah nichts als dass der Polizeichef von Kopenhagen einem der Delegierten gegen-

über den Wunsch aussprach, sie möchten so bald wie möglich die Stadt verlassen.

Als die Delegierten den deutschen Boden wieder betraten, begannen die Verfolgungen der Behörden: Verhaftungen, Anklagen u. s. w. gegen sie.

St. Galler Kongress 1887. Der nächste Kongress fand vom 2. bis 6. Oktober 1887 in St. Gallen statt. Die Partei war durch die Erfahrung, die sie in vielen Prozessen gemacht hatte, gewitzigt. Sie spricht von einem Parteitag. Nicht Abgeordnete, sondern Theilnehmer erscheinen zu demselben. In dem Aufruf heisst es bezeichnenderweise: „Jeder Genosse ist willkommen. Selbstverständlich bleibt dem Parteitag der Beschluss über die Zulassung der einzelnen Teilnehmer vorbehalten.“ Die Maschen des Socialistengesetzes waren durch die gerichtlichen Verhandlungen erkannt worden und wurden ausgenützt. Auch diesmal hatte man im Aufruf Ort und Zeit nicht angegeben. Die Teilnehmer sammelten sich in Olten und Schaffhausen, von wo sie nach der Brauerei „Schönenwegen“ bei St. Gallen dirigiert wurden. Die Gesamtzahl derselben betrug 79.

Der erste Punkt der Tagesordnung war der Rechenschaftsbericht des Vorstandes der Reichstagsfraktion. Als Beweis dafür, dass die Kraft der Partei ungebrochen sei, wurde vom Referenten Bebel auf die Geldmittel hingewiesen, die der Partei zugeflossen sind. Das Ausland, inbesondere Amerika und die Schweiz, hatte namhafte Zuschüsse — über 50 000 Mark — geleistet. Die Gesamteinnahme betrug über 200 000 Mark.

Der Kongress nahm nach längerer Debatte über die Thätigkeit der socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag und in den Landtagen, während welcher Bebel bemerkte, dass derjenige, der glaube, dass die letzten Ziele des Socialismus auf dem heutigen parlamentarisch-konstitutionellen Wege erreicht werden könnten, entweder dieselben nicht kenne oder ein Betrüger sei, einstimmig folgende Resolution an:

„Der Parteitag ist der Ueberzeugung, dass nach wie vor die Stellung der Partei zu der parlamentarischen Thätigkeit der Abgeordneten im Reichstag und in den Landtagen die bisherige bleiben muss; wie bisher ist das Hauptgewicht auf die kritische und agitatorische Seite zu legen und die positive gesetzgeberische Thätigkeit nur in der Voraussetzung zu pflegen, dass bei dem heutigen Stand der Parteigruppierung und der ökonomischen Verhältnisse über die Tragweite dieser positiven Thätigkeit im Parlament für die Klassenlage der Arbeiter in politischer wie ökonomischer Hinsicht kein Zweifel gelassen und keine Illusion geweckt werden kann.“

Bei der Beratung über den dritten Punkt der Tagesordnung „Stellung der Partei zu den Reichssteuer- und Zollfragen in Verbindung mit der Socialreform der Regierung und der Arbeiterschutzgesetzgebung“ tritt hervor, dass der Glaube an die Bedeutung einer direkten progressiven Einkommensteuer, in deren Forderung die ganze „Finanzwissenschaft“ der Partei besteht, ins Wanken gekommen war. Trotzdem nahm man schliesslich einstimmig folgende Resolution an:

„Der Parteitag verwirft als grundsätzlicher Gegner des Systems der indirekten Steuern alle wirtschaftspolitischen Massnahmen, welche, wie die neuerdings in Deutschland eingeschlagene Zollgesetzgebung, in der Praxis auf solche hinauslaufen. Er verwirft auch ganz die zu rein finanziellen Zwecken erstrebte Monopolisierung wichtiger Verbrauchsartikel der grossen Masse und brandmarkt auf das entschiedenste das bei der Branntwein- und Zuckersteuergesetzgebung sowie bei der geplanten Erhöhung der Getreidezölle zu Tage getretene Bestreben, die Klasse der Grundbesitzer auf Kosten der nichtbesitzenden Klassen zu bereichern. In Bezug auf die sogenannte Socialreform der Reichsregierung und die Notwendigkeit einer durchgreifenden Arbeiterschutzgesetzgebung hält er an den früher von der Partei gefassten Beschlüssen fest und erblickt in der Ablehnung, beziehungsweise Hintertreibung des von den socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag eingebrachten Arbeiterschutzgesetzentwurfs den Beweis, dass es in den herrschenden Klassen in Deutschland an dem guten Willen fehlt, wirklich Ernsthaftes zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse zu thun."

Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung „Stellung der Partei bei den letzten und zu den nächsten Reichstags-, Landtags- und Gemeindewahlen" sprechen wir in dem Artikel „Taktik".

Der Parteitag erklärt sich sodann für die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses zu dem Zweck, gemeinsame Schritte der Arbeiter aller Länder zur Verwirklichung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung herbeizuführen.

Ueber Beschlüsse gegen den Anarchismus und betreffs des Programms der Partei vergleiche die betreffenden Artikel.

Der Parteitag sprach ferner seine entschiedene Missbilligung über das Verhalten der Genossen aus, welche ohne triftige Gründe der an sie ergangenen Aufforderung zur Unterzeichnung der Einberufung des Parteitages nicht nachgekommen waren, und gab der Erwartung Ausdruck, dass die Genossen diesen Persönlichkeiten eine Vertrauensstellung innerhalb der Partei nicht mehr übertragen würden. Dieser Beschluss bezog sich auf Geiser und Viereck.

Schliesslich wurde noch bestimmt, dass Zwistigkeiten, die unter Parteigenossen ausbrechen, nicht durch die Presse, sondern durch ein zu bildendes Schiedsgericht zum Austrag gebracht werden sollten.

Auf dem im Juli 1889 in Paris abgehaltenen internationalen Arbeiterkongress war die Partei durch 81 Delegierte vertreten. Siehe darüber den Artikel Internationale Kongresse S. 376 ff.

Bei den Februarwahlen 1890 hatte die Partei einen überraschenden Erfolg, ihre Kandidaten erhielten 1 427 298 Stimmen. Die Folge war, dass Bismarck fiel und die Regierung das Socialistengesetz im September 1890 ablaufen liess.

Parteitag zu Halle 1890. Bald darauf, vom 12. bis 18. Oktober 1890, hielt die Partei ihren Parteitag zu Halle ab. Ungefähr 400 Delegierte und verschiedene ausländische Socialisten erschienen auf demselben. Die geschickte Leitung des Kongresses, die sachliche Behandlung

der einzelnen Punkte der Tagesordnung, der — wenn man von einzelnen Ausnahmen absieht — als durchaus würdig zu bezeichnende Ton der Verhandlungen erregte das Aufsehen und die Anerkennung der Presse aller Parteien. Wunderbar genug! Das Socialistengesetz hatte, wie man aus diesem ersten Kongresse sofort erkannte, der Partei auch den grossen Dienst geleistet, die Redner an die sachliche Behandlung politischer Fragen, an parlamentarische Formen zu gewöhnen.

Dann und wann fiel allerdings ein ungehöriger Ausdruck; derselbe wurde aber vom Vorsitzenden jedesmal streng gerügt. Persönliche Streitigkeiten nahmen trotzdem eine verhältnismässig lange Zeit in Anspruch.

Wir haben die einzelnen Punkte der Tagesordnung und die in der Debatte hervorgetretenen Ansichten, soweit sie grössere Bedeutung haben, in den betreffenden Artikeln erörtert. Wir geben an dieser Stelle nur eine Uebersicht über die verhandelten Fragen. Nachdem der Kongress den Bericht der Parteileitung und der Revisoren entgegengenommen hatte, referierte Singer über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion. Er führte aus, welche Stellung die Fraktion eingenommen habe bei den Verhandlungen über den Reichshaushaltsetat, indirekte Steuern, das Socialistengesetz, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Kolonialpolitik, die Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen, das Alters- und Invaliditätsgesetz und Gewerbegerichte. Er berichtete ferner, dass die Partei selbständige Anträge gestellt habe auf Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes, auf Erhöhung und Verbesserung des Einkommens der unteren Beamten, auf Aufhebung der Lebensmittelzölle und auf eine Ausdehnung der Kompetenzen des Reichstages, so dass dieser, ähnlich wie das house of commons in England, das Recht erhalte, Untersuchungskommissionen mit der Befugnis selbständiger Erhebungen, der eidlichen Vernehmung von Zeugen u. s. w. einzusetzen. Singer hob schliesslich hervor, dass die parlamentarische Thätigkeit für die Partei eine unbedingte Notwendigkeit sei.

Bezüglich der Abänderung des Programms wurde nach längerer Rede Liebknechts, der die einzelnen Punkte einer eingehenden Betrachtung unterzog, beschlossen, den Parteivorstand zu beauftragen, dem nächsten Parteitag einen Entwurf eines revidierten Parteiprogramms vorzulegen und den Entwurf mindestens drei Monate vor Zusammentritt des nächsten Parteitages zu veröffentlichen.

Zu der Frage der Streiks und Boykotts nahm der Kongress in einer langen Resolution Stellung. Eingehend wurde auch die Frage der Parteipresse behandelt. Eine Reihe von Anträgen die aus der Mitte des Parteitages gestellt wurden, wurden kurz erledigt.

Das wichtigste Resultat des Kongresses war, dass die Partei sich eine den veränderten Verhältnissen entsprechende neue Organisation (s. d.) gab. Die auf Grund derselben vorgenommenen Wahlen der Parteileitung hatten folgendes Resultat:

Zu Vorsitzenden wurden gewählt: Singer und Gerisch;
zu Schriftführern: Auer und Fischer;
zum Kassierer: Bebel;

zu Kontrolleuren: Dubber-Hamburg, Herbert-Stettin, Ewald-Brandenburg, Kaden-Dresden, Jacobey-Berlin, G. Schulz-Berlin und Behrend-Frankfurt a. Main.

Die Partei nahm den Namen an: „Socialdemokratische Partei Deutschlands" (s. d.).

Socialdemokratische Partei Deutschlands wurde auf dem Kongress zu Halle 1890 der offizielle Name der Partei an Stelle des früheren „Socialistische Arbeiterpartei Deutschlands". Wenige Tage nach dem Schlusse des Kongresses, am 21. Oktober 1890, konstituierte sich der dort gewählte Parteivorstand. Derselbe wandte sich sofort an die Parteigenossen im ganzen Reiche mit der Aufforderung, die Wahl von Vertrauensmännern in Gemässheit der §§ 3—6 der Organisation vorzunehmen. Vom Parteivorstand wurde sodann eine Instruktion für die Vertrauensmänner ausgearbeitet und als „Cirkular 1" versandt. Es wurden darin Ratschläge erteilt, um die Parteigenossen vor den Unannehmlichkeiten zu warnen, welche Nichtkenntnis oder Nichtbeachtung vereinsgesetzlicher Bestimmungen in den einzelnen Staaten im Gefolge haben könnten. Die Vertrauensmänner stellen die Verbindung zwischen Parteivorstand und Parteimitgliedern her, sie organisieren die Agitation, soweit sie von der Centralleitung aus betrieben wird, und haben besonders auch dafür zu sorgen, dass der Parteileitung die zu den Zwecken der Agitation und Unterstützung von den Parteimitgliedern gesammelten Gelder zugehen.

Für die lokale Organisation wählten die Socialdemokraten fast überall die Form von Arbeiterwahlvereinen. In fast allen Provinzen und Einzelstaaten vereinigten sich die Mitglieder der Partei zu Provinzial- und Landesparteitagen, auf denen die Frage der Agitation den wichtigsten Erörterungsgegenstand bildete.

Die Parteileitung hatte die vor dem Erlass des Socialistengesetzes bestehende Einrichtung der ständigen Agitatoren nicht wieder eingeführt, da sie erkannte, dass mancherlei Missstände damit verbunden seien. Sie zahlte aber an gewandte Redner zum Zwecke der Agitation regelmässige Zuschüsse. Eine besonders lebhafte Agitation wurde auch von den Mitgliedern der Reichstagsfraktion entfaltet, von denen mehrere grössere Touren durch Deutschland unternahmen. Dem von oppositioneller Seite in der Partei laut gewordenen Verlangen, die Abgeordneten sollten statt in den Reichstag zur Agitation aufs Land hinausgehen, wurde nicht entsprochen, da man glaubte, dass durch eine rege Teilnahme an den Verhandlungen des Reichstages der agitatorische Zweck in vollem Umfange erreicht würde, und zwar ohne Vernachlässigung der Pflichten eines Abgeordneten.

Gemäss dem Beschlusse des Parteitags zu Halle, die Agitation aufs flache Land hinauszutragen, erliess der Parteivorstand im Dezember 1890 einen Aufruf an alle die Parteimitglieder, welche sich zu schriftstellerischen Arbeiten auf dem Gebiete der ländlichen Arbeiterfrage für befähigt hielten, solche Arbeiten einzusenden oder über deren Abfassung mit dem Vorstand sich ins Einvernehmen zu setzen. Die Sichtung, Ordnung und Ausarbeitung des eingegangenen Materials erwies sich als eine so umfängliche

Arbeit, dass der Parteivorstand beschloss, mit derselben einige Parteimitglieder zu beauftragen. Wegen der Verschiedenartigkeit der Agrarverhältnisse in Deutschland erwies es sich als notwendig, den Gegenstand nach den Landesteilen getrennt zu behandeln. Man sagte sich, dass Flugblätter, wenn sie wirkungsvoll sein sollen, an die Anschauungen und Lebensgewohnheiten der ländlichen Bevölkerung anknüpfen müssen, unter der sie verbreitet werden sollen; dass sie deshalb nur von Leuten, die mit den betreffenden Verhältnissen genau vertraut sind, verfasst werden können.

Aus den Mitteilungen der Parteileitung geht hervor, dass man sich der Einsicht nicht verschlossen hat, dass für die Agitation auf dem Lande besondere Schwierigkeiten bestehen. Die Erfahrung bestätigte die Wahrheit des Schäffleschen Wortes vom anti-kollektivistischen Bauernschädel. Man denke auch daran, wie es z. B. Georg Büchner (s. d.) ging: die Bauern brachten die ihnen ins Haus geschobene Flugschrift „Der Hessische Landbote“ schleunigst zum Gendarmen.

Bei einigen Nachwahlen zum Reichstage konnte die Partei einen ansehnlichen Stimmenzuwachs konstatieren. Grosses Aufsehen machte es, als im XIV. hannöverschen Wahlkreise der socialdemokratische Kandidat, der Cigarrenarbeiter Schmalfeldt, mit dem früheren Reichskanzler Bismarck in die Stichwahl kam.

Bei den Landtagswahlen in Hessen behauptete die Partei die beiden Mandate in Mainz und gewann den Landkreis Offenbach. Ihre Kandidaten gelangten auch in die Landesvertretungen von Baden und Meiningen. In Sachsen erhielten sie bei den Wahlen zum Landtag ca. 34 000 Stimmen gegen 13 500 im Jahre 1885.

Auf dem internationalen Arbeiterkongress zu Brüssel im August 1891 war die Partei durch 40 Delegierte vertreten, siehe pag. 381 ff.

Für Ausschreitungen im Zusammenhang mit der socialdemokratischen bezw. gewerkschaftlichen Bewegung wurde von deutschen Gerichten von November 1890 bis Ende September 1891 auf ca. 88 Jahre Gefängnis und ca. 18 000 Mark Geldstrafe erkannt. Diese Strafen trafen mit Ausnahme von ein paar Fällen Mitglieder der Partei.

Ueber die Entwicklung der socialdemokratischen Presse, die Kassenverhältnisse und die Maifeier berichten wir in den betreffenden Artikeln.

Vom 14. bis 20. Oktober 1891 fand zu Erfurt der II. ordentliche Parteitag statt.

Der grösste Teil der Verhandlungen drehte sich um die Erörterung abweichender Ansichten über die von der Partei zu beobachtende Taktik. Von zwei Seiten waren solche Ansichten öffentlich ausgesprochen — von der sogenannten Berliner Opposition und von dem Reichstagsabgeordneten Georg von Vollmar.

Mitglieder der Berliner Opposition hatten bereits auf dem Parteitag zu Halle die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, mehr durch die unparlamentarische Form ihres Auftretens als durch ihre Ansichten. Im Laufe des Jahres 1891 hatten sie wiederum in einer Reihe von Versammlungen, in einem in Berlin verbreiteten Flugblatt und in der Presse zahlreiche

Beschuldigungen und Anklagen gegen die Parteileitung, die Reichstagsfraktion und die Parteitaktik erhoben. Sie warfen der Parteileitung vor, dass sie die Partei systematisch korrumpiert und zur Versumpfung gebracht, dass sie Parteigelder nach Gunst an Schmarotzer und Schweifwedler gegeben und dass sie die wichtigsten Parteiinteressen vernachlässigt habe. In dem erwähnten Flugblatt war speciell ausgeführt, dass der revolutionäre Geist der Partei seitens einzelner Führer systematisch ertötet, dass in der Partei eine Diktatur geübt, dass die Bewegung verflacht und die Socialdemokratie zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgedrückt, dass die Revolution von der Tribüne des Reichstags feierlich abgeschworen und der Versuch gemacht werde, einen Ausgleich zwischen Proletariern und Bourgeois herbeizuführen. Eine von dem Erfurter Parteitag eingesetzte Kommission kam zu dem Schlusse, dass für die Anschuldigungen gegen die Parteileitung keine Beweise vorgebracht und die anderen Anschuldigungen durch die Beschlüsse des Parteitages widerlegt seien.

Bevor die Kommission ihren Bericht erstattete, war von der Opposition folgende Erklärung abgegeben worden:

Die unterzeichneten Mitglieder der Opposition, bisher zur Mitarbeit an den Aufgaben des Parteitages durch den Auftrag ihrer Wähler verpflichtet, erklären nunmehr — wegen der den demokratischen Grundsätzen direkt zuwiderlaufenden und geradezu empörenden Bekämpfung von Differenzen seitens der Vorstandsmitglieder Auer, Bebel und Fischer — auf die Zugehörigkeit zu dieser socialdemokratischen Partei zu verzichten.

Erfurt, den 19. Oktober 1891.

(Folgen die Namen.)

Der Parteitag schloss zwei Unterzeichner dieser Erklärung, Berliner Delegierte, aus der Partei aus und erklärte, keinen Anlass zu haben, sich mit den Magdeburger Delegierten im weiteren zu beschäftigen.

Die Oppositionellen schlossen sich bald darauf mit ihren wenigen Anhängern zu der Partei der „Unabhängigen“ zusammen. Diese kleine Gruppe bestand dem Kerne nach aus Leuten, die persönliche Differenzen mit den Parteiführern gehabt oder in ihren Erwartungen sich getäuscht gesehen hatten. Sie zeigte eine starke Vorliebe für revolutionäre Phrasen; sie setzte ihre Hoffnungen auf die „revolutionären Instinkte der Masse“ und träumte von einer „Hungerrevolte“. Sehr bald sank die Opposition zu vollständiger Bedeutungslosigkeit herab und fristet noch jetzt ein kümmerliches Leben.

Von viel grösserer Bedeutung als das Treiben der Berliner Opposition war die Meinungsdifferenz, die in verschiedenen von dem Abgeordneten v. Vollmar in München gehaltenen und später in Broschürenform veröffentlichten Reden zu Tage getreten war. Vollmar hatte darin die Ansicht ausgesprochen, dass der „neue Kurs“ die Partei zwinge, die Frage zu prüfen, ob derselbe zu Veränderungen in der politischen Stellungnahme Anlass gäbe. Mit den neuen Männern, welche an die Spitze getreten seien, wären trotz vielseitigen Sträubens gegen Neues

eine nicht geringe Anzahl von Umgestaltungen eingetreten. Als Quintessenz der Anschauungen Vollmars citierte Bebel auf dem Erfurter Parteitag folgenden Passus der Münchener Reden:

„Niemand kann daran denken, von unseren Grundsätzen etwas aufzugeben; vielmehr müssen wir bei jeder Handlung unserer praktischen Politik uns gegenwärtig halten, dass sie nur eine kleine Annäherung an das grosse Ziel ist. Aber die Hoffnung auf die Zukunft, die uns stärkt und erhebt, darf nicht die Hoffnung für die Gegenwart ersticken, muss sie vielmehr erst recht beleben. Die Wanderer auf dem langen und dornigen Wege zum fernen Ende können ihre Lebenskräfte nicht bloss durch den Anblick des in nebelhafter Ferne sich abzeichnenden Zieles ihrer Hoffnungen aufrechterhalten, sonst würden sie lange vor der Ankunft verhungern und verschmachten. Deshalb müssen wir, ohne das Allgemeine aus dem Auge zu verlieren, vom Zeitunbegrenzten mehr ins Unmittelbare, vom Absoluten zum Positiven gehen, neben dem dauernden Programm solche Arbeitsprogramme aufstellen, welche für die nächstliegende Zeit bestimmt sind, und unsere Kraft auf solche Einzelforderungen sammeln, welche jeweilig den dringendsten Bedürfnissen entsprechen und die grösste Möglichkeit der Durchführung für sich haben. Hinter diese Forderungen muss dann die ganze Kraft unserer Agitation, unsere Beweisführung und Ueberzeugung, die Geschicklichkeit und Zähigkeit der Verhandlung, sowie all' unser öffentlicher Einfluss gestellt werden. Man achtet und beachtet nur den Starken, und deshalb dürfen wir die Waffen, die wir bisher geführt haben, nicht aus der Hand legen; sind sie doch gegenüber den meisten unsere einzige Bürgschaft. Aber wir brauchen nicht jeden Augenblick unnütz mit ihnen zu lärmen. Der Wilde glaubt den Gegner zu schrecken, wenn er die Lanze drohend herumwirft und schreckliche Geberden macht; ein wohlorganisiertes Heer macht auch Gewehr bei Fuss den Eindruck der Stärke — sich selbst und anderen! — Von diesem Gesichtspunkte aus habe ich am 1. Juni als zunächst zu betreibende Forderungen bezeichnet: 1. Fortführung des Arbeiterschutzes, insbesondere Normal-Arbeitstag u. s. w. u. s. w."

Bebel erklärte, dass die Partei, wenn sie so agitieren wolle, wie Vollmar es wünsche, notwendigerweise eine Opportunitätspartei im allerschlimmsten Sinne des Wortes werden müsse. Er nannte das Princip des Klassenkampfes gegen die herrschenden Klassen und die Staatsgewalt das Rückgrat der Socialdemokratie. Er betonte, dass dieses Princip nicht durch eine lahme Kampfweise und durch den ausschliesslichen Kampf für sogenannte praktische Ziele in den Hintergrund geschoben werden dürfe. Ausführlich entwickelte er in einer Resolution seine Ansicht, dass kein Grund vorläge, die bisherige Taktik der Partei zu ändern (siehe „Taktik"). Vollmar sprach sich ohne jede Einschränkung für die von Bebel entwickelte Ansicht bezüglich der Beibehaltung der bisherigen Taktik aus und erklärte, dass er, sobald die Meinungsdifferenz eine sachliche Erledigung fände, sich auf den Boden dieser sachlichen Erledigung stellen, dass er aber „um keinen Preis eine persönliche Spitze annehmen" werde. Bebel wollte, auf die Gefahr hin, Vollmar ausscheiden zu sehen,

vollständige Klärung der Situation herbeiführen; von anderer Seite aber wurde die „persönliche Spitze“ abgebrochen und damit eine Spaltung der gemässigteren und der radikaleren Elemente vermieden.

Ueber das Programm und die vom Erfurter Parteitag festgestellten Principien für die Taktik siehe die betreffenden Artikel.

Die Wahlen für die Parteileitung ergaben folgendes Resultat. Zu Vorsitzenden wurden gewählt: Singer und Gerisch; zu Schriftführern: Auer und Fischer; zum Kassierer: Bebel; zu Kontrolleuren: Herbert-Stettin, Gottfried Schulz-Berlin, Ewald-Brandenburg, Dubber-Hamburg, Kaden-Dresden, Meister-Hannover und Jacobey-Berlin.

Berliner Parteitag. Der dritte Parteitag nach Ablauf des Socialistengesetzes wurde vom 14. bis 22. November 1892 in Berlin abgehalten. Ungefähr 230 Delegierte waren erschienen. Ueber die wichtigsten Gegenstände der Tagesordnung: „Die Maifeier 1893“, „Staatssocialismus und revolutionäre Socialdemokratie“, „Boykott“ und „Kontrollmarke“ berichten wir in den betreffenden Artikeln. Ueber alle Anträge betreffend Aenderung des Erfurter Programms, welche übrigens unbedeutender Natur waren, ging man ohne Diskussion zur Tagesordnung über. Die Organisation wurde insofern abgeändert, dass man an die Stelle des Wortes „Vertrauensmänner“ „Vertrauenspersonen“ setzte. Im wesentlichen handelte es sich in Berlin um die Erledigung der laufenden rein geschäftlichen Angelegenheiten, so dass eine wohlthuende Nüchternheit die ganzen Verhandlungen beherrschte. Allerdings stach die Kritik, welche von einigen kleinlichen Geistern an dem Bericht der Kontrolleure, insbesondere dem Posten „Gehalt des Redaktionspersonals des ‚Vorwärts‘“, geübt wurde, unangenehm davon ab.

Das Jahr 1893 brachte die Reichstagswahlen (s. d.) und den internationalen Kongress zu Zürich (s. pag. 387 ff.). Bei den am 15. Juni erfolgten Reichstagswahlen hatte die Partei in 386 von den 397 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, die ca. 1 800 000 Stimmen auf sich vereinigten. 24 socialdemokratische Abgeordnete waren im ersten Wahlgange gewählt und in 85 Wahlkreisen kamen Socialdemokraten in die Stichwahl, von denen 20 die Majorität erhielten. Anf dem internationalen Kongress in Zürich erschienen 92 Delegierte aus Deutschland.

Kölner Parteitag. Vom 22. bis 28. Oktober 1893 tagten die Delegierten der socialdemokratischen Partei in Köln a. Rh. Bei der Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung „Parteipresse und Agitation mit besonderer Berücksichtigung der Landagitation“ benutzten manche Delegierte die Gelegenheit, die Parteileitung dafür zu tadeln, dass in dieser Hinsicht noch nicht erreicht war, was sie persönlich für wünschenswert oder notwendig hielten. Die Redaktionen des „Vorwärts“ und der „Neuen Welt“ bildeten in erster Linie Objekte einer in vielen Punkten durchaus ungerechtfertigten Kritik. Der Mangel an passender Jugendlitteratur und an Flugschriften für die Landagitation wurde vielfach beklagt und von der Parteileitung damit erklärt, dass sich litterarische Erzeugnisse nicht aus dem Boden stampfen lassen. Eine grosse Anzahl von Delegierten wünschte ferner, dass ein „Central-Wochenblatt“ ins Leben ge-

rufen würde, und ein dahingehender Antrag wurde vom Parteitag angenommen. Ueber die Verhandlungen betreffend die Maifeier und die Gewerkschaftsbewegung haben wir auf S. 488 und S. 298 ff. berichtet. Die Debatte über die Gewerkschaften nahm besonders lange Zeit in Anspruch, von der allerdings ein bedeutender Teil mit kleinlichen persönlichen Streitereien ausgefüllt wurde. In der Nachmittagssitzung des 27. Oktober referierte Bebel in längerer Rede über die Stellung der Socialdemokratie zum Antisemitismus. Seine Ausführungen gipfelten darin, dass der Antisemitismus zu bekämpfen sei, da er einen reaktionären Charakter trage. Doch sprach Bebel zugleich die Ueberzeugung aus, dass der Antisemitismus schliesslich revolutionär wirke, weil die gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zuletzt zu der Erkenntnis kommen müssten, dass nicht bloss der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind wäre, und dann in die Reihen der Socialdemokraten eintreten würden. Ueber den letzten Punkt der Tagesordnung „Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechte zu den Landtagen“ referierte ebenfalls Bebel. Wir teilen die Beschlüsse des Parteitages unter dem Artikel „Taktik“ mit.

In die Parteileitung wurden gewählt: Bebel und Singer als Vorsitzende, Gerisch als Kassierer, Auer und Fischer als Schriftführer. Zu Kontrolleuren wählte man: Meister, Klees, Herbert, Oertel, Kaden, Meist und Könen.

Frankfurter Parteitag. Im Jahre 1894 tagten die Vertreter der deutschen Socialdemokratie in Frankfurt a. M. vom 21. bis 27. Oktober. Das grösste Interesse beanspruchten entschieden die Verhandlungen über die Agrarfrage. Dr. Bruno Schönlank und Georg von Vollmar waren die beiden Referenten. Ersterer gab auf Grund eingehender Studien der auf die Landwirtschaft bezüglichen Litteratur eine Darstellung der Verhältnisse des platten Landes in den verschiedenen Teilen Deutschlands und forderte als Grundlage für eine erfolgreiche Landagitation eine genaue Schilderung der Zustände in den einzelnen Landesteilen und ein Agrar-Programm als Ergänzung und Erweiterung des Erfurter Programms. Er warnte davor, den Landleuten graue Theorie zu predigen. Man müsse ihre besonderen Verhältnisse verstehen lernen und an dieselben in der Agitation anknüpfen. Vollmar ergänzte die Ausführungen Schönlanks durch seine langjährigen Erfahrungen als Bauernagitator — und zwar als erfolgreicher Bauernagitator — in überaus glücklicher Weise. Nachdem er zuerst ausgeführt hatte, dass die Socialdemokratie, welche als eine Industriearbeiterbewegung ins Leben getreten sei, bisher sich mit den Verhältnissen der ländlichen Bevölkerung nur oberflächlich befasst habe, dass sie den Grundsatz, nur der Grossbetrieb sei rationell, ohne weiteres auf die Landwirtschaft übertragen und so dem Bauern nichts geboten habe als die Erkenntnis seines unabwendbaren Unterganges, und nachdem er dann mit schlagenden Bemerkungen die Aussichtslosigkeit und die Verkehrtheit der bisher meistens getriebenen Agitation gekennzeichnet hatte, entwarf er mit scharfen Strichen ein Bild des Bauern, wie er ihn mit eigenen Augen gesehen hatte. Seine Ausführungen gipfelten darin, dass im jetzigen Stadium der

ökonomischen, politischen und Parteientwicklung die bisher zur Agrarfrage eingenommene Stellung unhaltbar sei, dass man der landwirtschaftlichen Bevölkerung dieselbe Aufmerksamkeit wie der industriellen zuzuwenden habe und ein positives Vorgehen durch Forderung von solchen Massregeln, welche die Bauern und Landarbeiter heute schon gegen die kapitalistische Ausbeutung schützen und zugleich die höheren Wirtschaftsformen der Zukunft anbahnen, eine unabweisbare Notwendigkeit sei. Mit Schönlank vereinigte sich Vollmar zu der Forderung, dass der Parteitag für die weitere Behandlung der Frage einen Agrar-Ausschuss ernennen solle. Der Parteitag folgte dem Antrag der Referenten und ernannte zu Mitgliedern des Agrar-Ausschusses: Bassler, Bebel, Birk, Bock, Dr. David, Geck, Hug, Katzenstein, Liebknecht, Molkenbuhr, Dr. Quarck, Schönlank, Schippel, Schulze-Kossebaude und v. Vollmar.

Während man bei der Besprechung der Agrarfrage auf dem Parteitage gleichsam tastend vorging, bewegte man sich bei dem nächsten Punkte der Tagesordnung „Ueber die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle und ähnlicher grosskapitalistischer Organisationen“ auf durchaus festem Boden. Nach dem durch Sachkunde und Klarheit in hohem Masse ausgezeichneten Referat Schippels vereinigte sich der Parteitag zu einer Resolution, die wir unter dem Artikel „Trusts“ mitteilen.

Es bleibt noch übrig, die Verhandlungen des Parteitages über das Verhalten der socialdemokratischen Abgeordneten im bayerischen Landtage zu erwähnen. Von verschiedenen Seiten war von Genossen der Antrag gestellt, den betreffenden Abgeordneten eine Rüge zu erteilen, weil sie für den Etat gestimmt hatten. Die eigentliche Spitze dieses Antrages richtete sich gegen v. Vollmar. Bei der Debatte ging es recht lebhaft zu. Wie bereits auf früheren Parteitagen, kam auch diesmal der Argwohn zum Ausdruck, dass v. Vollmar durch seine agitatorische und politische Thätigkeit sich in Widerspruch setze mit dem revolutionären Princip der Socialdemokratie. Man versuchte, durch eine Resolution das Princip festzulegen, dass die socialdemokratischen Abgeordneten in den Einzelstaaten gegen das Budget zu stimmen hätten. Wenn aus den Verhandlungen und Abstimmungen auch hervorging, dass die Majorität des Parteitages einer solchen Taktik als notwendigen Folgerung aus dem Princip der unbedingten Opposition gegen die „eine reaktionäre Masse“ zustimmte, so konnte sie sich doch angesichts der Entschiedenheit, mit der Vollmar sein und der Bayern Vorgehen verteidigte, und des starken Anhanges, den seine Auffassung besonders bei den süddeutschen Abgeordneten fand, nicht zur Annahme einer bindenden Resolution entschliessen. So war das Resultat der langen, an persönlichen Bemerkungen reichen Debatte dann das rein negative, dass die Handlungsfreiheit der socialdemokratischen Landtagsabgeordneten in ihrem taktischen Vorgehen nicht eingeschränkt wurde.

Die Wahlen zur Parteileitung ergaben das folgende Resultat: Vorsitzende: Bebel und Singer; Sekretäre: Auer und Pfannkuch; Kassierer: Gerisch; Kontrolleure: Meister, Kaden, Oertel, Könen, Klees, Meist und Metzner.

Es konnte nicht ausbleiben, dass auch auf diesem Parteitag wieder manche wichtige Frage, die im Laufe der Verhandlungen angeregt wurde, kurzer Hand abgethan und manche Kleinlichkeit des langen und breiten erörtert wurde. Es ist nun einmal der Fluch, der auf demokratischen Körperschaften und Versammlungen lastet, dass beschränkte Köpfe die Redefreiheit gebrauchen, um sich in ihrer ganzen Jämmerlichkeit zu enthüllen. Im grossen und ganzen zeigte der Frankfurter Parteitag aber die deutsche Socialdemokratie als eine stramm organisierte und besonnen geleitete Macht.

Sorge, F. A., der thätigste Vertreter des marxistischen Socialismus in Amerika, geboren in der Provinz Sachsen, beteiligte sich an der badischen Revolution von 1849, lebte als Flüchtling in der Schweiz, Belgien und England. 1852 ging er nach Amerika, wo er heute in New-York lebt.

Als der Generalrat der Internationalen Arbeiterassociation 1872 nach Amerika verlegt wurde, war Sorge eine Zeit lang Sekretär derselben.

Die Mitteilungen Sorges, insbesondere seine seit 1891 in der „Neuen Zeit“ veröffentlichten Aufsätze, bilden eine wichtige Quelle für die Geschichte des Socialismus in den Vereinigten Staaten.

Spanien. In Spanien fand die Agitation der Internationalen Arbeiterassociation nach der Septemberrevolution vom Jahre 1868 einen günstigen Boden. Der Generalrat hatte schon vorher seine Aufmerksamkeit auf dieses Land gerichtet, indem er auf dem Kongress in Brüssel am 8. September 1868 erklärte:

„Eine Revolution ist in diesem Lande unausbleiblich, und die Arbeiter werden hier, wie in allen übrigen Ländern, die vereinigte Macht des Staates und der Kirche über den Haufen werfen, um eine neue Gesellschaft zu gründen auf der Basis der Gerechtigkeit und der Arbeit.“

Am 20. September brach in Spanien die Revolution los, durch welche die Königin Isabella verjagt wurde. Der Generalrat erliess am 21. Oktober eine Proklamation an die „Arbeiter Spaniens“. In diesem Schriftstück wird ausgeführt, dass eine rein politische Revolution dem Volke nicht die volle Freiheit bringen, noch es aus dem Zustande materieller wie moralischer Versunkenheit retten könne. „Heutzutage“ — heisst es darin — „muss es feststehen: dass politische Freiheit ohne politische Gleichheit ein Unsinn ist, und dass wiederum politische Gleichheit ohne ökonomische Gleichheit nur ein Schwindel, ein Fallstrick ist.“

Im März 1869 wurde die erste Sektion der Internationalen Arbeiterassociation in Barcelona gegründet, bald darauf eine Centralsektion in Madrid. Die Internationale Arbeiterassociation breitete sich dann schnell aus. Auf dem Basler Kongress der Internationalen Arbeiterassociation wurde von einem spanischen Delegierten berichtet, dass in Barcelona 38 Sektionen mit 7081 Mitgliedern organisiert seien. Die Organisation in Spanien war föderalistisch, Mittelpunkte der Bewegung waren Andalusien und Catalonien. Als die Internationale Arbeiterassociation immer mehr Boden in Spanien gewann, ergriff die Regierung Massregeln zur Unterdrückung derselben. Sie versuchte 1872 auch, die englische Regierung zu gemein-

samem Vorgehen gegen die Internationale Arbeiterassociation zu bewegen, erhielt aber eine durchaus ablehnende Antwort.

Bald trat auch in den spanischen Sektionen der damals in der Internationale vorhandene Gegensatz zwischen Bakunisten und Marxisten scharf hervor. Erstere gewannen immer mehr die Oberhand und schlossen eine Anzahl ihrer Gegner — unter ihnen Lafargue, den Schwiegersohn von Marx — als „Verräter“ aus dem Verbande aus. Sie wussten es auch durchzusetzen, dass Spanien auf dem Haager Kongress fast nur durch die Anhänger Bakunins vertreten war. Nach der dort eingetretenen Spaltung wurde auf dem Landeskongress zu Cordova im Dezember 1872 die spanische Internationale nach den Plänen Bakunins neu organisiert.

Die Anhänger von Marx protestierten lebhaft gegen das Vorgehen der Bakunisten und konstituierten einen eigenen Föderalrat. Sie verloren ihren ohnehin unbedeutenden Einfluss gänzlich, als sie sich gegen den Aufstand aussprachen, der im Dezember 1872 wegen der von den Cortes dem Könige Amadeo bewilligten Rekrutenaushebung von 40000 Mann ausbrach. Als im Februar des folgenden Jahres die Republik erklärt wurde, gerieten die Führer der Bakunisten in eine schwierige Lage. Sie hatten immer die Verwerflichkeit jeder politischen Thätigkeit, jeder Beteiligung an den Wahlen gepredigt, da darin eine Anerkennung des Staates, der vernichtet werden müsse, liege. Es war ferner seit Jahren von ihnen das Dogma gelehrt worden, dass man an keiner Revolution sich beteiligen dürfe, die nicht die sofortige volle Emancipation der Arbeiterklasse zum Ziel habe.

Das Dogma wollte den spanischen Arbeitern, welche zur Allianz gehörten, aber nicht einleuchten. Die Allianzisten sahen sich gezwungen, zwei grosse Versammlungen, die eine in Barcelona, die andere in Alcoy, abzuhalten. Auf beiden stemmten sie sich mit allen Kräften dagegen, dass man feststelle, welche Haltung die Internationale zu beobachten habe. Es wurde demgemäss beschlossen, dass die Internationale als solche keine politische Thätigkeit ausüben sollte, dass es den einzelnen Mitgliedern freistehen solle, zu handeln, wie sie wollten. Die Folge war, dass bei den Wahlen zur Konstituante die Allianzisten für die radikalste Partei, die Intransigenten, stimmten und sich auch in alle kantonalen Aufstände der Intransigenten hineinziehen liessen, die mit der Ausnahme des Aufstandes in Valencia leicht unterdrückt wurden. In Barcelona wurde eine allgemeine Arbeitseinstellung beschlossen und begonnen, ebenso in Alcoy, wo dieselbe zu wahren Greuelscenen führte. Die Sektionen derselben wurden von der Regierung verfolgt und schliesslich aufgelöst; ihre gegeheime Propaganda wurde aber dadurch nicht verhindert.

An die Oeffentlichkeit tritt die Bewegung erst wieder im Jahre 1881 nach dem Sturz des konservativen Ministeriums. Auf einem vom 24. bis 25. September dieses Jahres in Barcelona von der radikalen Richtung, den Anarchisten, wie sie sich jetzt nennen, abgehaltenen Nationalkongress wurde die „spanische Föderation der Internationalen Arbeiterassociation“ gegründet. Als Ziel stellen sie die vollständige politische und sociale Emancipation der arbeitenden Klasse hin. An die Stelle des Staates sollen

auf kollektivistischer Grundlage basierte, autonome, föderalistisch verbundene Communen treten. Diese wollen sie nur durch den gewaltsamen Umsturz der heutigen gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung erstreben, da sie die Anwendung politischer Mittel für aussichtslos halten. Grossen Wert legen sie auf die Organisation von Gewerkschaften, in denen sie ein wichtiges Mittel zur Verschärfung des Klassenkampfes erblicken.

Auf dem im nächsten Jahre (1882) in Sevilla stattfindenden Kongress konstatierten sie einen grossen Erfolg ihrer Agitation. Im folgenden Jahre wurden sie in derselben sehr gehindert, da die Regierungen ihre Verfolgung des andalusischen Geheimbundes „Mano negra", der einen dem irländischen ähnlichen agrarischen Terrorismus ausübte, auf die Anarchistengruppen ausdehnte. Die verhafteten Anarchisten mussten aber wieder entlassen werden, da ein Zusammenhang nicht konstatiert werden konnte. Der im Jahre 1883 in Valencia tagende Kongress wies jede Gemeinschaft mit dem „heimlichen Treiben jener Meuchelmörder" mit Entrüstung von sich und berief sich auf die Gesetzlichkeit der anarchistischen Organisation und Agitation.

Im Gegensatz zu den Anarchisten hatten die Socialisten für August 1882 einen Nationalkongress nach Barcelona berufen. Es erschienen auf demselben 119 Delegierte, die 88 Vereine vertraten. Man gründete die „allgemeine Arbeiterunion", welche die Emancipation der arbeitenden Klasse durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als ihr Ziel bezeichnete, zu dessen Erreichung man als wichtigstes Mittel das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht bezeichnete.

Im Jahre 1885 wurde in Madrid ein Wochenblatt „El Socialista" herausgegeben. Wenn die junge socialistische Arbeiterpartei auch von allen Seiten, insbesondere von den Republikanern und den Anarchisten, heftig angegriffen wurde, so gelang es ihr trotzdem, Boden zu gewinnen. Zu ihrem am 23. bis 25. August 1888 in Barcelona abgehaltenen Kongress erschienen Delegierte aus 19 Orten. Das dort angenommene Programm entspricht nach Form und Inhalt dem Gothaer Programm. Die Organisation ist weniger straff. Wie das Gothaer Programm von der einen reaktionären Klasse redete, so sagte auch der Kongress zu Barcelona in einer Resolution: „Die Stellung der socialistischen Arbeiterpartei gegenüber den bürgerlichen Parteien, mögen sie heissen, wie sie wollen, kann und darf keine versöhnliche sein, sondern muss, wie sie es seit der Entstehung der Partei war, die des unversöhnlichsten, beständigen Kampfes sein."

Auf dem im August 1890 in Bilbao abgehaltenen Kongress konnte ein Anwachsen der Bewegung konstatiert werden. An den Wahlen zum Parlament im Februar 1891 beteiligte sich die Partei, erlangte aber nirgends einen Sitz. Doch stieg infolge der im Wahlkampf entwickelten Agitation die Zahl der Anhänger nicht unbedeutend.

Abgesehen von dem schon erwähnten Blatte „El Socialista" in Madrid, existieren noch drei Wochenblätter in Barcelona, Alicante und Bilbao. Die Maifeier wurde auch in Spanien von grossen Arbeiterscharen begangen, und zwar nicht nur in den grossen Städten, sondern auch in

dünn bevölkerten Gegenden. Besonders gross ist die Zahl der Anhänger der Partei in der Provinz Biscaya, wo sich in den letzten Jahren eine grossartige Industrie entwickelt und Arbeiter aus allen Teilen des Landes angezogen hat. Hier hatten die Socialisten bei den städtischen Wahlen ihren ersten Erfolg: vier Kandidaten wurden in der Stadt und einer im Bergwerksdistrikte gewählt. Ende Mai 1891 kam es gelegentlich eines Streiks zu einem blutigen Zusammenstoss zwischen Truppen und Arbeitern, infolgedessen der Belagerungszustand über den Distrikt verhängt wurde. Die Verhafteten wurden aber bald wieder in Freiheit gesetzt.

In Paris 1889 waren zwei spanische Delegierte, Pablo Iglesias und Mesa, in Brüssel einer, in Zürich zwei anwesend. Iglesias, von Beruf ein Schriftsetzer, hat der socialistischen Bewegung in Spanien neues Leben gegeben. Er bekennt sich durchaus zu den Lehren von Marx und tritt auf das energischste den Anarchisten entgegen. Wenn er diesen auch das Terrain an manchen Orten mit Erfolg streitig gemacht hat, so haben dieselben vorläufig doch noch einen grossen Einfluss. Der von ihnen im Anfange des Jahres 1892 in Xeres in Scene gesetzte Aufruhr und das Bombenattentat im Theater zu Barcelona im November 1893 bewog die Behörden, die strengsten Massregeln zur Unterdrückung derselben und zur Bestrafung der Führer zu ergreifen.

Spence, Thomas, wurde im Jahr 1750 als Sohn eines armen Schusters in Newcastle upon Tyne geboren. 1775 zog er durch einen Vortrag in der philosophischen Gesellschaft von Newcastle die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Er empfahl in demselben die Verwandlung des Grund und Bodens in Gemeineigentum. Auf diesen Gedanken wurde er durch die gerade damals ergangene Entscheidung eines langwierigen Prozesses über eingehegtes Gemeindeland (inclosed common) geführt, durch die bestimmt wurde, dass die Rente dieses Landes in jedem Jahre unter alle Bürger (Freemen) von Newcastle verteilt werden sollte. Wenn man alles Land zum Eigentum der Gemeinde erklärte, führte er aus, würde die durch die Verpachtung zu erzielende Rente zur Deckung aller öffentlichen Ausgaben hinreichen, somit die Abschaffung aller Steuern ermöglichen und noch einen ansehnlichen Ueberschuss zur Verteilung an die Gemeindemitglieder ergeben. Wenn auch einige angesehene Männer der Stadt seiner Ansicht beipflichteten, so hatte er sich durch seinen Vortrag doch viele Feinde gemacht. Er wurde aus der philosophischen Gesellschaft ausgeschlossen und sah sich gezwungen, die Schule, die er in Newcastle hielt, eingehen zu lassen. So seiner Erwerbsquelle beraubt, wandte er sich nach London, wo er durch einen kleinen Buchhandel, insbesondere durch den Vertrieb seiner eigenen Schriften, in dürftigster Weise sein Leben fristete. Bis zu seinem Tode war er unermüdlich für die Ausbreitung seiner Ideen thätig, für die er eine kleine Schaar Anhänger zu gewinnen wusste. Er scheint von der Regierung sehr gefürchtet gewesen zu sein; jedenfalls gehörte er zu den Ersten, die jedesmal bei der in jenen Zeiten öfter erfolgenden Suspension der Habeas-Corpus-Acte verhaftet wurden. Zu verschiedenen Malen wurde er auch vor Gericht gestellt und einmal wegen der Veröffentlichung von „The Restorer of Society to its natural state“ zu 12

Monaten Gefängnis verurteilt. 1795/6 gab er eine kleine Monatsschrift heraus unter dem Titel „Schweinefutter oder Lehren für das schweinische Volk“. Sie enthält hauptsächlich Auszüge aus Schriften revolutionären Inhalts, da seiner Meinung nach „ein verständiger Kompilator besser ist als ein schlechter Autor“. Er starb im Jahre 1814 in grösster Armut und wurde auf Kosten seiner Freunde begraben. Durch das kurz darauf erfolgende Auftreten Owens geriet er bald in Vergessenheit.

Einer seiner Anhänger, Allen Davenport, hat 1836 seine Biographie geschrieben, in der er von ihm sagt: „Er war immer bemüht für das Wohl der ganzen Menschheit; doch es war der Arbeiter — derjenige, welcher alles, was das menschliche Leben erhält, verschönert und verfeinert, hervorbringt —, der seinem Herzen am nächsten stand. Für die politische Befreiung der Armen hat er während seines ganzen Lebens den Hass, die Verfolgungen und die schreckliche Rache der Reichen und Mächtigen auf sich genommen.“

Die beste Einsicht in seine Lehre gewähren uns seine „Auszüge aus der Konstitution von Spensonia“, die er 1805 als „Anweisung, wie man ein tausendjähriges Reich oder eine glückliche Welt gründet“ herausgab. In der „Deklaration der Rechte“ heisst es in:

Art. 3. Alle menschlichen Wesen sind gleich von Natur und vor dem Recht und haben ein immerwährendes und unentziehbares Eigentum an der Erde und ihren Erzeugnissen.

Art. 4. Das Gesetz ist der freie und feierliche Ausdruck des allgemeinen Willens. Es muss für alle gleich sein, ob es beschützt oder bestraft. Es kann nur das befehlen, was gerecht und der Gesellschaft nützlich ist. Es kann nichts verbieten, was nicht schädlich ist.

Art. 5. Gesellschaftliche Gesetze können deshalb nie natürliche Rechte entziehen. Und jeder Mann, jede Frau und jedes Kind behalten, vom Tage ihrer Geburt bis zum Tage ihres Todes, ihr Erstgeburtsrecht am Boden ihrer Gemeinde.

Art. 6. Demgemäss, wenn eine Gemeinde von ihren Pachtgeldern dem Staate und der Provinz ihren Anteil an den gemeinsamen Ausgaben überwiesen und die Mittel zur Bestreitung ihrer eigenen, angemessenen Bedürfnisse bereit gestellt hat, so ist der Rest der Pachtgelder das unbestreitbare gemeinsame Eigentum aller Männer, Frauen und Kinder, die in der Gemeinde angesessen sind, und sollte gleichmässig unter sie verteilt werden.

Aus seiner „Verfassung“ führen wir an:

Art. 5. Bürgerinnen haben gleiches Stimmrecht in ihren Gemeinden, wie die Männer... Doch in Anbetracht der Schwäche (delicacy) ihres Geschlechts sind sie befreit von und unwählbar zu allen öffentlichen Aemtern.

Art. 6. Jeder Mann, jede Frau und jedes Kind, ob in oder ausser der Ehe geboren — denn Natur und Gerechtigkeit wissen nichts von Illegitimität — haben einen gleichen Anspruch auf die vierteljährlich zu verteilenden Pachtgelder der Gemeinde, wo sie angesessen sind. Doch müssen vor der Verteilung die öffentlichen Abgaben an den Staat und die

Provinz in Abzug gebracht und die Ausgaben der Gemeinde gedeckt werden.

Art. 19. Das Eigentumsrecht ist das jedem Bürger zustehende Recht, nach freiem Ermessen von seinem Eigentum, seinen Einnahmen, seinem Fleiss und seiner Thätigkeit Gebrauch zu machen und darüber zu verfügen. Von besonderer Art ist sein Recht am Grund und Boden, das, untrennbar mit dem Rechte seiner Gemeindegenossen verbunden, unveräusserlich ist.

Staatssocialismus. Der Staatssocialismus ist nach der Darstellung seiner Verteidiger keineswegs eine auf socialistische Einflüsse zurückzuführende Neuerung, sondern nichts anderes als die Wiederaufnahme und Weiterführung der bereits im preussischen Landrecht ausgesprochenen Socialpolitik der preussischen Könige. Die in Betracht kommenden Paragraphen des preussischen Landrechts sind im II. Teil, 19. Titel:

§ 1. Dem Staate kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen können.

§ 2. Denjenigen, welchen es nur an Mitteln und Gelegenheit, ihren und der Ihrigen Unterhalt selbst zu verdienen, ermangelt, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten gemäss sind, angewiesen werden.

§ 3. Diejenigen, die nur aus Trägheit, Liebe zum Müssiggang und andern unordentlichen Neigungen die Mittel, sich ihren Unterhalt zu verdienen, nicht anwenden wollen, sollen durch Zwang und Strafen zu nützlichen Arbeiten unter gehöriger Aufsicht angehalten werden.

§ 6. Der Staat ist berechtigt und verpflichtet, Anstalten zu treffen, wodurch der Nahrungslosigkeit seiner Bürger vorgebeugt und der übertriebenen Verschwendung gesteuert wird.

§ 15. Aller Armen und Unvermögenden, denen ihr Unterhalt auf andere Art nicht verschafft werden kann, muss die Polizeiobrigkeit eines jeden Ortes sich annehmen.

Als die Aufnahme der alten Socialpolitik der preussischen Könige wird also die neue Socialgesetzgebung von den Anhängern derselben verkündigt. Soviel ist aber ohne weiteres klar, dass die Socialpolitik Bismarcks, wie auch von ihm selbst zugegeben, in erster Linie unter dem Eindruck der wachsenden Verbreitung der socialistischen Ideen, wie der socialdemokratischen Partei, entstand. Daher auch die doppelten Massregeln: auf der einen Seite der Versuch, den Socialismus durch das Socialistengesetz vom 21. Oktober 1878 zu vernichten, und auf der anderen das teilweise Paktieren mit demselben durch die in der Botschaft vom 17. November 1881 inaugurierte Socialpolitik. Dieselbe Politik der doppelten Massregeln hatte schon Napoleon III. der Internationalen gegenüber (s. Frankreich) mit demselben Erfolg angewandt. Die Verfolgungen dienten nur dazu, den Verfolgten die Sympathieen der Arbeiterkreise, die ihnen noch gleichgültig gegenüberstanden, und deren Unterstützung zu erwerben, während die arbeiterfreundlichen Gesetze und Verfügungen nur mit dem grössten Misstrauen als ebenso viele Fallstricke von der

Arbeiterschaft betrachtet wurden. Die in der Botschaft vom 17. November 1881 in Betracht kommenden Stellen sind folgende:

„Schon im Februar dieses Jahres haben Wir unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, dass die Heilung der socialen Schäden nicht ausschliesslich im Wege der Repression socialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmässig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so grösserer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewusstsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hülfsbedürftigen grössere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiss und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Parteistellungen.

„In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstag stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Beratung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmässige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Mass staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu teil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der enge Anschluss an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen des letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde. Immerhin wird aber auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein."

Diese Worte zeigen deutlich und klar den Einfluss der unter dem Namen Kathedersocialisten (s. d.) bekannten Schule; ja man kann sagen, dass die ganze Botschaft nichts anderes enthält, als das Programm derselben, wie es auf den Versammlungen des Vereins für Socialpolitik ausgesprochen wurde.

Von den in der Botschaft erwähnten Entwürfen sind dann zur Ausführung gekommen und Gesetz geworden: das Unfallversicherungsgesetz (6. Juli 1884, mit den Novellen vom 25. Mai 1885, 15. März 1886, 11. Juli 1887, 13. Juli 1887), das Kranken-Versicherungsgesetz (15. Juni 1883 mit den Novellen vom 28. Mai 1885, 5. Mai 1886, 10. April 1892), *das Invaliditäts-* und Alters-Versicherungsgesetz (22. Juni 1889).

Gegenüber dieser von der Regierung ins Werk gesetzten Socialreform hat die socialdemokratische Partei auf dem Kopenhager Kongress 1883 und auf dem St. Galler Kongress 1887 Stellung genommen. Da sie weder an die ehrlichen Absichten, noch an die Fähigkeit der herrschenden Klassen, wirklich ernsthaft etwas für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse zu thun, glaubte, so hielt sie die ganze Socialreform nur für ein taktisches Mittel, die Arbeiter von der Socialdemokratie zu trennen, und erblickte einen Beweis für ihre Ansicht in der Ablehnung bezw. „Hintertreibung" des socialdemokratischen Arbeiterschutz-Gesetzentwurfes.

In neuerer Zeit ist die Frage, wie hat sich die Socialdemokratie zum Staatssocialismus zu stellen, durch einen Artikel Vollmars in der Juninummer 1892 der „Revue bleue" wieder aufgenommen worden. Vollmar bezeichnet hier zunächst den Staatssocialismus als die Theorie, dass der Staat nicht bloss eine Organisation zu politischen Zwecken sei, sondern dass sich seine Souveränetät auch auf das wirtschaftliche Gebiet in dessen vollem Umfang erstrecke, so dass dem Staate nicht nur die Regelung des ganzen Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern zustehe, sondern dass auch die Ueberführung beliebiger Teile der Gütererzeugung unter die Oberleitung oder selbst in den unmittelbaren Betrieb des Staates in seiner Befugnis liege. Für Vollmar besteht darüber kein Zweifel, dass alle Versuche des bestehenden Staates, die wirtschaftliche Gewalt in seinem Sinne nutzbar zu machen, notwendig scheitern müssten und dass der Staat mehr und mehr unter den moralischen und politischen Einfluss der Socialdemokratie kommen müsse. Er sieht deshalb keinen Grund, eine ökonomische Theorie mit ganz besonderem Eifer zu bekämpfen, die zwar die autoritäre Stellung der bestehenden Staatsgewalt sicherlich erhalten oder noch steigern will, aber dieses Ziel infolge der notwendigen Entwicklung der Dinge nicht erreichen kann. Diese Ausführungen Vollmars, in denen eine Kapitulation mit den bestehenden Verhältnissen erblickt wurde, erregten einen gewaltigen Sturm in der Partei und Vollmar wurde von allen Seiten aufs schärfste angegriffen. Am sachlichsten hat wohl Kautsky in der „Neuen Zeit" die Anschauungen der Majorität zum Ausdruck gebracht. Er verbessert zunächst die zu weite Definition Vollmars und gibt den Namen Staatssocialismus nur den Eingriffen des Staates in die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche die Aufgabe haben, den Klassenkämpfen zwischen Bourgeoisie und Proletariat ein Ende zu machen und die Aussöhnung der socialen Klassen herbeizuführen. Die notwendige Voraussetzung derselben ist natürlich das Bestehen einer starken Staatsgewalt, die, über den Klassen stehend, jedem das Seine gibt. Will aber der Staat den Klassenkampf zwischen Proletariat und Kapitalisten aufheben, so muss er sich dabei auf die Klasse der Grundbesitzer stützen, deren Interessen auf Kosten des übrigen Volkes bedeutend gefördert werden müssten. Jede Verstaatlichung der wirtschaftlichen Betriebe wird aber unter den heutigen Verhältnissen nur im fiskalischen Interesse, nicht in dem der Arbeiter, erfolgen und so die Knechtschaft derselben nur noch zu einer drückenderen, weil hoffnungsloseren,

machen. Ausserdem wird die Regierungsgewalt ganz ungeheuer verstärkt werden, während die Bestrebungen der Socialdemokratie gerade daraufhin gerichtet sind, die Regierung soweit sie sich als ein vom Volke unabhängige Gewalt, darstellt, zu schwächen und den Zwecken der Gesellschaft zu unterwerfen, nicht aber das Umgekehrte zu thun. Aus all' diesen Gründen verlangte Kautsky die schärfste Stellungnahme gegen den Staatssocialismus und eine Erklärung des Kongresses von 1892 über diese Frage. So erschien sie denn auch als sechster Punkt der Tagesordnung. Die Debatte brachte keine neuen Gesichtspunkte, so dass wir sie mit Stillschweigen übergehen und uns begnügen können, die Resolution des Parteitages anzuführen. Sie lautet:

„Die Socialdemokratie hat mit dem sogenannten Staatssocialismus nichts gemein.

„Der sogenannte Staatssocialismus, insoweit er auf die Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken hinzielt, will den Staat an die Stelle der Privatkapitalisten setzen und ihm die Macht geben, dem arbeitenden Volk das Doppeljoch der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Sklaverei aufzulegen.

„Der sogenannte Staatssocialismus, insoweit er sich mit Socialreform oder Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen beschäftigt, ist ein System von Halbheiten, das seine Entstehung der Furcht vor der Socialdemokratie verdankt. Er bezweckt, durch kleine Konzessionen und allerlei Palliativmittel die Arbeiterklasse der Socialdemokratie zu entfremden und diese dadurch zu lähmen.

„Die Socialdemokratie hat nie verschmäht, solche staatliche Massregeln zu fordern oder — falls von anderer Seite vorgeschlagen — zu billigen, welche eine Hebung der Lage der Arbeiterklasse unter dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem herbeiführen könnten. Sie betrachtet solche Massregeln aber nur als kleine Abschlagszahlungen, die ihr Streben nach der socialistischen Neugestaltung des Staates und der Gesellschaft in keiner Weise beirren.

„Die Socialdemokratie ist ihrem Wesen nach revolutionär, der Staatssocialismus konservativ. Socialdemokratie und Staatssocialismus sind unversöhnliche Gegensätze."

Stadthagen, Arthur, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Nieder-Barmen seit 1890, geboren den 23. Mai 1857 in Berlin, besuchte das Gymnasium daselbst, studierte Jura, wurde 1884 Assessor und bald darauf Rechtsanwalt beim Landgericht II. In Jahre 1894 wurde er auf die Beschuldigung hin, zu hohe Gebühren erhoben zu haben, von der Liste der Rechtsanwälte gestrichen.

Steuern. Wie jeder herrschende privilegierte Stand die Lasten zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Wohles auf die unterdrückten, nicht besitzenden Klassen abzuwälzen sucht, so hat auch die Bourgeoisie durch Entwicklung der indirekten Steuern zu einem unerhörten Systeme sich steuerfrei zu machen verstanden. Durch die indirekten Steuern nämlich, die die Individuen nicht nach dem Verhältnis ihres Kapitals und Einkommens

treffen, sondern wie eine Kopfsteuer wirken, wird die Last auf die zahlreichste d. h. ärmste Klasse des Volkes abgewälzt.

Diese Gedanken hat Lassalle in seinen beiden grossen Reden: „Arbeiterprogramm“ und „Die indirekten Steuern und die Lage der arbeitenden Klassen“ ausführlich entwickelt und zu Zwecken der Agitation aufs vortrefflichste ausgenützt. Ueber seine Ausführungen ist die Socialdemokratie im wesentlichen nicht hinausgekommen.

Das System der indirekten Steuern fand im deutschen Reich eine ausserordentliche Ausbildung; die indirekte Besteuerung ist die hauptsächlichste geworden, der gegenüber die direkte immer mehr in den Hintergrund tritt. Die Zölle auf Vieh, Holz, Getreide, Petroleum, die Tabak-, Bier-, Branntwein-, Zuckersteuern sind es, die neben den städtischen Verzehrssteuern die besitzlosen Massen, den kleinen Mann, ganz besonders hart treffen.

Man darf sich daher nicht wundern, dass von der Socialdemokratie gegen die indirekten Steuern der Krieg aufs schärfste geführt wird. Alle die Gründe, aus denen sich die indirekte Besteuerung den Trägern der Staatsgewalt empfehle, dass der Staat sie nicht bei den Konsumenten zu erheben brauche und damit also das Odium, das mit jeder Steuereintreitreibung verknüpft sei, hier fortfalle, dass es gegen sie keinen vereinigten Widerstand der Massen gäbe u. s. f., ebenso wie der Grund, der von ihren Verteidigern angeführt werde, dass der moderne Staat mit seinen ungeheuren Ausgaben für Verteidigungs-, Verwaltungs- und Kulturzwecke mit den Erträgnissen der direkten Besteuerung nicht auszukommen vermöchte und deshalb auf die indirekten Steuern angewiesen sei, alle diese Gründe, welche der herrschenden Klasse und der mit ihr verbündeten Staatsgewalt die indirekten Steuern so vortrefflich erscheinen liessen, sie seien es gerade, welche sie für die Socialdemokratie verwerflich machen. Das Volk müsse wissen, was für Lasten es zu tragen habe. Würden die Militärlasten auf dem Wege der direkten Besteuerung aufgebracht, so würde es dem Volke zum Bewusstsein kommen, welche Unsummen für rein unproduktive Zwecke dadurch zur Ausgabe gelangten, so würde dadurch die Existenz des heutigen Militarismus wohl ein schnelles Ende finden. Deshalb hat die Socialdemokratie von Anfang an die Forderung der Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Massnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern, in ihr Programm aufgenommen. An deren Stelle soll eine stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer treten, der von den Socialisten ältester und neuester Zeit in wunderbarer Uebereinstimmung die Vorzüge nachgerühmt werden, dass sie den Steuerpflichtigen trifft, ohne ihm die Abwälzung der Steuer auf andere zu ermöglichen, und dass sie die Lasten nach der Leistungsfähigkeit verteilt.

Streik. Man hat in früheren Zeiten alle Streiks den Socialisten in die Schuhe geschoben, obschon es solche schon lange gab, ehe ein Socialismus auch nur in den schwächsten Anfängen existierte.

Das Princip des Streiks ist durchaus unsocialistisch, vielmehr eine direkte Folge der Manchestertheorie. Der Arbeiter sucht seine Ware

Arbeitskraft unter möglichst guten Bedingungen auf dem Markte zu verkaufen. In der Erkenntnis, dass er sich dem Unternehmer gegenüber in einer ungünstigen Lage befindet, dass dieser thatsächlich die Bedingungen allein festsetzt, verbindet er sich mit seinen Genossen, um gemeinsam die gemeinsamen Interessen zu vertreten. Man wird daher finden, dass die Gründung von Gewerkschaften sehr oft die Folge eines Streiks ist, und dass die Streiks meist nur da eine Aussicht auf Erfolg haben, wo schon starke, wohl organisierte, reichlich mit Geldmitteln ausgestattete Gewerkschaften existieren. Der Vorwurf, den man den Streiken gemacht hat, dass sie den Klassengegensatz hervorrufen, verwechselt Ursache und Wirkung. Der Streik ist die Folge der bestehenden Interessenverschiedenheit zwischen Unternehmer und Arbeiter; er ruft den Klassengegensatz nicht hervor, sondern bringt ihn nur zum Ausdruck. So viel aber ist klar, dass durch die Streiks der Gegensatz meist verschärft wird und allen Arbeitern der Fabrik oder des Gewerks zum klaren Bewusstsein kommt. Unter diesem Gesichtspunkt sind denn auch die Streiks von den Socialisten als wichtiges Mittel im Kampfe des Arbeiterstandes um seine Emanzipation erkannt worden. Der Generalrat der Internationalen Arbeiter-Association spricht sich z. B. in einem Bericht über die südfranzösischen Streiks in folgender Weise aus: „Die Streiks gingen nicht von der Internationalen aus, aber die Internationale fand da guten Boden und schnelles Wachstum, wo die Streiks den Arbeiter aus seiner Gleichgültigkeit aufgerüttelt hatten.“ Von diesem Gesichtspunkt aus, der den Streik als ein Mittel, die sociale und politische Reife der Arbeiter zu fördern, betrachtet, hat denn auch die Socialdemokratie die Streiks, wenn sie einmal ausgebrochen waren, stets unterstützt, so oft sie auch von leichtfertigen abgeraten hat und es ihr niemals eingefallen ist, Streiks zu dem Zwecke zu provocieren, um die Unzufriedenheit zu erregen.

Auf dem Kongress zu Halle 1890 wurde die Frage der Streiks und Boykotts einer längeren Diskussion unterzogen. Principiell wurde die Berechtigung sowohl des Abwehr- wie des Angriffstreiks vertreten; von der taktischen Seite aus aber die Genossen von jedem übereilten Streik abgemahnt. Die Streiks seien bei dem Uebermut des Unternehmertums für die Arbeiterklasse zur Notwendigkeit geworden und würden ganz besonders nach dem Erlöschen des Socialistengesetzes wohl noch häufiger auf der Bildfläche erscheinen. Das Unternehmertum würde sich hauptsächlich auf das Gebiet des Lohnkampfes werfen, und deshalb hätten die Arbeiter alle Ursache, mit allen Mitteln die Gewerkschaften zu fördern. Es gelangte schliesslich folgende Resolution zur Annahme:

„Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klassen, die politischen Rechte und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herabzudrücken, sind Streiks wie auch Boykotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse: einmal, um die auf ihre materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen, dann aber auch, um ihre sociale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.

„Da aber Streiks und Boykotts zweischneidige Waffen sind, die, am unrechten Orte oder zur unrechten Zeit angewendet, die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen als fördern können, empfiehlt der Parteitag den deutschen Arbeitern sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen."

Stöcker, Adolf, geboren 11. Dezember 1835 zu Halberstadt, wo er das Gymnasium besuchte. Er studierte dann Theologie zu Halle und Berlin. Nachdem er eine Zeit lang Hülfslehrer in der Ukermark und Hauslehrer in Kurland gewesen war, wurde er 1863 Pfarrer zu Leggerde. 1874 wurde er Hofprediger zu Berlin. Er gründete 1877 den Verein für Socialreform und begann persönlich die christlich-sociale Agitation am 3. Januar 1878 durch eine Rede im Eiskeller zu Berlin (s. Christlicher Socialismus in Deutschland). 1879 wurde er in das Abgeordnetenhaus, 1880 auch in den Reichstag gewählt, wo er sich der konservativen Partei anschloss. Am 8. November 1890 nahm er seine Entlassung als Hofprediger.

op. Die Bibel und die sociale Frage, Nürnberg 1879; Zur Handwerkerfrage, Breslau 1880; Socialdemokratisch, socialistisch und christlich-social, Braunschweig 1880; Die persönliche Verantwortung der Besitzenden und Nichtbesitzenden in der socialen Bewegung der Gegenwart, Basel 1887; Christlich-social, Bielefeld 1885; Die socialen und kirchlichen Notstände in grossen Städten, Stuttgart 1888; Die sociale Lage und Frage, Gernsbach 1890; Arm und Reich, Basel 1891; Innere Mission und sociale Frage, Leipzig 1891; Socialdemokratie und Socialmonarchie, Leipzig 1891; Das deutsche Volk im Kampf mit seinen Verderbern, Freiburg 1891.

Stolle, Carl Wilhelm, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Zwickau, geboren am 19. Dezember 1842 in Frankenhausen bei Krimmitzschau, wurde Gärtner, reiste als solcher in Deutschland, Holland, Russland, machte sich 1862 in Krimmitzschau selbständig, war 1870 Mitbegründer der Genossenschafts-Druckerei Stolle, Schlegel & Co. daselbst, wurde 1885 in die sächsische Kammer gewählt; Mitglied des Reichstags 1881—87 und seit 1890.

Die **Süddeutsche Fraktion** hatte sich von dem Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein abgelöst und am 23. Januar 1870 zu Augsburg unter Vorsitz des Schriftsetzers Franz einen Kongress abgehalten. Sie bildete in Augsburg einen selbständigen socialdemokratischen Verein, an dessen Spitze ein Komitee stand. Da ihr Programm sich wenig von dem der Socialdemokratischen Arbeiterpartei unterschied, so vereinigte sie sich mit derselben auf dem Stuttgarter Kongress 1870. Ihr Organ, „Der Proletarier", ging ein.

Die **Taboriten.** Wir müssen hier die Vorgeschichte der hussitischen Bewegung als bekannt voraussetzen und können ebensowenig auf die Geschichte der nationalen und socialen Gegensätze in Böhmen eingehen, wofür wir auf die einschlägigen Kapitel in Palacky's Geschichte von Böhmen, Prag 1836 etc., sowie auf die Kapitel Kautskys in der „Geschichte des Socialismus", Stuttgart, 1894, I. 1, 195—211 verweisen müssen.

Innerhalb des Hussitismus lassen sich zwei Richtungen unter-

scheiden: eine aristokratische, ihre Hauptstützen waren der Adel, sowie Prag, die beide sich durch ausserordentliche Massen katholischer Kirchengüter bereichert hatten, sie hiess die Partei der Calixtiner oder Utraquisten; und eine demokratische, die sich im wesentlichen aus der Bauernschaft und dem Kleinbürgertum rekrutierte. Das Streben der Bauern ging dahin in der gewaltigen Besitzrevolution, welche Böhmen durchmachte, sich von der Herrschaft des Adels zu befreien und freie Eigentümer zu werden. Dieselbe Furcht vor der Ausbeutung des Adels zwang die böhmischen Kleinstädte zu Bündnissen und zum Anschluss an die demokratische Partei. Die Demokraten erhielten den Namen Taboriten nach der Stadt Tabor, die 1419 auf einem bei Austi an der Luznic gelegenen breiten, Berg Tabor genannten Hügel entstand. Den energischsten Teil dieser Partei wiederum bildeten die Kommunisten.

Im Geheimen hatten kleine Gemeinden kommunistischer Sekten, die wir überall mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion entstehen sehen, und die in Böhmen durch eingewanderte Begharden (Pikarden), Waldenser und auch deutsche Handwerker verstärkt wurden, schon seit längerer Zeit bestanden. Die Feindschaft zwischen Böhmen und der katholischen Kirche, die Revolution der Besitzverhältnisse durch die Konfiskation der Kirchengüter waren einer Entwicklung kommunistischer Ideen günstig. Dazu kamen noch chiliastische Ideen, die, den Bedürfnissen des Augenblicks angepasst, bei der extremen Partei weite Verbreitung fanden. „Das Ende aller Tage hiess es, jene consummatio seculi, in welcher alles Böse ausgerottet werden soll, sei vor der Thüre. Die Strafe der Gerechtigkeit werde jedermann erreichen, der nicht schnell zu den „Bergen“ fliehe; die Wohnungen der Sünder und Heuchler werden wie Sodoma zu Grunde gehen und auch Prag, wie ein neues Babylon, von Himmelsflammen zerstört werden; nur in fünf Städten: Pilsen, Saaz, Laun, Schlan und Klatau werden die Gerechten Schutz und Heil finden . . ., dann werde Christus in seiner Herrlichkeit wieder vom Himmel steigen und ein Reich der Gerechtigkeit auf Erden stiften, in welchem es keine Herren und Knechte, weder Sünde noch Not, auch keine anderen Gesetze als die des lebendigen freien Geistes geben werde.“ (Palacky, Geschichte von Böhmen III, 2. 80.) Diese chiliastischen Schwärmereien blieben nicht ohne Thaten. In allen Teilen Böhmens und Mährens verkauften grosse Mengen von Bauern und Bürgern ihr Hab und Gut, zogen mit Weib und Kind zu den „Bergen“, insbesondere nach dem Berge Tabor und legten nach urchristlichem Vorbild ihr Geld in die Hände der Geistlichen nieder. So entstand zunächst ein Konsumtionskommunismus, der sich allmählich bei den Taboriten zu einer socialistischen Organisation auswuchs. Ausser Tabor waren Centren der kommunistischen Partei Pisek, wo die Gemeinkasse der Taboriten bewahrt wurde, und Wodnan seit der Einnahme der Stadt durch Zizka (1420).

Gegen Ende des Jahres 1420 verschärften sich die Gegensätze zwischen den Pragern und den Taboriten. Am 10. Dezember 1420 wurde zwischen den Führern der beiden Parteien ein Einigungsversuch gemacht. In 76 Artikeln fassten die Prager alles das zusammen, was nach

der Ansicht ihrer Magister ketzerisch oder wenigstens irrig in der Lehre der Taboritenpriester sei. Dahin gehörten vor allem die Lehre vom Chiliasmus und die auf Republik, Aufhebung des politischen Ständeunterschiedes und auf Kommunismus zielenden Sätze:

„In dieser Zeit wird auf Erden kein König oder Herrscher noch ein Unterthan sein, und alle Abgaben und Steuern werden aufhören, keiner wird den anderen zu etwas zwingen, denn alle werden gleiche Brüder und Schwestern sein.

Wie in der Stadt Tabor kein Mein und Dein, sondern alles gemeinschaftlich ist: so soll immer alles allen gemeinschaftlich sein und keiner ein Sondereigentum haben, und wer ein solches hat, begeht eine Todsünde."

Demgemäss sollen sie gelehrt haben, „dass es sich nicht mehr gezieme, einen König zu haben, noch einen sich zu wählen, sondern dass nur Gott selbst König über die Menschen sein wolle, und dass die Regierung dem Volke solle anheim gegeben werden; dass alle Herren, Edle und Ritter gleich Ausständern im Walde sollten niedergemacht und vertilgt werden; dass nun Abgaben, Steuern und Zahlungen mit aller Fürstenmacht und weltlicher Herrschaft aufzuhören hätten, dass alle Fürsten-, Landes-, Stadt- und Bauernrechte, als Erfindungen der Menschen und nicht Gottes, sollten aufgehoben werden, und dass das bisherige Gesetz Gottes selbst in vielen Stücken, z. B. in denen von der Geduld, von dem Gehorsam gegen die Könige und Herren, auch von den Abgaben etc. ungültig werde gemacht werden, indem dann jeder das Gesetz Gottes in sein Herz geschrieben haben werde." (Palacky, Geschichte von Böhmen III, 2. 190).

Auch in den taboritischen Reihen selbst kam es zu Spaltungen. Auf der einen Seite verschwand die chiliastische Schwärmerei und nüchternes Erwägen trat an ihre Stelle, andererseits steigerte sich dieselbe in einer kleinen Gruppe zur Raserei und verband sich mit der pikardischen Irrlehre von der Transsubstantiation. Diese zweite Gruppe war ein Teil der Sekte der Brüder und Schwestern des freien Geistes, deren Lehren schon am Anfang des XIII. Jahrhunderts aus pantheistischen Ansichten sich entwickelt hatten. Sie gingen aus von dem Satz, dass „Gott alles sei, was da ist", woraus folgt, dass der Mensch nicht sündigt, so lange er Eins mit Gott bleibend sich nicht egoistisch vom Weltganzen trennt; alle natürlichen Triebe sind göttlich, so lange sie zur Vereinigung und nicht zur Trennung führen. Nur in der individuellen Isolierung sahen sie die Gottlosigkeit. Sie trieben daher den Kommunismus der Güter konsequent bis zu seinen letzten Forderungen, und endigten in einer Weibergemeinschaft. Diese Lehren wurden in Böhmen in erster Linie durch Peter Kanisch verbreitet, ihr Hauptverteidiger aber wurde ein Bauer Niklas, nach dem seine Anhänger den Namen Nikolaiten erhielten. Ein anderer Name für sie war Adamiten, weil sie den adamitischen Zustand für den der sündlosen Unschuld hielten. Der Sitz dieser Schwärmer war, nachdem sie aus Tabor vertrieben waren, zwischen Neuhaus und der Stadt Wesseli auf einer Insel des Flusses Nezarka in der Nähe des Dörfchens Wal. Dort verschanzten sie sich und lebten von der Ausplünderung der Umgegend. Zizka liess durch seinen Hauptmann Borek Klatowsky diese Schwärmer ausrotten. (21. Oktober 1421.)

Die in Tabor im Jahre 1420 aufgestellten Grundsätze eines Konsumtionskommunismus wurden, da sich ihre praktische Unmöglichkeit von selbst herausstellte, schon ein Jahr später eingeschränkt und im Jahr 1422 wurden nach Palacky die „Kufen“ (Kade) oder gemeinschaftlichen Kassen, die früher in Tabor, Pisek und Wodnan aufgestellt worden waren und in die die Brüder und Schwestern ihr Hab und Gut abzuführen pflegten, nicht mehr erwähnt. Dagegen bildete sich ein fester Unterschied zwischen Feld- und Hausgemeinden aus. Die ersteren dienten im Felde, während die letzteren sich mit den Handwerken und der Landwirtschaft beschäftigten und den für den Krieg nötigen Bedarf lieferten. Es scheint auch, dass sich diese Gemeinden von Zeit zu Zeit ablösten. Eine jede hatte ihre eigenen „Befehlshaber“, „Vorsteher“ und „Hauptleute“, doch wissen wir über den Wirkungskreis dieser einzelnen Beamten nichts Genaueres. Diese Einrichtung der taboritischen Sekte dauerte bis zur grossen Niederlage von Lipan (im Jahre 1434).

Durch die Niederlage von Lipan wurde das Schicksal der demokratischen Richtung in Böhmen entschieden und die Macht Tabors für immer gebrochen. Zwei Jahre später schloss sie einen Vertrag mit Sigismund, der ihr die Selbständigkeit sicherte. Zu Beginn der 50er Jahre (1451) wurde die Stadt von Aeneas Sylvius besucht, der die inneren Zustände der Stadt in folgender Weise schilderte: „Jene Leute besitzen zahlreichen und kostbaren Hausrat und ungemein grosse Reichtümer. Denn in dem einen Ort haben sie die Beute vieler Völker zusammengetragen. Sie wollten einst in allen Dingen nach Art der Kirche leben und hielten alles gemeinsam: sie nannten sich gegenseitig Brüder, und was dem einen fehlte, das erhielt er von dem anderen. Jetzt aber lebt jeder für sich, und die einen hungern, indes die anderen schwelgen. Kurz war das Feuer der Nächstenliebe, kurz die Nachahmung (der Apostelgemeinde). Die Taboriten raubten fremdes Eigentum und was sie mit Gewalt errafft hatten, das wurde alles Gemeingut. Aber sie konnten das nicht aufrecht erhalten. Die Natur gewann die Oberhand und bereits sind alle der Habsucht ergeben. Und da sie nicht mehr rauben können wie ehedem, denn sie sind erschlafft und fürchten ihre Nachbarn, so schnappen sie nach Handelsprofiten.“ (Nach Kautskys Uebersetzung in der „Geschichte des Socialismus“ I., 1. 227.)

Mit dem Untergange Tabors verschwanden aber die kommunistischen Ideen durchaus nicht aus Böhmen; sie erhielten sich in verschiedenen Sekten, „böhmische Brüder“ genannt, unter denen die Anhänger eines Peter Chelcicky die bemerkenswertesten waren. Die Lehre des Peter Chelcicky ist die der meisten kommunistischen Sekten. Er verabscheut alle Gewalt und den auf ihr beruhenden Staat mit seinen socialen Ungleichheiten. Der wahre Christ darf daher an dem Staate und seiner Verwaltung keinen Teil haben; es ist das beste für ihn, sich aus ihm zu flüchten und ein von der sündhaften Umgebung gesondertes Leben zu führen. Der hervorragendste unter den Schülern Peters war Gregor, ein verarmter Edelmann, der im Jahre 1457 zum Leiter einer von Taboriten im Dorf Kunwald bei Senftenberg gegründeten Kolonie erwählt

wurde, und in ihr der Lehre seines Meisters zur Herrschaft verhalf. Den Mitgliedern der Gemeinde war jede Annahme eines öffentlichen Amtes sowie jede Inanspruchnahme des staatlichen Schutzes im Interesse seiner Person und Sache verboten. Da vollständigste Gleichheit unter den Brüdern herrschen sollte, mussten die Reichen und Adligen bei ihrem Eintritt in die Gemeinde auf ihr Vermögen und alle ihre Privilegien verzichten. Jeder Handel, insbesondere alle Geldgeschäfte waren aufs strengste verboten. Die weitgehendste gegenseitige Hülfe und Unterstützung der Brüder war der charakteristische Zug dieser wie aller Gemeinden der böhmischen Brüder. Das Privateigentum und die monogamische Familie blieben zwar bestehen; aber allen Ausschreitungen des ersteren wurde durch eine ausserordentlich strenge, alle Thätigkeiten, selbst die intimsten Verhältnisse des Familienlebens umfassende und regelnde Disciplin vorgebeugt, und was die letztere angeht, so galt das Cölibat als der höhere und heiligere Zustand.

Trotz des friedfertigen Charakters, den diese Bewegung der böhmischen Brüder trug, hatte auch sie Verfolgungen zu bestehen. Als Georg von Podiebrad 1458 König von Böhmen geworden war, begann für die Brüder eine schwere Zeit der Verfolgungen, die erst mit seinem Tode 1471 ein Ende nahm. Die strengere Richtung unter den Brüdern verlor mit dem Steigen der Wohlhabenheit in den Gemeinden sehr schnell an Einfluss und Bedeutung. Bereits 1491 siegte auf der Synode zu Brandeis die gemässigtere Richtung, welche von den Neueintretenden keinen Verzicht auf Vermögen und Stand verlangte, und auch die Teilnahme an der und die Benützung der Staatsgewalt gestattete. Der energischen Agitation der strengen Richtung gelang es, noch für eine Zeit diese Entwicklung in den Gemeinden aufzuhalten, aber schon auf der Synode zu Reichenau 1494 erlag sie gänzlich. Es kam zur Spaltung. Die strenge, kommunistisch angehauchte Richtung, die sich meist aus den niedrigen Schichten des Volkes rekrutierte, siechte noch einige Zeit dahin, um dann gänzlich zu verschwinden, während die gemässigtere Richtung einen ausserordentlichen Aufschwung, allerdings unter Aufgabe aller Einrichtungen, die an den kommunistischen Ursprung erinnern konnten, nahm. Die unbedingte Verpflichtung gegenseitiger Hülfe verschwand; nur „so weit als möglich“ bewahrten die Gemeinden ihre Anhänger vor dem Betteln. Diese Richtung der böhmischen Brüder blühte bis zum 30jährigen Krieg, in dem sie bis auf spärliche Reste zu Grunde ging.

Taktik. Die Geschichte der Taktik der socialistischen Parteien Deutschlands bildet eines der wichtigsten Kapitel der Geschichte dieser Parteien. Der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“, der im Jahre 1863 von Lassalle gegründet wurde, bezeichnete im § 1 seiner Statuten als Zweck des Vereins, auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung für die Herstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken. Durch die Berliner Generalversammlung vom Jahre 1872, wurde noch hinzugefügt, dass das allgemeine Wahlrecht dazu benutzt werden solle, nur solche Abgeordneten in die gesetzgebenden und administrativen Körper zu senden, welche

nach der Erringung voller politischer Freiheit die Errichtung von Produktivassociationen mit Staatshülfe nach den Vorschlägen Ferdinand Lassalles zu ihrer Hauptaufgabe machen. Erringung und Ausnutzung der politischen Macht im Interesse einer socialistischen Umgestaltung der Gesellschaft war das Ziel Lassalles und seiner Anhänger. In ihrer Taktik sind dieselben von dem „friedlichen und legalen Wege“, von dem das Statut spricht, nie abgewichen.

Die Anhänger der zweiten socialdemokratischen Partei Deutschlands, die „Eisenacher“, redeten die offene Sprache des kommunistischen Manifestes und bekannten rückhaltslos, dass sie nach der Diktatur des Proletariats strebten. Da sie sich sagten, dass eine solche nur in langen hartnäckigen Kämpfen errungen werden könne, so betrachteten sie es als ihre Hauptaufgabe, im Proletariat das Gefühl seiner Kraft zu erwecken, seine Augen für den Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Kapitalisten zu schärfen, und so das Klassenbewusstsein zu stärken. Bei allen Lohnkämpfen traten die „Eisenacher“ energisch für die Arbeiter ein, immer aber wiesen sie darauf hin, dass von solchen Scharmützeln keine dauernde Besserung zu erwarten sei.

Die Hauptvertreter dieser Richtung im norddeutschen und später im deutschen Reichstage, Liebknecht und Bebel, benutzten die Tribüne desselben in den ersten Jahren hauptsächlich für die Propaganda socialdemokratischer Ideen. In dem Masse aber, als diese Ideen bekannt und andere Wege für ihre Verbreitung erschlossen wurden, machte sich auch das Bedürfnis geltend, an der parlamentarischen Arbeit im Interesse der arbeitenden Klasse mitzuwirken. Neben leidenschaftlichen Reden, voller Anklagen gegen die bestehende Ordnung, traten mehr und mehr sachliche Anträge und ruhige Begründungen, so bereits 1868 bei den Beratungen über das Freizügigkeits-, das Wahl- und das Passgesetz. Als die Gewerbeordnung dem Reichstage vorlag, zeigte es sich, dass Liebknecht und Bebel in ihrer Auffassung über die Haltung socialdemokratischer Abgeordneten nicht übereinstimmten. Diese Meinungsverschiedenheiten wurden Veranlassung, dass auf dem Stuttgarter Parteitage die politische Stellung der politischen Partei zur Erörterung kam. Liebknecht und Bebel verständigten sich hier auf eine Resolution, die sagte, dass die Arbeiterpartei sich an den Reichstags- und Zollparlamentswahlen hauptsächlich aus agitatorischen Gründen beteilige, dass sie auch, so weit es möglich sei, im Interesse der arbeitenden Klassen an der Parlamentsarbeit mitwirke, im Ganzen aber sich dazu ablehnend verhalte. Wahlkompromisse wurden zurückgewiesen, es wurde aber empfohlen, für Kandidaten nahestehender Parteien, inbesondere die Lassalleaner, zu stimmen, wo eigene Kandidaten nicht aufgestellt seien. Für Beteiligung an den Reichstags-, Landtags-, und Gemeinderatswahlen, soweit Aussicht auf Erfolg vorhanden ist, haben sich alle folgenden Parteitage ausgesprochen. Mehr und mehr wuchs die Bedeutung der Reichstagswahlen für die Partei. Der socialdemokratischen Agitation wurde durch die mit der Wahlbewegung verbundene, bis in das kleinste Dorf sich erstreckende Erregung vorzüglich vorgearbeitet. Das dicht vor Augen liegende Ziel reizte ferner alle Parteigenossen zur

Anspannung aller Kräfte. Dazu kam, dass man bald hüben wie drüben auf die Reichstagswahlen als Heerschau der Socialdemokratie blickte. Aus allen diesen Gründen erklärt es sich, dass die Frage der Beteiligung an den Parlamentswahlen, die bei den socialistischen Parteien anderer Länder bis in die neueste Zeit hinein solche Rolle gespielt hat und teilweise noch spielt, in Deutschland bereits anfangs der siebziger Jahre thatsächlich gelöst war.

Erst als das Socialistengesetz kam, wurden wieder einzelne Stimmen in der Partei laut, welche forderten, auf alle parlamentarische Thätigkeit zu verzichten und wirksamere Mittel für eine schleunige Durchführung socialdemokratischer Ideen anzuwenden. Die lächerliche Panik eines Teils des Bürgertums schien diesen Revolutionären ein genügender Beweis, dass die Socialdemokratie einen Vergleich der Kräfte nicht zu scheuen brauche. Sicherlich lag in solchen Reden bei der tiefgehenden Erregung und Erbitterung der Arbeiter eine grosse Gefahr. Dass trotzdem jeder Krawall — etwas anderes wäre es ja nie geworden — vermieden wurde, ist in erster Linie der Besonnenheit der socialdemokratischen Arbeiter, dann aber auch der Entschiedenheit der Parteileitung und Parteipresse zu danken.

Auf dem Wydener Kongress 1880 zeigte sich deutlich, dass in der deutschen Socialdemokratie kein Boden sei für die blanquistische Idee, durch einen Gewaltstreich einer socialen Revolution zum Siege zu verhelfen. Auch die Streichung des Wortes „gesetzlich“ im Gothaer Programm bedeutete nicht, dass man an revolutionäre Mittel zur Durchführung der socialdemokratischen Forderungen glaube. Da das Socialistengesetz die ganze Agitation der Partei für ungesetzlich erklärt hatte, so konnte sie, wenn sie ehrlich bleiben wollte, nicht länger an der alten Fassung festhalten und sagen, dass sie mit allen „gesetzlichen“ Mitteln die socialistische Gesellschaft erstrebe. Dass sich an der Stellung der Partei zum Parlamentarismus nichts geändert habe, wurde übrigens besonders dadurch klargestellt, dass man sich an allen Wahlen, Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen, zu beteiligen beschloss und zwar aus agitatorischen Rücksichten.

Dieser Beschluss wurde 1887 in St. Gallen wiederum bestätigt. Mit Bezug auf die Thätigkeit der socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage und in den Landtagen setzte man hinzu: „Wie bisher ist das Hauptgewicht auf die kritische und agitatorische Seite zu legen, und die positive gesetzgeberische Thätigkeit nur in der Voraussetzung zu pflegen, dass bei dem heutigen Stand der Parteigruppierung und der ökonomischen Verhältnisse über die Tragweite dieser positiven Thätigkeit im Parlament für die Klassenlage der Arbeiter in politischer wie ökonomischer Hinsicht kein Zweifel gelassen und keine Illusion geweckt werden kann.“

Die Auffassung der Partei über Wahlbeteiligung und Teilnahme an der parlamentarischen Arbeit hatte so, wie wir gesehen haben, fast seit Begründung der Partei wenig geschwankt. Ebenso hatte man an einem dritten Grundsatz festgehalten, nämlich: Kein Kompromiss mit anderen Parteien! Der St. Galler Kongress folgerte aus diesem Grundsatz ganz

konsequent: Stimmenthaltuug bei engeren Wahlen zwischen Kandidaten gegnerischer Parteien! In erster Linie richtete sich dieser Beschluss gegen die freisinnige Partei und verdankte seine Entstehung wohl der Verstimmung darüber, dass die Freisinnigen, obwohl sie einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Sitze den bei den Stichwahlen für sie stimmenden Socialdemokraten verdankten, diese regelmässig bei den Wahlen im Stich gelassen hatten. Trotzdem erwies sich in der praktischen Politik die Unterstützung der Freisinnigen als zweckmässig für die Socialdemokratie und die grosse Mehrzahl der socialdemokratischen Wähler erkannte dies auch ganz klar und stimmte — gegen den bestimmtesten Rat der Führer und gegen die feierlichsten Kongressresolutionen — stets für den Freisinnigen und gegen den Konservativen oder Ultramontanen. Allmählich erkannten auch diejenigen, die für den St. Galler Beschluss verantwortlich waren, die Unzweckmässigkeit und Unausführbarkeit desselben.

Kurz vor den Stichwahlen 1890 erliess das Centralwahlkomitee in direktem Widerspruch zu dem Kongressbeschluss, einen Aufruf, in dem es die Parteigenossen aufforderte, bei den bevorstehenden engeren Wahlen unter allen Umständen solche Kandidaten zu unterstützen, die sich gegen jede Verlängerung und Verewigung des Ausnahmegesetzes erklärten. Es verdient hervorgehoben zu werden, dass das Komitee auf eigene Verantwortung diese Aenderung der Taktik beschloss, ohne auch nur zu versuchen, eine Meinungsäusserung der Genossen herbeizuführen. Der Hallesche Parteitag sprach nachträglich seine Billigung zu dem Vorgehen des Centralwahlkomitees aus.

Als nach Ablauf des Socialistengesetzes die Partei für ihre Thätigkeit wieder eine rechtliche Basis hatte und durch die Anzahl ihrer Vertreter im Reichstage und verschiedenen Landtagen und einer grossen Zahl von Gemeindevertretungen bei der Entscheidung aller Massregeln eine gewichtige Stimme mitzureden hatte, da drängte sich immer gebieterischer die Frage in den Vordergrund, wie sich die Partei zu der gesetzgeberischen Thätigkeit der Parlamente zu stellen habe. Der Hallesche Parteitag (1890) hatte, als diese Frage an ihn gestellt wurde, die Fraktion aufgefordert, „die auf dem Boden der heutigen Gesellschaft möglichen und im Interesse der Arbeiterklassen nötigen Reformen zu erstreben, ohne über die Bedeutung und Tragweite dieser positiven gesetzgeberischen Thätigkeit für die Klassenlage der Arbeiter in politischer wie ökonomischer Hinsicht Zweifel zu lassen oder Illusionen zu erwecken“.

Eingehend wurde die Frage der Taktik auf dem Erfurter Parteitage 1891 behandelt. Alle Revolutionsmacherei wurde hier wieder und wieder als unsinnig hingestellt; wir heben nur die Worte Bebels hervor: „Was aber im Zeitalter der Repetiergewehre und der Maximgeschütze in einer Revolution, die höchstens ein paar Hunderttausend Köpfe machten, geschehen würde, das habe ich schon neulich in Dresden ausgesprochen: wir würden wie die Spatzen jämmerlich zusammengeschossen.“ Es gab in Erfurt nur wenige, welche eine „stärkere Betonung des revolutionären Prinzips“ für notwendig hielten, und diese Wenigen, die sogenannten *„Jungen“*, schieden auf dem Erfurter Parteitage aus Gründen persönlicher

Natur aus der Partei aus. Wenn danach unter den Delegierten in Erfurt auch Einigkeit darüber herrschte, dass man von revolutionären Handstreichen nichts zu erwarten habe, so schien der Parteitag doch durchaus geteilter Meinung über die Frage zu sein, in welchem Sinne man sich an der parlamentarischen Arbeit zu beteiligen habe In Reden und Artikeln Vollmars wollte man bedenkliche Hinneigung zum Staatssocialismus entdeckt haben. Wir haben diese Streitfragen, die sich auf dem Berliner Parteitag 1892 fortsetzten in dem Artikel „Staatssocialismus" ausführlich behandelt. Die bezüglichen Erörterungen auf dem Parteitage zu Erfurt führten schliesslich zur einstimmigen Annahme der folgenden Resolution:

„In Erwägung, dass die Eroberung der politischen Macht das erste und Hauptziel ist, nach der jede klassenbewusste Proletarierbewegung streben muss, dass aber die Eroberung der politischen Macht nicht das Werk eines Augenblickes, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Ueberrumpelung des Gegners sein kann, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit und geschickte Benutzung aller Mittel und Wege, die sich der Propaganda für unsere Ideen und Ziele in der gesamten Arbeiterklasse darbieten, errungen werden kann, erklärt der Parteitag:

„Es liegt kein Grund vor, die bisherige Taktik der Partei zu ändern.

„Der Parteitag betrachtet es vielmehr noch immer als Pflicht der Parteigenossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen zu betreiben, wo immer nur eine Aussicht auf Erfolg, ohne Verletzung des Princips, sich bietet.

„Ohne sich bei der Beschränktheit und dem Klassenegoismus der bürgerlichen Parteien über den Wert der parlamentarischen Erfolge in Bezug auf unsere Grundforderungen der geringsten Illusion hinzugeben, betrachtet der Parteitag die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen als besonders wirksam für die socialistische Propaganda, weil sie die beste Gelegenheit bietet, mit den proletarischen Klassen in Berührung zu kommen und dieselben über ihre Klassenlage aufzuklären, und weil die Benutzung der parlamentarischen Tribüne das wirksamste Mittel ist, die Unzulänglichkeit der öffentlichen Gewalten zur Hebung der socialen Uebel darzulegen und die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, den neuen Kulturbedürfnissen, deren Befriedigung die Arbeiterklasse fordert, gerecht zu werden, vor aller Welt zu offenbaren.

„Der Parteitag verlangt von den Vertretern der Partei, dass sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und, ohne auf die Erlangung von Konzessionen seitens der herrschenden Klassen zu verzichten, immer das ganze und letzte Ziel der Partei im Auge haben."

Auf dem Berliner Parteitage wurde die Taktik der Partei wiederum erörtert, als Punkt 6 der Tagesordnung: „Staatssocialismus und revolutionäre Socialdemokratie" zur Verhandlung stand. Wir heben aus der Resolution, die von Liebknecht und Vollmar vorgeschlagen und vom Parteitage angenommen wurde, den Schluss hervor, wo es heisst: „Die Socialdemokratie hat es nie verschmäht, solche staatliche Massregeln zu fordern

oder — falls von anderer Seite vorgeschlagen — zu billigen, welche eine Hebung der Lage der Arbeiterklasse unter dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem herbeiführen könnten. Sie betrachtet solche Massregeln aber nur als kleine Abschlagszahlungen, die ihr Streben nach der socialistischen Neugestaltung des Staates und der Gesellschaft in keiner Weise beirren. Die Socialdemokratie ist ihrem Wesen nach revolutionär, der Staatssocialismus konservativ. Socialdemokratie und Staatssocialismus sind unversöhnliche Gegensätze."

In dem Jahre 1893 stand unter den Erörterungen über die Taktik der Partei die Frage, wie man sich zu den preussischen Landtagswahlen stellen wolle, im Mittelpunkt des Interesses. Einige Parteigenossen verfochten in der Presse die Meinung, dass man die Zersplitterung der Gegner benutzen und die Freisinnigen auf dem Wege des Kompromisses zwingen solle, der Socialdemokratie eine Anzahl Mandate abzutreten. Diese Vorschläge fanden aber nur wenig Anklang. Der Kölner Parteitag sprach sich denn auch entschieden gegen Kompromisse aus und beschloss, da die Partei allein keinen Abgeordneten in den preussischen Landtag bringen konnte, Wahlenthaltung. Er forderte zugleich die Parteigenossen auf, eine umfassende und energische Agitation für die Einführung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Landtage in Angriff zu nehmen.

Die in verschiedenen Einzelstaaten bestehenden Wahlrechtsbestimmungen hatten den Socialdemokraten bereits Eintritt verschafft in die Landesvertretungen von Sachsen, Hessen, Baden und schliesslich auch in Bayern. Die Abstimmung der bayrischen Landtagsabgeordneten für den Gesamtetat im Jahre 1894 erregte in weiten Kreisen Aufsehen und wurde vom Frankfurter Parteitage einer eingehenden Besprechung unterzogen. Die Bayern, mit ihnen die Mehrzahl der süddeutschen Delegierten, betrachteten die Frage als reine Zweckmässigkeitsfrage und wollten sich die Handlungsfreiheit für ihre Thätigkeit wahren. Wenn die Majorität der Delegierten auch entschieden der Ansicht war, dass die Bayern gegen das Budget hätten stimmen sollen, so wurde eine dies aussprechende Resolution doch vom Parteitage verworfen, wohl deshalb, weil sich im Laufe der Debatte den meisten die Einsicht aufdrängte, dass die Frage noch nicht spruchreif sei. Bemerkenswert ist, dass wir bei dieser Debatte zum ersten Male seit langen Jahren wieder eine kompakte und entschlossene Minorität finden.

Teste, Charles, Babouvist; er stand in engem Verkehr mit Voyer d'Argenson und Buonarroti. Sie waren Mitglieder der Société des droits de l'homme, zogen arme junge Leute und Arbeiter an sich heran und unterwiesen sie im Kommunismus. Im Februar 1833 liess Teste einen Gesetzesentwurf erscheinen, dessen Basis folgende zwei Artikel waren: 1. Alle beweglichen und unbeweglichen Güter, die sich im Gebiet der Nation und im Besitz der Mitglieder der Gesellschaft befinden, gehören dem Volk, welches allein ihre Verteilung regeln kann. 2. Die Arbeit ist eine Pflicht, die jeder gesunde Bürger der Gesellschaft schuldig ist; der Müssiggang muss als Diebstahl und unversiegliche Quelle schlechter

Sitten gebrandmarkt werden. — 1833 gab er mit Voyer d'Argenson eine Broschüre heraus, wegen der sie beide vor Gericht gestellt, aber freigesprochen wurden. —

Theisz, Friederich Felix, geboren zu Paris 1839. Seit 1867 gehörte er der „Internationalen" an. Nach der Auflösung derselben in Frankreich gründete er die „Féderation des chambres ouvrières" und vertrat in ihr die Bronzearbeiter. 1868 nahm er am Brüsseler Kongress der „Internationale" teil. 1870 wurde er wegen Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft (eben der „Internationalen") trotz seiner ausgezeichneten, grosses Aufsehen erregenden Verteidigungsrede zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. 26. März 1871 Mitglied der „Commune" geworden, übernahm er die Direktion der Post, deren Reorganisation er seine ganze Zeit widmete. Nur selten nahm er an den Sitzungen der „Commune" teil und protestierte gegen die Einrichtung des berüchtigten Wohlfahrtsausschusses. In den letzten Kampfestagen der „Commune" gelang es ihm, das Postgebäude vor Brandstiftung zu bewahren. Erst am 29. Juli wurde es ihm möglich, Paris zu verlassen und nach London zu flüchten, wo er sich kümmerlich durch die Arbeit seiner Hände ernährte. Nach der Amnestie von 1880 kehrte er nach Paris zurück, wo er ausser in seinem Handwerk als Mitarbeiter an verschiedenen republikanisch-socialistischen Zeitungen thätig war. Er starb am 10. Januar 1881. —

Thivrier, Christophe, geboren zu Durdat am 16. Mai 1841. Zweimal Maire von Commentry, wurde er während seiner zweiten Amtszeit seines Amtes entsetzt, weil er eine Glückwunschadresse an den 1888 zu Bordeaux tagenden Arbeiterkongress gerichtet hatte. Er wurde 1889 Deputierter für Montluçon und 1893 wiedergewählt. Thivrier war ein thätiges Mitglied des Parti Ouvrier, und erlangte durch die Hartnäckigkeit, mit der er daran festhielt, die Arbeiterblouse zu tragen, auch nachdem er es längst aufgegeben hatte, sein Brot als Bergarbeiter zu verdienen, eine gewisse komische Berühmtheit. Gestorben 8. August 1895.

Thompson, William, ein Irländer, ist der wissenschaftlich bedeutendste Vertreter des Owenschen Kommunismus. In seinen philosophischen und politischen Anschauungen ist er Schüler Benthams, mit dem er einige Jahre in engem persönlichem Verkehr gestanden hatte. Sein ganzes Leben widmete er der Ausführung der von ihm für richtig erkannten Ideen. Es wird uns erzählt, dass er in den letzten zwanzig Jahren seines Lebens weder animalische Nahrung noch berauschende Getränke zu sich nahm, weil er so seine litterarischen Arbeiten besser verfolgen zu können glaubte. Ueberaus eingehende Studien über die beste Organisation und Arbeitsmethoden kommunistischer Gemeinden legte er in dem 1830 erschienenen Buche „Praktische Vorschläge" nieder. So führt er z. B. aus, welche Fruchtfolge sich für die verschiedenen Bodenqualitäten am besten eignet. Im Jahre 1831 beabsichtigte er, eine Kolonie bei Cork in Irland zu gründen. Sie sollte aus 2000 Mitgliedern bestehen. Der Plan, der schon bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet war, scheiterte an dem energischen Widerspruch von Owen, welcher das Gründungskapital für durchaus unzulänglich erklärte. Thompson starb bereits im März 1833 in Clonnkeen, Graf-

schaft Cork. Seinen Leichnam bestimmte er zu anatomischen Zwecken, was damals so gegen das herrschende Vorurteil verstiess, dass die Ausführung seiner Bestimmung beinahe zu einem Aufstand der dortigen ländlichen Bevölkerung geführt hätte. Sein Vermögen im Werte von zirka 200,000 Mark vermachte er einer Stiftung zur Unterstützung kommunistischer Experimente durch Darlehen, Uebernahme von Anteilen u. s. w. und zur Verbreitung seiner Schriften, soweit dieselben die Bewegung fördern könnten. Von seinen Intestat-Erben wurde das Testament angefochten, weil der Testator unzurechnungsfähig gewesen und die Stiftung contra bonos mores wäre, und durch ihren Einspruch umgestossen. Ein kleiner Teil des Vermögens scheint aber doch den Intentionen des Erblassers gemäss angewandt worden zu sein, da von Zeit zu Zeit Neuausgaben seiner Schriften erschienen.

Im Anfange seines 1824 erschienenen Hauptwerkes „an inquiry into the principles of the distribution of wealth most conducive to human happines" bekennt sich Thompson zu der Benthamschen Lehre, dass das gut ist, was für das Wohl der Gesamtheit nützlich ist, wobei die entfernten sowohl wie die nächsten Folgen der Handlung in Betracht gezogen werden müssen. Dementsprechend stellt er sich die Aufgabe, zu untersuchen, welche Verteilung des Reichtums die grösste Masse menschlichen Glücks oder „das grösste Glück der grössten Zahl" hervorbringt.

In seinem ersten Kapitel führt Thompson aus, dass Arbeit die alleinige Quelle und das Mass des Wertes sei. Gesellschaftliche Durchschnittsarbeit sei der gemeinsame Faktor aller besonderen Erscheinungsformen der Arbeit. Für den stärksten Antrieb zur Arbeit hält er die Sicherheit, dass man das Produkt seiner Arbeit ganz geniessen kann. Das Glück der Gesamtheit wird durch gewaltsame Fortnahme der Arbeitsprodukte von einzelnen Individuen vermindert, durch freiwilligen Austausch erhöht. Am Schlusse leitet er aus seinen Sätzen drei Folgerungen ab: 1. Alle Arbeit muss frei sein in Bezug auf Beschäftigungsart wie Arbeitszeit. 2. Die Produzenten müssen ein Recht auf den vollen Arbeitsertrag haben. 3. Der Austausch der Arbeitsprodukte muss vollständig frei sein.

Das zweite Kapitel spricht von den Uebeln, die aus einer ungleichen Verteilung des Reichtums entstehen, das nächste von den Vorzügen einer Verteilung nach den oben aufgestellten drei Principien.

Das vierte Kapitel führt aus, wie Produktion und Lebensgenuss durch Erwerbung und Verbreitung von Kenntnissen erhöht werden; im folgenden unterwirft er die rechtlichen Institutionen, welche den Zweck haben, gewaltsame Ungleichheit des Reichtums hervorzurufen oder zu erhalten, einer Kritik und vergleicht die Licht- und Schattenseiten des Systems der freien Konkurrenz.

Das letzte Kapitel endlich handelt von den Vorzügen des Systems der freiwilligen Gleichheit in der Verteilung des Reichtums. Der freien Konkurrenz stellt er die genossenschaftliche Arbeit gegenüber. Er führt aus, welche Vorzüge der freiwillige Zusammenschluss zu solchen Gemeinden, wie Owen sie vorschlägt, haben würde, und sucht die Einwendungen, die gegen diesen Vorschlag erhoben werden könnten, zu widerlegen. Thompson

hebt hervor, dass an ein Gedeihen solcher Gemeinden nur zu denken ist, wenn jedes einzelne Mitglied von der Vortrefflichkeit der Gründe, welche für genossenschaftliche Arbeit sprechen, vollständig durchdrungen ist, dass Gründungen dagegen, die aus Enthusiasmus voreilig unternommen werden, notwendig zur Zwietracht und zum Zusammenbruch führen müssen.

In seinen Schlussbetrachtungen weist er darauf hin, dass die Summe des in einem Lande accumulierten Kapitals unbedeutend ist im Vergleich mit den Produktivkräften desselben. Dieses accumulierte Kapital lässt man am besten in den Händen derjenigen, die es heute halten. Man soll das Kapital nur der Macht entkleiden, sich den Reichtum, der durch die in der Zukunft thätigen Produktionskräfte der Arbeit geschaffen werden wird, anzueignen. Er würde es sogar für schädlich halten, durch Majoritätsbeschluss von neun Zehnteln der Bevölkerung dem letzten Zehntel diesen accumulierten Reichtum zu entziehen. Er hat kein Vertrauen zu der Dauerhaftigkeit eines durch Gewalt herbeigeführten Zustandes. Nur die Verbreitung der Einsicht in die wahren Bedingungen der Produktion und des menschlichen Glücks kann eine dauernde Besserung herbeiführen, ja muss sie herbeiführen, denn nur da, wo diese Einsicht fehlt, wo keine starke öffentliche Meinung ist, kann eine Minorität durch Gewalt die Herrschaft ausüben. In dem auf die Herausgabe seines Hauptwerkes folgenden Jahre, 1825, trat Thompson in der Schrift „Appeal of one half the human race, women, against the pretensions of the other half, men“, für Gleichberechtigung der Frauen ein. Wir haben dies interessante und bedeutende Buch im Artikel „Frauenfrage“ Seite 258—260 ausführlich besprochen. In der 1827 erschienenen Schrift „Labour rewarded“ wendet sich Thompson an die arbeitenden Klassen mit der Aufforderung, sich in grosser Zahl zur Errichtung kommunistischer Gemeinden zu vereinigen. 1830 erschien von ihm: „Practical directions for the speedy and economical establishment of communities on the principles of mutual cooperation, united possessions, equality of exertions and of the means of enjoyments.“ Das Titelblatt enthält das Motto: „Das goldene, glückliche Zeitalter, das blinder Glauben in die Vergangenheit gesetzt hat, liegt vor uns.“ Thompson empfiehlt, Kolonieen von solcher Grösse zu gründen, dass sie im stande sind, alle notwendigen Unterhaltungsmittel selbst zu erzeugen, um von auswärtigen Märkten vollständig unabhängig zu sein. Seine früher entwickelten Ansichten hat er in wesentlichen Punkten modifiziert. An Stelle der Freiheit und des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag ist die gleiche Arbeitspflicht und das gleiche Recht auf die zur Konsumtion bestimmten Arbeitsprodukte getreten, wobei allerdings Rücksicht genommen werden muss auf die natürliche Ungleichheit des einzelnen. Die Verfassung soll ganz demokratisch sein, auch Frauen, ja Kinder, soweit sie urteilsfähig sind, sollen beratende und beschliessende Stimme haben, wenn es sich um die Neueinführung praktischer Einrichtungen handelt. Vollständige Denk- und Redefreiheit soll herrschen, keine Uebereinstimmung in religiösen oder philosophischen Ansichten verlangt werden. Er warnt vor übertriebenen Hoffnungen auf Abkürzung der Arbeitszeit, er hält tüchtige Arbeit, wenigstens in den ersten Jahren, für notwendig zum Ge-

deihen. Ueber die Arbeitsmethoden in den verschiedenen Produktionszweigen gibt er genaue Anweisungen, auch einen Bebauungsplan für eine aus 2000 Personen bestehende Kolonie mit 2000 Acres Grundbesitz fügt er hinzu.

Ueber Thompsons Bevölkerungstheorie siehe S. 68—70.

Op. An inquiry into the principles of the distribution of wealth most conducive to human happiness. London 1824. — An appeal of one half of the human race, women, against the pretensions of the other half, men, to retain them in political and thence in civil and domestic slavery. London 1825. — Labour rewarded. London 1827. — Practical directions for the speedy and economical establishment of communities on the principles of mutual cooperation, united possessions, equality of exertions and of the means of enjoyments. London 1830.

Thoré, Etienne Joseph Théophile, geboren zu La Flèche 23. Juni 1807, gestorben zu Paris 30. April 1869. Advokat zu Paris, nahm er an der Julirevolution teil und begann eine äusserst lebhafte journalistische Thätigkeit, in der er als Kämpfer für die radikale Demokratie auftrat. 1840 liess er den Prospekt einer neuen Zeitung, „Démocratie", und die Broschüre „La vérité sur le parti démocratique" erscheinen, wegen deren er zu einem halben Jahre Gefängnis verurteilt wurde. Anfangs bekämpfte er den Kommunismus, wurde aber später selbst ein Anhänger desselben. An der Revolution von 1848 nahm er lebhaften Anteil, wurde Mitglied des Blanquistischen Klubs, in dem sich die materialistischen Kommunisten versammelten, und gründete das Journal „La vraie République" mit der Aufschrift: „Ohne die sociale Revolution gibt es keine wahre Republik." Im Aufstand des 15. Mai 1848 spielte er eine Führerrolle. Da es ihm gelang, sich zu flüchten, wurde er in contumaciam zum Tode verurteilt. 1848—1860 lebte er im Exil. Nach seiner Rückkehr nahm er keinen Anteil mehr am politischen Leben.

Op. Wir erwähnen: „La vérité sur le parti démocratique", 1840; „La recherche de la liberté", 1845.

Tölcke, Karl Wilhelm, geboren am 31. Mai 1817 zu Iserlohn (Westphalen). Erst in gereiftem Alter trat er in den politischen Kampf als ein Anhänger Lassalles ein. Nach B. Beckers Rücktritt wurde Tölcke am 30. November 1865 zum Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (s. d.) gewählt. Ein eifriger und geschickter Redner und Organisator, hat er viel für die Organisation der Arbeiter geleistet und sich bei seinen Gegnern, besonders den Freisinnigen Berlins, unauslöschlichen Hass erworben. Weitsichtig genug, um zu erkennen, dass die erbitterten Kämpfe zwischen den feindlichen Brüdern, dem Arbeiterverein und der socialistischen Arbeiterpartei, bei der sich steigernden Feindseligkeit der Polizei, der Sache, für die sie doch beide in gleicher Weise kämpften, nur schädlich sein konnte, förderte er aufs eifrigste das Einigungswerk und hatte die Genugthuung, auf dem Gothaer Kongress 1875 eine geeinte Partei entstehen zu sehen. Die Kraft, die er früher dem Arbeiterverein gewidmet, stellte er jetzt in den Dienst der neuen Sache. Er nahm an allen Kongressen teil und wurde auch als Redacteur einer Parteizeitung zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt. Wäh-

rend der Haft erkrankte er und musste aus dem Gefängnis entlassen werden. „Ich war früher einer der stärksten Männer Deutschlands," so erzählte der alte Kämpfer auf dem Halleschen Kongress, „und nach dem Gutachten meiner Aerzte hätte ich vielleicht hundert Jahre alt werden können, wenn nicht, eine Folge meiner Haft, mein Körper vollständig ruiniert wäre." Die Amnestie liess er über sich ergehen, weil er nicht im stande gewesen wäre, die Strafe zu verbüssen. Auch an den Kongressen zu Halle und Erfurt nahm er teil und versuchte auf dem letztern vergeblich, die Unabhängigen zur Einigkeit zu ermahnen. Noch im 77. Lebensjahre unternahm er im Kreise Dortmund einen Wahlfeldzug, in dem er jedoch unterlag. Er starb am 30. November 1893, ein treuer, unermüdlicher Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse.

Tolain, Henri Louis, geboren zu Paris 1828, erlernte das Ciseleurgewerbe und verwendete alle Musse darauf, seine mangelhafte Erziehung zu vervollständigen. Er war Delegierter der Arbeiter für die Londoner Ausstellung 1862 und war Verfasser des Manifestes der Sechzig (1863) (s. Frankreich). Im folgenden Jahre beteiligte er sich an der Gründung der Internationalen und wurde, in Verbindung mit Fribourg und Limousin, Korrespondent für Paris. Als Delegierter nahm er an den Kongressen der Internationalen zu Lausanne, Genf, Brüssel und Basel teil und verteidigte von seinem proudhonistischen Standpunkt aus mit grosser Wärme das Privateigentum, im Gegensatz zur Mehrheit des Kongresses. 1868 wurde er in dem ersten Prozess gegen die Internationale zu 100 Fr. Geldstrafe verurteilt, und auch 1870 waren schon wieder gerichtliche Verfolgungen gegen ihn eingeleitet, als das Kaiserreich zusammenbrach. 8. Februar 1871 wurde er zum Mitglied der Nationalversammlung erwählt. An der Communebewegung nahm er nicht teil, sondern nahm seinen Sitz in der Nationalversammlung ein und wurde infolgedessen als Verräter von der Internationalen ausgeschlossen. 1872 sprach er gegen das Gesetz gegen die Internationale und für die Associationsfreiheit. Am 30. Januar 1876 wurde er zum Senator gewählt, wo er seinen Platz auf der äussersten Linken nahm. Er war Delegierter der französischen Regierung auf der internationalen Arbeiterschutzkonferenz zu Berlin 1890.

Toussenel, Alphons, geboren 1803 zu Montreuil-Bellay (Departement Maine-et-Loire). Nach Vollendung seiner Studien zog er sich auf das Land zurück, wo er neben seinem Beruf als Landwirt sich dem Studium der Tierpsychologie widmete. Ch. Fouriers Lehren übten einen grossen Einfluss auf ihn aus. Er ging nach Paris und war vier Jahre lang Redacteur des Journals „La Paix". 1847 übernahm er den Posten eines Civilkommissärs, den er aber schon im folgenden Jahre niederlegte. — Er war ferner ein Gründer der „Démocratie pacifique". Nach der Februarrevolution von 1848 beteiligte er sich an den Arbeiten der im Palais Luxembourg tagenden Arbeitskommission und gab das Journal „Die befreite Arbeit" heraus. Seit 1849 widmete er sich seinem Lieblingsstudium der Tiere; er verfasste „Der Geist der Tiere"; „Die Welt der Vögel"; — von socialistischen Werken „Die Juden"; „Arbeit und Nichtsthun, demokratisches Programm" etc. Gestorben 1885.

Trades-Unions. Trades-Unions sind die englischen Gewerkvereine. Sidney und Beatrice Webb, die hervorragenden Historiker derselben, definieren in ihrer „History of Trades-Unionism“ eine Trades-Union als dauernde Verbindung von Lohnarbeitern, deren Aufgabe die Erhaltung oder Verbesserung der Bedingungen ist, unter denen sie beschäftigt sind.

Solche dauernde Verbindungen können nun in England, wenigstens soweit unsere heutige historische Kenntnis reicht, nicht vor dem Beginn des 18. Jahrhunderts nachgewiesen werden. Sie tauchen erst auf, als mit der Entwicklung der Manufaktur sich eine grosse Klasse von Lohnarbeitern gebildet hatte, von denen die grosse Mehrzahl keine Aussicht hatten, jemals Meister zu werden.

Bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts fehlte den Trades-Unions aber noch das Gefühl der Solidarität mit Arbeitern anderer Gewerke. Ihre Lohnstreitigkeiten mit den Arbeitgebern tragen noch nicht den Charakter von Konflikten zwischen zwei durch Verschiedenheit der Interessen deutlich getrennten socialen Klassen. Sie zeigen mehr die Tendenz, mit den Meistern gegen das Publikum gemeinsame Sache zu machen, als mit den Arbeitern anderer Gewerke sich zum Angriff gegen die kapitalistische Klasse zu vereinigen.

Das Klassengefühl unter den Arbeitern erstarkte erst mit der Verbreitung des demokratischen Geistes, den die französische Revolution mächtig förderte. Jetzt betrachteten die regierenden Klassen jede Verbindung der Arbeiter mit der grössten Unruhe und traten energisch allen Versuchen derselben, Löhne und Arbeitsbedingungen zu regeln, entgegen. Da man mit dem gemeinen und statutarischen Recht nicht auskam, so erliess man 1799 und 1800 Gesetze, welche jede Verbindung von Arbeitern verboten. Diese Koalitionsverbote wurden von den Politikern als notwendig hingestellt, um ruinöse Erpressungen durch die Arbeiter zu verhindern, welche sonst alle Manufakturen, den auswärtigen Handel und damit die Grundlage von Englands Macht zerstören würden. Trotz aller Verfolgungen aber existierten die Trades-Unions fort und behaupteten in vielen Fällen den Einfluss, den sie auf die Regelung ihres Gewerkes besassen. Oft blieb das Gesetz toter Buchstabe. Man liess die Arbeiter sich in Unions vereinigen, Lohnlisten aufsetzen, für ihre Armen und Kranken sorgen, — aber hielt das Gesetz wie ein Damoklesschwert über ihnen. Am fühlbarsten war das Koalitionsverbot in den Textilindustrieen, in denen die schnell aufeinanderfolgenden Aenderungen im Produktionsprozess, insbesondere die Einführung neuer Maschinen und die umfassende Anwendung von Frauen- und Kinderarbeit, die Arbeiter in das tiefste Elend gebracht hatten. Hier war das Gesetz, wie White es beschreibt, „ein ungeheurer Mühlstein am Halse des Arbeiters, der ihn auf den Boden niederdrückt und zermalmt. Alles, was er versucht, jedes Mittel, das er ersinnt, um seinen Lohn zu halten oder zu erhöhen, ist ungesetzlich, wie man ihm erzählt; die Friedensrichter betrachteten fast in allen Fällen jeden Versuch des Arbeiters, seine Lage zu verbessern, als eine Art Aufruhr oder Widerstand gegen die Regierung; jedes Komitee, jeder thätige Mann unter ihnen

wurde als gefährlicher, aufrührerischer Aufhetzer angesehen, den man bewachen und wenn möglich zerschmettern müsse".

Planmässiges, wohlüberlegtes und energisches Vorgehen seitens der Arbeiter war durch diese Verhältnisse ganz ausgeschlossen. Ihre Streiks waren denn auch in der Regel leidenschaftliche Kämpfe um einen jämmerlichen, zum blossen Unterhalt kaum ausreichenden Lohn. Die Leidenschaft und die Verzweiflung entluden sich oft in grausamen Gewaltthaten, Niederbrennen der Fabriken, Zerstörung der Maschinen. Die Ausnahmegesetze hatten hier nur den Erfolg, in die Hände der Führer eine ungeheure Macht zu legen und die Verbindungen in geheime zu verwandeln, die sich durch furchtbare Eide, mystische Aufnahme-Ceremonieen gegen Verräter zu schützen suchten.

Noch eine andere, entschieden nicht beabsichtigte Folge hatten die Tyrannei und der Druck der Ausnahmegesetze: ein ausserordentliches Wachsen des Solidaritätsgefühls, nicht bloss unter den Arbeitern ein- und desselben Gewerkes, sondern in der Gesamtheit der arbeitenden Klasse. Fortgesetzt klagen die Unternehmer, dass ein Gewerk das andere unterstützt. Sehr oft vereinigten sich die Trades-Unions einer Stadt, um gemeinsam Zeugen zu parlamentarischen Untersuchungskommissionen zu senden, Petitionen zu stande zu bringen, Streikgelder zu sammeln und Unternehmer gerichtlich zu verfolgen.

Die Bewegung für Abschaffung der Koalitionsgesetze begann in einer Periode industriellen Niederganges. Das ökonomische Resultat des langjährigen Krieges gegen Napoleon war eine allgemeine Lohnreduktion im ganzen Lande gewesen. In offener Ungesetzlichkeit vereinigten sich die Unternehmer zu grossen Lohndrückereien mit so ruinösem Erfolg, dass die lokalen Behörden sehr bald Proteste dagegen erhoben. Die Arbeiter, deren Löhne oft unter die Subsistenzgrenze erniedrigt worden waren, fielen den Kirchspielen zur Last, die das nötige aus der Armensteuer zu ergänzen hatten. Streiks brachen überall aus, die mit mehr als gewöhnlicher Grausamkeit unterdrückt wurden. Da die Arbeiter Vorbereitungen für eine organisierte politische Agitation trafen, wurden 1819 die berüchtigten sechs Zwangsgesetze erlassen, die mit einem Schlage alle öffentlichen Versammlungen unterdrückten, den Magistraten die Befugnis zusprachen, nach Waffen zu suchen, die ganze Arbeiterpresse der Stempelsteuer unterwarfen und das Gesetz über aufrührerische Schmähschriften verschärften.

Dadurch wurden die energischen und aufgeklärten Arbeiterführer vom ökonomischen aufs politische Gebiet abgelenkt und ihre Thätigkeit war von nun an auf eine grundstürzende Umwälzung des gesamten parlamentarischen Repräsentationssystems gerichtet. Es fehlte denn auch gänzlich an einer Volksbewegung für die Abschaffung der Koalitionsgesetze. Unternommen und durchgeführt wurde dieselbe von Francis Place, einem Schneidermeister, in Verbindung mit Joseph Hume und J. R. McCulloch. 1814 begann Place seine Thätigkeit, ohne zunächst irgendwelchen Fortschritt zu machen. Die Unternehmer waren davon überzeugt, dass Arbeiterverbindungen Lohnerhöhung und Profitverminderung nach sich ziehen würden. Die Politiker waren ebenso fest davon überzeugt, dass Trades-

Unions die Warenpreise erhöhen und den auswärtigen Handel zerstören würden, auf dem nach ihrer Ansicht die Blüte und der internationale Einfluss Englands beruhte. Von den Arbeitern selbst erhielt er zunächst keine Unterstützung. Zu Beginn der zwanziger Jahre gelang es Place endlich, Joseph Hume, einen der Leiter der Partei des philosophischen Radikalismus im Unterhause, für sich zu gewinnen. Die Radikalen nahmen die Frage der Vereinigungsfreiheit auf und betrachteten sie bald als einen notwendigen Bestandteil ihres Programms. 1822 brachte Hume eine Bill gegen die Ausnahmegesetze ein. Eine parlamentarische Kommission wurde eingesetzt, in die Hume seine Anträge hineinzubringen verstand, und eine ausführliche, von Place im Geheimen äusserst geschickt dirigierte Enquête endigte mit einer Reihe von Beschlüssen, in denen vollständige Koalitionsfreiheit empfohlen wurde. Humes Bill wurde so ruhig und schnell durch beide Häuser des Parlaments hindurchgeschmuggelt, dass noch einige Wochen nach seiner Publikation die Friedensrichter einer Stadt in Lancashire einige Baumwollweber wegen Teilnahme an einer Verbindung verurteilten.

Die Wirkung des Humeschen Gesetzes in Arbeiterkreisen war ungeheuer. Eine Periode industriellen und kommerziellen Aufschwunges begünstigte eine allgemeine Lohnerhöhung. Ueberall entstanden Trades-Unions; Streiks brachen allerorten aus. „In der That,“ schrieb eine Provinzialzeitung, „es ist nicht mehr eine besondere Klasse von Arbeitern an einer einzelnen Stelle, die für Lohnerhöhung streiken, sondern die gesamte Masse der Arbeiter im Königreiche hat sich in der Absicht verbunden, den Unternehmern ihre Bedingungen aufzuzwingen.“

Dies Vorgehen der Arbeiterklasse brachte die ganze Unternehmerschaft in Aufruhr. Die Session von 1825 begann mit Einsetzung einer Kommission, die beauftragt wurde, die Wirkungen des Humeschen Gesetzes und die Handlungsweise der Trades-Unions zu studieren. Diesmal hatten die Unternehmer die Majorität in derselben, und wieder hatten es die Trades-Unions nur der unermüdlichen Thätigkeit und geschickten Taktik Places und seiner Freunde, unter ihnen Hume, Gast, Doherty, zu danken, dass der Ansturm der Unternehmer, besonders der Schiffsbauer und Eigentümer, abgeschlagen wurde. Das neue Gesetz von 1825 ging zwar nicht so weit, wie das vorjährige, aber das Recht der Arbeiter, sich zum Zweck der Regulierung des Lohnes und der Arbeitszeit zu verbinden, war und blieb erkämpft.

In den dreissiger Jahren nahm die Gewerkschaftsbewegung einen ungeheuren Aufschwung. Ihren Anfang nahm derselbe bei den Textil- und Bauarbeitern von Lancashire und Yorkshire. In diesen beiden Gewerben begann mit der Wiederbelebung von Handel und Industrie, den das Jahr 1829 nach vierjähriger Depression brachte, eine energische Thätigkeit in der Gründung „nationaler“ Unionen oder, wie wir heute in Deutschland sagen würden centralisierter Organisationen. In fast allen Gewerben wurden die Arbeiter von der Idee, solche Organisationen zu gründen, ergriffen und bald wurde auch der Gedanke einer Verbindung aller Lohnarbeiter lebhaft besprochen. Besonders waren es die Zeitungen

der Oweniten, welche Propaganda für diesen Plan machten. Owen selbst betrachtete es als das Ziel, dass alle individuelle Konkurrenz aufhören, und alle Industrieen durch nationale Genossenschaften betrieben werden sollten. Thatsächlich machte man mit solcher allumfassenden Organisation im Januar 1834 den Anfang und binnen Kurzem schlossen sich Hunderttausende von Arbeitern derselben an. Niemals wieder hat die Geschichte ein solch rapides Anwachsen der Gewerkschaften gesehen. Eine wahre Organisationsmanie brach herein. Neue Logen — man gab dem Namen „Trades-Lodges“ in jenen Tagen den Vorzug — entstanden zu Dutzenden in Gewerben und Gegenden, die nie zuvor den Versuch einer Organisation gesehen hatten. Ladendiener und Schornsteinfeger, Möbeltischler und Landarbeiter, Hutmacherinnen und Gärtnerinnen, alles organisierte sich. Die „Grosse nationale konsolidierte Trades-Union“ umspannte alle diese Logen und suchte ihre Kräfte zusammenzufassen, um einen Generalstreik aller Lohnarbeiter im ganzen Lande vorzubereiten. Es zeigte sich aber schnell, dass die Leitung dieser ungeheuren über Nacht pilzartig aufgeschossenen Organisation äusserst schwer und ihre Politik unausführbar war. Ueberall brachen partielle Streiks aus, die bei dem Mangel an Fonds fehlschlugen. So wurde durch die aggressive Taktik nichts erreicht, als dass die Unternehmer sich fest zusammenschlossen und in sich den guten Glauben befestigten, den unbotmässigen Arbeitern dürfe man Arbeitsbedingungen einfach diktieren und im Notfalle mit der bewaffneten Macht aufzwingen. Parlamente und Gerichte traten den Arbeitern mit Härte entgegen und das Resultat des ganzen mit solch überschwänglichen Hoffnungen begonnenen Kampfes war eine gründliche Niederlage der Arbeiter und ein schneller Zusammenbruch der grossen Organisation, welche sich hatte rühmen können, eine halbe Million Mitglieder zu zählen.

Trotzdem aber hat die englische Arbeiterklasse und das ganze englische Volk reichen Gewinn aus jenen anscheinend erfolglosen Bestrebungen gezogen. Mag die Geschichte der Trades-Unions, wie die der Arbeiterbewegungen in allen andern Ländern, im einzelnen auch fast wie eine ununterbrochene Kette von Niederlagen erscheinen, mag sie uns auch wieder und wieder erzählen von dem vollständigen Zusammenbruch des mühsam Aufgerichteten, von weitverbreiteter Niedergeschlagenheit und Apathie, welche auf eine Zeit überschwänglicher Hoffnungen und angespanntester Thätigkeit folgen, von zahllosen Opfern und entsetzlichen Leiden — im grossen und ganzen ist sie doch die Geschichte einer unaufhaltsam vorwärtsschreitenden Klasse. In die Zeit jener schweren und anscheinend erfolglosen Kämpfe der dreissiger Jahre fällt auch der Anfang der Fabrikgesetzgebung.

Wenn Robert Owens Plan, eine „grosse nationale Trades-Union“ zu schaffen und damit die Grundlagen für den Neubau der ganzen Gesellschaft zu legen, auch gescheitert war, so liess seine Thätigkeit doch tiefe und bleibende Eindrücke in der Arbeiterbewegung zurück. Einmal ist seiner Propaganda das rapide Entstehen des Solidaritätsgefühls unter den Arbeitern zu danken, dann war aber auch seine Arbeiterpolitik, abgesehen von den mit ihr verquickten utopistischen Träumereien, eminent praktisch

Ein begeisterter Anwalt der Fabrikgesetzgebung, kämpfte er für Maximalarbeitszeit und Minimallohn und benützte seinen Einfluss auf Philanthropen und Fabrikbesitzer, um im Dezember 1833 die „Gesellschaft für nationale Regeneration“ zu gründen, deren wichtigste Forderung der Achtstundentag war und deren Thätigkeit zum guten Teil die Annahme des Zehnstundentages zu danken ist. Wenn Owen auch fest daran glaubte, dass der Aufbruch des kapitalistischen Systems, „plötzlich über die Gesellschaft herein kommen würde, wie der Dieb in der Nacht“, so vernachlässigte er deshalb doch die unmittelbaren Bedürfnisse des Augenblicks nicht.

Mit der Handelskrise, die 1836 einsetzte und in den folgenden Jahren schnell sich verschärfte, verfielen auch die Trades-Unions, die von dem Ruin der „Great National-Union“ Owens direkt nicht berührt worden waren. Ihre Streiks endeten mit zerschmetternden Niederlagen, und grosses Elend folgte denselben. Kein Wunder, dass wilde Verzweiflung und finsterer Zorn die Arbeiter beseelten. Sie hatten mit ganzer Seele an die utopistischen Lehren des ihnen mit solcher Begeisterung gepredigten Kommunismus geglaubt. Was half es ihnen jetzt, in ihrem langen hoffnungslosen Kampfe mit Hunger und Entbehrung von „nationaler Regeneration“ und „Vergesellschaftung der gesamten Industrie“ zu hören? Sie wollten nicht länger einer Fata morgana nachjagen, sie verlangten ein bestimmtes, in absehbarer Zeit erreichbares Ziel und glaubten dieses Ziel zu finden in den „sechs Punkten“ der „Charte des Volkes“. Der Chartismus (s. d.) mit seinen Massenversammlungen, Petitionen, Prozessionen und Aufständen wurde so das Centrum der Bestrebungen der Arbeiterklasse.

Die Chartisten setzten grosse Ausstände ins Werk und gestalteten diese zu politischen Rebellionen um. Als sie im Jahre 1842 beschlossen, allen Arbeitern so lange Arbeitsruhe zu empfehlen, bis die „Charte Gesetz des Landes geworden ist“, da schien es eine Zeit lang, als ob die gesamte Trades-Unions-Welt in die Bewegung hineingezogen werden würde. Aber die offenbare Thorheit eines solchen Generalstreiks wurde doch zu schnell von den Trades-Unions-Führern erkannt: sie hielten sich von der ganzen Bewegung fern.

Nach 1842, als der Chartismus das hohe Ziel vollendetster politischer Demokratie aus den Augen verloren hatte, und seine Kraft in allerhand Reformplänchen verzettelte, verloren seine revolutionären Gedanken, ebenso wie früher die kommunistischen Ideen Owens, allen Einfluss bei den Arbeitern. Eine neue Generation wuchs allmählich heran, welche die schlimmste Zeit der Unterdrückung nicht mehr gekannt hatte und die politischen und ökonomischen Lehren des bürgerlichen Radikalismus in sich aufnahm.

Mit dem Aufschwung des Handels und der Industrie, der in der Mitte der vierziger Jahre begann, geht parallel eine grossartige Entwicklung des Trades-Unionismus und die Annahme einer neuen Organisationsform, durch die die Gewerkschaften eine bisher unbekannte finanzielle Stärke und Beständigkeit der Mitgliederzahl erhielten. Zum erstenmale

fand die neue vorsichtige, wenn auch etwas beschränkte Politik, welche die Gewerkschaftsführer der nächsten dreissig Jahre charakterisiert, ihren Ausdruck auf einer Konferenz von Delegierten vieler organisierter Gewerbe, die Ostern 1845 in London stattfand und die Gründung der „Nationalen Association vereinigter Gewerbe zum Schutz der Arbeit" beschloss. Der Einfluss Owenscher Ideen lässt sich auch hier noch in den Vorschlägen von Produktivgenossenschaften und gesetzlicher Beschränkung der Arbeitszeit nachweisen; aber die ausschweifende Angriffspolitik der Jahre 1830—1834 ist vollständig verschwunden. Niemand denkt noch daran, die Produktionsmittel von den Kapitalisten auf die Trades-Unions zu übertragen, es wird im Gegenteil die Interessengemeinschaft von Kapital und Arbeit hervorgehoben und als einer der wichtigsten Gegenstände der Konferenz die Pflege eines guten Verhältnisses zu den Arbeitgebern bezeichnet. Eine Politik der Versöhnung und friedlichen Entscheidung von Streitigkeiten wird proklamiert; Streiks sollen so viel wie möglich vermieden werden. Trotzdem wurde die Association, die schnell an Umfang gewonnen hatte, wie die „Trades-Unions" der dreissiger Jahre, von den Unternehmern angegriffen. Eine grössere Anzahl von Streiks, die in den Jahren 1846—1848 über die Association hereinbrachen, zerstörten ihre finanzielle Basis. Seit 1851 ist sie ohne jede Bedeutung.

Die „Nationale Association" steht mit ihrer Einrichtung und ihren Zielen in der Mitte zwischen den revolutionären „Trades-Unions" von 1830—1834 und dem parlamentarischen Komitee der Trades-Unions-Welt vom Anfang der siebziger Jahre. Der friedliche Geist, der ihre Verhandlungen beherrscht, kommt ebenfalls zum Ausdruck in den grossen nationalen Unionen der einzelnen Gewerbe, die sich von ihr fernhielten. Die Reaktion gegen die rücksichtslose Angriffspolitik der Owenschen Zeit überschlägt sich in einer vollständigen Verwerfung des Streiks. „Hütet euch — so warnt das Centralkomitee der Union der Steinmetzen seine Mitglieder — vor dem Streik wie vor einem wilden Tier. Wir beschwören euch, auf alle mögliche Weise diese nutzlosen Streiks zu vermeiden." „Wir glauben," schreibt das Magazin der Flintglasarbeiter, „dass die Streiks das Verderben der Trades-Unions gewesen sind." Es gehörte zu dieser streikfeindlichen Politik, dass man den lokalen Branchen das Recht der Streikerklärung entzog und entweder, wie die Union der Eisenformer, damit das Exekutivkomitee bekleidete, oder, wie die der Steinmetzen, die Entscheidung der Abstimmung der ganzen Union unterwarf. Der Satz, dass die Löhne unabweislich durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt würden, war ein Dogma bei den Führern der hervorragenden Gewerkschaften geworden. Da erschienen natürlich die Streiks als nutzlos; alles kam darauf an, das Angebot von Arbeit zu beschränken und die Nachfrage zu heben. Dazu empfahlen sich drei Mittel: die Beschränkung der Zahl der Lehrlinge, Abschaffung von Ueberzeit und eine planmässige Auswanderung der überschüssigen Arbeiter. Viele der grossen Gesellschaften richteten einen Auswanderungsfonds ein, und nicht unbeträchtliche Summen wurden dafür in den nächsten zehn Jahren, in der Hauptsache nutzlos, ausgegeben. Die Zahl

der Auswanderer war zu gering, um auf den Arbeitsmarkt irgendwelchen Einfluss zu haben.

Zugleich mit diesem die Gewerkschaftswelt um 1850 beherrschenden „neuen Geist“ entwickelt sich das Problem einer neuen Verfassung für die nationalen Unionen, die 3000—5000 Mitglieder stark waren, Wochenbeiträge bis zu einem Schilling erhoben und ganz bedeutende Unterstützungen an ihre Mitglieder zahlten. Mit besonderem Geschick wurde es von der Gewerkschaft der Maschinenarbeiter angegriffen; von ihr ist das Muster der neuen Organisation in der „Amalgamated Society of Engineers“ geschaffen.

Mit der Einführung der Dampfmaschine hatte sich das alte Gewerbe der Mühlenbauer in eine Anzahl neuer, wie eigentliche Mühlenbauer, Maschinenschmiede, Modellmacher u. a. gespalten, die alle ihre nationalen, zum Teil unter einander rivalisierenden Gewerkschaften besassen. Die wichtigste unter ihnen war die Journeymen Steam-Engine and Machine Makers and Millwrights' Friendly Society (eig. Unterstützungsgesellschaft der Dampfmaschinen- und Maschinenbauer und Mühlenbauer-Tagarbeiter), die, 1826 gegründet, im Jahre 1848 7000 Mitglieder zählte und einen Reservefonds von 27000 Lstrl. besass. Ihren Führern gelang es im September 1850, die Amalgamierung der verschiedenen Gewerkschaften zu bewerkstelligen und mit vollem Erfolge durchzuführen. Thatsächlich übernahm die neue Gesellschaft die gesamte detaillierte Verfassung sowie die offiziellen Beamten der erwähnten Union, so dass man wohl eher von einer Absorption der kleineren Gewerkschaften sprechen kann. Ein grosser Lohnkampf, den sie für die Abschaffung von systematischer Ueberzeit und Stückarbeit bald nachher führte, endigte wohl mit einem vollständigen Siege der Unternehmer, erschütterte aber keineswegs die neue Union, ja trug vielmehr dazu bei, die Aufmerksamkeit der Trades-Unions-Welt auf sie zu richten und ihre Verfassung als ein Muster für die anderen hinzustellen.

Die Unionen des Maschinenbaugewerbes hatten sich aus lokalen Unterstützungsvereinen entwickelt. So zahlte die Journeymen Steam-Engine Makers Society von Anfang an ausser der Arbeitslosen- eine Reise- und Begräbnisunterstützung und eine einmalige Zahlung bei Unfällen. Sehr bald nahm sie auch noch die Kranken- und Altersversicherung in ihren Rahmen auf. Die Verbindung dieser Unterstützungszwecke mit den anderen Aufgaben einer Trades-Union, Regulierung der Lohnhöhe und der Länge der Arbeitszeit, zusammen mit dem Gegensatz von Centralisation und Autonomie der lokalen Vereine, waren die beiden Hauptschwierigkeiten, die bei der Abfassung einer Konstitution zu überwinden waren. Die Amalgamated Society of Engineers löste das Problem in folgender Weise. Die Zweigvereine erwählten ihre Beamten und verwalteten selbständig ihre Gelder, hatten aber dabei die ausführlichen, für alle Fälle bestimmten Statuten zu befolgen. Die Gelder waren Eigentum der ganzen Gesellschaft, und am Ende des Jahres wurden die Ueberschüsse der einzelnen Zweigvereine unter einander so ausgeglichen, dass jeder Zweigverein mit demselben Kapitalbetrage pro Kopf das neue Rechnungsjahr begann. Die gültigen Statuten können nur durch eine zu diesem Zweck berufene De-

legiertenversammlung geändert werden. Diese ganze Maschinerie war aber nur für die Verwaltung der Unterstützungsgelder bestimmt. Als Trades-Union war die Gesellschaft dagegen ein äusserst centralisierter Körper. Um ihren Hauptzweck, Gleichheit des Reallohnes im ganzen Lande, besser erreichen zu können, hatte die Centralexekutive die alleinige Verfügung über die Streikgelder, wobei sie durch Distriktkomitees, die die lokalen Interessen zu überwachen hatten, unterstützt wurde. Diese waren durchaus von der Centralexekutive abhängig.

Der Einfluss, den diese neue Organisationsform ausübte, war ungeheuer. Für eine lange Reihe von Jahren sehen wir die meisten Trades-Unionisten damit beschäftigt, sich nach dem Muster der Society of Engineers eine neue Verfassung zu geben und ihre Gesellschaften besonders nach der finanziellen Seite zu konsolidieren. Ihre Haltung gegenüber den Unternehmern war eine friedliche, wie z. B. die Adressen des Exekutivkomitees der Amalgamated Engineers bezeugen. Der Gedanke, Lohnstreitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern durch Schiedsgerichte, anstatt durch Streiks und Lockouts zu entscheiden, gewann schnell an Beliebtheit bei den Gewerkschaftsführern. Eine Aera industriellen Friedens schien bevorzustehen, die aber die seit 1857 beginnende Depression mit ihrem Gefolge von Streiks schnell wieder in das Gebiet der Utopie zurückverwies. Der bedeutendste dieser Streiks war der der Bauarbeiter in London 1859, veranlasst durch die Forderung eines Neunstundentages. Er fand die Unterstützung der gesamten Gewerkschaften und bewies einmal den Mangel an Organisation im Zimmerergewerbe, andererseits aber die Macht der grossen organisierten Unionen, besonders der Amalgamated Engineers. Seine Resultate waren der Londoner Gewerkschaftsrat und die Amalgamated Society of Carpenters (Verband der Zimmerer), die bestimmt war, in der Folgezeit eine grosse Rolle zu spielen.

Die Entwicklung der nationalen Unionen mit ihren verwickelten Aufgaben der Verwaltungs- und Kassenführung hatte eine neue Klasse geschulter Gewerkschaftsbeamten geschaffen; die Einrichtung der Hauptquartiere in London hatte dieselben in enge persönliche Berührung mit einander gebracht. Von diesem kleinen Kreise von Gewerkschaftssekretären hoben sich in der damaligen Zeit, wie eine Art von Ministerium, 5 Männer ab, die von dem grössten Einfluss auf die Gewerkschaftsbewegung wurden. Es sind dies: William Allan und Robert Applegarth, der eine Sekretär der „Amalgamated Engineers", der andere der „Carpenters", Daniel Guile, Sekretär der Eisengiesser, Edwin Coulson, Sekretär des Londoner Ordens der Maurer, und Georg Odger, Mitglied einer Union von Damenschuhmachern und ein Führer der radikalen Arbeiter in London. Im Gegensatz zu der grossen Masse der Trades-Unionisten, welche die politische Aktion verwarfen, sahen diese fünf Männer, die Sidney und Beatrice Webb, die Verfasser der unserer Darstellung zu Grunde liegenden „History of Trades-Unionism", mit dem Namen die „Junta" bezeichnen, in dem Siege des politischen Radikalismus einen mächtigen Hebel für die ökonomische Hebung der Arbeiterklasse. Während auf ökonomischem Gebiet ihre Politik sich darauf beschränkte, jedem Arbeiter die Arbeits-

bedingungen, welche die besten Unternehmer gewährten, zu verschaffen, suchten sie die Trades-Unions in eine ganze Reihe politischer Agitationen für das Stimmrecht, nationale Erziehung, Bergwerks- und Trades-Union-Gesetzgebung hineinzuziehen. In dieser Absicht wandten sie sich an die seit Kurzem bestehenden Gewerkschaftsräte von Glasgow, Sheffield, Liverpool, Edinburgh und seit 1861 auch London und machten aus ihnen die politischen Organe der Trades-Unions. Unterstützt wurden sie dabei von Campbell und Macdonald, denen es gelungen war, den Gewerkschaftsrat von Glasgow zu gewinnen. Diese beiden waren es auch, die den wichtigsten Sieg der nächsten Jahre, die Verbesserung des Gesetzes über das Verhältnis zwischen „Meister und Gesinde“ (master and servants), erfochten. Nach den alten „Meister- und Gesinde“-Gesetzen konnte der Unternehmer im Fall des Kontraktbruches nur im Wege der Civilklage auf Schadenersatz verklagt werden, während der kontraktbrüchige Arbeiter kriminell zu drei Monaten Gefängnis verurteilt werden konnte. Ferner konnte der Unternehmer (master) für sich zeugen, der Arbeiter aber nicht, so dass auf das Zeugnis des Unternehmers allein hin eine Verurteilung des Arbeiters erfolgen konnte. Gegen die Entscheidung des Friedensrichters gab es keine Appellation. Die Strafen waren Gefängnisstrafen. Gegen dieses Gesetz begann nun Campbell in Verbindung mit dem Glasgower Gewerkschaftsrat den Kampf. Eine Broschüre wurde gedruckt, die Gewerkschaftsräte der anderen Städte zur Agitation aufgefordert und eine Konferenz von Trades-Union-Delegierten 1864 nach London berufen, um Stellung zur Frage zu nehmen. Es gelang, eine Anzahl von Parlamentsmitgliedern, unter ihnen Cobbett, für die Angelegenheit zu interessieren, die Regierung wurde gezwungen, ein Komitee zur Untersuchung derselben einzusetzen, und 1867 kam dann ein Gesetz zu stande, das die grössten Ungerechtigkeiten abschaffte. Dieser erste Erfolg der Trades-Unions trug ausserordentlich viel dazu bei, Zutrauen in die parlamentarische Aktion zu erwecken.

Das Wachstum der grossen Unions an Reichtum wie an Mitgliederzahl hatte die Feindschaft der Unternehmer von neuem wachgerufen. Sie schlossen sich ihrerseits zu machtvollen Vereinigungen zusammen und gebrauchten eine neue Waffe, den Lockout der Arbeiter eines ganzen Gewerbes, mit dem sie die Streiks der Arbeiter einzelner Firmen beantworteten. Die Störung von Handel und Industrie, die diese fortwährenden Lockouts in viel höherem Grade als die Streiks bewirkten, erregten ihrerseits die Feindschaft des allgemeinen Publikums gegen die Trades-Unions, die aufs geschickteste von der feindlichen Presse durch die übertriebenen Berichte von Ausschreitungen seitens der Trades-Unionisten genährt wurde. Der Terrorismus der Trades-Unionisten wurde zum Sprichwort und Popanz, mit dem die Kapitalistenklasse sich schreckte. Die Explosion einer Kanne voll Schiesspulver in einem Arbeiterhaus zu Sheffield brachte die Erregung der Mittelklasse zum Ausbruch. Obschon der Thäter unbekannt blieb, wurde sofort von allen Seiten der Ruf nach einer gründlichen Untersuchung des Trades-Unionismus laut, in den die Gewerkschaften nun *selbst in ihrem* eigenen Interesse einstimmten. So kündigte denn die

Thronrede vom Februar 1867 die Einsetzung einer königlichen Kommission an, die den Auftrag erhielt, das gesamte Gebiet des Trades-Unionismus in den Bereich ihrer Untersuchung zu ziehen. Es war klar, dass die Unternehmer einen energischen Versuch machen würden, die Kommission zu ihren Zwecken zu benutzen. Zu gleicher Zeit drohte den Trades-Unions noch eine andere Gefahr. Der Queen's-Bench-Gerichtshof entzog ihnen nämlich durch eine Entscheidung den Schutz des Gesetzes betreffs der Unterstützungsgesellschaften. Er erklärte sie für ungesetzliche Verbindungen und lieferte damit ihre Vermögen der Willkür der zahllosen Zweigvereinssekretäre und Kassierer aus, die nunmehr dieselben ungestraft plündern konnten. In dieser gefährlichen Krise berief Applegarth eine Konferenz der „Amalgamated-Trades", die, im wesentlichen aus der Junta und einigen Freunden bestehend, von 1870—1871 den Feldzug für die Trades-Unions leitete. Rat und thätigen Beistand fand sie bei den christlichen Socialisten und Positivisten, wie Fr. Harrison, Professor Beesly, T. Hughes u. a., die schon früher bei Streiks den Trades-Unions geholfen hatten. Es gelang, Hughes und Harrison in die königliche Kommission hineinzubringen, und damit war die Absicht der Unternehmer von vornherein durchkreuzt. Ausführlicher auf die Art und Weise, wie die Verhandlungen der Kommission von ihnen beeinflusst und geleitet wurden, einzugehen, fehlt uns hier der Raum; es genüge die Bemerkung, dass sogar der Bericht der nicht freundlichen Majorität keine feindlichen Gesetzesvorschläge enthielt. Der Bericht der Minorität wurde von dem Positivisten Fr. Harrison verfasst. Derselbe beschränkte sich nicht nur darauf, die thörichten Vorschläge der Majorität zu widerlegen, sondern legte auch die allgemeinen Principien nieder, auf denen jede zukünftige Gesetzgebung zu basieren hätte: 1. Keine sonst gesetzliche Handlung soll ungesetzlich sein, weil sie von einem Arbeiter begangen ist, und 2. keine Handlung soll als Kriminalvergehen betrachtet werden, weil sie von einer Verbindung von Personen begangen ist, während sie von einer einzelnen Person begangen es nicht wäre. Daran schloss sich die ausführliche Darstellung des Charakters und der Ziele des Trades-Unionismus und eine genaue und ausführliche Aufzählung aller Amendements, die nötig wären, um das bestehende Recht in Uebereinstimmung mit den allgemeinen Principien zu bringen. Hier zeigte sich nun der ausserordentliche Wert des Beistandes der juristischen Freunde. Während die Trades-Unionisten die einfache Legalisierung der Gewerkschaften verlangten und damit den Mitgliedern bei inneren Streitigkeiten, den Unternehmern bei Streiks das Mittel der Civilklage, d. h. den finanziellen Ruin, in die Hand gegeben hätten, verstand Harrison durch einen ingeniösen Plan die Gewerkschaften gegen Diebstahl und Betrug ihres Vermögens zu schützen, ohne sie in Korporationen zu verwandeln, gegen die eine Civilklage angestrengt werden konnte. Der Harrison'sche Bericht blieb für sieben Jahre das politische Programm der Gewerkschaftler.

Unterdessen hatte eine gewaltige Umwälzung in der politischen Situation stattgefunden: die Reformbill von 1867 hatte den Arbeitern in

den Boroughs das Stimmrecht gegeben. Schon im Juli 1868 erliess daher die Junta im Namen der Konferenz der „Amalgamated-Trades“ ein Cirkular, worin sie die Trades-Unionisten aufforderte, ihre Namen in die Wahllisten eintragen zu lassen und von den Kandidaten Erklärungen über die Trades-Union-Gesetzgebung zu fordern. Politische Aktion fand diesmal selbst den Beifall solcher Unionen, die früher derselben feindlich gegenüberstanden. Im folgenden Jahre brachten Mundella und Hughes eine von Harrison verfasste Bill, die alle Punkte des Minoritätsberichts enthielt, im Unterhause ein und erzwangen, unterstützt von einer Anzahl radikaler Freunde, von der liberalen Regierung, die heimlich alles gethan hatte, um den Fortschritt der Bill zu hindern, die Zusicherung, dass das Kabinett im folgenden Jahre selbst eine Bill einbringen wolle. Endlich im Jahre 1871 erschien die versprochene Bill, die einerseits zwar alle von den Trades-Unions geforderten Punkte enthielt, andererseits aber an Stelle der alten, dunklen und widersprechenden Koalitionsgesetze eine neue Zusammenstellung der Strafgesetze gegen die Arbeiter brachte und praktisch alle die gewöhnlichen Methoden des industriellen Krieges, wie Ueberredungsversuche, Postenstehen (picketing), ja die einfache Streikanzeige zu Kriminalvergehen stempelte. Ein Sturm der Entrüstung ging durch die Trades-Unions-Welt. Die Junta, deren Kraft für diese Agitation nicht ausreichte, berief einen Kongress der Trades-Unions nach London. Im März 1871 fand derselbe statt. Er erklärte sich einverstanden mit dem einen Teil der Bill, der die Gewerkschaften legalisierte, verwarf aber mit aller Entschiedenheit den andern Teil, das Strafgesetz. Trotz aller Anstrengungen gelang es nicht, die Regierung umzustimmen oder eine genügende Zahl von Parlamentsmitgliedern zu gewinnen. Die einzige Konzession, die erreicht wurde, war die Teilung der Bill in zwei, die beide fast ohne Widerstand ihren Weg durch die beiden Häuser machten. Durch den „Trades-Unions-Akt“ erlangten die Gewerkschaften endgültig die rechtliche Anerkennung und den rechtlichen Schutz ihrer Vermögen, durch den „Criminal Law Amendment Act“ wurde jede Aktion derselben im Kampf gegen die Unternehmer verboten.

Die Konferenz der „Amalgamated Trades“, die ihren Zweck, die Legalisierung der Gewerkschaften, erreicht hatten, löste sich auf. An ihre Stelle trat das parlamentarische Komitee, das auf dem Londoner Kongress von 1871 gewählt worden war, und begann sofort den Kampf gegen den „Criminal Law Amendement Act“. Wie wichtig die Auffassung der Bedeutung desselben seitens der Trades-Unions war, das beweisen die unzähligen Verfolgungen auf Grund dieses Gesetzes und die Auslegungen desselben durch die Richter. „Die Richter erklärten, dass der Streik an und für sich gesetzlich sei, dass aber jede zwecks Forderung einer solchen unternommene Handlung ein Kriminalvergehen sei.“ So wurden 1871 sieben Frauen in Süd-Wales zu Gefängnis verurteilt, weil sie zu einem Streikbrecher „Bah“ gesagt hatten. Dezember 1872 wurden Londoner Gasarbeiter zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt wegen Teilnahme an einer „Verschwörung, deren Gegenstand war, durch Vorbereitung eines gleichzeitigen Ausstandes der Arbeiter die Arbeitgeber zu

nötigen und zu belästigen". Während so der Boykott der Arbeiter durch Gericht und Polizei zu Boden geschlagen wurde, liess man den Unternehmern völlig freie Hand, durch „Schwarze Listen" und andere Mittel die unbequemen Arbeiter zu boykottieren.

Die politische Thätigkeit des parlamentarischen Komitees begann unter ausserordentlich eigenartigen Verhältnissen. Die liberale Regierung, an ihrer Spitze Gladstone, stand jedem Versuche, den „Criminal Law Amendement Act" abzuschaffen, schroff feindlich gegenüber und fand in dieser Haltung die Unterstützung beider Parteien des Unterhauses. Drei Jahre unausgesetzter Agitation, durch Reden, Kongresse und Flugblätter betrieben, vergingen und die Wahl von 1874 stand bevor. Das Aufblühen des Handels war von einer so rapiden Entwicklung der Gewerkschaften begleitet gewesen, dass auf dem Kongress der Trades-Unions zu Sheffield kurz vor den Wahlen 1 100 000 organisierte Arbeiter vertreten waren. Ihre Stimmen mussten bei den Wahlen schwer, ja entscheidend ins Gewicht fallen. Während aber die Liberalen ihnen ablehnend, ja feindlich und voll Verachtung gegenüberstanden, verpflichteten sich die konservativen Kandidaten bereitwillig zur Aufhebung des „Criminal Law Amendment Act". Indes waren die Trades-Unionisten nicht damit zufrieden, einen Druck auf die beiden politischen Parteien auszuüben. Das Bedürfnis unabhängiger Arbeiterkandidaten wurde lebhaft gefühlt. Schon seit einem Jahre hatte die „Labour Representation League" (Liga für Arbeitervertretung) die Wahl von Arbeitern für das Unterhaus, allerdings erfolglos, betrieben; 1874 erhielt sie eine offizielle Hülfe seitens der Trades-Unions. Nicht weniger als 18 Arbeiterkandidaten wurden aufgestellt, die in den meisten Fällen den Wahlkampf gegen liberale und konservative Kandidaten zu führen hatten. Das Resultat war, dass die Konservativen die Sitze errangen, und zwei Arbeiterkandidaten, A. Macdonald und Th. Burt, wurden gewählt, da sie auch von den Liberalen acceptiert worden waren. Die Wahlen brachten die Konservativen zur Regierung, die nach einigem Zögern im Juni 1875 zwei Bills für die Aenderung des civilen und kriminalen Rechts einbrachten. Der „Criminal Law Amendment Act" von 1871 wurde bedingungslos aufgehoben; die Anwendung des Verschwörungsgesetzes auf Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern durch den neuen „Conspiracy and Protection of Property Act" genau beschränkt und der „Master and Servant Act" von 1867 („Meister- und Gesinde-Gesetz") durch den „Employers and Workmen Act" („Unternehmer- und Arbeitergesetz") ersetzt. Darin wurde die Gefängnisstrafe für Kontraktbruch abgeschafft; Postenstehen wurde ausdrücklich erlaubt. Die Worte „Nötigung und Belästigung der Unternehmer", die eine so furchtbare Waffe der Unterdrückung in den Händen der Friedensrichter gewesen waren, verschwanden für immer. Nach fünfjährigem Kampfe war endlich den Trades-Unions das Recht zugestanden worden, als Körperschaften die Lohnverträge mit den Unternehmern für ihre Mitglieder abzuschliessen und für ihre Einhaltung zu sorgen.

Dieser Kampf war von den Trades-Unions-Führern, insbesondere der Junta, mit rein opportunistischen Waffen geführt worden. Die utopistischen

Traditionen der Vergangenheit waren von ihnen aufgegeben worden, sie hatten sich durchaus auf den Boden der bürgerlichen Oekonomie und Politik gestellt und bekämpften mit den Waffen, die ihnen diese lieferten, die Unternehmer. Diese hatten von Beginn des Jahrhunderts an die beiden Principien der vollen Freiheit des Kontrakts und der Konkurrenz zwischen Arbeitern und Unternehmern vertreten. Da aber die Konkurrenzfreiheit und Kontraktfreiheit mit einander in Konflikt kamen, hatten die Unternehmer, um die erstere, die sich ihnen im Interesse ihres Geldbeutels empfahl, zu retten, die Kontraktfreiheit nach der einen Seite beschränkt und den kollektiven Vertrag zwischen Arbeitergesellschaften und Unternehmern gesetzlich verboten. An diesem Punkte griffen nun die Trades-Unionisten an. Sie bestanden auf dem Recht eines jeden Engländers, seine Arbeitskraft so zu verkaufen, wie es ihm am geeignesten für seine Interessen erscheint, und, wenn er es für vorteilhafter hält, seinen individuellen Vertrag durch einen kollektiven zu ersetzen. Mit der Forderung: „Freiheit der Association in Sachen des Lohnkontrakts“ antworteten sie auf den Ruf der Unternehmer nach Freiheit der Konkurrenz. So schlugen sie ihre Gegner mit ihren eigenen Waffen, kamen aber dabei in eine ebenso unhaltbare Stellung, wie diese. Obwohl sie die Kontraktfreiheit proklamierten, hatten sie durchaus nicht die Absicht, jedem Individuum diese Kontraktfreiheit einzuräumen, falls sie es hindern konnten. Das Fundamentalziel der Trades-Unions, die Erhaltung oder Erhöhung des Standard of life kann nur durch Zwang gegenüber der unionistischen Minderheit erreicht werden. Die Weigerung, mit Nichtgewerkschaftlern zusammenarbeiten zu wollen, die in einigen Fällen bis zur vollständigen Aechtung ging, ist ebenso der Freiheit des individuellen Kontrakts feindlich, wie die Weigerung der Unternehmer, die Koalitionen der Arbeiter anzuerkennen, die Freiheit des kollektiven Kontrakts angriff. Ohne die klare Erkenntnis, dass der Trades-Unionismus als solcher die kapitalistische Produktionsform verneint, erfüllt von den ökonomischen Lehren der Bourgeoisie, mehr und mehr teilnehmend an der liberalen Politik, entstand eine neue Schule von Trades-Unionisten, in deren Köpfen die enge Selbsthülfe einer Arbeiteraristokratie an die Stelle der weiten socialistischen Ideen der dreissiger und vierziger Jahre getreten war.

In den Jahren 1851—1863 waren die wichtigsten Kräfte der Trades-Union-Bewegung in London konzentriert; aber schon während die Junta ihre grossen parlamentarischen Siege erfocht, verschob sich der Schwerpunkt allmählich von London nach den nordwärts vom Humber gelegenen industriellen Bezirken. Die erste Ursache dafür war das rapide Wachsen zweier grosser provinzialer Organisationen, der Föderationen der Kohlenbergarbeiter und der Baumwollarbeiter.

Wir haben der Association der Bergarbeiter schon früher gedacht; sie ging zu Grunde nach dem Streik von 1844 und seitdem bis zu Ende des Jahres 1855 gibt es keine Gewerkschaft mehr unter den Bergarbeitern. Das Werk der Organisation wurde dann wieder aufgenommen durch Alexander Macdonald und zu einem erfolgreichen Ende geführt. Auch Macdonald, wie seine Freunde Allan und Applegarth, sah in parlamentarischer

Agitation das wichtigste Mittel, seine Ziele zu erreichen; aber im Gegensatz zu ihnen forderte er die gesetzliche Regulierung der Arbeitsbedingungen und gab niemals das geringste Titelchen des fundamentalen Princips aller Gewerkschaftsbewegung — der zwangsweisen Aufrechterhaltung des Standard of life des Arbeiters — auf. Die von ihm empfohlene Politik wurde 1863 von der Konferenz zu Leeds, wo die nationale Union der Bergarbeiter konstituiert wurde, in allen Punkten angenommen. Beschränkung der Arbeitszeit und damit der Produktion — hierum drehten sich in der Hauptsache die Verhandlungen. Ein gesetzlicher Achtstundentag wurde gefordert, principiell sowohl für Männer, wie Knaben; da aber eine Beschränkung der Arbeitszeit der letzteren die der ersteren nach sich ziehen musste und es klar war, dass das Parlament niemals für eine Fixierung der Arbeitszeit der Erwachsenen zu gewinnen sein würde, beschränkte man sich auf die Forderung des Achtstundentags für Knaben. Von weitgehenderem Einfluss wurde eine andere Reform. Die willkürliche Konfiskation angeblich nicht ordentlich gefüllter Wagen durch die Unternehmer war seit langer Zeit eine unaufhörliche Quelle von Streitigkeiten und hatte z. B. — da die Unternehmer die Anstellung eines Vertreters der Arbeiter, der die Wägung kontrollieren sollte, hartnäckig zurückwiesen — im Jahre 1859 in Süd-Yorkshire zu einem grossen Streik geführt. Es gelang nun Macdonald, die Aufnahme einer Klausel in das Bergwerksgesetz von 1860 durchzusetzen, die den Arbeitern jeder Grube das Recht einräumte, einen Wägekontrolleur (checkweigher) aus ihren Reihen anzustellen. Zwanzig Jahre setzten die Unternehmer den Kampf gegen das Gesetz fort und suchten auf die durchtriebenste Weise dasselbe zu umgehen; aber mit grösserer Energie fochten die Unions für die Unabhängigkeit ihres Kontrolleurs. Der „Miners Regulation Act“ von 1872 verstärkte ihre Stellung ein wenig, bis das Gesetz von 1887 den Arbeitern einer Grube das klare Recht zuschrieb, durch Majoritätsbeschluss auf Kosten der Arbeiterschaft der Grube einen Kontrolleur anzustellen mit der Vollmacht, genau und unabhängig über die Arbeitsleistung jedes einzelnen Arbeiters Buch zu führen. Seit der Konferenz von Leeds 1863 fanden halbjährlich Delegiertenversammlungen statt, die viel zur Konsolidierung der Organisationen beitrugen. Die Gründung einer rivalisierenden Föderation im Jahre 1869, der „Amalgamated Association of Miners“ mit mehr lokalen Zwecken, vermehrte nur die Zahl der organisierten Bergarbeiter, die in wenig Jahren bis auf 200 000 sich hob.

Nicht weniger bedeutend als die Association der Bergarbeiter war der kompakte Körper der Baumwollarbeiter in Lancashire, der seit 1869 eine wichtige Rolle in der Trades-Union-Bewegung spielt. Konzentrierte sich bei den Bergarbeitern der Kampf zunächst um den „Checkweigher“, so hier bei den Baumwollarbeitern um die Festsetzung der äusserst komplizierten Lohnlisten für Stückarbeit. Nachdem diese einmal errungen waren, wandte sich ihre Energie der gesetzlichen Regulierung der Arbeitsstunden und anderer Arbeitsbedingungen zu. Schon 1867 beschloss eine Delegiertenversammlung, für einen gesetzlichen Achtstundentag für Erwachsene, Frauen und jugendliche Arbeiter zu agitieren. Es war nur

praktischer Opportunismus, der die Baumwollarbeiter veranlasste, dem Parlament gegenüber ihre Forderung des Achtstundentages auf Frauen und Kinder zu beschränken; im Princip sind sie mit der gesetzlichen Fixierung eines Maximalarbeitstages auch für Erwachsene einverstanden. So wurde denn die Schlacht, wie einer ihrer Führer erklärte, „from behind the women's petticoats“ (hinter den Frauenunterröcken) gefochten. Aber selbst in dieser eng begrenzten Gestalt fand die 1872 und 1873 eingebrachte Bill den heftigsten Widerstand im Unterhause und keine Unterstützung bei der liberalen Regierung. Erst als die Wahlen von 1874 die Konservativen an die Regierung brachten, fand die Forderung der Baumwollarbeiter Aufnahme in dem von dem Minister des Innern, Cross, eingebrachten Fabrikgesetz. Die Arbeitszeit wurde darin auf $56^1/_2$ Stunden per Woche festgesetzt.

Während diese grossen Heerhaufen der Gewerkschaftsarmee, die Bergarbeiter und Baumwollarbeiter, gesetzlichen Schutz erstrebten — und wie wir sahen, erfolgreich — erfochten die Arbeiter des Maschinen- und Baugewerbes in den Jahren 1871 bis 1872 eine Verkürzung des Arbeitstages auf neun Stunden, nur vermittelst der Waffe des Streiks. Die Leitung in diesem Kampf lag aber nicht in den Händen der beiden grossen Amalgamated Societies (Gewerkschaftsverbände), sondern in denen einer neu begründeten, Unionisten und Nichtunionisten umfassenden „Neunstundenliga“.

Die grossen Trades-Unions, wie die der Maschinenarbeiter, der Zimmerer, der Steinmetzen u. s. f., ohne ein leitendes Princip ihrer Handelspolitik, verzichten auf die Initiative in Lohnbewegungen und sind fortgesetzt bestrebt, die Thätigkeit der Branchen zu beschneiden. Ueberladen mit kolossaler Schreibarbeit und ohne die genügende Zahl von Hülfskräften, sind die Generalsekretäre nicht mehr im stande, eine harmonische und fortschrittliche Gewerbepolitik in den hunderten von Branchen zu verfolgen, die rapiden Veränderungen der Industrie, besonders in der Anwendung der Maschinen, in ihrer Bedeutung für die Trades-Unions zu erfassen und mit grosser Weite des Blicks eine ebenso grosse Kenntnis der Details zu vereinen. Mehr und mehr verwandeln sich diese grossen Unions in reine Unterstützungsgesellschaften, so dass schon 1886 Durming schreiben konnte: „Als eine Trades-Union ist die einst so mächtige „Amalgamated Society of Engineers“ (Die Vereinigung der Maschinenbauer) jetzt ebenso unfähig, einen Streik zu beginnen, wie jede andere grosse Unterstützungsgesellschaft (benefit society) . . . Sie vereinigte früher beide Funktionen, besitzt jetzt aber nur noch eine, die einer Unterstützungsgesellschaft, mit Unterstützung für arbeitslose Mitglieder und Reisegeld . . .“ Immer war es die Tendenz dieser Gesellschaft gewesen, nur solche Mitglieder aufzunehmen, die durch regelrechte Lehrlingsschaft ein Recht im Gewerbe erworben hätten. Mit dem Vorwiegen des Charakters der Unterstützungsgesellschaft wurde die Mitgliedschaft auf solche Sektionen der Maschinenarbeiter beschränkt, die im stande waren, einen für jeden Distrikt bestimmten Minimallohn zu verdienen. Mit der Tendenz, eine „Aristokratie der Arbeit“ zu schaffen, verband sich die Kleinlichkeit

einer Versicherungsgesellschaft. Das Resultat dieser Politik war das gänzliche Aufhören der Amalgamierung (Verschmelzung, Verbindung) und das Losreissen von Sektionen, die schon der Gewerkschaft angehörten, wie z. B. der Modellmacher 1872.

Dieser allmählich sich herausbildende Gegensatz von altem und neuem Unionismus kam während der Jahre 1871—1875, die uns als Begleiterin des kommerziellen Aufschwungs ein rapides Anschwellen der Gewerkschaftsbewegung zeigen, nicht zum Ausdruck. Ende des Jahres 1873 und Anfang 1874 hatte diese ihren Höhepunkt erreicht. Während der Trade-Unionkongress von 1872 nur 375 000 Arbeiter vertrat, betrug 1874 die Zahl der organisierten Arbeiter 1 191 922, ein Anwachsen, das sich nur mit der rapiden Blüte von 1833—1834 vergleichen lässt.

Während aber die Trade-Unionisten von damals die Abschaffung der Unternehmerklasse erstrebten und die erbittertste Feindschaft seitens derselben erfuhren, hatten die Arbeiter von 1873—1874 nur das bescheidene Ziel, einen Teil der ungeheuren Profite zu erhalten, und fanden bei den Unternehmern nicht nur Anerkennung ihrer Unionen, sondern auch des Princips, die Lohnsätze durch „Joint Boards of Conciliation“ (gemeinsame Vermittlungskommissionen) zu regeln. In den Jahren 1867—1875 entstanden unzählige solcher Kommissionen und Schiedsgerichte, deren Errichtung ein entschiedener Sieg der Trade-Unions war. Wie aber der Kampf für die Koalitionsfreiheit mit der Annahme der bürgerlichen Oekonomie durch die Gewerkschaftsführer endigte, so war auch dieser zweite Sieg mit ähnlichen Nachteilen verbunden. Das Axiom der Kapitalisten, dass die Löhne notwendig mit den Profiten oder vielmehr den Marktpreisen zu- und abnehmen müssen, wurde von den Arbeiterführern angenommen und führte in vielen Gewerben zu der Einführung gleitender Lohnskalen. Man ging so weit, sich ausdrücklich gegen die Festsetzung eines Minimallohnes zu erklären und gab damit das Princip der zwangsweisen Aufrechterhaltung des Standard of life direkt auf.

Diese neue Lehre fand aber in weiten Kreisen energischen Widerstand. Die Baumwollarbeiter nnd die Kesselarbeiter, Macdonald und ein grosser Teil der Bergarbeiter — im Gegensatz zu den von Burt u. a. geführten Arbeitern von Northumberland und Durham — protestierten gegen die Abhängigkeit der Lohnsätze von den Schwankungen des Marktes. So zeigte sich also der Trade-Unionismus dem schärferen Auge nicht als die kompakte und wohl organisierte Armee, wie er den Unternehmern erschien, sondern als eine Masse getrennter Sektionen, die eigene, oft einander widerstrebende Zwecke verfolgten.

Der Aufschwung der Jahre 1873—1874 nahm ein plötzliches Ende und eine verheerende Reaktion setzte mit entschiedenem Nachdrucke ein. Ein verhängnisvoller Streik folgte dem andern; Angriffe auf den von den Bauarbeitern errungenen Neunstundentag wurden gemacht; eine Glasgower Bank fallierte und ruinierte die grosse Mehrzahl der schottischen Trade-Unions — kurz, im Jahre 1879 waren die meisten Errungenschaften der Jahre 1872—1874 verloren, die Mitgliederzahl ging auf den Bestand von 1871 wieder zurück. Trotzdem wurde im allgemeinen der Sturm

von 1878 und 1879 bei weitem besser bestanden als der der Jahre 1839—1842. Die grossen nationalen Gesellschaften des Bau- und Maschinengewerbes verloren ihre Fonds, aber behielten in der Hauptsache ihre Mitglieder; die Unions der Baumwollarbeiter behaupteten ihre Position; die jährlichen Trade-Unionkongresse fuhren fort zu tagen — alles in allem bewies der Trade-Unionismus, dass er über die Gefahr der Vernichtung hinaus und ein ständiges Element der socialen Struktur geworden sei.

Andererseits brachten die mit den Jahren 1878—1879 einsetzenden schlechten Zeiten die innerhalb der Trade-Unions verborgenen Gegensätze ans Licht. Die reine Gewerkschaft hatte einen bedenklichen Mangel an Stabilität gezeigt, während in den Gewerks- und Unterstüzungsgenossenschaften die Exklusivität einer Arbeiteraristokratie sich mit Gleichgültigkeit in Gewerkangelegenheiten verband. Die fortgesetzten Lohnkürzungen hatten den Bergarbeitern von Lancashire und Yorkshire den Unsinn der gleitenden Lohnsätze ohne feste untere Lohngrenze handgreiflich gemacht; andererseits protestierte eine machtvolle Sektion der Bergarbeiter gegen jede Ausdehnung der Bergwerksgesetze. Die Angriffe auf den Neunstundentag bewiesen einem Teil der Bau- und Maschinenarbeiter die Notwendigkeit, die Länge des Arbeitstages gesetzlich zu sichern. Ueberall treten die Gegensätze zweier durchaus entgegengesetzter, geradezu feindlicher Systeme hervor, deren Zusammensein unmöglich ist.

In den Jahren von 1880—1885 waren die meisten Gesellschaften damit beschäftigt, das verlorene Feld hinsichtlich Mitgliederzahl, wie Reservefonds zurückzuerobern. Der jährliche Trade-Unionkongress und das parlamentarische Komitee bildeten in der That das einzige Band, das die isolierten und oft feindlichen Sektionen zusammenhielt. Für industrielle Zwecke war die Trade-Union-Welt in kämpfende Gruppen ohne gemeinsames Ziel aufgelöst; so tief gingen die Interessen- und Meinungsverschiedenheiten, dass der Konflikt zwischen „alten“ und „neuen“ Unionisten in der That die Arbeiterbewegung einige Jahre lang mit völliger Auflösung bedrohte.

Die grosse Rolle, die der Trade-Unionkongress in den Jahren 1871—1875 in dem Kampfe um die Legalisation der Gewerkschaften geführt hatte, ging mit demselben zu Ende. Für die zehn Jahre von 1875—1885 ist der Kongress weiter nichts als eine jährliche Versammlung von Gewerkschaftsbeamten, die mit sanfter Einmütigkeit ihre Reden zu den verschiedenen Punkten einer vorsorglich abgefassten, von allen streitigen Fragen, wie gleitende Lohnsätze, Lohnlisten für Stückarbeit u. s. f., aufs ängstlichste gereinigten Tagesordnung abhalten. Die Junta hatte sich aufgelöst, und an ihre Stelle war eine jüngere Generation von Gewerksschaftsführern getreten, zu denen H. Broadhurst, J. Burnett, J. D. Prior und G. Shipton gehörten, und die die traditionelle Politik mit derselben Vorsicht und demselben Opportunismus weiterführten.

Das Programm des parlamentarischen Komitees, das sich in der Hauptsache aus den oben genannten Männern zusammensetzte, bestand in den Jahren 1875—1885 aus drei Gruppen von Massregeln: 1. solchen,

die die Demokratisierung der Wahlverwaltungs- und Gerichtsmaschinerie des Staates bezweckten, 2. solchen, die es dem ausnahmsweise fleissigen und sparsamen Arbeiter ermöglichten, aus der Lohnarbeiterklasse sich zu erheben, und 3. solchen, die die Arbeitsbedingungen in verschiedenen Industrieen regeln sollten. Alle diese Massregeln wurden von den liberalen Radikalen gefordert und zum Teil von der liberalen Partei verwirklicht. Die Neuregulierung des Stimmrechts in den Grafschaften nahm das parlamentarische Komitee erst auf, nachdem sie Kriegsruf der liberalen Partei geworden war; dagegen erklärten sich noch 1882 und 1883 die Trade-Unionkongresse mit grosser Majorität gegen das allgemeine Stimmrecht. Nicht weniger bezeichnend für den liberal-ökonomischen Individualismus des Komitees sind die socialen Reformen, die es empfahl. Schaffung kleinbürgerlichen Grundbesitzes, Kauf von Arbeiterhäusern durch die Arbeiter, Vermehrung der Patente in den Händen des individuellen Arbeiters u.s.f., das waren die Reformen, mit denen sich das Komitee beschäftigte, ohne zu begreifen, dass jede davon den Trade-Unionismus in seiner Wurzel angreifen muss. Weiter konnte die Annäherung an die politischen Ansichten der liberalen Partei nicht getrieben werden. Für die Gewerkschaftsführer, die wir bereits genannt haben, war die Verwerfung jeder staatlichen Einmischung absolutes Dogma geworden, und bis 1885 kann die Politik des laisser faire als die von der grossen Masse der Trade-Unionisten anerkannte bezeichnet werden. Damals war ein jeder davon überzeugt, dass die Trade-Unions einen undurchdringlichen Wall gegen socialistische Pläne bilden würden.

Heute ist die ganze Welt der Gewerkschaften mit kollektivistischen Ideen durchdrungen und die socialistische Partei siegreich auf dem Trade-Union-Kongress. Den ersten Anstoss für diese neue Gedankenströmung gab während der Jahre 1881 bis 1882 das weitverbreitete Buch Henry George's „Fortschritt und Armut“, aber die eigentlich treibende Kraft wurde die Propaganda der socialistischen Partei, die in den Jahren 1881—1883 in London von neuem entstand. Fortgesetzte Vorträge Hyndmans und anderer Schüler Karl Marx' belehrten die Arbeiter darüber, dass die Unmöglichkeit für die Arbeiter als Klasse, je selbst Eigentümer des Betriebskapitals zu werden, nicht in dem Mangel an Sparsamkeit und Fähigkeit, sondern in der industriellen Revolution mit ihren fortwährenden Verbesserungen der mechanischen Prozesse, ihrem Zusammenballen von Kapital ihre Ursache hätte. Die Trennung der Handarbeiter von den Produktionsmitteln war keine vorübergehende Phase, sondern eine notwendige Entwicklung, und die furchtbare Abwechslung von Ueberproduktion und wirtschaftlichem Stillstand war das direkte Resultat einer nur nach individuellem Profit, nicht nach den Interessen der Gemeinschaft geleiteten Industrie. Die ökonomischen Verhältnisse der damaligen Zeit lieferten die besten Illustrationen dieser Theorie. Die Krise von 1878—1879 war von einem kurzen Aufschwung in den Jahren 1881—1883 abgelöst worden, dem dann eine Periode plötzlicher ausserordentlicher Schwankungen folgte, so dass z. B. im Schiffsbau der Tonnengehalt neugebauter Schiffe von 1 250 000 im Jahre 1883 auf 750 000 in 1884, auf 540 000 in 1885 und auf

473 000 in 1886 herabsank. Von welch ungeheurem Elend diese industriellen Revolutionen für die Arbeiter begleitet waren, bedarf keiner Auseinandersetzung.

Die Unzufriedenheit der Arbeiter, der Hass gegen das ganze System, der sogar die konservativsten und exklusivsten Unions ergriff, wurde noch vermehrt durch die Schilderungen des Ostendes von London und anderer grosser Städte mit ihren Schwitzindustrieen und „Slums", die wohlmeinende, wenn auch etwas sentimentale Philanthropen damals veröffentlichten. Sie enthüllten nicht nur der Mittelklasse, sondern auch der „Aristokratie der Arbeit" die Existenz grosser Arbeitermassen, die weder Trade-Unionismus noch Kooperation jemals berührt hatte, und gaben den Anlass zur Einsetzung einer Reihe von königlichen Kommissionen, zu den statistischen Untersuchungen von Charles Booth u. a., die alle Wahrheit der von den Socialisten erhobenen Anklagen bewiesen.

Was aber vielleicht noch mehr dazu beitrug, socialistische Gedanken in die Reihen der Arbeiter zu tragen, das war das totale Fiasko, das der politische Radikalismus gemacht hatte. Vor 1867 konnte man noch die schlechte Lage der Arbeiter dem schädlichen Einfluss der Klassenherrschaft und politischen Rechtlosigkeit zuschreiben. Cobden und Bright verkündeten die Ankunft des tausendjährigen Reiches, wenn der Freihandel durchgeführt sei. Eine ganze Generation hatten die Führer des Trade-Unionismus den kollektiven (gemeinsamen) Vertrag und einen starken Reservefonds als Heilmittel für alle Leiden des Arbeiters gepriesen. Aber die Ausdehnung des Stimmrechts, des Freihandels und der Erziehung war alles, was die liberale Partei zu bieten hatte, und der alte Trade-Unionismus gewährte dem Arbeiter nicht mehr Trost und Hülfe, als die Staatspolitik.

Die grossen Unions beschränkten sich darauf, Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitglieder zu zahlen, und vermieden es, Streiks gegen Lohnreduktion und Verlängerung der Arbeitszeit zu unterstützen oder zu führen. Die mageren Jahre verschlangen die Reservefonds, und grosse Massen von Unionisten sahen sich plötzlich ohne jede Unterstützung. Der „wissenschaftliche" Trade-Unionismus fing an, schnell in Misskredit zu fallen. John Burns und Tom Mann, beide Mitglieder der „Amalgamated Society of Engineers" wurden nicht müde, in den Jahren 1884—1889 ihre grosse Gewerkschaft anzuklagen. „Die wahre Gewerkschaftspolitik der Angriffe scheint vollständig vergessen zu sein," schreibt Tom Mann 1886; „thatsächlich ist der Durchschnittsgewerkschaftler ein Mann mit versteinerten Aschauungen, entweder hoffnungslos gleichgültig oder Unterstützer einer Politik, die direkt in die Hände des kapitalistischen Ausbeuters spielt . . ." Fast noch schärfer drückt sich John Burns im September 1887 aus: „Das Resultat hievon (d. i. von der Verbindung reiner Gewerkschafts- mit Unterstützungs- und Versicherungszwecken) ist, dass alle grossen Unions aufgehört haben, Unions für die Verteidigung der Rechte der Arbeit zu sein, und in Steuererleichterungseinrichtungen für die Mittel- und Oberklasse degeneriert sind."

Aber auch die reine Gewerkschaft hatte keine grössere Lebens-

fähigkeit gezeigt. Die Organisation der Bergarbeiter von Lancashire und den Midlands verfielen gänzlich, die der Baumwollarbeiter von Lancashire und der Bergarbeiter von Northumberland und Durham bestanden nur weiter, indem sie den Unternehmern eine Konzession nach der andern machten. Gegenüber einem lang andauernden Handelsdruck, mit häufigen Schwankungen in einzelnen Industriezweigen, schienen beide Formen des Trade-Unionismus zu versagen.

Dies waren die Zustände, in deren beackerten Boden fruchtbar die Saat des Socialismus fiel. Unterstützt durch eine Reihe von Vorfällen in den Jahren 1886 und 1887, wie die Arbeitslosenagitation, die Prozesse der Leiter der Social Democratic Federation, Hyndman, Burns, Champion und Williams, der Prozess von Burns und Cunningham Graham infolge der Trafalgar Square-Affäre u. a. m. hatten die Socialisten gegen 1888 nicht nur grosse Sektionen der ungelernten Arbeiter, die mit den aristokratischen Unions so wenig gemein hatten, wie mit dem Haus der Lords, sondern auch grosse Teile der „Amalgamated Societies“ zu Anhängern gewonnen.

Auch auf den Trade-Union-Kongressen begann sich der neue Geist zu zeigen. Schon 1878 befürwortete Adam Weiler, ein alter Internationaler und ein Freund Karl Marx', auf dem Kongress zu Bristol die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit und erklärte sich im folgenden Jahre gegen Errichtung eines bäuerlichen Kleinbesitzes und für Nationalisation des Grund und Bodens. Wiederum 1883 beantragte er eine Resolution, die das parlamentarische Komitee beauftragte, für Erlangung eines gesetzlichen Achtstundentags für alle von öffentlichen Behörden beschäftigten Arbeiter zu wirken. Die Resolution wurde in einer schwach besuchten Sitzung angenommen, ohne dass indes das parlamentarische Komitee davon irgendwelche Notiz nahm.

Sehr langsam nur gewann der Gedanke eines gesetzlichen Achtstundentags Boden, aber schon zwei Jahre später sah sich das Komitee gezwungen, seine ablehnende Haltung aufzugeben, und 1887 war eine der „Amalgamated Societies“, die der Zimmerer, zum Achtstundengesetz bekehrt.

Unterdessen hatte aber der wachsende Gegensatz der Politik in den Reihen der Bergarbeiter der neuen Partei eine grosse Unterstützung zugeführt. Wir hatten schon gesehen, dass sich die Bergarbeiter von Northumberland und Durham für die gleitende Lohnskala und auf Grund ihrer lokalen Verhältnisse gegen einen Achtstundentag für die jugendlichen Arbeiter entschieden. Mehr und mehr gaben ihre Führer die alte Tradition auf und wurden seit 1875 schlieslich wie die Führer der Amalgamated Societies verbissene Anhänger der bürgerlichen Oekonomie. Im Gegensatz zu ihnen gaben 1881 die „Amalgamated South and West Yorkshire Miners Associations“ die gleitende Lohnskala auf und erklärten sich für eine Beschränkung der Förderung. Dem Beispiel der Bergarbeiter von Yorkshire folgten sehr bald die 1882 reorganisierte Föderation der Bergarbeiter von Lancashire, und 1886 die organisierten Schottischen Bergarbeiter, die 1887 eine lebhafte Agitation für die Einführung einer Achtstundenklausel in das Bergwerksgesetz von 1887 führten.

Von 1885 bis 1888 wurde auf jeder Konferenz der Bergarbeiter über die beiden Punkte: Achtstundengesetz und gleitende Lohnskala gekämpft, bis endlich 1888 die Scheidung der feindlichen Teile erfolgte. Während die alte nationale Union sehr bald auf Northumberland und Durham zusammenschrumpfte, nahm die neue Miners-Federation mit ihrer Angriffspolitik und ihren halbsocialistischen Principien eines Minimallohnes und des gesetzlichen Achtstundentages einen rapiden Aufschwung: von 36000 Mitgliedern im Jahre 1888 wuchs sie auf über 200000 in 1893.

Gegenüber all den neuen Ideen, die in den achtziger Jahren die Trade-Union-Kreise und die Arbeiter zu bewegen anfingen, verhielt sich das parlamentarische Komitee, d. h. Mr. Broadhurst, Shipton etc., durchaus ablehnend und feindlich. Ihm unsympathische Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse ignorierte es entweder ganz und gar oder, falls dies nicht möglich war, führte es in einer so unsachlichen Weise aus, dass ihre Absicht schon von vornherein vereitelt wurde. Ebenso feindlich stand es der Teilnahme der Trade-Unions an Internationalen Kongressen gegenüber, und als es durch Beschluss des Gewerkschaftskongresses von Swansea 1887 gezwungen wurde, einen Internationalen Kongress 1888 nach London zu berufen, wusste es die Zulassbedingungen so zu regeln, dass der socialdemokratischen Partei eine Beschickung unmöglich wurde. Das Resultat dieses Verhaltens war, dass es die intellektuelle Leitung der Trades-Unions-Welt gänzlich verlor und auch seinen persönlichen Einfluss sehr bald verloren hätte, wenn nicht eine lächerliche Attacke auf den Charakter seiner Mitglieder, die von Champion in seinem „Labour Elector" geführt wurde, ihm zu Hülfe gekommen wäre. Auf dem Kongress zu Dundee 1889 kam es zu einem Konflikte zwischen den alten Trade-Unionisten und Socialisten, der mit einem völligen Siege der ersteren endigte. Aber in dem Augenblicke, wo Broadhurst in Dundee über seine Feinde triumphierte, marschierten die Dockarbeiter von London zu dem glänzenden Siege, der die ganze Trade-Union-Welt umgestalten sollte.

Der grosse Dockerstreik von 1889 war der Höhepunkt der Versuche, die nicht gelernten Arbeiter zu organisieren, die in Londen zwei oder drei Jahre zuvor begonnen waren. Im Juli 1888 brachte Frau Besant in ihrem Blatt „The Link" die Leiden und die schlechte Behandlung der Zündholzarbeiterinnen vor die Oeffentlichkeit und gab damit den Anstoss, dass 672 derselben gegen die Tyrannei der Unternehmer revoltierten und mit dem Mut der Verzweiflung ohne Organisation und Geld den Streik begannen. Nach vierzehntägigem Kampf sahen sich die Unternehmer durch den Druck der öffentlichen Meinung zum Nachgeben gezwungen. Aehnlich erfolgreich waren die Gasarbeiter, die seit dem Mai 1889 in der „Gasworkers and General Labourers Union" organisiert waren. Ohne jeden Kampf räumten die Direktoren der Gasgesellschaften die Herabsetzung der Arbeitszeit von 12 auf 8 Stunden ein. Diese beiden Siege waren von dem grössten Einfluss auf die Organisation der Dockarbeiter, für die seit zwei Jahren von den Londoner Socialisten in den Frühstunden an den Dockthoren agitiert worden war, und trugen viel dazu bei, den Ausbruch des grossen Streiks überhaupt möglich zu machen.

Wir können hier nicht auf die Geschichte des ausserordentlichen Ereignisses eingehen, es genügt zu bemerken, dass er mit einem vollständigen Siege der Arbeiter endigte.

Die unmittelbare Folge des Dockerstreiks war die Bildung einer grossen Zahl von Trades-Unions unter den ungelernten Arbeitern. Innerhalb eines Jahres waren 200 000 Arbeiter organisiert. Alle diese Gewerkschaften erhoben nur geringe Beiträge und waren nur als Kampforganisationen gedacht, vermieden daher auch die Einrichtung von Kranken- und anderen Unterstützungskassen. „Wir haben jetzt — heisst es in dem Bericht des Generalsekretärs der nationalen Union der Gasarbeiter November 1889 — eine der stärksten Unions in England . . . Wir zahlen nur eine Unterstützung und das ist Streikgeld . . . Das ganze Ziel und die Aufgabe dieser Union ist, die Arbeitsstunden zu reduzieren und Sonntagsarbeit abzuschaffen.“

Socialisten hatten die Mehrzahl der neuen Trade-Unions ins Leben gerufen und wussten sich in ihnen den bestimmenden Einfluss zu bewahren. So finden wir denn auf den allgemeinen Gewerkschaftskongressen der folgenden Jahre eine immer wachsende Zahl von Anhängern des Kollektivismus, die bei jeder Gelegenheit den Delegierten die Notwendigkeit einer socialistischen Politik predigen. Von Jahr zu Jahr gewinnen sie an Boden. Während 1890 auf dem Kongress zu Liverpool nur 55 Delegierte für die von einem socialistischen Delegierten eingebrachte Resolution stimmten, dass die organisierten Arbeiter nur für solche Kandidaten — sei es für das Parlament oder andere Körperschaften — stimmen sollten, die sich verpflichteten, für die Nationalisation der Produktions- und Distributionsmittel einzutreten, erklärten sich 1892 auf dem Glasgower Kongress 128 Delegierte dafür und 153 dagegen. In Belfast 1893 erzielte die socialistische Resolution bereits eine Majorität und in Norwich 1894 wurde schliesslich mit 210 gegen 61 Stimmen die Resolution angenommen, „dass nach Ansicht des Kongresses es für die Erhaltung der britischen Industrieen eine Lebensfrage ist, den Grund und Boden und die gesamten Produktions-, Distributions- und Austauschmittel zu nationalisieren; und dass das parlamentarische Komitee den Auftrag erhält, die Gesetzgebung in dieser Richtung zu unterstützen“. Das war ein glänzender Sieg der neueren Richtung. Die Gewerkschaftsbewegung war damit auf den Socialismus verpflichtet. Die alten Gewerkschaftler — Männer, die als Vertreter einer gemässigten Politik zu Amt und Würden emporgestiegen waren — gaben sich aber noch nicht geschlagen. Das parlamentarische Komitee nahm eine Aenderung der Geschäftsordnung vor, welche den Vertretern der alten Unions von vornherein die Majorität auf den zukünftigen Kongressen sicherte. Zunächst setzte es fest, dass nur solche Männer Delegierte sein könnten, welche thatsächlich noch in dem Gewerbe der von ihnen vertretenen Union als Arbeiter thätig oder Beamte der Union sind, und machte zugleich alle Vertretung direkt von den Unions abhängig. Damit wurden die hauptsächlichsten Vertreter des Socialismus, wie Burns, Mann, Hammill, Keir Hardie, von der Teilnahme an den Kongressen ausgeschlossen. Zu dieser einschneidenden Aenderung, welche nur dazu

dienen konnte, das Niveau des Kongresses zu erniedrigen und denselben gänzlich in die Hände der Gewerkschaftsbeamten zu bringen, kam noch eine andere, bedeutsamere hinzu. Bisher wurde durch Händeaufheben abgestimmt. An die Stelle dieser Abstimmungsart setzte die neue Geschäftsordnung diejenige durch Karten, welche an die Delegierten nach der Mitgliederzahl der von ihnen vertretenen Unions, für je 1000 Mitglieder eine Karte, ausgegeben werden. Das sicherte auf dem Kongress zu Cardiff im Jahre 1895 den sieben Delegierten der Maschinenarbeiter 77 Stimmen, den 33 Delegierten der Föderation der Bergarbeiter 166 Stimmen, den drei Delegierten der Gewerkschaft der Zimmerer und Tischler 44 Stimmen, den zwei Eisenbahnarbeitern 42 Stimmen. Das alles sind alte Unions, so dass das parlamentarische Komitee der Majorität der Delegierten des Cardiffer Kongresses sicher war. Die alten Gewerkschaftler hatten gewonnenes Spiel.

D. Holmes, der Präsident des parlamentarischen Komitees, wusste, was er dem Kongresse bieten durfte, als er sagte: „Der Kongress ist von Jahr zu Jahr mehr in ein politisches Pandämonium verwandelt worden, wir wollen ihn wieder zur Respektabilität früherer Jahre zurückführen.“ Eingeräumt muss werden, dass die in diesen Worten hervortretende Auffassung vom Socialismus unter den englischen Gewerkschaftlern noch weit verbreitet ist. So kann er von einem Uebergange der alten Trade-Unions ins socialistische Lager noch nicht die Rede sein.

Tristan, Flora, geboren 1803, gestorben zu Bordeaux 1844. Sie begann ihre litterarische Laufbahn mit dem Werk „Pérégrinations d'une Paria“ 1835, in dem sie das Elend der südamerikanischen Frauen schilderte. Nach dem Mordattentat ihres geschiedenen Mannes auf sie veröffentlichte sie „Méphis ou le Prolétaire“, einen mit saint-simonistischen Ideen angefüllten Roman. Um die Lage der arbeitenden Klassen zu studieren, reiste sie dann nach England und gab als die Frucht ihrer Studien „Promenades dans Londres ou l'aristocratie et les prolétaires anglais“ 1842 heraus. Nach ihrer Rückkehr nach Frankreich liess sie 1844 die „Union ouvrière“ erscheinen. Hier entwickelte sie die Idee, durch eine gewaltige, unauflösliche Verbindung aller Arbeiter und Arbeiterinnen die Masse der Arbeiter zu konstituieren, um durch sie zur Anerkennung zu bringen: 1. die alleinige Rechtmässigkeit des Arbeitseinkommens; 2. das Recht auf Arbeit; 3. das Recht auf eine moralische, intellektuelle und professionelle Erziehung; 4. die Möglichkeit, in der heutigen Gesellschaftsordnung die Organisation der Arbeit durchzuführen, und 5. um in jedem Departement Palais de l'Union ouvrière zu errichten, wo die Kinder der Arbeiterklasse erzogen werden und die Invaliden und Greise eine Zufluchtsstätte finden sollten. Ferner sollten auch die Frauen eine moralische, intellektuelle und professionelle Erziehung erhalten, um die veredelnden Kräfte des Volkes werden zu können. Die vollständige Gleichheit der Rechte des Mannes und der Frau wurde von ihr als das einzige Mittel, die menschliche Einheit zu konstituieren, bezeichnet. In fieberhafter Thätigkeit für die Ausbreitung dieser Idee durcheilte sie alle hervorragenden Industriebezirke, durch die Energie und Beredsamkeit ihrer Worte wie

durch ihre Schönheit die Arbeitermassen hinreissend. 1844 errang sie einen grossen Erfolg zu Lyon. In Bordeaux, wohin sie sich gewandt hatte, erkrankte sie plötzlich und starb kurze Zeit darauf. Die Arbeiter dieser Stadt setzten ihr ein Denkmal.

Tschernischewsky, Nicolai Gawrilowitsch, geboren 1829 zu Saratow als Sohn eines Geistlichen, besuchte anfangs das dortige Gymnasium, dann die Universität zu Petersburg, wo er 1850 seine Studien an der philosophischen Fakultät absolvierte. Lehrer am Gymnasium zu Saratow, zog es ihn 1853 wieder nach Petersburg, wo er eine Lehrerstelle am zweiten Kadettencorps annahm. In dieser Zeit seines Lebens war er litterarischer Taglöhner und hatte, arm von Haus aus, viel Not und Entbehrung zu leiden. Einen grossen Einfluss hat auf ihn der Kritiker Bielinsky ausgeübt. Während die grosse Mehrzahl der russischen Studenten in den sechziger Jahren die deutsche Philosophie verachtete, hat Tschernischewsky ihrem Studium stets die grösste Aufmerksamkeit gewidmet. Er war Anhänger Feuerbachs und Materialist, aber der marxistischen materialistischen Auffassung der Geschichte blieb er fremd. Sein Hauptwerk über politische Oekonomie ist teils eine Uebersetzung, teils Auslegung der Werke J. St. Mills. Die historische Methode verwerfend, bedient er sich bei seinen ökonomischen Studien der hypothetischen, d. h. bei Bestimmung des Charakters eines gewissen Elementes abstrahiert er zunächst von den entwickelteren Beziehungen und berücksichtigt nur die, welche das Element in der klarsten Weise zeigen. Nachher kann man dann die Rolle begreifen, die es in den verwickelteren Beziehungen spielt. Tschernischewsky war Socialist und seine litterarische Thätigkeit fast ausschliesslich der Verbreitung socialistischer Lehren im russischen Publikum gewidmet. Als das Haupt der radikalen, socialistischen Schule wurde er der Regierung verdächtig, am 7. Juli 1862 verhaftet und auf Grund gefälschter Aktenstücke nach zweijähriger Untersuchung zum Verlust aller bürgerlichen Rechte, siebenjähriger Zwangsarbeit in den Bergwerken und lebenslänglicher Ansiedlung in Sibirien verurteilt. Nach Beendigung der Zwangsarbeit wurde er in Wiljuisk im Jakutsker Kreise angesiedelt; erst 1874 wurde ihm gestattet, sich in Astrachan niederzulassen. Er starb am 29. Oktober 1889 zu Saratow.

Bekannt wurde Tschernischewsky im Westen besonders durch seinen Roman „Was thun“, der von ihm im Gefängnis 1863 beendigt wurde, als ihn noch die Hoffnung beseelte, sich bald aus den Krallen der russischen Regierung befreit zu sehen. Das Werk hatte in Russland einen ungeheuren Erfolg. Die Tendenz ist die Darstellung der Eheverhältnisse der neuen Menschen. Er schildert das Aufkeimen einer neuen Liebe im Herzen einer jungverheirateten, kinderlosen Frau und gibt dem Konflikt die vernunftgemässe Lösung: Trennung der alten Ehe und Schliessung der neuen. Der Frau wird die vollständigste Selbständigkeit in ihren Entschliessungen und ihrem Handeln zuerkannt. Dies ist nur die eine Seite des Romans; die zweite, ebenso wichtige, ist die socialistische. Nicht nur gründet die Heldin Produktivassociationen; in den Träumen Vera Pawlownas erscheint auch das Bild einer socialistischen Zukunftswelt,

begründet auf der ausgedehntesten produktiven Anwendung aller technischen Kräfte.

Tucker, Benjamin R., amerikanischer Anarchist, Herausgeber der früher in Boston, jetzt in New-York in englischer und deutscher Sprache erscheinenden Wochenschrift „Liberty, the Pioneer Organ of Anarchism", ist Schüler Josiah Warrens und Proudhons.

Dem Marxistischen Socialismus wirft Tucker vor, dass er zum Staatssocialismus und damit zum Despotismus und zur Unterdrückung aller individuellen Initiative führen müsse. Tucker dagegen will, dass der Staat abgeschafft und alle Angelegenheiten von Individuen oder sich freiwillig bildenden Verbänden verwaltet werden. So strebt er denn nach unbedingter Durchführung der Manchesterlehre. Gegen vier Monopole richtet sich vor allem sein Kampf: 1. gegen das Geldmonopol; 2. gegen das Landmonopol; 3. gegen das Schutzzollmonopol; 4. gegen das Patentmonopol.

Das Geldmonopol glaubt Tucker durch Gewährung des Rechtes der Notenemission an jedermann brechen zu können. Die Folge davon wird sein, dass der Zinsfuss auf die Kosten der Verwaltung des Kapitals sinkt, die auf weniger als 1 % zu veranschlagen sind. Dieses Sinken des Zinsfusses wird einen ungeheuren Aufschwung der industriellen Thätigkeit herbeiführen, damit die Nachfrage nach Arbeitskräften und so auch die Arbeitslöhne steigern.

Das Landmonopol beseitigt Tucker dadurch, dass er den Landeigentümern den Schutz für das Land, das sie nicht selbst bebauen oder anderweitig für ihre eigenen Bedürfnisse direkt benutzen, entzieht.

Das dritte Monopol, das Schutzzollmonopol, kann erst mit oder nach dem Geldmonopol fallen. Schafft man es vorher ab, so ist die Folge wahrscheinlich Verschlechterung der Lage der Arbeiter.

Die Abschaffung des vierten Monopols, das erst in neuester Zeit durch die Gesetzgebung geschaffen ist, wird Erfindern und Schriftstellern die Möglichkeit nehmen, aus dem Volke Summen zu erpressen, welche den Wert ihrer Arbeit bei weitem übersteigen.

Tucker und seine Anhänger nennen sich Atheisten, sie treten aber ein für das Prinzip vollständiger Freiheit in Glaubenssachen. Dies ist die logische Folge aus dem Fundamentalprinzip des Anarchismus, dass nämlich jeder thun und lassen kann, was ihm beliebt, so lange er andere nicht hindert, dasselbe zu thun. Daraus folgt auch, dass die Verbindung von Mann und Frau durchaus frei ist. Die Mutter wird für die Erziehung der Kinder zu sorgen haben. Sie kann übrigens als Erzieher mieten, wen sie will. Die Gesellschaft beschränkt sie nicht, noch unterstützt sie sie.

Vollständige Anarchie — dieser Idealzustand — kann nur dadurch erreicht werden, dass man die Menschen durch friedliche Propaganda von ihrer Vortrefflichkeit überzeugt. Freiheit ist das Ziel, und dieses Ziel kann auch nur durch Freiheit erreicht werden, nicht aber durch Gewalt. In diesem Punkte unterscheidet sich Tucker wesentlich von den anderen anarchistischen Gruppen.

Op. „Instead of a book. By a man too busy to write one. A fragmentary exposition of philosophical anarchism." (Eine Sammlung von

Vorträgen und Zeitungsartikeln Tuckers.) Tucker hat ausserdem Schriften Bakunins und Proudhons ins Englische übertragen.

Tutzauer, Franz Aug. Ad., geboren am 10. März 1852 in Berlin, erlernte das Tischlerhandwerk und durchwanderte von 1872 bis 1877 Süd- und Norddeutschland, Oesterreich und die Schweiz. 1875 bereits wurde er von den Düsseldorfer Socialdemokraten als Vertreter zum Gothaer Kongress geschickt, 1883 zum Stadtverordneten in Berlin gewählt, von 1885 bis 1888 gehörte er zur Redaktion des „Berliner Volksblattes“ und 1890 schickte Breslau-Ost ihn in den Reichstag.

Ulrich, Carl, geboren 28. Januar 1853 zu Braunschweig, besuchte die Volksschule daselbst, lernte als Maschinenbauer von 1867 bis 1871, arbeitete als Schlosser in Deutschland, in der Schweiz und in Oesterreich, war von 1875 bis 1886 Redacteur der „Neuen Offenbacher Zeitung“ und wurde 1890 von Offenbach in den Reichstag geschickt.

Das **deutsche Unfallversicherungsgesetz** kam nach langen Verhandlungen am 6. Juli 1884 zu stande. Das Gesetz mit seinen Novellen vom 28. Mai 1885, 5. Mai 1886 und 13. Juli 1887 unterwirft der Zwangsversicherung einen erheblich grösseren Personenkreis als die Krankenversicherung, nämlich die Arbeiter und niederen Betriebsbeamten der Fabrikindustrie und der gefährlichen Handwerksbetriebe, sodann die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen und die Seeleute, im ganzen etwa 18 Millionen Personen. Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf andere Berufszweige (Handel, alle Handwerksbetriebe und Kleingewerbe) steht bevor.

Alle diese Personenkategorieen sind kraft öffentlichen Rechts gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle — selbst wenn dieselben durch ein Verschulden des Verunglückten oder eines Dritten verursacht sind — versichert. Als Betriebsunfälle im Sinne des Gesetzes gelten aber nur die mit dem Betriebe in Verbindung stehenden plötzlichen Ereignisse, dagegen nicht die sogenannten Gewerbekrankheiten, welche sich allmählich bei längerer Beschäftigung, z. B. in Quecksilber-Spiegelbelegeanstalten, in Zündholzfabriken, in Bleihütten, entwickeln.

Die Organisation der Unfallversicherung ist folgende: Die Unternehmer eines Betriebszweiges treten zu Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit zusammen, den sogenannten Berufsgenossenschaften. Dieselben erstrecken sich über das ganze Reich, wie z. B. die Deutsche Buchdruckergenossenschaft, oder über enger begrenzte Wirtschaftsgebiete, wie die Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft.

Für die Verwaltung ist das von der Berufsgenossenschaft beschlossene Statut massgebend, das der Bestätigung durch das Reichsversicherungsamt bedarf. Die Arbeiter wählen zur Wahrnehmung ihrer Interessen Vertreter. Die Entschädigungen werden vom Vorstand der Berufsgenossenschaft, eventuell von den die Verwaltung der lokalen Angelegenheiten führenden Vertrauensmännern, festgesetzt. Gegen ihre Entscheidungen kann Berufung an ein Schiedsgericht eingelegt werden, das in der Regel für jede Berufsgenossenschaft eingerichtet ist und aus einem öffentlichen Beamten und je zwei Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter besteht.

Schliesslich ist gegen die Entscheidung dieses Schiedsgerichts Beschwerde an das Reichsversicherungsamt möglich.

Die Leistungen der Unfallversicherungskassen bestehen in Tragung der Kosten des Heilverfahrens von der 14. Woche nach Eintritt des Unfalles an, d. h. von dem Zeitpunkt an, an dem die Unterstützung der Krankenkasse aufhört, und in Gewährung einer Unfallrente. Diese kommt dem Verletzten für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit zu und wird nach dem Grade derselben bis zur Höhe von zwei Dritteln des bisherigen Jahresarbeitsverdienstes bemessen. Ist durch den Unfall der Tod herbeigeführt, so wird als Ersatz der Beerdigungskosten das Zwanzigfache des täglichen Arbeitsverdienstes gewährt, mindestens aber 30 Mark. Die Wittwe, die Kinder und unter Umständen auch die Ascendenten (Eltern, Grosseltern) erhalten eine vom Todestage an laufende Rente.

Die Geldmittel, d. h. die Entschädigungsgelder und die Verwaltungskosten, werden von den Mitgliedern der Berufsgenossenschaften, den Unternehmern, aufgebracht. Für die Verteilung der Beitragslast wird die Höhe der den versicherten Arbeitern gezahlten Löhne und die Gefahrenklasse der einzelnen Betriebe berücksichtigt.

Besonders hervorzuheben ist, dass die Berufsgenossenschaften die Befugnis haben, für ihren Bezirk oder bestimmte Betriebsarten desselben verbindliche Vorschriften zur Unfallverhütung aufzustellen.

Ungarn. Verhältnismässig früh — 1868 — finden wir eine socialdemokratische Arbeiterbewegung in der Hauptstadt Pest und mehreren grösseren Städten. 1871 veranstalteten in Pest grössere Arbeitermassen eine Demonstration, um ihre Trauer über den Sturz der Pariser Commune an den Tag zu legen. Bald darauf wurde ein grosser Hochverratsprozess in Scene gesetzt, der sich bis 1873 hinzog. Von den Angeklagten wurde nur Sigmund Pollitzer verurteilt, die übrigen, Karl Farkas, Ludwig Swoboda, Victor Külföldi, A. Essl, Anton Ihrlinger, jedoch freigesprochen. Im März 1873 rekonstituierte sich in Pest die „Ungarländische Arbeiterpartei“, indem sie einen Centralausschuss einsetzte, wurde aber bald darauf von der Regierung aufgelöst. Einen Aufschwung nahm die socialistische Bewegung im Jahre 1880. Am 16. und 17. Mai fand in Pest ein von mehr als 100 Delegierten besuchter Landeskongress statt, auf dem die „Ungarländische allgemeine Arbeiterpartei“ gegründet wurde. Grossen Erfolg hat die Partei aber nicht gehabt. Zu dem Nationalitätenhader, der sich durch einen Paragraphen im Programm nicht aus der Welt schaffen lässt, kam der Gegensatz zwischen Socialdemokraten und Anarchisten. Letztere gewannen eine Zeit lang bei dem überaus niedrigen Bildungsstand eines grossen Teils der ungarischen Arbeiterbevölkerung einen gewissen Einfluss. Der eifrigste Vertreter der socialdemokratischen Lehren war Leo Fränkel (s. d.), das bekannte Mitglied der Pariser Commune. Als derselbe nach Verbüssung einer achtzehnmonatigen Gefängnisstrafe, zu der er wegen eines Pressvergehens verurteilt war, das Land verliess, schlief die Bewegung ziemlich ein. Dies zeigte sich deutlich auf einem 1887 abgehaltenen Kongress. Es wurde auch durch Ihrlinger, dem ungarischen Delegierten auf dem Pariser Kongress 1889, bestätigt. Er

erklärte, dass von einer socialdemokratischen Partei eigentlich nur in Pest gesprochen werden könne. Unter der Einwirkung des Pariser Kongresses erwachte die Bewegung in Ungarn aber zu neuem Leben. Die Bedingungen für dieselbe waren in den letzten Jahren viel günstiger geworden infolge der von der Regierung ungemein geförderten Entwicklung der Industrie und der damit zusammenhängenden Entstehung eines grossen städtischen Industrieproletariats. Die beiden Parteiorgane „Népszava" und „Arbeiter-Wochen-Chronik", seit dem 1. Januar 1891 unter dem Titel „Arbeiterpresse" erscheinend, wurden vergrössert. Die Agitation wurde ferner betrieben durch die Herausgabe von Broschüren und Flugschriften in ungarischer, deutscher, teilweise auch slowakischer Sprache und von der „Ungarischen Arbeiterbibliothek", welche zum grossen Teil aus Uebersetzungen besteht. Seit 1890 entstand auch eine gewerkschaftliche Organisation. Ueberraschend auf alle Parteien wirkte die überaus starke Teilnahme der ungarischen Arbeiterbevölkerung an der Maifeier.

Auf dem am 7. und 8. Dezember 1890 in Budapest abgehaltenen Parteitag waren 121 Delegierte erschienen, 87 aus Budapest und 34 aus der Provinz.

Die Ausbreitung der socialdemokratischen Bewegung wurde aber bedeutend gelähmt durch den Ausbruch von Streitigkeiten innerhalb der Partei, die zum guten Teil auf persönliche Zwistigkeiten zurückzuführen sind. Die Hauptführer der älteren Richtung sind Franz Reisch, Kürschmann, Stückler und Prockle, und ihre Organe die „Népszava" und die „Arbeiterpresse". An der Spitze der jüngeren Richtung stehen Engelmann, Gion und Kittel, und ihre Organe sind der „Arbeiter" und „Munkas".

Dass trotz dieser Spaltung der Socialismus nicht allen Einfluss verloren hatte, bewies der vom 6. bis 8. Januar 1893 in Budapest abgehaltene Parteikongress, auf dem 93 Delegierte, 60 aus der Hauptstadt und 33 aus den Provinzen, erschienen waren. Das Hainfelder Programm und die Taktik der Oesterreicher wurden hier angenommen. Dieser Kongress gab der Bewegung, wie der an dem Züricher Kongress erstattete Bericht konstatiert, neues Leben, das sich in Arbeitseinstellungen und der Gründung neuer Pressorgane manifestierte.

Auch nach Kroatien war die socialistische Bewegung infolge der durch den Pariser Kongress gegebenen Anregung gedrungen, und im April des Jahres 1892 wurde hier ein alle vierzehn Tage erscheinendes Blatt „Sloboda" ins Leben gerufen, das im August 1893, nach dem von dem Delegierten der Kroatischen socialdemokratischen Partei an den Züricher Kongress erstatteten Bericht 700 Abonnenten zählte.

Utopie. Von allen den Staatsromanen, deren Verfasser es sich zur Aufgabe gemacht haben ein Staatsideal, ein Nirgendheim im Gegensatz zum bestehenden, in dem sie leben und dessen Mangelhaftigkeit sie erkannt haben, zu schildern, kommen hier nur diejenigen in Betracht, die eine vollständig abweichende Gestalt der Eigentumsverhältnisse zeigen, im Gegensatz zum Privateigentum das Gemeineigentum zur Grundlage ihres Staates machen. Meist pflegt sich mit diesem Gemeineigentum auch eine andere Gestaltung der Ehe, der Familie und der Erziehung zu ver-

binden, indem die Verfasser meist unbewusst die enge Zusammengehörigkeit dieser beiden Institute mit den Eigentumsverhältnissen bezeugen. Die Form dieser Schilderungen eines Idealstaates ist die dichterische eines Romans, und besonders beliebt ist die Einkleidung des Stoffs, dass die ganze Schilderung einem Reisenden in den Mund gelegt wird, der durch einen Sturm oder andere Schicksale in das Land der Utopie gebracht wurde. Namen und Einrichtungen der Staaten wechseln nach der Laune der Autoren. Oft begnügen sich aber diese nicht damit, die vollständige Aenderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, auch die physische Beschaffenheit des Menschen selbst und der ihn umgebenden Natur unterliegt der umgestaltenden Thätigkeit einer ausschweifenden Phantasie. Die Gestalt des Menschen wird ins Riesenhafte vergrössert, sein Lebensalter bedeutend verlängert. Ein Paradies umgibt die Glücklichen. Ein heiteres Klima ohne Kälte, die Wärme gemässigt durch sanfte Zephire; ein wunderbar fruchtbarer Boden, der die geringe Arbeit aufs reichlichste belohnt, kurz das goldene Zeitalter, wie es die Dichter mit den prächtigsten Farben zu schildern lieben. Es ist selbstverständlich, dass wir diese Romane aus unserer Darstellung ausscheiden; wir können hier nur in Kürze diejenigen Schriften anführen, die, streng an die wirklichen Bedingungen menschlicher Existenz sich haltend, durch die Darstellung eines Idealstaates eine Kritik des zu ihrer Zeit bestehenden Staates, und die Mittel zur Besserung der vorhandenen Zustände liefern wollen.

An der Spitze der Utopieen pflegt man nicht ganz mit Recht die platonische Schrift vom Staat zu stellen. Plato entwickelt hier nur die gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen, die ihm als die vorzüglichsten erscheinen, und auch in den Gesetzen wird zwar ein bis ins einzelne ausgearbeiteter Entwurf einer Verfassung und einer Verwaltung für eine nicht vorhandene Kolonie der Kreter in Vorschlag gebracht, aber keine dichterische Schilderung eines ersonnenen Staates gegeben. Da aber der Staat Platos von dem grössten Einfluss auf alle die späteren Dichter gewesen ist, seine Ansichten über Eigentum, Familie, Ehe der Kern der meisten Utopieen sind, so muss er mit Recht hier erwähnt werden. Von Staatsromanen sind uns aus dem Altertum nur ganz geringe Bruchstücke überliefert und auch das ganze Mittelalter hindurch ist uns nichts von solchen berichtet worden. Erst als mit Ende des 15. Jahrhunderts der gewaltige Gärungsprozess Europas begann, als die Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse sich mit den Umwälzungen in der Kirche und in Staat und Gesellschaft vereinigte, da war auch die Zeit für Konzeptionen idealer Zustände gekommen. Die Ideen, die in embryonalen Zuständen die Zeit damals bewegten, deren vollendetere Gestalt aber schon von den hervorragenden Köpfen erfasst wurde, denen von Leuten, wie Thomas Münzer schon Wirklichkeit gegeben werden wollte, finden wir in einem Gesamtbilde in Thomas Morus' (s. d.) Utopie. Freilich ist es ihm noch nicht gelungen, von allen Gedanken des Mittelalters sich frei zu machen, aber in der Hauptsache sind es doch moderne Ideen, die er entwickelt. Vollständige Gleichheit der Bürger ist sein Grundprincip, Aufhebung aller Stände und Religionsfreiheit Konsequenzen davon. Daneben aber, ein

Ueberbleibsel vergangener Zeiten, lässt er die Sklaverei bis zu einer gewissen Ausdehnung bestehen. Sie ist die Strafe für gewisse schwere Verbrechen. Die niedrigen und widrigen Arbeiten werden von den Sklaven ausgeführt. Von Plato hat er die Gütergemeinschaft, aber die monogamische Ehe lässt er bestehen. Wichtig ist noch die von ihm wohl unter den ersten verkündete Ansicht, dass man die Arbeit interessant und erziehend gestalten müsse. Daher verbindet er auch Handwerk und Landwirtschaft mit einander, und kürzt die Arbeitsdauer auf sechs Stunden. Nach Morus ist Doni (s. d.) zu nennen, der Verfasser von „I mondi celesti, terrestri e infernali degli academici Pellegrini 1552—1553". In dem Kapitel „Le monde sage et fol" ist der Traum eines Weisen geschildert, der in diesem eine neue kreisförmig gebaute Stadt gesehen hat. Die Einwohner leben in vollständiger Weiber- und Gütergemeinschaft. Viel bedeutender ist die Sonnenstadt Campanellas (s. d.). Hier ist besonders der Gedanke beachtenswert, dass Campanella die Leitung des Landes in die Hände des weisesten Mannes, des Grossmetaphysikers legt, und der einer Realeinteilung der gesellschaftlichen und staatlichen Geschäfte. Ueberarbeitet wurde der italienische Roman von einem protestantischen Theologen J. V. Andreae, der die Zuchtwahl Campanellas, nach der die Paarung der Menschen erfolgen soll, durch die Ehe, die ersonnene Sonnenreligion durch die protestantische Dogmatik und Sittenlehre ersetzte. Davon und von einigen anderen Abweichungen abgesehen, ist sein Werk eine sklavische Nachahmung des Sonnenstaates. Auch die Wohnhaftmachung der Bürger in grossen Palästen, die Campanella zum erstenmal vorgeschlagen hat, findet sich bei Andreae. Weit freier und unabhängiger von seinen Vorgängern ist Vairasse in seiner Geschichte der Sevaramben 1677 (s. d.). Sein Buch ist unzweifelhaft die Quelle Fouriers und Cabets gewesen. Fast ein Jahrhundert später 1774 erschienen „the adventures of Sig. Gaudentio di Lucca" von Simon Berington. Hier wird ein Volk inmitten der Wüsten Afrikas lebend geschildert. Die Regierungsform ist eine durchaus patriarchalische. Es herrscht Gütergemeinschaft, aber strengste Monogamie. Die Sittlichkeit dieser Sonnenverehrer ist eine sehr hohe. Künste und Wissenschaften blühen, da sie keine Kriege zu führen brauchen. Gut in der Kritik und satirischen Darstellung der damaligen Gesellschaft ist Morelly (s. d.) in seiner Basiliade, aber die selbständige Darstellung der Verhältnisse der Insel ist weniger gelungen. Morelly fehlte die dichterische Begabung; viel bedeutender als sein Epos ist der „Code de la nature". Rétifs de la Bretonne „La découverte australe" und Fontenelles „La république des philosophes ou histoire des Ajaoiens" genügt es zu erwähnen. Wertvoll und von grösserer Bedeutung ist erst wieder Cabets Reise in Ikarien (Voyage en Icarie) (s. d.), die er schrieb, um die Agitation für seinen Kommunismus zu unterstützen. Trotz der Gütergemeinschaft und möglichster Ausdehnung des öffentlichen und gemeinsamen Lebens hat er die heutige Form der Ehe beibehalten.

Von Utopieen der neueren Zeit erwähnen wir als bedeutendere noch Bellamy, Looking Backward; Morris' „News from Nowhere"; Sibbern, „Mitteilungen aus dem Inhalt einer Schrift vom Jahre 2135".

Vahlteich, Carl Julius, geboren am 30. Dezember 1839 zu Leipzig, besuchte die dortige Ratsfreischule und erlernte das Schuhmacherhandwerk. Als Geselle durchwanderte er einen grossen Teil Deutschlands und lebte von 1861 bis 1863 als selbständiger Schuhmacher in seiner Vaterstadt. Später wandte er sich kaufmännischer und journalistischer Thätigkeit zu. Vahlteich war Mitbegründer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und wurde 1874 und 1878 vom 15. sächsischen Wahlkreise in den Reichstag gewählt. Unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes wanderte er nach Amerika aus, wo er sich in Chicago niedergelassen hat.

Vaillant, Marie Eduard; geboren 26. Januar 1840 zu Vierzon, studierte zu Paris Naturwissenschaften und Medizin, seit 1866 in Heidelberg, Tübingen und Wien Medizin. Neben dieser hatte er auch philosophische und ökonomische Studien getrieben, war Mitglied der Internationale geworden und hatte am Kongress zu Lausanne teilgenommen. August 1870 kehrte er nach Paris zurück, trat in die Nationalgarde ein und verbreitete mit Fränkel die Ideen der Internationale. Er war einer der Organisatoren des Comité central, ward 26. März 1871 zum Mitglied der Commune ernannt und stimmte für die Errichtung des Wohlfahrtsausschusses. Es gelang ihm, nach London zu entkommen, wo er Mitglied des Generalrates der Internationale wurde. 1871 nahm er an der Londoner Konferenz, 1872 am Haager Kongress teil. Vom Kriegsgericht zu Versailles wurde er am 22. Januar 1872 in contumaciam zum Tode verurteilt. Nach der Amnestie von 1880 nach Frankreich zurückgekehrt, wurde er 11. Mai 1884 Mitglied des Pariser Munizipalrates, wo er eine Reihe von revolutionären und socialistischen Anträgen einbrachte. Aufs schärfste tadelte er die Haltung der Possibilisten in der Boulanger-Affaire, da sie im Kampfe gegen Boulanger ihre socialistischen Aufgaben vergessen hätten und nur ein Anhängsel der bürgerlichen Radikalen geworden wären. 20. Juni 1888 übernahm er die Direktion des „Homme libre“, einer täglich erscheinenden kommunistischen Zeitung. 1889 war er einer der Präsidenten des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris Marxistischer Richtung.

Vairasse. Vairasse d'Allais, Denis, stammte wahrscheinlich aus dem Städtchen Allais in dem Languedocschen. 16 Jahre alt trat er in die französische Armee ein und beteiligte sich an einem Feldzuge in Piemont, gab aber bald nachher die militärische Laufbahn auf und wandte sich dem Studium der Rechte zu. Eine Zeit lang hielt er sich in London auf, kehrte dann nach Paris zurück und machte 1672 den Feldzug gegen die Holländer mit. Wegen seines reformierten Glaubens von der Beförderung ausgeschlossen, quittierte er zum zweitenmale den Kriegsdienst und versuchte in Paris sich durch englischen und französischen Sprachunterricht, sowie durch Vorlesungen über Geschichte und Geographie, eine Existenz zu verschaffen. Ueber das Datum seines Todes ist nichts bekannt.

Vairasses „Histoire des Sévarambes“ nimmt in der französischen Litteratur dieselbe Stelle ein wie in der englischen Mores „Utopia“. Der eigentliche Roman besteht aus den Memoiren eines Kapitäns Siden, der auf einer Seereise nach Ostindien durch Sturm an die Küste des australischen, ihm unbekannten Kontinents geworfen wird. Nach einiger Zeit

kommt er in Berührung mit den Bewohnern des Landes der Sevaramben, deren Staat und Gesellschaftsordnung dann ausführlich beschrieben werden.

Der australische Kontinent war ursprünglich von zwei Völkerschaften, den Prestaramben und den Krakaramben, bewohnt, deren Sitten und Staatsordnung fast dieselben waren: sie lebten in grösseren Familiengemeinschaften, an deren Spitze ein Vorsteher stand. Dieser überwachte und leitete in Verbindung mit einem Rate der Aeltesten die Produktion und verfügte über die Güter und Personen der Familienangehörigen. Die Leitung der Geschäfte der ganzen Nation lag in den Händen eines aus den Deputierten der Familiengemeinschaften bestehenden grossen Rates. Beide Völker lebten hauptsächlich von Ackerbau, in zweiter Linie von Jagd und Fischfang.

An der Küste des Kontinents war nun eines Tages ein Perser Sevaris, der von den beiden Völkern gehört hatte, gelandet, hatte sich dieselben unterworfen und sich dann die Aufgabe gestellt, die gut veranlagten, aber ungebildeten Naturvölker in eine Staats- und Gesellschaftsform zu fassen, in der die grösste Kulturhöhe mit der grössten Summe des Glücks für alle verbunden sein sollte. Bei seiner Entscheidung für eine kommunistische Gesellschaftsform leiteten ihn ausser dem Umstand, dass die beiden Völker thatsächlich schon eine solche besassen, noch besonders die folgenden Erwägungen.

Die Natur hat uns alle gleich gemacht, mit denselben Schwächen und Vorzügen ausgestattet und keinen Unterschied zwischen Adligen und Bürgerlichen errichtet. Aus der auf Privilegien des erblichen Adels sich stützenden Ungleichheit der Geburt entspringen aber Hochmut und Ehrgeiz und aus ihnen viele andere, dem Glück des Menschen schädliche Laster. Die einzige Unterscheidung, die es unter den Menschen geben darf, ist die, welche aus den Vorzügen der Tugend und dem Alter entsteht. Die zweite Ursache des Unterschiedes in der bürgerlichen Gesellschaft ist die Institution des Privateigentums, mit dem eine Unzahl von Uebeln, wie Habgier, Neid, Erpressungen, Gewaltthaten, untrennbar verbunden sind. Nur durch eine Aufhebung derselben kann ein jeder reich sein, ohne etwas zu besitzen, und können die Bedürfnisse eines jeden in ausreichender Weise befriedigt werden. Damit endlich die Gefahren des Müssigganges vermieden werden, ist es nötig, dass jedes Mitglied der Gesellschaft zu nützlicher und mässiger Arbeit verpflichtet sei.

So entschloss sich also Sevaris oder Sevarias, wie er von den Eingebornen genannt wurde, zu einem Ausbau der bei ihm von diesen vorgefundenen kommunistischen Gesellschaftsform, deren Darstellung wir in Kürze hier folgen lassen. Vairasse' Auffassung des Produktionsprozesses geben wir mit seinen eigenen Worten wieder: „Wenn man die Art anderer Nationen zu leben betrachtet, so wird man finden, dass man im Grunde überall Magazine hat, dass die Städte von dem Lande, das Land von den Städten die Produkte zieht; dass die einen mit ihren Händen, die andern mit ihren Köpfen arbeiten; dass die einen geboren werden, um zu gehorchen, und die andern, um zu befehlen; dass man Schulen hat für die Erziehung der Jugend und Meister für den Unterricht in den Gewerben; dass von den Gewerben

einige zum Leben notwendig sind, andere einen bequemeren Unterhalt ermöglichen und andere nur für das Vergnügen wirken. Die Dinge sind im Grunde dieselben, aber die Art, sie zu verteilen, ist verschieden. Wir haben unter uns Leute, die in Gütern und Reichtümern ersticken, andere, die alles entbehren. Wir haben einige, die ihr Leben in Trägheit und Vergnügen hinbringen, andere, die fortwährend sich plagen, um einen erbärmlichen Lebensunterhalt zu gewinnen. Wir haben einige, die zu hohen Würden erhoben und in keiner Weise würdig noch fähig sind, die Aemter, die sie bekleiden, zu verwalten, und wir haben Leute, die grosse Verdienste haben, aber in Ermanglung der Glücksgüter jämmerlich im Schmutze verkommen und zu ewiger Niedrigkeit verdammt sind.

Bei den Sevaramben dagegen ist niemand arm; niemand entbehrt der zum Leben notwendigen und nützlichen Dinge und jeder hat teil an den öffentlichen Vergnügungen und Vorstellungen, ohne dass er, um diese geniessen zu können, es nötig hätte, Seele und Leib durch eine harte und übermässige Arbeit zu quälen. Die mässige Arbeitszeit von täglich acht Stunden verschafft ihm alle diese Vorteile, ihm, seiner Familie und seinen Kindern, auch wenn er deren tausend hätte. Niemand sorgt sich darum ab, dass er die Taille oder die Zölle bezahlen könne, oder dass er Reichtümer für seine Kinder, für die Mitgift der Töchter oder den Kauf von Liegenschaften aufhäufe. Sie sind von allen diesen Sorgen frei und reich von der Wiege an, und wenn sie auch nicht alle zu öffentlichen Ehrenstellen gelangen können, so haben sie wenigstens die Genugthuung, nur diejenigen im Besitz derselben zu sehen, die ihr Verdienst und die Achtung ihrer Mitbürger dazu erhoben hat. Sie sind alle adlig und alle bürgerlich; keiner kann einem andern die Niedrigkeit seiner Geburt vorwerfen oder sich mit dem Glanze der seinen rühmen. Niemand empfindet mehr die Unlust, andere im Müssiggang leben zu sehen, während er arbeitet, um ihren Hochmut und Stolz zu nähren; kurz wenn man das Glück dieses Volkes betrachtet, so wird man finden, dass es so vollendet ist, als es in dieser Welt sein kann, und dass alle andern Nationen im Verhältnis zu diesem Volke sehr unglücklich sind."

Die Grundlage des Produktionsprozesses bilden die zur Ausübung eines Gewerbes gebildeten Genossenschaften, die in grossen, Osmasien genannten Gebäuden vereinigt sind. Die Osmasie ist ein Gebäudequadrat von 50 geometrischen Schritten und vier Stockwerken Höhe, das mehr als 1000 Personen Unterkunft zu gewähren vermag. In Innern befindet sich ein grosser Hof, der mit Anlagen und Springbrunnen geschmückt ist. Jede Stadt des Landes besteht aus mehreren Osmasien, die Hauptstadt Sevarinde allein aus 267. An der Spitze der einzelnen Industriezweige stehen Präfekten, die für die Sammlung der Rohstoffe und ihre Verteilung an die industriellen Osmasien in den Städten zu sorgen haben, wo dieselben dann verarbeitet werden. Die Produkte fliessen in die grossen öffentlichen Magazine, die sich im ganzen Lande zerstreut finden, von wo aus sie dann nicht sowohl zur Bedarfsbefriedigung wie zu Produktionszwecken an die Osmasien verteilt werden. Die Verteilung an die einzelnen Individuen erfolgt innerhalb der Osmasien.

Wir haben also bei Vairasse die Vereinigung grosser, dieselben Gewerbe ausübender Menschenmengen in einem grossen Gebäude, der Osmasie, und Manufakturbetrieb, die vollständige Trennung der Arbeitsstätte von den Wohnräumen und endlich das Fehlen des Einzelhaushaltes. Eine notwendige Folge dieser Einrichtungen ist die Emancipation und Gleichstellung der Frauen mit der einzigen Ausnahme, dass diese nicht Beamte werden können.

Die Erziehung der Kinder ist eine öffentliche und erfolgt, damit die Eltern keine Gegeneinflüsse bei denselben ausüben könnten, gänzlich in öffentlichen Schulen. Nach Vollendung des siebenten Jahres werden nämlich die Kinder im Tempel der Sonne der Gottheit geweiht, erhalten den Namen „Kinder des Staates“ und treten in die öffentlichen Schulen ein, wo sie vier Jahre lang im Lesen, Schreiben, Tanzen und Waffengebrauch, dann drei Jahre in der Landwirtschaft in den auf dem Lande gelegenen Osmasien unterrichtet werden. Nach dem vollendeten 14. Lebensjahre erlernen sie die Grundlehren der Grammatik und haben sich für ein bestimmtes Gewerbe zu entscheiden. Nur die aussergewöhnlich begabten Kinder werden für die Erlernung der Künste und Wissenschaften bestimmt und dazu in besonderen Schulen erzogen. Die Erziehung der Mädchen ist die gleiche, wie die der Knaben.

An der Spitze des Staatswesens steht der Vizekönig, der Repräsentant der Sonne, des Gottmonarchen. Er wird durch das Los aus vier vom grossen Rat bezeichneten Mitgliedern desselben ernannt. Direkt vom Volke werden die Vorsteher der Osmasien, die Osmasionten, gewählt, an der Spitze von je acht Osmasien stehen die Brasmasionten, von denen die 24 Aeltesten, Sevarobosten genannt, den grossen Staatsrat bilden. Sie können am besten mit den heutigen Ministern verglichen werden. Die Gouverneure der Provinzen und der grösseren Städte werden aus den Brosmasionten genommen. Die Autorität des Vizekönigs ist nur eine nominell souveräne, da einmal der Rat das Recht hat, einen Vizekönig, der schlecht und tyrannisch regiert, für wahnsinnig zu erklären und ihm einen Vormund zu setzen, und andererseits der Fürst thatsächlich nichts ohne den Beistand des Rates unternehmen kann.

Die Rechtspflege ist ausserordentlich einfach: „da sie nichts im Eigentum haben, gibt es bei ihnen keine Civilprozesse.“ Die Kriminalgerichtsbarkeit liegt in den Händen der Osmasionten für Vergehen, die in der ihm unterstehenden Osmasie begangen sind. Gehören die Parteien verschiedenen Osmasien an, so geht der Prozess vor einen Brosmasionten. Ausserdem gibt es noch zwei andere Gerichtshöfe, deren Funktionen auseinanderzusetzen uns hier zu weit führen würde.

Op. Histoire des Sévarambes, Peuples qui habitent une Partie du troisième Continent ordinairement appelée Terre Australe contenant un Compte exacte du Gouvernement, des Mœurs, de la Religion et du Langage de cette Nation jusques aujourd'hui inconnue aux Peuples de l'Europe. 1re partie 1677, 2e partie 1678 et 1679. Paris.

Vancouver, John, Bruder des berühmten Entdeckers George Vancouver, hat zuerst die Idee obligatorischer Arbeiterversicherung entwickelt

und zwar in seiner 1796 erschienenen Schrift „An enquiry into the causes and production of poverty“. Seine nach den Principien der friendly societies eingerichteten Zwangskassen sollen Kranken- und Sterbegelder, Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenpensionen auszahlen und die Arbeitslosen unterstützen. Vancouver entwirft einen ausführlichen Organisationsplan, nach dem der Arbeitgeber die Beiträge zahlen muss, dieselben aber vom Lohne, den er auszahlt, in Abzug bringen kann.

Vansittart-Neale, Edward, christlicher Socialist und Pionier der Genossenschaftsbewegung in England, geboren 1810 in Bisham Abbey, Marlow, gestorben am 16. September 1892 in London. Er verband sich 1849 mit den christlichen Socialisten Kingsley, Ludlow u. a. und hat seit dieser Zeit bis zu seinem Tode unermüdlich für die Kooperativbewegung gewirkt. Trotz des Misserfolges der ersten Gesellschaften, infolgedessen er einen grossen Teil seines Vermögens verlor, hielt er an dem Gedanken fest, dass die Kooperation allein die Lage der Arbeiter dauernd bessern könne. Der grosse Aufschwung, den die Bewegung nachher in England nahm, muss zum guten Teil seiner energischen Thätigkeit zugeschrieben werden. 16 Jahre lang hat Vansittart-Neale als Generalsekretär für den Centralverband in Manchester gewirkt, ohne einen Pfennig für seine Thätigkeit zu verlangen.

Varlin, Eugène, geboren zu Claye (Seine-et-Marne) 5. Oktober 1839 in einer Bauernfamilie. Er ward einem Buchbinder zu Paris in die Lehre gegeben. Hier suchte er in den Mussestunden seine Bildung zu erweitern. Als die ersten schüchternen Versuche von Gründungen von Kooperativgenossenschaften wieder gemacht wurden, gründete Varlin eine solche der Buchbinder. Er gehörte auch zu den Gründern der Internationale (s. d.) und war einer ihrer thätigsten Anhänger. 22. Mai 1868 wurde er wegen Teilnahme an derselben zu drei Monaten Gefängnis und 100 Franken Geldstrafe verurteilt; 5. August 1870 wegen angeblicher Beteiligung an einem Bombenkomplott verurteilt, floh er nach Brüssel und von da nach Antwerpen. Nach dem Sturz des Kaiserreiches kehrte er nach Paris zurück und wurde 1871 Mitglied der Commune und des Comité central, später der Finanzkommission. Er stimmte gegen die Einrichtung des Wohlfahrtausschusses. An dem letzten Verzweiflungskampf der Commune nahm er den thätigsten Anteil, überall organisierend, helfend und ratend. 32 Jahre alt fand er in den letzten erbitterten Strassenkämpfen den Heldentod. (S. Commune, Seite 140.)

Vésinier, Pierre, geboren zu Cluny 1826. Nach dem Staatsstreich von 1851 verliess er Frankreich und hielt sich in der Schweiz, Belgien, dann in England auf. Er war in dieser Zeit als Romanschriftsteller und Pamphletist thätig. In England wurde er Mitglied der Internationale. Nach seiner Rückkehr nach Frankreich 1868 wurde er einer der Redakteure des „Rappel“, dann der „Réforme“. Am 19. März 1871 trat er in die Redaktion des „Journal officiel“ wurde aber schon am 24. März durch Longuet ersetzt. 16. April wurde er zum Mitglied der Commune gewählt. Schon vorher hatte er den „Paris libre“ gegründet, wo er seine schmutzigen Schriften erscheinen liess. Aus der Internationale war er

von den Arbeitern der belgischen Kommission des Kongresses von Brüssel 1868 gestossen worden, die ihm eine Anzahl schlüpfriger Bücher nicht verziehen hatten.

Vidal, François, geboren zu Coutras in der Gironde 1812, gestorben 1872. Gegen 1840 kam er nach Paris und lieferte Beiträge für das Blatt der Fourieristen „la Démocratie pacifique“, später für die „Revue Independante“ von Pierre Leroux und George Sand, von denen „Lutte du Capital et du Travail dans l'agriculture, de la rente de la terre, les économistes libéraux et les socialistes“ der Erwähnung wert sind. In ihnen bekämpfte er die Theorie der Konkurrenz und des laissez-faire mit den Schlagworten der Organisation der Arbeit und der Association. Sein Hauptwerk: „De la Répartition des richesses ou de la justice distributive en économie sociale“ erschien 1846. In der Revolution von 1848 schloss er sich Louis Blanc an und wurde Sekretär der Arbeiterkommission des Luxembourg (s. d.). Mit Pecqueur zusammen verfasste er den Bericht dieser Kommission. Im Jahre 1849 gab er mit dem Fourieristen Toussenel das Journal „le travail affranchi“ heraus, in dem er das Recht auf Arbeit, Abschaffung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Organisation durch die Association darlegte. Am 10. März 1850 ward er zum Deputierten für die gesetzgebende Versammlung gewählt. Der Staatsstreich des Dezembers setzte auch Vidals politischer Laufbahn ein Ende. Er musste Paris verlassen, zog sich aufs Land zurück und starb in Vergessenheit.

Nachdem er in der Einleitung seines Buches „De la répartition des richesses“ die Lehre von der freien Konkurrenz angegriffen und den liberalen Nationalökonomen die Verwirrung von Gebrauchs- und Tauschwert und ihr Bestreben, die Menschen nur als ein Anhängsel der Produktion zu betrachten, vorgeworfen hat, wendet er sich zu einer Kritik ihrer Lehre hinsichtlich der Verteilung des Einkommens. Im Anschluss an Adam Smith' Einteilung desselben in Lohn, Grundrente und Kapitalzins weist er zunächst nach, dass die Grundrente einen viel zu grossen Teil desselben erhält. Da sie ferner als Monopolpreis die Tendenz hat, mit der Bevölkerung zu wachsen, entsteht die Notwendigkeit, alle Grundbesitzer zu enteignen und Grund und Boden in den Kollektivbesitz überzuführen. Da ferner beim Kapitalgewinn dieselbe Tendenz der Aneignung eines immer grösseren Teils des Nationaleinkommens mit der einer fortgehenden Konzentration des Kapitals vorhanden ist, so wird man auch hier die Enteignung des Kapitalbesitzes fordern müssen. Elend und Pauperismus, fortgesetzt wachsend, sind die Folge der bestehenden Verteilung des Einkommens, bei der dem Arbeiter nur das Minimum der Subsistenzmittel zufällt.

Durchau[illegible]gerecht ist diese Verteilung von allen Socialisten angegriffen wor[illegible] deren Kritik er sich dann wendet. Der Grundsatz [illegible]r St. Simo[illegible]en Schule ist: einem jeden nach seiner Fähigkeit, [illegible]er jeden [illegible]it nach ihren Werken. Zwecks der Verteilung muss [illegible] hier [illegible]hatzen die Fähigkeiten und ihre Werke; beides aber [illegible] St. Simonisten selbst schon diese Schwierigkeit er-

kannt haben, haben sie die Verteilung in die Hände der Autorität gelegt, des St. Simonistischen Papstes, der absolut und infallibel ist. Ebensowenig kann die von Fourier vorgeschlagene Verteilung befriedigen. Sein Modus ist nur möglich in der ersten gegründeten Phalange, nicht in den folgenden, und ist auch in dieser durchaus willkürlich. Anders ist das Ideal der Kommunisten. Sie erkennen an, dass die Menschen ungleich an Kräften, Fähigkeiten und Bedürfnissen sind, aber sie halten aufrecht, dass alle gleich an Rechten sind, dass alle ihre Bestimmung erfüllen müssen, dass alle infolgedessen in gleicher Weise ein Recht auf die freie Entwicklung ihrer verschiedenen Fähigkeiten haben, auf die Befriedigung ihrer ungleichen Bedürfnisse. Sie wollen daher die natürlichen Verschiedenheiten nicht noch durch die socialen verschärfen. Ein jeder hat die Pflicht, nach seinen Kräften, Fähigkeiten zu arbeiten, und das Recht, nach seinen Bedürfnissen zu geniessen. Besteht hier noch eine gewisse willkürliche Ungleichheit in der Verteilung, so ist dieselbe dagegen vollständig verschwunden bei Proudhon und Pecqueur, die eine vollständige Gleichheit des Lohnes verlangen. Vidal selbst neigt in seiner Ansicht meist den Kommunisten zu. Er verlangt einen vollständigen Kollektivismus sowohl des Grund und Bodens, wie der übrigen Produktionsmittel; die Verteilung wird dann nach den Bedürfnissen erfolgen müssen.

Op. Ausser den genannten Büchern: Les caisses d'épargne, 1843. — Vivre en travaillant, projets, voies et moyens de réformes sociales, 1848.

Villegardelle, François, geboren zu Miremont 1810, gestorben zu St-Germain-du-Puch 23. Dezember 1856. Zuerst Anhänger Fouriers, trennte er sich von dieser Schule wegen der Frage der Distribution des Einkommens und ging zur rein kommunistischen über.

Op. Besoins des communes, 1835; Accord des intérêts dans l'association, 1844. Histoire des idées sociales avant la Révolution, 1846, ein interessantes Buch; Pourquoi n'avons-nous pas la république? 1854. Ferner gab er heraus: Code de la nature von Morelly, 1840, und eine Uebersetzung der Civitas solis von Campanella, 1840.

Vollmar, Georg Heinrich von, geboren am 7. März 1850 in München, machte den Feldzug 1866 als Lieutenant mit, war 1867 Freiwilliger in Rom („Schlüsselsoldat"), trat 1869 in den Postdienst ein und ging 1870 als Beamter mit in den Krieg, aus dem er schwerverwundet heimkehrte. 1877 wurde er Redakteur der „Dresdner Volkszeitung", von 1879 bis 1882 lebte er in der Schweiz und Paris und wurde nach seiner Rückkehr in den Reichstag gewählt, wo er zuerst den 15. sächsischen Wahlkreis und von 1884 bis 1886 München II vertrat. Unterlegen bei den Septennatswahlen 1887, gelang es ihm 1890 seinen Wahlkreis wieder zu gewinnen. Vollmar ist Herausgeber der „Münchener Post" und lebt in München und in Soiensass am Walchensee.

Voyage en Icarie (Reise nach Ikarien). Das Werk Cabets „Reise nach Ikarien", welches er 1840 in England abgefasst hatte, zerfällt in zwei Teile, von denen der erste uns das ideale, auf kommunistischen Grundsätzen sich aufbauende Reich der Ikarier schildert, während der

zweite der Widerlegung der gegen den Kommunismus geäusserten Einwürfe und der Darstellung einer Uebergangsordnung gewidmet ist.

Ikarien, ein Land von der Grösse Frankreichs, ist in 100 Provinzen geteilt, die durchschnittlich von gleicher Grösse sind. Jede Provinz zerfällt in 10 gleich grosse Bezirke, jeder mit einer Stadt und einer Reihe von Dörfern und Höfen. Die Verfassung ist rein demokratisch. Alle Beamten werden vom Volke gewählt. Jeder Bezirk hat eine dreimal wöchentlich tagende Bezirksversammlung, jede Provinz eine Provinzialversammlung, das ganze Land eine permanente Nationalversammlung von 2000 Mitgliedern. Die öffentlichen Geschäfte sind in 15 Abteilungen, für Landbau, Gewerbe, Erziehung u. s. w, eingeteilt.

Die ikarische Republik ist die alleinige Eigentümerin aller Güter und ordnet die Produktion und Konsumtion in ihrem ganzen Umfange. Von den Genussmitteln wird zuerst das Notwendige, dann das Nützliche, zuletzt das Angenehme produziert, in grossen Magazinen aufgehäuft und gleichmässig unter die Gesellschaftsmitglieder verteilt. Alle Ikarier, mit Ausnahme derer, welche für das Studium der Künste und Wissenschaften bestimmt sind, sind zur industriellen Arbeit verpflichtet. Die Arbeitszeit beträgt im Sommer sieben, im Winter sechs Stunden. Vom 17. bis 65. Jahre bei Männern, bis zum 50. Jahre bei Frauen dauert diese Verpflichtung. Obschon freie Berufswahl herrscht, so entscheidet, falls der Andrang zu einem Industriezweig zu stark ist und die Stärke des notwendigen Personals überschreitet, eine Prüfung über Zulassung. Die Arbeit wird möglichst anziehend gemacht und durch besondere Entwicklung des Maschinenwesens erleichtert. Alle Gewerbe werden fabrikmässig und hauptsächlich in den Städten betrieben. Alle Personen, die in einem und demselbem Industriezweig thätig sind, werden in einer ungeheuren Werkstatt versammelt, die durch ihre Grösse ausgedehnteste Anwendung von Maschinen und Arbeitsteilung ermöglicht. In ähnlicher Weise ist auch die Landwirtschaft organisiert. Auch hier herrscht der maschinelle Betrieb. Der Staat bestimmt das Verhältnis zwischen landwirtschaftlicher und gewerblicher Produktion und sorgt für Aufhäufung der Produkte u. s. w.

Von der grössten Wichtigkeit ist natürlich die Erziehung der Jugend. Bis zum fünften Jahre empfangen die jungen Ikarier die elterliche Erziehung, vom 5. bis 17. Jahre besuchen sie die Schulen, in denen reine und angewandte Wissenschaften, Künste und Leibesübungen getrieben werden. Der Fachunterricht dauert vom 17. bis 21. Jahre und wird in den betreffenden Werkstätten erteilt. Jeder kann litterarische Arbeiten treiben; doch werden nur von der Regierung für würdig befundene Bücher gedruckt. Die Zeitungen, die nur Thatsächliches und die Kammerverhandlungen bringen dürfen, werden von Beamten verfasst.

Die Ehe ist eine streng monogamische, deren Unverletzlichkeit aufs strengste gewahrt wird. (Siehe Seite 255).

Wagner, Adolph, Nationalökonom, geboren 25. März 1835 zu Erlangen, studierte die Rechte und Staatswissenschaften, wurde 1865 ordentlicher Professor in Dorpat, 1868 in Freiburg, 1870 in Berlin. Oktober 1871 hielt er in der „freien kirchlichen Versammlung evangelischer Männer“

einen Vortrag über die sociale Frage, der seinerzeit grosses Aufsehen erregte und ihn in eine Polemik mit H. B. Oppenheim, dem bekannten Freihändler, verwickelte. Er war dann an der Gründung des Vereins für Socialpolitik beteiligt, trat aber 1877, da er über den Standpunkt dieses Vereins hinausgegangen war, aus dem Vorstande aus. Von hervorragender Bedeutung ist seine Neubearbeitung des Rau'schen Lehrbuchs der politischen Oekonomie, von dem die „Grundlegung", von ihm vollständig umgearbeitet, den tiefen Einfluss socialistischer Ideen zeigt. Geht Wagner hier doch so weit, unter gewissen Bedingungen die Verstaatlichung des städtischen Grundeigentums für notwendig zu erklären. 1882—1885 war er Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses.

Wagner, Richard, der berühmte Dichter und Komponist, geboren 22. Mai 1813 zu Leipzig, gestorben 13. Februar 1883 in Venedig. An den Maitagen der revolutionären Bewegung 1849 beteiligt, sah er sich gezwungen, aus Deutschland nach Paris, später nach Zürich zu flüchten. In dieser Zeit (1849) entstand das Schriftchen „Die Kunst und die Revolution", wegen dessen wir ihn hier zu erwähnen haben.

Hier entwickelt er, wie die Rettung für die Kunst nur in einer socialen Revolution zu finden sei. Die Blüte der griechischen Kunst, das Drama, welkte mit der Auflösung des athenischen Staates, und der Philosophie, nicht der Kunst gehörten die zwei folgenden Jahrtausende an. Der Zustand der Zeit am Ende der römischen Weltherrschaft war Selbstverachtung, Ekel vor dem Dasein, Grauen vor der Allgemeinheit; sein Ausdruck war das Christentum, welches die Natur und Menschen gleichmässig verwarf und beide auf dem Altar der Entsagung seinem Gotte opferte. Die Kunst aber ist Freude des Menschen an sich selbst und der ihn umgebenden Natur, die er mit gesunden, kräftigen Sinnen geniesst. Kunst und Christentum schliessen sich aus; und was als Kunst im Mittelalter erscheint, sind fremde Federn des Heidentums, mit denen die Kirche sich schmückte. So wenig wie in der Kirche, konnte die Kunst an den Fürstenhöfen wirklich und wahrhaftig vorhanden sein, wo sie nicht als Ausdruck einer freien, selbstbewussten Allgemeinheit aus dem Leben selbst emporblühte, sondern von den Mächten, welche eben diese Allgemeinheit an ihrer freien Selbstentwicklung hinderten, in Dienst genommen, und wohin sie deshalb auch nur willkürlich aus fremden Zonen verpflanzt worden war. Aber die Kunst sank noch tiefer und verkaufte sich mit Haut und Haar an die Industrie. Die moderne Kunst ist die gelehrige Dienerin Merkurs.

Aus dem Mittelpunkt der modernen Gesellschaft saugt die Kunst, die ihren Lieblingssitz im Theater hat, ihren Lebenssaft, erborgt sich eine herzlose Anmut aus den leblosen Ueberresten mittelalterlich-ritterlicher Konvention und lässt sich von da zu den Tiefen des Proletariats herab, entnervend, entsittlichend, entmenschlichend überall, wohin sich das Gift ihres Lebenssaftes ergiesst. Unsere Kunst ist nur künstlerisches Handwerk; das künstlerische Schaffen, das an sich Genuss ist, ist verschwunden und ersetzt durch das Handwerksmässige, das nur den Zweck im Auge hat und dessen Arbeit nur ein Zwang ist. Der Grieche verachtete

das Handwerk und bürdete es den Sklaven auf; so wurde es ihm möglich, Künstler zu sein. Seine Geschichte aber hat gezeigt, dass Schönheit und Stärke als Grundzüge des öffentlichen Lebens nur dann beglückende Dauer haben können, wenn sie allen Menschen zu eigen sind.

So hat aber der Sklave auch die „Menschen“ zu sich herabgezogen und alle gleich zu Sklaven und elend gemacht. Das Bestreben nach Befreiung aus der allgemeinen Sklaverei ist die Gier nach dem Gelde, und nach dem Gelde geht auch die Kunst, die nach ihrer Freiheit strebt. Aber die echte Kunst, deren Werk die den ganzen Inhalt einer Nation ausdrückende Tragödie ist, muss von neuem geboren werden, und nur die grosse Menschheitsrevolution kann uns sie wiedergewinnen. Der grosse, gewaltige Inhalt der socialen Revolution ist der Drang der leidenden Menschheit aus dem Handwerkertum heraus zum künstlerischen Menschentum, zur freien Menschenwürde. Wenn also die Menschheit die banausische Handwerkerarbeit, die gemeine Sorge für den physischen Unterhalt, der Maschine, wie der Grieche dem Sklaven, zugewiesen, der er bisher diente, wie der Fetischarbeiter dem von seinen eigenen Händen verfertigten Götzen, so wird sein befreiter Thätigkeitstrieb sich nur noch als künstlerischer Trieb kundgeben.

Nur auf den Schultern unserer grossen socialen Bewegung kann daher die Kunst sich zu ihrer Würde erheben. Beide haben ein gemeinschaftliches Ziel: den starken und schönen Menschen. Die Revolution gebe ihm die Stärke, die Kunst die Schönheit.

Wallace, Robert, geboren am 7. Januar 1697 in Kincardine, Perthshire, Schottland, erzogen auf der Gramman School zu Sterling und der Universität Edinburgh, 1723 Prediger zu Moffat, 1733 Prediger an Grayfriars Church zu Edinburgh, 1744 königl. Kaplan für Schottland, gestorben am 29. Juli 1771, hat 1761 in einem anonym erschienenen Buche „Gedanken über Menschen, Natur und Vorsehung“ — Various prospects of Mankind, Nature and Providence — den Plan einer kommunistischen Wirtschaftsordnung ausführlich entwickelt. Die Darstellungen von Idealgemeinwesen, — so sagt er — wie die Republik von Plato, die Utopia von Thomas Morus und Oceana von Harrington, enthalten manche gute Gedanken und nützliche Lehren. Für solche Spekulationen ist immer noch Raum. So will auch er den Plan einer neuen Ordnung der Gesellschaft darlegen, und zwar einen viel umfassenderen als alle früheren. Diese wollen eine ideale Verfassung eines einzelnen Volkes darstellen, er aber will eine Ordnung entwickeln, unter der die ganze Menschheit geeinigt ist, welche alle Menschen zu einem höheren Leben emporhebt. Von vornherein darf man die Möglichkeit solcher Umgestaltung nicht leugnen, nach der Darstellung und Prüfung derselben wird dazu immer noch Zeit genug sein.

Nachdem er die Fundamentalprincipien solcher Ordnung einzeln entwickelt hat, fasst er sie auf Seite 46 kurz in die Worte zusammen: „Privateigentum soll es dort nicht geben; jeder soll für das Gemeinwesen arbeiten, und jeder soll von dem Gemeinwesen erhalten werden; alle sollen auf gleicher Stufe stehen, und die Früchte der Arbeit eines jeden sollen

ins Gemeineigentum fallen für die angenehme Subsistenz aller Glieder der Gesellschaft. Und schliesslich: ein jeder soll verpflichtet sein, etwas zu thun, aber niemand soll mit schwerer Arbeit überbürdet werden.“

Die ganze Gesellschaft soll in autonome kommunistische Gemeinwesen zerfallen, die nicht zu gross und nicht zu klein sein dürfen. Er empfiehlt Landkomplexe mit einem Durchmesser von 50 bis 100 Meilen. Die einzelnen Gemeinwesen sollen in freundschaftlichem Verkehr mit einander leben, ihren Mitgliedern soll die Uebersiedlung von einem zum andern vollständig frei stehen. Wenn in den einzelnen Gemeinden wegen der starken Bevölkerungszunahme die Zahl der Mitglieder zu gross wird, so sollen immer neue Gemeinden nach denselben Principien gegründet werden.

Für die Organisation der Gemeinden führt er einige wichtige Grundsätze an, dieselben aber bis in alle Einzelheiten auszuarbeiten, weist er zurück, da so viele Variationen möglich sind, ja durch die Verschiedenheit der Menschen, ihres Landes und ihrer Zeit gefordert werden.

Bei der Darstellung der Vorteile, welche das Leben in diesen kommunistischen Gemeinden bieten wird, hebt er besonders hervor, dass kombinierte Arbeit unendlich viel wirkungsvoller als isolierte und viel angenehmer ist. Die Produktivkraft der kombinierten Arbeit ist so gross, dass alle Zeit finden werden, ihre geistigen Fähigkeiten auszubilden. Mit diesem Leben der Eintracht und des Glücks, in dem die Arbeit eine Lust, keine Last mehr ist, vergleicht er die bestehende Gesellschaftsordnung und bricht in diese leidenschaftlichen Klagen aus:

„Wie mangelhaft sind alle Verfassungen, die je existiert haben! Wie schändlich ist der gute Zweck des Regierens vereitelt! Wie wenig hat man sich um das Wohl von Seele und Leib der Menschen gekümmert! Was sind grosse Scharen der Armen anders als Sklaven und Lasttiere der Reichen! In welcher Unwissenheit lebt die grosse Menge! Zu welch' harter Arbeit sind sie verdammt! Wie quälen sie sich ab, und doch, wie dürftig und ungesund ist ihre Nahrung! In welch' elenden Hütten leben sie! Wie wenig von dem, was das Leben verschönert, fällt ihnen zu! Wie viele sind verhungert und durch schmerzvolle Krankheiten hinweggerafft, schmählich vernachlässigt von ihren Nebenmenschen! Und doch waren alle diese unglücklichen Sterblichen ebenso wie die Glücklichsten ihrer Art dazu befähigt, ein angenehmeres Leben und edlere Freuden zu geniessen. Welche Regierungsform eignet sich für die Menschen, wie diejenige, die gleichmässig für das Glück und die Wohlfahrt des ganzen Geschlechts sorgt!“

Im dritten Kapitel untersucht er die Frage nach der Möglichkeit der Gründung kommunistischer Gemeinden und nach ihrer Bestandfähigkeit. In den civilisierten Staaten, meint er, würden die Reichen, welche viele Vorteile aus dem Fortbestand der socialen Ordnung zögen, durch ihren Widerspruch die Einführung verhindern.

Man könnte also nur an eine Gründung in herrenlosen, bisher unbewohnten Ländern denken. Anderswo könnte solche Neuordnung jedenfalls nur durch eine grosse Revolution eingeführt werden, zu welcher Zeit

vielleicht die Liebe zur Freiheit und die Begeisterung, dem gemeinen Besten das Privatinteresse zu opfern, alle Schwierigkeiten beseitigen könnte. Er spricht auch von dem Fall, dass die Gründung einzelner Gemeinden von reichen und edlen Menschenfreunden ausgeht. Diese Gemeinden werden vielleicht zu solcher Macht und Blüte gelangen, dass sie alle Völker zur Nachahmung bestimmen, so dass die Herrscher den Wünschen des Volkes schliesslich keinen Widerstand mehr leisten können. An einen plötzlichen Uebergang zu einem Idealzustand ist jedoch nicht zu denken. Alles verlangt eine gewisse Zeit zur Entwicklung, jede Blume, jeder Baum und jedes Geschöpf, und zwar, je höher der Organismus ist, desto längere Zeit.

Was die Bestandfähigkeit anbetrifft, so lässt sich auch von dieser Gesellschaftsform nicht behaupten, dass sie von ewiger Dauer sein wird, denn alle menschlichen Einrichtungen sind wegen des beständigen Fortschritts dem Wechsel unterworfen. Es ist aber kein Grund vorhanden, weshalb kommunistische Gemeinwesen nicht ebenso lange leben könnten wie andere. Gefahren könnten ihnen drohen durch die Leidenschaften der Menschen, ihren Ehrgeiz, ihren Hang zu sinnlichen Genüssen und zur Trägheit, ihre Liebe zur Ungebundenheit. Aber alle diese Leidenschaften sind die Folge der privatwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung, verschwinden also, wenn diese fällt. „Die ganze Erde würde in ein Paradies verwandelt werden und alle Menschen weise und glücklich sein.“ Schliesslich muss aber — wie er in schmerzlicher Verzweiflung ausführt — gerade die Vollkommenheit des Zustandes wegen der ungeheuren Zunahme der Bevölkerung (siehe darüber Seite 67) zur Ursache des Verfalls werden.

Wang-ngan-Ché. In der Mitte des XI. Jahrhunderts war China in vollstem Aufruhr. Die Dynastie der Heou - Tsou war zu Grunde gegangen und durch die der Song ersetzt worden. Eine mysteriöse Sekte verkündete in dunklen Orakeln die systematische Allvernichtung, auf die als den höchsten Zweck alle ihre Anstrengungen sich richteten. Sie predigte die Lehre, dass es weder Geist noch Materie gäbe, dass die Existenz nur eine phantastische Hallucination sei, ein Traum ohne Gegenstand und ohne Erwachen. Diese Nihilisten wollten alles vernichten, um den Boden für ein neues sociales Gebäude zu ebnen, in dem es keine sociale Ordnung mehr geben sollte — kurz ihr Ziel war der Anarchismus. „Die Gesellschaft,“ sagten sie, „beruht auf dem Gesetz, und das Gesetz ist Ungerechtigkeit und Chikane — auf dem Eigentum, und das Eigentum ist die Ungerechtigkeit und die Erpressung — auf der Religion, und die Religion ist nur eine Lüge — auf der Gewalt, und die Gewalt ist nur Tyrannei.“ In dieser Zeit der absoluten Negation, die das Volk nur noch in grösseres Elend stürzen konnte, stand ein Mann auf, der es unternahm, mit kühner Hand ein neues Gebäude aufzuführen, nachdem er das alte niedergerissen. Dies war Wang-ngan-Ché, der grosse Reformator und Verkünder des socialistischen Gesellschaftsideals.

Geboren 1021, genoss er eine gute Erziehung und widmete sich der Gelehrtenlaufbahn, wo sein Lieblingsfach Geschichte wurde. Durch seine vorzüglichen Examina bekannt geworden, war er berühmt schon als der

Schöpfer eines neuen Systems und der unversöhnliche Gegner der Nihilisten. Eine Geschichte charakterisiert den Geist dieses Mannes. Das Jahr 1069, in dem W. Minister wurde, war ausgezeichnet durch eine Vereinigung von Unglücksfällen und Landplagen, welche mehrere Provinzen verheerten: epidemische Krankheiten, Erdbeben, Dürre. Dem Gebrauch entsprechend, richteten die Censoren, eine hohe Behörde, an den Kaiser die Aufforderung, sich zu prüfen, ob nicht in seinem Betragen etwas Tadelnswertes gewesen und Uebelstände in der Regierung sich fänden, die der Abhülfe bedürften. Der Kaiser Chen-Tsung hielt es für seine Pflicht, seinen Schmerz dadurch zu bezeugen, dass er sich einige Vergnügungen, den Spaziergang, Musik und Feste im Palast, untersagte. W. billigte dies nicht: „Diese Unglücksfälle, die uns verfolgen," sagte er zum Kaiser, „haben feste und unveränderliche Ursachen; die Erdbeben, die Dürre, die Ueberschwemmungen haben keine ursächliche Verbindung mit den Handlungen der Menschen. Hofft ihr den gewöhnlichen Lauf der Dinge zu ändern oder wollt ihr, dass die Natur sich euretwegen neue Gesetze auferlegt?"

Da seine Macht täglich wuchs und seine Schüler ihn für allein fähig hielten, das sociale Problem zu lösen, so berief man ihn an den Hof. Der Kaiser Chen-Tsung hatte mehrere Zusammenkünfte mit ihm. Es gelang W. durch seine Beredsamkeit, den Kaiser für seine Pläne zu gewinnen. Sein Gegner Sse-ma-kuang, der Verteidiger der alten Gebräuche, wurde gezwungen, abzudanken. W. trat an seine Stelle als erster Minister 1069. Er war jetzt allmächtig und begann sofort mit seinen Reformen. Durch ein Edikt erklärte er den Staat für den alleinigen Eigentümer des nicht kultivierten Bodens. Ackerbaubehörden wurden gegründet, für jeden Distrikt eine, die die Aufgabe hatten, jährlich die anbaufähigen Ländereien unter die Bauern zu verteilen, die Art des Anbaues zu bestimmen und das notwendige Saatkorn zu verteilen. Das Produkt gehörte dem Staat, welcher die Verteilung dem Bedürfnis und der Ziffer der Bevölkerung entsprechend vornahm. Um sich die notwendigen Summen zu verschaffen, legte W. den Reichen eine Taxe auf. War in einigen Teilen Misswachs, so wurde der Ueberfluss von besseren Provinzen durch die oberste Ackerbaubehörde zu Peking dorthin geleitet. Ausserdem sollten in guten Jahren in grossen Magazinen die Ueberschüsse aufgespeichert werden.

Da die oberste Aufgabe der Regierung ist, das Volk zu lieben und ihm die Vorteile des Lebens, Ueberfluss und Freude zu sichern, so muss sie auch den Menschen zu der zu einem glücklicken Leben notwendigen Rechtschaffenheit erziehen. Das Haupthindernis derselben ist aber der Luxus und die Liebe zum Gewinn. Man muss deshalb die Ursache dieser Laster, den Reichtum, unterdrücken und ihn hindern, sich durch Handel, Banken, Wucher und Industrie wieder zu erneuern. Das Mittel, das W. fand, des Reichtums Herr zu werden, war, dass der Staat allein das Monopol des Handels und der Industrie hatte und allein alle die Erträge, die jetzt unter Millionen von Menschen verteilt sind, realisierte. Dadurch nehmen alle, da ja der Staat alle Bürger umfasst, an dem Kollektivgedeihen teil.

Dies seine Lehren, die nun, als der Kaiser für ihn gewonnen war, in Wirklichkeit umgesetzt wurden. Natürlich suchten die Reichen, deren Existenz in ihrer Wurzel bedroht wurde, unter Führung des Sse-ma-kuang den kühnen Neuerer zu stürzen; aber das Vertrauen des Kaisers zu ihm war zu gross. Bittschriften über Bittschriften richtete man an den Kaiser, der sie in die Hände W's legte. Dieser begnügte sich damit, über seine Feinde zu lächeln, anstatt sie, wie es sonst in China zu geschehen pflegte, hinzurichten. Indes die industrielle und agrikole Organisation hatte nach den Berichten seiner Feinde nur wenig Erfolg; das Elend bestand weiter trotz aller Anstrengungen W's. Das Vertrauen des Kaisers aber blieb ihm acht Jahre lang treu, und auch die Massen liessen sich nicht entmutigen, und diese Zeit hat W., mit ihnen im Bunde, unermüdlich im Kampfe mit den Reichen seine Pläne verfolgt.

Im Jahre 1077 aber bat W. um die Enthebung von der Premierministerschaft und erhielt dieselbe auch. Seine Edikte blieben aber, so lange Chen-Tsung II. regierte, fast ungeändert bestehen. W. lebte in der Zurückgezogenheit bis zum Jahre 1086, mit gelehrten Studien beschäftigt. Erst mit der Regentschaft der Kaiserin Witwe, welche die Regierung für ihren Sohn Ce Tsung führte, triumphierte die Reaktion. Alle Reformedikte W's wurden aufgehoben. Der Kampf zwischen den Schülern W's und den Konservativen zog sich durch die Regierungen verschiedener Kaiser hin. Die Edikte hatten das Loos, bald wieder erlassen, bald wieder aufgehoben zu werden.

Warren, Josiah, geboren 1799, gestorben 14. April 1874 in Boston, war 1825—1826 ein Mitglied der Owenschen Gemeinde New Harmony. Für das Scheitern derselben macht er das Princip der Association selbst verantwortlich. Er verwirft alle Gesetze und alle Institutionen, durch welche die Freiheit des Menschen beschränkt wird, und proklamiert die Souveränität des Individuums. Er empfiehlt den Menschen, zu leben „ohne Organisation, ohne Exekutive, ohne Konstitution, ohne Gesetze, ohne Statuten, ohne Regeln“. Jedes Individuum soll thun können, was es für gut hält oder was ihm gefällt Nach diesem Grundsatz gründete er 1851 das Dorf Modern Times auf Long Island bei New-York, musste aber bald erfahren, dass dieses Princip noch schwerer durchzuführen sei als das Princip der Association. Vorher hatte er schon an verschiedenen Stellen einen „time store“, Zeitladen, ins Leben gerufen. Er bestellte bei den Produzenten Waren, für die er Arbeitsnoten gab. Gegen dieselben konnte der Inhaber in seinem Laden andere Waren eintauschen, auf deren in Arbeitszeit ausgedrückten Wert er einen kleinen Aufschlag machte, dessen Höhe sich nach der Zeit, welche der Käufer im Laden zubrachte, bestimmte.

Warynski, Ludwig, der hervorragendste unter den Begründern der modernen socialistischen Bewegung in Polen, geboren 1856 im Dorfe Martynowka (Ukraine), als Sohn eines ursprünglich ziemlich wohlhabenden adligen Rittergutsbesitzers, welcher aber infolge des Aufstandes von 1863 das eigene Gut verlor und fortan als Pächter lebte.

Warynski besuchte das Gymnasium in Bialacerkiew und studierte

dann auf dem St.-Petersburger technologischen Institute, wo er im Jah
1875 wegen Teilnahme an den Studentenunruhen verhaftet, relegiert u
aus St. Petersburg ausgewiesen wurde. Obgleich noch sehr jung, nahm
bereits in St. Petersburg an der dortigen revolutionären Bewegung te
Er wurde dort mit den Theorien des modernen Socialismus bekannt, en
ging dabei aber nicht dem Einflusse des sogenannten specifisch „russische
Socialismus, d. h. der anarchistischen „Volkstümelei“. Von 1875 b
1876 war er ein Jahr an seinem Geburtsort interniert und benutzte dies
Jahr, um sich in den Socialwissenschaften auszubilden.

Sobald er sich wieder frei bewegen durfte, ging er weder na
St. Petersburg zu den geheimen Debattierklubs der russischen Jugen
noch „aufs Land“ zu den Bauern, um sie zu Emeuten anzufeuer
wie es die Mehrzahl seiner früheren russischen Kommilitonen gethan ha
sondern nach Warschau, wo damals (1876/77) die socialistische Arbeite
bewegung sich zu entwickeln begann. Um engere Fühlung mit de
Fabrikarbeitern zu gewinnen, trat er als einfacher Arbeiter in eine Maschine
fabrik ein und knüpfte zugleich Verbindungen mit dem Häuflein der Wa
schauer socialistischen Studenten an. Er fand sich schnell in die neuen Ve
hältnisse und stellte sich nach einigen Monaten ganz auf den Standpunk
der Warschauer Socialisten. Im Herbste 1877 reiste er nach Pulany ab
wo er in das dortige agronomische Institut eintrat, um auch unter de
dortigen Jugend die socialistische Propoganda zu treiben.

Aber bereits Ostern 1878 kehrte er, da seine Anwesenheit in Warscha
unentbehrlich war, zurück und trat wieder in die Fabrik ein. Die Warschaue
socialistische Organisation des Jahres 1878 war sein Werk. Dieselbe erlit
aber bereits anfangs August desselben Jahres durch Massenverhaftunge
schwere Verluste. Warynski sollte auch verhaftet werden und nahm dahe
einen falschen Namen an. Von diesem Augenblick bis zu seiner Verhaftun
im Jahre 1883 führte er das Leben eines „Illegalen“ (d. h. unter falschen
Namen mit falschem oder fremdem Pass). Nachdem er die Verluste de
Organisation im Laufe eines Monats wieder gut gemacht hatte, ging e
daran, die nötige Litteratur für die Bewegung zu schaffen, welche sich
bis dahin ohne irgendwelche Schriften hatte behelfen müssen. Zu diesen
Zwecke begab er sich nach Dresden, Genf, Wien und endlich nach Ga
lizien. Er erledigte seine Aufgabe aufs glänzendste. Noch im Laufe des
selben Jahres hatte er verschiedene Agitationsschriften herausgegeben un
über die Grenze geliefert. In Galizien gründete er im November 187
die erste socialistische Organisation in Krakau und Lemberg. Im Februa
1879 wurde er in Krakau denunziert, verhaftet und nach einjährige
Untersuchungshaft vor Gericht gestellt. Er wurde mit 34 Genosse
freigesprochen, aber aus Oesterreich ausgewiesen. Er wandte sich nac
der Schweiz, wo er an der Redaktion der ersten polnischen Zeitschrif
„Gleichheit“ (in Genf) teilnahm. Hier kamen zum letztenmal seine alte
anarchistischen Sympathien zum Vorschein, indem er im Name
der Redaktion ein Begrüssungsschreiben an den Londoner anarchistische
Kongress (1881) absandte. Infolgedessen geriet er in Streit mit seine
Mitarbeitern und die Zeitschrift ging darüber zu Grunde. Als Ersat

wurde noch in demselben Jahre der „Przedswit" („Morgenröte") gegründet, an dem auch Warynski mitarbeitete.

Ende 1881 kehrte Warynski aus der Schweiz nach Warschau zurück. Hier räumte er mit verschwommenen Phraseologen, patriotischer und anderer Richtungen, die sich inzwischen in der Bewegung eingenistet hatten, gründlich auf. Zu Beginn des Jahres 1882 gründete er aus Vertretern der Warschauer Arbeitergruppen das sogenannte „Arbeiter-Komitee", welches als verbindender Mittelpunkt der Organisation diente. Warynski war auch der Hauptverfasser des Parteiprogramms, das aus der geheimen Druckerei unter dem Titel „Manifest des Arbeiter-Komitees" erschien. Organisatorisch und geistig wurde er somit „Seele der Partei „Proletariat"". Im Januar 1883 gelang es ihm, neue — intelligente — Kräfte der Partei zuzuführen (die sogenannte „Petersburger Organisation"). Er entfaltete in den ersten Monaten des Jahres 1883 eine beispiellose Thätigkeit. Bereits zu Beginn des Sommers wurde ihm infolge der von ihm mit der russischen Organisation angeknüpften Verbindungen von der Polizei beständig nachgespürt und am 28. September 1883 wurde er endlich bei einer Zusammenkunft in einem Café verhaftet.

Im Gefängnis verweigerte er bis April 1884 jede Antwort, gestand dann aber, überwältigt durch die Beweise, seine Rolle in der Bewegung ein. Vor dem Kriegsgericht im Dezember 1885 war er der Hauptredner der Angeklagten und entwickelte mutig in einer ausführlichen Rede das Parteiprogramm. Das Urteil lautete auf 16 Jahre Zwangsarbeit in sibirischen Bergwerken. Statt dessen wurde er — als „besonders Gefährlicher" — in der Einzelhaft der sagenhaft furchtbaren Schlüsselburg-Festung lebendig begraben, aus der kein Laut in die Oeffentlichkeit — nicht einmal an die Verwandten — dringt. Im Jahre 1891 verbreitete sich die Nachricht, dass er in Schlüsselburg gestorben sei; das Gerücht ist bis jetzt ohne Bestätigung, aber auch ohne Widerspruch geblieben.

Weitling, Wilhelm, wurde 1808 in Magdeburg als uneheliches Kind geboren. Er erzählt, dass er als Knabe im bittersten Elend auferzogen wurde, so bitter, dass er selbst ein Grauen fühle, dasselbe zu beschreiben. Doch hing er an seiner Mutter mit grosser Liebe und gedenkt ihrer in seinen 1844 verfassten „Kerkerpoesien" mit Wehmut. Er erlernte das Schneiderhandwerk und wanderte von 1828 an von einem Meister zum andern. Auf seinen Wanderungen kam er auch nach Paris, wurde hier im Jahre 1837 mit den Kommunisten bekannt und in den „Bund der Gerechten" aufgenommen (über denselben siehe den Artikel Kommunistenbund). Im Auftrage desselben verfasste er 1838 die Schrift „Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte".

Nachdem Weitling bereits 1840 eine Agitationsreise nach Genf unternommen hatte, verlegte er im Mai 1841 seinen Wohnsitz dahin. Er entfaltete hier grosse Rührigkeit. Für seine kommunistischen Lehren fand er bei den in der Schweiz arbeitenden deutschen Handwerksgesellen einen empfänglichen Boden, während die nüchternen, berechnenden, das Eigentum liebenden Schweizer sich ablehnend verhielten. Er trug seine Agitation in die Arbeitervereine, welche sich damals in vielen Orten

der Schweiz bildeten, nachdem Weitzel in Genf den ersten derselben gegründet hatte. Auch predigte er in den bestehenden Sänger- und Lesevereinen der deutschen Handwerksgesellen seine Lehren. Es kam in denselben zwischen seinen Anhängern und seinen Gegnern wiederholt zu heftigen Streitigkeiten, welche in einigen Fällen zur Spaltung führten. Die Gesamtzahl der Mitglieder stieg dadurch aber: gerade die Verhandlungen der Streitfragen erweckten das Interesse der Arbeiter und zogen sie in das Vereinsleben hinein.

Unter den von den Züricher Gerichten einige Jahre später beschlagnahmten Papieren finden wir folgende von Weitling entworfenenen Statuten eines „kommunistischen Bildungsvereins“:

„Begriff des Vereins. Derselbe ist ein für einen gemeinschaftlichen Zweck wirkendes Ganzes, aus mehreren kleinen und grossen Vereinen, so wie aus einer Menge vereinzelter, verstreuter Individuen von verschiedenen Nationen, Ständen und Alter bestehend, welche, von dem Eifer beseelt, sich den Gleichgesinnten zu immer grösserer Vereinigung anzuschliessen, jede Gelegenheit benutzen, welche dies möglich macht. Sie werden also die Adressen der Gleichgesinnten jeder Stadt und jeden Landes sich vor jeder Ueberreise zu verschaffen suchen, anderen Gleichgesinnten wieder diese Adressen mitteilen, überall sich zu zwei oder drei oder noch mehr von Zeit zu Zeit versammeln, da, wo sie sich in starker Zahl zusammenfinden, eigene Vereinslokale mieten, da, wo man ihnen die Versammlungen darin untersagt, sich in den Wohnungen, den Werkstätten und Wirtshäusern in kleinerer Anzahl versammeln, kurz jeden Gewaltstreich zu umgehen suchen und unermüdet an der Propaganda arbeiten. Keine Macht der Menschen ist im stande, die Propaganda des Guten und Wahren aufzuhalten, man kann den Leuten bei der Arbeit, bei Tische, in ihren Schlafzimmern und auf ihren Spaziergängen das Wort nicht wehren.“

„Zweck und Mittel. Brüderlichkeit durch Wiedereinführung des Du-Wortes, durch Uebung im Verzeihen jedweder Beleidigung, durch die Gewohnheit, jedes Vergehen als eine Krankheit zu betrachten, durch Zusammenwirken für einen gemeinschaftlichen Zweck.

„Sociale Bildung. Durch Studium und Besprechung aller socialen Systeme, durch Beförderung geselliger, nicht kostspieliger Vergnügungen, durch Vermeidung aller Luxusausgaben und Führung einer geregelten Lebensweise.

„Propaganda. Durch Umgang mit Personen, welche mit den Vereinszwecken und Mitteln noch unbekannt sind und durch Anfeuern derselben, sich als Vereinsmitglieder aufnehmen zu lassen, durch Unterstützung und Verbreitung aller die Vereinszwecke befördernden Schriften.

„Vereinsregeln. Mässigkeit in allen Lasten und Genüssen beobachten, soviel dies jetzt nur immer möglich ist, weil man dadurch sich einen Schatz erhält, der Gesundheit heisst und über Reichtum und Ehre geht.

„Jede Ohrenbläserei mit Beschämung des Ohrenbläsers zurückzuweisen, selbst wenn sie Wahrheit enthält. Jede Unzufriedenheit mit

dem Betragen eines der Brüder **ihm selbst** unter vier Augen äussern und nicht vorher gegen einen andern, darum auch jeden, der uns öffentlich beleidigt und beschimpft, als einen Kranken ansehen, der in demselben Augenblick nicht Herr seiner selbst ist, ebenso jeden Verbrecher, und deshalb auch niemanden, der zu Gefängnisstrafen und dergleichen verurteilt wird, verachten." — Es folgen dann noch Bestimmungen über die Pflicht zur Propaganda und Beisteuer und die Aufnahmsregeln.

Ueber die Aufnahme eines Mitgliedes wird folgendes gesagt: „Wir Arbeiter sind endlich müde, für die Faulenzer zu arbeiten; in Entbehrung zu leiden, während andere im Ueberfluss schwelgen; wir wollen uns von den Egoisten keine drückenden Lasten mehr auflegen lassen, keine Gesetze mehr respektieren, welche die zahlreichsten und nützlichsten Menschenklassen in der Erniedrigung, Entbehrung, Verachtung und Unwissenheit erhalten, um einigen wenigen die Mittel an die Hand zu geben, sich zu Herren dieser arbeitenden Massen zu machen. Wir wollen frei werden und wollen, dass alle Menschen auf dem Erdenrund so frei leben wie wir, dass keiner besser und keiner schlechter bedacht werde wie der andere, sondern alle sich in die gesamten Lasten, Mühen, Freuden und Genüsse teilen, d. h. in Gemeinschaft leben.

„Willst Du so wie wir?

„Zu diesem Zweck haben wir einen Bund geschlossen, der geheim bleiben muss, um unser Wirken auch in den Ländern möglich zu machen, wo wir durch öffentliches Auftreten unseren Feinden die Mittel zu unserer Verfolgung und Zerstreuung an die Hand geben würden. Verschwiegenheit über alles, was wir in unsern Versammlungen verhandeln, Verschwiegenheit über das Bestehen des Bundes ist also die grösste Notwendigkeit, die jedes Mitglied beobachten muss.

„Erkennst Du dies mit uns an?

„Damit der Eifer in den Versammlungen wach erhalten werde, verpflichtet sich jeder von uns, nie darin zu fehlen, ausserordentliche Umstände ausgenommen.

„Glaubst Du diese Verpflichtung gleichfalls eingehen zu können?

„Jeder Aufgenommene zahlt einen monatlichen Beitrag in die gemeinschaftliche Bundeskasse und abonniert auf wenigstens ein Blatt der jungen Generation, solange dieses Blatt existiert; kannst Du dieses Opfer gleichfalls bringen?

„Ist jemand unter uns arbeitslos oder krank, so zahlen die übrigen seinen monatlichen Anteil für ihn; bist Du auch damit einverstanden?

„Die Aufgabe eines jeden von uns ist ferner, so viel Menschen als immer möglich für unser Princip zu bekehren und für die Aufnahme in den Bund vorzubereiten, dabei aber immer auf die gebildetsten, an Ordnung und Aufopferung gewöhnten Mitglieder zu sehen. Willst Du Deine Thätigkeit und Deinen Eifer in diesen Punkten zeigen?

„Jeder von uns zeigt vor seiner Abreise dem Vorsteher dieselbe sowie das Ziel derselben an und schreibt sogleich die ersten acht Tage seines Aufenthaltes in einer Stadt seiner früheren Gemeinde die neue

Adresse. Willst Du dasselbe mit uns beobachten und überall, wohin Du kommst, Mitglieder aufzunehmen, Gemeinden sowie Vereine zu gründen, Schriften zu verkaufen und unsere Lehre laut und öffentlich zu verbreiten suchen?

„So sprich mir folgendes Gelöbnis nach (hier stehen die anwesenden Mitglieder auf und entblössen ihre Häupter): Ich gelobe Verschwiegenheit über das.

„Hierauf schreibt der Aufgenommene seinen Namen in die Liste desjenigen, der ihn aufgenommen hat.

„Dies geschieht zu dem Zweck, damit man später, wenn eine Association gegründet wird, diejenigen zuerst daran teilnehmen lässt, welche die meisten Mitglieder aufgenommen haben; gleichfalls wird, wenn eine Unterstützungskasse zu stande kommt, jeder Arbeiter, der 50 Jahre alt ist, auf eine bis dahin anzukaufende Kolonie versetzt, wenn er viele aufgenommen hat. Die wirkliche Zahl, die zur Pension berechtigt, wird erst ein Jahr vor dem Anfang derselben bestimmt."

Bald entstanden kommunistische Vereine in allen Teilen der Schweiz, in Genf, Waadt, Neuenburg (Locle und La Chaux-de-Fonds), in Bern, im Aargau, u. s. w. Der eigentliche Kern derselben bestand nicht aus der untersten Klasse der Arbeiter. Die Mitglieder hatten der Mehrzahl nach nicht mit äusserer Not zu kämpfen, wenn sie auch gerade nicht in glänzenden Umständen lebten. Nicht die Not, sondern der Drang nach einer besseren und schöneren Gestaltung des Lebens machte jene Handwerksgesellen zu Kommunisten.

Die meisten Kommunisten waren aufrichtige Schwärmer, die von allgemeiner Brüderlichkeit und Eintracht träumten. Es wird uns berichtet, dass einst ein Kommunist am hellen Tage auf der Strasse in Thränen ausbrach, weil es keine Gerechtigkeit im Himmel gäbe. Sonst hätte, so meinte er, schon lange der Kommunismus durchgeführt sein müssen. Die Freiheit, die Gleichheit, die Harmonie und Bruderliebe predigte Weitling; Freiheit ohne Gleichheit erklärte er für politisches Gaukelspiel. Zur Verbreitung seiner Ideen gründete er die Monatsschrift „Hülferuf der deutschen Jugend", der er später den Titel „Die junge Generation" gab. Weitling stand auch mit den Pariser und Londoner Kommunisten in fortwährender eifriger Korrespondenz. Durch Dr. Hermann Ewerbeck, der in Paris lebte, wurde die Verbindung mit dem „Bund der Gerechten" aufrecht erhalten. Ausserdem stand Weitling in Beziehung zu Georg Herwegh, Prof. Follen und Dr. Julius Fröbel in Zürich, und zu dem Dichter Gutzkow.

1842 schrieb Weitling seine „Garantien der Harmonie und Freiheit". Diese Schrift zerfällt in zwei Teile, einen kritischen und einen systematischen. In durchaus unhistorischer Weise sucht Weitling die Entstehung des Eigentums, des beweglichen und unbeweglichen, zu erklären. Er wiederholt die damals viel verbreiteten Gedanken der französischen Socialisten, kleidet sie aber in eine eigene Form. Seine Sprache ist beredt, oft hinreissend.

„In den schönsten und fruchtbarsten Gegenden verlebte das Menschen-

geschlecht seine Kindheit, hier spielte, lachte, scherzte und genoss es, ohne andere Gesetze und Hindernisse als die, welche die Natur ihm in den Weg legte. Die reiche Natur bot dem Menschen alles, was er gebrauchte, in tausendfachem Ueberflusse dar. Auf die Jagd gehen, essen und trinken, lieben und spielen waren seine Lieblingsbeschäftigungen, die Begriffe Arbeit und Müssiggang, Sklaverei und Herrschsucht, Eigentum und Diebstahl waren ihm noch unbekannt. Alle lebten in Freiheit und Unabhängigkeit, und das ist der Grund, weshalb sie glücklicher lebten als die Reichsten heutzutage, obwohl sie alle Bequemlichkeiten des Lebens, welche die Civilisation gewährt, nicht kannten. Sie waren glücklich, denn sie waren zufrieden, und zufrieden kann nur der sein, der alles haben kann, was jeder andere hat." Die Zufriedenheit, sagt Weitling, ist keine Tugend, sondern „sie ist ein aus natürlichen Ursachen entsprungenes natürliches Gefühl der Harmonie der Begierden und Fähigkeiten. Die Zufriedenheit, die man uns als Tugend empfiehlt, ist eine Feigheit. Wenn der Mensch zur Befriedigung seiner Bedürfnisse nicht hat, was andere haben können, kann, darf und soll er nicht zufrieden sein: denn das wäre die Zufriedenheit eines Sklaven, die Zufriedenheit eines geprügelten Hundes". —

„Als die Milch ein Nahrungsmittel der Menschen geworden war, zähmte man die wilden Tiere. Das Hirtenleben entstand, die Arbeitsteilung zwischen Hirten und Jägern. Man teilte die Milch der gezähmten Tiere und die Beute der Jagd miteinander; aber der Schäfer fing an, die Herde zu zählen, und der Jäger die Häute, und so entstand, ohne dass man es merkte, der Begriff des beweglichen Eigentums. Mit der Erfindung des Ackerbaues wurde auch das Eigentum an Grund und Boden anerkannt. So lange Land in Fülle vorhanden war, bedeutete dies einen Fortschritt. Mit der Vermehrung der Menschen trat aber Mangel an Land ein; viele Menschen waren schliesslich in die Unmöglichkeit versetzt, Land zu erwerben, weil alles in Besitz genommen war. Seitdem ist das Eigentum ein Eingriff in die natürlichen Rechte der Gesellschaft, ein liebeloser, brudermörderischer, die Würde der Menschen entehrender Akt. Das Eigentumsrecht wurde ein himmelschreiendes Unrecht, es wurde Ursache des Mangels und des Elends Tausender.

„In welchen Winkel des alten morschen Baues der gesellschaftlichen Ordnung unsere Blicke dringen, überall stossen wir auf Verbrechen und Mängel, deren Ursache die Ungleichheit ist, und das Mittel, diese Ungleichheit zu erhalten, ist das Geld! Aus dieser Ungleichheit ist die Selbstsucht entstanden. Alles Blut und alle Thränen, mit welchen das Volk bisher den welken Baum der Freiheit aufzufrischen gedachte, waren umsonst, weil seine Krankheit tiefer steckt, als man bisher wähnte. Bis zu seiner Wurzel, Brüder, lasst uns graben, denn da birgt sich die Larve des Eigennutzes, da frisst sie verborgenerweise das Lebensmark des jungen Baumes und bringt ihn der Verwelkung nahe!"

Die Begriffe Sprachen, Grenzen und Vaterland erklärt Weitling für so wenig notwendig für die Menschheit wie alle bestehenden religiösen Dogmen, sie sind verjährte Ueberlieferungen, deren Nachteil immer fühl-

barer wird, je länger sie bestehen. „Eine vollkommene Gesellschaft hat keine Regierung, sondern eine Verwaltung."

Ausführlich entwickelt Weitling den Plan einer Gesellschaftsorganisation, in der jeder dieselben Genüsse haben kann wie der andere und die Freiheit hat, seine individuellen Fähigkeiten voll auszubilden.

Die Verwaltung soll in den Händen der grössten Genies der nützlichsten Wissenschaften liegen, d. h. je eines Vertreters der „philosophischen Heilkunde", der „Physik" und der „Mechanik". Die erste Wissenschaft ist die wichtigste, sie umfasst die ganze physische und geistige Natur des Menschen, die Kenntnis seiner körperlichen und geistigen Schwächen und Krankheiten und der Mittel zur Heilung und Ausrottung derselben; die „Physik" ist die Kenntnis der Kräfte der Natur und ihrer Anwendung zum Wohl der Menschheit; die „Mechanik" die vollkommene Kenntnis der Theorie und Praxis der verschiedenen Hand- und Maschinenarbeiten. Die Vertreter dieser drei Wissenschaften bilden den „Dreimännerrat", ihnen zur Seite steht als ausübendes Verwaltungspersonal der „grosse Werksvorstand". Gewählt werden die Verwaltungsbehörden durch die „Centralmeisterkompagnie", welche auch die wichtigsten Aemter verwaltet. Zur Verwaltung der Distrikte bestehen die „Meisterkompagnieen", von denen jede aus ihrer Mitte einen Werksvorstand wählt. Durch allen zugängliche schriftliche Prüfungen sollen die tüchtigsten Kräfte ermittelt werden. Durch Wahl der Arbeiter eines Geschäftszweigs soll nur die Besetzung derjenigen Aemter bestimmt werden, bei denen die Befähigung keine Rolle spielt. Die Amtsdauer des Verwaltungspersonals ist unbestimmt: wenn sich ein besserer Kandidat findet, tritt der Beamte ab.

Weitling unterscheidet drei Arten von Arbeiten: die notwendigen, die nützlichen und die angenehmen. Die Summe der beiden ersten Arten wird festgestellt in Stunden und durch die Zahl der Arbeitsfähigen dividiert. Das so fixierte Quantum notwendiger Arbeitszeit muss von jedem Arbeitsfähigen geleistet werden, die Wahl der Arbeit bleibt dem Einzelnen überlassen. Er kann die Arbeit verrichten, für die er sich durch eine Prüfung als befähigt erwiesen hat. Der Einzelne kann so viele Befähigungszeugnisse erwerben, wie er will, und so auch in der Art der Arbeit eine Abwechslung eintreten lassen. Der gleichen Arbeitspflicht entspricht gleiches Anrecht an den notwendigen und nützlichen Produkten.

Ausserdem kann aber jeder, um Recht auf die „angenehmen" Produkte zu erwerben, so viel arbeiten, wie er will. Jede Stunde Ueberarbeit, „Kommerzstunde", wird in das von jedem besessene „Kommerzbuch" eingetragen, das mit Ablauf des Jahres seine Gültigkeit verliert und unübertragbar ist. Der Austausch der angenehmen Produkte unter einander und ihr Wertverhältnis zu allen andern wird durch die in ihnen enthaltene Arbeitszeit bestimmt. Gesteigerte Nachfrage kann auch den Wert der angenehmen Produkte erhöhen, bis das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage eingetreten ist.

Die Erziehung der Kinder erfolgt in grossen „Schularmeen", in denen dieselben vom dritten bis sechsten Lebensjahre bis zur Ablegung einer Prüfung verbleiben, durch die sie ihre Fähigkeit für einen Beruf

nachweisen müssen. Gediegene Kenntnisse und Begabung gewähren das Recht zur weitern Ausbildung auf den Universitäten auf Kosten der Gesellschaft.

Strafgesetze gibt es nicht, Verbrecher werden als Kranke der Aufsicht der Aerzte unterstellt.

Die Frage, wie die kommunistische Gesellschaftsordnung herbeigeführt werden kann, beantwortet Weitling so:

„Zwei Wege sind es, die zum ersehnten Ziele führen; den geraden, breiten und ebenen hat uns die Macht der Willkür, der Herrschsucht und des Eigennutzes verwehrt, und viele Mühen und viele Ausdauer sind nötig, um auf dem schmalen und schlüpfrigen Pfad, den wir betreten, zum Ziele zu gelangen. Aber nur kühn vorwärts gedrungen, Leidensgefährten, wir kommen noch dahin, und je grösser die Mühe ist, desto süsser schmeckt der Lohn."

Es kann Propaganda gemacht und an die Einsicht appelliert werden, es ist aber auch das Mittel vorhanden, „die schon bestehende Unordnung schnell auf den höchsten Gipfel zu treiben". „Dieses zweite ist, wenn dem Volke der Geduldsfaden reisst, das letzte und sicherste Mittel.

Wenn trotz allen Vernunftgründen die Regierungen nicht zur Verbesserung der Lage der zahlreichsten und ärmsten Klasssen Massregeln ergreifen; wenn im Gegenteil die Unordnung sich fortwährend steigert: so müssen alle, denen ausser der Aufklärung noch der Mut geblieben ist, aufhören, sich gegen diese Unordnung zu stemmen, und sie im Gegenteil auf den höchsten Gipfel zu treiben suchen, so dass das arme Volk ein Vergnügen an der steigenden Unordnung findet, wie der Soldat am Krieg, und die Bedrücker darunter leiden, wie der Reiche durch den Krieg.

„Wenn sie nicht hören wollen, dann müssen sie fühlen; dann darf die von ihnen beschützte Unordnung, welche wir bisher fast allein tragen mussten, auf sie mit übertragen werden. Dann muss ihnen mit einem Worte ihr System der Unordnung so versalzt werden, dass es ihnen noch mehr zum Ekel wird als uns die lange Sklaverei."

Weitling wünscht nicht die Durchführung seines Systems auf dem Wege der Gewalt, er glaubt aber, dass der Eigennutz der besitzenden Klassen jeden andern Weg verschliessen wird. Die zahlreichsten und ärmsten Klassen werden schliesslich ihr Interesse verstehen und sich gegen das Privateigentum auflehnen. In diesem Kampfe müssen alle Rücksichten ausser acht gelassen werden. Wenn man die Gewalt in der Hand hat, muss man der Schlange mit einem Male den Kopf zertreten, d. h. nicht unter den Feinden ein Blutbad anrichten, oder ihnen ihre Freiheit rauben, sondern ihnen die Mittel nehmen, uns zu schaden." Die schwächste Seite der Feinde, ihr Eigentum, soll man angreifen, nicht ihre Personen. Diesen Gedanken, den er als notwendige Folgerung aus der Idee des Klassenkampfes zwischen Besitzlosen und Besitzenden betrachtete, hat er später weiter entwickelt und mehr oder weniger offen gepredigt. Seine Pariser Gesinnungsgenossen traten jedoch dem Gedanken des „stehlenden Proletariats" mit grösster Entschiedenheit entgegen.

Für den Uebergang stellt W. einige Regeln auf, von denen wir anführen:

1. Alle schmutzigen, zerrissenen Lumpen, alle verfaulten und zerbrochenen Möbel, alle stinkigen und verfallenen Wohnungen werden verbrannt und zerstört, und die Armen einstweilen in die öffentlichen Gebäude oder bei den Reichen einquartiert, desgleichen vom Ueberfluss der vorrätigen neuen Kleider gekleidet.

2. Alle Schuldscheine, Schuldverschreibungen und Wechsel werden in den Geschäften des Verwaltungspersonals für null und nichtig erklärt, desgleichen alle Erb- und Adelsrechte.

6. Die Güter aller Auswanderer werden konfisziert und die Verkäufe annulliert, desgleichen jeder Acker, welcher unbenutzt liegen bleibt, wenn es erwiesen ist, dass er bebaut werden kann.

7. Alle Staats- und Kirchengüter werden eingezogen zum Besten der Gemeinschaft, und kein Geistlicher mehr vom Staat besoldet, sei er Jude, Heide, Christ oder Türke. Die Gemeinde, welche einen braucht, soll ihn auf ihre Kosten ernähren.

11. Nächst dem Ackerbau und der Armee muss die Verwaltung ihre grösste Thätigkeit auf die Vermehrung und Verbesserung der Schulen richten.

12. In jedem Dorf, jeder Stadt und in jedem Distrikt, wo drei Viertel der Einwohner dafür stimmen, ihre Güter in Gemeinschaft zu geben, muss sich das letzte Viertel fügen.

Die Besserung der socialen Verhältnisse ist für Weitling so wichtig, dass er es mit Freuden begrüssen würde, wenn ein Monarch zum Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung die Hand bieten würde. Er schliesst mit einem Appell an die Könige, das Werk der Erlösung der Menschheit zu übernehmen.

Die „Garantien“ wurden in einer 2000 Exemplare starken Auflage gedruckt. W's getreue Freunde, August Becker und Simon Schmidt, reisten damit von Kanton zu Kanton. Viele neue Anhänger wurden gewonnen, wir nennen Niels Petersen aus Kopenhagen, den Schlesier Sebastian Seiler, und den „Propheten“ Albrecht. Auch unter den waadtländischen Notabeln soll er heimliche Freunde gehabt haben.

Im Frühjahr 1843 ging Weitling nach Zürich, obwohl Fröbel ihm schrieb, dass die Polizei ihn keine drei Tage dulden werde. Es fand sich denn auch bald ein Grund, um gegen ihn einzuschreiten. Weitling hatte eine neue Broschüre „Das Evangelium des armen Sünders“ geschrieben, in der er Christus als Verkünder kommunistischer Lehren darzustellen suchte. Alle demokratischen Ideen, meint W., seien, wie auch Karlstadt, Thomas Münzer und Lamennais ausgeführt hätten, der Ausfluss des Christentums. Man müsse an diese christlichen Ideen anknüpfen, die Religion nicht zerstören, sondern benützen, um die Menschheit zu befreien.

In der Einleitung sagt er:

„Arme Sünder und Sünderinnen! Dies Evangelium ist für euch; machet daraus ein Evangelium der Freiheit.

„Ihr alle, deren Glaube wankt und deren Wissen noch auf keiner

festen Basis ruht, deren Hoffnungsanker auf dem Meere des Zweifels den Grund verliert, kommt und schöpft daraus neuen Mut und neue Hoffnung.

„Wenn euch die Deutungen und Auslegungen der Pfaffen und Vorrechtler jeden Funken Liebe für das kirchliche Evangelium in eurer Brust ausgelöscht haben, so weiset doch dieses nicht verächtlich zurück; es ist von keinem Heiligen, keinem Pfaffen, keinem Frommen oder Tugendhaften, sondern von einem Sünder.

„Wenn ihr in euren Zweifeln der Rechtfertigung und in den Stürmen eurer Leidenschaften des Trostes und der Hoffnung bedürft, wenn ihr euch nach einem bessern Leben sehnt, und der Herr Pfarrer euch dazu keine befriedigenden Ratschläge giebt, wenn euch derselbe bei den Leiden, die euch zu Boden drücken, auf Demut und Entsagung verweist und die Befriedigung eurer Bedürfnisse und Begierden auf den Himmel vertröstet, so haltet ihm dies Evangelium vor.

„Wenn euch armen Sündern bei den Tempelreinigungsversuchen einige Münzen der umgeworfenen Wechseltische an den Fingern hängen bleiben und sie euch deswegen vor ihre Gerichtshöfe zur Rechenschaft ziehen, so haltet ihnen dies Evangelium vor.

„Wenn man, ohne Rücksicht auf eure von der Arbeit gehärteten Hände zu nehmen, euch euer Glas Wein oder Branntwein mit bitteren Vorwürfen vergällt, so schlaget dies Evangelium auf; ihr werdet darin einen finden, der die Freuden der Tafel auch nicht verschmähte, einen Freund der Zöllner und der Sünder, an welchem wohl die Moral eurer Gegner verschrumpfen wird.

„Mit verschwenderischen Händen hast du deine köstlichste Salbe verschüttet, büssende Magdalena! Sünderin mit den schmachtenden Augen! Du liessest die frevelnden Hände des kleinen Liebesgottes in den Schönheitsknospen deines Frühlings wühlen und setztest ihm nur schwachen Widerstand entgegen. Du schwächtest die Leidenschaften, indem du ihnen Sieg auf Sieg gewährtest: Königin der Leidenschaften, du hast sie jetzt besiegt.

„Lass andere immerhin sich mit dem Mantel der Scheinheiligkeit bedecken und sich mit Frömmigkeit, Unschuld und Keuschheit brüsten, sie haben noch die Proben zu bestehen, in welchen du die Fähigkeit der Tugend gerettet hast, ohne die der Leidenschaft zu verlieren. Du hast viel arme Sünder gemacht, Magdalena! Wenn dich das Vorurteil drob verachtet, so schlage ihnen dies Evangelium auf und sprich: Wir haben viel geliebt, uns wird auch viel verziehen werden.

„Kommt alle her, die ihr arbeitet, die ihr mühselig, beladen, arm, verachtet, verspottet und unterdrückt seid; wenn ihr Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen wollt, dann wird dies Evangelium euren Mut von neuem stählen und eure Hoffnung frische Blüten treiben.

„Dann wird es die bleichen Wangen der Sorge wieder färben, und in das Auge des Kummers einen schönen Strahl der Hoffnung werfen.

„Der Vorurteile finstere Nebel wird es dann zerstreuen und einen zündenden Strahl der Liebe in die verschlossenen Herzen werfen.

„Die entmutigten schwachen Herzen wird es stärken, und in das Hirn des Zweiflers die Macht der Ueberzeugung giessen.

„Auf die Stirn des Verbrechers wird es den Kuss der Versöhnung drücken, und die finsteren Mauern ihres Kerkers mit einem Schein der Hoffnung lichten.

„Den Mammonszauber wird es dann vernichten und dem Heer der Armen und der Sünder das Reich der Freiheit laut verkünden.

„Den Glauben wird es aus seinem Irrtum reissen, die Bahn der Hoffnung lichten, und der Liebe und der Freiheit Glut in aller Sünder Herzen schütten. So geschehe es!"

Die Kapitelüberschriften lauten: Glaube. — Liebe. — Hoffnung. — Die Bibel. — Der Zimmermann und seine Brüder. — Unglaube und Zweifel. — Gleichnisse und Wortspiele. — Zeichen und Wunder. — Das Abendmahl ist ein Liebesmahl. — Jesus lehrt die Abschaffung des Eigentums. — Jesus lehrt die Abschaffung des Geldes. — Jesus lehrt die Abschaffung der Strafen. — Das Princip der Lehre Jesu ist die Gemeinschaft der Arbeiten und Genüsse. — Das Princip Jesu ist das Princip der Freiheit und Gleichheit. — Opfer, die Jesus für die Verbreitung der Gemeinschaft nöthig hält. — Der fehlende Jesus. — Der Umgang mit Sündern. — Jesus zieht mit sündigen Weibern und Mädchen im Lande herum und wird von ihnen unterstützt. — Jesus verleugnet die Familie. — Jesus predigt den Krieg. — Jesus hat keinen Respekt vor dem Eigentum. — Angriffe Jesu gegen das Eigentum.

Dass seine Interpretation der Bibel einer Kritik nicht stand halten könne, hat Weitling sich wohl selbst gesagt, wie wir aus dem Schlusse entnehmen können, wo es heisst: „Und dies alles werden sie nun auch lesen und sagen: Aus der Bibel lässt sich alles machen, was man will. — Wohl, ihr Herren, ihr habt's bewiesen, ihr habt ein Evangelium der Tyrannei, der Bedrückung und der Täuschung daraus gemacht; ich wollte eines der Freiheit, Gleichheit und Gemeinschaft, des Wissens, der Hoffnung und der Liebe daraus machen, wenn es dies nicht schon wäre. Wenn jene sich irrten, so geschah es aus persönlichem Interesse; wenn ich mich irre, so geschieht es aus Liebe für die Menschheit."

Da der Prospekt schon auf einen blasphemierenden und die christliche Religion herabwürdigenden Inhalt habe schliessen lassen, so liess die Staatsanwaltschaft von Zürich sofort das Manuskript und die bereits gedruckten Bogen mit Beschlag belegen und erhob gegen Weitling die Anklage der Gotteslästerung und des Angriffs auf das Eigentum. Der Spruch lautete wegen dieser Vergehen auf 4 Monate Gefängnis. W. appellierte ans Obergericht, wurde von der Anklage der Gotteslästerung freigesprochen, aber wegen Aufreizung zum Aufruhr und Uebertretung des Fremdengesetzes mit 6 Monaten Gefängnis und nachfolgender Ausweisung aus der Eidgenossenschaft bestraft.

Hier im Gefängnis schrieb Weitling seine „Kerkerpoesien". Im Mai 1844 wurde er, nachdem man ihn, um seinen Widerstand zu brechen, gefesselt hatte, an die deutsche Grenze gebracht. Er wurde von badischen Gendarmen in Empfang genommen und schliesslich an Preussen ausge-

liefert, das ihn dann über die Hamburger Grenze brachte. In Hamburg traf er im Buchladen von Hoffmann & Campe mit H. Heine zusammen, wie der Dichter in seinen „Geständnissen" erzählt. Weitling ging nach London, wurde hier als „der mutvolle und talentreiche Führer der deutschen Kommunisten" von den englischen, deutschen und französischen Socialisten begrüsst. Bald darauf begab sich W. nach Amerika, wo der aus deutschen Kommunisten bestehende „Befreiungsbund" Mittelpunkt seiner Agitation wurde. Nach Ausbruch der Revolution in Preussen erschien er in Berlin, wo er eine kommunistische Zeitung „Der Urwähler" herausgab. Er nahm auch an dem vom 26.—30. Oktober 1848 tagenden zweiten Demokraten-Kongresse teil. Am 21. November 1848 wurde er aus Berlin ausgewiesen. Er ging nach Hamburg, wo es ihm gelang, verschiedene Sektionen des Befreiungsbundes zu stiften, die ein durchaus revolutionär-kommunistisches Programm annahmen. Im August 1849 schritt die Hamburger Polizei gegen diese Agitation ein, doch gelang es W., nach Amerika zu entkommen. Wie wir unter „Amerika" berichtet haben, agitierte er einige Jahre für die Gründung einer kommunistischen Gemeinde. Als dieser Plan gescheitert war, ist er nicht mehr öffentlich hervorgetreten, sondern lebte still als Schreiber auf einem Auswanderungs-Bureau. In seinen alten Tagen hat er seine freie Zeit zum Studium der Astronomie verwandt. Er starb am 25. Januar 1871 in New-York.

Wiedertäufer. „Die Ueberzeugung, dass der Eigennutz immer verwerflich, dass seine Herrschaft immer traurige Folgen für das Gesamtwohl habe, dass für dieses, für den allgemeinen Wohlstand des ganzen Volkes nur der wirke, der den „gemeinen Nutzen" auch immer im Auge habe, hängt so innig mit dem ganzen sittlichen Charakter der Reformation zusammen, war ein so notwendiges Produkt der christlichen moralischen Lehren der Reformation sowohl als der durch die humanistischen Studien wiederbelebten antiken Staatsanschauung, dass es uns nicht wundern kann, wenn auch das ganze übrige Volk von dem Hauche desselben Geistes berührt war." (Schmoller, Zur Geschichte der nationalökonomischen Ansichten in Deutschland während der Reformations-Periode, in Zeitschriften für die gesamten Staatswissenschaften, Band XVI., 469.) Dieser Gedanke des Aufgehens des Individuums in einer transcendenten Allgemeinheit, dem wir in zahllosen Sekten des Mittelalters, insbesondere in der Sekte der Brüder und Schwestern vom freien Geiste, begegnen, und der sich in ihren Lehren auf philosophischem Gebiete als Pantheismus, auf ökonomischem als Kommunismus darstellt, muss auch als der Grundzug der Lehren derjenigen Sekte bezeichnet werden, die nach einem rein äusserlichen Merkmal den Namen Wiedertäufer erhalten hat. Die Wiedertaufe hat den Namen hergegeben, unter dem man eine grosse Zahl der verschiedensten Sekten, nach Keller circa 40, begriff. Die Wiedertäufer haben nie eine Einheit nach Lehre und Organisation sein können. Lag es schon im Wesen ihrer religiösen Lehren, dem Individuum weitesten Spielraum zu gestatten, so trugen die grausamen Verfolgungen, denen sie von Anfang an ausgesetzt waren, ihre Zerstreuung über das ganze Gebiet Mitteleuropas, die notwendige Heimlichkeit ihrer Propaganda das ihre

dazu bei, persönlichen Anschauungen weitesten Spielraum zu lassen. Doch lässt sich aus dem ungeheuren Wuste von Gedanken und Lehren, der den Wiedertäufern, ob mit Recht oder Unrecht, von ihren Gegnern untergeschoben wurde, eine Anzahl ausscheiden, die man als gemeinsamen Besitz der Sekten bezeichnen kann. In religiöser Hinsicht ist nach Keller, dem wir hier folgen, die Grundidee ihres ganzen Systems, dass Lehre und Kirche auf die Verhältnisse zurückgeführt werden müssten, wie dieselben zu den Zeiten der Apostel waren. Die Bibel, genauer das neue Testament, galt ihnen als die Grundlage des Glaubens und der Wahrheit. Neben diese als das „äussere“ Wort, trat das „innere“ Wort, die „innere Offenbarung“, über deren Verhältnis zu einander und das mehr oder weniger grosse Vorwiegen der letzteren allerdings die grössten Widersprüche unter den Parteiführern bestanden. Besonders wichen sie in der Auffassung der Erbsünde, der Rechtfertigung durch den thätigen Glauben, des Abendmahls u. a. von der lutherischen Lehre ab. Den Einfluss der weltlichen Obrigkeit auf die dogmatische Gestaltung des religiösen Lebens bestritten sie auf das allerenergischste.

Von Interesse sind für uns aber hier die Täufer durch ihre politischen und socialen Ansichten, denen sie auch in erster Linie die furchtbaren Verfolgungen zu danken hatten. Alle Täufer waren darin einig, dass sie so weit als möglich jede Berührung mit dem Staate zu vermeiden suchten. Wahrhafte Christen bedürfen nach ihrer Ansicht keiner Obrigkeit. So lange aber eine solche existiert, sollen die Brüder ihr gehorchen, ihren Geboten nachkommen und ihre Verfolgungen dulden: „Jedoch lehren sie alle einhellig, der Obrigkeit in allen Dingen, so nicht wider Gott sind, gehorsam zu sein, nicht allein Zins und Steuer, sondern den Mantel zu dem Rock und was man nicht entbehren will, zu geben. Sie seien auch bereit, Gewalt zu leiden und auch den Tyrannen gehorsam zu sein . . . Dies haben mir zur Antwort geben, so viel ich darum hab angeredet, sie seien da, um Christi willen zu leiden mit Geduld, nicht zu fechten mit Ungeduld. Denn das Evangelium lebt und will nicht mit der Faust, wie die Bauern im Sinn hatten, sondern mit Leiden und Sterben verteidigt und bestätigt werden . . .“ Den Gläubigen ist es nicht erlaubt, ein obrigkeitliches Amt zu übernehmen, ebensowenig wie Kriegsdienste zu leisten oder Eide zu schwören. Nicht völlige Einheit herrschte unter den Wiedertäufern über die beiden wichtigsten Fragen des Eigentums und der Ehe. In der Theorie stand ohne Zweifel der Satz für sie fest, dass kein Christ Eigentum besitzen dürfe, aber in der Praxis lassen sich bei ihnen zwei Richtungen unterscheiden, von denen die eine einen strengen Kommunismus durchzuführen bestrebt war, während die andere bei der Pflicht der gegenseitigen Unterstützung stehen blieb und nur verlangte, dass man das Eigentum so besitzen solle, „als besitze man nichts“. Aehnlich lagen die Verhältnisse in der Frage der Ehe: neben Gruppen, welche die vollkommenste freie Liebe forderten, haben wir andere, welche an der alten Eheform festhielten.

Verfolgen wir jetzt in Kürze das Schicksal der Wiedertäufer in den einzelnen Teilen des deutschen Reiches.

Die Wiedertäufer in der Schweiz: Die Reformbewegung Zwinglis in Zürich, welche im Jahre 1523 begann und im Jahre 1525 beendigt war, teilte das Schicksal aller Bewegungen, in denen sich eine heterogene Masse zum Kampfe gegen einen gemeinsamen Feind vereinigt: sie zerfiel in die Richtungen, aus denen sich die Masse zusammensetzte. Schon im Jahr 1523 machte sich die Opposition gegen Zwingli bemerkbar. An der Spitze der Missvergnügten stand Conrad Grebel, ein junger Mann aus einem der angesehensten Geschlechter der Stadt; ferner gehörte dazu Simon Stumpf, Felix Manz, Ludwig Hätzer, Wilhelm Reublin u. a. m. In ihrem Kreise entstand der Gedanke, dass man das kirchliche Leben nach dem Vorbilde der apostolischen Gemeinden gestalten müsse. Durch diese Lehre hatte die Partei ein neues Mittel der Einigung gewonnen. Sie bestand im wesentlichen aus einer „Anzahl auswärtiger, schwärmerisch erregter Handwerksleute, die sich mit Grebel und seinen Leuten zusammenfanden. Zwei geistige Stoffe flossen so ineinander: das religiöse Gefühl der Niedrigen und Ungelehrten, die, mit der Bibel in der Hand, sich von der Welt abwandten, und der Trieb des theologischen Radikalismus, die Kirchensatzungen zu beseitigen. Zwischen beiden die Vermittlung bildet der gemeinsame Grundsatz der Schriftmässigkeit, und das Ziel, auf welches der vereinigte Strom sich richtet, ist die Erneuerung des Urchristentums, die Nachbildung der apostolischen Gemeinde". (Cornelius, Geschichte des Münsterischen Aufruhrs II, 22.) Das Häuflein der Brüder wuchs allmählich, so dass der Zürcher Rat, besonders als mehrere Eltern sich weigerten, ihre Kinder taufen zu lassen, sich zum Einschreiten veranlasst sah. Am 18. Januar 1525 wurde von ihm das Gebot der Kindertaufe erlassen und Reublin, Hätzer, Brödli und Andreas auf der Stülzen ausgewiesen. Als Antwort auf diesen schweren Schlag vollzog die Gemeinde auf Antrieb eines „schlechten, einfältigen Pfaffen", Jürg vom Hause Jakob, gemeinhin Blaurock genannt, zum erstenmale die wahre christliche Taufe. Der Rat antwortete auf diese kühne Herausforderung mit neuen Ausweisungen, Verhaftungen und Strafen. „Aber diese Leute hatten einen Geist, welcher der Zwinglischen Theologie spottete, und die Gewalt trieb, wie der Wind die Feuersbrunst, den Samen ihrer Kirche in die Weite." (Cornelius a. a. O. II, 30). Die von Zürich ausgewiesenen Prediger durchzogen nun das ganze Land und waren besonders in Waldshut, wo sich der Dr. Balthasar Hubmeier den Wiedertäufern anschloss, Schaffhausen und St. Gallen erfolgreich. Der gleichzeitige deutsche Bauernkrieg, welcher die untern Schichten der Bevölkerung aufs tiefste erregte, hatte für die Aufnahme ihrer Ansichten den Boden bereitet. Mit der blutigen Niederwerfung desselben in Süddeutschland war es auch mit dem Erfolg der Wiedertäufer vorbei. Die regierenden Geschlechter benutzten die Staatsgewalt zur Unterdrückung der ihnen verhassten Sekte. Die kommunistische Bewegung sank sehr schnell zu einer für die Beteiligten höchst gefährlichen, sonst aber bedeutungslosen Geheimbündelei herab.

Süddeutschland wurde die Zuflucht der täuferischen Flüchtlinge aus der Schweiz; hier gewann ihre Lehre schnell zahlreiche Anhänger, und Strassburg, Augsburg und Nürnberg wurden sehr bald Centren ihrer Gemeinden.

In Augsburg fanden die zwei Synoden der Täufer 1526 und 1527 statt, auf denen es zwischen den beiden Richtungen in ihren Reihen, der streng kommunistischen, mit Hans Hut an der Spitze, und der milderen, deren Vertreter Hans Denck war, zum Konflikt kam. Auch in Oesterreich, besonders in Tirol, wo ausser den Bauern auch die Bergknappen sich an den Erhebungen des Jahres 1525 beteiligt hatten, drang die Wiedertaufe ein. Hier war besonders „die Brüderschaft in Schwaz mit ihren zahlreichen Bergknappen der Hauptherd der Widersacher des alten Kirchentums," im Jahre 1526 werden ausserdem noch Kitzbüchel, Sterzing, Klausen u. a. Orte genannt. Als die Zahl der Täufer wuchs, konnten die Verfolgungen nicht ausbleiben. Karl V. erliess schon Januar 1528 ein Edikt gegen sie; schärfer ging dann der Reichstag von Speier im April 1529 vor, der auf die Wiedertaufe den Tod setzte und weder Verteidigung noch Rechtfertigung der Beschuldigten gestattete. In diesen furchtbaren Verfolgungen gingen die hervorragendsten Prediger und Gelehrten der Wiedertäufer zu Grunde; tausende der Brüder erlitten unter den entsetzlichsten Martern fröhlichen Herzens den Tod. Damit war das Schicksal der Wiedertäufer in Oberdeutschland entschieden. „Die Unterdrückung, an und für sich ruhelos fortgesetzt, musste allmählich geistig lähmend auf die täuferische Kirche einwirken. Je länger sie in dem Zustand der Unfreiheit erhalten wurde, desto mehr verging ihr, wenn auch nicht die Kraft des Widerstandes, doch die schöpferische Kraft, welche die Keime der Lebens entfaltet und die Welt nach ihren Bedürfnissen umgestaltet. Der Schwung des Geistes, die Erhebung des Gemüts liessen nach und sanken zurück; das grossartige, weltumfassende Streben und Wagen verwandelte sich in ein verkümmertes Stillleben; die Berührungen mit den allgemeinen geistigen Strömungen minderten sich auf das geringste Mass; und so wurde, was im Anfang die abendländische Christenheit oder wenigstens das Reich deutscher Nation mit einer tiefen und vollkommenen Umwälzung zu bedrohen schien, allmählich auf den niedrigsten Standpunkt einer Sekte herabgedrückt." (Cornelius a. a. O. II, 70.)

Die Wiedertäufer in Mähren. Schon im Herbste 1526 zog Hubmeier mit einer „Menge Volks" von Augsburg nach Mähren, wo er in Nikolsburg im Gebiete des Herrn Leonhard von Lichtenstein freundliche Aufnahme fand. Eine Gemeinde wurde gegründet und durch zahlreiche Zuzüge aus Deutschland verstärkt. Dem Hubmeier war bald Hut, der Führer der strengen Richtung unter den Wiedertäufern, nach Mähren gefolgt, und die alten Gegensätze zwischen den beiden Richtungen traten sehr bald wieder an das Tageslicht. Hut verliess schon im folgenden Jahre wieder Mähren und fand seinen Tod in Augsburg; Hubmeier setzte seinen Kampf gegen die strengere Richtung bis zu seinem Tode fort. Während, wie wir schon sahen, in den übrigen österreichischen Ländern eine grausame Verfolgung der Wiedertäufer ins Werk gesetzt wurde, hielten in Mähren die Stände ihre schützende Hand über sie. Von ihnen begünstigt, siedelten sich die Wiedertäufer in Znaim, Eibenschütz, Brünn und anderen Orten an. In Nikolsburg dauerten auch nach Hubmeiers und Huts Tod die Streitigkeiten unter den Brüdern fort, und so kam es denn

zu einer Trennung. Die Strenggesinnten wanderten nach Austerlitz aus, das bald ein Hauptsitz unter den Täufern wurde. Aber auch hier kam es bald wieder zu Streitigkeiten und Auswanderung eines Teiles der Brüder nach Auspitz, so dass die Zustände der wiedertäuferischen Gemeinden ausserordentlich verfahrene wurden. Ordnung brachte in dieselben die kräftige Hand des Tirolers Jakob Huter, dem es gelang, „feste und dauerhafte Formen für die Wirksamkeit der Taufgesinnten in Mähren zu finden und die getrennten Brüder zu vereinen". (Loserth im Archiv für österreichische Geschichte 81, 1. Band, 143.) Jakob stammte aus dem kleinen Weiler Moos bei St. Lorenzen in der Nähe von Bruneck im Pusterthal. Notdürftig in der Brunecker Schule unterrichtet erlernte er in Prag das Hutmacherhandwerk, wanderte in seinem Handwerk und liess sich zu Spital in Kärnten nieder. Zum „evangelischen Dienst erwählt und bestätigt," durchwanderte er dann das Pusterthal und stand zuerst an der Spitze der Täufergemeinde zu Welsperg. Als die Verfolgung der „Frommen" unerträglich wurde, schickte die Gemeinde Jakob Huter 1529 nach Austerlitz in Mähren, um eine Auswanderung dorthin vorzubereiten. Huter kam mit tröstlicher Kunde wieder und schickte nun ein Völkchen der Frommen nach dem andern in das gelobte Land der Wiedertäufer. Im Sommer, am 12. August 1533, kam er selbt nach Mähren. Nach unerquicklichen Kämpfen erhielt er endlich die Leitung der nunmehr nach ihm genannten Gemeinde zu Auspitz, die reichlichen Zuzug aus Tirol und anderen Ländern erhielt. Noch im alten Jahr wurde ein neues Haushaben in Schäckowitz gegründet. Aber schon zog sich über den Wiedertäufern das erste Ungewitter zusammen. Die Erhebung in Münster liess die Verfolgung auch in Mähren zum Ausbruch kommen. Trotz einer Klageschrift, die sie dem Landesherrn überreichten, trotz einer äusserst kühnen Epistel, die Jakob Huter dem Landeshauptmann von Mähren übergab, blieb es bei der vom Landtag beschlossenen Ausweisung: „Zu Georgi sollten sie das Land räumen und ihr Brot anderwärts verzehren." Die Gemeinden lösten sich auf, die Mitglieder, circa 3—4000, kehrten in ihre alten Heimatsorte zurück. Huter rettete sich nach Tirol, wurde hier aber gefangen genommen und verbrannt (1536). Diese Verfolgung dauerte indes in Mähren nicht sehr lange. Noch im Jahre 1536 konnten die Täufer ein neues Haushaben in Butschowitz bei Austerlitz errichten. Im folgenden Jahre wurde Austerlitz wieder besetzt, dann Popitz und Steinabrunn. Hans Amon, dem Nachfolger Huters (gestorben 1542), gelang es, die Vereinigung mit den Austerlitzern zu stande zu bringen. Der Türkenkrieg schaffte den Brüdern zwar 1537 etwas Ruhe; aber die 1539 in Ungarn herrschende Waffenruhe brachte wieder die Frage der Austreibung der Wiedertäufer aus Mähren in den Vordergrund. Die Stände zeigten sich aber auf dem Landtage zu Brünn keineswegs geneigt, der Forderung der Regierung nachzukommen, und auf dem Olmützer Landtage von 1540 kamen sie ihr nur soweit entgegen, dass sie in eine Ausweisung derjenigen Wiedertäufer einwilligten, welche auf der „Gemeinschaft", d. h. ihren kommunistischen Lebensformen, beharrten. Wo sie Sondereigentum erworben hatten, sollten sie geduldet werden. Zunächst blieb es also bei der Duldung

der Täufer, deren bisher feindliche Richtungen endlich im Jahre 1545 sich vereinigten. Die Gabrieler, sogenannt nach ihrem Führer Gabriel Ascherham, die in Rossitz ansässig waren, schlossen mit den Huterschen Gemeinden eine Uebereinkunft, in der sie die „Gemeinschaft," die Hutersche Lehre von der Ehe, „dass die Ehe nichts scheide als der Ehebruch", sowie von dem Verhalten zur Obrigkeit: „Zins, Zoll und Robot soll man ihr leisten, aber nicht, was zum Blutvergiessen dient", annahmen. Das Wachstum der Wiedertäufergemeinden bereitete der Regierung grosse Sorgen und 1545 erfolgte ein neuer Befehl von Prag zu ihrer Vertreibung, der 1548 nach der Niederwerfung des böhmischen Aufstandes von 1547 und dann 1549 erneuert wurde. Damit begann eine neue Zeit der Trübsal und Wanderungen nach Ungarn und Oesterreich und wieder zurück nach Mähren für die Frommen. Aber schon im Jahre 1550 brachte der Konflikt zwischen Karl V. und Ferdinand I. ihnen Erleichterung und mit dem Jahre 1554 begann die „gute Zeit der Gemeine". Bischof war in dieser Zeit Leonhard Lanzenstiel, dem als treuer Berater Peter Riedmann, der hervorragendste Schriftsteller unter den Genossen in Mähren, zur Seite stand. Unter seiner Verwaltung nahm die Gemeinde einen ausserordentlichen Aufschwung. Die alten Haushaben wurden ausgebaut, neue eingerichtet und nach den umliegenden Ländern eine lebhafte Mission betrieben, so dass wir uns nicht darüber wundern können, wenn ein stetiger und reichlicher Zufluss von Wiedertäufern nach Mähren stattfand. Lanzenstiel folgte 1565 Peter Walpot, unter dessen Regierung die glücklichste Zeit der Gemeinde fällt, diesem 1578 Hans Kräl, „ein fast gütiger Mann, von friedlicher Geberd', sanftmüthig, auch mild geneigt, in Stock und Banden wohl bewährt, bei dem allweg ein guter Rat zu finden". Die Gemeinde konnte in diesen Jahren die Zahl ihrer Haushaben bedeutend vermehren: 1565 wurden Pribitz und Landshut, 1566 Scheikowitz und Pruschanek, 1567 Wostitz, 1568 Urschitz, 1570 Nickolschitz und Neudorf, 1573 Popitz, 1581 Frischau und Porlitz, 1583 Nusslau errichtet. Auch nach Kräls Tode dauerte die Einwanderung in den Jahren 1584—86, besonders aus der Schweiz fort; noch 1604 kamen aus dem Reiche 200 Taufgesinnte nach Mähren, sogar noch 1611 aus der Schweiz. Von der Regierung geduldet, von den Landesherren geschützt, hatte die Gemeinde, besonders als sie in Claus Braidl ein neues tüchtiges Oberhaupt gewonnen, eine Zeit rüstiger Entwicklung vor sich. Aber schon Ende der achtziger Jahre trat in diesen Verhältnissen ein Umschwung ein. Manche Mitglieder traten aus der Gemeinde aus, einige unter grossem „Geschrei". Die Familien des Herrenstandes, die ihnen ihren Schutz gewährt hatten, fingen an, sich von ihnen zurückzuziehen. Von den Handwerkern und Ständen wurden auf allen Seiten Klagen gegen die scharfe Konkurrenz der huterischen Brüder erhoben, die ihren Ausdruck in einem Liede Johann Eysvogels, eines früheren Wiedertäufers, vom Jahre 1586 fanden. Die Kleinhandwerker konnten sich nicht gegenüber einer Gesellschaft halten, welche die handwerksmässige Produktion wohl schon zur Manufaktur weiter entwickelt hatte, die Rohprodukte im Grossen kaufte und bemüht war, auf der Höhe des technischen Fortschrittes ihrer Zeit zu bleiben. Die Schlag-

worte vom Aufkaufen des Getreides, dass sie den Armen das Brot vor dem Maul abschnitten, dass sie sich nach Herrenart kleideten und betrügen, von ihren ungeheuren geheimen Reichtümern, blieben beliebte Agitationsmittel ihrer Gegner und kehrten auch in den Regierungserlässen wieder. Die nächste Folge dieser insbesondere von Christoph Erhard, dann von Ch. A. Fischer betriebenen Agitation gegen die Täufer war die Erhöhung der ihnen aufgelegten Steuern, die von Landtag zu Landtag anwuchsen. Der Krieg in Ungarn traf ganz besonders schwer die täuferischen Haushaben und ihr Wohlstand ging in den Jahren 1596—1608 bedeutend zurück. Erst 1609 brachte der Friede der erschöpften Gemeinde etwas Ruhe. Aber bereits zwei Jahre später begann die schlimme Zeit für dieselben aufs neue, nunmehr ohne ein Ende zu nehmen. Die Schlacht am weissen Berg (1620) wurde auch für die Wiedertäufer in Mähren verhängnisvoll. Den in den Mandaten vom 8. und 17. September 1622 ausgesprochenen Befehlen des Kaisers entsprechend liess der Kardinal Dietrichstein „ein offenes Patent in Mähren ergehen, dass alle diejenigen, so der Hueterischen Brüderschaft zugethan, es seien Manns- oder Weibspersonen, von gemeltem dato an über 4 Wochen bei hoher Leibes- und Todesstrafe sich nit weiter in Mähren sollten finden und betreten lassen“. Die aus Mähren vertriebenen Wiedertäufer fanden bei den Ungarischen Grossen Schutz und Aufnahme; die meisten von ihnen zogen noch im Herbste 1622 nach Sabatisch, Protzka und Levär, den bereits seit 1546, 1553 und 1588 bestehenden Haushabungen in Ungarn. In der neuen Heimat organisierten sich die Täufer in ihrer gewohnten Weise und haben noch 1½ Jahrhunderte ihre Eigentümlichkeiten bewahrt; aber die frühere Bedeutung, die sie in Mähren hatten, nie wieder erreicht. Eine Anzahl von Wiedertäufern blieb in Mähren im Herrendienst zurück; erst im November 1650 wurden auch diese „abgeschafft“.

„Eine wirkliche Fortbildung hat die Wiedertäuferlehre nur durch die kommunistischen Lebensformen der Gemeinde, der sogenannten „Gemeinschaft“, erhalten.“ (Loserth, Archiv für österreichische Geschichte, 81, 1. 225.) Die „Gemeinschaft“, der eigentliche Stützpunkt des ganzen Systems der Täufergemeinden in Mähren im XVI. Jahrhundert, wird von Peter Riedemann in seinem grossen Lehrgebäude in folgender Weise bezeichnet: „Dieweil alle Heiligen in heiligen Dingen Gemeinschaft haben, wie denn auch Christus für sich selbst nichts, sondern alles für uns besessen, so sollen auch alle Glieder seines Leibes in zeitlichen Dingen nichts für sich haben. Gott hat dem Menschen nichts Eigenes verordnet. Wer für sich sammelt, handelt gegen Gottes Satzungen. So kann auch der sterbende Mensch von seinem Eigentum nichts mit sich nehmen, und Christus heisst zeitliches Gut fremdes. Niemand möge sein Herz an solches hängen. Die „Gemeinschaft“ blühte in den Tagen der Apostel: Niemand sagte damals von seinen Gütern, dass sie sein wären. So soll es auch jetzt sein. Niemand suche seinen, sondern den Nutzen der Andern.“ Sehr schön stellt Josef Hauser im Jahre 1606, in einer Zeit, als man bereits anfing, die „Gemeinschaft“ aufzugeben, in seiner Schrift: „Unterrichtung, dass die Gemeinschaft der zeitlichen Güter eine Lehr' des neuen Testamentes sei und von allen Gläubigen erfordert werde“ die Vorzüge

der „Gemeinschaft“ den Nachteilen des Eigentums gegenüber. Die Gemeinschaft unterhält die Lehre Christi: Man soll alles verkaufen u. s. w.; das Eigentum behält alles wider die Lehre Christi, ja es kauft lieber noch dazu. Die Gemeinschaft sucht den Nutzen des Nächsten, das Eigentum den Eigennutz. Die Gemeinschaft sorgt, dass die Kinder nach der Schrift, Ordnung und Zucht des Herrn erzogen werden, das Eigentum thut es nicht; die Gemeinschaft bringt es mit sich, dass man gemäss der Schrift ruhig und mit den Händen arbeitet, etwas Redliches schafft und dadurch Gelegenheit hat, den Armen zu geben; das Eigentum verursacht, dass man der zeitlichen Nahrung wegen „kablet“, hadert, zankt und sich der Eine über den Andern entrüstet, dass man Wucher treibt, Renten nimmt, d. h. nicht mit den Händen arbeitet. Die Gemeinschaft pflanzt ein einiges, gehorsames, gutwilliges, demütiges Volk, das Eigentum ein eigenwilliges, widerwärtiges und trotziges. Die Gemeinschaft hält das angenehme Jubeljahr, da niemand dem andern etwas schuldig ist, es sei denn die Liebe, das Eigentum hält die unfreien Jahre, dass ein Bruder den andern drängt, die Schulden eintreibt, wuchert, auf Bürgschaften Geld gibt u. s. w. Die Gemeinschaft handhabt gute Ordnung und Ehrbarkeit in ihren Versammlungen, das Eigentum Unehrbarkeit, dass oft ein Geschrei ist, als wäre ein Haufen trunkener, unfriedlicher Leute in einem Kruge beisammen. Die Gemeinschaft besucht die Völker und hält sie zur Besserung des Lebens an, das Eigentum hat mit sich selbst zu thun. Die Gemeinschaft betrübt die Geizigen in ihrem Eigennutz und ihrer Wollust, das Eigentum stärkt sie nur darin. Die Gemeinschaft lehrt, dass jener, der im Himmel mit allen Frommen das ewige Leben gemein haben will, auch hier auf Erden sein zeitlich Gut gemein machen muss; das Eigentum lehrt, dass ein jeder wie ein Fuchs seine Grube und wie ein Vogel sein Nest für sich selbst haben soll. Die Gemeinschaft zeigt dem Reichen ein Nadelöhr und dem Armen gemeine Lieb', das Eigentum zeigt dem Reichen ein Stadelthor und dem Armen die Eigenlieb'. Die Gemeinschaft ist vom heiligen Geist und ein Gebrauch der Heiligen zu Jerusalem, das Eigentum stammt von anderen Herren und ist ein Gebrauch der Welt.“ (Loserth a. a. O., 242).

Wer sich der Gemeinde anschloss, hatte seinen ganzen Besitz den Vorstehern zu übergeben. Die Gemeinde besitzt alles, der Einzelne nichts. Die Gemeinde versorgt alle Angehörigen mit Essen, Kleidung und Wohnung, Ackerbau und Gewerbe werden betrieben, damit der Einzelne in der Gemeinschaft „sein Auskommen“ finde. War eine genügende Anzahl von Täufern in einem Orte beisammen, so wurde eine „Haushabe“ gegründet, ein grosses Haus mit einer Anzahl von Nebengebäuden. Die Zahl der in einer solchen Haushabe vereinigten Personen schwankte sehr; sie stieg in den grössten bis zu 2000 und mehr. In dem grossen Hause und Hofe befanden sich die Stuben für die gemeinsame Arbeit in den einzelnen Handwerken (Wasch- und Wollstube, Backstube etc.), die grossen Vorratskammern für die Gewerbe und die Küche, die Kammern für die Ehepaare mit den jungen Kindern. Diese Haushaben hatten, wie Andre Ehrenpreis sagt, eine Kuchel, ein Backhaus, ein Bräuhaus, eine Schuel,

eine Stuben für die Kindbetterinnen, eine Stuben, da alle Mütter mit ihren jungen Kindern bei einander waren, und so fortan. In einer solchen Haushaltung ist ein Wirt und Haushalter, der alles Getreide, Wein, Woll', Hanf, Salz, Vieh und alle Notdurft einkauft von dem Gelde aller Handwerker und alles Einkommens und wiederum nach Notdurft an alle im ganzen Haus austeilt, alles Volk an die Arbeit anzurichten und auf seinen Wandel zu achten hat. Gegessen wurde in einer Stuben, dem Speisezimmer. Den Kranken wurde das Essen und Trinken von Schwestern gebracht, die mit ihrer Pflege beauftragt waren. Die Kost bei diesen gemeinsamen Mahlzeiten war einfach, aber ausgiebig; jedem wurde nach „Gebühr und Vermögen" zugeteilt.

Von grossem Interesse ist die Regelung der Produktion in den Haushaben. Jedes Handwerk hat seinen Vorgesetzten. „Der Fürgestellte hat die Aufsicht über das Volk und die Werkstätten, kauft alles, was zu seinem Handwerk gehört, gibt jedem seine Arbeit heraus und nimmt die geleistete in Empfang. Er verkauft sie dann zu ihrem billigen Wert. Das Geld, das er einnimmt, gibt er, soweit es nicht zum Einkauf von Rohprodukten gebraucht wird, wieder in die Gemeinschaft. Alle Handwerker aber müssen vorerst mit ihren Bedürfnissen die Gemeinde versehen, und dies thun, ohne irgend eine Bezahlung anzunehmen." Für jedes Handwerk bestand eine besondere Ordnung. „Alles ging auf den Grossbetrieb aus und die einzelnen Handwerker arbeiteten einander in die Hände. Es war strengstens untersagt, ein Rohprodukt wo anders als von den Wiedertäufern selbst zu nehmen, vorausgesetzt, dass es vorhanden war. So wurden aus den Schlächtereien die Felle an die Gerber abgeliefert und, von diesen zubereitet, an Sattler, Riemer und Schuster abgegeben. Ebenso war das Verhältnis zwischen den Baumwollstuben und den Webereien, den Tuchmachern und Schneidern u. s. w. Nur wenige Rohprodukte, wie Eisen, feinere Oele u. a., wurden aus der Fremde genommen. Im einzelnen wurde das Gewerbe im grossen betrieben, denn für ihre Produkte: Messer, Sensen, Beuteltücher, Tücher, Schuhe u.s.w. fanden sie nicht allein an den eigenen Brüdern, sondern an den übrigen Nachbarn fleissige Abnehmer." (Loserth a. a. O., 263).

Die Aufseher der Handwerke bestehen aus den Einkäufern, welche die Rohstoffe einkaufen und verteilen, die Vorgestellten beaufsichtigen und die eingenommenen Gelder an die Haushälter abführen. Unter ihnen stehen die Austeiler (oder Zuschneider). Sie helfen dem Haushalter bei seiner Arbeit, teilen die Rohprodukte an die einzelnen Arbeiter aus und liefern das eingegangene Geld alle 14 Tage an den Einkäufer ab. Ausserdem besorgen sie die Verteilung der Kleidung an die Brüder und Schwestern. Ebenso ins einzelne gehen die Vorschriften für die Vorgestellten. War in einem Handwerk wenig zu thun, so mussten auch die Handwerker bei der Feldarbeit fleissig zugreifen. Die Arbeitszeit dauerte von Sonnenaufgang bis zum Untergang und war nur des Mittags durch eine Stunde Rast unterbrochen, in der sich die Handwerker in die Essstuben verfügten. Viele arbeiteten ausserhalb der Gemeinschaft, in der „Einöd"; dieselben erhielten ebenfalls ihre Kleidung von der Gemeinde,

führten aber dafür ihren Geldlohn an dieselbe ab und verwendeten ihre freie Zeit im Interesse der Gemeinde.

Besonders berühmt waren die Wiedertäufer durch ihre Messerfabrikation, Tuchmacherei, Müllerei und Bierbrauerei, und wie ihre Produkte die der einzelnen Handwerker an Güte und Vollendung übertrafen, so war dasselbe auch bei ihrer Landwirtschaft der Fall. Mit Vorliebe wählten daher auch die Bauern aus ihnen ihre Gutsverwalter und andern Bediensteten aus. Auch die Aerzte der Wiedertäufer waren sehr gesucht, — selbst der Adel und der kaiserliche Hof verschmähten ihre Hülfe nicht — und ihre Bäder, besonders die zu Tscheitsch, Pausram und Voitsbrunn, erfreuten sich grossen Zuspruches seitens der Christen.

„Schon den Zeitgenossen ist die tiefe Missachtung der Wiedertäufer gegen alles gelehrte Wesen, die hohen Schulen und die einzelnen Gelehrten aufgefallen.“ (Loserth a. a. O., 278.) Aber trotz dieser Verachtung „eitlen“ Wissens brachten sie die gemeine Schule auf eine für das XVI. Jahrhundert sehr hohe Stufe, so dass die meisten Täufer des Lesens und Schreibens mächtig waren. Schon mit 1½ bis 2 Jahren kamen die Kinder in die Schule. Das Schulhaus wurde ihr Vaterhaus, wo sie die notwendige Pflege des Körpers und des Geistes fanden. Das Schulhaus enthielt die Räume für die Pflege der kleinen Kinder und die Schulung der grossen: gemeinsame Schlaf-, Speise- und Arbeitszimmer. Die Sorge für die Kinder lag in den Händen eines oder mehrerer Schulmeister, einer Schulmutter, einer Anzahl von Schulschwestern und Kindsdirnen. „Diese letzteren haben die groben Arbeiten im Hause zu verrichten und sorgen für die Reinhaltung der Schlaf- und Speiseräume, die Schulschwestern reichen der Jugend bei Tisch Speise und Trank, beaufsichtigen sie des Nachts, pflegen sie in Krankheiten u. s. w. Die Schulmutter sorgt für die Wirtschaft im Hause . . . Die Hauptarbeit ist den Schulmeistern zugewiesen; nicht bloss das geistige, auch das körperliche Wohl der Jugend ist ihnen anvertraut.“ (Loserth a. a. O., 280.) Die Schulordnung vom Jahre 1568 beschäftigte sich ganz besonders mit dem körperlichen Wohle der Jugend und verbot ganz energisch die damals im Schwange befindliche unsinnige Prügelpädagogik, ohne indes jede körperliche Züchtigung zu verwerfen. Dem Unterricht im Lesen und Schreiben folgte der in der Lehre der Wiedertäufer, besonders gründlich in den wichtigen Punkten der Taufe und des Abendmahls.

So etwa waren die Verhältnisse der mährischen Gemeinden beschaffen, in denen fast ein Jahrhundert lang die kommunistische Lebensform sich erhielt. Auch in ihnen, wie in den religiösen Gemeinschaften Amerikas, hat der Kommunismus aufs glänzendste seine Lebenskraft bewiesen; durch ihn allein ist es den Wiedertäufern gelungen, unter all den Verfolgungen, die sie zu erleiden hatten, unter all den Kriegen, Einfällen, Raubzügen, von denen das von ihnen bewohnte Land fast ununterbrochen heimgesucht wurde, ihre Existenz zu behaupten und ein Leben zu führen, das nach allen Richtungen hin dem der sie umgebenden Bauern und Handwerker überlegen war.

Die Wiedertäufer in Norddeutschland. Strassburg und die Niederlande waren die beiden Punkte, von denen aus das Täufertum sich nach Niederdeutschland verbreitete. Sehr bald hatte sich in Strassburg neben der evangelischen Staatskirche die Wiedertäuferei trotz allerlei Verfolgungen entwickelt, ja die erstere fast zur Ohnmacht verdammt. Eine neue unerwartete Wendung gab dieser Entwicklung Melchior Hofmann aus Hall in Schwaben, der 1529 nach Strassburg kam, wo er sich bald (1530) aus einem Zwinglianer in einen glühenden, in chiliastischen Weissagungen schwärmenden Wiedertäufer verwandelte. Er war es, der in das Täufertum den Glauben an die Nähe des Herrn und das neue Jerusalem hineintrug und zur Herrschaft brachte; Strassburg für das neue Jerusalem erklärte, und das Jahr 1533 als Termin für den Sieg der Täufer bezeichnete. Doch Hofmann blieb nicht lange in Strassburg; er wanderte nach den Niederlanden und verkündete daselbst seine ausschweifenden Phantasieen. Hier hatten sich schon mit dem Jahre 1524 täuferische Lehren verbreitet; das Auftreten Hofmanns gab den heimlichen Anhängern den Mut, ihre Anschauungen offen zu bekennen und sich zu Gemeinden zusammenzuschliessen. Das Täufertum gewann schnell zahlreiche Anhänger und die Hauptgemeinde bildete sich in Amsterdam. Der Verfolgungen wegen befahl Hofmann, die Taufe zwei Jahre lang zu unterlassen. Aber schon November 1533 trat als zweiter Zeuge, der vor der Ankunft des Herrn erscheinen sollte, Jan Mathys, ein Bäcker zu Harlem, auf und erklärte die Zeit der Trübsal für beendigt. Seine Offenbarung lautete dahin, dass die Umwandlung und Zerstörung der gegenwärtigen Welt durch ihn selbst und die Seinigen erfolgen solle. Das Schwert soll nicht bloss zum Schutz der Heiligen, sondern zur Vernichtung der Gottlosen ergriffen werden. „Es waren die Drohungen der Apokalypse und die kriegerischen Prophezeiungen Jesaias und Ezechiels gegen Babylon und Gog, welche jetzt am Ende der Welt durch die neuen Heiligen vollzogen werden sollten.“ (Cornelius a. a. O. II, 236.) Diese Mathyssche Lehre, welche sich im direkten Gegensatz zu der Lehre der Täufer vom Nichtwiderstande befand, gewann auf dem günstigen Boden schrofferer Klassengegensätze, wie sie in den Niederlanden vorhanden waren, eine schnelle und rasche Ausdehnung. Der Hervorragendste unter den Schülern Mathys' war Jan Bockelson von Leyden, der spätere König von Münster.

Schon 1532 waren wiedertäuferische Flüchtlinge nach Münster gekommen und ihre Zahl im Laufe des Jahres fortwährend durch neue Zuzüge aus den Niederlanden verstärkt worden. Am 13. Januar 1534 erchienen Jan von Leiden und Gert vom Kloster mit dem Auftrag, in der Stadt zu bleiben, zu taufen und die Gemeinde zu leiten. Sie brachten mit der kriegerischen Offenbarung zugleich die Aufforderung zur vollkommensten Absonderung der Gemeinde von der ganzen übrigen Welt. Im Februar kam auch Mathys selbst nach Münster. Ein Versuch des Rates, die Stadt auf verräterische Weise dem Bischof von Münster in die Hand zu spielen, schlug fehl und die Wiedertäufer brachten endgültig die Stadt in ihre Gewalt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Magistratswahlen fanden am 23. Februar statt und ergaben den Täufern ein durch

günstiges Resultat. „Die Führer der Bewegung waren mithin auf gesetzlichem Wege zur höchsten Macht emporgestiegen und die Hauptstadt Westfalens lag den neuen Propheten zu Füssen,“ muss sogar der den münsterischen Täufern durchaus nicht wohlgesinnte Keller sagen.

Vom 23. Februar 1534 bis 25. Juni 1535 war Münster in täuferischen Händen und ebenso lange wurde es von seinem Bischof Franz von Waldeck belagert. Die Geschichtschreibung hat sich von jeher darin gefallen, diese Zeit des Wiedertäuferreiches als ein Schreckensregiment ärgster Art, als eine Reihe wüstester geschlechtlicher Ausschweifungen und scheusslichster Mordthaten hinzustellen. Kautsky gebührt das Verdienst, in der „Geschichte des Socialismus“ I, 1, 393 ff. die Quellen unparteiisch auf ihren Wert geprüft und eine Darstellung von der Wiedertäufer Herrschaft gegeben zu haben, die allerdings ausserordentlich von der bisher beliebten abweicht, dafür aber auch der historischen Wahrheit um so näher kommt. Das neue Reich, das sich, wie von Kautsky mit Recht stets wieder betont wird, im Kriegszustande befand und um seine Existenz kämpfte, begann mit dem Befehl, dass alle Einwohner die Taufe zu nehmen oder die Stadt zu verlassen hätten, und mit der Einsetzung von zwölf Aeltesten an Stelle des Rates. Die Aeltesten wurden mit unumschränkter richterlicher, gesetzgebender und administrativer Gewalt ausgestattet, aber die thatsächliche Gewalt lag in den Händen des militärischen Befehlshabers, d. h. Jan Mathys, bis zu dessen Tode am 5. April 1534, dann Johann von Leidens, der an seine Stelle trat. Nach glücklicher Abwehr des grossen Sturmes vom 31. August übertrugen die Aeltesten ihre Gewalt öffentlich vor der Gemeinde auf diesen und legten ihm den Titel König in Israel bei.

Die Auswanderung der Bemittelten und die Einwanderung vieler Mittelloser führte von selbst zur Einführung einer Art Kommunismus, der aber nie ein sehr weitgehender gewesen ist und zum guten Teil noch durch militärische Bedürfnisse bestimmt war. Der Einzelhaushalt und mit ihm die Herrschaft des Hausherrn, sowie der Unterschied von Meister und Geselle in den mit dem erstern so eng verbundenen Kleinbetrieben blieben ruhig bestehen. Allerdings fanden auch gemeinsame Mahlzeiten statt: „Es sind sechs Häuser vor den Pforten, darin man alle Tage viermal die Gemeinde speiset; die Brüder sitzen für sich, die Schwestern für sich, und wenn man sitzet zur Tafeln, soll niemand böses reden. Vor dem Essen beten sie, nach dem Essen singen sie einen Psalm. Was man ihnen vorsetzet, müssen sie essen und trinken sonder Murren. Wer einen Löffel will haben, der muss ihn mitbringen. Welcher mehr Brot schneidet, denn er isst, der wird beruft vor die Aeltesten.“ Aber die Einrichtung dauerte als allgemeine nicht sehr lange. Später fand eine Verteilung der Vorräte an die Haushaltungen statt und wurde nur noch die wachhabende Mannschaft gemeinsam gespeist. In der Verordnung der Aeltesten wird auch den Gewerken und Werkmeistern die Herstellung der einfachsten Lebensbedürfnisse unter Lieferung der Rohstoffe aufgelegt, doch führten auch hier wesentlich die kriegerischen Verhältnisse zu dieser Einrichtung. „Dem Gerechten solle die Erde und alle Dinge gemein sein; aber gleich-

wohl jeder arbeiten, dazu er nutz wäre." Man hat eine Verlosung der Häuser beabsichtigt, aber nicht ausgeführt. Gänzlich aufgehoben wurde dagegen das Privateigentum an Gold und Silber, ob geprägt oder ungeprägt. Alles Edelmetall wurde also eingezogen, und es diente zum Verkehr mit der Aussenwelt, besonders zum Ankauf von Vorräten aller Art. Damit sind aber auch alle kommunistischen Einrichtungen aufgezählt; von einem weitgehenden Kommunismus der Güter ist also gar keine Rede.

Wegen der so verleumdeten Vielweiberei, die übrigens erst im fünften Monat der Belagerung eingeführt wurde, müssen wir auf die Arbeit Kautskys verweisen; hier genüge die Bemerkung, dass die Vielweiberei, die „übrigens nur die Vereinigung mehrerer Frauen in einem Haushalt und nicht in einem Ehebett bezweckte", nur der Versuch war, ein „Eherecht zu konstituieren, das mit der strengen ehelichen Moral der Wiedertäufer harmonierte und gleichzeitig den ganz einzigen geschlechtlichen Verhältnissen Münsters (wo die Zahl der mannbaren Frauen das circa Dreifache der Zahl der Männer betrug, und von den letzteren die Hälfte unbeweibt war) entsprach". Die Vielweiberei, welche in Münster eine Zeit lang bestand, war eine ökonomische, die Vereinigung mehrerer Frauen in einem Haushalt unter dem Schutz und der Aufsicht eines Mannes; aber schon am 2. Januar 1535 wurde die Verpflichtung, welche durch das Eherecht vom 23. Juli 1534 den Frauen auferlegt worden war, sich einen männlichen Beschützer zu suchen und sich seinem Haushalt anzuschliessen, in ein Recht verwandelt, dessen Ausübung ihnen freistand.

Am 23. Februar 1534 hatte der Bischof Franz die Belagerung der Stadt begonnen; am 21. Mai begann das erste Bombardement, das fünf Tage lang dauerte. Der sich daran anschliessende Sturm scheiterte an der Tapferkeit der Täufer und der Trunkenheit der Belagerer. Ebenso unglücklich fiel der zweite Sturm am 31. August aus. Seitdem beschränkte man sich darauf, die Stadt durch eine Blockade, an der schliesslich das ganze deutsche Reich sich beteiligte, auszuhungern. Verschiedene Versuche der Wiedertäufer, besonders derer in den Niederlanden, die Stadt zu entsetzen, wurden im Keime erstickt und damit schwand jede Hoffnung auf Rettung. Am 24. Mai 1535 betrug die Zahl des wehrhaften Volkes nur noch 200 Mann. Trotzdem wagten die Belagerer keinen Sturm und konnten sich erst zu einem solchen Wagstück entschliessen, als ein Deserteur Gresbeck sich erboten hatte, sie an einer gefahrlosen Stelle in die Stadt zu führen. Die Ueberrumpelung gelang; zuerst drang die Vorhut, dann auch die Hauptmacht in die Stadt ein. Nach einem furchtbaren Strassenkampf war der Kern der wiedertäuferischen Streitmacht auf den Marktplatz beschränkt, den sie mit grossem Erfolg verteidigte. Um ein weiteres Blutvergiessen zu vermeiden, bot man den Täufern freien Abzug und sicheres Geleit nach Niederlegung der Waffen an. Diese gingen darauf ein; sobald sie aber ihre Waffen niedergelegt hatten, wurden sie von den wortbrüchigen Belagerern überfallen und niedergemetzelt. Das Schicksal ihrer Führer Johann von Leiden, Knipperdollings und Bernt Krechtings ist bekannt.

Damit war das Schicksal der Wiedertäufer und mit ihr das des

Proletariats in Deutschland für lange Jahrhunderte endgültig besiegelt. Zugleich mit der Wiedertaufe ging auch der christliche Socialismus des XVI. Jahrhunderts zu Grunde.

Willich, August, geboren 1810 zu Gorzyn, Posen, gestorben 23. Januar 1878 in St. Mary's, Mercer county, Ohio, verlebte seine Kinderjahre im Hause von Friedrich Schleiermacher, wurde mit 18 Jahren Artillerielieutenant, 1841 Hauptmann, bat 1846 um seine Entlassung, da er, wie viele seiner Standesgenossen zu jener Zeit, mit republikanischen Ideen erfüllt war. Wegen der Form seines Entlassungsgesuches wurde er vor ein Kriegsgericht gestellt, aber freigesprochen. An der Bewegung des Jahres 1848 nahm er lebhaften Anteil. Während des badischen Aufstandes führte er die Besançonner Arbeiterkolonne. F. Engels, der Freund von Marx, war damals sein Adjutant. Nach der Niederwerfung des Aufstandes ging Willich zuerst nach der Schweiz, dann nach England. Hier wurde er Mitglied des Kommunistenbundes (s. d.). Es kam zu heftigen Konflikten zwischen ihm und Karl Marx und dessen Freunden, die schliesslich zu einer Spaltung des Bundes in die Fraktion Marx und Willich-Schapper führten. Auch ein Pistolenduell zwischen Willich und Schramm (s. d.) war die Folge. Willich hatte in England das Handwerk eines Zimmermanns erlernt und erwarb als solcher seinen Lebensunterhalt. 1853 ging er nach den Vereinigten Staaten, arbeitete zuerst als Zimmermann auf einer Werft in Brooklyn, war dann bei der Landesvermessung einige Jahre thätig und wurde 1858 Journalist in Cincinnati. Beim Ausbruch des Bürgerkrieges trat er sofort als Freiwilliger in das erste deutsche Regiment ein, wo er sofort Offizier wurde. Im Herbste wurde er bereits Oberst eines in Indiana gebildeten deutschen Regiments, 1862 zum Brigade-General ernannt und diente bis zum Friedensschlusse mit grosser Auszeichnung. Von 1866 bis 1869 bekleidete er einen hohen Civilposten in Cincinnati. Im Jahre 1870 besuchte er Deutschland und, als der Krieg ausbrach, bot er dem König von Preussen seine Dienste für den Kampf an. Als man das Anerbieten dankend abgelehnt hatte, hörte er philosophische Vorlesungen an der Berliner Universität. Er kehrte bald nach Amerika zurück, wo er 1878 starb.

Winkelblech, Karl Georg, geboren 11. April 1810 in Besheim bei Mainz, studierte in Giessen Chemie und habilitierte sich als Privatdocent in Marburg. 1839 wurde er Professor an der höheren Gewerbeschule zu Kassel. Gestorben 10. Januar 1865. Er schrieb unter dem Pseudonym Karl Marlo das Werk: Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie, Kassel 1850--51, dessen Gedanken wir im folgenden entwickeln.

M. ist der Vertreter eines föderalistischen Socialismus, der nach ihm die grösste persönliche Freiheit und Gleichheit für alle Glieder der menschlichen Gesellschaft erstrebt. Während aber der Liberalismus nach abstrakter Freiheit, der Kommunismus nach abstrakter Gleichheit strebt und beide deshalb utopisch sind, macht sich der Föderalismus die Herstellung der wirklichen Freiheit oder Gleichheit zur Aufgabe. In der föderalen Gesellschaft verfügt jedermann über die zur Bewaffnung seiner Arbeits-

kraft nötige Naturkraft und erfreut sich des ungeschmälerten Genusses aller seiner Arbeitsfrüchte. Es gibt nur ein einziges Unrecht, das Recht auf die vollkommenste Entfaltung unserer Persönlichkeit, und die unerlässliche Bedingung für dieses ist das Recht auf die ihr zu Grunde liegende Naturkraft. Die natürlichen Güter, das Urmaterial, bilden die Grundlage aller Arbeitsprodukte und werden durch Bearbeitung in ökonomische Güter verwandelt, die ihrerseits als Arbeitsmaterial dienen können und dann den Namen Kapitalien erhalten. Da nun aber der Naturfaktor der Produktion beschränkt vorhanden und keiner Vermehrung fähig ist, so ist es von der grössten Wichtigkeit für die Gesellschaft, dass die Bevölkerung proportional der technischen Entwicklung der Produktion sich vermehrt. Sie vermag sich in diesem Gleichgewicht zu erhalten durch eine vernünftige Gestaltung des Erwerbs-, Familien- und Eherechtes.

Alles Eigentum muss die gemeinnützigste Form annehmen. Dies geschieht, wenn sowohl die Genuss- als Werkmittel mit wenigen Ausnahmen vollständiges Eigentum, die meisten Werkmittel, nämlich die beim Gewerbetrieb angewandten, Eigentum von Associationen und die Genussmittel Privateigentum sind. Die Werkmittel müssen zu den gemeinnützigsten Zwecken verwendet werden. Es soll daher jeder Eigentümer von Urkapitalien (Kulturboden), der dieselben nicht selbst zu den gemeinnützigsten Zwecken gebrauchen kann oder will, sie an diejenigen, welche hierzu bereit sind, gegen volle Entschädigung abtreten. Der Privatbetrieb soll nicht abgeschafft werden, aber durch die societäre Geschäftsform (Association) möglichst beschränkt werden. M. will die professionelle Association soweit wie möglich ausdehnen, da sie eine Geschäftsform ist, in der die Arbeiter zugleich Herren sind, und welche daher eine grosse Anzahl von Vorzügen gegenüber dem Privatbetrieb besitzt. Für die Landwirtschaft verlangt M. die societäre Geschäftsform mit Kollektiveigentum. Diese landwirtschaftlichen Associationen sollen durch Zwang eingeführt werden und eine jede die Landwirte ganzer Dorfgemeinden umfassen. Ausserdem verlangt M. die Ueberweisung der grossen Kommunikationsanstalten, der Strassen, Posten, Eisenbahnen, an den Staat. Ausserdem soll diesem von der Realproduktion zufallen: der Forstbau, der ganze Bergbau, die Jagd und Fischerei, der Handel mit allen zur Ausstellung in öffentlichen Warenhallen sich eignenden Waren, wie zur Vermittlung aller Kreditgeschäfte und zur Besorgung der inländischen Zahl- und Wechselgeschäfte dienenden Bankhaltung durch eine Real- und mehrere Personalkreditbanken des Staates unter Ausschluss aller Vermietung von Produktionsmitteln und aller Verborgung von Verkaufsgegenständen, die Erteilung genauer statistischer Nachweisungen über sämtliche Erwerbsangelegenheiten durch das Schaffamt, die Verpflegung der Hülflosen, die Uebersiedelung in Kolonieen. Man sieht, das Gebiet des privaten Betriebes ist ganz ungeheuer beschränkt.

Wolff, Wilhelm, geboren am 21. Juni 1809 zu Tarnau bei Frankenstein in Schlesien als Sohn eines erbunterthänigen Bauern, erhielt seine Erziehung auf dem Gymnasium zu Schweidnitz und bezog dann die Universität Breslau, wo er sich dem Studium der klassischen Philologie

widmete. Als Mitglied der Burschenschaft wurde er 1834 verhaftet, Jahre lang von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt und schliesslich auf die Festung Silberberg transportiert, wo er in Fritz Reuter einen Leidensgenossen fand. 1839 wurde er begnadigt und ging nach Breslau, um dort als Privatlehrer sein Brot zu verdienen. Da ihm aber die Konzession der Regierung verweigert wurde, so nahm er eine Stellung als Hauslehrer bei einem posenschen Gutsbesitzer an, in der er mehrere Jahre blieb. Er kehrte dann nach Breslau zurück und erlangte nach vielen Bemühungen endlich die Erlaubnis der Regierung, Privatstunden geben zu dürfen. Zugleich war er journalistisch thätig und Ende 1845 wurde wegen eines Pressvergehens die Anklage gegen ihn erhoben. Wolff entzog sich der drohenden Verhaftung durch die Flucht, ging zuerst nach London und liess sich dann in Brüssel nieder, wo er mit Marx und Engels bekannt wurde und dem Brüsseler deutschen Arbeiterverein beitrat. Nach dem Ausbruch der Februarrevolution in Paris und den dadurch hervorgerufenen Unruhen in Brüssel wurde er aus Belgien ausgewiesen, hielt sich kurze Zeit in Paris auf und ging, als er die Kunde von der Berliner Märzrevolution hörte, nach Schlesien, um dort für radikale Wahlen zu wirken. Als die „Neue Rheinische Zeitung“ (s. d.) von Marx und seinen Freunden ins Leben gerufen war, kam Wolff nach Köln und trat in die Redaktion ein. Von seinen Beiträgen für die Zeitung erregten namentlich seine im März und April 1849 unter dem Titel „Die schlesische Milliarde“ veröffentlichten Artikel über die Lage der schlesischen Bauern berechtigtes Aufsehen. Wie in der Presse, so zeigte Wolff sich auch im Frankfurter Parlament, in das er als Stellvertreter des Abgeordneten für Breslau eintrat, als entschiedenen und rücksichtslosen Demokraten. Er ging mit der Nationalversammlung nach Stuttgart, und nach Sprengung derselben durch die württembergischen Truppen nach Baden und schliesslich nach der Schweiz, wo er in Zürich als Privatlehrer seinen Unterhalt zu verdienen suchte. Im Juni 1851 kam er nach London und im Januar 1854 siedelte er nach Manchester über, wo er bis zu seinem am 9. Mai 1864 erfolgten Tod als Lehrer gewirkt hat. Ihm, seinem „unvergesslichen Freunde, dem kühnen, treuen, edlen Vorkämpfer des Proletariats“, hat Karl Marx den ersten Band seines „Kapital“ gewidmet.

Wright, Frances, geboren 6. November 1795 in Dundee, Schottland, gestorben 14. Dezember 1852 in Cincinnati, war eine begeisterte Anhängerin des Owenschen Kommunismus. Sie war eine hochgebildete Frau, welche ihre ganze Kraft in den Dienst derjenigen, die sie für unterdrückt hielt, der Armen, der Neger und der Frauen, stellte. Sie kaufte 1825 in Nashoba, Tennessee, ein grösseres Gebiet, auf dem Weisse und Schwarze zusammen als Brüder in kommunistischer Gemeinschaft leben sollten. Nach ungefähr drei Jahren ging die Gemeinde zu Grunde. Frances Wright war bis zu ihrem Tode für die Verbreitung ihrer Ideen thätig.

Wurm, Emanuel, socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Reuss j. L. seit 1890, geboren 16. September 1857 zu Breslau, besuchte das Gymnasium daselbst und in Berlin, studierte Chemie in Berlin 1876/80,

war 1880/83 Leiter einer Essig- und Hefefabrik in Russland und seit 1883 Redakteur und Schriftsteller in Wien, Dresden und Hannover.

Yellows Spring Gemeinde ist der Name einer kommunistischen Gemeinde, die 1825 von Anhängern Owens im Staate Ohio gegründet wurde. Den Kern bildete eine freie Gemeinde in Cincinnati unter Daniel Roe, welcher sich andere Einwohner der Stadt, in der Owen auf seiner Agitationsreise 1824 viele Anhänger gewonnen hatte, anschlossen. Es waren im ganzen ca. 75—100 Familien, von denen ein grosser Teil zu den gebildeten Klassen gehörte, viele aber auch einfache Arbeiter waren. Bereits nach drei Monaten löste sich die Gemeinde wieder auf, da die frühere sociale Verschiedenheit zu Schwierigkeiten führte.

Inhaltsverzeichnis.